



Stellung des Tierschutzes im Grundgesetz

Seit 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Damit wurde eine lange Diskussion über den Rang des Tierschutzes im Verfassungsgefüge abgeschlossen.



Quelle: © Christian Jakimowitsch - Fotolia.com

In Artikel 20a Grundgesetz wurden nach dem Wort "Lebensgrundlagen" die Wörter "und die Tiere" eingefügt (so genannte "Drei-Wort-Lösung"). Artikel 20a Grundgesetz hat nunmehr folgende Fassung:

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Nach ganz überwiegender Auffassung kam dem Tierschutz vor der Aufnahme des Staatsziels Tierschutz im Grundgesetz kein

Verfassungsrang zu. Dies führte in der Vergangenheit zu Spannungsverhältnissen zwischen dem Tierschutz und verschiedenen Grundrechten, die ihre Grenzen lediglich an anderen kollidierenden Grundrechten Dritter oder der Gewährleistung verfassungsrechtlich besonders geschützter Gemeinschaftsgüter finden.

Die Staatszielbestimmung Tierschutz enthält – wie Staatszielbestimmungen allgemein – eine verfassungsrechtliche Wertentscheidung, die von der Politik bei der Gesetzgebung und von den Verwaltungsbehörden und Gerichten bei der Auslegung und Anwendung des geltenden Rechts zu beachten ist. Aus einer Staatszielbestimmung können die Bürger allerdings keine individuellen Ansprüche herleiten. Weiter leitet sich aus einer Staatszielbestimmung kein Vorrecht gegenüber den Grundrechten ab. Vielmehr ist jeweils ein Ausgleich mit anderen Verfassungsgütern herzustellen.



Haltung von Säugetieren

Vom Affen bis zum Zebra – das sogenannte Säugetiergutachten ("Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren") beschreibt Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren insbesondere in Zoos aber auch in privaten Haushalten.



Quelle: BMEL

Am 7. Mai 2014 haben die Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Säugetiergutachtens Frau Dr. Maria Flachsbarth, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, das Gutachten übergeben.

In den zurückliegenden drei Jahren wurde das zuletzt 1996 veröffentlichte Gutachten grundlegend überarbeitet. Das Ergebnis ist ein Gutachten auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand, das von der Praxis gebraucht und erwartet wird. Es wird sowohl für die Tierhalter als auch für die zuständigen Aufsichtsbehörden der Länder eine Hilfe bei der Umsetzung der allgemeinen Vorschriften des Tierschutzgesetzes, insbesondere des § 2 Tierschutzgesetz, sein.

Das Säugetiergutachten ist nicht nur eine Aktualisierung des Vorgängergutachtens von 1996, sondern eine grundlegende Überarbeitung. Erstmals werden in einem eigenen Kapitel allgemeine Anforderungen an Haltung, Pflege und Tierbestandsmanagement formuliert. Soweit das Gutachten strengere Anforderungen stellt als das vorangegangene Gutachten müssen die vollziehenden Behörden mit angemessenen

Übergangsfristen jedem Einzelfall gerecht werden.

Handhabbare Haltungsanforderungen für alle Säugetiere in unseren Zoos können am besten von ausgewiesenen Experten in einem Gutachten formuliert werden. Denn nur diese verfügen über das Wissen und die Erfahrung, allen Tieren gerecht zu werden. Deshalb hatte das BMEL eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe mit Vertretern der Tierschutz- und Zooverbände, unabhängigen Wissenschaftlern sowie eines seitens der Länder benannten Sachverständigen und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz Bau und Reaktorsicherheit eingerichtet. Wo zwischen allen Sachverständigen keine Einigung erzielt werden konnte, haben die vier unabhängigen Experten wissenschaftlich begründete Haltungsanforderungen formuliert.

Das BMEL macht diesen Arbeitsprozess transparent. Gemeinsam mit dem Gutachten, das alle Gutachter der Arbeitsgruppe unterschrieben haben, werden auch die Differenzprotokolle veröffentlicht, mit denen Tierschützer und Zoos ihre Kritikpunkte an dem Gutachten dokumentiert haben.

Stand: 07.05.14



Baden-Württemberg

Die Landesbeauftragte für Tierschutz

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg · Postfach 10 34 44 · 70029 Stuttgart

Datum 14. Oktober 2013
Name Dr. Christoph Maisack
Durchwahl 0711 126-2453
Aktenzeichen SLT-9185.62
(Bitte bei Antwort angeben)

Zirkusse mit Wildtieren in kommunalen öffentlichen Einrichtungen

Kann man durch Pachtverträge Einfluss nehmen? Empfehlungen für rechtskonforme Beschlüsse zur Nutzung kommunaler Einrichtungen

1. Beschlüsse in einzelnen Städten

Verschiedene Städte haben beschlossen, ihre öffentlichen Einrichtungen (insbesondere Volksfest- und Messplätze) künftig nicht mehr an Zirkusse zu vergeben, sofern diese Wildtiere (oder bestimmte Wildtierarten) mit sich führen.

So hat z. B. der Rat der Stadt Chemnitz am 24.10.2007 die Stadtverwaltung aufgefordert, den städtischen Volksfestplatz nur noch an Zirkusunternehmen zu überlassen, wenn diese auf das Mitführen von Menschenaffen, Tümmlern, Delfinen, Greifvögeln, Flamingos, Pinguinen, Nashörnern, Wölfen, Giraffen und Elefantenbulln verzichten. Hintergrund der Aufforderung waren die vom BMELV herausgegebenen Zirkusleitlinien (Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen, 2000) mit der beigefügten ergänzenden Stellungnahme der "Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz" (TVT) und der Bundestierärztekammer (BTK), wonach jedenfalls Tiere dieser Arten in wandernden Unternehmen nicht gem. § 2 Nr. 1 und 2 TierSchG untergebracht werden könnten.

Einen weiter gehenden (37 Wildtierarten umfassenden) Beschluss hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt am 11.10.2012 für den dortigen Messplatz gefasst.

Ähnliche Beschlüsse gab bzw. gibt es u. a. in Baden-Baden, Bonn, Hanau, Heidel-

berg, Köln, München, Potsdam, Speyer, Stuttgart und Worms.

Der Bundesrat hat die Bundesregierung wiederholt, zuletzt am 25.11.2011 (BR-Drucks. Nr. 565/11) aufgefordert, ihm unverzüglich eine Rechtsverordnung gem. § 13 Abs. 3 S. 1 Tierschutzgesetz (TierSchG) zuzuleiten, in der das Halten von Tieren bestimmter wild lebender Arten in Zirkusbetrieben, insbesondere von Affen (nicht menschlichen Primaten), Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörnern und Flusspferden verboten und für bereits vorhandene Tiere eine an deren Lebensdauer ausgerichtete Übergangsfrist vorgesehen wird. Zur Begründung hat er auf die (im Vergleich zu Tieren domestizierter Arten) geringere Anpassungsfähigkeit von Wildtieren an restriktive Haltungsbedingungen aufmerksam gemacht und auf die Belastungen bei Transport, Unterbringung und Dressur hingewiesen, denen die Tiere in Wanderzirkussen systemimmanent ausgesetzt seien und die auch durch strengere Anforderungen an ihre Haltung nicht verändert werden könnten.

2. Zwei Gerichtsentscheidungen, mit denen Beschlüsse über ein Verbot von Wildtieren in kommunalen öffentlichen Einrichtungen für rechtswidrig erklärt worden sind

Auf Antrag eines Zirkusunternehmens hat das **Verwaltungsgericht (VG) Darmstadt** die Stadt im Wege einer einstweiligen Anordnung am 19.2.2013 verpflichtet, mit einem Zirkusunternehmen einen Nutzungsvertrag "ohne Beschränkung der mitzuführenden Tiere" abzuschließen (3 L 89/13.DA). Zwar beinhaltet der (o. g.) Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.10.2012 eine nachträgliche Änderung im Sinne einer Einschränkung der Widmung des Messplatzes; da aber der Nutzungsantrag des Zirkusunternehmens bereits vor dem Erlass dieses Beschlusses, nämlich schon im Juli 2012 gestellt worden sei, müsse die Stadt diesen Antrag noch nach dem alten, durch die damals geltende Widmung festgelegten Nutzungszweck bescheiden. Außerdem neige das Gericht zu der Ansicht, dass solche nachträglichen Änderungen der Widmung als "Einschränkungen des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses" nicht durch einen einfachen Ratsbeschluss, sondern durch eine Satzung hätte geregelt werden müssen, da dem Bürger die Vorhersehbarkeit der von ihm zu erwartenden Belastungen gewährleistet werden müsse. Hinzu komme, dass mit dem Beschluss in die Berufsausübungsfreiheit der Antragstellerin eingegriffen werde. Für einen solchen Eingriff bedürfe es einer gesetzlichen Rechtsgrundlage, und an dieser fehle es; weder die in den Gemeindeordnungen geregelte Befugnis der Gemeinden, die Benutzung ihrer öffentlichen Einrichtungen zu regeln, noch das grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltungsrecht reichten dafür aus.

Eine z. T. inhaltsgleiche Entscheidung war vom **VG Chemnitz** bereits am 30.07.2008 getroffen worden (1 L 206/08). Auch dort ist die Stadt im Wege einer einstweiligen Anordnung auf Antrag eines Zirkusbetreibers dazu verpflichtet worden, mit dem

antragstellenden Zirkus einen Platzüberlassungsvertrag ohne die vom Stadtrat am 24.10.2007 beschlossenen Beschränkungen abzuschließen. Dieser Stadtratsbeschluss stelle eine "Einschränkung des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses" und einen Eingriff in die Berufsausübung des Antragstellers dar; dafür aber bedürfe es einer formellen gesetzlichen Ermächtigung, und eine solche existiere jedenfalls derzeit nicht.

3. Bewertung von 1. und 2. mit Begründung einer Gegenposition

Entgegen der Ansicht der Verwaltungsgerichte Darmstadt und Chemnitz ist es einer Gemeinde nicht verwehrt, die bisherige Zweckbestimmung einer öffentlichen Einrichtung - hier also eines für Zirkusveranstaltungen gewidmeten Fest- oder Messplatzes - nachträglich aufzuheben oder einzuschränken und die Einrichtung damit ganz oder teilweise wieder zu entwidmen (hier in dem Sinne, dass zwar Zirkusveranstaltungen noch zulässig sind, aber nur ohne bestimmte Wildtiere). Soweit in einer solchen Regelung ein Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit gesehen wird, ist dieser durch die in allen Gemeindeordnungen gesetzlich geregelte Befugnis, die Benutzung der kommunalen öffentlichen Einrichtungen zu regeln, gedeckt, soweit die Regelung auf vernünftige Gründe des Gemeinwohls gestützt werden kann und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entspricht.

In Literatur und Rechtsprechung wird davon ausgegangen, dass es einer Gemeinde nicht verwehrt werden kann, eine bestehende öffentliche Einrichtung wieder zu schließen oder sie einer anderen oder eingeschränkten Zweckbindung zu widmen, sie also ganz oder teilweise zu entwidmen. Öffentliche Einrichtungen, die außerhalb einer gesetzlichen Bestandsgarantie liegen (deren Einrichtung und Aufrechterhaltung also nicht gesetzlich vorgeschrieben ist und die auch nicht, wie z. B. Erschließungsanlagen, mit Hilfe finanzieller Leistungen der künftigen Benutzer geschaffen worden sind), werden allein im Rahmen des durch das Gleichheitsgebot begrenzten Ermessens des Trägers der jeweiligen Einrichtung gewährt (vgl. OVG Münster, Die öffentliche Verwaltung 1984, 946, 947). Die Gemeinde als Trägerin einer öffentlichen Einrichtung ist folglich grundsätzlich berechtigt, eine solche Einrichtung wieder zu schließen, falls sie nicht zur Erfüllung einer gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabe erforderlich ist (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Neue Jur. Wochenschrift 1993, 609). Damit kann sie einen (auch) für Zirkusveranstaltungen gewidmeten Fest- oder Messplatz vollständig oder teilweise (wie hier für Zirkusunternehmen mit Wildtieren) wieder schließen. Sie ist allerdings, da es sich auch bei der Entscheidung über die Änderung und teilweise Schließung einer öffentlichen Einrichtung um einen Akt staatlicher Gewalt handelt, an das Willkürverbot und an das Verhältnismäßigkeitsprinzip gebunden, d. h. sie benötigt für die nachträgliche teilweise Entwidmung einen sachlichen

Grund und muss den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz einhalten (vgl. *Roth*, Die kommunalen öffentlichen Einrichtungen, Peter Lang Verlag 1998 S. 83).

Die Gemeinde kann innerhalb der Grenzen des Willkürverbots und des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes frei darüber entscheiden, ob sie eine einmal geschaffene öffentliche Einrichtung in ihrem bisherigen Leistungsangebot aufrechterhält, reduziert, ändert oder auch ganz einstellt (vgl. *Erichsen*, Kommunalrecht des Landes Nordrhein-Westfalen, Reckinger Verlag 1997 § 10 F). Z. B. ist bei einer bislang auch für politische Veranstaltungen genutzten städtischen Festhalle eine nachträgliche Widmungsbeschränkung dahingehend, dass in Zukunft sämtliche politischen Veranstaltungen von der Zugangsberechtigung ausgeschlossen sein sollen, als rechtlich unbedenklich eingestuft worden, obwohl dadurch unzweifelhaft in bisher bestehende Nutzungsrechte politischer Parteien und Vereinigungen eingegriffen wird (vgl. VGH Mannheim, Deutsches Verwaltungsblatt 1995, 927, 928: lediglich über bereits vorliegende Benutzungsanträge muss in solchem Fall noch nach den bisherigen Benutzungsgrundsätzen entschieden werden).

Bei Plätzen, die für Zirkusse zur Verfügung stehen, kann z. B. angeordnet werden, dass nur (noch) eine einzige Veranstaltung pro Halbjahr ermöglicht werden soll, weil das Bedürfnis des örtlichen Publikums nach Unterhaltung durch Zirkusdarbietungen entsprechend begrenzt sei (vgl. OVG Münster, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1987, 518, entgegen VG Sigmaringen, das in Gewerbearchiv 1985, 371 darin noch eine verfassungsrechtlich fragwürdige Bedarfslenkung erblickt hatte). Ebenso steht es einer Gemeinde bei einem für Volksfestveranstaltungen genutzten Platz frei, bestimmte Arten von Darbietungen auszuschließen, auch wenn die jeweilige Darbietung noch nicht die Schwelle zur Rechtswidrigkeit überschreitet und ihr Verbot deshalb einen Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit der jeweiligen Anbieter darstellt (Bsp. nach VGH München, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1999, 1122, 1123: "Die Beklagte könnte z. B. festlegen, dass an ihren Volksfesten keine Warenverlosungsgeschäfte teilnehmen sollen, weil sie z. B. der Meinung ist, dass diese Art von Geschäften nur wenig zur Attraktivität der Volksfeste beiträgt.").

Die Ansicht des VG Darmstadt und des VG Chemnitz, dass die in den Gemeindeordnungen enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen über die Befugnis der Gemeinden zur Regelung der Benutzung ihrer öffentlichen Einrichtungen (z. B. Art. 21 BayGO; § 20 Abs. 1 HessGO; § 10 Abs. 2 GemOBW) keine Ermächtigungsgrundlage für berufsbegrenzende Regelungen sein könnten, kollidiert mit der Rechtsprechung anderer Gerichte (vgl. VGH München, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1982, 122: "Die Verweigerung eines Standplatzes auf dem Oktoberfest ist darum eine Regelung der Berufsausübung ... Entgegen der Ansicht des Antragstellers fehlt es hier nicht an einer gesetzlichen Grundlage. Sie ergibt sich unmittelbar aus Art. 21 BayGO"; vgl. auch OVG Münster, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1987, 518: "Die Begren-

zung der Platznutzung auf zwei Zirkusgastspiele jährlich ist rechtlich nicht zu beanstanden. Da die Gemeinde bei der Schaffung von öffentlichen Einrichtungen und der Festlegung der Zweckbestimmung solcher Einrichtungen in ihrem Entschlüssen frei ist, ist sie insbesondere auch berechtigt, die Nutzung eines zu Veranstaltungszwecken geschaffenen Platzes hinsichtlich der Art und der Zahl der Veranstaltungen einzuschränken"; vgl. weiter VGH München, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1999, 1123 zur Nicht-Zulassung von Anbietern mit Warenverlosungsgeschäften auf Volksfestplätzen; vgl. schließlich auch VGH München, Gewerbearchiv 1996, 477: das Gericht bestätigte die Nichtzulassung von Anbietern zu einem Volksfest, deren Leistungen nicht den legitimen Vorstellungen der Gemeinde von der Art der darzustellenden Attraktionen entsprochen haben; hier bestehe eine weite, lediglich durch das Willkürverbot begrenzte Ausgestaltungsbefugnis der Gemeinde).

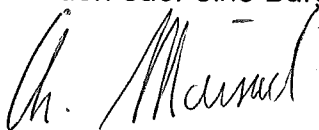
Ebenso wie die Gemeinde eine öffentliche Einrichtung, zu deren Schaffung und Unterhaltung sie nicht gesetzlich verpflichtet ist, vollständig entwidmen, d. h. aufheben und schließen kann, kann sie dies auch teilweise tun, also i. S. eines zukünftigen Ausschlusses einzelner, bisher zulässiger Nutzungen. Grenzen hierfür sind nur das Willkürverbot nach Art. 3 GG (d. h. die nachträgliche Einschränkung muss auf sachgerechten Erwägungen beruhen) sowie bei Eingriffen in die Berufsausübungsfreiheit vernünftige Gemeinwohlerwägungen, die die Einschränkung zweckmäßig und verhältnismäßig erscheinen lassen.

4. Beschlüsse, mit denen die Nutzung kommunaler öffentlicher Einrichtungen durch Wanderzirkusse oder Dressurnummern mit Wildtieren ausgeschlossen werden, müssen folglich, um rechtmäßig zu sein, folgende Voraussetzungen erfüllen - Empfehlungen:


- 4.1 Die Beschlüsse dürfen sich nur auf künftige Nutzungsanträge beziehen; bereits vorliegende Anträge müssen noch nach den bisherigen Benutzungsgrundsätzen entschieden werden.
- 4.2 Sie müssen, soweit sie ein berufliches Tätigwerden in der Einrichtung ausschließen oder beschränken, gem. Art. 12 Abs. 1 GG vernünftigen Gemeinwohlerwägungen entsprechen und den Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes genügen. Dazu ist es nicht erforderlich, dass die ausgeschlossenen Nutzungsformen nachweislich rechtswidrig sind (vgl. das Bsp. bei VGH München, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht 1999, 1123: Warenverlosungsgeschäfte auf Volksfesten sind zwar nicht rechtswidrig, aber möglicherweise problematisch; sie können deshalb durch Teilentwidmung von der Zulassung ausgeschlossen werden). Es genügt, dass für ihre Nicht- oder Nichtmehr-Zulassung sachliche Gründe bestehen. Das ist bei einem Ausschluss

solcher Wildtierarten, von denen der Bundesrat als eines der Obersten Verfassungsorgane festgestellt hat, dass sie unter den Bedingungen eines Wanderzirkusses schwerwiegenden Belastungen ausgesetzt sind, der Fall; dasselbe gilt mindestens für den Ausschluss von Wildtierarten, von denen fachkundige Vereinigungen wie die Bundestierärztekammer und die Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz festgestellt haben, dass sie unter ständig wechselnden Standortbedingungen nicht im Einklang mit § 2 TierSchG gehalten und gepflegt werden können.

- 4.3 Sind solche vernünftigen Gemeinwohlerwägungen gegeben, so bestehen zugleich ausreichend sachliche Gründe für die Ungleichbehandlung gegenüber den Anbietern anderer Leistungen, d. h. gegenüber Zirkussen ohne Tieren oder mit Tieren ausschließlich domestizierter Arten.
- 4.4 Zur Sicherheit empfiehlt sich für die nachträgliche Teilentwidmung ein förmlicher Satzungsbeschluss (vgl. VG Darmstadt), obwohl - wenn die Voraussetzung Nr. 4.1 eingehalten wird - nicht in bereits bestehende Benutzungsverhältnisse eingegriffen wird, denn diese kommen frühestens mit der Antragstellung zustande, nicht dagegen schon mit der bloßen Existenz einer öffentlichen Einrichtung. Im Prinzip erfolgt eine Teilentwidmung in derselben Form wie die ursprüngliche Widmung (vgl. *Geis*, Kommunalrecht, Beck 2011 § 10 Rn 25: Entwidmung und Schließung einer öffentlichen Einrichtung als actus contrarius zur Widmung; daher Wahl derselben Rechtsform).
- 4.5 Wenn Gemeinden Zirkusse mit potenziell gefährlichen Wildtieren gleichwohl weiter zulassen wollen, besteht die Möglichkeit, dass sie die Zulassung von der Hinterlegung einer Kautions für möglicherweise entstehende Schäden abhängig machen (vgl. *Stober*, Kommunalrecht in der Bundesrepublik Deutschland, Kohlhammer 3. Aufl. S. 241: "Deshalb darf eine Gemeinde die Zulassung bei gefahr- oder schadensgeneigten Veranstaltungen davon abhängig machen, dass der Veranstalter die Haftung für Schäden Dritter übernimmt und eine Kautions oder eine Bürgschaft leistet").



Dr. Christoph Maisack

Gericht:	VG Darmstadt 3. Kammer	Quelle:	
Entscheidungsdatum:	19.02.2013	Normen:	§ 20 Abs 2 GemO HE, Art 3 Abs 1 GG, Art 12 Abs 1 GG, § 133 BGB, § 11 Abs 1 TierSchG, § 1 Abs 1 GemO HE
Aktenzeichen:	3 L 89/13.DA		
Dokumenttyp:	Beschluss		

Zirkusunternehmen; Vertrag mit einer Kommune über die Nutzung eines Platzes; Ausschluss des Mitführens und Auftritts von Wildtieren

Leitsatz

1. Will eine Gemeinde ihre Widmungspraxis bezüglich eines Veranstaltungsplatzes verändern, muss diese Änderung auch in die Zukunft fortwirken. Zur Verhinderung von willkürlichen Einzelfallentscheidungen sind bereits vorliegende Nutzungsanträge noch nach dem alten, durch Widmung festgelegten Nutzungszweck zu bescheiden.(Rn.11)
2. Mit dem Verbot, Wildtiere mitzuführen und auftreten zu lassen, greift eine Gemeinde in die Freiheit der Berufsausübung eines Zirkusunternehmens ein. Eine solche Einschränkung durch Beschluss einer Gemeindevertretung ist derzeit nicht durch eine einfachgesetzliche Ermächtigungsgrundlage gedeckt.(Rn.15)
3. Auch das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde ist insoweit keine ausreichende Rechtsgrundlage für den Grundrechtseingriff, denn die Gemeinde und ihre Organe haben kein allgemeinpölitisches Mandat. Da das Problem der Wildtierhaltung in Zirkusunternehmen sich den Gebietskörperschaften landesweit stellt, ist auch kein spezifisch örtlicher Bezug gegeben.(Rn.18)

Fundstellen

LKRZ 2013, 289-293 (Leitsatz und Gründe)

weitere Fundstellen

JA 2014, 78-80 (red. Leitsatz, Kurzwiedergabe)

Diese Entscheidung wird zitiert

Literaturnachweise

Timo Hebeler, JA 2014, 78-80 (Entscheidungsbesprechung)

Tenor

Die Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet, mit der Antragstellerin einen Nutzungsvertrag über ein Zirkusgastspiel auf dem Messplatz der Antragsgegnerin für den Zeitraum vom 20.05.2013 bis zum 02.06.2013 ohne Beschränkung der mitzuführenden Tiere abzuschließen.

Die Kosten des Verfahrens hat die Antragsgegnerin zu tragen.

Der Streitwert wird auf 5.000 EUR festgesetzt.

Gründe

- 1 Der Antrag, die Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung nach § 123 Abs. 1 VwGO zu verpflichten, mit der Antragstellerin einen Nutzungsvertrag über ein Zirkusgastspiel auf dem

Messplatz der Antragsgegnerin für den Zeitraum vom 20.05.2013 bis zum 02.06.2013 ohne Beschränkung der mitzuführenden Tiere abzuschließen, ist zulässig und begründet.

- 2 Nach § 123 Abs. 1 Satz 2 VwGO, der hier allein in Betracht kommt, kann das Gericht auf Antrag auch schon vor Klageerhebung eine einstweilige Anordnung zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis treffen, wenn diese Regelung, vor allem bei dauernden Rechtsverhältnissen, um wesentliche Nachteile abzuwenden oder drohende Gewalt zu verhindern oder aus anderen Gründen nötig erscheint. Die tatsächlichen Voraussetzungen des geltend gemachten Anspruchs und der Grund für die notwendige vorläufige Regelung sind glaubhaft zu machen (§ 920 Abs. 2 ZPO i. V. m. § 123 Abs. 3 VwGO).
- 3 Begehrt ein Antragsteller mit der einstweiligen Anordnung im Ergebnis die Vorwegnahme der Hauptsache, kann eine einstweilige Anordnung nur ergehen, wenn dies zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes notwendig ist. Eine derartige Vorwegnahme der Hauptsache ist selbst in den Fällen, in denen aus zeitlichen Gründen ein Hauptsacheverfahren kaum durchführbar ist, bei drohender Gefahr schwerwiegender, irreparabler Nachteile zulässig (vgl. Hess. VGH, Beschl. v. 06.03.2008 - 1 B 166/08 -, juris; VG Darmstadt, Beschl. v. 12.08.2009 - 7 L 840/09.DA -, juris; 21.12.2006 - 5 G 2478/06 [3] -, juris, und v. 11.03.2008 - 3 L 313/08.DA -, juris), dabei muss ein hoher Grad an Wahrscheinlichkeit für einen Erfolg auch in der Hauptsache sprechen (ständige Rechtsprechung des erkennenden Gerichts, vgl. Beschl. v. 29.05.2001 - 7 G 345/01 -; Kopp/Schenke, VwGO, 18. Aufl., § 123 Rdnr. 14 m. w. Nw. in Fn. 50).
- 4 Die Antragstellerin verfolgt mit diesem Eilverfahren dasselbe Ziel, das sie günstigenfalls im Hauptsacheverfahren erstreiten könnte. Die Voraussetzungen der Vorwegnahme der Hauptsache im Eilverfahren sind vorliegend aber erfüllt. Denn eine rechtskräftige Entscheidung in der Hauptsache würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zu spät kommen. Dadurch würden der Antragstellerin unzumutbare Nachteile entstehen, die sich auch bei einem späteren Erfolg in der Hauptsache nicht mehr ausgleichen ließen. Das Gastspiel der Antragstellerin soll bereits am 20. Mai 2013 beginnen, also in genau drei Monaten. Eine Verschiebung kommt angesichts des dichten Tourneepplans nicht in Frage; der Ausfall der Vorstellungen in der genannten Zeit würde, so hat die Antragstellerin unwidersprochen vorgetragen, zu enormen Kosten im oberen sechsstelligen Bereich führen. Auch spricht eine hohe Wahrscheinlichkeit für einen Erfolg in einem Hauptsacheverfahren, so dass mit dem begehrten Beschluss im Eilverfahren die Hauptsache ausnahmsweise vorweggenommen werden darf.
- 5 Die Antragstellerin hat zunächst einen Anordnungsgrund glaubhaft gemacht, da ihr aus den dargelegten Gründen nicht zugemutet werden kann, eine Entscheidung in der Hauptsache abzuwarten. Nach der eidesstattlichen Versicherung des Tourneeleiters der Antragstellerin vom 22.01.2013 (Bl. 116 der Gerichtsakte) würde der Zirkus für den Fall, dass das Gastspiel nicht in Darmstadt stattfinden kann, aller Voraussicht nach keinen Ersatz finden, so dass er eine zwölf-tägige Tourneepause einlegen müsste. Eine andere Stadt für ein Ersatzgastspiel kommt ausweislich der eidesstattlichen Versicherung nicht in Betracht; eine Umplanung der Tournee sei nicht mehr möglich. In einer Tourneepause fielen rund 30.000 Euro allein an täglichen Fixkosten an.
- 6 Die Antragstellerin hat auch das Vorliegen eines Anordnungsanspruchs glaubhaft gemacht. Nach der - im Eilverfahren allein möglichen - summarischen Prüfung der Sach- und Rechtslage besitzt sie einen Anspruch auf Abschluss eines Nutzungsvertrages mit der Antragsgegnerin ohne eine Einschränkung bezüglich der Haltung von Wildtieren.
- 7 Dabei kann zunächst dahingestellt bleiben, ob sich dieser Anspruch auf Abschluss eines Nutzungsvertrages, wie die Antragstellerin vorträgt, aus einer entsprechenden Zusage der Antragsgegnerin in der E-Mail ihres Marktmeisters vom 16.05.2012 (Bl. 77 der Gerichtsakte) ergibt. Zweifel daran bestehen insoweit, als die Antragsgegnerin die Antragstellerin lediglich für ein Gastspiel im Zeitraum vom 20.05. bis 16.06.2013 "vorgesehen" hat. Bei der erforderlichen Auslegung des Willens des Erklärenden nach § 133 BGB neigt die Kammer zu dem Ergebnis, dass der Messplatz für ein Gastspiel der Antragstellerin in dieser Zeit reserviert, das heißt die Zusage gegeben wurde, dass der Platz nicht für andere Veranstalter zum selben Zeitraum vergeben würde. Zwar lag dem Marktmeister zum Zeitpunkt dieser E-Mail bereits das Programm der Antragstellerin vor, aus dem u.a. hervorging, dass auch Dressuren mit Wildtieren aufgeführt werden sollten. Die Antragsgegnerin kannte also das Programm und hätte ihre "Zusage" danach ausrichten können. Jedoch ist dieser "Zusage" nicht zu entnehmen, dass auch die ein-

zelnen Programmpunkte der Aufführung von der "Zusage" mitumfasst werden sollten. Insoweit unterscheidet sich der vorliegende Fall von der Konstellation, die der von der Antragstellerseite angeführten Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hamburg (Beschluss vom 19.06.2012 - 13 E 1265/12 -) zu Grunde lag. Dort hatte es in der Zusage u.a. geheißen, nach einer Entscheidung des "Eventausschusses", die erfahrungsgemäß bis zu einem gewissen Zeitpunkt erfolge, "werden wir dann, sofern eine Empfehlung ausgesprochen wurde, mit Ihnen einen Nutzungsvertrag schließen." Mit dem letztgenannten Passus, so das VG Hamburg, werde die Absicht der dortigen Antragsgegnerin hinreichend deutlich, eine verbindliche Erklärung abzugeben, die lediglich noch von der Bedingung der Zustimmung des Eventausschusses abhängen sollte. Eine solche Passage enthält die E-Mail vom 16.05.2012 jedoch nicht, so dass eine Zusage in dem von der Antragstellerin vorgetragenen Sinne nicht vorliegen dürfte.

- 8 Letztlich kann die Kammer diese Frage aber dahingestellt sein lassen, weil sich der Anspruch auf Abschluss eines Nutzungsvertrages für die Antragstellerin aus § 20 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ergibt. Danach sind Gewerbetreibende, die nicht in der Gemeinde wohnen, in gleicher Weise wie die Einwohner der Gemeinde berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Vorschriften zu benutzen.
- 9 Der Messplatz der Antragsgegnerin ist eine öffentliche Einrichtung in diesem Sinne, die unstreitig auch der Durchführung von Zirkusveranstaltungen gewidmet ist. Über die Zulassung der Antragstellerin zur Nutzung des Platzes hat die Antragsgegnerin im Rahmen dieser Widmung nach Ermessen zu entscheiden (Hess. VGH, Beschl. v. 11.11.1988 - 6 TG 4250/88 -, juris). Dieses Ermessen hat sie bei ihrer im Schreiben vom 20.11.2012 (Bl. 82 der Gerichtsakte) an die Antragstellerin mitgeteilten Entscheidung, wonach eine Vermietung des Platzes nur erfolge, wenn die näher bezeichneten Vorgaben eingehalten würden, u.a. auch das Verbot, näher bezeichnete Wildtiere mitzuführen und auftreten zu lassen, fehlerhaft gebraucht.
- 10 Zwar hat die Antragsgegnerin bei der Vergabe von Veranstaltungsplätzen einen weiten Gestaltungsspielraum. Die Antragstellerin wiederum hat, wenn sich ihr Zulassungsbegehren im Rahmen der "bestehenden Vorschriften" (§ 20 Abs. 1 HGO), also auch der Widmung der öffentlichen Einrichtung, hält und Vergaberegeln oder Vergabegrundsätze nicht entgegenstehen, einen Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung. Die von der Antragstellerin begehrte Nutzung des Messplatzes bewegt sich im Rahmen der bestehenden Vorschriften, denn die sie einschränkenden Regelungen waren im vorliegenden Fall aus mehreren Gründen rechtsfehlerhaft.
- 11 Mit der Widmung befindet die Gemeinde für die jeweilige öffentliche Einrichtung darüber, welcher Personenkreis sie zu welchem Zweck benutzen darf. Bei dieser Entscheidung sind neben den Vorgaben des Gesetzgebers insbesondere verfassungsrechtliche Gebote wie der Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG) und die Berufsfreiheit (Art. 12 GG) zu beachten (Bennemann in: Hessische Gemeindeordnung, Kommentar, § 20 Rdnr. 11). Die Widmung kann auf unterschiedliche Weise erfolgen, etwa durch ausdrückliche Widmungsentscheidung im Rahmen einer Satzung oder Benutzungsordnung oder durch einfachen Beschluss eines Gemeindeorgans. Auf gleiche Weise kann die Widmung auch geändert werden (Bay. VGH, Beschl. v. 17.02.2011, a.a.O.). Die Widmung des Messplatzes unter anderem auch zur Durchführung von Zirkusveranstaltungen beruht zumindest auf der bisherigen Vergabepaxis der Antragsgegnerin (vgl. dazu Bay. VGH, Beschl. v. 17.02.2011 - 4 CE 11.287 -, juris). Die Änderung der Widmung erfolgte durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Antragsgegnerin vom 11.10.2012. Zwar zielt der dem Gericht vorliegende und am 11.10.2012 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU vom 30.08.2012 (Bl. 80 der Gerichtsakte) auf eine Ergänzung von Platzüberlassungsverträgen zwischen der Antragsgegnerin und gastierenden Zirkusunternehmen ab. Die Kammer wertet diesen Beschluss aber als Einschränkung dieser Widmung und damit ihrer Änderung. Denn in Nr. 3 des Beschlusses heißt es ausdrücklich, das Mitführen und der Auftritt von näher bezeichneten Tieren "auf dem Pachtgelände ist ausgeschlossen", so dass der Bezug zu den jeweiligen Plätzen, auf denen Zirkusunternehmen gastieren können, gegeben ist.
- 12 Es ist einer Gemeinde grundsätzlich möglich, eine in der Vergangenheit herausgebildete Widmungspraxis wieder zu verändern (Ossenbühl, Rechtliche Probleme der Zulassung zu öffentlichen Stadthallen, DVBl. 1973, 289, 296). Diese Änderung muss dann aber auch in die Zukunft fortwirken. Nicht zulässig ist es, lediglich einen Einzelfall abweichend von der seitherigen Praxis der Zulassungsentscheidungen zu regeln, denn der Umfang der Widmung muss grundsätzlich etwas Dauerhaftes sein. Damit willkürlichen Einzelfallentscheidungen ein Riegel vorgeschoben

ben wird, sind bereits vorliegende Nutzungsanträge noch nach dem alten, durch Widmung festgelegten Nutzungszweck zu bescheiden (Bennemann, a.a.O., Rdnr. 19). Ändert die Gemeinde die Zweckbestimmung, nachdem ein Antrag auf Überlassung der Einrichtung bereits vorliegt, so setzt sie sich dem naheliegenden Verdacht aus, dass sie die Zweckbestimmung nicht aus einem anzuerkennenden allgemeinen Grund geändert hat, sondern nur, um den Antrag ablehnen zu können (BVerwG, Urt. v. 28.03.1969 - VII C 49.67 -, BVerwGE 31, 368; Bay. VGH, Beschl. v. 17.02.2011, a.a.O.; Ossenbühl, a.a.O.).

- 13 Die Antragstellerin hatte mit ihrem Schreiben vom 20.11.2011, dem ein Tourneeprogramm beigefügt war, um Überprüfung der Gastspielmöglichkeiten für die Jahre 2013 und 2014 gebeten. Mit E-Mail vom 29.03.2012 bat sie die Antragsgegnerin um Mitteilung, wie weit ein Gastspiel im Zeitraum 20.05. bis 25.06.2013 möglich sei. Mit E-Mail vom 12.07.2012 (Bl. 78 der Gerichtsakte) bat die Antragstellerin, sie fest für ein „zehntägiges“ Gastspiel für den Zeitraum vom 20.05. bis 15.06.2013 einzuplanen. Spätestens damit hatte die Antragstellerin einen verbindlichen Nutzungsantrag gestellt. Im Oktober 2012 gab der Zirkus B. ein Gastspiel, in dem ebenfalls Wildtiere auftraten, wie zwischen den Beteiligten unstreitig ist. Am 11.10.2012 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, Wildtiere in Zirkusveranstaltungen nicht zuzulassen. Mit Schreiben vom 19.10.2012 bat die Antragstellerin die Antragsgegnerin, einen Vertrag für das Gastspiel, nunmehr beschränkt auf den Zeitraum vom 21.05. bis 02.06., zu übersenden. Nach der eidesstattlichen Versicherung des Tourneeleiters der Antragstellerin vom 12.02.2013 (Bl. 151 der Gerichtsakte) hatte sich dieser bei der Antragsgegnerin bereits vor dem 19.10.2012 mehrfach telefonisch nach dem Gastspielvertrag erkundigt. Erst mit Schreiben vom 20.11.2012 teilte die Antragsgegnerin der Antragstellerin den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.10.2012 mit und bat um Vorlage bestimmter Unterlagen. Somit ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass die Antragstellerin die Antragsgegnerin eine Zeit lang hinhalten wollte, um den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bereits auf sie anwenden zu können. Jedenfalls verbat sich eine solche Handhabung aber bereits deshalb, weil die Antragstellerin durch die Reservierungszusage darauf vertrauen durfte, ohne Einschränkung ihres Programms den Messplatz für die beantragte Zeit nutzen zu dürfen, und es für sie nicht vorhersehbar war, dass diese Nutzungseinschränkungen erfolgen würden. Hätte sie dies vorhersehen können, hätte sie den Tourneepplan möglicherweise von vornherein anders gestaltet und zumindest die Möglichkeit gehabt, auf ein Gastspiel in Darmstadt zu verzichten.
- 14 Die Nutzungseinschränkung bezüglich des Messplatzes durch die Widmungsänderung war darüber hinaus auch aus folgenden Erwägungen rechtsfehlerhaft: Wie oben dargelegt, können die Gemeinden aus sachlichen Gründen zwar einschränkende Regelungen erlassen, ohne dass ein Anspruch aus § 20 HGO verletzt wird (vgl. VG Chemnitz, Beschl. v. 30.07.2008 - 1 L 206/08 -). Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass diese Einschränkungen unzulässig in Grundrechte der Antragsteller eingreifen. Dies ist hier jedoch der Fall.
- 15 Mit dem Verbot, die im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.10.2012 aufgeführten Tiere mitzuführen und auftreten zu lassen, greift die Antragsgegnerin in die Freiheit der Berufsausübung der Antragstellerin ein. Unter "Beruf" ist dabei jede erlaubte Tätigkeit zu verstehen, die auf Dauer berechnet ist und der Schaffung und Erhaltung einer Lebensgrundlage dient (BVerfG, Urt. v. 11.06.1958 - 1 BvR 596/56 -, BVerfGE 7, 377). Die Berufsausübung umfasst die gesamte berufliche oder gewerbliche Tätigkeit, d.h. die Form, Mittel sowie die Bestimmung des Umfangs und des Inhalts der Betätigung. Eine in die Berufsausübung eingreifende Regelung ist nach Art. 12 Abs. 1 Satz 2 GG durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zulässig, wenn vernünftige Erwägungen des Gemeinwohls sie zweckmäßig erscheinen lassen (BVerfG, Urt. v. 11.06.1958, a.a.O.). An solchen Rechtsgrundlagen fehlt es vorliegend jedoch.
- 16 Zunächst stellt die Befugnis der Gemeinden, die Benutzung ihrer öffentlichen Einrichtungen zu regeln, keine ausreichende gesetzliche Ermächtigungsgrundlage zum Erlass von grundrechtseinschränkenden Satzungsbestimmungen dar. Dies gilt erst recht auch für Beschlüsse der Gemeindevertretung, die, wie vorliegend, Einschränkungen des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses enthalten. Die Kammer neigt zu der Ansicht, dass die Einschränkungen für die Platzüberlassungsverträge als Nutzungseinschränkungen des öffentlich-rechtlichen Benutzungsverhältnisses durch eine Satzung hätten geregelt werden müssen, da dem Bürger die Vorhersehbarkeit der von ihm zu erwartenden Belastungen gewährleistet werden muss. Die Beantwortung dieser Frage kann jedoch einem etwaigen Hauptsacheverfahren vorbehalten bleiben, da

eine Einschränkung durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung jedenfalls nicht durch eine einfachgesetzliche Ermächtigungsgrundlage gedeckt ist.

- 17 Das Tierschutzgesetz gibt keine Grundlage für ein Verbot der Haltung bzw. des Auftritts bestimmter Tierarten in Zirkussen her. Für das Zur-Schau-Stellen von Tieren in Zirkusbetrieben besteht gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 lit. d) TierschutzG ein präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt. Nach dieser Bestimmung bedarf der Erlaubnis, wer gewerbsmäßig Tiere zur Schau stellen oder für solche Zwecke zur Verfügung stellen will. Ein Verbot der Zirkustierhaltung insgesamt oder der Haltung bestimmter Wildtierarten hat der Bundesgesetzgeber nicht vorgesehen. Die Antragsgegnerin trägt zwar vor, da sich immer wieder zeige, dass eine Wildtierhaltung in Zirkusbetrieben mit tierschutzrechtlichen Missständen verbunden sei, könnten Schutzmaßnahmen zum Wohl der Tiere (nur?) durch Verbote durchgesetzt werden, berücksichtigt dabei aber nicht, dass solche Verbote einer gesetzlichen Grundlage bedürfen und im Übrigen auch gar nicht nachgewiesen ist, dass "tierschutzrechtliche Missstände" im konkreten Fall auch von der Antragstellerin verursacht werden. Immerhin besitzt sie - unstreitig - die erforderliche Erlaubnis nach dem Tierschutzgesetz.
- 18 Schließlich ist auch das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde keine ausreichende Rechtsgrundlage für den Grundrechtseingriff. Durch Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG ist den Gemeinden das Recht gewährleistet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Darunter sind solche Aufgaben zu verstehen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf die örtliche Gemeinschaft einen spezifischen Bezug haben. Damit sind Angelegenheiten gemeint, die den Gemeindegewohnern gerade als solchen gemeinsam sind, indem sie das Zusammenleben und -wohnen der Menschen in der (politischen) Gemeinde betreffen. Zwar fördern die Städte und Gemeinden gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 HGO in freier Selbstverwaltung das Wohl ihrer Bürger, die Gemeinde und ihre Organe haben aber kein allgemeinpolitisches Mandat (BVerfG, Beschl. v. 23.11.1988 - 2 BvR 1619/83 u. a. -, BVerfGE 79, 127 = NVwZ 1989, 347; Schmidt-Aßmann/Röhl in Schmidt-Aßmann/Schoch, BesVerwR, 14. Aufl., 1. Kap., Rdnr. 15; VG Darmstadt, Urt. v. 05.02.2013 - 3 K 1190/12.DA -). Zudem besteht die der Gemeinde obliegende Neutralitätspflicht (vgl. dazu VG Darmstadt, a.a.O.) nicht nur im politischen Raum, sondern sie erstreckt sich auch auf den weltanschaulichen und moralischen Bereich (Ossenbühl, a.a.O., S. 299). Das vorrangige Rechtsstaatsprinzip gestattet deshalb keine Ausgestaltung der allgemeinen gemeindlichen Satzungsautonomie derart, dass Grundrechtseingriffe ohne besondere Rechtsgrundlage zulässig wären. Eine an den Sinn und Zweck der Selbstverwaltung anknüpfende Ausnahme kommt allenfalls für den Fall in Betracht, dass es sich nicht um Vorgänge mit einem nur je örtlichen Bezug, sondern mit einem spezifisch örtlichen Bezug handelt, der also gerade nur den Bereich dieser einen Körperschaft erfasst (Bay. VGH, Urt. v. 22.01.1992 - 20 N 91.2850 u.a. -, NVwZ 1992, 1004). Das ist hier offensichtlich nicht der Fall; das Problem der Wildtierhaltung in Zirkusunternehmen stellt sich landesweit den Gebietskörperschaften (so auch VG Chemnitz, Beschl. v. 30.07.2008, a.a.O.).
- 19 Da die Antragsgegnerin der Antragstellerin bereits die Zulassung zur Nutzung des Messplatzes in dem genannten Zeitraum zugesagt und nach ihrem eigenen Vortrag sogar erteilt, die Zulassung aber lediglich mit einer fehlerhaften Einschränkung versehen hat, somit die Antragstellerin auf die Zurverfügungstellung des Messplatzes vertrauen durfte, ist das Ermessen der Antragsgegnerin im Hinblick auf ihre Entscheidung nach § 20 Abs. 2 HGO auf Null reduziert, so dass nur noch eine mögliche Entscheidung, nämlich die im Tenor genannte, in Betracht kommt.
- 20 Die Kosten des Verfahrens hat die Antragsgegnerin zu tragen, § 154 Abs. 1 VwGO.
- 21 Die Festsetzung des Streitwerts beruht auf den §§ 53,53 GKG.

28.02.12

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Beschluss des Bundesrates zur Entschließung des Bundesrates zum Verbot der Haltung bestimmter wildlebender Tierarten im Zirkus

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mit Schreiben vom 28. Februar 2012 zu der oben genannten Entschließung Folgendes mitgeteilt:

Der Bundesrat hat in seiner 890. Sitzung am 25. November 2011 einen Beschluss zum Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus gefasst (Bundesrats-Drucksache 565/11 (Beschluss)).

Zu dem Beschluss nimmt die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Bereits im Jahr 2003 hatte der Bundesrat eine entsprechende Entschließung gefasst, der jedoch von Seiten der Bundesregierung nicht entsprochen wurde. Bei der Prüfung der Entschließung wurde damals deutlich, dass durch ein solches Verbot Grundrechte der Zirkusbetreiber und Tierlehrer eingeschränkt würden, wie die Berufsfreiheit und die Eigentumsfreiheit. Zur Rechtfertigung derartiger Eingriffe in Grundrechte ist eine durch Fakten belegte Begründung erforderlich, aus der sich insbesondere ergibt, dass sich etwaige Missstände nicht durch mildere Maßnahmen beheben lassen.

Im Rahmen der Prüfung der aktuellen Bundesratsentschließung hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) daher die für den Vollzug des Tierschutzrechts zuständigen Behörden der Länder gebeten, belastbare Erkenntnisse zu übermitteln, mit denen die These des Bundesrates, dass Tiere bestimmter wildlebender Arten im Zirkus nicht tierschutzgerecht gehalten werden können, nachvollziehbar belegt werden kann.

Das BMELV wird diese Stellungnahmen und ggf. weiteres verfügbares Material sorgfältig prüfen. Wenn sich im Ergebnis erweisen sollte, dass der Tierschutz für bestimmte Tierarten in Zirkusbetrieben ohne weitere Regelungen nicht oder nicht vollständig zu wahren ist, sind - unter Wahrung des den Grundrechten der betroffenen Zirkusbetreiber und Tierbesitzer immanenten Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit - die dann gebotenen und auf die Anforderungen der einzelnen Tierart bezogenen Maßnahmen zu ergreifen.

25.11.11

Beschluss
des Bundesrates

**Entschließung des Bundesrates zum Verbot der Haltung
bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus**

Der Bundesrat hat in seiner 890. Sitzung am 25. November 2011 beschlossen, die
aus der Anlage ersichtliche Entschließung zu fassen.

Anlage

Entschließung des Bundesrates zum Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus

Die Bundesregierung möge dem Bundesrat unverzüglich eine Rechtsverordnung gemäß § 13 Absatz 3 Satz 1 des Tierschutzgesetzes zuleiten, die das Halten von Tieren bestimmter wild lebender Arten in Zirkusbetrieben verbietet. Das Verbot soll insbesondere für Affen (nicht menschliche Primaten), Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner und Flusspferde gelten. Für bereits vorhandene Tiere soll unter Berücksichtigung deren Lebensdauer eine Übergangsfrist vorgesehen werden.

Begründung:

I. Allgemeines

Bereits im Jahr 2003 hat der Bundesrat (BR-Drucksache 595/03 - Beschluss -) einem Entschließungsantrag zugestimmt, nach dem zum einen ein zentrales Register für Zirkusbetriebe geschaffen und zum anderen ein Haltungsverbot für Affen, Elefanten und Großbären ausgesprochen werden sollte. Während das Zirkuszentralregister inzwischen eingeführt ist, wurde das Verbot zur Haltung bestimmter wild lebender Tierarten von der Bundesregierung nicht ausgesprochen.

Mit der zentralen Erfassung aller Wanderzirkusse ist zwar nun eine wirkungsvolle länderübergreifende Überwachung möglich geworden, aber für bestimmte Tierarten ist eine artgerechte Haltung in diesen Betrieben systemimmanent nicht möglich. Auf der Vollzugsebene lässt sich diese Problematik nicht lösen.

II. Zur Verfassungsmäßigkeit eines Verbotes bestimmter Wildtiere und im Hinblick auf die Dienstleistungsfreiheit der EU

Das Verbot der Haltung bestimmter Tiere stellt einen Eingriff in die Berufsfreiheit der betroffenen Personen dar, der aber als geringgradig zu beurteilen ist.

Es geht hier allein um eine marginale Berufsausübungsbeschränkung, nicht etwa um einen Eingriff in die Berufswahl (weder objektiv noch subjektiv).

Die Einschränkung der Berufsausübungsfreiheit wird für verhältnismäßig erachtet. Der Tierschutz ist mit der Aufnahme als Staatsziel in Artikel 20a GG als überragend wichtiges Gemeinschaftsgut einzuordnen.

Das Verbot zur Haltung der genannten Arten ist zum einen geeignet, den Tierschutz zu fördern und zum anderen auch erforderlich, da ein gleich wirksames, weniger stark die Berufsausübung einschränkendes Mittel nicht vorhanden ist. Die Erforderlichkeit unterstellt, ist das Verbot somit verhältnismäßig im engeren Sinne. Eine Abwägung zwischen der Schwere des damit verbundenen Grundrechtseingriffs und dem zu schützenden Rechtsgut "Tierschutz" ergibt, dass das Verbot eine angemessene und auch zumutbare Belastung für den Zirkusunternehmer darstellt.

Zirkusunternehmen bestehen in aller Regel aus einer Vielzahl von Präsentationsnummern. Das Verbot der Haltung einiger weniger (nämlich 6 Tierarten) betrifft nur einen äußerst geringen Teil des beruflichen Tuns angesichts der Vielfalt der Tierarten, die noch gehalten werden können.

Für die eigenständigen Engagementnummern könnte ein Verbot der Haltung dieser Tierarten einem Berufsverbot gleichkommen. Dagegen spricht allerdings, dass das Verbot zum einen lediglich einige wenige Arten umfasst und dass zum anderen viele der klassischen Tierlehrer eben nicht nur solche Tiere trainieren, für die künftig die Haltung verboten wird (siehe Veröffentlichung des Berufsverbandes der Tierlehrer e.V. - <http://www.tierlehrerverband.de/> sowie diverse Ausgaben der Circus Zeitung). Andere Berufe haben sich im Laufe der Zeit auch wandeln und auf gesellschaftliche Veränderungen einstellen müssen. Es bleibt darüber hinaus für die betroffenen Tierlehrer möglich, entweder in festen Ortseinrichtungen mit den entsprechenden Tierarten aufzutreten oder bspw. als Tiertrainer weiterhin für Film- und Fernsehproduktionen tätig zu sein - zumal es sich bei der Tätigkeit des Elefanten- oder Affendompteurs nicht um einen jeweils eigenständigen Beruf handelt. Ein Verbot bestimmter Tierarten betrifft daher auch bei den Tierlehrern "nur" die Berufsausübungsfreiheit und nicht die Berufswahl und ist somit verhältnismäßig.

Sofern die Berufsausübungsregelung zulässig ist, dürfte grundsätzlich auch die Eigentumsbeschränkung zulässig sein und damit der Eingriff in Artikel 14 Absatz 1 GG ebenfalls verfassungsmäßig sein.

Die Dienstleistungsfreiheit zählt zu den Grundfreiheiten der EU und darf durch das Recht der Mitgliedstaaten grundsätzlich nicht beschränkt werden. Nach der ständigen Rechtsprechung des EuGH ist dies jedoch ausnahmsweise zulässig, wenn die folgenden vier Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Nichtdiskriminierung – im vorliegenden Falle besteht kein Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Unternehmen.
- b) Gemeinschaftsrechtlich legitimes Ziel - das Verbot dient dem Tierschutz, der schon seit 1999 im Gemeinschaftsrecht (TierSchProtokoll zum Vertrag von Amsterdam) verankert ist und auch Eingang in den EU-Reform-Vertrag fand. Dieser beinhaltet den Schutz der Tiere als "fühlende Wesen" in dem Wortlaut, wie er für die gemeinsame Verfassung vorgesehen war. Damit handelt es sich um ein verfassungskonformes Ziel.

- c) Eignung zur Erreichung des angestrebten Zieles - das Verbot ist zweifelsfrei geeignet, den Tierschutz zu fördern und besser zu gewährleisten. Zudem führt es zu einer Verwaltungsvereinfachung.
- d) Erforderlichkeit für die Erreichung des angestrebten Zieles - erforderlich ist eine Maßnahme, wenn es kein milderes Mittel gibt.

Mildere Mittel, wie die des Vollzugs im Einzelfall und die Einführung des Zirkusregisters haben bisher keine ausreichende Wirkung entfaltet. Darüber hinaus haben Wildtiere eine geringere Anpassungsfähigkeit als domestizierte Tiere an eine restriktive Haltung. Sie stellen zweifelsfrei damit noch höhere Anforderungen an eine verhaltensgerechte Betreuung, Unterbringung und Pflege. Die Haltung der o.g. Wildtiere im Zirkus ist mit einer Reihe von Belastungen verbunden, die einen angemessenen Schutz der Tiere in solchen Einrichtungen faktisch unmöglich machen.

Im Einzelnen sind zu nennen Transport, Unterbringung und Dressur. Diese Gründe sind systemimmanent, liegen in der Natur des Zirkus selbst und können auch durch strengere Anforderungen an die Haltung der Tiere nicht verändert werden. Selbst eine behördliche Bewilligungspflicht kann deshalb den Schutz dieser Tiere nicht gewährleisten. Das Verbot ist aus diesen Gründen erforderlich.

Ein Verbot bestimmter Wildtierarten im Zirkus ist somit auf Grund der sorgfältigen Abwägung und Nennung nur einiger weniger Tierarten verfassungs- und EU-rechtskonform.

Andere Länder sind diesen Schritt längst gegangen. Mittlerweile gibt es in 13 Ländern der EU ein vollständiges Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus oder starke Einschränkungen. Die EU gesteht ihren Mitgliedstaaten ausdrücklich das Recht zu, den Bereich der Haltung von Wildtieren im Zirkus eigenständig zu regeln. Auch weltweit sind schon viele Staaten diesen Weg eines Verbotes gegangen.

Auch bleibt der Zirkus als Kulturgut erhalten. Die Herausnahme einiger weniger exotischer Tierarten, die nicht mehr mitgeführt werden dürfen, ändert daran nichts. Darüber hinaus haben auch andere Kulturgüter bzw. Kulturerben, in denen Tiere Verwendung fanden, in den vergangenen Jahren eine Wandlung erfahren. Beispiele sind die Abschaffung der traditionellen Fuchsjagd in England und Schottland oder die Beendigung des Stierkampfes in Katalonien.

III. Zur Frage der art- und verhaltensgerechten Haltung bestimmter Tierarten im Zirkus

Zurzeit können grundsätzlich alle Wildtierarten in Zirkussen gehalten werden.

Spezielle ausführende Rechtsvorschriften für die Tierhaltung im Zirkus gibt es nicht. Die einschlägigen Leitlinien entsprechen nicht dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis und dienen zudem lediglich der Orientierung. Sie sind nicht rechtsverbindlich und gehen darüber hinaus von einer wissenschaftlich nicht belegten und inzwischen überkommenen Hypothese aus. Diese besagt, dass Wildtiere die Reduktion ihres Lebensraumes auf

ein Minimum und das Nichterfüllen ganzer Verhaltenskreise dadurch kompensieren könnten, dass sie nicht selbstbestimmte Dressurleistungen in der Manege zeigen. Wie die aus 2009 stammenden "Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutz Gesichtspunkten" auch belegen, ist nicht selbstbestimmte Arbeit nicht einmal ausreichend, um den Verhaltenskreis "Bewegung" angemessen zu erfüllen bzw. zu berücksichtigen.

Es gibt in Deutschland etwa zehn größere Zirkusse, einige mittlere und in der Überzahl kleine und Kleinstzirkusse, die teilweise nur regional reisen sowie 250 Unternehmen, die den reisenden Zirkusbetrieben zugeordnet werden können.

Die Erfahrung zeigt, dass die bestehenden Regelungen zum Schutz von Tieren bei einigen Wildtierarten nicht greifen, weil eine art- und verhaltensgerechte Unterbringung unter den besonderen Bedingungen eines reisenden Zirkusunternehmens praktisch nicht möglich ist. Oft können die betroffenen Tiere auch nicht weggenommen und anderweitig untergebracht werden, da Auffangmöglichkeiten nicht immer und ausreichend vorhanden sind. Deshalb muss dringend verhindert werden, dass weiterhin Tiere dieser Arten in Zirkusbetriebe gelangen können. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich weggenommene und anderweitig untergebrachte Tiere, anders als oft angenommen, in sachkundig geleiteten Halungen fast immer resozialisieren lassen.

Bei einigen Tierarten, nämlich insbesondere bei Affen (nicht menschliche Primaten), Bären, Elefanten, Giraffen, Nilpferden und Nashörnern, können die Verhaltensansprüche der Arten in einem reisenden Zirkus schon im Grundsatz nicht erfüllt werden, denn:

- Sie sind - wenn auch manchmal gezähmt - sicherlich nicht domestiziert und stellen daher besonders hohe Ansprüche an ihre Unterbringung, Ernährung, Pflege und an die Sachkunde des Halters (so sind sämtliche Elefanten in deutschen Zirkussen bis auf eine Ausnahme in der Freiheit geboren und nachweislich Wildfänge).
- Sie verbringen einen Großteil ihres Lebens in engen Transportwagen (auf Fahrten bis zu 50 Mal pro Jahr plus Auf- und Abbauzeit - dabei stehen die Tiere nachweislich bis zu 20 Stunden im Transportfahrzeug). Die Zeit für freie, selbstbestimmte Bewegung und anderes artgemäßes Verhalten ist auch dadurch unverhältnismäßig stark beschränkt.
- Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 6. Juli 1999 zur Hennenhaltungsverordnung von 1987 dürfen "artgemäße Bedürfnisse" nicht unangemessen zurückgedrängt werden. Dazu zählt insbesondere auch das Sozialverhalten. Dieses ist gerade bei Elefanten und nicht menschlichen Primaten von besonderer Bedeutung und Komplexität. Bei Bären ist Winterruhe von grundlegender Bedeutung.

- Es ist wissenschaftlich belegt, dass regelmäßige und zum Teil lange Transporte zwar einen gewissen Gewöhnungseffekt bei den Tieren haben, aber dass dies immer noch zu regelmäßigen Belastungen durch Stress führt.
- Gleiches gilt in hohem Maße für die Einzelhaltung von Tieren, die in freier Wildbahn gesellig in Rudeln oder in (Familien-) Gruppen leben (z.B. Elefanten), bzw. bei der Gemeinschaftshaltung von Einzelgängern, die auf engstem Raum zusammengepfercht werden (z.B. Bären).
- Die eigentlich notwendige Einrichtung von ausreichend großen, ausbruchssicheren und artgerecht ausgestatteten Gehegen kollidiert mit der Notwendigkeit zur fortwährenden Mobilität (bis zu 50 Reisetage pro Jahr).
- Ferner sind vermehrte Zwischenfälle mit den genannten Tierarten und Ausbrüche von Zirkustieren augenfällig, die auch die Bevölkerung immer wieder gefährden.
- Die wenigsten Zirkusbetriebe verfügen über geeignete, beheizbare Winterquartiere, die auch bei schlechter Witterung eine artgerechte Haltung kälteempfindlicher Wildtierarten ermöglichen. Dagegen nehmen die sogenannten "Weihnachtszirkusse", die zu einem Durchspielen in der kalten Jahreszeit führen, ständig zu. Insofern entsprechen viele Zirkusse nicht mehr dem herkömmlichen Bild, das wenigstens in den kalten Monaten eine stationäre Tierhaltung zulässt.
- Viele Zirkusbetriebe sind wirtschaftlich nicht in der Lage, die finanziellen Mittel für erforderliche Anschaffungen (auch zur Erhaltung des Sicherheitsstandards), Unterhalts- und (Spezial-) Tierarztkosten aufzubringen.

Auch verfügt bislang kein einziger ständig reisender Zirkus über eine Unterbringungsmöglichkeit für seine alten und nicht mehr reisefähigen Tiere aller mitgeführten Arten. Stattdessen bedient man sich zunehmend ehrenamtlich geführter Auffangstationen, um Tiere, wenn sie wirtschaftlich uninteressant geworden sind, unterzubringen.

- Der Beruf des/der Tierlehrers/-lehrerin ist kein Ausbildungsberuf und unterliegt keinerlei Fortbildungsvorgaben. Zudem sind die Pfleger der Zirkustiere, nicht vergleichbar mit solchen in zoologischen Einrichtungen, in der Regel keine gelernten Tierpfleger.
- Diese Lebenssituation führt insbesondere bei den hier aufgeführten Tierarten zu Leiden, die sich oft in Verhaltensstörungen (z.B. Elefanten, Affen), Kümern (z.B. bei Elefanten) und Erkrankungen (z.B. zeigten Bären bei tierärztlichen Untersuchungen anlässlich ihrer Überweisung an Auffangstationen gravierende Erkrankungen, die im Reisebetrieb offensichtlich weder erkannt noch behandelt worden waren) zeigen. Auffallend sind auch die häufigen Todesfälle (z.B. bei jungen Giraffen).

Eine besondere Problematik stellt die Handaufzucht von nicht menschlichen Primaten dar. Ohne sie ist ein Vorführen im Zirkus nicht möglich.

Sie führt aber, insbesondere bei Menschenaffen, zu lebenslangem Leiden durch diese Fehlprägung, da die Tiere wichtige innerartliche Kommunikationsmöglichkeiten nicht lernen. Die Resozialisierung solcher Tiere ist, wie die Dokumentationen der einschlägigen Auffangstationen eindrucksvoll belegen, zwar erfolgreich möglich, aber nur noch mit einem enormen Aufwand und großer Sachkunde.

Auf der Vollzugsebene ist die Problematik nicht lösbar. Die Verweigerung einer Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes ist nur im Einzelfall anwendbar, aber zur generellen Regelung von Missständen nicht geeignet. Ebenso wenig lassen sich bei bestimmten Tierarten grundlegende Verbesserungen der Tierhaltung über Verfügungen nach § 16 des Tierschutzgesetzes praktisch durchsetzen. Und auch die Wegnahme und anderweitige Unterbringung von Tieren ist oft problematisch. Geeignete Auffangstationen übernehmen die Tiere zu Recht oft nur dann, wenn gleichzeitig ein Wiederauffüllen der Plätze verhindert wird.

Um der Problematik wirkungsvoll begegnen zu können, muss daher verhindert werden, dass die Tierarten, die absehbar gefährdet sind, weiter in Zirkussen gehalten werden.

Die ersten Erfahrungen mit dem Zirkusregister haben gezeigt, dass es systemimmanent bedingt trotz der zentralen Erfassung aller Wanderzirkusse nicht zu spürbaren Verbesserungen in den Tierhaltungen der genannten Arten gekommen ist.

17.10.03**Beschluss****des Bundesrates**

Entschließung des Bundesrates zum Verbot der Haltung bestimmter wildlebender Tierarten im Zirkus und zur Einrichtung eines Zirkuszentralregisters

Der Bundesrat hat in seiner 792. Sitzung am 17. Oktober 2003 beschlossen, die nachstehende Entschließung zu fassen:

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung,

1. dem Bundesrat unverzüglich eine Rechtsverordnung gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 des Tierschutzgesetzes zuzuleiten, die das Halten von Tieren wildlebender Arten, und zwar insbesondere von Affen, Elefanten und Großbären, in Zirkusbetrieben, mit entsprechenden Übergangsregelungen für vorhandene Tiere, grundsätzlich verbietet;
2. dem Bundesrat unverzüglich eine Rechtsverordnung gemäß § 16 Abs. 5 Nr. 5 des Tierschutzgesetzes zur zentralen Erfassung von mobilen Tierschauen und Zirkusbetrieben mit Tierhaltung zuzuleiten;
3. dem Bundesrat unverzüglich eine Rechtsverordnung gemäß § 2a Abs. 1b des Tierschutzgesetzes zur Kennzeichnung der in mobilen Zirkusbetrieben und Tierschauen vorhandenen Wildtiere sowie zur Art der Durchführung der Kennzeichnung zuzuleiten.

Begründung:

Wildtiere sind nicht domestiziert und stellen daher häufig besonders hohe Ansprüche an ihre Unterbringung, Ernährung und Pflege, sowie an die Sachkunde des Halters.

Bei einigen Tierarten können diese Ansprüche in einem reisenden Zirkus schon im Grundsatz nicht erfüllt werden, denn

- sie verbringen einen Großteil ihres Lebens in engen Transportwagen (Fahrt, Auf- und Abbauzeit). Die Zeit für freie Bewegung und artgemäßes Verhalten ist dadurch stark eingeschränkt,
- die notwendige Einrichtung von ausreichend großen, ausbruchsicheren und artgerecht ausgestatteten Gehegen kollidiert mit der Notwendigkeit zur fortwährenden Mobilität,
- die wenigsten Zirkusbetriebe verfügen über geeignete, beheizbare Winterquartiere, die auch bei schlechter Witterung eine artgerechte Haltung kälteempfindlicher Wildtierarten ermöglichen,
- viele Zirkusbetriebe sind wirtschaftlich nicht in der Lage, die finanziellen Mittel für erforderliche Anschaffungen, Unterhalts- und (Spezial-) Tierarztkosten aufzubringen, zudem erschweren oft auch der niedrige Bildungsgrad und das Leben in einem eigenen Wertesystem das notwendige Verständnis für die Erfordernisse einer modernen, tiergerechten Haltung von Wildtieren.

Die Folgen für die Tiere sind schwerwiegend und zeigen sich oft in Verhaltensstörungen, Erkrankungen, aber auch in Todesfällen.

Besonders betroffen sind Affen, Elefanten und Großbären: Affen und Elefanten verfügen über ein hochkomplexes Sozialverhalten, weit entwickelte kognitive Fähigkeiten und haben besondere Klimaansprüche. Großbären zeigen ein sehr vielfältiges, arttypisches Verhalten (z. B. Klettern, Schwimmen, Graben) und sind von großer Körperkraft. Die Erfahrung zeigt, dass schon allein diese Punkte eine tiergerechte Haltung dieser Arten in der Praxis im Zirkus unmöglich machen.

Auf der Vollzugsebene ist die Problematik nicht lösbar. Eine Verweigerung einer Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes ist nur im Einzelfall anwendbar, aber zur generellen Regelung von Missständen nicht geeignet. Ebenso wenig lassen sich bei bestimmten Tierarten grundlegende Verbesserungen der Tierhaltung über Verfügungen nach § 16 des Tierschutzgesetzes praktisch durchsetzen. Und auch die Wegnahme und anderweitige Unterbringung von Tieren scheitert meist, selbst in akuten Fällen, in denen Tiere offenkundig schwer leiden oder bereits zu Schaden gekommen sind, weil gerade für die aufwändig zu haltenden Wildtierarten Aufnahmekapazitäten in geeigneten Einrichtungen wie Zoos oder Auffangstationen fehlen.

Bemühungen um eine Verbesserung der Auffangmöglichkeiten machen wenig Sinn, solange nicht gleichzeitig verhindert wird, dass ständig neue Wildtiere in den Zirkus gelangen, die dann mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder zum "Notfall" werden. Auch das Einschläfern von Zirkustieren, die haltungsbedingte Leiden oder Schäden aufweisen und nicht anderweitig untergebracht werden können, kann nur im Ausnahmefall ethisch vertretbar sein.

Um der Problematik wirkungsvoll begegnen zu können, muss daher grundsätzlich verhindert werden, dass die Tierarten, die absehbar gefährdet sind, weiter in Zirkussen gehalten werden. Andere Länder sind diesen Schritt längst gegangen.

Die zentrale Erfassung aller Wanderzirkusse muss endlich durch Rechtsverordnung geregelt werden, weil dies für eine wirkungsvolle Länder übergreifende Überwachung unabdingbar ist. Gleichzeitig ist eine Kennzeichnung und Erfassung der Tiere notwendig, um den derzeitigen Tierbestand den einzelnen Unternehmen eindeutig zuordnen zu können. Kostenaufwändige Kontrollen und Verwaltungsmaßnahmen ändern sonst weiterhin kaum die Lebenssituation betroffener Tiere.



Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere

Die HIT-Datenbank (HIT) wurde 1999 im Auftrag aller Bundesländer im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingerichtet. In der Datenbank werden zentral für ganz Deutschland alle Bestandsveränderungen wie Geburt, Zugang, Abgang, Tod, Schlachtung usw. nach Viehverkehrsverordnung gemeldet sowie Tier-, Bestands- und Gesundheitsdaten angezeigt und gespeichert.

Beschreibung

Die Herkunftssicherung, die Überwachung des Viehverkehrs im Rahmen der Viehverkehrsverordnung und die Rückverfolgbarkeit eines Rindes im Fall eines Tierseuchenausbruchs sind wichtige Ziele der Zentralen Datenbank (ZDB). Um diese zu erreichen, umfasst das Meldesystem

- die Registrierung eines Tieres in der ZDB mit der
 - Ersterfassung für Tiere, die vor dem 26.09.1999 geboren sind,
 - Geburtsmeldung seit dem 26.09.1999
 - EU-Einfuhr und Import aus Drittländern seit dem 26.09.1999
- die Bewegungsmeldungen (Zu- und Abgang) und
- die Meldung des Tierendes
 - Schlachtung, Importschlachtung
 - Todmeldung (Verendung/Hausschlachtung)
 - Ausfuhr

Die HIT-Datenbank ist im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Auftrag der Bundesländer eingerichtet worden. Das Programm ist unter der Internet-Adresse www.hi-tier.de aufzurufen.

In der HIT-Datenbank können Meldungen schnell und günstig durchgeführt, Korrekturen vorgenommen und Meldekettenehler (Vorgänge) online bearbeitet werden. Darüber hinaus kann auf ein aktuell geführtes Bestandsregister mit Angabe der GVE-Werte und Gesundheitsinformationen sowie auf eine Geschlechts- und Altersstatistik zu einem Stichtag bzw. über einen Zeitraum zugegriffen und der Lebenslauf eines Tieres überprüft werden. Für die Abgabe von Meldungen ist es erforderlich, dass der Meldepflichtige bei der für seinen Betrieb zuständigen Stelle eine Registriernummer beantragen muss.

In Abhängigkeit vom Bundesland sind die Registriernummern vergebenden Stellen (Adressdatenstellen) entweder die Regionalstelle (i.d.R. der Landeskontrollverband), die Veterinär- oder Landwirtschaftsämter. Zusätzlich wird dem Betrieb ein sogenannter Betriebstyp, z. B. landwirtschaftlicher Rinderhalter (Typ 1), sonstiger nichtlandwirtschaftlicher Tierhalter (Typ 2), Händler oder Schlachtbetrieb zugewiesen, der die Zugriffs- und Rechtekompetenz auf die Daten definiert. Darüber hinaus ist eine persönliche Identifikationsnummer (PIN) für das Melden über Internet oder sonstige Softwareprogramme (Warenwirtschaftsprogramme, Herdenmanagementprogramme) notwendig.

Alle BSE-Schnelltestergebnisse werden direkt von den Untersuchungslaboren in die HIT-Datenbank eingestellt. Ausgehend von der Schlachtmeldung wird automatisch die Einhaltung der BSE-Testpflicht überprüft.

Auf Basis der Befund- und Impfinformationen zu einzelnen Tierseuchen erstellt die HIT-Datenbank Untersuchungslisten, die in Form eines maschinenlesbaren Untersuchungsantrages ausgedruckt werden können. Mit Hilfe der maschinenlesbaren Untersuchungsanträge wird im Labor das Untersuchungsergebnis direkt dem Einzeltier zugeordnet.

Im Rahmen der Überwachung des Viehverkehrs sind in der Schweine-Datenbank wie auch in der Schafe-/Ziegen-Datenbank die Übernahmen der Tiere sowie der Stichtagsbestand vom Tierhalter zu melden.

Die zuständigen Kontrollstellen der Länder speichern die Ergebnisse der Vor-Ort-Kontrollen im Bereich der Kennzeichnung und Registrierung von Rind, Schwein, Schaf/Ziege sowie aus anderen Cross Compliance Bereichen zentral in der

HIT-Datenbank. Die Ergebnisse der Fachrechtskontrollen werden unternehmensbezogen zusammengefasst, um ggf. Kürzungen bei der Betriebsprämie ermitteln zu können.

Als weitere Dienstleistung bietet die HIT-Datenbank für die Bereiche Rinder sowie Schafe/Ziegen zentrale Risikoanalysen an.

In der Equiden-Datenbank werden zur schnellen und eindeutigen Identifizierung von Einhufern die Ausgabe von Transpondern und die Passdaten dokumentiert.

Das Zirkusregister beinhaltet Informationen zum Zirkusbetrieb, wie z.B. die Inhalte der Erlaubnis zur gewerbsmäßigen zur Schaustellung von Tieren sowie die Ergebnisse der Vor-Ort-Kontrollen, um den Vollzug durch die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder zu erleichtern, insbesondere die Kontrolltätigkeit gemäß §16 Abs. 1 Nr. 4 des Tierschutzgesetzes.

Für die Aquakulturbetriebe werden die Geo-Koordinaten, die gehaltenen Tierarten, der Gesundheitsstatus, die Art des Zuchtbetriebs und die Nutzungsrichtung von der Veterinärverwaltung erhoben. Die für die Veröffentlichung beauftragte Stelle greift auf die Daten zu und veröffentlicht diese nach den Vorgaben der Entscheidung 2008/392/EG auf ihrem Internetportal.

Online-Verfahren

Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT)

Die HIT-Datenbank wurde im Auftrag aller Bundesländer im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingerichtet. In der Datenbank werden zentral für ganz Deutschland alle Bestandsveränderungen wie Geburt, Bewegung, Zugang, Abgang, Tod, Schlachtung usw. nach Viehverkehrsverordnung gemeldet sowie Tier-, Bestands- und Gesundheitsdaten angezeigt und gespeichert.

Verwandte Themen

[Nährstoffbilanz Bayern](#)

[Zentrale InVeKoS Datenbank \(ZID\)](#)

Stand: 17.10.2013

Redaktionell verantwortlich: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

LEGENDE

FÜR SIE ZUSTÄNDIG



Wenn Sie unter "Lokalisierung" einen Ort wählen, werden Ihnen die Kontaktdaten der zuständigen Stelle und ggf. lokal gültige Informationen angezeigt.

[Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten](#)

[Zum Seitenanfang](#)



Landestierschutzbeauftragte Hessen

URL: <http://www.tierschutz.hessen.de/>

Diesen Artikel finden Sie unter: Wildtiere > Hessisches Zirkus-Handbuch

"Hessisches Zirkus-Handbuch" für den Vollzug des Tierschutzrechts



'Hessisches Zirkus-Handbuch' veröffentlicht - Landestierschutzbeauftragte will den Vollzug des Tierschutzrechts stärken

Darin wurden in übersichtlicher und allgemein verständlicher Form die tierschutzrechtlichen Maßnahmen zusammengestellt, die den Behörden zum Vollzug der geltenden Tierschutzbestimmungen im Zirkus zur Verfügung stehen. Sie reichen von der Erlaubniserteilung über die tierschutzrechtliche Anordnung bis hin zur Wegnahme von Tieren oder sogar Betriebsschließung.

Hintergrund sind die besonderen Schwierigkeiten, die sich durch den ständigen Ortswechsel der Zirkusbetriebe ergeben. Dem einzelnen Amt bleibt da nur wenig Zeit, sich ein Bild zu machen und die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ist der Betrieb in der Zwischenzeit schon weiter gezogen,

müssen die Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den anderen Ämtern mühsam weiter verfolgt und umgesetzt werden.

Leider ist festzustellen, dass bei den tierschutzrechtlichen Kontrollen von Zirkusbetrieben zwar häufig Mängel festgestellt, allzu oft aber keine weiteren Konsequenzen gezogen werden. Eine Verbesserung der Verhältnisse wird man aber nur erreichen, wenn die Behörden bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz auch konsequent handeln.

Das „Hessische Zirkus-Handbuch“ soll den Behörden helfen, auch unter erschwerten Bedingungen schnell, sicher und effektiv zu arbeiten. Es macht aber auch deutlich, dass das geltende Recht viel mehr Möglichkeiten bereithält, als im Normalfall genutzt werden. Kommentare und Tipps helfen bei der praktischen Anwendung.

Das 'Hessische Zirkus-Handbuch' ergänzt die bisherigen Bemühungen der Landestierschutzbeauftragten und der hessischen Landesregierung um eine Verbesserung des Tierschutzes im Zirkus. So wurde 2001 die bundesweit einmalige 'Hessische Zirkusdatei' zur Unterstützung der Vollzugsbehörden eingerichtet. 2003 folgte der Bundesrat einer hessischen Initiative und forderte von der Bundesregierung ein zentrales Zirkusregister auf Bundesebene und ein grundsätzliches Verbot der Haltung bestimmter Wildtierarten im Zirkus. Beide Forderungen wurden bis heute nicht erfüllt.

Das 'Hessische Zirkus-Handbuch' kann bei Bedarf per Mail angefordert werden.

Foto: © Schemmi; Quelle: pixelio.de

Tierärztliche Hochschule Hannover
Institut für Tierschutz und Verhalten
(Heim-, Labortiere und Pferde)

Haltungsbedingungen von Zirkustieren in
25 Zirkussen in der Bundesrepublik Deutschland

INAUGURAL – DISSERTATION

Zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Veterinärmedizin

- Doctor medicinae veterinariae -

(Dr. med. vet.)

vorgelegt von

Daniela Theophil

aus Frankfurt a. M.

Hannover 2008

Wissenschaftliche Betreuung: Univ.-Prof. Dr. H. Hackbarth

1. Gutachter: Univ.-Prof. Dr. H. Hackbarth

2. Gutachter: PD Dr. K.-H. Esser

Tag der mündlichen Prüfung: 21. November 2008

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Literatur	3
2.1	Definitionen.....	3
2.1.1	Definition Zirkus	3
2.1.2	Definition Wildtiere	5
2.1.2.1	Begriffliche Abgrenzungen von Wildtieren und Haustieren	5
2.1.2.2	Domestikation	6
2.1.2.3	Zähmung.....	8
2.1.2.4	Einheimische und exotische Tiere	9
2.1.2.5	Nutztiere	9
2.2	Zirkusgeschichtlicher Überblick in Europa.....	11
2.2.1	Vorläufer des Zirkus	11
2.2.2	Gründungsjahre des Zirkus.....	12
2.2.3	Weiterentwicklung der Zirkuskunst.....	15
2.2.4	Eine neue Zirkusepoche	18
2.2.5	Deutsche Zirkusse heute.....	19
2.3	Rechtliche und andere Grundlagen zur Bewertung von Zirkustierhaltungen....	21
2.3.1	Gesetzgebungen zum Tierschutz im Zirkus	21
2.3.1.1	Tierschutz im Grundgesetz und Bürgerlichem Recht.....	21
2.3.1.2	Tierschutzgesetz.....	22
2.3.1.3	Artenschutzrecht.....	24
2.3.1.4	Weitere Rechtsverordnungen und Rechtsbestimmungen.....	25
2.3.2	Bewertungsgrundlagen zur Haltung von Zirkustieren.....	26
2.3.2.1	Säugetiergutachten und Zirkusleitlinien	26
2.3.2.2	Weitere Orientierungs-, Auslegungs- und Entscheidungshilfen bezüglich der Haltungsbedingungen von Zirkustieren	29
2.3.3	Zentrale Erfassung von Zirkussen in Deutschland	30
2.3.3.1	Problematik der Erfassungen.....	30
2.3.3.2	Entwicklung der Zirkusregisterverordnung.....	31
2.3.3.3	Geltungsbereich der Zirkusregisterverordnung.....	32

3	Material und Methoden	34
3.1	Planungen zur Durchführung der Studie	34
3.1.1	Treffen der Zirkusauswahl	34
3.1.2	Kenntnis über die Gastspielorte	35
3.1.3	Kontakte mit den Veterinärämtern	37
3.1.4	Konzipierung von Aufnahmebögen	37
3.2	Datenerfassungen	39
3.2.1	Zeitpunkte der Datenaufnahmen	39
3.2.2	Informationsgewinnung	39
3.2.3	Rahmenbedingungen und allgemeine Zirkusdaten	40
3.2.4	Datenerfassungen der Tiere und deren Haltungsbedingungen	42
3.2.4.1	Metrische Abmessungen der Tierhaltungseinheiten	42
3.2.4.2	Tierartspezifische Daten	43
3.2.5	Anonymität	47
3.3	Datenauswertung	49
3.3.1	Mitarbeit der Zirkusse	49
3.3.2	Bewertbarkeit	50
3.3.3	Statistische Auswertung	50
4	Ergebnisse	52
4.1	Auswertungen der Zirkusse	52
4.1.1	Betriebsgrößen	52
4.1.2	Zirkuskonzepte	53
4.1.3	Gründungsjahre	55
4.1.4	Erlaubnis nach § 11 des deutschen Tierschutzgesetzes	55
4.1.5	Tierbestandsbücher, Dokumentationen von Pflege- und Behandlungsmaßnahmen und amtstierärztliche Prüfberichte	57
4.1.6	Gastierzeiten	59
4.1.7	Ankündigungen der Zirkusse am Gastspielplatz	60
4.2	Tiere	62
4.2.1	Tiergesamtzahl	62
4.2.1.1	Paarhufer	62

4.2.1.2 Unpaarhufer.....	65
4.2.1.3 Raubtiere	66
4.2.1.4 Rüsseltiere.....	68
4.2.1.5 Herrentiere.....	69
4.2.1.6 Beuteltiere.....	70
4.2.1.7 Nagetiere und Hasenverwandte	71
4.2.1.8 Vögel.....	73
4.2.1.9 Reptilien.....	75
4.2.2 Haltungsbedingungen der Zirkustiere	75
4.2.2.1 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Paarhufer	81
4.2.2.1.1 Kamele	81
4.2.2.1.2 Hornträger	84
4.2.2.1.3 Giraffen.....	85
4.2.2.1.4 Schweine.....	86
4.2.2.1.5 Flusspferde.....	87
4.2.2.2 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Unpaarhufer	87
4.2.2.2.1 Pferdeartige	87
4.2.2.2.2 Nashörner.....	90
4.2.2.3 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Raubtiere.....	91
4.2.2.3.1 Hundeartige	91
4.2.2.3.2 Katzenartige	93
4.2.2.3.3 Ohrenrobber	94
4.2.2.3.4 Groß- und Kleinbären	95
4.2.2.4 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Rüsseltiere	96
4.2.2.4.1 Elefanten	96
4.2.2.5 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Menschenaffen.....	98
4.2.2.5.1 Menschenaffen und Meerkatzenverwandte	98
4.2.2.6 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Beuteltiere	100
4.2.2.6.1 Kängurus	100
4.2.2.7 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte	101

4.2.2.7.1	Nagetiere und Hasenverwandte	101
4.2.2.8	Haltungsbedingungen von Tieren der Klasse Vögel	103
4.2.2.8.1	Taubenvögel.....	103
4.2.2.8.2	Entenvögel	104
4.2.2.8.3	Papageien	105
4.2.2.8.4	Greifvögel	106
4.2.2.8.5	Flachbrustvögel	107
4.2.2.9	Haltungsbedingungen von Tieren der Klasse Reptilien	108
4.2.2.9.1	Schuppenkriechtiere.....	108
4.2.2.9.2	Krokodile	109
4.2.3	Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten ..	110
4.2.3.1	Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Paarhufer	114
4.2.3.1.1	Altweltkamele	114
4.2.3.1.2	Neuweltkamele.....	117
4.2.3.1.3	Schafe und Ziegen	121
4.2.3.1.4	Rinder.....	123
4.2.3.1.5	Antilopen	124
4.2.3.1.6	Giraffen.....	125
4.2.3.1.7	Schweine.....	126
4.2.3.1.8	Flusspferde.....	127
4.2.3.2	Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Unpaarhufer	128
4.2.3.2.1	Pferde und Ponys	128
4.2.3.2.2	Esel, Maulesel und Maultiere	132
4.2.3.2.3	Zebras	134
4.2.3.2.4	Nashörner.....	135
4.2.3.3	Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Raubtiere	136
4.2.3.3.1	Hunde.....	136
4.2.3.3.2	Füchse.....	140

4.2.3.3.3 Hauskatzen	141
4.2.3.3.4 Großkatzen.....	142
4.2.3.3.5 Ohrenrobber	146
4.2.3.3.6 Großbären	148
4.2.3.3.7 Nasenbär	150
4.2.3.4 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Rüsseltiere	151
4.2.3.4.1 Elefanten	151
4.2.3.5 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Menschenaffen	154
4.2.3.5.1 Menschenaffen	154
4.2.3.5.2 Meerkatzenverwandte	155
4.2.3.6 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Beuteltiere	158
4.2.3.6.1 Kängurus	158
4.2.3.7 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte	159
4.2.3.7.1 Nagetiere	159
4.2.3.7.2 Hasenverwandte.....	161
4.2.3.8 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Klasse Vögel	162
4.2.3.8.1 Taubenvögel.....	162
4.2.3.8.2 Entenvögel	163
4.2.3.8.3 Papageien	163
4.2.3.8.4 Greifvogel	165
4.2.3.8.5 Flachbrustvögel	166
4.2.3.9 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Klasse Reptilien	167
4.2.3.9.1 Schuppenkriechtiere	167
4.2.3.9.2 Krokodile	168

4.2.4	Futter- und Wasserversorgung.....	170
4.2.4.1	Paarhufer.....	171
4.2.4.2	Unpaarhufer.....	173
4.2.4.3	Raubtiere.....	174
4.2.4.4	Rüsseltiere.....	175
4.2.4.5	Herrentiere.....	176
4.2.4.6	Beuteltiere.....	176
4.2.4.7	Nagetiere und Hasenverwandte	176
4.2.4.8	Vögel.....	177
4.2.4.9	Reptilien.....	178
4.2.5	Gesundheitszustand	179
4.2.5.1	Ernährungszustand.....	179
4.2.5.2	Körperoberflächen	181
4.2.5.2.1	Frische Verletzungen	181
4.2.5.2.2	Auffällige Vernarbungen.....	182
4.2.5.2.3	Hautveränderungen.....	182
4.2.5.2.4	Gescheuerte Körperstellen.....	183
4.2.5.2.5	Sonstige gesundheitliche Auffälligkeiten der Körperoberflächen	184
4.2.5.3	Bewegungsapparat.....	184
4.2.5.3.1	Lahmheiten.....	184
4.2.5.3.2	Veränderungen an den Endgliedmaßen.....	185
4.2.5.3.3	Hufe oder Klauen	185
4.2.5.3.4	Durchtrittigkeit	186
4.2.5.3.5	Sonstige Abweichungen	187
4.2.5.4	Sonstige gesundheitliche Auffälligkeiten	187
4.2.5.4.1	Veränderungen an den Augen	187
4.2.5.4.2	Sonstige Veränderungen.....	188
4.2.6	Verhalten.....	189
4.2.6.1	Stereotypien.....	189
4.2.6.1.1	Stereotypien bei Elefanten	189

4.2.6.1.2 Stereotypien bei Großkatzen	190
4.2.6.1.3 Stereotypien bei Großbären	190
4.2.6.1.4 Stereotypien bei Pferden	190
4.2.6.2 gesteigertes Aggressionsverhalten	191
4.2.6.3 Explorations-, Spiel- und Sozialverhalten	192
4.2.6.4 Andere Verhaltensauffälligkeiten	192
4.2.7 Beschäftigung der Tiere	194
4.2.7.1 Zirkusvorstellungen.....	194
4.2.7.2 Training.....	197
4.2.7.3 Sonstige Beschäftigungen	198
5 Diskussion	199
5.1 Kritik der Methoden	201
5.1.1 Zirkusauswahl	201
5.1.2 Datenerfassungen.....	201
5.1.3 Tiere und deren Haltungsbedingungen	202
5.2 Ergebnisse.....	205
5.2.1 Zirkuskontrollen.....	205
5.2.2 Haustiere und Wildtiere im Zirkus	206
5.2.3 Haltungsbedingungen der Zirkustiere	208
5.2.3.1 Haltungsbedingungen der Grundhaltungen	209
5.2.3.2 Haltungsbedingungen der zusätzlichen Haltungen.....	210
5.2.3.3 Haltungsbedingungen von Wildtieren und Haustieren	211
5.2.3.4 Problemdarstellung - die Haltung von Pferden	212
5.2.3.5 Problemdarstellung - die Haltung von exotischen Wildtieren, insbesondere Giraffen.....	214
5.2.3.6 Problemdarstellung - die Haltung von Großkatzen und Großbären	216
5.2.4 Lebensraumbereicherungen und Beschäftigungen.....	217
5.2.4.1 Ausgestaltung und „Environmental Enrichment“	217
5.2.4.2 Fütterung und „Feeding Enrichment“	220
5.2.4.3 Dressurarbeit als Beschäftigung	223

5.2.4.4 Zirkusvorstellung.....	223
5.2.4.5 Stereotypen.....	225
5.2.5 Kritikpunkte und Ausblick	227
<u>6 Zusammenfassung</u>	<u>231</u>
<u>7 Summary</u>	<u>233</u>
<u>8 Literaturangaben.....</u>	<u>235</u>
8.1 Quellen	235
8.2 Gesetze und Verordnungen.....	261
<u>9 Anhang</u>	<u>264</u>

Tabellenverzeichnis

Tab. 1:	Betriebsgrößen von Zirkussen (n=25) anhand der Gesamtzahlen Tiere und Mitarbeiter	52
Tab. 2:	Vorhandensein eines Tierbestandsbuches	58
Tab. 3:	Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Paarhufer in 25 Zirkussen (100%)	63
Tab. 4:	Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Unpaarhufer in 25 Zirkussen (100%)	65
Tab. 5:	Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Raubtiere in 25 Zirkussen (100%)	66
Tab. 6:	Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Rüsseltiere in 25 Zirkussen (100%)	68
Tab. 7:	Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Herrentiere in 25 Zirkussen (100%)	69
Tab. 8:	Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Beuteltiere in 25 Zirkussen (100%)	70
Tab. 9:	Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte in 25 Zirkussen (100%)	71
Tab. 10:	Gesamtvorkommen von Tieren der Klasse Vögel in 25 Zirkussen (100%).....	73
Tab. 11:	Gesamtvorkommen von Tieren der Klasse Reptilien in 25 Zirkussen (100%).....	75
Tab. 12:	Haltungsbedingungen von Kamelen (Anzahl der Tiere / Haltungen)	82
Tab. 13:	Haltungsbedingungen von Hornträgern (Anzahl der Tiere / Haltungen)	84
Tab. 14:	Haltungsbedingungen von Giraffen (Anzahl der Tiere / Haltungen)	85
Tab. 15:	Haltungsbedingungen von Schweinen (Anzahl der Tiere / Haltungen)	86
Tab. 16:	Haltungsbedingungen von Flusspferden (Anzahl der Tiere / Haltungen)	87
Tab. 17:	Haltungsbedingungen von Pferdeartigen (Anzahl der Tiere / Haltungen)	88
Tab. 18:	Haltungsbedingungen von Nashörnern (Anzahl der Tiere / Haltungen)	90
Tab. 19:	Haltungsbedingungen von Hundeartigen (Anzahl der Tiere / Haltungen)	91
Tab. 20:	Haltungsbedingungen von Katzenartigen (Anzahl der Tiere / Haltungen)	93
Tab. 21:	Haltungsbedingungen von Ohrenrobben (Anzahl der Tiere / Haltungen)	94
Tab. 22:	Haltungsbedingungen von Groß- und Kleinbären (Anzahl der Tiere / Haltungen)	95

Tab. 23:	Haltungsbedingungen von Elefanten (Anzahl der Tiere / Haltungen)	96
Tab. 24:	Haltungsbedingungen von Menschenaffen und Meerkatzenverwandten (Anzahl der Tiere / Haltungen)	98
Tab. 25:	Haltungsbedingungen von Kängurus (Anzahl der Tiere / Haltungen)	100
Tab. 26:	Haltungsbedingungen von Nagetieren und Hasenverwandten (Anzahl der Tiere / Haltungen)	101
Tab. 27:	Haltungsbedingungen von Taubenvögeln (Anzahl der Tiere / Haltungen)	103
Tab. 28:	Haltungsbedingungen von Entenvögeln (Anzahl der Tiere / Haltungen)	104
Tab. 29:	Haltungsbedingungen von Papageien (Anzahl der Tiere / Haltungen)	105
Tab. 30:	Haltungsbedingungen eines Greifvogels (Anzahl der Tiere / Haltungen)	106
Tab. 31:	Haltungsbedingungen von Flachbrustvögeln (Anzahl der Tiere / Haltungen)	107
Tab. 32:	Haltungsbedingungen von Schuppenkriechtieren (Anzahl der Tiere / Haltungen)	108
Tab. 33:	Haltungsbedingungen von Krokodilen (Anzahl der Tiere / Haltungen)	109
Tab. 34:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Altweltkamele	115
Tab. 35:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grundhaltungen der Neuweltkamele	118
Tab. 36:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von zusätzlichen Haltungen der Neuweltkamele	119
Tab. 37:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Schafe und Ziegen	122
Tab. 38:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Pferde und Ponys	130
Tab. 39:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Esel, Maulesel und Maultiere	133
Tab. 40:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Hunde	138
Tab. 41:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grundhaltungen der Großkatzen	143
Tab. 42:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von zusätzlichen Haltungen der Großkatzen	144
Tab. 43:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Ohrenrobben	147
Tab. 44:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Großbären	149
Tab. 45:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grundhaltungen der Meerkatzenverwandten	156
Tab. 46:	Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von zusätzlichen	

	Haltungen der Meerkatzenverwandten	156
Tab. 47:	Auftritte von Tieren in besuchten Zirkusvorstellungen (Paarhufer, Unpaarhufer, Raubtiere)	195
Tab. 48:	Auftritte von Tieren in besuchten Zirkusvorstellungen (Rüssel-, Herren-, Beutel-, Nagetiere, Hasenverwandte, Vögel, Reptilien)	196
Tab. 49:	Tierbestände einzelner Zirkusse	270

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Anzahl der Gastiertage	60
Abb. 2:	Mäßiger bis schlechter Ernährungszustand	180
Abb. 3:	FrISChe Verletzungen	181
Abb. 4:	Auffällige Vernarbungen.....	182
Abb. 5:	Gescheuerte Körperstellen.....	183
Abb. 6:	Mäßige bis starke Lahmheiten	184
Abb. 7:	Zu lange Hufe / Klauen	186

1 Einleitung

Die Haltung und Dressur von Tieren im Zirkus steht immer wieder im Blickpunkt öffentlicher Diskussionen. Insbesondere von Wildtieren wird angenommen, dass sie aufgrund fehlender entwicklungsgeschichtlicher Anpassung besonders hohe Ansprüche an ihre Unterbringung, Betreuung und Ernährung stellen. Auch nach Meinung von vielen Experten lassen sich gerade die Bedürfnisse von Wildtieren nur schwer mit der Flexibilität reisender Zirkusunternehmen befriedigen (DEUTSCHER BUNDESTAG 2006). Aus diesem Grund wird immer wieder auf zu erlassene Verbote zur Haltung von Wildtieren gedrängt. So forderte bereits 2003 der Bundesrat die Bundesregierung auf, das Mitführen von Tieren wild lebender Arten, insbesondere Elefanten, Großbären und Affen in Zirkusbetrieben gesetzlich zu unterbinden (LANDTAG RHEINLAND-PFALZ 2004).

Die Schaffung und Beurteilung von Haltungsbedingungen der Zirkustiere erfolgt auf der Grundlage von Empfehlungen, die jedoch keinen rechtsverbindlichen Charakter besitzen. Da trotz vieler wissenschaftlicher Ansätze derzeit keine allgemeingültigen Kriterien zur Messbarkeit von Wohlbefinden oder Leiden von Tieren existieren, (WECHSLER 1993) werden die dort definierten Mindestanforderungen gegenwärtig als maßgebend betrachtet. Teilweise wird jedoch angezweifelt, dass die vorhandenen Richtwerte den Grundbedürfnissen gerecht werden (KLUGE 2002).

Die anfängliche Intention in der vorliegenden Arbeit aufzuzeigen, welche Haltungsbedingungen für Wildtiere in deutschen Zirkussen bestehen und wie diese sich auf das Wohlbefinden und Verhalten auswirken, wurde in ihrer ursprünglichen Form nicht beibehalten. Denn obgleich Wildtiere, insbesondere solche exotischer Arten, besondere Ansprüche an ihre Haltungsumwelt stellen, sollte man ihnen keinen moralisch höheren Status als domestizierten Tieren zuteil werden lassen (RICHTER 1999). Somit wurden schließlich die Haltungsbedingungen der gesamten gewerblich mitgeführten Tierbestände aus 25 verschiedenen Zirkussen, die in Deutschland gastierten, dokumentiert.

Ziel dieser Arbeit war es, anhand von einmaligen Erhebungen die verschiedenen Haltungsbedingungen der in den Zirkussen angetroffenen Tierarten darzustellen und zusammenzufassen. Anschließend wurden die Ergebnisse mit den derzeit vorliegenden Haltungsempfehlungen verglichen. Dabei sind vor allem die Einhaltung quantitativer Bedingungen (Abmessungen der Tierhaltungen) aufgenommen worden. Diese stellen neben den qualitativen Voraussetzungen ein Hauptmerkmal tiergerechter Haltung dar.

2 Literatur

2.1 Definitionen

2.1.1 Definition Zirkus

Der deutsche Begriff „Zirkus“ wird offensichtlich von dem lateinischen Wort „circus“ (Kreis) oder dem griechischen Wort „kirkos“ (Ring) abgeleitet. Die lateinische, bzw. englische Form „circus“ wird heute wiederum in Deutschland häufig in Verbindung mit Eigennamen verwendet (PARASCHKEWOW 2004).

Die Internationale Vereinigung der Zirkushistoriker (International Association of Circus Historians) definiert nach SCHULZ et al. (1988) den Begriff „Zirkus“ als eine „Veranstaltungsform eines künstlerisch gestalteten Programms mit musikalischer Begleitung, das getragen wird von equestrierten Darbietungen, akrobatischen Nummern, Clownerie und Dressuren gezähmter und domestizierter Tiere innerhalb einer runden oder ovalen Vorführungsfläche, die zumeist von einer Piste umschlossen wird“. Diese Zirkusinterpretation wird in MEYERS LEXIKON ONLINE (2008) des Weiteren in wichtigen Punkten dadurch ergänzt, dass Zirkusse hauptsächlich mobile Unternehmen sind, die ihre mitgeführten Tiere neben den Dressurdarbietungen auch zur Schau stellen.

SAXON et al. (2008) stellen die Herkunft und Bedeutung des Wortes „Circus“ stärker in den Vordergrund und definieren Zirkus als „eine Unterhaltungsform oder ein Schauspiel, welche(s) üblicherweise aus Tierdressuren und dem Vorführen von menschlichem Geschick und waghalsigen Künsten zusammengesetzt ist“ ... „und ist auf den unverwechselbaren Ort der Präsentation zurückzuführen - die Manege, eine kreisförmige Präsentationsarena, üblicherweise mit einer Bande als Begrenzung. Sie wird üblicherweise umschlossen von einem Zirkuszelt, welches die Manege mit Sitzreihen für die Zuschauer umgibt“.

Als eine „Einheit der Vielfalt“ beschreibt KUSNEZOW (1970) den Zirkus. Der Zirkus fügt seiner Meinung nach Darbietungen, die sich in Entstehung, Form, Charakter und Inhalt unterscheiden, zu einem Ganzen zusammen, wie Akrobatik und Clownerien, technische Attraktionen und Pantomimen, Reitkunst und Tierdressuren.

Die CIRCUS WORKING GROUP (1998), die sich mit den Lebensumständen von Zirkustieren beschäftigt, definiert die Bedeutung „Zirkus“ ausschließlich bezüglich der Tierhaltung als „ein Unternehmen, das permanent, saisonal oder befristet existiert, in dem wilde oder domestizierte Tiere gehalten oder zur Schau gestellt werden oder gänzlich, als auch vornehmlich zu Dressurleistungen mitgeführt werden.“

Eine ganz andere Betrachtungsweise, in die Tiere nicht mit einbezogen wird, hat KRAUSE (1969). Dieser leitet „Zirkus“ ausschließlich aus der ursprünglichen Herkunft des Wortes ab (lat. circus - Kreis, bzw. griech. kirkos - Ring) und definiert so einzig die Form des Gebäudes ohne den jeweiligen kulturhistorischen oder künstlerischen Inhalt und dessen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Im deutschen Tierschutzgesetz (2006) gehören Zirkusunternehmen zu Unternehmen, die „gewerbsmäßig Tiere zur Schau stellen“ (§ 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 d) (siehe Kapitel 2.3.1.2). In der am 20. März 2008 in Kraft getretene Zirkusregisterverordnung (siehe Kapitel 2.3.3) wird die Haltung von Zirkustieren unter „der Haltung von Tieren an wechselnden Orten“ kategorisiert.

Österreich hat in seinem Tierschutzgesetz vom 01. Januar 2005 eine eigene Darstellung vom „Zirkus“ aufgenommen: „eine Einrichtung mit Darbietungen, die unter anderem auf dem Gebiet der Reitkunst oder Tierdressur liegen und akrobatische Vorführungen, ernste und komische Schaunummern, Pantomimen sowie Tanz- und Musiknummern einschließen können“ (§ 4 Nr. 11).

Als Abgrenzung zum Zirkus wird im deutschen Bundesnaturschutzgesetz vom 25. März 2002 die Einrichtung „Zoo“ definiert als dauerhafte Einrichtung, in der lebende

Tiere wild lebender Arten zwecks Zurschaustellung während eines Zeitraumes von mindestens sieben Tagen im Jahr gehalten werden. Nicht darunter fallen Zirkusse (werden hier nicht weiter definiert), Tierhandlungen und Einrichtungen, in denen nicht mehr als fünf Tiere anderer wild lebender Arten gehalten werden.

Wie bereits in den dargestellten Definitionen erkennbar, wird das Wort „Zirkus“, bzw. „Circus“ vielfältig verwendet. So kann der Zirkus verschiedene Bauwerke oder Plätze aufweisen und sich in enormer Vielfalt präsentieren (DUPAVILLON 1982). Das hat zur Folge, dass eine eindeutige, unverwechselbare Definition des „Zirkus“ fehlt, insbesondere seit Beginn einer neuen Zirkusepoche Mitte der 70er Jahre (siehe Kapitel 2.2.4).

2.1.2 Definition Wildtiere

Die begriffliche Abgrenzung von Wildtieren und Haustieren erscheint auf den ersten Blick einfach zu sein. Manche Zuordnungen stellen sich jedoch als nicht unproblematisch dar. Beispielsweise die Fragestellung, ob ein im Zirkus gehaltenes Lama ein Haustier darstellt oder der in Pelzfarmen gezüchtete Fuchs noch immer zu den Wildtieren gehört.

Die Einteilung einzelner Tierarten zu Haus- oder Wildtieren erfolgt des Öfteren unter soziobiologischen Gesichtspunkten und nicht unter naturwissenschaftlichen Aspekten. Aufgrund dessen werden Zuordnungen bisweilen nach individuellen Vorstellungen vorgenommen, welche sich geographisch und kulturell stark unterscheiden können.

2.1.2.1 Begriffliche Abgrenzungen von Wildtieren und Haustieren

HERRE u. RÖHRS (1990) definieren „Haustiere als Teile von Wildarten, bei denen unter den veränderten Umweltbedingungen eines Hausstandes im Laufe von Generationen ein unerwarteter Reichtum an erblich gesteuerten

Entwicklungsmöglichkeiten zur Entfaltung kommt, den Menschen in Bahnen lenken, die ihnen zunehmend vielseitig Nutzen bringen oder besondere Freude bereiten“.

Haustiere werden als solche Tiere gesehen, die der Mensch zu seinem Vorteil hält und die in seiner Obhut leben. Zu Wildtieren hingegen werden Tiere gezählt, die in ihren Lebensäußerungen und ihrer Populationsdynamik vom Menschen weitestgehend unbeeinflusst bleiben (BENECKE 1994).

Auch GEISER (2006) sieht Wildtiere als „eigenständige Tiere, die ohne Zutun des Menschen in freier Wildbahn existieren und sich fortpflanzen können“. Diese Meinung wird dadurch ergänzt, dass sie nur dann Wildtiere sind, wenn Tiere dieser Art bereits seit Generationen in freier Natur ohne menschlichen Einfluss leben (GROUPE PARLEMENTAIRE DÉI GRÉNG 2003).

Verwilderungen von Haustieren zeigen, dass aus diesen Populationen keine echten Rückentwicklungen zum Wildtier stattfinden. Verwilderte Haustiere bleiben somit genetisch Haustiere (BENECKE 1994). ALLABY (1996) bezeichnet dagegen „jedes Tier, welches nicht domestiziert“ ist als Wildtier.

Das deutsche Tierschutzgesetz (2006) definiert den Begriff „Wildtier“ nicht. Im österreichischen Tierschutzgesetz vom 01. Januar 2005 werden jedoch Wildtiere als „alle Tiere außer Haus- und Heimtiere“ (§ 4 Nr. 4) charakterisiert, wobei diese dann taxativ aufgezählt werden (§ 4 Nr. 2 und 3).

2.1.2.2 Domestikation

Domestikation wird als allmähliche Umwandlung von Wildtieren zu Haustieren durch den Menschen gesehen (NACHTSHEIM u. STENGEL 1977), was jedoch nicht als Ereignis zu verstehen ist sondern als Vorgang (BENECKE 1994).

Der Begriff „Haustier“ wird von SAMBRAUS (2001) dem domestizierten Tier gleichgesetzt. Durch einen langen Prozess der Domestizierung werden meist zufällig ausgewählte Individuen von Wildtieren einer Population nach Generationen zu

Haustieren. Die Haustierwerdung erfolgt dabei durch selektive Zuchtauswahl über hunderte von Generationen (BEAVER 1994). Die meist wenigen, entnommenen Individuen einer Wildtierpopulation stellen somit den Grundstock zur Bildung von neuen Haustierrassen (BENECKE 1994) dar. Daher sind nicht alle Vertreter einer Art zwangsläufig domestiziert. Infolgedessen, leben heute viele Arten domestiziert als Haustiere in enger Nutzungsbeziehung zu den Menschen, während Populationen der gleichen Ausgangsart noch in freier Wildbahn vorkommen.

Die Tiere erfahren durch den Einfluss des Menschen Veränderungen, die sich auf den gesamten Organismus beziehen (HERRE u. RÖHRS 1971). Insbesondere Körpergröße, -gestalt und -decke können stark von den Merkmalen der Ursprungsart abweichen. Neben der Entwicklung von leistungsfähigeren Verdauungstrakten und gesteigerter Fruchtbarkeit, nimmt die Gehirngröße von Haustieren tendenziell ab (HERRE u. RÖHRS 1971, 1990; BENECKE 1994). Auch HAFEZ (1969) ist der Meinung, dass die zielgerichtete Zucht durch den Menschen neben den morphologischen und physiologischen Eigenschaften das Verhalten der Tiere ändert. In den meisten Fällen kommt es zu einer Reduktion des Verhaltensrepertoires (HERRE u. RÖHRS 1990). HEMMER (1983) beschreibt in diesem Zusammenhang, dass eine Verarmung der „Merkwelt“ der Tiere mit der Domestikation einhergeht. Diese „Merkwelt“ beinhaltet für ihn die Gesamtheit der Wahrnehmung und der Bewertung von Bestandteilen, Eigenschaften und Vorgängen der Umwelt eines Tieres.

Neben dem Halten traditioneller Haustiere, wie beispielsweise dem Haushund oder dem Hausschwein, gibt es gegenwärtig Domestikationsversuche mit Tierarten, die bisher als noch nicht domestiziert gelten. Diese Erscheinungsform wird in der Literatur als „Neudomestikation“ bezeichnet und stellt eine Art Übergangsform zwischen Wild- und Haustier dar (HERRE u. RÖHRS 1990). Seit einigen Jahren und Tiergenerationen werden beispielsweise Nage- oder Raubtiere für Pelzproduktionen in Farmen gezüchtet oder Strauße als Fleischlieferant gehalten und initiieren somit möglicherweise die Domestikationen neuer Tierarten.

In der vorliegenden Arbeit wurden die angetroffenen Tiere anhand von tierartlich durchlaufender, bzw. nicht durchlaufender Domestikation in „Haustiere“, „Wildtiere“ oder „neudomestizierte Tiere“ eingeteilt.

2.1.2.3 Zähmung

Als eine Vorstufe der Domestikation wird häufig die Zähmung angesehen (HERRE u. RÖHRS 1990; BENECKE 1994).

Bei der Zähmung werden die Fluchttendenzen und negativen Reaktionen eines Tieres gegenüber Menschen allmählich abgebaut und ausgeschaltet. Der Zustand der Zahmheit ist erreicht, wenn die Fluchttendenzen verschwunden sind und mitunter sogar eine positive Beziehung zu einem (oder mehreren) Menschen vorhanden ist (IMMELMANN 1982).

Die Zähmung ist jedoch nicht als unbedingte Voraussetzung für Domestikation zu sehen (BENECKE 1994; BAIER 1951; GEISER 2006). Indische Arbeitselefanten, aus der Wildnis gefangen und gezähmt, sind auch über die Jahrtausende nicht domestiziert worden. Im Gegenzug ist die Wildheit das Zuchtziel einiger Haustiere, wie beispielsweise bei den spanischen Kampfrindern (BENECKE 1994).

Somit können wilde, verwilderte oder domestizierte Tiere gezähmt werden (BEAVER 1994). Auch SAMBRAUS (2001) sieht gefangene und gezähmte Wildtiere, auch wenn sie sich schon seit Generationen in Gefangenschaft befinden, nicht als Haustiere, solange sie sich nicht in erblichen Merkmalen von der Ausgangsform unterscheiden.

Durch eine haustierähnliche Haltung werden Wildtiere im Zirkus häufig irrtümlich den Haustieren zugeordnet. Trotz ihrer Zahmheit und Dressiertheit bleiben sie jedoch Wildtiere (HERRE u. RÖHRS 1990).

2.1.2.4 Einheimische und exotische Tiere

Vielfach wird der Begriff „Wildtier“ nicht nur allgemein verwendet, sondern es wird unterschieden zwischen einheimischen und exotischen Wildtieren. Auch KROHN (2000) unterscheidet in seiner Arbeit zwischen Wildtieren einheimischer und exotischer Arten.

Das aus dem Griechischen kommende Wort „exotisch“ steht für alles Fremdartige und bringt die Herkunft aus fernen Ländern zum Ausdruck (MEYERS LEXIKON ONLINE 2008). Auch ALLABY (1996) bezeichnet exotische Tiere als solche, die in dem jeweils betrachteten Land nicht einheimisch sind. So werden etwa Schwarz- oder Rotwild, als auch Feldhase oder Ringeltaube selbstredend als einheimisches Wild in Deutschland angesehen, während zweifelsohne Löwen oder Schimpansen den exotischen Wildtieren zugeordnet werden.

Auch Haustiere lassen sich in einheimische und exotische Spezies unterteilen. So sind in unseren Breitengraden Vertreter der Familie Kamele als Haustiere eher unüblich und werden häufig als Exoten erachtet. Hingegen sind bei Bewohnern der Wüsten- und Halbwüstenregionen Kamele als Haustiere stark verbreitet (BENECKE 1994).

2.1.2.5 Nutztiere

Neben den Begriffen Wild- und Haustier wird häufig auch der Begriff „Nutztier“ verwendet. Dieser entstammt aus der Art und dem Zweck der Haltung und läuft quer zu den Begriffen „Wildtier“ und „Haustier“. Nutztiere können demnach Haustiere oder Wildtiere darstellen, sie werden jedoch stets aufgrund wirtschaftlicher Interessen gehalten (GEISER 2006).

Einheimische, wirtschaftlich genutzte Wildtiere stellen beispielsweise die zur Jagd abgerichteten Greifvögel dar. Indische Elefanten sind in ihrer Heimat einheimische Nutztiere, die als Lastenträger, Reittier oder für Holzfällerarbeiten herangezogen werden (BENECKE 1994).

Auch Zirkustiere lassen sich neben ihrer häufig diskutierten Gruppierung zu Wild- oder Haustieren den Nutztieren zuordnen. Sie tragen oft maßgeblich durch ihr „zur Schau stellen“ und dem Vorführen in der Manege zum finanziellen Einkommen des Zirkus bei.

2.2 Zirkusgeschichtlicher Überblick in Europa

2.2.1 Vorläufer des Zirkus

Das Interesse für Tiere besteht schon seit frühester Menschheit. Wenngleich vor Jahrtausenden der Nutzen des Tieres im Mittelpunkt stand, sei es als Jagdhelfer, Fleischlieferant oder Wächter von Hab und Gut. Es existieren bereits aus der Zeit vor Christus Aufzeichnungen darüber, dass sich schon damals Veranstaltungen mit Tieren zum Amüsement von Menschen oder dem Abrichten von Tieren zur Arbeit in vielen Teilen der Welt ereigneten.

In besonders großem Ausmaß fanden Inszenierungen zur Zeit des Römischen Reiches statt. Die großen Arenen des Römischen Imperiums stellten aus heutiger Sicht Vorreiter der Zirkusse dar. Bereits im 7. Jahrhundert vor Christus wurde der Schauplatz des später ernannten „Circus Maximus“ in Rom für Wettkämpfe genutzt. Seine volle Funktionsfähigkeit erhielt der „Circus“ mit der Errichtung von Ställen und weiterer architektonischer Ausgestaltung. Die somit entstandene Arena, als auch weitere Arenen an anderen Plätzen in Rom und im Römischen Reich, boten einer Vielzahl von Menschen die Möglichkeit, an gezeigten Sensationen und Spielen teilzuhaben. Dem Volk wurden Wagen- und Pferderennen, aber auch Gladiatorenkämpfe und das Nachstellen von Schlachten sowie sportliche Wettkämpfe und Tierhetzen geboten (SAXON et al. 2008). Auch öffentlich ausgeführten Hetzjagden zum Tode verurteilter Menschen konnten die Zuschauer beiwohnen.

Ab dem Mittelalter und der frühen Neuzeit reisten Unterhaltungskünstler als „fahrendes Volk“ durch die Lande. Erzähler, Sänger, Schauspieler, Zauberkünstler, Kunstreiter, Akrobaten, Gaukler oder Narren versuchten durch gezeigte Darbietungen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch einzelne „exotische“ Tiere, wie etwa Bären, wurden mitgeführt und zur Schau gestellt.

2.2.2 Gründungsjahre des Zirkus

Obgleich seit Jahrtausenden bereits zirzensische Künste gezeigt wurden, spricht man die Erfindung des Zirkus dem englische Offizier Philip Astley (1742 - 1814) zu (SCHMITT u. DEGENER 1991). 1768 gründete Astley eine Reitschule in London, in der er nicht nur militärischen Reitunterricht gab, sondern auch Pferdevorfürungen zur Unterhaltung des Publikums präsentierte (GÜNTHER u. WINKLER 1986). Anfangs fanden die Shows, in denen hauptsächlich Kunstreitereien aufgeführt wurden, noch in einem Freilichttheater mit rechteckiger Reitbahn statt, später ließ er die „Riding School“ überdachen. Aufgrund der Vielzahl zahlungswilliger Besucher ergänzte Astley die Kunstreiterei mit anderen Darbietungen. Deshalb stellte er Künstler ein, die nun auch Akrobatik ohne Pferde sowie Clownerie, Pantomime, Feuerwerk, Wasserspiele, Automaten und Zauberkunst vorführten.

Obwohl bereits früher Künstler ihr Können bei Reitveranstaltungen vorstellten, auch in Form einer bereits runden Arena (SAXON et al. 2008), betrieb jedoch Astley als erster diese Programmkonzeption systematisch (KRUG et al. 2005) und fügte die vielen verschiedenen Darbietungen zu der „typischen Einheit der Vielfalt“ zusammen. Astley selber verstand seine Kunstdarbietungen eher als Theater, dem Begriff „Zirkus“ widersetzte er sich zeitlebens (GÜNTHER u. WINKLER 1986).

Als Astleys Reitschule das zweite Mal nieder brannte, errichtete er 1803 in London ein großes Theater (MACHO 2001), welches bereits mit Manege, Bühne und Orchestergraben ausgestattet war. Die Manege entsprach mit etwa 13 Metern Durchmesser bereits der Größe vieler unserer heutigen Manegen. Die runde Form erleichtert den Reitern durch die Zentrifugal- und Zentripetalkräfte auf dem Pferderücken zu bleiben (SAXON et al. 2008). Zusätzlich ermöglicht sie dem Publikum einen guten Blick auf die gezeigten Darbietungen (BOSE u. BRINKMANN 1978).

Bereits zu dieser Zeit stand Astleys Theater in Konkurrenz mit dem „Circus Royal“, der 1782 nur unweit seines Amphitheaters eröffnet wurde (MACHO 2001; GÜNTHER

u. WINKLER 1986). Sein ehemaliger Mitarbeiter Charles Hughes (1747 -1797) war es, der mit dem „Circus Royal“ erstmalig den Begriff „Circus“ in Bezug auf die neu entstanden Unterhaltungsform nutzte.

Aufgrund seines großen Erfolges bei Auslandsgastspielen am französischen Königshof eröffnete Astley 1782 in Paris das „Amphitheatre Anglois“. Während der Unruhen der Französischen Revolution verließ Astley 1793 Frankreich und der italienische Vogeldresseur Antonio Franconi (1737 - 1836) übernahm Astleys Amphitheater, das er unter seiner Führung zu großem Ruhm brachte (SAXON et al. 2008; GÜNTHER u. WINKLER 1986). Die Weiterentwicklung der Zirkuskunst in Europa verlagerte sich nun weitestgehend von England nach Frankreich (MACHO 2001).

Regelmäßig wurden weitere Zirkusbauten errichtet. Allein Astley errichtete sowohl in England, als auch im Ausland insgesamt 19 verschiedene, stationäre Zirkusse (SAXON et al. 2008; JOHNSON 1994). Indessen wurden Zirkusse mit ihren vielfältigen Künsten als kulturelle und ästhetisch wertvolle Unterhaltung angesehen. So kam es, dass sich neben festen, stationären Zirkusbauten auch zunehmend Wanderzirkusse etablierten (SCHMITT u. DEGENER 1991), um dem Volk fernab der Städte Zirkusbesuche zu ermöglichen. Der Zirkus entwickelte sich von der Darbietung theatralischer Künste, die nur den Reichen vorbehalten waren, zur abwechslungsreichen Unterhaltung, die auch für die arme Landbevölkerung erschwinglich war. Zudem stellte die Zirkuskunst eine rein visuelle Form der Unterhaltung dar, die keinen Sprachbarrieren unterlag und sich somit in der Bevölkerung auch über Landegrenzen hinaus ausbreiten konnte (NOEL 2008).

Etwa zur gleichen Zeit reisten eine große Zahl von Menagerien (Tierschauen) mit einzelnen oder wenigen Tieren durch die Lande. Aufgrund des großen Zuspruchs durch die Bevölkerung entstanden ab Beginn des 19. Jahrhunderts immer größere Menagerien, die einen immer vielfältigeren Tierbestand mit sich führten (HAARHAUS 1906). Nach HACHET-SOUPLET (1898) wurden die fremdartigen Tiere in den

„Zoologischen Etablissements“ dem staunenden Publikum zur Schau gestellt. Bald wurden immer gefährlichere Tiere gebändigt und dem Zuschauer dressiert vorgeführt (KRUG et al. 2005). Schließlich wurden auch in den Zirkussen vermehrt Tierdressuren präsentiert und Tiere zur Schau gestellt, was dazu führte, dass sich die beiden Institutionen Zirkus und Menagerie häufig nicht mehr eindeutig voneinander abgrenzen ließen und die Menagerien sich zu Zirkussen umwandelten (NAGEL 2008).

Die erste Tierdressur, die im Rahmen von Zirkusaufführungen stattfand, wird dem Franzosen Henri Martin (1793 - 1882) zugeschrieben. Der Tierdresser führte nachweislich 1831 das erste Mal eine Raubtierdressur auf (GÜNTHER u. WINKLER 1986). Kurz darauf wurde der Amerikaner Isaac A. Van Amburgh (1801 - 1865) berühmt, der angeblich als erster seinen Kopf in das Maul eines Löwen steckte (SAXON et al. 2008).

Die ersten Wanderzirkusse traten noch nicht in eigenen Zirkuszelten auf. Sie nutzten in den Gastierorten vorhandene Arenen oder andere Gebäude oder besaßen eigene, demontierbare Holzbauten. Erst um 1825 kamen Zirkuszelte, welche von dem amerikanischen Zirkusdirektor J. Purdy Brown (SAXON et al. 2008) erfunden wurden, auch in Europa zum Einsatz.

Obwohl die Gründung der Unterhaltungsform Zirkus dem Briten Philip Astley bereits im Jahre 1768 nachgesagt wurde und sein Konkurrent Hughes mit dem „Circus Royal“ das erste Mal den Begriff „Circus“ gezielt nutzte, erfolgte die definierte Namensgebung „Circus“, bzw. „Zirkus“ jedoch später. Erst Anfang des 19. Jahrhunderts in Frankreich sprach man von den „circensischen Künsten“, als dort versucht wurde, Theater und Zirkus miteinander zu verbinden (BOSE u. BRINKMANN 1978; SCHULZ et al. 1988).

2.2.3 Weiterentwicklung der Zirkuskunst

In Frankreich entwickelte sich Mitte des 19. Jahrhunderts die Zirkuskunst verstärkt zu Theateraufführungen mit zirzensischen Einflüssen (siehe Kapitel 2.2.2). So verlagerte sich die Weiterentwicklung der Zirkuskunst, wie wir sie heute verstehen, nach Deutschland. Statt aufwändiger Inszenierungen, die zumeist eine fortlaufende Handlung darstellten, wurden Auftritte verschiedener Künstler aneinandergereiht ohne einen bestimmten Handlungsverlauf zu verfolgen (THOMAS 2002).

Zu dieser Zeit erlangten auch bemerkenswert viele Zirkusfamilien große Berühmtheit. Kinder wurden, wie noch heute, schon seit frühester Kindheit trainiert, um sich die Geschicke der Zirkuskünste anzueignen. Jede Generation gab ihr Können an die folgenden Familiengenerationen weiter, so wie es heute noch immer in vielen Zirkussen üblich ist (SAXON et al. 2008).

In Deutschland sorgte vor allem Ernst Jakob Renz (1815 - 1892) mit seinem „Circus Renz“ für neue Impulse. Er unterhielt mehrere Zirkusse in großen Städten wie Berlin, Bremen, Hamburg, Breslau und Wien. Nach dem finanziellen Bankrott des „Circus Renz“ im Jahre 1897 prägten weitere große Zirkusdirektoren die Weiterentwicklung des Zirkus. Zirkusdirektoren wie Carl Hagenbeck (1844 - 1913), Paul Vincenz Busch (1850 - 1927), Hans Stosch-Sarrasani (1873 - 1934) oder Carl Krone (1870 - 1943) bauten Zirkusse auf, die teilweise bis in das heutige Zeitalter durch die Führungen von weiteren Generationen erhalten wurden. Die Zirkusse zeichneten sich schon in dieser Zeit durch immerwährende Sensationen, größere Artisten- und Dressurgruppen, exotischere Tiere und bessere Techniken aus (KRUG et al. 2005) als andere, oft kleinere Unternehmen.

Zusätzlich gewannen im Laufe des 19. Jahrhunderts auch die „Völkerschauen“ und „Freak Shows“ an Beliebtheit. Fremdländische oder körperlich als nicht normal empfundene Menschen wurden dem sensationslüsternen Publikum zur Schau gestellt.

Besonders Carl Hagenbeck war in Deutschland bekannt für seine Inszenierungen von Völkerschauen. Die ausgestellten Menschen warb er auf Expeditionen in fernen Ländern an, welche er zum Fang neuer Tiere für seinen Tierhandel durchführte (DREESBACH 2005).

Anregungen für weitere Entwicklungen der Zirkusse kamen nun auch aus den USA nach Europa. So kam es, dass sich insbesondere der „Circus Sarrasani“ von der Technik und Reklame des amerikanischen Großzirkus „P. T. Barnum`s Circus“ beeinflussen ließ. Noch heute gilt „Ringling Bros. and Barnum & Baileys“ als der größte Zirkus der Welt (KRUG et al. 2005).

Der 1. Weltkrieg und deren drauffolgenden Jahre forderten die Schließung vieler Zirkusbetriebe. Nach den wirtschaftlich schwachen Jahren jedoch schloss sich in Deutschland eine Epoche politischer und wirtschaftlicher Stabilisierung an. Die Bevölkerung hatte wieder Geld zur Verfügung, welches sie großzügig in Freizeit und Vergnügen investierte, so dass viele neue Zirkusse entstehen konnten. Besonders Zirkusse wie „Sarrasani“ und „Krone“ erlebten große Berühmtheit, weit über Deutschland hinaus. Die Zirkusse übertrafen sich zudem mit Vorstellungen, die immer risikoreichere Höchstleistungen boten und dem Publikum stets als neue und noch nie da gewesene Sensationen präsentiert wurden (EUROPÄISCHES PARLAMENT 2003). Es war die Zeit der „goldenen Jahre“ (HANKE u. KRAUSE 1971). In dieser Zeit verdienten jedoch hauptsächlich die Zirkusdirektoren viel Geld, sie entwickelten sich zu kapitalistischen Unternehmern, welchen die Ausbeutung der angestellten Künstler nachgesagt wurde (GÜNTHER u. WINKLER 1986; KUSNEZOW 1970). Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 führte erneut zur Aufgabe vorher erfolgreicher Zirkusse.

Der 2. Weltkrieg mit seinen Zerstörungen, Morden, Verboten und Einschränkungen wirkte sich insbesondere auch auf die Zirkusse aus und beendete abermals das Bestehen vieler Zirkusunternehmen.

Nach dem 2. Weltkrieg herrschte bei den Überlebenden der deutschen Bevölkerung ein großer Drang nach Unterhaltung. Die Menschen wollten sich wieder vergnügen, auch um sich vom allgegenwärtigen, grausamen Alltag ablenken (GÜNTHER u. WINKLER 1986). Dies führte dazu, dass durch die große Nachfrage nicht nur viele zerstörte Zirkusse wieder aufgebaut, sondern auch eine Vielzahl neuer Zirkusse gegründet wurden. So konnte einige Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges die Rekordzahl von 170 Zirkussen in Deutschland verzeichnet werden. Die Zirkusunternehmen mussten sich jedoch auch gegen völlig neue Konkurrenten durchsetzen. Die Unterhaltungsindustrie bot nun einer breiten Bevölkerung Freizeitmöglichkeiten an, die bisher nur wenigen Menschen zugänglich gewesen waren. Das Hören von Radiosendungen und Besuchen von Tanzlokalen amüsierte die Menschen zu der Zeit eher, als der klassische Zirkus, der unmodern zu sein schien. Aufgrund dessen wurden Zirkusse neu präsentiert. Die Direktoren versuchten in großen, pompösen Shows, Eisrevuen, Rennbahnzirkus und anderen internationalen und sensationellen Darbietungen wieder einen modernen und ertragreichen Zirkus zu bieten. Dem Publikum wurde auf diese Weise ein abwechslungsreiches Programm geboten, welches sich jedoch in den sechziger Jahren wieder in Richtung des klassischen Zirkus konzentrierte (GÜNTHER u. WINKLER 1986).

Ein weiterer Einschnitt durch die Unterhaltungsindustrie erfolgte Ende der sechziger Jahre, als in der Bundesrepublik Deutschland einer immer größer werdenden Personenzahl nun die Nutzung des Fernsehens, der Besuch von Kinovorstellungen oder Vergnügungsparks, als auch weitere Freizeitangebote ermöglicht werden konnte. Dies war abermals die Ursache zahlreicher Schließungen, hingegen andere Zirkusse, deren Konzepte dem damaligen Zeitgeschmack des Publikums entsprachen, zu neuer Größe heranwachsen.

In der „Deutschen Demokratischen Republik“ verdrängte der Staatszirkus, der aus den drei Zirkussen „Aeros“, „Busch“ und „Berolina“ bestand, bis auf einige Ausnahmen private Zirkusunternehmen.

2.2.4 Eine neue Zirkusepoche

1976 war mit der Gründung des „Circus Roncalli“ von Bernhard Paul (geb. 1947) und Andrè Heller (geb. 1947) für den Zirkus eine neue Idee geboren. Der „Circus Roncalli“ vereinte nicht mehr die klassischen Elemente einer Zirkusvorstellung in seinem Programm (siehe Kapitel 2.1.1 u. 2.2.2) sondern bot vor allem Artistik in romantischem und nostalgischem Charakter. Dabei wurde mehr Wert auf Poesie als artistische Sensationen gelegt. Nach HOLBEIN (1978) griff der Zirkus auf die verlorenen Elemente der Theaterkunst zurück.

Die Darbietungen wurden nicht mehr nur als Aufeinanderfolge einzelner Nummern verstanden, sondern das ganze Programm als Gesamtstück gesehen. Auch die Musik stellte keine einfache Begleitung dar, sondern wurde speziell den einzelnen Szenen angepasst (KIEROMIN 2004). Tiere verschwanden aus dem Programm fast gänzlich. Es wurde zudem versucht auch außerhalb der Show eine illusionistische, poetische Atmosphäre zu schaffen. Dabei wurde besonders auf die Nähe zum Publikum geachtet: die Zuschauer wurden schon eingangs mit Konfetti bestreut und als Tiere verkleidete Menschen suchten den Körperkontakt der Zuschauer in den Sitzreihen (SCHRAMEK u. BILLIG 1983).

Im Jahr 1981 wurde mit der Varietè-Produktion „Flic Flac“ von André Heller sowie 1980 die Inszenierung von Harry Owens „Traumtheater Salome“ die „neue Zirkusidee“ zusätzlich vorangetrieben. Die erste Deutschlandtournee des berühmten, 1984 gegründeten, kanadischen „Cirque du Soleil“ fand erstmals zehn Jahre später statt.

SCHULZ et al. (1988) bezeichnen die gegenwärtige Epoche als „postmoderne Zirkuskunst“. Diese verbindet neue Ideen mit traditionellen Elementen unter Einbeziehung von Jahrmarktkünsten und vergessenen Gaukeleien.

Neben dem „neuen“ Zirkus wurden in den 70er Jahren Kinder- und Jugendzirkusse populär. Hier hatten Heranwachsende die Möglichkeit, zumeist in Projekten, einfache

zirkensische Künste einzustudieren. Mit der Heranführung von Kindern und Jugendlichen, die nicht aus Zirkusfamilien stammten, an das Erlernen einfacher Zirkuskünste, konnte der Zirkus seitdem auch als kulturpädagogische Arbeit mit unterschiedlichen Lernzielen begriffen werden (SCHNAPP u. ZACHARIAS 2000).

2.2.5 Deutsche Zirkusse heute

Die Zirkuswelt ist derzeit so vielfältig wie nie zuvor. Neben den klassischen Zirkussen ist der „neue, moderne Zirkus“ (siehe 2.2.3) eine feste Institution geworden. Er begeistert ein Publikum, welches möglicherweise früher nicht im Zirkus war.

Mittlerweile werden auch Elemente des „neuen Zirkus“ im Programm einiger klassischer Zirkusse mit aufgenommen. So ist es bei manchen, in der Regel größeren, Zirkussen inzwischen üblich zumindest während der Dauer von einer Saison unter einem Grundidee zu reisen. Der gewählten Thematik entsprechend werden die einzelnen, in sich geschlossen, Darbietungen in der Folge und Handlung weitestgehend aufeinander abgestimmt.

Zirkusse mit bewährtem Zirkusprogramm existieren häufig noch immer als familiäre Traditionsunternehmen. Neben der Führung ausschließlicher Familienunternehmen beschäftigen viele Zirkusse zusätzliche Mitarbeiter oder engagieren Künstler (Artisten, Tierlehrer u. a.), um die alltägliche Arbeit zu bewältigen oder dem Publikum ein abwechslungsreiches Programm zu bieten.

Demgegenüber stehen Zirkusse, die professionell organisiert werden, jedoch keinen familiären Hintergrund aufweisen (abgesehen der verwandtschaftlichen Verhältnisse der Mitarbeiter und Künstler untereinander). Insbesondere die „neuen“ Zirkusse zeigen oft nicht mehr die traditionelle Familienstruktur.

Die Zirkusse in Deutschland treten nicht mehr an nur einem festen Ort auf, sondern reisen durch die Lande, um zahlende Zuschauer für ihre Vorstellungen zu gewinnen.

Zusätzlich zur traditionellen „Zirkussaison“ werden saisonbedingte Weihnachtzirkusse und Zirkusfestivals organisiert, die teilweise länderübergreifend große Berühmtheit erlangt haben und durch die Medien verfolgt werden.

Auf der anderen Seite kämpfen viele, insbesondere kleinere, Zirkusse um soziale Anerkennung und finanzielles Überleben. Diese Zirkusse müssen oftmals auch in den Wintermonaten reisen, um durch Auftritte ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten und die laufenden Kosten decken zu können.

Neben der Darbietung von Zirkuskünsten in der Manege erzielen viele Zirkusbetreiber Einkünfte mit dem Verleih von Zirkuszelten und -technik, dem Organisieren von Dinnershows, mit Auftritten von Tieren und Artisten in anderer Umgebung sowie dem Angebot von Zirkusprojekten für Kinder und Jugendliche (siehe Kapitel 4.1.2).

Gegenwärtig gibt es keine klassischen Zirkusse in Deutschland, die eine feste Manege besitzen, in der sie das ganze Jahr über auftreten. Lediglich zur Winterzeit nutzen einige große Zirkusse die Möglichkeit, in ihrer eigenen oder einer angemieteten Manege an einem festen Ort auftreten zu können. Eine Winterpause, in der keine Vorstellungen stattfinden und die eher oft vom Wetter als von einem Datum abhängig ist, können sich nicht mehr viele Zirkusse leisten.

2.3 Rechtliche und andere Grundlagen zur Bewertung von Zirkustierhaltungen

Dieses Kapitel soll sowohl einen Einblick in die derzeit gültige Rechtsituation geben als auch Empfehlungen erläutern, die im Zusammenhang mit Zirkustierhaltungen in Deutschland derzeit vorliegen. Dabei wird sich auf die wichtigste und meist angewandte Literatur beschränkt. Eine Vielzahl weiterer Rechtsgrundlagen und Orientierungshilfen sind sowohl auf innergemeinschaftlicher als auch internationaler Ebene zu finden.

Aufgrund der Aktualität werden die Sachverhalte zum Zirkusregister (siehe Kapitel 2.3.3) eingehender dargestellt.

2.3.1 Gesetzgebungen zum Tierschutz im Zirkus

2.3.1.1 Tierschutz im Grundgesetz und Bürgerlichem Recht

2002 wurde der Tierschutz als Staatsziel in das Grundgesetz (GG) aufgenommen. Der bisherige Wortlaut wurde mit der „Drei-Worte-Lösung“ (-und die Tiere-) (VON LOEPER 2002) ergänzt. Der Artikel 20a GG lautet nun: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung“. Durch die Erklärung des Tierschutzes zum Staatsziel hat sich auch die Staatsgewalt rechtsverbindlich zur Verfolgung des Zieles Tierschutz verpflichtet (KÖBER 2002).

Durch den Verfassungsrang ist der Tierschutz nun gleichrangig der Wissenschaft, Religion und Kunst, was in Kernfragen zu Kollisionen mit diesen führen kann (HACKBARTH u. LÜCKERT 2002).

Schon durch die Einfügung des § 90 a des Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) im Jahr 1990 sollte bereits die Rechtsstellung des Tieres im geltenden Recht verbessert werden. Tiere sind nach dem Gesetz nun keine Sachen mehr, jedoch werden die für Sachen geltenden Vorschriften angewandt, wenn nichts anderes bestimmt ist. Den Tieren wird somit eine Sonderstellung unter den körperlichen Gegenständen eingeräumt, offen bleibt jedoch, welche Art von Rechtssubjekten Tiere sind (HACKBARTH u. LÜCKERT 2002).

Auch weitere Gesetze und Verordnungen des Öffentlichen Rechts, des Straf- und Zivilrechts berücksichtigen die Stellung der Tiere im gesetzlichen Rahmen.

2.3.1.2 Tierschutzgesetz

Das Tierschutzgesetz (TierSchG 2006) bildet auch für die Haltung von Zirkustieren die Grundlage.

Die §§ 1, 2 und 2a TierSchG legen die Grundsätze einer tiergerechten Haltung und Pflege fest. Die verhaltensgerechte Betreuung der Tiere muss durch sachkundige Personen erfolgen (TRIPHAUS-BODE 2007).

Die Verbotssammlung des § 3 TierSchG betreffen die generelle Tierhaltung, die für jedermann und für alle Tiere von Bedeutung ist (zusätzlich zu den Spezialregelungen einiger folgender Paragraphen des TierSchG) (ORT u. RECKEWELL 2002). Insbesondere die Nummern 5, 6 und 11 (des § 3 TierSchG) sind auf die Zirkustierhaltung anwendbar. Sie besagen, dass keine Tiere ausgebildet, trainiert oder zur Schau gestellt werden dürfen, wenn damit erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind. Nach HIRT et al. (2007) können erhebliche Schmerzen für Tiere u. a. aus der Art und dem Umfang der Einwirkung geschlossen werden. Nach dem Analogiekonzept von Sambras (siehe Kapitel 5.2.4.5) kann zudem von der Empfindung des Menschen auf das Tier geschlossen werden.

Der zentrale Paragraph des TierSchG für das gewerbliche zur Schau stellen von Tieren ist der § 11 (Abs. 1 Nr. 3 d). Dieser besagt, dass hierfür eine gültige Erlaubnis, ausgestellt von der zuständigen Behörde, vorliegen muss (siehe Kapitel 4.1.4). Auch das Mitführen von Tieren zum Sammeln in Fußgängerzonen ist erlaubnispflichtig (GOETSCHEL 2002). Der Absatz 2 (§ 11) regelt die Voraussetzungen zur Erlaubniserteilung. In Absatz 2a (§ 11) wird zudem darauf hingewiesen, dass die ausgestellte Erlaubnis mit Auflagen und Nebenbestimmungen versehen werden kann (TRIPHAUS-BODE 2007).

Der § 16 TierSchG definiert die gesetzlichen Überwachungsaufgaben zuständiger Behörden für die Tierhaltungen und die Verpflichtungen der Zirkusbetreiber im Rahmen der Überwachungsarbeiten der Behörden. Insbesondere sind hier die Absätze 1a, 2, sowie 3 Satz 2 (§ 16) zu nennen. Sie besagen, dass der Zirkusbetreiber einen Ortswechsel bei der zuständigen Behörde anzeigen (siehe Kapitel 3.1.2), sowie auf Verlangen dieser erforderliche Auskünfte erteilen und Mitarbeit leisten muss.

Der § 16a TierSchG schafft eine bundesgesetzliche Grundlage für die Beseitigung tierschutzrechtswidriger Handlungen und Zustände (beispielsweise Vernachlässigung von gehaltenen oder zu betreuenden Tieren). Somit können die Tierschutzbehörden auf der Grundlage des Fachrechtes, ohne Rückgriff auf das Ordnungs(widrigkeits)- und Polizeirecht Anordnungen vornehmen (KLUGE 2002).

Die §§ 17 und 18 TierSchG führen die Straftaten und Ordnungswidrigkeiten in Bezug auf Verletzung des TierSchG auf.

Bezüglich des Tierschutzgesetzes als Anwendungsbereich für Behörden gilt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV TierSchG von 2000). Sie dient dazu, eine einheitliche Rechtsanwendung der jeweils zuständigen Behörden zu gewährleisten. Für die Behörden sind die Angaben

verpflichtend, aber auch für Bürger kann sie rechtliche Bedeutung besitzen (BMU 2008).

2.3.1.3 Artenschutzrecht

In einigen Zirkussen werden auch artgeschützte Tiere angetroffen. Diese sind in Hinblick auf artenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere den Handel und Besitz, zu überprüfen.

Das Artenschutzrecht in Deutschland wird durch das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG in der Neufassung von 2002) und der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV in der Neufassung von 2005) geregelt. Mit diesen Rechtsgrundlagen wurden vorab erlassene EG-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt (LANA 2006).

Im Anhang des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen, Washingtoner Artenschutzabkommen (WA 1973), auch CITES (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora), werden tausende Tier- und Pflanzenarten in Schutzkategorien I bis III geführt. Anhand der Einteilungen in Schutzkategorien werden die genau definierten, frei lebenden Tier- und Pflanzenarten nach Einstufung ihrer Artengefährdung vor übermäßiger Ausbeutung durch den internationalen Handel geschützt (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2008).

Das Washingtoner Artenschutzabkommen wurde erstmals durch die Artenschutzverordnung (EG) Nr. 338/97 („des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels“) und deren Durchführungsbestimmungen (VO (EG) 939/97, heute VO (EG) 865/2006) umgesetzt.

Auf Grund dieser Rechtsvorschriften bestehen für Zirkusse keine Möglichkeiten mehr beispielsweise wild gefangene Elefanten für den Zirkusbetrieb zu erwerben (wie früher üblich).

Das Bundesnaturschutzgesetz ist Rahmenrecht des Bundes und wird durch landesrechtliche Regelungen (Landesnaturschutzgesetze) der einzelnen Bundesländer ausgefüllt und umgesetzt. Damit werden auch die Zuständigkeiten der Behörden im Artenschutzvollzug innerhalb der Bundesländer geregelt (BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ 2008). Somit liegt es an der jeweiligen Organisationsstruktur der Länder und auch der einzelnen Veterinärämter, wie die Überprüfung regelrechter Papiere von in Zirkussen mitgeführten, artgeschützten Tieren durchgeführt wird.

2.3.1.4 Weitere Rechtsverordnungen und Rechtsbestimmungen

Da Zirkustiere durch die ständig wechselnden Gastspielorte häufig transportiert werden, sind für sie tierschutzrechtliche Transportbestimmungen von besonderer Bedeutung. Die Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport (Tierschutztransportverordnung, TierSchTrV von 1997) gilt auch für den Transport der Tiere zu den jeweiligen Gastspielorten. Nach diesem Gesetz ist es verboten, kranke oder verletzte Wirbeltiere, junge Säugetiere, deren Nabel noch nicht abgeheilt ist - außer Fohlen - und in Geburt oder innerhalb von 48 Stunden nach der Geburt befindliche Muttertiere zu befördern (§ 3 Abs. 1 u. 2, Ausnahmen vorbehalten). Weiter wird davon ausgegangen, dass der körperliche Zustand des Tieres einen Transport erlauben muss (§ 4 Abs. 1). Zusätzlich gibt die TierSchTrV Vorgehensweisen zum Verladen an (§ 5) und führt Anforderungen an Transportmittel aus (§§ 4 u. 7).

Neben den, in vorangehenden Kapiteln erläuterten, tierschutzrechtlichen Aspekten zur Gestaltung der Lebensumstände von Zirkustieren, haben seuchenrechtliche Bestimmungen einen hohen Stellenwert. Durch die häufigen Ortswechsel und möglichen (auch indirekten) Kontakte mit dort ansässigen Tieren ist die großflächige Verschleppung von seuchenartigen Erkrankungen leicht möglich (siehe Kapitel 2.3.3.2). Daher sind die Anwendungen des Tierseuchengesetzes (TierSG von 2004) und den VO (EG) Nr. 1739/2005 und VO (EG) Nr. 1/2005 selbstredend auch für Zirkusbetreiber zwingend. Ebenso sind möglicherweise kurzfristig getroffene Anordnungen der Behörden zum Schutz vor Seuchen geltend (z. B. Reiseverbot im

akuten Seuchenfall). Auch die Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Viehverkehr (Viehverkehrsverordnung, ViehVerkV von 2007) bietet eine weitere wichtige Grundlage zur Vorbeugung und Bekämpfung von Seuchenausbrüchen und -verbreitungen. Diese Verordnung sieht unter anderem eine Kennzeichnung bestimmter Tierarten vor (siehe Kapitel 2.3.3.2).

Zu erwähnen ist zudem das Jagdrecht, welches Besitz-, Abgabe- und Transportbedingungen für bestimmte heimische Wildtierarten regelt (MARTIN u. SCHMITZ 2005). Einheimische Wildtiere sind derzeit in deutschen Zirkussen jedoch nur selten anzutreffen.

2.3.2 Bewertungsgrundlagen zur Haltung von Zirkustieren

Zur konkreten Bewertung der Haltungs- und Lebensbedingungen von Zirkustieren existieren in Deutschland keine eigenen Gesetze und Verordnungen. Lediglich die Tierschutz-Hundeverordnung (TierSchHuV von 2001) ist bindend. Für die Beurteilung anderer Tierarten existieren ausschließlich Richtwerte (siehe Kapitel 2.3.2).

2.3.2.1 Säugetiergutachten und Zirkusleitlinien

Gutachten, Leitlinien und auch andere Grundlagen, wie z. B. Empfehlungen haben keinen rechtsverbindlichen Charakter, sondern dienen lediglich als Orientierungs-, Auslegungs- und Entscheidungshilfe für Zirkusbetreiber, Überwachungsbehörden und Justizorgane (BMELV 2003).

Als Grundlage zur Festlegung von Mindestanforderungen an die Lebensumstände von Zirkustieren wurden vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) die Zirkusleitlinien und das Säugetiergutachten herausgegeben. Nach HIRT et al. (2007) stellen amtliche Leitlinien und Gutachten antizipierte Sachverständigengutachten dar, die als solche anzuwenden sind, soweit

die darin enthaltenen Tatsachenfeststellungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zutreffen.

In der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV TierSchG von 2000) wird auf die Nutzung einschlägiger Gutachten des BMELV oder der obersten Landesbehörden, als auch von Fachverbänden erstellte Unterlagen, wie z. B. Checklisten zu Tierhaltungen, herausgegeben von der TVT, verwiesen (AVV 12.2.4.1).

Das Säugetiergutachten (Gutachten über die Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren von 1996) definiert die Mindestanforderungen an Haltungen für eine Vielzahl von Säugetieren, vor allem Wildtierarten. Es soll insbesondere angewandt werden für öffentlich zur Schau gestellte Tiere, die regelmäßig gearbeitet werden (Manegen-, Bühnenarbeit oder ähnliche Arbeit). Dabei wendet es sich hauptsächlich an die Haltung von Tieren in fest installierten stationären Haltungen, wie in Zoologischen Gärten oder Tierparks.

Inhaltlich finden sich im Säugetiergutachten zu jeder beschriebenen Tierart:

1. Raumbedarf
2. Klimatische Bedingungen
3. Gehegeeinrichtung
4. Sozialgefüge
5. Ernährung
6. Fang und Transport

Nach den Zirkusleitlinien (Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen von 2000) sollen grundsätzlich nur solche Tiere im Zirkus gehalten werden, die regelmäßig (täglich) beschäftigt werden. An anderer Stelle wird formuliert, dass Abweichungen der Haltungsbedingungen vom Säugetiergutachten als vertretbar angesehen werden, wenn „das gehaltene Tier täglich verhaltensgerecht beschäftigt wird“.

Die Dimensionen geforderter Haltungseinrichtungen in den Zirkusleitlinien liegen häufig unter den Forderungen des Säugetiergutachtens. Bei der Erarbeitung der Zirkusleitlinien wurde davon ausgegangen, dass eine Reduktion der Raumfläche von Tieren in reisenden Unternehmen verantwortet werden kann, sofern die Tiere ausreichend Möglichkeit zur Aktivität besitzen und andere Bereicherungen zur Lebensqualität geboten werden (ALTHAUS 1997) (siehe Kapitel 5.2.4).

In den Zirkusleitlinien werden allgemein gültige Voraussetzungen und Besonderheiten der Zirkustierhaltungen beschrieben. Der Hauptteil befasst sich mit den speziellen Anforderungen und Bedingungen für Groß- und Kleinkatzen, Großbären, Robben, Elefanten, Pferdeartige, Breitmaul- oder Weiße Nashörner, Giraffen, Kamele und Rinder, die von den Autoren im Detail erläutert werden.

Inhaltlich finden sich in den Zirkusleitlinien zu jeder beschriebenen Tierart:

1. Biologische Grundlagen
2. Unterbringung
3. Fütterung
4. Pflege- und Gesundheitsüberwachung
5. Ausbildung und Beschäftigung
6. Hinweise für die Überprüfung
- (7. Literatur)

Der Punkt 5 der jeweils erläuterten Tierfamilien definiert die Ausbildung und Beschäftigung der Tiere. Es wird ausgeführt, welche Art, Häufigkeit und Dauer von Beschäftigungen für die jeweiligen Tierarten vorgesehen sind. Mit diesen Erläuterungen wird versucht regelmäßige, verhaltensgerechte Beschäftigungen zu definieren (siehe oben).

Die Ausgestaltungen der Haltungseinheiten, welche für die Tiere ebenfalls eine Beschäftigung darstellen (RENNER u. LUSSIER 2001; MEISTER 1996; BERUFSVERBAND DER ZOOTIERPFLEGER 1994) werden hingegen zusammen mit den erforderlichen Raumgrößen beschrieben (siehe Punkt 2 Unterbringung).

Die Anforderungen an die jeweiligen Raumgrößen, die an die Haltungseinheiten der jeweiligen angetroffenen Tierarten gestellt werden, werden in den Kapiteln 4.2.3 erläutert.

Sowohl das Säugetiergutachten als auch die Zirkusleitlinien wurden von Sachverständigengruppen erarbeitet, deren Mitwirkenden aus unterschiedlichen Berufsfeldern zusammengesetzt waren. Somit wurden die Sachverhalte aus verschiedenen Blickwinkeln erörtert und zu einer geschlossenen Darstellung gebracht (Differenzprotokolle einzelner Sachverständigengruppen finden sich in den Anhängen des Säugetiergutachtens und der Zirkusleitlinien).

2.3.2.2 Weitere Orientierungs-, Auslegungs- und Entscheidungshilfen bezüglich der Haltungsbedingungen von Zirkustieren

Neben dem Säugetiergutachten und den Zirkusleitlinien existieren noch eine Vielzahl weitere Bewertungsgrundlagen, die von Amtstierärzten, Rechtsberatern, Zirkusbetreiber und anderen Personen in Fragen zur Zirkustierhaltung herangezogen werden.

Insbesondere die Loseblatt-Sammlung für die tierschutzrechtliche Überprüfung von Zirkustieren, herausgegeben von der Tierärztlichen Vereinigung Tierschutz e. V. (TVT 2001), wird von den Amtstierärzten für die Routinekontrollen der Haltungen von Zirkustieren häufig angewandt. Neben Basisinformationen zu beschriebenen Tierarten und ihrer natürlichen Lebensräume werden die Bedingungen, die an Haltung, Sozialgefüge, Klima, Pflege, Fütterung, Gesundheitsüberwachung, Ausbildung, Beschäftigung, Vorstellung, Bewegung und Transport gestellt werden erläutert und auf typisches (oder auffälliges) Verhalten sowie häufige Erkrankungen hingewiesen. Mittels von Checklisten, die für die jeweilige Tierart separat erstellt wurden, wird auf weitere speziesbedingte Besonderheiten aufmerksam gemacht. Die Loseblatt-Sammlung enthält Informationen zu folgenden Tierarten: Kamelen, Bären,

Groß- und Kleinkatzen, Elefanten, Panzerechsen, Riesenschlangen, Pferdeartigen, Rindern, Breitmaulnashörnern, Giraffen und Robben.

Weitere Richtwerte, auf die häufig zurückgegriffen wird, sind Ausarbeitungen der obersten Landesbehörden, Gutachten von länderübergreifenden Arbeitsgemeinschaften, weitere Gutachten des BMELV als auch weitere Ausarbeitungen der TVT.

2.3.3 Zentrale Erfassung von Zirkussen in Deutschland

2.3.3.1 Problematik der Erfassungen

Bislang hat sich die nachhaltige und konsequente Erfassung und Überwachung von mobilen Tierschauen oder Zirkusbetrieben mit Tierhaltungen durch Veterinärbehörden als schwierig gestaltet (MARTIN u. SCHMITZ 2005). Da der gesetzliche Tierschutz gemäß dem Grundgesetz (GG, Art. 74 Abs. 1 Nr. 20) ein Rechtsbereich der konkurrierenden Gesetzgebung ist, liegt die Gesetzgebungszuständigkeit nach Art. 72 Abs. 1 GG bei den Ländern (solange und soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht). Da die 16 Bundesländer bei der Ausübung tierschutzrechtlicher Aufgaben weitestgehend unabhängig voneinander arbeiten, ist es problematisch, tierschutzrelevante Angelegenheiten auch bundeslandübergreifend nachhaltig und konsequent zu bearbeiten. Durch ständige Ortswechsel der reisenden Zirkusse ist es den Behörden somit nicht möglich, tierschutzrechtliche Anordnungen und deren Vollzug zu verfolgen.

Auch Auflagen in Erlaubnissen nach § 11 TierSchG (Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 d) (siehe Kapitel 4.1.4), die das regelmäßige Führen von Tierbestandsbüchern anordneten, haben sich als nicht ausreichend wirkungsvoll erwiesen. Auf Verlangen vorgezeigte Tierbestandsbücher sind oft nicht vorhanden oder unvollständig (MÜLLER 2007).

2.3.3.2 Entwicklung der Zirkusregisterverordnung

Aus in Kapitel 2.3.3.1 erläuterten Gründen forderte bereits im Oktober 2003 der Bundesrat ein Zentralregister für Zirkustiere einzuführen. Im März 2008 trat die Zirkusregisterverordnung, die Verordnung über Registrierung von Erlaubnissen zur Zurschaustellung von Tieren an wechselnden Orten (ZirkRegV), in Kraft.

Auch im Hinblick auf die Erfüllung der Verordnung (EG) Nr. 1739/2005 zur Festlegung der Veterinärbedingungen für die Verbringung von Zirkustieren zwischen Mitgliedstaaten sollten in einem Mitgliedstaat Zirkus- und Tierschaubetriebe sowie deren Gastierplätze in einem Zentralregister erfasst werden. Ein Zentralregister soll nach dieser Verordnung zum Schutz der Tiergesundheit eingerichtet werden und Wanderzirkusse, mobile Tierschauen und Dressurnummern führen, die ihre Tätigkeit über die Mitgliedstaaten hinweg ausüben (STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG 2006). Der Leitgedanke zum Erlass dieser Verordnung ist hier nicht die Überprüfung der Tiere hinsichtlich des Tierschutzes sondern bezüglich des seuchenrechtlichen, innergemeinschaftlichen Handelsverkehrs (die Verordnung stützt sich auf die RL 92/65/EWG von 1992).

Der § 16 Abs. 5 Satz 2 Nr. 4 und 5 sowie Abs. 6 des TierSchG wurde bereits vorab durch Beschluss im Dezember 2007 auf das Inkrafttreten einer Zirkusregisterverordnung vorbereitet. Die Veränderungen des Tierschutzgesetzes waren nötig, da die bisherige Verordnungsermächtigung zur Eingabe und Pflege eines Zirkuszentralregisters (§ 16 Abs. 5 Satz 2 Nr. 5 TierSchG) den verfassungs- und datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht genügte (STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG 2006).

Die Vorreiterrolle eines Tieridentifikationssystems in Deutschland wird der HIT-Datenbank (Herkunftssicherung- und Informationssystem für Tiere) zugeschrieben. Diese Datenbank wird seit 1999 (aufgrund der Viehverkehrsverordnung, die seit September 1999 vorschreibt, dass alle Rinder in Deutschland zu erfassen sind) in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich betrieben. Durch Änderungen der

ViehVerkV existieren zusätzliche Meldesysteme für Schweine und Schafe und Ziegen (HI-TIER 2008). Alle Zu- oder Abgänge der genannten Tiere in Deutschland werden von Haltern, Händlern, Transportunternehmen, Schlachthöfen, etc. erfasst und in einer elektronischen Datenbank registriert. Somit soll die Transparenz der Herkunft von Fleisch und Fleischprodukten sichergestellt werden und epidemiologische Untersuchungen als auch Bekämpfungen bei Seuchenausbrüchen unterstützt werden. Die Datenbanken sind Teil des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere, das aufgrund der ursprünglichen EG-Verordnung Nr. 820/97 in der EU gilt (TIERSEUCHENKASSE NORDRHEIN - WESTFALEN 2008).

Ebenso erprobt ist das TRACES (Trade Control and Expert System, seit 2003), ein Projekt der EU-Kommission, welches ein elektronisches Instrument des Risikomanagements für Gesundheit von Mensch und Tier ist. Das System verpflichtet die Veterinärbehörden zur Unterstützung des Handels von Mitgliedstaaten als auch Drittländern mit Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs (TRACES löste das ANIMO-System ab) (WEBPORTAL EUROPÄISCHE UNION 2008).

2.3.3.3 Geltungsbereiche der Zirkusregisterverordnung

Durch die ZirkRegV sollen Erhebungen und Verwendungen personenbezogener Daten im automatisierten Verfahren zum Zweck der Überwachung der Einhaltung der tierschutzrechtlichen Bestimmungen von Betrieben, die Tiere nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 d des TierSchG gewerblich zur Schau stellen (§ 1 ZirkRegV) den Veterinärbehörden erleichtert werden (DEUTSCHER TIERSCHUTZBUND 2008).

Die §§ 3 und 4 ZirkRegV regeln den Umfang der Datenerhebungen und -verwendungen durch die zu erteilenden und kontrollierenden Behörden. Die wichtigsten Punkte hierzu sind:

1. Die eine Erlaubnis zur zur Schau Stellung nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 d TierSchG erteilende Behörde soll zusätzlich zu bisherigeren Datenaufnahmen Angaben zum Antragsteller und Betriebsinhaber als auch zum Betrieb (Name, sowie Stammdaten) erheben.
2. Die kontrollierende Behörde erhebt oder aktualisiert die Anzahl der Tiere jeweiliger Arten, notwendige Kennzeichnungen von Tieren, als auch weitere Daten, sofern diese in der § 11 - Erlaubnis dokumentiert wurden (siehe 1.).
3. Die unter 1. und 2. genannten Informationen werden durch die Behörden in einem automatisierten Verfahren gespeichert. Zusätzlich werden u. a. Ort, Datum, die durchführende Behörde und Ergebnisse vorgenommener Zirkuskontrollen, einschließlich behördlicher Anordnungen und Maßnahmen, dokumentiert.
4. Daten sollen ausschließlich dann übermittelt werden, wenn sie zum Zwecke der Wahrnehmung der Aufgaben der ersuchenden Behörde erforderlich sind.

Die Löschung von Daten erfolgt ein, bzw. fünf Jahre nach Einstellung in das Zentralregister.

Die Zirkusregisterverordnung trat mit der Absicht Zirkusbetriebe innerhalb Deutschlands bundeslandübergreifend und fortwährend kontrollieren zu können im März 2008 in Kraft. Dadurch könnte sich nun die Möglichkeit ergeben Tierschutzvergehen nachhaltig zu verfolgen und zuständige Personen zur Verantwortung zu ziehen.

3 Material und Methoden

3.1 Planungen zur Durchführung der Studie

3.1.1 Treffen der Zirkusauswahl

In einem Beobachtungszeitraum vom 13.02.2007 bis zum 20.10.2007 wurden 25 Zirkusse, die in der Bundesrepublik Deutschland gastierten, aufgesucht.

Alle 25 Zirkusse reisten unter deutscher Leitung, wenngleich einigen Zirkussen, mindestens während der Tournee 2007 auch Engagements aus dem Ausland angehörten (ein Engagement kann sich aus mehreren Personen und Tieren und auch verschieden Darbietungen zusammensetzen).

Die nach § 11 des Tierschutzgesetzes (2006) für das gewerbsmäßige zur Schau stellen von Tieren benötigte Erlaubnis wird nach deutschen Kriterien vergeben, die Staatsangehörigkeiten der Engagements spielen nur eine untergeordnete Rolle. Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Arbeit zwischen aus- oder inländischen Darbietungen nicht unterschieden.

Die Auswahl der aufgesuchten Zirkusse fand nach folgenden Kriterien statt:

- einsehbare Tourneedaten
- Größe und Zusammensetzung des Tierbestandes
- Koordinierung der Anreise zum Gastierplatz
- Kommunikation mit den zuständigen Veterinärämtern

Es wurden 22 Zirkusse gemeinsam mit den für die jeweiligen Gastspielorte zuständigen Tierschutzbehörden im Rahmen der anfallenden Zirkuskontrollen aufgesucht. Ein Zirkus wurde nach Absprache mit der Zirkusdirektion ohne das Zugesein eines Amtstierarztes aufgesucht. Zusätzlich bewilligte ein weiterer Zirkus die Datenerhebungen ohne die Anwesenheit eines Amtsveterinärs. Bei einem Zirkus konnte nur die Vorstellung besucht werden, weitere Daten konnten hier nicht erhoben werden.

Für alle Zirkusverantwortlichen bestand die Möglichkeit, die Erlaubnis zu Datenaufnahmen im Rahmen der Studie abzulehnen.

Zwei der aufgesuchten Zirkusse verweigerten im Beisein von Veterinärbehörden die Zustimmung zur Protokollierung. Die Tierbestände konnten jedoch nach öffentlich zugänglichen Gesichtspunkten weitestgehend festgehalten werden.

Insgesamt wurden Informationen von Zirkussen folgender Gastspielplätze zusammengetragen:

- 19 Zirkusse in Niedersachsen
- ein Zirkus in Baden-Württemberg
- ein Zirkus in Bayern
- ein Zirkus in Brandenburg
- ein Zirkus in Hamburg
- ein Zirkus in Nordrhein-Westfalen
- ein Zirkus in Thüringen

Sechs weitere Zirkusse, deren Protokollierungen möglich gewesen wäre konnten nach Absprachen mit den zuständigen Veterinärämtern im Rahmen der Studie nicht aufgesucht werden.

3.1.2 Kenntnis über die Gastspielorte

Jeder Zirkus in Deutschland hat die Verpflichtung, sich spätestens bei Abreise vom bisherigen Gastspielort bei der Tierschutzbehörde der neu anzureisenden Stadt bzw. Gemeinde anzukündigen. Geht er dieser Verbindlichkeit nicht nach, so droht ihm ein Bußgeld aufgrund des Begehens einer Ordnungswidrigkeit (§ 16 Abs. 1a u. § 18 Abs. 1 Nr. 25a TierSchG).

Trotz des drohenden Bußgeldes versäumen es viele Zirkusse dieser Verpflichtung nachzukommen. Daher müssen sich Veterinärämter auf andere Art und Weise die Kenntnis über Zirkusse auf Gastspielplätzen in ihrem Wirkungskreis erwerben.

In vielen Fällen werden die Veterinärbehörden erst durch die Präsenz des Zirkus am Gastspielort aufmerksam. Weitere Hinweise für die Anwesenheit können übliche Werbemaßnahmen in Form von ausgehängten Werbeplakaten, verteilten Handzetteln oder ausgelegten Gutscheinen sein. Gelegentlich zeigen sich Zirkusse mit Tieren oder Fahrzeugen in der Stadt oder Gemeinde des Gastspielortes, um auf ihre Vorstellungen aufmerksam zu machen. Auch durch Berichte und Ankündigungen in Lokalzeitungen erfahren die Behörden vom Zirkus.

Zusätzlich birgt das Internet viele Informationen zu einzelnen Zirkussen und deren Tourneedaten. Zu finden ist unter anderem eine Internethomepage von UHLEMANN (2007) (www.circus-gastspiele.de), die aktuelle Gastspielorte einiger Zirkusse listet. Die dort geführte Aufstellung einsehbarer Tourneedaten ändert sich etwa im Wochenrhythmus. Die Weitergabe von Informationen und Datenpflege dieser Homepage erfolgt hauptsächlich durch Privatpersonen. Daher ist es möglich, dass Angaben unvollständig vorliegen. Viele Zirkusse besitzen zudem eine eigene Homepage, auf der gelegentlich Tourneedaten zu finden sind.

Internetsuchmaschinen geben in vielen Fällen Auskunft auf welchen Seiten des World Wide Web Angaben und Tourneedaten zu Zirkussen zu finden sind. Tierschutzvereine, Zirkusfreunde, lokale oder bundesweite Zeitungsverlage sowie unzähligen Seiten von Privatpersonen und privaten Organisationen wurden recherchiert um so weitere Informationen zu Aufenthaltsorten von reisenden Zirkussen zu ermitteln.

Auch Gesellschaften des öffentlichen und privaten Rechts informieren die Tierschutzbeamten bisweilen über den weiteren Verlauf der Gastspielorte bestimmter Zirkusse unter anderem aus oben genannten Gründen.

Während der praktischen Durchführung der Studie erfolgten auch Hinweise über das Erscheinen oder den Verbleib von Zirkussen aus dem privaten und kollegialen Umfeld der studiendurchführenden Person.

3.1.3 Kontakte mit den Veterinärämtern

Im ersten Schritt wurden die in und um Hannover gelegenen Veterinärämter (der Fachbereiche Tierschutz) über das Vorhaben, eine empirische Studie zum Thema Haltungsbedingungen von Zirkustieren durchzuführen informiert. Die Ämter wurden gebeten das Gastieren eines Zirkus im behördlichen Wirkungskreis bekannt zu geben, um dort Besuche im Rahmen der Studie durchzuführen zu können.

Zusätzlich wurde Kontakt mit Veterinärbehörden solcher Städte und Landkreise aufgenommen, in denen gegenwärtig oder in naher Zukunft ein Zirkus gastierte oder gastieren sollte.

Das weitere Vorgehen der gemeinsamen Zirkusbegutachtung wurde seitens der Veterinärbehörden bestimmt. Es folgten Terminvereinbarungen, persönliche Vorstellungen und Gespräche sowie Rücksprachen mit dem Institut für Tierschutz und Verhalten an der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Gelegentlich wurde ein Ausweisen der die Studie durchführenden Person verlangt. Dieses hatte jedoch keinen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Untersuchungen.

3.1.4 Konzipierung von Aufnahmebögen

Die Erhebung aller Daten eines jeden Zirkus wurde auf Grundlage selbst erstellter Aufnahmebögen vorgenommen.

Es wurden drei Aufnahmebögen konzipiert, die sich auf die folgenden Bereiche bezogen:

- | |
|--|
| <ol style="list-style-type: none">1. Rahmenbedingungen und allgemeine Zirkusdaten2. Tierartspezifische Daten3. Beschäftigung der Tiere, insbesondere Zirkusvorstellungen |
|--|

Die Aufnahmebögen der Tiere lehnten sich in ihrem Grundmuster an die Loseblatt-Sammlung zu Zirkustieren der TVT (2001) an.

Alle Protokolle zur Dokumentation von Haltungsbedingungen der Tiere ließen das gleiche Schema erkennen. Zusätzlich wurden die Bögen den tierartlichen Besonderheiten angepasst (beispielsweise Badebecken für Flusspferde und Robben).

Die tierschutzrechtlichen Überprüfungen erfolgten jeweils in anderer Reihenfolge und Vorgehensweise. Organisatorisch war es nicht möglich die auf stets verschiedene Art und Weise erlangten Daten auf den Aufnahmebögen vor Ort zu notieren. Somit stellten die Aufnahmebögen in ihrer Gesamtheit während der Zirkusbesuche vor Ort eine Gedankenstütze dar und dienten später zur genaueren Auswertung der Daten.

3.2 Datenerfassungen

3.2.1 Zeitpunkte der Datenaufnahmen

Die Zirkuskontrollen fanden überwiegend am späten Vormittag zusammen mit dem zuständigen Amtstierarzt statt. Nach etwa ein bis zwei Stunden war die amtliche Überprüfung abgeschlossen. Die Datenaufnahmen im Rahmen der Studie erstreckten sich auch nach Abwesenheit eines Beamten über diesen Zeitraum hinaus. Während dieser Zeit ergab sich oft die Möglichkeit mit den Betreibern oder anderen zuständigen Personen eingehender zu unterhalten. Beendet wurde der jeweilige Besuch, bis auf eine Ausnahme, spätestens zu Beginn der Vorbereitungen für die Vorstellung.

Der Zeitpunkt von behördlichen Kontrollen sollte nach MARTIN u. SCHMITZ (2005) zu Beginn der Aufenthaltszeit an einem neuen Gastierort erfolgen. Bei etwaigen Anordnungen könnte so noch eine Nachkontrolle vom selben Amtsveterinär durchgeführt werden. Die amtstierärztlichen Kontrollen und Besuche zu den Datenaufnahmen erfolgten bei 15 Zirkussen vor der ersten Vorstellung am neuen Gastspielort. Neun Zirkusse wurden in den Tagen zwischen dem Stattfinden der ersten und letzten Vorstellung aufgesucht.

3.2.2 Informationsgewinnung

Die über die Zirkusse am Gastierort gewonnenen Informationen wurden zum einen durch Gespräche mit den Zirkusbetreibern oder anderen involvierten Personen, zum anderen über Beobachtungen und Messungen erlangt. Zusätzlich wurden die Daten durch Literaturrecherchen und Nachforschungen im World Wide Web ergänzt.

Fragen wurden von der Zirkusdirektion oder dem Zirkuspersonal in offen geführten Gesprächen beantwortet. Dabei handelte es sich um nicht standardisierte und unstrukturierte Befragungen. Die Antworten auf offene, in der Abfolge ungebundene Fragen konnte mit eigenen Worten formuliert werden (BÜHNER 2004).

Es wurde versucht die gestellten Fragen den gegebenen Situationen anzupassen. Das Stellen von Suggestivfragen, die dem Befragten bereits eine Bewertung vermitteln könnten, wurde unterlassen (BÜHNER 2004). Hilfestellungen wurden ausschließlich dann gegeben, wenn den Befragten die Fachbezeichnungen entfallen waren und durch Umschreibungen auf die richtigen Antworten geschlossen werden konnte (so wurde z. B. die Antwort der Frage nach durchgeführten Impfungen: „...Impfung gegen die Krankheit, bei der die Tiere Krämpfe kriegen.“ als Impfung gegen Tetanus gedeutet).

Ein Zirkus beantwortete die ihm gestellten Fragen aufgrund von Zeitmangel vor Ort schriftlich über Emails. Auf diese Weise wurde auf überdurchschnittlich viele Fragen Antwort gegeben. Die grundsätzliche Beantwortung von Fragen über Emails konnte jedoch bei anderen Zirkussen aufgrund mangelnder Durchführbarkeit nicht durchgesetzt werden.

3.2.3 Rahmenbedingungen und allgemeine Zirkusdaten

Der Aufnahmebogen „Rahmenbedingungen und allgemeine Zirkusdaten“ wurde in zwei Bereiche unterteilt. Der erste beinhaltete die Aufnahme von Rahmenbedingungen, die sich für die Zirkusse an jedem Gastspielplatz meist unterschiedlich darstellten. Die Zirkusverantwortlichen hatten auf diese Voraussetzungen oft nur geringen Einfluss (dass Zirkusbetreiber selber Einfluss auf die Gastierplatzauswahl besitzen wurde hier außen vor gelassen).

Der zweite Bereich beschäftigte sich mit allgemeinen Daten zum Zirkus und wichtigen mitgeführten Dokumenten.

1. Rahmenbedingungen

Während des Beobachtungszeitraumes von Februar bis Oktober 2007 herrschten je nach Jahreszeit unterschiedliche Wetterverhältnisse an Tagen der Datenaufnahmen. Die Temperaturen bewegten sich in Bereichen von +5°C bis +27°C. Die Witterungen

variierten von ständiger Sonne bei heißen Temperaturen, bis zu Dauerregen bei kaltem und auch wechselndem Klima.

Die Größenverhältnisse gesamter Gastierplätze konnten auf Grund fehlender Durchführbarkeit derartiger Messungen nicht registriert werden.

Die Dauer der Gastierzeiten wurden festgehalten. Zusätzlich wurde notiert, ob der Zirkus seiner Verpflichtung nachkam, sich vor Anreise bei der Behörde des nächsten Gastspielortes zu melden.

2. Allgemeine Zirkusdaten
- a) Ausgangsdaten
 - b) § 11-Erlaubnis des deutschen Tierschutzgesetzes
 - c) Tierbestandsbuch

Unter dem Punkt „Allgemeine Zirkusdaten“ sind alle allgemeinen Informationen zu den jeweiligen Zirkussen registriert worden. Unter anderem auch das Jahr der Zirkusgründung und die Konzepte, mit denen sich die Zirkusse darstellten (siehe Kapitel 4.1.2 u. 4.1.3).

Einige Zirkusse setzten sich aus verschiedenen engagierten Darbietungen zusammen, andere aus weitestgehend gleich bleibendem Personal. Alle Zirkusse reisten jedoch unter einer einheitlichen Direktion (siehe Kapitel 4.1.2).

Besonderes Augenmerk wurde auf Erlaubnisse nach § 11 TierSchG, dem Vorhandensein eines Tierbestandsbuches und anderen mitgeführten Dokumenten gelegt (siehe Kapitel 4.1.4 u. 4.1.5).

3.2.4 Datenerfassungen der Tiere und deren Haltungsbedingungen

Soweit durchführbar, wurden Angaben zu jedem Einzeltier auf Grundlage der ausgearbeiteten Aufnahmebögen schriftlich festgehalten.

In manchen Fällen war eine Einzeltierauflistung organisatorisch nicht möglich, so dass Tiere, wie manche Vögel, Reptilien und kleine Nagetiere tierartlich in Gruppen gemeinsam erfasst wurden. In einigen Fällen wurden diese Tierarten aus gleichen Haltungseinheiten zusammengefasst (beispielsweise gehörten beim Zirkus 6 der Gruppe 1 sechs weiße Laufenten, der Gruppe 2 sieben schwarze Laufenten an).

Tiere aus Privathaltung wurden in den Datenerhebungen nicht berücksichtigt.

3.2.4.1 Metrische Abmessungen der Tierhaltungseinheiten

Ausmessungen der Haltungseinheiten wurden situationsabhängig während oder nach den amtlichen Kontrollen durchgeführt.

Für metrische Abmessungen der Haltungseinheiten wurde der Laser-Entfernungsmesser „DLE 50 Professionell“ der Firma Bosch genutzt, welcher einen Messbereich von bis zu 50 Metern aufweist. Ein Nachteil an Laserentfernungsmessgeräten ist, dass bei hellem Tageslicht, insbesondere Sonneneinstrahlung, der Laserpunkt, der das Messende der jeweils zu messenden Einheit darstellt, nicht zu erkennen ist. Um diesem Abhilfe leisten zu können, müsste eine Metallscheibe zur besseren Reflektion aufgestellt werden. Da dergleichen organisatorisch nicht möglich war, wurden einige Messungen mit einem handelsüblichen, zwei Meter langem Zollstock durchgeführt.

Ein weiterer Ausschluss zur Nutzung des Laser-Entfernungsmessgerätes stellten Situationen dar, in denen Messungen nur in direkter Augenhöhe und Richtung des Tieres durchgeführt werden konnten. Um eine mögliche Schädigung des Augenlichtes der Tiere zu vermeiden, wurden auch hier Abmessungen mit einem Zollstock vorgenommen.

Außentemperaturen wurden dem aktuellen Wetterbericht entnommen oder von vor Ort befindlichen Außenthermometern abgelesen.

3.2.4.2 Tierartspezifische Daten

Die Aufnahmebögen der einzelnen Tierarten umfassten im Allgemeinen sieben Teilbereiche, die teilweise tierartspezifisch unterschiedlich gestaltet waren.

Nachfolgend werden die sieben Teilbereiche grob umschrieben. Auf tierartliche Besonderheiten wird an dieser Stelle nicht eingegangen, die für die Studie relevanten werden im Ergebnisteil ersichtlich.

1. Allgemeine Daten zu den Tieren der jeweiligen Tierart
--

In diesem Bereich wurden die wichtigsten Daten der Einzeltiere einer jeden Tierart dokumentiert. So weit wie möglich sind die Tiere der jeweiligen Ordnungen, Klassen und Familien in der Anzahl aufgezeichnet worden.

2. Haltungsbedingungen:
a) Grundhaltungseinheiten
b) zusätzliche Haltungseinheiten

Die Haltungsbedingungen der Zirkustiere stellten den Hauptteil der Studie dar.

Grundhaltungseinheiten einer jeden Tiergruppe wurden hinsichtlich ihrer Größe und Ausgestaltung erfasst.

Tiergruppen bestanden aus einem oder mehreren Individuen einer oder verschiedener Tierarten, die gemeinsam in einer Haltungseinheit gehalten wurden.

Als Grundhaltung wurde die Haltungseinheit definiert, in der die Zirkustiere während der mobilen „Zirkussaison“ (während der „wärmeren Monate“ des Jahres) die überwiegende Zeit verbrachten. Ausgenommen der Zeiten des Transportes (Definitionen zu Haltungen siehe Kapitel 4.2.2).

Neben Grundhaltungen, die definitionsgemäß jedes Einzeltier aufwies, wurde das Vorhandensein einer zusätzlichen Haltung dokumentiert. Diese stellten sich je nach tierartlichen Voraussetzungen verschieden dar und wurden hinsichtlich ihrer Größe und Ausgestaltung protokolliert.

Dazu wurde festgehalten, ob die Tiere in dieser vorhandenen zusätzlichen Haltung angetroffen wurden.

Die Ausgestaltung der Haltungen schloss sowohl die zweckmäßigen Einrichtungen wie z. B. Einstreu, als auch Beschäftigungsmöglichkeiten mit ein.

3. Transport

Die ursprünglich beabsichtigte ausführliche Darstellung der Tiertransporteinheiten, deren tierartlichen Zusammensetzungen und der Transportzeiten musste verworfen werden. Eine weitestgehend vollständige Datenbeschaffung ließ sich nicht ermöglichen. Dies führte dazu, dass die vorab eingeplante Darstellung der Transportbedingungen, aufgrund zu geringen Datenmaterials in der Dissertation nicht behandelt wurde.

Lediglich die Dauer der Gastierzeiten der Zirkusse am aufgesuchten Gastierort konnten aufgezeigt werden (siehe Kapitel 4.1.6).

4. Füttern und Tränken:

Es wurde festgehalten, mit welchem Futter die Tiere versorgt wurden. Dabei wurden die Besonderheiten der Fütterung von Tierarten oder Tiergruppen, als auch Abweichungen in der Fütterung von Einzeltieren erfasst.

Die Art und Anzahl der täglichen Fütterungen wurde gezielt erfragt und die Herkunft des Futters versucht zu klären.

Das den Tieren während der Zirkusbegehung zur Verfügung stehende Futter wurde registriert und, zusammen mit vorhandenem gelagerten Futter, hinsichtlich Hygiene und Qualität begutachtet.

Alle Haltungseinheiten wurden auf das Vorhandensein von Trinkwasser und, soweit der Bedarf für die jeweiligen Tierarten besteht, auf Salz- und Minerallecksteine überprüft. Bei hauptsächlich im Wasser lebenden Tieren als auch Tieren mit einem zugänglichen Badebecken, wurde nach einer zusätzlich zur Verfügung stehenden sauberen Wasserquelle Ausschau gehalten.

5. Pflege- und Gesundheitszustand:

- a) Dokumentation
- b) Adspektion

In Erfahrung zu bringende gegenwärtige oder vorangegangene Krankheiten, Einschränkungen oder Auffälligkeiten wurden versucht zu ermitteln. Dabei lieferten sowohl Aufzeichnungen und Dokumente über Pflege- und Behandlungsmaßnahmen als auch Befragung der für die Zirkustiere zuständigen Personen Hinweise.

Die Zirkusbetreiber, zuständige oder gegenwärtige zum Zirkus gehörende Personen wurden zum aktuellen Gesundheitsstatus und etwaigen vorangegangenen Krankheiten und Prophylaxemaßnahmen ihrer Tiere befragt. Weitere Informationen

konnten teilweise aus Dokumenten, die Pflege- und Behandlungsmaßnahmen aufzeigten, abgeleitet werden.

Ebenso ist der Pflege- und Gesundheitszustand der Tiere adspektorisch beurteilt worden. Bei der Adspektion wurde insbesondere auf den Ernährungszustand und das Allgemeinbefinden geachtet.

Die Körperoberflächen und der Bewegungsapparat wurden hinsichtlich Abweichungen vom Normalzustand überprüft und sonstige gesundheitliche Auffälligkeiten dokumentiert. Es war wichtig, jedes Einzeltier in der Bewegung, mindestens jedoch im Stand betrachten zu können. Dieses war teilweise erst in der nachfolgend besuchten Zirkusvorstellung möglich.

Je nach Tierart und deren Haltung war es mehr oder weniger realisierbar, die Tiere eingehender zu betrachten. In vielen Fällen war es aufgrund der Gefährlichkeit der Tiere nicht möglich den Pflege- und Gesundheitszustand eingehend aus der Nähe zu beurteilen. Demzufolge ist versucht worden diesen so gut wie möglich aus der Entfernung einzuschätzen.

Eine klinische Untersuchung hätte bei einigen Tierarten nur unter erheblichem Aufwand vorgenommen werden können und ist daher nicht durchgeführt worden. Das dafür häufig notwendige Narkotisieren, insbesondere bei Wildtieren, stellt eine starke physische und psychische Belastung für diese dar. Zusammen mit jeweils erheblichem Zeit- und Kostenaufwand rechtfertigte sich die Durchführung solcher klinischen Untersuchungen im Rahmen der Studie nicht. Darüber hinaus wäre es denkbar, dass die Zirkusse aus diesen Gründen eingehenden Untersuchungen nicht zugestimmt hätten.

6. Verhalten

Um weitestgehend das komplexe Verhalten jedes einzelnen Tieres erfassen zu können, wären mehrere Beobachtungszeiträume erforderlich gewesen. Während

dieser Beobachtungen hätten die Tiere einzeln und in Interaktionen mit anderen Tieren und Menschen während längerer Zeiträume beobachtet werden müssen.

Da dieses im Rahmen der Studie nicht möglich war, wurde nur das Verhalten der Tiere während der Zeit der Datenaufnahmen im Zirkus dokumentiert. Allerdings gibt diese Art von Verhaltensdokumentation nur eine Momentaufnahme wieder, die nur einen geringen Teil des gesamten Verhaltensrepertoires eines jeden Tieres preisgibt.

Die Beobachtungen von Verhaltensstörungen, insbesondere Stereotypen, stark auffällige Interaktionen der Tiere untereinander und gegenüber Menschen waren die wichtigsten zu erschließenden Parameter.

7. Beschäftigung:
- a) Zirkusvorstellung
 - b) weitere Beschäftigung

Neben den Beschäftigungsmöglichkeiten, die im Rahmen der Haltungsbedingungen vorgefunden wurden (siehe Kapitel 4.2.3), sind die Anwesenheiten von Tieren in den Zirkusvorstellungen dokumentiert worden. Auch Tiere, die in der Vorstellung gegenwärtig waren, jedoch nur geringe körperliche oder kognitive Leistungen erbringen mussten, wurden erfasst. Diese Vorgehensweise stellte einheitliche Voraussetzungen dar, da es in vielen Zirkussen nicht möglich war, Tiere aus verschiedenen Darbietungen eindeutig zu identifizieren.

In zwei Zirkussen ergab sich die Möglichkeit dem Training von Tieren beizuwohnen und so deren Beschäftigung und Bewegung zu erfassen.

3.2.5 Anonymität

Alle Daten, die im Rahmen der Studie erworben wurden und der Allgemeinheit nicht öffentlich zugänglich waren, sind anonym behandelt worden. Ausgenommen hiervon

waren Amtstierärzte, die im Rahmen der amtlichen Kontrollen Daten für ihre Zwecke verwenden konnten.

Es war erforderlich den Zirkusbetreibern oder deren beauftragten Personen glaubhaft zu vermitteln, dass die Anonymität der erhobenen Daten gewährleistet ist. Somit ist gegeben, dass kein Zirkus, auch bei nicht optimalen Bedingungen, mit Konsequenzen rechnen muss.

Auch Namen und Angaben zu den bei den empirischen Erhebungen anwesenden Tierschutzbehörden wurden nicht genannt. In einigen Fällen wurde die Wahrung der Anonymität aller gewonnenen Informationen schriftlich vom Datenerhebenden bei den Behörden fixiert.

Überdies sind Angaben persönlicher oder identifizierender Daten im Rahmen der Studie von keinerlei Bedeutung.

3.3 Datenauswertung

Insgesamt sind in den aufgesuchten Zirkussen eine Vielzahl verschiedener Tierarten angetroffen worden. Die gehaltenen Tierarten in den besuchten Zirkussen wurden in vielen verschiedenen Unterbringungen angetroffen. Daraus ergab sich eine große Vielfalt von Haltungsmöglichkeiten.

Es wurde jedoch bei der Auswertung auf jede nicht grundsätzlich erforderliche weitere Gliederung der Daten verzichtet (wie z. B. Alter, Geschlechter) um die Ergebnisse weitestgehend übersichtlich darzulegen.

3.3.1 Mitarbeit der Zirkusse

Teilweise lagen für verschiedene Dokumentationsbereiche einiger Zirkusse keine oder keine vollständigen Daten vor. Die Ursachen dafür waren vielfältig.

In einigen Fällen war die Zeit für Dokumentationen zu kurz, da im Zirkus die Vorbereitungen für die Vorstellung bereits begannen. Ab diesem Zeitpunkt konnten keine Gespräche mehr geführt und oft auch Messungen nicht mehr vorgenommen werden.

Einigen Personen der Zirkusse war es zeitlich nicht möglich außerhalb dieser Vorbereitungszeiten ausführliche Gespräche zu führen.

Manche Zirkuszugehörige konnten über die Lebenshaltungsbedingungen der Tiere keine Auskunft geben. Häufig waren Ansprechpartner nicht vor Ort oder verhindert.

Die geringe Bereitschaft der Zirkusinhhaber oder anderen Personen zur Auskunft war ein ebenfalls häufiges Problem. Einige Zirkusbetreiber oder Ansprechpartner der Zirkusse standen der Studie kritisch oder sogar ablehnend gegenüber. In diesen Fällen war es schwierig Gespräche zu führen oder notwendige Hilfestellungen zur Durchführung von Messungen und Beobachtungen zu erhalten. So war beispielsweise das Ausmessen von Tiertransportern, zu denen kein Zugang gewährt wurde, nicht möglich.

Bisweilen musste an der Glaubhaftigkeit der getroffenen Aussagen gezweifelt werden. So ereignete es sich, dass auf gestellte Fragen die Zirkusdirektion unterschiedlich antwortete als zu späterem Zeitpunkt ein routinierter Mitarbeiter.

3.3.2 Bewertbarkeit

Die erhobenen und zusammengetragenen Daten wurden auf verschiedene Art und Weise erlangt.

Mündliche Aussagen, der zum Zirkus gehörenden Personen wurden nicht gesondert von denen unabhängiger Personen oder selbst erhobener und recherchierter Daten gekennzeichnet. Somit wurden alle erlangten Daten als gleichwertig erachtet. Anderenfalls wäre es zu einer unüberschaubaren Fülle verschieden zusammengetragener Informationen gekommen.

Die Auswertung unterschiedlicher Antworten auf identisch gestellte Fragen wurde der Situation und dem Einzelfall angepasst.

Zur Beurteilung der Verhaltensweisen von Tieren in Zirkussen sowie deren Interaktionen mit Menschen als auch untereinander liegen gegenwärtig keine standardisierten Bewertungssysteme vor. Daher stützten sich Einschätzungen oder Bewertungen der Tiere zum Verhalten und deren Interaktionen auf das Wissen und die Erfahrungen einzelner oder mehrere anwesenden Tierärzte.

3.3.3 Statistische Auswertung

In dieser Arbeit stellte die deskriptive Statistik (PFLAUMER et al. 2005) die aussagekräftigste Methode zur Auswertung und Darstellung erhobener Daten dar.

Aufgrund der großen Vielfalt qualitativer und quantitativer Merkmale wurde sich bei deren Auswertung auf Berechnungen von absoluten und relativen Häufigkeiten

beschränkt. Auf diese Weise konnten erworbene Daten nach deren Aufbereitung effizient und weitestgehend unverfälscht summarisch wiedergegeben werden.

Zur Auswertung und Darstellung der Ergebnisse leisteten die Programme Microsoft Office Excel 2003 und Microsoft Office Word 2003 erhebliche Hilfe.

Neben schriftlichen Darstellungen und Erläuterungen wurden zur besseren Veranschaulichung überwiegend tabellarische Auflistungen gewählt.

4 Ergebnisse

4.1 Auswertungen der Zirkusse

In den Kapiteln 4.1.1 bis 4.1.3 werden einige wichtige Grunddaten aufgesuchter Zirkusse dargestellt. Es soll verdeutlicht werden, dass sich die erhobenen Daten aus Zirkussen verschiedenen Größenordnungen und Darbietungsformen zusammensetzen.

4.1.1 Betriebsgrößen

Es wurden Zirkusbetriebe verschiedener Größen besichtigt. Dabei erfolgten die Größeneinteilungen anhand der von den Zirkusangehörigen angegebenen Anzahl von Mitarbeitern (inklusive der Personen mitreisender Engagements) und der Anzahl der gewerblich mitreisenden Tiere. Es wurden ausschließlich die Summen aller Tiere verzeichnet, eine Wertigkeit der Tiere wurde nicht vorgenommen (so zählten fünf Enten ebenso viel wie fünf Elefanten).

Ausmaße des Fuhrparks, Größe des Chapiteaus (Zirkuszelt), interne Organisationsstrukturen, etc. wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Tab. 1: Betriebsgrößen von Zirkussen (n=25) anhand der Gesamtzahlen von Tieren und Mitarbeitern

Mitarbeiter							
Tiere	I	II	III	IV	V	k. A.	gesamt
I	3				1	1	5
II	4					1	5
III	5	4	1	1			11
IV					1	1	2
V			1		1		2
gesamt	12	4	2	1	3	3	25

Die Einteilung erfolgte für die Anzahl von Tieren und Mitarbeitern in folgende Kategorien:

Kategorie I: 1 - 20 Tiere bzw. Mitarbeiter

Kategorie II: 21 - 40 Tiere bzw. Mitarbeiter

Kategorie III: 41 - 70 Tiere bzw. Mitarbeiter

Kategorie IV: 71 - 100 Tiere bzw. Mitarbeiter

Kategorie V: >100 Tiere bzw. Mitarbeiter

k. A.: keine Angaben

Drei Zirkusse (12%) konnten aufgrund fehlender Angaben zur Anzahl der Mitarbeiter nicht gruppiert werden (k. A.).

Zirkusse mit wenigen Mitarbeitern (Kategorie I) und verschieden großer Anzahl mitgeführter Tiere (Kategorien I-III) wurden in zwölf Fällen (48%) angetroffen. Weiterhin variierte die Zahl der Tiere in elf Zirkussen (44%) zwischen 41 bis 70 Tieren (Kategorie III).

Es konnten keine Korrelationen zwischen der Zahl der mitreisenden Tiere und der Anzahl der Mitarbeiter festgestellt werden.

4.1.2 Zirkuskonzepte

13 Zirkusse (52%, n=25) konnten als klassische Familienzirkusse bezeichnet werden. In diesen Zirkussen reisten und arbeiteten feste Familienverbände miteinander. Je nach anfallenden Arbeiten wurden zusätzlich Mitarbeiter angestellt oder verwandtschaftlich entfernte Familienmitglieder beschäftigt. Das Programm und die Organisation gestalteten und führten ausschließlich in Verwandtschaft stehende Personen. Die Tiere gehörten zum Eigentum der Familie. Die Zahl der Mitarbeiter betrug, nach Angaben von Zirkusangehörigen, zwischen drei bis 150.

Einer der 13 Familienzirkusse (4%, n=25) bezeichnete sich als Projekt-Zirkus. Mit Schulkindern wurden im Rahmen einer Projektwoche leichte Übungen aus den

Bereichen Akrobatik, Clownerie und Tierdressur eingeübt. Am Ende einer Projektwoche wurden die täglich einstudierten und geproben Darbietungen von den Kindern in einer Vorstellung im Chapiteau für Familien und Lehrer aufgeführt.

Fünf Zirkusse (20%) wiesen organisatorisch ebenfalls oben ausgeführte Familienstruktur auf, beschäftigten jedoch zusätzlich mindestens ein fremdes Engagement. Ein Zirkus (4%) verpflichtete eine Gruppe ausländischer Akrobaten. Vier Zirkusse (16%) hatten mindestens jeweils eine Tierdarbietung für die aktuelle Saison verpflichtet. Zusätzlich wurden in einigen Zirkussen Tierlehrer und Tierpfleger für die eigenen Tiere engagiert. Die Zahl der Mitarbeiter betrug, nach Angaben von Zirkusangehörigen, zwischen 23 bis 90.

Sechs Zirkusse (24%) organisierten sich ausschließlich über ein professionelles Management. Einzelne Darbietungen wurden ausschließlich über gebuchte Engagements präsentiert, die für eine Saison oder auch länger verpflichtet worden sind. Einer der sechs Zirkusse besaß zudem auch eigene Tiere, für die Tierlehrer engagiert wurden. Die Zahl der Mitarbeiter betrug, nach Angaben von Zirkusangehörigen, zwischen elf bis 150.

Ein Zirkus (4%) nahm eine Sonderstellung ein. Neben nur wenigen Familienmitgliedern des Zirkus traten hauptsächlich engagierte Künstler in der Manege auf und auch die Geschäftsführung wurde teilweise mit Personen besetzt, die nicht zur Familie gehörten. Es reisten sowohl eigene Tiere, als auch Tiere aus engagierten Darbietungen mit. Für die eigenen Tiere wurden Tierlehrer und -pfleger engagiert. Der Zirkus beschäftigte nach eigenen Angaben insgesamt 350 Personen.

Somit wurden insgesamt 19 Zirkusse mit eigenen Tierhaltungen und 20 mitreisende Engagements im Rahmen der Studie angetroffen.

4.1.3 Gründungsjahre

Vier (16%) der 25 aufgesuchten Zirkusse machten keine Angaben zu ihrem Gründungszeitpunkt.

Sieben Zirkusse gaben an, dass sie schon seit Generationen (zwischen vier bis neun Generationen) bestehen würden. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde die Dauer einer Generation mit 25 Jahren festgelegt.

12 Zirkusse (48%) existierten bereits über 100 Jahre. Das längste Bestehen eines Familienzirkus wurde mit 350 Jahren angegeben.

Die beiden jüngsten Zirkusse (8%) wurden zur Saison 2007 gegründet.

Die Gründungen von sieben (28%) Zirkussen fanden in einem Zeitraum von vor sechs bis fünfzig Jahren statt.

4.1.4 Erlaubnis nach § 11 des deutschen Tierschutzgesetzes

Nach dem deutschen Tierschutzgesetz (TierSchG 2006) benötigt derjenige, welcher Tiere gewerbsmäßig zur Schau stellen oder für solche Zwecke zur Verfügung stellen möchte, eine tierschutzrechtliche Erlaubnis (§ 11 TierSchG). Die Erlaubnis kann von der örtlich zuständigen Veterinärbehörde, nach Prüfung der Angaben des Antragsstellers, erteilt werden. Die Behörde hat die Möglichkeit, die Erlaubniserteilung mit Befristungen, Bedingungen, Auflagen und anderen Nebenbestimmungen zu versehen und bei Verstößen oder Nichteinhaltungen diese zu widerrufen.

Somit müssen die für die jeweiligen Tiere verantwortlichen Personen eine gültige § 11-Erlaubnis für die Tiere mit sich führen, welche im Zirkus gewerbsmäßig zur Schau gestellt werden.

Im Rahmen der Studie sollten ursprünglich die § 11-Erlaubnisse aller 19 aufgesuchten Zirkusse und 20 Engagements eingesehen werden. Die Daten von drei Zirkussen und eines Engagements wurden nicht bewertet (siehe Kapitel 3.1.1), so dass mit insgesamt 35 (100%) gültigen § 11-Erlaubnissen zu rechnen war.

13 Zirkusse und elf eigenverantwortliche Personen (gesamt 68%, n=35) besaßen eine gültige § 11-Erlaubnis. Ungültige Erlaubnisse wurden nicht vorgelegt. Vier dieser 24 Dokumente (17%, n=24) wurden nicht selber eingesehen, jedoch ihr Vorhandensein von amtstierärztlicher Seite bestätigt. In elf Fällen (31%, n=35) konnte das Dokument seitens der Zirkusse aus folgenden Gründen nicht vorgelegt werden:

- In fünf Fällen (14%) wurde ein Besichtigungstermin ohne die zuständigen Veterinärbehörden vereinbart. Vor Ort wurde zwar die Dokumentation der Tierhaltungsbedingungen gestattet, jedoch keine Möglichkeit zur Einsicht in Dokumente gegeben.
- Eine verantwortliche Person eines Zirkus (3%) war zum Zeitpunkt der amtstierärztlichen Kontrolle nicht anwesend, so dass Dokumente, inklusive der § 11-Erlaubnis, nicht eingesehen werden konnten.
- Personen fünf weiterer Zirkusse (14%) legten auch nach teilweise mehrmaliger Aufforderung keine § 11-Erlaubnis vor.

Die Ausstellungsdaten variierten von 1987 bis 2007, wobei 13 Berechtigungen (54%) ab dem Jahr 2005 ausgestellt worden sind.

14 § 11-Erlaubnisse (58%) wurden für einen unbefristeten Zeitraum ausgestellt, die weiteren zehn (42%) für die Dauer von einer Saison bis zu eineinhalb Jahren.

Auf die Darstellung weiterer (über die Befristungen hinaus) Nebenbestimmungen wie Bedingungen oder Auflagen einzelner § 11-Erlaubnisse wurde auf Grund nicht vollständigen Datenmaterials abgesehen.

4.1.5 Tierbestandsbücher, Dokumentationen von Pflege- und Behandlungsmaßnahmen und amtstierärztliche Prüfberichte

Das Führen eines Tierbestandsbuches, die Dokumentationen von Pflege- und Behandlungsmaßnahmen und das Sammeln amtstierärztlicher Prüfberichte ist gesetzlich nicht vorgeschrieben.

Es ist den Veterinärbehörden jedoch möglich, im Zuge der Ausstellung einer Erlaubnis nach § 11 TierSchG (vgl. 4.1.4), die oben aufgeführten Dokumente in einer Anlage zu vermerken. Das aktuelle Führen dieser Dokumente kann so mit der Gültigkeit einer ausgestellten § 11-Erlaubnis verknüpft werden. Die geführten Nachweise sollten fälschungssicher gestaltet werden. Dies ist weitestgehend durch fortlaufende Seitenzahlen auf möglichst gebundenen Blättern, welche jeweils vom Amtstierarzt abgestempelt sind, gewährleistet.

Das Tierbestandsbuch identifiziert im Idealfall jedes Einzeltier. Angaben zur unverwechselbaren Kennzeichnung, Herkunft und auch Verbleib der Tiere sollen hier schriftlich festgehalten werden.

Im Dokument zu Pflege- und Behandlungsmaßnahmen sollten alle Maßnahmen, die in regelmäßigen und unregelmäßigen Abständen an den Zirkustieren vollzogen werden, dokumentiert werden. Damit sind weniger alltägliche Maßnahmen wie, z. B. die tägliche Pflege der Elefantenhaut, erwähnenswert, sondern die Versorgung und Pflege der Tiere durch Tierärzte, Hufpfleger, -schmiede, etc. Auch eigene Anwendungen und Prophylaxen wie z. B. die Gabe von Wurmkuren und das Auftragen von Repellentien sowie Versorgungen von kranken oder verletzten Tieren

sollten aktuell im Dokument zu Pflege- und Behandlungsmaßnahmen verzeichnet werden.

Amtstierärztliche Prüfberichte als Resultate stattgefundener Kontrollbesuche während der Gastspielreisen sollten regelmäßig von den Veterinärbehörden ausgestellt werden. Eingetragen werden sollen sowohl beanstandungsfreie Kontrollen als auch Beanstandungen und getroffene Anordnungen. Da häufig die folgenden Gastspielorte des kontrollierten Zirkus nicht vorab in Erfahrung zu bringen sind, besteht mit amtstierärztlichen Eintragungen die Möglichkeit, die nachfolgend kontrollierenden Amtsveterinäre auf eventuell vorliegende Verstöße hinzuweisen.

Tab. 2: Vorhandensein eines Tierbestandsbuches

	<u>vorhanden</u>	<u>nicht vorgelegt</u>	<u>aktuell geführt</u>
<u>Zirkusse</u>	11 2 k. A.	7	5 1 k. A.
<u>Engagements</u>	8 2 k. A.	9	6 1 k. A.

Erläuterungen: k. A. = keine Angaben

Von 19 überprüften Zirkussen und 20 Engagements (100%, n=39) (vgl. 4.1.2) führten elf Zirkusse (28%) und acht Engagements (21%) ein Tierbestandsbuch mit sich.

Elf Bestandsbücher (58%) der 19 (100%) vorliegenden wurden mit aktuellen Daten geführt. Die einzeln aufgeführten Tiere sind jedoch nicht mit den tatsächlich mitreisenden Tieren verglichen worden.

Alle 13 Zirkusse und elf Engagements (100%), die während der Kontrollen eine § 11-Erlaubnis vorlegten (siehe Kapitel 4.1.4), besaßen auch gestempelte amtstierärztliche Prüfberichte. Aktualität der Eintragungen sowie die Form des Dokumentes variierten.

Das Vorlegen von Aufzeichnungen über Pflege- und Behandlungsmaßnahmen mitgeführter Tiere wurde nicht regelmäßig vorgelegt. Das Datenmaterial war daher unvollständig und wurde nicht ausgewertet.

4.1.6 Gastierzeiten

Die Dauer der Gastierzeiten aufgesuchter Zirkusse in Städten und Gemeinden betrug zwischen drei und 44 Tagen. Es konnte aufgrund unbeständiger Angaben nicht zwischen kompletter Gastierzeit mit Auf- und Abbautagen und der Zeit, in der Zirkusvorstellungen stattfanden unterschieden werden.

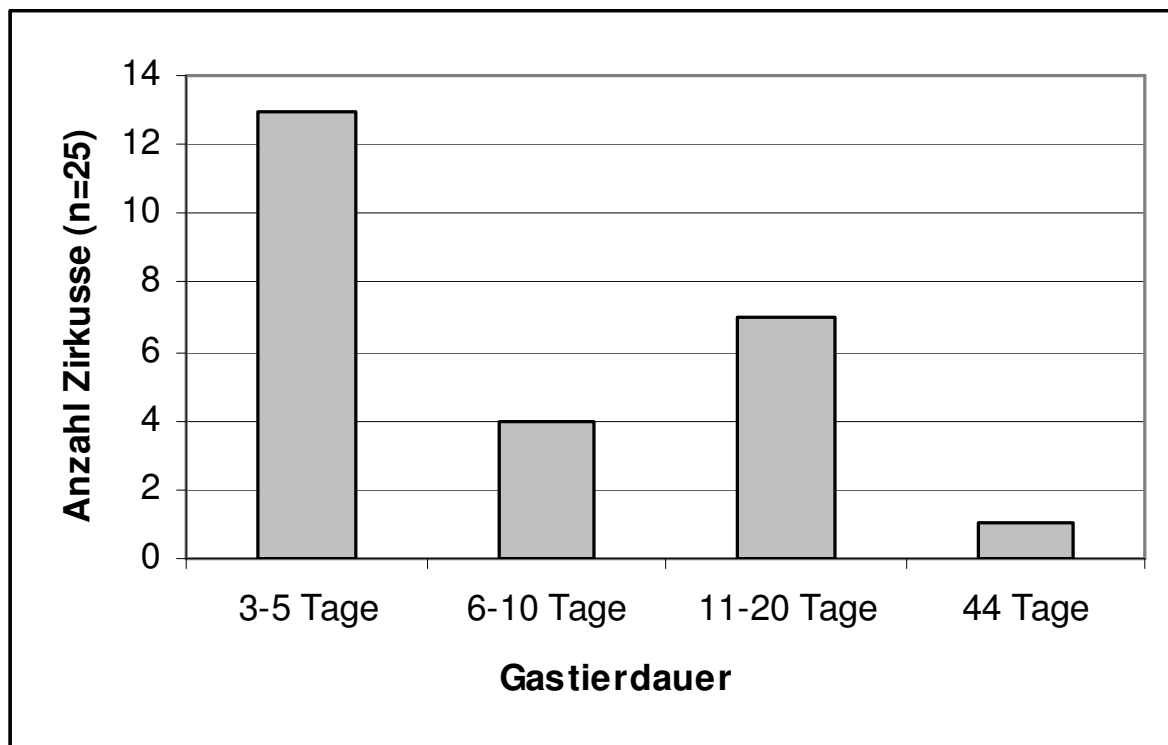


Abb. 1: Anzahl der Gastiertage

Für einen Zeitraum von drei bis fünf Tagen verblieben 13 Zirkusse (52%, n=25) am gleichen Gastspielort. Vier Zirkusse (16%) verweilten sechs bis zehn und sieben Zirkusse (28%) elf bis 20 Tage. Ein Zirkus (4%) blieb für eine Dauer von 44 Tagen.

4.1.7 Ankündigungen der Zirkusse am Gastspielplatz

Zu den rechtlichen Grundlagen siehe Kapitel 3.1.2.

Elf der besuchten Zirkusse (44%, n=25) meldeten sich bei der örtlich zuständigen Veterinärbehörde. Die Zirkusse gaben ihr voraussichtliches Erscheinen oder bereits ihre Gegenwartigkeit an.

Von neun gastierenden Zirkussen (36%) erlangte die zuständige Veterinärbehörde Kenntnis durch die Städte und Gemeinden, in denen sich die Zirkusse bereits aufhielten.

Auf fünf Zirkusse (20%) wurden die zuständigen Veterinärbeamten zufällig, im Rahmen anderer Dienstgeschäfte, aufmerksam.

4.2 Tiere

Zur besseren Darstellung wurden die unterschiedlichen angetroffenen Tiere in Gruppen zusammengefasst. Es wurde die Einteilung der Klassen Vögel (*Aves*) (GYLSTORFF u. GRIMM 1998) und Reptilien (*Reptilia*) (SCHMIDT 2001; WERMUTH et al.) sowie der Ordnungen Paarhufer (*Artiodactyla*), Unpaarhufer (*Perissodactyla*), Raubtiere (*Carnivora*), Rüsseltiere (*Proboscidea*), Herrentiere (*Primates*), Beuteltiere (*Marsupialia*), Hasentierverwandte (*Lagomorpha*) und Nagetiere (*Rodentia*) gewählt (MACDONALD 2006). Weitere Unterteilungen wurden innerhalb dieser Klassen und Ordnungen vorgenommen.

Auf eine weiter differenzierte Unterteilung der Tiere nach Geschlecht, Alter, Herkunft und Rassen wurde aufgrund potentieller Unübersichtlichkeit verzichtet.

Die Tiere wurden in verschiedenen Kategorien eingeteilt (z. B. Gesamtzahl der Tiere der Ordnung Paarhufer oder Gesamtzahl der Wildtiere), dabei stellte die Gesamtzahl der Tiere einer Kategorie aller Zirkusse zusammen 100% dar ($n=x$ Tiere).

4.2.1 Tiergesamtzahl

Nach Besichtigung von 25 Zirkussen lagen Ergebnisse über die Lebenssituation am Tag der Datenaufnahmen von insgesamt 1223 Tieren aus 49 verschiedenen Tierarten vor.

Die prozentualen Anteile beziehen sich auf die Gesamtzahlen der Klassen, Ordnungen und Familien, wenn dies nicht anders erläutert wurde.

4.2.1.1 Paarhufer

Die Ordnung der Paarhufer (*Artiodactyla*) wurde in der Studie mit insgesamt 343 Tieren (28%, $n=1223$) am zweithäufigsten angetroffen. 22 Zirkusse (88%, $n=25$) führten Tiere dieser Ordnung mit.

Tab. 3: Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Paarhufer in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Paarhufer (<i>Artiodactyla</i>)			
<i>Kamele (Camelidae)</i>			
Trampeltiere (<i>Camelus bactrianus</i>)	90	26,2%	15
Dromedare (<i>Camelus dromedarius</i>)	19	5,5%	6
Lamas (<i>Lama guanaciöe f. Glama</i>)	83	24,2%	15
Alpakas (<i>Lama guanaciöe f. Pacos</i>)	2	0,6%	2
Guanakos (<i>Lama guanicöe</i>)	4	1,2%	2
Kleinkamele - Mixe (<i>Kreuzungen aus Neuweltkamelen</i>)	5	1,5%	3
<i>Kamele gesamt</i>	203	59,2%	
<i>Hornträger (Bovidae)</i>			
Ziegen (<i>Capra hircus hircus</i>)	99	28,8%	13
Schafe (<i>Ovis orientalis f. domestica</i>)	3	0,9%	2
Rinder (<i>Bovinae</i>)	4	1,2%	2
Antilopen (<i>Taurotragus sp.</i>)	2	0,6%	1
<i>Hornträger gesamt</i>	108	31,5%	
<i>Giraffen (Giraffidae)</i>			
Giraffen (<i>Giraffa camelopardalis</i>)	5	1,4%	3
<i>Giraffen gesamt</i>	5	1,4%	
<i>Schweine (Suidae)</i>			
Hausschweine (<i>Sus scrofa f. domestica</i>)	22	6,4%	4
Wildschweine (<i>Sus scrofa</i>)	2	0,6%	2
<i>Schweine gesamt</i>	24	7,0%	
<i>Flusspferde (Hippopotamidae)</i>			
Flusspferde (<i>Hippopotamus amphibius</i>)	2	0,6%	2
Zwergflusspferde (<i>Choeropsis liberiensis</i>)	1	0,3%	1
<i>Flusspferde gesamt</i>	3	0,9%	
Tiere / Zirkusse gesamt	343	100,0%	

Von 343 Paarhufern (100%) bildete die Familie der Kamele den größten Anteil. 109 Altweltkamele (32%) und 94 Neuweltkamele (27%) verteilten sich auf jeweils 17 (68%) Zirkusse.

Den Anschluss bildeten die Hornträger. Mit insgesamt 108 Tieren machten sie 31% der Paarhufer aus.

In der Familie der Schweine wurden sowohl 22 Tiere von Haustierrassen (6%) als auch zwei Tiere einheimischer Wildschweine (0,6%) angetroffen.

Exotische Tiere und / oder Wildtiere der Ordnung Paarhufer machten insgesamt 215 Tiere (63%) aus. Sie wurden in 19 verschiedenen Zirkussen (76%) gezählt und verteilten sich wie folgt:

- 203 Alt- und Neuweltkamele (59%)
- fünf Giraffen (1,4%)
- drei Flusspferde / Zwergflusspferde (0,9%)
- zwei Antilopen (0,6%)
- zwei Wildschweine (0,6%)

4.2.1.2 Unpaarhufer

Die Ordnung der *Unpaarhufer (Perissodactyla)* war mit 401 Tieren (33%, n=1223) die am meisten vertretende Ordnung der gesamten Tiere. Lediglich zwei Zirkusse (8%) führten keine Tiere dieser Ordnung mit.

Tab. 4: Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Unpaarhufer in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Unpaarhufer (<i>Perissodactyla</i>)			
<i>Pferdeartige (Equidae)</i>			
Pferde (<i>Equus przewalskii f. caballus</i>)	189	47,2%	18
Ponys (<i>Equus przewalskii f. caballus</i>)	171	42,6%	20
Maultiere / -esel (<i>Equus mulus / - hinnus</i>)	3	0,7%	2
Esel (<i>Equus africanus f. asinus</i>)	18	4,5%	10
Zebras (<i>Equus spec.</i>)	17	4,3%	7
<i>Pferdeartige gesamt</i>	398	99,3%	
<i>Nashörner (Rhinocerotidae)</i>			
Nashörner (<i>Ceratotherium simum</i>)	3	0,7%	3
<i>Nashörner gesamt</i>	3	0,7%	
Tiere / Zirkusse gesamt	401	100,0%	

Von 401 Unpaarhufern (100%) bildeten Pferde und Ponys mit 360 Tieren (90%) den größten Anteil. Dabei war die Zahl der mitgeführten Ponys (171 Tiere, 43%) annähernd so hoch wie die der Pferde (189 Tiere, 47%).

Exotische Tiere und / oder Wildtiere der Ordnung Unpaarhufer machten insgesamt 19 Tiere (5%) in sieben verschiedenen Zirkussen (28%) aus:

- 17 Zebras (4%)
- drei Nashörner (0,7%)

4.2.1.3 Raubtiere

Die Ordnung der Raubtiere (*Carnivora*) wurde mit insgesamt 191 Tieren (16%, n=1223) angetroffen. 20 Zirkusse (80%) führten Tiere dieser Ordnung mit.

Tab. 5: Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Raubtiere in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Raubtiere (<i>Carnivora</i>)			
<i>Hundeartige (Canidae)</i>			
Hunde (<i>Canis lupus f. familiaris</i>)	75	39,3%	16
Rotfüchse (<i>Vulpes vulpes</i>)	2	1,0%	1
<i>Hundeartige gesamt</i>	77	40,3%	
<i>Katzenartige (Felidae)</i>			
Hauskatzen (<i>Felis silvestris f. catus</i>)	4	2,1%	1
Tiger (<i>Panthera tigris</i>)	50	26,2%	9
Löwen (<i>Panthera leo</i>)	33	17,3%	6
Liger (<i>Panthera leo x Panthera tigris</i>)	9	4,7%	1
<i>Katzenartige gesamt</i>	96	50,3%	
<i>Ohrenrobben (Otariidae)</i>			
Kalifornische Seelöwen (<i>Zalaphus californianus</i>)	4	2,1%	2
Mähnenrobben (<i>Otaria byronia</i>)	2	1,0%	1
<i>Ohrenrobben gesamt</i>	6	3,1%	
<i>Großbären (Ursidae)</i>			
Braunbären (<i>Ursus arctos</i>)	11	5,8%	2
<i>Großbären gesamt</i>	11	5,8%	
<i>Kleinbären (Procyonidae)</i>			
Nasenbären (<i>Nasua sp.</i>)	1	0,5%	1
<i>Kleinbären gesamt</i>	1	0,5%	
Tiere / Zirkusse gesamt	191	100,0%	

In der Ordnung der Raubtiere (100%) bildeten die Katzenartigen mit insgesamt 96 Tieren (50%) den größten Anteil. Dabei entfielen nur 2% (vier Tiere) auf die Gattung der Kleinkatzen, deren einzig anwesender Vertreter die Hauskatzen darstellten. Elf Zirkusse (44%) führten insgesamt 92 Tiere (48%) der Gattung Großkatzen mit.

Die Hundeartigen waren mit 77 Tieren (40%) vertreten, wobei 75 Tiere (39%) den Haushunden und zwei Tiere (1%) der Gattung Füchse angehörten.

Wasserraubtiere der Familie der Ohrenrobben sowie Groß- und Kleinbären bildeten mit insgesamt 18 Tieren in fünf Zirkussen (20%) 9% der gesamt mitgeführten Raubtiere.

Exotische Tiere und / oder Wildtiere der Ordnung Raubtiere machten insgesamt 112 Tiere (59%) in 13 verschiedenen Zirkussen (52%) aus:

- 92 Katzenartige (48%)
- elf Großbären (6%)
- sechs Ohrenrobben (3%)
- zwei Rotfüchse (1%)
- ein Nasenbär (0,5%)

4.2.1.4 Rüsseltiere

Die einzige noch lebende Familie der Rüsseltiere (*Proboscidea*), die Elefanten, bildeten mit insgesamt 27 Tieren 2% (n=1223) des gesamten Tierbestandes.

Tab. 6: Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Rüsseltiere in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Rüsseltiere (<i>Proboscidea</i>)			
<i>Elefanten (Elephantidae)</i>			
Afrikanische Elefanten (<i>Loxodonta africana</i>)	14	51,9%	4
Asiatische Elefanten (<i>Elephas maximus</i>)	13	48,1%	5
<i>Elefanten gesamt</i>	27	100,0%	
Tiere / Zirkusse gesamt	27	100,0%	

Die Haltung von 14 Afrikanischen (52%, n=27) und 13 Asiatischen (48%, n=27) Elefanten wurden in insgesamt sechs Zirkussen (24%) angetroffen.

4.2.1.5 Herrentiere

Die Ordnung der Herrentiere (*Primates*) wurde mit insgesamt 16 Tieren (1%, n=1223) angetroffen. Sieben Zirkusse (28%) führten Tiere dieser Ordnung mit.

Tab. 7: Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Herrentiere in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Herrentiere (<i>Primates</i>)			
<i>Menschenaffen (Pongidae)</i>			
Schimpansen (<i>Pan troglodytes</i>)	1	6,3%	1
<i>Menschenaffen gesamt</i>	1	6,3%	
<i>Meerkatzenverwandte (Cercopithecidae)</i>			
Rhesusaffen (<i>Macaca mulatta</i>)	6	37,5%	3
Berberaffen (<i>Macaca sylvana</i>)	5	31,2%	3
Schweinsaffen (<i>Macaca nemestrina</i>)	3	18,7%	1
Hundspaviane (<i>Papio sp.</i>)	1	6,3%	1
<i>Meerkatzenverwandte gesamt</i>	15	93,7%	
Tiere / Zirkusse gesamt	16	100,0%	

Es wurden ein Menschenaffe (6%) sowie 15 Meerkatzenverwandte (94%) angetroffen.

4.2.1.6 Beuteltiere

Die Ordnung der Beuteltiere (*Marsupialia*), mit insgesamt vier Tieren (0,3%, n=1223), wurde besonders selten angetroffen.

Tab. 8: Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnung Beuteltiere in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Beuteltiere (<i>Marsupialia</i>)			
<i>Kängurus (Macropodoidea)</i>			
Bennettkänguru (<i>Macropus rufogriseus</i>)	3	75,0%	2
Rotes Riesenkänguru (<i>Macropus rufus</i>)	1	25,0%	1
<i>Kängurus gesamt</i>	4	100,0%	
Tiere / Zirkusse gesamt	4	100,0%	

Drei Zirkusse (12%) führten vier Tiere (100%) der Ordnung Beuteltiere mit sich.

4.2.1.7 Nagetiere und Hasenverwandte

Die Ordnungen der Nagetiere (*Rodentia*) und Hasenverwandte (*Lagomorpha*) wurden mit insgesamt 32 Tieren (3%, n=1223) angetroffen. Fünf Zirkusse (20%) führten Tiere dieser Ordnungen mit.

Tab. 9: Gesamtvorkommen von Tieren der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Nagetiere (<i>Rodentia</i>)			
<i>Meerschweinchen (Caviidae)</i>			
Hausmeerschweinchen (<i>Cavia aperea f. porcellus</i>)	7	21,9%	1
<i>Meerschweinchen gesamt</i>	7	21,9%	
<i>Mäuseartige (Muridae)</i>			
Mäuse - Futtertiere (<i>Mus musculus f. domesticus</i>)	2	6,2%	1
Ratten - Futtertiere (<i>Rattus norvegicus f. domesticus</i>)	11	34,4%	1
<i>Mäuseartige gesamt</i>	13	40,6%	
<i>Stachelschweinverwandte (Hystricidae)</i>			
Stachelschwein (<i>Hystricidae cristata</i>)	1	3,1%	1
<i>Stachelschweine gesamt</i>	1	3,1%	
Hasenverwandte (<i>Lagomorpha</i>)			
<i>Hasen (Leporidae)</i>			
Hauskaninchen (<i>Oryctolagus cuniculus f. domesticus</i>)	9	28,2%	2
Hauskaninchen - Futtertiere	2	6,2%	1
<i>Hasenverwandte gesamt</i>	11	34,4%	
Tiere / Zirkusse gesamt	32	100,0%	

Unter 32 Tieren (100%) der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte befanden sich 15 Futtertiere (47%) der Gattungen Mäuse, Ratten und Hauskaninchen. Diese wurden ausschließlich in zwei Zirkussen (8%) zum Zweck der Schlangenfütterung gehalten.

Lediglich ein (3%) Stachelschwein konnte nicht zu den einheimischen Haustieren gezählt werden. Alle anderen 31 Tiere (97%) konnten den hiesigen Haustierrassen der Hasen oder Meerschweinchen zugeordnet werden.

Exotische Tiere und Wildtiere der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte machte nur ein Tier (3%) aus:

- ein Stachelschwein (3%)

4.2.1.8 Vögel

Die Klasse der Vögel (*Aves*) machte mit 174 Tieren 14% der Gesamttierzahl (n=1223) aus. Neun Zirkusse (36%) führten Tiere dieser Klasse mit.

Tab. 10: Gesamtvorkommen von Tieren der Klasse Vögel in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
Vögel (<i>Aves</i>)			
<i>Taubenvögel (Columbiformes)</i>			
Tauben (<i>Columbia livia f. domestica</i>)	85	48,9%	5
<i>Taubenvögel gesamt</i>	85	48,9%	
<i>Entenvögel (Anseriformes)</i>			
Enten (<i>Anatinae platyrhynchos f. domestica</i>)	49	28,2%	2
Gänse (<i>Anser sp.</i>)	15	8,6%	3
<i>Entenvögel gesamt</i>	64	36,8%	
<i>Papageien (Psittaciformes)</i>			
Papageien (<i>Psittacidae sp.</i>)	22	12,6%	4
<i>Papageien gesamt</i>	22	12,6%	
<i>Greifvögel (Accipitriformes)</i>			
Mönchsgeier (<i>Aegyplus monachus</i>)	1	0,6%	1
<i>Greifvögel gesamt</i>	1	0,6%	
<i>Flachbrustvögel (Struthioniformes)</i>			
Emus (<i>Dromaius novaehollandiae</i>)	2	1,1%	1
<i>Flachbrustvögel gesamt</i>	2	1,1%	
Tiere / Zirkusse gesamt	174	100,0%	

Die allgegenwärtigen Familien der Tauben- und Entenvögel wurden im Zirkus mit 149 Tieren (86%, n=174) am Häufigsten angetroffen.

45% der gesamten Vögel (78 Tiere) reisten einzig in einem Zirkus (4%) mit. Dieser Zirkus führte, ausschließlich der Flachbrustvögel, Exemplare aller gelisteten

Ordnungen mit. Die übrigen 96 Vögel (55%) verteilten sich auf weitere acht Zirkusse (32%).

Zwei Emus (1%) wurden in einem Zirkus (4%) angetroffen.

Exotische Tiere und / oder Wildtiere der Klasse der Vögel machten insgesamt 25 Tiere (2%) der Vögel (100%) in fünf verschiedenen Zirkussen (20%) aus:

- 22 Papageien (13%)
- zwei Emus (1%)
- ein Greifvogel (0,6%)

4.2.1.9 Reptilien

Die Klasse der Reptilien (*Reptilia*) machte mit 35 Tieren 3% der Gesamttierzahl aus. Fünf Zirkusse (20%) führten Tiere dieser Klasse mit.

Tab. 11: Gesamtvorkommen von Tieren der Klasse Reptilien in 25 Zirkussen (100%)

	Tiere gesamt	% Tiere gesamt	Zirkusse / Tierart gesamt
Tierarten			
<u>Reptilien (<i>Reptilia</i>)</u>			
<i>Schuppenkriechtiere (<i>Squama</i>)</i>			
Riesenschlangen (<i>Boidae sp.</i>)	31	88,6%	5
<i>Schuppenkriechtiere gesamt</i>	31	88,6%	
<i>Krokodile (<i>Crocodylia</i>)</i>			
Alligatoren (<i>Alligatorinae mississippiensis</i>)	4	11,4%	2
<i>Krokodile gesamt</i>	4	11,4%	
Tiere / Zirkusse gesamt	35	100,0%	

35 Tiere der Klasse der Reptilien (100%) waren auf fünf Zirkussen (20%) verteilt. Den größten Anteil bildete dabei die Haltung von insgesamt 31 Schlangen (89%). Jeweils zwei Alligatoren (vier Tiere, 11%) wurden von zwei Zirkussen mitgeführt.

4.2.2 Haltungsbedingungen der Zirkustiere

Die während der Datenerhebungen in den Zirkussen vorgefundenen Haltungsbedingungen aller Tiere wurden dokumentiert. Die Haltungen wurden in Grundhaltungen und zusätzliche Haltungen eingeteilt und in Bezug zueinander gesetzt. Teilweise ließen sich die Grund- und zusätzlichen Haltungen schlecht voneinander abgrenzen, was sowohl bei den Alt- und Neuweltkamelen als auch den Flachbrustvögeln berücksichtigt wurde (siehe Kapitel 4.2.3).

Die Tabellen der Kapitel 4.2.2 und 4.2.3 geben die Gesamtzahlen der Tiere verschiedener Tierarten an, die in den jeweiligen Haltungen angetroffen wurden.

Die vorgenommenen Einteilungen in Gruppen- und Einzelhaltung geben keine Aussage darüber, mit welchen Tieren die jeweiligen Individuen zusammenlebten. Die Gruppen stellten sich sowohl mit Tieren gleicher als auch in Vergesellschaftung mit anderen Arten dar. Es wurde nicht darauf eingegangen, welche Tiere verschiedener Haltungen nebeneinander oder in Sichtkontakt zueinander lebten.

Eine Aussage über die jeweilige Verweildauer der Tiere in verschiedenen, insbesondere den zusätzlichen Haltungseinheiten, konnte nicht getroffen werden.

Plätze, die offensichtlich lediglich zur Fixierung der Tiere aufgrund von Pflege- und Behandlungsmaßnahmen genutzt wurden, sind nicht berücksichtigt worden.

Im Folgenden werden die Haltungseinheiten, die den Tieren zugeordnet wurden, kurz erläutert. Die angeführten Erläuterungen beziehen sich auf die Verwendung der Begriffe in dieser Dissertation und können von allgemein gebräuchlichen Definitionen abweichen.

Grundhaltungseinheiten:

Als Grundhaltung wurde die Haltungseinheit definiert, in der die Zirkustiere während der mobilen „Zirkussaison“ (während der „wärmeren Monate“ des Jahres) die überwiegende Zeit verbrachten. Ausgenommen der Zeiten des Transportes (siehe auch Kapitel 3.2.4.2).

Transportwagen

Die Grundhaltungseinheiten der Tiere stellten die Transportwagen dar. Es kam vor, dass manche Tiere nach Ankunft am Gastspielort in andere Transportwagen verbracht wurden, die während der Gastierzeit deren Grundhaltungen darstellten.

Einigen Tieren stand der gesamte Transportwagen zur Verfügung, andere teilten sich diesen mit Tieren gleicher oder anderer Tierarten. Teilweise wurden auf einem Transportwagen verschiedene Haltungseinheiten vorgefunden.

Boxen- / Paddockhaltung

Einige Tiere wurden in Boxen oder Paddocks gehalten. Diese waren entweder komplett, teilweise oder nicht überdacht.

Anbindehaltung / Kettenhaltung

Bei der Anbindehaltung / Kettenhaltung wurden die Tiere am Halfter, Halsriemen oder Halsband fixiert.

Frei auf dem Zirkusgelände laufend / frei laufend

Tiere dieser Haltung durften frei auf dem Zirkusgelände umherlaufen und bekamen, nach mündlicher Aussage Zirkuszugehöriger, keine weitere Grundhaltungseinheit zur Verfügung gestellt. Das Zirkusgelände stellte sich bei dieser Art von Haltung sowohl eingezäunt als auch nicht eingezäunt dar.

Diese Haltung wurde sowohl der Grundhaltung als auch der zusätzlichen Haltung zugeordnet.

Transportboxen / -käfige

Es wurden sowohl befestigte als auch mobile Transportboxen (oder Transportkäfige) vorgefunden.

Zwinger

Stellte eine für Hunde allseits vergitterte, außer der Bodenfläche, Haltungseinheit dar.

Gehege

Bezeichnete einen allseits umschlossenen größeren Käfig, der an mindestens einer Seite vergittert war.

Wohnwagen

Hier lebten die Tiere mit den Menschen im gleichen Wohnwagen zusammen.

Ständig in Ketten / zeitweise in Ketten

Haltung von Elefanten mit an den Beinen diagonal befestigten Ketten auf einem Podest. Nach Angaben von Zirkuszugehörigen wurden die Ketten entweder ständig oder nur zeitweise, meist nachts und zu Pflege- und Behandlungsmaßnahmen, angelegt.

Ständig frei

Tiere der Ordnung Rüsseltiere konnten sich ständig frei in einer umzäunten Einheit ohne Ankettung bewegen.

Frei im Transportwagen

Haltung für ein Rüsseltier, das ohne Ankettung im Transportwagen lebte.

Terrarium

Umschlossene Räume für Schlangen, meist mit Begrenzungen aus Glas und erheblicher Variabilität in Größe und Ausgestaltung.

Holzverschlag

Mit von allen Seiten Holz umkleideter Verschlag ohne natürliche Lichtquelle.

Wasser- & Landteil

Den Tieren standen in Transportwagen ein Wasserbecken und ein Landteil zur Verfügung, welches sie nach eigenem Ermessen nutzen konnten.

Auslauf

Siehe zusätzliche Haltung.

Käfig

Allseits umschlossene Haltungseinheit für Vögel mit unterschiedlichen vielen Gittereinheiten.

Voliere

Größerer Vogelkäfig. Ermöglichte den Flug der Vögel auf kurzer Strecke. Die Außenvolieren standen außerhalb von anderen Unterkünften.

Haltung unbekannt

Die Haltung dieser Tiere konnte nicht überprüft werden.

Zusätzliche Haltungseinheiten:

Zusätzliche Haltungen wurden den Tieren gegebenenfalls neben den Grundhaltungen ermöglicht. Teilweise stand den Tieren mehr als eine zusätzliche Haltungseinheit zur Verfügung. Tabellarisch wurde jedoch nur die zeitmäßig am meisten aufgesuchte zusätzliche Haltung dargestellt. Alle weiteren wurden ausschließlich im Text erläutert.

Es wurden nur zusätzliche Haltungen dokumentiert, die zum Zeitpunkt der Datenaufnahmen aufgebaut waren.

Die Haltungen der zusätzlichen Haltungseinheiten wurden unterteilt in Gruppen- oder Einzelhaltungen (Gruppe, bzw. solitär). Haltungen, die sich hinsichtlich Einzel- oder Gruppenhaltungen selbst erklären (z. B. frei auf dem Zirkusgelände laufend) wurden nicht weiter unterteilt.

Auslauf

Umzäunte Bereiche mit erheblicher Variabilität in den Dimensionen.

Gehege

Siehe auch Grundhaltungseinheiten.

Neben frei stehenden Gehegen (siehe unten) konnten einige auch auf dem Transportwagen fest installiert oder aufgebaut werden. Einige sehr hohe Gehege waren oben nicht geschlossen.

Auslauf / Gehege an der Grundhaltung

Der zur Verfügung stehende Auslauf bzw. das Gehege war direkt an die Grundhaltungseinheit angeschlossen. Die Tiere konnten zumeist zwischen Auslauf bzw. Gehege und Grundhaltung eigenständig wählen.

Bei Bedarf konnte selbiges von der Grundhaltungseinheit abgeteilt werden.

Separater Auslauf / Separates Gehege

Die Tiere hatten nicht die Möglichkeit eigenständig den Auslauf bzw. das Gehege aufzusuchen, da jenes räumlich von der Grundhaltung getrennt war. Die Tiere mussten von den Zirkuszugehörigen auf den Auslauf bzw. in das Gehege gebracht werden.

Frei auf dem Zirkusgelände laufend

siehe Grundhaltungseinheiten.

Tüdderhaltung

Die Tiere wurden an beliebigen Stellen des Zirkusplatzes mit einem Seil an einer fest verankerten Stelle mit einem Halfter angepflockt.

Voliere

Siehe Grundhaltungseinheiten.

Landfläche

Für Tiere, deren Grundhaltung aus einem Land- und Wasserteil bestand und denen (zeitweise) eine weitere Landfläche zur Verfügung stand.

Am Fahrrad / Gassi gehen

Den Tieren wurde mehr oder weniger regelmäßig die Möglichkeit geboten mit einer Person das Zirkusgelände zu verlassen und am Fahrrad mitzulaufen oder Gassi zu gehen.

Freiflug / Freigang in der Natur

Die Vögel hatten Freiflug, bzw. die Kleinkatzen Freigang, und konnten nach Bedarf ihre Grundhaltungseinheiten aufsuchen.

Freiflug in der Manege

Den Vögeln wurde nach Angaben Zirkuszugehöriger der Freiflug in der Manege ermöglicht.

Flug an der Leine

Fixierung einer etwa vier Meter langen Leine an den Füßen des Vogels und freie Bewegungsmöglichkeit vor einem Transportwagen innerhalb der Kettenlänge.

Nicht vorhanden

Für die Tiere waren zum Zeitpunkt der Datenaufnahmen keine zusätzlichen Haltungen aufgebaut.

Keine Angaben

Informationen zur zusätzlichen Haltung konnten nicht gewonnen werden

4.2.2.1 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Paarhufer

4.2.2.1.1 Kamele

Tab. 12: Haltungsbedingungen von Kamelen (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen	Auslauf an de Grundhaltung	separater Auslauf	frei auf dem Zirkusgelände	nicht vorhanden	
	Grundhaltungen	Gruppe	Gruppe			
<u>Altweltkamele</u>						<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Trampeltiere		31		3	56	90
	Transportwagen	15				15
	Boxen- / Paddockhaltung	16			54	70
	Anbindehaltung				2	2
	frei laufend			3		3
Dromedare		13		1	5	19
	Transportwagen	6				6
	Boxen- / Paddockhaltung	7			5	12
	frei laufend			1		1
<u>Neuweltkamele</u>						
Lamas		46	1	1	35	83
	Transportwagen	32				32
	Boxen- / Paddockhaltung	14	1		33	48
	Anbindehaltung				2	2
	frei laufend			1		1
Alpakas		1			1	2
	Transportwagen	1				1
	Boxen- / Paddockhaltung				1	1
Guanakos	Boxen- / Paddockhaltung				4	4
Kleinkamele - Mixe		3			2	5
	Transportwagen	1				1
	Boxen- / Paddockhaltung	2			2	4
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		94 46,3%	1 0,5%	5 2,5%	103 50,7%	203 100%

Weit mehr als die Hälfte der Kamele (139 Tiere, 68%) lebten in Boxen- oder Paddockhaltung, weitere 27% (55 Tiere) in Transportwagen. Fünf Kamele (3%) konnten auf dem Zirkusgelände umherlaufen und vier Tiere (2%) wurden in Anbindehaltung angetroffen.

95 Groß- und Kleinkamele (46%) hatten die Möglichkeit, sich in einem Auslauf frei zu bewegen. 103 Tieren (51%) wurde nicht die Möglichkeit einer zusätzlichen Haltung geboten.

4.2.2.1.2 Hornträger

Tab. 13: Haltungsbedingungen von Hornträgern (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Auslauf an der Grundhaltung	separater Auslauf	frei auf dem Zirkusgelände	nicht vorhanden	
		Gruppe	Gruppe			
<u>Hornträger</u>						
<u>Grundhaltungen.</u> <u>Tiere gesamt</u>						
Ziegen		66	6	6	21	99
	Transportwagen	42	6			48
	Boxen- / Paddockhaltung	24		5	21	50
	frei laufend			1		1
Schafe	Transportwagen	3				3
Rinder	Boxen- / Paddockhaltung				4	4
Antilopen	Boxen- / Paddockhaltung				2	2
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		69 63,8%	6 5,6%	6 5,6%	27 25,0%	108 100%

Die körperlich kleineren Vertreter der Familie der Hornträger, Schafe und Ziegen, lebten zu 64% (69 Tiere) in einer Kombination aus Auslauf und Grundhaltungseinheit. Die Grundhaltungseinheit stellte der Transportwagen oder eine Boxen- / Paddockhaltung dar. Sechs weitere Tiere (6%) wurden auf einen Auslauf gebracht. Eine Ziege (1%) durfte ständig frei auf dem Platz umherlaufen,

während fünf weitere Ziegen (5%) dieses als zusätzliche Haltung wahrnehmen durften.

Die sechs größeren Hornträger (6%), die vier Ungarischen Steppenrinder und zwei Elenantilopen, lebten in Boxen- / Paddockhaltung und hatten keine Möglichkeit einen zusätzlichen Auslauf zu nutzen.

4.2.2.1.3 Giraffen

Tab. 14: Haltungsbedingungen von Giraffen (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Auslauf an der Grundhaltung	
		Gruppe	
<u>Giraffen</u>			<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Giraffen	Transportwagen	5	5
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		5 100,0%	5 100,0%

Alle fünf angetroffenen Giraffen (100%) lebten in ihrem Transportwagen. Allen Giraffen (100%) wurde die Möglichkeit gegeben den Auslauf, der sich direkt an den Transportwagen schloss, zu nutzen.

4.2.2.1.4 Schweine

Tab. 15: Haltungsbedingungen von Schweinen (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Auslauf an der Grundhaltung	frei auf dem Zirkusgelände	
		Gruppe		
<u>Schweine</u>				<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>
Hausschweine		21	1	22
	Transportwagen	21		21
	frei laufend		1	1
Wildschweine		2		2
	Transportwagen	1		1
	Boxen- / Paddockhaltung	1		1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		23 95,8%	1 4,2%	24 100,0%

22 Schweine (92%) lebten in einem Transportwagen. Ein Wildschwein (4%) lebte in Boxen- / Paddockhaltung und ein Hausschwein (4%) hatte die Möglichkeit frei auf dem Zirkusgelände zu laufen.

Allen Schweinen (100%) wurde die Möglichkeit geboten sich zusätzlich im Auslauf (96%) oder frei auf dem Zirkusgelände (4%) zu bewegen.

4.2.2.1.5 Flusspferde

Tab. 16: Haltungsbedingungen von Flusspferden (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Auslauf an der Grundhaltung	
		solitär	
<u>Flusspferde</u>			<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>
Flusspferde	Transportwagen	2	2
Zwergflusspferd	Transportwagen	1	1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		3 100,0%	3 100,0%

Alle drei angetroffenen Fluss- und Zwergflusspferde (100%) lebten in ihrem Transportwagen. Allen Tieren (100%) wurde die Möglichkeit geboten den direkt an den Transporter anschließenden Auslauf solitär zu nutzen.

4.2.2.2 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Unpaarhufer

4.2.2.2.1 Pferdeartige

Tab. 17: **Haltungsbedingungen von Pferdeartigen (Anzahl der Tiere / Haltungen)**

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltung	Auslauf an de Grundhaltung		separater Auslauf		frei auf dem Zirkusgelände	angetüddert	nicht vorhanden	
		solitär	Gruppe	solitär	Gruppe				
<u>Pferdeartige</u>									<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Pferde				9	12	1		167	189
	Boxen- / Paddockhaltung Anbindehaltung			9	12	1		165 2	187 2
Ponys		1	9	1	9	3	16	132	171
	Transportwagen	1	8		3			1	13
	Boxen- / Paddockhaltung		1	1	6	1	16	125	150
	Anbindehaltung							6	6
	frei laufend					2			2
Maultiere / -esel			2		1				3
	Transportwagen		2						2
	Boxen- / Paddockhaltung				1				1
Esel			4		6	1	1	6	18
	Transportwagen		3		2				5
	Boxen- / Paddockhaltung		1		4		1	6	12
	frei laufend					1			1
Zebras			10					7	17
	Transportwagen		6						6
	Boxen- / Paddockhaltung		4					7	11
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		1 0,3%	25 6,3%	10 2,5%	28 7,0%	5 1,3%	17 4,2%	312 78,4%	398 100,0%

91% der Pferdeartigen (361 Tiere) lebten in Boxen- / Paddockhaltung. Insgesamt zehn Ponys und Pferde (3%) wurden in Anbindehaltung angetroffen. 7% der Pferdeartigen (26 Tiere) lebten in Transportwagen.

Insgesamt konnten 64 Tiere (16%) einen Auslauf nutzen und fünf Tiere (1%) sogar frei auf dem Zirkusgelände laufen. 16 Ponys und ein Esel (4%) wurden in Tüdderhaltung auf dem Festplatz angetroffen.

Für 78% der Pferdeartigen (312 Tiere) stand kein zusätzlicher Auslauf zur Verfügung.

4.2.2.2.2 Nashörner

Tab. 18: Haltungsbedingungen von Nashörnern (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	Grundhaltungen	zusätzliche Haltungen	Auslauf an der Grundhaltung
		solitär	
<u>Nashörner</u>			<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>
Nashörner	Transportwagen	3	3
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		3 100,0%	3 100,0%

Insgesamt wurden drei solitär gehaltene, Nashörner (100%) in jeweils einem Transportwagen angetroffen.

An jeden Transportwagen schloss sich ein Auslauf für die Tiere an.

4.2.2.3 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Raubtiere

4.2.2.3.1 Hundartige

Tab. 19: Haltungsbedingungen von Hundartigen (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Gehege an der Grundhaltung	separates Gehege	Auslauf an der Grundhaltung	frei auf dem Zirkusgelände	am Fahrrad / Gassi gehen	keine Angaben	
		Gruppe	Gruppe	Gruppe				
<u>Hundeartige</u>								<u>Grundh. Tiere gesamt</u>
Hunde		3		27	20	2	23	75
	Transportwagen			6	9			15
	Transportboxen	3		21				24
	Zwinger				6	2	6	14
	Wohnwagen				5			5
	Kettenhaltung						2	2
	Haltung unbekannt						15	15
Füchse	Transportboxen		2					2
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		3 3,9%	2 2,6%	27 35,1%	20 26,0%	2 2,6%	23 29,8%	77 100,0%

Die Haltung von 14 Hundartigen (18%) war unbekannt.

24 Hunde und zwei Füchse (34% der Hundeartigen) wurden in Transportboxen untergebracht. 15 Hunde (19%) lebten in einem Transportwagen, 18% (14 Tiere) in einem Hundezwinger und zwei Hunde (3%) wurden angebunden angetroffen. Fünf Hunde (6%) lebten zusammen mit ihren Besitzern im Wohnwagen.

Zu 23 Hunden (30%) wurden keine Angaben bezüglich weiterer zusätzlicher Haltungen gemacht.

39% der Hunde (30 Tiere) konnten ein, direkt an die Grundhaltung angeschlossenes, Gehege oder einen Auslauf nutzen. Mit drei Tieren (4%) wurde zusätzlich Gassi gegangen. Die beiden Füchse (3%) wurden in ein Außengehege verbracht. 20 Hunde (26%) durften frei auf dem Zirkusgelände umherlaufen. Vier dieser frei laufenden Hunde (5%) gingen zusätzlich mit ihren Besitzern Gassi. Mit zwei Hunden (3%) wurde ausschließlich Gassi gegangen oder sie wurden am Fahrrad, nebenher laufend, bewegt.

4.2.2.3.2 Katzenartige

Tab. 20: Haltungsbedingungen von Katzenartigen (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Gehege an der Grundhaltung	separates Gehege	nicht vorhanden	
		Gruppe oder solitär	Gruppe		
<u>Katzenartige</u>					<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Hauskatzen	Transportboxen		4		4
Tiger	Transportwagen	50			50
Löwen	Transportwagen	33			33
Liger	Transportwagen	3		6	9
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		86 89,6%	4 4,1%	6 6,3%	96 100,0%

Alle vier Kleinkatzen (4%) wurden in Transportboxen gehalten. Alle 92 Großkatzen (96%) hingegen in Transportwagen.

Die vier Hauskatzen (4%) wurden zusätzlich in ein separates Gehege verbracht. Gelegentlich, bei geeignetem Gelände, hatten sie zusätzlichen Freigang.

90% der Großkatzen (86 Tiere) konnten einen Auslauf nutzen, der sich direkt an den Transportwagen anschloss. Die Raubkatzen kamen in gleicher Gruppenzusammensetzung oder solitär auf den Auslauf, so wie sie auch in der Grundhaltung lebten.

Für sechs Jungtiere (6%) stand kein Auslauf zur Verfügung. Nach Angaben des Tierbesitzers wurden diese frei in der Manege laufen gelassen. Ein Manegenzugang bestand nicht.

4.2.2.3.3 Ohrenrobben

Tab. 21: Haltungsbedingungen von Ohrenrobben (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Landfläche	nicht vorhanden	
		Gruppe		
<u>Ohrenrobben</u>				<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>
Kalifornische Seelöwen	Wasser- & Landteil	2	2	4
Mähnenrobbe	Wasser- & Landteil		2	2
<u>Zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		2 33,3%	4 66,7%	6 100,0%

Alle sechs Ohrenrobben (100%) wurden in Transportwagen gehalten, welche jeweils einen Wasser- und einen Landteil besaßen.

Zwei Tieren (33%) wurde zusätzlich eine Landfläche außerhalb des Transportwagens zur Verfügung gestellt.

Für vier Tiere (67%) stand keine zusätzliche Haltung zur Verfügung.

4.2.2.3.4 Groß- und Kleinbären

Tab. 22: Haltungsbedingungen von Groß- und Kleinbären (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Gehege an der Grundhaltung	nicht vorhanden	
		Gruppe		
<u>Großbären</u>				<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Braunbären	Transportwagen	9	2	11
<u>Kleinbären</u>				
Nasenbär	Gehege		1	1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		9 75,0%	3 25,0%	12 100,0%

Die Grundhaltungseinheiten der elf Braunbären (92%) stellten Transportwagen dar. Der Nasenbär (8%) wurde in einem Gehege gehalten.

Neun Großbären (75%) hatten die Möglichkeit ein Gehege, welches direkt an die Transportwagen anschloss, zu nutzen. Die Gruppenzusammensetzungen waren die gleiche wie in den Grundhaltungen.

Zwei Braunbären (17%) hatten keinen Zugang zum Auslauf. Dem Nasenbären (8%) stand kein Auslauf zur Verfügung.

4.2.2.4 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Rüsseltiere

4.2.2.4.1 Elefanten

Tab. 23: Haltungsbedingungen von Elefanten (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	<div>zusätzliche Haltungen</div> <div>Grundhaltungen</div>	Auslauf an der Grundhaltung		separater Auslauf	nicht vorhanden	
		Gruppe	solitär	Gruppe		
<u>Elefanten</u>					<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>	
Afrikanische Elefanten		6		7	1	14
	ständig in Ketten			4	1	5
	zeitweise in Ketten			3		3
	ständig frei	6				6
Asiatische Elefanten			1	8	4	13
	ständig in Ketten			3	1	4
	zeitweise in Ketten			5	2	7
	ständig frei				1	1
	frei im Transportwagen		1			1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		6 22,2%	1 3,7%	15 55,6%	5 18,5%	27 100,0%

Sechs Afrikanische Elefanten (22%) konnten sich sowohl in der Grundhaltungseinheit, als auch im Auslauf ständig frei bewegen.

Ein Asiatischer Elefant (4%) lebte ohne weitere Fixierungen in seinem Transportwagen, konnte tagsüber jedoch frei den direkt anschließenden Auslauf nutzen.

Sieben Elefanten (26%) lebten in ständiger, acht Elefanten (30%) in vorübergehender Kettenhaltung. Alle dieser 15 Afrikanischen und Asiatischen Elefanten (56%) wurden zeitweise auf einen separaten Auslauf verbracht.

Fünf Tiere (19%), ein Afrikanisches und vier Asiatische, mussten ohne Auslauf auskommen. Zwei dieser Elefanten (6%) lebten in ständiger, zwei (6%) in vorübergehender Kettenhaltung. Nur ein Tier (4%) ohne Auslauf konnte sich ohne Ketten in der Grundhaltung bewegen.

4.2.2.5 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Menschenaffen

4.2.2.5.1 Menschenaffen und Meerkatzenverwandte

Tab. 24: Haltungsbedingungen von Menschenaffen und Meerkatzenverwandten
(Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Gehege auf dem Transportwagen		Gehege am Transportwagen	Auslauf an Grundhaltung	frei auf dem Zirkusgelände	nicht vorhanden	
		solitär	Gruppe	Gruppe	Gruppe			
<u>Menschenaffen</u>								<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Schimpanse	Transportwagen	1						1
<u>Meerkatzenverwandte</u>								
Rhesusaffen	Transportwagen		2	2		1	1	6
Berberaffen	Transportwagen			1	2		2	5
Schweinsaffen	Transportwagen			3				3
Pavian	Transportwagen			1				1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		1 6,3%	2 12,5%	7 43,7%	2 12,5%	1 6,3%	3 18,7%	16 100,0%

Alle 16 Affen der Familien Menschenaffen und Meerkatzenverwandte (100%) lebten in ihren Transportwagen.

Der Schimpanse (6%) und auch zwei Rhesusaffen (13%) konnten zusätzlich ein Außengehege, welches sich auf ihrem Transportwagen befand, nutzen.

Für sieben Meerkatzenverwandte (44%) wurde ein Gehege am Transportwagen aufgebaut, welches sie nach Belieben aufsuchen konnten.

Die drei Schweinsaffen (19%) bekamen gelegentlich die Möglichkeit das Gehege auf dem Transportwagen zu nutzen.

Ein Berberaffe, der Pavian und der Schimpanse (19%) wurden überdies zeitweise auf dem Zirkusgelände angebunden oder an der Leine umhergeführt.

Für den Schimpansen (6%) wurde nach Angaben des Zirkusbetreibers bei schönem Wetter zusätzlich noch ein Außengehege aufgebaut.

Zwei Berberaffen (13%) konnten sich frei in einem Auslauf beschäftigen, auf dem der Transportwagen stand.

Ein Rhesusaffe (6%) durfte frei auf dem Zirkusgelände umherlaufen. Dieser hatte jedoch auch die Möglichkeit zusätzlich das Gehege am Transportwagen aufzusuchen.

Für zwei Berberaffen (13%) und einen Rhesusaffen (6%) stand kein Auslauf zur Verfügung.

4.2.2.6 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnung Beuteltiere

4.2.2.6.1 Kängurus

Tab. 25: Haltungsbedingungen von Kängurus (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Auslauf an der Grundhaltung		
		solitär	Gruppe	
<u>Kängurus</u>				<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Bennettkängurus	Transportwagen		3	3
Rotes Riesenkänguru	Boxen- / Paddockhaltung	1		1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		1 25,0%	3 75,0%	4 100,0%

Drei Bennettkängurus (75%) wurden im Transportwagen mit anschließendem Auslauf angetroffen.

Ein Rotes Riesenkänguru (25%) lebte in Boxen- / Paddockhaltung und konnte den Auslauf, der sich direkt an die Grundhaltung anschloss, nutzen.

4.2.2.7 Haltungsbedingungen von Tieren der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte

4.2.2.7.1 Nagetiere und Hasenverwandte

Tab. 26: Haltungsbedingungen von Nagetieren und Hasenverwandten (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Gehege auf dem Transportwagen	nicht vorhanden	keine Angaben	
		solitär			
<u>Nagetiere</u>					<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Stachelschwein	Transportwagen	1			1
Meerschweinchen	Gehege		7		7
Futtertiere - Ratten	Transportboxen		11		11
Futtertiere - Mäuse	Transportboxen		2		2
<u>Hasenverwandte</u>					
Kaninchen			8	1	9
	Gehege		8		8
	Haltung unbekannt			1	1
Futtertiere - Kaninchen	Gehege		2		2
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		1 3,1%	30 93,8%	1 3,1%	32 100,0%

Die Haltung eines Kaninchens (3%) war unbekannt.

Für 15 Futtertiere (47%) der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte standen keine zusätzlichen Haltungseinheiten zur Verfügung. 13 Ratten und Mäuse (41%) lebten in Transportboxen und zwei Kaninchen (6%) im Gehege.

15 weitere Kaninchen und Meerschweinchen (47%) lebten in einem Gehege. Auch für diese Tiere stand kein weiterer Auslauf zur Verfügung.

Das Stachelschwein (3%) wurde in einem Transportwagen gehalten und konnte nach Angaben des Zirkusbetreibers das Gehege auf dem Transportwagen im Wechsel mit zwei Affen nutzen.

4.2.2.8 Haltungsbedingungen von Tieren der Klasse Vögel

4.2.2.8.1 Taubenvögel

Tab. 27: Haltungsbedingungen von Taubenvögeln (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Freiflug	Freiflug in der Manege	Außenvoliere	nicht vorhanden	
		Gruppe	Gruppe			
<u>Taubenvögel</u>						<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Tauben	Volieren	17	23	14	31	85
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		17 20,0%	23 27,1%	14 16,5%	31 36,4%	85 100,0%

Alle 85 Tauben (100%) waren in Volieren untergebracht.

14 Tiere (17%) hatten zusätzlich Zugang zu einer Außenvoliere.

17 Tauben (20%) hatten die Möglichkeit zum Freiflug, während 23 Tauben (27%), nach Angaben der Zirkusangehörigen, in der Manege fliegen gelassen wurden.

36% der Tauben (31 Tiere) bekamen keine Gelegenheit sich außerhalb der Volieren zu bewegen.

4.2.2.8.2 Entenvögel

Tab. 28: Haltungsbedingungen von Entenvögeln (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen	frei auf dem Zirkusgelände	Auslauf	nicht vorhanden	
	Grundhaltungen		Gruppe		
<u>Entenvögel</u>					<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>
Enten		18	31		49
	Transportboxen		31		31
	Auslauf	18			18
Gänse			2	13	15
	Transportboxen		2		2
	Auslauf			13	13
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		18 28,1%	33 51,6%	13 20,3%	64 100,0%

31 Enten (48%) und zwei Gänse (3%) wurden in Transportboxen und Ausläufen gehalten.

18 Enten (28%), die in einem Auslauf lebten, durften zusätzlich frei auf dem Zirkusgelände umherlaufen.

13 Gänse (20%), die auf einem Auslauf lebten, hatten keine weitere Haltungseinheit.

4.2.2.8.3 Papageien

Tab. 29: Haltungsbedingungen von Papageien (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen Grundhaltungen	Freiflug in der Manege	Außenvoliere	keine Angaben	
			Gruppe		
<u>Papageien</u>					<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Papageien		8	13	1	22
	Käfige		10		10
	Volieren	8	3		11
	Haltung unbekannt			1	1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		8 36,4%	13 59,1%	1 4,5%	22 100,0%

Die Haltungsbedingungen eines Papageis (5%) waren unbekannt.

Zehn Papageien (46%) wurden in Käfigen gehalten und bekamen zusätzlich eine Außenvoliere zur Verfügung gestellt.

Elf Papageien (50%) wurden in Innenvolieren gehalten. Acht der Tiere (36%) durften zeitweise in der Manege fliegen. Für die drei anderen Tiere (14%) stand ein Außengehege zur Verfügung.

4.2.2.8.4 Greifvögel

Tab. 30: Haltungsbedingungen eines Greifvogels (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen	Flug an der Leine	
	Grundhaltungen		
<u>Greifvögel</u>			<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Geier	Käfig	1	1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		1 100,0%	1 100,0%

Die Haltung des einen angetroffenen Geiers (100%) bestand aus einer Kombination von Käfighaltung und der Flugmöglichkeit an einer Leine.

4.2.2.8.5 Flachbrustvögel

Tab. 31: Haltungsbedingungen von Flachbrustvögeln (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	<div>zusätzliche Haltungen</div> <div>Grundhaltungen</div>	Auslauf an der Grundhaltung	
		Gruppe	
<u>Flachbrustvögel</u>			<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>
Emus	Boxen- / Paddockhaltung	2	2
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		2 100,0%	2 100,0%

Die beiden Emus (100%) wurden in einer Kombination aus Boxen- / Paddockhaltung und sich anschließendem Auslauf gehalten.

4.2.2.9 Haltungsbedingungen von Tieren der Klasse Reptilien

4.2.2.9.1 Schuppenkriechtiere

Tab. 32: Haltungsbedingungen von Schuppenkriechtieren (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	zusätzliche Haltungen	nicht vorhanden	
	Grundhaltungen		
<u>Schuppenkriechtiere</u>			<u>Grundhaltungen Tiere gesamt</u>
Riesenschlangen		31	31
	Terrarium	30	30
	Holzverschlag	1	1
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		31 100,0%	31 100,0%

30 Riesenschlangen (97%) bewohnten verschieden große Terrarien, eine Schlange (3%) lebte in einem Holzverschlag.

Zusätzliche Haltungseinheiten waren nicht vorhanden.

4.2.2.9.2 Krokodile

Tab. 33: Haltungsbedingungen von Krokodilen (Anzahl der Tiere / Haltungen)

Tierarten	<div>zusätzliche Haltungen</div> <div>Grundhaltungen</div>	Landfläche	nicht vorhanden	
		Gruppe		
<u>Krokodile</u>				<u>Grundhaltungen</u> <u>Tiere gesamt</u>
Alligatoren	Wasser- und Landteil	2	2	4
<u>zusätzliche Haltungen Tiere gesamt</u>		2 50,0%	2 50,0%	4 100,0%

Alle vier Alligatoren (100%) lebten in einem Transportwagen. Für sie standen ein Wasserbecken und eine Landfläche zur Verfügung.

Zwei Tiere (50%) hatten die zusätzlich Möglichkeit zeitweise eine größere Landfläche aufzusuchen.

4.2.3 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten

Zur Beurteilung der in den Kapiteln 4.2.2 beschriebenen Haltungsbedingungen wurden die in Deutschland erarbeiteten und verwendeten Richtwerte angewandt. Soweit für die jeweiligen Tierarten vorhanden, wurden die Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen (BMELV 2000) (im Folgenden Zirkusleitlinien genannt) und das Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren (BMELV 1996) (im Folgenden Säugetiergutachten genannt) herangezogen. Für Tierarten, die in genannter Literatur nicht erwähnt werden, wurde andere Literatur verwendet. Diese wurde in den einzelnen Abschnitten jeweiliger Tierordnungen und -klassen erläutert.

Die Bewertungen erfolgten ausschließlich nach den Bewertungsgrundlagen, die am Anfang eines jeden Kapitels dargestellt wurden. Es konnte nicht auf alle Anforderungen eingegangen werden, so dass sich auf die Mindestgrößen und Ausgestaltungen zur Beschäftigung der Tiere der jeweiligen Haltungen vor Ort beschränkt worden ist. Die Anforderungen der angewandten Richtwerte wurden auf die Anzahl der Tiere jeweiliger Arten abgestimmt.

Die Zeit, die die Tiere in ihren jeweiligen zusätzlichen Haltungseinheiten verbrachten, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden (siehe Kapitel 4.2.2).

Tierarten, zu denen Richtwerte aus den Zirkusleitlinien vorliegen, wurden vorab eingeteilt in Tiere, die in besuchten Zirkusvorstellungen gesehen oder nachweislich trainiert wurden und Tiere, die nicht nachweislich gearbeitet wurden. Für die gearbeiteten Tiere wurden die Richtwerte aus den Zirkusleitlinien angewandt (siehe Kapitel 2.3.2.1). Für Tiere, die in den Zirkusleitlinien beschrieben, aber im jeweiligen Zirkus nicht nachweislich gearbeitet wurden, wurde das Säugetiergutachten, bzw. andere verwendete Literatur als Bewertungsgrundlage herangezogen (siehe Kapitel 2.3.2.2). Somit ist es möglich, dass für Tiere, die in einem Zirkus in gleicher Haltung

gemeinsam lebten andere Bewertungen vorgenommen wurden. Wenn Zweifel bestanden, welche Individuen in der Vorstellung zu sehen waren, wurden für alle in Frage kommenden Tiere die Zirkusleitlinien als Grundlage verwendet.

Haltungsbedingungen, die unabhängig von deren Platzangebot nicht den genannten Richtwerten entsprachen, wurden nicht bewertet (k. W., siehe unten), konnten jedoch auf diese Weise erkenntlich gemacht werden.

Individuen verschiedener Tierarten, die in einer gemeinsamen Haltung lebten, wurden jeweils nach den für die Tierart geltenden Grundlagen bewertet. Es ist möglich, dass trotz gleicher Voraussetzungen die Haltungen unterschiedlich eingestuft wurden (z. B. wenn die Haltungen der Zebras als den Anforderungen entsprechend bewertet wurden, für die in der gleichen Haltung stehenden Trampeltiere jedoch nicht).

Wurden unterschiedliche Tierarten vergesellschaftet gehalten, so zählten zur Berechnung des Platzangebotes auch die Tiere anderer Tierarten jeweils wie ein Tier der derzeitig abgehandelten Tierart. Ausnahme bildete die Bewertung der Giraffen. Aufgrund der starken Größenunterschiede wurden vergesellschaftete Ziegen und Neuweltkamele nicht berücksichtigt.

Um die metrische Variationen der Tierhaltungen aufzuzeigen wurden zusätzlich die prozentualen Spannbreiten hinsichtlich des jeweils geforderten Raumbedarfes dargestellt. Wurden die Größen der Tierhaltungen über die Anforderungen der Richtwerte hinaus erfüllt, konnten Werte über 100% erreicht werden.

Neben den metrischen Abmessungen wurden die Ausgestaltungen der Grund- und zusätzlichen Haltungen der Tiere hinsichtlich ihrer Beschäftigungsmöglichkeit begutachtet. Daher wurde auch bereits in diesem Abschnitt Futter, mit dem sich die Tiere üblicherweise länger beschäftigen müssen, aufgenommen (siehe Kapitel 5.2.4.2).

Es wurde angenommen, dass alle Tiere (wenigstens zeitweise) Zugang zu aufgebauten zusätzlichen Haltungseinheiten besaßen und somit auch deren Ausgestaltung bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten, nutzen konnten.

Auch die Einstreu wurde erwähnt, sofern sie für die jeweilige Tierart eine Beschäftigung darstellte (z. B. für Menschenaffen zum Bauen von Schlafnestern oder Einstreu als Futter).

Kategorien

Die Grundhaltungen wurden nach dem zur Verfügung stehendem Platzangebot in die Kategorien A - C eingeteilt:

- A = erfüllte die Anforderungen genannter Richtwerte zu 100% oder darüber hinaus (aufgrund möglicher Messfehler wurde an dieser Stelle eine Toleranz von 5% eingerechnet)
- B = erfüllte die Anforderungen genannter Richtwerte zu mindestens 80%
- C = die Anforderungen genannter Richtwerte wurden zu weniger als 80% erfüllt

Die zusätzlichen Haltungen wurden nach dem zur Verfügung stehendem Platzangebot in die Kategorien A - C eingeteilt:

- A = erfüllte die Anforderungen genannter Richtwerte zu 100% oder darüber hinaus (aufgrund möglicher Messfehler wurde an dieser Stelle eine Toleranz von 5% eingerechnet)
- B = erfüllte die Anforderungen genannter Richtwerte zu mindestens 60%
- C = die Anforderungen genannter Richtwerte wurden zu weniger als 60% erfüllt

Erläuterungen zu den Tabellen

Für die Alt- und Neuweltkamele sowie die Flachbrustvögel wurden die Grundhaltungen und die zusätzlichen Haltungen in der Wertung zusammengelegt. Der Grundbedarf ergab sich somit aus der Addition der geforderten Raumgrößen beider Haltungen. Die Einteilung in Kategorien erfolgte nach der prozentualen Verteilung der zusätzlichen Haltungen. Wenn keine zusätzliche Haltung geboten

wurde, wurde nur die Grundhaltung bewertet und das Fehlen in der Spalte nicht vorh. (nicht vorhanden) dokumentiert. Die kategorische Einteilung erfolgte dann ausschließlich für die Grundhaltungen. Es ergab sich jedoch für diese Tiere aus der Formulierungsweise der Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten, dass lediglich in den Zirkusleitlinien zwischen einer Grund- und zusätzlichen Haltung unterschieden werden kann. Für Tiere, dessen Haltungen auf der Grundlage des Säugetiergutachtens bewertet wurden, konnten demnach alleinige Haltungen in Boxen- / Paddocks nur als den „Anforderungen nicht genügend“ bewertet werden (Kategorie C).

Die Zahlen 1 bis 25 in der ersten Spalte zeigen die einzelnen Zirkusse anhand von Synonymen auf. Die zweite Spalte gibt die Gesamtzahlen der jeweils pro Zirkus mitgeführten Tiere dieser Arten an.

Abgesehen der ersten beiden Spalten definieren die weiteren Zahlen in den Tabellen die Anzahl der Tiere, deren Haltungen den jeweiligen Kategorien zugeordnet wurden. Somit wurde bei der Ausgestaltung der Haltungseinheiten nicht die Anzahl der Möglichkeiten beschrieben, sondern auch hier die Anzahl der Tiere, die diese nutzen konnten (z. B. sagt in der Spalte „Ausgestaltung - Liegebretter“ die Zahl 7 aus, dass sieben Tiere Zugang zu einem oder mehreren Liegebretter(n) hatten).

Beim Besuch der Zirkusse nicht vorhandene, oder nicht aufgebaute zusätzliche Haltungen wurden in die Spalte nicht vorh. eingetragen.

Die Anzahl der Tiere, die eine vorhandene zusätzliche Haltung während der Datendokumentation nutzen konnten, wurde in die Spalte Nutzung zus. Haltung (Nutzung zusätzlicher Haltung) eingetragen. Wurde diese Spalte nicht in der Tabelle angelegt und waren die Tiere nicht in der Spalte nicht vorh. eingetragen oder im nachfolgenden Text nicht erläutert, so konnten alle angegebenen Tiere den Auslauf nutzen.

Für Spalten, die mit k. A. (keine Angaben) belegt worden sind, lagen keine auswertbaren Daten vor (siehe Kapitel 3.1.1). Die Haltungen konnten demnach nicht beurteilt werden.

Die Angabe k. W. (keine Wertung) wurde für Haltungen gewählt, zu denen keine gebräuchlichen Bewertungsgrundlagen vorliegen. Die Haltungen konnten demnach nicht beurteilt werden und wurden lediglich dargestellt.

Die Spalten a - f, unter Umständen mit angestellter Hochzahl, bezeichnen die Ausgestaltungen jeweiliger Haltungseinheiten und wurden in den folgenden Kapiteln gesondert benannt. Die Anzahl der Tiere, denen genannte Ausgestaltung zugänglich war, wurde vor die jeweilige Hochzahl gestellt. Die Hochzahlen kennzeichnen die verschiedenen Ausgestaltungen, wie in den jeweiligen Kapiteln beschrieben.

Die Berechnungen beziehen sich auf die in den Tabellen genannte Gesamtzahl (100%) der Tiere. Abweichungen werden gesondert benannt.

4.2.3.1 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Paarhufer

4.2.3.1.1 Altweltkamele

Nach den Zirkusleitlinien sollen Altweltkamele in Boxen oder überdachten Teilen des Außengeheges gehalten werden, die eine Mindestfläche von 12 m² für das erste, für jedes weitere Tier zusätzlich 4 m², besitzen. Stuten sollten in Gruppen gehalten werden. Anbindehaltung wird abgelehnt.

Das Außengehege soll für bis zu drei Altweltkamele 150 m² groß sein, für jedes weitere Tier kommen 25 m² dazu.

Das Säugetiergutachten verlangt für Altweltkamele Unterstände oder Ställe von mindestens 4 m² pro Tier als Unterstellmöglichkeiten zum Gehege.

Das Gehege sollte 300 m² für drei Tiere, für jedes weitere Tier zusätzlich 50 m² groß sein. Die Haltung sollte in Gruppen erfolgen.

Tab. 34: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Altweltkamele

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung		Ausgestaltung Grundhaltung		metrische Kategorien Grund- und zusätzlicher Haltung				Ausgestaltung zus. Haltung		
		A	C	a	d	A	B	C	nicht vorh.	b	c	d
1	2						2					
2	7	2	4		6				7		1	
		1 k. W.										
3	2					2					2	2
4	11	11		11	11				11			
5	25	25 k. A.							25			
8	2			2		2				2		
9	6			6	6	6					6	
10	4			4	4	4						
11	2	2 k. A.							2			
12	5	1 k. W.				4			1			
15	6	6			6				6			
16	1	1							1			
18	2			2				2				
19	6			6	6			6				
22	9	3	1		4			5	4			5
24	13			13		8		5			8	
25	6	4		4	4	2			4		2	2
	109	27	5	48	47	28	2	18	61	2	19	9
gesamt %	100,0%	24,8%	4,6%	44,0%	43,1%	25,7%	1,8%	16,5%	56,0%	1,8%	17,4%	8,3%

Ausgestaltungen: a = frische, fressbare Einstreu (Stroh)
b = Baumstammstücke
c = gewachsenes Gras
d = Heu und / oder Grassilage

Haltungen

Für die Grundhaltungen von 27 Altweltkamelen (25%) aus zwei verschiedenen Zirkussen lagen keine Angaben vor. Eine zusätzliche Haltung stand diesen Tieren nicht zur Verfügung.

Die Grundhaltung zweier Altweltkamele (2%), die die Anbindehaltung darstellte, wurde nicht bewertet.

Von den insgesamt 48 Altweltkamelen (44%), die eine zusätzliche Haltung nutzen konnten, entsprachen die Grund- und zusätzlichen Haltungen in 26% (28 Tiere) den gesetzlich geforderten Platzvorgaben (Kategorie A). Die kombinierte Haltung von 18 Tieren (17%) entsprach nicht den Vorgaben der Zirkusleitlinien und des Säugetiergutachtens (Kategorie C). Die Haltung von zwei Tieren (2%) eines Zirkus entsprach der Kategorie B.

Von 61 Altweltkamelen (56%), denen kein weiterer Auslauf gewährt wurde, sind die Platzverhältnisse der Grundhaltungen bei 27 Tieren (25%) den Vorgaben entsprechend (Kategorie A). Bei fünf Altweltkamelen (5%) reichte der zur Verfügung stehenden Platz gemäß den Vorgaben nicht (Kategorie C).

Die Erfüllung jeweils geforderten Raumbedarfes der Kombinationen aus Grund- und zusätzlichen Haltungen variierte zwischen 21 - 224% (beziehungsweise des ganzen Zirkusplatzes). Die Erfüllung der Größen, ausschließlich vorhandener Grundhaltungen, variierte zwischen 13 - 700% des geforderten Raumbedarfes.

Ausgestaltungen

In der Grund- oder zusätzlichen Haltungseinheit hatten 56 Altweltkamele (51%) freien Zugang zu Heu oder Grassilage.

48 Altweltkamelen (44%) stand in der Grundhaltung frische, fressbare Einstreu zur Verfügung.

Die Möglichkeit zum Grasen bestand für 19 Tiere (17%) aus fünf Zirkussen.

Ein Zirkus legte in den Auslauf zweier Altweltkamele (2%) Baumstammstücke.

4.2.3.1.2 Neuweltkamele

Nach den Zirkusleitlinien sollen die Boxen von Neuweltkamelen für ein Tier mindestens 8 m² aufweisen, für jedes weitere Tier zusätzlich 2 m².

Anbindehaltung wird abgelehnt.

Außengehege für Lamas und Alpakas sollen für drei Tiere mindestens 75 m² groß sein, für jedes weitere Tier zusätzlich 15 m².

Das Säugetiergutachten setzt eine Boxenfläche von mindestens 2 m² pro Tier als Unterstellmöglichkeiten zum Gehege voraus.

Außengehege für drei Lamas oder Alpakas sollte mindestens 150 m², für jedes weitere Tier 30 m² zusätzlich, betragen. Für die Außengehege der bewegungsfreudigen Guanakos und Vikunjas gelten die Mindestanforderungen der Altweltkamele (siehe Kapitel 4.2.3.1.1).

Tab. 35: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grundhaltungen der Neuweltkamele

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung		Ausgestaltung Grundhaltung			
		A	B	a	b	f	
1	3	3					
2	13	11				12	
		2 k. W.					
3	10						
5	11	11 k. A.					
6	4			4		4	
8	6			6		6	
9	4						
10	6			6	6		
11	1	1 k. A.					
12	4						
13	8					1	
15	6	6				6	
16	3	3				3	
19	6	6		6		6	
22	1		1			1	
24	4			4			
	1	1		1		1	
25	3	3		3	3		
	94	33	1	30	9	40	
gesamt %	100,0%	35,1%	1,1%	31,9%	9,6%	43,0%	

Tab. 36: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von zusätzlichen Haltungen der Neuweltkamele

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grund- und zus. Haltung				Ausgestaltung zus. Haltung				
		A	B	C	nicht vorh.	b	c	d	e	f
1	3				3					
2	13				13					
3	10	1	9							10
5	11				11					
6	4	4				4	4		4	
8	6		6					6		
9	4	4								
10	6		6			6				
11	1				1					
12	4			4						
13	8	8							8	
15	6				6					
16	3				3					
19	6									
22	1				1					
24	4	4							4	
	1				1					
25	3				3					
	94	21	21	4	42	10	4	6	16	10
gesamt %	100,0%	22,3%	22,3%	4,3%	44,7%	10,6%	4,3%	6,4%	17,0%	10,6%

Ausgestaltungen: a = frische, fressbare Einstreu (Stroh)

b = Ast- und Blattwerk

c = angebrachter Bürstenkopf

d = Baumstammstücke

e = gewachsenes Gras

f = Heu und / oder Grassilage

Haltungen

Für die Grundhaltungen von zwölf Neuweltkamelen (13%) aus zwei verschiedenen Zirkussen lagen keine Angaben vor. Eine zusätzliche Haltung stand diesen Tieren nicht zur Verfügung.

Die Grundhaltung zweier Neuweltkamele (2%), die die Anbindehaltung darstellte, wurde nicht bewertet.

Insgesamt hatten 52 Neuweltkamele (55%) einen zusätzlichen Auslauf zur Verfügung. Sechs Tiere (6%) eines Zirkus konnten diesen während der Dokumentation der Daten nicht nutzen. Die Raumgrößen von 21 (22%) kombinierten Grund- und zusätzliche Haltungen waren den Vorgaben entsprechend (Kategorie A), 21 (22%) teilweise entsprechend (Kategorie B) und vier Haltungen (4%) nicht ausreichend (Kategorie C).

Die alleinig vorhandenen Grundhaltungen von 36 Tieren (38%), inklusive der sechs Tiere, die den Auslauf nur sporadisch nutzen konnten, entsprach bei 33 Tieren (35%) den gesetzlichen Vorgaben (Kategorie A). Die Haltung eines Tieres (1%) konnte die Anforderungen nicht vollständig erfüllen (Kategorie B).

Die Erfüllung jeweils geforderten Raumbedarfes der Kombinationen aus Grund- und zusätzlichen Haltungen variierte zwischen 17 - 340% (beziehungsweise des ganzen Zirkusplatzes). Die Erfüllung der Größen, ausschließlich vorhandener Grundhaltungen, variierte zwischen 75 - 550% des geforderten Raumbedarfes.

Ausgestaltungen

50 Neuweltkamelen (53%) wurde in der Grund- oder zusätzlichen Haltung Heu oder Grassilage angeboten.

30 Neuweltkamelen (32%) aus sechs verschiedenen Zirkussen stand in der Grundhaltung frische, fressbare Einstreu zur Verfügung.

Zehn Tiere (11%) aus zwei Zirkussen wurden in der Grund- oder zusätzlichen Haltung mit Ast- und Blattwerk versorgt. Gras fressen in der zusätzlichen Haltungseinheit konnten 16 Neuweltkamele (17%) aus drei Zirkussen.

Ein Zirkus brachte für seine vier Tiere (4%) im Auslauf einen Bürstenkopf zum Scheuern an.

In der zusätzlichen Haltung eines Zirkus lagen für sechs Tiere (6%) Baumstammstücke aus.

4.2.3.1.3 Schafe und Ziegen

Schafe und Ziegen werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Alleinig für die Ziegenhaltung existiert ein Merkblatt mit definierten Angaben zu geforderten Raumgrößen (TVT 2003). Die Schafhaltung wird aufgrund fehlender Literatur der Ziegenhaltung gleichgesetzt.

Nach diesem Merkblatt soll der Stall von hornlosen Ziegen 2 m² pro Tier, für gehörnte Ziegen 2,5 m² pro Tier betragen.

Anbindehaltung ist ungeeignet.

Für die Größe eines Auslaufs liegen keine Angaben vor, es wird täglicher Freigang als notwendig beschrieben.

Zur besseren Übersichtlichkeit wurden die Schaf- und Ziegenhaltungen gemeinsam aufgeführt. Grundlage stellte die Platzanforderung für hornlose Ziegen (2 m² / Tier).

Da keine Voraussetzungen zu Größen zusätzlicher Haltungen existieren wurden diese ausschließlich aufgeführt.

Tab. 37: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Schafe und Ziegen

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung			Ausgestaltung Grundhaltung				zus. Haltung vorhanden	Ausgestaltung zus. Haltung			
		A	B	C	a	b	d	e		b	c	d	e
1	3	3							3				
2	4	4						4	4				
3	15		1	14	15				15				15
7	9	9							9		9		
9	19	2	2	15	19			17	2		2	2	
10	4	4			4	4	4		4	4		4	
11	4	4 k. A.											
12	6	6						6	6				
15	6	6						6	6				
17	14		14						14				14
19	10	10 k. A.							10				
20	6			6	6			6	6		6		
22	2	2							2				
	102	36	17	35	44	4	4	39	81	4	17	6	29
gesamt %	100,0%	35,3%	16,7%	34,3%	43,1%	3,9%	3,9%	38,2%	79,4%	3,9%	16,7%	3,9%	28,4%

Ausgestaltungen: a = frische, fressbare Einstreu (Stroh)

b = Ast- und Blattwerk

c = gewachsenes Gras

d = Klettermöglichkeiten

e = Heu oder Grassilage

Haltungen

Die Grundhaltungen von 36 Schafen und Ziegen (35%) stimmte mit den Empfehlungen des Merkblattes überein (Kategorie A). Für 35 Tiere (34%) entsprach das Platzangebot nicht den Empfehlungen (Kategorie C). Die Grundhaltungen von 17 Tieren (17%) entsprach der Kategorie C.

21% der Schafe und Ziegen (21 Tiere) hatten keinen zusätzlichen Auslauf zur Verfügung.

Die Erfüllung jeweils geforderten Raumbedarfes variierte zwischen 20 - 275% (beziehungsweise des ganzen Zirkusplatzes).

Ausgestaltungen

68 Tiere (67%) bekamen in der Grund- oder zusätzlichen Haltung Heu oder Grassilage geboten.

Frische, fressbare Einstreu wurde 44 Tieren (43%) aus vier verschiedenen Zirkussen in der Grundhaltung zur Verfügung gestellt.

Mit Ast- und Blattwerk konnten sich vier Tiere (4%) eines Zirkus in der Grundhaltung und im Auslauf beschäftigen. Dieser Zirkus bot zusätzlich in beiden Haltungseinheiten Klettermöglichkeiten an.

Drei Zirkusse boten ihren insgesamt 17 Schafen und Ziegen (17%) die Möglichkeit zu grasen.

4.2.3.1.4 Rinder

Die Zirkusleitlinien sehen für Rinder Boxen in der Größe von 6 m² pro 500 kg Tier vor. Bei Einzelhaltung mindestens 12 m² pro Tier.

Anbindehaltung ist nicht erlaubt.

Der Auslauf sollte für fünf Tiere mindestens 100 m² aufweisen.

Das Säugetiergutachten beschreibt eine Stallfläche von mindestens 6 m² pro Tier.

Das Außengehege sollte mindestens 400 m² für fünf Tiere betragen.

Nach (SAMBRAUS 2001) beträgt das Körpergewicht ausgewachsener großer Wiederkäuer der Rassen Ungarisches Steppenrind mindestens und bei Galloways um die 500 kg, so dass bei der Beurteilung der Haltungseinheiten der vier adulten Rinder (100%) von dieser Körpermasse ausgegangen worden ist.

Haltungen

Jeweils beide Rinder (100%) beider Zirkusse wurden gemeinsam in einer Grundhaltung gehalten, die die Anforderungen erfüllte (Kategorie A).

Keinem Tier (100%) stand ein zusätzlicher Auslauf zur Verfügung.

Die Erfüllung jeweils geforderten Raumbedarfes der Grundhaltungen variierte zwischen 100 - 250 %.

Ausgestaltungen

Ein Zirkus bot seinen beiden Rindern (50%) etwas Stroh an. Allen Rindern (100%) stand Heu zur Verfügung.

4.2.3.1.5 Antilopen

Antilopen werden in den Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Das Säugetiergutachten sieht für große Antilopen eine Stallgröße von 5 m² pro Tier vor.

Das Außengehege sollte für bis zu fünf Tiere 400 m² betragen.

Haltung

Die Haltung beider Antilopen (100%) eines Zirkus erfolgte in Boxen, die die Anforderungen des Säugetiergutachtens erfüllte (Kategorie A). Ein Außengehege war vorhanden, wurde aber, nach Angaben der Zirkusmitarbeiter, im Wechsel mit anderen Tieren genutzt. Zum Zeitpunkt der Datenaufnahmen kamen die Antilopen nicht in den Auslauf.

Die Erfüllung des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltung lag bei 220%.

Ausgestaltung

Die Box war mit frischem Stroh eingestreut.

4.2.3.1.6 Giraffen

Nach den Zirkusleitlinien müssen die Grundhaltungen von Giraffen mindestens 12 m² pro Tier aufweisen. Die Giraffen sollten aufrecht stehen können.

Zusätzlich muss ein lang gestrecktes Außengehege von mindestens 250 m² für bis zu drei Tiere vorhanden sein.

Das Säugetiergutachten sieht eine Innenfläche von mindestens 25 m² pro Tier vor.

Das Außengehege sollte für bis zu sechs Giraffen 500 m² groß sein.

Haltungen

Die Haltungen der solitär gehaltenen Giraffe (20%), die aus dem Transportwagen und anschließendem Auslauf bestanden, konnten nicht beurteilt werden.

Keine der beiden Grundhaltungen der insgesamt vier Giraffen (80%) konnten die Anforderungen erfüllen (Kategorie C).

Die gemessenen Höhen der Transportwagen betrugen 3,5 m und 4,2 m.

Das Außengehege eines Zirkus entsprach den Platzanforderungen der Zirkusleitlinien für ein gearbeitetes Tier (20%) (Kategorie A). Das andere Tier (20%) hatte, beurteilt nach dem Säugetiergutachten, nicht genügend Platz zur Verfügung (Kategorie B).

Die zusätzliche Haltung der beiden Tiere (40%) des anderen Zirkus entsprach nicht den Vorgaben der Zirkusleitlinien (Kategorie C).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 56 - 60%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 49 - 139%.

Ausgestaltungen

Drei Giraffen aus zwei Zirkussen (60%) stand in ihren Transportwagen Heu und Stroh zur Verfügung.

In den Ausläufen zweier Zirkusse standen den vier Tieren (80%) gewachsenes Gras sowie Ast- und Blattwerk zur Verfügung.

4.2.3.1.7 Schweine

Schweine werden in den Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Für die Haltung von nicht zur Mast oder Zucht vorgesehenen Hausschweinen liegen keine definierten, allgemein gültigen Angaben vor. Daher werden die Haltungen der im Zirkus angetroffenen Hausschweine im Folgenden lediglich beschrieben.

Für Wildschweine soll nach dem Säugetiergutachten eine Box für bis zu fünf Tiere 10 m² betragen, für Einzeltiere 4 m².

Ein Außengehege sollte für bis zu fünf Tiere 100 m² aufweisen.

Haltungen

Die Grundhaltungen des solitär gehaltenen Wildschweins (50%, n=2), als auch des Wildschweins (50%, n=2) in einer Rotte mit Hausschweinen, entsprachen den Vorgaben des Säugetiergutachtens (Kategorie A).

Die zusätzlichen Haltungen der beiden Wildschweine (100%, n=2), ausgehend jeweils von den Platzbedürfnissen einer Rotte bis zu fünf Tieren, entsprachen nicht den Anforderungen (Kategorie C).

Die Haltungen von 21 Hausschweinen (95%, n=22) in drei Zirkussen setzen sich zusammen aus einer Grundhaltung, die der Transportwagen darstellte, und einem sich anschließenden Auslauf.

Die Größen der Grundhaltungen variierten zwischen 4 bis 16 m². Die Ausläufe betrugen 14 bis 128 m².

Ein Hausschwein (5%, n=22 Schweine) durfte sich frei auf dem Zirkusplatz bewegen.

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes der Wildschweine für die Grundhaltungen variierte zwischen 100 - 650%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 13 - 16%.

Ausgestaltungen

Die Grundhaltungen aller Schweine (100%, n=24) boten den Tieren Stroh.

Dem solitär gehaltenen Wildschwein (50%, n=2) stand in seinem Auslauf Ast- und Blattwerk, Scheuerbürsten und ein Wasserbecken zur Verfügung.

Zwei Hausschweine (9%, n=22) einer Zirkushaltung hatten im Auslauf ein Stück Baumstamm sowie eine Sandkuhle zur Verfügung gestellt bekommen.

4.2.3.1.8 Flusspferde

Flusspferde werden in den Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Das Säugetiergutachten beschreibt für die Einzelhaltungen von Zwergflusspferden eine Grundhaltungseinheit von mindestens 8 m². Das Wasserbassin sollte 8 m² betragen und mindestens 1 m tief sein.

Die Fläche des Außengeheges wird mit mindestens 20 m² angegeben.

Der Platzbedarf von Flusspferden ist erheblich höher und gibt im Säugetiergutachten für solitär gehaltene Tiere eine Grundhaltungseinheit von 30 m² und ein Außengehege von 60 m² an.

Das Wasserbassin sollte 15 m² groß sein und eine Tiefe von mindestens 1,3 m aufweisen.

Haltungen

Die Grundhaltung und das Außengehege des Flusspferdes (33%) eines Zirkus erfüllten die Anforderungen des Säugetiergutachtens (Kategorie A).

Dem zweiten Flusspferd (33%) und dem Zwergflusspferd (33%) stand jeweils nicht ausreichend Platz in den Grundhaltungen zur Verfügung (Kategorie B). Die sich den Grundhaltungen anschließenden zusätzlichen Haltungen wiesen die geforderten Größen auf (Kategorie A).

Die Wasserbecken des Flusspferdes eines Zirkus (33%), als auch das des Zwergflusspferdes (33%) waren fest im Transportwagen installiert. Zu diesen beiden Becken liegen keine Größenangaben vor. Das Wasserbecken des Flusspferdes, dessen Haltungen jeweils die Kategorien A erfüllten, war im Auslauf aufgebaut worden und der vorgegebenen Größe entsprechend (Kategorie A).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 75 - 100%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 107 - 213%.

Ausgestaltungen

Das Flusspferd eines Zirkus und das Zwergflusspferd (66%) konnten sich mit Stroh, welches in der Grundhaltung angeboten wurde, beschäftigen. Zusätzlich konnte dieses Flusspferd und das Flusspferd des weiteren Zirkus (66%) Heu fressen.

Die zusätzliche Haltungseinheit des Flusspferdes des anderen Zirkus (33%) war mit aufgeschüttetem Sand ausgestaltet.

4.2.3.2 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Unpaarhufer

4.2.3.2.1 Pferde und Ponys

Pferde und Ponys werden im Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Nach den Zirkusleitlinien sollten die Boxen von Pferden mindestens der doppelten Widerristhöhe zum Quadrat je Tier entsprechen. Bei kleineren Boxen muss ein

Auslauf zur Verfügung stehen, der mindestens 100 m² für bis zu fünf Tiere groß ist, für jedes weitere Tier 10 m² zusätzlich.

Anbindehaltung wird abgelehnt.

Die Angaben der Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutz Gesichtspunkten (BMELV 1995) entsprechen zu den Grundhaltungen denen der Zirkusleitlinien. Täglicher Auslauf soll zwingend für Zuchtstuten, Fohlen und Jungpferden zur Verfügung stehen (ansonsten so oft wie möglich).

Die zur Bewertung benötigten Mindestquadratmeter, abhängig von den Widerristhöhen, wurden wie folgt festgesetzt (in Anlehnung der Werte oben genannter Beurteilungsgrundlagen):

sehr große Pferde	= 13 m ²
normal große Pferde	= 11 m ²
Ponys	= 8,5 m ²
kleine Ponys	= 4 m ²

Alle vorhandenen zusätzlichen Haltungen wurden den Kategorien A - C zugeordnet, unabhängig von der Beschäftigung der Tiere. Die Bewertung einer zusätzlichen vorhandenen Haltungseinheit wurde auch dann vorgenommen, wenn die Größe der Grundhaltung den Anforderungen entsprechend war (Kategorie A).

Tab. 38: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Pferde und Ponys

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung			Ausgestaltung Grundhaltung				metrische Kategorien zusätzliche Haltung				Ausgestaltung zus. Haltung	
		A	B	C	a	b	d		A	B	C	nicht vorh.	b	c
1	14	7							6	1			1	6
				7						5		2	7	
2	21	6	1	8		21						21		
		6 k. W.												
3	8	6								3		3	6	3
				2					1			1	2	1
4	22	11		11	22	22						22		
5	31	31 k. A.			31							31		
6	4			4	4				4					4
7	8	6	2						8				5	8
8	11	3	2	6	11	6						11		
9	19	3	15	1	19	19						19		
10	64	13			51	12				1		12		
				51								51		
11	7	5 k. A.				7						7		
		2 k. W.												
12	14	4				4						4		
				10		10					10			10
13	1	1								1				1
15	15	10	4		14							14		
		1 k. A.										1		
16	5	5			5	5						5		
17	10	3	2	5		10						10		
18	8			8	8	8						8		
19	32	26			26	1	1				1	25		1
			6		6	1	4					6		
20	3			3		3			3					3
21	9	1		8	9	9			9					
22	13	3				3						3		
			8	2		10			8			2		8
24	24	9	14	1	24	24						24		
25	17	3		14	17	17						17		
	360	120	54	141	247	192	5		39	11	11	299	21	45
Gesamt %	100,0%	33,3%	15,0%	39,2%	68,6%	53,3%	1,4%		10,8%	3,1%	3,1%	83,1%	5,8%	12,5%

<u>Ausgestaltungen:</u>	a = frische, fressbare Einstreu (Stroh)
	b = Heu, Gras oder Grassilage
	c = gewachsenes Gras
	d = frei hängende Salzlecksteine

Haltungen

Für die Grundhaltungen von 37 Pferden und Ponys (10%) aus drei verschiedenen Zirkussen lagen keine Angaben vor. Ein zusätzlicher Auslauf stand diesen Tieren nicht zur Verfügung.

Die Grundhaltung von acht Pferden und Ponys (2%), die in Anbindehaltung lebten, wurde nicht bewertet.

Die Grundhaltungen von 120 Pferden und Ponys (33%) waren den Platzanforderungen entsprechend (Kategorie A). Für 195 Tiere (54%) waren die Größen nicht ausreichend (Kategorien B und C). Für 41 (21%, n=195) der 195 Pferde und Ponys wurde ein zusätzlicher Auslauf zur Verfügung gestellt.

Insgesamt stand 61 Tieren (17%) eine zusätzliche Haltungseinheit zur Verfügung. Diese erfüllte für 39 Pferde und Ponys (11%) die Raumgrößen (Kategorie A). 22 Tiere (6%) mussten sich mit weniger Platz zufrieden geben (Kategorien B und C). Insgesamt 17 Tiere (5%) aus zwei Zirkussen mussten sich jeweils mit der Nutzung des gemeinsamen Auslaufs abwechseln.

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 25 - 450%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 16 - 1300% (beziehungsweise des ganzen Zirkusplatzes).

Ausgestaltungen

In ihren Grundhaltungen wurden 247 Pferde und Ponys (69%) mit frischer, fressbarer Einstreu versorgt. Heu, geschnittenes Gras oder Grassilagen wurden 214 Tieren

(59%) in ihren Grund- oder zusätzlichen Haltungen zur Verfügung gestellt. In der zusätzlichen Haltung konnten 45 Tiere (13%) Gras fressen.

Fünf Pferde eines Zirkus (1%) hatten einen Salzleckstein in der Box, der durch seine Art der Befestigung eine Beschäftigungsmöglichkeit für die Tiere darstellte.

4.2.3.2.2 Esel, Maulesel und Maultiere

Für Esel, Maulesel und Maultiere gelten die Bedingungen der Zirkusleitlinien den Pferden entsprechend (siehe Kapitel 4.2.3.2.1).

Die zur Bewertung benötigten Mindestquadratmeter, abhängig von den Widerristhöhen, wurden wie folgt festgesetzt (in Anlehnung an Stockmaße nach SAMBRAUS 2001):

große Eselkreuzungen	= 8 m ²
normal große Esel (-kreuzungen)	= 6 m ²
Zwergesel	= 4 m ²

Tab. 39: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Esel, Maulesel und Maultiere

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung			Ausgestaltung Grundhaltung			metrische Kategorien zusätzliche Haltung				Ausgestaltung zus. Haltung
		A	B	C	a	b		A	B	C	nicht vorh.	c
1	1			1		1			1			
2	1	1				1		1				1
3	4			4		4			2	2		4
7	1	1						1				1
10	1		1		1				1			
12	6	2				2					2	
				4		4				4		4
13	1	1								1		
17	1			1		1					1	
19	2	2 k. A.						2				2
22	2			2		2					2	
25	1	1			1	1					1	
	21	6	1	12	2	16		4	4	7	6	12
gesamt %	100,0%	28,6%	4,8%	57,1%	9,5%	76,2%		19,0%	19,0%	33,3%	28,6%	57,1%

Ausgestaltungen: a = frische, fressbare Einstreu (Stroh)
b = Heu
c = gewachsenes Gras

Haltungen

Für die Grundhaltung von zwei Eseln (10%) eines Zirkus lagen keine Angaben vor.

Die Anforderungen der Zirkusleitlinien wurden bei sechs Eseln, Mauleseln und Maultieren (29%) hinsichtlich der Raumgröße der Grundhaltung erfüllt (Kategorie A). Für 13 Tiere (62%) waren die Größen nicht entsprechend (Kategorien B und C).

Zehn (77%, n=13) der 13 Tiere, dessen Platz der Grundhaltung als zu klein erachtet wurde, konnten eine zusätzlichen Haltungseinheit nutzen. Insgesamt stand 15 Tieren (71%) eine Auslaufmöglichkeit zur Verfügung, die für vier Esel, Maulesel und

Maultiere (19%) ausreichenden Platz bot (Kategorie A). Für elf Tiere (52%) war der Platz zu klein (Kategorien B und C).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 31 - 142%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 50 - 1300% (beziehungsweise des ganzen Zirkusplatzes).

Ausgestaltungen

Zwei Tieren (10%) stand frisches Stroh in den Grundhaltungen zur Verfügung. 76% der Tiere (16 Tiere) hatten Zugang zu Heu und 57% (zwölf Tiere) konnten auf dem Auslauf grasen.

Zwei Esel (10%) aus zwei Haltungen konnten sich zusätzlich mit Ast- und Blattwerk beschäftigen.

4.2.3.2.3 Zebras

Für Zebras gelten die Bedingungen der Zirkusleitlinien den Pferden entsprechend (siehe Kapitel 4.2.3.2.1).

Die zur Bewertung benötigten Mindestquadratmeter, abhängig von den Widerristhöhen (die ähnlich denen mittelgroßer bis großer Ponys sind), wurden mit 6 m² festgesetzt.

Haltungen

Für die Grundhaltung von drei Zebras (18%) eines Zirkus lagen keine Angaben vor.

Die Grundhaltungen von 13 Zebras (76%) erfüllten die erforderlichen Raumgrößen (Kategorie A). Ein Tier (6%) musste mit weniger Platz auskommen (Kategorie B).

Insgesamt hatten zehn Tiere (59%) die Möglichkeit einen zusätzlichen Auslauf zu nutzen. Alle Ausläufe waren größer als gefordert (Kategorie A). Das Zebra (6%),

welches weniger Platz in der Grundhaltung gestellt bekam, hatte keine zusätzliche Haltungseinheit zur Verfügung.

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 83 - 260%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 175 - 446%.

Ausgestaltungen

Alle 17 Zebras (100%) besaßen in ihren Grundhaltungen frisches Stroh. In den Grund- und zusätzlichen Haltungen hatten weitere zehn Tiere (59%) Zugang zu Heu oder Grassilage. Ast- und Blattwerk wurde fünf Tieren (29%) in der Grund- oder zusätzlichen Haltung gereicht. Im Auslauf eines Zirkus konnten vier Zebras (24%) grasen, ein anderer Zirkus legte seinen zwei Tieren (12%) Baumstammstücke in den Auslauf.

Insgesamt fünf Zebras (29%), die keine zusätzlichen Haltungseinheiten besaßen, hatten neben der Stroheinstreu keine weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten.

4.2.3.2.4 Nashörner

Die Zirkusleitlinien sehen eine Einzelhaltung von Breitmaulnashörnern vor. Die Grundhaltung sollte mindestens 20 m², der Auslauf 125 m² betragen.

Da beide Tiere der bewerteten Haltungen in den Zirkusvorstellungen auftraten, stellten ausschließlich die Zirkusleitlinien die anzuwendende Grundlage dar.

Haltungen

Für die Grund- und zusätzliche Haltung sowie weitere Beschäftigungsmöglichkeiten (kein Auftritt in besuchter Zirkusvorstellung) eines Nashorns (33%) eines Zirkus lagen keine Angaben vor.

Beide Nashörner (67%) zweier verschiedener Zirkusse besaßen einen zu kleinen Transportwagen als Grundhaltung (Kategorie C).

Ein Zirkus bot seinem Tier (33%) einen Auslauf an, der den Vorgaben entsprach (Kategorie A). Der Auslauf des anderen Nashorns (33%) wies eine zu geringe Größe auf (Kategorie C).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 55 - 72%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 58 - 112%.

Ausgestaltungen

Die Ausgestaltungen eines Nashorns (33%) konnten nicht dokumentiert werden (vgl. oben).

Das Nashorn (33%) des einen Zirkus konnte sich mit Blatt- und Astwerk sowie einem Baumstammstück beschäftigen. Dem Nashorn (33%) des anderen Zirkus stand Heu zur Verfügung.

4.2.3.3 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Raubtiere

4.2.3.3.1 Hunde

Hunde werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Zur Grundlage von Haltung und Zucht von Hunden gilt die Tierschutz-Hundeverordnung (BMELV 2001).

Im Freien gehaltenen Hunden muss eine wärmegeämmte Schutzhütte und ein witterungsgeschützter, wärmegeämmter Liegeplatz zur Verfügung gestellt werden.

Auch Hunde, die in nicht menschenbewohnten Räumen leben, muss ein wärmegeämmter Liegeplatz zur Verfügung gestellt werden. Raumgrößen entsprechen denen der Zwingerhaltung.

Zwingergrößen orientieren sich nach der Widerristhöhe der Hunde und müssen als geringste Bodenflächen folgende Maße besitzen:

Hunde bis 50 cm:	6 m ²
Hunde zwischen 50 - 65 cm:	8 m ²
Hunde über 65 cm:	10 m ²

Keine Seite darf kürzer als 2 m sein. Der Zwinger muss so hoch sein, dass ein stehender Hund mit seinen Pfoten die obere Begrenzung nicht erreichen kann. Leben mehrere Hunde gemeinsam in einem Zwinger, so muss jedem Hund zusätzlich mindestens die Hälfte der angegebenen Flächen zur Verfügung stehen.

Angebundene Hunde müssen sich an einer 6 m langen, gleitenden Laufvorrichtung bewegen können. Diese muss zusätzlich einen seitlichen Bewegungsraum von mindestens 5 m aufweisen.

Die auf einem gemeinsamen Grundstück lebenden Hunde sollen, außer in Ausnahmefällen (wie z. B. Krankheit oder sozial unverträgliche Hunde), in Gruppen gehalten werden.

Häufigkeit und Art von Bewegung und sozialen Zuwendungen sind den Hunden individuell anzupassen.

Die Körpergrößen der Hunde wurden nach Rassestandards angesetzt (KRÄMER 2002). Im Zweifelsfall, insbesondere bei Mischlingen, wurden die Berechnungen mit den denkbar kleinsten Einheiten durchgeführt.

Tab. 40: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Hunde

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung			Ausgestaltung Grundhaltung				zusätzliche Haltung		Ausgestaltung zusätzlicher Haltung			
		A	B	C	a	b	c		Nutzung zus. Haltung	keine Nutzung zus. Haltung	c	d	e	f
1	2		2							2				
2	3	3								3				
4	10	2							7	2	7			
		1 k. A.							1 k. A.					
		7 k. W.												
6	11	2			2				11			9	3	6
		3 k. W.				3								
				6		6	6							
8	2	2			2				2					
9	8	8 k. A.								8				
10	14	14 k. W.							14			14		
11	6	6 k. A.								6				
12	3	3 k. A.							3					
13	2			2						2				
14	1	1 k. A.							1 k. A.					
15	7			7						7				
17	1	1			1				1					
19	1	1 k. A.							1					
23	1	1 k. A.							1 k. A.					
24	3	3 k. A.							3 k. A.					
	75	10	2	15	5	9	6		39	30	7	23	3	6
Gesamt %	100%	13%	3%	20%	7%	12%	8%		52%	40%	9%	31%	4%	8

Ausgestaltungen: a = Wohnwageninventar
b = Decken
c = handelsübliches Hundespielzeug
d = erhöhte Podeste oder Bretter
e = von der Decke hängendes Seil
f = Bademöglichkeit

Haltungen

Für 24 Hunde (32%) aus drei verschiedenen Zirkussen konnte die Grundhaltung, die das Leben in Transportboxen darstellte, nicht bewertet werden.

Zur Grund- und zusätzlichen Haltung von sechs Hunden (8%) aus vier verschiedenen Zirkussen und den Grundhaltungen von 18 Hunden (24%) aus vier weiteren Zirkussen lagen keine Angaben vor.

Die Grundhaltung von zehn Hunden (13%) wurde gemäß der Tierschutz-Hundeverordnung als ausreichend (Kategorie A) angesehen. Fünf dieser Hunde (7%) aus drei Haltungen lebten in Wohnwagen, die fünf anderen Hunde (7%) im Zwinger. Zwei Hunde (3%) einer Haltung wurden in ihrem Zwinger angetroffen, der der Kategorie B entsprach. Die Haltung von 15 Tieren (20%) in drei Zirkussen erfüllten die Maßstäbe nicht (Kategorie C). 13 dieser Hunde (17%) lebten in Transportwagen, zwei Hunde (3%) an der Kette.

39 Hunde (52%) wurden in ihrer zusätzlichen Haltungseinheit angetroffen.

Die Zwinger, die für 14 Hunde (19%) die Grundhaltungen darstellten, waren an keiner Seite kürzer als 2 m. Die Einhaltung der erforderlichen Höhen konnte nicht kontrolliert werden.

Die Erfüllung jeweils geforderten Raumbedarfes der Grundhaltungen variierte zwischen 20 - 113 %.

Ausgestaltungen

Den fünf Hunden (7%), die mit den Besitzern in Wohnwagen lebten, stand das Wohnwageninventar, soweit es die Besitzer zuließen, zur Verfügung.

23 Hunde (31%) aus drei Haltungen standen Decken, Podeste oder Liegebretter, sowie handelsübliches Hundespielzeug zur Verfügung. Sechs dieser Hunde (8%,

n=75) hatten Zugang zu einer kleinen Bademöglichkeit. Für drei Hunde (4%) hing zur Beschäftigung ein Seil von der Decke herunter.

4.2.3.3.2 Füchse

Füchse werden in den Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Nach dem Säugetiergutachten sollten einem Fuchspaar mindestens 20 m² Gehegefläche zur Verfügung stehen.

Das Gehege sollte gegliedert und mit Sandflächen und Schlafboxen ausgestattet sein.

Haltungen

Die angetroffene Haltung eines Fuchspaares bestand aus einzelnen Transportboxen und einem gemeinsamen Außengehege. Die Transportboxen wiesen eine Fläche von 0,7 m³ und 1,0 m³ auf. Das Außengehege konnte das erforderliche Raummaß nicht erfüllen (Kategorie C).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes des Geheges betrug 30%.

Ausgestaltungen

Die Transportboxen waren mit erhöhten Liegebrettern und Heu versehen.

Das Außengehege war reichlich mit Ästen, Baumstamm- und Holzstücken, Kisten als Unterschlupf, Stroh als Einstreu, Rohren zum Durchklettern, einem Gummiring und einem Autoreifen ausgestaltet.

4.2.3.3.3 Hauskatzen

Hauskatzen werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Das Merkblatt der Empfehlungen zu Haltungen von Hauskatzen (TVT 1998) sieht für Hauskatzen, die auf den Menschen geprägt sind, eine Haltung gemeinsam mit den Menschen vor.

Die Haltung von Katzen in Käfigen ist, abgesehen von Ausnahmen (z. B. Unterbringung kranker Katzen in Tierkliniken), verboten.

Ein Katzenzwinger sollte die Maße von 15 m² für bis zu zwei Katzen aufweisen. Für jedes weitere Tier 3 m² zusätzlich. Die Mindesthöhe sollte 2 m betragen.

Haltung

Der Transportkäfig wies für alle vier Katzen (100%) eine Größe von ca. 1,8 m³ auf.

Das Außengehege konnte das erforderliche Raummaß nicht erfüllen (Kategorie C), wies jedoch die erforderliche Höhe auf.

Die Erfüllung des geforderten Raumbedarfes des Geheges betrug 67%.

Ausgestaltung

Der Transportkäfig wurde in fünf Bereiche unterteilt und bot jeder Katze eine separate Liegefläche. Weiter war der Käfig mit einer Katzentoilette, Seilen, Bällen, einem Kratzbaum und einem Korb ausgestattet.

Auch das Außengehege war reichlich strukturiert. Neben Naturmaterialien, wie Baumstammstücken, -ästen und -wurzeln konnten die Tiere sich mit hängenden Seilen, Bällen, einer Plastikflasche und Pappkartons beschäftigen. Ausreichend Ruheplätze fanden sich in Form von Strohstellen, Körben und Hängematten.

4.2.3.3.4 Großkatzen

Die Zirkusleitlinien sehen für Löwen und Tiger im Innenkäfig eine Mindestgrundfläche von 12 m² für bis zwei Tiere, für jedes weitere Tier 4 m² zusätzlich vor. Die Mindesthöhe des Innenkäfigs sollte 2,2 m betragen. Wagen, die noch vor dem 01. Oktober 2000 zugelassenen worden sind, darf die Wagenhöhe noch 2,0 m betragen.

Für Mutter und Jungtier ist ein separates Abteil von 12 m² bereitzustellen. Nach Verlassen des Nestes sollte pro Jungtier eine zusätzliche Fläche von 4 m² zur Verfügung stehen.

Der Innenkäfig sollte mit Einstreu, einem Kratzbaum und erhöhten Liegeflächen ausgestaltet sein.

Das Außengehege sollte eine Mindestgröße von 50 m² für bis zu fünf Tiere, für jedes weitere Tier 5 m² aufweisen. Als Ausgestaltungsmöglichkeiten des Außengeheges werden Kratzbäume, Spielgegenstände, Heu, Zweige, Gras, erhöhte Liegeflächen und Bademöglichkeiten genannt.

Jede Raubkatze sollte sich mindestens vier Stunden pro Tag im Außengehege aufhalten können.

Das Säugetiergutachten sieht für Löwen und Tiger im Innenkäfig eine Mindestgrundfläche von 25 m² für zwei Tiere (und deren Junge) und für jedes weitere Tier 4 m² zusätzlich vor.

Das Außengehege sollte eine Mindestgröße von 40 m² für zwei Tiere (und deren Junge) und für jedes weitere Tier 10 m² zusätzlich aufweisen.

Die Ausgestaltung wird nur für das Außengehege beschrieben und soll neben gewachsenem Boden oder Sand, Kratzstäbe, Klettermöglichkeiten und erhöhte Liegeplätze aufweisen. Ein Badebecken für Tiger wird als erwünscht angesehen.

Tab. 41: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grundhaltungen der Großkatzen

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung			Ausgestaltung Grundhaltung				
		A	B	C	a	b	c	d	e
4	7			7	7	7	7		
5	5	5 k. A.			5 k. A.				
6	6	1		5	5	5	6	1	
8	8	4		4		7	8	4	
10	14	14			11	3	3	12	
						11 k. A.			
11	10	10 k. A.			10 k. A.				
18	5	5			5	5	5		5 ¹
									5 ²
19	11	11			11	9	11	11	2 ³
23	8		6	2	8	8	8		
24	11	11 k. A.			11 k. A.		8		
					3 k. A.				
25	7	7			7	7		4	
	92	42	6	18	54	51	56	32	
gesamt %	100,0%	45,7%	6,5%	19,6%	58,7%	55,4%	60,9%	34,8%	

Tab. 42: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von zusätzlichen Haltungen der Großkatzen

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien zusätzlicher Haltung				Ausgestaltung zusätzlicher Haltung				
		A	C	nicht vorh.	Nutzung zus. Haltung	a	b	c	e	f
4	7	7					7			
5	5	5 k. A.				5 k. A.				
6	6	6					6			6
8	8	8					8			
10	14	14			14	14	14	14	11 ⁴	
									14 ²	
11	10	4 k. A.		6	3	4 k. A.				
18	5		5							
19	11	11			6				11 ⁴	
									11 ⁵	
23	8	8			6		8		8 ⁶	
24	11	11			3	11	11			
25	7	7			4	7	7		7 ⁷	7
	92	72	5	6	36	32	61	14		13
gesamt %	100,0%	78,3%	5,4%	6,5%	39,1%	34,8%	66,3%	15,2%		14,1%

Ausgestaltungen: a = erhöhte Sitz- und Liegeflächen

b = Krallenwetzmöglichkeiten

c = Einstreu (Stroh, Heu oder Sägespäne)

d = Veranda

e = Spielzeug: e¹ = aufgehängte Reifen

e² = Astwerk

e³ = von der Decke hängendes Seil

e⁴ = Ball (Hartplastik)

e⁵ = liegender Reifen

e⁶ = strukturierte Metallrolle

e⁷ = Stück Dachrinne

f = mit Wasser gefülltes Becken

Haltungen

Für die Grund- und zusätzlichen Haltungen (soweit vorhanden) von 15 Großkatzen (16%) zweier Zirkusse lagen keine Angaben vor.

Zusätzlich konnte die Grundhaltung von elf Tieren (12%) aus zwei Haltungen eines Zirkus nicht beurteilt werden, da acht Tiere (9%) während der gesamten Zeit der Dokumentation zum Fressen in einem Transportwagen separiert wurden. Zum zweiten vorhandenen Transportwagen der anderen drei Tiere (3%) bestand kein Zugang.

46 Großkatzen (50%) wurden entsprechend genannter Richtwerte bezüglich der Grundhaltungen gehalten (Kategorie A). Bei 18 Tieren (20%) wurden geforderte Richtwerte nicht erfüllt (Kategorie C).

Die Höhen der Grundhaltungen waren den Anforderungen entsprechend.

Das Außengehege von vier Tieren (4%) konnte nicht bewertet werden.

86 Raubkatzen (93%) hatten die Möglichkeit ein zusätzliches Außengehege zu nutzen. Für 77 Tiere (84%) hatte dieses, den Anforderungen entsprechende, Grundmaße (Kategorie A). Bei fünf Tieren (5%) wurde der vorhandene Platz als nicht ausreichend bewertet (Kategorie C). Freien Zugang zu offenen Außengehegen hatten 36 Großkatzen (39%).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 30 - 188%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 40 - 415%.

Ausgestaltungen:

Die Grundhaltungen von 29 Großkatzen (32%) einer Haltung konnte nicht eingesehen werden.

75 Großkatzen (82%) hatten Zugang zu einem Kratzbaum oder ähnlichem, welches dem Zweck des Krallenwetzens dienen sollte.

Zwei Zirkusse stellten ihren insgesamt 13 Tieren (14%) ein mit Wasser gefülltes Badebecken zur Verfügung. Leere, oftmals neben den Gehegen liegende Wasserbecken, wurden nicht berücksichtigt.

Fünf Zirkusse stellten ihren 45 Raubkatzen (49%) zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten wie Ast- und Blattwerk, hängende Seile oder Reifen, liegende Reifen, eine strukturierte Metallrolle, ein Stück Dachrinne oder spezielle Hartplastikbälle zur Verfügung.

In der Grundhaltung hatten 54 Tiere (59%), im Außengehege 32 Tiere (35%) die Möglichkeit erhöhte Sitz- oder Liegeflächen zu nutzen.

Acht Zirkusse bedeckten die Metallböden der Grundhaltungseinheiten für 56 Tiere (61%) mit Stroh, Heu oder Sägespäne.

4.2.3.3.5 Ohrenrobben

Nach den Zirkusleitlinien muss im Transportfahrzeug der Robben ein Schwimmbecken mit den Maßen 4 x 2,2 x 1 m (=8,8 m³) für bis zu zwei Tiere, für jedes weitere Tier 2 m³ zusätzlich zur Verfügung stehen. Eine Liegefläche von 2 m² pro Tier ist zusätzlich anzubieten.

Am Gastspielort ist ein zusätzliches Badebecken notwendig. Für bis zu vier Tiere sind 50 m² Fläche im Rechteck vorgesehen. Die Wassertiefe sollte mindestens 1,2 m betragen. Liegeflächen sind auch hier mit 2 m² pro Robbe vorgesehen. Die zusätzliche Haltung sollte den Tieren tagsüber frei zugänglich sein.

Das Säugetiergutachten sieht für Kleingruppen von Robben ein Wasserbecken von 100 m² Grundfläche vor. Die Wassertiefe sollte mindestens 1,2 m betragen. Der Landteil sollte so groß sein, dass alle Tiere gleichzeitig an Land gehen können. Neben dem Landteil wird eine Absperrbox pro Tier gefordert.

Tab. 43: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Ohrenrobben

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung			Ausgestaltung Grundhaltung		zusätzliche Haltung		Ausgestaltung zus. Haltung	
		A	B	C			nicht vorh.	Nutzung zus. Haltung	a	b
8	2	2 k. A.			2 k. A.			2	2 ¹	2
16	4			4	4 ²		4			
	6			4	4		4	2	2	2
gesamt %	100,0%			66,7%	66,7%		66,7%	33,3%	33,3	33,3

Ausgestaltungen: a¹ = Landfläche genügt den Platzanforderungen
a² = Landfläche genügt nicht den Anforderungen
b = ausgelegte Plane

Haltungen

Die Grundhaltung eines Zirkus mit zwei Tieren (33%) konnte nicht vollständig besichtigt werden.

Der vorhandene Platz der Grundhaltung der anderen vier Robben (67%) war nicht ausreichend (Kategorie C). Das Wasserbecken war an verschiedenen Stellen unterschiedlich tief (maximale Wassertiefe von 1,0 m).

Zwei Tiere (33%) wurden in einer zusätzlichen Haltung, die sich direkt an die Grundhaltung anschloss, angetroffen. Der Boden war mit einer wasserfesten Plane ausgelegt. Es war jedoch kein zusätzliches Wasserbecken vorhanden. Daher konnte diese Haltung nicht gewertet werden.

Die vier anderen Tiere (67%) konnten keine zusätzliche Haltung nutzen.

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 8 - 52%, der Landteil der Grundhaltungseinheit betrug 33% der geforderten Mindestgröße.

4.2.3.3.6 Großbären

Die Zirkusleitlinien sehen für Großbären mit einer Körperlänge von mindestens 2 m für den Innenkäfig eine Mindestgrundfläche von 24 m² für bis zwei Bären, für jeden weiteren 6 m² zusätzlich, vor. Die Mindesthöhe des Innenkäfigs sollte 2,2 m betragen (für vor 1.10.2000 zugelassenen Wagen sind noch 2,0 m zulässig).

Der Käfigwagen sollte optische Rückzugsmöglichkeiten, Einstreu im Winter und eine zusätzliche Außenveranda aufweisen.

Das Außengehege sollte eine Mindestgröße von 75 m² für bis zwei Tiere, für jedes weitere Tier 10 m² zusätzlich, aufweisen. Als Ausgestaltung des Außengeheges werden Spiel- und Beschäftigungsmaterialien gefordert.

Ein Badebecken (Mindestfläche 2 x 2 m, Wassertiefe mindestens 0,8 m) sollte den Bären täglich mindestens sechs Stunden zugänglich sein.

Jeder Großbär sollte sich mindestens sechs Stunden pro Tag im Außengehege aufhalten können.

Nach MACDONALD (2006) beträgt die Körpergröße ausgewachsener Russischer Braunbären durchschnittlich etwa 2 m, so dass bei der Beurteilung der Haltungseinheiten der neun adulten Bären (82%) von dieser Körpergröße ausgegangen worden ist.

Das Säugetiergutachten sieht für Großbären eine Stallfläche von mindestens 6 m² pro Tier vor. Eine Bodenheizung oder Einstreu sollte vorhanden sein.

Das Außengehege sollte eine Mindestgröße von 150 m² für zwei Tiere und für jedes weitere 20 m² zusätzlich aufweisen. Klettergelegenheiten, Beschäftigungsmöglichkeiten, Teilbereiche mit Naturboden und eine Badestelle sollten vorhanden sein.

Tab. 44: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grund- und zusätzlichen Haltungen der Großbären

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung		Ausgestaltung Grundhaltung				metrische Kategorien zusätzlicher Haltung				Ausgestaltung zus. Haltung	
		A	C	a	b	c		A	B	nicht vorh.	Nutzung zus. Haltung	c	d
5	2	2 k. A.		2 k. A.				2 k. A.				2 k. A.	
18	9	7	2	9	2	5		5	2	2	2	7	7
	11	7	2	9	2	5		5	2	2	2	7	7
Gesamt %	100,0%	63,6%	18,2%	81,8%	18,2%	45,5%		45,5%	18,2%	18,2%	18,2%	63,6%	63,6%

Ausgestaltungen: a = Einstreu (Stroh)
b = Badebecken
c = Findling (Stein)
d = Baumstammstücke

Haltungen

Die Haltungen eines Zirkus mit zwei Großbären (18%) konnte nicht beurteilt werden.

Neun Großbären eines anderen Zirkus (82%) wurden in vier aneinander grenzenden Transportwagen auf drei Gruppen verteilt.

Die Grundhaltungen von sieben Braunbären (64%) erfüllten die angeführten Richtwerte (Kategorie A). Bei zwei Tieren (18%) wurden die geforderten Richtwerte nicht eingehalten (Kategorie C).

Die Höhen der Grundhaltungen waren den Anforderungen entsprechend.

Sieben Großbären (64%) konnten das Außengehege bei Öffnung des Außenschiebers nutzen. Für fünf Tiere (46%) hatte die zusätzliche Haltungseinheit den Anforderungen entsprechende Grundmaße (Kategorie A). Für zwei Braunbären (18%) wurde der vorhandene Platz als nicht ausreichend bewertet (Kategorie C). Nach Angaben der Zirkusmitarbeiter kamen die Tiere nur tagsüber in das

Außengehege und nur, wenn die für die Braunbären verantwortliche Person auf dem Platz anwesend war.

Freien Zugang zu offenen Außengehegen hatten zwei Großbären (18%).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 68 - 261%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 77 - 110%.

Ausgestaltungen:

Zwei Bären (18%) hatten in ihrer Grundhaltungseinheit ein fest integriertes Badebecken (4 x 1,3 m), welches mit Wasser gefüllt war. Durch Abtrennung dieser zwei Tiere wäre es möglich gewesen, dass sieben weitere Bären (67%) dieses Becken im Wechsel nutzen konnten. Fünf Tiere (46%) besaßen in ihrer Grundhaltung einen großen Findling (Stein).

Auch im Außengehege wurde den Tieren zur Beschäftigung ein Findling und Teile von Baumstämmen zur Verfügung gestellt.

Die Grundhaltungseinheiten der neun Bären (82%) waren fast durchgängig mit Sägespäne eingestreut.

4.2.3.3.7 Nasenbär

Kleinbären werden in den Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Das Säugetiergutachten sieht für zwei Nasenbären ein Gehege von mindestens 20 m² mit einer Höhe von 2 m vor.

Die Tiere sollten paarweise oder in kleinen Gruppen gehalten werden.

Das Gehege sollte mit Naturboden oder Rindenmulch, Kletterästen, Versteckmöglichkeiten und einer Schlafbox ausgestaltet werden. Ein Badebecken wäre wünschenswert.

Haltungen

Der Nasenbär lebte solitär in einem Gehege im Stallzelt. Der zur Verfügung stehende Platz erfüllte nicht die Anforderungen des Säugetiergutachtens (Kategorie C). Auch die Höhe des Geheges war mit 1,6 m nicht hoch genug.

Eine zusätzliche Haltung stand dem Tier nicht zur Verfügung.

Die Erfüllung des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltung lag bei 25%.

Ausgestaltungen

Das Gehege stand auf Naturboden und war mit einem erhöhten Liegebrett, verschieden hoch angebrachten Ästen und einer Schlafbox ausgestaltet.

4.2.3.4 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Rüsseltiere

4.2.3.4.1 Elefanten

Nach den Zirkusleitlinien sollen Elefanten, außer erwachsenen Elefantenbulle, nicht solitär gehalten werden.

Während der Gastspielzeit soll den Tieren ein Stallzelt und ein Auslauf zur Verfügung gestellt werden.

Kettenhaltungen sollten sich auf die Nacht, die Vorbereitungsphasen vor den Vorstellungen oder Proben sowie auf das Durchführen von Pflegemaßnahmen beschränken. Jeder Elefant in Ketten sollte auf einem Bretterpodium mindestens 2,5 x 4 m zur Verfügung gestellt bekommen.

Der Transportwagen darf ausschließlich zum Nächtigen genutzt werden. Der Wagen muss dann mindestens 50 cm breiter sein als die Rückenhöhe des Elefanten.

Der Auslauf muss für bis zu drei Elefanten mindestens 250 m² aufweisen, jeder weitere Elefant benötigt 20 m² zusätzlich.

Um Auslauf der Tiere auch bei schlechter Witterung zu gewährleisten, sollte ein zusätzlicher Auslauf im Stallzelt errichtet werden, der mindestens 100 m² für bis zu drei Tiere, für jedes weitere Tier 20 m² zusätzlich, groß ist.

Das Säugetiergutachten sieht eine Mindeststallfläche von 30 m² für einen Elefanten vor. Für erwachsene Bullen ist ein separater Bullenstall notwendig, der 50 m² nicht unterschreiten sollte. Bei nächtlicher Ankettung müssen jedem Tier 15 m² zur Verfügung stehen.

Die Außenanlage sollte eine Größe von mindestens 500 m² für bis zu drei Tiere aufweisen, eine gesonderte Bullenanlage mindestens 150 m².

Haltungen und Ausgestaltungen

(Angaben je Zirkushaltung)

ein Elefant (4%)

Der solitär gehaltene Elefantenbulle des Zirkus lebte in der Nacht und Abwesenheit seiner Bezugsperson in seinem Transportwagen. Der Transportwagen, das zusätzliche Stallzelt und auch das an Stallzelt und Transportwagen angeschlossene Außengehege konnten die Größenanforderungen nicht erfüllen (Kategorien C).

Zusätzlich zum Außengehege wurde der Bulle an den Aufbautagen stundenweise mit einem Bein an einer neun Meter langen Kette auf dem Festplatz angebunden.

Auf dem Auslauf standen dem Elefanten Reste gewachsenen Grases und eine kleine Sandkuhle zur Verfügung.

sieben Elefanten (26%)

Die Haltungen der sieben Elefantenkühe konnte nicht bewertet werden.

Die Tiere lebten angekettet auf Podesten im Stallzelt. Ein geräumiges Außengehege, in dem alle Tiere lebten, stand zur Verfügung.

Heu war in beiden Haltungen vorhanden.

drei Tiere (11%)

Drei Elefantenkühe lebten gemeinsam in einem Stallzelt, welches die Mindestgröße des geforderten Innenpaddocks erfüllte (Kategorie A). Nachts wurden zwei Tiere (7%, n=27) auf einem Holzpodium angekettet.

Ein zusätzlicher Auslauf war nicht vorhanden.

Den Tieren stand den ganzen Tag Heu zur Verfügung. Zeitweise wurden sie mit Mohrrüben gefüttert.

acht Tiere (30%)

Sieben Elefantenkühe und ein Elefantenbulle standen im Innenzelt verteilt auf zwei Ausläufen. Die Tiere hatten zusätzlich zwei Außenausläufe, die sie abwechselnd zu zweit nutzen konnten. Die Größe aller Ausläufe entsprach den Anforderungen (Kategorien A).

Nachts, zur Hauptfütterungszeit und zu Pflege- und Behandlungsmaßnahmen wurden die Tiere auf einem Holzpodium angekettet.

In den Innen- und Außenausläufen stand den Tieren Blatt- und Astwerk zur Verfügung, im Außenbereich zusätzlich noch etwas Heu.

zwei Tiere (7%)

Die beiden Elefantenkühe wurden in einem Stallzelt ausschließlich in Ketten gehalten. Der Platz auf dem Podest entsprach den Mindestanforderungen (Kategorie A). Etwa 30 cm über sowie an der kurzen Stallseite der größeren Elefantenkuh wurde die Haltung zusätzlich mit Strom gesichert.

Ein Auslauf für die Elefantenkühe war nicht vorhanden.

Den Tieren stand Heu ad libitum zur Verfügung.

sechs Tiere (22%)

Sechs Elefantenkühe lebten in einem Stallzelt, welches mit Holzpaneelen ausgelegt war. Angekettet wurden die Tiere ausschließlich zur Fütterung sowie zu Pflege- und Behandlungsmaßnahmen.

Ein direkt angrenzender Außenauslauf konnte zusätzlich genutzt werden. Grund- und zusätzliche Haltung entsprachen den geforderten Raumgrößen (Kategorie A).

Den Elefanten standen Blatt- und Astwerk in beiden Haltungen und Heu im Stallzelt zur Verfügung.

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes aller Elefanten für die Grundhaltungen variierte zwischen 71 - 177%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 68 - 630%.

4.2.3.5 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Menschenaffen

4.2.3.5.1 Menschenaffen

Menschenaffen werden in den aktuellen Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Das Säugetiergutachten setzt für bis zu zwei Menschenaffen ein Innen- und Außengehege von mindestens 25 m² voraus. Die Höhen sollten nicht unter 4 m liegen.

Die Gehege von Menschenaffen sollten Kletter- und Sitzgelegenheiten, Schwingvorrichtungen, Sichtblenden sowie Spiel- und andere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Die Tiere sollten die Möglichkeit besitzen, sich selber Schlafnester zu bauen.

Haltungen

Der Menschenaffe (100%) lebte in einer Haltungseinheit auf einem Transportwagen, der in einen Innen- und einen abtrennbaren Außenbereich aufgeteilt war. Beide Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Säugetiergutachtens (Kategorie C) und wiesen eine zu geringe Höhe von je 2,5 m auf.

Nach Angaben des Zirkusbetreibers wird dem Affen bei schönem Wetter zusätzlich ein Außengehege von 16 m² aufgebaut oder das Tier auf dem Zirkusgelände angekettet.

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltung betrug 30%, die der zusätzlichen Haltung 25%.

Ausgestaltungen

Das geheizte Innengehege war mit einer dicken Schicht Stroh eingestreut. Ein erhöhtes Liegebrett, ein von der Decke hängendes Seil, ein weiteres Seil sowie eine Decke gehörten zur Ausstattung des Innenbereiches.

4.2.3.5.2 Meerkatzenverwandte

Meerkatzenverwandte werden in den aktuellen Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Das Säugetiergutachten sieht für Makaken, Paviane (das Gutachten bezieht sich ausschließlich auf Steppen- und Mantelpaviane) ein Innen- und Außengehege vor.

Das Innengehege für Makaken sollte eine Fläche von 10 m² für bis zu fünf Tiere aufweisen. Die Höhe hat 2 m zu betragen.

Das Außengehege sollte bei bis zu fünf Tieren 25 m² aufweisen, je weiteres Tier 2 m² zusätzlich. Die Höhe sollte 2,5 m nicht unterschreiten.

Das Gehege sollte unter anderem ausgestattet werden mit Klettergelegenheiten, Sichtblenden sowie Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Für Paviane wird eine Gehegeaußengröße von mindestens 30 m² für bis zu fünf Tiere verlangt. Die restlichen Anforderungen gelten entsprechend den Makaken (siehe oben).

Tab. 45: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von Grundhaltungen der Meerkatzenverwandten

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien Grundhaltung			Ausgestaltung Grundhaltung				Höhe in m	
		A	B	C	a	b	c	d		
2	2			2	2			2 ¹	1,7	
3	2	2				2	2	2 ¹	1,8 - 2,5	
7	2	2				2	2	2 ²	2,2	
								2 ³		
9	3			3		3		3 ⁴	2,5	
10	3		3		3	3		3 ³	2,4	
								3 ⁴		
								3 ⁵		
15	3	3					3	3 ¹	3,5	
	15	7	3	5	5	10	7			
gesamt %	100,0%	47,0%	20,0%	33,0%	33,0%	67,0%	47,0%			

Tab. 46: Metrische Kategorien und Ausgestaltungen von zusätzlichen Haltungen der Meerkatzenverwandten

Zirkus	Anzahl Tiere	metrische Kategorien zusätzliche Haltung				Ausgestaltung zusätzliche Haltung			
		A	B	C	Höhe in m	a	b	c	d
2	2		2		1,7				
3	2			2	3,0		2	2	
7	2	2			2,5	2	2	2	2 ¹
									2 ⁶
9	3	1	2		2,0	1	1		3 ¹ / 3 ² / 3 ⁴ / 3 ⁷ / 3 ⁸
10	3			3	2,4		3		3 ¹
									3 ⁴
15	3								
	15	3	4	5		3	8	4	
gesamt %	100,0%	20,0%	27,0%	33,0%		20,0%	53,0%	27,0%	

<u>Ausgestaltungen:</u>	a = Rückzugsmöglichkeiten / Sichtblenden
	b = Kletter-, Sitzgelegenheiten
	c = Schaukelmöglichkeiten
d = Spielzeug:	d ¹ = aufgehängte Reifen
	d ² = von der Decke hängende Seile
	d ³ = liegender Reifen
	d ⁴ = Astwerk
	d ⁵ = Laufrolle
	d ⁶ = mit Wasser gefüllte Plastikflasche
	d ⁷ = Plastikverpackungen
	d ⁸ = Plastikeimer

Haltungen

Die drei Grundhaltungen von sieben Meerkatzenverwandten (47%) erfüllten die geforderten Größen des Säugetiergutachtens (Kategorie A). Die Grundhaltungen acht anderer Affen (53%) erreichten nicht die Mindestanforderungen (Kategorien B und C). Die Höhen der Grundhaltungen variierten zwischen 1,7 - 3,0 Metern. Drei Grundhaltungen mit insgesamt acht Meerkatzenverwandten (53%) erreichten die angegebene Mindesthöhe.

Für drei Meerkatzenverwandte (20%) existierte kein zusätzliches Außengehege.

Die Raumgrößen des Außengeheges entsprachen für drei Tiere (20%) den Anforderungen des Säugetiergutachtens (Kategorie A) und war für neun Tiere (60%) zu klein (Kategorien B und C).

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 48 - 175%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 29 - 225%.

Beschäftigungen

In die Grundhaltung von drei Affen (20%) eines Zirkus konnte nur bedingt Einblick genommen werden.

Für zehn Meerkatzenverwandte (67%) wurden in ihren Grundhaltungen, für acht Tiere (53%) in ihren Außengehegen, verschiedene Kletter- und Sitzgelegenheiten angebracht. Sieben Meerkatzenverwandten (47%) standen in ihren Grundhaltung, vier Tieren (27%) in ihrer zusätzlichen Haltung, Schaukelmöglichkeiten zur Verfügung. Fünf Tiere (33%) hatten die Möglichkeit sich innerhalb der Grundhaltung, drei Tiere (20%) innerhalb des Außengeheges, zurückzuziehen.

Allen 15 Meerkatzenverwandten (100%) wurden in den Grund- und zusätzlichen Haltungen Beschäftigungsmöglichkeiten geboten wie hängende oder liegende Reifen, hängende Seile, Astwerk, eine Laufrolle, Plastikflaschen, -eimer oder -verpackungen.

4.2.3.6 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnung Beuteltiere

4.2.3.6.1 Kängurus

Kängurus werden in den Zirkusleitlinien nicht aufgeführt.

Das Säugetiergutachten setzt für fünf Kängurus großer Arten einen Innenraum von mindestens 20 m² und ein Außengehege von 300 m² voraus.

Für mittelgroße Känguruarten soll nach dem Säugetiergutachten die Innenfläche für bis zu fünf Tiere mindestens 15 m², die Außenfläche mindestens 200 m² betragen.

Haltung und Ausgestaltung

Das Riesenkänguru (100%) war in einer Kombination aus Innen- und Außenbereich untergebracht. Beide Haltungen erfüllten nicht die Mindestmaße nach dem Säugetiergutachten (Kategorie C).

Das Innengehege war teilweise mit Stroh und Heu ausgelegt. Auf dem Auslauf lagen drei Baumstammstücke.

Die drei Bennettkängurus (100%) der beiden verschiedenen Zirkusse lebten alle in einer Kombination aus Grund- und zusätzlicher Haltung. Lediglich die Grundhaltung des Kängurus eines Zirkus (33%) konnte der Kategorie B zugeordnet werden. Der Auslauf jedoch erfüllte ebenso wenig wie die Grund- und zusätzlichen Haltungen der beiden anderen Bennettkängurus (67%) die Anforderungen des Säugetiergutachtens (Kategorien C).

Die Grundhaltung des einen Bennettkängurus wies Stroh und Heu auf, die der anderen beiden mittelgroßen Kängurus Sägespäne.

Die Erfüllungen des geforderten Raumbedarfes für die Grundhaltungen variierte zwischen 33 - 87%, die der zusätzlichen Haltungen zwischen 4 - 45%.

4.2.3.7 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Ordnungen Nagetiere und Hasenverwandte

4.2.3.7.1 Nagetiere

Hausmeerschweinchen und Mäuseartige werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Meerschweinchen

Für die Haltung von Meerschweinchen als Heimtiere existiert eine Checkliste (TVT 2001). Ein Käfig sollte nach dieser Checkliste 120 x 60 cm groß sein. Die Tiere sollten täglich frei laufen gelassen werden.

Haltungen und Ausgestaltungen

Die sieben Meerschweinchen (100, n=7) wurden zusammen mit acht Hauskaninchen (73%, n=11) gehalten (siehe dort, Kapitel 4.2.3.7.2).

Mäuseartige (ausschließlich Futtertiere)

Da die angetroffenen Mäuseartigen ausschließlich zum Zweck der Reptilienfütterung gehalten wurden, ist an dieser Stelle nicht auf die Richtwerte des Säugetiergutachtens zurückgegriffen worden.

Nach KÖLLE u. MORITZ (2006) soll die Haltung von Futtertieren für private Zuchten deutlich über den Mindestanforderungen der Versuchstiere liegen und sich eher an der Heimtierhaltung als an den Mindestanforderungen für Versuchstiere orientieren. Für vorübergehende Haltung eignet sich zur Orientierung die Checkliste zur Überprüfung der Kleinsäugerhaltung im Zoofachhandel (TVT 2000). Diese Checkliste definiert als kleinstmögliche Rattenhaltung ein Gehege für bis zu vier ausgewachsene Tiere von 80 x 50 cm, für bis zu zehn adulte Mäusen 40 x 50 cm.

Haltungen und Ausgestaltungen

Die Haltungen der Futtertiere aus der Familie der Mäuseartigen (100%, n=13) konnten hinsichtlich der Einhaltung geforderter Mindestgrößen nicht beurteilt werden.

Die Tiere waren in unterschiedlichen Gruppen in Makrolonkäfigen untergebracht. Diese waren mit Sägespäne und Toilettenpapierrollen ausgestaltet. Den Mäuseartigen wurden auch Futterpellets zur Verfügung gestellt.

Stachelschwein

Ein Gehege für bis zu zwei Stachelschweine sollte nach dem Säugetiergutachten mindestens 10 m² betragen.

Haltung und Ausgestaltung

Das Stachelschwein (100%) lebte solitär in einem Abteil des Transportwagens, der die Anforderungen des Säugetiergutachtens nicht erfüllte (Kategorie C). Ein Außengehege, welches sich das Tier nach Angaben des Besitzers angeblich mit den Affen teilte, war vorhanden. Das Stachelschwein wurde jedoch nicht in der zusätzlichen Haltung angetroffen.

Das Gehege war unterteilt in Bereiche, die mit Sand oder Sägespäne ausgestreut waren. Zusätzlich lagen zwei Holzstücke in der Haltung.

Die Erfüllung des geforderten Raumbedarfes betrug 32%.

4.2.3.7.2 Hasenverwandte

Hasenverwandte werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Hauskaninchen

Für als Heimtiere gehaltene Hauskaninchen existiert eine Checkliste (TVT 2004). Ein Innenkäfig sollte mindestens 150 x 60 cm betragen. Bei Außenhaltung sollte das Gehege 2 - 3 m² aufweisen. Freilauf wird täglich gefordert.

Haltungen und Ausgestaltungen

Die Haltung eines Hauskaninchens (9%, n=11) konnte nicht begutachtet werden.

In einem Zirkus wurden acht Hauskaninchen (73%, n=11) zusammen mit sieben Meerschweinchen (100%, n=7) in einem gemeinsamen Gehege angetroffen. Der Käfig war größer als der von der TVT geforderte, er fasste jedoch insgesamt 15 Tiere. Trotzdem die Checkliste keine Höchsttierzahl für die geforderte Käfiggröße vorsieht, konnte diese Haltungseinheit aufgrund der zu hohen Tierzahl nicht bewertet werden. Für etwa sieben Tiere (47%, n=15) dieser Haltung bestand die Möglichkeit einen Unterschlupf zum Schutz gegen Witterungseinflüsse aufzusuchen. Die Tiere konnten gewachsenes Gras und trockene Brötchen fressen.

Die Haltung des zu Futterzwecken gehaltenen Hauskaninchens (9%, n=11) entsprach der Größenvorgabe der TVT (Kategorie A), das Gehege bot jedoch keinen Witterungsschutz. Das Tier konnte gewachsenes Gras fressen.

Kein Tier (100%, n=15) hatte die Möglichkeit zum Freilauf.

Die Erfüllung des geforderten Raumbedarfes der Grundhaltung betrug 344%.

4.2.3.8 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Klasse Vögel

Für die Haltung von Tauben- und Entenvögeln, die nicht zur Zucht, der Erzeugung von Fleisch oder anderen landwirtschaftlichen Zwecken gehalten wurden, liegen keine allgemein gültigen Angaben vor.

4.2.3.8.1 Taubenvögel

Taubenvögel werden in den Zirkusleitlinien, dem Säugetiergutachten und anderen gleichwertigen Grundlagen nicht aufgeführt. Daher wurden die Taubenhaltungen ausschließlich aufgezeigt und nicht bewertet.

Haltungen und Ausgestaltungen

Die Voliere von 14 Tauben (16%) eines Zirkus konnte nicht eingesehen werden.

Die Voliengrößen der verschiedenen Taubenhaltungen der insgesamt 85 Tauben (100%) variierten zwischen 1,0 bis 12,7 m³ bei verschieden starker Besatzdichte. Somit ergab sich ein Platzangebot von 0,14 bis 1,27 m³ pro Taube.

14 Tauben (0,56 m³ / Taube) (16%) konnten zusätzlich eine unstrukturierte Außenvoliere (6,7 m³) nutzen und hatten angeblich gelegentlich Freiflug in der Manege. 17 Tauben (20%) eines Zirkus (0,14 m³ / Taube) hatten Freiflug ohne Einschränkungen. Nach Angaben von Zirkusmitarbeitern durften 23 Tauben (27%) aus zwei weiteren Zirkussen frei in der Manege fliegen.

Die Volieren der einsehbaren Taubenhaltungen von 71 Tauben (84%) waren mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet, auch Futter stand für alle Vögel bereit. 63 Tauben (74%) konnten sich in Einzelboxen zurückziehen. Mit Sägespäne oder Sand waren die Innenvolieren von 57 Tauben (67%) dreier Zirkusse ausgestattet.

4.2.3.8.2 Entenvögel

Entenvögel werden in den Zirkusleitlinien, dem Säugetiergutachten und anderen gleichwertigen Richtwerten nicht aufgeführt. Daher werden die Haltungen der 64 Entenvögel ausschließlich aufgezeigt und nicht bewertet.

Haltungen und Ausgestaltungen

Alle 49 Enten (100%) aus zwei Zirkussen wurden in Ausläufen mit Zugang zu Transportkisten gehalten. Die mit Sägespäne ausgelegten Transportkisten maßen für vier bis neun Tiere 0,6 m².

Die Ausläufe waren zwischen 6,3 bis 13 m² für vier bis neun Tiere groß. 18 Enten (37%) mit 6,3 m² großen Ausläufen konnten zusätzlich frei auf dem Zirkusgelände laufen.

In den Ausläufen konnten alle Enten (100%) Gras fressen und in bereitgestellten Schalen mit Wasser baden.

Alle 15 angetroffenen Gänse (100%) lebten in Ausläufen mit gewachsenem Gras. 13 Gänse (87%) aus zwei Zirkussen lebten ständig in einem Auslauf. Für zehn Gänse (67%) war dieser überdacht und teilweise mit Stroh ausgelegt. Die Grundhaltung von zwei Gänsen (13%) war eine gemeinsam genutzte Transportbox mit 0,8 m² Größe.

Badebecken standen zwölf Tieren (80%) zur Verfügung, die anderen drei Tiere (20%) besaßen lediglich eine Trinkwasserschale. Der Auslauf für drei Gänse (20%) maß 16 m², der für zehn Gänse 12 m² (67%) und der zeitweise zur Verfügung stehende Auslauf zweier Gänse (13%) war 182 m² groß.

4.2.3.8.3 Papageien

Papageien werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Das Gutachten über die Mindestanforderungen an die Haltung von Papageien (BMELV 1995) gibt an, dass Papageien nur in Ausnahmefällen solitär gehalten werden sollen.

Für bis zu zwei Graupapageien wird eine Voliere von mindestens 2 x 1 x 1 m, für Kakadus 3 x 1 x 2 m und für Aras 4 x 2 x 2 m vorgeschrieben (Größen der Volieren der Körperlänge der angetroffenen Vögel entsprechend). Jedes weitere Papageienpaar erhöht die Größe der geforderten Voliere um zusätzlich 50%.

Freiflug ist empfehlenswert.

Haltungen und Ausgestaltungen

zehn Papageien

Die Käfighaltung von neun Papageien (45%) erfüllten nicht die Vorgaben des Gutachtens (Kategorie C), eine Haltung war der Kategorie B entsprechend. Die zur Verfügung gestellte Außenvoliere erfüllte für fünf Tiere (23%) die Anforderungen (Kategorie A). Für die fünf anderen Papageien (23%) erfüllte die Außenvoliere die Raumanforderungen nach dem Gutachten nicht (Kategorie C).

Die Käfige waren ausgestattet mit Sägespänen, verschiedenen Sitzmöglichkeiten und Blattwerk.

Die Außenvolieren waren zu zwei Dritteln überdacht. In den Volieren waren verschieden Sitzgelegenheiten, Ast- und Blattwerk, von der Decke hängende Seile und Futter, welches teilweise zu erarbeiten war, vorgefunden worden.

acht Papageien

Acht Papageien (36%) wurden gemeinsam in einer Innenvoliere gehalten. Für sechs Tiere (27%) erfüllte die Voliere nicht die geforderte Größe (Kategorie C). Für die beiden anderen Papageien (9%) war der Platz ausreichend (Kategorie A).

Nach Angaben des Zirkuspersonals wurden die Papageien regelmäßig frei in der Manege fliegen gelassen.

Die Innenvoliere war mit sechs kleineren Einzelboxen versehen und weiter mit Sitzmöglichkeiten verschiedener Höhen, Schaukeln aus Holz und Seilen, Ast- und Blattwerk und angebotenen Futter ausgestattet.

drei Papageien

Drei Papageien (14%) wurden in einer Voliere gehalten, die in einen Innen- und einen Außenbereich unterteilt war. Beide Bereiche erfüllten jeweils die Anforderungen des Gutachtens nicht (Kategorie C), konnten jedoch gemeinsam der Kategorie B zugeordnet werden.

Sowohl der Innen- als auch der Außenbereich der Voliere war mit verschiedenen hohen Sitzgelegenheiten ausgestattet. In der Innenvoliere waren zusätzlich Ast- und Blattwerk, Baumstammstücke, eine Kletterleiter und Futter vorgefunden worden.

ein Papagei

Die Haltung des Papageis (5%) war unbekannt.

Die Erfüllung jeweils geforderten Raumbedarfes der Volieren betrug 48 - 345% (die der Innenkäfige 7 - 80%).

4.2.3.8.4 Greifvogel

Greifvögel werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Im Gutachten über die Mindestanforderungen an die Haltung von Greifvögeln und Eulen (BMELV 1995) wird eine kommerzielle Wanderschauhaltung von Greifvögeln abgelehnt. Greifvögel sollten ausschließlich in Volieren gehalten werden, ausgenommen zur Jagd eingesetzte Vögel.

Für einen Mönchsgeier muss eine (Außen)voliere mit einer Fläche von mindestens 24 m² und einer Breite und Höhe von 3 m zur Verfügung stehen.

Haltung und Ausgestaltung

Ein Mönchsgeier (100%) lebte in einem Käfig mit den Maßen 1,5 x 0,9 x 1,2 m (L x B x H) = 1,4 m² und einer zusätzlichen Anbindehaltung. An eine etwa vier Meter lange Leine war der Vogel mit weichen Lederbändern, die an den Füßen des Greifvogels befestigt waren, fixiert. Der Vogel hatte die Möglichkeit, einen überdachten und einen frei stehenden Sitzplatz anzufliegen.

Der Käfig war ausgestattet mit Sägespänen, verschiedenen Sitzmöglichkeiten und Blattwerk.

4.2.3.8.5 Flachbrustvögel

Flachbrustvögel werden in den Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Nach dem Gutachten über die Mindestanforderungen zur Haltung von Straußenvögeln, außer Kiwis (BMELV 1996) sollen Emus paarweise gehalten werden. Die Stallfläche sollte mindestens 4 m² pro Tier und das Gehege mindestens 200 m² pro Paar aufweisen.

Haltung und Ausgestaltung

Die beiden Emus (100%) wurden in einer offenen Kombination aus überdachtem Paddock und Auslauf gehalten. Die Raumverhältnisse der Grund- und zusätzlichen Haltungen genügten nicht den Mindestanforderungen (Kategorie C). Die Grundhaltung separat würde den Mindestanforderungen jedoch genügen (Kategorie A).

Die Erfüllung des geforderten Raumbedarfes betrug 25%, bzw. 172%.

4.2.3.9 Haltungsbedingungen im Vergleich mit vorherrschenden Richtwerten zu Tieren der Klasse Reptilien

4.2.3.9.1 Schuppenkriechtiere

Schuppenkriechtiere werden in den aktuellen Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Nach den Mindestanforderungen an die Haltung von Reptilien (BMELV 1997) gelten für Riesenschlangen folgende Terrariengrößen (L x B x H):

Gattung Boa:

bis 1,5 m Kopf-Rumpf-Länge (KRL): 1,0 x 0,5 x 0,75 m

KRL ab 1,5 m: 0,75 x 0,5 x 0,75 m

Gattung Morelia:

KRL bis 2 m: 0,75 x 0,5 x 1,0 m

KRL ab 2 m: 0,5 x 0,5 x 0,75 m

Gattung Python:

KRL bis 2,5 m: 1,0 x 0,5 x 0,75 m

KRL ab 2,5 m: 0,75 x 0,5 x 0,5 m

Bei jeder weiteren Riesenschlange erhöht sich das Volumen des Terrariums um jeweils 20% des Grundraumes (unter Beibehaltung der Proportionen).

Zur Aufzucht von Jungschlangen können Kleinbehälter erforderlich sein, deren Größen die geforderten erheblich unterschreiten.

Haltungen und Ausgestaltungen

Zu der Terrarienhaltung von acht Riesenschlangen (26%, n=31) können keine Angaben gemacht werden.

Die Terrarienhaltungen der anderen 23 Riesenschlangen (74%) erfüllten die genannten Mindestanforderungen (Kategorie A).

Die Terrarien aller Schlangen (74%) waren mit groben Holzschnitzeln ausgelegt. Ein Wasserbecken und erhöhte Liegflächen standen 20 Schlangen (65%), Ast- und Blattwerk sieben Schlangen (23%), Äste und Baumstammstücke 22 Schlangen (71%) und Versteckmöglichkeiten 19 Schlangen (61%) zur Verfügung.

In den Haltungen von 22 Tieren (71%) war mindestens eine Lichtquelle, bei 21 Schlangen (68%) auch eine Rotlichtlampe installiert. Mindestens zwei Terrarien mit insgesamt acht Tieren (26%) wurden mittels eines Heizkörpers erwärmt. Die Haltung einer Schlange (3%) war mit einem Vernebler ausgestattet.

Die Erfüllung des geforderten Raumbedarfes für die Terrarien variierte zwischen 464 - 4100%.

4.2.3.9.2 Krokodile

Krokodile werden in den aktuellen Zirkusleitlinien und dem Säugetiergutachten nicht aufgeführt.

Nach den Mindestanforderungen an die Haltung von Reptilien (BMELV 1997) sollte allen Krokodilarten ein Land- und ein Wasserteil zur Verfügung stehen.

Für zwei Tiere wird eine Mindestfläche von 4 x 3 m (L x B) für den Landteil und 5 x 4 x 0,3 m (L x B x H) für den Wasserteil vorgesehen.

Haltungen und Ausgestaltungen

Die beiden solitären Haltungen der Krokodile (50%, n=4) eines Zirkus konnten nicht begutachtet werden.

Das Wasserbecken und der angrenzende Landteil der anderen beiden Tiere (50%) erfüllten nicht die Anforderungen des Reptiliengutachtens (Kategorien C). Die nur gelegentlich zugängliche Landfläche würde die erforderliche Größe erfüllen.

Über dem Badebecken waren drei Lampen angebracht. Die Landflächen waren mit Kunstrasen ausgelegt.

Die dauerhafte Erfüllung des geforderten Raumbedarfes der Land- und Wasserhaltung variierte zwischen 6 - 52%, die der gelegentlich nutzbaren Landfläche lag bei 108%.

4.2.4 Futter- und Wasserversorgung

Die Auswahl des Futters wurde im Allgemeinen auf den Bedarf der verschiedenen Tiere abgestimmt. Die Tiere bekamen, nach Angaben der Zirkuszugehörigen, eine mehr oder weniger ausgewogene Kost über den Tag zusammengestellt. Die Zusammensetzungen, inklusive von Futterergänzungsmitteln, entsprachen weitestgehend den Empfehlungen der in den Kapiteln 4.2.3 genannten Literatur. Die Vielfalt und Mengen variierten zwischen den Zirkussen stark. Die Zusammenstellung des Futters differierte überdies bereits zwischen Tieren gleicher Arten innerhalb einzelner Zirkusse.

Die Fütterungen fanden ein bis drei Mal täglich, über den gesamten Tag verteilt oder ad libitum statt. Die Großkatzen bekamen an ein bis drei Tagen in der Woche kein Futter.

Die Mengen und Vielfalt von gelagerten Futter- und Futterergänzungsmitteln konnten vor Ort nicht überprüft werden. Aus diesem Grund wurde ausschließlich dokumentiert, welche Tiere gegenwärtig welches Futter zur Verfügung gestellt bekamen. Stroh, welches als Einstreu in den Boxen lag, wurde zum Futterangebot gezählt, sofern es der hygienische Zustand erlaubte.

Zusätzlich wurde festgehalten, ob den Tieren Trinkwasser zur Verfügung gestellt wurde.

Der hygienische Zustand von Futter und Wasser war meist gut bis sehr gut.

Drei Schweine (13%, n=23) mussten jedoch mit verdrecktem Trinkwasser auskommen.

Das Fleisch für 13 Raubkatzen (15%, n=86) stand ohne Abdeckung in der prallen Sonne.

Bei insgesamt 95 Vögeln (55%, n=174) war die Hygiene von Futter und Wasser mäßig bis schlecht zu beurteilen.

4.2.4.1 Paarhufer

Altweltkamele (n=109)

Alle Altweltkamele, außer zwei Tiere (2%) eines Zirkus hatten die Möglichkeit sich mit Futter zu beschäftigen.

86 (79%) Altweltkamelen standen Heu oder Grassilagen, 43 (39%) Stroh und 22 (20%) Gras zur Verfügung. Darüber hinaus wurde 14 Tieren (13%) aus drei Haltungen Ast- und / oder Blattwerk angeboten. Brote und Brötchen wurden 17 (16%) und Kraftfutter drei Tieren (3%) zusätzlich gereicht.

89 Tiere (82%) bekamen einen Salz- und / oder Mineralleckstein zur Verfügung gestellt.

Zugang zu Trinkwasser hatten 79 (72%) Altweltkamele.

Neuweltkamele (n=94)

Außer drei Lamas (3%) eines Zirkus lag allen Tieren anderer Haltungen Futter vor.

Heu stand 72 (77%), Stroh 33 (35%) und Gras 31 (33%) Neuweltkamelen zur Verfügung. Ast- und / oder Blattwerk fütterten vier Zirkusse 17 Tieren (18%) zusätzlich. Brote und Brötchen wurden vier Tieren (4%) gereicht.

Für 49 Altweltkamele (52%) war es möglich einen Salz- und / oder Mineralleckstein zu nutzen.

Zugang zu Trinkwasser bestand für 72 Tiere (77%).

Hornträger (n=108)

Alle Hornträger, außer 14 Schafen und Ziegen (13%) konnten sich am dargereichten Heu bedienen. Die Möglichkeit Gras zu fressen stand ausschließlich 40 Ziegen und Schafen (37%) zu. Stroh konnten 34 Ziegen und Schafe (31%), zwei Rindern (2%)

und beide Antilopen (2%) aufnehmen. Acht Ziegen und Schafe (7%) hatten die Möglichkeit sich mit dargereichtem Ast- und Blattwerk zu beschäftigen. Brote und Brötchen standen vier Ziegen und Schafen (4%) zur Verfügung.

Zugang zu Wasser hatten 70 Ziegen und Schafe (65%), alle vier Rinder (4%) und beide Antilopen (2%).

Salz- und / oder Minerallecksteine wurden in der Haltung von 52 Ziegen und Schafen (48%), zwei Rindern (2%) und beiden Antilopen (2%) vorgefunden.

Flusspferde (n=3)

Einem Flusspferd (33%) wurden Heu, Möhren, Äpfel und Porree angeboten. Ein weiteres Flusspferd (33%) bekam Heu und Stroh zur Verfügung gestellt. In der Haltungseinheit des Zwergflusspferdes (33%) waren Zuckerrüben verteilt.

Beide Flusspferde (67%) bekamen zum Wasser des Badebeckens zusätzliches Trinkwasser zur Verfügung gestellt.

Giraffen (n=5)

Zwei Giraffen (40%) konnten Heu, Ast- und Blattwerk, Gras, Brot und Brötchen aufnehmen. Ein anderer Zirkus bot seinen zwei Tieren (40%) Heu, Ast- und Blattwerk, Stroh und Kraftfutter an. Das solitär gehaltene Tier (20%) konnte Heu und Stroh fressen.

Alle Giraffen (100%) bekamen Salz- und / oder Minerallecksteine zur Verfügung gestellt und hatten Zugang zu Trinkwasser.

Schweine (n=24)

Allen 24 Schweinen (100%) wurde Stroh angeboten. Einem Tier (4%) wurden zusätzlich Porree, Äpfel sowie Blatt- und Astwerk gereicht.

Vier Schweine (17%) hatten Zugang zu Trinkwasser.

4.2.4.2 Unpaarhufer

Pferde und Ponys (n=360)

245 Pferde und Ponys (68%) hatten die Möglichkeit Stroh zu fressen. Zusätzlich Heu wurde 213 Tieren (59%) gereicht. Frisches Gras konnten 29 (8%) und Grassilage 30 (8%) Tiere fressen. In den Haltungseinheiten von 26 Pferden und Ponys (7%) befanden sich Brote und Brötchen. Jeweils einem Pferd oder Pony (0,3%) wurde Ast- und Blattwerk, einem anderen (0,3%) Kraftfutter gereicht.

208 Pferden und Ponys (58%) wurde ein Salz- und / oder Mineralleckstein zur Verfügung gestellt.

Zugang zu Trinkwasser hatten 250 (69%) Tiere.

Esel, Maulesel und Maultiere (n=21)

Alle Esel, Maulesel und Maultiere (100%) hatten die Möglichkeit, sich mit Futter zu beschäftigen.

16 Tieren (76%) wurde Heu gereicht und neun Esel, Maulesel und Maultiere konnten Grasens. Zwei Tieren (10%), denen Stroh zur Verfügung stand, hätten sich auch mit Ast- und Blattwerk beschäftigen können.

Acht Eseln, Mauleseln und Maultieren (38%) wurde ein Salz- und / oder Mineralleckstein zur Verfügung gestellt.

Zugang zu Trinkwasser hatten 19 Tiere (90%).

Zebras (n=17)

Die Versorgung von drei Zebras (18%) konnte nicht eingesehen werden. Alle anderen 14 Tiere (82%) hatten die Möglichkeit sich mit Futter zu beschäftigen.

Allen 14 Zebras (82%) stand Stroh zur Verfügung. Heu wurde neun Tieren (53%) und Grassilage einem Tier (6%) angeboten. Die Möglichkeit zu Grasen bestand für vier Zebras (24%). Ein Tier (6%) bekam Brot gereicht und fünf weiteren Tieren (29%) standen Ast- und Blattwerk zur Verfügung.

Zehn Zebras (59%) wurde ein Salz- und / oder Mineralleckstein zur Verfügung gestellt.

Zugang zu Trinkwasser hatten 13 Tiere (76%).

Nashörner (n=3)

Zwei Nashörner (67%) konnten Heu und Stroh fressen. Das dritte Nashorn (33%) konnte sich an Stroh sowie Ast- und Blattwerk bedienen.

Zwei Tiere (67%) hatten ständigen Zugang zu Trinkwasser.

4.2.4.3 Raubtiere

Hundeartige (n=77)

Die Versorgung von 26 Hunden (34%) konnte nicht eingesehen werden.

Zwei Hunde (3%) einer Haltung hatten handelsübliches Hundefutter in ihren Fressnapfen. In der Haltung der beiden Füchse (3%) stand eine Schale mit gekochtem Reis und anderen nicht eindeutig identifizierbaren Zutaten.

39 Hunden (51%) und beiden Füchsen (3%) wurde nachweislich Trinkwasser zur Verfügung gestellt.

Katzenartige (n=96)

Unter den Großkatzen gab es elf Tiere (11%) einer Haltung, die gerade große Stücke Fleisch am Knochen fraßen.

Den vier Hauskatzen (4%) standen Schalen mit handelsüblichem Katzenfutter zur Verfügung.

Die Trinkwasserversorgung der Großkatzen war grundsätzlich durch die Entfernung der eingeschobenen Trinkwasserschalen nicht einsehbar.

Die vier Hauskatzen (4%) waren mit Trinkwasser versorgt.

Ohrenrobben (n=6)

Die Versorgung zweier Ohrenrobben (33%) konnte nicht begutachtet werden.

Die weiteren vier Robben (67%) hatten kein Futter und zusätzlich zu ihrem Badebecken kein Trinkwasser zur Verfügung.

Groß- und Kleinbären (n=12)

Die Versorgung zweier Großbären (17%) einer Haltung konnte nicht eingesehen werden.

Fünf Bären (42%) eines anderen Zirkus konnten sich an Broten, die in ihrem Transportwagen lagen, bedienen.

Dem Nasenbären (8%) wurde trockenes Hundefutter gereicht.

Zwei Großbären (17%) hatten Zugang zu Trinkwasser.

Der Nasenbär (8%) bekam kein Wasser zur Verfügung gestellt.

4.2.4.4 Rüsseltiere

14 Elefanten (52%, n=27) standen Heu sowie Ast- und Blattwerk zur Verfügung. Sieben Elefanten (26%) konnten zusätzlich zum Heu Gras fressen, welches auf dem Auslauf wuchs. Ein anderes Tier (4%) hatte die Möglichkeit auf dem Auslauf Gras oder dargebotenes Stroh zu fressen. Fünf Elefanten (19%) wurde Heu gereicht, zwei dieser Elefanten (7%) wurden zudem mit Futtermöhren gefüttert.

22 Elefanten (81%) hatten Trinkwasser zur Verfügung oder wurden nachweislich getränkt.

4.2.4.5 Herrentiere

Drei Affen (19%, n=16) wurde kein Futter angeboten.

Elf Affen (69%) wurden eines oder mehrere der folgenden Lebensmittel zum Verzehr angeboten: Äpfel, Bananen, Möhren, Salat und Brot. Zwei Affen (12%) konnten sich Erdnüsse aus einem Gefäß erarbeiten.

Trinkwasser stand fünf Tieren (31%) zur Verfügung.

4.2.4.6 Beuteltiere

Zwei Kängurus (50%, n=4) wurde kein Futter angeboten.

Zwei anderen Tieren (50%) aus zwei verschiedenen Haltungen hatten die Möglichkeit Heu oder Stroh zu fressen.

Zugang zu Trinkwasser besaßen alle vier Kängurus (100%).

4.2.4.7 Nagetiere und Hasenverwandte

Trinkwasser wurde allen Nagetieren und Hasenverwandten (100%, n=32) zur Verfügung gestellt.

Nagetiere (n=21)

Dem Stachelschwein (5%) wurde kein Futter angeboten.

Die sieben Meerschweinchen (33%) hatten die Möglichkeit, Gras oder trockene Brötchen zu fressen.

13 Ratten und Mäusen (62%) wurden handelsübliche Futterpellets angeboten.

Hasenverwandte (n=11)

Die Versorgung eines Kaninchens (9%) konnte nicht eingesehen werden.

Ein Kaninchen (9%) konnte Gras oder Hafer fressen. Neun Kaninchen (82%) hatten die Möglichkeit Gras oder trockene Brötchen zu fressen.

4.2.4.8 Vögel

Allen Vögeln (100%, n=174) wurde die Möglichkeit geboten Trinkwasser aufzunehmen.

Taubenvögel (n=85)

Die Versorgung von 14 Taubenvögeln (16%) konnte nicht eingesehen werden. Alle anderen 71 Tiere (84%) hatten die Möglichkeit Futter aufzunehmen.

42 Tauben (49%) wurde handelsübliches Körnerfutter gereicht. 15 Taubenvögel (18%) bekamen Mais und 14 Tauben (16%) ein Gemisch aus Mais, Hafer und Gerste angeboten.

Entenvögel (n=64)

Alle 64 Entenvögel (100%) hatten die Möglichkeit Futter aufzunehmen.

31 Entenvögel (48%) wurde handelsübliches Körnerfutter zur Verfügung gestellt. 30 Entenvögel (47%) konnten gewachsenes Gras zupfen. 18 dieser Vögel (28%) wurden zudem noch Futterpellets und eingeweichtes Brot angeboten. Im Auslauf von drei Entenvögeln (5%) stand eine Schale mit eingeweichtem Quetschhafer.

Papageien (n=22)

Die Versorgung eines Papageis (5%) konnte nicht begutachtet werden. Alle weiteren 21 Papageien (95%) hatten die Möglichkeit Futter aufzunehmen.

Allen 21 Papageien (95%) wurden eines oder mehrere der folgenden Grundfutter zum Verzehr angeboten: Mais, Sonnenblumenkerne, gekochter Reis, gekochte Taubenkörner, Erdnüsse, Äpfel, Bananen, Pflaumen, Ananas und Salat.

Greifvogel und Flachbrustvögel

Dem Greifvogel (100%, n=1) und den beiden Emus (100%, n=1) wurde kein Futter zur Verfügung gestellt.

4.2.4.9 Reptilien

Eine Schlange (3%, n=31) hatte die Möglichkeit ein lebendiges Kaninchen zu fressen. Den anderen 30 Schlangen (97%) sowie den vier Alligatoren (100%, n=4) stand kein Futter zur Verfügung.

29 Schlangen (94%) hatten die Möglichkeit Wasser zu sich zu nehmen. Die Alligatoren (100%) hatten neben ihrem Badebecken keinen zusätzlichen Trinkwasserzugang.

4.2.5 Gesundheitszustand

Die Beurteilung des Gesundheitszustandes, inklusive des Ernährungszustandes erfolgte Adspektion der Einzeltiere aus den nächstmöglichen Entfernungen. Die Beurteilungen wurden teilweise dadurch eingeschränkt, dass viele Tiere ausschließlich in liegenden oder verdeckten Positionen angetroffen wurden. Von zwei Flusspferden ist beispielsweise lediglich der Kopf, aus dem Wasser ragend, gesehen worden. Auch Informationen über einzelne Tiere, die von Zirkuszugehörigen weitergegeben wurden, sind dokumentiert worden.

In den folgenden Kapiteln wurden augenscheinliche Abweichungen vom optimalen Gesundheitsstatus zusammengefasst. Die Aufzählungen erheben aus genannten Gründen keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

4.2.5.1 Ernährungszustand

Die Beurteilungen der alimentären Konstitutionen der Säugetiere wurden anhand von Adspektion prägnanter Stellen wie Rippen, Lendenbereiche, Hüft- und Sitzbeinhöcker, Schwanzwurzel, Brust und Schultergürtel vorgenommen (ROSENBERGER et al. 1990). Bei anderen Tieren, z. B. den Vögeln, war es fast unmöglich, den tatsächlichen Ernährungszustand zu bestimmen, ohne die Tiere angefasst zu haben.

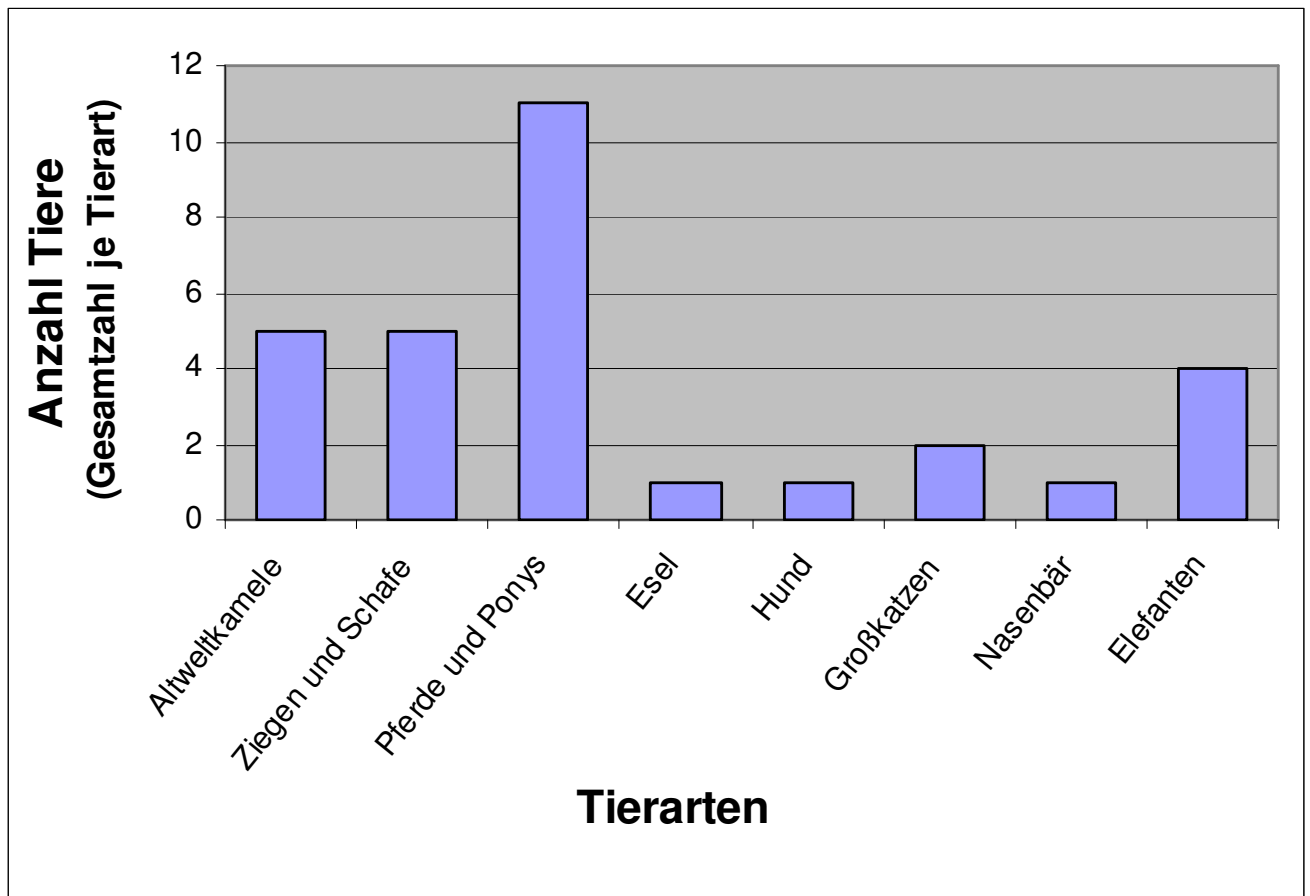


Abb. 2: Mäßiger bis schlechter Ernährungszustand

ein mäßiger bis schlechter Ernährungszustand wurde festgestellt bei:

- fünf Altweltkamelen (5%, n=109)
- fünf Ziegen und Schafen (5%, n=102)
- elf Pferden und Ponys (3%, n=360)
- einem Esel (6%, n=18)
- einem Hund (1%, n=75)
- zwei Großkatzen (2%, n=92)
- einem Nasenbären (100%, n=1)
- vier Elefanten (15%, n=27)

Alle anderen Tiere wurden mit gutem bis sehr guten Ernährungszustand angetroffen.

4.2.5.2 Körperoberflächen

4.2.5.2.1 Frische Verletzungen

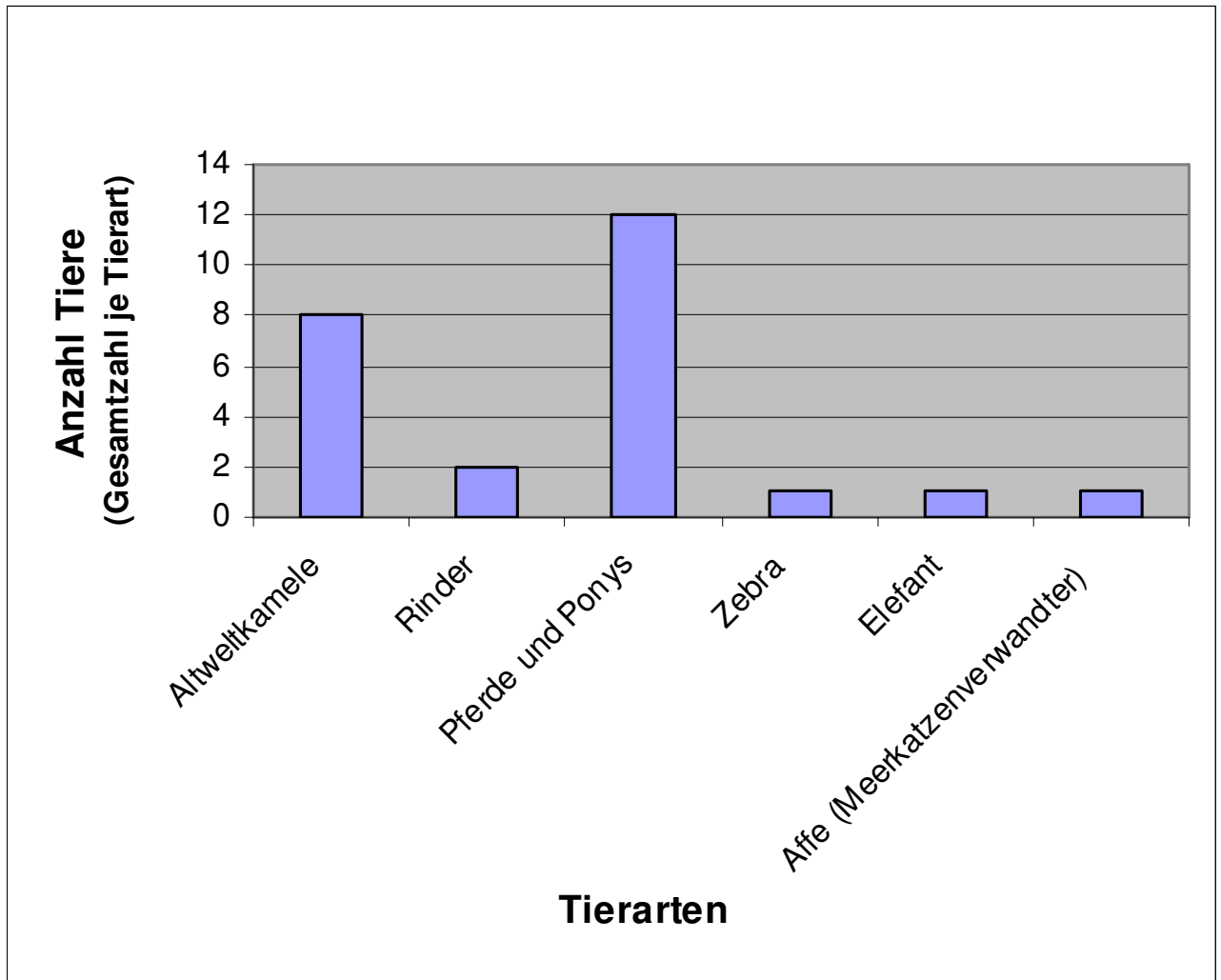


Abb. 3: Frische Verletzungen

folgende Tiere wiesen frische Verletzungen auf:

- acht Altweltkamele (7%, n=109)
- zwei Rinder (50%, n=4)
- zwölf Pferde und Ponys (3%, n=360)
- ein Zebra (6%, n=17)
- ein Elefant (4%, n=27)
- ein Affe (Meerkatzenverwandte) (6%, n=16)

4.2.5.2.2 Auffällige Vernarbungen

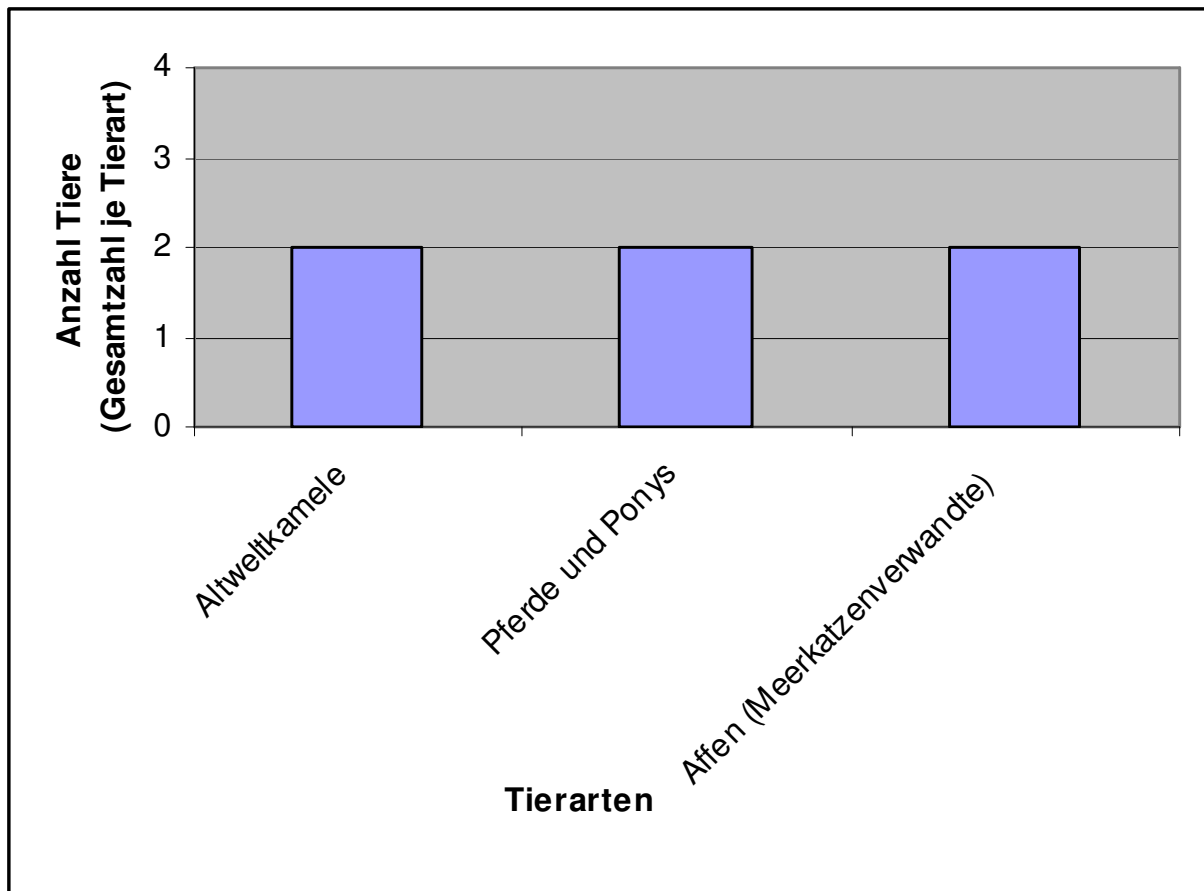


Abb. 4: Auffällige Vernarbungen

folgende Tiere wiesen auffällige Vernarbungen auf:

- zwei Altweltkamele (2%, n=109)
- zwei Pferde und Ponys (1%, n=360)
- zwei Affen (Meerkatzenverwandte) (13%, n=16)

4.2.5.2.3 Hautveränderungen

folgende Tiere wiesen Hautveränderungen auf:

- ein Altweltkamel mit räudeartigen Veränderungen (1%, n=109)
- zwei Schafe und Ziegen mit pyogenen und räudeähnlichen Veränderungen (2%, n=102)

- vier Pferde und Ponys mit räude- und pilzähnlichen Veränderungen (1%, n=360)
- zwei Esel mit lokalem Fellverlust (11%, n=18)
- ein Hund mit generalisiertem Fellverlust (1%, n=75)
- 14 Vögel mit zerrupftem Gefieder (elf Tauben, drei Gänse) (8%, n=174)
- zwei Vögel mit lokalem Federverlust (Emus) (1%, n=174)

4.2.5.2.4 Gescheuerte Körperstellen

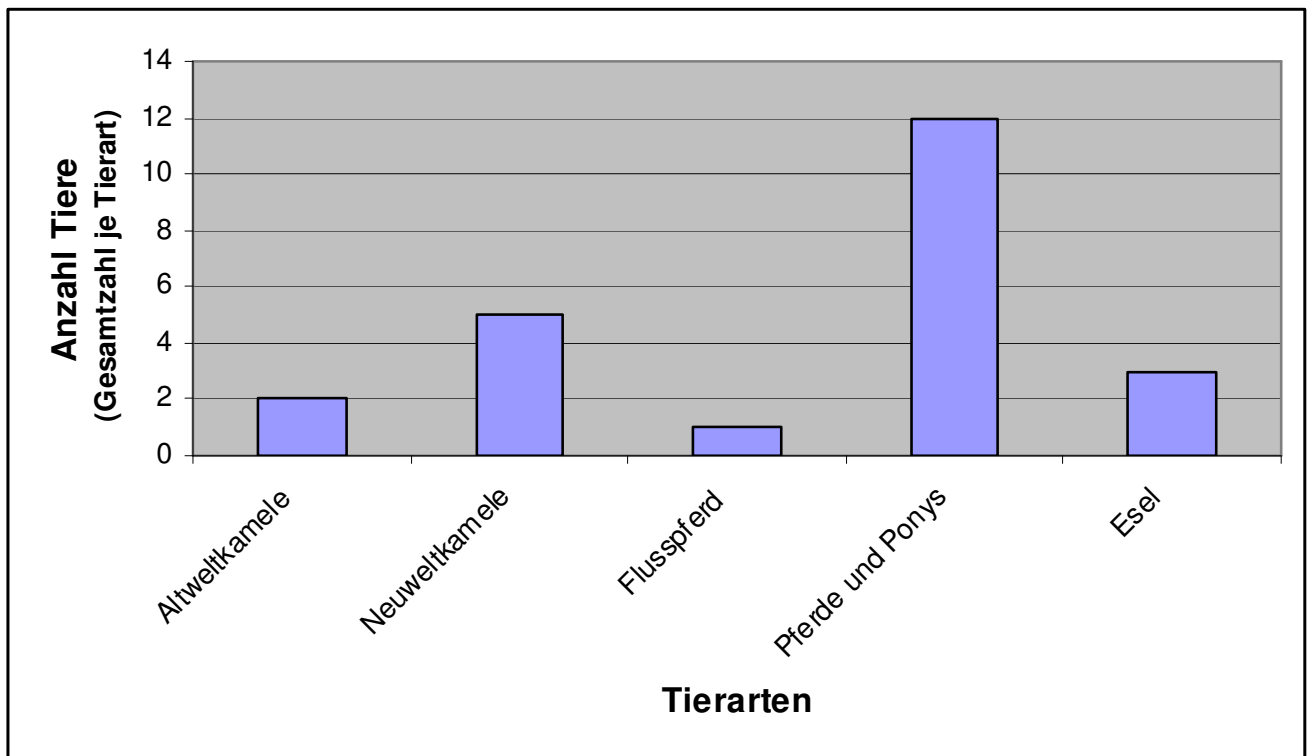


Abb. 5: Gescheuerte Körperstellen

folgende Tiere wiesen gescheuerte Körperstellen auf:

- zwei Altweltkamele (2%, n=109)
- fünf Neuweltkamele (5%, n=94)
- ein Flusspferd (33%, n=3)
- zwölf Pferde und Ponys (3%, n=360)
- drei Esel (17%, n=18)

4.2.5.2.5 Sonstige gesundheitliche Auffälligkeiten der Körperoberflächen

folgende Tiere wiesen sonstige gesundheitliche Auffälligkeiten auf:

- ein Neuweltkamel: Abszess am Unterkiefer (1%, n=94)
- mindestens fünf Elefanten: ungleichmäßige Ohrenränder (19%, n=27)
- mindestens sechs Elefanten: Löchern in den Ohren (22%, n=27)
- neun Pferde und Ponys: besaßen noch Winterfell (3%, n=360)
- ein Pferd: Schimmelmelanom (0,3%, n=360)
- ein Esel: besaß noch Winterfell (6%, n=18)
- eine Riesenschlange: Verdacht auf Schwanzspitzennekrose (3%, n=31)

4.2.5.3 Bewegungsapparat

4.2.5.3.1 Lahmheiten

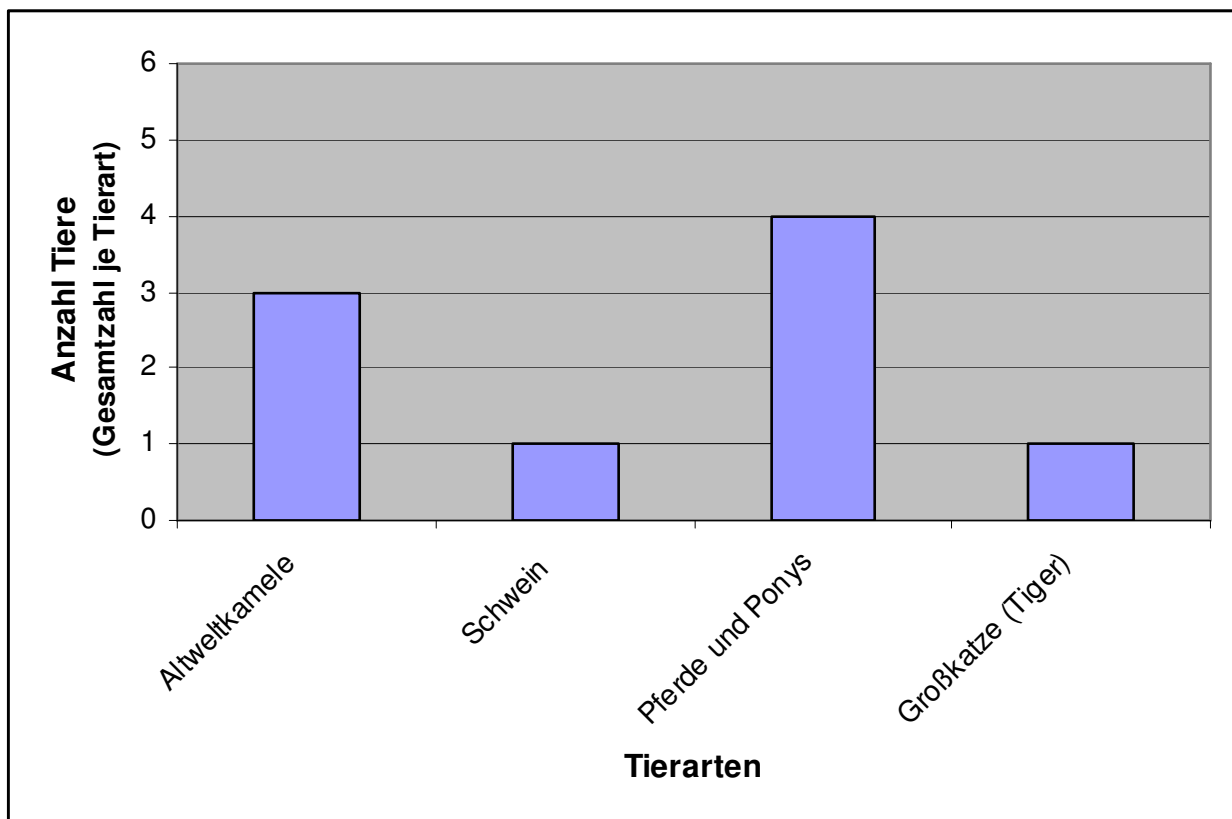


Abb. 6: Mäßige bis starke Lahmheiten

folgende Tiere zeigten mäßige bis starke Lahmheiten (siehe auch sonstige Abweichungen des Bewegungsapparates):

- drei Altweltkamele (3%, n=109)
- ein Schwein (Hausschwein) (4%, n=24)
- vier Pferde und Ponys (1%, n=360)
- eine Großkatze (Tiger) (1%, n=92)

Ein Altweltkamel, zwei Pferde und Ponys und das Hausschwein mussten trotz der Lahmheiten Darbietungen in der Vorstellung zeigen.

4.2.5.3.2 Veränderungen an den Endgliedmaßen

folgende Tiere wiesen offensichtliche Veränderungen an den Endgliedmaßen auf:

- acht Pferde und Ponys: Verbände, Mauke, Hufrehe, Strahlfäule (2%, n=360)
- ein Altweltkamel: Verband (1%, n=109)
- ein Vogel (Gans): ein Flügel hing schlaff herunter (1%, n=174)

4.2.5.3.3 Hufe oder Klauen

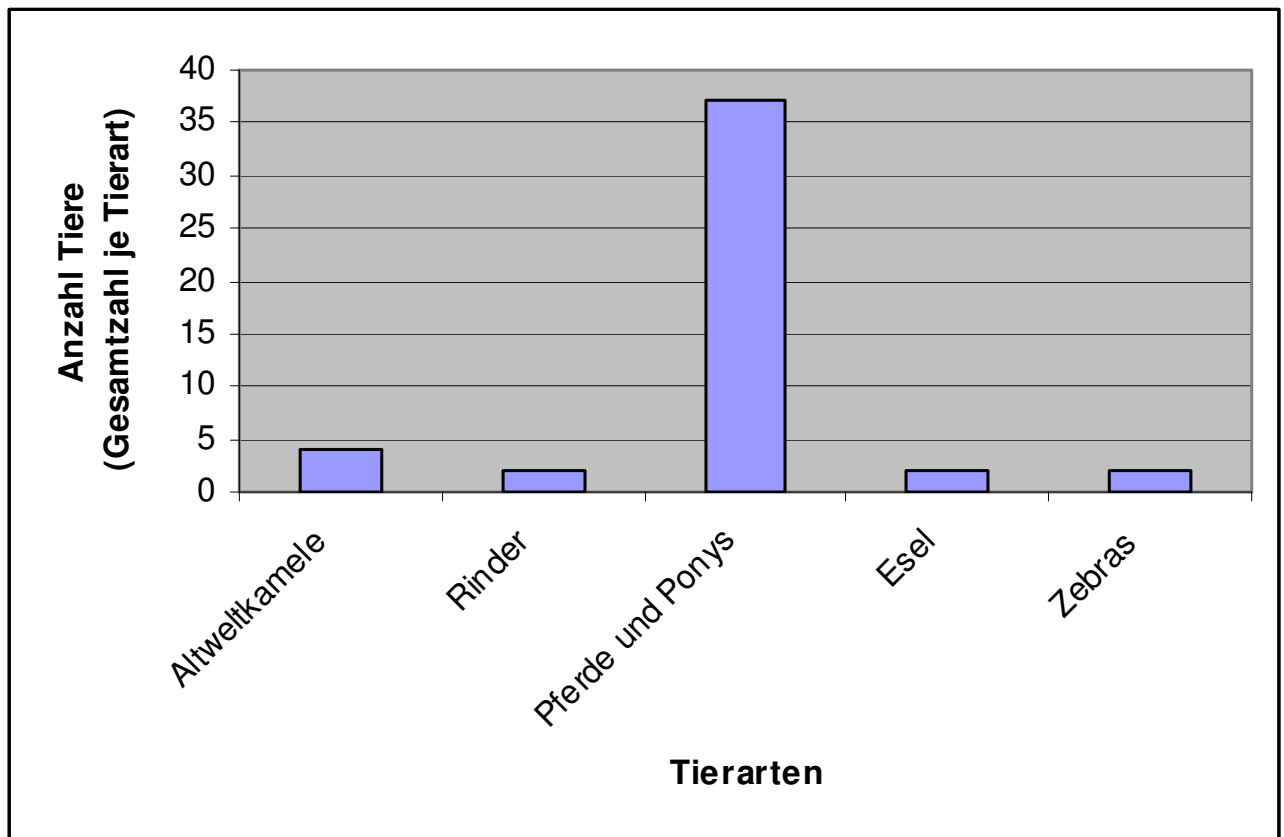


Abb. 7: Auffällig lange Hufe oder Klauen

folgende Tiere wiesen zu lange Hufe oder Klauen auf:

- vier Altweltkamele (4%, n=94)
- zwei Rinder (50%, n=4)
- 37 Pferde und Ponys (10%, n=360)
- zwei Esel (11%, n=18)
- zwei Zebras (12%, n=17)

4.2.5.3.4 Durchtrittigkeit

folgende Tiere zeigten mäßige bis starke Durchtrittigkeit an zwei oder vier Gliedmaßen:

- zwei Altweltkamele (2%, n=109)
- zwei Neuweltkamele (2%, n=94)

4.2.5.3.5 Sonstige Abweichungen

folgende Tiere wiesen sonstige Abweichungen des Bewegungsapparates auf:

- ein Elefant: fehlender Fußnagel (3%, n=27)
- vier Elefanten: auffällige arthrotische Veränderungen an den Gliedmaßen, drei Tiere lahmten (15%, n=27)
- ein Großbär: Arthrose, nach Angaben des Besitzers (9%, n=11)
- ein Vogel (Laufente): ständiges Umfallen beim Laufen (1%, n=174)

Zwei der lahrenden Elefanten sowie einer der Elefanten, der Veränderungen an den Gliedmaßen aufzeigte aber nicht lahmt, der Elefant mit dem fehlenden Fußnagel und die Laufente zeigten Darbietungen in der Vorstellung.

4.2.5.4 Sonstige gesundheitliche Auffälligkeiten

4.2.5.4.1 Veränderungen an den Augen

folgende Tiere wiesen leichte bis starke Veränderungen an den Augen auf:

- fünf Altweltkamele: ein- oder beidseitigen Augenausfluss (5%, n=109)
- ein Neuweltkamel: hochgradige Schwellung um die Augengegend, sowie Blepharospasmus (1%, n=94)
- ein Schaf oder eine Ziege: beidseitiger Augenausfluss (1%, n=102)
- ein Pferd oder Pony: periodische Augenentzündung (0,3%, n=360)
- zwei Pferde und Ponys: ein- und beidseitiger Augenausfluss (1%, n=360)
- zwei Esel: beidseitiger Augenausfluss (11%, n=18)
- vier Elefanten: ein- oder beidseitig vermehrte seröse bis purulente Augenflüssigkeit (15%, n=27)
- ein Alligator: besaß nur noch ein Auge (25%, n=4)

4.2.5.4.2 Sonstige Veränderungen

folgende Tiere wiesen sonstige Veränderungen auf:

- 17 Neuweltkamele: zu lange Schneidezähne (18%, n=94)
- ein Neuweltkamel: wurde ausschließlich liegend in apathischem Zustand angetroffen (1%, n=94)
- ein Flusspferd: Kreislaufprobleme, nach Angaben eines Zirkusmitarbeiters (33%, n=3)
- acht Pferde und Ponys: zeigten Husten (2%, n=360)
- ein Pferd oder Pony: befand sich in schlechtem Allgemeinzustand (0,3%, n=360)
- drei Pferde und Ponys: wiesen Cushingsymptome auf (1%, n=360)
- einer Großkatze (Löwe): fehlten alle Eckzähne (1%, n=92)
- eine Ohrenrobbe: nach Angaben des Tiertrainers an Epilepsie erkrankt (17%, n=6)
- fünf Großkatzen (Tiger): nach Angaben des Besitzers akut an Erkältung erkrankt (5%, n=92)
- eine Großkatze (Tiger): nach Angaben eines Zirkusmitarbeiters Probleme mit den Bandscheiben (1%, n=92)
- eine Elefantenkuh: Vorliegen eines Scheidenprolaps (4%, n=27)
- ein Elefant: beidseits geringgradig geschwollene Schläfendrüsen unter Absonderung von Sekret (4%, n=27)
- ein Vogel (Geier): wies röntgenologisch eine Knochenabsplitterung auf, nach Angaben des Besitzers (1%, n=174)

Zudem waren, nach Angaben von Zirkuszugehörigen, ein Neuweltkamel (1%, n=94) und ein Esel (6%, n=18) trächtig.

4.2.6 Verhalten

Auch das Verhalten der Tiere wurde ausschließlich in den Zeiträumen der Datenaufnahmen registriert. Das Verhalten von Einzeltieren, als auch Interaktionen in Gruppen wurde versucht aus möglichst geringer Entfernung festzuhalten.

Ausschließlich stark auffällige Verhaltensweisen, die sich von denen der anderen Zirkustiere abhoben, wurden hier genannt. Alle genannten Verhaltensweisen wurden von der protokollierenden Person unmittelbar beobachtet.

Wie bereits bei der Adspektion des Gesundheitszustandes wurden die Beurteilungen teilweise dadurch eingeschränkt, dass viele Tiere ausschließlich in liegenden oder verdeckten Positionen angetroffen wurden (siehe Kapitel 4.2.5).

4.2.6.1 Stereotypien

Verhaltensweisen, die offensichtlichen stereotypischen Charakter aufzeigten (siehe Kapitel 5.2.5.5), wurden bei insgesamt 20 Tieren (2%, n=1223): Elefanten, Großkatzen, Großbären, Pferden beobachtet.

18 Tiere (1%), die Verhaltensauffälligkeiten in Form von Stereotypien zeigten, traten in den Vorstellungen auf oder wurden nachweislich trainiert. Ein Großbär (0,1%) war bereits im Ruhestand und wurde nicht mehr gearbeitet. Ein junger Löwe (0,1%), der noch nicht in den Vorstellungen auftrat, wurde, nach Angaben des Besitzers, für Darbietungen trainiert.

4.2.6.1.1 Stereotypien bei Elefanten

Insgesamt zwölf Elefanten (44%, n=27) aus fünf verschiedenen Zirkussen webten.

Somit führte nur ein Zirkus nicht webende Elefanten mit. Die sieben nicht webenden Elefanten dieser Zirkushaltung lebten ständig in Ketten mit zusätzlichem separaten Auslauf. Allerdings wurden die Haltungen dieses Zirkus, auf Wunsch des Zirkusbetreibers, nicht vollständig dokumentiert, was die Zeit der Beobachtungen stark verkürzte.

Fünf Elefanten (19%, n=27) wurden webend in Kettenhaltung vorgefunden, vier dieser Tiere (15%, n=27) lebten in ständiger, ein Elefant (4%, n=27) in zeitweiliger Kettenhaltung.

Sieben Elefanten (26%, n=27) webten im Auslauf. Ein Tier (4%, n=27) lebte ständig ohne Ketten, die anderen sechs Tiere (22% n =27) wurden zeitweise angekettet.

4.2.6.1.2 Stereotypien bei Großkatzen

Insgesamt fünf Großkatzen (5%, n=92) aus vier verschiedenen Zirkussen wurden in stereotypen Hin- und Herlaufen entlang der Gitterstäben angetroffen.

Drei Tiger (3%, n=92) und ein Löwe (1%, n=92) waren zum Zeitpunkt der Stereotypie in ihrem Transportwagen untergebracht. Eine zusätzliche Haltungseinheit war vorhanden, zu diesem Zeitpunkt jedoch für die Tiere nicht geöffnet.

Ein Tiger (1%, n=92) zeigte die Verhaltensauffälligkeit in seinem, an die geöffnete Grundhaltung angrenzenden, Auslauf.

4.2.6.1.3 Stereotypien bei Großbären

Ein Großbär (9%, n=11) wurde in seinem Transportwagen angetroffen, als er stereotyp am Gitter entlang lief. Das zusätzlich vorhandene Außengehege war dem Bären zu diesem Zeitpunkt nicht frei zugänglich.

4.2.6.1.4 Stereotypien bei Pferden

Zwei Pferde (1%, n=360) wurden webend in ihren Einzelboxen angetroffen. Beiden Pferden, aus zwei verschiedenen Zirkussen, wurden keine weiteren Auslaufmöglichkeiten geboten.

4.2.6.2 gesteigertes Aggressionsverhalten

Als gesteigertes Aggressionsverhalten wurde das Verhalten, welches über ein allgemein übliches Maß an Achtsamkeit und Misstrauen hinausging, bezeichnet.

Der Kontakt mit betreuenden Personen, als auch die Reaktionen der Tiere darauf, wurden nicht dokumentiert.

Unverträglichkeiten der Tiere untereinander, die nicht über ein übliches Maß hinausgingen oder ausschließlich von den Zirkusangehörigen erwähnt worden sind, wurden nicht aufgeführt. Auch auf Sexualverhalten, welches durch Brunst oder die Anwesenheit einer brünstigen Partnerin ausgelöst wurde, wurde nicht eingegangen.

Ein Affe (Meerkatzenverwandte) (6%, n=16), ein Emu (50%, n=2), zwei Neuweltkamelen (2%, n=94), zwei Pferde und Ponys (1%, n=360) und drei Hunde (4%, n=75) zeigten fremden Menschen gegenüber ein erhöhtes Maß an Aggressivität. Diese Tiere versuchten, im Beisein vertrauter Personen, ihnen unbekannte Menschen anzugreifen. Ein Hund (1%, n=75) biss der protokollierenden Person ins Bein.

Weiterhin wurde beobachtet, wie ein Känguru (25%, n=4) seinen Tierlehrer anging.

Eine Giraffe (20%, n=5) jagte über einen längeren Zeitraum einen, mit im selben Auslauf stehenden, Ziegenbock.

Ein Ponyhengst (0,3%, n=360) bedrängte ständig einen anderen Ponyhengst im selben Auslauf. Das bedrängte, rangniedrigere Tier war übersät mit alten und frischen Läsionen.

In einem Paddock ohne weitere Auslaufmöglichkeiten biss ein Trampeltierhengst (1%, n=109) ständig zwei Trampeltierstuten.

4.2.6.3 Explorations-, Spiel- und Sozialverhalten

Vier Ziegen (4%, n=102), vier Schweine (17%, n=24), vier Ponys (1%, n=360) und zwei Tiger (2%, n=92) kämpften innerhalb ihrer Tierart spielerisch in ihren Ausläufen, bzw. in ihrem Gehege miteinander.

Sechs Schweine (25%, n=24) erkundeten die genauen Bodenverhältnisse ihres Auslaufes.

Zwei Affenpaare (Meerkatzenverwandte) (25%, n=16) aus zwei verschiedenen Haltungen wurden, sich gegenseitig lausend, in ihren Transportwagen angetroffen. Nach dem Lausen tobte eines der Affenpärchen (13%, n=16) in seinem Auslauf und auf dem Transportwagen umher.

4.2.6.4 Andere Verhaltensauffälligkeiten

Sechs Altweltkamele eines Zirkus (6%, n=109), welche in zwei voneinander abgetrennten Dreiergruppen standen, waren übermäßig unruhig. Die Tiere liefen aufgeregt umher und brüllten.

Ein Altweltkamel (1%, n=109) eines anderen Zirkus, welches zusammen mit mehreren Altweltstuten gehalten wurde, lief unruhig in seiner Haltung umher.

Alle genannten Altweltkamele lebten in Paddocks ohne zusätzlichen Auslauf.

Eine Elefantenkuh (4%, n=27), die mit zwei anderen Elefantenkühen gehalten wurde, brüllte innerhalb einiger Stunden immer wieder sowohl mit als auch ohne menschliche Anwesenheit. Die drei Tiere lebten ständig im Stallzelt, zeitweise in Ketten ohne Auslaufmöglichkeiten.

Ein Nasenbär (100%, n=1), ein Affe (Meerkatzenverwandte) (6%, n=16), ein Stachelschwein (100%, n=1) und ein Neuweltkamel (1%, n=94) zeigten sich in ungewöhnlich gleichgültigem Zustand.

Der Nasenbär lebte solitär in seinem Gehege ohne weitere zusätzliche Haltung. Das Stachelschwein hatte angrenzend an sein Abteil im Transportwagen einen Auslauf, der jedoch nicht geöffnet war. Zusammen mit zwei anderen Affen lebte der übermäßig ruhige Affe in einer Kombination aus Transportwagen und frei zugänglichem Gehege. Das Neuweltkamel lebte in einer Box mit einem separaten Auslauf.

4.2.7 Beschäftigung der Tiere

4.2.7.1 Zirkusvorstellungen

Die Hauptbeschäftigung von 598 aller angetroffenen, reisenden Zirkustiere (53%, n=1122) war es, in den jeweiligen Vorstellungen der Zirkusse mitzuwirken. Die Gesamtzahl der Tiere, die in den Vorstellungen hätten gesehen werden können (100%, n=1122), stimmt nicht mit der Gesamtzahl der grundsätzlich mit den Zirkussen reisenden Tieren überein (n=1223, siehe Kapitel 4.2.1). Die 86 Tiere (7%, n=1223) der drei Zirkusse, dessen Vorstellungen nicht besucht werden konnten, als auch mitreisende Futtertiere (13 Nagetiere und zwei Hasenverwandte, gesamt 1%, n=1223) wurden somit nicht berücksichtigt (gesamt 101 Tiere, 8%, n= 1223).

Sämtliche Zirkusse gaben während ihrer Gastspielzeiten ein bis zwei Vorstellungen pro Tag, gelegentlich wurde ein Tag Spielpause eingelegt. Auch Reisetage und Tage des Auf- und Abbaus waren meist spielfrei. Somit gaben alle Zirkusse, die länger an Gastspielorten verblieben (siehe Kapitel 4.1.6), auf die Saison gerechnet häufiger Zirkusvorstellungen.

Die Zeitspanne einzelner Darbietungen variierte zwischen etwa 30 Sekunden bis zu 16 Minuten. Die Tiere traten sowohl einzeln als auch in Gruppen auf. Die Auftrittsdauer einzelner Tiere während einer Darbietung wich stark voneinander ab. Die Auftrittsdauer, als auch Art der Vorführungen, wurden nicht in der Auswertung berücksichtigt. In den folgenden Tabellen 47 und 48 wurde ausschließlich aufgeführt, ob die Tiere in der Manege zur Zeit der Vorstellungen anwesend waren.

Häufig war in den jeweiligen Darbietungen nicht zu unterscheiden, ob verschiedene oder mehrmals die gleichen Individuen einer Tierart auftraten. In diesen Fällen wurde stets die für die Darbietung des Zirkus höchstmögliche Tierzahl berechnet.

Tab. 47: Auftritte von Tieren in besuchten Zirkusvorstellungen (Paarhufer, Unpaarhufer, Raubtiere)

<u>Tierarten</u>	<u>Tiere gesamt</u>	<u>präsentiert in der Vorstellung</u>	
		Anzahl	%
<u>Paarhufer</u>			
<u>Altweltkamele</u>	105	52	49,5%
<u>Neuweltkamele</u>	75	22	29,3%
<u>Schafe und Ziegen</u>	83	23	27,7%
<u>Rinder</u>	2		
<u>Antilopen</u>	2	2	100,0%
<u>Giraffen</u>	5	3	60,0%
<u>Hausschweine</u>	21	19	90,5%
<u>Wildschweine</u>	2	1	50,0%
<u>Zwergflusspferd</u>	1	1	100,0%
<u>Flusspferde</u>	2	1	50,0%
<u>Unpaarhufer</u>			
<u>Pferde und Ponys</u>	344	209	60,8%
<u>Esel</u>	16	8	50,0%
<u>Zebras</u>	17	13	76,5%
<u>Nashörner</u>	3	2	66,7%
<u>Raubtiere</u>			
<u>Hunde</u>	67	50	74,6%
<u>Füchse</u>	2	1	50,0%
<u>Kleinkatzen</u>	4	3	75,0%
<u>Großkatzen</u>	82	59	72,0%
<u>Ohrenrobben</u>	6	4	66,7%
<u>Großbären</u>	11	5	45,5%
<u>Kleinbär</u>	1		
<u>gesamt</u>	<u>851</u>	<u>478</u>	

Tab. 48: Auftritte von Tieren in besuchten Zirkusvorstellungen (Rüssel-, Herren-, Beutel-, Nagetiere, Hasenverwandte, Vögel, Reptilien)

<u>Tierarten</u>	<u>Tiere</u>	<u>präsentiert in</u>	
	<u>gesamt</u>	<u>der Vorstellung</u>	
		Anzahl	%
<u>Rüsseltiere</u>			
<u>Elefanten</u>	27	23	85,2%
<u>Herrentiere</u>			
<u>Menschenaffe</u>	1	1	100,0%
<u>Meerkatzenverwandte</u>	13		
<u>Beuteltiere</u>			
<u>Kängurus</u>	4	2	50,0%
<u>Nagetiere und</u>			
<u>Hasenverwandte</u>			
<u>Nagetiere</u>	8		
<u>Hasenverwandte</u>	9	1	11,1%
<u>Vögel</u>			
<u>Taubenvögel</u>	85	26	30,6%
<u>Entenvögel</u>	64	38	59,4%
<u>Papageien</u>	22	10	45,5%
<u>Greifvogel</u>	1	1	100,0%
<u>Flachbrustvögel</u>	2	1	50,0%
<u>Reptilien</u>			
<u>Riesenschlangen</u>	31	13	41,9%
<u>Krokodile</u>	4	4	100,0%
<u>gesamt</u>	<u>271</u>	<u>120</u>	
<u>alle Tiere gesamt</u> <u>(Tabb. 47 u. 48)</u>	<u>1122</u>	<u>598</u>	

Die mitgeführten Tiere konnten anhand der besuchten Vorstellungen in zwei Gruppen unterteilt werden. 598 Tiere (53%) verschiedener Ordnungen und Klassen wirkten in den Vorstellungen mit. Die weiteren 524 Tiere (47%, n=1122) reisten mit ohne in den Vorstellungen aufzutreten.

Alle mitgeführten Individuen der Gattungen Antilopen, Zwergflusspferd und Mönchsgeier sowie Familien der Nashörner, Menschenaffen und Alligatoren traten in den Vorstellungen auf (je 100%).

Rinder, Kleinbär, Meerkatzenverwandte und Nagetiere traten in den Vorstellungen nicht auf (je 0%) und wurden nach Angaben von Zirkusmitarbeitern auch nicht für die Vorstellungen trainiert. Diese insgesamt 24 Tiere (2%, n=1122) wurden seitens der Zirkusse offiziell als reine Schautiere mitgeführt. Dazu kamen Tiere, dessen chronische Krankheiten oder deren Alter ein Auftreten nicht mehr erlaubten.

Insgesamt 166 Vertreter der Alt- und Neuweltkamele, Ziegen und Schafe, Wildschweine, Flusspferde, Esel, Füchse, Großbären, Kängurus, Riesenschlangen, Taubenvögel, Papageien, Flachbrustvögel und Hasenverwandte waren jeweils zu 11% bis 50% in den Vorstellungen zu sehen (15%, n=1122).

Giraffen, Hausschweine, Pferde und Ponys, Zebras, Hunde, Klein- und Großkatzen, Ohrenrobben, Elefanten und Entenvögel, insgesamt 421 Tiere, traten innerhalb ihrer Art zu einem Prozentsatz zwischen 60% bis 91% in den Zirkusvorstellungen auf (38%, n=1122).

4.2.7.2 Training

Zusätzlich zu den Vorstellungen wurden die Tiere für die Darbietungen mehr oder weniger regelmäßig trainiert. Auch einige Tiere, die in den Vorstellungen (noch) nicht auftraten, wurden, nach Angaben Zirkuszugehöriger, ausgebildet oder trainiert.

Da die Angaben zu der Häufigkeit des Trainierens der Tiere bereits innerhalb der Zirkusse variierten, wurden ausschließlich Beobachtungen des Trainings durch die protokollierende Person dokumentiert.

Das Training in verschiedener Tiergruppen zweier Zirkusse wurde bei insgesamt zehn Neuweltkamelen (11%, n=94), neun Pferden (3%, n=360), vier Elefanten (15%, n=27) und zwei Großkatzen (Tiger) (2%, n=92) beobachtet.

4.2.7.3 Sonstige Beschäftigungen

Die meisten Tiere wurden vor den Vorstellungen für die Darbietungen mehr oder weniger intensiv zurechtgemacht. Daten über die Häufigkeit und Dauer von Pflegemaßnahmen konnten nicht erhoben werden.

Zusätzlich zu den Darbietungen hatten einige Tiere noch andere Aufgaben. So mussten sieben Trampeltiere (6%, n=109), 20 Pferde und Ponys (6%, n=360) und zwei Elefanten (7%, n=27) die Besucher in den Pausen oder nach den Vorstellungen auf sich reiten lassen.

In einigen Zirkussen hatten Besucher die Gelegenheit sich mit Tieren fotografieren zu lassen: mit einem Altweltkamel (1%, n=109), drei Hunden (4%, n=75), einem Tiger (1%, n=92), einem Großbären (9%, n=11), zwei Elefanten (7%, n=27) oder einem Krokodil (25%, n=4).

Zwei Zirkusse gaben an, dass insgesamt neun Elefanten (33%, n=27) gelegentlich repräsentative Aufgaben bei offiziellen Terminen hätten (acht Elefanten) oder Reklameschilder umhertragen würden (ein Elefant).

Ein Zirkus mit einem Menschenaffen (100%) und ein Zirkus mit zwei Meerkatzenverwandten (15%) gaben an, dass die Affen Familienanschluss hätten.

5 Diskussion

Ziel dieser Studie war es, einen Einblick über die derzeitigen Haltungsbedingungen von Zirkustieren aus verschiedenen Zirkussen zu bekommen. Dementsprechend wurden alle im Zirkus angetroffenen Tiere, die nicht zur Privathaltung gehörten, erfasst. Mit 83% wurden die Säugetiere am Häufigsten angetroffen, gefolgt von den Vögeln (14%) und Reptilien (3%).

Da sämtliche Zirkusse in der Regel nur einmalig aufgesucht wurden, stellt diese Studie nur eine Momentaufnahme aus dem Leben der Zirkustiere dar. Durch ständige Wechsel zu neuen Gastierorten werden die Zirkusse immer wieder vor die Aufgabe gestellt, den Tieren ausreichend große Haltungseinheiten zu bieten und diese tiergerecht auszugestalten. Aufgrund häufig zu kleiner Zirkusplätze war dieses nicht immer möglich.

Bereits die Definition der vielfach gebrauchten Begriffe „tiergerecht“, „artgerecht“ oder „verhaltensgerecht“, oft unreflektiert angewandt, führt zu einigen Kontroversen. WAGNER (1994) folgerte in seiner Arbeit, dass der Begriff „Tiergerechtigkeit“ die Ausdrücke „artgemäß“ und „verhaltensgerecht“ zusammenfasst. „Artgemäß“ und „verhaltensgerecht“ beinhalten den Bedürfnissen der Tiere angemessene Ernährung, Pflege und Unterbringung, ohne dass ihnen Schmerzen, vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.

Darüber hinaus werden die Begriffe für Menschen, die Tiere zu ihrem Nutzen halten eine andere Bedeutung besitzen als für jene, die Tierhaltung von der ethischen Seite betrachten (BARTUSSEK 1997).

Anhand von Indikatorenkonzepten, die sich untereinander nur durch ihre Art der Argumentation unterscheiden, lässt sich erkennen, wann die Anpassungsfähigkeit von Tieren in der Haltung überschritten ist (SAMBRAUS 1997). Nach dem Konzept der Bedarfsdeckung- und Schadensvermeidung von TSCHANZ (1993), versucht das Tier zeitlebens seinen Bedarf zu decken, um sich selbst aufzubauen und zu erhalten

und Schaden, also schädigende Einflüsse auf seinen Organismus, zu vermeiden. Dabei sind Selbstaufbau und Selbsterhaltung, außer vom Gelingen der Bedarfsdeckung, auch von der Fähigkeit des Individuums abhängig, auf schädigende Einwirkungen zu reagieren (DVG 1987). Diesem Konzept liegen auch die tierschutzrechtlichen Regelungen Deutschlands und der Schweiz zugrunde (SAMBRAUS 1997).

Präziser formulierte DITTRICH (1988) fünf Kriterien, die erfüllt sein müssen, um Tiere artgerecht zu halten, bzw. die darüber Auskunft geben, ob Tiere artgerecht gehalten werden: die Tiere müssen sich in optimaler Kondition befinden, ein höheres Lebensalter als frei lebende Artgenossen aufweisen, sich vermehren und ihre Jungen ohne fremde Hilfe aufziehen können, einen guten Immunstatus besitzen und keine Ethopathien erkennen lassen.

Von einer anderen Seite betrachtete es das britische Landwirtschaftsministerium (Farm Animal Welfare Council), als es die „fünf Freiheiten“ abfasste, die Tieren gewährt werden müssen: Freiheit von Hunger und Durst, von Unbehagen, von Schmerzen, Verletzungen und Krankheiten, Freiheit zum Ausleben normaler Verhaltensweisen und Freiheit von Angst und Leiden (APPLEBY u. HUGHES 1997). Auch wenn die „fünf Freiheiten“ in erster Linie zur Umsetzung für Nutztiere erstellt wurden, so können sie doch als richtungsweisend und allgemeingültig ebenso für die Haltung von Tieren zu allen anderen Zwecken gesehen werden.

5.1 Kritik der Methoden

5.1.1 Zirkusauswahl

Aufgrund der Schwierigkeit die Gastierdaten von Zirkussen zu ermitteln, sind sowohl Zirkusse, deren Tourneedaten vorab in Erfahrung gebracht werden konnten und solche, deren Gastierorte erst kurzfristig bekannt wurden, aufgesucht worden. Somit war es im Vorfeld nicht möglich, eine ausreichende Anzahl von Zirkussen gleicher Formate festzulegen. Aus diesem Grunde sind in die Studie Zirkusse verschiedener Größenordnungen und Darbietungsformen eingegangen (siehe Kapitel 4.1.1 u. 4.1.2). Auch der jeweils mitgeführte Tierbestand variierte in der Anzahl von einem bis 128 mitgeführten Tier(en). Ob derart verschieden große Tierbestände oder die Formate der Zirkusse Einfluss auf die Studie hatten, kann nicht abschließend beurteilt werden.

5.1.2 Datenerfassungen

Das Vorgehen von amtlichen Zirkuskontrollen ist an keine allgemein gültige Abfolge gebunden. Folglich unterschieden sich die Vorgehensweisen der Amtstierärzte voneinander. Da die Besuche der Zirkusse im Rahmen der Studie zumeist mit den zuständigen Veterinärbehörden erfolgten, mussten die Datenaufnahmen den Arbeitsweisen der jeweiligen Veterinärbehörden angepasst werden. Auch die Anzahl von beantworteten Fragen durch die Zirkuszugehörigen, fiel je nach zeitlicher Verfügbarkeit und Auskunftsbereitschaft, unterschiedlich aus. Häufig war es zudem nicht möglich, in jedem Zirkus den Inhaber oder dessen stellvertretenden Personen zu sprechen.

Aufgrund von unterschiedlicher Informationsbeschaffung und Auskünften durch möglicherweise unterschiedlich kompetente Zirkuszugehörige kann nicht ausgeschlossen werden, dass Ergebnisse dadurch beeinflusst wurden.

5.1.3 Tiere und deren Haltungsbedingungen

Die bei den Zirkusbesuchen erworbenen Informationen zu angetroffenen Tieren wurden gleichermaßen nach den mündlichen Aussagen von Zirkuszugehörigen, als auch aufgrund einsehbarer Dokumente oder eigener Betrachtungen dargestellt. Demzufolge wurde beispielsweise auch die Angabe, dass Guanakos mit dem Zirkus mitgeführt wurden, unverfälscht wiedergegeben. Guanakos stellen die Wildform des Lamas dar (ALLABY 1991) und werden üblicherweise nicht in Zirkussen mitgeführt. Da Zweifel über diese Herkunft auftraten und die Tiere aus alten Zuchtlinien stammen sollten, wurden in diesem Fall die Guanakos den exotischen Haus- und nicht Wildtieren zugeordnet. Das Infragestellen der taxonomischen Zuordnung weiterer Tiere wurde unterlassen, da Abweichungen nur unwesentlich und zudem nicht für weitere Gruppierungen relevant waren.

Die Variablen aufgrund der unterschiedlichen Größen und Zusammensetzungen der Tierbestände führten dazu, dass die Tierhaltungen untereinander nicht in ausreichendem Maße vergleichbar waren. Daher wurden die Tierhaltungen nicht zwischen den oder innerhalb der Zirkusse(n) verglichen, sondern den aktuellen Bewertungsgrundlagen gegenübergestellt. Wie bereits in den Kapiteln 2.3.2 dargestellt, sind diese Grundlagen nicht rechtlich bindend, dienen jedoch in der Praxis als Entscheidungshilfe bei der Umsetzung der amtstierärztlichen Kontrollaufgaben (BMELV 2008). Um die Darstellung angetroffener Haltungsbedingungen übersichtlich und nachvollziehbar zu veranschaulichen, wurde in der Arbeit auf die Darstellung von inner- oder zwischenartlichen Sozialkontakten von Tieren verzichtet. Auch die Kommunikationen über den Geruch, die Akustik oder optische Wahrnehmungen mit Tieren gleicher oder fremder Arten wurden nicht berücksichtigt.

Zur Bewertung nach erläuterten Beurteilungskriterien wurden die Tiere unterteilt in Individuen, die in einer besuchten Vorstellung oder Trainingseinheit gegenwärtig waren und Tieren, bei denen dieses nicht nachgewiesen werden konnte. Dabei wurde die Länge der einzelnen Arbeitssequenzen, die die Tiere ausführten, nicht

berücksichtigt. Nicht erfasst werden konnten zudem die Tiere, die am Tag der Vorstellung oder Trainingseinheit aus verschiedenen Gründen nicht gearbeitet werden konnten. Demgegenüber stehen Tiere, die in den Vorstellungen nicht eindeutig identifiziert werden konnten. Zum Beispiel stellte es sich schwierig dar, diejenigen Pferde der Rasse „Friese“ während der verschiedenen Darbietungen einer Zirkusvorstellung eindeutig identifizieren zu können. Für alle in Frage kommenden Individuen wurden in diesen Zweifelsfällen die Zirkusleitlinien als Grundlage verwendet. Diese wurde auch zur Beurteilung aller Tierhaltungen von Zirkussen, deren Vorstellungen nicht besucht werden konnten, hinzugezogen.

Die Zeitspanne der Dokumentationen bewegte sich (ausschließlich der Zirkusvorstellungen) zwischen einer und bis zu sechs Stunden. Ausschließlich während dieser Zeit wurden auch die Aufenthaltszeiten der Tiere in vorhandenen zusätzlichen Haltungseinheiten dokumentiert. Die Wahrscheinlichkeit während einer längeren Anwesenheit Tiere in diesen Haltungen anzutreffen war selbstredend höher. Die Dauer der einzelnen Aufenthalte in den zusätzlichen Haltungseinheiten konnte aufgrund der begrenzt möglichen Verweilzeiten bei den einzelnen Individuen von der aufzeichnenden Person im Zirkus nicht festgehalten werden. Die zeitliche Nutzung einer zusätzlichen Haltung wäre jedoch nicht nur hinsichtlich der Erfüllung von Haltungsempfehlungen interessant, sondern stellt neben der physischen Bedarfskomponente (Bewegung) die Möglichkeit einer sinnvollen Beschäftigung dar.

Für die meisten Tierarten wird in den jeweiligen Richtwerten auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Haltungseinheit hingewiesen. Hinsichtlich der Erfüllung geforderter Dimensionen wurden die Haltungen in Kategorien A - C eingeteilt, dabei wurde zwischen Grundhaltungen und zusätzlichen Haltungen unterschieden und jede Haltung separat bewertet. So konnte eine ausreichend große Grundhaltung mit der Kategorie A (zu mindestens 95% ausreichend) bewertet werden, obgleich keine zusätzlichen Haltungen vorhanden waren oder die Tiere in dieser nicht angetroffen wurden. Diese voneinander unabhängigen Bewertungen wurden vorgenommen, da

sich einige Unsicherheiten bezüglich vorhandener oder genutzter zusätzlicher Haltungseinheiten nicht ausschließen lassen:

- Da die jeweiligen Besichtigungszeiträume in den Zirkussen nur von begrenzter Dauer waren, konnten mögliche Tiergruppenwechsel aufgrund abwechselnder Nutzung einer vorhandenen zusätzlichen Haltung möglicherweise nicht vollständig erfasst werden.
- Zudem wurden die häufigen Entgegnungen der Tierbesitzer und Zirkusbetreiber, dass die Zirkusplätze zu klein wären und die Stadt oder Gemeinde keinen weiteren Platz zur Verfügung stellen wolle, an dieser Stelle berücksichtigt.
- Teilweise waren die Witterungsverhältnisse anhaltend schlecht, so dass viele Tierbesitzer auch die wetterunempfindlicheren Tierarten diesen nicht aussetzen wollten.
- Weitere Gründe, warum sich die Tiere nicht in zusätzlichen Haltungseinheiten befanden, wurden von den Zirkuszugehörigen mit Krankheit der Tiere, noch nicht abgeschlossenen Aufbauarbeiten der zusätzlichen Haltungseinheiten, bereits zurechtgemachter Tiere für die Vorstellung und der fehlenden Anwesenheit von verantwortlichen Personen angegeben.

5.2 Ergebnisse

5.2.1 Zirkuskontrollen

MARTIN u. SCHMITZ (2005) empfehlen die amtlichen Zirkuskontrollen unangemeldet durchzuführen, um sich auf diese Art und Weise ein wirklichkeitsgetreues Bild machen zu können. So wäre es beispielsweise möglich eigens zum vereinbarten Kontrolltermin mit Trinkwasser gefüllte Eimer zu beschaffen, die Tiere auf den Auslauf zu lassen oder gar vereinzelte Tiere zu verstecken, um einer eingehenden Kontrolle zu entgehen (MARTIN u. SCHMITZ 2005). Für einen vereinbarten Kontrollzeitpunkt hingegen spricht, dass die verantwortlichen Personen sich Zeit nehmen können die kontrollierende Veterinärbehörde durch den Tierbestand zu führen und im Dialog offen gebliebene Fragen beantworten können.

Insgesamt wurden 15 Zirkusse ohne und neun Zirkusse mit vorherigen Terminabsprachen aufgesucht (bei einem Zirkus konnte nur die Zirkusvorstellung besucht werden). Beim Vergleich der angemeldeten und unangemeldeten Kontrollbesuche entstand jedoch der Eindruck, dass eine vorab angemeldete Kontrolle keinen Einfluss auf die Tierhaltungssituationen hatte. Leicht zu behebbende Missstände der Tierhaltungen wurden in gleichem Maße auch bei angemeldeten Besuchen dokumentiert.

Dieser Umstand kann möglicherweise darauf hinweisen, dass einigen betreuenden Personen Kenntnisse über den Bedarf der jeweilig gehaltenen Tierarten fehlen oder diese nicht ausreichend beachtenswert erscheinen (KLUGE 2002). Nach dem § 2 Nr. 3 TierSchG muss diejenige Person, die ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat über erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten zur Ernährung, Pflege und verhaltensgerechten Unterbringung der Tiere verfügen. Dabei kann die Betreuung auch einer ausreichend sachkundigen Person übertragen werden, wenn sichergestellt ist, dass eine angemessene artgerechte Tierhaltung gegeben ist.

Der Gesetzgeber fordert derzeit keinen formalen Sachkundenachweis über derartige Kenntnisse und Fähigkeiten, ist jedoch berechtigt, Vorschriften über den Nachweis

von diesen zu erlassen (TierSchG § 2a Abs. 1 Nr. 5). Die zuständige kontrollierende Behörde muss sich jedoch über die erforderlichen Kenntnissen und Fähigkeiten des Tierhalters und des Tierbetreuers überzeugen und bei nicht ausreichender Fachkenntnis der Personen geeignete Anordnungen treffen. Das könnte zum Beispiel die Verpflichtung an der Teilnahme geeigneter Kurse sein (KLUGE 2002).

Kann der Sachverhalt ausgeschlossen werden, dass dem tierbetreuenden Personal nur mangelnde Kenntnisse und Fähigkeiten erschlossen sind, muss auch in Betracht gezogen werden, dass die Verantwortlichen oder während der Kontrolle zugegebenen Personen die Anwesenheit und den Einflussbereich des Beamten als nicht bedeutsam erachten. Aus dieser Sicht würden seitens des Zirkus keine Bemühungen angestrebt werden, um die Situation der Tiere wenigstens kurzfristig zu verbessern.

5.2.2 Haustiere und Wildtiere im Zirkus

Vor allem mitgeführte Wildtiere aus reisenden Zirkusunternehmen stehen immer wieder im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen. Da nach dem BUNDESAMT FÜR VETERINÄRWESEN (1998) bei Wildtieren auf eine geringere Anpassungsfähigkeit an das Leben in menschlicher Obhut Rücksicht genommen werden muss, werden sowohl das Mitführen als auch die Haltungsbedingungen dieser Tiere häufig kritisiert (siehe Kapitel 5.2.3.3).

Die Gesamtzahl aller dokumentierten Tierbestände der 25 Zirkusse betrug insgesamt 1223 Tiere (100%). Dabei variierten die Tierbestände der einzelnen Zirkusse zwischen einem und 128 Tier(en).

Der Anteil von mitgeführten Wildtieren lag bei 16% (197 Tiere, n=1223). Darunter befanden sich vier einheimische Wildtiere der Arten Rotfuchs und Wildschwein.

Die meisten angetroffenen Tiere (768 Tiere, 63%) zählten zu den hiesigen Haustieren, insgesamt 203 Alt- und Neuweltkamele (17%) wurden den exotischen Haustieren zugeordnet. Weitere 55 Tiere (4%), die zu den Papageien,

Flachbrustvögeln und Schlangen gehörten, konnten den „neudomestizierten Arten“ zugeteilt werden (siehe Kapitel 2.1.2.2). Der Anteil von Wildtieren und Tieren „neudomestizierter Arten“ stellte somit insgesamt 20% aller mitgeführten Tiere dar.

Doch auch wenn sich in der Studie der Anteil der Wildtiere gegenüber den Haustieren geringer darlegt, sind es gerade die Wildtiere, die besonders hohe Ansprüche an ihre Unterbringung, Ernährung, Pflege und Sachkunde durch ihrer Betreuer stellen (UMWELTMINISTERIUM SCHLESWIG-HOLSTEIN 2003). Durch die biologischen Besonderheiten und ihre arttypischen Verhaltensweisen ist eine tiergerechte Haltung unter den Bedingungen eines mobilen Unternehmens grundsätzlich als problematisch anzusehen (UMWELTMINISTERIUM SCHLESWIG-HOLSTEIN 2003; AD-INTERNATIONAL 1998). GSANDTER et al. (2006) betonen sogar, dass in reisenden Zirkusunternehmen Wildtiere nicht artgerecht gehalten werden können. BIRMELIN (1993) dagegen ist überzeugt, dass tiergerechte Haltungen mit Phantasie und gutem Willen im Zirkus möglich sind, trotz objektiver Grenzen. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum Thema „Haltung, Nutzung und Ausbildung von Tieren im Zirkus“ äußerte sich BIRMELIN (2006) zur Haltung von Tieren im Zirkus, dass der Unterschied zwischen Wildtier und domestiziertem Tier nur in unseren Köpfen bestehe, aber nicht in der Ausbildung oder Haltung und folgerte, dass Wildtiere genauso gehalten werden können wie Haustiere.

Auch in anderen Ländern, in denen Tierschutz einen hohen Stellenwert besitzt, werden vorhandene Voraussetzungen für die Haltung von Tieren, vor allem von Wildtieren, ständig mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen verglichen. Im Jahr 2006 rief die Regierung Großbritanniens eine Zirkus-Arbeitsgruppe ins Leben. Die Arbeitsgruppe sollte fundierte Sachverhalte, die auf die Befindlichkeit von in Zirkusbetrieben gehalten Wildtieren schließen lassen, zusammentragen. Diese sollten abschließend bewertet und für mögliche Änderungen des englischen Tierschutzgesetzes hinzugezogen werden. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus verschiedenen Sachverständigengruppen zusammen, unter anderem

Zirkusbetreibern und Tierschutzorganisationen. Nach Abschluss der Recherchen und Zusammenführung der Ergebnisse wurde festgestellt, dass es derzeit nur wenige Belege dafür zu geben scheint, dass das Wohlbefinden von Tieren in reisenden Zirkussen schlechter zu sein scheint als in anderen Haltungen (RADFORD 2007).

5.2.3 Haltungsbedingungen der Zirkustiere

Jede Tierart stellt eigene, besondere Grundansprüche an ihre Haltung und Pflege, die sich aus verschiedenen Faktoren zusammensetzen. Empfehlungen zu Haltungsbedingungen in Gefangenschaft lebender Tiere versuchen diese grundsätzlichen Bedürfnisse weitestgehend abzudecken. Dabei ist jedoch nicht primär die Erfüllung jeder Einzelbedingung (ausgenommen wesentlicher Dinge wie z. B. die Körperpflege von Elefanten) ausschlaggebend, sondern die Summe der gesamten Lebensumstände eines jeden Tieres. Denn nach BARTUSSEK (1997) besitzen lebende Systeme eine Art Pufferfähigkeit, die einen gewissen Ausgleich zwischen belastenden und entlastenden Faktoren ermöglicht. Auf dieser Grundlage erstellte er zur Beurteilung der Tiergerechtigkeit von Haltungssystemen für Nutztiere den „Tiergerechtigkeitsindex (TGI)“. Nach seiner Auffassung können Mängel einer Haltung mit einem anderen positiven Aspekt bis zu einem gewissen Grad, ausgeglichen werden. Dabei kann beispielsweise ein zu enger Stall mit einem zusätzlichen Auslauf kompensiert werden. Dieses Modell deckt sich in seinen Grundsätzen mit den Ausgangsüberlegungen der Zirkusleitlinien: Kompensation zu kleiner Grundhaltungen durch Beschäftigung. Doch BARTUSSEK (1997) weist auch auf die Grenzen in der Anwendung des „TGI“ hin. So hört seiner Meinung nach eine Kompensationsmöglichkeit dort auf, wo die Anpassungsfähigkeit des Tieres an allzu einschränkende oder gar schädigende Bedingungen überfordert wird. Dieser Tatsache trägt er damit Rechnung, dass bestimmte Mindestanforderungen von Tierhaltungssystemen nicht unterschritten werden dürfen.

Die Lebensumstände von Tieren setzen sich aus den Dimensionen und Ausgestaltungen von Haltungseinheiten, der Pflege und Beschäftigung, dem Vorhandensein von Sozialpartnern, sowie anderen Faktoren zusammen.

Die Gesamtheit aller Bedürfnisse eines Tieres sind somit sehr komplex und mit einer Aufnahme des Status quo nicht zu erfassen. Aus diesem Grund wurden in der Studie primär messbare und zwischen den Tierarten vergleichbare Größen von Haltungseinheiten dokumentiert. Diese wurden mit den Vorgaben von aktuellen und häufig angewandten Empfehlungen zur Haltung von Zirkustieren verglichen. Dabei war es an dieser Stelle belanglos, ob die verwendete Literatur nach Meinung verschiedener Personenkreise art- und verhaltensgerecht erschien. Aus diesem Grunde konnten auch viel diskutierte Haltungen wie z. B. die Kettenhaltung von Elefanten bei Erfüllung geforderter Dimension der Kategorie A (Anforderungen der Richtwerte zu mindestens 95%) entsprechen.

Nicht allen Tieren standen alle Haltungseinheiten zur Verfügung. So lebten alle angetroffenen Großkatzen, Großbären, Ohrenrobben, Flusspferde, Nashörner, Giraffen, Schweine, Affen, Taubenvögel, Schuppenkriechtiere und Alligatoren auch während der Gastierzeiten in ihren Transportwagen und, wenn vorhanden, in zusätzlichen Haltungseinheiten.

5.2.3.1 Haltungsbedingungen der Grundhaltungen

Das Ergebnis zeigte, dass nur 50% der Tiere (405 Tiere, n=813) in Grundhaltungseinheiten untergebracht waren, die den Größenanforderungen der jeweiligen Haltungsempfehlungen entsprachen (Kategorie A). Die Grundhaltungen der anderen 408 Tiere (50%) erfüllten nur teilweise Kategorie B (112 Tiere, 14%) oder nicht (Kategorie C, 296 Tiere, 36%), die jeweils erläuterten Voraussetzungen. Zu den Größen der Grundhaltungen von 410 Tieren (33%, n=1223) konnten keine Angaben gemacht werden, bzw. konnten diese nicht bewertet werden.

Obwohl nicht nur die Raumgrößen alleine, sondern auch die Ausgestaltungen von Haltungen, Beschäftigungen und eine Vielzahl anderer Faktoren die

Lebensumstände und Befindlichkeiten mitgeführter Zirkustiere bestimmen (siehe Kapitel 5.2.4), erstaunt die geringe Übereinstimmung zwischen geforderten und tatsächlichen Dimensionen. Die Vorgaben der Mindestanforderungen unter denen die Tiere gehalten werden sollen, wurden teilweise zusammen mit Zirkusdirektoren und Tierlehrern erarbeitet und von diesen grundsätzlich befürwortet (BMELV 2000). Dieses spricht dafür, dass die Anforderungen an die Tierhaltungen seitens der Zirkusse als durchführbar angesehen wurden.

Wenngleich nur 50% der angetroffenen und bewerteten Grundhaltungen von Zirkustieren den geforderten Größen entsprachen, so fiel doch auf, dass die Bewertungen der Grundhaltungen von Wildtieren in Relation zu denen der Haustiere besser ausfielen. Während nur 47% aller bewerteten 614 Haustiere (100%) in Grundhaltungen lebten, die der Kategorie A entsprachen, so waren es 61% aller 154 Wildtiere (100%), deren Grundhaltungen die geforderten Größen einhielten (unter Ausschluss „neudomestizierter Tierarten“, siehe Kapitel 2.1.2.2).

5.2.3.2 Haltungsbedingungen der zusätzlichen Haltungen

Von den insgesamt 1198 bewerteten Tieren (100%) (zu 25 Tieren lagen keine Angaben vor) besaßen 626 Tiere (52%) mindestens zeitweise Zugang zu einer zusätzlichen Haltungseinheit. Teilt man die Tiere erneut in zwei Gruppen, die Haustiere im Vergleich zu den Wildtieren, so stellt sich dar, dass von 197 Wildtieren (100%) 165 Tiere (84%) eine zusätzliche Haltungseinheit aufsuchen konnten. Demgegenüber besaßen nur 46% aller Haustiere (438 Tiere) eine zusätzliche Haltungseinheit (Ergebnis abzüglich „neudomestizierter Tierarten“: Flachbrustvögel, Papageien und Schuppenkriechtiere, sowie den Tieren, zu denen keine Angaben vorlagen). Somit stand im Verhältnis gesehen fast doppelt so vielen Wildtieren eine weitere Haltungseinheit zur Verfügung. Dieses Ergebnis gleicht sich mit dem der bewerteten Größenverhältnisse der Grundhaltungen (siehe Kapitel 5.2.3.1) an. In beiden Fällen waren die Wildtiere gegenüber den Haustieren im Vorteil.

5.2.3.3 Haltungsbedingungen von Wildtieren und Haustieren

Bei Betrachtung der besseren metrischen Grundhaltungen und den häufiger vorhandenen zusätzlichen Haltungen der Wildtiere gegenüber den Haustieren stellt sich die Frage nach dem Zustandekommen dieses Ergebnisses.

Es ist anzunehmen, dass den Zirkusverantwortlichen bewusst ist, welche besonderen Anforderungen in Gefangenschaft gehaltene Wildtiere an ihre Haltungsbedingungen stellen und sie versuchen diesen gerecht zu werden. Denn letztlich sind dressierte Wildtiere im Zirkus auch ein kostbarer Besitz. Der Erwerb, die Ausbildung, Haltung und Versorgung der Tiere stellen einen erheblichen Kostenfaktor für viele Zirkusse dar. Daneben gibt es viele Tierbesitzer, -pfleger oder Tierlehrer, die ein enges Verhältnis zu ihren Tieren aufbauen und ihre Schützlinge so selbstverständlich wie Familienmitglieder versorgen. Dabei können sich enge Beziehungen auch zwischen gefährlichen Tieren, wie z. B. Raubkatzen oder Elefanten, und ihren Bezugspersonen ausbilden, wie BIRMELIN (1993) in seinem Buch mehrfach beschreibt.

Es ist jedoch auch denkbar, dass die Verantwortlichen sich dem ständigen Druck seitens der Öffentlichkeit, insbesondere dem zahlenden Publikum, beugen, um eine vorbildliche oder wenigstens annehmbare Haltung mitgeführter Wildtiere vorweisen zu können. Zusätzlich stehen auch bei der amtstierärztlichen Beurteilung von Zirkustieren die Lebensumstände von Wildtieren häufig im Vordergrund, so dass vorzunehmende Verbesserungen von Zirkustierhaltungen zuerst hier angeordnet und nachhaltig überprüft werden.

Aus welchem Grund jedoch so viele Zirkusse Schwierigkeiten mit der Umsetzung geforderter Dimensionen in der Grundhaltung haben, bleibt offen. So beeinflussen die Größen der Gastierplätze in der Regel nicht die Grundhaltungen der Tiere, die zumeist jeweils die gleichen Größen aufweisen. Daher wäre es möglich, dass vielen Zirkusunternehmen das Geld für Verbesserungen veralteter Tierhaltungen fehlt. Insbesondere für solche Unternehmen wäre es umso dringender bei einer Reduktion der Dimensionen die Qualität der Tierhaltungen weiter zu verbessern (siehe Kapitel 5.2.4). Neben menschlicher Zuwendung und psychischer und physischer Förderung

sollten die Haltungsbedingungen der Tiere durch Ausgestaltungen und Beschäftigungsmöglichkeiten bereichert werden. Dabei kommt es nicht nur auf die Unterschiede zwischen den Tierarten an, sondern auch individuelle Bedürfnisse der Tiere müssen berücksichtigt werden. So betonen LINE et al. (1989), dass ein abwechslungsreiches Angebot zur Beschäftigung wichtig ist, um die verschiedenen Vorlieben aller Tiere zu befriedigen. Diese müssen nicht zwangsläufig mit hohen Kosten verbunden sein. Für Affen beispielsweise bieten sich eine Menge, auch leicht zu beschaffende Möglichkeiten, wie Pappkartons oder gefüllte Plastikflaschen.

Die Haltung des einen Menschenaffen, die die geforderte Raumgröße weit unterschritt (Kategorie C), wies jedoch neben einem erhöhten Liegebereich, Stroheinstreu, einer Decke und zwei Seilen keine weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten auf. Anhand dieses Umstandes, der auch für andere Tierarten hätte beschrieben werden können, stellt sich die Frage, ob die Defizite aufgrund mangelnden Wissens, geringer Phantasie oder fehlendem guten Willens vorlagen (ALTHAUS 1997).

Anhand der als zu gering zu betrachtenden Übereinstimmungen, die Tierhaltungen in Zirkussen mit den offiziellen Empfehlungen zu Tierhaltungsgrößen besitzen, scheinen sich die häufig propagierten Unzulänglichkeiten nicht nur auf „Schwarze Schafe“, wie sie ALTHAUS (1997) benennt, zu beziehen. BIRMELIN (1993) fordert die Zirkusunternehmen auf selbst Wegbereiter hinsichtlich tiergerechter Haltung zu werden, um nicht in Zukunft die Gunst eines kritischen Publikums zu verlieren. Dass nur 50% der Grundhaltungen die geforderten Mindestbedingungen erfüllen, kann nicht zur Rechtfertigung von anderen nicht tiergerechten Haltungen herangezogen werden.

5.2.3.4 Problemdarstellung - die Haltung von Pferden und Ponys

Bei der abschließenden Betrachtung der Pferde- und Ponyhaltungen (im Folgenden Pferde(haltungen)) aller Zirkusse fiel auf, dass lediglich 61 Tieren (17%) eine zusätzliche Haltungseinheit zugänglich war. Nach den derzeitigen Empfehlungen muss nur für Pferde, deren Grundhaltungen nicht den Anforderungen entsprechen,

ein Auslauf zur Verfügung stehen. Beim Vergleich dieser Voraussetzungen musste jedoch festgestellt werden, dass insgesamt 141 Pferde (100%) in Grundhaltungen lebten, die nicht den Anforderungen entsprachen (Kategorie C) und von diesen lediglich 22% (31 Pferde) einen Auslauf oder eine ähnliche Haltungseinheit besaßen.

Pferde haben sich im Zuge der Evolution zu hoch spezialisierten Lauf- und Fluchttieren entwickelt, die sich im Rahmen ihrer Futtersuche etwa 16 Stunden täglich fortbewegen (VON SACHSEN-COBURG U. GOTHA 2003). Trotz ihrer Domestikation und den Veränderungen aufgrund von Zucht und anderen Umweltbedingungen haben sich diese arttypischen Eigenschaften nicht reduziert (ZEEB 1997; KILEY-WORTHINGTON 1990a). FINK (2000) ist der Meinung, dass Stallhaltung dem artspezifischen Verhalten der Pferde widerspricht. Nach einer Studie von KILEY-WORTHINGTON (1990a) erhöhte sich die reine Stehzeit von 20% bei frei in der Camargue gehaltenen Pferden auf 68% für solitär gehaltene Boxenpferde. Dementsprechend kann in den heute üblichen Haltungsformen, insbesondere in Einzelboxen, der Bewegungsbedarf der Tiere zumeist nicht gedeckt werden (KORRIES 2003).

Wie für jede andere Tierart müssen auch für Pferde die jeweiligen Haltungssysteme entsprechend den arttypischen Anforderungen erstellt werden (ZEEB 1997). Ansonsten kann es, insbesondere bei ständigem Bewegungsmangel (BMELV 2000), zu psychischen und physischen Erkrankungen kommen (RODEWALD 1989). Vor diesem Hintergrund ist es befremdlich, dass die Zirkusleitlinien (BMELV 2000) Forderungen an einen zusätzlichen Auslauf für Pferde nur dann stellen, wenn die erforderlichen Boxengrößen (doppelte Widerristhöhe zum Quadrat) nicht erfüllt werden können. Insofern können die Besitzer bzw. Betreuer die Art und Weise der geforderten täglichen, verhaltensgerechten Beschäftigung ihrer Zirkuspferde selbst bestimmen.

In besuchten Zirkussen wurden Pferdebestände zwischen einem und 64 Tieren angetroffen. Bei großen Beständen ist es schwierig jedem Einzeltier tägliche,

ausreichende Bewegung zukommen zu lassen. Zudem besitzen die meisten Zirkusse weitere Tiere anderer Arten, die ebenfalls versorgt und beschäftigt werden müssen. Darüber hinaus fallen im Zirkusalltag eine Menge tierunabhängiger Arbeiten an.

Um ihren Pferden den Bewegungsbedarf, den sie zu ihrer Erhaltung und Entfaltung brauchen (ZEITLER-FEICHT et al. 2005) zu ermöglichen, ist es für die meisten Zirkusse aufgrund des Zeitmangels unumgänglich, einen zusätzlichen Auslauf zur Verfügung zu stellen. Dieses war jedoch für 299 Tiere (83%) am Tag der Dokumentation nicht gegeben. Neben bereits erläuterten, möglichen Ursachen nicht optimaler Haltungsbedingungen ist es weiter denkbar, dass den Zirkusbetreibern die Motivation zur Eigeninitiative fehlt. Solange noch immer ausschließliche Boxenhaltungen von Pferden auch außerhalb von Zirkussen eine weit verbreitete Haltung darstellen, wird es schwierig sein diese Begebenheiten zumindest auf freiwilliger Basis zu ändern.

5.2.3.5 Problemdarstellung - die Haltung von exotischen Wildtieren, insbesondere Giraffen

Zirkusse, die Wildtiere mitführen, stehen zusätzlich vor der Aufgabe, diesen die zu jeder Jahreszeit benötigten Temperaturen zu schaffen und sie vor ungünstigen Wetterbedingungen zu schützen. Besonders Wildtiere exotischer Arten, die aus wärmeren Gegenden der Welt stammen, gelten als besonders temperaturempfindlich. So beträgt die Mindesttemperatur, die die Haltung u. a. von Giraffen und Elefanten aufweisen muss, 15°C (BMELV 2000). Neben hohen Ansprüchen an ihre Umgebungstemperaturen sind die Tiere zudem sehr empfindlich gegenüber Witterungseinflüssen. Auch wenn Zirkusbetreiber, die exotische Wildtiere mit sich führen, ein beheizbares Winterquartier aufweisen können, ist es insbesondere an kalten Tagen der Übergangszeiten schwierig, die mobilen Haltungen der Tiere ausreichend zu temperieren.

Alle fünf angetroffenen Giraffen aus drei Zirkussen wurden in einer Haltungskombination aus Transportwagen und Auslauf gehalten. Zwei Zirkusse, die eine bzw. zwei Giraffe(n) mit sich führten, wurden zu wetterungünstigen Bedingungen angetroffen. So wurde die solitär gehaltene Giraffe bei etwa 15°C und regnerischem, windigem Wetter in ihrem verschlossenen Transportwagen vorgefunden. Erst bei der amtlichen Kontrolle wurde dieser geöffnet und die Giraffe stürmte daraufhin aus dem Wagen in den nicht überdachten Auslauf.

Der andere Zirkus führte zwei Giraffen, vergesellschaftet mit vier Neuweltkamelen und zwei Ziegen, mit und wurde bei einer Temperatur von etwa 6°C und sonnigem bis bedecktem und windstillem Wetter aufgesucht. Alle Tiere standen gemeinsam auf dem Auslauf und hatten die Möglichkeit den Transportwagen aufzusuchen, was keines der Tiere in Anspruch nahm.

Bei keinem der drei Giraffen konnte Kältezittern oder andere Anzeichen von Frieren oder gar Hypothermie festgestellt werden. Die Tiere bewegten sich jedoch auffällig häufig und intensiv in ihren Ausläufen, so dass die körpereigene Wärmeproduktion durch den gesteigerten Muskeltonus erhöht war. Zudem wiesen die zusätzlichen Haltungseinheiten der Tiere ausreichende (Kategorie A) bzw. bedingt ausreichende Größenabmessungen (Kategorie B) auf.

Wie bei der solitär gehaltenen Giraffe dargestellt, gab es für alle angetroffenen Giraffen bei schlechter Witterung ausschließlich die Möglichkeit in ihren Transportwagen unterzukommen. Aufgrund ihrer Körpergrößen, die Tiere können nach MACDONALD (2006) bis zu 5,3 Meter groß werden, stellten die Transporter bereits in ihren Abmessungen keine ausreichende Haltungsmöglichkeit dar (alle Transportwagen konnten die Größenanforderungen nicht erfüllen, Kategorie C), auch wenn die Möglichkeit bestand die Wagen auf bis zu 4,2 m Höhe auszufahren.

Zudem müssen Transportwagen fast vollständig geschlossen werden, wenn eine ausreichende Innentemperatur erreicht werden soll. Es ist anzunehmen, dass die Luftqualität unter diesen Voraussetzungen nicht einer dauerhaften Haltung entsprechend sein dürfte.

Bereits aufgrund der anatomischen Besonderheiten eignen sich Giraffen nicht für das Mitführen im Zirkus (TVT 2000). Darüber hinaus können die besonderen Ansprüche an ihre Umgebungstemperaturen mit der Haltung in einem Transportwagen nicht erfüllt werden. Das Gleiche gilt auch für die Haltung mitgeführter Zirkuselefanten und anderer temperaturempfindlichen Exoten. Aus diesem Grund fordern PFEIFFER u. TRIPHAUS-BODE (2007) für Elefanten ein festes beheizbares Stammquartier, das in den kalten Monaten des Jahres aufgesucht werden muss.

5.2.3.6 Problemdarstellung - die Haltung von Großkatzen und Großbären

An dieser Stelle soll auf Probleme hingewiesen werden, welche häufig bei der Haltung von Großkatzen und Großbären angetroffen wurde.

Die Einteilungen in untereinander verträgliche Gruppen wurden im Zirkus nach ihrer Alters- oder Sozialstruktur vorgenommen. Im Falle von Krankheit, Brunst oder beim Aufziehen von Nachwuchs wurden die betroffenen Tiere von der Gruppe separiert. Die einzelnen Abteile der Käfigwagen wiesen dann häufig eine zu geringe prozentuale Raumgröße für die Tiere auf. Obwohl Einschränkungen dieser Art zumeist nicht von Dauer sind (abgesehen chronisch kranker Tiere, die möglicherweise dauerhaft separiert werden müssen), sind sie doch regelmäßig wiederkehrender Natur. Der Zirkus müsste für die Tiere auch in diesen Situationen ausreichenden Platz zur Verfügung stellen. Eine andere Art zur Kompensation geringer Raumgrößen würde eine noch weiter verstärkte Lebensraumbereicherung darstellen. Diese Art von Ausgleich sehen die Haltungsempfehlungen jedoch nur unter der Berücksichtigungen der geforderten Mindestmaße vor.

Eine weitere Schwierigkeit stellt die in den Zirkusleitlinien für jedes Tier geforderte Mindestaufenthaltsdauer von täglich vier Stunden im zusätzlichen Auslauf dar. Den Tieren stand oft nur ein Auslauf zur Verfügung. Auf diesen wurden sie in der gleichen Gruppenzusammensetzung, in der sie bereits in den Grundhaltungen lebten, gelassen. Nach einfacher Rechnung wurde somit schon bei drei separaten Gruppen der Auslauf 12 Stunden genutzt. Durch Transportzeiten, Vorstellungen und

Abwesenheit von Aufsichtspersonen war es vielen Zirkussen nicht möglich, diese Forderungen einzuhalten.

5.2.4 Lebensraumbereicherungen und Beschäftigungen

Bei der Bewertung der Haltungsbedingungen von Tieren werden häufig die für die besten befunden, die die größten Abmessungen besitzen. Die „Artgerechtigkeit“ jedoch alleinig nach metrischen Gesichtspunkten bewerten zu wollen wäre wünschenswert einfach (MÜHLING 1996), berücksichtigt jedoch nicht die anderen Voraussetzungen einer artgerechten Haltung.

In natürlicher Umgebung leben Tierarten in bestimmten geographischen Verbreitungen. Dabei bewohnen die Tiere nicht das gesamte mögliche Areal, sondern nur diejenigen Bezirke, welche den besonderen Anforderungen des Tieres entsprechen (HEDIGER 1942). Aufgrund dieser Ausgangssituation folgte HEDIGER (1942), dass das frei lebende Tier nicht frei lebt - weder in räumlicher Hinsicht noch in Bezug auf sein Verhalten gegenüber anderen Tieren.

Seiner Meinung nach richtet sich die Größe des individuellen Territoriums eines Tieres in der Natur insbesondere nach dem Nahrungsbedarf und dem Angebot des Futters. Da den Tieren in Gefangenschaft das Futter präsentiert wird, können demzufolge die Haltungen auch erheblich kleiner sein (HEDIGER 1961).

Anderer Meinung ist hingegen KIESWETTER (1992), er beschreibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen den Gehegegrößen und dem Auftreten von Stereotypen z. B. bei Großkatzen in Zoologischen Gärten.

5.2.4.1 Ausgestaltung und „Environmental Enrichment“

Neben den jeweils erforderlichen Raumgrößen sollen die Haltungseinheiten strukturiert und ausgestaltet sein. HEDIGER (1942) wies früh auf die Bedeutung der Raumqualität hin, die bezüglich der Raumquantität zu wenig beachtet werden würde. Ein Tiergehege sollte demnach aufgeteilt sein in verschiedene Bereiche, die

bestimmten Tätigkeiten und Bedeutungen zugeordnet werden (Kotstellen, Fress- und Schlafplätze, etc.) (HEDIGER 1961).

Solche strukturelle Ausgestaltungen lassen sich in reisenden Zirkusunternehmen, aufgrund eines geringeren Platzangebotes als üblicherweise in Zoologischen Gärten, jedoch häufig nur schwer verwirklichen. Trotzdem gelang es beispielsweise zwei Zirkussen die platzbegrenzten Grundhaltungen ihrer Affen zu strukturieren. Fünf Meerkatzenverwandte (33%, n= 15) konnten sich vor neugierigen Blicken von außen durch Sichtblenden in ihrer Grundhaltungseinheit nach Bedarf schützen.

Durch „Environmental Enrichment“ (Lebensraumbereicherung) sollen die Tiere beschäftigt und ihr natürliches Verhalten ermöglicht und gefördert werden (LANGENHORST 1998). Der BERUFSVERBAND DER ZOOTIERPFLEGER (1994) sieht in „Behavioural Enrichment“ den Oberbegriff für: „Maßnahmen, bei denen durch geeignete Gestaltung der Lebensbedingungen von Tieren diese in die Lage versetzt werden, natürliches, artgemäßes Verhalten zu zeigen und sich in gutem körperlichen Zustand zu halten. Sie müssen ... einander so ergänzen, dass der Verhaltensalltag der Tiere in seinen Proportionen dem frei lebender Artgenossen nahe kommt“.

Teilweise werden in „Environmental- und Behavioural Enrichment“ zwei grundsätzlich unterschiedliche Ansätze gesehen, um die Lebensbedingungen der Tiere in Gefangenschaft zu verbessern. Heute hat sich nach MARKOWITZ (1998) der Begriff „Environmental Enrichment“ durchgesetzt, der das Verhalten der Tiere mit einbezieht.

Nicht nur die Ausgestaltungen von Haltungseinrichtungen werden unter dem Begriff „Environmental Enrichment“ verstanden, sondern ebenso alle anderen Maßnahmen, die zum Wohlbefinden der Tiere beitragen. So forderte bereits in den zwanziger Jahren der amerikanische Psychologe und Zoologe YERKES (1925), gefangen gehaltene Primaten mit Arbeit und Spiel zu beschäftigen.

Da ständig versucht wird, die Lebenshaltungsbedingungen und somit das Wohlbefinden der Tiere noch weiter zu verbessern, gibt es mittlerweile viele

Möglichkeiten, die teilweise auf einfache Art und Weise zur Lebensraumbereicherung verschiedener Spezies beitragen (DUNCAN 1994; BERUFSVERBAND DER ZOOTIERPFLEGER 1994). Dabei kommt es nicht darauf an, die ursprünglichen Lebensräume zu imitieren, sondern die tierartspezifischen essentiellen Faktoren zu substituieren, die zu einer tiergerechten Haltung führen (MÜHLING 1996; DITTRICH 1988). Demnach muss eine größere Haltungseinheit nicht tiergerechter sein als eine kleine, sofern sie über Ausgestaltungen verfügt, die zur Bereicherung und Steigerung des Wohlbefindens der Tiere führt (BERG 2006).

Der Zirkus hat gegenüber einer zoologischen Einrichtung den Vorteil, dass durch häufige Ortswechsel die Tiere ständig neuen optischen, olfaktorischen und akustischen Reizen ausgesetzt sind. Dieses kann für die Tiere eine Haltungsbereicherung darstellen (TIERSCHUTZOMBUTSSTELLE WIEN 2005). Zudem entstehen durch die häufigen Kontakte oft innige Mensch-Tier-Verhältnisse, die vor allem mit einer tiergerechten Ausbildung eine weitere Bereicherung für die Tiere darstellen (ALTHAUS 1997). HEDIGER (2008) ist sogar der Meinung, dass nicht das Ausmaß der Bodenfläche und die Gestaltung des Raumes für das Wohlbefinden der Tiere maßgebend ist, sondern die Harmonie in der Mensch-Tier-Beziehung das vornehmste aller Ziele ist.

Bei Betrachtung der Ausgestaltungen angetroffener Affenhaltungen in den Zirkussen zeigte sich, dass zur Beschäftigung der Tiere sowohl bewegliche, als auch unbewegliche Gegenstände eingesetzt wurden.

Alle sechs Zirkusse boten ihren 15 Meerkatzenverwandten in ihren Grund- und / oder zusätzlichen Haltungen Gegenstände an, von denen auszugehen ist, dass diese den Tieren ständig zur Verfügung standen (wie hängende oder liegende Reifen, hängende Seile oder eine Laufrolle). Mit leicht ersetzbaren Gegenständen wie Plastikflaschen, Eimer oder Astwerk konnten sich hingegen nur acht Meerkatzenverwandte aus drei Zirkussen beschäftigen. Die Anzahl und die Darbietungsformen angebotener Beschäftigungsmöglichkeiten variierten teilweise erheblich. Während zwei Zirkusse ihre Affenhaltungen reichlich ausstatteten,

mussten sich die Meerkatzenverwandten eines Zirkus mit lediglich einem aufgehängten Reifen begnügen.

Der Nachteil von ständig zur Verfügung stehenden Gegenständen ist, dass diese häufig nur noch einen geringen oder keinen Anreiz mehr zur Nutzung für die Tiere darstellen. Die anfängliche Neugierde der Tiere kann dann schnell erlahmen (MEISTER 1996). Daher sollten Gegenstände einerseits nicht ständig verfügbar und andererseits in ihrer Form der Präsentation verändert werden, um so einen neuen Reiz für die Tiere zu schaffen. Von Vorteil sind daher leicht variierbare Spiel- und Gestaltungsmöglichkeiten, die den Tieren meist ohne großen Aufwand immer wieder neue Erkundungsmöglichkeiten bieten. Dieses setzt jedoch einen gewissen zeitlichen Aufwand, als auch Einfallsreichtum voraus. Beide Bedingungen können im geschäftigen Zirkusalltag oft nicht vorausgesetzt werden.

Trotzdem sollten immer wieder Versuche unternommen werden, den Lebensraum der Tiere zu bereichern. Denn „Environmental Enrichment“ soll nicht angewandt werden, um die Leitlinien, Gutachten und andere Bewertungsgrundlagen zu erfüllen oder kontrollierende Veterinärbehörden zufrieden zu stellen, sondern zum physischen und psychischen Wohlbefinden der Tiere beitragen.

5.2.4.2 Fütterung und „Feeding Enrichment“

Das Leben der meisten Säugetiere ist von der ständigen Suche nach Futter bestimmt (FERNANDES 1996). In Gefangenschaft wird die Suche oder Jagd nach Futter den Tieren zumeist durch die Menschen abgenommen. Mit der präsentierten Nahrung wird der energetische Bedarf der Tiere oft mehr als gedeckt. Was bleibt ist jedoch das Bedürfnis nach eigener Beutejagd, dem Abweiden von Grasflächen oder der Selektion und Suche nach Futter. Daher bietet es sich an, neben der notwendigen Versorgung durch Fütterung diese zusätzlich zur Beschäftigung der Tiere in Gefangenschaft einzusetzen (BMELV 2000) („Feeding Enrichment“).

Erfüllt sich das Bedürfnis nach Futtererwerb nicht, so kann dieses sich letztlich zusammen mit möglicherweise empfundener Langeweile, in der Ausprägung von Verhaltensauffälligkeiten, insbesondere Stereotypen äußern. CARLSTEAD et al. (1991) betonen, dass eine natürlich gestaltete Fütterung den Zeitanteil von Stereotypen bei Bären reduziert. Demgegenüber konnte WECHSLER (1994) belegen, dass die Resultate von Verhaltensanreicherungen oftmals nur kurzfristig sind und das Ausmaß der Verhaltensstörung längerfristig nicht heruntergesetzt wird.

Bei Raubtieren in der Natur ist der zeitliche und energetische Aufwand für den Nahrungsverzehr gegenüber dem Nahrungserwerb eher gering (STAUFFACHER 1998). Bei der Haltung von Tieren in Gefangenschaft fällt der Nahrungserwerb zumeist gänzlich weg. Durch den Einsatz verschiedener Methoden des „Feeding Enrichment“ kann das herrschende Missverhältnis teilweise korrigiert werden (SCHÄDLICH 2002). Eine Möglichkeit wäre es, das Futter in den Tierhaltungen zu verstecken oder zu verteilen um eine natürliche Nahrungsbeschaffung zu simulieren. Auf diese Art und Weise versuchte auch der Besitzer von neun Bären eines Zirkus seine Tiere zu beschäftigen. Er gab an, dass den Bären die Nahrung häufig in Form von Futterspielen (z. B. Honig in einem Holzstück) angeboten wird. In einem anderen Zirkus, der keine Raubtiere, aber Affen mitführte, konnte beobachtet werden, dass dieser seinen zwei mitgeführten Meerkatzenverwandten Erdnüsse anbot, die sie sich selbst aus einem Gefäß erarbeiten mussten.

Häufig wird Futter gereicht, das die benötigten Versorgungskomponenten konzentriert beinhaltet. Dabei ist oft der Gehalt an Rohfasern in der Nahrung verschwindend gering, welcher insbesondere für Pflanzenfresser von großer Bedeutung ist. Der Verdauungstrakt dieser Tiere ist, mit den jeweiligen artspezifischen Besonderheiten, auf eine weitestgehend ständige Nahrungszufuhr eingestellt, die erst in ausreichender Menge eine energetische Versorgung sicherstellt. Ein dauerhafter Mangel an notwendigen Rohfasern kann für die Tiere gesundheitliche Beeinträchtigungen darstellen. So verbringen beispielsweise wild lebende Afrikanische Elefanten 75% ihrer Zeit mit der Futteraufnahme (WYATT u.

ELTRINGHAM 1974) und nehmen so bis zu 150 kg Futter auf (MACDONALD 2006). Hinzu kommt, dass gerade Elefanten schlechte Futterverwerter sind, die nur 45% des aufgenommenen Futters aufschließen können. Der Rest geht unverdaut über den Kot ab (PUSCHMANN 2004).

Eine sehr häufige oder ad libitum Fütterung von Gras- oder Raufutter würde somit nicht nur die physiologischen Besonderheiten des Verdauungstraktes berücksichtigen (abgesehen von Tieren dessen Ernährungs- und Gesundheitszustandes dies nicht erlauben), sondern erfüllt zudem noch das tierartspezifische Bedürfnis der Tiere nach Nahrungsaufnahme.

Neben der zusätzlichen Beschäftigung, die durch Fütterung erreicht werden kann, muss jedoch erwähnt werden, dass nicht jede Art von Fütterung sich positiv auf das Verhalten der Tiere auswirkt. So stellt GANSLOBER (2008) heraus, dass insbesondere bei Großraubtieren feste Fütterungszeiten in Verbindung mit der Entstehung von antizipatorischen Stereotypen gebracht werden. Die Tiere entwickelten vor den zeitlich bekannten Fütterungen ein starr formalisiertes Appetenzverhalten. Studien an Bären haben jedoch gezeigt, dass eine Erhöhung der Fütterungssequenz bei gleichzeitig unregelmäßiger Verteilungen der Fütterungen über den Tag eine erhebliche Reduzierung der mit der Futtererwartung verbundenen Stereotypen und Verhaltensauffälligkeiten bringen konnte.

Von den 775 angetroffenen Paarhufern, Unpaarhufern sowie Beutel- und Rüsseltieren (100%) stand 734 (95%) Tieren Futter zur Verfügung. Zu drei Tieren dieser Ordnungen (0,4%) lagen keine Angaben vor. Dabei reichte das Nahrungsangebot von Heu, Kraftfutter, etc. bis zur Einstreu, dessen hygienischer Zustand den Verzehr erlaubte. Insbesondere die Wildtiere (Antilopen, Flusspferde, Giraffen, Wildschweine, Zebras, Nashörner, Elefanten und Beuteltiere) (8%, n=775) hatten die Möglichkeit, Futter aufzunehmen. Von den Pflanzen fressenden Wildtieren waren lediglich zwei Kängurus ohne Futter. Die annähernd vollständige Futterversorgung der Tiere könnte auf die Kenntnis und Möglichkeiten von „Feeding Enrichment“ der Zirkusse schließen lassen. Offen bliebe dann jedoch, warum

lediglich zehn Neuweltkamelen (9%) Ast- oder Blattwerk zur Verfügung standen. Denn dieses stellt für Neuweltkamele eine häufig propagierte Beschäftigung dar und dient, neben anderen Raufuttergaben, durch die Mahlbewegungen des Kiefers als eine notwendige Maßnahme zur Reduktion von zu langen Schneidezähnen.

5.2.4.3 Dressurarbeit als Beschäftigung

Im Zusammenhang mit den Zirkusleitlinien kommt der Beschäftigung der Tiere eine besondere Bedeutung zu. Zu kleine Haltungseinheiten (bezüglich der Maßangaben des Säugetiergutachtens) sollen bis zu den geforderten Größen der Zirkusleitlinien gerechtfertigt sein, wenn die Tiere täglich verhaltensgerecht beschäftigt werden (BMELV 2000). Weiter heißt es dort, dass Beschäftigung abwechslungsreich sein soll und die Tiere fordern muss. Somit werden Tiere, die im Zuge des Zirkusgeschehens gearbeitet werden von Tieren, die als reine Schautiere den Zirkus hauptsächlich als Tierbestand eines rollenden Zoos bereichern, abgegrenzt. Doch nicht immer lassen sich Schautiere von Tieren, die regelmäßig gearbeitet und vorgeführt werden einfach abgrenzen.

In der Studie gab es zum einen Tiere, die in gezeigten Vorstellungen in einer 10 Minuten langen anspruchsvollen Darstellung zu sehen waren und die nachweislich zusätzlich trainiert wurden. Auf der anderen Seite wurden Tiere gezeigt, die eher wegen ihrer Artzugehörigkeit, ihrer Schönheit oder anderen ähnlichen Qualitäten hervortraten als mit ihrer Dressurleistung.

5.2.4.4 Zirkusvorstellung

Vor den Vorstellungen wurden von den Zirkussen lediglich 24 Tiere (2%, n=1122) angegeben, die nie in den Vorstellungen auftraten und auch nicht trainiert wurden. Zu diesen Tieren gehörten Rinder, der Nasenbär, Meerkatzenverwandte und Nagetiere. Beim Besuch der Zirkusvorstellungen und öffentlichen Trainingseinheiten waren in der Manege jedoch lediglich insgesamt 598 der Tiere (53%, n=1122) zu sehen. Auch viele Individuen, die in der Vorstellung mitmachen sollten, wurden nicht angetroffen. Einige Tiere konnten aufgrund von chronischen oder akuten

Krankheiten, eines hohen oder zu geringen Alters oder anderer Gründe nicht auftreten. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass 47% (524 Tiere) der Tiere aus besagten Gründen nicht in den Darbietungen im Rahmen der Vorstellungen teilnehmen konnten.

Darüber hinaus gab es Tiere, die in der Manege keine körperlichen oder kognitiven Leistungen erbringen mussten, welches eine verhaltensgerechte Beschäftigung dargestellt hätte (PFEIFFER u. TRIPHAUS-BODE 2007). Insbesondere Giraffen, Nashörner, Flusspferde, und der Greifvogel beeindruckten eher durch ihre Erscheinung denn ihrer dargebrachten Dressurleistungen. Während der Greifvogel im Zuge der gesamten Darbietung ausschließlich vom Tierlehrer umgesetzt wurde, bestanden die Aufgaben der großen Wildtiere (je nach Tierart) darin, auf dem Hufschlag zu laufen, dem Appell zu gehorchen, Futter anzunehmen, sich auf einem Podest zu drehen oder einen Reiter aufspringen zu lassen (nur Nashorn).

Die Dressurdarbietungen mit diesen Tieren können lediglich durch Zusammenführung mit anderen Tierarten (bei Giraffen in der Vorstellung gezeigt) erweitert werden. Bei erwachsenen Giraffen bestünde noch die Möglichkeit sie einen Reiter auf dem Rücken tragen zu lassen. Weitere Möglichkeiten anderer Dressurleistungen beschreibt ZEEB (2001) für Wildtiere dieser Arten nicht. Demzufolge können die präsentierten Darbietungen nicht mehr unbegrenzt ausgebaut, sondern nur noch verfeinert werden. Das kann zur Folge haben, dass im Laufe der Zeit die Arbeit in der Manege für die Tiere keine abwechslungsreiche Beschäftigung mehr, sondern einen weitestgehend routinierten, möglicherweise langweiligen, Alltag darstellt.

Jedoch nicht nur bei genannten Wildtieren kann die Dressur, die für viele Tiere die alleinige Beschäftigung darstellt, eintönig werden. Auch KILEY-WORTHINGTON (1990b) bemängelte in ihrer Studie, dass einige Zirkusse seit vielen Jahren mit ihren Tieren die gleichen Darbietungen aufführen würden ohne sich zu bemühen neue Dressuren einzustudieren.

Die Zirkusbetreiber sind jedoch nicht verpflichtet ihre mitgeführten Tiere in den Zirkusvorstellungen zu präsentieren. Es steht ihnen offen, welche Art von

Beschäftigung sie für ihre mitgeführten Tierarten vorsehen. Die im Jahr 2000 geänderten Zirkusleitlinien haben daher auch den Begriff „Arbeit“ durch den zweckbestimmteren Begriff „Beschäftigung“ ersetzt (POLLMANN 2001). So berichtete ein Zirkusbetreiber, dass sein solitär gehaltener Elefantenbulle bis vor wenigen Jahren die zusätzliche Aufgabe hatte am neuen Gastierort beim Aufbau des Zirkuszeltens zu helfen.

5.2.4.5 Stereotypien

Im Zuge der Diskussionen um tiergerechte Haltungen rückt immer wieder der Begriff „Wohlbefinden“ in den Mittelpunkt (MÜHLING 1996). Wohlbefinden zeichnet sich durch einen Zustand physischer und psychischer Harmonie des Tieres in sich und seiner Umwelt aus (LORZ u. METGER 2008). SAMBRAUS (1982) definiert „Wohlbefinden“ als frei sein von negativen Empfindungen und stärkeren Bedürfnissen und komplementär zum Begriff des Leidens. Obwohl das Tierschutzgesetz bereits in § 1 Wohlbefinden der in menschlicher Obhut befindlichen Tiere fordert und vermeidbare Leiden ablehnt, gibt es bis heute keine allgemein gültige Praktik zur Messung der Befindlichkeiten von Tieren. Zudem sind Empfindungen an das Individuum gebunden und lassen sich deshalb nicht objektivieren. Nach dem Analogiekonzept von SAMBRAUS (1982) ist der Schluss vom Menschen auf das Tier daher unumgänglich und hat seine Berechtigung aufgrund entwicklungsgeschichtlicher Zusammenhänge, als auch infolge der großen Ähnlichkeiten zwischen tierischer und menschlicher Reaktionen. Da dieses Konzept experimentell nicht bewiesen werden kann, wird es von vielen Ethologen jedoch abgelehnt (WOLFF 1993).

MEISTER (1996) betont, dass das Verhalten eines Tieres dessen Empfindungen (Befindlichkeiten) ausdrückt. Dieses wird von MÜHLING (1996) dadurch ergänzt, dass ein möglichst hohes Maß an natürlichem Verhalten als Kriterium für Wohlbefinden angesehen wird. Im Gegenzug dazu stellen Verhaltensstörungen kein natürliches Verhalten dar, sie treten in der Wildbahn nicht auf sondern kommen

ausschließlich bei Tieren vor, die sich in menschlicher Obhut befinden (SCHMID 2006).

Tiere besitzen ein angeborenes hohes Maß an Anpassungsfähigkeit. Wenn sich jedoch die momentanen und art-ursprünglichen Umweltbedingungen zu sehr unterscheiden, reichen die verfügbaren Verhaltensmuster nicht aus und das Tier reagiert anormal (MEISTER 1996).

Nach BROOM u. JOHNSON (1993) sind Stereotypen die wichtigsten Indikatoren für gestörtes Wohlbefinden, denn sie zeigen immer an, dass das Tier Probleme hat mit der jeweiligen Umweltsituation zurechtzukommen. Manche Untersuchungen zeigen auf, dass das Ausführen von Stereotypen einen Stress reduzierenden Effekt für die Tiere hat (MEISTER 1996). Demnach kann solches Verhalten zwar als äußerlich erkennbare Störung aufgefasst werden, die jedoch für die Tiere eine Erleichterung in der Bewältigung von Situationen oder Begebenheiten darstellen kann.

Stereotypen werden definiert als repetierende und gleichförmige Bewegungen, die keine ersichtlichen Funktionen aufweisen (MASON 1991). Die Ursachen zur Entwicklung von Stereotypen werden oft mit einem zu geringen Platzangebot, Reizarmut, Langeweile, unbewältigten Konfliktsituationen, Verwehrung des Zugangs zu einem vertrauten Sozialpartner und fehlendem Nahrungssuchverhalten in Verbindung gebracht (SCHÄDLICH 2002). Doch nicht alle Tiere entwickeln unter den gleichen Bedingungen Stereotypen (MASON 1991), vielmehr scheint es auch individuelle (SCHMID 2006) und genetische Komponenten zu geben.

Lediglich bei 20 Tieren (2%, n=1223) konnten Stereotypen beobachtet werden. Darunter befanden sich Elefanten, Großkatzen, Pferde und ein Großbär. Betont werden muss jedoch, dass sich Stereotypen nicht nur aus verschiedenen Umständen heraus entwickeln, sondern oft auch nur in bestimmten Situationen gezeigt werden. Das hat zur Folge, dass für eine abschließende Aussage zur vorgefundenen Gesamtsituation von beobachteten Zirkustieren weitaus mehr Zeit

benötigt worden wäre. So führten beispielsweise von 27 angetroffenen Elefanten zwölf Tiere (44%) die für Elefanten charakteristische stereotype Bewegung des „Webens“ (Hin- und Herschaukeln des Körpers) aus. Auffallend dabei war jedoch, dass in jedem Zirkus mindestens ein webender Elefant angetroffen wurde, während die sieben Elefanten des Zirkus, dessen Haltungen nicht näher dokumentiert werden konnten, kein Weben zeigten. Da der Beobachtungszeitraum für diese Tiere weitaus geringer war als bei den anderen Zirkussen, wäre es möglich, dass unter gleichen Voraussetzungen, hinsichtlich der Datendokumentation, Stereotypen gezeigt worden wären.

Frühere Studien, die bezüglich des Auftretens von Stereotypen von Elefanten in menschlicher Obhut gemacht wurden, ergaben ein gehäuftes Auftreten bei Kettenhaltung gegenüber der Freilaufhaltung (GRUBER et al. 2000). Die Anzahl der webend angetroffenen Elefanten im Auslauf war jedoch mit sieben Tieren (26%, n=27) höher als die Anzahl der Elefanten (fünf Tiere, 19%), die webend in Kettenhaltung angetroffen wurde. Neben unzureichenden Haltungsbedingungen, die mit der Entwicklung von Stereotypen in Verbindung gebracht werden (SCHMID 2006), kann eine Verbesserung dieser lediglich eine Reduktion und nicht eine vollständige Auslöschung der Stereotypie zur Folge haben (MASON 1991). Folglich ist es möglich, dass gezeigte Stereotypen aus früheren Haltungsmängeln entstanden sind und diese noch immer gezeigt werden, obwohl in der derzeitigen Haltungssituation eine vergleichsweise gute Bedürfnisbefriedigung möglich ist (SCHMID 2006).

5.2.5 Kritikpunkte und Ausblick

Anhand von dargestellten Beispielen der im Zirkus angetroffenen Tierhaltungen wird deutlich, dass bezüglich vorliegender, gültiger Empfehlungen Handlungsbedarf besteht. Dabei sollen an dieser Stelle Größenabmessungen, Ausgestaltungen und weitere Aspekte von Haltungsansprüchen aller im Zirkus anzutreffenden Tierarten unerwähnt bleiben.

Wie bereits in der Arbeit mehrfach aufgeführt, existieren die Zirkusleitlinien in der Annahme, dass jedes Einzeltier täglich, seiner Art entsprechend beschäftigt wird. Dabei werden für die jeweiligen Tierarten teilweise definierte Angaben gemacht oder die Möglichkeiten offen gelassen, wie diese Beschäftigung aussehen sollte. Ansonsten sollen sich die Haltungen am Säugetiergutachten (wenn vorhanden) orientieren.

Die Amtstierärzte standen bei den Zirkuskontrollen oft vor der unlösbaren Aufgabe, die Haltungen der Tiere entsprechend den jeweiligen Empfehlungen zu kontrollieren. Auf Nachfragen bei den Zirkusverantwortlichen, welche der Tiere denn regelmäßig gearbeitet werden, wurden häufig alle Tiere benannt. Die Veterinäre hatten keine Möglichkeiten, diese Aussagen zu überprüfen. Nach HIRT et al. (2007) muss sich jedoch die Behörde nachweisen lassen, dass eine tägliche Beschäftigung tatsächlich stattfindet und die sachlichen und personellen Voraussetzungen dafür vorliegen. Das war für die vor Ort anwesenden Behörden jedoch nicht möglich.

Auch der Besuch einer Zirkusvorstellung stellte nur den Status quo dar. Zudem waren die Auftritte von Tieren in den Vorstellungen kein Indiz dafür, dass die jeweiligen Tiere außerhalb der Zirkusvorstellungen trainiert oder beschäftigt wurden. Denn nach der Meinung von HIRT et al. (2007) stellen täglich ein bis zwei Auftritte von jeweils fünf bis zehn Minuten noch keine ausreichende Beschäftigung dar.

Daher sollten die Überlegungen dahingehend verstärkt werden, ob nicht eine gleiche Grundlage für alle zu gewerblichen Zwecken mitgeführten Zirkustieren geschaffen werden sollte.

Zusätzlich muss sich damit befasst werden, ob die in Deutschland angewandten Gutachten, Leitlinien und anderen Richtwerte in Form von antizipatorischen Gutachten ausreichen. Im Gegensatz zu diesen nicht-rechtsverbindlichen Richtlinien hat die Schweizerische Tierschutzverordnung (2008) für die Haltung von Wildtieren rechtsverbindliche Mindestanforderungen an die Gehegeflächen für die einzelnen Tierarten gestellt. DOLLINGER (1996) sieht in der Rechtsverbindlichkeit den Vorteil, dass Ungleichbehandlungen durch unterschiedliche Auffassungen von

Empfehlungen minimiert werden können. BEHREND (1996) wendet jedoch ein, dass Gutachten ausführlicher und mit Hintergrundinformationen versehen werden können. Zudem können neue Erkenntnisse und Informationen flexibler verwirklicht werden (SCHÄDLICH 2002), denn Haltungsoptimierungen sind im Grunde nie abgeschlossen (STAUFFACHER 1998; BUNDESAMT FÜR VETERINÄRWESEN 1998). Das BUNDESAMT FÜR VETERINÄRWESEN (1998) in der Schweiz bezeichnet die Sachverhalte der Wildtierhaltung als zu komplex, um Haltungsbedingungen konkret zu definieren und in eine feste Norm zu pressen.

Neben möglichen Veränderungen bestehender Haltungsempfehlungen sollten jedoch auch die Kontrollmöglichkeiten der Behörden optimiert werden. Durch die Zirkusregisterverordnung bzw. das Führen eines Zentralregisters, besteht nun erstmals die Möglichkeit Zirkusse, die Defizite in der Tierhaltung aufweisen, nachhaltig verfolgen zu können. Es ist anzunehmen, dass sich somit die Tierhaltungen langfristig verbessern werden und nicht, wie in dieser Studie dargelegt, nur 50% der Tiere in Grundhaltungen leben, die den jeweils aktuellen metrischen Empfehlungen entsprechen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass sich dann auch die Zahl der Tierhaltungen auf längere Sicht dezimieren könnte. Denn durch bessere Überwachungen könnten Zirkusbetrieben, deren Tierhaltungsbedingungen nicht ausreichen und nicht verbessert werden, letztlich die Erlaubnis des zur Schau Stellens ihrer Tiere entzogen oder nicht verlängert werden.

Eine eingehende Untersuchung der Tierbestände erfolgt in der Regel bei amtlichen Kontrollen nicht. Neben fehlender Zeit und nicht ausreichendem Personal wird den Veterinärbehörden zudem das Fehlen tierärztlicher Fachkenntnis bezüglich der Beurteilung von Wildtieren und Exoten, insbesondere hinsichtlich deren spezieller Bedürfnisse und Gesundheitszustand vorgehalten (GÖTZ 2006). Denn der Maßstab von Tierhaltungen sollte sich am Wohlbefinden der Tiere orientieren und dafür braucht es ein gewisses Maß an Sachverstand. Ansonsten kann es zu ungerechten Fehleinschätzungen kommen (BIRMELIN 1993). Daher fordert GÖTZ (2006) bei einem festgestellten Mangel durch die jeweiligen Behörden, fachkundige Tierärzte

sowie auch den betreuenden Tierarzt hinzuzuziehen. Als Vorreiter hierfür kann der Freistaat Sachsen betrachtet werden. Dieser rief 1996 eine deutschlandweit erste Kommission ein, die sich zum Ziel macht, durch einheitliche Überprüfung und Bewertung gemäß den gesetzlichen und ethischen Ansprüchen die Haltung von Wildtieren in sächsischen Zoos, Tiergärten und Wildgehegen zu optimieren. Die Kommission besteht unter anderem aus fachkundigen Personen und unterstützt bei festgestellten Mängeln von Tierhaltungen die Veterinärbehörden gutachterlich (SCHÄDLICH 2002).

Auch für die Beurteilungen von Wildtierhaltungen im Zirkus wären solche Fachkommissionen denkbar. In Zweifelsfällen könnten diese von den jeweiligen Veterinärbehörden und möglicherweise auch von aufgeschlossenen Wildtierhaltern zu Rate gezogen werden. Es könnte auch von Vorteil sein, ausgewählte Veterinärbeamten zu Fachexperten von bestimmten Tierarten aus- und regelmäßig fortzubilden, um diese in zentralen Fragen hinzuzuziehen.

In der folgenden Zeit wird sich zeigen, ob die von vielen befürwortete Zirkusregisterverordnung in der aktuellen Fassung die gewünschten positiven Auswirkungen auf die Haltungen von Zirkustieren hat. Ein Zusammentragen von Daten in diesem Sinne bietet die Möglichkeit häufige Problemfelder genauer darzustellen und zu versuchen im gemeinsamen Dialog auf sachlicher Ebene neue Lösungsansätze zu finden.

6 Zusammenfassung

Theophil, Daniela

Haltungsbedingungen von Zirkustieren in 25 Zirkussen in der Bundesrepublik Deutschland

In der vorliegenden Arbeit wurden aufgrund von Status quo Erhebungen die Haltungsbedingungen von gewerblich mitgeführten Zirkustieren ermittelt. Dazu sind in einem Zeitraum von Februar bis Oktober 2007 in der Bundesrepublik Deutschland 25 mobile Zirkusunternehmen aufgesucht worden, die sich in ihren Größenordnungen und Darbietungsformen unterschieden.

Nach Besichtigung und Auswertung der Zirkusse lagen Ergebnisse über die Haltungssituation von insgesamt 1223 Tieren aus 49 verschiedenen Tierarten vor.

Zur Bewertung der einzelnen Tierhaltungen wurden diese eingeteilt in Grund- (Ställe, Transportwagen, etc.) sowie zusätzliche Haltungen (Auslauf, Außengehege, etc.) und mit den metrischen Vorgaben aktueller Bewertungsgrundlagen verglichen. Insbesondere wurde dabei auf die „Zirkusleitlinien“ (BMELV 2000) und das „Säugetiergutachten“ (BMELV 1996) zurückgegriffen. Die geringeren Mindestanforderungen der „Zirkusleitlinien“ werden jedoch nur dann als vertretbar angesehen, wenn „das gehaltene Tier täglich verhaltensgerecht beschäftigt wird“. Daher wurden nur Haltungen der Tiere nach den Zirkusleitlinien bewertet, die nachweislich in der Manege beschäftigt worden waren (53% der Tiere).

Es zeigte sich, dass nur 50% der Tiere in Grundhaltungen untergebracht waren, die den Größenanforderungen der jeweiligen Haltungsempfehlungen entsprachen. Dabei fiel auf, dass die Bedingungen der Haltungen von Wildtieren (61%) in Relation zu denen der Haustiere (47%) besser ausfielen. Die gleiche Tendenz zeigte sich auch in der Zahl von Tieren, die mindestens zeitweise eine zusätzliche Haltung nutzen

konnten. 84% aller Wildtiere, aber nur 46% aller Haustiere konnten eine solche in Anspruch nehmen.

Neben einer quantitativen (metrischen) Beurteilung der Haltungen wurden auch qualitative Lebensbedingungen der Tiere wie Umweltbereicherungen, Futter- und Wasserversorgung sowie Gesundheitszustand und Verhaltensauffälligkeiten ermittelt und dargestellt.

7 Summary

Theophil, Daniela

Keeping conditions of circus animals in 25 circuses in germany

Due to the status quo investigations already completed, the keeping conditions of commercial accompanied circus animals were determined.

25 mobile circus companies in the Federal Republic of Germany, different in size and their presentation forms, were visited in the period from February until October 2007.

After inspection and analysis of these circuses, the results showed the keeping situation of a total of 1.223 animals of 49 different species.

To assess the keeping of each species, there was a classification into main keeping areas (stables, transport carts, etc.) and additional keeping areas (runout, outside pan, etc.). Finally they were compared using guideline metrics of actual assessment fundamentals.

In particular there were referrals to the circus guideline ("Zirkusleitlinien" BMELV 2000) and the mammal document ("Säugetiergutachten" BMELV 1996).

The minimum standards of these circus guidelines ("Zirkusleitlinien") were acceptable only when the animal is kept in conditions appropriate to the species.

Therefore only those animals working in the circus ring (53% of all animals) were assessed as per circus guidelines.

The result shows that only 50% of the animals were kept in accommodation which is up to the current keeping standards.

Noticeable are the differences between the housing conditions of the wild animals (61%) and of the domestic animals (47%). The conditions of the wild animals were much better.

The same tendency was shown in those animals which are able use an additional keeping, at least from time to time.

84% of all wild animals and only 46% of all domestic animals could be capt in such a way.

Among a quantitative (metric) assessment of the keeping there were also other statements of the living conditions such as positive environmental factors, feed and water supply, health conditions and behaviours.

8 Literaturangaben

8.1 Quellen

AD-INTERNATIONAL (Hrsg.) (1998):

The ugliest show on earth.

Animal Defenders, London

ALLABY, M. (Hrsg.) (1996):

Dictionary of Ecology.

3. Aufl. Oxford University Press, S. 149

ALLABY, M. (Hrsg.) (1991):

The concise oxford dictionary of zoology.

Oxford University Press S. 71-72, 206

ALTHAUS, T. (1997):

Ausbildung und Haltung von Tieren im Zirkus.

in: SAMBRAUS, H. H. (Hrsg.) u. STEIGER, A. (Hrsg.): Das Buch vom Tierschutz.

Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart

APPLEBY, M. C. (Hrsg.) u. HUGHES, B. O. (Hrsg.) (1997):

Animal welfare.

Cab International, Wallingford, New York

BAIER, W. (1951):

Über die Grenzen der Domestikation in tierärztlicher Sicht.

zitiert nach: HERRE, W. u. RÖHRS, M. (1990): Haustiere - zoologisch gesehen.

2. Aufl. Verlag Fischer, Stuttgart, New York

BARTUSSEK, H. (1997):

Neue Tendenzen in der Nutztierhaltung und der Tiergerechtigkeitsindex.

in: SAMBRAUS, H. H. (Hrsg.) u. STEIGER, A. (Hrsg.): Das Buch vom Tierschutz.

Verlag Enke, Stuttgart

BEAVER, B. V. (1994):

The veterinarian's encyclopedia of animal behaviour.

Iowa State University Press

BEHREND, I. (1996):

Haltungsrichtlinien und Novellierungen des deutschen Tierschutzgesetzes.

in: LÜCKER, H. u. VOGT, M. T. (Hrsg.): Die Zukunft unserer Zoos. Haltungs- und Marketingstrategien.

Reihe Kulturelle Infrastruktur, Bd. 4, Universitätsverlag, Leipzig

BENECKE, N. (1994):

Der Mensch und seine Haustiere.

Verlag Theiss, Stuttgart

BERG, P. (2006):

„Artgerechte Tierhaltung“ versus Schulvivarium: eine Diskussion am Beispiel ausgewählter Reptilienarten.

Adolf-Reichwein-Schule, Neu-Anspach

BERUFSVERBAND DER ZOOTIERPFLEGER e. V. (Hrsg.) (1994):

Behavioural Enrichment (Lebensraumbereicherung) - ein Ideenkatalog.

Berufsverband der Zootierpfleger e. V., Magdeburg

BIRMELIN, I. (1993):

Haben Tiere ein Bewusstsein? Wenn Affen lügen, Katzen denken und Elefanten traurig sind.

Wiener Verlag, Himberg

BIRMELIN, I. (2006):

Stellungnahme eines Sachverständigen.

in: AUSSCHUSS FÜR ERNÄHRUNG; LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ: Wortprotokoll (16/30) der 30. Sitzung, Öffentliche Anhörung zum Thema „Haltung, Nutzung und Ausbildung von Tieren im Zirkus“.

Deutscher Bundestag, Ausschuss 10, S. 27-28

[Internet: URL:

http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Positionspapiere/Wortprotokoll.pdf]

BMELV (Hrsg.) (1994):

Mindestanforderungen an die Haltung von Straußenvögeln, außer Kiwis.

Sachverständigengruppe, Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Vögeln.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (1995):

Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutz Gesichtspunkten.

Sachverständigengruppe tierschutzgerechte Pferdehaltung

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (1995):

Gutachten über die Mindestanforderungen an die Haltung von Papageien.

Sachverständigengruppe, Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Vögeln

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (1995):

Mindestanforderungen an die Haltung von Greifvögel und Eulen.

Sachverständigengruppe, Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Vögeln.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (1996):

Gutachten über die Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (1997):

Mindestanforderungen an die Haltung von Reptilien.

Sachverständigengruppe tierschutzgerechte Haltung von Terrarientieren

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (2000):

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (2000):

Leitlinien für die Haltung, Pflege und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (Hrsg.) (2003):

Tierschutzbericht 2003. Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

BMELV (2008):

Tiere in Zirkusbetrieben. Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen. Einleitung.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

zitiert nach: [Internet: URL: http://www.bmelv.de/cln_045/nn_749972/DE/07-SchutzderTiere/Tierschutz/GutachtenLeitlinien/HaltungZirkustiere.html__nnn=true]

BMU (Hrsg.) (2008):

Allgemeine Verwaltungsvorschriften (VwV).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin

[Internet: URL:

<http://www.bmu.de/files/download/application/pdf/allgemeineverwaltungsvorschriften.pdf>]

BOSE, G. u. BRINKMANN, E. (1978):

Circus: Geschichte und Ästhetik einer niederen Kunst.

Verlag Wagenbach, Berlin

BROOM, D. M. u. JOHNSON, K. G. (1993):

Stress and animal welfare.

Animal Behaviour Series.

Chapman and Hall, London, Glasgow

BÜHNER, R. (Hrsg.) (2004):

Betriebswirtschaftliche Organisationslehre.

10. Aufl. Wissenschaftsverlag Oldenbourg, München, S. 36-37

BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (2008):

Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzübereinkommen, WA) (1973).

Funktionsweise.

zitiert nach: [Internet: URL: http://www.bfn.de/0310_cites.html]

BUNDESAMT FÜR VETERINÄRWESEN (Hrsg.) (1998):

Regelung der Wildtierhaltung in der Schweiz. Information.

Bundesamt für Veterinärwesen, Bern

CARLSTEAD, K., SEIDENSTICKER, J. C. u. BALDWIN, R. (1991):

Environmental Enrichment for zoo bears.

Zool. Biology 10, 3-16

CIRCUS WORKING GROUP (1998):

A report into the welfare of circus animals in England and Wales.

DEFRA (Department for Environment Food and Rural Affairs), London

DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.) (2006):

Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus unter Experten umstritten. Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anhörung).

hib-Meldung 08.11.2006, 334/2006

Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentskorrespondenz

[Internet: URL: http://www.bundestag.de/aktuell/hib/2006/2006_334/09.html]

DEUTSCHER TIERSCHUTZBUND (2008):

Zirkusregisterverordnung tritt morgen in Kraft.

in: BONNER WIRTSCHAFTSBLOG, Nachrichten aus Bonn, 19.03.2008

Deutscher Tierschutzbund e. V., Bonn

[Internet: URL:

<http://bonnerwirtschaftsgespraech.de/index.php/2008/03/19/zirkusregisterverordnung-g-tritt-morgen-in-kraft/>]

DITTRICH, L. (1988):

Beurteilung der Haltung von Wildtieren - auch in Privathand und in Kleinbetrieben - nach dem Deutschen Tierschutzgesetz und der Niedersächsischen Verordnung über das Halten gefährlicher Tiere.

Dtsch. tierärztl. Wochenschrift 95, 41-96

DOLLINGER, P. (1996):

Erfahrungen mit der Umsetzung der Tierschutzgesetzgebung in schweizerischen Zoologischen Gärten und Tierparks.

in: LÜCKER, H. u. VOGT, M. T. (Hrsg.): Die Zukunft unserer Zoos. Haltungs- und Marketingstrategien.

Reihe Kulturelle Infrastruktur, Bd. 4, Universitätsverlag, Leipzig

DREESBACH, A. (2005)

Gezähmte Wilde. Die Zurschaustellung „exotischer“ Menschen in Deutschland 1870 - 1940.

Verlag Campus, Frankfurt

DUNCAN, A. E. (1994):

Lions, Tigers and Bears: The Road of Enrichment.

Proceedings American Association of Zoo Veterinarians, Yulee

DUPAVILLON, C. (1982):

Architectures du cirque: des origines à nos jours.

Éditeur Montiteur, Paris

DVG (1987) :

Bedarfsdeckung und Schadensvermeidung. Ausführungen der Fachgruppe
Verhaltensforschung.

Deutsche Veterinärmedizinische Gesellschaft, Freiburg

EUROPÄISCHES PARLAMENT (Hrsg.) (2003):

Die Lage der Zirkusse in den EU-Mitgliedstaaten.

Abteilung für Soziales und Rechtsangelegenheiten

Generaldirektion Wissenschaft

Europäisches Parlament, Luxemburg

[Internet: URL: <http://www.efecot.net/pdfs/circuseducDE.pdf>]

FERNANDES, D. (1996):

Aspects of the Ecology and Psychology of Feeding and Foraging.

in: HARRIS, H. (Hrsg.), KLEIMAN, D. G., ALLEN, M. E., THOMSON, K. V.,

LUMPKIN, S.: Wild Mammals in Captivity. Principles and Techniques.

University of Chicago Press, Chicago, London, 372-276

FINK, G. W. (2000):

Stall- und Parcourbau.

in: THEIN, P. (Hrsg.): Handbuch Pferd.

BLV-Verlag, München

GANSLOBER, U. (2008):

Beschäftigung und Verhaltensbereicherung für Großraubtiere - wie aus Ökoethologie
Tierschutz werden kann.

in: ATF (Hrsg.) u. TVT: Haltung und Pflege von Tieren in Zirkus und Zoo.

Fortbildungsveranstaltung, München

GEISER, M. (2006):

Vom Wildtier zum Haustier.

in: BUNDESAMT FÜR VETERINÄRWESEN (Hrsg.): Wildtiere - gehegt, gejagt,
gehandelt.

BVET-Magazin 6/2006, S. 2-5

Bundesamt für Veterinärwesen, Bern

GOETSCHEL, A. F. (2002):

Tierschutzgesetz-Kommentar. Achter Abschnitt - Zucht, Halten von Tieren, Handel
mit Tieren §11.

in: KLUGE, H. G. (Hrsg.), GOETSCHEL, A. F., HARTUNG, J., VON LOEPER, E.,
ORT, J. D. u. RECKEWELL, K.: Tierschutzgesetz. Kommentare.

Verlag Kohlhammer, Stuttgart, S. 251

GÖTZ, H. J. (2006):

Stellungnahme eines Sachverständigen.

in: AUSSCHUSS FÜR ERNÄHRUNG; LANDWIRTSCHAFT UND

VERBRAUCHERSCHUTZ: Wortprotokoll (16/30) der 30. Sitzung, Öffentliche
Anhörung zum Thema „Haltung, Nutzung und Ausbildung von Tieren im Zirkus“.

Deutscher Bundestag, Ausschuss 10, S. 29-30

[Internet: URL:

http://www.tierschutzbund.de/fileadmin/mediendatenbank_free/Positionspapiere/Wortprotokoll.pdf]

GROUPE PARLEMENTAIRE DÉI GRÉNG (2003):

13 Forderungen für ein neues Jagdgesetz.

Groupe Parlementaire déi gréng, Luxemburg S. 4

[Internet: URL:

<http://www.greng.lu/files/documentcenter/x20030710-Jagdgesetz13Forderungen.pdf>]

GRUBER, T. M., FRIEND, T. H., GARDNER, J. M., PACKARD, J. M., BEAVER, B. u. BUSHONG, D. (2000):

Variation of Stereotypic Behaviour related to restraint in Circus Elephants.

Zool. Biology 19, 209-221

GSANDTER, H., PECHLANDER, H. u. SCHWAMMER, H. (1996):

Richtlinien für die Haltung von Wildtieren in Zirkusunternehmen.

Wiener Umweltschutzgesellschaft, Wien

GÜNTHER, E. u. WINKLER, D. (1986):

Zirkusgeschichte. Ein Abriß der Geschichte des deutschen Zirkus.

Henschelverlag, Berlin

GYLSTORFF, I. u. GRIMM, F. (1998):

Vogelkrankheiten.

2. Aufl. Verlag Ulmer, Stuttgart

HAARHAUS, J. R. (1906):

Menagerien und Tierschaustellungen in früherer Zeit.

Velhagen & Klasings Monatshefte 3, S. 337 - 353

HACHET-SOUPLET, P. (1898):

Die Dressur der Thiere: mit besonderer Berücksichtigung der Hunde, Affen, Pferde, Elephanten und der wilden Thiere.

Verlag Olms, Hildesheim

HACKBARTH, H. u. LÜCKERT, A. (2002):

Tierschutzrecht. Praxisorientierter Leitfaden.

2. Auflage Verlagsgruppe Jehle Rehm, München, S. 9-11

HAFEZ, E. S. E. (1969):

zit. nach: BEAVER, B. V. (1994): The veterinarian's encyclopedia of animal behaviour.

Iowa State University Press

HANKE, H. u. KRAUSE, G. (1971):

Das Abenteuer der Manege. Mit Gauklern, Clowns und Zirkustieren durch die Jahrhunderte.

Henschelverlag, Berlin

HEDIGER, H. (1942):

Wildtiere in Gefangenschaft. Ein Grundriss der Tiergartenbiologie.

Verlag Schwabe, Basel, S. 15-17, 36

HEDIGER, H. (1961):

Beobachtungen zur Tierpsychologie im Zoo und im Zirkus.

Verlag Reinhardt, Basel

HEDIGER, H.:

zitiert nach: CANDIDUS, D. (2008): Papiertiger sind langweilig...

Gesellschaft der Circusfreunde in Deutschland e. V., Kirchheimbolanden

HEMMER, H. (1983):

Domestikation: Verarmung der Merkwelt.

Vieweg Verlag Braunschweig, Wiesbaden

HERRE, W. u. RÖHRS, M. (1971):

Domestikation und Stammesgeschichte.

in: **HEBERER, G. (Hrsg.):** Die Evolution der Organismen. Ergebnisse und Probleme der Abstammungslehre. Band II/2

3. Aufl. Fischer Verlag, Stuttgart, Bd. II/2

HERRE, W., u. RÖHRS, M. (1990):

Haustiere - zoologisch gesehen.

2. Aufl. Verlag Gustav Fischer, Stuttgart, New York

HIRT, A., MAISACK, C. u. MORITZ, J. (2007):

Tierschutzgesetz. Vahlens Kommentare.

2. Aufl. Verlag Ahlen, München, S. 166-167, 370, 474

HI-TIER (2008):

Schaf- und Ziegendatenbank, Schweinedatenbank, Rinderdatenbank.

Herkunftssicherungs- und Informationssysteme für Tiere, München

[Internet: URL: <http://www.hi-tier.de/info99.html>]

HOLBEIN, M. (1978):

Der Circus und das Theater des 20. Jahrhunderts.

in: Zirkus, Circus, Cirque: 28. Berliner Festwochen 1978.

National Galerie, Berlin

IMMELMANN, K. (1982):

Wörterbuch der Verhaltensforschung.

Verlag Parey, Berlin, Hamburg, S. 264

JOHNSON, W. (1994):

The Rose-Tinted Menagerie.

Heretic Books, London

KIEROMIN, K. (2004):

Zirkus als pädagogisches Medium in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.
Fachhochschule Frankfurt a. Main, Diplomarbeit

KIESWETTER, B. (1992):

Stereotypes Verhalten am Beispiel von Großkatzen in Zoologischen Gärten:
Erscheinungsformen, Begriffsabgrenzung, Analyse und praktische
Schlussfolgerungen.

zit. nach: GANSLOBER, U. (2008): Beschäftigung und Verhaltensbereicherung für
Großraubtiere - wie aus Ökoethologie Tierschutz werden kann.

in: ATF (Hrsg.) u. TVT: Haltung und Pflege von Tieren in Zirkus und Zoo.
Fortbildungsveranstaltung, München

KILEY- WORTHINGTON, M. (1990a):

zit. nach: VON SACHSEN-COBURG U. GOTHA, V. (2003): Berichte aus
Forschungsprojekten der Mehl-Mühlens-Stiftung. Zur Bewertung der
Tiergerechtigkeit beim Umgang mit Pferden für den Bereich des Galopprennsport.
Cuvillier Verlag, Göttingen

KILEY- WORTHINGTON, M. (1990b):

Animals in Circuses and Zoos: Chiron`s World?
Little Eco-Farms Publishing, Basildon

KLUGE, H. G. (2002):

Tierschutzgesetz-Kommentar. Elfter Abschnitt - Durchführung des Gesetzes §§16 u.
16a.

in: KLUGE, H. G. (Hrsg.), GOETSCHER, A. F., HARTUNG, J., VON LOEPER, E.,
ORT, J. D. u. RECKEWELL, K.: Tierschutzgesetz. Kommentare.
Verlag Kohlhammer, Stuttgart, S. 295

KÖBER, R. (2002):

Theorie und Realität der Verfassungsprinzipien und Staatszielbestimmungen II:

Demokratieprinzip, Bundesstaatsprinzip, Staatsziel Umweltschutz.

Inst. f. Politikwissenschaft, Münster, S. 3

[Internet: URL: <http://www.familienfreundliche-personalpolitik.de/Prinzipien%20II.doc>]

KÖLLE, P., u. MORITZ, J. (2006):

Tierschutzrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit Haltung, Transport und Verfütterung von Futtertieren in der Terraristik.

Amtstierärztlicher Dienst und Lebensmittelkontrolle 13 -2/2006, S. 103-106

KORRIES, O. C. (2003)

Untersuchung pferdehaltender Betriebe in Niedersachsen. Bewertung unter dem Aspekt der Tiergerechtheit, bei Trennung in verschiedenen Nutzungsgruppen und Beachtung haltungsbedingter Schäden.

Hannover, Tierärztl. Hochsch. Diss.

KRÄMER, E. M. (2002):

Der neue Kosmos-Hundeführer. Mit allen 338 FCI-Rassen und 100 zusätzlichen Rassen.

4. Aufl. Verlag Kosmos, Stuttgart

KRAUSE, G. (1969):

Die Schönheit der Zirkuskunst.

Henschelverlag, Berlin

KROHN, U. (2000):

Die Entwicklung der Mensch - Tier Beziehung bei Kindern.

Berlin, Univ. veterinärmed. Diss., S. 37 - 38

KRUG, R., WINKLER, G. u. WINKLER, D. (2005):

Zirkusplakate: Zirkusse in Mitteldeutschland im Spiegel ihrer Plakate von 1946 bis 1990.

Books on Demand, Norderstedt

KUSNEZOW, J. (1970):

Der Zirkus der Welt.

Henschelverlag, Berlin

LANA (2006):

Vollzugshinweise zum Artenschutzrecht.

Länder-Arbeitsgemeinschaft, Bundesamt für Naturschutz, Bonn

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ (2004):

Tierschutzbericht 2002/2003.

Drucksache 14/3278

Landtag Rheinland-Pfalz

LANGENHORST, T. (1998):

Das Verhaltensrepertoire einer Braunbärengruppe (*Ursus arctos*) mit Behavioural-Enrichment im Tiergarten Hellabrunn/Salzburg.

Zool. Garten N. F. 68, S. 167-186

Fischer Verlag, Jena

LINE, S. W., MARKOWITZ, H., MORGAN, K. N. u. STRONG, S. (1989):

Evaluation of attempts to enrich the environment of single-caged nonhuman primates.

in: DRISCOLL, J. W.: Animal care and use in behavioural research: Regulations, Issues and Applications, S. 103-117.

National Agricultural Library, Beltsville

LORZ, A. (Hrsg.) u. METZGER, E. (2008):

Tierschutzgesetz. Kommentar.

6. Aufl. Verlag Beck, München

MACDONALD, D. W. (2006):

The Encyclopedia of Mammals.

Oxford University Press

MACHO, T. (2001):

Zoologiken. Tierpark, Zirkus und Freakshow.

in: FISCHER, H. (Hrsg.): Theater Peripherien. Konkursbuch 35.

Konkursbuchverlag Gehrke, Tübingen

MARKOWITZ, H. (1998):

Enrichment for Animals.

in: BEKOFF, M. (Hrsg.) u. MEANEY, C. A.: Encyclopedia of Animal Rights and Animal Welfare.

Greenwood Press, Westport, Connecticut

MARTIN, M. u. SCHMITZ, J. (2005):

Hessisches Zirkus-Handbuch für den tierschutzrechtlichen Vollzug.

Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz

MASON, G. J. (1991):

Stereotypes: a critical review.

Anim. Behav. 41, 1015-1037

MEISTER, J. (1996):

Environmental Enrichment.

in: GANSLOSSER, U. (Hrsg.): Kurs Tiergartenbiologie.

Verlag Filander, Fürth

MEYERS LEXIKON ONLINE (2008):

Exotisch.

[Internet: URL: <http://lexikon.meyers.de/meyers/Exotisch>]

MEYERS LEXIKON ONLINE (2008):

Zirkus.

[Internet: URL: <http://lexikon.meyers.de/meyers/Zirkus>]

MÜLLER, G. (2007):

Zirkusregister vereinfacht die Kontrollen.

Pressemitteilung 30.11.2007, 196

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

MÜHLING, P. (1996):

Artgerecht - tiergerecht: Bemerkungen zur Diskussion der Haltungproblematik.

in: Gansloßer, U. (Hrsg.): Kurs Tiergartenbiologie.

Filander Verlag, Fürth

NACHTSHEIM, H. u. STENGEL, H. (1977):

Vom Wildtier zum Haustier.

3. Aufl. Verlag Parey, Berlin, Hamburg

NAGEL, S. (2008):

Schaubuden. Geschichte und Erscheinungsformen.

[Internet: URL:

http://www.schaubuden.de/Schaubuden_Dateien/Schaubuden_Dateien_pdf/f%20Kapitel%205%20Menagerien.pdf]

NOEL, D. (Hrsg.), GRANFIELD, L., DAHLINGER, F. u JANDO, D. (2008):

The Circus, 1870-1950

Verlag Taschen, Paris, Tokyo, Hong Kong, Köln, Madrid, Los Angeles, London

ORT, J. D u. RECKEWELL, K. (2002):

Tierschutzgesetz-Kommentar. Zweiter Abschnitt - Tierhaltung §3.

in: KLUGE, H. G. (Hrsg.), GOETSCHEL, A. F., HARTUNG, J., VON LOEPER, E.,
ORT, J. D. u. RECKEWELL, K.: Tierschutzgesetz. Kommentare.

Verlag Kohlhammer, Stuttgart, S. 135 - 136

PARASCHKEWOW, B. (2004):

Wörter und Namen gleicher Herkunft und Struktur: Lexikon etymologischer Dubletten
im Deutschen.

Verlag de Gruyter, Berlin

PFEIFFER, J. u. TRIPHAUS-BODE, M. (2007):

Tierschutzrechtliche Aspekte der Elefantenhaltung im Zirkus aus Sicht der TVT.

Amtstierärztlicher Dienst und Lebensmittelkontrolle, 14 - 3/2007, S. 183-185

PFLAUMER, P., HEINE, B. u. HARTUNG, J. (2005):

Statistik für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Deskriptive Statistik: Lehr- und
Übungsbuch.

3. Aufl. Wissenschaftsverlag Oldenbourg, München

POLLMANN, U. (2001):

Die neuen Zirkusleitlinien - Beurteilung der Haltung von Zirkustieren.

in: TVT (Hrsg.): Vollzug des Tierschutzgesetzes in Zirkusbetrieben.

Tagungsband, Fortbildungsveranstaltung des Arbeitskreises 7 (Zirkus und Zoo),
Mannheim

PUSCHMANN, W. (2004):

Zootierhaltung. Tiere in menschlicher Obhut. Säugetiere.

4. Auflage, Verlag Deutsch, Frankfurt a. Main

RADFORD, M. (2007):

Wild Animals in Travelling Circuses. The Report of the Chairman of the Circus Working Group.

DEFRA (Department for Environment, Food and Rural Affairs), London

RENNER, M. J. u. LUSSIER, J. P. (2001):

Environmental enrichment for the captive spectacled bear.

Dep. of Psychol., West Chester University, USA

RICHTER, T. (1999):

Tierschutz und Wildtiere.

in: DVG (Hrsg.): Tierschutz und Wildtiere., Tagung der Fachgruppen Tierschutzrecht, Tierzucht, Erbpathologie und Haustiergenetik in Verbindung mit der FH Nürtingen, Nürtingen

RODEWALD, A. (1989):

Fehler bei der Haltung und Nutzung als Schadensursache bei Pferden in Reitbetrieben.

Univ., tierärztl. Fakultät, München, Diss.

ROSENBERGER, G., DIRKSEN, G. (Hrsg.), GRÜNDER, H-D. (Hrsg.) u. STÖBER, M. (Hrsg.) (1990):

Die klinische Untersuchung des Rindes.

3. Auflage, Verlag Parey, Berlin, Hamburg, S. 125-127

SAMBRAUS, H. H. (1982):

Ethologische Grundlagen einer tiergerechten Nutztierhaltung.

in: FÖLSCH, D. W. u. NABHOLZ, A. (Hrsg.): Ethologische Aussagen zur artgerechten Nutztierhaltung.

Verlag Birkhäuser, Basel, Boston, 13, S. 23-41

SAMBRAUS, H. H. (1997):

Normalverhalten und Verhaltensstörungen.

in: SAMBRAUS, H. H. (Hrsg.) u. STEIGER, A. (Hrsg.):

Das Buch vom Tierschutz.

Verlag Enke, Stuttgart, S. 57-69

SAMBRAUS, H. H. (2001):

Farbatlas Nutztierassen.

6. Aufl. Verlag Ulmer, Stuttgart

Saxon, A. H. (Hrsg.), PARKINSON, R. L., HIPPLESLEY COXE, A. D. u. HOH, L. G.

(2008):

Circus (theatrical entertainment).

Encyclopaedia Britannica Online

[Internet: URL:

[http://www.britannica.com/EBchecked/topic/118480/circus#tab=active~checked%2Citems~checked&title=circus%20--%20Britannica%20Online%20Encyclopedia\]](http://www.britannica.com/EBchecked/topic/118480/circus#tab=active~checked%2Citems~checked&title=circus%20--%20Britannica%20Online%20Encyclopedia)

SCHÄDLICH, M. (2002):

Die Entwicklung von Haltungsbedingungen von Wildtieren im Freistaat Sachsen im Zeitraum von 1996 bis 2001 unter besonderer Berücksichtigung der Haltungsbedingungen von Großbären (Ursidae).

Univ., Veterinärmed. Fak., Leipzig, Diss.

SCHMID, J. (2006):

Verhalten Asiatischer Elefanten (*Elephas maximus*) im Zoo und Zirkus. Indikatoren für deren Befindlichkeit.

Schöningh Verlag, Münster

SCHMIDT, D. (2001):

Atlas der Schlangen: Biologie, Arten, Terraristik.

Bede-Verlag, Ruhmannsfelden

SCHMITT, W. C. u. DEGENER, V. W. (1991):

Zirkus. Geschichte und Geschichten.

Verlag Lentz, München

SCHNAPP, S., ZACHARIAS, W. (Hrsg.) (2000):

Zirkuslust. Zirkus macht stark und ist mehr... Zur kulturpädagogischen Aktualität einer Zirkuspädagogik.

LKD-Verlag, Unna

SCHRAMEK, H. G. u. BILLIG, I. (1983):

Erklär mir den Zirkus.

Verlag Piper, München

SCHULZ, K., EHLERT, H. H. u. WINTER, K. (1988):

Das Circus-Lexikon: Begriffe rund um die Manege.

Verlag Greno, Nördlingen

STAATSMINISTERIUM BADEN-WÜRTTEMBERG (Hrsg.) (2006):

Gesetzesantrag des Landes Baden-Württemberg. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes.

Drucksache 228/06, vom 29.03.06

Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft, Köln

STAUFFACHER, M. (1998):

15 Thesen zur Haltungsoptimierung im Zoo.

Zool. Garten N. F. 68, S. 201-218

Fischer Verlag, Jena

THOMAS, E. M. (2002):

Theater in der Zirkuskuppel. Wie theatrale Gestaltungsmittel in traditionellen und modernen Zirkusprogrammen eingesetzt werden.

Univ., München, Magisterarbeit

TIERSCHUTZOMBUTSSTELLE WIEN (2005):

Position der Tierschutzombutsstelle Wien zum Mahnschreiben der EU-Kommission betreffend das Verbot der Haltung und Mitwirkung von Wildtieren in Zirkussen.

Tierschutzombutsstelle, Wien

[Internet: URL: http://www.tieranwalt.at/upload/files/tow_wildtiere_zirkus.pdf]

TIERSEUCHENKASSE NORDRHEIN-WESTFALEN (2008):

HIT - Herkunftssicherungs- und Informationssystem Tiere.

Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

[Internet: URL:

<http://www.landwirtschaftskammer.de/fachangebot/tierseuchenkasse/nummer/hit/index.htm>]

TRIPHAUS-BODE, M. (2007):

Gesetzliche Grundlagen und Zukunftsperspektiven für die Circustierhaltung.

in: DVG: Tagung der Deutschen Gesellschaft für Zootier-, Wildtier-, und Exotenmedizin. Tiermedizinische Betreuung von Circus-Tieren, Freiburg, 2007

TSCHANZ, B. (1993):

Erkennen und Beurteilen von Verhaltensstörungen mit Bezugnahme auf das Bedarfs-Konzept.

in: FÖLSCH, D. W. (Hrsg.): Leiden und Verhaltensstörungen bei Tieren. Grundlagen zur Erfassung und Bewertung von Verhaltensabweichungen.

Tierhaltung 23, Birkhäuser Verlag, Basel, Boston, Berlin

TVT (Hrsg.) (1998):

Empfehlungen zur Haltung von Hauskatzen.

Merkblatt Nr. 43

Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V., Bramsche

TVT (2000):

Differenzprotokoll der Tierärztlichen Vereinigung Tierschutz (TVT).

in: BMELV (Hrsg.): Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

TVT (Hrsg.) (2000):

Checkliste zur Überprüfung der Kleinsäugerhaltung im Zoofachhandel.

Merkblatt Nr. 46

Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V., Bramsche

TVT (Hrsg.) (2001):

Meerschweinchen. Checklisten zur Heimtierhaltung (83).

Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V., Bramsche

TVT (Hrsg.) (2001):

Zirkustiere. Loseblatt-Sammlung für die tierschutzrechtliche Überprüfung.

Merkblatt Nr. 39

Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V., Bramsche

TVT (Hrsg.) (2003):

Artgerechte Ziegenhaltung.

Merkblatt Nr. 93

Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V., Bramsche

TVT (Hrsg.) (2004):

Kaninchen. Checklisten zur Heimtierhaltung (83).

Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V., Bramsche

UHLEMANN, M. (2007):

Aktuelle Gastspieltermine in Deutschland.

in: [Internet: URL: www.circus-gastspiele.de]

UMWELTMINISTERIUM SCHLESWIG-HOLSTEIN (2003):

Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben und ähnlichen Einrichtungen.

Stellungnahme des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Kiel

VON LOEPER, E. (2002):

Einführung in das Recht der Mensch-Tier-Beziehung. IV. Tierschutzgesetz und deutsches Verfassungsrecht.

in: KLUGE, H. G. (Hrsg.), GOETSCHER, A. F., HARTUNG, J., VON LOEPER, E., ORT, J. D. u. RECKEWELL, K.: Tierschutzgesetz. Kommentare.

Verlag Kohlhammer, Stuttgart, S. 57-58

VON SACHSEN-COBURG U. GOTHA, V. (2003):

Berichte aus Forschungsprojekten der Mehl-Mühlens-Stiftung. Zur Bewertung der Tiergerechtigkeit beim Umgang mit Pferden für den Bereich des Galopprennsport.

Cuvillier Verlag, Göttingen

WAGNER, - (1994):

zit. nach: MÜHLING, P. (1996): Artgerecht - tiergerecht: Bemerkungen zur Diskussion der Haltungproblematik.

in: Gansloßer, U. (Hrsg.): Kurs Tiergartenbiologie.

Filander Verlag, Fürth

WEBPORTAL EUROPÄISCHE UNION (2008):

Veterinärkontrollen, tierseuchenrechtliche Vorschriften und Lebensmittelhygiene: System TRACES.

Europa - Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union. Zusammenfassungen der Gesetzgebungen.

[Internet: URL: <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/f84009.htm>]

WECHSLER, B. (1993):

Verhaltensstörungen und Wohlbefinden: ethologische Überlegungen.

in: FÖLSCH, D. W. (Hrsg.): Leiden und Verhaltensstörungen bei Tieren. Grundlagen zur Erfassung und Bewertung von Verhaltensabweichungen.

Tierhaltung 23, Birkhäuser Verlag, Basel, Boston, Berlin

WECHSLER, B. (1994):

Zur Stabilität von Bewegungsstereotypen bei Eisbären.

Zool. Garten N. F. 64, S. 25-34

WERMUTH, H., MARTENS, R. u. OBST, J. (1996):

Schildkröten, Krokodile, Brückenechsen.

Verlag Fischer, Jena

WOLFF, M. (1993):

Kann man Leiden von Tieren naturwissenschaftlich erfassen?

in: FÖLSCH, D. W. (Hrsg.): Leiden und Verhaltensstörungen bei Tieren. Grundlagen zur Erfassung und Bewertung von Verhaltensabweichungen.

Tierhaltung 23, Birkhäuser Verlag, Basel, Boston, Berlin

WYATT, J. R. u. ELTRINGHAM, S. K. (1974):

The daily activity of the elephant in the Rwenzori National Park, Uganda.

East Afric. Wildl. Journ. 12, S. 273-89

YERKES, R. M. u. LEARNED, B. (1925):

Chimpanzee intelligence and its vocal expressions.

zit. nach: TUDGE, C. (1992):

Last Animals at the Zoo. How Mass Extinction can be stopped.

Island Press, Washington D. C., Covelo

ZEEB, K. (1997):

Pferd.

in: SAMBRAUS, H. H. (Hrsg.) u. STEIGER, A.: Das Buch vom Tierschutz.

Enke Verlag, Stuttgart, S. 160-172

ZEEB, K. (2001):

Wie man Tiere im Zirkus ausbildet.

Enke Verlag, Stuttgart

**ZEITLER-FEICHT, M. H., BOHNET, W., DÜE, M., ESSER, E., FRANSKY, A. u.
POLLMANN, U. (2005):**

Positionspapier zu den „Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten“.

Arbeitskreis 11 - Pferde.

Tierärztliche Vereinigung Tierschutz e. V., Bramsche

8.2 Gesetze und Verordnungen

1949

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

BGBI. I S. 1

1973

Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES; Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA))

1997

Verordnung über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (Artenschutzverordnung (EG) Nr. 338/97)

ABl. EG Nr. L 61 S. 1

1997

Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport (Tierschutztransportverordnung - TierSchTrV)

BGBI. I S. 1337

2000

Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes (AVV TierSchG)

2001

Tierschutz-Hundeverordnung (TierSchHuV)

BGBI. S. 530

2002

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG)

BGBI. I S. 1193

2002

Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

BGBI. I S. 42, ber. S. 2909, 2003 I S. 738

2004

Tierseuchengesetz (TierSG)

BGBI. I 1230; 3588

2005

Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen (VO (EG) Nr. 1/2005)

2005

Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV)

BGBI. I Nr. 11 S. 258

2005

Österreichisches Tierschutzgesetz (TSchG): Bundesgesetz über den Schutz der Tiere

BGBI. I Nr. 118/2004 Art. 2

2005

Verordnung zur Festlegung der Veterinärbedingungen für die Verbringung von Zirkustieren zwischen Mitgliedstaaten (VO (EG) 1739/2005)

ABl. EG Nr. L 279/47

2006

Tierschutzgesetz (TierSchG)

BGBI. I S. 1206

2006

Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels ((EG) Nr. 865/2006)

ABl. EG Nr. L 166, S. 1

2007

Verordnung zum Schutz gegen die Verschleppung von Tierseuchen im Viehverkehr
Viehverkehrsverordnung - ViehVerkV)

BGBI. I 1274

2008

Verordnung über die Registrierung von Erlaubnissen zur Zurschaustellung von Tieren an wechselnden Orten (Zirkusregisterverordnung - ZirkRegV)

BGBI. I S. 376

9 Anhang

Zirkus	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	Tiere gesamt
Tierarten																										
Paarhufer																										
Kamele																										
Trampeltiere	2	7	1	11	25			2	6	4		1			6	1			6			4		8	6	90
Dromedare			1								2	4						2				5		5		19
Lamas	3	13	10		11	3		6	4	6	1	3	6		6				6			1		4		83
Alpakas												1													1	2
Guanakos																3								1		4
Kleinkamele - Mixe						1							2												2	5
<i>Kameliden gesamt</i>	5	20	12	11	36	4		8	10	10	3	9	8		12	4		2	12			10		18	9	203
Hornträger																										
Ziegen	3	4	14				9		19	4	4	6			6		14		8	6		2				99
Schafe			1																2							3
Rinder			2													2										4
Antilopen																			2							2
<i>Hornträger gesamt</i>	3	4	17				9		19	4	4	6			6	2	14		12	6		2				108
Giraffen																										
Giraffen					1				2																2	5
<i>Giraffen gesamt</i>					1				2																2	5
Schweine																										
Hausschweine			1							2						12			7							22
Wildschweine										1									1							2
<i>Schweine gesamt</i>			1							3						12			8							24
Flusspferde																										
Flusspferde										1															1	2
Zwergflusspferde																1										1
<i>Flusspferde gesamt</i>										1						1									1	3

Zirkus	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	Tiere gesamt	
Tierarten																											
Unpaarhufer																											
Pferdeartige																											
Pferde		7		5	24	4	2	6	15	51	4				5	5	2	8	7		8	8		14	14	189	
Ponys	14	14	8	17	7		6	5	4	13	3	14	1		10		8		25	3	1	5		10	3	171	
Maultiere / -esel			2				1																			3	
Esel	1	1	2							1		6	1				1		2			2			1	18	
Zebras				1	3			2		4									2					4	1	17	
Pferdeartige gesamt	15	22	12	23	34	4	9	13	19	69	7	20	2		15	5	11	8	36	3	9	15		28	19	398	
Nashörner																											
Nashörner					1																			1	1	3	
Nashörner gesamt					1																			1	1	3	
Raubtiere																											
Hundeartige																											
Hunde	2	3		10		11		2	8	14	6	3	2	1	7		1		1				1	3		75	
Rotfüchse						2																				2	
Hundeartige gesamt	2	3		10		13		2	8	14	6	3	2	1	7		1		1				1	3		77	
Katzenartige																											
Hauskatzen						4																				4	
Tiger				3	5	3		4										5	11				1	11	7	50	
Löwen				4		3		4		14	1												7			33	
Liger											9															9	
Katzenartige gesamt				7	5	10		8		14	10							5	11				8	11	7	96	

Zirkus	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	Tiere gesamt
Tierarten																										
<i>Ohrenrobben</i>																										
Kalifornische Seelöwen								2								2										4
Mähnenrobben																2										2
<i>Ohrenrobben gesamt</i>								2								4										6
<i>Großbären</i>																										
Braunbären					2													9								11
<i>Großbären gesamt</i>					2													9								11
<i>Kleinbären</i>																										
Nasenbären												1														1
<i>Kleinbären gesamt</i>												1														1
Primaten																										
<i>Menschenaffen</i>																										
Schimpansen				1																						1
<i>Menschenaffen gesamt</i>				1																						1
<i>Meerkatzenverwandte</i>																										
Rhesusaffen		2							3						1											6
Berberaffen			1				2								2											5
Schweinsaffen										3																3
Hundspavian			1																							1
<i>Meerkatzenverwandte gesamt</i>		2	2				2		3	3					3											15

Zirkus	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	Tiere gesamt	
Tierarten																											
Rüsseltiere																											
Elefanten																											
Afrikanische Elefanten					4					3					1										6	14	
Asiatische Elefanten	1				3			3		5					1											13	
Elefanten gesamt	1				7			3		8					2										6	27	
Beuteltiere																											
Kängurus																											
Bennettkängurus	2											1														3	
Rotes Riesenkänguru								1																		1	
Kängurus gesamt	2							1				1														4	
Nagetiere																											
Meerschweinchen																											
Meerschweinchen								7																		7	
Meerschweinchen gesamt								7																		7	
Mäuseartige																											
Mäuse - Futtertiere																		2								2	
Ratten - Futtertiere																		11								11	
Mäuseartige gesamt																		13								13	
Stachelschwein- verwandte																											
Stachelschwein		1																								1	
Stachelschweine ges.		1																								1	

Zirkus	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	Tiere gesamt
Tierarten																										
Hasenverwandte																										
Hasen																										
Hauskaninchen							8																	1		9
Hauskaninchen – Futtertiere																				2						2
<i>Hasentiere gesamt</i>							8													2				1		11
Vögel																										
Taubenvögel																										
Tauben		8				34	14	15								14										85
<i>Taubenvögel gesamt</i>		8				34	14	15								14										85
Entenvögel																										
Enten						31													18							49
Gänse						2									3										10	15
<i>Entenvögel gesamt</i>						33									3				18						10	64
Papageien																										
Papageien						10		8		3						1										22
<i>Papageien gesamt</i>						10		8		3						1										22
Greifvögel																										
Geier						1																				1
<i>Greifvögel gesamt</i>						1																				1
Flachbrustvögel																										
Emus								2																		2
<i>Flachbrustvögel gesamt</i>								2																		2

Zirkus	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	Tiere gesamt	
Tierarten																											
Reptilien																											
Schuppenkriechtiere																											
Riesenschlangen		1		8										2			19		1							31	
Schuppenkriechtiere gesamt		1		8										2			19		1							31	
Krokodile																											
Alligatoren				2														2								4	
Krokodile gesamt				2														2								4	
Tiere / Zirkus gesamt	28	61	44	62	86	109	49	62	61	129	30	40	12	1	50	43	26	58	98	12	9	27	9	62	55	1223	

Tab. 49: Tierbestände einzelner Zirkusse

Danksagung

Sehr herzlich danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Hansjoachim Hackbarth für die Überlassung des sehr interessanten Themas, seine stete Hilfsbereitschaft und immer freundliche Unterstützung bei der Anfertigung dieser Arbeit.

Allen Mitarbeitern und Doktoranden des Institutes für Tierschutz und Verhalten der Tierärztlichen Hochschule Hannover danke ich für die guten Ideen und die gute Stimmung während der Dienstbesprechungen, sie hatten immer ein offenes Ohr für meine Belange. Insbesondere möchte ich Helge Stelzer, Astrid Zimmermann und Dr. Willa Bohnet danken, sie haben mir mit Informationen, allgemeinen Fragen zur Organisation und technischen Hilfestellungen zur Verfügung gestanden.

Mein besonderer Dank gilt allen Amtstierärzten, die sich für meine Studie engagiert und mich durch den praktischen Teil meiner Arbeit begleitet haben und den Zirkusunternehmen, ohne die diese Arbeit nicht zustande gekommen wäre.

Einen weiteren Dank möchte ich Herrn Dr. Udo Gansloßer, der mir in fachlichen Fragen weitergeholfen hat, aussprechen. Auch Herrn Dr. Rohn aus dem Institut für Biometrie, Epidemiologie und Informationsverarbeitung der Tierärztlichen Hochschule Hannover sei gedankt für die Hilfe bei der Datenverarbeitung.

Frauke danke ich herzlichst nicht nur für das zeitaufwendige Korrekturlesen. Die kritischen Anmerkungen aber auch bestärkenden Worte haben mich auch während der Arbeit häufig motiviert.

Unersetzlich waren auch Alex und Maria für mich. Die Beiden haben mich immer wieder moralisch und auch fachlich unterstützt. Auch Katja danke ich, sie hatte immer noch einen Tipp mehr.

Ursel und Erwin möchte ich für ihre oft spontane Hilfsbereitschaft danken.

Meiner Familie möchte ich besonderen Dank aussprechen.

Das fortwährende Vertrauen meiner Eltern sowie die ständige Unterstützung in alle Lebenslagen waren mir schon während des Studiums eine unentbehrliche Hilfe. Ralph hat mir mit Geduld und Verständnis immer zur Seite gestanden und viel dazu beigetragen auch stressige Phasen leichter zu überstehen.

Dies ist der Cache von Google von <http://conventions.coe.int/treaty/ger/Treaties/Html/125.htm>. Es handelt sich dabei um ein Abbild der Seite, wie diese am 7. Sept. 2014 14:13:05 GMT angezeigt wurde. Die [aktuelle Seite](#) sieht mittlerweile eventuell anders aus. [Weitere Informationen](#)
Tipp: Um Ihren Suchbegriff schnell auf dieser Seite zu finden, drücken Sie **Strg+F** bzw. **⌘-F** (Mac) und verwenden Sie die Suchleiste.

[Nur-Text-Version](#)



Europäisches Übereinkommen zum Schutz von Heimtieren

Straßburg/Strasbourg, 13.XI.1987

English
Übersetzungen

Amtliche Übersetzung Deutschlands

Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarates, die dieses Übereinkommen unterzeichnen,

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarates ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen;

in der Erkenntnis, daß der Mensch die ethische Verpflichtung hat, alle Lebewesen zu achten, und eingedenk der besonderen Beziehung des Menschen zu den Heimtieren;

in Anbetracht der Bedeutung der Heimtiere wegen ihres Beitrags zur Lebensqualität und ihres daraus folgenden Wertes für die Gesellschaft;

in Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich aus der großen Vielfalt der vom Menschen gehaltenen Tiere ergeben;

in Anbetracht der Gefahren, die sich bei einer zu großen Zahl von Heimtieren für Hygiene, Gesundheit und Sicherheit des Menschen und anderer Tiere ergeben;

in der Erwägung, daß die Haltung von Exemplaren wildlebender Tiere als Heimtiere nicht gefördert werden sollte;

im Bewußtsein der unterschiedlichen Bedingungen, die für den Erwerb, die Haltung, die gewerbsmäßige und nicht gewerbsmäßige Zucht sowie für die Weitergabe von Heimtieren und den Handel mit Heimtieren gelten;

in dem Bewußtsein, daß Heimtiere nicht immer unter Bedingungen gehalten werden, die ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden fördern;

in der Erkenntnis, daß die Einstellung zu Heimtieren sehr unterschiedlich ist, manchmal wegen eines Mangels an Wissen und Bewußtsein;

in der Erwägung, daß eine gemeinsame grundlegende Richtschnur für Einstellung und Umgang, die zu einem verantwortungsvollen Verhalten der Eigentümer von Heimtieren führt, ein nicht nur wünschenswertes, sondern auch realistisches Ziel ist,

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel I – Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

1. Der Ausdruck Heimtier bezeichnet ein Tier, das der Mensch insbesondere in seinem Haushalt zu seiner eigenen Freude und als Gefährten hält oder das für diesen Zweck bestimmt ist.
2. Der Ausdruck Handel mit Heimtieren bezeichnet alle in größerem Umfang getätigten, auf Gewinnerzielung gerichteten ordentlichen Handelsgeschäfte, die mit einem Wechsel des Eigentums an Heimtieren verbunden sind.
3. Der Ausdruck gewerbsmäßige Zucht und Haltung bezeichnet die überwiegend auf Gewinnerzielung gerichtete Zucht oder Haltung in größerem Umfang.
4. Der Ausdruck Tierheim bezeichnet eine nicht auf Gewinnerzielung gerichtete Einrichtung, in der Heimtiere in größerer Anzahl gehalten werden können. Soweit es die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und/oder Verwaltungsmaßnahmen zulassen, kann eine solche Einrichtung auch streunende Tiere aufnehmen.
5. Der Ausdruck streunendes Tier bezeichnet ein Heimtier, das entweder kein Zuhause hat oder sich außerhalb der Grenzen des Haushalts seines Eigentümers oder Halters aufhält und nicht unter der Kontrolle oder unmittelbaren Aufsicht eines Eigentümers oder Halters befindet.
6. Der Ausdruck zuständige Behörde bezeichnet die von dem Mitgliedstaat benannte Behörde.

Artikel 2 – Geltungsbereich und Durchführung

1. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens zu treffen in Bezug auf:
 - a. Heimtiere, die von einer natürlichen oder juristischen Person in einem Haushalt oder in einer Einrichtung für den Handel oder die gewerbsmäßige Zucht und Haltung sowie in Tierheimen gehalten werden;
 - b. gegebenenfalls streunende Tiere.
2. Dieses Übereinkommen läßt die Durchführung anderer übereinkünfte zum Schutz von Tieren oder zur Erhaltung bedrohter wildlebender Tierarten unberührt.
3. Dieses Übereinkommen läßt die Befugnis der Vertragsparteien unberührt, strengere Maßnahmen zum Schutz von Heimtieren zu treffen oder die Bestimmungen des Übereinkommens auf Tierkategorien anzuwenden, die in dieser übereinkunft nicht ausdrücklich aufgeführt sind.

Kapitel II – Grundsätze für die Haltung von Heimtieren

Artikel 3 – Grundsätze für das Wohlbefinden der Tiere

1. Niemand darf unnötig einem Heimtier Schmerzen oder Leiden zufügen oder es in Angst versetzen.
2. Niemand darf ein Heimtier aussetzen.

Artikel 4 – Haltung

1. Wer ein Heimtier hält oder sich bereit erklärt hat, es zu betreuen, ist für dessen Gesundheit und Wohlbefinden verantwortlich.
2. Wer ein Heimtier hält oder betreut, sorgt für Unterkunft, Pflege und Zuwendung, die den ethologischen Bedürfnissen des Tieres entsprechend seiner Art und Rasse Rechnung tragen; insbesondere:
 - a. gibt er dem Tier genügend geeignetes Futter und Wasser,
 - b. sorgt er für angemessene Bewegungsmöglichkeiten für das Tier,
 - c. trifft er alle zumutbaren Maßnahmen, um zu verhindern, daß das Tier entweicht.
3. Ein Tier darf nicht als Heimtier gehalten werden:
 - a. wenn die Bedingungen des Absatzes 2 nicht erfüllt werden oder

- b. wenn das Tier sich trotz Erfüllung dieser Bedingungen nicht an die Gefangenschaft gewöhnen kann.

Artikel 5 – Zucht

Wer ein Heimtier zur Zucht auswählt, ist gehalten, die anatomischen, physiologischen und ethologischen Merkmale zu berücksichtigen, die Gesundheit und Wohlbefinden der Nachkommenschaft oder des weiblichen Elternteils gefährden könnten.

Artikel 6 – Altersgrenze für den Erwerb

Ein Heimtier darf nicht ohne ausdrückliche Zustimmung der Eltern oder anderer Personen, welche die elterliche Gewalt innehaben, an Personen unter 16 Jahren verkauft werden.

Artikel 7 – Abrichtung

Ein Heimtier darf nicht in einer Weise abgerichtet werden, die seine Gesundheit und sein Wohlbefinden beeinträchtigt, insbesondere dadurch, daß es gezwungen wird, seine natürlichen Fähigkeiten oder Kräfte zu überschreiten, oder daß künstliche Hilfsmittel angewendet werden, die Verletzungen oder unnötige Schmerzen, Leiden oder Ängste verursachen.

Artikel 8 – Handel, gewerbsmäßige Zucht und Haltung, Tierheime

1. Wer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens mit Heimtieren handelt oder sie gewerbsmäßig züchtet oder hält oder ein Tierheim betreibt, teilt dies der zuständigen Behörde innerhalb eines von jeder Vertragspartei festzusetzenden angemessenen Zeitraums mit.
Wer die Absicht hat, eine dieser Tätigkeiten aufzunehmen, teilt dies der zuständigen Behörde mit.
2. Die Mitteilung hat folgende Angaben zu enthalten:
 - a. die Heimtierarten, die betroffen sind oder betroffen sein werden,
 - b. den Namen der verantwortlichen Person und deren Kenntnisse,
 - c. eine Beschreibung der Gebäude und Einrichtungen, die benutzt werden oder benutzt werden sollen.
3. Die obigen Tätigkeiten dürfen nur durchgeführt werden, wenn
 - a. die verantwortliche Person die für die Tätigkeit erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten entweder im Rahmen ihrer Berufsausbildung oder aber durch ausreichende Erfahrung im Umgang mit Heimtieren erworben hat und
 - b. die für die Tätigkeit benutzten Gebäude und Einrichtungen die in Artikel 4 aufgeführten Anforderungen erfüllen.
4. Die zuständige Behörde stellt anhand der Mitteilung nach Absatz 1 fest, ob die in Absatz 3 aufgeführten Auflagen erfüllt sind. Sind diese Auflagen nicht in angemessener Weise erfüllt, so empfiehlt sie Maßnahmen und verbietet, wenn dies für das Wohlbefinden der Tiere notwendig ist, die Aufnahme oder Fortführung der Tätigkeit.
5. Die zuständige Behörde überwacht in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften, ob die oben genannten Auflagen erfüllt werden.

Artikel 9 – Werbung, Unterhaltung, Ausstellungen, Wettkämpfe und ähnliche Veranstaltungen

1. Heimtiere dürfen nicht für Werbungs- oder Unterhaltungszwecke oder für Ausstellungen, Wettkämpfe oder ähnliche Veranstaltungen verwendet werden, es sei denn, daß:
 - a. der Veranstalter die erforderlichen Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß die Heimtiere in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Artikels 4 Absatz 2 behandelt werden, und
 - b. Gesundheit und Wohlbefinden der Heimtiere nicht gefährdet werden.
2. Heimtieren dürfen keine Mittel verabreicht werden, sie dürfen keinen Behandlungen unterzogen werden, und es dürfen keine Verfahren auf sie angewendet werden, die darauf abzielen, ihr natürliches Leistungsniveau zu steigern oder herabzusetzen:
 - a. bei Wettkämpfen oder
 - b. zu jeder anderen Zeit, wenn dadurch Gesundheit und Wohlbefinden des betreffenden Tieres gefährdet würden.

Artikel 10 – Chirurgische Eingriffe

1. Chirurgische Eingriffe zur Veränderung der äußeren Erscheinung eines Heimtiers oder zu anderen nicht der Heilung dienenden Zwecken sind verboten, insbesondere:
 - a. das Kupieren des Schwanzes,
 - b. das Kupieren der Ohren,
 - c. das Durchtrennen der Stimmbänder,
 - d. das Entfernen der Krallen und Zähne.
2. Ausnahmen von diesen Verboten sind nur gestattet:
 - a. wenn ein Tierarzt nicht der Heilung dienende Verfahren entweder aus veterinärmedizinischen Gründen oder zum Wohl eines bestimmten Tieres für notwendig hält,
 - b. zur Verhütung der Fortpflanzung.
3.
 - a. Eingriffe, bei denen das Tier erhebliche Schmerzen erleiden wird oder erleiden könnte, dürfen nur unter Betäubung von einem Tierarzt oder unter seiner Aufsicht vorgenommen werden.
 - b. Eingriffe, bei denen keine Betäubung erforderlich ist, können von einer Person vorgenommen werden, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften sachkundig ist.

Artikel 11 – Töten

1. Nur ein Tierarzt oder eine andere sachkundige Person darf ein Heimtier töten, außer in einem Notfall, wenn ein Tier von seinen Leiden erlöst werden muß und die Hilfe eines Tierarztes oder einer anderen sachkundigen Person nicht umgehend erlangt werden kann, oder in einem anderen in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehenen Notfall. Das Töten muß mit einem in Anbetracht der Umstände möglichst geringen Maß an physischen und psychischen Leiden erfolgen. Die gewählte Methode muß außer in einem Notfall:
 - a. entweder zu sofortiger Bewußtlosigkeit und zum Tod führen oder
 - b. mit einer tiefen allgemeinen Betäubung beginnen, gefolgt von einer Maßnahme, die sicher zum Tod führt.

Die für das Töten verantwortliche Person muß sich vergewissern, daß das Tier tot ist, bevor der Tierkörper beseitigt wird.

2. Folgende Tötungsmethoden sind zu verbieten:
 - a. Ertränken und andere Methoden des Erstickens, wenn sie nicht die in Absatz 1 Buchstabe b geforderte Wirkung haben;
 - b. die Verwendung von Gift oder Medikamenten, bei denen Dosierung und Anwendung im Hinblick auf die in Absatz 1 genannte Wirkung nicht kontrollierbar sind;
 - c. das Töten durch elektrischen Strom, es sei denn, daß vorher eine sofortige Bewußtlosigkeit herbeigeführt wird.

Kapitel III – Zusätzliche Maßnahmen für streunende Tiere

Artikel 12 – Verringerung der Anzahl streunender Tiere

Ist eine Vertragspartei der Ansicht, daß die Anzahl streunender Tiere ein Problem darstellt, so trifft sie die Gesetzgebungs- und/oder Verwaltungsmaßnahmen, die notwendig sind, um diese Anzahl durch Methoden zu verringern, die keine vermeidbaren Schmerzen, Leiden oder Ängste verursachen.

- a. Solche Maßnahmen müssen folgende Anforderungen einschließen:
 - i. Müssen solche Tiere gefangen werden, so hat dies mit einem in Anbetracht der Natur des Tieres möglichst geringen Maß an physischen und psychischen Leiden zu geschehen;
 - ii. sowohl die Haltung als auch das Töten gefangener Tiere hat in Übereinstimmung mit den in diesem Übereinkommen niedergelegten Grundsätzen zu geschehen.
- b. Die Vertragsparteien verpflichten sich, folgendes zu erwägen:
 - i. eine dauerhafte Kennzeichnung von Hunden und Katzen mit geeigneten Mitteln, die nur geringe oder vorübergehende Schmerzen, Leiden oder Ängste verursachen, z. B. durch

- Tätowieren und Registrieren der Nummer zusammen mit Namen und Anschrift des Eigentümers;
- ii. Verringerung des Ausmaßes der ungeplanten Fortpflanzung von Hunden und Katzen durch Förderung der Unfruchtbarmachung;
- iii. Ermutigung des Finders eines streunenden Hundes oder einer streunenden Katze, seinen Fund bei der zuständigen Behörde zu melden.

Artikel 13 – Ausnahmen für das Fangen, Halten und Töten

Ausnahmen von den in diesem Übereinkommen niedergelegten Grundsätzen für das Fangen, Halten und Töten streunender Tiere können nur gemacht werden, wenn sie im Rahmen staatlicher Programme zur Bekämpfung von Krankheiten unvermeidbar sind.

Kapitel IV – Information und Erziehung

Artikel 14 – Informations- und Erziehungsprogramme

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Erarbeitung von Informations- und Erziehungsprogrammen anzuregen, um bei Organisationen und Einzelpersonen, die mit der Haltung, Zucht, Abrichtung und Betreuung von Heimtieren sowie dem Handel damit befaßt sind, das Bewußtsein für die Bestimmungen und Grundsätze dieses Übereinkommens und die Kenntnis dieser Bestimmungen und Grundsätze zu fördern. In diesen Programmen ist insbesondere auf folgende Punkte hinzuweisen:

- a. die Notwendigkeit, die Abrichtung von Heimtieren für gewerbliche Zwecke oder Wettkämpfe von Personen mit angemessenen Kenntnissen und Fähigkeiten durchführen zu lassen;
- b. die Notwendigkeit, davon abzuraten:
 - i. Heimtiere ohne ausdrückliche Zustimmung der Eltern oder anderer Personen, welche die elterliche Gewalt innehaben, an Personen unter 16 Jahren zu verschenken,
 - ii. Heimtiere als Preise, Gewinne oder Prämien auszusetzen,
 - iii. Heimtiere sich ungeplant fortpflanzen zu lassen;
- c. die möglichen nachteiligen Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden wildlebender Tiere, wenn diese als Heimtiere erworben oder eingeführt werden;
- d. die Gefahren eines verantwortungslosen Erwerbs von Heimtieren, der zu einer Erhöhung der Anzahl unerwünschter und ausgesetzter Tiere führt.

Kapitel V – Multilaterale Konsultationen

Artikel 15 – Multilaterale Konsultationen

- 1. Die Vertragsparteien halten innerhalb von fünf Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens und danach alle fünf Jahre sowie jederzeit auf Antrag der Mehrheit der Vertreter der Vertragsparteien multilaterale Konsultationen im Rahmen des Europarates ab mit dem Ziel, die Anwendung des Übereinkommens sowie die Zweckmäßigkeit einer Revision des Übereinkommens oder einer Erweiterung einzelner Bestimmungen desselben zu prüfen. Diese Konsultationen finden auf Sitzungen statt, die vom Generalsekretär des Europarates anberaumt werden.
- 2. Jede Vertragspartei hat das Recht, einen Vertreter zur Teilnahme an diesen Konsultationen zu benennen. Jeder Mitgliedstaat des Europarates, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens ist, hat das Recht, sich bei diesen Konsultationen durch einen Beobachter vertreten zu lassen.
- 3. Nach jeder Konsultation legen die Vertragsparteien dem Ministerkomitee des Europarates einen Bericht über die Konsultationen sowie über die Wirkungsweise des Übereinkommens vor, der, falls sie dies für notwendig halten, auch Vorschläge zur Änderung der Artikel 15 bis 23 des Übereinkommens enthält.
- 4. Vorbehaltlich dieses Übereinkommens geben sich die Vertragsparteien für die Konsultationen eine Geschäftsordnung.

Kapitel VI – Änderungen

Artikel 16 – Änderungen

- 1. Jede von einer Vertragspartei oder vom Ministerkomitee vorgeschlagene Änderung der Artikel

- 1 bis 14 wird dem Generalsekretär des Europarates übermittelt und von ihm an die Mitgliedstaaten des Europarates, an jede Vertragspartei und an jeden nach Artikel 19 zum Beitritt zu dem Übereinkommen eingeladenen Staat weitergeleitet.
2. Jede nach Absatz 1 vorgeschlagene Änderung wird frühestens zwei Monate nach dem Tag, an dem sie vom Generalsekretär weitergeleitet wurde, im Rahmen einer multilateralen Konsultation geprüft, auf der sie von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsparteien angenommen werden kann. Der angenommene Wortlaut wird den Vertragsparteien zugeleitet.
3. Eine Änderung tritt zwölf Monate nach ihrer Annahme im Rahmen einer multilateralen Konsultation in Kraft, sofern nicht eine der Vertragsparteien Einwände notifiziert hat.

Kapitel VII – Schlußbestimmungen

Artikel 17 – Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung

Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarates zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarates hinterlegt.

Artikel 18 – Inkrafttreten

1. Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach dem Tag folgt, an dem vier Mitgliedstaaten des Europarates nach Artikel 17 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.
2. Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 19 – Beitritt von Nichtmitgliedstaaten

1. Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann das Ministerkomitee des Europarates durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarates vorgesehenen Mehrheit und mit einhelliger Zustimmung der Vertreter der Vertragsstaaten, die Anspruch auf einen Sitz im Ministerkomitee haben, gefaßten Beschluß jeden Nichtmitgliedstaat des Europarates einladen, dem Übereinkommen beizutreten.
2. Für jeden beitretenden Staat tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarates folgt.

Artikel 20 – Geltungsbereichsklausel

1. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.
2. Jede Vertragspartei kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarates gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.
3. Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 21 – Vorbehalte

1. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde erklären, daß er von einem oder mehreren Vorbehalten zu Artikel 6 und zu Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a Gebrauch macht. Weitere Vorbehalte sind nicht zulässig.

2. Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 1 angebracht hat, kann ihn durch eine an den Generalsekretär des Europarates gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Rücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.
3. Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt zu einer Bestimmung dieses Übereinkommens angebracht hat, kann nicht verlangen, daß eine andere Vertragspartei diese Bestimmung anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt oder einen bedingten Vorbehalt handelt, die Anwendung der betreffenden Bestimmung insoweit verlangen, als sie selbst sie angenommen hat.

Artikel 22 – Kündigung

1. Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarates gerichtete Notifikation kündigen.
2. Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 23 – Notifikationen

Der Generalsekretär des Europarates notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarates und jedem Staat, der diesem Übereinkommen beigetreten oder zum Beitritt eingeladen worden ist:

- a. jede Unterzeichnung;
- b. jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c. jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 18, 19 und 20;
- d. jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 13. November 1987 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarates hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarates übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarates und allen zum Beitritt zu diesem Übereinkommen eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

Tierschutz

Vollzug der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Richtlinie 64/432/EWG und 93/119/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 sowie der Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates (Tierschutztransportverordnung – TierSchTrV) vom 11. Februar 2009

Erlass des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg - HB Tiertransporte (Stand Mai 2013) vom 5. Juli 2013 Az.: 32-2345/1+36#128437/2013

Beim Vollzug der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und der Tierschutztransportverordnung sind die Vorgaben des von der Projektgruppe der Arbeitsgemeinschaft für Tierschutz überarbeiteten und durch die Arbeitsgruppe Tierschutz der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz am 14./15. Mai 2013 beschlossenen Handbuches Tiertransporte heranzuziehen.

Das Handbuch ist in die Rechtssammlung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) unter dem nachfolgenden Link:

http://www.mugv.brandenburg.de/v/lbsvet/TEILD/D1_4_8_2.PDF

eingestellt worden.

Der Erlass des MUGV vom 9. August 2011 tritt außer Kraft.

Im Auftrag

gez. Dr. Nickisch

Handbuch Tiertransporte

Vollzugshinweise zur Verordnung
(EG) Nr. 1/2005 des
Rates vom 22. Dezember 2004
über den Schutz von Tieren beim Transport und
damit zusammenhängenden Vorgängen ...und zur
Tierschutztransportverordnung vom 11.2.2009

Ansprechpartner: Mitglieder der Länderarbeitsgruppe (s. S. 3)
Redaktion: Dr. Ulrike Marschner (Ulrike.Marschner@stmug.bayern.de)
Stand: Mai 2013

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Mitglieder der Arbeitsgruppe	3
<u>A Einleitung</u>	4
<u>B Transportmittel und Transportunternehmer</u>	5
B1 Zulassung von Transportmitteln	5
B2 Zulassung von Transportunternehmern	13
B 3 Kontrolle von Transport- und Viehhandelsunternehmen	23
<u>C Schulung und Befähigungsnachweis</u>	24
C1 Schulung von Personen, die mit Tieren umgehen	24
C2 Befähigungsnachweis für Personen, die Tiere transportieren	24
<u>D Abfertigung und Kontrolle von Tiertransporten</u>	29
D1 Kontrolle von Straßentransporten	29
D2 Kontrolle vor der Abfertigung	43
D3 Kontrolle an Grenzkontrollstellen/Ausgangsorten aus der EU	49
D4 Zusätzliche Maßnahmen bei Beanstandungen von Transporten aus Mitgliedstaaten	50
<u>E Sammelstellen und Märkte</u>	51
<u>F Kontrollstellen</u>	52
<u>G Ausfuhrkontrollen und Ausfuhrerstattungen</u>	55
G1 Einleitung und Grundsätze	55
G2 Hinweise zu den Einzelangaben im Fahrtenbuch	57
G3 Kontrollen und Maßnahmen vor langen Beförderungen (Plausibilitätsprüfung)	62
G4 Überwachung und Kontrollen am Versandort	64
G5 Kontrolle nach Rücklauf des Fahrtenbuchs	65
<u>H Maßnahmenkatalog bei Transportunfällen</u>	68
H1 Einleitung	68
H2 Vorbereitung der Behörden	68
H3 Handeln vor Ort	70
<u>I Interpretationshilfen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und zur Tierschutztransportverordnung</u>	74

Anlagen zu B 1

1. Abnahmeprotokoll für Straßentransportmittel
2. Erklärungen, dass bei keiner anderen Behörde Zulassungen beantragt wurden
3. Zulassungsnachweis für Transportmittel
4. Bildmaterial Straßentransportmittel und Tränkeeinrichtungen
5. Muster elektronische Datenbank zur Erfassung der zugelassenen Straßentransportmittel (in Bayern verwendet)
6. Beispiel für Abnahmeprotokoll eines Navigationssystems

Anlagen zu B 2

1. Zulassungsnachweis für Transportunternehmer Typ 1
2. Zulassungsnachweis für Transportunternehmer Typ 2
3. Hinweise zu den Notfallplänen
4. Beispielliste gefährliche Tiere

Anlagen zu C 1

1. Teilnahmebescheinigung Schulung

Anlagen zu C 2

1. Bescheinigung „Ergänzungslehrgang“
2. Bescheinigung Lehrgang
3. Befähigungsnachweis

Anlagen zu D 1

1. Checkliste Transportkontrollen
2. Checkliste Transportkontrollen im Schlachtbetrieb
3. Merkblätter zum Transport verschiedener Tierarten
4. Kurve Flächenberechnung Rinder

Anlagen zu D 2

1. Übersicht über die Sozialvorschriften für Fahrer
2. Gesetzliche Definitionen

Anlagen zu E und F

1. Überprüfungsprotokoll Sammel- und Kontrollstellen
2. Musterzulassung Kontrollstelle

Anlagen zu G 3

1. Dokumentationsbeleg zur Abfertigung eines Tiertransportes über 8 Stunden (lange Beförderung)
2. Hinweise zur Überprüfung der Transportfähigkeit
3. Checkliste zur Beurteilung der mitgeführten Futter- und Wasservorräte
4. Kontrollstellen in Drittländern
5. Muster Kontrollbericht gemäß VO (EU) Nr. 817/2010

Anlagen zu H

1. Muster einer Checkliste

An der vorliegenden Fassung des Handbuchs haben mitgewirkt:

<p>Dr. Birgit Gehrisch Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Mainzer Straße 80 65189 Wiesbaden</p>	<p>Claudia Eggert Abt. Veterinärwesen und Verbraucherschutz Lahn-Dill-Kreis Austraße 34 35745 Herborn</p>
<p>Dr. Ulrike Marschner Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit Rosenkavalierplatz 2 81925 München</p>	<p>Dr. Bettina Maurer Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit Rosenkavalierplatz 2 81925 München</p>
<p>Dr. Michael Marahrens Institut für Tierschutz und Tierhaltung Friedrich-Löffler-Institut (FLI) Dörnbergstraße 25-27 29223 Celle</p>	<p>Dr. Stephan Nickisch Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg Heinrich-Mann-Allee 103 14473 Potsdam</p>
<p>Dr. Bolko v. Zakrzewski Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz Kernerplatz 10 70182 Stuttgart</p>	<p>Dr. Anke Bokeloh Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit Werner-Seelenbinder-Straße 6 99096 Erfurt</p>
<p>Dr. Andreas Franzky Niedersächsisches Landsamt für Verbraucher- schutz und Lebensmittelsicherheit Dienstort Lüneburg Am alten Eisenwerk 2a 21339 Lüneburg</p>	<p>Manfred Wiesner Hauptzollamt Hamburg Jonas Süderstraße 63 20097 Hamburg</p>
<p>Anja Miebach Landkreis Borken Fachbereich Tiere und Lebensmittel Burloer Straße 93 46325 Borken</p>	<p>Dr. Ulrich Eberhardt Veterinäramt und Verbraucherschutz Rhein-Neckar-Kreis Adelsförsterpfad 7 69168 Wiesloch</p>

A Einleitung

Das Handbuch Tiertransporte enthält Auslegungshinweise, die einen einheitlichen Vollzug der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und der nationalen „Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates (Tierschutztransportverordnung - TierSchTrV)“ vom 11.2.2009 (BGBl. I S. 375) sicherstellen sollen.

Die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 gilt für Transporte von Wirbeltieren, die in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt werden. Im Erwägungsgrund Nr. 12 dieser Verordnung wird erläutert, dass sich der Transport zu kommerziellen Zwecken nicht auf Fälle beschränkt, in denen unmittelbar ein Austausch von Geld, Gütern oder Dienstleistungen erfolgt. Er schließt vielmehr auch Fälle ein, in denen direkt oder indirekt ein Gewinn entsteht bzw. angestrebt wird. Als Kriterium für eine „wirtschaftliche Tätigkeit“ kann laut Kommission beispielsweise die steuerliche Veranlagung herangezogen werden. Auch das Vorliegen einer Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes kann im Einzelfall ein Hinweis auf eine wirtschaftliche Tätigkeit sein.

Zirkusbetriebe unterliegen nach Auffassung der Kommission allerdings nicht der Verordnung (EG) Nr. 1/2005¹.

Durch die Ausdehnung auf Transporte in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit unterliegen auch Tiertransporte, die bisher nicht reglementiert waren, dem Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 (z. B. Transporte von Nutztieren durch Landwirte). Der Geltungsbereich der nationalen Tierschutztransportverordnung entspricht im Grundsatz dem in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 bestimmten Geltungsbereich, bezieht aber darüber hinaus auch den innerstaatlichen Transport von wirbellosen Tieren mit ein und für bestimmte Tiere den nicht gewerblichen Versand. Die nationale Verordnung muss im Zusammenspiel mit der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 gelesen werden und kann nicht isoliert betrachtet werden.

Um das Handbuch auf dem aktuellen Stand zu halten, ist die regelmäßige Überarbeitung vorgesehen. Die jeweils aktuelle Fassung des Handbuchs Tiertransporte ist in FIS-VL im öffentlichen Ordner der AGT eingestellt.²

¹ Schreiben der DG Sanco vom 26.2.2008 (SANCO D2 BL/nID (2008) 420095) und vom 1.7.2008 (SANCO D5 LPA/nl D(2008) 450081) an den Berufsverband der Tierlehrer

² https://fis-vl.bund.de/Members/irc/fis-vl/lav_ag_tierschutz_agt/library?!=/arbeitsgruppe_tierschutz_ffentli/handbuch_tiertransporte&vm=detailed&sb=Title

B Transportmittel und Transportunternehmer

B 1 Zulassung von Transportmitteln

Die zuständige Behörde stellt auf Antrag einen Zulassungsnachweis für Straßentransportmittel aus, die für **lange Beförderungen** eingesetzt werden, und für Transportschiffe.

Für rein nationale Transporte über 8 bis zu 12 Stunden benötigen die Straßentransportmittel nach der Tierschutztransportverordnung keine Zulassung und sie brauchen nur mit Tränke- und Lüftungseinrichtungen, müssen jedoch nicht mit einem Temperaturüberwachungssystem, Datenschreibern und einem Navigationssystem ausgestattet zu sein. Diese nationale Ausnahme gilt allerdings nur beim Transport von Zucht- und Nutztieren. Bei nationalen Schlachttiertransporten müssen die Straßentransportmittel bereits bei Beförderungen ab 8 Stunden alle Anforderungen des Anhangs I Kapitel II und VI erfüllen.

Die Zulassungsnachweise der Transportmittel müssen gemäß Artikel 18 Abs. 3 in einer elektronischen Datenbank registriert werden. Hierfür kann das Muster der Anlage B 1.5 verwendet werden. Die Zulassung ist laut Verordnung (EG) Nr. 1/2005 jeweils **auf 5 Jahre zu befristen**.

Im Folgenden werden nur Straßentransportmittel behandelt.

Es sind nur Transportmittel zuzulassen, in denen Tiere befördert werden können (bei einem Sattelzug der Auflieger, nicht die Zugmaschine). LKW-Anhänger und Auflieger benötigen einen eigenen Zulassungsnachweis; es muss dabei sicher gestellt sein, dass die technischen Anlagen für die Erfassung der Temperaturen und die Registrierung der Öffnung der Ladeklappen mit den Zugfahrzeugen bzw. Maschinenwagen des Unternehmers, in denen sich die jeweilige und im Transportbetrieb zugehörige Erfassungs- und Übertragungseinheit (früher „on-board-unit“ - OBU) befinden, für die Übertragung der Daten kompatibel sind. Gegebenenfalls sind Anhänger und Auflieger nur für den Betrieb mit bestimmten Zugfahrzeugen zuzulassen. Für die Beförderung von Geflügel und Fischen benötigen Transportfahrzeuge keine Zulassung, sofern es sich um einen Transport in Behältnissen handelt, die nicht Bestandteil des Transportmittels sind.

Der Antragsteller muss mit Antragstellung schriftlich bestätigen, dass keine Zulassung bei einer anderen Behörde beantragt oder von einer anderen Behörde erteilt wurde (s. Anlage B1.2). Der Zulassungsnachweis ist nach dem Muster der Anlage B1.3 auszustellen und mit einer **einmaligen Nummer** zu versehen. Als einmalige Nummer ist die Fahrzeugidentifizierungs- bzw. Fahrgestellnummer (international genormte 17-stellige Nummer) zu verwenden. Um spätere Änderungen am Fahrzeug feststellen zu können, ist bei der Zulassung ein **Abnahmeprotokoll** (Muster s. Anlage B 1.1 und B 1.6) anzufertigen, in dem ggf. auch mit Fotos der Zustand des Fahrzeugs dokumentiert wird.

Bei der Zulassung sind die **Anforderungen von Anhang I Kapitel II und VI** der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zugrunde zu legen. Zur Konkretisierung werden folgende Hinweise gegeben:

Tiere dürfen auf Höhe oder zwischen den Fahrzeugachsen nur transportiert werden, wenn sie durch entsprechende Abdichtungen vor schädlichen Einflüssen wie Abgase, Spritzwasser oder Aerosole geschützt sind. Gleichzeitig sind die technischen Voraussetzungen für eine den oberen Etagen des Fahrzeugs vergleichbare Beleuchtung sowie für die Frischluftversorgung nach den Anforderungen der Verordnung bzw. der Vollzugshinweise vorzuhalten.

Jede Ladeetage muss auch bei geöffneter Ladeklappe oder -rampe oder bei durchgehenden seitlichen Türen mit Vorrichtungen versehen sein, die ein Herausfallen der Tiere sicher verhindern.

Lüftungseinrichtungen (Lüftungsöffnungen und Ventilatoren) müssen in jeder Ladeetage so angebracht und variierbar sein, dass bei kalten Temperaturen eine Lüftung ausschließlich in Höhe des Kopfraumes der Tiere gewährleistet wird. Die Luftförderkapazität des Lüftungssystems muss unter Betriebsbedingungen im Fahrzeug (z.B. unter Einbezug etwaiger Schutzeinrichtungen vor den Ventilatoren, die deren Leistung und Luftführung um bis zu 50 % mindern) an jeder mit Tieren besetzten Stelle im Fahrzeug mindestens $60 \text{ m}^3/\text{h}/\text{KN}$, d.h. etwa $600 \text{ m}^3/\text{h}/\text{t}$ Nutzlast betragen. Eine Aufsummierung der Kenndaten (Nennleistung laut Typenschild) der einzelnen Lüfter reicht hier nicht aus. Da dies nicht von der zuständigen Behörde nachgemessen werden kann, sollte diese Mindestnorm vom Fahrzeughersteller oder einem unabhängigen Sachverständigen bestätigt werden; das Gutachten ist Teil der Zulassung. Auch sollte die Mindestkapazität in Amperestunden (Ah) der für einen mindestens vierstündigen motorunabhängigen Betrieb der gesamten Lüftungsanlage benötigten zusätzlichen Akkumulatoren angegeben werden. Die Einhaltung der von der Verordnung geforderten Temperaturgrenzen von 5 bis 30°C ($\pm 5^\circ\text{C}$) durch die Ventilationsanlage ist nicht überprüfbar. Lüftungseinrichtungen dürfen nicht von variabel einstellbaren Hubböden dauerhaft verdeckt werden. Sind die Ventilatoren quer zur Fahrtrichtung eingebaut, muss in jeder Verladebucht mindestens ein Ventilator vorhanden sein. Bei längs zur Fahrtrichtung eingebauten Ventilatoren (z.B. an der Frontseite) muss auch in der von der Luftführung der Lüftungsanlage jeweils zuletzt erreichten Ladebucht die Mindestnorm von $60 \text{ m}^3/\text{h}/\text{KN}$ sichergestellt sein. Gleichzeitig müssen die Ventilatoren so abgedeckt sein, dass Verletzungen von Tieren ausgeschlossen sind.

Um eine ausreichende Ventilation insbesondere unter hohen Umgebungstemperaturen sicher zu stellen, sollte die Höhe der Ebenen bei Schafen mindestens 90 cm und bei Ferkeln mindestens 65 cm betragen. Diese Mindesthöhen sollten auch im Hinblick auf die Zugänglichkeit zu jedem einzelnen Tier gefordert werden, um eine Notfallversorgung sicher zu stellen. Beim einstöckigen Transport von Equiden in Multideckfahrzeugen muss über der höchsten Stelle des Widerrists des größten

Tieres eine Mindesthöhe von 75 cm eingehalten werden. Dies gilt nicht beim Transport von Equiden in Hängern, die üblicherweise zum Transport von einzelnen Pferden verwendet werden.

Es müssen in der Fahrerkabine geeignete technische Einrichtungen zur Warnung der Fahrer bzw. Betreuer von langen Tiertransporten vorhanden sein, die das Erreichen der Temperaturgrenzwerte von 5 oder 30 ± 5 °C im Tierbereich des Fahrzeuges optisch und/oder akustisch anzeigen. Das Warnsystem muss so beschaffen sein, dass der Fahrer bzw. Betreuer jederzeit unmittelbar alarmiert werden kann. Das gilt auch für den Betrieb des Fahrzeugs während der Fahrtpausen, in denen der Fahrer oder Betreuer sich nicht im Fahrzeug befindet. Hier sollte eine Warnung über das Mobilfunknetz erfolgen. Zwischen dem Temperaturüberwachungs- und -aufzeichnungssystem und dem Warnsystem muss eine Datenverbindung vorhanden sein (z.B. über LAN-Bus oder das sog. Navigationssystem). Es müssen nach Übereinkunft der Arbeitsgruppe Tierschutz der LAV und des BMELV mindestens zwei bzw. bei mehrstöckigen Fahrzeugen mindestens drei Temperaturfühler in den Laderäumen der Fahrzeuge vorhanden sein, die an eine Speichereinheit (möglicherweise OBU, Eingabe- und Auswerteeinheit wie CUI oder Navigationssystem) angeschlossen sind. Falls eine Übertragung der Temperaturdaten über GSM und/oder das Internet nicht erfolgt, sind eine USB-Schnittstelle und/oder ein Drucker zur geeigneten Herausgabe der Daten auf Zeitachse erforderlich. Bei mehrstöckigen Fahrzeugen sind je ein Temperaturfühler im obersten und im untersten Lade-deck jeweils mittig an der Stirnwand (seitliche Wände sind wegen der Strömungsverhältnisse im Fahrzeug weniger geeignet) des Sattelauflegers bzw. an der Stirnwand des Anhängers jeweils unter dem Zwischenboden oder Fahrzeugdach (auf Kopfraumhöhe der Tiere), bei Transportfahrzeugen für Rinder oder Pferde mindestens ein Meter über dem Boden der Ladebuchten anzubringen. Ein weiterer Temperaturfühler ist seitlich versetzt an der Rückwand des Fahrzeuginnenraums anzubringen. Alle Temperatursensoren sind so zu platzieren, dass eine direkte (z.B. durch Luftstrom) oder indirekte (z. B. durch Wärmetransfer durch Bauteile) Einflussnahme der Außenbedingungen ausgeschlossen ist. Es ist erforderlich, dass der Sensor gegenüber seiner Unterlage thermisch isoliert ist. Die Sensoren dürfen sich nicht im Bereich von Lüftungsöffnungen oder im Luftstrom von Ventilatoren befinden.

Die Zeitintervalle der Aufzeichnung der Temperaturdaten dürfen nicht mehr als 15 Minuten betragen, wobei jeder Wert den entsprechenden Sensoren zuzuordnen und mit einer gemeinsamen Zeitachse (z.B. Greenwich-Time) versehen sein muss. Bei der Aufzeichnung kann eine Mittelwertbildung erfolgen, die ausschließlich auf ein und denselben Sensor bezogen ist und über Zeitintervalle von höchstens 5 Minuten erfolgen darf. Weiterhin ist zu empfehlen, dass neben den mindestens zwei Temperatursensoren im Fahrzeuginnenraum auch ein Außenmessfühler angebracht wird, dessen Messwerte parallel zu denen der anderen Sensoren aufgezeichnet werden. Damit sind vor allem in Verbindung mit dem digitalen Fahrtenschreiber bzw. den Aufzeichnungen des Navigationssystems

Innenmessungen plausibel nachvollziehbar, wenn das Fahrzeug z. B. im Stau steht. Auf diese Weise kann ausgeschlossen werden, dass z.B. fehlerhafte Einstellungen der Lüftungsanlage zu Temperaturerhöhungen geführt haben.

Folgende Mindest-Spezifikationen werden an die Temperatursensoren gestellt (nach dem Bericht des Joint Research Center der EU):

Measurement range (Messbereich): -20°C / +50°C;

Measurement accuracy (Messgenauigkeit): +/-0,5°C;

Measurement resolution (Messauflösung): 1.0°C;

Operation temperature range (Temperaturfunktionsbereich): -40 / +85°C;

Formatiert: Englisch
(Großbritannien)

Die technischen Spezifikationen der von den verschiedenen europäischen Systemanbietern der nach Verordnung (EG) Nr. 1/2005 erforderlichen Navigationsgeräte (genauer: Empfänger für die globale Ortung) sehen allesamt eine Datenübertragung mit UMTS-, GPRS- oder LTE-Standard (Mobilfunk) aus einem bordeigenen Speicher an einen Server und zu diesem einen Zugang bzw. eine Downloadfunktion über Internet vor. Nach derzeitiger Rechtslage ist auf gemeinsamer Zeitachse die Speicherung und Übermittlung von Daten zur örtlichen Position des Fahrzeuges und zum Status der Ladebordwände und -rampen in regelmäßigen Intervallen erforderlich bzw. sicher zu stellen. Zusätzlich müssen vom Fahrer anlassbezogen Ereignisse wie die Anzahl und Identifikationsnummer verletzter oder toter Tiere sowie Daten des Fahrtenbuches (z. B. TRACES-Nummer; Name und Zulassungsnummer des Transporteurs; Anzahl, Art und Kategorie der ge- und entladenen Tiere; Ort, Datum und Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Beförderung) manuell in das System eingepflegt und gespeichert sowie übermittelt werden. Dies erfolgt üblicherweise über eine berührungsempfindliche Anzeige des Navigationssystems (Touch Screen) oder eine gesonderte Eingabeschnittstelle (Cabin User Interface, CUI), über die auch rechtsgültige Temperaturgrenzwerte eingepflegt werden können.

Die bisher bekannten größeren Anbieter von Navigationssystemen sehen die Integration der Temperaturdaten in die jeweiligen Systeme vor, die somit gleichzeitig gespeichert und übermittelt werden. Auch werden bei Überschreitung der Temperaturgrenzwerte die Warnungen an den Fahrer über das System in der Fahrerkabine und über Mobilfunknetz aufgezeichnet und vermittelt.

Die Anbringung von Sensoren für den Öffnungszustand der Ladeklappen oder -rampen hat so zu erfolgen, dass eine manuelle oder sonstige Einflussnahme ausgeschlossen ist. Auch diese Sensoren sind mit einer Auswerteeinheit zu verbinden und die Daten mit einer Zeitachse zu versehen, so dass der aktuelle Status (offen/geschlossen) in regelmäßigen Abständen sowie jede seiner Änderungen aufgezeichnet und übermittelt werden.

Es ist dringend zu empfehlen, dass Organisatoren und Fahrer die Daten der Aufzeichnungs- und Auswertesysteme (Navigations- und Temperaturerfassungssystem, Warnungen) für die Planung zukünftiger Transporte verwenden, insbesondere um unter vorhergesagten Klima- und Witterungsbedingungen Transport- und Ruhezeiten sowie die Erreichbarkeit von Kontrollstellen und Fahren zu organisieren.

Für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zu den Transport- und Ruhezeiten sowie den Temperaturen muss die für den Tierschutz zuständige Behörde Zugang zu den Daten der Navigations- und Temperaturerfassungseinrichtungen nicht nur nach Abschluss, sondern auch jederzeit während der Transporte haben. Dieser ist über Systemausdrucke (unter Einschluss von Karten und Daten zu den geografischen und zeitlichen Positionsbestimmungen, den positions- und zeitbezogenen Statusänderungen der Ladebordwand sowie - ggf. gesondert, ggf. grafisch - den Temperaturaufzeichnungen) an Bord der Fahrzeuge möglich. Falls ein Drucker nicht mitgeführt wird, ist über USB oder über mobiles Internet eine Schnittstelle für den Datendownload vorzuhalten, der mit Standardsoftware lesbar sein muss (z. B. im PDF- oder EXCEL-Format) und grafische Karten zu den Positionsangaben enthält.

Die Auswerteeinheit des Navigations- und Temperaturerfassungssystems hat demnach folgende Komponenten aufzuweisen:

- Empfänger eines globalen Navigationssystems zur Bestimmung der jeweiligen Position und der Systemzeit,
- Dateninterfaces bzw. Schnittstellen für Sensoren (Temperatur und Ladeklappe(n), wobei Grenzwerte für entsprechende Warnfunktionen einstellbar sein müssen)
- Warnsystem für Fahrer und Betreuer für Über- oder Unterschreitung von Temperaturgrenzwerten
- Eingabeschnittstelle für Daten des Fahrtenbuches und von besonderen Ereignissen
- Energieversorgung
- Speicher für mindestens 3 Jahre (ggf. im Server)
- Allgemein kompatible Schnittstelle für Datendownload oder Drucker

Bei der Abfertigung von Transporten sollte die Systemkonfiguration und die Funktionsfähigkeit des Navigations- und Temperaturerfassungssystems sowie der Zugang zu den Datenaufzeichnungen durch die zuständige Behörde überprüft werden.

Über eine entsprechende Schnittstelle müssen die TRACES-Daten, andere vordefinierte Daten und besondere Vorkommnisse in die Auswerteeinheit eingegeben werden können und der Fahrer bei Überschreitung oberer oder unterer Temperaturgrenzwerte gewarnt werden.

Ein vom Bundesverband deutsche Tiertransporte (BdT) empfohlenes Beispiel für ein System zur Nachverfolgung der Fahrtstrecke und -zeiten, dem Öffnungszustand der Ladeklappe und der Temperatureaufzeichnungen sowie einem Vorschlag für ein Abnahmeprotokoll für das Navigationssystem ist im Anhang zu B 1. 6 enthalten. Hier sind auch die Ausgabeformate von Temperaturverläufen durch einen Systemdrucker (z.B. zur Vorlage bei behördlichen Kontrollen unterwegs) beispielhaft aufgeführt.

Für eine Zulassung sollte von den Fahrzeugherstellern, den Herstellern der technischen Einrichtungen für die Navigations- und Überwachungssysteme oder unabhängigen Sachverständigen gutachterlich belegt werden, dass die Fahrzeugausstattung den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und dieses Handbuchs in der jeweils gültigen Fassung entspricht. Alle technischen Einrichtungen des Navigationssystems, der Sensoren und der Kabelverbindungen müssen so beschaffen sein, dass Vibrationen, Temperaturextreme, hohe Luftfeuchten, Staub, Wasserstrahlen von Hochdruckreinigern und Reinigungs- und Desinfektionsmittel ohne Funktionseinbußen toleriert werden. Dieses Gutachten ist Teil der Zulassung.

Jedes Tier muss für die Kontrolle und Versorgung direkt zugänglich sein. Hierfür müssen zusätzlich zur Heckklappe seitliche Zugänge zu jeder Ladeebene im vorderen Bereich vorhanden sein, die groß genug sind, um einer Person den „Durchgang“ und eine Versorgung der Tiere mit Futter und im Notfall mit Wasser zu ermöglichen. Einzelne Läuferschweine, Kälber, Schafe und Ziegen müssen durch diese Öffnung entladen werden können, wenn die Zulassung für den Transport dieser Tierkategorie beantragt wird.

Eine Rutschfestigkeit der Böden ist nur gewährleistet, wenn bei teilgeriffelten Böden die glatten Flächenbereiche nicht breiter als der Huf oder die Klaue der zu transportierenden Tierart und -Größe sind. Riffelungen müssen den Tieren sowohl in Längs- wie Querrichtung zum Fahrzeug Halt bieten. Raue Gussböden, wie sie in Schlachthöfen üblich sind, sind ebenfalls als rutschfest anzusehen. Die Böden sind auf Verschleiß zu kontrollieren. Abgenutzte Böden sind zu ersetzen. Übliche Riffelblechböden (siehe Bild in der Anlage B1.4) gelten je nach Nutzung nach ca. 5 Jahren als abgenutzt.

Lichtquellen müssen entweder so eingebaut sein, dass die Tiere, ohne geblendet zu werden, auf allen Ebenen und in allen Buchten inspiziert werden können, oder es müssen passende Lichtquellen (mobile Lampen) mitgeführt werden.

Die Dächer der Fahrzeuge müssen außen von heller Farbe sein. Als Isolationsmaterial werden z.B. Styropor (eher selten), glasfaserverstärkte Kunststoff-Hohlkammerplatten oder beschichtetes Holz

(z.B. 12 mm dicke zweiseitig mit glasfaserverstärktem Kunststoff beschichtete Holzplatten) verwendet.

Grundsätzlich gilt, dass Tiere nicht mit heißen oder kalten Bauteilen in Berührung kommen dürfen, die zu Überhitzung bzw. Verbrennungen oder Unterkühlungen bzw. Erfrierungen führen können.

Bei Fahrzeugen mit Klappböden sind die Trennwände konstruktionsbedingt nicht verschiebbar. In diesem Fall sollte im Zulassungsnachweis vermerkt sein, dass die Belegdichte einer Bucht nicht weniger als 50 % der Maximalbelegdichte betragen darf. Bei anderen Fahrzeugen sollten die Verankerungen der Trenneinrichtungen so beschaffen sein, dass diese zur Erfüllung der Anforderungen an die Belegdichten leicht zu versetzen sind. Trenneinrichtungen müssen so beschaffen sein, dass sie dem Gegendruck der jeweiligen Tierzahl und -gewichte unter Beachtung der zulässigen Belegdichte in der Abteilung standhalten. Die Vorrichtungen müssen bei ordnungsgemäßer Anwendung zur Vermeidung von Verletzungsgefahren so gestaltet sein, dass Tiere keine Körperteile in oder unter die Trenneinrichtungen bringen können. Zudem müssen sie so hoch sein, dass die zu transportierenden Tiere sie nicht überwinden können, andererseits jedoch ihre Köpfe nicht zwischen Trennwand und Decke verkeilen können. Insbesondere bei längs belüfteten Fahrzeugen dürfen die Trennungseinrichtungen kein wesentliches Hindernis für die Luftführung innerhalb des Fahrzeugs sein. Bei Fahrzeugen für den langen Transport von Pferden ist für jedes Tier (mit Ausnahme der Fohlen führenden Stute) ein Einzelstand im Fahrzeug vorzusehen. Die Trennwände müssen aus stabilem Material sein. Ketten, Matten oder ähnliches sind nicht zulässig.

Die Tränkevorrichtungen müssen so angebracht sein, dass die Tiere in artgemäßer Haltung und in physiologischen Mengen Wasser aufnehmen können. Hierfür sollten die Tränken bei Ferkel- bzw. Schweinetransporten etwa 35 bzw. etwa 50 cm und bei Rindertransporten mindestens 55 cm Abstand vom Ladeboden haben. Für Rinder, Schafe und Pferde sind nur Tränken geeignet, die eine sichtbar offene Wasseroberfläche bieten. Schweine müssen Nippeltränken jeglicher Bauart mit ihrem Maul umschließen können, damit das Tränkwasser direkt in die Maulhöhle appliziert wird (Richtwerte: 6 cm oberhalb und 4 cm unterhalb der Tränke Freiraum, insbesondere zwischen Gitterstäben). Die Tränkeeinrichtungen müssen generell sowohl der Bauart nach als auch hinsichtlich der Anordnung im Fahrzeug für die zu transportierende Tierart und Alterskategorie ungehindert (insbesondere von Bauteilen und Gittern) erreichbar und geeignet sein (s. Anlage B 1.4).

Tränkevorrichtungen sind so zu gestalten und zu installieren, dass von ihnen keine Verletzungsgefahr ausgehen kann. Nippeltränken müssen deshalb (ggf. leicht nach innen gestellt) in Fahrtrichtung angebracht sein. Tränken sollten so angebracht werden, dass eine Verkotung möglichst ausgeschlossen ist. Pro Bucht sollten mindestens zwei Tränkemöglichkeiten an verschiedenen Seiten oder in ausreichendem Abstand (eine Tierlänge) voneinander vorhanden sein. Bei Tierarten, bei

denen Gruppengröße und Belegdichte einen Standortwechsel innerhalb der Gruppenbucht erschweren (Schweine, Schafe), sollten mehr als drei Wasserquellen zur Verfügung stehen. Das Wasserversorgungssystem an Bord der Fahrzeuge muss außer für den Transport von Schweinen, für die eine ständige Wasserversorgung vorgeschrieben ist, so konstruiert sein, dass der Betreuer in der Lage ist, während der Beförderung „jederzeit sofort Wasser nachzufüllen“. Hierzu sind die für die von der Verordnung erfassten Tierarten und Altersgruppen geeigneten Anlagen fest zu installieren, wobei eine Verbindung zwischen Vorratsbehälter und Tränkeinrichtungen in den Laderäumen bestehen und stets funktionstüchtig sein muss. Für den langen Transport von registrierten Equiden i. S. dieser Verordnung ist es ausreichend, wenn Tränkvorrichtungen mit einem für eine einmalige Wasseraufnahme ausreichenden Volumen mitgeführt werden, die vor Ort aus dem Vorratsbehälter befüllbar sind. Die Fahrzeughersteller bauen auf Bestellung auch Tränkesysteme ein, die beispielsweise durch ein gesondert beheizbares und zirkulierendes Wassersystem auch bei Minustemperaturen funktionstüchtig sind.

Wasservorratsbehälter stehen in der Regel unter Druck und sind daher einer mechanischen Reinigung nach jedem Transport nicht zugänglich. In diesem Fall muss die Möglichkeit zur chemischen Reinigung der gesamten Wasserversorgungseinrichtung gegeben sein.

Darüber hinaus muss seit 1.1.2009 bei allen für lange Beförderungen von Hausequiden - ausgenommen registrierte Equiden -, Hausrindern, Hausschafen, Hausziegen und Hausschweinen zugelassenen Fahrzeugen ein „Navigationssystem“ im Fahrzeug vorhanden sein, das die gefahrene Route einschließlich des Öffnens und Schließens der Ladeklappe bei Kontrollen während der Fahrt überprüfbar macht und die Angaben des Fahrtenbuchs gemäß Anhang II Abschnitt 4 einschließlich der Anzahl aufgetretener Verletzungen bei den Tieren und /oder Todesfälle sowie die Gründe dafür enthält.

Zulassung von Behältnissen

Transportbehälter und Container benötigen nur eine Zulassung, wenn darin **Hausequiden, -rinder, -schafe, -ziegen und -schweine** auf dem Straßen- oder Wasserweg mehr als acht Stunden transportiert werden sollen.

Zulassung von Schiffen

Eine aktuelle Übersicht über die von Frankreich zugelassenen Tiertransportschiffe ist in FIS-VL im öffentlichen Ordner der AGT zusammen mit dem Handbuch Tiertransporte eingestellt:

https://fis-vl.bund.de/Members/irc/fis-vl/lav_ag_tierschutz_agt/library?l=/arbeitsgruppe_tierschutz_ffentli/handbuch_tiertransporte&vm=detailed&sb=Title

B 2 Zulassung von Transportunternehmern

Transportunternehmer müssen von der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates, in dem sie ansässig sind und in dem sie die Zulassung beantragen, **nach Artikel 10 bzw. 11** der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zugelassen sein, sofern sie Transporte durchführen, die 65 km überschreiten.

Transportunternehmer aus Drittländern benötigen ebenfalls eine Zulassung; sie müssen einen Vertreter in dem Mitgliedstaat haben, in dem sie die Zulassung beantragen. Die Zulassung darf **nur bei einer einzigen Behörde und nur in einem Mitgliedstaat** beantragt werden (s. Erklärung in der Anlage B 1.2), sie ist auf maximal **5 Jahre zu befristen**. Auch für den Transport von Fischen oder von anderen Tieren als landwirtschaftlichen Nutztieren - jeweils in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit - ist eine Zulassung als Transportunternehmer erforderlich. Das Vorliegen einer Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes weist in vielen Fällen darauf hin, dass es sich beim Transport dieser Tiere um eine wirtschaftliche Tätigkeit handelt. Dies ist aber nicht zwingend und muss im Einzelfall geprüft werden, z. B. bei privaten Kleintierzüchtern, die nur wenige fortpflanzungsfähige weibliche Tiere besitzen. Hobbytierhalter benötigen i. d. R. keine Zulassung als Transportunternehmer. Bei berufsmäßigen Tiertransporteuren, Viehhändlern, Metzgern sowie bei Besamungsstationen, Ausbildungs-, Turnier- und Rennställen und hauptberuflich betriebenen Gestüten ist stets von einer wirtschaftlichen Tätigkeit auszugehen. Amateurreiter - auch wenn sie bisweilen größere Preisgelder erhalten - betreiben ihren Sport definitionsgemäß nicht als Beruf, so dass bei Ihnen nicht von einer wirtschaftlichen Tätigkeit auszugehen ist (s. Nr. 3 der Interpretationshinweise).

Wenn die Bundeswehr Tiere in eigenen Fahrzeugen für ihre Zwecke transportiert, unterliegt sie nicht der Verordnung, da es sich in diesem Fall nicht um eine wirtschaftliche Tätigkeit handelt. Dies gilt nicht für gewerbliche Unternehmer, die im Auftrag der Bundeswehr Tiere transportieren wie etwa gewerbliche Transport- oder Wachunternehmen.

Der Zulassungsnachweis nach dem Muster gemäß Kapitel I oder II des Anhangs III der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ist dem Transportunternehmer als Anlage zum **Zulassungsbescheid** zuzustellen. Da der Zulassungsnachweis bei Fahrten in andere Mitgliedstaaten auch in Englisch vorliegen muss, sollte aus Gründen der Praktikabilität ein **zweisprachiges Formular** ausgestellt werden (Anlage B 2.1 und B 2.2). Der Bescheid kann **Nebenbestimmungen** enthalten, beispielsweise über die Begrenzung der Tierarten, die mit den Fahrzeugen transportiert werden können, die Nachrüstung der Fahrzeuge oder die Vorlage von Befähigungsnachweisen gemäß Artikel 17 Absatz 2. Über die Nebenbestimmungen sollte auch festgelegt werden, dass die Fahrtenbücher mit einer fortlaufenden Nummer zu versehen sind. Sofern die Nebenbestimmungen nicht fristgerecht erfüllt werden, erlischt die Zulassung (auflösende Bedingung). **Zulassungsnummer** ist die zwölfstellige Registriernummer

nach § 2 der nationalen Tierschutztransportverordnung .

Die Anforderungen an die Zulassung richten sich nach der Dauer der geplanten Beförderung: Typ 1 der Zulassung gilt für Transportunternehmer, die Tiere maximal acht Stunden befördern, Typ 2 gilt für Transportunternehmer, die Tiere länger als acht Stunden befördern (=lange Beförderung).

Transportunternehmer, die **lange Beförderungen** durchführen, müssen neben den Zulassungsnachweisen der dafür eingesetzten Transportmittel **Notfallpläne** für Transportzwischenfälle vorlegen (Anlage B 2.3). Speziell konzipierte Notfallpläne sind im Transportfahrzeug mitzuführen.

Transportunternehmer, die **rein nationale Transporte bis zu 12 h** durchführen und gemäß § 3 der TierSchTrV keine zugelassenen Fahrzeuge benötigen, brauchen einen Zulassungsnachweis Typ 2 (Anl. B 2.2). Dort kann unter Nr. 3 „begrenzt auf bestimmte Verkehrsmittel“ angekreuzt und der Zusatz „Ausnahme gemäß Art. 18 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005“ eingetragen werden.

Die nach der Viehverkehrsverordnung registrierten Transportunternehmer sind in einer bundesweiten Datenbank erfasst und im Internet unter <http://www.bmelv.de> zugänglich.

Zulassung von Transportunternehmern für den Transport von Kleintieren in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit

Die Besonderheit bei Kleintiertransporten ist das unüberschaubare Artenspektrum an Tieren, welche transportiert werden sollen. Zudem kommen verschiedenste Fahrzeugtypen zum Einsatz. Der Begriff „Kleintier“ ist nicht definiert, in der Regel werden darunter Tierarten verstanden, die nicht landwirtschaftliche Nutztiere sind und in Behältnissen transportiert werden. Da die Anforderungen an einen tierschutzkonformen Transport rechtlich nicht näher spezifiziert sind und je nach Tierarten einer großen Varianz unterliegen, ist die Verbindung der Zulassung mit einschränkenden Nebenbestimmungen notwendig.

Die folgenden Ausführungen orientieren sich an den Anforderungen für Logistikunternehmen wie GEL und TNT, welche neben anderen Gütern nur gelegentlich Tiere transportieren. Derzeitige firmeninterne Verfahrensanweisungen dieser Unternehmen sind aufgegriffen worden. Diese Firmen sind bundesweit tätig und haben an zahlreichen Orten Depotpartner, welche als selbstständige Firmen (Franchise-Nehmer) anzusehen sind. Um eine einheitliche Vorgehensweise bei der Zulassung dieser Partner-Firmen zu gewährleisten, ist der folgende **Muster-Zulassungs-Katalog** anzuwenden.

Da es noch zahlreiche andere Formen gewerbsmäßiger Kleintiertransporte gibt, sind je nach Antragsteller einzelne Nebenbestimmungen sinnvoll bzw. nicht mit aufzunehmen. Die in der nationalen Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 11.2.2009 festgelegten Kriterien für den Transport von Hunden, Katzen, Ka-

ninchen und Tauben (Mindestabmessung der Behältnisse nach Anlage 1 der Verordnung) sind anzuwenden.

Die für den Zulassungsbescheid erforderlichen verwaltungsrechtlichen Ergänzungen unterliegen dem Landesrecht und sind entsprechend zu ergänzen. Auf die Notwendigkeit einer Rechtsbehelfsbelehrung wird hingewiesen.

Muster einer Zulassung

Die Zulassung wird erteilt für den

Transport von Tieren in Behältnissen

für die Tierkategorien

Kleinsäuger, Vögel außer Geflügel (für Geflügel gilt hier die tierseuchenrechtliche Definition),
Reptilien, Amphibien und/oder Zierfische (*nicht zutreffende streichen*)

Es ist eine **Zulassungsnummer** zu erteilen.

Nebenbestimmungen:

1. Die Zulassung wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs befristet bis zum xxx (*max. für 5 Jahre*) erteilt.

2. Die Zulassung ist beschränkt auf die in dieser Erlaubnis aufgeführten Tierkategorien.

Alternativ:

Die Erlaubnis ist beschränkt auf die in der Anlage X aufgeführten Tierarten. (*Anlage X ist entsprechend zu erstellen.*)

Alternativ.:

Von der Erlaubnis ausgeschlossen sind Hunde, Katzen und gefährliche Tiere gemäß der Anlage (*entspricht der bayerischen Liste gefährlicher Tiere nach dem Bayerischen Landesstraf- und Verordnungsgesetz*).

Anmerkung:

Je nach Antragsteller kann es sinnvoll sein, die einzelnen Tierarten konkret zu benennen oder zumindest weiter einzuschränken. Z.B. kann die Zulassung auf Greifvögel beschränkt werden, wenn sich dies aus dem Antrag oder der Sachkunde des Antragstellers ergibt. Zudem weisen wir darauf hin, dass der Begriff "Kleinsäuger" sehr problematisch ist, da es keine Definition hierfür gibt. Daher ist ggf. auch der Ausschluss von Hunden, Katzen oder anderen Tierarten sinnvoll. Die bayerische Liste der gefährlichen Tiere wurde um große Säugetie-

re und um wirbellose Tiere gekürzt, da sich die EU-Verordnung nur auf den Transport von Wirbeltieren bezieht.

Wird **Geflügel** nicht ausgeschlossen, so sind die **tierseuchenrechtlichen Bestimmungen** zu beachten.

3. Eine amtlich beglaubigte Kopie der als Anlage beigefügten Bescheinigung ist während des Tiertransportes mitzuführen.

Anmerkung:

Das Formular für die Zulassung aus dem Anhang der VO (EG) Nr. 1/2005 ist mit einem zusätzlichen Eintrag zu modifizieren, dass die Zulassung nur im Zusammenhang mit dem Zulassungsbescheid gültig ist.

4. Der Transport von Tieren darf ausschließlich in **Behältnissen** erfolgen. Es sind Behältnisse zu verwenden, die den Vorgaben der **IATA-Richtlinien**, jeweils in der neusten Fassung, für den Transport von lebenden Tieren entsprechen.

Jedes Behältnis muss eine deutlich lesbare und sichtbare **Beschilderung** aufweisen, dass es mit lebenden Tieren besetzt ist, sowie eine deutliche Kennzeichnung der Oberseite. Die einzelnen Behältnisse müssen dem entsprechenden Begleitpapier eindeutig zuzuordnen sein.

5. Verschiedene Tierarten sind getrennt unterzubringen. Es dürfen nur aneinander gewöhnte und untereinander verträgliche Tiere gemeinsam befördert werden. Die Besatzdichte der Behältnisse darf nicht die Mindestvorgaben der IATA-Richtlinien überschreiten.
6. Je nach transportierter Tierart bzw. Tiergruppe sind bezüglich der Versorgung mit Futter und Wasser die Vorgaben des Anhang I Kapitel V Nr. 2 einzuhalten. Bezüglich anderer Tierarten sind zumindest die Vorgaben der IATA-Richtlinien zu beachten. Die Behältnisse müssen grundsätzlich mit Futter- und Wasserspendern ausgerüstet sein, die ausreichend stabil sind, nicht umgestoßen werden können, auslaufsicher sind und die genügend Futter und Wasser für die doppelte Dauer der geplanten Beförderung enthalten.
7. Die Behältnisse sind so zu befestigen, dass sie während der Fahrt nicht verrutschen können. Eine Gefährdung durch andere Güter ist auszuschließen. Die Behältnisse müssen jederzeit zugänglich sein.

8. Jede Tiersendung ist mit einem Begleit- und Transportpapier zu versehen, welches Auskunft gibt über:
- a. Herkunft und Eigentümer der Tiere,
 - b. den Zeitpunkt der Verpackung der Tiere,
 - c. den Versandort und vorgesehenen Bestimmungsort,
 - d. den Zeitpunkt der Übernahme durch den Transporteur,
 - e. die voraussichtliche Transportdauer,
 - f. Art und Anzahl der Tiere, ggf. Hinweis, dass es sich um wilde, scheue, bissige (*oder gefährliche, sofern von Zulassung umfasst*) Tiere handelt
 - g. Versorgungsanweisungen für den Notfall,
 - h. schriftliche Anweisung über eine ggf. erforderliche Sonderbetreuung der Tiere, z.B. spezielle Temperaturansprüche,
 - i. evtl. auftretende Mängel bzw. Unregelmäßigkeiten und
 - j. den Zeitpunkt der Übernahme durch den Empfänger.
 - k. Sofern Beruhigungsmittel verabreicht wurden, die Art der verwendeten Mittel und die Kontaktdaten des beaufsichtigenden Tierarztes.
9. Alle den Tiertransport betreffenden Unterlagen sind über einen Mindestzeitraum von 3 Jahren aufzubewahren und der zuständigen Behörde jederzeit auf Verlangen vorzulegen.
10. Bei der Annahme und Aufbewahrung von Tiersendungen ist zu beachten, dass diese in einem geschützten, separaten Bereich gelagert werden. Dieser muss vor Zugluft, Personenverkehr und direkter Sonneneinstrahlung geschützt sein. Die **Temperatur** im Tierbereich darf nicht unter +7°C fallen und nicht über +29°C steigen. Sofern für bestimmte Tierarten spezielle Temperaturvorgaben in den IATA-Richtlinien oder durch den Versender gemacht werden, sind diese einschlägig. Der Zustand der Behältnisse ist regelmäßig zu kontrollieren.
11. Verzögert sich eine Beförderung oder muss eine Tiersendung an den Versender retourniert werden, darf die gesamte Beförderungsdauer nicht mehr als das Doppelte der ursprünglich vorgesehenen einfachen Beförderungsdauer betragen. Bei darüber hinausgehender Beförderungsdauer oder bei Zweifeln an der weiteren Transportfähigkeit der Tiere sind diese einem Tierarzt vorzustellen. Ist eine Zustellung oder ein Rücktransport nicht möglich, sind die Tiere unverzüglich an hierfür festzulegende geeignete Einrichtungen, wie z.B. Tierheime oder Zoofachgeschäfte, zu übergeben.
12. Es sind für alle am Transport beteiligten Mitarbeiter verbindliche Richtlinien zu erstellen,

welche die Annahme, die Aufbewahrung, den Transport und die Übergabe der Tiere beinhalten und mindestens die tierschutzrechtlichen Anforderungen umfassen. Die vorgelegten und als Anlage beigefügten Richtlinien sind Bestandteil dieser Zulassung. Jegliche Änderungen sind der zulassenden Behörde mitzuteilen.

Anmerkung:

Sofern die Art und Größe des Transportunternehmens betriebsinterne Verfahrensanweisungen (verbindliche Richtlinien) notwendig machen, z.B. bei zahlreichem oder häufig wechselndem Personal, sind diese vor der endgültigen Zulassung vorzulegen.)

13. Die IATA-Richtlinien bzw. für die jeweils transportierten Tierarten relevante Auszüge aus den IATA-Richtlinien, in der jeweils aktuellen Fassung, müssen im Betrieb einsehbar vorliegen.

Anmerkung:

Diese Nebenbestimmung ist für Transportunternehmer, welche nur wenige Tierarten transportieren, nicht von Belang. Logistikunternehmen, welche eine unüberschaubare Fülle an Tierarten transportieren und bei denen die Transportaufträge ohne viel Vorlaufzeit eintreffen, müssen jederzeit die jeweiligen Transportbedingungen nachprüfen bzw. ermitteln können.

14. Es sind regelmäßig Schulungen (vor Arbeitsaufnahme und anschließend mindestens einmal jährlich) für alle im Tiertransport tätigen Personen über die maßgeblichen tierschutzrechtlichen und tierschutzfachlichen Anforderungen an den Tiertransport durchzuführen und nach Inhalt und Teilnehmerkreis zu dokumentieren.

15. Alle Änderungen der im Antrag aufgeführten Sachverhalte sind der zuständigen Behörde unverzüglich schriftlich mitzuteilen, ggf. ist eine Änderung der Erlaubnis zu beantragen.

Zusätzliche Vorgaben für Kleinsäuger, Vögel:

16. Die Behältnisse sind so zu verladen, dass jedes Behältnis ausreichend belüftet wird. Die Lüftungsöffnungen der Behältnisse müssen frei bleiben. Transportmittel und Transportbehälter müssen eine für die beförderte Tierart und –anzahl angemessene und ausreichende Frischluftzufuhr gewährleisten. Ggf. müssen die Fahrzeuge über eine funktionsfähige Lüftungseinrichtung verfügen. Zugluft im Behältnis ist zu vermeiden.

17. Die Transportfahrzeuge müssen über eine funktionstüchtige Klimaanlage verfügen.

Alternativ :

Mit geeigneten Maßnahmen sind beim Transport von Vögeln und Kleinsäugetieren im Tierbereich die erforderlichen klimatischen Verhältnisse gemäß der IATA-Richtlinie sicherzustellen:

Die Temperaturen sind im Tierbereich während des Transportes für Vögel und Kleinsäuger zwischen +7°C und +29°C zu halten, es sei denn, für die jeweilige Tierart sind spezielle Temperaturansprüche vorgegeben.

Bei kälteempfindlichen Säugern ist ggf. ausreichend geeignete isolierende Einstreu zu verwenden.

Größere Temperaturschwankungen sind zu vermeiden.

Bei Tiersendungen auf Fahrzeugen, bei denen der Laderaum nicht über eine entsprechende Temperaturregelungseinrichtung verfügt und die vom Führerhaus/Fahrgastzelle abgetrennt sind, muss eine Messeinrichtung vorhanden sein, welche dem Fahrer die Temperatur im Laderaum anzeigt.

18. Vögel und Kleinsäuger dürfen nicht auf gänzlich unbeleuchteten Ladeflächen transportiert oder in völliger Dunkelheit untergebracht werden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass im Behälter gedämpftes Licht den Tieren die Orientierung und die Aufnahme von Futter und Wasser ermöglicht. Die Tiere sind vor Lärm zu schützen.

Zusätzliche Vorgaben für Reptilien, Amphibien, Zierfische:

19. Beim Verpacken von Zierfischen und aquatischen Amphibien ist sicherzustellen, dass mindestens für die doppelte Dauer der geplanten Beförderung eine ausreichende Sauerstoffversorgung gewährleistet ist. Dies gilt ebenso bei der Verwendung von luftdichten Umverpackungen von Reptilien- und Amphibienbehältnissen.

20. Zierfische und aquatische Amphibien sind in thermostabilen Behältnissen zu transportieren. Für Reptilien und sonstige Amphibien sind isolierte oder verkleidete Behältnisse zu verwenden. Erforderlichenfalls sind die Behältnisse durch Beigabe von Kühl- oder Wärmelementen zu temperieren. Die Vorgaben der IATA-Richtlinie für die Verwendung von Wärme- oder Kühlpacks sind zu beachten.

(Anmerkung: Werden Fahrzeuge verwendet, in denen Tiere ohne andere Transportgüter transportiert werden und bei denen der Laderaum entsprechend klimatisiert wird, ist diese Nebenbestimmung hinfällig.)

Hinweis: Andere Rechtsbereiche, insbesondere artenschutzrechtliche, tierseuchenrechtliche sowie gewerberechtliche Vorschriften werden durch diese Zulassung nicht berührt und sind entsprechend zu beachten.

Begründung:

Gemäß Artikel 13 Abs. 1 der VO (EG) Nr. 1/2005 kann der Geltungsbereich einer Zulassung begrenzt werden. Einschränkende Bestimmungen müssen fachlich begründet werden.

Zu 1.: Gemäß Artikel 10 Abs. 2 und Artikel 11 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ist die Zulassung zu befristen.

Zu 2.: Die Zulassung wird für die beantragten Tierarten bzw. -kategorien erteilt. Eine Einschränkung der Tierarten bzw. Tierkategorien, welche transportiert werden dürfen, ist entsprechend der vorhandenen Ausrüstung, der Qualifikation des Personals und der vorgesehenen Verfahren für den Transport zum Schutz der Tiere notwendig.

Zu 3.: Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Zur 4.: Anhang I Kapitel II Nr. 5 i.V.m. Artikel 6 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005. Die IATA-Richtlinien sind die derzeit einzigen vorliegenden Richtlinien, die den Stand der guten fachlichen Praxis zum Transport der betroffenen Tierarten wiedergeben. Diese Richtlinien präzisieren die nach Artikel 3 g) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 geforderten ausreichenden Bodenflächen und Standhöhen sowie die Anforderungen an Transportbehälter gemäß Anhang I Kapitel II. Sie sind als Leitlinie für bewährte Praktiken gemäß Artikel 10 Abs. 1 b zu verstehen.

Zu 5.: Anhang I Kapitel III Nr. 1.12 und 1.13 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Zu 6.: Voraussetzung für die Entbindung von der Betreuerpflicht nach Artikel 6 Abs. 6 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005. Die Versorgung der Tiere muss die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Tierart berücksichtigen und muss dem Wohlbefinden der Tiere dienen. Je nach Tierart kann eine Versorgung mit Futter dem Wohlbefinden abträglich sein und sollte daher unterlassen werden. Die IATA-Richtlinien stellen den Stand der guten fachlichen Praxis bezüglich der Versorgung der unterschiedlichen Tierarten bzw. -gruppen dar.

Zur 7.: Artikel 6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I Kapitel II Nr. 1.1. f) und Nr. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Zu 8.: Artikel 4 Abs. 1, Anhang I Kapitel II Nr. 1.3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005. Die Angabe der Art und Anzahl der Tiere ist notwendig, da bei der Mehrheit der Behältnisse eine Inaugenscheinnahme der Tiere nicht möglich ist. Zudem umfasst die geforderte Qualifizierung des Personals keine Kenntnisse der Tierartbestimmung. In Notfällen ist die Information über die Art und Anzahl der transportierten Tiere für deren Schutz unbedingt notwendig. Ebenso ist für eine fachgerechte Behandlung der Tiere nach dem Transport die Information über aufgetretene Mängel bzw. Unregel-

mäßigkeiten notwendig. Aufzeichnungen nach j) stellen bei Organisationen die Erfüllung der Auskunftspflicht nach Artikel 5 Abs. 3 sicher.

Zu 9.: Artikel 4 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005. Die Frist von 3 Jahren entspricht der Regelung zum Fahrtenbuch.

Zu 10.: Die Beförderung umfasst den gesamten Transportvorgang vom Versand- zum Bestimmungsort, wobei z.B. eine Zwischenaufbewahrung in Depots von Logistikunternehmen inbegriffen ist. Die Nebenbestimmung ist notwendig, um die Tiere vor negativen Einflüssen an diesen Umladeorten, die zu einem unnötigen Leiden führen könnten zu schützen. Insbesondere starke Schwankungen des Klimas oder ungewohnte Umgebungsgeräusche führen zu vermeidbarem Stress für die Tiere. Daher ist auch eine regelmäßige Kontrolle der Behältnisse notwendig, um möglich auftretende tierschutzwidrige Umstände zeitnah zu erkennen und schnellstmöglich zu beheben.

Zu 11.: Die Beigabe von Futter und Wasser im Transportbehältnis ist für die doppelte geplante Beförderungsdauer ausgelegt, so dass eine Beförderung in keinem Fall länger als diese Zeit dauern darf. Da ein über die vorgesehene Transportdauer hinaus andauerndes Verbleiben in den Transportbehältnissen in der Regel zu vermeidbaren Leiden und Schäden bei den Tieren führt, muss sicher gestellt sein, dass für nicht transportfähige Tiere oder bei Überschreiten der maximalen Transportdauer eine rasche Entlademöglichkeit besteht. Da Kleintiere zumeist nur in speziellen Haltungseinrichtungen mit entsprechendem Pflegepersonal entladen und untergebracht werden können, muss im Vorfeld dafür Sorge getragen werden, dass solche bei Bedarf ohne weitere Zeitverzögerung zur Verfügung stehen. Deshalb sind solche Einrichtungen schon im Vorfeld festzulegen und hierbei die von der Zulassung umfassten Tierarten zu berücksichtigen.

Zu 12.: Die Mitarbeiter von Güter-Transportunternehmen sind eher in geringem Umfang mit Tiertransporten befasst und müssen die Möglichkeit haben, sich bei Bedarf jederzeit über die Anforderungen an einen tierschutzkonformen Transport zu informieren. Diese Regelung ist im Sinne einer guten fachlichen Praxis. In derartigen firmeninternen Richtlinien werden fachkompetente Ansprechpartner benannt und wichtige Adressen für Notfälle angeführt, so dass diese für jeden Mitarbeiter sofort zur Verfügung stehen.

Zu 13.: Das tatsächliche Vorliegen der Richtlinien mit den Mindestanforderungen für einen tierschutzkonformen Transport der Tiere ist Grundvoraussetzung für deren Umsetzung in der Praxis. Die verwendeten Methoden müssen regelmäßig auf ihre Aktualität überprüft werden. Ggf. sind sie neuen Erkenntnissen anzupassen. Die IATA-Richtlinien unterliegen einer ständigen Überarbeitung, so dass laufend neue Erkenntnisse einfließen, welche in der Praxis umgesetzt werden müssen.

Zu 14.: Artikel 3 e und Artikel 6 Abs. 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005. Es ist davon auszugehen, dass Mitarbeiter von Güter-Transportunternehmen in der Regel keine oder nur geringe Erfahrung mit Tiertransporten haben. Regelmäßige Schulungen zu den Anforderungen nach Ziffer 12 sind notwendig, um deren Umsetzung sicher zu stellen.

Zu 16.: Anhang I Kapitel II Nr. 1.1 e i.V.m. Artikel 6 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005
Anmerkung: Kleinsäuger und Vögel werden in Behältnissen mit passiver Belüftung transportiert. Für Ihr Wohlbefinden ist eine Versorgung mit Frischluft notwendig, so dass im Laderaum der Fahrzeuge in der Regel eine aktive Belüftung mit Frischluft notwendig sein wird. Zierfische hingegen werden in geschlossenen Behältnissen verpackt, welche keine Lüftungsöffnungen aufweisen (z.B. Styroporkisten). Bei Reptilien und Amphibien ist in der Regel wegen der Besonderheit Ihres Stoffwechsels die Klimastabilität im Behältnis wichtiger als die Frischluftversorgung, so dass eine externe Belüftung des Laderaumes bei ausreichendem Luftvolumen nicht zwingend notwendig ist.

Zu 17.: Bei Nichteinhalten der Temperaturspannen kann es zu Leiden und Schäden bis zum Tod der Tiere kommen. Eine ständige Kontrolle der Temperaturbedingungen ist erforderlich und ggf. durch Messeinrichtungen sicher zu stellen, damit der Fahrer sofort reagieren kann und Schäden sowie vermeidbare Leiden für die Tiere verhindert werden.

Zu 18.: Bei völliger Dunkelheit ist es den Tieren nicht möglich bzw. stark erschwert, Futter oder Wasserquellen aufzufinden bzw. Futter oder Wasser aufzunehmen. Eine gute Orientierung im Behältnis ist auch zum Ausgleich von Fahrzeugbewegungen notwendig. Ein Abdunkeln beruhigt die Tiere und dämpft deren Aktivität, weshalb die Behältnisse nicht hell ausgeleuchtet sein dürfen.

Zu 19.: Zwingend notwendig zur Gewährleistung des Wohlbefindens der Tiere bei einem Fall nach Ziffer 11.

Zu 20.: Reptilien, Amphibien und Zierfische können sich als wechselwarme Tiere weniger gut einer Schwankung der Umgebungstemperatur anpassen. Starke Temperaturwechsel stellen für diese Tierkategorien eine Belastung dar, welche im Zusammenhang mit der Belastung durch die gesamte Transportsituation erheblich sein und sogar zum Tod der Tiere führen kann. Daher kommt einer Stabilisierung des Klimas im Transportbehältnis besondere Bedeutung zu. Es ist stets darauf zu achten, dass die Tiere weder extremer Kälte noch extremer Hitze ausgesetzt sind.

Zusätzliche Vorgaben für Hunde und Katzen sind in Vorbereitung

B 3 Kontrolle von Transport- und Viehhandelsunternehmen

Bei amtstierärztlichen Kontrollen von Transportunternehmen und Viehhandelsunternehmen sind neben den vorhandenen Einrichtungen und Fahrzeugen nach dem Tierschutzrecht insbesondere folgende Unterlagen zu überprüfen:

- Liegen die **Befähigungsnachweise** für alle als Fahrer oder Betreuer eingesetzten Personen auf dem aktuellen Stand vor?
- Liegen die **Zulassungsnachweise** für alle für lange Beförderungen eingesetzten Fahrzeuge auf dem aktuellen Stand vor?
- Liegen alle Kopien der ausgefüllten **Fahrtenbücher** einschließlich der Aufzeichnungen des **Navigations- und Temperaturonzeichnungssystems** aus den letzten drei Jahren vor?
Um dies überprüfen zu können, muss der Unternehmer verpflichtet werden, die Fahrtenbücher fortlaufend zu nummerieren. Werden die Kopien der ausgefüllten Fahrtenbücher zuverlässig innerhalb eines Monats an die Behörde des Versandortes gesandt?
- Werden die **Erklärungen nach Abschnitt 4 des Fahrtenbuchs** den Behörden des Versandortes zuverlässig vorgelegt?

C Schulung und Befähigungsnachweis

C 1 Schulung oder Qualifizierung von Personen, die mit Tieren umgehen

Personen, die mit Tieren umgehen, müssen gemäß Artikel 3 Buchstabe e, Artikel 6 Abs. 4 und Artikel 9 Abs. 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 in angemessener Weise geschult oder qualifiziert sein. Dies gilt auch für Landwirte im Rahmen von Artikel 1 Abs. 2. Die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten werden in einer Schulung erworben, in der die einschlägigen Regelungen der Anhänge I und/oder II der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 vermittelt werden. Die von der Ausbildungsstätte ausgestellte Bescheinigung (Anlage C 1.1) ist der Nachweis für die Teilnahme an der Schulung.

Personen, die Geflügel einfangen und verladen, müssen Kenntnisse und Fähigkeiten im Sinne des § 17 Abs. 3 Nr. 2 b der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung besitzen

Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung in den Berufen Fleischer (Ausbildungsrichtung Schlachten), Landwirt, Pferdewirt, Tierpfleger, Tierwirt oder vergleichbaren Berufsabschlüssen sowie mit einem erfolgreichen Abschluss eines Hoch- oder Fachhochschulstudiums im Bereich der Landwirtschaft oder der Tiermedizin gelten als entsprechend qualifiziert. Sie sind jedoch in den regelmäßig stattfindenden beruflichen Fortbildungen über den Inhalt der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zu informieren.

C 2 Befähigungsnachweis für Personen, die Tiere transportieren

Nach Artikel 6 Abs. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 dürfen Straßenfahrzeuge, auf denen **Haus-equiden, Hausrinder, Hausschafe, Hausziegen, Hausschweine oder Geflügel** befördert werden, nur von Personen gefahren oder als Betreuer begleitet werden, die über einen Befähigungsnachweis gemäß Artikel 17 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 verfügen. Dies gilt nicht für Personen, die Tiere, gerechnet ab dem Versandort bis zum Bestimmungsort, über eine Strecke von maximal **65 km** transportieren. Der Befähigungsnachweis wird nach den Maßgaben des Anhangs IV der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und des § 4 der Tierschutztransportverordnung vom 11.2.2009 erworben. Danach muss der betroffene Personenkreis einen Lehrgang erfolgreich abgeschlossen und eine von der zuständigen Behörde anerkannte Prüfung abgelegt haben.

- I. Personen mit einer nach dem 5. Januar 2007 abgeschlossenen Berufsausbildung in den Berufen Fleischer (Ausbildungsrichtung Schlachten), Landwirt, Pferdewirt, Tierpfleger, Tierwirt oder vergleichbaren Berufsabschlüssen sowie mit einem nach dem 5. Januar 2007 erfolgreich getätigten Abschluss eines Hoch- oder Fachhochschulstudiums im Bereich der Landwirtschaft oder der Tiermedizin wird der Befähigungsnachweis (Anlage C 2.3) auf Antrag erteilt. Dies gilt auch für Personen, die eine nach dem 5. Januar 2007 und vor dem 19.2.2009 bestandene Sachkundeprüfung nach § 13 Abs. 3 der Tierschutztransportverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1999 (BGBl. I S. 1337) nachgewiesen haben.

Die erforderliche Fachkunde im Sinne des § 4 Abs. 1 Ziffer 2 der Tierschutztransportverordnung vom 11.2.2009 kann auch durch entsprechende Nachweise erbracht werden, sofern die entsprechenden Maßgaben des Anhangs IV der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 Gegenstand einer Ausbildung und Prüfung waren.

- II. Personen die bereits vor dem 6. Januar 2007 im Besitz einer Sachkundebescheinigung gemäß § 13 Abs. 3 der Tierschutztransportverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juni 1999 (BGBl. I S. 1337) waren, müssen lediglich einen Ergänzungslehrgang entsprechend Anhang IV Nr. 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 absolvieren und eine Prüfung hierzu ablegen (z.B. Multiple-Choice-Test). Die von der Ausbildungsstätte ausgestellte Bescheinigung (Anlage C 2.1) ist der Nachweis für den absolvierten Ergänzungslehrgang und die bestandene Prüfung.
- III. Personen mit einer vor dem 6. Januar 2007 abgeschlossenen Berufsausbildung in den Berufen Fleischer (Ausbildungsrichtung Schlachten), Landwirt, Pferdewirt, Tierpfleger, Tierwirt oder vergleichbaren Berufsabschlüssen sowie mit einem vor dem 6. Januar 2007 erfolgreich getätigten Abschluss eines Hoch- oder Fachhochschulstudiums im Bereich der Landwirtschaft oder der Tiermedizin müssen ebenfalls lediglich einen Ergänzungslehrgang entsprechend Anhang IV Nr. 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 absolvieren und eine Prüfung hierzu ablegen, da sie mit ihrem Abschluss bereits eine anerkannte Prüfung im Sinne des Anhangs IV Nr. 1 abgelegt haben. In den Ausbildungsberufen ist jedoch nachzuweisen, dass im Rahmen der Ausbildung die entsprechenden Lehrinhalte vermittelt wurden und auch Gegenstand einer Prüfung waren. In der Vergangenheit hat sich häufig gezeigt, dass die Ausbildungsordnungen nicht die geforderten Lehrinhalte enthielten. Es sind somit nur die aktuellen Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zu schulen und zu prüfen. Die von der Ausbildungsstätte ausgestellte Bescheinigung (Anlage C.2.1) ist der Nachweis für den absolvierten Ergänzungslehrgang und die bestandene Prüfung.

- IV. Andere Personen als die unter Nr. I bis III genannten müssen einen vollständigen Lehrgang mit Prüfung gemäß Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 absolvieren.

Der Befähigungsnachweis wird von der für den Wohnort des Antragstellers zuständigen Behörde, in der Regel sind dies die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter, auf Antrag erteilt, sofern nach Maßgabe des Anhangs IV der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und § 4 der Tierschutztransportverordnung ein entsprechender Lehrgang mit erfolgreicher Prüfung nachgewiesen worden ist. Der Befähigungsnachweis bezieht sich auf die Tierkategorie, auf die sich die Ausbildung und die Prüfung erstreckt haben (Anlage C 2.3 Ziffer 2.2). Dabei sind im Hinblick auf die Transportpraxis grundsätzlich zwei Gruppen zu unterscheiden:

1. Nutztiere: Einhufer und Tiere der Gattung Rind, Schaf, Ziege und Schwein,
2. Geflügel: Hausgeflügel.

Grundlagen der Ausbildung für Personen gemäß Ziffer IV sind der Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1/2005, der § 4 der Tierschutztransportverordnung sowie die zwischen den Tierschutzreferenten der Länder und des BMELV abgestimmten Anforderungen an den Erwerb des Befähigungsnachweises.

Ein Lehrgang einschließlich Prüfung nach Nr. IV sollte mindestens 15 – 20 Unterrichtseinheiten zu je 45 Minuten umfassen und die Maßgaben des Anhangs IV der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ausreichend berücksichtigen. Es muss sichergestellt sein, dass die Behörde den Befähigungsnachweis auf die unterrichtete Tierart beschränkt.

Theoretische und praktische Ausbildung

Der theoretische Teil des Lehrgangs umfasst folgende Themenkomplexe:

1. Rechtliche Grundlagen
 - Tierschutzgesetz
 - Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen
 - nationale Tierschutztransportverordnung
 - Tierschutz-Schlachtverordnung
 - einschlägige tierseuchenrechtliche Vorschriften (Tierseuchengesetz, Viehverkehrsverordnung)

2. Grundkenntnisse über die einzelnen Tierarten (Pferd, Rind, Schwein, Schaf, Ziege und Geflügel)
 - Anatomie und Physiologie
 - Ernährung und Pflege, insbesondere deren Fütterungs- und Tränkebedürfnisse
 - arttypisches Verhalten, insbesondere beim Transport
 - Führen und Treiben von Tieren
 - Beurteilung der Transportfähigkeit
 - Auswirkungen des Transportes auf das Tier
 - Auswirkungen des Transportes auf die Fleischqualität
 - Anzeichen von Störungen des Allgemeinbefindens, erste Maßnahmen bei deren Auftreten
 - bei Milch gebenden Kühen, Schafen und Ziegen Fertigkeiten zum Melken
 - Möglichkeiten der Beruhigung und Fixation
 - erste Hilfe für Tiere
 - Maßnahmen zum Nottöten und Notschlachten

3. Anforderungen an Transportfahrzeuge (Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen und Geflügel)
 - Tiergerechtheit
 - Ausstattung
 - Eignung und Kapazität der verschiedenen Transportmittel

4. Anforderungen an Verlade- und Versorgungseinrichtungen
 - Tiergerechtheit
 - Technik

5. Durchführung von Tiertransporten
 - Vorbereitung, Planung und Organisation eines Transportes
 - Auswahl und Zusammenstellung der erforderlichen tierschutz- und tierseuchenrechtlichen Dokumente, Ein- und Ausfuhrdokumente, Fahrtenbuch usw.
 - Auswahl, Kennzeichnung und Vorbereitung der Tiere
 - Tierschutzgerechter Umgang mit den Tieren beim Beladen, Transport, Entladen
 - Versorgung während des Transportes
 - Führen der Begleitdokumente
 - Reinigung und Desinfektion

6. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit

- Sicherheit des mit Tieren umgehenden Personals

Innerhalb der Themenkomplexe wird die theoretische Ausbildung durch Demonstrationen und praktische Übungen vertieft.

Prüfungen

Auf Antrag führt die Ausbildungsstätte eine Prüfung der Sachkunde bezogen auf die im Antrag genannten Tierkategorien durch. Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die Prüfung erstreckt sich insbesondere auf die in Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 genannten Gebiete.

Im schriftlichen Teil sind im Multiple-Choice-Verfahren mindestens 5 Fragen je Fachgebiet /Tierart zu stellen, wobei auch Mehrfachankreuzungen möglich sein müssen.

Die mündliche Prüfung kann im Rahmen eines Gesprächs in Gruppen von maximal 4 Personen durchgeführt werden, wobei der Zeitumfang von 15 Minuten pro Person nicht überschritten werden sollte.

Die Prüfung ist bestanden, wenn jeweils im schriftlichen und mündlichen Teil mindestens ausreichende Leistungen erbracht worden sind.

In der Prüfungskommission muss ein beamteter Tierarzt vertreten sein. Über die Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Prüfungskommission und dem beamteten Tierarzt zu unterzeichnen ist.

Die von der Ausbildungsstätte ausgestellte Bescheinigung (Anlage C 2.2) ist der Nachweis für den absolvierten Lehrgang und die bestandene Prüfung. Die Bescheinigung ist vom Vorsitzenden der Prüfungskommission und dem beamteten Tierarzt zu unterzeichnen.

Der Befähigungsnachweis nach Artikel 6 Abs. 5 i. V. mit Artikel 17 Abs. 2 ist auf Antrag durch die zuständige Behörde nach der Anlage C 2.3 grundsätzlich zweisprachig auszustellen. Die Befähigungsnachweise müssen durch die ausstellende Behörde mit einer fortlaufenden Nummer versehen werden.

Die Anlage C 2.3 Ziffer 2.1 ermöglicht es, den Befähigungsnachweis zu befristen. Da diesbezüglich im Verordnungstext keine Vorgaben bestehen, liegt es im Ermessen der zuständigen Behörden, den Befähigungsnachweis im Einzelfall zu befristen und entsprechend zu begründen.

D Abfertigung und Kontrolle von Tiertransporten

D 1 Kontrolle von Transporten auf der Straße

Rechtsgrundlage:

Artikel 15, Artikel 27 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Vor systematischen Tiertransportkontrollen müssen folgende **Vorbereitungen** getroffen werden :

- Terminabstimmung zwischen dem Veterinäramt und der Polizei, unterschiedliche Kontrollzeiten und -strecken
- Auswahl geeigneter Kontrollpunkte (Nähe zu Entladestellen und Fahrzeugwaagen, gute Übersicht über Fahrbahnen, sichere Anhaltemöglichkeiten)
- Checklisten, Telefonlisten, ggf. geeignete mobile EDV mit Internetzugang und Drucker
- Ausrüstung (Messinstrumente, digitale Fotoapparate oder Kameras,...)
- Sicherstellen von geeigneten Ablademöglichkeiten für verschiedene Tierarten, Umladestellen, Ersatztransportern in Absprache mit Viehhandels- oder Transportunternehmen im Sinne einer Notfallerreichbarkeit, zusätzliches Personal

Bei Tiertransportkontrollen wird folgende Vorgehensweise empfohlen:

1. **Orientierung über die Art des Tiertransportes**
2. **Sichtung der Dokumente**
3. **Begutachtung des Transportmittels und der Tiere**
4. **Beurteilung der Kontrollergebnisse**
5. **einzuleitende Sofort- oder Folge-Maßnahmen**
6. **Dokumentation der Kontrolle**

1. Art des Tiertransportes

- Grundsätzlich muss ermittelt werden, ob es sich im konkreten Fall um eine **Beförderung im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit** handelt und ob eine **Beförderung unter oder über 8 Stunden** vorliegt.

Die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 regelt dazu im Artikel 1 den **Geltungsbereich**:

- Die Verordnung gilt für den Transport von **Wirbeltieren** innerhalb der Gemeinschaft.
- Für den Transport **durch Landwirte** gelten nur die Artikel 3 und 27 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005, wenn die eigenen Tiere in eigenen landwirtschaftlichen Fahrzeugen transportiert

werden und der Transport über eine Entfernung von weniger als 50 km ab dem Betrieb durchgeführt wird.

- Die **Verordnung gilt nicht** für Transporte, die **nicht in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit** durchgeführt werden oder für Transporte zur tierärztlichen Behandlung. Im Übrigen wird auf die Interpretationshilfen im Kapitel I verwiesen.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich nur auf den **Tiertransport im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit**.

- Liegt eine Beförderung **unter oder über 65 km** vor?

Transportunternehmer, die Tiere ab dem Versandort bis zum Bestimmungsort über eine Strecke von maximal 65 km transportieren, benötigen keine Zulassung und keinen Befähigungsnachweis (Artikel 6 Absatz 7).

- Liegt eine **kurze oder eine lange Beförderung** vor?

Transporte **unter 8 Stunden** können in geeigneten Fahrzeugen durchgeführt werden und benötigen nur die Dokumentation nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 (allgemeine Angaben zu Herkunft und Eigentümer der Tiere, Versandort, Tag und Uhrzeit des Beginns der Beförderung, Bestimmungsort und voraussichtliche Dauer der Beförderung).

Für **lange Beförderungen** dürfen nur Fahrzeuge eingesetzt werden, die nach vorhergehender technischer Prüfung von der Veterinärbehörde für den Langstreckentransport zugelassen wurden (Formular Anhang III Kap. IV). Die Transportunternehmer benötigen eine Zulassung für die Durchführung langer Beförderungen (Typ 2-Zulassung) und jede Beförderung bedarf einer detaillierten Dokumentation in Form des Fahrtenbuches (bei grenzüberschreitenden Transporten).

Bei rein innerstaatlichen Transporten hat der Gesetzgeber in der Tierschutztransportverordnung vom 11.2.2009 von der Ausnahmeregelung nach Artikel 18 Gebrauch gemacht. Danach benötigen Straßentransportmittel, die für Beförderungen von **maximal 12 Stunden** von Zucht- und Nutztieren eingesetzt werden, keine Zulassung und keine Ausstattung mit Temperaturüberwachungssystem, Datenschreiber und Navigationssystem.

2. Dokumentenüberprüfung

Für Beförderungen bis zu 8 Stunden:

- Kopie der Zulassung des Transportunternehmers nach **Artikel 10 – Typ 1 Zulassung**, nicht gültig für lange Transporte.

- **Transportpapiere** erforderlich nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 auch möglich als **Transport- und Desinfektionskontrollbuch**, (Artikel 12 Absatz 2 der Richtlinie 64/432/EWG bzw. § 21 Viehverkehrsverordnung) ergänzt um die Uhrzeit des Beginns der Beförderung und die voraussichtliche Dauer des Transports.
- **Befähigungsnachweis** für den Fahrer und Betreuer (nur für Transporte von Hausequiden, -rindern, -schafen, -ziegen, -schweinen oder Geflügel).
- **Individuelle Begleitpapiere** (z.B. Equidenpass für Pferde), eventuell Gesundheitsdokumente nach veterinärrechtlichen Vorgaben.

Für lange Beförderungen (über 8 Stunden):

- Kopie der Zulassung des Transportunternehmers nach **Artikel 11- Typ 2-Zulassung für lange Transporte**. Die Zulassung für die Beförderung über 8 Stunden erhält ein Unternehmer von der zuständigen Veterinärbehörde nur, wenn sämtliche für lange Transporte eingesetzten Fahrzeuge entsprechend der Anlage I Kapitel 2 der Verordnung ausgerüstet und zugelassen sind bzw. eine Ausnahme nach § 3 TierSchTrV besitzen, alle eingesetzten Fahrer und Betreuer nachweislich über einen Befähigungsnachweis verfügen und Notfallpläne bei etwaigen Unfällen vorhanden sind.
- **Fahrtenbuch**: 5-seitiges Dokument, für jede grenzüberschreitende lange Beförderung entsprechend Anhang II der Verordnung. Alle Seiten des Fahrtenbuches müssen ausgefüllt, abgestempelt und zusammengeheftet werden. Auch beglaubigte Kopien müssen alle erforderlichen Seiten des Originals beinhalten. Der Abschnitt 5 des Fahrtenbuches dient der Mitteilung von Unregelmäßigkeiten an die zuständige Behörde des Transportunternehmers! Ausgefüllt wird dieser Abschnitt durch die Kontrollierenden oder durch den Tierhalter am Bestimmungsort oder dem Versandort bei festgestellten Verstößen gegen die Verordnung. Siehe Kapitel Ausfuhrerstattungen.
- **Satellitengestütztes Navigationssystem**: (Definition Art. 2, Buchst. o) muss Informationen des Fahrtenbuches (Anhang II Abschnitt 4) enthalten. Die Übereinstimmung der Transportplanung mit den tatsächlichen Angaben des Navigationssystems im Hinblick auf Transportwege, die angefahrenen Ruhe-, Umlade- und Ausgangsorte, die eingelegten Ruhepausen und Versorgungsintervalle, sowie Öffnen und Schließen der Ladeklappe als Hinweis auf eine mögliche zusätzliche Be- oder Entladung, muss überprüfbar sein.
- **Temperaturüberwachungssystem**: Überprüfung des Ausdrucks des Datenschreibers, ob Grenzwerte über- oder unterschritten wurden (0 °C - 35 °C).
- **TRACES**-Bescheinigungen bei grenzüberschreitenden Beförderungen prüfen.
- **Befähigungsnachweise** der Fahrer und Betreuer, die während der Fahrt eingesetzt werden.

- **Zulassungsnachweis des Fahrzeuges** für lange Beförderungen. Ist das Transportmittel für die beförderte Tierart zugelassen?
- **Notfallpläne** für unvorhergesehene Zwischenfälle (Transportunfälle, Verzögerungen, Erkrankung von Tieren, ...) sind Bestandteil der Zulassung des Transportunternehmens.

3. Begutachtung des Transportmittels und der Tiere

Aus den Dokumenten geht hervor, welche Art von Tiertransport durchgeführt wird, welche Tierart und -zahl sich auf dem Transportmittel befindet und welche Fahrzeiten bereits entstanden sind. Nach den vorliegenden Informationen werden im folgenden Transportmittel und Tiere auf die Übereinstimmung mit den Dokumenten und die Einhaltung der Vorschriften der Verordnung überprüft:

Transportmittel: (Anhang I, Kapitel II)

- Ermittlung der **verfügbaren Ladefläche**. Bei langen Transporten ist diese in der Zulassung der Transportmittel zu finden. Ansonsten ist sie auszumessen.
- Angabe an gut sichtbarer Stelle: „**Lebende Tiere**“.
- Zustand des **Transportmittels außen** (z.B. von außen sichtbare Funktionsausfälle des Lüftungssystems; Austreten tierischer Abgänge aus Ladeklappen, Lüftungsschlitzen oder Ablauföffnungen; verkehrstechnische Mängel werden i. d. R. durch die Polizei überwacht).
- Zustand des **Transportmittels innen** (z.B. ausreichende Menge an Einstreu, potentielle Verletzungsgefahren für die Tiere durch in den Laderaum ragende Fahrzeugteile oder nicht transportkonforme Gegenstände, Trenngitter zur Gruppenbildung oder Stabilisierung der Tiere bei geringerer Ladedichte, ausreichende Laderaumhöhe; ausreichendes Platzangebot, d.h. können alle Tiere gleichzeitig liegen oder stehen, Klima bzw. Kontrolle der Temperatur, Wasserversorgung, Eignung der Tränkesysteme für die jeweils beförderten Tierarten und Altersklassen).
- **Transportmittel für lange Beförderungen s. Anhang I Kapitel VI der Verordnung (EG) Nr. 1/2005.**

Tiere:

- **Anzahl, Art, Alter Geschlecht und Gewicht** der Tiere müssen für die Beurteilung der Vorgaben des **Anhangs I** der Verordnung berücksichtigt werden.
- **Zustand der Tiere** (z.B. Anzeichen von Dehydrierung, Überhitzung, Verletzungen, Erregung).
- Sind die Tiere **transportfähig**? Definitionen der **Transportfähigkeit** in **Anhang I, Kapitel I.**
- **Flächenbedarf der Tiere** ermitteln und vergleichen mit der verfügbaren Ladefläche **Anhang I, Kapitel III und Kapitel VII.**

Die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 enthält nur für etwa 100 kg schwere Schweine Angaben zur Mindestfläche. Es besteht aber die Möglichkeit, je nach Rasse, Größe, körperlicher Verfassung sowie Witterungsbedingungen und Transportdauer die Mindestbodenfläche bis zu 20% zu vergrößern. Bei schwereren Tieren sollte bei hochsommerlichen Witterungsbedingungen und bei Frost (Erfrierungen an gefrorenen Außenwänden möglich) von der 20% Möglichkeit auf jeden Fall Gebrauch gemacht werden. Bei neutralen Wetterlagen, aber langer Transportdauer (z. B. in die Russische Föderation) sollen den Schweinen ca. 10% Flächenzugabe gewährt werden (125 kg KGW = 0,6 m²). Damit ergeben sich folgende Werte:

	Ohne Zugabe	+ 10 %	+ 20 %
110 kg	0,47	0,52	0,57
120 kg	0,51	0,56	0,62
125 kg	0,54	0,59	0,65
130 kg	0,56	0,61	0,67
135 kg	0,58	0,63	0,70
140 kg	0,60	0,66	0,72

- Zur Berechnung des Flächenbedarfs für Rinder mit von den Werten in Anhang I Kapitel VII abweichenden Gewichtsklassen kann die Tabelle der Anlage D 1.4 verwendet werden.
- **Können alle Tiere in natürlicher aufrechter Haltung stehen und physiologische Körperhaltungen bei Harn- und Kotabsatz einnehmen, ohne die Laderaumdecke bzw. Bauteile der Decke zu berühren?**

Der Raumbedarf der Tiere hängt von den zu erwartenden Umständen des Transportes ab. Zur Sicherung der Verletzungsfreiheit und der Möglichkeit zur Einnahme natürlicher Körperhaltungen auch bei Kot- und Harnabsatz ist ein Abstand zur Decke und deren Bauteilen von **20 cm** über dem höchsten Punkt der Rückenlinie von unbehornten Rindern einzuhalten. Bei Schweinen und Schafen ist ein Abstand von mindestens **15 cm** (bei vorhandener Zwangsventilation) bzw. **30 cm** (ohne Ventilatoren) über der Rückenlinie einzuhalten. Die genannten Abstände bemessen sich am jeweils größten Tier im Ladedeck. Davon kann lediglich im Einzelfall und wenn Tierschutzgründe nicht entgegen stehen abgewichen werden.

Nach Auffassung der **Kommission** sollte bei Rindern über der höchsten Stelle des Tieres (Kopf) noch 20 cm Raum zur Verfügung stehen. Bei Schweinen und Schafen sollte in Fahrzeugen ohne elektrische Ventilation 30 cm, in Fahrzeugen mit Ventilatoren 15 cm über der höchsten Stelle des Tieres zur Verfügung stehen.³

³ Schreiben der DG Sanco vom 10.08.2011 (SANCO G3 AN/ap D(2011) 862232)

Nach § 32 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) beträgt die maximale Fahrzeughöhe 4 m, es sei denn, es liegt eine Ausnahmegenehmigung nach StVZO vor. Zur Vermeidung von Verstößen gegen das Tierschutzrecht ist daher zu prüfen, ob den Tieren in allen Ladeetagen bei korrekter Fahrzeughöhe (nicht bei hochgefahrenem Dach!) die notwendige Raumhöhe zur Verfügung steht. Eine Abfertigung bei ausgefahrenem Dach ist - sofern keine entsprechende straßenverkehrsrechtliche Ausnahmegenehmigung vorgewiesen werden kann - aufgrund der fehlenden straßenverkehrsrechtlichen Zulässigkeit keine in Betracht zu ziehende Handlungsalternative.

Zur Berechnung des Flächenbedarfes für Rinder mit von den Werten in Anhang I Kapitel VII abweichenden Gewichtsklassen kann die Tabelle der Anlage D 1.4 verwendet werden.

Um während des Transportes einen gegenüber der Außentemperatur unverhältnismäßig großen Temperaturanstieg zu vermeiden, kann zur Entlastung der Lüftung der wärmeproduzierende Tierbesatz im Fahrzeug verringert werden. Es ist zu beachten, dass innerhalb eines Transportmittels eine Maximaltemperatur von $30 \pm 5^\circ\text{C}$ eingehalten werden muss. Bei einer während des Transportes erwarteten Außentemperatur von mehr als 25°C kann ggf. die Ladedichte um 20 % verringert werden.

Aktuelle Untersuchungen des FLI zur Laderaumbemessung beim langen Transport von Zuchtrindern haben ergeben, dass es für das Verhalten der Tiere oder die Temperatur im Fahrzeuginnern keinen Unterschied macht, ob über dem Rücken der Tiere ein Freiraum von 10 oder von 20 cm zur Verfügung steht. Zur Vermeidung von Temperaturanstiegen muss bei stehenden oder langsam fahrenden Fahrzeugen die mechanische Ventilation des Fahrzeugs eingeschaltet sein. Eine gegenüber den gesetzlichen Vorgaben (etwa $1,5\text{ m}^2$ pro Tier mit etwa 550 kg Lebendgewicht) verringerte Ladedichte auf etwa $1,8\text{ m}^2$ pro Tier führt nach den Ergebnissen der Studie zu mehr Stürzen der Tiere bei heftigen Fahrzeugbewegungen.

- **Zeitabstände für Füttern und Tränken, Beförderungsdauer und Ruhezeiten in Anhang I Kapitel V.**
- Unbedingt sind auch die **oberen Etagen der Transportfahrzeuge zu besichtigen**, auch wenn sich dort vermeintlich keine Tiere befinden.

Getrennter Umgang und Transport von:

- unterschiedlichen Tierarten
- Tieren mit beträchtlichem Größen und Altersunterschied
- Ebern oder Hengsten

- behornten und unbehornten Tieren

Ausnahmen hiervon gelten, wenn die Tiere untereinander verträglich und aneinander gewöhnt sind. Entweder sie stammen aus einer Mastgruppe/einem Stall oder sie sind anderweitig verträglich.

- geschlechtsreifen männlichen und weiblichen Tieren
- angebundenen und nicht angebundenen Tieren

Anmerkung zu Transportzeiten:

Anhang I Kapitel V, Punkt 1.8. der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ermöglicht, dass die **Beförderungsdauer** im Interesse der Tiere- insbesondere unter Berücksichtigung der Nähe des Bestimmungsortes- **um 2 Stunden verlängert** werden darf. Hiermit sollen im Einzelfall unerwartete Transportverzögerungen, z. B. durch Verkehrsstaus, ausgeglichen werden können. Die Verlängerungsmöglichkeit darf nicht schon für die Planung der Transporte herangezogen werden.

Gemäß § 10 der nationalen Tierschutztransportverordnung vom 11.2.2009 dürfen Tiere innerstaatlich zur Schlachtstätte nicht länger als acht Stunden befördert werden, es sei denn, die Transportmittel sind nach Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zugelassen und entsprechend ausgestattet.

4. Beurteilung der Kontrollergebnisse

Entsprechen die Angaben auf den Dokumenten der tatsächlichen Transportsituation?

Stimmen die angegebenen Transportzeiten mit denen der Tachoscheiben oder der digitalen Kontrollgeräte (soweit von der Polizei festgestellt) überein?

Können die Daten aus dem satellitengestützten Navigationssystem ausgelesen bzw. bereitgestellt werden? Stimmen sie überein mit den Angaben in den Dokumenten?

Werden zulässige Höchst- oder Mindesttemperaturen eingehalten?

Stimmen die Tierangaben auf den Dokumenten mit den beförderten Tierarten, -zahlen und -kategorien überein?

Liegt eine Überbelegung des Transportmittels vor oder sind die Tiere fehlerhaft gruppiert?

Liegt eine Transportzeitüberschreitung vor? Wann wird der Bestimmungsort erreicht?

Liegen Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den Tieren vor? Bestehen diese schon längere Zeit und sind sie im Herkunftsbetrieb entstanden, wie z.B. überlange Klauen oder eingewachsene Ketten?

Gibt es tierseuchenrechtliche Verstöße (fehlende oder falsche Gesundheitsbescheinigungen)?

Werden **Mängel** festgestellt, ist zu entscheiden, ob unter Berücksichtigung des Zustandes der Tiere und der Entfernung zum Bestimmungsort oder Versandort **die Weiter- oder Rückfahrt**

- **gestattet**
- **unter Auflagen** genehmigt oder
- **untersagt** werden kann.

5. Einzuleitende Sofort- oder Folge-Maßnahmen

Dringlichkeitsmaßnahmen nach Artikel 23 der Verordnung umfassen sämtliche Maßnahmen, die sofort ergriffen werden können, um die festgestellten Missstände zu beheben.

Die Behörde kann alle erforderlichen Maßnahmen treffen oder die verantwortliche Person dazu veranlassen. Sie müssen jedoch verhältnismäßig sein und dürfen den Tieren keinen weiteren Schaden zufügen.

Die entstehenden Kosten werden durch die Behörde eingezogen.

Diese **Maßnahmen** können sein:

- Fahrer- oder Betreuerwechsel
- vorläufige Reparatur des Transportmittels
- Umladung oder Teilumladung
- Weiterfahrt oder Rücksendung je nach Zustand und Allgemeinbefinden der Tiere
- Entladung und geeignete Unterbringung und Pflege der Tiere

Falls das Wohlbefinden der Tiere nicht gewährleistet werden kann, können die Tiere ggf. getötet oder geschlachtet werden, um ihnen Leiden zu ersparen.

Falls eine **Weiterbeförderung der Tiere trotz Verstoß** notwendig ist, ist eine Weiterfahrt unter bestimmten Voraussetzungen zuzulassen. Dies muss begründet sein (Artikel 23 Absatz 3) und die Identifikation der Tiere sowie die festgelegten Bedingungen und Auflagen für den Weitertransport müssen dokumentiert werden (z.B. Weiterfahrt unter polizeilicher Begleitung, Meldeverpflichtung beim Veterinäramt des Bestimmungsortes. Bei nicht inländischen Transportunternehmern kann auch eine Sicherheitsleistung gefordert werden).

Für den Fall, dass die für den Transport verantwortliche Person nicht erreicht werden kann oder die Maßnahmen verweigert, veranlasst die Behörde die **sofortige Durchführung der Maßnahmen**.

Eine sofortige **Mitteilung der Beschlüsse mit Begründung** muss sowohl an den **Transportunternehmer** wie auch an dessen **Zulassungsbehörde** ergehen.

Nach **Artikel 26** der Verordnung ist die unverzügliche **Mitteilung von Verstößen** vorgesehen.

- Verstoß durch den Transportunternehmer→ Mitteilung geht an die Behörde, die den Transportunternehmer zugelassen hat
- Das Transportmittel ist für die Beförderung nicht geeignet→ Mitteilung geht an die Behörde, die das Transportmittel zugelassen hat
- Verstoß erfolgt durch den Fahrer/Betreuer→ Mitteilung geht an die Behörde, die den Befähigungsnachweis ausgestellt hat
- Wird der Verstoß am Bestimmungsort festgestellt→ Mitteilung geht an die Behörde des Versandortes

Weitere einzuleitende Maßnahmen

- Transportunternehmen zur Mängelbeseitigung auffordern
- Zusätzliche Verladekontrollen durch Tierarzt anordnen
- Aussetzung oder Entzug der Zulassung des Transportunternehmers
- Aussetzung oder Entzug des Befähigungsnachweises
- Verbot der Beförderung durch das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates
- **Informationen über Beschlüsse hinsichtlich der Zulassung eines Unternehmens, über Befähigungsnachweise für lange Transporte sowie über Beförderungsverbote sind auf dem Dienstweg über die Kontaktstelle den Mitgliedstaaten mitzuteilen.**
- Belehrung
- Mündliche Verwarnung
- Verwarnungsgeld
- Ordnungswidrigkeitsverfahren
- Sicherheitsleistung
- Strafverfahren

Bei der Kontrolle von grenzüberschreitenden Langstreckentransporten ist **in jedem Fall die Seite 5 des Fahrtenbuches auszufüllen**. Diese dient der Dokumentation von Kontrollen während des Transportes einschließlich der vorgefundenen Beanstandungen.

Durch den Rücklauf der Fahrtenbücher erfolgt die Informationsweitergabe zur **Ahndung von Verstößen**, allerdings nur, wenn die notwendigen Eintragungen durch die kontrollierenden Personen vorgenommen wurden und Mitteilungen an die zuständigen Behörden erfolgt sind.

6. Dokumentation der Kontrolle

- ✓ Zur Dokumentation der Kontrolle vor Ort wird die Verwendung eines **Kontrollbogens im Durchschreibverfahren** empfohlen. Dieser sollte am Ende der Kontrolle von der für die Be-

förderung verantwortlichen Person unterzeichnet werden, nachdem die Kontrollergebnisse erläutert wurden.

- ✓ Die Verwendung der **Checkliste Tiertransportkontrolle** der Anlage D 1.1 kann alternativ angewendet werden und ermöglicht auch bei nur gelegentlichen Tiertransportkontrollen eine vollständige Dokumentation (Kopie an Fahrer).
- ✓ Wenn die **Möglichkeit des Kopierens** besteht, empfiehlt es sich, Fahrtenbücher oder Kontrollbücher sowie Gesundheitsdokumente zu vervielfältigen. Das Abfotografieren ist ebenfalls möglich.
- ✓ **Lichtbilder, digitale Fotos oder Videoaufzeichnungen** tierschutzrelevanter Sachverhalte sind unerlässlich.
- ✓ **Zeugen der Kontrolle** müssen benannt werden.
- ✓ Bei grenzüberschreitenden Langstreckentransporten sind Beanstandungen in **Abschnitt 5 des Fahrtenbuchs** einzutragen.
- ✓ Ggf. Eingabe der Kontrolle in **TRACES**.
- ✓ Ggf. Dokumentation der Kontrolle in **BALVI IP**.

TRANSPORTFÄHIGKEIT

Transportunfähige Tiere dürfen nicht transportiert werden !

Als **transportunfähig** gelten **verletzte Tiere** oder Tiere **mit physiologischen oder pathologischen Schwächen**, insbesondere in folgenden Fällen:

- a) die Tiere können sich nicht schmerzfrei oder ohne Hilfe bewegen,
- b) Tiere mit großen offenen Wunden oder schweren Organvorfällen,
- c) trächtige Tiere in fortgeschrittenem Gestationsstadium ($\geq 90\%$) oder Tiere, die vor weniger als 7 Tagen geboren haben,
- d) neugeborene Säugetiere mit nicht abgeheiltem Nabel,
- e) Ferkel unter 3 Wochen, Lämmer unter einer Woche, Kälber unter 10 Tagen (außer wenn sie über eine Strecke von weniger als 100 km befördert werden); national: Kälber unter 14 Tage
- f) Hunde und Katzen unter 8 Wochen ohne Begleitung des Muttertieres,
- g) Hirsche, deren Gehörn/Geweih mit Bast überzogen ist.

Kranke oder verletzte Tiere können als transportfähig angesehen werden, wenn

- a) sie nur leicht krank oder verletzt sind und der Transport keine zusätzlichen Leiden verursacht; in Zweifelsfällen ist ein Tierarzt hinzuzuziehen.
- b) der Transport im Zusammenhang mit einem Tierversuch nach Richtlinie 86/609/EWG stattfindet.
- c) der Transport unter tierärztlicher Überwachung zum Zweck oder nach einer medizinischen Behandlung oder Diagnosestellung stattfindet; er ist jedoch nur zulässig, wenn den Tieren dadurch keine unnötigen Leiden zugefügt werden.
- d) der Transport nach in der Tierhaltungspraxis üblichen tierärztlichen Eingriffen wie Kastration oder Enthornung erfolgt; Wunden müssen vollständig verheilt sein.

Als Orientierung kann auch der „**Praxis-Leitfaden zur Bestimmung der Transportfähigkeit von adulten Rindern**“ herangezogen werden. (Abrufbar unter

<http://www.amtstieraerzte.de/fachthemen/tierschutz-tierhaltung/586-leitfaden-zur-bestimmung-der-transportfaehigkeit-von-adulten-rindern>)

Während des Transports erkrankte/verletzte Tiere müssen abgesondert werden, so schnell wie möglich erste Hilfe erhalten und vom Tierarzt untersucht und behandelt werden, ggf. unter Vermeidung von Leiden oder Schmerzen notgetötet oder notgeschlachtet werden.

Beruhigungsmittel dürfen zum Transport nicht verabreicht werden. Falls notwendig, um das Wohlbefinden der Tiere zu gewährleisten, nur unter tierärztlicher Kontrolle.

Laktierende Kühe, Schafe und Ziegen müssen in Abständen von maximal 12 h gemolken werden. (Registrierte Equiden dürfen auch um den Geburtszeitpunkt befördert werden, wenn der Beförderungszweck darin besteht, für die Geburt oder die Fohlen hygienischere und artgerechtere Bedingungen zu schaffen.)

FAHRTENBUCH**Anhang II****für lange grenzüberschreitende Beförderungen vorgeschrieben**

- Abschnitt 1: Planung
- Abschnitt 2: Versandort
- Abschnitt 3: Bestimmungsort
- Abschnitt 4: Erklärung Transportunternehmer
- Abschnitt 5: Meldung von Unregelmäßigkeiten

► die Seiten sind zusammenzuheften, jede Seite ist abzustempeln und zu unterzeichnen

Der Organisator

- a) teilt jedem Fahrtenbuch eine individuelle (fortlaufende) Kennnummer zu
- b) sendet 2 Tage vor Versand eine Kopie von Abschnitt 1 an die abfertigende Behörde
- c) befolgt Änderungen der Behörde in der Planung
- d) lässt abstempeln
- e) trägt dafür Sorge, dass das FB den Transport begleitet.

Die **Tierhalter an Versand- und Bestimmungsort** (sofern der Bestimmungsort in der Gemeinschaft liegt)

füllen das Fahrtenbuch aus und unterzeichnen und informieren in Abschnitt 5 über Vorbehalte hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1/2005.

Der Tierhalter am Bestimmungsort

bewahrt das Fahrtenbuch 3 Jahre auf (außer Abschnitt 4).

Der Transportunternehmer

füllt Abschnitt 4 aus, wenn das Transportende innergemeinschaftlich liegt, und unterzeichnet ihn.

Bei Drittland-Ausfuhr:

Der **Transportunternehmer** übergibt das Fahrtenbuch **an den amtlichen Tierarzt** .

Der Transportunternehmer

bewahrt eine Kopie des ausgefüllten Fahrtenbuchs und den Kontrollbogen/Ausdruck nach Verordnung (EG) Nr. 3821/85 auf und sendet eine **Kopie des ausgefüllten Fahrtenbuchs innerhalb eines Monats an die Behörde des Versandortes zurück** (dto. an die zulassende Behörde, zusätzlich noch den Kontrollbogen).

TRANSPORTMITTEL**Allgemeine Vorschriften für Tiertransportmittel: (Anhang I, Kap. II)**

- keine Verletzungs- oder Sicherheitsgefahr für die Tiere durch das Transportmittel
- leicht zu reinigen und zu desinfizieren
- kein Entweichen der Tiere möglich
- Frischluftzufuhr und Luftzirkulation ist gewährleistet
- Boden rutschfest
- Trennwände anpassbar
- Schild „Lebende Tiere“
- angemessene Ver- und Entladevorrichtungen

Zusätzliche Anforderungen an Transportmittel für lange Beförderungen (Anhang I, Kap. VI)**Allgemein:**

- Dach muss außen hell und isoliert sein
- Einstreu erforderlich zur Bequemlichkeit und zum Aufsaugen tierischer Abgänge
- Futtermittel und ggf. befestigbare Vorrichtungen zum Füttern sind mitzuführen
- bewegliche Trennwände, positionierbar (Wasserzugang muss bestehen bleiben)

Wasserversorgung:

- Wasserversorgungssystem, welches jederzeit Frischwasser liefern kann und vom Betreuer während des Transports nachfüllbar ist
- muss stets voll funktionsfähig sein
- so konstruiert und positioniert, dass für alle Tierkategorien zugänglich

Belüftung und Temperaturüberwachung:

- System muss so konzipiert, konstruiert und gewartet sein, dass zu jedem Zeitpunkt, fahrend oder stehend, für **alle Tiere Temperaturen von 5 bis 30 °C / $\pm 5^\circ$ C** gewährleistet sind
- gleichmäßige Luftzirkulation mit Mindeststraten von 60 m³/h/KN. System muss 4 Stunden funktionieren bei Ausfall des Motors
- Temperaturüberwachungssystem mit Datenschreiber. Die Sensoren müssen an geeigneten und repräsentativen Stellen angebracht sein
- Warnsystem bei Grenzwertüberschreitung

Navigationssystem:

- Benötigen alle Transportmittel für lange Straßenbeförderungen von Hausequiden (ausgenommen registrierte Equiden), Hausrindern, Hausschafen, Hausziegen und Hausschweinen außer im Falle von innerstaatlichen Transporten nach § 3 TierSchTrV.

ALLGEMEINE TRANSPORTBEDINGUNGEN

In **Artikel 3** der Verordnung sind die allgemeinen Bedingungen für den Tiertransport festgelegt:

- Der Transport darf nicht zu Verletzung oder Leiden der Tiere führen.
- Er muss so geplant werden, dass er so kurz wie möglich ist und den Bedürfnissen der Tiere entspricht.
- Die Tiere müssen transportfähig sein.
- Die Transportmittel und Verladeeinrichtungen müssen geeignet und intakt sein.
- Personen, die Tiere befördern, müssen geeignet und geschult sein und dürfen keine Gewalt anwenden.
- Verzögerungen sind zu verhindern. Die Tiere müssen regelmäßig hinsichtlich ihres Wohlbefindens kontrolliert werden.
- Bodenfläche und Standhöhe müssen den transportierten Tieren entsprechen.
- Die Tiere müssen in angemessenen Abständen mit Futter und Wasser in ausreichender Menge und Qualität versorgt werden.

D 2 Kontrolle vor der Abfertigung

Rechtsgrundlage:

Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Artikel 14

Artikel 15 Abs. 2 (Transportfähigkeit)

Anhang I Kap. I-III, VI und VII

Anhang II (Fahrtenbuch)

Kontrollen am Versandort erfolgen in der Regel als Teil der gemäß den Veterinärvorschriften der Gemeinschaft vorgeschriebenen Tiergesundheitskontrollen.

Aus diesem Grund liegen bestimmte Informationen zum Transport (Tierart und –zahl, Transportunternehmer, Transportmittel, voraussichtliche Transportdauer sowie Versand- und Bestimmungsort) zu Beginn der Kontrolle bereits vor.

Grundsätzlich unterscheidet sich der Kontrollumfang zwischen kurzen und langen Beförderungen. Während für die Abfertigung von kurzen Transporten die Kontrolle des Transportmittels sowie die Überwachung des Verladevorgangs nicht zwingend vorgeschrieben ist, ergibt sich aus den im Fahrtenbuch Abschnitt 2 geforderten Dokumentationen eine Anwesenheits- und Überwachungspflicht während des Verladevorgangs bei langen Beförderungen. Aus diesem Grund wird in diesem Kapitel in erster Linie auf die Aspekte einer Kontrolle am Versandort für lange Beförderungen eingegangen. Zur Vereinheitlichung und Dokumentation des Umfangs der Kontrollen hat sich der in Anlage G 3.1 enthaltene Dokumentationsbeleg zur Abfertigung eines Tiertransportes über 8 Stunden bewährt.

Überprüfung des Fahrtenbuches

(nur bei langen grenzüberschreitenden Beförderungen erforderlich):

Spätestens zwei Werktage vor dem Versand oder in Abstimmung mit der zuständigen Behörde hat der Organisator/Transportunternehmer der Behörde eine Kopie des Abschnitts 1 des Fahrtenbuches zu übermitteln. Der Organisator/Transportunternehmer teilt jedem Fahrtenbuch eine fortlaufende Kennnummer zu. Vor langen Beförderungen überprüft die Behörde des Versandortes das vom Transportunternehmer vorgelegte Fahrtenbuch.

Folgende Punkte sind hierbei zu kontrollieren:

- Gültige Zulassung der im Fahrtenbuch angegebenen Transportunternehmer
- Gültige Zulassung der im Fahrtenbuch angegebenen Transportmittel
- Gültige Befähigungsnachweise aller eingesetzten Fahrer und Betreuer
- Realistische Angaben zum Transportverlauf (Plausibilitätsprüfung)

Im Rahmen der Plausibilitätsprüfung ist die im Fahrtenbuch angegebene Transportdauer mit Hilfe eines handelsüblichen Routenplaners zu kontrollieren. Für die Eignung der Fahrtroute sind bei Straßentransporten nicht nur die Entfernungskilometer sondern auch die Straßenverhältnisse und Staugefahren zu berücksichtigen. Als Durchschnittsgeschwindigkeit wird für Straßentransporte – abhängig von den örtlichen Gegebenheiten – max. eine Geschwindigkeit von 60km/h, bei Langstrecken mit mehr als 60% Autobahnanteil max. 80km/h angenommen. Die im TRACES-System ermittelten Zeiten entsprechen den zu erwartenden Verhältnissen oft nicht und sind entsprechend manuell zu korrigieren.

Für Wartezeiten und Kontrollen an Ausgangs- oder Grenzkontrollstellen sind je Stelle – sofern die Stellen während der Anwesenheitszeiten des zuständigen Tierarztes erreicht werden können – ca. 1,5 Stunden zu berechnen.

Weiterhin sind auch die nach den Sozialvorschriften für Fahrer erforderlichen Ruhezeiten in die Plausibilitätsprüfung mit einzubeziehen. Bei reinen Fahrzeiten über 10 Stunden ist in jedem Fall ein zweiter Fahrer anzugeben (siehe Anlage D 2.1).

Unter Berücksichtigung der oben genannten Punkte, ist festzustellen, ob die max. zulässigen Beförderungszeiten für die jeweilige Tierart (Anhang I Kap. V) eingehalten werden können. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass für eine ordnungsgemäße Versorgung von nicht abgesetzten Kälbern, Lämmern und Zickeln, sowie von die adulten Rindern, Schafen und Ziegen eine einstündige Versorgungspause (Mindestzeitangabe) nicht ausreicht.

Sofern **Kälber** transportiert werden sollen, die nur an das Tränken aus Eimern mit Gummisaugern gewöhnt sind, müssen entsprechende Vorrichtungen zur Versorgung eingebaut sein oder mitgeführt werden. Für Kälber steht ein der Physiologie und den Verhaltensansprüchen genügendes „automatisches“ Versorgungssystem, wie in der Verordnung gefordert, bisher weder für Elektrolyt- noch für Milchaustauschertränke noch für ihre Temperierung zur Verfügung. Eine reine Wassertränke wird den Ansprüchen von Kälbern auf langen Transporten nicht gerecht, auch droht hier die Gefahr der Wasserintoxikation. Im Grundsatz sind diese Zusammenhänge auch auf Schaf- und Ziegenlämmer zu übertragen. Lange Transporte dieser Tierkategorien sind deshalb zu versagen, so lange während der vorgeschriebenen Ruhepausen eine bedarfs- und verhaltensgerechte Versorgung mit temperierter Elektrolyt- oder Milchaustauscherlösung (cave: Durchfall) aus Vorrichtungen mit verformbaren Saugern nicht möglich ist.

Für **laktierende Tiere** ist nach jeweils 12 Stunden eine Transportunterbrechung zum Melken einzuplanen. Bei der Transportplanung hat der Organisator geeignete Orte mit Melkeinrichtung nachzuweisen. Die Tiere können in entsprechend ausgerüsteten Kontroll- oder Sammelstellen gemolken werden.

Ist das Ergebnis der Überprüfung nicht plausibel, verpflichtet die Behörde den Organisator zur Änderung der Transportplanung. Bei plausiblen Ergebnis versieht die Behörde das Fahrtenbuch mit einem Stempel. Dies kann entfallen, sofern ein Navigationssystem, das alle Angaben des Fahrtenbuchs enthält, zum Einsatz kommt.

Informationsweitergabe:

Die Behörde des Versandortes übermittelt der Behörde am Bestimmungsort, der Ausgangsstelle oder der Kontrollstelle die im Fahrtenbuch eingetragenen Angaben. Da die in TRACES vorgegebene Beförderungszeit nicht immer realitätsnah ist, muss sie ggf. manuell korrigiert werden.

Kontrolle der Verladung:

Dauert die **Verladung länger als 4 Stunden** (außer Geflügel), müssen geeignete Anlagen vorhanden sein, die es gestatten, die Tiere ohne Anbindung außerhalb des Transportmittels zu halten, zu füttern und zu tränken. Diese müssen tierärztlich überwacht sein und es muss dafür Sorge getragen werden, dass das Wohlbefinden der Tiere nicht beeinträchtigt wird.

Da die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 nur für etwa 100 kg schwere Schweine Angaben zur Mindestfläche enthält, sind für Ferkel die Mindestflächenangaben aus der nationalen Verordnung vom 11.2.2009 heranzuziehen.

Anlagen zum Verladen müssen:

- so gebaut sein, verwendet und in Stand gehalten werden, dass Erregung, Leiden, Verletzungen oder Stress während der Tierbewegungen vermieden werden,
- rutschfeste und trittsichere Bodenflächen haben,
- Rampenanlagen mit einem Gefälle von max. 36,4 % bei Schweinen, Kälbern und Pferden und max. 50% bei Schafen und Rindern haben,
- Schutzgeländer gegen seitliches Entweichen haben,
- angemessen beleuchtet sein,
- leicht zu reinigen und zu desinfizieren sein.

Kontrolle des Transportmittels (s. auch Kapitel D 2 und G 4):

Sofern der amtliche Tierarzt/die amtliche Tierärztin bei der Verladung anwesend ist, wird die Eignung des Transportmittels für den jeweiligen transport geprüft. Hierbei gelten folgende Anforderungen:

Allgemein: (Anhang I Kap. III)

- Keine Verletzungs- oder Sicherheitsgefahr für die Tiere durch das Transportmittel
- Ausreichender Witterungsschutz (immer überdacht)

- Leicht zu reinigen und zu desinfizieren
- Kein Entweichen/Herausfallen der Tiere möglich
- Frischluftzufuhr und Luftzirkulation gewährleistet
- Boden rutschfest
- Ausreichende Lichtquelle
- Genügend Platz über den Tieren

Auf die Regelungen zur Fahrzeughöhe in Kapitel D 1 Nr. 3 wird verwiesen.

- Mindestbodenfläche ausreichend für geplanten Transport (Anhang I Kap. VII)
- Trennwände anpassbar und stabil genug
- Schild „Lebende Tiere“.

Zusätzliche Anforderungen an Transportmittel für lange Beförderungen (Anhang I Kap. VI)

Allgemein:

- Dach hell und ausreichend isoliert
- Einstreu vorhanden (Bequemlichkeit, Aufsaugen tierischer Abgänge)
- Futtermittel und ggf. Fütterungseinrichtungen vorhanden
- Bewegliche Trennwände

Wasserversorgung:

- System kann jederzeit Frischwasser liefern und ist vom Betreuer während des Transports nachfüllbar.
- Tränken sind voll funktionsfähig und so konstruiert und gebaut, dass sie für die zu transportierende Tierart zugänglich sind. Die Tränkesysteme für Schweine müssen offene Wasseroberflächen bieten oder mit dem Maul umschließbar sein. Sogenannte Sprühkopfnippel stellen keine Tränkesysteme dar und sind nur in Verbindung mit einer ausreichenden Anzahl von geeigneten Tränken tolerierbar. Sofern die Funktionsfähigkeit des Tränkesystems bei Frosttemperaturen nicht mehr gewährleistet werden kann - Einfrieren nicht isolierter Wasserleitungen -, darf der Transport nicht abgefer­tigt werden. Dies gilt vor allen Dingen für Schweinetransporte, bei denen die ständige Versorgung mit Wasser gewährleistet werden muss. Für Rinder, Pferde, Schafe und Ziegen, die nicht ständig Wasser zur Verfügung haben müssen, kann notfalls auch die Mitnahme noch Tränkgeschirren (Eimer, Wannen o.ä.) akzeptiert werden, wenn diese in ausreichender Anzahl mitgeführt werden. Der Zusatz von Brennsprit, Glykol u.ä. im Tränkwasser ist nicht zulässig, da damit die Tränkwasserqualität gemindert wird oder gesundheitlich Schäden für die Tiere zu befürchten sind.

Belüftungssystem:

- Voll funktionsfähig (Temperaturen für alle Tiere zwischen 5 bis 30 Grad C +/- 5 Grad C)
- Temperaturüberwachungssystem mit Datenschreiber (inkl. Warnsystem) ist vorhanden und funktionsfähig.

Bei sehr heißen Wetterlagen – insbesondere in Verbindung mit hoher Luftfeuchtigkeit- kann z.B. durch die Verlegung der Abfertigung des Transportes in die kühleren Tages- bzw. Nachtstunden die Belastung für die Tiere gemindert werden. Ggf. ist die Abfertigung auch bis zum Abklingen der Hitzeperiode zu verschieben.

Darüber hinaus ist eine Verringerung der Ladedichte in Erwägung zu ziehen (Anhang I Kap. VII Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 1/2005), um bei heißen Temperaturen den Luftaustausch zu verbessern oder bei Frost ein Ausweichen der Tiere von den besonders kalten Streben an den Lüftungsschlitzen zu ermöglichen.

Bei unsicheren Wetterlagen, insbesondere in den Bestimmungsgebieten, ist es daher ratsam, vorab die aktuellen und zu erwartenden Wetterdaten über das Internet abzufragen oder sich diese vom Organisator vorlegen zu lassen.

Sofern Zweifel bestehen, ob die Temperaturgrenzen eingehalten werden können, ist eine nachträgliche Kontrolle der Temperaturaufzeichnungen angezeigt, um für ähnliche Transporte eine Entscheidungshilfe zu haben.

Navigationssystem:

Das Navigations- und Temperaturerfassungssystem ist auf Systemkonfiguration und Funktion zu überprüfen und die Zugangsmöglichkeit zu den Daten ist festzustellen.

Kontrolle des Verladevorganges:

Im Abschnitt 2 des Fahrtenbuchs (Versandort) ist zunächst nur die Unterschrift des Tierhalters vorgesehen, der damit u.a. seine Anwesenheit beim Verladen der Tiere und die Transportfähigkeit der Tiere bestätigt. Ein Tierarzt muss nur dann während der Verladung anwesend sein, wenn er unter der Rubrik „zusätzliche Kontrollen am Versandort“ (siehe Art. 26 Abs. 4 b) den Abschnitt 2 unterschreibt. Andernfalls genügt es, wenn er die Transportfähigkeit zusammen mit der Gesundheit der Tiere innerhalb der vorgesehenen Fristen vor der Abfahrt überprüft und dokumentiert.

Vor langen Beförderungen in Drittländer sollte die Verladung stets tierärztlich überwacht werden. Vor Beginn der Verladung ist die Transportfähigkeit der Tiere gemäß Anhang I Kap. I der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zu kontrollieren. Auf die Ausführungen in Kapitel D 1 des Handbuchs wird verwiesen.

Verboten sind:

- Schlagen oder Treten der Tiere,
- Druckausübung auf empfindliche Körperteile,
- Tiere mechanisch hochwinden,
- Ziehen an Kopf, Ohren, Hörnern, Beinen, Schwanz, Fell,
- Verwendung von Treibhilfen mit spitzen Enden,
- Vorsätzliches Behindern des Treibwegs,
- Elektrotreiber (Ausnahme: ausgewachsene Rinder und Schweine, die Fortbewegung verweigern und nur, wenn genügend Freiraum da ist, Stromstöße max. 1 Sekunde, in angemessenen Abständen, nur Muskelpartien der Hintergliedmaße, nicht wiederholen, wenn das Tier nicht reagiert),
- Anbindung an Hörnern, Geweih, Nasenringen,
- Verwendung von Beinfesseln.

Getrennte Verladung und Transport von:

- Unterschiedlichen Tierarten
- Tieren mit beträchtlichem Größen und Altersunterschied
- Ebern und Hengsten
- Männlichen und weiblichen Tieren
- Behornten und unbehornten Tieren
- Angebundenen und nicht angebundenen Tieren

(Ausnahmen hiervon gelten, wenn die Tiere untereinander verträglich und aneinander gewöhnt sind).

Kontrolle des Rücklaufs des Fahrtenbuches

Unabhängig von evtl. Ausfuhrerstattungen muss das Fahrtenbuch spätestens einen Monat nach dem Transport der Zulassungsbehörde des Transportunternehmers sowie auf Verlangen auch der zuständigen Behörde am Versandort zugänglich gemacht werden.

Anhand des ausgefüllten Fahrtenbuches, kann eine erneute Plausibilitätsprüfung für den durchgeführten Transport erfolgen.

Hieraus ergeben sich insbesondere für zukünftige Kontrollen am Versandort weitere Informationen.

D 3 Kontrolle an Grenzkontrollstellen/Ausgangsorten aus der EU

Rechtsgrundlage:

Artikel 21 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 (Kontrolle an Grenzkontrollstellen und Ausgangsorten)

Amtliche Tierärzte an Grenzkontrollstellen und Ausgangsorten kontrollieren die Einhaltung der Verordnung hinsichtlich folgender Fragestellungen:

- Sind die Tiere im Einklang mit der Verordnung transportiert worden?
- Wird eine gültige Zulassung des Unternehmens (nach Artikel 10 oder 11) in Kopie vorgelegt?
- Liegen gültige Befähigungsnachweise für Fahrer/Betreuer vor?
- Erfüllen die Fahrzeuge zur Weiterbeförderung die Anforderungen der Verordnung?
- Im Falle einer Ausfuhr: Hat der Transportunternehmer den Nachweis erbracht, dass die Vorschriften der internationalen Übereinkommen (Anhang V) und - sofern diese bekannt sind - der betreffenden Drittländer eingehalten wurden? (Versandort bis erster Entladeort im Endbestimmungsland)
- Sollen die Tiere einer langen Beförderung unterzogen werden?

Bei **langen grenzüberschreitenden Beförderungen** führen amtliche Tierärzte die vorgesehenen Kontrollen des **Fahrtenbuches Abschnitt 3 „Bestimmungsort“** durch und zeichnen die Kontrolleergebnisse auf (drei Jahre Aufbewahrung dieser Ergebnisse einschließlich der Schaubblätter oder Ausdruckes nach Anhang I oder IB der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85).

Darüber hinaus fertigen die amtlichen Tierärzte gem. Art. 2 Abs. 2 der **Verordnung (EU) Nr. 817/2010** über das Ergebnis ihrer Kontrollen einen Bericht nach Anhang I der **Verordnung (EU) Nr. 817/2010**. Dieser Bericht ist ebenfalls 3 Jahre aufzubewahren. Eine Kopie dieses Berichtes ist, möglichst innerhalb von drei Monaten, an das HZA Hamburg Jonas zu senden, falls es sich um einen in Deutschland abgefertigten Transport handelt. Wurde der Transport durch eine Ausfuhrzollstelle in einem anderen EU-Mitgliedstaat abgefertigt, ist eine Kopie dieses Kontrollberichtes an die im Feld B des Kontrollexemplares T 5 genannte Stelle zu übersenden (Art. 2 Abs. 2 der **Verordnung (EU) Nr. 817/2010**).

Ist die zuständige Behörde der Auffassung, dass die **Tiere zur Weiterbeförderung zum Endbestimmungsort nicht transportfähig** sind, so veranlasst sie, dass die Tiere entladen, getränkt und gefüttert werden sowie ruhen können.

D 4 Zusätzliche Maßnahmen bei Beanstandungen von Transporten aus Mitgliedstaaten

Werden Tiertransporte aus Mitgliedstaaten bei einer Kontrolle in Deutschland beanstandet, so sind die Beanstandungen auf dem Dienstweg an die **nationale Kontaktstelle** (BVL) zu melden. BVL setzt sich dann mit der Kontaktstelle im jeweiligen Mitgliedstaat in Verbindung und informiert die Länder ggf. auch über Ermittlungsergebnisse aus den Mitgliedstaaten. Auch nicht an die Behörde des Versandortes zurückgesandte Fahrtenbücher können auf diesem Wege angefordert werden. Das Gleiche gilt, wenn Transporte für den Aufenthalt an einer Kontrollstelle vorgesehen sind, dort jedoch nicht ankommen und die für die Kontrollstelle zuständige Behörde nach Prüfung des Einzelfalles zum Schluss kommt, dass die Beförderung nicht innerhalb der zulässigen Zeit beendet werden kann (s. auch Kapitel F - Kontrollstellen).

E Sammelstellen und Märkte

Sammelstellen dienen dazu, Tiersendungen aus verschiedenen Herkunft zu einer Sendung zusammenzufassen. Sie bedürfen nach § 14 der Viehverkehrsverordnung oder nach § 15 der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung der Zulassung.

Im System TRACES werden Sammelstellen bzw. Märkte als Versandorte und als Bestimmungsorte akzeptiert. Damit sollen die Vermarktungswege berücksichtigt werden, da häufig beim Versand noch nicht klar ist, an wen die Tiere auf dem Markt verkauft werden und wer somit der endgültige Empfänger ist.

Nach der EU-Transportverordnung können Sammelstellen nur dann **als Versandorte** gelten, wenn die Entfernung zwischen dem Ort der ersten Beladung und der Sammelstelle weniger als 100 km beträgt oder die Tiere dort mindestens 6 Stunden untergebracht (d. h. abgeladen) und getränkt wurden. Das gilt aber nur, wenn auf der Sammelstelle tatsächlich eine neue Tiersendung zusammengestellt wird; es ist nicht zulässig, komplette Sendungen, die eigentlich von einem anderen Versandort kommen, über eine Sammelstelle als Versandort abzufertigen und damit den tatsächlichen Transportbeginn und die Beförderungszeit zu verschleiern. Wie bei anderen Transporten auch muss die Angabe des Versandorts auf den Gesundheitszeugnissen mit dem Versandort der tierschutzrechtlichen Unterlagen übereinstimmen.

Bei einem grenzüberschreitenden **Weitertransport** von der Sammelstelle/Markt zum endgültigen Empfänger müssen neue Transportpapiere ausgestellt werden. In diesem Fall hat die ausstellende Veterinärbehörde die Pflicht, auf einer **ausreichenden Versorgung** der Tiere vor dem Weitertransport zu bestehen.

Auch beim Weitertransport müssen die vorgeschriebenen Transportintervalle eingehalten werden (8 Stunden in Fahrzeugen ohne Versorgungsmöglichkeit und in Spezialfahrzeugen je nach Tierkategorie 2x9 bis zu 2x14 Stunden).

Es müssen Vorrichtungen bereit gehalten werden, um Tiere erforderlichenfalls anbinden zu können. Tiere, die nicht an das Anbinden gewöhnt sind, müssen unangebunden bleiben. Die Tiere müssen Zugang zu **Wasser** haben. Für die Versorgung von **Kälbern** müssen geeignete **Tränkeeinrichtungen** vorrätig gehalten werden.

Da auf Sammelstellen u. U. auch laktierende Tiere innerhalb der vorgeschriebenen 12 Stunden gemolken werden müssen, sollte dort auch **Melkgeschirr** gefordert werden.

F Kontrollstellen

Kontrollstellen (bisher Aufenthaltsorte) sind Orte, an denen Tiere während einer langen Beförderung gemäß Anhang I Kapitel V Nummer 1.5 oder Nummer 1.7 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 mindestens 12 Stunden oder länger ruhen und versorgt werden.

Kontrollstellen müssen von der zuständigen Behörde gemäß Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 des Rates für diesen Zweck zugelassen sein. Dabei sollen die Mindestplatzvorgaben der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung herangezogen werden.

Die Zulassung kann auf bestimmte Tierarten oder Kategorien von Tieren begrenzt werden. Hierbei sollte eine einheitliche Nomenklatur bezüglich der zugelassenen Tierarten und – kategorien verwendet werden (Liste siehe unten).

Es empfiehlt sich, die Zulassung mit einem Nebenbescheid zu versehen, der konkrete Auflagen enthält (Muster s. Anlage F 2). Jede zugelassene Kontrollstelle erhält eine Zulassungsnummer. Bei Neuzulassungen wird empfohlen, die HIT-Nummer mit entsprechendem Betriebstyp zu verwenden. Die Zulassung ist auf dem Dienstweg an BMELV zu melden. Eine regelmäßig aktualisierte Liste der zugelassenen Kontrollstellen wird von den Mitgliedstaaten an die Kommission übermittelt. Diese erstellt ein Verzeichnis aller in den Mitgliedstaaten zugelassenen Kontrollstellen. Dieses kann unter http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/transport/docs/council_regulation_1255_97.pdf abgerufen werden.

Häufig handelt es sich bei den Kontrollstellen um nach Tierseuchenrecht zugelassene EU-Sammelstellen, die unter bestimmten Auflagen auch als Kontrollstelle zugelassen werden können. Bei der Überprüfung der Zulassungsvoraussetzungen sind besonders die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Tierkategorien/-arten hinsichtlich Platz, Stallklima, Fütterung und Wasserversorgung zu berücksichtigen.

Die Mindestanforderungen der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung sind sicherzustellen. Soll die Zulassung auch für laktierende Tiere erteilt werden, so sind die entsprechenden Melkvorrichtungen nachzuweisen.

Eine möglichst maßstabsgetreue Skizze der Stallungen und der Stalleinrichtungen sollte im Rahmen des Zulassungsverfahrens vorgelegt und Bestandteil des Zulassungsbescheides werden.

Der Eigentümer oder Betreiber einer Kontrollstelle ist für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen verantwortlich und ist deshalb namentlich im Zulassungsbescheid aufzuführen.

Kontrollstellen unterliegen der Kontrolle eines amtlichen Tierarztes und sie sind mindestens zweimal jährlich auf die Einhaltung der Zulassungsvoraussetzungen zu kontrollieren.

(Muster-Checkliste s. Anlage F 1)

Der Betreiber muss nach Verordnung (EG) Nr. 1255/97 in einem Register folgende Angaben festhalten und mindestens drei Jahre lang aufbewahren:

- Für jede Sendung Tag und Uhrzeit der Beendigung des Entladens und des Beginns des Wiederverladens der Tiere
- Datum und Dauer der vorgesehenen Leerzeit
- Die Nummern der die Tiersendungen begleitenden Tiergesundheitsbescheinigungen
- Alle Angaben zum Gesundheitszustand und Wohlbefinden der Tiere (insbesondere Zahl der verletzten und toten Tiere)
- Namen und Anschriften der Transportunternehmer und Fahrer sowie amtliche Kennzeichen der Transportfahrzeuge

Die Bewegung von Tieren über Kontrollstellen wird von der zuständigen Behörde des Versandortes über das TRACES-System mitgeteilt. Dies ermöglicht eine Rückmeldung an die zuständige Behörde des Versandortes bei Feststellung von Unregelmäßigkeiten, die jedoch nicht sehr detailliert ist. Bei gravierenden Mängeln empfiehlt sich eine zusätzliche Mitteilung auf dem Dienstweg über die nationalen Kontaktstellen.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass über das TRACES-System oft Tiertransporte zum Aufenthalt in einer Kontrollstelle gemeldet werden, die jedoch dort nicht ankommen. Dies kann mit Fehlern in Pflichteingabefeldern in TRACES zusammen hängen. Die für die Kontrollstelle zuständige Behörde sollte zunächst prüfen, ob anhand der vorliegenden Angaben (z.B. Tierart u. -kategorie, Abfahrtszeit vom Versandort, voraussichtliche Ankunftszeit am Bestimmungsort, Entfernung) ein Aufenthalt in der Kontrollstelle tatsächlich erforderlich ist. Ist dies der Fall, dann sollte auf dem Dienstweg eine entsprechende Mitteilung an die für den Versandort zuständige Behörde erfolgen.

Bevor eine Tiersendung die Kontrollstelle verlässt, ist im Abschnitt IV des Fahrtenbuches die Transportfähigkeit der Tiere durch einen Tierarzt (amtlicher oder von der zuständigen Behörde zugelassener) zu bestätigen, auch wenn im Formular kein Feld dafür vorgesehen ist.

Liste Tierarten – kategorien

	Mittleres Gewicht (in kg)	Kapazität
Rinder:	Kälber (-50 kg)	xxx
	Jungrinder (-300 kg)	xxx
	Ausgew. Rinder (>550 kg)	xxx
	Laktierende Rinder	xxx
	Bullen (>700 kg)	xxx
Schweine:	Ferkel (-25 kg)	xxx
	Läufer (-50 kg)	xxx
	Schweine (-120 kg)	xxx
	Eber/Sauen	xxx
Schafe/Ziegen	Lämmer	xxx
	Ausgew. Tiere	xxx
	Laktierende Schafe/Ziegen	xxx
Pferde		xxx

G Ausfuhrkontrollen und Ausfuhrerstattungen

G 1 Einleitung, Grundsätze

Ausfuhrerstattungen sind z. Z. auf Null gesetzt. Sie dienen dazu, die u. a. in Folge höherer Auflagen (z. B. beim Tierschutz) entstehenden zusätzlichen Kosten und damit auch höheren Preise in der Gemeinschaft bei der Ausfuhr in Drittländer auszugleichen. Grundsätzlich regelt die Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22.10.2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) die Gewährung von Erstattungen. Im Falle der Gewährung von Ausfuhrerstattungen wären diese gem. Art. 168 der Verordnung über die einheitliche GMO an die Erfüllung von Tierschutzaufgaben geknüpft, die in der **Verordnung (EU) Nr. 817/2010** (Amtsblatt EG Nr. L 245, S. 16) mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich des Schutzes lebender Rinder beim Transport als Voraussetzung für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen geregelt sind. Die beim Transport von Tieren und damit auch bei der Ausfuhr lebender Rinder einzuhaltenden Tierschutzbedingungen wiederum führt die Verordnung (EG) Nr. 1/2005 auf. Die Aufgabe der zuständigen Behörde besteht darin, die Einhaltung der Tierschutzbedingungen, u. a. auch bei der Ausfuhr lebender Rinder, zu kontrollieren. Die Grundsätze hierfür sind im Folgenden dargestellt.

Die zuständige Behörde⁴ des Versandortes hat vor langen Beförderungen in andere Mitgliedstaaten oder Drittländer **Kontrollen und Maßnahmen** durchzuführen, die die Einhaltung der Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 sicherstellen. Hierzu gehören gem. Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 die Überprüfung

- des **Fahrtenbuches** (Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 auf wirklichkeitsnahe Angaben (Plausibilitätsprüfung)
- des Vorhandenseins gültiger Zulassungen für Transportunternehmer und Transportmittel und ggf. Kontrollstellen (früher Aufenthaltsorte) sowie
- des Vorliegens gültiger Befähigungsnachweise für Fahrer und Betreuer.

Die Angaben im Fahrtenbuch sollen nach Abfertigung schnellstmöglich über ein Informationsaustauschsystem gemäß Artikel 20 der Richtlinie 90/425/EWG an die zuständige Behörde des Bestimmungs- oder Ausgangsortes bzw. der Kontrollstelle übermittelt werden.

⁴ Zuständig für die Durchführung der Plausibilitätsprüfung ist die Behörde, in deren Einzugsbereich der Versandort liegt.

Spätestens **2 Werktage** vor dem Versand hat der Organisator entsprechend des Art. 5 Abs. 4 i. V. mit Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 für jede lange Beförderung von Hausequiden (außer registrierten Equiden), Hausrindern, Hausschafen, Hausziegen und Hausschweinen ein Fahrtenbuch (unterzeichnete Kopie des Abschnitts 1 mit ordnungsgemäßen Eintragungen) bei der zuständigen Behörde des Versandortes vorzulegen.

Sofern der Transport auch eine zollrechtliche Abfertigung erfordert, ist durch den Organisator gleichzeitig auch das zuständige Zollamt des Versandortes zu unterrichten, um eine zügige Abfertigung sicherzustellen.

Für den Transport von Rindern in Staaten Nordafrikas bzw. den Nahen Osten müssen Tiertransportschiffe zur Überquerung des Mittelmeeres genutzt werden (sofern keine RoRo-Fähren genutzt werden). Gemäß Artikel 7 Abs. 2 ist die Beförderung von Hausrindern auf dem Seeweg über mehr als 10 Seemeilen aus einem Hafen der Gemeinschaft nur zulässig, wenn das Transportschiff gem. Artikel 19 Abs. 1 kontrolliert und zugelassen wurde. Gemäß Artikel 19 Abs. 1 stellt die von dem betreffenden Mitgliedstaat zu diesem Zweck benannte zuständige Behörde oder Stelle auf Antrag einen Zulassungsnachweis für Tiertransportschiffe aus, sofern in Bezug auf das Schiff folgende Bedingungen erfüllt sind:

- a) Es wird von dem Mitgliedstaat aus betrieben, in dem der Antrag auf Zulassung gestellt wird.
- b) Es wurde keine Zulassung bei einer anderen zuständigen Behörde desselben oder eines anderen Mitgliedstaats beantragt oder von einer solchen Behörde erteilt.
- c) Es wurden von der von dem betreffenden Mitgliedstaat benannten zuständigen Behörde oder Stelle Kontrollen durchgeführt, die ergaben, dass die baulichen und ausrüstungstechnischen Anforderungen für Tiertransportschiffe gemäß Anhang 1 Kapitel IV Abschnitt 1 erfüllt sind.

Betroffener Mitgliedstaat ist derjenige, von dem aus das Transportschiff mit den Tieren starten soll. Artikel 19 Abs. 1 Buchst. a) setzt voraus, dass das Tiertransportschiff von dem Mitgliedstaat aus betrieben wird, in dem der Antrag auf Zulassung gestellt wird. Nach derzeitigem Kenntnisstand haben bisher lediglich Frankreich und Slowenien Schiffe zugelassen (s. auch Kapitel B.1 - Zulassung von Schiffen). Da die Verladung der Tiere am Versandort auf einen LKW oft bereits vor Anlandung eines Schiffes im Mittelmeerhafen erfolgt, hat sich folgende pragmatische Vorgehensweise bewährt: Der Organisator benennt ein Transportschiff für die Mittelmeerpassage. Falls das Schiff noch nicht zugelassen ist, beantragt er die Zulassung des Schiffes beim Veterinär des Ausgangshafens. Bis über den Antrag auf Zulassung des Schiffes im Mitgliedstaat endgültig entschieden ist, werden die Schiffe unter folgenden Bedingungen akzeptiert:

- Der Veterinär im Ausgangshafen bestätigt schriftlich, dass ein Antrag auf Zulassung des Schiffes gestellt worden ist.

- Der Veterinär im Ausgangshafen stellt für das im Fahrtenbuch beantragte Schiff eine Bescheinigung aus, aus der hervorgeht, dass das Schiff von ihm kontrolliert wurde und den Anforderungen der VO (EG) Nr. 1/2005 für den Transport von Rindern entspricht.
- Sofern das Schiff sich zum Zeitpunkt der LKW-Verladung der Tiere noch nicht im Hafen befindet, bescheinigt der Veterinär im Ausgangshafen, dass vor Beladung des Schiffes eine Überprüfung hinsichtlich der Konformität mit der VO (EG) Nr. 1/2005 erfolgt.

Für die Überprüfung der tatsächlichen Gegebenheiten sind Kontrollen (Zufalls- oder gezielte Kontrolle) während langer Beförderungen gem. Art. 15 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 vorgesehen. Diese können mit anderen veterinärrechtlichen Kontrollen kombiniert werden.

Alle Kontrollen am Versand-, Bestimmungsort und ggf. an Kontrollstellen sind im Fahrtenbuch zu vermerken.

Bei festgestellten Unregelmäßigkeiten ist eine Mitteilung gem. Abschnitt 5 des Fahrtenbuches zusammen mit einer Kopie des Abschnitts 1 an die zuständige Behörde erforderlich.

Spätestens 1 Monat nach Abschluss der Beförderung ist eine Kopie des ausgefüllten Fahrtenbuches an die zuständige Behörde des Versandortes zurückzusenden.

Die zuständige Behörde hat alle Schritte der Plausibilitätsprüfung und Kontrolle nachvollziehbar zu dokumentieren.

G 2 Hinweise zu den Einzelangaben im Fahrtenbuch

Zu Abschnitt 1: Planung

Angaben zum Organisator/ Transportunternehmer (Feld 1.1)

Ein **Organisator** ist lt. Definition in Artikel 2 Buchstabe q) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ein

- Transportunternehmer, der mindestens einen Beförderungsabschnitt einem anderen Transportunternehmer in Auftrag gegeben hat, oder
- eine natürliche und juristische Person, die eine Beförderung mehr als einem Transportunternehmer in Auftrag gegeben hat, oder
- eine Person, die Abschnitt 1 des Fahrtenbuches unterzeichnet hat.

Der **Organisator** hat folgende Aufgaben:

- Zuteilung einer individuellen Kennnummer für jedes Fahrtenbuch
- Vorlage einer unterzeichneten Kopie des Abschnitts 1 des Fahrtenbuches mit ordnungsgemäßen Eintragungen bei der zuständigen Behörde des Versandortes spätestens zwei Werktage vor dem Versand

- Befolgung etwaiger Anordnungen der Behörde des Versandortes

Er sorgt dafür,

- dass das Fahrtenbuch gem. Art. 14 Absatz 1 c) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 abgestempelt wird,
- dass das Fahrtenbuch die Tiersendung während der gesamten Beförderung bis zum Bestimmungsort begleitet (bei Ausfuhr in ein Drittland bis zur Grenzkontrollstelle und eine Kopie bis zum Bestimmungsort),
- dass das Wohlbefinden der Tiere nicht durch eine unzulängliche Koordinierung der verschiedenen Beförderungsabschnitte beeinträchtigt wird und dass die Witterungsbedingungen berücksichtigt werden,
- dass eine natürliche Person dafür verantwortlich ist, der zuständigen Behörde jederzeit Auskünfte über Planung, Durchführung und Abschluss der Beförderung zu geben.

Ist der Organisator gleichzeitig ein Transportunternehmer, so ist die entsprechende Zulassungsnummer mit anzugeben.

Sofern der Organisator nicht gleichzeitig der **Transportunternehmer** ist, sind im Feld 6.4 die Angaben zum Transportunternehmer (Name und Zulassungsnummer) anzugeben.

Ein **Transportunternehmer** ist jede natürliche oder juristische Person, die entweder auf eigene Rechnung oder für eine dritte Person Tiere befördert.

Für lange Beförderungen bedarf ein Transportunternehmer einer **Zulassung vom TYP 2** gem. Art. 11 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005.

Dies beinhaltet auch, dass für lange Beförderungen zugelassene Transportmittel sowie gültige Befähigungsnachweise für Fahrer und Betreuer vorhanden sein müssen.

Angaben zu verantwortlichen Personen (Feld 1.2)

Unter 1.2 ist die für die Beförderung zuständige Person zu benennen. Diese muss sachkundig bzw. im Besitz eines gültigen Befähigungsnachweises gemäß Artikel 17 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 sein.

Feld 7 bzw. 8 betrifft den Organisator, der nicht zwingend mit der sachkundigen Person identisch sein muss.

Angaben zum Versandort und zum Bestimmungsort (Feld 3.1 bzw. 4.1):

Als **Versandort** ist unter Beachtung der Definition in Art. 2 Buchstabe r) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 im Fahrtenbuch der Ort anzugeben, an dem das erste Tier zu Transportbeginn erstmals auf ein im Fahrtenbuch benanntes Transportmittel verladen wird.

Im Fahrtenbuch ist als **Bestimmungsort**, bis zu dem die Transportplanung vorzubereiten ist, der Ort gemäß Art. 2 Buchstabe s) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 anzugeben, an dem im Bestimmungsland die Tiere von einem Transportmittel entladen werden und

- während mindestens 48 Stunden vor ihrer Weiterbeförderung untergebracht oder
- geschlachtet werden.

Als Bestimmungsort gilt bei grenzüberschreitenden Transporten insofern der Ort, bis zu dem noch eine reale Eingriffsmöglichkeit des Transportunternehmers besteht (zukünftiger Ort der Tierhaltung, Übergabepplatz, Schlachtbetrieb, Hafenanlagen u. a. m.).

Angaben zur Nummer der Gesundheitsbescheinigung(en) / Begleitdokumente (Feld 5.3):

Der Organisator hat bei Ausfuhren der zuständigen Behörde die vom Empfängerland geforderten, amtlich anerkannten Gesundheitsbescheinigungen vorzulegen. Bei Gesundheitszeugnissen, die nicht den mit dem BMELV abgesprochenen Vorgaben entsprechen, ist eine Bescheinigung der zuständigen obersten Veterinärbehörde des Drittlandes vorzulegen, aus der hervorgeht, dass Tiere, die den Anforderungen entsprechen, in das Drittland verbracht werden dürfen.

Für Tiere, deren Herkunftsort nicht im Einzugsbereich der abfertigenden Behörde liegt, ist ein Vorlaufattest beizubringen.

Die zuständige Behörde lässt nur Tiere, die den tierseuchenrechtlichen Voraussetzungen genügen, für die Verladung zu.

Ergibt die Kontrolle der Angaben des Abschnitts 1 des Fahrtenbuches keine Beanstandungen, wird dieser durch die zuständige Behörde des Versandortes abgestempelt und die Nummer der Gesundheitsbescheinigung (TRACES) kann eingetragen werden.

Angaben zur Gesamtbeförderungsdauer bzw. zur Liste der voraussichtlichen Ruhe-, Umlade- oder Ausgangsorte (Feld 2 bzw. Feld 6):

Die Gesamtbeförderungsdauer umfasst nach Auslegung der Kommission die Zeit vom Beginn des Verladens des ersten Tieres am Versandort bis zum Abladen des letzten Tieres am Bestimmungsort.⁵

Sämtliche Ruhezeiten sind hierbei mitzurechnen. Diese Zeiten sind unter Feld 3.3. bzw. 4.3. einzutragen und in Feld 6 aufzuschlüsseln.

Die mindestens einstündigen Ruhepausen dienen zur Versorgung der Tiere (Tränken, Füttern, Melken). Eine Verlängerung ist möglich, sofern für die Versorgung der Tiere mehr Zeit benötigt wird und sie den Zielen des Art. 3 Buchst. a nicht entgegensteht (Beförderungsdauer so kurz wie möglich halten).

Die geplante Transportroute muss anhand der angegebenen Orte (postalisch korrekt) nachvollziehbar sein.

⁵ Schreiben der DG Sanco an BMELV vom 9.1.2008.

Sofern Kontrollstellen (früher Aufenthaltsorte) bzw. Grenzkontrollstellen angefahren werden, ist das Vorhandensein entsprechender Zulassungen zu überprüfen.

Werden laktierende Kühe, Schafe oder Ziegen (deren Nachkommen nicht mit transportiert werden) befördert, hat der Organisator vorab abzuklären, ob nach spätestens 12 Stunden an einer Kontroll- oder Sammelstelle ein Melken möglich ist.

Für Kontrollstellen in Drittländern, an denen eine Entladung der Tiere vorgenommen werden soll, ist vor der erstmaligen Nutzung über das BMELV eine Bescheinigung der für das Drittland zuständigen obersten Veterinärbehörde vorzulegen, aus der hervorgeht, dass die Kontrollstelle den in dem Drittland geltenden Anforderungen an Kontrollstellen entspricht. Die derzeit bekannten, zugelassenen Kontrollstellen in EU-Mitgliedstaaten sind unter

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/transport/docs/council_regulation_1255_97.pdf zusammengestellt.

Anzugeben sind bei Drittlandtransporten auch die vorgesehenen Ausgangsstellen und die Eingangsstellen der Drittländer, wobei der Transport so zu planen ist, dass diese voraussichtlich während der Anwesenheit des zuständigen Tierarztes erreicht werden.

Werden einzelne Transportabschnitte von verschiedenen Transportunternehmern durchgeführt, so sind diese in Feld 6.4 jeweils einzeln aufzuführen.

Zu Abschnitt 2: Versandort

In Feld 3 sind Datum und Uhrzeit des Verladens des ersten Tieres und nicht der Fahrtbeginn einzutragen.

Angaben zum Verladen (Felder 1-4, 6, 7):

Die Angaben erfolgen in der Regel durch den jeweiligen **Tierhalter** am Versandort.

Tierhalter gemäß Definition in Artikel 2 Buchst. k) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ist jede natürliche und juristische Person, ausgenommen Transportunternehmer, die dauerhaft oder zeitweilig für Tiere zuständig ist oder mit ihnen umgeht.

Angaben zum Transportmittel (Feld 5):

Hier sind alle Transportmittel i. S. des Artikel 2 Buchst. n) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 einzutragen, die vom Versand- bis zum Bestimmungsort genutzt werden sollen, sowie deren Identifizierung. Transportmittel ist jedes Straßen- oder Schienenfahrzeug, Schiff oder Luftfahrzeug, das zum Transport von Tieren verwendet wird.

Vor Abfertigung des Transportes ist zu kontrollieren, ob für alle vorgesehenen Transportmittel (Straßenfahrzeug und Schiffe) eine Zulassung für lange Beförderungen gem. Artikel 18 bzw. 19 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 vorliegt.

Angaben über zusätzliche Kontrollen am Versandort (Felder 8-11):

Für Transporte in Drittländer sind im Rahmen des Verfahrens für Ausfuhrerstattungen die Angaben der Felder 8 –11 durch den/die amtliche/n Tierarzt/-ärztin erforderlich.

Zu Abschnitt 3: Bestimmungsort

(s. auch Kapitel D 3 Kontrolle an Grenzkontrollstellen/Ausgangsorten aus der EU)

Das Ausfüllen des Abschnitts 3 des Fahrtenbuchs ist für die Erlangung einer Ausfuhrerstattung nicht erforderlich (Anhang II Nr. 7), da jede Sendung im Rahmen einer Entladekontrolle im Endbestimmungsland aufgrund der **Verordnung (EU) Nr. 817/2010** kontrolliert wird.

Die Verordnung (EU) Nr. 817/2010 sieht in Artikel 3 vor, dass die Tiere im Endbestimmungsdrittland zu kontrollieren sind. Die Kontrollen werden von zugelassenen Kontroll- und Überwachungsge-sellschaften (KÜG) durchgeführt. Für die Kontrollberichte sind in der o. g. Verordnung eigene Formulare (Anhänge II und III) vorgesehen.

Für alle Beförderungen, die nicht von den Regelungen der Ausfuhrerstattungen betroffen sind, gilt Folgendes:

Liegt der Bestimmungsort innerhalb der Gemeinschaft, so ist der Abschnitt 3 des Fahrtenbuches durch den Tierhalter - ggf. auch den amtlichen Tierarzt - auszufüllen.

Liegt der Bestimmungsort in einem Drittland, so erfolgen die Kontrolle und die Dokumentation am Ausgangsort bzw. der Grenzkontrollstelle durch eine/n amtliche/n Tierarzt/-ärztin.

Entgegen der Regelung in Anhang II Nr. 7 soll das Fahrtenbuch bei Drittlandtransporten in zweifacher Ausfertigung (Original und Kopie) mitgeführt werden. Ein Exemplar verbleibt beim amtlichen Tierarzt der Grenzkontrollstelle, das andere soll bis zum Bestimmungsort im Drittland mitgeführt werden.

Der Tierhalter am Bestimmungsort hat das Fahrtenbuch - ausgenommen Abschnitt 4 - vom Tag der Ankunft der Tiersendung an gerechnet drei Jahre lang aufzubewahren und auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.

Zu Abschnitt 4: Erklärung des Transportunternehmers

Der Abschnitt ist während des Transportes vom Fahrer der Beförderung auszufüllen und der zu-

ständigen Behörde des Versandortes innerhalb eines Monats nach dem Ende des Transportes vorzulegen.

Liegt der Bestimmungsort in einem Drittland, so ist der Abschnitt 4 mindestens bis zum Erreichen der Grenzkontrollstelle auszufüllen.

Hinweis: für Ausführerstattungen ist der vollständig ausgefüllte Abschnitt 4 des Fahrtenbuches bis zum Ankunftsort im Drittland erforderlich.

Bestätigungen der Angaben durch zuständige amtliche Tierärzte an Ruhe-, Umlade- und Ausgangsorten sind in diesem Abschnitt nicht vorgesehen. Allerdings hat der zuständige amtliche Tierarzt nach dem geänderten Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 bevor die Tiere eine Kontrollstelle verlassen zu bestätigen, dass die Tiere für die weitere Verbringung transportfähig sind.

Zu Abschnitt 5: Mitteilung von Unregelmäßigkeiten

Werden amtliche Kontrollen (Zufalls- oder gezielte Kontrollen) durchgeführt und hierbei Mängel festgestellt, so können diese in Abschnitt 5 des Fahrtenbuches – Mitteilung über Unregelmäßigkeiten – vermerkt werden.

Der Abschnitt 5 gehört immer zu einem vollständigen Fahrtenbuch dazu, wobei im Falle festgestellter Mängel eine Kopie des Abschnitts 5 zusammen mit einer Kopie des Abschnitts 1 des Fahrtenbuches an die zuständige Behörde übermittelt wird.

Zuständige Behörde kann in Abhängigkeit des festgestellten Verstoßes sowohl die zuständige Behörde des Versandortes als auch die Zulassungsbehörde für das Transportunternehmen bzw. Ausstellungsbehörde des Befähigungsnachweises des Betreuers sein.

Unabhängig von der Mitteilungspflicht trifft die jeweilige Behörde die entsprechenden Maßnahmen, um die festgestellten Mängel zu beseitigen und Wiederholungsfälle zu verhindern (s. Art. 26 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005).

G 3 Kontrollen und Maßnahmen vor langen Beförderungen (Plausibilitätsprüfung)

Die zuständige Behörde des Versandortes hat vor langen Beförderungen durch geeignete Kontrollen zu überprüfen, ob

- die im Fahrtenbuch angegebenen Transportunternehmer über die entsprechenden **gültigen Zulassungen**, die gültigen Zulassungsnachweise für Transportmittel und gültige Befähigungsnachweise für Fahrer und Betreuer verfügen,
- das vom Organisator vorgelegte Fahrtenbuch **wirklichkeitsnahe Angaben** enthält und darauf schließen lässt, dass die Beförderung den Vorschriften dieser Verordnung entspricht.

Zur **Überprüfung der Zulassungen** sollen in den jeweiligen Mitgliedstaaten elektronische Datenbanken eingerichtet werden. Die national zugelassenen Viehhandelsunternehmen, Transportunternehmen und Sammelstellen können unter <http://www.bmelv.de> abgerufen werden.

Bis die Datenbanken funktionsfähig sind, hat der Organisator die jeweiligen Dokumente in Kopie zusammen mit dem Fahrtenbuch einzureichen.

Zur **Überprüfung der wirklichkeitsnahen Angaben** im Fahrtenbuch wird die angegebene Route auf der Basis eines handelsüblichen *Routenplaners* oder auf der Basis von Erfahrungswerten auf Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit der Einzelangaben geprüft. Für die Eignung der Fahrtroute sind bei Straßentransporten nicht nur die Entfernungskilometer, sondern auch die Straßenverhältnisse und Staugefahren zu berücksichtigen. Als *Durchschnittsgeschwindigkeit* wird für Straßentransporte – abhängig von den örtlichen Gegebenheiten - max. eine Geschwindigkeit von 60 km/h, bei Langstrecken mit mehr als 60 % der Straßenkilometer Autobahnanteil 80 km/h angenommen. Zu berücksichtigen sind hier die entsprechend den Sozialvorschriften für die Fahrer einzuhaltenden Pausen.

Für Wartezeiten und Kontrollen an Ausgangsstellen der EU oder Grenzübergangsstellen in Drittländern sind je Stelle – sofern die Stellen während der Anwesenheitszeiten des zuständigen Tierarztes erreicht werden können - ca. 1,5 Stunden zu berechnen.

Als wirklichkeitsnah sind die Angaben im Fahrtenbuch anzusehen, wenn

- der geplante Transportablauf den Gesamttransport vom Versand- bis zum Bestimmungsort lückenlos beschreibt,
- die Transportphasen so geplant sind, dass die Ruhepausen voraussichtlich zeitgemäß begonnen werden können,
- die Grenzübertrittsstellen voraussichtlich während der Anwesenheitszeiten des zuständigen Tierarztes erreicht werden und
- die für die Entladung vorgesehenen Kontrollstellen für die Tierart geeignet sind und über eine Zulassung verfügen und in möglichst geringer Entfernung zur geplanten Route liegen. Eine Liste der derzeit bekannten Kontrollstellen in Drittländern findet sich in Anlage G 4.

Bei wiederholten Transporten durch dieselben Transportunternehmer ohne Beanstandung bzw. auf denselben Routen können die Kontrollen verkürzt werden.

Sollten anlässlich der Kontrollen Mängel festgestellt werden, so verpflichtet die zuständige Behörde den Organisator, die Planung so zu ändern, dass die Vorschriften der Verordnung eingehalten werden.

Ist das Ergebnis der Kontrolle zufrieden stellend, so versieht die zuständige Behörde das Fahrtenbuch mit einem Stempel. Dies kann entfallen, sofern die entsprechenden Navigationssysteme zum Einsatz kommen. Diese sollten jedoch bezüglich Funktion und Datenzugang überprüft werden.

Die zuständige Behörde hat alle Schritte der Überprüfung nachvollziehbar zu dokumentieren. Hierzu kann der Dokumentationsbeleg lt. Anlage G 3.1 verwendet werden.

G 4 Überwachung und Kontrolle am Versandort

Am Versandort wird entsprechend **Anlage G 3.2** die Untersuchung auf **Transportfähigkeit** der für den geplanten Transport tierseuchenrechtlich zugelassenen Tiere durchgeführt.

Diese Kontrolle wird gemäß Artikel 15 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 vor dem Verladen als Teil der Tiergesundheitskontrollen gemäß der Veterinärvorschriften der Gemeinschaft innerhalb der dort vorgesehenen Fristen (i. d. R. 24 Stunden) durchgeführt.

Weiterhin ist zu überprüfen, ob

- die vor der Verladung der Tiere ggf. erforderliche Mindestaufenthaltsdauer und die Versorgung der Tiere am Versandort eingehalten wurde,
- das vor Ort in Augenschein genommene **Transportmittel** für den Transport geeignet ist und mit den Angaben im Fahrtenbuch übereinstimmt (Insbesondere die Funktionsfähigkeit des Lüftungssystems ist zu überprüfen),

Hinweis: Es ist davon auszugehen, dass Transportmittel im Rahmen der Zulassungsverfahren nach Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 durch die zuständige Behörde einer grundlegenden Überprüfung unterzogen wurden, so dass die Vorlage des Zulassungsbescheides i. V. mit einer Inaugenscheinnahme des Fahrzeuges in der Regel ausreichend ist. Bei der Feststellung von Mängeln an den Transportmitteln ist die in der Zulassung genannte zuständige Behörde zu unterrichten (s. Abschnitt 5 des Fahrtenbuches).

Sofern es sich um Mängel an Transportmitteln von Transportunternehmern aus anderen Mitgliedstaaten handelt, sind die Mitteilungen gem. Abschnitt 5 des Fahrtenbuches auf dem Dienstweg an die Kontaktstelle weiterzuleiten.

- die vorhandenen **Futter- und Tränkwasservorräte** den Richtwerten der **Anlage G 3.3** entsprechen bzw. sichergestellt ist, wie diese beigebracht werden können (Belege),
- die vorhandenen Tränkeinrichtungen funktionsfähig sind, die Tränkeinrichtungen für die zu transportierenden Tiere geeignet sind,
- vor und während der Verladung die Einhaltung der Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 hinsichtlich Besatzdichte, Versorgungseinrichtungen, Einstreu- und Bodenbeschaf-

fenheit, des Freiraumes über dem höchsten Punkt des Körpers und der Verlademodalitäten eingehalten werden

- das Navigationsgerät und die Temperaturerfassung funktionsfähig sind und in welcher Form der Zugang zu den Daten der Aufzeichnung erfolgt.

Die zuständige Behörde stimmt dem beabsichtigten Tiertransport nur zu und dokumentiert dieses durch Abzeichnung im Dokumentationsbeleg, wenn die oben genannte Überprüfung keine Beanstandung ergeben hat, die einen Transport ausschließt.

G 5 Kontrolle nach Rücklauf des Fahrtenbuches

Der Transportunternehmer hat spätestens einen Monat nach Abschluss des Transportes der zuständigen Behörde des Versandortes eine Kopie des vollständig ausgefüllten Fahrtenbuches sowie ggf. einen Ausdruck des Navigationsgerätes und der Temperatureaufzeichnung zuzuleiten. Außerdem hat er auch der zuständigen Behörde, die das Transportunternehmen zugelassen hat, spätestens einen Monat nach Abschluss des Transportes eine Kopie des Fahrtenbuches und die Kontrollbögen auf Verlangen vorzulegen.

Der Transportunternehmer hat die Kopien der Fahrtenbücher und die Daten des Navigationsgerätes mindestens 3 Jahre lang aufzubewahren. Sofern eine Rücksendung wiederholt nicht oder nicht fristgerecht erfolgt, ist vor weiteren Abfertigungen für den Generalbeförderer zu prüfen, ob dessen erforderliche Zuverlässigkeit gem. Artikel 10 Abs. 1 Buchstabe c) der VO (EG) Nr. 1/2005 gegeben ist.

Die zuständige Behörde prüft die zurückgesandte Fahrtenbuchkopie auf Vollständigkeit, und bewertet die Eintragungen nach folgenden Maßgaben:

- Die Versorgung der Tiere muss innerhalb der vorgesehenen Intervalle (sowohl nach der ersten Transportphase als auch vor der Ruhephase mit Entladung der Tiere) durchgeführt worden sein; Abweichungen sind nur im begründeten Einzelfall aufgrund unvorhergesehener Ereignisse (z. B. Pannen, Staus, Streiks u. a. m.; Nachweis durch Überprüfung der Tachoscheiben/ digitalen Kontrollgeräte, Ausdrucke oder Zugänge zu den daten des Navigationsgerätes, Polizeiberichte u. a. m.) tolerierbar, sofern die vorgesehene Zeit um nicht mehr als 2 Stunden überschritten wurde.
- Sind durch unvorhersehbare Ereignisse die für eine Versorgung der Tiere vorgesehenen Orte oder die Grenzübergangstellen nicht während der Anwesenheitszeiten der zuständigen Tierärzte erreicht worden und sind dadurch erhebliche Verzögerungen im Transportablauf entstanden,

ist die ggf. erforderlich gewordene zusätzliche Versorgung der Tiere zu belegen und sind nachvollziehbare und glaubhafte Unterlagen (z. B. Polizeiberichte, Tachoscheiben/digitale Kontrollgeräte. a. m.) für die Verzögerung beizubringen. Die Beurteilung, ob dieses erstattungsrelevant ist, obliegt dem Hauptzollamt Hamburg Jonas als zuständige Zahlstelle.

- Bei Rindertransporten ist sowohl bei Roll-On-Roll-Off Transporten als auch bei zwischengeschalteten Schiffstransporten eine 24-stündige Ruhepause nur dann erforderlich, wenn der Verladehafen nicht innerhalb von 27 Stunden nach dem Transportbeginn erreicht wird (zwei Stunden werden dabei pauschal für die Umladung angesetzt).
- Hierbei müssen die Tiere belegbar vor der Schiffsverladung im Hafen ausreichend gefüttert und getränkt worden sein. Bei Roll-On-Roll-Off-Transporten muss den Tieren ferner auf dem LKW der für Schiffstransporte vorgesehene Platz zur Verfügung stehen. Der Transport auf dem Seeweg gilt ebenfalls - auch bei Roll-On-Roll-Off-Transporten - als Beförderungszeit. Dies geht aus Nr. 1.7 des Anhangs I Kap. V der VO (EG) Nr. 1/2005 hervor. Bei Roll-on-Roll-off-Transporten gilt jedoch an Bord eines Schiffes kein Ausladegebot. Die Versorgung der Tiere auf dem LKW hat auch während der Schiffspassage mindestens innerhalb der vorgesehenen Zeitintervalle zu erfolgen.

Werden Tiere im Ro-Ro-Verkehr zwischen zwei geographischen Punkten der Gemeinschaft befördert, ist nach dem Entladen der Tiere im Bestimmungshafen oder in dessen Nähe eine Ruhezeit von 12 Stunden einzulegen, wenn die allgemeinen Regeln zur Dauer der Beförderung nach Anh. I Kap. V Nr. 1.2 bis 1.4 überschritten wurden.

- Die zuständige Behörde fordert stichprobenartig die Berichte der Kontroll- und Überwachungsgesellschaften (**KÜG**) über die Entladekontrolle im Drittland beim Hauptzollamt Hamburg Jonas, Süderstr. 63, 20097 Hamburg, an und zieht diese in die Bewertung ein.

Im Rahmen des Verfahrens für Ausfuhrerstattungen dokumentiert die zuständige Behörde ihre Prüfung und Bewertung auf dem Original des Fahrtenbuches mit folgendem Text (Prüfvermerk):

- a) „Die Angaben wurden von mir auf Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit geprüft. Aufgrund der gemachten Angaben scheinen die Anforderungen der VO (EG) Nr. 1/2005 eingehalten zu sein.“
 Sofern tolerierbare Abweichungen festgestellt werden, ist folgender Satz anzufügen:
 „Die im Transportplan aufgeführten Abweichungen sind begründet dargelegt und überschreiten nicht die in der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 vorgesehen Einzelfalltoleranzen.“
- b) Falls nicht begründete Abweichungen festgestellt wurden und auch auf Nachfrage nicht ausreichend und abschließend abzuklären sind:
 „Die Angaben wurden von mir auf Vollständigkeit und Nachvollziehbarkeit geprüft.“
 - bb) Es fehlen Angaben in den Spalten....
 - bbb) Die dargelegten Abweichungen überschreiten die Toleranzgrenzen der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 in folgenden Punkten....

bbbb) Die dargelegten Abweichungen sind nicht ausreichend begründet....“

Auch bei Feststellung von Abweichungen bei Rindertransporten in Drittländer ist eine Ablichtung des Fahrtenbuches mit der abschließenden Bewertung dem Hauptzollamt Hamburg Jonas zuzuleiten.

Eine beglaubigte Kopie des vollständigen und durch das zuständige Veterinäramt des Versandortes auf Plausibilität geprüften Fahrtenbuches erhält der Transportunternehmer für die Vorlage beim Hauptzollamt Hamburg-Jonas.

Gemäß Artikel 2 Absatz 2 Unterabsatz 2 und 3 der Verordnung (EU) Nr. 817/2010 erstellt der amtliche Tierarzt, der die Kontrollen (an der Ausgangszollstelle) durchgeführt hat, einen Bericht nach dem Muster in Anhang I der genannten Verordnung und bescheinigt, ob die Ergebnisse der gemäß Unterabsatz 1 durchgeführten Kontrollen (Einhaltung der Tierschutzbestimmungen nach der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 vom Versandort bis zur Ausgangsstelle und Transportbedingungen für die Weiterbeförderung sowie die notwendigen Vorkehrungen für ihre Einhaltung bis zur ersten Entladung im Bestimmungsdrittland) zufriedenstellend waren oder nicht.

Die für die Ausgangsstelle zuständige Veterinärbehörde bewahrt den Bericht mindestens drei Jahre lang auf.

H Maßnahmenkatalog bei Transportunfällen

H 1 Einleitung

Die konsequente Umsetzung des § 1 des Tierschutzgesetzes erfordert auch bei Unfällen mit Tieren schnelles und kompetentes Handeln. Ziel dieses Maßnahmenkataloges ist es, die von den Ländern schon gesammelten Erfahrungen so zu verallgemeinern, dass daraus ein für ganz Deutschland anwendbarer **Katalog** von praxisbewährten Verfahren und Anregungen zur **Vorbereitung** auf und zur **Bewältigung von Unfallsituationen** mit Tieren entsteht.

Der Katalog berücksichtigt, dass **kein Unfall dem anderen gleicht und jede Situation eigenständige Entscheidungen verlangt**. Andererseits **erfordert erfolgreiches Krisenmanagement** auf diesem Gebiet eine entsprechende **organisatorische und fachliche Vorbereitung**. Darauf sind die nachfolgenden Ausführungen orientiert.

H 2 Vorbereitung der Behörden

Die **primäre Zuständigkeit** für einen Verkehrsunfall mit Tieren liegt bei der **Polizei**, die auch die Einsatzleitung vor Ort wahrnimmt.

Es wird empfohlen, regelmäßige Abstimmungsgespräche unter Einbeziehung der Straßenmeisterei und der Feuerwehr zu führen, um die Einsatzbereitschaft im Ereignisfall zu sichern. Dabei ist auch zu veranlassen, dass die Veterinärämter bei allen Unfällen mit Tieren obligatorisch informiert und beteiligt werden. Den **Rettungsleitstellen** sollte durch die zuständigen Veterinärämter eine **Checkliste** mit wichtigen Angaben und Telefonnummer der Behörden/Personen übergeben und ständig aktualisiert werden, die im Ereignisfall umgehend zu informieren und zu beteiligen sind, um die tierschutzgerechte Behandlung der Tiere im Rahmen einer polizeilichen Rettungs- und/oder Bergungsaktion zu gewährleisten. Dabei sollte auch deutlich gemacht werden, dass die Bestellung von Spezialtechnik, von ausreichender Beleuchtung bei Nachtunfällen auch für die Untersuchung der Tiere sowie von Fahrzeugen der TBA (mit Selbstladeeinrichtung) durch die Polizei, die Feuerwehr oder die Rettungsleitstelle erfolgt.

Die **Veterinärämter** sollten im Rahmen ihres Dienstes eine Rufbereitschaft organisieren, so dass bei einem möglichen Schadensfall zeitnah kompetente **amtstierärztliche Hilfe** vor Ort zur Verfügung gestellt werden kann. Effektiv ist es, das Krisenmanagement bei einem Unfall so zu gestalten, dass mindestens ein amtlicher Tierarzt mit Mobiltelefon vor Ort tätig sein kann und wenn notwendig eine Fachkraft im Büro organisatorische Aufgaben wahrnimmt. Die Hinzuziehung eines vor Ort tätigen **praktizierenden Tierarztes** und von fachlich ausgebildeten Hilfskräften kann auch durch Polizeidienststellen erfolgen.

Zur **organisatorischen Vorbereitung auf Transportunfälle** wird den Veterinärämtern empfohlen:

- Bereithaltung eines „**Unfallkoffers**“/einer „**Notfallausrüstung**“ (Schutzbekleidung, Handschuhe, Taschenlampe, Adressenliste, Desinfektionsmittel, Strickhalter für Großtiere, Bolzenschussgerät, Mittel für die Euthanasie, evtl. Betäubungsgewehr/Blasrohr, Elektrobetäubungsanlage). Die Ausstattung mit einer Videokamera/Fotoausrüstung ist zu prüfen.
- Abklärung, welche Schlachtbetriebe bereit und geeignet sind, verunfallte Tiere aufzunehmen und ggf. die Schlachtung kurzfristig durchzuführen
- Führung eines permanent aktualisierten **Verzeichnisses** mit wichtigen Ansprechpartnern einschließlich Telefon-, Handy- und Fax-Nummern. Als wichtig werden Angaben insbesondere zu folgenden **Personen/Einrichtungen** angesehen:

- o Alle Tierärzte und sonstigen Mitarbeiter des Veterinäramtes,
- o alle Tierärzte benachbarter Veterinärämter,
- o alle praktizierenden Tierärzte des Landkreises, evtl. auch der Tierärzte aus Nachbarkreisen,
- o Fachtierärzte, Zootierärzte und andere Spezialisten für besondere Beratungsfälle,
- o Schlachtstätten und ihr Leitungspersonal,
- o Tierkörperbeseitigungsanstalten und ihr Leitungspersonal (auch Privatanschluss, um jederzeitiges Erreichen zu gewährleisten),
- o kreisübergreifendes Verzeichnis von Viehtransportunternehmen,
- o handwerkliche Schlachtereien des Kreisgebietes,
- o Inhaber eines Betäubungsgewehres im Kreisgebiet und ggf. in angrenzenden Kreisen,
- o Viehhandels- und Tiertransportunternehmen im Kreisgebiet und angrenzenden Kreisen,
- o Reitvereine, Reitställe und Pferdestallungen sowie ihre Verantwortlichen (zur evtl. Unterbringung von unfallbeteiligten Pferden),
- o Jäger im Kreisgebiet,
- o Tierheime und deren Leitungspersonal,
- o Reinigungs-, Desinfektionsfirmen.

- Das Thema „Vorbereitung auf Unfälle und Handlungsablauf bei Unfällen mit Tieren“ sollte regelmäßig Gegenstand von **Fortbildungsveranstaltungen** oder **Dienstbesprechungen** sein.

Empfohlen werden gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen bei der Veterinärbehörde mit Polizei, Feuerwehr, Straßenmeisterei, praktizierenden Tierärzten und Vertretern von Viehhandelsunternehmen. Letztere sollten angehalten werden, Fahrer von Tiertransportfahrzeugen auf das richtige Verhalten bei Unfällen hinzuweisen.

H 3 Handeln vor Ort

Die bisher bei der Behebung von Unfallfolgen gewonnenen Erfahrungen erlauben den Hinweis auf folgende **Prinzipien des Havariemanagements** (auf die Vorbereitung von Amtstierärzten auf diese Aufgabe wird hingewiesen):

Die Aktivitäten sollten in einer solchen **Reihenfolge** ablaufen, dass

- a) gesichert wird, dass durch herumlaufende Tiere nicht andere Verkehrsteilnehmer gefährdet werden,
- b) durch Rettungs- und Bergungsarbeiten Menschen nicht in Gefahr gebracht werden. Das kann bedeuten, für bestimmte Aktionen das Tageslicht oder die Heranführung geeigneter Technik oder die Unterstützung durch eine ausreichende Anzahl von Helfern/Fachkräften abzuwarten,
- c) Entscheidungen nach tierschutzrelevanten Kriterien getroffen werden.

Kommentar:

In Berichten wird immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, gerade bei Unfällen in der Nacht für die Untersuchungen der Tiere **ausreichende Beleuchtung** verfügbar zu haben.

Finanzielle Erwägungen des Tierbesitzers/-Transporteurs sollten zu keiner Änderung der Rangfolge führen.

Der **Amtstierarzt entscheidet**, welche Tiere aufgrund ihrer Verletzungen vor Ort zu **behandeln** oder zu **töten** sind und für welche Tiere ein **Weitertransport** möglich ist.

Angeregt wird die schriftliche Erfassung der Anzahl und Art der beim Unfall selbst und danach getöteten sowie der zum Weitertransport frei gegebenen Tiere, einschließlich Vergleich mit den Transportunterlagen.

Es wird **empfohlen**, über die zu behandelnden oder zu tötenden Tiere ein **Protokoll** (Kennzeichen der Tiere, Behandlungs-/Tötungsgrund) anzufertigen.

Für die nach Unfällen ggf. notwendige **Tötung von Tieren** durch sachkundige Personen werden insbesondere empfohlen (auf die BSE-Untersuchungspflicht bei Rindern wird hingewiesen):

1. Der Euthanasie durch Tierärzte, evtl. nach Ruhigstellung, ggf. mit Betäubungsgewehr oder Blasrohr, sollte der Vorzug gegeben werden.
2. Bei einer Tötung gemäß Tierschutz-Schlachtverordnung sind die dort festgelegten Bedingungen einzuhalten; z.B.
 - Wiederkäuer oder Schweine: Betäubung mit Bolzenschussgerät und anschließender Tötung mit / ohne Blutentzug,
 - Schweine: durch Verwendung von Elektrozangen,
 - Geflügel: Kopfschlag bis 5 kg oder Bolzenschuss mit anschließendem Blutentzug oder Genickbruch.

Hinweise:

Es ist unbedingt auf die ausreichende Stromstärke der Notstromaggregate zu achten! Als Orientierung wird auf das Merkblatt Nr. 75 der TVT „Töten von Nutztieren durch Halter oder Betreuer“ verwiesen, das den Behörden vorliegt bzw. bei der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz, Geschäftsstelle, Bramscher Allee 5, 49565 Bramsche, Tel. 05468 / 92 51 56, Fax: 05468 / 92 51 57, geschaeftsstelle@tierschutz-tvt.de, angefordert werden kann.

Der Einsatz von Schusswaffen sollte durch die Polizei erfolgen, da hier die uneingeschränkte Erlaubnis und Sachkunde vorliegt. Bei schwer verletzten Großtieren wird aus Sicherheitserwägungen allgemein die Tötung durch Schusswaffen aus kurzer Distanz angeregt.

Im Fall der erforderlichen Tötung freilaufender Rinder wird der Einsatz von Deformationsgeschossen empfohlen. Allerdings verfügt die Polizei meist nicht über diese Art von Geschossen.

Der Einsatz von Schusswaffen durch Jäger erfordert eine ausdrückliche Schießerlaubnis für diesen Anlass durch die zuständige Behörde, da das Töten von Tieren bei einem Unfall nicht mit der Jagdausübung gleichzusetzen ist. Die Schießerlaubnis kann in eiligen Fällen mündlich / telefonisch durch den Sachbearbeiter erteilt werden. Allerdings muss der Jäger wissen, dass die Schießerlaubnis meist nicht den Versicherungsschutz (Jagdhaftpflicht) einschließt, den er bei der Ausübung der Jagd in seinem Revier besitzt.

Bei schwer verletzten Großtieren wird aus Sicherheitserwägungen angeregt, dass die Polizei mit einer ihr zur Verfügung gestellten jagdlichen Schusswaffe die Tötung der/des Tiere/s vornimmt.

Auf die Bereitstellung geeigneter Technik durch die Verarbeitungsbetriebe für Material der Kategorien 1 und/oder 2 **gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009** (früher Verordnung (EG)

Nr. 1774/2002 bzw. TBA) zur Beladung ihrer Fahrzeuge unter den konkreten Unfallbedingungen ist zu achten. Sind solche Betriebe nicht erreichbar, wird auf die Verwendung von Frontladern und schnell erreichbare Container hingewiesen.

Zum **Handeln am Unfallort** sollte nach den vorliegenden Erfahrungen insbesondere beachtet werden:

Priorität hat die schonende Rettung bzw. Bergung der Tiere aus dem Fahrzeug. Zu bedenken ist, dass Hubböden in der Regel nicht mehr bewegt werden können. Transportbehälter sollten vor dem Aufrichten des Fahrzeugs möglichst entleert werden. Eine Bewegung umgestürzter Fahrzeuge sollte vermieden werden. Nur wenn ohne weitere Gefährdung der Tiere möglich sollten umgestürzte Fahrzeuge vor der Entladung aufgerichtet werden.

Auf die schnellstmögliche Zuführung entsprechender Rettungs- und Bergungstechnik ist deshalb zu drängen, z.B. um Seitenwände aufzutrennen. Alle Lüftungsklappen an den Fahrzeugen sind umgehend zu öffnen, eventuell Zwangsbelüftung mit Gebläsen (Feuerwehr!).

Um das Entweichen gesunder Tiere nach einem Unfall zu vermeiden, haben sich verschiedene Verfahren bewährt. Hingewiesen wird insbesondere auf

- Gatterbildung mit Bauzäunen, Absperrgittern der Polizei /Feuerwehr, Gitter von benachbarten Landwirtschaftsbetrieben (**hier:** Desinfektion vor Rückgabe beachten), Strohballen, -pferchen mit Leitern oder Fahrzeugholzverkleidungen,
- zwischenzeitliche Haltung in Containern, die von der Feuerwehr bereitgestellt werden.

Kommentar:

In vielen Berichten wird deutlich, dass der Bedarf an Helfern bei der Behebung von Unfällen in der Regel über Erwartungen groß ist. Auf die rechtzeitige Beachtung dieses Punktes wird daher besonders hingewiesen.

Entscheidung über die weitere Verbringung transportfähiger Tiere nach Abstimmung mit dem Besitzer/Transporteur durch den amtlichen Tierarzt.

Alternativ ist zu entscheiden:

- Rückführung in den Herkunftsbestand, wenn die gesamte Lieferung von einem Halter stammt,

- Weitertransport zum vorgesehenen Zielort,
- zwischenzeitliche Aufstallung (das mögliche Seuchen-/Krankheitsrisiko für andere Tiere am Aufstallungsort ist zu beachten),
- Transport zum nächstgelegenen Schlachtbetrieb, insbesondere bei Schlachttieren.

Für ein eventuelles tierschutzrechtliches Ordnungswidrigkeitsverfahren sind die gefahrene Geschwindigkeit sowie andere Anhaltspunkte wie die Nichteinhaltung von Lenkzeiten von Bedeutung. Tacho-Scheiben bzw. digitale Kontrollgeräte und die Aufzeichnungen aus dem Navigationssystem sind daher durch die Polizei sicherzustellen.

Bei **Unfällen von Schweinetransporten** hat sich bewährt,

- die überlebenden Tiere bei entsprechenden Bedingungen zur Beruhigung mit Wasser zu besprühen ⁶,
- kreislaufgestörten Schweinen Raum und Zeit zur Stabilisierung vor dem Weitertransport zu geben (Tränkmöglichkeiten!),
- vor der Schlachtung die Tiere möglichst für mehrere Stunden ausruhen zu lassen.

Zur Öffentlichkeits- / Pressearbeit

Um die Rettungs- und Bergungsarbeiten ungehindert von Zuschauern durchführen zu können, sollte eine weiträumige Absperrung erfolgen.

Für Tötungen im Freien wird ein Sichtschutz empfohlen.

Der vor Ort tätige Amtstierarzt und der Einsatzleiter sollten sich über Ort, Zeitpunkt und Inhalt der Information von Medienvertretern verständigen. Kompetente, sachbezogene Mitteilungen durch einen Behördenvertreter sind die Methode der Wahl und verhindern, dass in der Aussage nicht immer korrekte Angaben von befragten Beteiligten an der Rettung und/oder Bergung die Berichterstattung dominieren.

Bilder von toten oder getöteten Tieren sollten auch aus ethischen Gründen nicht für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

⁶ **Hinweis:** Das Besprühen mit Wasser ist nur sinnvoll, wenn genügend Luftzirkulation vorhanden ist. Bei hoher Lufttemperatur und mangelnder Luftbewegung können die Schweine ersticken. Bei kalter Witterung ist die Maßnahme zweifelhaft

I. Interpretationshilfen zur Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und zur Tierschutztransportverordnung (TierSchTrV) vom 11.2.2009

1. Verordnung (EG) Nr. 1/2005

- Die Reihenfolge orientiert sich am Verordnungstext -

Lfd.-Nr.	Bezug (Artikel der Verordnung)/ Schlagwort	Frage/Problem	Interpretation
1	Präambel (21) Anwendung der Verordnung auf den Transport registrierter Equiden	Ist die Verordnung auch auf alle registrierten Equiden, die nicht zum Zwecke der Schlachtung transportiert werden, anzuwenden?	<p>Die Verordnung gilt grundsätzlich für alle Pferdetransporte, sofern sie in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt werden – vgl. hierzu Artikel 1 Absatz 1 und 5 in Verbindung mit dem Erwägungsgrund Nr. 12 - .</p> <p>Nur bei einzelnen, ausdrücklich benannten Vorschriften gelten Ausnahmen für „registrierte“ Equiden. Diese sind vor allem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Artikel 5 Absatz 4 und Artikel 8 Absatz 2 (kein Fahrtenbuch bei langen Beförderungen), - Artikel 6 Absatz 9 und Artikel 11 Absatz 2 (kein Navigationssystem bei langen Beförderungen) - Anhang I Kapitel I Nr. 7 (Transport hochträchtiger oder neugeborener Tiere unter bestimmten Bedingungen möglich) - Anhang I Kapitel V Nr. 1.1 (keine Vorgaben zu Beförderungs- und Ruhezeiten, Zeitabstände für das Füttern und Tränken) - Anhang I Kapitel VI Nr. 1.9. (Verbot für lange Beförderungen von Equiden unter 4 Monaten gilt nicht) <p>Siehe auch Artikel 2 Buchstabe u)</p>
2	Artikel 1 Absatz 2 Transportfähigkeit	Für Transporte durch Landwirte gelten in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 2 lediglich die Artikel 3 und 27. Gilt Artikel 3 allein oder in Verbindung mit Anhang I und den dort niedergelegten Anforderungen im Einzelnen (z.B. hinsichtlich der Transportfähigkeit)?	Artikel 3 gilt als allgemeine Anforderung allein und nicht in Verbindung mit Anhang I, da in Anhang I kein konkreter Bezug zu Artikel 3 hergestellt wird. Es besteht daher keine Verpflichtung zur konsequenten Anwendung des Anhang I. Anhang I kann lediglich als Orientierung herangezogen werden. Im Zusammenhang mit Artikel 3 ist es daher eine Einzelfallentscheidung der zuständigen Behörde, ob die Anforderungen des Artikels 3 (z.B. ob die Tiere transportfähig sind oder nicht) eingehalten werden.
3	Artikel 1 Absatz 5 Geltungsbereich der Verordnung	Wie ist die Formulierung „in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit“ auszulegen?	Bei der Beurteilung, ob ein Transport in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt wird, muss der Erwägungsgrund Nr. 12 der Verordnung herangezogen werden. Danach beschränkt sich die wirtschaftliche Tätigkeit nicht nur auf Fälle, in denen unmittelbar ein Austausch von Geld, Gütern oder Dienstleistungen erfolgt (z. B. Spediteure), sondern auch auf Transporte bei denen direkt oder indirekt ein Gewinn entsteht bzw. angestrebt wird. Dabei ist nicht nur der Transport an sich oder das Ziel des Transpor-

			<p>tes maßgebend, sondern ob der Transport mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Durchführenden bzw. Auftraggebers im Zusammenhang steht. Es kommt nicht auf die Zweckbestimmung des Einzeltransportes an.</p> <p>Ein Tierhalter/-züchter oder Landwirt, der mit seinen Tieren im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit Geld verdient und diese zum Verkauf oder Auktion/Ausstellung/Tierschau transportiert, fällt daher unter die Verordnung, ein Hobbytierhalter jedoch nicht (Beispiel: Ein Landwirt transportiert sein Rind zu einer Ausstellung -> VO gilt. Der gleiche Landwirt transportiert das Reitpferd seiner Tochter, welches nur zu Hobbyzwecken gehalten wird, -> VO trifft nicht zu).</p> <p>Ausschlaggebend ist die wirtschaftliche Tätigkeit des Durchführenden bzw. Auftraggebers, die zu einer Eintragung in einem öffentlichen Register oder einer steuerlichen Veranlagung führt. Als Kriterium für eine „wirtschaftliche Tätigkeit“ kann laut Kommission beispielsweise die steuerliche Veranlagung herangezogen werden. Auch das Vorliegen einer Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes kann im Einzelfall ein Hinweis auf eine wirtschaftliche Tätigkeit sein.</p> <p>Auch Transporteure aus Drittländern unterliegen innerhalb der Gemeinschaft den Anforderungen der VO (EG) Nr. 1/2005 (Zulassung als Transportunternehmer, ggf. Befähigungsnachweis und Zulassung des Transportmittels etc.).</p> <p>Nach Aussage der Kommission fallen allerdings mobile Tierschauen und Zirkusbetriebe mit Tierhaltung nicht unter die Verordnung. Zoos fallen nur bedingt unter die Verordnung, da hier i. d. R. der wissenschaftliche Aspekt im Vordergrund steht. Hier ist eine Einzelfallentscheidung der Behörde vor Ort notwendig.</p>
4	<p>Artikel 2 Buchstabe g)</p> <p>Definition „Transportbehälter /Container“</p>	Wie sind Transportbehälter/Container und Transportmittel zu unterscheiden?	<p>Als Transportbehälter/Container gilt jeder Verschlag, jeder Kasten, jedes Behältnis oder jede andere feste Struktur, die zum Transport von Tieren verwendet wird und kein Straßen- oder Schienenfahrzeug, Schiff oder Luftfahrzeug ist.</p> <p>Transportbehälter/Container unterliegen verschiedenen Anforderungen der Verordnung (z.B. Anhang I Kap. II Nr. 1.1, 4.1 und 5, Kap. III Nr. 1.7 und 2.6, Kap. VI Nr. 2). Hinsichtlich der Zulassung wird auf die lfd. Nr. 15 dieser Tabelle verwiesen.</p>
5	<p>Artikel 2 Buchstabe j)</p> <p>Definition „Beförderung“</p>	Umfasst die „Beförderung“ auch das Verladen am Ausgangsort und das Entladen am Bestimmungsort?	<p>Die KOM weist mit Ihrem Schreiben vom 9.1.2008 darauf hin, dass die Beladung der Tiere am Versandort als auch die Entladung am Bestimmungsort mit anzurechnen ist. Die Gesamtbeförderungsdauer umfasst nach Auslegung der Kommission die Zeit vom Beginn des Verladens des ersten Tieres am Versandort bis zum Abladen des letzten Tieres am Bestimmungsort. Die Kommission vertritt die Auffassung, dass die Auslegung des EuGH vom 23.11.2006 zu Bestimmungen der Richtlinie 91/628/EWG auch auf die neue rechtliche Situation der VO (EG) Nr. 1/2005 angewendet werden kann. Gleichzeitig weist die Kommission darauf hin, dass bei möglichen Streitigkeiten über die Auslegung einer Bestimmung des Gemeinschaftsrechts letztlich die Auslegung des EuGH ausschlaggebend ist.</p>
6	<p>Artikel 2 Buchstabe r) und s)</p> <p>Ruhepausen</p>	Für Tiere, die zu einer Sammelstelle transportiert werden, um dort neu gruppiert und	<p>Eine Sammelstelle kann als Versandort gelten, wenn die Tiere dort neu gruppiert und gem. Artikel 2 Buchstabe r) Ziffer ii) während mindestens 6 Stunden vor ihrem Versand</p>

	auf Sammelstellen	weitertransportiert zu werden, ist die Sammelstelle der erste Bestimmungsort (erster Transportabschnitt) und gleichzeitig Verladeort für den zweiten Transportabschnitt. Nach Artikel 2 Buchstabe r) Ziffer ii) sind die Tiere mindestens 6 Stunden vor ihrem Versand von der Sammelstelle mit ausreichend Einstreu und Frischwasser unangebunden unterzubringen. Nach Artikel 2 Buchstabe s) Ziffer i) ist der Bestimmungsort definiert als Ort, an dem ein Tier von einem Transportmittel entladen und während mindestens 48 Stunden vor ihrer Weiterbeförderung untergebracht wird. Wie lang muss die Ruhepause vor dem Weitertransport sein?	von der Sammelstelle mit ausreichend Einstreu und Frischwasser unangebunden untergebracht waren. Diese Regelung kann nur einmal während der Beförderung eines Tieres angewendet werden. D.h. mit der Verladung auf der ersten Sammelstelle beginnt die zulässige Höchstbeförderungsdauer.
7	Artikel 2 Buchstabe u) Definition „registrierte Equiden“	Was ist unter „registrierten“ Equiden zu verstehen?	Equiden dürfen nach der Richtlinie 90/426/EWG nur mit einem Equidenpass aus dem Bestand verbracht werden. Daher sind alle zu transportierenden Equiden nach der o. g. Richtlinie registriert. Die Verordnung versteht aber unter „registrierte“ Equiden nur die Tiere, die zur Teilnahme an Wettbewerben, Rennen, kulturellen Veranstaltungen oder zu Zuchtzwecken transportiert werden (vgl. Erwägungsgrund Nr. 21), jedoch keine Equiden, die direkt über einen Markt oder eine Sammelstelle in einen Schlachthof verbracht werden (Schlachtpferde). Ausschlaggebend für die Zuordnung ist also die Zweckbestimmung und nicht die Registrierung nach der Richtlinie 90/426/EWG. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu lfd. Nr. 1 hingewiesen.
8	Artikel 2 Buchstabe y) Definition „nicht zugerittene Equiden“	Sind mit „nicht zugerittene Equiden“ nicht eigentlich „nicht halfterfähige Equiden“ gemeint?	Die Forderungen der Verordnung sind auf nicht halfterfähige Equiden anzuwenden, da die Definition in Artikel 2 Buchstabe y) für „nicht zugerittene Equiden“ nur auf die Halfterfähigkeit abhebt. „Nicht zugerittene Equiden“ werden in der Verordnung in Anhang I Kapitel III Nr. 1.11 und 2.4 sowie Kapitel VI Nr. 1.9 erwähnt. Auch für diese Forderungen ist lediglich die Halfterfähigkeit ausschlaggebend und im Sinne des Tierschutzes.
9	Weitere Begriffsbestimmungen, die in der Verordnung verwendet werden, aber nicht definiert sind.	„Schulung“ „Lehrgang“ „Qualifikation und Befähigung“ „Befähigungsnachweis“	„ Schulung “: der abstrahierende Begriff für die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten „ Lehrgang “: der tatsächliche theoretische und/oder praktische Unterricht „ Qualifikation und Befähigung “: ist eine spezielle Ausbildungsebene, die die Anwendung/Durchführung spezieller Kenntnisse und Fähigkeiten erlaubt, eine abgeschlossene Berufsausbildung ist eine Qualifikation. „ Befähigungsnachweis “: amtliche Bescheinigung über spezielle Kenntnisse und Fähigkeiten.
10	Artikel 3 Satz 2 Buchst. g), Art.	Was ist unter „ausreichender Standhöhe“ und „angemes-	Die Tiere müssen in ihrer natürlichen aufrechten Haltung stehen können. Um eine ausreichende Luftzirkulation gem.

	6 Abs. 3 i.V.m. Anhang I, Kap. II Nr. 1.2	sener Luftzirkulation“ zu verstehen?	Anhang I Kapitel VI Nr. 3.2 sicherstellen zu können muss ein gewisser Luftraum über den Tieren vorhanden sein. Dies ist i. d. R. gewährleistet, wenn ein Sicherheitsabstand von mindestens 20 cm zwischen dem Widerrist des Tieres und der oberen Begrenzung des Transportbehälters bzw. des Transportmittels besteht. Im Schreiben der DG Sanco vom 4.9.2009 (D5 DS/fr D(2009)450334) werden für eine angemessene Luftzirkulation bei Rindern 20 cm, bei Schafen und Schweinen in Fahrzeugen mit Ventilatoren 15 und ohne Ventilatoren 30 cm über dem höchsten Punkt der Tiere empfohlen.
11	Artikel 4 Verwendung des Transport- und Desinfektionskontrollbuches	Kann das Transport- und Desinfektionskontrollbuch auf nationaler Ebene weiter als Nachweis nach Artikel 4 mitgeführt werden?	Das Transport- und Desinfektionskontrollbuch kann als Nachweis nach Artikel 4 mitgeführt werden, wenn die fehlenden Angaben ergänzt werden.
12	Artikel 5 Absatz 4 i. V. m. Anhang II Nr. 7 Mitführen des Fahrtenbuches in Drittländer	Welchen Transportnachweis habe ich in einem Drittland, wenn das Fahrtenbuch am Ausgang aus dem Gebiet der Gemeinschaft abgegeben werden muss?	Um einen ausreichenden Nachweis der Einhaltung der Tierschutzbestimmungen bis zum Bestimmungsort zu gewährleisten, ist das Fahrtenbuch in zweifacher Ausfertigung (Kopie) mitzuführen. Das Original wird an der EG-Außengrenze abgegeben, die Kopie ist bis zum Bestimmungsort weiter mit zu führen.
12	Artikel 6 Absatz 1 Mitführung der Zulassung des Transportunternehmers	Ist die Zulassung des Transportunternehmers nach Artikel 10 und 11 bzw. eine amtlich beglaubigte Kopie der Zulassung während des Transportes mitzuführen oder lediglich zu Beginn des Transportes der zuständigen Behörde vorzulegen?	Die Zulassung bzw. eine amtlich beglaubigte Kopie muss in jedem Transportfahrzeug mitgeführt werden, um unnötige Verzögerungen bei Kontrollen zu vermeiden.
14	Artikel 6 Absatz 5 i. V. m. Artikel 10 Erforderlichkeit des Befähigungsnachweises	Die Zulassung von Transportunternehmern nach Artikel 10 sieht nur vor, dass geeignetes Personal eingesetzt werden muss. Ein Befähigungsnachweis ist hier nicht obligatorisch. Dagegen sieht Artikel 6 Absatz 5 einen Befähigungsnachweis für Fahrer <u>und</u> Betreuer bei Beförderungen von Hausequiden, Hausrindern, Hausschafen, Hausziegen, Hausschweinen oder Geflügel in Straßenfahrzeugen vor. Ausgenommen von der Pflicht eines Befähigungsnachweises sind nur Transporte bis 65 km Länge (Art. 6 Abs. 7). Ist der Befähigungsnachweis nur für lange Beförderungen	Die Beförderung von Hausequiden, Hausrindern, Hausschafen, Hausziegen, Hausschweinen oder Geflügel darf nur mit gültigem Befähigungsnachweis erfolgen, unabhängig davon, ob die Tiere direkt auf dem Fahrzeug oder in separaten Transportbehältern transportiert werden. Dies gilt für alle Transporte ab 65 km Länge, unabhängig davon, ob der Transport über oder unter 8 Stunden dauert. Fahrer benötigen in jedem Fall einen Befähigungsnachweis, da eine schonende Fahrweise für das Wohlbefinden der transportierten Tiere unerlässlich ist.

		von Hausequiden, Hausrindern, Hausschafen, Hausziegen, Hausschweinen oder Geflügel notwendig oder für alle Beförderungen?	
15	Artikel 6 Absatz 5 Mitführung des Befähigungsnachweises	Ist der Befähigungsnachweis bzw. eine amtlich beglaubigte Kopie während des Transportes mitzuführen oder lediglich zu Beginn des Transportes der zuständigen Behörde vorzulegen.	Der Befähigungsnachweis bzw. eine amtlich beglaubigte Kopie ist in jedem Transportfahrzeug mitzuführen.
16	Artikel 7 in Verbindung mit Artikel 18 Zulassung von Straßentransportmitteln, mit denen ausschließlich Tiere in Behältnissen transportiert werden	Müssen Straßentransportmittel, mit denen ausschließlich Tiere in Behältnissen transportiert werden, zugelassen werden, wenn sie für lange Beförderungen eingesetzt werden?	<p>Straßentransportmittel müssen zugelassen werden, wenn diese für lange Beförderungen eingesetzt werden sollen. Straßentransportmittel, mit denen ausschließlich Tiere in Behältnissen transportiert werden, müssen aber nur zugelassen werden, sofern die Transportbehälter/Container Bestandteil des Fahrzeuges sind (vgl. Kap. B 1). Daher müssen Fahrzeuge zum Transport von Geflügel, Fischen sowie Tieren in sonstigen Behältern (z. B. Transportbehälter gem. Art. 7 Abs. 3, Transportbehälter zum Transport von Klein- und Heimtieren) i. d. R. nicht zugelassen werden. Dennoch sollten die Fahrzeuge auf ihre Eignung zum Transport der Behälter überprüft werden (z. B. ausreichende Ladungssicherung, Kennzeichnung, genügend Luftzirkulation zwischen den Behältern, ggf. Klima und Beleuchtung).</p> <p>Die Transportbehälter selbst benötigen nur eine Zulassung, wenn darin Hausequiden, -rinder, -schafe, -ziegen und -schweine auf dem Straßen- und/oder Wasserweg mehr als acht Stunden transportiert werden sollen (vgl. Art. 7 Abs. 3).</p> <p>Eine Zulassung des Transportunternehmers nach Artikel 10 bzw. 11 ist jedoch immer notwendig.</p>
17	Artikel 18 Absatz 4 in Verbindung mit Anhang I, Kapitel VI Ausnahmemöglichkeit für die Zulassung von Straßentransportmitteln bei Beförderung bis zu 12 Stunden	Gibt es Ausnahmeregelungen für regionale Sammeltransporte hinsichtlich der Beförderungs- sowie Fütterungs- und Tränkeintervalle, die Tiere in verschiedenen Betrieben abholen oder dorthin verbringen?	Näheres zu den Ausnahmen nach Artikel 18 Absatz 4 ist in § 3 der nationalen Tierschutztransportverordnung geregelt.
18	Artikel 18 Absatz 4	Ist der Verweis auf Anhang V Nr. 1.4 Buchstabe b korrekt?	Nein. Richtig muss es heißen: Anhang I Kapitel V Nummer 1.4 Buchstabe b)
19	Anhang I Kapitel III Nr. 2.3 Satz 2	Bezieht sich die Angabe zur Mindesthöhe des Laderaumes nur auf Multideck-Fahrzeuge oder grundsätzlich auf alle Laderäume?	Die Angabe zur Mindesthöhe des Laderaumes von 75 cm über der höchsten Stelle des Widerrist des größten Tieres bezieht sich nur auf Multideck-Fahrzeuge. Für alle anderen Fahrzeuge gilt Art. 3 Satz 2 Buchst. g) (vgl. lfd. Nr. 10).
20	Anhang I Kapitel VI Nr. 2.3 Gesamtfas-	Bezieht sich das Gesamtfassungsvermögen der Wasservorratsbehälter auf die max. zulässige Nutzlast des Fahr-	Das Gesamtfassungsvermögen der Wasservorratsbehälter jedes Transportmittels muss mindestens 1,5 % seiner Höchstnutzlast betragen. Dabei bezieht sich das Gesamtfassungsvermögen der Wasservorratsbehälter auf die

	sungsvermögen der Wassertanks	zeuges (lt. Kfz-Papiere) oder auf die in der Praxis max. mögliche Zuladung an Tieren gem. Verordnung? Letzteres ist u. U. deutlich geringer.	Höchstnutzlast des Fahrzeugs lt. Kfz-Schein.
21	Anhang I Kapitel VI Nr. 3.1 Belüftungssysteme in Straßenfahrzeugen	Wie können die Temperaturvorgaben an Fahrzeuge erfüllt bzw. eingehalten werden?	Bis zur Bekanntgabe der tierartspezifischen Festlegung von Höchst- und Mindesttemperaturen durch die EU gem. Anhang I Kapitel VI Nr. 3.5 gelten die Anforderungen an Belüftungssysteme nach Anhang I Kapitel VI Nr. 3.1 unter den hiesigen klimatischen Bedingungen als erfüllt, wenn die Lüftungssysteme eine Lüftungsrate gem. Anhang I Kapitel VI Nr. 3.2 gewährleisten können und mit den Fahrzeugen bisher schon Langzeittransporte durchgeführt wurden und keine schwerwiegenden tierschutzwidrigen Mängel aufweisen. Bei hohen Temperaturen sind zusätzliche Maßnahmen analog der TierSchTrV zu treffen.
22	Anhang I Kapitel VI Nr. 3.2 Minimalluftfrate	Bezieht sich die Minimalluftfrate auf die max. zulässige Nutzlast des Fahrzeuges (lt. Kfz-Papiere) oder auf die in der Praxis max. mögliche Zuladung an Tieren gem. Verordnung? Letzteres ist u. U. deutlich geringer.	Die Lüftungssysteme müssen innerhalb des Laderaums eine gleichmäßige Luftzirkulation mit einer Minimalrate von 60m ³ /h/KN Nutzlast gewährleisten können. Dabei bezieht sich die Minimalluftfrate grundsätzlich auf die zulässige Nutzlast des Fahrzeuges lt. Kfz-Schein. In begründeten Einzelfällen (z. B. wenn es technisch nicht oder nur mit hohem Aufwand möglich ist oder wenn die max. zulässige Nutzlast des Fahrzeuges lt. Kfz-Schein deutlich über der maximal möglichen Zuladung an Tieren gem. Verordnung liegt) kann auch die maximal mögliche Zuladung an Tieren gem. der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 zugrunde gelegt werden.
23	Anhang II Nr. 5 Anzahl der Fahrtenbücher	Wie viele Fahrtenbuch-Originale muss der Transporteur mitführen, wenn er mehrere Tierpartien mit unterschiedlichen Bestimmungsorten auf dem Fahrzeug hat?	Wegen der Unterzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht des Tierhalters an jedem Bestimmungsort ist die der Tierpartien entsprechende Anzahl an Fahrtenbuch-Originalen mitzuführen.
24	Anhang II Abschnitt 2 des Fahrtenbuchs Ausfüllen von Abschnitt 2 des Fahrtenbuchs	Sind die Punkte 8-11 immer auszufüllen oder nur, wenn Artikel 26 (4) b) zutrifft oder wenn z.B. im Hafen oder an einer Sammelstelle ein Tierarzt ohnehin anwesend ist? Warum steht unter Punkt 11 Tierarzt und nicht amtlicher Tierarzt?	Dieser Teil des Fahrtenbuches wird in der Regel vom amtlichen Tierarzt oder von einem amtlich beauftragten Tierarzt ausgefüllt werden, da bei internationalen Transporten ohnehin amtliche Gesundheitsbescheinigungen auszustellen sind.
25	Anhang IV Nr. 1	Ist der Verweis im Anhang IV Nr. 1 auf Artikel 17 Absatz 1 richtig?	Nein, der Verweis muss auf Artikel 17 Absatz 2 lauten.

2. Tierschutztransportverordnung vom 11.2.2009

- Die Reihenfolge orientiert sich am Verordnungstext -

1	Begriffsbestimmungen, die in der Ver-	„Stubenvogel“	Der Begriff Stubenvogel erfasst alle Vögel, die als Heimtier gehalten werden, mit Ausnahme der Hausgeflügelarten.
---	---------------------------------------	---------------	---

	ordnung verwendet werden, aber nicht definiert sind.		
2	Ausnahmen in § 2 der Verordnung	Ausnahmen für nationale Beförderungen bis zu 12 Stunden	Es dürfen Straßentransportmittel verwendet werden, die nicht über einen Zulassungsnachweis, nicht über eine Ausstattung mit Temperaturüberwachungssystem und Datensreiber und nicht über ein Navigationssystem verfügen.

Abnahmeprotokoll für die Zulassung von Straßentransportmitteln

Gemäß Artikel 18 i. V. m. Anhang I Kapitel II und VI der VO (EG) Nr. 1/2005

Antragsteller: _____

KFZ-Nr.: _____

Fahrzeugidentifikations-Nr. (gem. Fahrzeugpapiere/am Fahrzeug):

Fahrzeughersteller _____

Aufbauhersteller _____

Fahrzeugtyp:

LKW mit fest integriertem Aufbau ☐

Sattelanhänger ☐

Sattelanhänger mit Schwanenhals ☐

Anhänger ☐

Sonstiges: _____

Erstmalige Abnahme des Fahrzeugs ☐

Nachkontrolle ☐

Beantragte Tierarten und Altersstufen:

Rinder ☐ Kälber, die an Festfutter gewöhnt sind ☐ Kälber, die nur Tränke aufnehmen ☐

Schweine ☐ Ferkel ☐ Babyferkel ☐

Schafe ☐ Ziegen ☐ Lämmer ☐

Pferde ☐ nicht zugerittene Pferde ☐ Fohlen ☐

Geflügel ☐ Tierarten: _____

Sonstiges: _____

Fahrzeugausstattung:

1. Anzahl der möglichen Verlade decks: _____

Anzahl der Hubböden: _____

Klappböden: ja ☐ nein ☐

Flächen und lichte Höhe der Verlade decks (bei maximaler Fahrzeughöhe von 4 m):

	Lichte Ladelänge in m	Lichte Ladebreite in m	Fläche in m ²	effektiv nutzbare
1. Deck				
2. Deck				
3. Deck				

2. Trennwände

Stabil genug für das Gewicht der Tiere ja ☐ nein ☐Trennwände können schnell und leicht versetzt werden ja ☐ nein ☐

Anzahl der Trennwände je Verlade deck: _____

Ausgestaltung der Trennwände (Höhe, Bodenfreiheit,
geschlossene/durchbrochene Bauweise): _____3. Angemessene Ver- und Entladevorrichtungen werden mitgeführt
(Entladung aus jedem Verlade deck möglich, max. Neigungswinkeleingehalten, Rampen mit ausreichendem Seitenschutz) ja ☐ nein ☐

Beschreibung der Vorrichtungen: _____

4. Fahrzeug ist mit einem von außen hellem Dach ausgestattet

ja ☐ nein ☐

Material des Daches: _____

5. Fahrzeug ist ausreichend isoliert
(das Dach muss gegen Überhitzung isoliert sein)ja ☐ nein ☐

Isolationsmaterial des Daches: _____ der Seitenwände: _____

6. Fahrzeug ist leicht zu reinigen und zu desinfizieren ja ☐ nein ☐

7. Alle Tiere sind der Kontrolle und Pflege zugänglich (direkter Zugang durch eine Person zu jeder Bucht (lichte Höhe der Bucht mind. 65 cm)) ja ☐ nein ☐

8. Die Bodenfläche ist rutschfest für jede Tierart und Altersstufe ja ☐ nein ☐

auf jedem Verlade- deck ja ☐ nein ☐

Verwendetes Bodenmaterial: _____

Das Ausfließen von Kot und Urin ist auf ein Mindestmaß beschränkt ja ☐ nein ☐

9. Fahrzeug ist mit Lichtquellen ausgestattet, die eine Kontrolle und Pflege der Tiere in jeder möglichen Bucht ermöglicht ja ☐ nein ☐

Beschreibung der Lichtquellen: _____

10. Fahrzeugbeschilderung mit Hinweis auf "Transport lebender Tiere" ist vorhanden ja ☐ nein ☐

11. Futtermittel können so mitgeführt werden, dass sie vor Witterungseinflüssen und sonstiger Verunreinigung geschützt sind ja ☐ nein ☐

12. Besondere Vorrichtungen für die Fütterung sind vorhanden ja ☐ nein ☐

Falls ja, Art der Vorrichtungen: _____

Befestigungsmöglichkeit am Fahrzeug notwendig*/möglich ja ☐ Mängel ☐

13. Wasserversorgungssystem ist vorhanden, durch das jedes Tier ständig Frischwasser zur Verfügung hat ja ☐ nein ☐

Art der Tränkeeinrichtung: _____

Geeignet für folgende Tierarten und Altersstufen: _____

Anzahl der Tränken je Bucht: _____

Erreichbarkeit für die Tiere gegeben

(Höhe vom Boden aus; nicht versperrt durch Einbauten etc)

ja ☐ nein ☐

Positionierung der Tränken innerhalb der Buchten (mind. 2/Bucht)

an einer Seite ☐

an verschiedenen Seiten ☐

Tränkeeinrichtungen sind alle voll funktionsfähig

ja ☐ nein ☐

Wasservorratsbehälter: Fassungsvermögen: _____ Liter

Entspricht mind. 1,5 % der Höchstnutzlast des Fahrzeuges

ja ☐ nein ☐

Vorratsbehälter können nach jeder Beförderung geleert und gereinigt werden

ja ☐ nein ☐

Wasserstandsmesser vorhanden (mit Skala)

ja ☐ nein ☐

Vorratsbehälter sind an Tränkevorrichtungen angeschlossen

ja ☐ nein ☐

14. Für alle zu transportierenden Tierarten ist eine angemessene und ausreichende Frischluftzufuhr (kein Eintritt von Schadgasen) gewährleistet

ja ☐ nein ☐

Lüftungsschlitze und Lüfter liegen auf Höhe des Kopfraumes der Tiere

ja ☐ nein ☐

Lüftungsschlitze sind stufenweise* verschließbar ja ☐ nein ☐

Leistung eines elektrischen Lüfters: _____ Watt

Anzahl und Position der elektrischen Lüfter: _____

Elektrische Lüfter voll funktionsfähig:

ja ☐ nein ☐

15. Das Lüftungssystem gewährt eine gleichmäßige Luftzirkulation

ja ☐ nein ☐

Minimalluftströmung von 60 m³/h/KN Nutzlast wird erreicht

ja ☐ nein ☐

Gutachten liegt vor von: _____

Elektrische Lüftungssysteme können unabhängig vom Fahrzeugmotor mind. 4 Stunden lang betrieben werden¹

ja ☐ nein ☐

Notwendige Batteriekapazität: _____ Ah bei 24 V

(^{1:} Bei LKWs mit fest integriertem Aufbau ist bei der Batteriekapazität zu berücksichtigen, ob ggf. mit einem weiteren Anhänger gefahren werden soll, für den dann die Batteriekapazität ebenfalls ausreichen muss. Bei Aufliegern und Anhängern kann im Protokoll nur die notwendige Batteriekapazität festgehalten werden, welche die jeweilige Zugmaschine aufweisen muss.)

16. Temperatursensoren auf jedem Deck vorhanden ja ☐ nein ☐
 Anbringungsort der Temperatursensoren: _____
 Datenschreiber (Temperaturen) vorhanden ja ☐ nein ☐
 Installationsort des Datenschreibers fest ☐ mobil: ☐
 Warnsystem im Fahrerhaus für Überschreiten der Minimal- und Maximaltemperatur vorhanden ja ☐ nein ☐
 fest ☐ mobil: ☐
 Art des Warnsystems: _____
17. Navigationssystem vorhanden ja ☐ nein ☐
 (Abnahmeprotokoll s. Anlage B 1.6)
18. Vom Transportmittel geht keine Verletzungsgefahr für die Tiere aus (z. B. Trennwände, abstehende Bauteile, abstehende Tränken, fehlende Abdeckung zwischen Fahrzeugrückwand und Seitenwände der Verladeklappe, Einklemmgefahr in Lüftungsschlitze oder zwischen Hubboden und Fahrzeugwand): ja ☐ nein ☐
 wenn doch, hier Mängelbeschreibung:

19. Sicherheit der Tiere ist gewährleistet ja ☐ nein ☐
 Tiere können nicht entweichen oder herausfallen ja ☐ Mängel ☐
 (Bei mehretägigen Fahrzeugen sind bei offener Heckklappe oder Seitentür durch zusätzliche Türen/Gitter die Tiere vor dem Herausfallen gesichert.)

Beurteilung:

Fahrzeug KFZ-Nr. _____ o verordnungskonform o nicht verordnungskonform
Festgestellte Mängel:
Erforderliche Nachrüstungen:
Zulassung nur mit folgender Beschränkung möglich:
Zulassungsnachweis ausgestellt am: _____ gültig bis: _____

Sonstige Dokumentation:

Bestätigung des Antragstellers liegt vor, dass bei keiner anderen
Behörde eine Zulassung beantragt oder erteilt wurde

ja ☐ nein ☐

Je nach Regelung in den Ländern: Übermittlung einer Kopie des
Zulassungsnachweises an die zuständige Landesbehörde
zur Einstellung in die elektronische Datenbank am: _____

Ort u. Datum der Abnahme

Kontrollperson

Hiermit erkläre ich, dass ich bei keiner anderen zuständigen Behörde in Deutschland oder in einem Mitgliedstaat einen Zulassungsnachweis für die Fahrzeuge mit der/den Fahrzeugidentifizierungsnummer/n

.....

.....

.....

gemäß Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport beantragt habe.

.....

Datum

Vorname, Name

Hiermit erkläre ich, dass ich bei keiner anderen zuständigen Behörde in Deutschland oder in einem Mitgliedstaat eine Zulassung gemäß Artikel 10 oder Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport beantragt habe. Gegen mich ist in den zurückliegenden drei Jahren oder aktuell kein tierschutzrechtliches Ordnungswidrigkeiten- oder Strafverfahren anhängig geworden. Mir wurde keine von einer anderen Behörde erteilte Zulassung gemäß Artikel 10 oder Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport entzogen.

.....

Datum

Vorname, Name

**Zulassungsnachweis für Straßentransportmittel für lange Beförderungen gemäß Artikel 18 Absatz 2
der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004
über den Schutz von Tieren beim Transport**

Certificate of approval of means of transport by road for long journeys pursuant to Article 18 (2)

1. AMTLICHES KENNZEICHEN <i>LICENCE NUMBER</i>	FAHRZEUG-IDENTIFIZIERUNGS-NUMMER	
1.2 Navigationssystem vorhanden <i>Equipped with Navigation System</i>	JA <i>YES</i>	NEIN <i>NO</i>
2. Für den Transport zugelassene Tierarten <i>Types of animals allowed to be transported</i>		
3. FLÄCHE IN m²/LADEDECK <i>AREA IN m²/DECK</i>		
4. Diese Zulassung ist gültig bis <i>This authorisation is valid until</i>		
5. AUSSTELLUNGSSTELLE <i>BODY ISSUING THE CERTIFICATE</i>		
5.1 Name und Anschrift der den Zulassungsnachweis ausstellenden Stelle <i>Name and address of the body issuing the certificate</i>		
5.2 Telefon <i>Telephone</i>	5.3 Fax <i>Fax</i>	5.4 E-Mail <i>Email</i>
5.5 Datum <i>Date</i>		
5.6 Ort <i>Place</i>		
5.7 Amtssiegel <i>Official stamp</i>		
5.8 Name und Unterschrift des zuständigen Beamten <i>Name and signature of the official</i>		

Beispiele geeigneter Tränken in Fahrzeugen für lange Tiertransporte

Für Rinder, Schafe und Pferde gilt grundsätzlich, dass eine sichtbar offene Wasseroberfläche zugänglich sein muss. Schafe und Pferde betätigen dabei ungern Einrichtungen, die den Wasserfluss ermöglichen oder steuern, für diese Tierarten sollten deshalb Schwimmertränken in geeigneter Größe zum Einsatz kommen. Grundsätzlich gilt, dass alle im Fahrzeugbau verwendeten Tränkeeinrichtungen mit Niederdrucksystemen arbeiten, die im Stallbau in der Regel nicht eingesetzt werden. Es muss deshalb im Einzelfall dafür Sorge getragen werden, dass der Wasserfluss insbesondere für Großtiere für eine artgemäße Wasseraufnahme ausreicht.



Beispiele von Schwimmertränken für Schafe (Firmenfotos). Bei entsprechender Größe (mindestens 3 bis 4 Liter Inhalt) sind diese Tränken auch für Pferde und Rinder geeignet. Das Zulaufventil wird von der Wasserhöhe bzw. dem Wassergewicht gesteuert, es ist immer eine offene Wasseroberfläche vorhanden. Die linke Tränke erscheint für den Transport wegen des höheren Tränkerandes geeigneter, da Wasserverluste aufgrund der Fahrzeugbewegung geringer ausfallen dürften. Zudem ist hier die Wasserstandshöhe mit dem Schwimmer einstellbar. Rinder benötigen für eine physiologische Wasseraufnahme eine Wassertiefe von mehr als 3 cm, die im rechten Beispiel nicht gegeben erscheint. Erfahrungsgemäß nehmen Schafe Wasser nur im Zusammenhang mit der Fütterung auf. Deshalb bleibt eine einstündige Tränkepause für Schafe nach VO (EG) 1/2005 ohne Fütterung nutzlos, für eine Fütterung ist ein erheblich größerer Zeitraum einzuplanen. Ein großes Problem stellt aller Erfahrung nach die große Belegdichte bei

Schaftransporten dar, die die Erreichbarkeit der Tränken durch das Einzeltier erheblich erschwert. Es ist deshalb darauf zu achten, dass eine ausreichende Anzahl von Tränken zu beiden Seiten der Fahrzeuge vorhanden sind.

Weitere Tränken für Schafe:



Selbsttränke mit Ventilsteuerung, die wegen der Leichtgängigkeit des Ventils auch für Schafe geeignet erscheint. Die offene Wasseroberfläche erleichtert das Auffinden der Tränke durch ungeübte Tiere. Das geringe Wasservolumen in der Schale reicht jedoch für Großtiere wie Rinder oder Pferde für eine physiologische Wasseraufnahme nicht aus.



Zwei Beispiele für Ausformung und Anordnung von Zapfentränken für Schafe. Da diese Tränken in keinem Haltungsverfahren für Schafe gebräuchlich sind, müssen die Tiere den Umgang mit ihnen in der (neuen) Transportumgebung erst erlernen. Das gelingt erfahrungsgemäß nur wenigen Tieren, auch wenn, wie oben links abgebildet, der Metallstift zur Öffnung des Ventils verlängert wurde (und damit eine Art "leckend-schlürfende" Wasseraufnahme erfolgt). Diese Art der Wasseraufnahme ist für den "Saugtrinker" Schaf nicht als art- und verhaltensgemäß anzusehen und deshalb abzulehnen. Die oben rechts dargestellte Ausformung der Tränken, ihre Anzahl (pro Ladedeck 24), Anordnung, Erreichbarkeit und Ausrichtung (nach vorn)

wären für einen Schweinetransport als ideal anzusehen, nicht jedoch für den Transport von Schafen. Zu verbessern wäre allerdings auch hier die Erreichbarkeit der Tränkezapfen durch ein leichtes (!) Einwärtsdrehen und durch einen größeren Abstand zu den senkrechten Gitterholmen.

Zapfentränken sind ausschließlich für den Transport von Schweinen einsetzbar.

Auch diese müssen mit Niederdruck in oberen Etagen der Fahrzeuge betreibbar sein und eine ausreichende Flussrate aufweisen.



Nebensiehend ein oft gesehenes Beispiel für eine mangelhafte Ausführung und Anordnung einer Zapfentränke für Schweine, die eine art- und verhaltensgerechte Wasseraufnahme nicht ermöglicht. Der Zapfen ist von den Tieren wegen der geringen Abstände zu den Bauteilen des Fahrzeuges nicht ins Maul zu nehmen, das Ventil somit nur durch die Rüsselscheibe zu öffnen. Damit ist nur eine leckende Wasseraufnahme möglich. Auch vereitelt der senkrecht stehende Gitterholm den Zugang. Die Ausrichtung der Zapfen hat grundsätzlich in Fahrtrichtung zu erfolgen (Verletzungsgefahr bei Bremsmanövern), dabei muss jedoch



darauf geachtet werden, dass eine Verletzungsgefahr durch ein Vorstehen in den Raum nicht gegeben ist. Die Höhe sollte je nach Alter der zu transportierenden Schweine nicht mehr als 50 cm und nicht weniger als 35 cm betragen.

Beispiel eines geeigneten Tränkesystems für Rinder:



Die Zugänglichkeit der Selbsttränke ist durch die nach oben ausgezogene Öffnung in der Fahrzeugwand gesichert, wobei gleichzeitig eine Verschmutzung durch Kot verhindert wird. Der Wasserzufluss erfolgt durch ein Druckventil, das durch die Metallzunge angesteuert wird. Auch nicht-erfahrene Rinder (z. B. Weidetiere) finden wegen des offenen Wasserspiegels die Tränke, die Betätigung erfolgt "automatisch" durch den Druck des Flotzmaules. Dieses Tränkesystem sollte für den Winterbetrieb beheizbar sein. Sowohl Wasserstand als

auch Öffnung der Tränke sind hier jedoch zu niedrig angebracht (min. 55 cm Höhe). Es sollte auch hier darauf geachtet werden, dass bei den in den Fahrzeugen üblichen Niederdrucksystemen auch in oberen Etagen der Wasserfluss für eine artgemäße Wasseraufnahme ausreicht.



Hier ist eine Neukonstruktion der Fa. Pezzaioli dargestellt: diese Tränke ist für Rinder ungeeignet, da die Eintauchtiefe für das Flotzmaul für eine artgemäße Wasseraufnahme zu gering ist (mindestens 3 cm). Außerdem besteht trotz der Möglichkeit zum Wegklappen der Tränke (z.B. während der Verladung)

eine erhebliche Verletzungsgefahr, auch ist eine Verschmutzung durch Kot möglich. Die technische Ausführung erscheint nicht so stabil, dass eine Verformung und damit ein Funktionsverlust durch Tiereinwirkung ausgeschlossen ist.

Tränkesysteme für Pferde:

Für Pferde sind offene Wasseroberflächen für die Wasseraufnahme unabdingbar. Zum Einsatz können herkömmliche, im Stall gebräuchliche Systeme für die Wasserversorgung kommen (Selbsttränken wie eingangs aufgeführt), oder aber Tröge, die für das Tränken der Tiere in die Ladebuchten eingehängt werden. Da Pferde für den langen Transport einzeln abgetrennt werden müssen, ist für jedes Tier eine eigene Tränkeeinrichtung vorzusehen. Es können jedoch auch Gemeinschaftstränken verwendet werden, wenn sie sich über die gesamte Fahrzeuglänge erstrecken und jedes Tier Zugang hat. Bei der ausschließlichen Verwendung mobiler Tränkeeinrichtungen, die nur für den aktuellen Gebrauch eingeschoben werden, können Fahrzeuge für den langen Transport von Tieren nicht zugelassen werden (Anhang I, Kap. VI, Punkt 2.1. und 2.2.). Es ist die Frage zu klären, ob ein Fahrzeug ohne fest installierte Tränkeeinrichtung (einschließlich der Vorratsbehälter und Leitungen) für den langen Transport von Tieren (Pferde, Rinder, Lämmer, Kälber) überhaupt zugelassen werden kann.

Nachfolgend 2 Beispiele für die Verwendung mobiler Tränkeeinrichtungen für Rinder und Pferde:



Beide Beispielfahrer sind grundsätzlich geeignet, weisen jedoch hinsichtlich der Tränkekapazität erhebliche Schwächen auf: im linken Beispiel (Rindertränke) sind bei fehlender Gruppenabtrennung zu wenige Tränken vorhanden. Besser wäre eine Tränke dieser Bauart in jedem Lüftungsfenster (im dargestellten Blickfeld also 6), damit möglichst alle Tiere gleichzeitig Wasser aufnehmen können und das zur

Verfügung gestellte Wasservolumen im Verhältnis zur Tierzahl steht (Konkurrenzsituationen vermeiden). Im rechten Beispiel sind die Tränken erheblich zu klein, der Betreuer "kommt nicht nach"

Zugänge mehrstöckige Fahrzeuge, seitliche Ventilatoren



Durch geteilte Türen kann jede Etage separat geöffnet werden. Bei durchgehender Tür müsste ein zusätzlicher Schutz vor Herausstürzen der Tiere vorhanden sein.



Bei nur einstöckigen Fahrzeugen ist kein zusätzlicher Schutz vor Herausfallen notwendig

Trennwände mit Durchgangsmöglichkeit



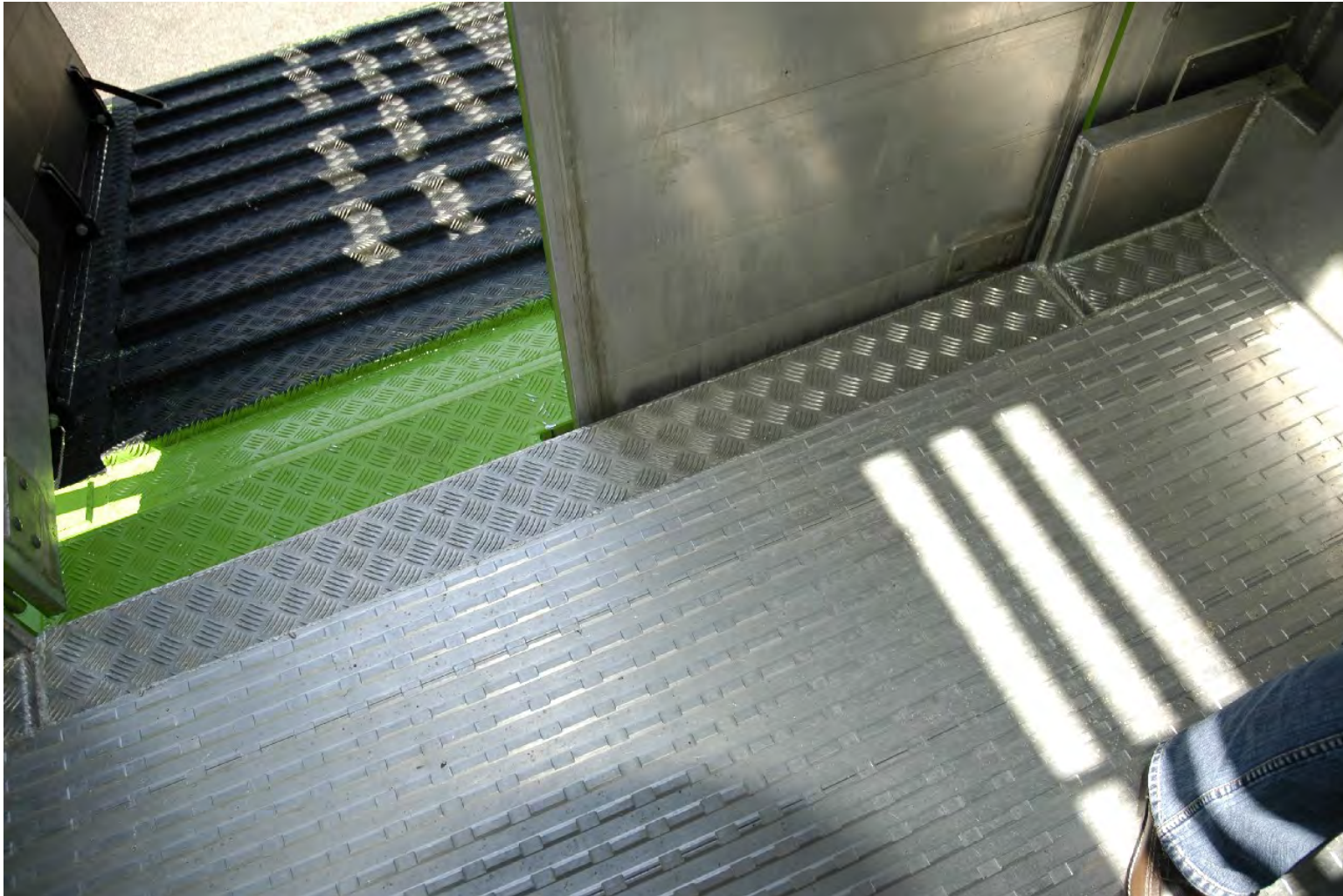
Durchgangstür ersetzt nicht die Zugangsmöglichkeit von außen

Rutschfeste Bodenfläche



Übliches Riffelblech, Rutschfestigkeit in alle Richtungen gegeben

Rutschfeste Bodenfläche



Rutschfester Aluminiumboden

Rutschfeste Bodenfläche



Riffelung bietet keine seitliche Rutschfestigkeit. Durch die breiten Streifen ohne Riffelung ist der Boden nicht ausreichend rutschfest. Der Bolzen am Boden ist bei nicht geschlossener Trennwand verletzungsgefährlich.

Rutschfeste Bodenfläche



Rutschfester Gussboden

Klappböden – seitlich hochgeklappt



Klappböden: die Trennwände sind konstruktionsbedingt nicht verschieblich

Trennwände



Trennwände müssen ausreichend hoch sein. Diese Trennwand kann der transportierten Tierart und Anzahl der Ladeetagen angepasst werden.

Trennwände - Bodenfreiheit



Durch diese ungeeignete Bodenfreiheit der Trennwand kann es zu Verletzungen kommen, wenn ein liegendes Pferd die Gliedmaßen durchstreckt.
(Beachte: Pferde sind in Einzelständen zu transportieren.)

Tränkeeinrichtungen



In der Höhe unzureichende Einbauöffnung, bietet Rindermaul nicht ausreichend Platz

Frostgefährdete Wasserleitungen an der Außenwand



Tränkenippel - Zugänglichkeit



Dieser Nippel ist nach außen (statt leicht nach innen) gestellt und daher nicht zugänglich für die Tiere

Wasserstandsmesser



Der als Wasserstandsmesser verwendete durchsichtige Schlauch muss mit einer Skala versehen werden, um ein sinnvolles Ablesen des Wasserstandes zu ermöglichen.

Ventilator mit Schutzblech



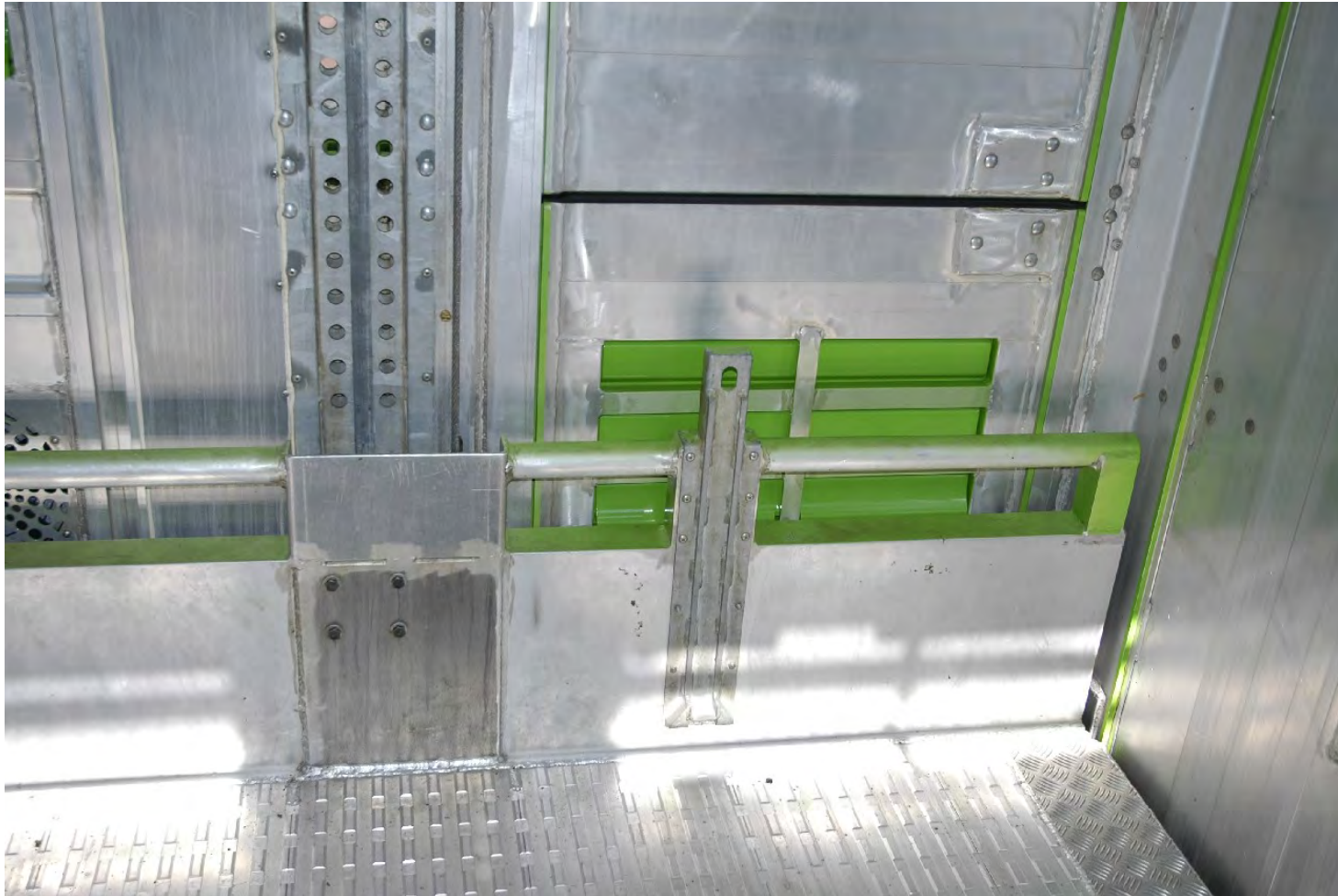
Abdeckungen von Ventilatoren (Arbeitsschutz) können die Leistung erheblich verringern.

Seitliche Ventilatoren auf jeder Ebene



Bei der Verwendung von Hubböden muss für jede mögliche Ladeetage die Ventilation sicher gestellt sein (z.B. kein Verdecken der Ventilatoren durch den Boden).

Verletzungsgefahr



Zwischen Hubböden und Fahrzeugwand besteht die Gefahr des Einklemmens von Gliedmaßen. Hohe Ränder an den Hubböden, wie hier, sind ein guter Schutz.

Verletzungsgefahr



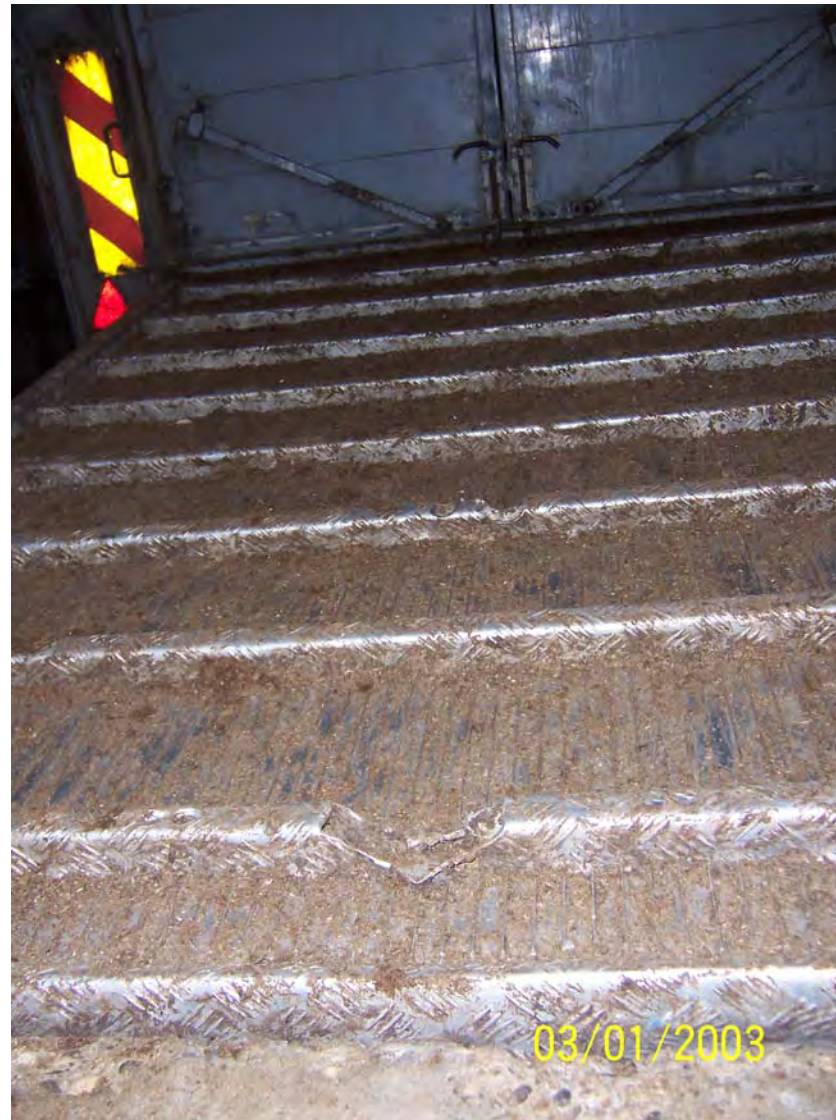
Zwischen Hubböden und Fahrzeugwand besteht die Gefahr des Einklemmens von Gliedmaßen. Hohe Ränder an den Hubböden, wie hier, sind ein guter Schutz.

Verletzungsgefahr



Zwischen der Fahrzeugrückwand und dem Seitenschutz der Laderampe darf kein Spalt offen bleiben. Hier wird der Spalt beidseits durch die geteilte hinterste Trennwand verschlossen.

Verletzungsgefahr



Berechnung der Bodenfläche



Zur Berechnung der Bodenfläche sind nicht uneingeschränkt nutzbare Bereiche auszuschließen (hier: Radkastenerhebungen und Mittelsäulen)

Geflügeltransporter



Als Witterungsschutz ist eine Abdeckung notwendig.
(Beachte: keine Zulassung nötig bei mobilen Behältnissen)

Transport zwischen den Radachsen



Hier: kein ausreichender Schutz vor Spritzwasser und Abgasen, Nutzung für lebende Tiere nicht gestattet

Abnahmeprotokoll für Tiertransport-Navigationssysteme

Fassung 1.10.2008

Verbindliche Empfehlung des BDT auf Grundlage der
VERORDNUNG (EG) Nr. 1/2005 DES RATES vom 22. Dezember 2004

Aufbau ☐

Auflieger ☐

Hänger ☐

Kennzeichen

VIN

Ort der
Abnahme

Datum der
Abnahme

Bestätigung der ordnungsgemäßen Abnahme

Aufbau/Auflieger/Hänger?

Für alle Fahrzeugtypen gelten die gleichen Abnahmebedingungen. Bei Hänger-Betrieb ist entweder ein CUI mit Doppelfunktion oder ein zweites CUI erforderlich.

Anordnung CUI (Cabin User Interface)

Das CUI muß so angebracht sein, daß der Fahrer alle Informationen, auch während des Fahrens, deutlich ablesen kann.

Anforderungen erfüllt

Anordnung der Temperatursensoren

Es müssen unabhängig von der Etagenanzahl mindestens drei Temperatursensoren angeschlossen sein:

- 1 Sensor in der Frontwand im oberen Drittel der untersten Etage
- 1 Sensor in der Frontwand im oberen Drittel der obersten Etage
- 1 Sensor in der Rückwand im oberen Drittel der untersten Etage

Hat das Fahrzeug (Aufbau/Auflieger/Hänger) keine Etagen, sind die Sensoren so anzuordnen, als ob zwei Etagen vorhanden wären.

Anforderungen erfüllt

Beispiel mit 3 Etagen



Anordnung Ladeklappensensor

Der Sensor muß so angebracht werden, daß bei geschlossener Ladeklappe kein Tier in das Fahrzeug hinein oder aus dem Fahrzeug heraus kann (die Funktionsprüfung erfolgt innerhalb der Testfahrt).

Anforderungen erfüllt

Funktionsprüfung Temperaturanzeige

Das CUI muß den jeweils höchsten und den jeweils niedersten Meßwert aller im Fahrzeug angeschlossenen Sensoren anzeigen.
Meßwertaktualisierung ≤ 5 Minuten. Meßwertauflösung $\geq 1^\circ\text{C}$

Anforderungen erfüllt

Beispiel

24°C
21°C

Funktionsprüfung Temperaturalarm oberer Bereich

Einen beliebigen Sensor mit Haarföhn langsam aufwärmen und Temperaturanzeige am CUI beobachten. Bei Erreichen des oberen Grenzwertes von 30°C muß das CUI optischen und/oder akustischen Alarm auslösen

Anforderungen erfüllt

Haarföhn



Sensor



30°C



Funktionsprüfung Temperaturalarm unterer Bereich

Einen beliebigen Sensor mit Kältespray langsam abkühlen und Temperaturanzeige am CUI beobachten. Bei Erreichen des unteren Grenzwertes von 5°C muß das CUI optischen und/oder akustischen Alarm auslösen.

Anforderungen erfüllt

Kältespray



Sensor



5°C



Testfahrt

Ziel der Testfahrt ist es, alle Systemfunktionen (mit Ausnahme der Temperatur-Alarme) in der Praxis auf Vollständigkeit und Plausibilität zu prüfen

1.) Vor Beginn der Testfahrt am CUI „Erstes Tier beladen“ eingeben

2.) > 5 km fahren

3.) Fahrpause von >20 Minuten machen

4.) Ladeklappe >10 Minuten und <20 Minuten öffnen

5.) Retourfahrt zum Ausgangspunkt machen

Alle Punkte erledigt

Plausibilitätskontrolle des Fahrtenprotokolls

Protokollausdruck möglich und wiederholbar?

Fahrzeug-Kennzeichen mit Ausdruck übereinstimmend?

Startzeit und Fahrzeit vom Startzeitpunkt bis zum Beginn der Fahrpause plausibel?

Fahrpausenzeit plausibel?

Ladeklappen-Öffnungszeit während der Fahrpausenzeit plausibel?

Fahrzeit vom Fahrpausenort bis zum Endpunkt der Teststrecke plausibel?

Temperaturaufzeichnung plausibel?

Alle Anforderungen erfüllt

Kontrolle der Serveraufzeichnungen

Via Internet Zugang zur Fahrzeugaufzeichnung herstellen (passwortgeschützt)

Stimmen die tabellarischen Serveraufzeichnungen mit dem zuvor im Fahrzeug ausgedruckten Fahrtenprotokoll überein?

Stimmt die grafische GPS-Streckenaufzeichnung mit der Testfahrt überein?

Ist eindeutig ersichtlich wo und wie lange das Fahrzeug stand?

Ist eindeutig ersichtlich ob die Ladeklappe während der Stehzeit geöffnet war?

Alle Anforderungen erfüllt

Unverbindliche Beilage

Beispiel eines Protokollausdrucks im Fahrzeug

°C Outside	°C Max.	°C Min.	Board closed	Driving	°C Out of Range		°C Outside	°C Max.	°C Min.	Board closed	Driving	°C Out of Range	
VIN xxxxxxxxxxxxxxxx							VIN xxxxxxxxxxxxxxxx						
TRACES xxxxxxxxxxxxxxxx							TRACES xxxxxxxxxxxxxxxx						
Time	°C _{OS}	°C _{Max}	°C _{Min}	B	D	°C _{OR}	Time	°C _{OS}	°C _{Max}	°C _{Min}	B	D	°C _{OR}
12.01.08							07.06.08						
16:08	-2,0	5,4	5,1				14:22	25,0	33,0	28,0			
16:12	-2,0	4,5	4,2				14:27	25,0	33,5	28,2			
16:16	-2,0	3,6	3,3				14:32	25,0	34,0	28,3			
16:20	-1,9	2,7	2,4				14:37	25,1	34,5	28,5			
16:24	-1,9	1,8	1,5				14:42	25,1	35,0	28,6			
16:28	-1,9	0,9	0,6				14:47	25,1	35,5	28,8			
16:32	-1,9	0,0	-0,3				14:52	25,1	36,0	28,9			
16:36	-1,9	-0,9	-1,2				14:57	25,1	35,5	29,1			
16:40	-1,8	-1,8	-2,1				15:02	25,2	35,1	29,2			
16:44	-1,8	0,4	0,1				15:07	25,2	34,6	29,4			
16:48	-1,8	0,5	0,2				15:12	25,2	34,1	29,5			
16:52	-1,8	0,6	0,3				15:17	25,2	33,6	29,7			
16:56	-1,8	0,7	0,4				15:22	25,2	33,1	29,8			

Temperature < 0 °C

Temperature > 35 °C

Winter

Sommer

Winter

Sommer

© R.O.N.A. Systems/FAT

Beispiel einer tabellarischen Auswertung am Server

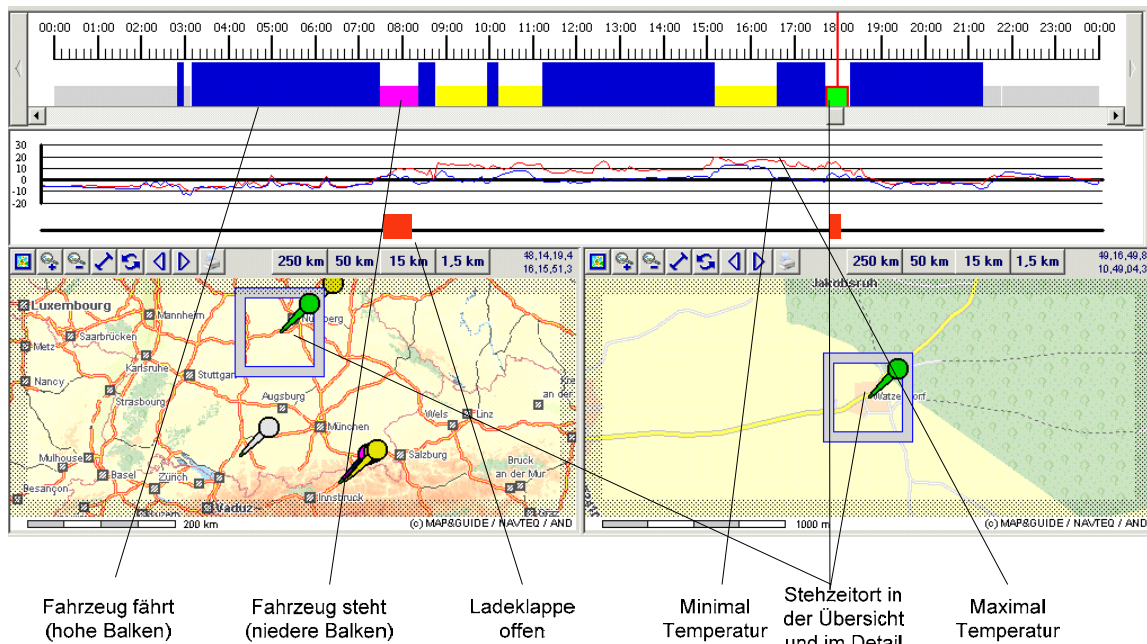
Fahrzeug XY
30.10.2007

ab	Km	an	Fahrzeit	Stehzeit	Ort	Straße	Standortname/Firma
00:17	154,2	02:14	1:57	0:16	Lüdinghausen	Bechtrup 22	
02:30	67,8	03:52	1:22	0:34	Raesfeld	Vennekenweg 1-3	
04:26	112,7	06:21	1:55	0:26	Tecklenburg	Wallenweg 23	
06:47	136	09:11	2:24	9:14	Friesoythe	Elbestr. 9	
18:25	18,9	18:53	0:28	0:17	Garrel	Daimler-Benz-Str. 6	
19:10	29,4	19:46	0:36	1:06	Cappeln	Nordholter Str. 6-10	
20:52	15,2	21:14	0:22	0:24	Bakum	Harme 27	
21:38	162,3	23:59	2:21	0:01	A33/B64	A33	
	696,5		11:25	12:18			

© R.O.N.A. Systems/ATIS

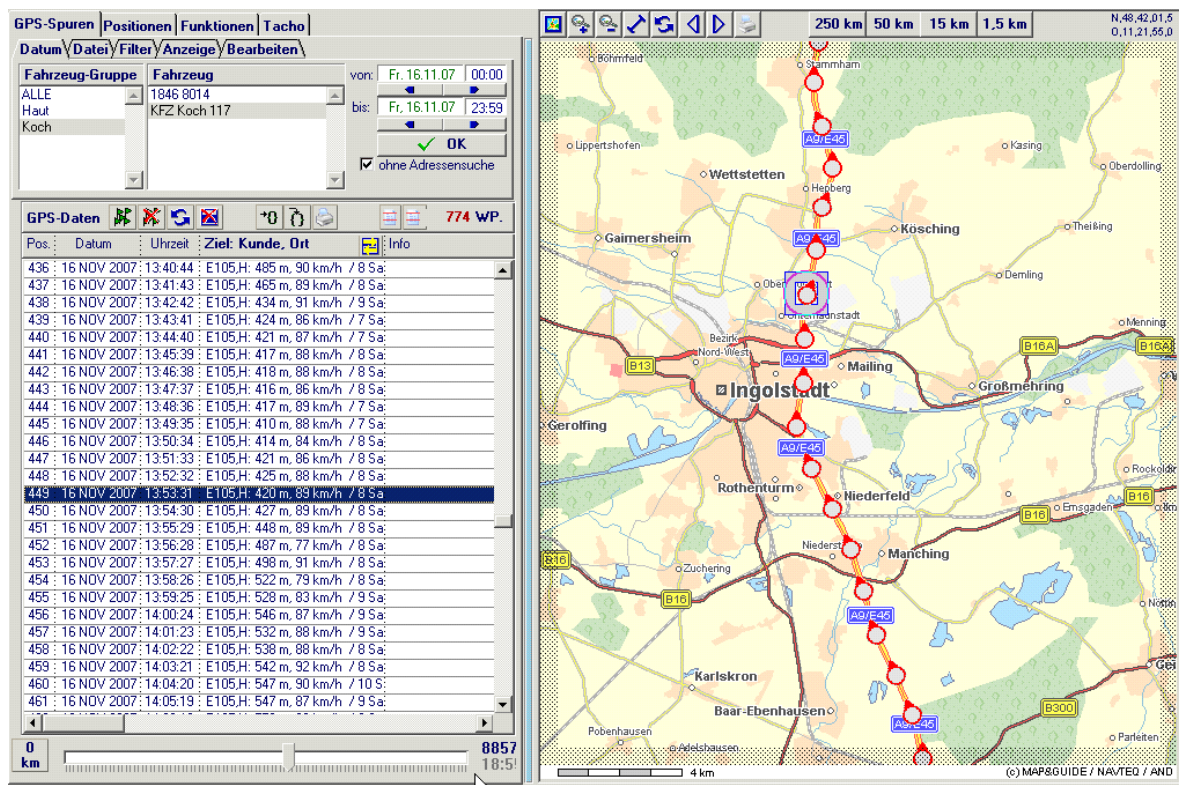
Unverbindliche Beilage

Beispiel einer grafischen Datendarstellung am Server



© R.O.N.A. Systems/ATIS

Beispiel einer GPS-Spuraufzeichnung am Server



© R.O.N.A. Systems/ATIS

**Zulassung des Transportunternehmers gemäß Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates
vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport**

Transporter authorisation pursuant to Article 10 (1)

1.	ZULASSUNGSNUMMER DES TRANSPORTUNTERNEHMERS <i>TRANSPORTER AUTHORISATION No</i>		
2.	ANGABEN ZUR IDENTIFIZIERUNG DES TRANSPORTUNTERNEHMERS <i>TRANSPORTER IDENTIFICATION</i> Firmenbezeichnung <i>Company name</i>		TYP 1 NICHT GÜLTIG FÜR LANGE BEFÖRDERUNGEN TYPE 1 <i>NOT VALID</i> <i>FOR LONG JOURNEYS</i>
2.1			
2.2	Anschrift <i>Address</i>		
2.3	Stadt <i>Town</i>	2.4 Postleitzahl <i>Postal code</i>	2.5 Mitgliedstaat <i>Member State</i>
2.6	Telefon <i>Telephone</i>	2.7 Fax <i>Fax</i>	2.8 E-Mail <i>Email</i>
3. ZULASSUNG begrenzt auf bestimmte Tierarten <input type="checkbox"/> <i>AUTHORISATION limited to certain Types of animals</i> Bitte erläutern: <i>Specify here:</i>			
			Verkehrsmittel <input type="checkbox"/> <i>Modes of transport</i>
Diese Zulassung ist gültig bis <i>Expiry date</i>			
4. ZULASSUNGSBEHÖRDE <i>AUTHORITY ISSUING THE AUTHORISATION</i>			
4.1 Name und Anschrift der Behörde <i>Name and address of the authority</i>			
4.2	Telefon <i>Telephone</i>	4.3 Fax <i>Fax</i>	4.4 E-Mail <i>Email</i>
4.5	Datum <i>Date</i>	4.6 Ort <i>Place</i>	4.7 Amtssiegel <i>Official stamp</i>
4.8 Name und Unterschrift des zuständigen Beamten <i>Name and signature of the official</i>			

**Zulassung des Transportunternehmers gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates
vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport**

Transporter authorisation pursuant to Article 11 (1)

1.	ZULASSUNGSNUMMER DES TRANSPORTUNTERNEHMERS <i>TRANSPORTER AUTHORISATION No</i>		
2.	ANGABEN ZUR IDENTIFIZIERUNG DES TRANSPORTUNTERNEHMERS <i>TRANSPORTER IDENTIFICATION</i>		TYP 2 GÜLTIG FÜR ALLE BEFÖRDERUNGEN, EINSCHLIESSLICH LANGE BEFÖRDERUNGEN TYPE 2 <i>VALID FOR ALL JOURNEYS</i> <i>INCLUDING LONG JOURNEYS</i>
2.1	Firmenbezeichnung <i>Company name</i>		
2.2	Anschrift <i>Address</i>		
2.3	Stadt <i>Town</i>	2.4 Postleitzahl <i>Postal code</i>	2.5 Mitgliedstaat <i>Member State</i>
2.6 Telefon <i>Telephone</i>	2.7 Fax <i>Fax</i>	2.8 E-Mail <i>Email</i>	
3. ZULASSUNG begrenzt auf bestimmte Tierarten <input type="checkbox"/> <i>SCOPE OF THE AUTHORISATION LIMITED TO CERTAIN</i> <i>Types of animals</i>			
Bitte erläutern: <i>Specify here:</i>		Verkehrsmittel <input type="checkbox"/> <i>Modes of transport</i>	
Diese Zulassung ist gültig bis <i>Expiry date</i>			
4. ZULASSUNGSBEHÖRDE <i>AUTHORITY ISSUING THE AUTHORISATION</i>			
4.1 Name und Anschrift der Behörde <i>Name and address of the authority</i>			
4.2 Telefon <i>Telephone</i>	4.3 Fax <i>Fax</i>	4.4 E-Mail <i>Email</i>	
4.5 Datum <i>Date</i>	4.6 Ort <i>Place</i>	4.7 Amtssiegel <i>Official stamp</i>	
4.8 Name und Unterschrift des zuständigen Beamten <i>Name and signature of the official</i>			

Hinweise Notfallplan

1 Zweck

Diese Verfahrensanweisung beschreibt das Verfahren, das in dringenden Fällen (Notfällen) bei Transporten mit langer Beförderungsdauer zum Tragen kommt. Diese Notfallpläne sind Voraussetzung für die Zulassung von Transportunternehmern nach Art. 11 der Verordnung.

Vorbehaltlich künftiger Vorgaben durch die EU und bundeseinheitlich abgestimmten Verfahren sollen in den Notfallplänen Maßnahmen bei besonderen Situationen dargestellt werden.

Notfallpläne sollten dem Umfang der Tiertransportaufträge angemessen sein und insbesondere den Anforderungen bei langer Beförderung zwischen Mitgliedstaaten sowie von und nach Drittländern genügen.

2 Definitionen

- Transport:
jede Bewegung von Tieren in einem Transportmittel (Artikel 2 der VO)
- Lange Beförderung:
eine Beförderung, die ab dem Zeitpunkt der Bewegung des ersten Tieres der Sendung 8 Stunden überschreitet (Artikel 2 der VO)
- Transportunternehmer:
jede natürliche oder juristische Person, die entweder auf eigene Rechnung oder für eine dritte Person Tiere befördert (Artikel 2 der VO)

3 Geltungsbereich

Notfallpläne sollen bei bedeutenden Unregelmäßigkeiten beim Transport angewendet werden, welche durch die obligatorische Planung von Tiertransporten gemäß Artikel 5 nicht berücksichtigt werden können und Auswirkungen auf das Wohlbefinden der transportierten Tiere haben. Notfallpläne dienen somit der Vorsorge in Ausnahmesituationen und beinhalten Verhaltensregeln /Arbeitsanweisungen über die anzuwendenden Maßnahmen in einer bestimmten Situation.

4 Verantwortlichkeit

Notfallpläne wenden sich an Transportunternehmer, Fahrer und Betreuer. Sie sollen dafür sorgen, dass in dringenden Fällen (Transportverzögerungen, Unfälle usw.)

durch kompetentes Vorgehen das Leiden der Tiere verhütet oder auf ein Mindestmaß beschränkt wird.

5 Verfahren

Die Notfallpläne mit den entsprechenden Anweisungen und weiteren Dokumenten wie Erreichbarkeit wichtiger privater und staatlicher Stellen, auf der Strecke verfügbare Ruheorte usw. werden schriftlich niedergelegt und stehen den Verantwortlichen insbesondere den Fahrern jederzeit zur Verfügung (Kopie im Fahrzeug mitführen).

Änderungen werden aktuell eingefügt.

Die Notfallpläne beziehen sich insbesondere auf Unregelmäßigkeiten:

- bei den transportierten Tieren,
- beim Fahrzeug,
- bei den Witterungsverhältnissen,
- bei den Straßenverhältnissen und
- bei sonstigen unerwarteten Verzögerungen.

6 Einzelmaßnahmen

6.1. Unregelmäßigkeiten bei den transportierten Tieren

A Feststellung bei den Tieren

Feststellung	Mögliche Ursache	Maßnahmen
erkrankte Tiere	z. B. Herz-/Kreislaufstörung	Absonderung von den anderen Tieren; Lüftung überprüfen
verletzte Tiere	z. B. Einklemmen von Gliedmaßen	Abhilfe und Absonderung von anderen Tieren
verletzte Tiere	z. B. Hornbruch	Unterbinden der Blutung; Absonderung von anderen Tieren
schwer verletzte Tiere	z. B. Bruch einer Gliedmaße	Erste Hilfe: Untersuchung und Behandlung durch einen Tierarzt; erforderlichenfalls Notschlachtung oder Nottötung

Generell gelten bei schwer erkrankten oder schwer verletzten Tieren folgende Maßnahmen:

- Absonderung von den anderen Tieren
- Erste Hilfe
 - Untersuchung und Behandlung durch einen Tierarzt
 - erforderlichenfalls Notschlachtung oder Nottötung

Falls dies am Ort nicht möglich ist, anfahren eines Ruheortes, einer Sammelstelle oder eines Schlachthofs (Beachtung tierseuchenrechtlicher Vorschriften).

B Feststellung von niedergestürzten Tieren

Feststellung	Mögliche Ursache	Maßnahmen
Ständig liegendes Tier	Niederstürzen	Aufstehhilfe anwenden; danach erforderlichenfalls Absonderung von den anderen Tieren und Erste Hilfe

Falls ein Aufstehen nicht möglich ist, anfahren eines Ruheortes, einer Sammelstelle oder eines Schlachthofs (Beachtung tierseuchenrechtlicher Vorschriften).

Alternativ: Umladefahrzeug anfordern zur gesonderten Fahrt in einen Schlachthof.

C Feststellung von plötzlich verendetem Tier/verendeten Tieren

Feststellung	Mögliche Ursache	Maßnahmen
Verendetes Tier/verendete Tiere	Überhitzung Sauerstoffmangel Schadgase usw.	Sofortige Suche nach der Ursache: Lüftungskappen, Abgitterung, Krankhafte Veränderungen; Ursache abstellen; ggf. Veterinäramt verständigen Tierkörper entsorgen

6.2 Technischer Ausfall mit tierschutzrelevanter Bedeutung

A Ausfall der Zwangslüftungssysteme

Feststellung	Mögliche Ursache	Maßnahmen
Zwangslüftung ausgefallen	Elektrik usw.	<ul style="list-style-type: none"> Defekt beheben; Prüfung, Einhaltung der zulässigen Temperaturwerte bei Bedarf Lüftungsklappen öffnen (in Abhängigkeit von Außentemperatur) Verstärktes Beobachten der Temperaturanzeige Verstärktes Beobachten der Tiere auf Überhitzungserscheinungen
Überschreitung der tolerierbaren Temperaturmaxima		<ul style="list-style-type: none"> Einleitung von Maßnahmen zur Kühlung

B Ausfall der Tränkesysteme

Feststellung	Mögliche Ursache	Maßnahmen
Tränkesystem ausgefallen	Elektrik; Eingefroren	Technischen Defekt beheben; Falls dies nicht möglich, obligatorisch Anfahren eines Ruheorts nach 8 Stunden Fahrt

C Defekter Boden, defekte Bordwand oder defekte Verladeeinrichtung

Feststellung	Mögliche Ursache	Maßnahmen
Boden kann nicht bewegt werden		Keine Versuche, den Boden zu bewegen Technischen Defekt beheben lassen; Bei Reparatur Vorrang vor anderen Fahrzeugen Falls Weiterfahrt nicht möglich, Ersatzfahrzeug anfordern und umladen

E Technischer Ausfall, Panne mit Bedeutung für die Sicherheit im Straßenverkehr (Fahrzeug darf oder kann nicht weiter fahren)

Maßnahmen:

Ersatzfahrzeug anfordern und umladen

6.3 Fahrerausfall während der Fahrt (z. B. durch plötzliche Erkrankung)

Maßnahmen:

Ersatzfahrer anfordern

6.4 Unvorhergesehene widrige Straßen- bzw. Verkehrsverhältnisse, z. B.

- winterbedingte Störung
- Straßensperrung
- Stau

Maßnahmen:

Zum Wohl der Tiere stehen bleiben bis sich die Straßenverhältnisse geklärt haben; Informationen des Verkehrsfunks beachten und Staus vermeiden; ggf. Notversorgung der Tiere einleiten

6.5. Unfälle

Maßnahmen:

Der Notfallplan sieht für Unfälle besondere Maßnahmen vor:

- Sicherung der Unfallstelle und Sicherung frei laufender Tiere
- Bergung der Tiere aus dem Unfallfahrzeug
- Versorgung der Tiere mit Futter und Wasser
- Unterbringung an geeigneten Stellen
- Tierärztliche Versorgung
- erforderlichenfalls Behandlung oder Nottötung der Tiere

6.6 Zurückweisung des Transports am Bestimmungsort durch den Empfänger oder durch die Behörde/keine sofortige Ablademöglichkeit

Maßnahmen:

In Absprache mit Transportunternehmer Ersatzunterkunft suchen

Wir können den Ernstfall nicht verhindern, aber wir können dafür gerüstet sein!!!.

In Bayern gelten folgende Tiergruppen/Tierarten als gefährliche Tiere wildlebender Arten

Säugetiere (Mammalia):

- männliche **Riesenkängurus** (Macropus spp.)
- **Affen** mit Ausnahme der Halbaffen (Prosimiae) und Krallenaffen (Callithricidae)
- **Großbären** (Ursidae)
- **Echte Hunde** (Canidae): alle **Wölfe** (Canis lupus), einschließlich deren Kreuzungen mit Haushunden (Canis lupus familiaris) bis zur fünften Nachzuchtgeneration (F 5), **afrikanische Wildhunde** (Lycaon sp.), **Rothunde** (Cuon sp.)
- **Hyänen** (Hyaenidae)
- **Katzen** (Felidae): alle Wildkatzen einschließlich deren Kreuzungen mit Hauskatzen bis zur fünften Nachzuchtgeneration (F 5)
- **Marder** (Mustellidae): **Vielfraß** (Gulo spp.), **Honigdachs** (Mellivora capensis)
- **Robben** (Pinnipedia): männliche **Ohrenrobben** (Otariidae), **Walrosse** (Odobenus rosmarus), männliche **See-Elefanten** (Mirounga spp.), **Klappmützen** (Cryptophora cristata), **Seeleoparden** (Hydrurga leptonyx), männliche **Kegelrobben** (Halichroerus grypus)
- **Killerwal** (Orcinus orca)
- **Elefanten** (Elephantidae)
- männliche **Wildequiden** (Equidae)
- **Nashörner** (Rhinocerotidae)
- männliche **Tapire** (Tapiridae)
- **Schweineartige** (Suidae), mit Ausnahme der Hausschweine
- **Flusspferde** (Hippopotamidae)
- männliche **Großkamele** (Camelus spp.)
- männliche geweihtragende **Hirschartige** (Cervidae) der Arten: **Elch** (Alces spp.), **echte Hirsche** (Cervus spp.), **Ren** (Rangifer spp.); alle handaufgezogenen männlichen Cervidae
- **Giraffen** (Giraffidae)
- männliche **Antilopen** der Arten: **Elenantilopen** (Taurotragus spp.), **Rappenantilopen** (Hippotraginae), **Säbelantilopen** (Oryx gazella), **Nilgauantilopen** (Boselaphus tragocamelus), **Wasserböcke** (Kobus spp.), **Gnus** (Connochaetes spp.), **Kuhantilopen** (Alcelaphus spp.)
- **Wildrinder** (Bovinae): **Anoas** (Bubalus sp.), **Kaffernbüffel** (Syncerus caffer), **Gaur** (Bos gaurus), **Banteng** (Bos javanicus), **Bison** (Bison bison), **Wisent** (Bison bonasus), **Moschusochsen** (Ovibos spp.), **Takine** (Budorcas spp.)
- alle männlichen **Wildziegen** und **Wildschafe** (Caprinae)

Vögel (Aves):

- männliche **Laufvögel**: **afrikanische Strauße** (*Struthio camelus*), **Großer Emu** (*Dromaius novaehollandiae*), **Kasuare** (*Casuarus* spp.), **Nandus** (*Rheidae*)
- **Schreitvögel** (Ciconiiformes): **Goliathreiher** (*Ardea goliath*), **Großstörche** (*Ephippiorhynchus* spp.), **Marabus** (*Leptoptilos* spp.)
- alle **Kraniche** (*Gruidae*)
- **Greifvögel**: **Harpyie** (*Harpia harpyja*)

Reptilien (Reptilia):

- alle **Panzerechsen** (*Crocodylidae*)
- alle **Krustenechsen** (*Helodermatidae*)
- **Warane** (*Varanidae*): **Nilwaran** (*Varanus niloticus*), **Bindenwaran** (*Varanus salvator*), **Komodowaran** (*Varanus komodoensis*), **Weißkehlwaran** (*Varanus albigularis*), **Papua-Waran** (*Varanus salvadorii*)
- **Riesenschlangen** (*Boidae*) und deren Kreuzungen: **Dunkler Tigerpython** (*Python molurus*), **Heller Tigerpython** (*Python bivittatus*), **Nördlicher Felsenpython** (*Python sebae*), **Südlicher Felsenpython** (*Python natalensis*), **Netzpython** (*Broghammerus reticulatus*), **Amethystpython** (*Morelia amethystina*), **Papua-Wasserpython** (*Apodora papuana*), **Olivpython** (*Liasis olivaceus*), **Oenpellipython** (*Morelia oenpelliensis*), alle **Anakondas** (*Eunectes* spp.)
- **Giftschlangen** (*Colubridae*): alle **Giftnattern** (*Elapidae*), alle **Grubenottern** (*Crotalidae*)
- Alle **Seeschlangen** (*Hydrophiidae*)
- **Nattern** (*Colubridae*) der Gattungen **Peitschennattern** (*Ahaetulla*), **Nachtbaumnattern** (*Boiga*), **Sandrennnattern** (*Psammophis*), **Boomslang** (*Dispholidus*), **Baumnattern** (*Thelotornis*), **Tignattern** (*Rhabdophis tigrinus*)
- **Alligatorschildkröten** (*Chelydridae*): **Schnappschildkröten** (*Chelydra serpentina*), **Geierschildkröten** (*Macrochelys temminckii*)

Fische (Pisces):

- **Rochen** (*Batoidae*): **Zitterrochen** (*Torpedinidae*), **Stechrochenartige** (*Myliobatidae* und *Dasyalidae*)
- **Haie** (*Selachii*): **Hammerhaie** (*Sphyrnidae*) und **Requiemhaie** (*Carcharhinidae*)
- **Skorpionfische** (*Scorpaenidae*): **Steinfische** (*Synanceia* spp.), **Teufelsfische** (*Inimicus* spp.) und **Feuerfische** (*Pterois* spp.)
- **Petermännchen** (*Trachinidae*)
- **Himmelsgucker** (*Uranoscopus* spp.)

- **Muränen** (Muraenidae): alle über 1,5 m groß werdenden Muränen
- **Meeraal** (Conger conger)
- **Zitteraale** (Electrophorus spp.)
- **Kaninchenfische** (Siganidae)

Wirbellose (Invertebrata):

- **Skorpione** der Gattungen: Buthus, Mesobuthus, Compsobuthus, Lychas, Orthochirus, Urodacus, Uroplectes, Vaejovis, Bothriurus, Buthacus, Buthotus, Androctonus, Tityus, Leiurus, Centruroides, Nebo, Hemiscorpius, Parabuthus, Hottentotta, Rhopalurus, Hadrurus
Alle Skorpione, deren Art nicht eindeutig bestimmt werden kann, sind als gefährlich anzusehen.
- **Spinnen** der Gattungen (einschliesslich von Synonymen): Trechona, Atrax, Hadronycha, Harpactirella, Latrodectus, Loxosceles, Mastrophora, Phoneutria, Cheiracanthium, Sicarius, Hogna, Macrothele, Actinopus, Badumna, Cteniza, Bothriocyrtum, Ummidia, Idiommatia, Ixeticus, Miturga, Phrynarachne, Tegenaria, Lampona, Olios, Pandercetes, Pedita, Isopoda, Heteropoda, Delena, Saotes, Typostola, Poecilotheria, Selenocosmia, Trechura, Missulena
Alle Spinnen, deren Art nicht eindeutig bestimmt werden kann, sind als gefährlich anzusehen.
- alle **Hunderfüßer** (Chilopoda) der Gattung Scolopendra spp.
Alle Hunderfüßer, deren Art nicht eindeutig bestimmt werden kann, sind als gefährlich anzusehen.
- **Kegelschnecken** (Conidae): Conus geographus, Conus textile, Conus gloriamaris, Conus marmoreus, Conus omaria, Conus striatus und Conus tulipa, Conus radiatus.
Alle Kegelschnecken, deren Art nicht eindeutig bestimmt werden kann, sind als gefährlich anzusehen.
- **Kleiner Blaugeringelter Krake** (Hapalochlaena maculosa)

Hinweis:

Bei den oben aufgeführten Arten handelt es sich um eine Beispielliste.

Weitere gefährliche Tiere wildlebender Arten können gegebenenfalls hinzugefügt werden.

Da die zoologische Nomenklatur ständig im Fluss ist, können sich Art- und Gattungsnamen ändern; für viele Arten und Gattungen sind auch mehrere Synonyme gebräuchlich.

Ausbildungsstätte

Teilnahmebescheinigung

Frau/Herr geboren am:

Geburtsort: Nationalität:

wohnhaft in:

hat am die Schulung über die Anhänge I und/oder II der Verordnung des Rates (EG) Nr. 1/2005 vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen (ABl. EG Nr. L 3 S. 1) absolviert und damit nachgewiesen, dass er/sie im Sinne von Artikel 1 Abs. 2, Artikel 3 Buchstabe e, Artikel 6 Abs. 4 und Artikel 9 Abs. 2 Buchstabe a für den Transport von (Tierart(en)) geschult ist.

.....
Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift des Leiters der
Ausbildungsstätte

Ausbildungsstätte

Bescheinigung

Frau/Herr geboren am:

Geburtsort: Nationalität:

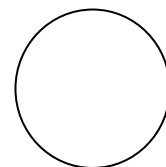
wohnhaft in:

hat am den Ergänzungslehrgang und die Prüfung gemäß Anhang IV Nr. 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) des Rates Nr. 1/2005 vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen (ABl. EG Nr. L 3 S. 1) erfolgreich absolviert.

.....
Ort

.....
Datum

Stempel



.....
Unterschrift des Leiters der
Ausbildungsstätte

.....
Unterschrift des beamteten
Tierarztes

Hinweis: Diese Bescheinigung ersetzt nicht den Befähigungsnachweis im Sinne von Artikel 6 Abs. 5 i. V. mit Artikel 17 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005.
Mit dieser Bescheinigung beantragen Sie den o. g. Befähigungsnachweis bei dem für Ihren Wohnort zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt.

Ausbildungsstätte

Bescheinigung

Frau/Herr geboren am:

Geburtsort: Nationalität:

wohnhaft in:

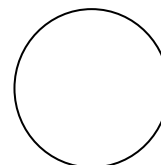
hat am den Lehrgang und die Prüfung gemäß Anhang IV der Verordnung (EG) des Rates Nr. 1/2005 vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen (ABl. EG Nr. L 3 S. 1) erfolgreich absolviert und damit die Sachkunde zum Transport von

..... nachgewiesen.
Angabe der Tierart

.....
Ort

.....
Datum

Stempel



.....
Unterschrift des Leiters der
Ausbildungsstätte

.....
Unterschrift des beamteten
Tierarztes

Hinweis: Diese Bescheinigung ersetzt nicht den Befähigungsnachweis im Sinne von Artikel 6 Abs. 5 i. V. mit Artikel 17 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005.
Mit dieser Bescheinigung beantragen Sie den o. g. Befähigungsnachweis bei dem für Ihren Wohnort zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt.

Befähigungsnachweis für Fahrer und Betreuer gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport

Certificate of competence for drivers and attendants pursuant to Article 17 (2)

1. ANGABEN ZUR IDENTIFIZIERUNG DES FAHRERS/BETREUERS (¹) <i>DRIVER/ATTENDANT (¹) IDENTIFICATION</i>		
1.1 Familienname (und Adresse) <i>Surname (and address)</i>		
1.2 Vornamen <i>First names</i>		
1.3 Geburtsdatum <i>Date of birth</i>	1.4 Geburtsland und Geburtsort <i>Place and country of birth</i>	1.5 Staatsangehörigkeit <i>Nationality</i>
2. NUMMER DES BEFÄHIGUNGSNACHWEISES <i>CERTIFICATE NUMBER</i>		
2.1 Diese Urkunde ist gültig bis <i>This authorisation is valid until</i>	2.2 Gültig für folgende Tierarten: <i>Valid for the following types of animals:</i>	
3. AUSSTELLUNGSSTELLE <i>BODY ISSUING THE CERTIFICATE</i>		
3.1 Name und Anschrift der den Befähigungsnachweis ausstellenden Stelle <i>Name and address of the body issuing the certificate</i>		
3.2 Telefon <i>Telephone</i>	3.3 Fax <i>Fax</i>	3.4 E-Mail <i>Email</i>
3.5 Datum <i>Date</i>	3.6 Ort <i>Place</i>	3.7 Amtssiegel <i>Stamp</i>
3.8 Name und Unterschrift <i>Name and signature</i>		

(¹) **Nicht Zutreffendes streichen**
 (¹) *Delete as appropriate*

Muster-Kontrollliste: Tiertransportkontrollen auf der Straße

1. Allgemeine Angaben zum Transport

Kontrollort			Kontrolldatum/-Zeit		
Fahrzeugdaten	LKW / Sattelzugmaschine		Hersteller		
	Anh / Auflieger		Hersteller		
Personaldaten	Fahrzeugführer				
	Beifahrer/Begleiter				
Unternehmerdaten	Unternehmer/ Beförderer	Ggf. TRACES_Nr.			
	Zulassungs-Nr.				
Empfänger					
Fahrt	von		nach		
Zweck der Fahrt			Bisherige Transportdauer:		

2. Art und Dauer des Transportes

☐ gewerblich ☐ landwirtschaftlich ☐ privat

☐ >8 Std. ☐ < 8 Std. und über 65km ☐ 50 bis 65km ☐ unter 50km mit eigenen Tieren u. eigenem Hänger

3. Transportdokumente

	> 8 Stunden	< 8 Stunden	50km bis 65km
Zulassung Transportunternehmer	<input type="checkbox"/> Typ 2 vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden	<input type="checkbox"/> Typ 1 vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden	entfällt
Transport- u. Fahrzeugdesinfektions-Kontrollbuch <small>(erforderlich: Anzahl Tiere, Kennzeichnung, Abfahrtszeit, voraussichtl. Transportdauer, Herkunft, Bestimmungsort)</small>	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vollständig <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vollständig <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden <input type="checkbox"/> nicht erforderlich Landwirt mit eigenen Tieren	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vollständig <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden <input type="checkbox"/> nicht erforderlich Landwirt mit eigenen Tieren
Befähigungsnachweis Fahrer	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden	entfällt
Befähigungsnachweis Beifahrer	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden	entfällt
Fahrtenbuch <small>(5-seitiges Dokument, erforderlich bei Beförderungen >8 Std in Verbindung mit Grenzüberschreitung. Müssen ausgefüllt, abgestempelt und zusammengeheftet sein. Abschnitt 5 wird durch Kontrollierenden bei Unregelmäßigkeiten ausgefüllt)</small>	<input type="checkbox"/> mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> Eintragungen nicht ordnungsgemäß <input type="checkbox"/> unvollständig	entfällt	entfällt
Zulassungsnachweis Transportmittel <small><12Std. Nationaler Transport Zucht- u. Nutztiere ist Zulassungsnachweis nicht erforderlich (TschTrVO)</small>	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt <input type="checkbox"/> nicht vorhanden <input type="checkbox"/> Notfallplan vorhanden	entfällt	entfällt
Begleitpapiere <small>(Rinderpass, Equidenpass, Transportbescheinigung Schf/Zg, TRACES-Zeugnis)</small>	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vollständig es fehlen:	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vollständig es fehlen:	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vollständig es fehlen:

„Navigationssystem“ (Ortungs- und Aufzeichnungssystem)	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> Daten auslesbar <input type="checkbox"/> Daten nachzuliefern <input type="checkbox"/> fehlt	entfällt	entfällt
Temperaturkontroll- System	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vorhanden <input type="checkbox"/> Temperatur-Abweichungen	entfällt	entfällt

Weitere Prüfpunkte anderer Rechtsbereiche bzgl. Transportdokumente

Erlaubnis GüKG (KFZ > 3,5 t)	Erforderlich ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> wenn ja: <input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vorhanden <input type="checkbox"/> nicht mitgeführt
--	--

4. Begutachtung des Transportmittels und der Tiere

Transportmittel

Verfügbare Ladenfläche <small>Für Zugfahrzeug und Hänger getrennt aufschreiben (bei langen Transporten am Fahrzeug ersichtlich, sonst muss ausgemessen werden)</small>	qm (L: B: H:)
Angabe „lebende Tiere“ an gut sichtbarer Stelle	<input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vorhanden <input type="checkbox"/> <u>nicht</u> gut sichtbar
Zustand (gemäß V 1/2005) <small>(Lüftungssystem, Austreten tierischer Abgänge aus Ladeklappen, ausreichende Menge Einstreu, potentielle Verletzungsgefahren, Trenngitter zur Gruppenbildung, Stabilisierung bei geringer Ladedichte, ausreichende Laderaumhöhe, ausreichendes Platzangebot)</small> Gemäß § 1 ViehVerkV <small>(nicht erforderlich für nichtgewerbliche Viehtransportfahrzeuge, mit denen nur Vieh zwischen dem eigenen Bestand und einer Weidefläche transportiert wird)</small>	<input type="checkbox"/> in Ordnung <input type="checkbox"/> folgende Mängel wurden festgestellt: <input type="checkbox"/> so beschaffen, dass tierische Abgänge, Einstreu oder Futter nicht herauswickern oder herausfallen können <input type="checkbox"/> leicht zu reinigen und zu desinfizieren Festgestellte Mängel: _____
Reinigung und Desinfektion ordnungsgemäß	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu Eintragungen Desinfektionskontrollbuch: <input type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> nicht vollständig <input type="checkbox"/> fehlen Folgende Mängel wurden festgestellt: _____
Transportmittel für lange Beförderung (> 8 Std.) <small>(Futtermittel, Trennwände, Mindestanforderung an best. Tierarten, Wasserversorgung, Belüftung, Navigationssystem) <12Std. Nationaler Transport sind Navi Datenschreiber, Temperaturüberwachung nicht erforderlich (TschTrVO)</small>	<input type="checkbox"/> in Ordnung <input type="checkbox"/> folgende Mängel wurden festgestellt: _____

Tiere

☐ Tiere geladen (Anzahl: _____) ☐ Leerfahrt

Absonderung: Anzahl, Art, Alter, Geschlecht und Gewicht entsprechen den Vorgaben	<input type="checkbox"/> trifft zu <input type="checkbox"/> trifft nicht zu Folgende Mängel wurden festgestellt: _____
Transportfähigkeit	<input type="checkbox"/> alle Tiere transportfähig <input type="checkbox"/> bei folgenden Tieren liegt Transportfähigkeit nicht vor: _____

Platzbedarf <small>Nationale Vorschriften auf letzter Seite!</small>	<input type="checkbox"/> eingehalten <input type="checkbox"/> nicht eingehalten erforderlich: _____ qm; tatsächlich: _____ qm
Laderaumhöhe	<input type="checkbox"/> Stehen in natürlicher aufrechter Haltung möglich <input type="checkbox"/> nicht ausreichend
Fütterung / Tränkung Beförderungsdauer Ruhezeiten	<input type="checkbox"/> keine Beanstandung <input type="checkbox"/> folgende Mängel liegen vor:
Kennzeichnungsvorschriften	<input type="checkbox"/> eingehalten <input type="checkbox"/> nicht eingehalten <input type="checkbox"/> bei folgenden Tieren liegen Mängel vor:

5. Beurteilung

Dokumente schlüssig	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Vergleich angegebene Zeiten / Diagrammscheiben bzw. digitale Aufzeichnungen	<input type="checkbox"/> Angaben stimmen überein <input type="checkbox"/> Angaben stimmen nicht überein
Angaben zu transportierten Tieren korrekt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Überladung	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
Transportzeitüberschreitung	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
Verstoß Tierschutzrecht (z.B. längeres Leiden der Tiere durch überlange Klauen oder eingewachsene Ketten)	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
Verstoß Tierseuchenrecht (z.B. fehlende oder falsche Gesundheitszeugnisse)	<input type="checkbox"/> liegt vor <input type="checkbox"/> liegt nicht vor
Weiterfahrt	<input type="checkbox"/> gestattet <input type="checkbox"/> nicht gestattet <input type="checkbox"/> unter folgenden Auflagen:

6. Maßnahmen

Dringlichkeitsmaßnahmen erforderlich / Sofortvollzug	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, folgende Maßnahmen:
Mitteilungen gefertigt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Genehmigungsbehörde <input type="checkbox"/> zuständige Behörde für Erteilung der Befähigungsnachweise <input type="checkbox"/> zuständige Behörde für den Versandort <input type="checkbox"/> zuständige Behörde für den Bestimmungsort
Sonstige Maßnahmen	<input type="checkbox"/> keine <input type="checkbox"/> Belehrung <input type="checkbox"/> mündliche Verwarnung <input type="checkbox"/> Verwarnungsgeld <input type="checkbox"/> OWI-Verfahren <input type="checkbox"/> Sicherheitsleistung in Höhe von _____ € <input type="checkbox"/> Strafverfahren <input type="checkbox"/> Eintrag Seite 5 des Fahrtenbuches vorgenommen <input type="checkbox"/> Eingabe der Kontrolle in TRACES <input type="checkbox"/> Unternehmer zur Mängelbeseitigung aufgefordert

☐ folgende Maßnahme wurde bei der zuständigen Behörde angeregt:

Bemerkungen

(Stempel Dienststelle)

, den

Unterschrift der für den Transport verantwortlichen Person

Unterschrift der/des Kontrollbeamten/in

Unterschrift Zeuge

Zusätzliche Anforderungen für nationalen Transport

Einhüfer

Bis zu fünf erwachsene Einhüfer sind jeweils durch eine stabile Trennvorrichtung abzutrennen, die entweder bis zum Fahrzeugboden reicht und ab einer Höhe von 120 Zentimetern durchbrochen sein darf, oder die mindestens 60 Zentimeter über dem Fahrzeugboden beginnt und mindestens 60 Zentimeter hoch ist.

Rinder

Bis zu 25 Kälber oder bis zu sechs erwachsene Rinder bei Querverladung oder bis zu acht erwachsene Rinder beim Transport in der Gruppe sind beim Straßentransport jeweils durch eine stabile Trennvorrichtung abzutrennen.
Geschlechtsreife männliche Rinder: Raumhöhe höchstens 50cm über Widerrist.

Schafe und Ziegen

Bis zu 50 erwachsene Tiere sind jeweils durch eine stabile Trennvorrichtung abzutrennen.

Schweine

Ferkel sind nach Maßgabe folgender Tabelle abzutrennen:

Lebendgewicht bis zu kg je Tier	Höchstgruppengröße Ferkel
10	120
25	50
30	35

Durch eine stabile Trennvorrichtung sind jeweils abzutrennen:

- im Falle von Mastschweinen oder Zuchtläufern mit einem Lebendgewicht jeweils bis einschließlich 70 kg: bis zu 20 Mastschweine oder Zuchtläufer,
- im Falle von Mastschweinen mit einem Lebendgewicht jeweils über 70 kg: bis zu 15 Mastschweine,
- bis zu fünf Sauen.

Flächenbedarf

Lebendgewicht bis zu kg je Tier	Mindestbodenfläche je Tier in qm	Lebendgewicht bis zu kg je Tier	Mindestbodenfläche je Tier in qm
1	2	1	2
6	0,07	50	0,30
10	0,11	60	0,35
15	0,12	70	0,37
20	0,14	80	0,40
25	0,18	90	0,43
30	0,21	100	0,45
35	0,23	110	0,50
40	0,26	120	0,55
45	0,28	über 120	0,70

Beförderung von Schlachttieren nicht länger als 8 Stunden. Kälber unter 14 Tagen sind nicht transportfähig.

Checkliste Tiertransportkontrolle im Schlachtbetrieb

Schlachtbetrieb:

Datum/Uhrzeit:

Transport ☐ > 65 km ☐ < 65 km

Außentemperatur (°C):

Transportmittel (Amtliches Kennzeichen)

_____ ☐ Zugmaschine☐ Anhänger_____ ☐ Zugmaschine☐ Anhänger

Name und Adresse des Transportunternehmers (Viehhändler/Firma/Landwirt)

Name und Adresse des Fahrers

Befähigungsnachweis nach Art 17 Abs. 2 der VO (EG) Nr. 1/2005 liegt vor ☐ ja ☐ nein**Zulassungsnachweis** nach Art.10 oder 11 der VO (EG) Nr.1/2005 liegt vor ☐ ja ☐ nein

Bei Transporten über 8 Std. Dauer:

Zulassung der Transportmittel nach Art. 18 der VO (EG) Nr.1/2005 liegt vor ☐ ja ☐ nein**Transportpapiere** nach Artikel 4 der VO (EG) Nr.1/2005 liegen vor☐ ja ☐ nein**Transport- und Desinfektionskontrollbuch** liegt vor☐ ja ☐ nein

Eintragungen vollständig

☐ ja ☐ nein

Anzahl der Tiere

Tierart:

- ☐ Rinder
☐ Schweine
☐ Kl. Wiederkäuer
☐ Equiden
☐ Geflügel/Kaninchen
☐ Sonstige Arten

Kontrollen:

Zur Verfügung stehende Ladefläche in m² _____

1. Außenwände/Boden/Dach in Ordnung

☐ ja ☐ nein

2. Belüftung/Beleuchtung in Ordnung

☐ ja ☐ nein

3. Verladerampe/Liftklappe in Ordnung

☐ ja ☐ nein

4. Austritt von Exkrementen wird verhindert

☐ ja ☐ nein

5. Laderaumhöhe ausreichend

☐ ja ☐ nein

6. Abtrennungen vorhanden

☐ ja ☐ nein

7. Symbol und Aufschrift „lebende Tiere“ vorhanden

☐ ja ☐ nein

8. Kennzeichnung der Tiere in Ordnung

☐ ja ☐ nein

9. Zahl der transportunfähigen Tiere _____

10. Zahl der verendeten Tiere

11. Verhalten der Tiere (Wohlbefinden) ☐ ruhig ☐ lebhaft ☐ unruhig ☐ sehr unruhig

12. Anzahl der Ladestellen _____ Transportdauer in h _____

13. Umgang mit den Tieren zufriedenstellend ☐ ja ☐ nein

Bemerkungen: _____

Festgestellte Verstöße:

A. Kennzeichnung der Tiere

B. Tierschutz

C. Tierseuchenbekämpfung

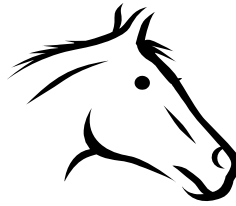
Angeordnete Maßnahmen / Bemerkungen:

Weiterleitung an zuständiges Veterinäramt (Kopie verbleibt am Standort)

☐ ja ☐ nein

Kenntnisnahme und Unterschrift des Fahrers.....

Datum, Unterschrift des amtlichen Tierarztes

Merkblatt Transport EQUIDEN

Nicht zugerittene Equiden (= nicht an Halfteranbindung gewöhnt):

- **nur in Gruppen zu maximal 4 Tieren**
- **nicht auf langen Transporten**

Equiden älter als 8 Monate müssen beim Transport **Halfter tragen**.

Ausnahme: nicht zugerittene Equiden.

Fohlen jünger als 4 Monate benötigen zwingend **Einstreu**.

Equiden dürfen **nicht in Multideckfahrzeugen** befördert werden. (Bei diesen Fahrzeugen ist der Transport jedoch auf dem unteren Deck möglich, wenn 75 cm über dem Widerrist des größten Tieres Platz bleibt und keine oberen Decks belegt werden.)

Tiere im letzten Trächtigkeitsabschnitt sowie neugeborene Tiere gelten als transportunfähig. Hiervon ausgenommen werden **trächtige und neugeborene registrierte Equiden (Anhang I, Kapitel I, (7))**. Diese dürfen transportiert werden, um zum Zweck der Geburt oder der Aufzucht hygienischere Bedingungen zu schaffen. Die ständige Anwesenheit eines Betreuers ist in diesem Falle für den Transport vorgeschrieben.

Transportintervalle bei langen Beförderungen:

Fohlen (nicht abgesetzt/noch Milch benötigen):

9 Stunden – mindestens 1 Stunde Pause mit tränken und nötigenfalls füttern - 9 Stunden

Nichtregistrierte Equiden: Maximal 24 Stunden, dabei alle 8 Stunden tränken und nötigenfalls füttern

Registrierte Equiden: sind nach Maßgabe der schriftlichen Fütterungs- und Tränkeanweisungen zu transportieren

Lange Beförderungen von Equiden sind nur in **Einzelständen** zulässig, ausgenommen Stuten mit Fohlen. Nicht registrierte Equiden müssen **über 4 Monate alt sein**. Alle Tiere müssen halfterfähig sein.

Nichtregistrierte Equiden i. S. der Verordnung (EG) Nr. 1/2005:

Es gelten die Bestimmungen des Anhangs II über das Fahrtenbuch, ein Navigationssystem muss vorhanden sein (Artikel 6 Absatz 9)

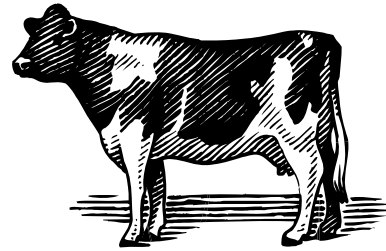
Das Fahrtenbuch ist vor der Abfahrt zu kontrollieren (Artikel 14)

Raumangebot Anhang I, Kapitel VII, A der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Bei langen Beförderungen müssen Fohlen Raum zum Liegen haben

Ausgewachsene Pferde	1,75 m ² (0,7 x 2,5 m)
Junge Pferde (6-24 Monate) bis 48 Stunden	1,2 m ² (0,6 x 2 m)
Junge Pferde(6-24Monate) über 48 Stunden	2,4 m ² (1,2 x 2 m)
Ponys (weniger als 144 cm)	1 m ² (0,6 x 1,8 m)
Fohlen (0-6 Monate)	1,4 m ² (1 x 1,4 m)

Maximal erlaubte Abweichungen je nach Gewicht und Größe der Tiere sowie entsprechend ihrer körperlichen Verfassung, den Witterungsbedingungen und der voraussichtlichen Beförderungsdauer bis höchstens 10 % bei ausgewachsenen Pferden und Ponys, bis höchstens 20 % bei jungen Pferden und Fohlen.

Merkblatt Transport RINDER

Kälber im Alter von weniger als 14 Tagen dürfen bei rein nationalen Transporten nicht befördert werden. Es gilt aber das „Landwirteprivileg“: eigene Tiere in eigenen Fahrzeugen dürfen über eine Strecke von max. 50 km transportiert werden.

EU-weite Transporte:

Kälber jünger als 10 Tage dürfen nicht über eine Strecke von mehr als 100 km transportiert werden.

Kälber jünger als 6 Monate benötigen zwingend Einstreu

Kälber dürfen keinen Maulkorb tragen

Milchgebende Tiere müssen im Abstand von maximal 12 Stunden gemolken werden.

Transportintervalle bei langen Beförderungen

Kälber (die noch nicht abgesetzt sind und Milch benötigen, mind. bis drei Monate):
9 Stunden – mindestens 1 Stunde Pause mit tränken und nötigenfalls füttern – **9 Stunden**

Rinder:

14 Stunden – 1 Stunde Pause mit tränken und nötigenfalls füttern – **14 Stunden**

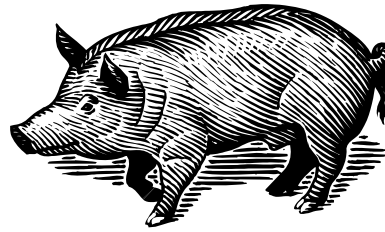
lange Transporte: Kälber müssen mind. 14 Tage alt sein

Raumangebot Anhang I, Kap. VII. B der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Kategorie	Ungefähres Gewicht (in kg)	Fläche in m²/ Tier
Zuchtkälber	50	0,30-0,40
Mittelschwere Kälber	110	0,40-0,70
Schwere Kälber	200	0,70-0,95
Mittelgroße Rinder	325	0,95-1,30
Ausgewachsene Rinder	550	1,30-1,60
Sehr große Rinder	>700	>1,60

Je nach Gewicht und Größe der Tiere sowie entsprechend ihrer körperlichen Verfassung, den Witterungsbedingungen und der voraussichtlichen Beförderungsdauer sind Abweichungen möglich.

Merkblatt Transport SCHWEINE



Ferkel jünger als 3 Wochen dürfen nicht über 100 km transportiert werden

Ferkel unter 10 kg benötigen zwingend Einstreu.

Transportintervalle bei langen Transporten

Ferkel:

noch nicht abgesetzte Ferkel (Babyferkel mind. 21 Tagen):

9 Stunden- mindestens 1 Stunde Pause mit tränken und nötigenfalls füttern - 9 Stunden

Schweine:

24 Stunden bei ständigem Wasserangebot

Bei langen Transporten müssen die Ferkel über 10 kg wiegen.

Schweine, die leichter als 10 kg sind, dürfen nicht über 8 Stunden transportiert werden, wenn sie nicht zusammen mit dem Muttertier befördert werden.

Raumangebot: Anhang I, Kap. VII. D der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Diese Verordnung regelt nicht den Platzbedarf nach Altersgruppe:

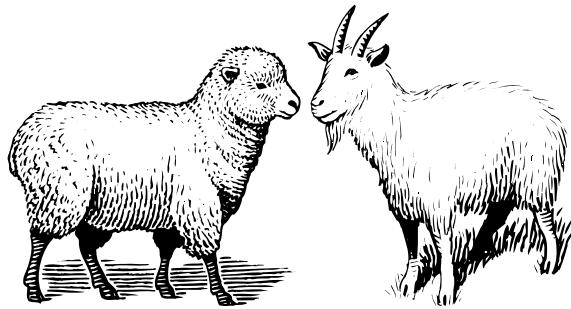
Alle Schweine müssen in natürlicher Haltung mindestens liegen und stehen können. Bei durchschnittlich 100 kg schweren Tieren dürfen 235 kg Schwein pro Quadratmeter transportiert werden.

(Bei der Berechnung des Platzbedarfs leichterer Tiere ist das metabolische Körpergewicht heranzuziehen wie in der nationalen Tierschutz-Transportverordnung; der Platzbedarf kann nicht linear von 100 kg schweren Tieren auf leichtere Tiere heruntergerechnet werden).

Je nach Beförderungsdauer, Witterung, Rasse, Größe und körperlicher Verfassung können bis zu 20 % mehr Fläche erforderlich sein.

Nur die nationale Verordnung regelt die Gruppengröße!

Für den innerstaatlichen Transport gelten die in Anlage 2 der nationalen Tierschutztransportverordnung vorgegebenen Mindestbodenflächen.

Merkblatt Transport SCHAFE & ZIEGEN

Lämmer jünger als 1 Woche dürfen nicht über eine Strecke von mehr als 100 km transportiert werden.

Milchgebende Tiere müssen im Abstand von maximal 12 Stunden gemolken werden.

Lämmer unter 20 kg benötigen zwingend Einstreu.

Transportintervalle bei langen Transporten:

Lämmer/Zicklein (die noch nicht abgesetzt sind und Milch benötigen):

9 Stunden- mindestens 1 Stunde Pause mit tränken und nötigenfalls füttern - **9 Stunden**

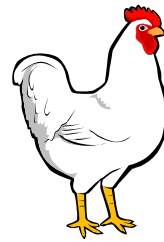
Schafe/Ziegen:

14 Stunden- mindestens 1 Stunde Pause mit tränken und nötigenfalls füttern - **14 Stunden**

Raumangebot: Anhang I, Kap. VII. C der Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Kategorie	Gewicht (in kg)	Fläche in m²/ Tier
Geschorene Schafe und Lämmer ab 26 kg	< 55	0,20-0,30
	> 55	> 0,30
Ungeschorene Schafe	< 55	0,30-0,40
	> 55	> 0,40
Hochträchtige Mutterschafe	< 55	0,40-0,50
	> 55	> 0,50
Ziegen	< 35	0,20-0,30
	35 bis 55	0,30-0,40
	> 55	0,40-0,75
Hochträchtige Ziegen	< 55	0,40-0,50
	> 55	> 0,50

Bei der oben genannten Bodenfläche sind je nach Rasse, Größe, körperlicher Verfassung und Länge des Fells der Tiere sowie entsprechend den Witterungsbedingungen und der Beförderungsdauer Abweichungen möglich. Bei kleinen Lämmern beispielsweise kann eine Fläche von weniger als 0,2 m² pro Tier vorgesehen werden.

Merkblatt Transport GEFLÜGEL

Bei Transporten über 12 Stunden müssen die Tiere mit Wasser und Futter versorgt werden, was unter den üblichen Transportbedingungen nicht möglich ist.

Küken können bis zu 24 Stunden ohne Wasser und Futter transportiert werden, sofern die Beförderung innerhalb von 72 Stunden nach dem Schlupf erfolgt (national innerhalb von 60 Stunden).

Raumangebot: Anhang I, Kap. VII der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 und TierSchTrV

Kategorie	Fläche in cm²		Behälterhöhe
	international	national	nur national
Eintagsküken	21-25 je Küken	25 Hühner, Perlhühner, Fasane, Enten (mind. 10 max. 105 Tiere/Behältnis) 35 Gänse und Puten (mind. 8 max. 40 Tiere/Behältnis)	
Geflügel ausgenommen Eintagsküken: Gewicht in kg	Fläche in cm² je kg		in cm
< 1,6	180-200	200 (bis zu 1kg) 190 (bis zu 1,3 kg) 180 (bis zu 1,6 kg)	23
1,6 bis < 3	160	170 (bis zu 2 kg) 160 (bis zu 3 kg)	23
3 bis < 5	115	130 (bis zu 4kg) 115 (bis zu 5 kg)	25
> 5	105	105 (bis zu 30 kg)	30 (bis 10 kg) 35 (bis 15 kg) 40 (bis 30 kg)

Bei diesen Ladedichten sind je nach Gewicht und Größe der Tiere sowie entsprechend der körperlichen Verfassung, den Witterungsbedingungen und der voraussichtlichen Beförderungsdauer Abweichungen möglich.

Bei Transporten von Masthühnern in Fahrzeugen ohne aktive Lüftungseinrichtung empfiehlt es sich, bei zu erwartenden Außentemperaturen ab 24 Grad C die zu erwartenden Enthalpiewerte abzufragen. Überschreitet die zu erwartende Enthalpie einen Wert von 60 kJ/kg am Verladeort, ist bei üblicher Beladedichte mit erhöhten Ausfällen zu rechnen. Es wird daher empfohlen, die Beladedichte ab 60 kJ/kg um 10 % bzw. ab 65 kJ/kg um 20 % zu reduzieren. Eine Reduktion um mehr als 20 % kann zu vermehrten Verletzungen der Tiere führen und wird daher nicht empfohlen.

Die Transportzeit sollte minimiert werden und es sollten nur unvermeidbare Pausen eingelegt werden, wobei die Fahrzeuge im Schatten abzustellen sind. Das Parken am Schlachthof darf nur mit Zusatzlüftung erfolgen, andernfalls muss der LKW bis zur Schlachtung bewegt werden.

Bei extrem tiefen Außentemperaturen können die Öffnungen der Luftführung im Fahrzeugboden (spezielle Geflügeltransportfahrzeuge) verschlossen werden, um den Zustrom von Kaltluft zu reduzieren (Gefahr der Erfrierung von Tieren der untersten Ladeetage).



Ein „Navigationssystem“ und ein Temperaturerfassungssystem kann bei Geflügeltransportfahrzeugen nicht gefordert werden.

Ein Befähigungsnachweis für den Fahrer ist erforderlich, hingegen nicht für einen Betreuer.

Bei langen Transporten benötigen Fahrzeuge mit festen Aufbauten eine Zulassung.

Hinweise zum Transport von Fischen



Grundsätze für die Überprüfung von Fischtransporten:

Transportfahrzeuge

- Kennzeichnung „lebende Tiere“
- Ggf. technische Einrichtungen (z.B. Möglichkeit zur Versorgung mit Luft bzw. Sauerstoff, Kühlmöglichkeit)

Transportbehältnisse

- Sichere Befestigung auf dem Fahrzeug
- Dichtigkeit
- Ggf. Isolierung
- Fische dürfen nicht entweichen können

Zustand der Fische

- Artspezifisches Verhalten
- Atmung
- Verletzungen
- Tote Fische

Transportwasser

- Wassertemperatur und –qualität sind der Fischart und der Fischgröße angepasst
- Temperatur des Transportwassers ist der Jahreszeit angepasst
- Transportwasser frei von übermäßigen Verunreinigungen

Be- und Entladen

- Fische werden schonend behandelt
- Möglichst kein Kontakt zu Luft. Sofern der Kontakt zu Luft unvermeidbar ist, soll dieser so kurz wie möglich sein
- Verwendung geeigneter Be- und Entladeeinrichtungen zur Vermeidung von Verletzungen und übermäßigem Stress
- Beladen unter Verwendung des Herkunftswassers
- Beim Entladen ggf. Angleichen ans neue Haltungswasser
- Untersuchung unmittelbar nach Entladung mit dem Ziel, tote Fische sofort zu entfernen und verletzte Fische zu separieren und zu behandeln oder ggf. sofort tierschutzgerecht zu töten

Dokumentation

- Fahrer/Betreuungspersonal benötigen zwar keinen Befähigungsnachweis, müssen aber sachkundig in Verbindung mit dem Transport der jeweiligen Fische sein
- Transportpapiere (wenn nicht unter 50 km ab Betrieb im eigenen Fahrzeug)
- Zulassung des Transportunternehmers (wenn nicht unter 65 km)
- Transportbuch nach Fischseuchenverordnung

Erläuterungen zu den Hinweisen zum Transport von Fischen

Die Hinweise dienen als Hilfestellung für die Kontrolle von Fischtransporten mit Ausnahme von Transporten in Beuteln.

Grundsätze für die Überprüfung von Nutzfischtransporten:

Allgemeines

- Jeder Fischtransport muss so durchgeführt werden, dass den Tieren dabei **keine unnötigen Leiden oder Schäden** (z.B. Verletzungen) zugefügt werden.
- Kranke und verletzte Tiere gelten als **nicht transportfähig**, es sei denn, es handelt sich um leicht verletzte oder erkrankte Tiere, denen der Transport kein zusätzliches Leiden verursacht oder der Transport erfolgt zu diagnostischen Zwecken.
- Vor der Beförderung sind alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die **Beförderungsdauer so kurz wie möglich** zu halten und den Bedürfnissen der Tiere während der Beförderung Rechnung zu tragen. Die Organisatoren tragen dafür Sorge, dass die verschiedenen Beförderungsabschnitte koordiniert werden und dass der Transport sorgfältig geplant wird (Routenplanung, Absprache mit Empfänger und ggf. Zwischenstationen, ggf. Einplanen von Wasserwechselstellen, Berücksichtigung der Witterungsbedingungen, Vorbereitung des Transportwassers, Vorbereiten der Transportpapiere). Die Fische dürfen erst nach Abschluss aller Vorbereitungen verladen werden.
- Die mit den Tieren umgehenden Personen müssen **sachkundig** im Hinblick auf die transportierten Fische sein.

Transportfähigkeit

- Die Fische müssen transportfähig, d.h. **gesund** und **möglichst unverletzt** sein.
- Fische sollen in der Regel **ausgenüchtert** sein. Ziel der Ausnüchterung ist eine Entleerung des Darmes und damit die Vermeidung einer Belastung des Transportwassers mit Fäkalien. Die Dauer der Ausnüchterung richtet sich nach vielen Faktoren (z.B. Fischart, Entwicklungszustand der Fische, Jahreszeit). Forellen werden abhängig von Größe und Haltungstemperatur zwischen 2 und 5 Tagen (Speisefische) ausgenüchtert. Bei schlachtreifen Karpfen, die im Spätherbst bei niedrigen Wassertemperaturen abgefischt werden, ist in der Regel bis zur Schlachtung keine Fütterung mehr erforderlich, da die Fische physiologisch bedingt kein Futter mehr aufnehmen. Weitere Details und Angaben zu anderen Fischarten können der Fachliteratur entnommen werden.

Transportfahrzeuge

Als Transportfahrzeuge finden je nach Transportdauer und –entfernung unterschiedliche Fahrzeuge wie Pritschenwagen mit Behältnissen, Anhänger mit Behältnissen bis hin zu Spezialfahrzeugen für Fischtransporte Verwendung. Grundsätzlich müssen alle Transportmittel so konstruiert, gebaut und in Stand gehalten und so verwendet werden, dass den Fischen keine Leiden oder Schäden, z.B. Verletzungen, zugefügt werden und ihre Sicherheit gewährleistet ist. Im Einzelnen gelten folgende Anforderungen:

- Die Transportfahrzeuge bzw. -behälter müssen mit einer gut sichtbaren und lesbaren Beschriftung bzw. **Beschilderung „lebende Tiere“** versehen sein.
- Abhängig von klimatischen Bedingungen, den transportierten Fischarten und der Länge des Transportes müssen technische Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die Sauerstoffversorgung und die erforderlichen Temperaturverhältnisse während der gesamten Transportdauer zu sichern (Belüftung, ggf. mit technischem Sauerstoff, Isolierung und ggf. Kühlung).

Transportbehälter

Als Transportbehälter finden je nach Transportdauer und –entfernung unterschiedliche Behälter wie Eimer, Bottiche, Tanks bis hin zu Spezialbehältern für Fischtransporte Verwendung. Grundsätzlich müssen alle Transportbehälter so konstruiert, gebaut und in Stand gehalten und so verwendet werden, dass den Fischen keine Leiden und Schäden, z.B. Verletzungen, zugefügt werden und ihre Sicherheit gewährleistet ist. Im Einzelnen gelten folgende Anforderungen:

- Transportbehälter müssen **sicher am Transportmittel befestigt** sein
- Fische dürfen **nicht entweichen** können.
- Transportbehälter sollten **dicht** sein. Technisch ist es zwar nicht immer vermeidbar, dass Wasser aus den Behältern tropft, aus hygienischen und seuchenhygienischen Gründen ist dies jedoch so gering wie möglich zu halten. Insbesondere sind ein Überschwappen und eine Beunruhigung der Fische z.B. durch Verwendung eines Deckels zu verhindern.
- Die Behälter müssen **leicht zu reinigen und zu desinfizieren** sein.
- Die Behälter sollten für längere Transporte **isoliert** sein, um Temperaturschwankungen zu vermeiden. Transportbehälter, in denen tropische oder subtropische Fischarten (z.B. afrikanische Welse) transportiert werden, müssen in der Regel isoliert sein.
- Zur Beruhigung der Fische soll der Transport in Behältern erfolgen, die abgedunkelt sind.

Zustand der Fische

- Bei Öffnen des Deckels zeigen Fische normalerweise eine **Fluchtreaktion** (in Deckung gehen oder aus dem Wasser springen). Fehlt diese Reaktion, besteht der Verdacht, dass die Fische erschöpft, betäubt oder sonst geschwächt sind. Auch bei kaltem Wasser kann die Reaktionsfähigkeit herabgesetzt sein.
- Bei einer Transportkontrolle ist – soweit vertretbar und technisch möglich – die Belüftung zur Adspektion des Allgemeinbefindens vorübergehend abzustellen.
- Bei der Beurteilung der **Atmung** ist auf abgespreizte Kiemendeckel, von der Norm abweichende Färbung der Kiemen (blass, Blutungen, Hyperämie) und Schnappatmung zu achten. Solche Symptome können Hinweis auf Sauerstoffmangel, inadäquate Wasserverhältnisse, Kiemenschädigung oder allgemeine Erkrankungen sein.
- Akzeptabel sind nur während Abfischen und Umsetzen entstandene frische **oberflächliche Läsionen** von Haut und Flossen. Fische mit in die Muskulatur reichenden Verletzungen oder Verpilzungen dürfen nur zu diagnostischen und ggf. therapeutischen Zwecken transportiert werden.
- Bei sachgerechtem Transport lässt sich das **Auftreten von Todesfällen** auf ein Minimum (Einzeltiere) reduzieren. Vermehrte Todesfälle müssen eine Untersuchung der Transportbedingungen und der Fischgesundheit zur Folge haben. Die

zuständigen Behörden des Versand- und Bestimmungsortes sollte informiert werden.

Transportwasser

- Die Fische müssen entsprechend ihrer Größe über **genügend Wasservolumen** verfügen, d.h. die Fische müssen mindestens vollständig von Wasser bedeckt sein und soviel Schwimmraum haben, dass die Fahrzeugbewegungen ausgeglichen werden können. Aale sind von dieser Vorgabe ausgenommen, da sie gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 TierSchTrV auch in ausreichend feuchter Verpackung befördert werden dürfen.
- Die **Wassertemperatur** und die **Wasserqualität** müssen den **Ansprüchen** der jeweiligen Fischart und dem Entwicklungsstadium entsprechen. Allgemein sind tiefere Temperaturen günstiger, da die Fische ruhiger stehen, der Stoffwechsel reduziert ist (weniger Wasserverschmutzung) und das Wasser besser Sauerstoff bindet. Fische aus Warmwasserkreislaufanlagen (Welse etc.) sind mit ihrer Hälterungstemperatur in der Regel in isolierten Behältnissen zu transportieren. Richtwerte zu den einzelnen Fischarten können der Fachliteratur entnommen werden.
- Die **Temperatur des Transportwassers** muss sich bei im Freiland gehaltenen Fischen an der **jahreszeitlich** bedingten Wassertemperatur der Herkunftshälterung orientieren.
- Die **Wassertemperatur** sollte sich abhängig von der Länge des Transportes während des gesamten Transportes um **nicht mehr als 2 - 5°C verschieben** (z.B. Isolierung der Behältnisse, Transport nachts). Der Transporteur muss ein Gerät zur Messung der Wassertemperatur vorhalten. Bei langen Transporten (> 8 h) bedarf es auch der Möglichkeit der Sauerstoffmessung. Eine Dauerüberwachung der Sauerstoffkonzentration und der Transportwassertemperatur ist bei langen Transporten zu empfehlen.

Richtwerte zu Fischtransporten in geschlossenen und offenen Systemen

Tab. 10: Erfahrungswerte beim Transport von großen Brütlingen und Setzlingen in Plastiksäcken (Quellen in BOHL 1999)

Fischart/ Größe	Volumen	Wassermenge	Wassertemperatur	Stückzahl/ Gewicht	Max. Dauer
Forellen 4-6 cm	50 l	15 l	10 °C	500 Stk. 800-1000 g	12 h
Forellen 6-9 cm	50 l	15 l	10 °C	300 Stk. 1000-1200 g	12 h
Forellen 9-12 cm	50 l	15 l	10 °C	150 Stk. 1300-1500 g	12 h
Forellen 12-15 cm	50 l	15 l	10 °C	70 Stk. Ca. 1800 g	12 h
Hechte 4-7 cm	50 l	15 l	6-8 °C	1000 Stk. 800-1200 g	12 h
Zander 3-5 cm	30 l	15 l	10 °C	2000 Stk. 800 g	12 h
Zander 6-9 cm	30 l	15 l	10 °C	400 Stk. 1200 g	12 h
Zander 9-12 cm	30 l	15 l	10 °C	150 Stk. 1200 g	12 h
Karpfen, K _v 3-4 cm	30 l	15 l	12-15 °C	1500 Stk. Ca. 1500 g	12 h

Tab. 14: Richtwerte für Transportmengen verschiedener Fischarten und –größen im offenen System (BOHL 1999)

Fischart und Alter	Volumen : Fischgewicht	Wassertemperatur	Dauer
Forellen und Saiblinge	4,5:1	10-12 °C	3-5 h
250-1000 g	4:1 Winter	10 °C	6-8 h
	5,5:1 Sommer	10-12 °C	10-20 h
Forellen und Saiblinge			
150-200 g	5:1		6-8 h
30-100 g	6,8-7:1	10-12 °C	bis 12 h
10-20 g	10:1		6-8 h
Forellen und Saiblinge			
5 g	13:1		6-8 h
3 g	15:1	10-12 °C	10-12 h
1,5-3 g	20-25:1		6-8 h
Karpfen	2:1		bis 10 h
K ₃	2,2:1	10-12 °C	bis 10 h
K ₂	3,3:1		bis 12 h
K ₁	5:1	über 12 °C	bis 4 h
K _v	10-16:1	nicht unter 15 °C	5-10 h

- Bei manchen Fischarten (besonders Zander) kann der **Zusatz von Kochsalz** sinnvoll sein (Vermeidung von Elektrolytverlust, Beruhigung, vermehrte Schleimbildung mit verbesserter Barrierefunktion der Schleimhaut).
- Ein hoher Anteil von Schwebstoffen (Schlamm, Hautfetzen, Schuppen) im Wasser ist für die meisten Fischarten nicht zuträglich. Das Wasser sollte daher frei von übermäßigen **Verunreinigungen** sein.

Be- und Entladen

- Die **Be- und Entladevorrichtungen** (z.B. Kescher, Rutschen, Eimer, Fischpumpen) müssen so konstruiert sein, dass den Fischen Leiden und Schäden, z.B. Verletzungen, erspart werden und ihre Sicherheit gewährleistet ist.

- Bei den **Be- und Entladevorgängen** sind die Fische **schonend zu behandeln**. Erregung, Stress und Schäden, z.B. Verletzungen, müssen so weit wie möglich vermieden werden.
- Das **Handling** der Fische sollte schonend sein und auf ein **Minimum** beschränkt werden, um die Fische nicht unnötig zu stressen.
- 1. **Unverträgliche Fische** sowie Fische **erheblich unterschiedlicher Größe** sind möglichst getrennt zu transportieren. Es soll möglichst nur eine Fischart pro Transportbehälter eingesetzt werden.
- 2. Fische mit **unterschiedlichen Ansprüchen an Wassertemperatur und Wasserqualität** sind getrennt zu transportieren.
- Der **Kontakt der Fische mit Luft** soll – sofern unvermeidbar - auf ein Minimum beschränkt werden. Auch der direkte Kontakt zwischen Fischen oder mit anderen Oberflächen soll so kurz wie möglich sein, um die Schleimhaut nicht zu beschädigen.
- Zum **Beladen** soll das Herkunftswasser verwendet werden. Die **Temperatur des Transportwassers** sollte sich nicht um mehr als 2°C von der Temperatur des Herkunftswassers unterscheiden. Anderenfalls muss die Temperatur langsam angeglichen werden (Richtwert ca. 1°C/Stunde).
- Beim **Entladen** ist ebenfalls darauf zu achten, dass sich die **Temperatur des Transportwassers** um möglichst nicht mehr als ca. 2 °C von der Temperatur des Wassers in der neuen Haltungseinrichtung unterscheidet. Anderenfalls muss auch hier die Temperatur langsam angeglichen werden (Richtwert ca. 1° C/Stunde). Vor dem eigentlichen Entladen soll ein Teilwasserwechsel im Transportbehälter zum Angleichen des Transportwassers mit dem neuen Hälterungswasser durchgeführt werden.
- Beim Öffnen der Behältnisse ist ein plötzlicher starker Lichteinfall zu vermeiden, da dies Fische stark beunruhigt und unnötig stresst.
- Nach dem Entladen sollten die Fische in kürzestmöglicher Zeit von einer **sachkundigen Person untersucht** werden. Kranke, verletzte oder anderweitig in schlechter Verfassung befindliche Tiere sollten beobachtet und von den anderen Fischen getrennt untergebracht werden. Diese Fische sollten ggf. tierärztlich behandelt oder ggf. sofort schmerzlos getötet werden.

Hygienische und fischseuchenrechtliche Aspekte

- Einfuhr: Fische, die aus Drittländern eingeführt werden, benötigen eine Gesundheitsbescheinigung gemäß den Vorgaben der VO (EG) Nr. 1251/2008.
- Eine Gesundheitsbescheinigung gemäß den Vorgaben der Anlage 2 zur Fischseuchenverordnung ist erforderlich, wenn die Fische in ein Schutzgebiet, das für seuchenfrei erklärt wurde oder ein Gebiet, für das ein von der Europäischen Kommission genehmigtes Überwachungs- oder Tilgungsprogramm besteht, verbracht werden
- Innergemeinschaftliches Verbringen:

- Fische, die für einen zugelassenen Fischhaltungsbetrieb in einem anderen Mitgliedstaat oder für ein zugelassenes Gebiet eines anderen Mitgliedstaates bestimmt sind, dürfen nur verbracht werden, wenn sie
 - aus einem nach der Fischseuchenverordnung zugelassenen Fischhaltungsbetrieb oder zugelassenen Gebiet stammen oder
 - im Falle von Fischen, die den für die IHN oder VHS nicht empfänglichen Arten angehören, aus einem Fischhaltungsbetrieb stammen, in dem ausschließlich Fische dieser Art gehalten werden und der nicht mit Wasserläufen in Verbindung steht.
- Fische der für die IHN oder VHS empfänglichen Arten sowie Fische einer nicht für IHN oder VHS empfänglichen Art, die für einen zugelassenen Fischhaltungsbetrieb oder ein zugelassenes Gebiet bestimmt sind und aus einem zugelassenen Fischhaltungsbetrieb oder einem zugelassenen Gebiet stammen, können innergemeinschaftlich genehmigungsfrei verbracht werden, wenn sie von einer in Anlage 3 der Binnenmarkt tierseuchenschutzverordnung genannten gemeinschaftsrechtlich vorgeschriebenen Bescheinigung ggf. mit zusätzlicher Erklärung begleitet sind.
- **Fische und Transportwasser** dürfen nach Verlassen ihrer Herkunftsbetriebe bis zur Ankunft am Bestimmungsort zu keiner Zeit mit Tieren und Wasser in Berührung kommen, die einen niedrigeren Gesundheitsstatus aufweisen
- Die zur Beförderung der Fische verwendeten Transportfahrzeuge, Transportmittel und Geräte müssen nach jedem Transport von Tieren oder Erzeugnissen, die die Tiergesundheit beeinträchtigen könnten, vor erneuter Benutzung **gereinigt** und mit einem geeigneten Desinfektionsmittel (DVG-geprüft oder Wirksamkeit erwiesen nach der Desinfektionsrichtlinie des BMELV) **desinfiziert** werden.

Dokumentation:

Es sind formlose **Transportpapiere** mitzuführen, aus denen Folgendes hervorgeht:

- Herkunft und Eigentümer der Tiere
- Versandort
- Tag und Uhrzeit des Beginns der Beförderung
- Vorgesehener Bestimmungsort
- Voraussichtliche Dauer der geplanten Beförderung

Dies gilt nicht, wenn die Fische ab ihrem Betrieb in betriebseigenen Fahrzeugen über Strecken von **weniger als 50 km** transportiert werden

Werden Transporte über Entfernungen von **mehr als 65 km** durchgeführt, dann entstehen weitere Verpflichtungen:

- Der Transportunternehmer benötigt eine **Zulassung** der zuständigen Veterinärbehörde (Typ 1 bei Beförderungen bis 8 h Dauer, Typ 2 bei Beförderungen über 8 h Dauer).
- Bei Transporten mit **über 8 Stunden Dauer** sind mit dem Zulassungsantrag **Notfallpläne** vorzulegen, aus denen hervorgeht, wie in möglichen Notsituationen vorgegangen werden soll, damit das Wohl der transportierten Tiere jederzeit gewährleistet bleibt. Außerdem sind Angaben zu vorgesehenen **Wasserwechselstellen** zu machen.

Nach der Fischseuchenverordnung ist der Transporteur buchführungspflichtig, wobei auch Loseblattdurchschreibesysteme oder andere dauerhaft zuverlässig nachprüfbar

systematische Aufzeichnungen anerkannt werden. Die Aufzeichnungen müssen mindestens drei Jahre aufbewahrt werden.

In diesem sog. Transportbuch ist Folgendes zu dokumentieren:

- Name und Anschrift des bisherigen Besitzers (Herkunftsbetrieb), Name und Anschrift des Erwerbers (Empfangsbetrieb),
- Ort und Datum der Übernahme und Übergabe,
- Stückzahl oder Gesamtgewicht,
- Art,
- jeder Wasserwechsel während des Transportes, mit Angaben über die Herkunft des neuen und den Ort des Ablassens des verbrauchten Wassers,
- Sterblichkeitsrate während des Transports aufgeschlüsselt nach Transportarten und den transportierten Fischarten.

Ein Fahrtenbuch, ein Befähigungsnachweis und eine tierschutzrechtliche Zulassung des Fahrzeugs sind nicht erforderlich.

Rechtliche Grundlagen

- Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22. Dezember 2004 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der Richtlinien 64/432/EWG und 93/119/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97; ABl. L 3 vom 5.1.2005, S. 1
- Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport und zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates (Tierschutztransportverordnung - TierSchTrV); BGBl. I S. 375
- Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), das zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934) geändert worden ist (TierSchG)
- Fischseuchenverordnung vom 24. November 2008 (BGBl. I S. 2315)
- Richtlinie 2006/88/EG des Rates vom 24. Oktober 2006 mit Gesundheits- und Hygienevorschriften für Tiere in Aquakultur und Aquakulturerzeugnisse und zur Verhütung und Bekämpfung bestimmter Wassertierkrankheiten (ABl. L 328 vom 24.11.2006, S. 14), zuletzt geändert durch Richtlinie v. 1.5.2008.
- Verordnung (EG) Nr. 1251/2008 der Kommission vom 12. Dezember 2008 zur Durchführung der Richtlinie 2006/88/EG des Rates hinsichtlich der Bedingungen und Bescheinigungsvorschriften für das Inverkehrbringen und die Einfuhr in die Gemeinschaft von Tieren in Aquakultur und Aquakulturerzeugnissen sowie zur Festlegung einer Liste von Überträgerarten (ABl. L 337 vom 16.12.2008, S. 41), zuletzt geändert durch Verordnung v. 7.12.2010.
- Empfehlung der Kommission vom 18. Juni 2007 mit Leitlinien für die Unterbringung und Pflege von Tieren, die für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendet werden (2007/526/EG)
- Empfehlungen des Ständigen Ausschusses des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen: Empfehlungen für die Haltung von Fischen in Aquakultur vom 5. Dezember 2005, Banz. Nr. 161 v. 26. August 2006 (S. 5932)
- Verordnung über das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr und Durchfuhr von Tieren und Waren (Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung - BmTierSSchV) vom 28.12.1992, Stand: 14.7.2010

Literaturverzeichnis

Baur H. et al (2010): Nutzfische und Krebse. Lebensraum, Erkrankungen und Therapie, Enke Verlag

EFSA (2004): The welfare of animals during transport, EFSA-Journal 44, 1 - 36

Harrer, D (2011): Rechtliche und praktische Anforderungen beim Transport von Fischen. Bayerns Fischerei und Gewässer I/2011, 20-22

Landwirtschaftskammer Niedersachsen (2010). Ordnungsgemäße Fischhaltung

Rapp, J (1995): Praktische Hinweise und Empfehlungen zu tierschutzgerechtem Transport lebender Süßwasserfische (ausgenommen Zierfische). AtD I/95, 35 – 46

Vollmann-Schipper F (1989): Transport lebender Fische. Abfischen, Haltern, Sortieren, Verladen, Parey Verlag (vergriffen)

Merkblatt Transport ANDERE TIERARTEN

Schriftliche Fütterungs- und Tränkeanweisungen und sonstige Pflegebedürfnisse sind mitzuführen und zu befolgen.

Ggf. ist ein schriftlicher Hinweis mitzuführen, dass es sich um gefährliche, scheue oder wilde Tiere handelt notwendig (z.B. „Vorsicht, bissige Tiere“).

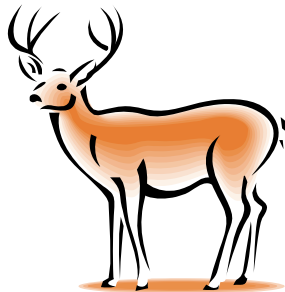
KATZEN & HUNDE



Welpen jünger als 8 Wochen sind transportunfähig, außer sie werden von den Muttertieren begleitet

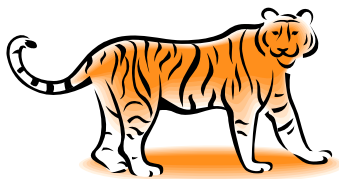
Hunde und Katzen müssen mindestens alle 24 Stunden gefüttert werden und mindestens alle 8 Stunden getränkt werden.

HIRSCHE/WILD



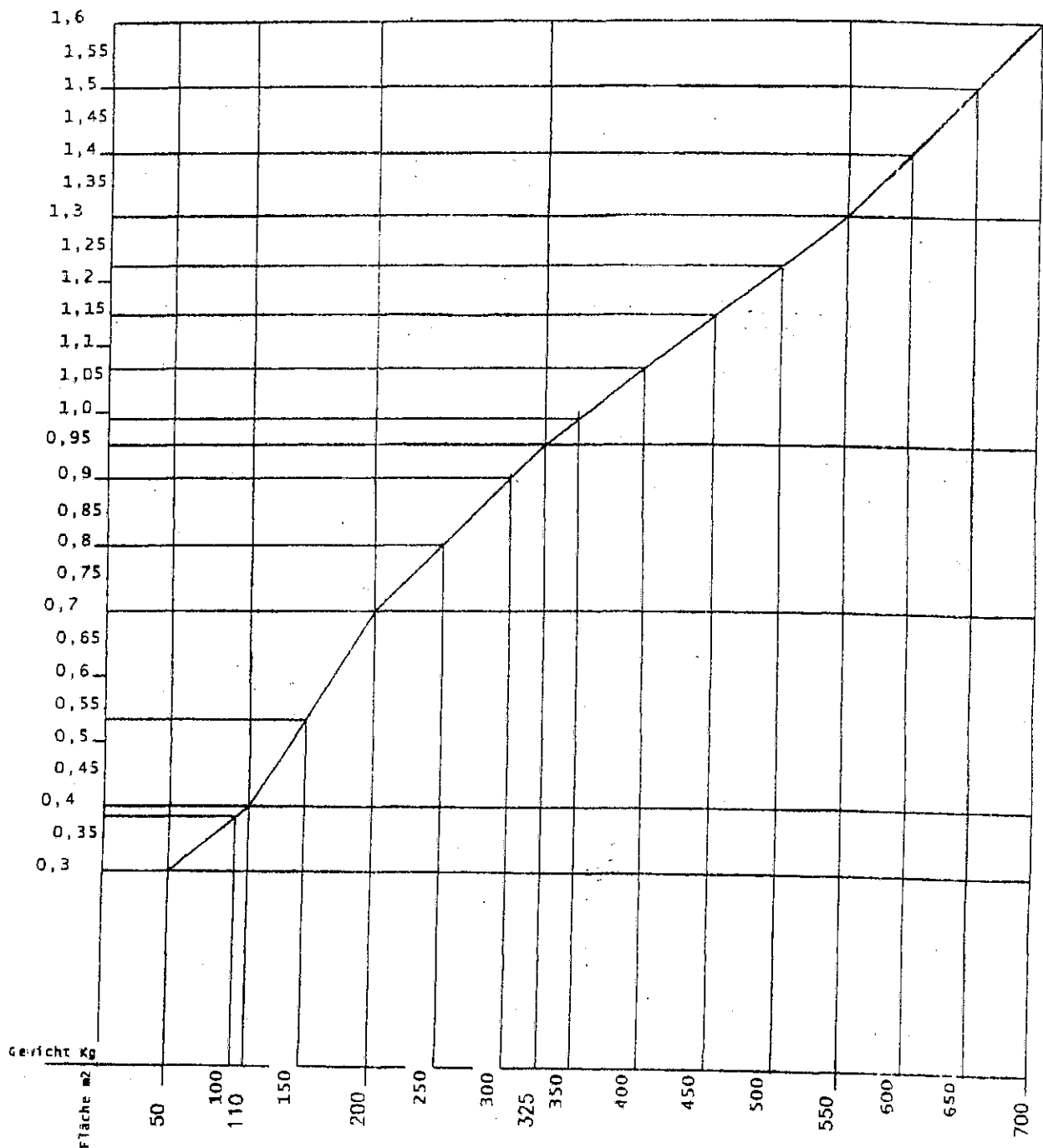
Geweih tragende Tiere mit Bast sind transportunfähig

WILDTIERE



Wildtiere müssen mit dem Hinweis "wild, scheu oder gefährliche Tiere" sowie mit Fütterungs-, Tränkungs- und Pflegeanweisung transportiert werden.

Minimum space – Cattle – Road transport – Reg. 1/2005



- Bovines between 50 kg and 110 kg → Minimum space = $(0,00166666 \dots \times \text{weight}) + 0,216666 \dots$
 Bovines between 110 kg and 200 kg → Minimum space = $(0,00333333 \dots \times \text{weight}) + 0,033333 \dots$
 Bovines between 200 kg and 325 kg → Minimum space = $(0,002 \times \text{weight}) + 0,3$
 Bovines between 325 kg and 550 kg → Minimum space = $(0,00155555 \dots \times \text{weight}) + 0,44444 \dots$
 Bovines between 550 kg and 700 kg → Minimum space = $(0,002 \times \text{weight}) + 0,2$

Lenk- und Ruhezeiten

**Fahrtzeitbegrenzungen
im Rahmen der Tiertransportgesetzgebung**



Alexander Rabitsch

VO (EG) 561/2006

LENK- UND RUHEZEITENVERORDNUNG



Tägliche **Ruhezeit**

nur bei stehendem KFZ

innert 24 h → 11 zusammenhängende Stunden
[oder 3 + 9 Stunden]

Reduzierte tägliche Ruhezeit

3 x pro Woche min. 9 Stunden (< 11 Stunden)

Wöchentliche Ruhezeit

ununterbrochene Ruhezeit von 45 Stunden

Reduzierte wöchentliche Ruhezeit

< als 45 Stunden, > 24 Stunden

→ spätestest Beginn: am Ende von sechs 24 h-Zeiträumen
nach dem Ende der vorangegangenen
wöchentlichen Ruhezeit

→ in 2 aufeinander folgenden Wochen:

- entweder 2 regelmäßige wöchentliche Ruhezeiten
- oder 1 regelmäßige wöchentliche Ruhezeit
+ 1 reduzierte wöchentliche Ruhezeit von mind. 24 h

2-Fahrer-Besetzung

ein im Mehrfahrerbetrieb eingesetzter Fahrer muss
innerhalb von 30 Stunden nach dem Ende einer
täglichen oder wöchentlichen Ruhezeit eine
neue tägliche Ruhezeit von mindestens 9 Stunden
nehmen

Tägliche **Lenkzeit** 9 h

2 x pro Woche 10 h



Wöchentliche Lenkzeit

56 h wöchentliche Lenkzeit

90 h in 2 Wochen

→ Höchstarbeitszeit in einzelnen

Wochen 60 h

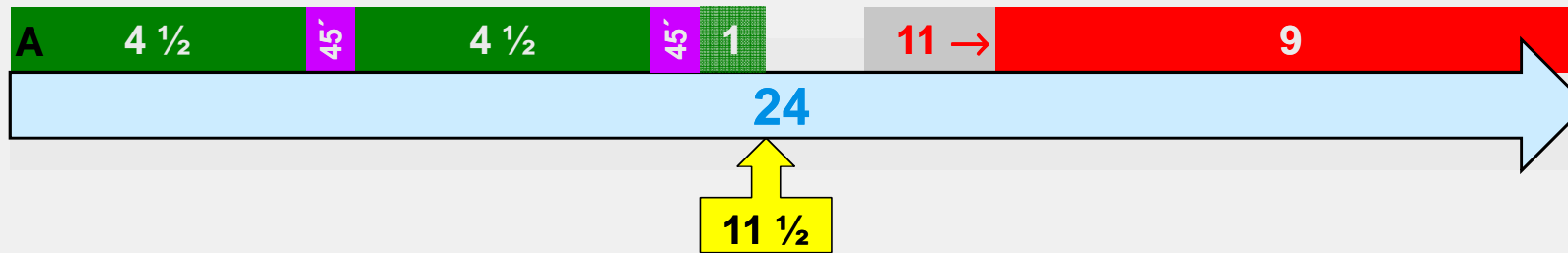
Durchrechnung: 17 Wochen

Lenkpausen nach 4½ h 45 Min.

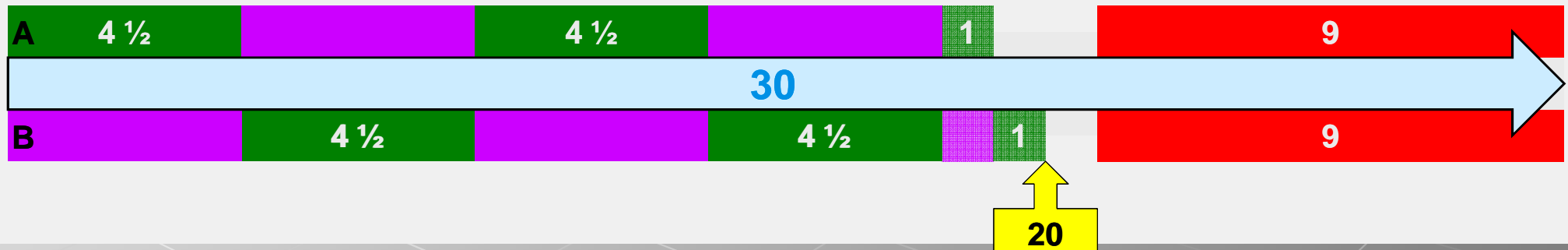
(bei Teilung : 1.: ≥ 15 Min. 2.: ≥ 30 Min.)

Lenkpause ≠ Ruhezeit

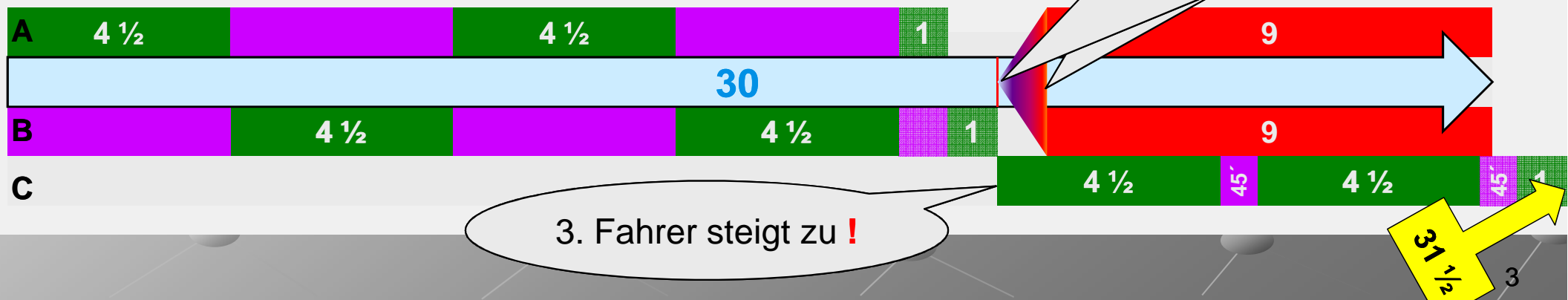
1-Fahrer Betrieb



2-Fahrer Betrieb



3-Fahrer Betrieb



1-Fahrer Betrieb

Beförderungsdauer 11 ½ Stunden

Netto-Fahrtzeit max. 10 Stunden

700 km Strecke bei Ø 70 km/h

2-Fahrer Betrieb

Beförderungsdauer 20 Stunden

Netto-Fahrtzeit max. 20 Stunden

1400 km Strecke bei Ø 70 km/h

3-Fahrer Betrieb

Beförderungsdauer 31 ½ Stunden

Netto-Fahrtzeit max. 30 Stunden

2100 km Strecke bei Ø 70 km/h

Erwägungsgrund (19) der VO (EG)1/2005
„Fahrtzeitbegrenzungen im Rahmen der Tierschutzgesetzgebung durchsetzen“



5-1 Bu Gesetz über Ordnungswidrigkeiten – § 29a



§ 29a Verfall

(1) Hat der Täter für eine mit Geldbuße bedrohte Handlung oder aus ihr etwas erlangt und wird gegen ihn wegen der Handlung eine Geldbuße nicht festgesetzt, so kann gegen ihn der Verfall eines Geldbetrages bis zu der Höhe angeordnet werden, die dem Wert des Erlangten entspricht.

(2) Hat der Täter einer mit Geldbuße bedrohten Handlung für einen anderen gehandelt und hat dieser dadurch etwas erlangt, so kann gegen ihn der Verfall eines Geldbetrages bis zu der in Absatz 1 bezeichneten Höhe angeordnet werden.

(3) Der Umfang des Erlangten und dessen Wert können geschätzt werden. [§ 18](#) gilt entsprechend.

(4) Wird gegen den Täter ein Bußgeldverfahren nicht eingeleitet oder wird es eingestellt, so kann der Verfall selbständig angeordnet werden.

8-11 Bu Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) – § 1



§ 1 Begriffsbestimmungen

(1) Güterkraftverkehr ist die geschäftsmäßige oder entgeltliche Beförderung von Gütern mit Kraftfahrzeugen, die einschließlich Anhänger ein höheres zulässiges Gesamtgewicht als 3,5 Tonnen haben.

Überprüfungsprotokoll EU-Sammelstellen/Kontrollstellen

Zweck der Überprüfung : ☐ Zulassung ☐ Routinekontrolle

Name der Sammelstelle/Kontrollstelle: _____

in Anwesenheit von: _____

zugelassen für Tierarten:	<input type="checkbox"/> Rinder Z/N/S Kälber	<input type="checkbox"/> Schweine Z/N/S Ferkel	<input type="checkbox"/> Schafe Z/N/S	<input type="checkbox"/> Pferde
------------------------------	---	---	---	--

Betreiber/verantwortliche Person: _____

Sonstiges Personal: _____

Bei der Überprüfung vorgefundene Tiere: _____

1. Auswertung der HIT-Datenbank vorab vom _____ bis _____

a) Rinder

Meldungen fristgerecht	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Hinweise auf Verstöße gegen Attestpflicht (BHV1 u. a.)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
VVVO-Vorgänge _____	

b) Schweine

Meldungen fristgerecht	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
------------------------	---

2. Kontrolle der Zulassungsbedingungen (VVVO)

Ausschließliche Nutzung als Sammelstelle	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
(Ausnahmen: auch Kontrollstelle, wenn:	

a) alle Tiere mit gleichem Gesundheitsstatus	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
b) Gesundheitsbescheinigungen vorliegen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
c) Zulassung für jeweilige Tierart	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
d) 24 h Leerzeit nach 6-tägiger Benutzung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Liegen die erforderlichen Zulassungsbescheide im Original vor	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	---

Sind die einschlägigen Rechtsgrundlagen verfügbar	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	---

Sind Unterlagen zur Notfallplanung nach Tierseuchenrecht und Tierschutzrecht vorhanden	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
--	---

Grundriss des Betriebes mit Flächenangaben, Personal- und Tierwegen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	---

Nachweise über Bezug und Verbrauch von Desinfektionsmitteln, Sicherheitsdatenblätter	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
--	---

Arbeitsanweisungen und Dokumentation zum R+D-Plan für Stallungen, Flächen, Fahrzeuge, Arbeitskleidung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	---

2.1 Gebäude und Einrichtungen

a) geeignete Anlagen: zur Verladung und Entladung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
---	---

- | | |
|--|---|
| ▪ leicht zu reinigen und zu desinfizieren | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Boden flüssigkeitsundurchlässig, rutschfest | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ <i>geringes Gefälle</i> | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ <i>keine größeren Spalten/Stufen</i> | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ ggf. seitliches Schutzgeländer an Ladebrücken, Rampen | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ glatte Wände | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ ausreichende Beleuchtung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ ordnungsgemäße Unterbringung (überdacht und seitlich geschlossen, ausreichend Platz) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Tränkung, Fütterung und Pflege, ggf. Belüftung und Abkühlungsmöglichkeit | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ <i>Treibhilfen tierschutzrechtlich i. O.</i> | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| b) Geeignete Kontrollvorrichtungen | |
| ▪ Einrichtungen zur Fixierung/ <i>Ruhighalten und Anbindevorrichtung</i> | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Überwachung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Einfriedung (überwachbare Ein- und Ausgänge) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ <i>Ausreichende Beleuchtung, Notbeleuchtung</i> | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| c) Geeignete Isolierungsvorrichtungen | |
| ▪ Krankenstall (kenntlich gemacht) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Kadaverlagerung ausreichend | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| d) Geeignete Ausstattungen zur Reinigung und Desinfektion von <u>Räumen</u> : | |
| ▪ Desinfektionseinrichtung für Hände | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Desinfektionseinrichtung für Schuhe | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Unter Druck stehendes warmes Wasser | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| <u>Viehtransportfahrzeugen (Fahrzeugwaschplatz):</u> | |
| ▪ Unter Druck stehendes warmes Wasser | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Ganzjährig nutzbar | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Boden befestigt und flüssigkeitsundurchlässig | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| ▪ Gefälle zum Abfluss | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| e) Geeignete Vorrichtung für die Aufnahme des Abwassers (<i>Abwasserableitung</i>) | |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| f) Angemessene Lagerflächen für Futter, Streu und Mist
<i>geeignete Einstreu für jeweilige Tierarten</i>
<i>sauberes Trinkwasser und angemessenes Futter</i> | |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| g) Büro/Raum für den beamteten Tierarzt
<i>Personalräume</i> | |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| h) Melkvorrichtung vorhanden | |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| i) Geräte zur Nottötung vorhanden | |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| j) Vorgaben der Schädlingsbekämpfung erfüllt
(nagersichere Zugänge zu den Stallungen, Abflüsse nagersicher, Köderboxen) | |
| | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |

nach Plan, verwendetes Rodentizid, Nachweise über Bezug und MHD, regelmäßige Kontrolle i. S. d. systematischen Schädlingsbekämpfung, Sicherheitsdatenblätter)

2.2 Betrieb

- a) Gewährleistung einer ausreichenden Biosicherheit ☐ ja ☐ nein
- Schutzkleidung vorhanden ☐ ja ☐ nein
 - *Personal ohne Kontakt mit anderen Tierarten (schlechterer Gesundheitsstatus)* ☐ ja ☐ nein
 - *Entfernung der Einstreu nach jeder Ausstallung* ☐ ja ☐ nein
 - *Angemessene Behandlung der Einstreu und Exkreme* ☐ ja ☐ nein
- b) Betriebsvorschriften festgelegt ☐ ja ☐ nein
- überprüft ☐ ja ☐ nein
 - durchgesetzt ☐ ja ☐ nein
- c) Reinigungs- und Desinfektionsplan ☐ ja ☐ nein
- Verwendete Desinfektionsmittel sind für Viehhaltungseinrichtungen zugelassen ☐ ja ☐ nein
 - Reinigung Desinfektion vor und nach jeder Nutzung ☐ ja ☐ nein
- d) Eingangskontrolle der Tiere: ☐ ja ☐ nein
- Ordnungsgemäße Kennzeichnung (Stichprobe) ☐ ja ☐ nein
 - Erforderliche tiergesundheitliche Dokumente liegen vor ☐ ja ☐ nein
- e) Tierkontrolle mind. alle 12 Stunden ☐ ja ☐ nein
- *Fütterung und Tränkung (Abstände und Mengen sichergestellt)* ☐ ja ☐ nein
 - *Pflege und Vorkehrungen zum Wohlbefinden sichergestellt* ☐ ja ☐ nein
 - *Erforderlichenfalls Hinzuziehen eines Tierarztes* ☐ ja ☐ nein
- f) Personal ☐ ja ☐ nein
- Sachkundig ☐ ja ☐ nein
 - Wurde geschult (Lehrgänge) ☐ ja ☐ nein
- g) Angaben über die zuständige Behörde ☐ ja ☐ nein
- Meldung von Verstößen möglich ☐ ja ☐ nein
 - *Mitteilung an zuständige Behörde 1 AT nach Abgang der Sendung* ☐ ja ☐ nein
 - *Meldung von festgestellten Unregelmäßigkeiten (so bald wie möglich)* ☐ ja ☐ nein
 - *Bestätigung des amtlichen Tierarztes über Transportfähigkeit im Fahrtenbuch* ☐ ja ☐ nein
- h) Kontrollbuch / Register (auch Datenträger) vorhanden ☐ ja ☐ nein
- Vollständige Angaben für jede Sendung ☐ ja ☐ nein

Rinder:

- Name des Eigentümers ☐ ja ☐ nein
- Ursprungsbetrieb ☐ ja ☐ nein
- Zeitpunkt der Aufnahme ☐ ja ☐ nein
- Zeitpunkt des Abtransportes ☐ ja ☐ nein
- Zahl und Kennzeichnung ☐ ja ☐ nein

Schweine:

- Registriernummer des Ursprungsbetriebes ☐ ja ☐ nein

- Vorhergesehene Bestimmung ☐ ja ☐ nein
- *Tag und Uhrzeit der Beendigung des Entladens* ☐ ja ☐ nein
- *Beginn des Wiederverladens* ☐ ja ☐ nein
- *Datum und Dauer der Leerzeit* ☐ ja ☐ nein
- *Nummer der Gesundheitsbescheinigung (Kopie)* ☐ ja ☐ nein
- *Angaben zum Gesundheitszustand* ☐ ja ☐ nein
 - *Merkmale und Anzahl der verendeten Tiere (Ankunft in Kontrollstelle)* ☐ ja ☐ nein
 - *Merkmale und Anzahl mit ernsthaften Verletzungen bzw. transportunfähige Tiere* ☐ ja ☐ nein
- Reg.-Nr. des Transporteurs und die Zulassungsnummer/amtliches Kennzeichen des Fahrzeugs, das die Tiere angeliefert und transportiert hat ☐ ja ☐ nein
- *Name und Anschrift des Transportunternehmers und des Fahrers* ☐ ja ☐ nein
- 3 Jahre aufbewahrt ☐ ja ☐ nein
- i) Aufzeichnungen über Tierarzneimittel ☐ ja ☐ nein
 - Anwendungs- und Abgabebelege ☐ ja ☐ nein
 - Bestandsbuch ☐ ja ☐ nein
 - Betreuender Tierarzt: _____
- j) Bemerkungen: _____

- k) Skizze des Betriebes

Dringlichkeitsmaßnahmen erforderlich / Sofortvollzug

☐ nein

☐ ja, folgende Maßnahmen:

Mitteilungen gefertigt

☐ ja, und zwar an

☐ nein

☐ Genehmigungsbehörde

☐ zuständige Behörde für die Erteilung von Befähigungsnachweisen

☐ zuständige Behörde für den Versandort

☐ zuständige Behörde für den Bestimmungsort

Sonstige Maßnahmen

☐ Belehrung

☐ mündliche Verwarnung

☐ Verwarnungsgeld

☐ OWI-Verfahren

☐ Sicherheitsleistung in Höhe von €

☐ Strafverfahren, Az: , geführt bei folgender Dienststelle

☐ Unternehmer zur Mängelbeseitigung aufgefordert, Mängelkarte übergeben

-

Datum

Unterschrift Betreiber

Unterschrift Tierarzt/-ärztin

Zeitaufwand

Gefahrene Kilometer

Vollzug der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 des Rates vom 25.06.1997 zur Festlegung gemeinschaftlicher Kriterien für Kontrollstellen und zur Anpassung des im Anhang der Richtlinie 91/628/EWG vorgesehenen Transportplans;

hier: Ihr Antrag auf Zulassung einer Kontrollstelle für Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen vom auf dem Grundstück der Gemarkung, Landkreis

Anlagen: Anhang der Verordnung (EG) Nr. 1255/07 des Rates vom 25.06.1997 in der derzeit geltenden Fassung (Anlage 1)
Satz Betriebspläne mit Personal-, Material- und Tierwegen (Anlage 2)
Übersicht Buchtenmaße und maximale Belegdichte (Anlage 3)
Konzept zur Festmisthygienisierung (Anlage 4)
Reinigungs- und Desinfektionsplan (Anlage 5)
Versorgungspläne (Anlage 6)
Kostenrechnung mit Zahlschein

Sehr geehrte(r) Herr/Frau,

Bescheid

gemäß dem Antrag vom :

1. Die Betriebsstätte der Fa., wird mit sofortiger Wirkung als Kontrollstelle für Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen gemäß Verordnung (EG) Nr. 1255/97 zugelassen.
Verantwortliche Person für die Kontrollstelle: Geschäftsführer
2. Der Kontrollstelle wird die Zulassungsnummer **DE 0.....** erteilt.

Folgende Anlagen werden als Bestandteile dieses Bescheides erklärt:

- Betriebspläne mit Personal-, Material- und Tierwegen (Anlage 2)
- Übersicht Buchtenmaße und maximale Belegdichte (Anlage 3)
- Konzept zur Festmisthygienisierung (Anlage 4)
- Reinigungs- und Desinfektionsplan (Anlage 5)
- Versorgungspläne (Anlage 6)

3. Die Zulassung als Kontrollstelle bezieht sich auf die Ställe Eine Erweiterung, Um- oder Ausbauten der Kontrollstelle ist dem Landratsamt –Veterinäramt- vor Inbetriebnahme schriftlich mitzuteilen. Die Inbetriebnahme von Erweiterungen, Um- oder Ausbauten kann erst nach entsprechendem Bescheiderlass erfolgen.

4. Die Zulassung der Kontrollstelle ergeht unter folgenden **Auflagen**:

- 4.1 Es dürfen nur vorschriftsmäßig gekennzeichnete Tiere mit gültigen Gesundheitsdokumenten oder sonstigen erforderlichen Begleitdokumenten auf die Kontrollstelle verbracht werden.
Das Vorhandensein der erforderlichen Dokumente im Original, insbesondere Gesundheitsbescheinigung und Fahrtenbuch nach Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 haben Sie oder ein Beauftragter zu überprüfen. Bei Vorhandensein mehrerer Tiersendungen ist vor Einstellung zu überprüfen, ob diese über den gleichen tierseuchenrechtli-

chen Gesundheitsstatus verfügen. Die Übereinstimmung der Kennzeichnung der Tiere mit den Angaben in den Dokumenten ist stichprobenartig zu kontrollieren (mindestens 10 % der Tiere einer Sendung, bei bis zu 10 Tieren alle Tiere der Sendung).

- 4.2 Es dürfen sich nur dann Tiere gleichzeitig auf der Kontrollstelle aufhalten, wenn ihnen der gleiche Gesundheitsstatus bescheinigt wurde und sie einer Tierart angehören, für die die Kontrollstelle zugelassen ist.
- 4.3 Folgende uneingeschränkt nutzbare **Mindestbodenflächen** je Tier dürfen nicht unterschritten werden:

Rinder:

- Kälber (Lebendgewicht LGW bis 150 kg):	1,50 m ²
- Jungrinder (LGW ca. 300 kg):	2,50 m ²
- ausgewachsene weibliche Rinder (LGW > 550 kg):	4,50 m ²
- Bullen (LGW > 700 kg):	3,75 m ²

Schweine:

- Ferkel (LGW 20 bis 30 kg)	0,35 m ²
- Ferkel (LGW 30 bis 50 kg)	0,50 m ²
- Zuchtläufer und Mastschweine (LGW 50 bis 110 kg)	0,75 m ²
- Zuchtläufer und Mastschweine (LGW über 110 kg)	1,00 m ²
- Jungsauen	1,65 m ²
- Sauen	2,25 m ²

Schafe/Ziegen:

- Lämmer/Zicklein (LGW 25 - 50 kg)	0,50 m ²
- Ausgewachsene Tiere	1,00 m ²

Die daraus resultierende maximale Belegdichte für die einzelnen Buchten ist in der Anlage 3 „Übersicht Buchtenmaße und maximale Belegdichte“ aufgeführt.

Kumulativ zur Gewährleistung der Mindestbodenfläche darf die nachfolgend aufgeführte maximale **Aufnahmekapazität** (aufgerundet) der Kontrollstelle nicht überschritten werden:

- Kälber (Lebendgewicht bis 150 kg):	Tiere
- Fresser (Lebendgewicht ca. 250 kg):	Tiere
- Zucht- und NutZRinder (Lebendgewicht >550kgkg):	Tiere
- Bullen (Lebendgewicht ca. 700 kg)	Tiere
- Ferkel (Lebendgewicht 20 bis 30 kg):	Tiere
- Ferkel (Lebendgewicht 30 bis 50 kg):	Tiere
- Zuchtläufer und Mastschweine: (Lebendgewicht 50 bis 110 kg)	Tiere
- Zuchtläufer und Mastschweine: (Lebendgewicht über 110 kg)	Tiere
- Schafe/Ziegen (Ausgew. Tiere):	Tiere
- Schafe/Ziegen (Lämmer)	Tiere

Bei gleichzeitiger Nutzung der Kontrollstelle für verschiedene Tierarten sind die vorgenannten Zahlen entsprechend zu reduzieren.

- 4.4 a) Die Tiere, die sich auf der Kontrollstelle aufhalten, sind in angemessenen Zeitabständen zu füttern und zu tränken sowie zu kontrollieren und zu pflegen. Für die jeweilige Tierart/ Altersgruppe sind die Vorgaben im Versorgungsplan (Anlage 6) einzuhalten.
b) Zur Versorgung der Tiere auf der Kontrollstelle darf nur Personal eingesetzt werden, das über die für den Umgang mit Tieren erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt. Die Personen müssen vor Aufnahme ihrer Tätigkeit Nachweise über ihre fachlichen Kenntnisse erbringen.
- 4.5 Die Stallungen der Kontrollstelle sind vor und nach jeder Benutzung nach den Anweisungen des amtlichen Tierarztes zu reinigen und zu desinfizieren. Die Reinigung und Desinfektion hat gemäß dem Reinigungs- und Desinfektionsplan der, Stand (vgl. Anlage 5) bzw. bei Änderungen nach einem zuvor durch den amtlichen Tierarzt genehmigten Reinigungs- und Desinfektionsplan zu erfolgen. Nach der Ausstallung einer Sendung ist die Einstreu zu entfernen und durch frische Einstreu zu ersetzen.
- 4.6 Die voraussichtliche Ankunft der Tiere und die geplante Aufenthaltsdauer sind dem Landratsamt –Veterinäramt- mindestens eine Werktag vor Ankunft schriftlich (per Fax oder E-Mail) mitzuteilen.
- 4.7 Als Vorrichtung zum Ruhigstellen, Inspizieren und Untersuchen von Tieren ist eine geeignete Einrichtung (z.B. mobile Tierwaage oder gleichwertige Einrichtung) stets einsatzbereit vorzuhalten.
- 4.8 Als angemessene Behandlung der Einstreu, der Exkremente und des Urins der Tiere gem. Buchstabe A Nr. 4 des Anhangs zur Verordnung (EG) Nr. 1255/97 gilt ausschließlich ein Vorgehen entsprechend dem Konzept zur Behandlung des anfallenden Festmistes (Anlage 4)..
- 4.9 Bodenbeläge müssen im gesamten Aufenthaltsbereich der Tiere trittsicher und rutschfest gestaltet sein.
- 4.10 Tiere, die das Transportmittel nicht aus eigener Kraft ohne schmerzhaftes Treibhilfen verlassen können, sind dort zu betäuben oder zu töten, wo sie sich befinden.
- 4.11 Für das Erfordernis einer Nottötung sind geeignete Geräte (z.B. Bolzenschussapparat mit für die Tierart und –größe passender Munition) vorzuhalten.
5. Das Landratsamt –Veterinäramt- wird als zuständige Behörde in schwerwiegenden Fällen, insbesondere aus Gründen der Tiergesundheit oder des Wohlbefindens der Tiere, die Nutzung der Kontrollstelle aussetzen (Art. 3 Abs. 4 der Verordnung (EG) 1255/97).
6. Die amtliche Überwachung der Kontrollstelle obliegt dem Landratsamt –Veterinäramt- als Zulassungsbehörde und eines von dieser Behörde bestimmten amtlichen Tierarztes.
7. Das Landratsamt –Veterinäramt- ist unverzüglich über Änderungen der Firmenbezeichnung, Anschrift, Rechtsform, Geschäftsführer mit dem Datum des Wechsels zu unterrichten..
8. Dieser Bescheid ergeht im Hinblick auf die Gesamtkonzeption der Kontrollstelle. Er wird durch eine Änderung der dieser Entscheidung zugrunde liegenden Tatsachen- und Entscheidungs-

grundlage, z.B. durch einen Erweiterungsantrag, gegenstandslos. Über ein eventuelles neues Konzept ist dann neu zu entscheiden.

9. Die Fa. trägt als Antragstellerin die Kosten des Verfahrens.
10. Für diesen Bescheid wird eine Gebühr i. H. v. EUR festgesetzt. Auslagen für die Zustellung werden entsprechend der beiliegenden Kostenrechnung erhoben.

Hinweise:

Die Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 vom 25.06.1997 einschließlich des Anhangs dieser Verordnung in der jeweils gültigen Fassung müssen ständig und ohne Ausnahme eingehalten werden.

Bei der Unterbringung und Versorgung der Tiere sind alle anwendbaren Bestimmungen der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Soweit die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung für eine Tierart oder Kategorie keine Detailregelungen vorsieht, sind die Grundlagen der guten landwirtschaftlichen Praxis für eine artgemäße und verhaltensgerechte Tierhaltung zugrunde zu legen.

Müssen Tiere im Rahmen des Betriebes der Kontrollstelle getötet werden, so sind die einschlägigen Bestimmungen der Tierschutzschlachtverordnung sowie des Tierschutzgesetzes zu beachten.

Begründung:

I.

Das Landratsamt ist gemäß Art. 3 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1255/97 i. V. m. örtlich und sachlich für die Zulassung als Kontrollstelle von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen zuständig.

Die Kostenentscheidung beruht auf

Die Auslagen werden gemäß erhoben.

Begründung der Auflagen:

zu Nr. 4.1:

Tiere ohne ordnungsgemäße Kennzeichnung können nicht mehr den entsprechenden Gesundheitsdokumenten zugeordnet werden. Fehlende oder unvollständige Dokumente können dazu führen, dass der gesamte Transport aus tierseuchen- oder tierschutzrechtlichen Gründen nicht fortgesetzt werden kann, was zu vermeidbaren Leiden für die Tiere führen kann.

Der Betreiber der Kontrollstelle hat daher bereits bei Eintreffen und Einstallung der Tiere erste Überprüfungen durchzuführen.

zu Nr. 4.2:

Bei gleichzeitigem Aufenthalt in der Kontrollstelle von Tieren mit unterschiedlichem Gesundheitsstatus wird der jeweils höherwertige Gesundheitsstatus entwertet. Tiersendungen können dann ggf.

nicht mehr wie geplant durchgeführt werden, was zu vermeidbaren Leiden für die Tiere führen kann. Werden Tiertransporte trotz Entwertung des jeweiligen Gesundheitsstatus fortgesetzt, stellt dies einen Verstoß gegen EU-Recht dar und kann zur Seuchenverschleppung beitragen.

zu Nr. 4.3:

Während des mindestens 24-stündigen Aufenthaltes der Tiere in der Kontrollstelle sollen sich diese unter stressfreien Bedingungen von den Belastungen durch die vorangegangene Transportphase erholen und auf die nachfolgende Transportphase vorbereiten können. Hierfür sind die in der Tierschutznutztierhaltungsverordnung genannten Mindestbodenflächen erforderlich. Wo keine entsprechenden Werte gesetzlich geregelt sind, sind die nach der guten landwirtschaftlichen Praxis unter Haltungsbedingungen üblichen Werte anzusetzen.

Zu Nr. 4.4 a:

Da die Anforderungen an die Versorgung von Tieren während langer Beförderungen je nach Tierart und Altersgruppe sehr unterschiedlich sind und besonderen Ansprüchen genügen müssen, ist es erforderlich, detaillierte Versorgungspläne zu erstellen. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass die Tiere nach dem Transport und vor der Weiterbeförderung eine ausreichende aber leicht verdauliche Nährstoffmenge benötigen.

Zu Nr. 4.4.b:

Zur Sicherstellung einer tierschutzgerechten Pflege und Versorgung der Tiere während der 24-stündigen Ruhephase auf der Kontrollstelle ist speziell geschultes Personal erforderlich. Dieses muss in der Lage sein, den Gesundheitszustand der Tiere zu beurteilen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen einzuleiten, damit den Tieren keine Schmerzen, Leiden oder Schäden entstehen

Von dem Vorhandensein der erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten kann ausgegangen werden, wenn die Personen z.B. eine abgeschlossene Berufsausbildung als Landwirt oder Tierwirt nachweisen können oder einen Befähigungsnachweis für den Transport von Tieren besitzen.

zu Nr. 4.5:

Auch klinisch unauffällige Tiere können bereits mit hochgefährlichen Tierseuchen infiziert sein und deren Erreger ausscheiden. Zur Vermeidung einer großflächigen Seuchenverschleppung sind daher nach jeder Ausstellung von Tieren die erforderlichen Reinigungs- und Desinfektionsmaßnahmen durchzuführen.

zu Nr. 4.6:

Die rechtzeitige Mitteilung der Ankunft von Tiersendungen ermöglicht es der zuständigen Behörde, die erforderlichen Kontrolltätigkeiten planen und mit dem Betreiber der Kontrollstelle abstimmen zu können.

zu Nr. 4.7:

Um im Verdachtsfalle bei einzelnen Tieren oder Tiergruppen gefahrlos Untersuchungen vornehmen und Proben entnehmen zu können, ist eine sichere Fixierung dieser Tiere erforderlich..

zu Nr. 4.8:

Exkrement und Einstreu können die Erreger hochgefährlicher Tierseuchen beinhalten. Um zu verhindern, dass von diesen Materialien eine Gefahr für die einheimischen Tierbestände ausgeht, ist es erforderlich, diese vor dem Verbringen aus der Kontrollstelle einer seuchenhygienischen Behandlung zu unterziehen.

zu Nr. 4.9:

Trittsichere und rutschfeste Bodenbeläge tragen zur Verhinderung von vermeidbaren Schmerzen, Leiden und Schäden für die Tiere bei.

zu Nr. 4.10:

Die Tötung bzw. Betäubung von Tieren, die das Transportmittel nicht aus eigener Kraft ohne schmerzhaftes Treibhilfen verlassen können, dient der Vermeidung erheblicher Schmerzen für die betroffenen Tiere.

zu Nr. 4.11:

Die Nottötung von Tieren muss zur Vermeidung von Schmerzen für die Tiere i. d. R. in kürzester Zeit durchgeführt werden. Um zu vermeiden, dass die Tiere bis zur Beschaffung geeigneter Ausrüstung unnötig leiden müssen, sind geeignete und sofort einsatzfähige Geräte auf dem Gelände der Kontrollstelle vorzuhalten.

II.

Mit Schreiben vom beantragte Herr als Geschäftsführer der Firma H....., beim Landratsamt die Zulassung seiner Betriebsstätte auf dem Grundstück Fl.-Nr., als Kontrollstelle gemäß Verordnung (EG) Nr. 1255/97 des Rates vom 25.06.1997.

Mit fachlicher Stellungnahme vom des amtstierärztlichen Dienstes (Veterinäramt) beim Landratsamt wurde festgestellt, dass die vorgesehene Kontrollstelle der Firma, die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 erfüllt.

Nach Art. 1 der Verordnung (EG) 1255/97 sind Kontrollstellen Orte, an denen Tiere gemäß Anhang I Kapitel V Nummer 1.5 oder Nummer 1.7 Buchstabe b) der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 mindestens zwölf Stunden oder länger ruhen. Diese Kontrollstellen müssen die in der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 festgelegten gemeinschaftlichen Kriterien erfüllen und bedürfen einer Zulassung durch die zuständige Behörde. Diese erteilt der Kontrollstelle mit der Zulassung eine Zulassungsnummer.

Die Voraussetzungen der Betriebsstätte als Kontrollstelle der Fa., sind erfüllt bzw. werden erfüllt, wenn die Nrn. 5 bis 8 des Tenors dieses Bescheides eingehalten werden. Daher konnte die Betriebsstätte der Fa., als Kontrollstelle von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen zugelassen werden.

Der Auflagenvorbehalt ergibt sich aus

Der Vorbehalt des Aussetzens der Zulassung ergibt sich aus der jeweils geltenden gesetzlichen Regelung (vgl. Nr. 4 dieses Bescheides).

Rechtsbehelfsbelehrung

.....

Dokumentationsbeleg zur Abfertigung eines Tiertransportes über 8 Stunden („lange Beförderung“) ¹⁾

Stempel der zuständigen Behörde

Eingangsdatum der Anlage 1 des Fahrtenbuches

Datum der Verladung

Rücklaufdatum des Fahrtenbuches

Transportunternehmer:..... Zulassungs-Nr:.....

Beförderer:

☐ Zulassung nach Art. 11 ☐ Befähigungsnachweis nach Art 17 Abs. 2
haben vorgelegen

Transportmittel ☐ Zulassung(en) nach Art. 18 hat/haben vorgelegen

Amtliches Kennzeichen: Zugmaschine:.....Anhängers/Auflieger:.....

Registriernummer:

Anzahl der Tiere / Tierart:

Durchgeführte Kontrollen/Prüfungen	Prüfvermerk/ Bestätigung der Durchführung entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Bemerkungen
• Plausibilitätsprüfung Abschnitt 1 des Fahrtenbuches	
• Tierseuchenrechtliche Prüfung	
• Kontrolle der Tiere auf Transportfähigkeit <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl verladener Tiere • Anzahl beanstandeter Tiere 	
• Ggf. Mindestaufenthaltsdauer und Versorgung am Versandort eingehalten	
• Ladedichte, Gruppenzusammenstellung und Freiraum über den Tieren	
• Mitnahme von Futter (Art / Menge)	
• Fahrzeug ausreichend eingestreut	
• Mitnahme von Tränkwasser (Menge)	
• Funktionsprüfung der Tränkanlage	
• Funktionsfähigkeit der Tränke bei Minusgraden sichergestellt	

¹ Alle Angaben beziehen sich auf die Verordnung (EG) Nr. 1/2005

Durchgeführte Kontrollen/Prüfungen	Prüfvermerk/ Bestätigung der Durchführung entsprechend den rechtlichen Vorgaben, Bemerkungen
• Funktionsprüfung der Lüftungssysteme	
• Verladevorgang: Beginn des Verladens des ersten Tieres / Verladeende / Abfahrt des LKW	
• Verladeeinrichtung	
• Umgang mit den Tieren	

Bemerkungen / eingeleitete Maßnahmen:

Abschließende Beurteilung:

Genehmigung des Transportes:

☐ ja

☐ nein

Datum, Unterschrift des amtlichen Tierarztes

Kontrolle des zurückgesandten Transportplanes:

☐ ohne Beanstandungen

☐ mit Beanstandungen

Datum, Unterschrift des amtlichen Tierarztes

Überprüfung der Transportfähigkeit

Entsprechend Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 ¹⁾ i. V. mit Anhang I Kapitel I darf niemand eine Tierbeförderung durchführen oder veranlassen, wenn den Tieren dabei Verletzungen oder unnötige Leiden zugeführt werden können. Darüber hinaus müssen alle Tiere transportfähig sein. Das bedeutet, dass die zuständige Behörde des Versandortes bei Ausführen nur solche Tiere verladen lassen darf, für die die Transportfähigkeit festgestellt wurde. Der zuständige amtliche Tierarzt hat bei der adspektorischen Untersuchung die in den Gesundheitsbescheinigungen benannten Tiere einer Inaugenscheinnahme und Beurteilung hinsichtlich

- der Haut und des Haarkleides
 - der sichtbaren Schleimhäute
 - der Körperöffnungen
 - der Gliedmaßen
 - der Körperhaltung
 - des Verhaltens und
 - der Bewegungsabläufe
- zu unterziehen.

Insbesondere gelten als transportunfähig,

- Tiere die sich nicht schmerzfrei oder ohne Hilfe bewegen können und
- Tiere, die große offene Wunden oder schwere Organvorfälle haben.

Bei tragenden Tieren wird anhand der vom Organisator/Transportunternehmer vorgelegten Unterlagen die Dauer der Trächtigkeit geprüft; Tiere, die sich im fortgeschrittenen Stadium der Trächtigkeit befinden (90 % oder mehr) gelten als nicht transportfähig. Dies bedeutet, dass

- Pferde > 300 Tage,
- Rinder > 252 Tage,
- Schafe > 135 Tage sowie
- Schweine > 102 Tage

Trächtigkeit vom Transport auszuschließen sind.

Auch innerhalb von 6 Tagen nach der Geburt gelten die Muttertiere als nicht transportfähig.

Neugeborene Säugetiere gelten als nicht transportfähig, deren Nabelwunde nicht vollständig verheilt ist. Weniger als 3 Wochen alte Ferkel, weniger als 1 Woche alte Lämmer und weniger als 10 Tage alte Kälber dürfen maximal über eine Strecke von 100 km befördert werden.

¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1/2005 des Rates vom 22.12.2005 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen sowie zur Änderung der RL 64/432/EWG und 93/119/EWG und der Verordnung (EG) Nr. 1255/97 (ABl. L 3, S. 1 v. 05.01.2005)

Laktierende Kühe, Schafe und Ziegen, die ohne ihre Nachkommen transportiert werden, müssen in Abständen von maximal 12 Stunden gemolken werden. Derzeit ist den Auflistungen der benannten Kontrollstellen nicht zu entnehmen, ob dort Vorrichtungen zum Melken der o. g. Tierarten vorhanden sind. Insofern ist bei langen Transporten laktierender Tiere die Benennung von geeigneten Einrichtungen nachzuweisen bzw. es sind entsprechende Bestätigungen einzuholen.

Für die adspektorische Untersuchung mit unauffälligem Untersuchungsergebnis wird keine Einzelbefundung erstellt, eine Identitätsprüfung ist bei ca. 10 % der vorgestellten Tiere durch Ohrmarken-/Kennzeichnungsvergleich durchzuführen. Wird gleichzeitig im Rahmen der Verladung eine zollrechtliche Nämlichkeitskontrolle durchgeführt, kann auf die zusätzliche veterinärrechtliche Nämlichkeitskontrolle verzichtet werden.

Als transportfähig gelten nur solche Tiere, bei denen nach der adspektorischen Untersuchung unter Berücksichtigung der Vorbelastung und aktuellen Gegebenheiten (Herkunft der Tiere, Transport zur Sammelstelle, Unterbringung und Versorgung in der Sammelstelle u. a. m.) und der o. a. Trächtigkeitsprüfung **keine** Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass die Tiere für den vorgesehenen Transport nicht geeignet sind.

Durch Abzeichnen im Dokumentationsbeleg und durch Unterschrift im Abschnitt 2 des Fahrtbuches bestätigt die zuständige Behörde ihren Untersuchungsbefund und damit die Transportfähigkeit der zu verladenden Tiere.

Checkliste zur Beurteilung der mitzuführenden Futter- und Wasservorräte

Übersicht über Grunddaten zu den Körperfunktionen – Normalwerte

Parameter	Rinder	Kälber	Schweine	Ferkel	Schafe	Pferde
Atmung Frequenz / Min.	18-28	30-40	8-20	20-50	10-12	8-16
Herzschläge Frequenz / Min.	60-80	90-110	60-90	90-110	70-80	28-40 (bei Arbeit bis > 100)
Körperinnen- temperatur in °C	37,5- 39,5	38,5- 40,5	38-40	39-40,5	38,5-40,0	37,5-38,5
Wasser- bedarf / Tag	50- 100 l je nach Größe, Rasse und Fütterung	7-5 l *)	8-15 l je nach Alter, Fütterung und Außentemperatur		2-7 l je nach Witterung, Futter, Milch- leistung	~ 30 l
Futter- bedarf / Tag	5-9 kg Heu pro 500 kg LG **)	4-8 l Tränke			1,5 kg Heu	ca. 6 kg Heu / 500 kg LG
Trächtigkeits- dauer in Tagen	ca. 280	-----	ca. 115	-----	ca. 150	ca. 320-357

*) Die Tränkeart im Herkunftsbetrieb ist bei der Beurteilung, ob das Tränkesystem des Fahrzeugs geeignet ist, zu Grunde zu legen.

**) Die Fütterung im Herkunftsbetrieb ist zu beachten. Bei restriktiver Fütterung (tragende Rinder) sind größere Gaben an Grundfutter mit höherer Energiedichte (mindestens gutes Wiesenheu) erforderlich. Hierdurch steigt auch der Wasserbedarf.

Quellen:

Richter et al. (1992): Grundwerte der Tiergesundheit und Tierhaltung, Fischer Verlag, Stuttgart

Sommer et al. (1991): Hygiene der Rinder- und Schweineproduktion, Ulmer, Stuttgart

Meyer et al. (1989): Supplemente zur Tierernährung, Schaper, Hannover

**Kontrollstellen in Drittländern, die nach vorliegenden
Erkenntnissen von den lokalen Behörden zugelassen wurden
-Stand : 11.11.2009-**

1. Albanien

Adresse	Tierart	Anzahl
Delta Doni sh. p. k Gorre – Lushnja Albanien	Rinder, Zuchtfärsen	200 Tiere

2. Russische Föderation

Gagarin Smolonskaja oblast Plemhoz „Tokarevo“ Russische Föderation	Zuchttiere	275 – 310 Tiere
Podsobnye hozyaystva „Tatavtoprom“ Zelenodolskiy rayon p. Isakovo R. Tatarstan Russische Föderation	Rinder, Zuchtfärsen	275 – 310 Tiere
Pridorozhnyj kompleks „Metelica“ Mendeleevskij rajon R. Tatarstan Russische Föderation	Rinder, Zuchtfärsen	275 – 310 Tiere
ООО „Татко“ Bezirk Isaklinskij, Sommerlager im Dorf Maloje Ischutkino Samara Russische Föderation	Rinder	165 Tiere

Samara 443100, Samara, Novosadovaya Str. 1 Russische Föderation	Zuchttiere	
--	------------	--

Tjumen 625032, Tjumen Chervischevsky Trakt 64a Russische Föderation	Zuchttiere	
--	------------	--

Penza, 440600 Penza, Gladkov Str. 22 Russische Föderation	Zuchttiere	
Tambov, 392022, Tambov, Gagarin Str. 1a Russische Föderation	Zuchttiere	
Kasan 420073 Iskra Str. 31 Russische Föderation		
Ufa 450512 Reubublik Baschkortostan Ufinsky Kreis Dorf Dmitrievka Russische Föderation		
ООО „Ramensky“ Gorod Ramenskoe 131 140100 Moskauer Oblast Russische Föderation	Rinder, Zuchtfärsen	275 — 310
ООО Mir ОАО „RosAgroLeasing“ Dorf Sulin, Bezirk Millerwoskij, Gebiet Rostow Russische Föderation	Rinder	165

Selbstversorgerwirtschaft „Tatawtoproma“, Rayon Seleneodolsk, Iskakowo Republik Tatarstan Russische Föderation	Rinder Zuchtfärsen	275 – 310
Reserveaufenthaltort Ausfallstraßenkomplex: „Meteliza“, Rayon Mendelejewsk Republik Tatarstan Russische Föderation	Rinder Zuchtfärsen	275 – 310
ООО „Klinger“ Dorf „ZZUZKI“ Krasninskaya Region Smolenskaya Oblast Russische Föderation	Rinder Zuchtfärsen	375
ЗАО ПЗ „ULIANINO“ Moskovskay oblast Ramenwskiy rayon Selo ULIANINO Russische Föderation	Rinder Zuchtfärsen	300

Gebiet Wladimir, Stadt Gorochowez Ul. Moskovskaja 11, GmbH „Tichje Son“ Russische Föderation	Rinder Zuchtfärsen	300
ZAO „Sovkhoz Lenina“ In leniskii Rayon, Region Moskau Russische Föderation		
CAR- WASH - MISCHA 172385 Rescher Torpetzki Trakt 1 Russische Föderation	Rinder Zuchtfärsen	300
OOO Cargo Trans Mozhaysk 143200 Moskauer Gebiet Dorf Teterino Russische Föderation Ist auch Zollterminal	Rinder Zuchtfärsen	300
AGROPLEMSOYUZOAG für Aufzucht und Verkauf von Zuchtvieh Orlikov Pereulok I/II 1071 39 Moskau Russische Föderation	Zuchtfärsen	300
AOZT Gagarin Verwaltungsbezirk: Gagarin Gebiet Smolensk Gemeinde Jurino Russische Föderation		
W. L. Ivanov Belivtzy Wjasemskyi Rayon, Smoleckker Oblast, Russische Föderation	Zuchtrinder oder Schweine	460 980

. Ukraine

OOO“Im, DanilyGalitzkogo“ seloVizhhomlyaYavorovskiy rayyon wowskaya Oblast, Ukraine	Rinder Zuchtfärsen	400
--	-----------------------	-----

4. Republik Weißrussland


Astapkovichi Rosslavlskiy rayon Kolkhoz Republik Weißrussland	Fehler! Keine gültige Verknüpfung Zuchtfärsen	300
KUSP „Sovhoz Brestskij Brestskij rayo Republik Weißrussland	Rinder Zuchtfärsen	275- 310

5. Kroatien

Farm Traduco d.o.o. Mali Brijea 9 10362 Kasina Kroatien	Rinder Zuchtfärsen	80
---	-----------------------	----

MUSTER

Kontrolle an der Ausgangsstelle (Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 817/2010)

T5-Nr. oder Nr. der einzelstaatlichen Bescheinigung:		Nummer der Veterinärbescheinigung:	
Endbestimmungsort und -land:			
DURCHGEFÜHRTE KONTROLLEN		ERGEBNIS DER KONTROLLEN	
TRANSPORT BIS ZUR AUSGANGSSTELLE		ZUFRIEDENSTEL- LEND (¹)	NICHT ZUFRIEDEN- STELLEND
Transportmittel →	Kennnummer:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ladedichte →	Durchschnittliche Fläche/Tier in m ² :	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zulassung des Spediteurs →	Zulassungsnummer:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Transportplan →		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zahl der Tiere, für die eine Ausfuhranmeldung angenommen wird (Zahl der Tiere in jeder Kategorie angeben) ↓		Zahl der Tiere gemäß Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 817/2010 E = A - (B + C + D) ↓	
A. Gesamtzahl kontrollierter Tiere	B. Kühe, die während des Transports gekalbt oder verworfen haben	C. Sonstige Tiere, bei denen Vorschriften nicht eingehalten wurden (²)	D. Verendet
TRANSPORT AB DER AUSGANGSSTELLE		ZUFRIEDENSTEL- LEND (¹)	NICHT ZUFRIEDEN- STELLEND
Transportmittel (³) →	Kennnummer:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ladedichte (³) →	Durchschnittliche Fläche/Tier in m ² :	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zulassung des Spediteurs (³) →	Zulassungsnummer:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tränken und Füttern →		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich bestätige, dass ich die erforderlichen Kontrollen gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 817/2010 durchgeführt habe; die Ergebnisse sind: <input type="checkbox"/> zufriedenstellend <input type="checkbox"/> nicht zufriedenstellend			
BEMERKUNGEN:			
Ort, Land und Datum der Kontrolle:			
AMTLICHER TIERARZT — Name und Anschrift			
		Unterschrift des amtlichen Tierarztes (mit Amtsstempel)	

(¹) Die Vorschriften der Verordnungen (EG) Nr. 1/2005 und (EU) Nr. 817/2010 werden eingehalten.

(²) Zahl der Tiere, bei denen die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 nicht eingehalten wurden.

(³) Nur auszufüllen, wenn die Tiere an der Ausgangsstelle umgeladen wurden oder wenn das Ergebnis der Kontrolle sich von dem des vorangegangenen Abschnitts unterscheidet.

zur Aufnahme und Weitergabe von Informationen sowie zur Einleitung notwendiger
Maßnahmen bei einem Tiertransportunfall

1. Aufnahme der Unfalldaten

Ort des Unfalls:

Zeitpunkt des Unfalls:

Art des Fahrzeugs:

(einstöckig, mehrstöckig, Hänger, Sattelaufleger usw.)

Art des Unfalls:

(Zusammenstoß, umgestürzt, von der Fahrbahn abgekommen usw.)

Betroffene Tierart/-en:

(Rind, Schwein, Schaf, Pferd; Geflügel, andere)

Anzahl der Tiere (ca.)

Einschätzung des
Zustands der Tiere:

(schwer verletzt, tot, stark blutende Wunden, Frakturen usw.)

Entlaufene Tiere Nein/Ja, Anzahl ca.

Erste Rettungskräfte
vor Ort Nein/Ja, wer

Daten des Melders Name
 Adresse
 Telefon

Eigentümer / Transporteur der Tiere:
Name Adresse Telefon

Name, Behörde und Tel.-Nr. des Beamten, der die Meldung entgegengenommen hat:

Einzuleitende Maßnahmen nach Aufnahme der Unfalldaten:

1. Umgehende Information des Dienst habenden Amtstierarztes des Staatlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamts laut Bereitschaftsdienstplan; Benennung des vor Ort tätigen leitenden Beamten der Polizei gegenüber dem amtlichen Tierarzt.
2. Absprache mit der vor Ort beauftragten Feuerwehr/Polizei über die einzuleitenden ersten Maßnahmen.
3. Vorbereitete oder ad hoc-Entscheidung mit dem Amtstierarzt darüber, wer die folgenden Kontakte aufnimmt.
 - 3.1 Schwere Räumtechnik
Namen, Telefon-Nr.:
 - 3.2 Tierkörperbeseitigung

(Hinweis auf erforderliche technische Ausrüstung für die Beladung der Fahrzeuge)
 - 3.3 Feuerwehr, technische Hilfsdienste
 - 3.4 Polizei mit Erlaubnis zum von Tieren (Deformationsgeschosse)
 - 3.5 Sonstige Kontakte
4. Durch das Veterinäramt in Abhängigkeit vom Unfallgeschehen zu organisierende Kräfte/Kapazitäten gem. Punkt 2.3 des Maßnahmenkataloges.

5. Menagerien



Titelbild des Kinderbuches „Grosse Menagerie“, Schreiber-Verlag Esslingen, Ende 19.Jh.

*„Hereinspaziert in die Menagerie,
Ihr stolzen Herrn, ihr lebenslust’gen Frauen,
Mit heißer Wollust und mit kaltem Grauen
Die unbeseelte Kreatur zu schauen,
Gebündigt durch das menschliche Genie.
Hereinspaziert, die Vorstellung beginnt! –
Auf zwei Personen kommt umsonst ein Kind.“*

(Frank Wedekind, Beginn des Prologs zum „Erdgeist“, 1895)

“Zur Bude näher gelangt, durften sie die bunten, kolossalen Gemälde nicht übersehen, die mit heftigen Farben und kräftigen Bildern jene fremden Tiere darstellten, welche der friedliche Staatsbürger zu schauen unüberwindliche Lust empfinden sollte. Der grimmig ungeheure Tiger sprang auf den Mohren los, im Begriff, ihn zu zerreißen, ein Löwe stand ernsthaft und majestätisch, als wenn er keine Beu-

te seiner würdig vor sich sähe, andere wunderliche, bunte Geschöpfe verdienten neben diesen weniger Aufmerksamkeit. (...) 'Es ist wunderbar', versetzte der Fürst, 'daß der Mensch durch Schreckliches immer aufgeregt sein will. Drinnen liegt der Tiger ganz ruhig in seinem Kerker, und hier muß er grimmig auf einen Mohren losfahren, damit man glaube, dergleichen inwendig ebenfalls zu sehen; es ist an Mord



Tierbude und Panorama, Holzstich 1844 (Ausschnitt), Sammlung Nagel

und Totschlag noch nicht genug, an Brand und Untergang; die Bänkelsänger müssen es an jeder Ecke wiederholen. Die guten Menschen wollen eingeschüchtert sein, um hinterdrein erst recht zu fühlen, wie schön und löblich es sei, frei Atem zu holen.'” (Goethe: Novelle. Ausgabe Frankfurt/M. 1989, S.21f)

Reisende Tierschaustellungen beinhalteten bis ins 18. Jahrhundert hinein vorwiegend einzelne oder wenige Tiere (vgl. Haarhaus 1906, S.346ff).

“Aus Magdeburg sah man bereits im vorigen Monath October nachbenahmte sehenswürdige frembde Thiere anhero gebracht, und in einer aufm Neumarkt aufgebauten Bude umbs Geld sehen lassen: 1.) einen grossen See-Löwen, der seine Stimme mit grosser Verwunderung erhebet; 2.) einen grossen Beßmann oder Pavi-an, der ungemein schöne Farben in seinem Angesichte hat, auch am Hinterleibe mit curieusen Circuln und allerhand merckwürdigen Farben geziertet, er verursacht durch Complimentmachen u. Liebkosen jedermann vieles Plaisir; 3.) ein kleiner sehr lustiger Affe, der mit einen jungen Beßmännngen viel lächerliche Possen machet; 4.) eine Kuh mit 6. Beinen, davon 2. Auf den Rücken stehen.” (Kurzgefaßter Kern Dreßdenischer Merckwürdigkeiten von Jahr 1741 in Sagemüller 1993ff, S.118)

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts entstanden zunehmend Menagerien mit einem vielfältigen Tierbestand, ganz so, wie sie uns Karl von Holtei in seinem Roman „Die Vagabunden“ von 1852 sehr authentisch vor Augen führt. Eine typische Jahrmarktsmenagerie aus dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wird im nachfolgenden zeitgenössischen Text aufschlussreich beschrieben:

"Wer ein Liebhaber abgerichteter Thiere ist, stellt sich auch gern in den Menagerien ein, welche in letzter Zeit sich in dem pompösen Titel "Zoologisches Etablissement" gefallen.

Die Exercitien der Thierbändiger aber sind überall dieselben und waren es auch wohl von jeher. Auf einem Podium läßt sich ein lärmendes Orchester, ein Klirren, wie von zerschmettertem Geschirr hören; dumpfe Paukenschläge locken herbei. Ein Neger in himmelblauer Kleidung, einen numidischen Krieger vorstellend, führt einen Bären am Strick und läßt ihn auf den Brettern tanzen, gerade vor der blonden Cassirerin mit dem funkelnden Diadem im Haar; sie lächelt, allein ihre Zähne sind nicht so weiß wie die des Schwarzen. Ueber ihr, hinter dem Gasrohr, hängt das Bildnis eines Löwen mit schrecklich wüster Mähne und einem gen Himmel gerichteten Blick. Nicht weit davon der Löwenbändiger, aus Wunden blutend, die er auf der Brust zeigt, wie ein General seine Orden - daneben noch einmal der Löwenbändiger in der Apotheose: auf einer Pyramide von verschiedenartigen Bestien thront er, ein cäsarischer Sieger. Ein 'Redner' in einem buntcarrirten Costüm tritt hervor, winkt die Musik ab, lüftet den Hut alle Augenblicke und setzt ihn wieder auf; indem er ihm mit der einen Hand einen kleinen Ruck giebt, zeigt er mit der anderen auf ein Placat, welches die Preise der Plätze kund giebt, dann öffnet sich das Gehege seiner Zähne, und er giebt die feierliche Versicherung, daß das Publicum zufrieden, die Auslage ihm nicht leid sein würde - er bekräftigt seine Versicherung durch sein Ehrenwort.

Das Publicum hat sich inzwischen angesammelt, man staunt, man horcht: Einige treten an den Zahl Tisch - damit ist der Anfang gemacht, der Nachahmungstrieb macht sich geltend, Andere folgen. Die Baracke ist fast voll. Draußen sitzt noch immer die Cassirerin, im blonden Haar das messingene 'Regardez moi'. - 'Seh mir mal an', auf Berlinisch - sie kost mit dem Neger, der, die Hand in die Hüfte gestützt, sein krauses Haupt zu ihr neigt und bedeutsam lächelt. Der Redner aber ist jetzt in voller Arbeit, er erzählt, die Hände in den Hosentaschen, von den Thaten des Negers und anderen unglaublichen Dingen, indem er bei den noch Zögernden durch seine feurige Beredsamkeit den Entschluß zur Reife bringt, ihren Obolus zu spenden und näher zu treten.

Detail eines Holzstichs von 1887, Sammlung Nagel



In der Baracke mit dem Zeltdach ist ein fürchterlicher Geruch nach wilden Thieren: Ellbogen an Ellbogen steht die Menge und starrt in die dicht vergitterten Käfi-

ge. Die Bären wackeln mit ihren Köpfen hin und her, als wären es Körbe mit Salat, den sie ausschwenken, erheben sich wohl auch auf den Hinterbeinen, lassen sich aber schnell wieder herab und brummen verächtlich: Niemand wirft ihnen etwas in die rosigen Schnauzen! Die Hyänen laufen hin und her, als schämten sie sich ihrer Einsperrung; die Panther gähnen und zeigen die schimmernden Zähne, als wäre es ein Halsschmuck aus Elfenbein; die Tiger, in schön gestreiftem, rothbraunem Burnus blinzeln mit den Augen; die Löwen, in würdevollem Schritt, gehen auf und ab, dann strecken sie sich wieder hin als versagten die Muskeln alle auf einmal den Dienst, der Kopf fällt auf die Vorderpranken: der König der Wüste ist übel gelaunt, das Publikum lacht; sein stöhnender Athem bläht den gemeinen Staub, der ihm vor der Nase liegt, fort. (...) Ein Elephant schwingt seinen Rüssel über den Köpfen der Zuschauer und verlangt Spenden - oder ertheilt die asiatische Gottheit am Ende gar ihren Segen? Die Aras erheben ein Ohren zerreißendes Geschrei, und gucken den kleinen Anachoreten, den Affen, in die engen Klausen. Die Urahnchen des Menschen aber knabbern in ihrer Verlegenheit an längst benagten Nußschalen immer und immer wieder.



Holzstich nach einem Gemälde von P. Meyerheim (1864), Sammlung Nagel

Mitten in der Reihe der aufgefahrenen Wagen steht einer mit dem 'Vorstellungs-' oder 'Theaterkäfig'; dieser ist innen weiß angestrichen, der Boden ist bestreut mit einem Gemisch von Sägespähnen und Harz; ein großer, jetzt noch leerer Raum. Die Musikanten haben das äußere Podium verlassen, ihre Tribüne im Innern bestiegen und intoniren eine Teufels-Symphony, während die Gaslampen angezündet werden.

Drei Hammerschläge, und die Thür in der Rückwand des Theaterkäfigs thut sich auf, ein junger Mann in polnischen Stiefeln und einem Dolman, mit Haaren, die lang sind, und einem Schnurbart, der kurz ist und wohl erst eben zu sprießen be-

ginnt, mit einem Blick, der sanft ist wie der eines Pagen, der eine Mandoline unter dem Arm hat, tritt ein und begrüßt mit seiner Reitgerte und einem Neigen des Hauptes die Anwesenden. Jetzt werden die Thüren der anstoßenden Käfige, deren Bewohner bereits eine gewisse Unruhe verriethen, nach einander aufgezogen; in dem sich stark bemerkbar machenden Alkali-Geruch, dem sich noch der von allerhand thierischen Naturstoffen mischt, füllt sich der Raum mit an den Wänden hingagenden, springenden und von der unbarmherzigen Peitsche des jungen Mannes geleiteten Thieren. Die Zuschauer recken die Hälse, die Augen flimmern. Es scheint, als jagten die Thiere nur herum, um einen Ausgang zu suchen, durch den sie entwischen könnten. Die Löwen, geschmeidig und schwerfällig, springen über das bestiefelte Bein, welches der Bändiger wider das Gitter stemmt. Die Löwinnen kratzen mit den Pranken und schnellen empor wie Bälle, ohne daß es irgend einer Anstrengung bedürfte; die Tiger dehnen die Glieder im Sprunge, einem Moment der Freiheit, Hyänen und Bären jagen wie Tölpel in wider Furcht dahin, als ob eine heilige Hermandad hinter ihnen wäre, um sie zu arretiren, die Panther schnauben und sehen sich um nach jedem Sprunge.

Einige Uebungen, bei denen die Ueberredung eine Rolle zu spielen scheint, gewähren dem Bändiger Zeit, sich von dem ersten wilden Gehetz zu erholen. Eine Löwin hat sich auf den Boden hingestreckt, über sie streckt sich der Bändiger hin; vertrauensvoll, die Hände auf dem Rücken, steckt er der Bestie sein Haupt in den offenen Rachen. Jetzt drängt er sie zum Gitter, er kreuzt die Arme über der Brust; auf ein gegebenes Zeichen springt sie auf ihn ein; die Hinterbeine auf seinen Knien, ist ihr Kopf dicht an dem seinigen. In diesem Augenblick leuchtet am Plafond des Käfigs ein Feuerwerkskörper auf, und unter den sprühenden Funken desselben jagt, vor Furcht außer sich, die Löwin durch zwei mit Papier verklebten Reifen und schlüpft hurtig in den willkommenen Kerker, ihren Käfig, zurück, - wendet sich aber sogleich um und stürzt wüthend auf die inzwischen herabgelassene Thürklappe. Der Bändiger ist für sie nicht zu haben; er giebt seinem Haupt einen Ruck in die Höhe, daß das lange Haar auf die Schultern fällt, und verneigt sich vor der Beifall klatschenden Menge." (Hachet-Souplet 1898, S.12ff)



Souvenirkarte 1903, Sammlung Nagel

Um die Tierschauen attraktiver zu machen, wurden dem Publikum über die reine Schaustellung der Tiere hinaus öffentliche Fütterungen, pseudo-wissenschaftliche Erläuterungen und Dressuren in der hier beschriebenen Art geboten. Die "Dressierbarkeit" bzw. die Empfänglichkeit für Erziehungsmaßnahmen wurde dabei als Zeichen für die Intelligenz der Tiere gedeutet. Als besonders "klug" galten Elefanten

und Affen, denen entsprechend Kunststücke beigebracht wurden, die menschliche Tätigkeiten imitierten.



Vorführung eines zahmen Löwen 1760
Radierung in Haarhaus 1906, S.351

Auch Raubtierdressuren sollten bis in die 1830er Jahre das “Menschliche” im Tier herausstellen, das sich in einer Überwindung der Wildheit, d.h. der Lernfähigkeit und Zähmheit der Tiere zeigte.

Zumindest bis in das frühe 19.

Jahrhundert hinein stimmt die Vorstellung von brutalen Dressurmethoden in den Wandermenagerien nicht. Vielmehr stand die Zähmheit der Tiere im Vordergrund. Der vertraute, friedliche Umgang des mit überlegenen Kräften versehenen Menschen mit sanftmütigen Tieren, denen eigentlich Wildheit und Blutrünstigkeit nachgesagt wurde, sollte Verwunderung erwecken. (vgl. Riecke-Müller 1999, S.100ff) Goethes „Novelle“ um den Ausbruch zweier Raubtiere aus einer kleinen Jahrmarktsmenagerie ist ein eindrucksvolles literarisches Zeugnis solcher Auffassungen.

Chamisso's berühmtes Gedicht „Die Löwenbraut“ aus dem Jahr 1827 spiegelt – trotz seines tragischen Ausgangs - ebenfalls sehr genau diesen Zeitgeist wieder:

*Mit der Myrte geschmückt und dem Brautgeschmeid,
Des Wärters Tochter, die rosige Maid,
Tritt ein in den Zwinger des Löwen;
Er liegt der Herrin zu Füßen, vor der er sich schmiegt.*

*Der Gewaltige, wild und unbändig zuvor,
Schaut fromm und verständig zur Herrin empor;
Die Jungfrau, zart und wonnereich,
Liebestreichelt ihn sanft und weinet zugleich:*

*"Wir waren in Tagen, die nicht mehr sind,
Gar treue Gespielen wie Kind und Kind,
Und hatten uns lieb und hatten uns gern;
Die Tage der Kindheit, sie liegen uns fern.*

*Du schüttetest machtvoll, eh wir's geglaubt,
Dein mähnenumwogtes königlich Haupt;
Ich wuchs heran, du siehst es: ich bin, -
Ich bin das Kind nicht mehr mit kindischem Sinn.*

*O wär ich das Kind noch und bliebe bei dir,
Mein starkes getreues, mein redliches Tier!
Ich aber muß folgen, sie taten mir's an,
Hinaus in die Fremde dem fremden Mann.*

*Es fiel ihm ein, daß schön ich sei,
Ich wurde gefreit, es ist nun vorbei:
Der Kranz im Haar, mein guter Gesell,
Und vor Tränen nicht die Blicke mehr hell.*

*Verstehst du mich ganz? Schaust grimmig dazu,
Ich bin ja gefaßt, sei ruhig auch du;
Dort seh ich ihn kommen, dem folgen ich muß,
So geb ich denn, Freund, dir den letzten Kuß!"*

*Und wie ihn die Lippe des Mädchens berührt,
Da hat man den Zwinger erzittern gespürt,
Und wie er am Zwinger den Jüngling erschaut,
Erfaßt Entsetzen die bagenden Braut.*

*Er stellt an die Tür sich des Zwingers zur Wacht,
Er schwinget den Schweif, er brüllet mit Macht,
Sie flehend, gebietend und drohend begehrt
Hinaus; er im Zorn den Ausgang wehrt.*

*Und draußen erhebt sich verworren Geschrei.
Der Jüngling ruft: bring Waffen herbei,
Ich schieß ihn nieder, ich treff ihn gut.
Aufbrüllt der Gereizte schäumend vor Wut.*

*Die Unselige wagt's sich der Türe zu nahn,
Da fällt er verwandelt die Herrin an:
Die schöne Gestalt, ein gräßlicher Raub,
Liegt blutig zerrissen entstellt in dem Staub.*

*Und wie er vergossen das teure
Blut,
Er legt sich zur Leiche mit finsterem
Mut,
Er liegt so versunken in Trauer und
Schmerz,
Bis tödlich die Kugel ihn trifft in
das Herz.*

„Die Löwenbraut“
Veltees Stadtpanoptikum um 1890



Einer der herausragenden Dompteure dieser Zeit war Henri Martin, der damit warb, seine Tiere “ohne zu schlagen oder sonstige Gewalt” zu zähmen. Seine folgende Aussage ähnelt dabei durchaus den Auffassungen moderner „Tierlehrer“:

“Ich bemühe mich, den Charakter jedes einzelnen Tieres zu enträtseln, seinen Neigungen entgegenzukommen. Ich lasse die älteren in Ruhe, ich spiele mit den spielerisch veranlagten. Ich werde ihr Freund, weil sie Angst haben, ich könnte ihr Feind sein. Um die Ergebnisse zu haben, die sie in Erstaunen versetzen, bedarf es lediglich des Mutes, der Kraft und eines guten Beurteilungsvermögens.” (zit. n. Riecke-Müller 1999, S.111)

Diese Einstellungen zum Tier und damit zur Dressur änderte sich während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - auch wenn zunächst weiterhin von “Zahmheits-Produktionen” die Rede war. Dem weniger empfindsamen Zeitgeist entsprechend, der den (zivilisierten) Menschen als Herrscher über alle Naturgewalten sah, gaben sich die Dompteure Mitte des Jahrhunderts oftmals als Bezwiner blutgieriger Tiere.

So ließ zum Beispiel Gottlieb Kreutzberg angesichts der Erfolge der wilden Dressur des Dompteurs Batty im Circus Renz eine junge Dompteuse in den 1870er Jahren eine ebensolche Darbietung zeigen, obwohl sie eigentlich unter Kreutzbergs Niveau lag. (vgl. Gartenlaube Nr. 20. 1873, S.322)

In einem älteren Führer seiner Menagerie warb er noch mit humanen Dressurmethoden: *„Obgleich die Vorstellungen außerordentlich erscheinen, so haben sie doch nichts Erschreckendes, da Herr Kreutzberg die Zähmung seiner Thiere nicht durch Brutalität, sondern nur durch die sanfteste Behandlung und größte Sorgfalt erreicht hat.“* (Kreutzberg’s große Menagerie, S.24)



Kreutzbergs
Menagerie
auf der
Leipziger
Messe
Holzstich
Sammlung
Nagel

“Neben diesen wandernden Theatern stehen die Menagerien am höchsten in der Gunst des Volkes, jene ‘Wilde-Tier-Buden’, in denen eine Musikkapelle in der Montur der Rindfleischesser (königliche Leibwache) und mit hohen Mützen aus Leopardenfell unaufhörlich spielt. Draußen hängen große, mit starken Farben prächtig kolorierte Bilder von Tigern, die gerade Menschenköpfe verspeisen oder von einem Löwen, den man gerade mit glühenden Eisen brennt, um zu erreichen, daß er seine Beute fahren läßt. Vor diesen Buden steht meist ein sehr großer heiserer Mann in einem Scharlachrock und mit einem Rohr in der Hand, mit dessen Hilfe er von Zeit zu Zeit an die Bilder schlägt, um sie zu erläutern: ‘Hierher! Hierher! Hierher müssen sie schauen! Das ist das Bild des Löwen, ganz akkurat das Bild des Löwen drinnen. Dieses schreckliche Tier hat vor einem Jahr auf dem Camberwellmarkt dem Herrn den Kopf abgebissen. Seit er ausgewachsen ist, hat er durchschnittlich jedes Jahr drei Wärter aufgefressen. Aber dafür müssen Sie nicht extra zahlen. Wir stellen keine unbilligen Forderungen. Alle zahlen nur sechs Pence für den Einlaß!’” (Charles Dickens 1836, in Narciß 1967, S.45f)

Besondere Publikumsmagnete waren junge weibliche “Beherrscherrinnen der wilden Bestien”, weshalb Frauen und Töchter von Menageriebesitzern häufig die Tiere vorführten. (vgl. Grubitzsch 1993, S.216) Solche „starken Frauen“ standen in vielerlei Hinsicht im Gegensatz zum sittsamen Frauenideal des 19. Jahrhunderts und inspirierten daher zahlreiche Schriftsteller – auch solche von zweifelhaftem Ruf:

*„(...) Des Bändigers Tochter von hoher Figur,
Von lieblich rundem und rosigem Gesicht,
Von glänzend hellbraunem Augenlicht,
Das schwarze Köpfchen in Mannesfrisur,
Betritt grüßend den Kreis, im Miederchen nett
Um schneeige Schultern, und lächelt kokett.*

*Johanna, gewappnet mit bannendem Blick,
Sie schwingt sich hinauf auf den Leu,
Mit sanftem Mut und mit seltner Treu
Erträgt sie das königliche Genick,
Stolz kreuzt sie die Arme und lächelt dabei,
Und die Menge lohnt ihr mit Bravogeschrei.*

*Die Jungfrau steigt ab, und mit Heldenmut
Fährt in des Panthers Rachen ihr Arm,
Drin braust’s gewaltig wie Bienenschwarm,
Und wilder tobt es in Heißhungers Glut.
Sie reicht ihm das Becken mit Blut gefüllt,
Und gierig, doch langsam den Durst es nun stillt.*



Menagerie Malferteiner 1902, Sammlung Nagel

*Inzwischen sieht man die Königin der Wut
Gefräßig schnaubend spähen ringsum,
Das Mädchen bieget den Nacken krumm,
Und hinten hinauf steigt die wilde Brut.
Den Mörder am Halse, sie lächelt dabei,
Und die Menge lohnt ihr mit Bravogeschrei. (...)*“ (Kempner, S.161f)



Dompteurin in Kreutzbergs Menagerie, Ausschnitt eines Sticks nach einer Zeichnung von H. Leutemann, Sammlung Nagel

Die Abbildung zeigt die oben erwähnte „viele Jahre hindurch sechszehnjährige Schwedin“, die bei Kreutzberg im Gegensatz zum Vorführstil des Prinzipals „Vorstellungen mit großem Geschrei, Peitschenhieben und Löwengebrüll“ gab. (vgl. Gartenlaube 1873, S. 322)

“(…) Im höchsten Grade interessant und bewundernswerth sind die Exercitien, welche Fräulein Rossi mit den verschiedenen reißenden Tieren ausführt. Sie zeigt sich als vollkommene Beherrscherin derselben, ihr zu Füßen schmiegt sich der Löwe, wie der Tiger, der Eisbär wie die tückische Hyäne. Wenn sie den Eisbären mit Füßen tritt oder als Ruhekissen gebraucht, wenn sie der hungrigen Hyäne ihre blutige Atzung entreißt und ein Blick, ein Zuruf von ihr hinreicht, die brüllende Bestie zum Schweigen, zur Unterwerfung zu bringen, so weiß der Zuschauer wahrlich nicht, was er mehr bewundern soll, den Muth des Fräulein Rossi oder die Macht des menschlichen Geistes, der alle Reiche der Natur unter seine Herrschaft bringt, der selbst die Thiere der Wüste dazu zwingt, ihre blutrünstige Natur seinem Willen zu

unterwerfen. In solchen Fällen zeigt sich der Mensch wahrlich als Herr der Schöpfung.” (Zeitungsbericht von 1852, zit. in Stadtmuseum Münster 1986, S.185)

Die männlichen Berufskollegen durften hier nicht nachstehen. Ihr martialisches Auftreten bediente und nährte Vorstellungen vom verwegenen Raubtierdompteur, die zum Teil bis heute fortwirken:

“Seit Dienstag befindet sich Herr Robert Daggesell mit seiner großen Menagerie, die zu den bedeutendsten der Jetztzeit gehört, in unserer Stadt, um nicht nur seine schönen, wohlgepflegten Thiere, deren Seltenheit und Schönheit selbst von den competentsten Seiten anerkannt ist, zu zeigen, sondern um auch in der Dressur der Raubthiere, welche von seinem kühnen Thierbändiger in der vorzüglichsten Weise ausgeübt wird, Zeugniß zu geben. (...)

Der Thierbändiger tritt in den großen Centralkäfig, der eigens zu dem Zweck der Dressur gebaut ist und in dem sich den Tag über 8 Löwen herumtummeln. Er öffnet eine Pforte und herein treten mehrere, 2 bis 4 gestreifte Hyänen. In dem Nachbar-käfig werden mehrere Zwischenwände entfernt und die Gesellschaft vermehrt sich um 2 Wölfe und einen Bären. Die ansonsten an ein einsames Leben gewöhnten Thiere sind offenbar durch das Beisammensein nicht erfreut. Die Hyänen heulen, die Wölfe bellen, dort erhält ein Thier einen Biß, hier wird gekratzt, gekämpft und gerungen. Doch dies hindert den kühnen Mann, der nur mit einer Reitpeitsche bewaffnet, ruhig und sicher unter der furchtbaren Meute einherwandelt, nicht im Geringsten. Er hat noch nicht genug Leben um sich herum. Er schreitet zu der linken Thür, um die im nächsten Käfig befindlichen Löwen hereinzulassen. Der Thierbän-



Raubtierdressur in der Menagerie Daggesell, Holzstich 1876, Sammlung Nagel

diger ist genöthigt von seiner Reitpeitsche Gebrauch zu machen, um sie mit einigen leichten Jagdhieben herauszubringen. Der eine Löwe ist nicht gutwillig, sondern legt sich vor die Thür, um seinem Meister den Weg streitig zu machen. Uns steigen die Haare zu Berge. Drinnen die wüthende Menge und hier der einzelne Mann, abgesperrt und von einem Löwen bewacht. Der Thierbändiger macht kurzes Federlesen, er nimmt das widerspenstige Thier am Kragen und schafft es herein in den Zentralkäfig. Man ruft die einzelnen Thiere bei Namen, streichelt und liebkost sie, läßt sie von einem Stück Zucker beißen, gibt ihnen Fleisch, das er ihnen wieder entreißt und anstatt dessen er ihnen seinen Arm in das Maul legt. Nun läßt er ein Schaf in den Käfig, über das die Wölfe springen, und dirigirt nach und nach die ganze Gesellschaft wieder in ihre alten Quartiere. Eine Zeitlang ist Ruhe. Der Thierbändiger öffnet von Neuem die Thür und herein stürmen 8 Löwen, übereinander hinwegsetzend und sich drängend. Der Thierbändiger ergreift den größten und lehnt ihn mit den Vordertatzen an das Eisengitter, um dem Publikum die Bauchseite zu zeigen. Dann wirft er ihn nieder, läßt die anderen Löwen darüber hinwegsetzen, dann über eine Latte, durch einen Reifen und endlich über sich selbst springen. - Es wäre Schade, wenn die gewiß so bald nicht wiederkehrende Gelegenheit, eine Menagerie allerersten Ranges kennen zu lernen, nicht allseitig, vornehmlich auch zum Besten der Jugend, benützt würde. Da Herr Daggesell nur bis Montag bleibt, sei der rechtzeitige Besuch angelegentlich empfohlen. (Nördlinger Anzeigenblatt vom 20.8.1875 in Sagemüller 1989, S.59f)

Die Zahl der Unglücksfälle war bei diesen Methoden natürlich hoch - was den Reiz des Menageriebesuchs für das sensationslüsterne Publikum noch erhöhte. "(...) Ehe aber Frau Castanel entkommen konnte, hatte der wildgewordene Löwe sich ihr genähert und mit einem einzigen Tatzenschlage streckte er die Thierbändigerin zu Boden. Der Schlag hatte die rechte Hüfte getroffen. Die Kleider waren zerrissen und das Fleisch hing in Fetzen von dem bloßgelegten Knochen herab. Mit unglaublicher Anstrengung erhob sich Frau Castanel noch einmal und peitschte den Löwen, daß er zurückwich. Der Thierbändigerin gelang es dann, aus dem Käfige zu entkommen. Ohnmächtig sank sie neben demselben nieder. Ihre Wunden sind sehr schwere und ihr Zustand flößt Besorgnis ein." (Rieser Volksblatt, 31.1.1890 in Sagemüller 1993ff, S.5)

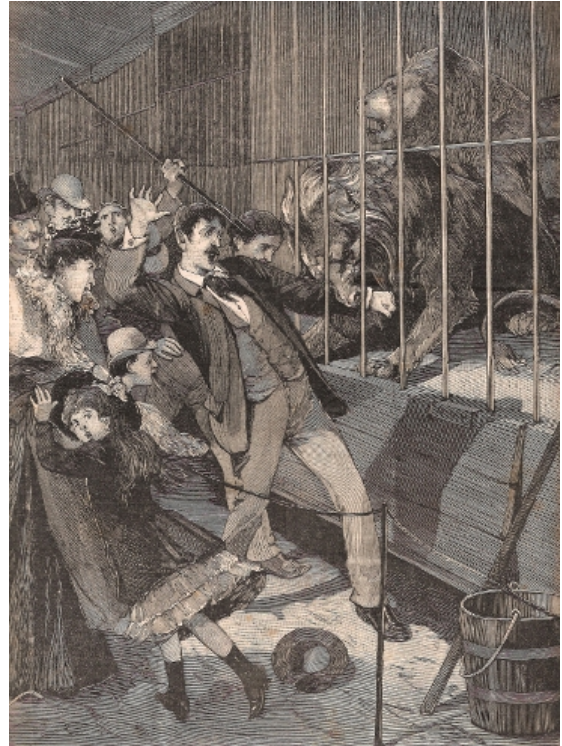


licher Anstrengung erhob sich Frau Castanel noch einmal und peitschte den Löwen, daß er zurückwich. Der Thierbändigerin gelang es dann, aus dem Käfige zu entkommen. Ohnmächtig sank sie neben demselben nieder. Ihre Wunden sind sehr schwere und ihr Zustand flößt Besorgnis ein." (Rieser Volksblatt, 31.1.1890 in Sagemüller 1993ff, S.5)

Le Petit Journal, Paris 25. Avril 1891

Zeitungsberichte aus dem 19. Jahrhundert belegen zudem, dass der Besuch einer Menagerie aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen mitunter auch für das Publikum nicht ungefährlich war. Die zum Teil grauenvollen Unfälle wurden in erster Linie durch leichtsinnige Besucher verursacht, die den Käfigen zu nahe kamen.

Holzstich 1881, Sammlung Nagel



Viele Menagerien versuchten dem durch solche Unglücksfälle, das wenig ansprechende Erscheinungsbild einiger Tierbuden und das effekthaschende Gebaren vieler Tierbändiger verursachten schlechten Ruf der Wandermenagerien zu begegnen. Ein Beispiel war der Dompteur „Charles“: *“(…) Es ist in der That ein schönes Bild, wenn er z.B. auf der Löwin liegt, den Kopf zwischen ihren Pranken, während als Schemel seiner Füße das langmähnige Haupt des gehorsamen Löwen dient. Oder wenn er mit der Hyäne zu Tische sitzt und sie ihm das Stückchen Zucker vom Munde nascht: - man empfindet keinen Anflug von Besorgnis, die ruhige, sichere Art, mit der Herr Charles die Thiere behandelt, der mächtige, feste, in seinen Wirkungen große Blick des Mannes, läßt die magische Gewalt menschlichen Willens über das unvernünftige Geschöpf ahnen und auch in Zuschauer zum Bewußtsein kommen. Wir werden öfter diese Menagerie besuchen, und empfehlen dringend des Eltern ihre Kinder hinzusenden; für das Studium der Naturgeschichte ist der Besuch einer Menagerie ein unersetzliches Hilfsmittel. Wir geben vorläufig den geehrten Eltern Notiz, daß durch sehr zweckmäßige Einrichtung der Schranken jede Besorgniß vor Gefahr gänzlich beseitigt ist. Die ganze Einrichtung hat überhaupt etwas einfach Nobles; von einem Aufreizen der Thiere zu Gebrüll und derartigen Possen ist hier nicht die Rede. Herr Charles verschmäht solche Künste.”* (Der Bürgerfreund, Bremen, 23.10.1845 in Sagemüller 1993ff, S.59)

Auch der Menageriebesitzer und Tierbändiger Theodor Opitz betont im Jahr 1870 genau wie Kreutzberg zuvor, dass seine außerordentlichen Vorstellungen nichts Abschreckendes haben, *“da die Zähmungen nicht durch Brutalität und Hunger, sondern durch sanfte Behandlung und Geduld erreicht werden”*. (Nachrichten für Stadt und Land Oldenburg 29.6.1870 in Sagemüller 1993ff, S.10)

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts scheint dieser neuerliche Wandel in der Einstellung zum Raubtier recht weit fortgeschritten gewesen zu sein, worauf eine Besprechung der Dressur des Löwenpaares ‘Faust’ und ‘Grete’ durch Frl. Ella Falk deu-

tet: *“In staunenswerter Weise, als wären es dressierte Hunde, versteht diese Dame, in wohlverschlossenem Käfig mit den ‘gräulichen Katzen’ umzugehen. Schließlich benehmen sich die Tierchen so zärtlich, daß sie ihre Herrin sogar küssen und sie mit Grazie umarmen, ja sich bereitwilligst als Sopha benutzen lassen. Wie ein Löwenkuß schmeckt, weiß vielleicht sonst niemand in Nördlingen; wer sich aber überzeugen will, wie liebenswürdig in Wahrheit der König der Tiere ist, im Gegensatz zu den schlimmen Dingen, die ihm von sogenannten Naturforschern und auch von manchen Dichtern, welche nie einen Löwen sahen, nachgesagt werden, versäume nicht, die Falk’sche Menagerie zu besuchen.”* (Nördlinger Anzeigenblatt 8.12.1893 in Sagemüller 1989, S.87)

Die Dompteurin Nouma Hawa mit zwei Löwen ihrer Menagerie. 1886, Sammlung Nagel



Souvenirkarte 1907, Sammlung Nagel

Die Haltungsbedingungen in den reisenden Menagerien waren an heutigen Maßstäben gemessen denkbar schlecht. Fehlende Kenntnisse über eine ausgewogene Ernährung, enge Käfige, Infektionskrankheiten, Zugluft und Kälte waren die Gründe für eine oftmals niedrige Lebenserwartung der Tiere. Ein kalter Winter konnte den



Bestand einer Menagerie erheblich dezimieren. (siehe Lais 2005, S.43)

Farblithographie 1896 nach einem Gemälde von G. Wertheimer, Sammlung Nagel

Einige Exemplare erreichten trotzdem ein beachtliches Alter, offensichtlich konnte eine intensive Hinwendung zu den meist handzahmen Tieren gewisse Haltungsmängel ausgleichen. (Rieke-Müller 1999,

S.56) Auch gelegentliche Raubtiergeburten deuten auf einen “guten physiologischen und Verhaltenszustand” hin. “Andernfalls wären weder Trächtigkeit noch Geburt lebensfähiger Junger und deren Aufzucht möglich gewesen.” (ebenda, S.58)



H. Leutemann: Ein Morgen in der Menagerie. Holzstich um 1865, Sammlung Nagel



Menagerie Bostock and Wombwell 1907, Führer 1927

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich einige Menagerien zu großen Unternehmen, die um die Jahrhundertwende enorme Ausmaße annehmen konnten und zum Teil mit Sonderzügen transportiert wurden.

Mit dem steigenden Anteil von Dressuren im Programm wandelten sich darüber hinaus gegen Ende des Jahrhunderts viele Menagerien in Circusse mit einem besonders hohen Anteil an Tierdarbietungen, darunter bekannte Namen wie Barum, Krone oder Bouglione.

Kleinere Buden zeigten weiterhin nur einzelne oder wenige, mitunter ausgestopfte Tiere, die aber um so bombastischer angekündigt wurden, wobei die Schausteller das Informationsdefizit der Bevölkerung ausnutzten und den oft diffusen Vorstellungen über fremde Länder Vorschub leisteten. Ein Bison wandelte sich zum Beispiel zu einem wahren Ungeheuer:



Detail einer humoristischen Postkarte um 1900, Sammlung Nagel

“Zur Nachricht

Es ist in dieser Stadt zu sehen der vierfache Teufel, der in der Naturgeschichte bekannt ist, der große Bison Jabatus, (...). Dieses Thier ist so stark, daß es ein Stein wie einen Ball fortwirft; den Elephanten, Rhinoceros, Zebus (...), tödtet der Bison alle. Der Löwe ist eine Mücke vor ihm, wie alle andere Thiere. Vor 400 Jahren war die Art davon ganz verlohren. (...) Es ist genug davon zu sagen, daß es gerne Zucker frißt, und so bald es Damen kommen sieht, ist es munter, in der Hoffnung, Zucker zu bekommen, mit welchem man auch seine Wuth, de ihre gleichen hat, besänftiget. Es trinkt Branntwein und Caffee, und frißt alles, ausser Fleisch nicht (...).” (undatierter Akündigungszettel in Oettermann 1979ff, Abb.276)

„(...) Die von einer Frau bei der Explication vorgetragenen naturwissenschaftlichen Erläuterungen waren zum Teil haarsträubend. Von dem Affen behauptete sie z.B. mit vollem Ernst, dass diese Thiere in ihrer Heimath, in Indien, in bewohnten Gegenden Kinder von ein bis eineinhalb Jahren raubten, mit diesen auf Bäume kletterten und die Kinder dann so lange kitzelten, bis sie todt wären, dann ließen die Affen die Kinder herabfallen! Der Affe, dessen Sippe solches nachgesagt wurde, machte dazu ein verschmitztes Gesicht und dachte wahrscheinlich, dass ihn selbst diese üble Nachrede nicht genire, wie er denn auch zum Beweis dessen an einem Apfel lustig knabberte.“ (Neuer Mainzer Anzeiger 1885, zit in Endres 1983, S.200)



kleine Menagerie, 20er Jahre
Sammlung Nagel

Solche ausufernden publikumswirksamen Freiheiten bei der Beschreibung einzelner Tiere beschränkten sich allerdings nicht auf kleinere Tierbuden, auch wenn sich die größeren Menagerien oftmals als wahre Volksbildungsstätten präsentierten. Viele Tierschaustellungen trugen dazu bei, verfälschte Sichtweisen in Bezug auf einige Familien oder Arten zu verbreiten und zu festigen. Alfred E. Brehm führt in seinem „Thierleben“ als Beispiel die Hyänen auf:

„Unter den Thieren der Schaubuden finden sich regelmäßig einige, denen sich, dank den Erläuterungen des trinkgeldheischenden Thierwärters, die besondere Aufmerksamkeit der Schaulustigen zuzuwenden pflegt. Der Erklärer verfehlt nie, diese Thiere als wahre Scheusale darzustellen, und dichtet ihnen die fürchterlichsten Eigenschaften an. Mordlust, Raubgier, Grausamkeit, Blutdurst, Hinterlist und Tücke ist gewöhnlich das geringste, was der Mann ihnen, den Hiänen, zuschreibt; er lehrt sie regelmäßig auch noch als Leichenschänder und Todtenausgräber kennen und erweckt sicherlich ein gerechtes Entsetzen in den Gemüthern aller naturkundigen Zuschauer. Die Wissenschaft hat es bis jetzt noch nicht vermocht, solchen Unwahrheiten zu steuern, diese haben sich vielmehr, allen Belehrungen zum Trotz, seit uralter Zeit frisch und lebendig erhalten.“ (2. Auflage 1882-1887, Frankfurt 2006, S.117)

Eine überaus aufschlussreiche, authentische und eindrucksvolle Schilderung des Geschehens vor und hinter den Kulissen einer kleinen Menagerie stammt von „Joachim Ringelnatz“, der 1901 für kurze Zeit in einer der zahlreichen Schlangenbuden arbeitete (Ringelnatz 1983, S.156-169).

Der Besitzer Friedrich Malferteiner gehörte zu einer Schaustellerfamilie, unter deren Mitgliedern viele Besitzer von Menagerien verschiedener Größenordnungen waren. Malferteiner präsentierte damals in einer ca. 25 Minuten dauernden Vorstel-



lung neben einigen Schlangen lediglich eine Rieseneidechse, einen Pelikan und einige „nach zoologischen Berechnungen über 1000 Jahre Krokodile“.

Sammlung Nagel

„Man zeigt den Herrschaften zum Schluß die größte und gewaltigste Schlange der Gegenwart. – Alle Mann!!“

Auf letzteres Kommando (...) stellen sich die 4 Matrosen an der großen Kiste in bestimmter Reihenfolge auf. Malferteiners Frau erscheint in dem kleinen Spalt, der

als Hinterthür dient. Es ist ein aufgedonnertes Weib. (...) Diese Alte löst den Alten ab, der als fünfter Matrose zu uns herunter kommt. Nun wird der Deckel der großen Kiste halb geöffnet und wir bücken uns in dieselbe hinein, um die zusammenge-
rollte Boa zurechtzulegen. Der Alte ergreift das Kopfende und kommandiert: ‚Auf!‘
Der Deckel wird vollständig geöffnet.

‚Achtung!‘

Wir packen die Schlange jeder an der uns angewiesenen Stelle.

‚Hoch, gleichmäßig!‘

Wir heben sie langsam aus dem Kasten heraus und auf unsere Schultern. - - -

Herrgott! Oh! Ah! Und andere Rufe des Erstaunens und der Bewunderung folgen einer vorangegangenen Pause spannenden Schweigens. – Die Schlange ist bei ihrer enormen Größe nicht übermäßig schwer, trotzdem keuchen wir unter ihrer Last. Das macht Effekt beim Publikum.

Malferteiner selbst beginnt nun ohne Unterbrechung und jede Silbe scharf betonend: ‚Eine Boa constrictor. Ihre Heimat ist Südamerika. Der Biß der Boa ist ungefährlich, da dieselbe nicht giftig ist. Mensch und Tier wird sie gefährlich, durch ihre grässliche Gewalt und die furchtbare Kraft ihrer Muskeln; denn sie ringt in der Freiheit mit dem Löwen und dem Tiger, besitzt auch die Kraft dem größten und stärksten Büffelochsen alle Knochen zu zerbrechen, sobald sie ihn umschlungen hat. Gefüttert wird sie alle 4 bis 6 Wochen mit lebenden kleinen Schweinen auch Schaf- oder Ziegenlämmern. 1000 Mark bietet die Direktion jedem Besucher Prämie, der beweisen würde oder könnte, wo er schon jemals in ganz Europa ein zweites Exemplar dieser Riesenschlange zur Schau ausgestellt gesehen hätte. Lebend ist sie die größte und gewaltigste Boa die gegenwärtig in ganz Europa zur Schau ausgestellt wird. Vorsichtig!‘ Dieses letzte Wort gilt uns und wir legen nun das lange Tier wieder langsam auf die weichen Decken worauf wir noch eine Decke darüber decken.“ (Ringelnatz 1983, S.164f)



Detail eines Friedländer-Plakats
Nachdruck, Original B. Gammals, Helsinki

Das Matrosen- oder Forscheroutfit der Angestellten solcher Schaustellungen sollte den Eindruck der Weitgereistheit erwecken. „Man hatte jedem von uns einen Matrosenanzug gegeben, der freilich aus billigstem Zeug geschneidert war. Der meinige war viel zu groß, und

so geschah es einmal, dass ich während der Vorstellung über meine eigenen Hosensbeine stolperte und hinfiel und die vier anderen Pseudomatrosen nebst Boa constrictor mit zu Boden riß. Herr Malferteiner benutzte die Situation geistesgegenwärtig und rief aufgeregt: ‚Sie wird wieder wild! Schnell fort mit ihr in den Kasten!‘ Was großen Eindruck auf die Zuschauer machte.“ (ebenda, S.132)

Auch kleine Raubtierschauen waren recht verbreitet. Dabei bildeten „Ringkämpfe“ mit Bären lange Zeit eine beliebte Schaubuden- und Kleincircusattraktion. Der Familiencircus von Hans Kaiser zeigte sie noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts.



Schmidts "Altdeutsche-Bärenschauspiele" um 1910 Sammlung Nagel

In einigen dieser kleinen Buden bildeten die Tiere nur die Staffage für Attraktionen mit – wiederum - offenkundig erotisch-voyeuristischem Charakter: Junge Frauen zwischen allerlei vermeintlich giftigen bzw. als besonders abstoßend empfundenen Getier.

Parade einer kleinen Menagerie
Schaustellermuseum Essen



“Hier ist Miarka, das Schlangenmädchen, lebendig und nackt in ihrem Glassarg. Miarka, die schöne Korsin! Mit Recht nennt man, wie Sie sehen werden, Korsika die Schönheitsinsel. Miarka, die keine Hemmungen hat, fast nackt - ich betone es - mit gefährlichen Schlangen zusammenzuleben, die an ihrem prächtigen Körper entlanggleiten!”
Maurice bellte dies in seinen Lautsprecher. Im Inneren der Bude bemerkte man über den Sarg gebeugte Burschen, die neugierig die schöne Korsin betrachteten; an-

dere, die auch etwas sehen wollten, versuchten, nach vorn in die erste Reihe zu kommen.

‘Die Schlangendame ist keine gewöhnliche Jahrmarktsnummer. Sie ist ein unvergeßliches Schauspiel.

Dazu sehen Sie noch das Kind mit den vier Armen und Jacky, den zweigeschlechtlichen Affen. Kommen Sie herein, dreißig Centimes nur, dreißig armselige Kröten, sehen Sie sich Miarka die Korsin an, die herrliche Schönheit, die in jedem Augenblick ihr Leben aufs Spiel setzt.’

Miarka, nur mit einem Bikini bekleidet, lag auf dem Rücken. Sie hielt zwei träge Schlangen in den Händen, die sie von Zeit zu Zeit an die Lippen führte. Mitunter schlief sie ein. Sie schloß die Augen, die Schlangen in den Händen, und wartete darauf, daß Maurice sie zur Ordnung rief, indem er mit seinem Ring an das Glas klopfte. Die Zuschauer kamen wegen der Schlangen, aber auch, um ‘ein Auge zu riskieren’. In regelmäßigen Abständen mußte sie sich auf die Seite legen, damit ihre Brüste eine vollere Form annahmen, oder sie reckte sich, um ihren Venushügel hervorspringen zu lassen.

Wenn sie als Kind auf dem Lande eine Ringelnatter erblickt hätte, wäre sie vor Angst in Ohnmacht gefallen. Wie weit hatte sie es doch gebracht! Im Morvan geboren und einfach Jeannette genannt, war sie als Mädchen für alles nach Paris gekommen, und dort hatte man aus ihr Miarka, die Korsin, gemacht.

Wenn sie die Augen aufschlug, sah sie über die gebeugten Gesichter. ‘Wie lüstern und schmierig sie alle schauen!’ dachte sie. Es waren alte Männer darunter, Jugendliche in Gruppen, die Witze darüber machten, wohin die Schlangen kriechen könnten, aber auch Frauen, die zimperlich taten und Entrüstung heuchelten, weil sie nicht soviel herzuzeigen hatten.” (Robert Sabatier 1963 in Narciß 1967, S.117f)



Detail einer Postkarte, Anfang 20. Jh., Sammlung Nagel

Ähnliche Einblicke mögen auch viele Besucher der zahlreichen Schaustellungen „lebender Seejungfrauen“ erhofft haben. Die „Seejungfer“ war mitunter eine Illusion, meistens erwies sie sich beim Betreten der Bude allerdings als Robbe.

Ihre Enttäuschung hierüber schluckten nicht alle Besucher herunter. 1904 gab es auf dem Bonner Pützchens Markt „eine Schlägerei, als sich das Meerweibchen von Madagaskar als ein alter Seehund in einer Badewanne entpuppte“. (Brandt 2001, S.37)

Fehlte das Adjektiv „lebend“ bei der Anpreisung von „Meer- oder Seejungfrauen“ wurden i.d.R. große Fischkörper mit aufgesetzten (Affen-) Schädeln und –armen gezeigt. Die typische Schaubudenattraktion hatte wie viele andere ihre Vorläufer in den Wunderkabinetten des 17. Jahrhunderts.

Zu den Menagerien sind darüber hinaus die Buden zu zählen, die tierische Abnormalitäten zeigten - ob im Einzelfall "echt", sei dahingestellt...

"Noch nie dagewesen! Ein lebender Wunderochse mit Menschenarm und Hand, 3



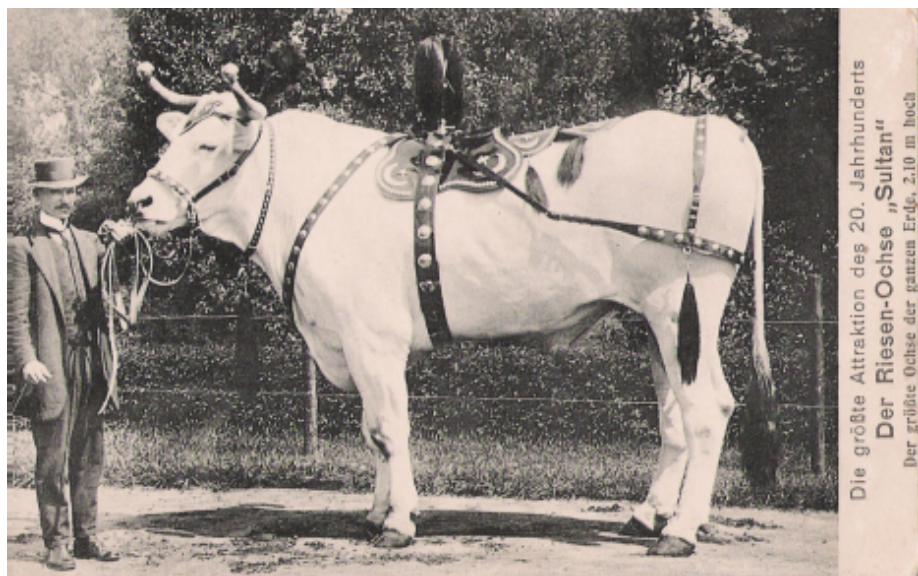
Finger und 1 Daumen, Handgelenk, Ellenbogen und Schulterblatt. Eine lebende Wunderkuh mit 6 Füßen, wobei sich 2 Rehfüße befinden. Die Schaubude befindet sich auf dem Brettermarkt. Entree 20 Pfg. Kinder und Militär ohne Charge zahlen die Hälfte. (...) Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein Wittwe Beckmann." (Nördlinger Anzeigenblatt 14.6.1879 in Sagemüller 1989, S.64)

Sammlung Nagel

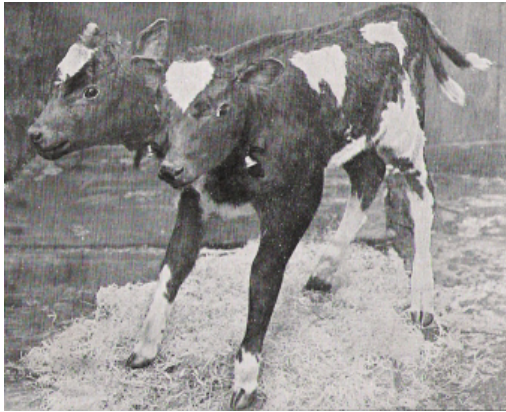
J. Wittersheim bat 1875 in einer Annonce zum Liborifest in Paderborn um gütiges Wohlwollen gegenüber seiner Schaubude „Wunder d. Wunder“. Dort präsentierte er neben „Murphi“, dem „3200 Pfund wiegenden König der Stiere“, „das lebende Wunderpferd, geboren mit 2 Vorderfüßen wie ein Kameel, der hintere Fuß ist ein Menschenarm und hängt an demselben ein Schnabel von einem Adler und ein Horn von einem Schaf, der vierte Fuß ist ein Menschenfuß und trägt einen Schuh von Horn.“ Wittersheim bot 1000 Mark demjenigen, „der jemals ein ähnliches Thier gesehen hat.“

(Stambolis 1996, S.144)

Besonders häufig wurden angeblich bis zu 4500 Pfund schwere „Riesen-Ochsen“ gezeigt, gegen die „Murphi“ allerdings ein „Leichtgewicht“ war.



Sammlung Nagel



Die „Echtheit“ der tierischen Abnormitäten wurde immer wieder angeblich durch „bedeutende Professoren“ „beglaubigt“. Bei einem im 17. Jahrhundert ausgestellten „dreifachen Lamm“ genügte zur Bestätigung der Glaubhaftigkeit der Ankündigungen noch die Aussage „dass es auch“ von fürnehmen Herrn gesehen worden“. (vgl. Jenny 1996, S.60)

Kalb mit zwei Köpfen und zwei Schwänzen
Ausschnitt einer Souvenirkarte um 1910, Sammlung Nagel



Sehr großer Beliebtheit erfreuten sich auf den Jahrmärkten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die „*Affen- und Hundetheater*“. Die verkleideten Tiere, neben Affen und Hunden mitunter auch dressierte Feldhasen, zeigten akrobatische Kunststücke sowie menschliche Handlungen in kleinen Szenen.

Massenandrang vor der Parade eines Affentheaters um 1900, Sammlung Nagel

Szene aus Bringes Affentheater um 1905, Sammlung Nagel

“Casanovas Affentheater (...) Wir beginnen mit den Künsten der beiden großen Mandrills. (...) Diese wilden Afrikaner treten als Soldaten auf, zeigen ihren Paß vor, den sie selbst aus der Tasche ziehen und öffnen, sie exercieren auf Commando, feuern das Gewehr ab, spielen Geige und schlagen die Becken, ziehen den Säbel und stecken ihn wieder in die Scheide und höchst possierlich ist es, wenn sie beim Exerzieren nach ihrem kleinen Ckako greifen, um ihn nicht zu verlieren. (...) Nicht minder bewundernswert sind die Leistungen der vierfüßigen Künstler als Kunstreiter. Was wir bei Menschen bewun-



dert, das leisten diese Thiere, (...). Das afrikanische Gastmahl, die Madame Pompadour, die unglückliche Spazierfahrt, tanzende und spinnende Hunde, (...), Tonnen- und Kugelläufer fehlen natürlich auch nicht. Kurz, man findet hier die reichste Abwechslung und kommt gar nicht aus dem Staunen heraus.“

(Leipziger Tageblatt 29.9.1858)

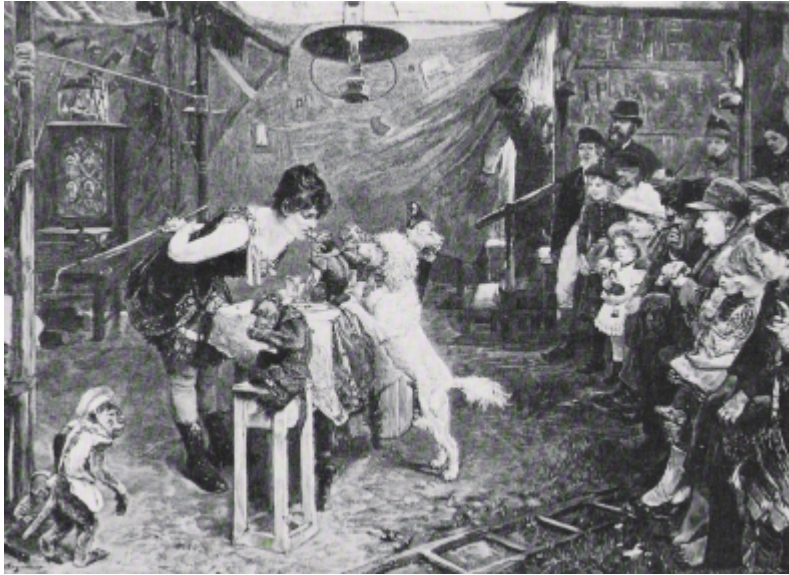


Die Programme der Affen- und Hundetheater ähnelten sich i.d.R. – der Auftritt von „Madame Pompadour“ und ihrer Begleitung gehörte zum festen Repertoire. Holzstich 1871, Sammlung Nagel

“Die größte Weltspecialität ist zum ersten male hier. Während der Kirmesß und des Schützenfestes auf dem Wiesenplatze vor dem Hessenthore: Das Theater der weltberühmten gelehrten Hunde. Darunter befindet sich der Königshund Professor Weiß, der den Titel von Sr. Majestät König Albert von Sachsen erhalten hat. Die kleinen Hündchen rechnen, lesen, schreiben, zählen Geld, kennen jede Taschenuhr, sowie alle Photographien aller Kaiser und Könige, Landesfahnen und Blumen, sie spielen Karten, Domino und Schach, sowie Klavier und machen Gymnastik, tanzen Ballet und bringen ganze militärische Scenen zur Aufführung. - Auch hatten sie die Ehre, vor anderen hohen Herrschaften Vorstellungen geben zu dürfen, u.a. vor ihrer Majestät Königin Viktoria von England, sowie vor Seiner Kgl. Hoheit dem Großherzog von Baden und Ihrer Königl. Hoheit der Kronprinzessin-Ww. Stephanie von Österreich. - Es ist eine wahre Lust, die kleinen Hunde zu beobachten, denn sie führen ihre Vorstellungen zur größten Freude des Publikums aus, da die Lehrmeisterin weder mit Stock noch mit Peitsche regiert. Die kleinen Hunde sind ausgebildet wie Kinder in der Schule. Mache die geehrten Herrschaften darauf aufmerksam, daß die kleinen Wunderhündchen einzig und allein ohne Concurrenten dastehen. Zu diesen interessanten Vorstellungen ist die geschätzte Bürgerschaft von Neuß und Umgegend freundlichst eingeladen. Um recht zahlreichen Besuch bittet Die Lehrmeisterin. (Neußer Zeitung vom 29.8. 1896 in Sagemüller 1993ff, S.661)



Ausschnitt einer Ansichtskarte mit dem in der Annonce werbenden Hundetheater von 1908, Sammlung Nagel



Holzstich nach einem Gemälde von Paul Meyerheim, um 1895
Sammlung Nagel

Häufig gab es in den Jahrmarktsbuden auch einzelne Pferde zu sehen, denen allerlei



Kunststücke andressiert waren. Das "Wunderpferd" „*Der Kluge Hans*“, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zur Widerlegung seiner vermeintlichen Rechenfähigkeiten für Furore sorgte, war Namensgeber vieler ähnlicher Darbietungen in Schaubuden und Circussen.

Sammlung Nagel

Weniger weit verbreitet waren Vorführungen dressierter (Kanarienvogel-)Vögel oder "Ratten- und Mäusetheater", in denen sich die Tiere meist in Miniaturszenerien bewegten.

„*Flohcircusse*“ gastierten hingegen häufiger auf den Jahrmärkten.

Stefan Mart 1933



Die Darbietungen der „Flohbändiger“ sind dabei weit älteren Ursprungs als häufig angegeben. Lässt man zum Beispiel die phantastisch-romantischen Überzeichnungen folgender Textstelle aus E.T.A. Hoffmans „Meister Floh“ außer Acht, treten deutlich typische Bestandteile der Floh-Vorführungen hervor:

„Es befand sich zu der Zeit ein Mann in Frankfurt, der die seltsamste Kunst betrieb. Man nannte ihn den Flohbändiger und das darum, weil es ihm, gewiß nicht ohne die größte Mühe und Anstrengung, gelungen, Kultur in diese kleinen Tierchen zu bringen und sie zu allerlei artigen Kunststückchen abzurichten.

Zum größten Erstaunen sah man auf einer Tischplatte von dem schönsten weißen, glänzend polierten Marmor Flöhe, welche kleine Kanonen, Pulverkarren, Rüstwagen zogen, andre sprangen daneben her mit Flinten im Arm, Patronentaschen auf dem Rücken, Säbeln an der Seite.

Auf das Kommandowort des Künstlers führten sie die schwierigsten Evolutionen aus, und alles schien lustiger und lebendiger wie bei wirklichen großen Soldaten, weil das Marschieren in den zierlichsten Entrechats und Luftsprüngen, das Links-um und Rechts-um aber in anmutigen Pirouetten bestand. Die ganze Mannschaft hatte ein erstaunliches Aplomb, und der Feldherr schien zugleich ein tüchtiger Ballettmeister. Noch beinahe hübscher und wunderbarer waren aber die kleinen goldenen Kutschen, die von vier, sechs, acht Flöhen gezogen wurden. Kutscher und Diener waren Goldkäferlein der kleinsten, kaum sichtbaren Art, was aber drin saß, war nicht recht zu erkennen.“ (E.T.A. Hoffmann 1820. 1981, S.41)

“Bei den Vorstellungen konnte er das Publikum maßlos in Erstaunen versetzen, wenn auf seinen Befehl die kleinen Fahrzeuge im Zicksack fuhren, wenn die Zugtiere aus der Insektenwelt auf das Kommando ‘Halt’ stehenblieben, und die Avisi ‘Rechts’ oder ‘Links’ strikte befolgten. Wer konnte denn ahnen, daß unter dem



Tisch ein Gassenjunge sitze mit einem Hufeisenmagnet in der Hand? Da war es doch viel wahrscheinlicher, daß die gebändigten Flöhe mit einer unerhörten Intelligenz begabt und auf jeden Wink ihres Herrn dressiert seien.“ (Egon Erwin Kisch 1920 in Narciß 1967, S.157)

In der Regel waren aber weder irgendwelche Magneten, noch die „unerhörte Intelligenz“ der Flöhe Grundlage der Kunststücke. Im gewissen Sinne kann durchaus von einer Art „Dressur“ gesprochen werden. (dazu Willke 2001)

Holzstich 1892, Sammlung Nagel

Gegen immer wieder aufkommende Zweifel an der Echtheit der Kunststücke verwahrten sich die Prinzipale entschieden – genauso, wie sie dem hochverehrten Publikum immer wieder versicherten, dass ein Entkommen ihrer Schützlinge ausgeschlossen sei:

Die kleinsten Künstler der Erde. Der seltsamste Schauakt.

Floh-Zirkus

mit seinen

wirklich lebenden, dressierten Menschenflöhen.

Das Höchste, was menschliche Geduld, Geschicklichkeit und Erfindungsgabe zu leisten vermag und von höchsten Personen Europas lobende Anerkennungen erntete.

Die hochinteressanten Vorführungen finden **fortwährend** frei vor den Augen der Besucher statt, **nicht durch Gläser oder Täuschung.**

 **Sämtliche Flöhe liegen an Schlingen. Desertion ausgeschlossen.** 

Aus dem Programme.

1. Fesselung der Flöhe.	5. Ein Floh-Ballet.
2. Ein Arrestant.	6. Zwei der blutdürstigsten Duellanten.
3. Wettfahren v. Wagen, Walzen, Kanonen, Feuerwehrgerätschaften, Straßenwagen etc.	7. Fräul. Blanche, die berühmte Seiltänzerin u. Deckenläuferin.
4. Ein Karussell und eine Windmühle durch Flöhe betrieben.	8. Springen von Flöhen auf Kommando usw.

Zum Schluß eine lehrreiche Erklärung mit einer praktischen Anleitung über Floh-Fütterung.

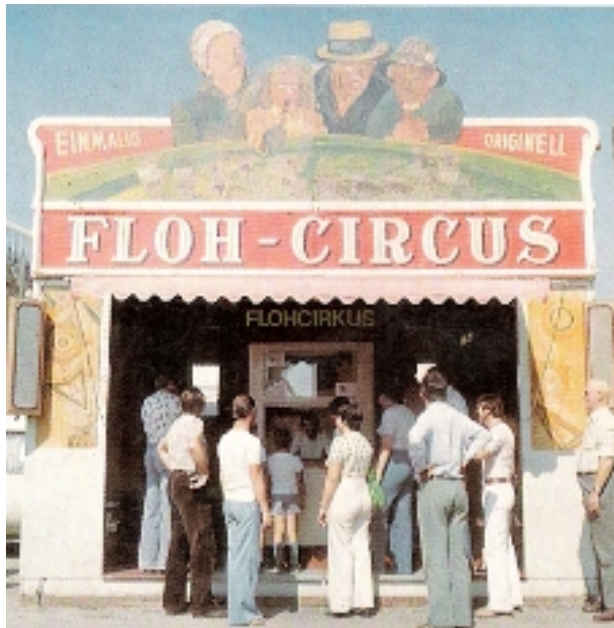
Es ladet ergebenst ein

Der Lehrmeister.

Flohzirkus-
Ankündigung,
Sammlung Nagel

Der Ankündigungszettel zeigt das typische Programm eines Flohzirkus' mit abschließender Fütterung. Letztere gestaltete sich recht einfach, indem die kleinen Künstler einfach auf die Arme des „Circusdirektors“ gesetzt wurden.

Der traditionsreiche Flohcircus von Robert Birk, vormals im Besitz der Schaustellerfamilie Mathes, gastiert seit vielen Jahrzehnten auf dem Münchner Oktoberfest.



Wichtige Auftrittsorte für Nostalgiegeschäfte dieser Art sind darüber hinaus mittlerweile die vielerorts etablierten „Historischen Jahrmärkte“.

Flohcircus Mathes
Detail einer Souvenirkarte von 1977
Sammlung Nagel

Zutrittsmöglichkeiten der Veterinärbehörde zu Tierhaltungen, insbesondere in Wohnungen

Sybille Schroff, Ass. jur.

im Auftrag der Landesbeauftragten für Tierschutz

Dr. med. vet. Cornelia Jäger

Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Kernerplatz 10

70182 Stuttgart

Mai 2014

Zutrittsmöglichkeiten der Veterinärbehörde zu Tierhaltungen, insbesondere in Wohnungen

I. Art. 13 Unverletzlichkeit der Wohnung.....13

1.	Der Wohnungsbegriff in Art. 13 I GG.....	13
2.	Eingriff durch Betreten oder Durchsuchen.....	14
	a. Durchsuchen, Art. 13 II GG.....	14
	b. Betreten, Art. 13 VII GG.....	15
	c. behördliche Nachschau.....	15
3.	Einverständnis.....	16
4.	Rechtfertigung.....	16
	a. Art. 13 II GG.....	17
	(1) Gesetzesvorbehalt.....	17
	(2) Richtervorbehalt.....	17
	(3) Gefahr im Verzug.....	17
	b. Art. 13 VII GG.....	18
	(1) Gesetzesvorbehalt.....	18
	(2) Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.....	18
5.	Grundrechtsträgerschaft.....	19

II. Beschreibung der rechtlichen Instrumentarien.....20

A. Zutrittsmöglichkeiten zu Tierhaltungen in Wohnungen i.S.v. Art. 13 I GG.....20

1.	Art. 13 GG:	
	Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder	
	Durchsuchen von Wohnungen.....	20
2.	§ 26 I 2 Nr. 4 LVwVfG:	
	Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder	
	Durchsuchen von Wohnungen.....	21
3.	§ 16 III 1 TierSchG:	
	Ermächtigungsgrundlage für die veterinärbehördliche	
	Nachschau = Betreten von Wohnungen.....	21
	a. Voraussetzungen des § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG.....	22
	(1) Betretungsberechtigte.....	22
	(2) Verpflichtete.....	22
	(3) Wohnungen nach Nr. 1.....	23
	(a) Grundstücke.....	23
	(b) Geschäftsräume.....	23
	(c) Wirtschaftsgebäude.....	23
	(d) Transportmittel.....	23
	(4) während der Geschäfts- oder Betriebszeit.....	24
	(5) Betreten.....	24
	(6) Verhältnismäßigkeit.....	25
	(7) Keine Gefahrenlage erforderlich.....	25
	b. Voraussetzungen des § 16 III 1 Nr. 2a und 2b TierSchG.....	25
	(1) Betretungsberechtigte.....	25
	(2) Verpflichtete.....	25
	(3) Wohnungen nach Nr. 2a und 2b.....	25
	(a) Nr. 2a: Wohnungen i.w.S. nach Nr. 1	
	außerhalb der Geschäftszeiten.....	25
	(b) Nr. 2b: Wohnungen i.e.S. = Privatwohnräume.....	25
	(4) zur Verhütung einer dringenden Gefahr für	
	die öffentliche Sicherheit und Ordnung.....	26
	(5) Betreten.....	26
	(6) Verhältnismäßigkeit.....	26
	c. Rechtsfolgen von § 16 III 1 Nr. 1 und 2 TierSchG.....	26
	(1) Duldungspflicht.....	26

	(2) Keine Verwaltungsvollstreckung möglich.....	27
	(3) Ordnungswidrigkeit, § 18 I Nr. 26 TierSchG.....	27
4.	§ 16a I 1 TierSchG: Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen.....	27
5.	§ 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG: Ermächtigungsgrundlage für die veterinärbehördliche Nachschau = Betreten von Wohnungen.....	28
	a. Voraussetzungen des § 16a I 1 TierSchG.....	28
	(1) Beseitigung festgestellter Verstöße und Verhütung künftiger Verstöße.....	28
	(a) festgestellte Verstöße.....	28
	(b) künftige Verstöße.....	28
	(2) Notwendig.....	29
	(3) Anordnungen.....	29
	(a) Verwaltungsakt.....	29
	(b) Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit.....	30
	(c) Adressat der Anordnung.....	30
	(d) unmittelbare Ausführung, § 8 PolG.....	31
	b. Voraussetzungen des § 16 III 1 TierSchG.....	31
	c. Rechtsfolgen.....	31
	(1) Duldungspflicht.....	31
	(2) Verwaltungsvollstreckung.....	32
	(3) Zusammenfassung § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG.....	32
6.	§ 16a I 2 Nr. 2 TierSchG: Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen.....	33
7.	Veterinärbehördliche Betretungsrechte anderer Spezialgesetze.....	34
8.	§§ 1, 3 PolG: Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen.....	34
9.	§ 8 PolG: Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen.....	34

10.	§ 31 I PolG:	
	Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten	
	von Wohnungen durch die Veterinärbehörde.....	35
11.	§ 31 II Nr. 2 PolG:	
	Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung	
	zur Gefahrenabwehr.....	35
	a. Zuständigkeit.....	35
	b. Voraussetzungen des § 31 II Nr. 2 PolG.....	36
	(1) Wohnungsdurchsuchung.....	36
	(a) Wohnungsbegriff.....	36
	(b) Durchsuchungsbegriff.....	36
	(2) Durchsuchungszweck.....	36
	(3) Antrag auf Durchsuchungsanordnung, § 31 V PolG.....	36
	(a) zuständiges Gericht, § 31 V 1 PolG.....	37
	(b) Gefahr im Verzug, § 31 V 1 PolG.....	37
	(4) Verhältnismäßigkeit.....	37
	(5) Bekanntmachung, § 31 V 4 PolG.....	37
	c. Rechtsfolgen des § 31 II Nr. 2 PolG.....	37
	(1) Inhalt der richterlichen Durchsuchungsanordnung.....	37
	(2) Umfang der Durchsuchungsermächtigung.....	37
	(3) Durchführung der Durchsuchung.....	38
12.	§ 6 I LVwVG:	
	Ermächtigungsgrundlage für das Betreten	
	von Wohnungen im Verwaltungsvollstreckungsverfahren.....	38
	a. Voraussetzungen des § 6 I LVwVG.....	38
	(1) vollstreckbarer Verwaltungsakt.....	38
	(2) Voraussetzungen der Zwangsmittel.....	38
	(a) Ersatzvornahme, §§ 19 I Nr. 2, 25 LVwVG.....	38
	(b) unmittelbarer Zwang, §§ 19 I Nr. 3, 26 LVwVG.....	39
	(c) Androhung, § 20 I LVwVG.....	39
	(3) Keine Einstellung der Vollstreckung, § 11 LVwVG.....	39
	(4) Vollstreckungsauftrag, § 5 S. 1 LVwVG.....	39
	(5) Betreten der Wohnung i.S.d. § 6 I LVwVG.....	40
	(6) zum Zwecke der Vollstreckung.....	40

	(7) Verhältnismäßigkeit.....	40
	(8) Gefahr im Verzug, § 21 LVwVG.....	40
	b. Rechtsfolgen des § 6 I LVwVG.....	40
	(1) Duldungspflicht.....	40
	(2) Duldungspflicht bei Mitgewahrsam.....	41
	(3) Durchführung der Vollstreckung.....	41
13.	§ 6 II LVwVG:	
	Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung	
	im Verwaltungs-vollstreckungsverfahren.....	41
	a. Voraussetzungen des § 6 II LVwVG.....	41
	(1) vollstreckbarer Verwaltungsakt.....	41
	(2) Voraussetzungen der Zwangsmittel.....	41
	(3) Keine Einstellung der Vollstreckung, § 11 LVwVG.....	41
	(4) Vollstreckungsauftrag, § 5 S. 1 LVwVG.....	41
	(5) Wohnungsdurchsuchung i.S.d. § 6 II LVwVG.....	42
	(6) zum Zwecke der Vollstreckung.....	42
	(7) Verhältnismäßigkeit.....	42
	(8) Gefahr im Verzug, § 21 LVwVG.....	42
	(9) Antrag auf Anordnung einer Durchsuchung, § 6 II 2 LVwVG....	42
	(a) zuständiges Gericht.....	42
	(b) Inhalt.....	42
	(c) Begründung.....	43
	(10) Gefahr im Verzug, § 6 II 2 LVwVG.....	43
	b. Rechtsfolgen des § 6 II LVwVG.....	43
	(1) Prüfungsumfang.....	43
	(2) Gültigkeitsdauer.....	43
	(3) Anhörung nicht erforderlich.....	44
	(4) Richterliche Durchsuchungsanordnung als Grundlage	
	und Grenze der Durchsuchung.....	44
	(5) Duldungspflicht bei Mitgewahrsam.....	44
	(6) Durchführung der Vollstreckung.....	44
14.	§ 102 StPO i.V.m. §§ 46 I OWiG, 18 TierSchG:	
	Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung	
	zum Zwecke der Beweissicherung im Bußgeldverfahren.....	44

a. Voraussetzungen.....	45
(1) Verdacht einer Ordnungswidrigkeit, §§ 47 I 1 OWiG, 18 TierSchG.....	45
(2) Anwendbarkeit der Vorschriften der StPO, § 46 I, II OWiG.....	45
(3) Voraussetzungen der §§ 102, 105 I StPO.....	45
(a) Wohnungsdurchsuchung.....	45
(b) Beweissicherung als Durchsuchungszweck.....	45
(c) Verhältnismäßigkeit.....	46
(d) Antrag auf Durchsuchungsanordnung, § 105 I StPO	46
(aa) zuständiges Gericht.....	46
(bb) Form.....	46
(cc) Einverständnis.....	46
(dd) Gefahr im Verzug.....	46
(4) Durchsuchung bei anderen Personen.....	46
b. Rechtsfolgen.....	47
(1) Form.....	47
(2) Inhalt.....	47
(3) Anhörung.....	47
(4) Gültigkeitsdauer.....	47
(5) Umfang der Durchsuchungsermächtigung.....	47
(6) Durchführung der Durchsuchung.....	47
15. §§ 102, 111b IV StPO i.V.m. §§ 46 I OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG:	
Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung	
zum Zwecke der Beschlagnahme im Bußgeldverfahren.....	48
a. Voraussetzungen	48
(1) Vorliegen einer Ordnungswidrigkeit, §§ 47 I 1 OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG.....	48
(2) Anwendbarkeit der Vorschriften der StPO, § 46 I, II OWiG.....	48
(3) Voraussetzungen der Beschlagnahme, § 111b StPO.....	48
(4) Voraussetzungen der §§ 102, 105 I StPO.....	48
(a) Wohnungsdurchsuchung.....	49
(b) Durchsuchungszweck.....	49
(c) Verhältnismäßigkeit.....	49
(d) Antrag auf Durchsuchungsanordnung, § 105 I StPO.....	49

(5) Durchsuchung bei anderen Personen.....	49
b. Rechtsfolgen.....	49

B. Zutrittsmöglichkeiten zu Tierhaltungen in Besitztum, das keine Wohnung i.S.d. Art. 13 I GG ist.....	50
---	-----------

III. Ergebnis.....	51
---------------------------	-----------

A. Ermächtigungsgrundlagen.....	51
--	-----------

1. Ermächtigungsgrundlagen für das Betreten von Wohnungen.....	51
2. Ermächtigungsgrundlagen für das Durchsuchen von Wohnungen.....	51
3. Ermächtigungsgrundlage für das Betreten und Durchsuchen von Besitztum, das keine Wohnung i.S.d. Art. 13 I GG ist.....	51

B. Vorteile und Nachteile der Ermächtigungsgrundlagen.....	52
---	-----------

C. Tabellarischer Überblick über die Ermächtigungsgrundlagen.....	54
--	-----------

IV. Darstellung der Verwendungsmöglichkeiten der Instrumentarien anhand von Beispielfällen.....	55
--	-----------

Fall 1: private Hundehaltung.....	55
Fall 2: animal hoarding.....	56
Fall 3: tierheimähnliche Einrichtung.....	57
Fall 4: Nutztierhaltung.....	58
Fall 5: Nicht gewerbsmäßig gehaltene Tiere auf dem Gelände eines landwirtschaftlichen Betriebes.....	58
Fall 6: Vollstreckung einer Wegnahmeverfügung.....	59

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
Bd.	Band
BPolG	Bundespolizeigesetz
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
etc.	et cetera
e.V.	eingetragener Verein
f.	folgende
ff.	fortfolgende
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
h.M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
LFGB	Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch
LVwVG	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz
LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
PolG	Polizeigesetz
Rspr.	Rechtsprechung
s.	siehe
S.	Satz
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
sog.	sogenannte (r/s)
StPO	Strafprozessordnung

stRspr.	ständige Rechtsprechung
TierSchG	Tierschutzgesetz
u.Ä.	und Ähnliches
u.a.	unter anderen
VA	Verwaltungsakt(e/es)
Var.	Variante
vgl.	vergleiche
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Whg.	Wohnung
z.B.	zum Beispiel

Anmerkung: Im Folgenden werden die Absätze und Sätze der Paragraphen durch römische bzw. arabische Zahlen dargestellt.

Beispiel: § 16 Abs. 3 Satz 1 TierSchG = § 16 III 1 TierSchG

Literaturverzeichnis

Beck	Wegnahme von Tieren, AtD 1997, 283
Belz/Mußmann	Polizeigesetz für BW 7. Auflage 2009
Bohnert	Kommentar zum OWiG 3. Auflage 2010
Dietz	Anordnungen aufgrund von § 16a I 1 TierSchG, NuR 1999, 205
Drewes/Malmberg/Walter	Kommentar zum BPolG 4. Auflage 2010
Einmahl	Gefahr im Verzug und Erreichbarkeit des Ermittlungsrichters bei Durchsuchungen und Beschlagnahme, NJW 2001, 1993
Ennuschat	Behördliche Nachschau in Geschäftsräumen und die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG, AöR 127 (2002), 252
Erichsen/Ehlers	Allgemeines Verwaltungsrecht 14. Auflage 2010
Fehling/Kastner/Störner	Handkommentar Verwaltungsrecht 3. Auflage 2013
Göhler	Kommentar zum OWiG 14. Auflage 2006
Hirt/Maisack/Moritz	Kommentar zum TierSchG 2. Auflage 2007
Hirt/Maisack/Moritz	Kommentar zum TierSchG 3. Auflage voraussichtliches Erscheinungsdatum Oktober 2014
Ipsen	Allgemeines Verwaltungsrecht 5. Auflage 2007
Kästner	Unmittelbare Maßnahmen der Gefahrenabwehr, JuS 1994, 361
Kluge	Kommentar zum TierSchG 1. Auflage 2002
Knack/Henneke	Kommentar zum VwVfG 9. Auflage 2010
Kopp/Ramsauer	Kommentar zum VwVfG 13. Auflage 2012
Kopp/Schenke	Kommentar zur VwGO 16. Auflage 2009
Kruis/Wehowsky	Verfassungsgerichtliche Leitlinien zur Wohnungsdurchsuchung, NJW 1999, 682
Lisken/Denninger	Handbuch des Polizeirechts, 4. Auflage 2007
Lorz/Metzger	Kommentar zum TierSchG 6. Auflage 2008
Lutz/Meyer-Goßner	Kommentar zur StPO 51. Auflage 2008
Maunz/Dürig	Kommentar zum GG Stand November 2013
Maurer	Allgemeines Verwaltungsrecht 18. Auflage 2011
Mittag	Das Betreten öffentlich zugänglicher Geschäftsräume zu polizeilichen Zwecken, NVwZ 2005, 649
v. Münch/Kunig	Kommentar zum GG 6. Auflage 2012

Pieroth/Schlink	Grundrechte Staatsrecht II 28. Auflage 2012
Rheinwald/Kloesel	Polizeigesetz für das Land Baden-Württemberg und Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz 5. Auflage 1975
Ruder/Schmitt	Polizeirecht BW 7. Auflage 2011
Sadler	Kommentar zum VwVG 8. Auflage 2011
Schoch	Die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG, JURA 2010, 22
Sichel	Vom Hin und Her beim Richtervorbehalt, VBfBW 2005, 55
Stelkens/Bonk/Sachs	Kommentar zum VwVfG 8. Auflage 2014
Thüsing	Das Leiden eines Tieres - eine Gefahr im ordnungsrechtlichen Sinne?, NVwZ, 1997, 563
Voßkuhle	Behördliche Betretungs- und Nachschaurechte - Versuch einer dogmatischen Klärung, DVBl 1994, 611
Weiblen	Voraussetzungen für die richterliche Anordnung der Durchsuchung von Wohnräumen bei der Verwaltungsvollstreckung, ZKF 1985, 245
Wolf/Stephan/Deger	Kommentar zum Polizeigesetz für BW 6. Auflage 2009
Würtenberger	Polizeirecht in BW 6. Auflage 2005

Zutrittsmöglichkeiten der Veterinärbehörde zu Tierhaltungen, insbesondere in Wohnungen

Fall 1

Die Veterinärbehörde hält es aufgrund von Anzeigen aus der Nachbarschaft für möglich, dass die von Hundehalter A gehaltenen zwei Hunde unzureichend ernährt werden (oder: trotz behandlungsbedürftiger Krankheiten nicht zum Tierarzt gebracht werden).

Die Veterinärbehörde möchte sich ein Bild vom Zustand der Hunde machen und zu diesem Zweck die Wohnung ohne Vorankündigung betreten.

Fall 2

Katzenhalter B hält in seiner Zweizimmerwohnung eine unbekannte Anzahl von Katzen. Nach Angaben aus der Nachbarschaft sollen es mehr als 10 sein - mit steigender Tendenz.

Die Veterinärbehörde möchte prüfen, ob hier ein Fall von animal hoarding vorliegt und zu diesem Zweck die Wohnung betreten.

Fall 3

Es besteht eine Tierhaltung mit sehr vielen Tieren. Es sind Anhaltspunkte gegeben, die für das Vorliegen einer tierheimähnlichen Einrichtung sprechen. Jedoch wurde keine Erlaubnis nach § 11 I 1 TierSchG eingeholt.

Die Veterinärbehörde möchte die Tierhaltung überprüfen.

Fall 4

Für die Veterinärbehörde gibt es Anhaltspunkte, dass die von Landwirt D gehaltenen Milchkühe/Bullen keine angemessenen Liegeflächen haben oder teilweise tief im eigenen Kot liegen oder in einer nicht tierschutzgerechten Weise angebunden sind (Verdacht auf eingewachsene Halsketten u.Ä.).

Die Veterinärbehörde möchte die Zustände im Stall überprüfen.

Fall 5

Auf dem Betriebsgelände des Landwirtes E leben nicht gewerbsmäßig gehaltene Tiere. Sie stehen entweder im Eigentum eines Dritten oder aber die Eigentumsverhältnisse lassen sich nicht klären.

Der Veterinärbehörde liegen Anhaltspunkte vor, dass die Tiere unter tierschutzwidrigen Umständen leben und möchte deshalb die nicht gewerbsmäßige Tierhaltung auf dem Betriebsgelände überprüfen

Fall 6

Gegen den Hundehalter F ist eine Wegnahmeverfügung nach § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG erlassen worden. Der Hundehalter F gibt den Hund nicht freiwillig heraus und verweigert der Veterinärbehörde den Zutritt zu seiner Wohnung, in der sich der Hund befindet.

Die Veterinärbehörde möchte die Wohnung betreten, um den Hund wegzunehmen.

Kurze Hinweise zu den Fällen finden sich an den entsprechenden Stellen im folgenden Text *kursiv gedruckt*. Die Lösungen zu den Fällen finden sich unter IV.

I. Art. 13 GG Unverletzlichkeit der Wohnung

Die Regelungen der (veterinär)behördlichen Zutrittsrechte sind nur vor dem Hintergrund der Systematik des Art. 13 GG zu verstehen¹. Art. 13 GG schützt die Unverletzlichkeit der Wohnung (1.). Das Wort „unverletzlich“ ist hier nicht wörtlich zu verstehen² und bedeutet deshalb nicht, dass Eingriffe (2.) in das Grundrecht nicht zulässig sind. Nur wenn das GG von „Unantastbarkeit“ spricht, ist tatsächlich auch jeder Eingriff verfassungswidrig, vgl. die Unantastbarkeit der Menschenwürde nach Art. 1 I GG³. Unverletzlichkeit i.S.d. Art. 13 I GG heißt, dass Eingriffe in das Grundrecht nur unter den in Art. 13 GG genannten Voraussetzungen, insbesondere Richtervorbehalt und Gesetzesvorbehalt, sowie unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit verfassungsrechtlich gerechtfertigt, also zulässig sind (4.).

1. Der Wohnungsbegriff in Art. 13 I GG

Art. 13 GG schützt die räumliche Privatsphäre⁴. Der Begriff ist umfassend zu verstehen und geht weit über das hinaus, was im allgemeinen Sprachgebrauch als Wohnung (= Wohnung i.e.S.) bezeichnet wird.⁵ Abzustellen ist objektiv auf eine Abschottung nach außen und subjektiv auf die Willensbetätigung des Nutzenden, einen Raum der allgemeinen Zugänglichkeit zu entziehen⁶. Somit schützt Art. 13 GG nicht nur die zu Wohnzwecken dienenden privaten Hauptwohnräume als Wohnung i.e.S.⁷, sondern auch Wohnungen i.w.S. wie z.B.⁸ Nebenräume, Garagen, Keller, Dachböden, Schuppen, Ställe, Scheunen, Höfe, Terrassen, sowie umzäunte oder in anderer Weise der öffentlichen Zugänglichkeit entzogene Bereiche wie z.B. (Vor-)Gärten⁹. Jedoch ist nicht jede umzäunte Fläche eine Wohnung i.S.v.

¹ Zur Thematik von Art. 13 GG und den behördlichen Zutrittsrechten siehe: Schoch, JURA 2010, 22 ff.; Ennuschat, AöR 127 (2002), 252 ff.; Voßkuhle, DVBl 1994, 611 ff.

² Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 2.

³ Schoch, JURA 2010, 22 (26), Münch, GG, Art. 13 Rn. 16.

⁴ Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 201; BVerfGE, 13.10.1971, 1 BvR 280/66 – juris Rn. 45.

⁵ Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 1, 4; Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 2; stRspr. d. BVerfG seit BVerfG 13.10.1971, 1 BvR 280/66 – juris Rn. 18 ff., 44 ff.; BVerwG 25.08.2004, 6 C 26/03 – juris Rn. 2.

⁶ Schoch, JURA 2010, 22 (23).

⁷ Schoch, JURA 2010, 22 (23).

⁸ Beispiele bei Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 10; Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 10.

⁹ BGH, 14.03.1997, 1 BGS 65/97 = NJW 1997, 2189 (2189, 2190).

Art. 13 GG: Einem Acker oder einer Viehweide oder auch einem Parkplatz¹⁰ fehlt es regelmäßig an der von Art. 13 GG geforderten Privatheit¹¹. Entscheidend ist insoweit die Gesamtbetrachtung der Umstände¹². Ebenso fällt das Auto¹³ nicht unter den Wohnungsbegriff des Art. 13 GG. Wiederum stellen Wohnmobile, Campingwagen, Boote und Zelte eine Wohnung nach Art. 13 GG dar, denn die Ortsfestigkeit eines Raumes ist für den Wohnungsbegriff unerheblich¹⁴.

Auch Geschäfts- und Betriebsräume unterfallen nach h.M.¹⁵ als Ort der Persönlichkeitsentfaltung dem Wohnungsbegriff des Art. 13 GG. Ihr Schutz ist aber weniger intensiv, da das gewerblich-berufliche Verhalten des Inhabers gerade auf den Kontakt nach außen abzielt bzw. die Räumlichkeiten jedenfalls von vorneherein auf mehr Offenheit nach außen angelegt sind¹⁶ (s. 2.c.).

Im Folgenden sind mit dem Begriff Wohnung nicht nur Wohnungen i.e.S., sondern stets auch Wohnungen i.w.S. gemeint.

2. Eingriffe in Art. 13 GG

a. Durchsuchen i.S.d. Art. 13 II GG

Nach der regelmäßig zitierten Formel des BVerwG ist das Durchsuchen „das ziel- und zweckgerichtete Suchen staatlicher Amtsträger in einer Wohnung, um etwas aufzuspüren, was der Inhaber der Wohnung von sich aus nicht offenlegen oder herausgeben will, etwas nicht klar zu Tage Liegendes, vielleicht Verborgenes aufzudecken oder ein Geheimnis zu lüften; mithin die Ausforschung eines für die freie Entfaltung der Persönlichkeit wesentlichen Lebensbereichs, das unter Umständen bis in die Intimsphäre des Betroffenen dringen kann“¹⁷. So besteht also das Durchsuchen aus zwei Elementen: zum einen aus dem notwendigen Betreten der Wohnung und zum anderen aus der Vornahme von Handlungen in der Wohnung¹⁸, also z.B. Türen, Schränke oder andere Behältnisse öffnen. Kennzeichnend ist ein „Suchen“ und „Aufspüren“ von etwas Verborgenen¹⁹ bzw. ein „systematisches Herumwühlen“²⁰.

¹⁰ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 4.

¹¹ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 11.

¹² Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 11.

¹³ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 11.

¹⁴ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 11.

¹⁵ stRspr. d. BVerfG seit BVerfG, 13.10.1971, 1 BvR 280/66 – juris Rn. 18 ff., 42 ff.; BVerwG 25.08.2004, 6 C 26/03 – juris Rn. 23.

¹⁶ Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 15, 145; BVerfG, 13.10.1979, 1 BvR 280/66 – juris Rn. 51.

¹⁷ BVerwG, 6.09.1974, I C 17.73 – juris Rn. 16.

¹⁸ Schoch, JURA 2010, 22 (25).

¹⁹ BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06 – juris 3 f.

Dem Durchsuchen geht zwangsläufig ein Betreten voraus²¹, so dass das Durchsuchen immer ein Betreten beinhaltet. Deshalb ist im Folgenden mit Durchsuchen stets: „Betreten und Durchsuchen“ gemeint.

Die Wahrnehmung der behördlichen Nachschaurechte stellt keine Durchsuchung, sondern nur ein Betreten i.S.v. Art. 13 VII GG dar²² (s. u. **I.2.b.** und **II.A.3.**).

Der verfassungsrechtliche Durchsuchungsbegriff gilt sowohl für verwaltungsrechtliche, vollstreckungsrechtliche als auch polizeirechtliche Maßnahmen²³.

b. Betreten als sonstige Eingriffe i.S.d. Art. 13 VII GG

Mit Eingriffen „im übrigen“ meint Abs. 7 weder Durchsuchungen noch den Einsatz technischer Mittel nach Art. 13 III-IV GG, sondern jedes Betreten, also jedes andere körperliche Eindringen, Besichtigen oder Verweilen staatlicher Organe in den bzw. im geschützten Bereich²⁴. Im Vergleich zur Durchsuchung stellt das Betreten die weniger einschneidende Maßnahme dar, denn es beinhaltet lediglich ein Eintreten oder Eindringen, um etwas zu sehen, zu hören oder wahrzunehmen²⁵. Es geht hier also um Sinneswahrnehmungen und nicht um Suchhandlungen in der Wohnung.

Hierunter fallen auch die behördlichen Nachschaurechte²⁶ (s.u. **II.A.3.**).

Rspr. zu Betreten/Durchsuchen: ***BVerwG, 6.09.1974, I C 17.73***

BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06

VG Berlin, 22.11.2013, 24 L 392.13

c. Behördliche Betretung und Besichtigung von Geschäfts- und Betriebsräumen

Der weite Wohnungsbegriff wird auf der Eingriffsebene wieder korrigiert: Das behördliche Betreten und Besichtigen von Geschäfts- und Betriebsräumen zum Zwecke der Überwachung (beispielhaft § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG) stellt während der Öffnungszeiten keinen Eingriff i.S.d. Art. 13 VII GG dar²⁷.

²⁰ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (616).

²¹ Sichel, VBilBW 2005, 55 (58).

²² Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31, VG Berlin, 22.11.2013, 24 L 392.13 - juris Rn. 5 ; BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06 – juris Rn. 3 f.

²³ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 25.

²⁴ Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 121.

²⁵ Sadler, VwVG, § 12 Rn. 54; BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06 – juris 3 f.

²⁶ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31, VG Berlin, 22.11.2013, 24 L 392.13 - juris Rn. 5 ; BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06 – juris Rn. 3 f.

²⁷ Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 15, 20, 141 ff.: Es liegt lediglich ein Eingriff in Art. 2 I GG vor. Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 57 ff.; BVerfG, 13.10.1971, 1 BvR 280/66 – juris Rn. 57.

Dahingegen stellt das Betreten von Betriebs- und Geschäftsräumen außerhalb der Öffnungszeiten sehr wohl einen Eingriff nach Art. 13 VII GG dar.

Und das Durchsuchen von Betriebs- und Geschäftsräumen stellt stets einen Eingriff nach Art. 13 VII GG dar²⁸.

Rspr.: BVerfG, 13.10.71, 1 BvR 280/66

3. Einverständnis

Art. 13 GG geht von einem Durchsuchen oder Betreten etc. gegen den Willen des Berechtigten aus. Der Berechtigte kann in das Betreten oder Durchsuchen einwilligen, so dass folglich gar kein Eingriff vorliegt und damit keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung erforderlich ist.

Die Einwilligung ist nur wirksam, wenn sie freiwillig und deutlich erklärt wird. D.h. der Berechtigte muss wissen, dass er nicht einwilligen muss, sondern ohne Druck und Zwang entscheiden kann. Ggf. ist er über die Freiheit seiner Entscheidung in Kenntnis zu setzen. Eine deutliche Erklärung des Einverständnisses kann nicht nur durch Worte, sondern auch durch entsprechendes Verhalten erfolgen.

Das Einverständnis kann jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen werden²⁹.

Hat eine Wohnung mehrere Inhaber, so muss jeder Berechtigte einwilligen³⁰.

4. Rechtfertigung

Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist trotz Eingriffs nicht verletzt, wenn der Eingriff verfassungsrechtlich gerechtfertigt ist. Eine verfassungsrechtliche Rechtfertigung ist dann gegeben, wenn die verfassungsrechtlichen Vorgaben, die sog. „Schranken“ gemäß Art. 13 II bzw. VII GG und insbesondere der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingehalten werden. Verhältnismäßigkeit liegt vor, wenn der Eingriff geeignet, erforderlich und verhältnismäßig i.e.S. ist. Geeignet ist ein Eingriff, wenn der gewünschte Erfolg damit erreicht werden kann. Erforderlich ist ein Eingriff, wenn er das mildeste Mittel zur Erreichung des Erfolges darstellt. Und schließlich verhältnismäßig i.e.S. ist ein Eingriff dann, wenn die Mittel-Zweck-Relation angemessen ist³¹.

²⁸ Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 20; BVerfG 13.10.1971, 1 BvR 280/66 – juris Rn. 47.

²⁹ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 19 ff.; BayObLG 26.10.2004, 3Z BR 160/04 – juris Rn. 9 ff.

³⁰ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 21; Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 5.

³¹ Pieroth/Schlink, Staatsrecht II, Rn. 289 ff.

a. Art. 13 II GG Durchsuchungen

Durchsuchungen können nur nach den Vorgaben des Art. 13 II GG verfassungsmäßig sein. D.h. sie dürfen nur auf Grund eines entsprechenden Gesetzes und auf Grund einer richterlichen Durchsuchungsanordnung bzw. ausnahmsweise bei Gefahr im Verzug auch ohne eine richterliche Durchsuchungsanordnung durchgeführt werden.

(1) Gesetzesvorbehalt

Art. 13 II GG erfordert zusätzlich zur verfassungsrechtlichen Regelung eine einfachgesetzliche Ermächtigungsgrundlage für das Durchsuchen von Wohnungen, vgl. Wortlaut des Art. 13 II GG. Gemeint ist hier ein förmliches Gesetz, also ein Parlamentsgesetz³². Auch anerkannt sind Normen (z.B. Rechtsverordnungen), die auf der Grundlage eines hinreichend bestimmten Parlamentsgesetzes erlassen worden sind.³³

(2) Richtervorbehalt

Nach Art. 13 II GG gilt für Durchsuchungen der Richtervorbehalt, d.h. der Richter (gemeint ist der Richter i.S.d. Art. 97 GG) entscheidet über die Zulässigkeit einer Durchsuchung. Art. 13 II GG enthält keine materiellen Voraussetzungen für die Durchsuchungsanordnung. Insoweit sind jedoch neben den Voraussetzungen der einfachgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage die Grundsätze des Willkürverbots, Art. 3 I GG und der Verhältnismäßigkeit zu beachten³⁴: Der Richter muss eine spezielle Anordnung für den konkreten Einzelfall treffen und begründen. Der Eingriff in das Grundrecht muss angemessen und insbesondere messbar und kontrollierbar sein³⁵. Die zu suchenden Beweismittel und die zu durchsuchenden Räume sind zu bezeichnen³⁶.

(3) Gefahr im Verzug

Bei Gefahr im Verzug dürfen auch nichtrichterliche Organe eine Durchsuchung anordnen, soweit dies einfachgesetzlich vorgesehen ist³⁷. „Gefahr im Verzug“ bedeutet, dass die zeitliche Verzögerung durch die vorherige Einholung einer richterlichen Durchsuchungsanordnung den Erfolg der Durchsuchung gefährden würde³⁸.

Eine dem Art. 13 II entsprechende Regelung ist z. B. § 31 II PolG, § 6 II LVwVG, § 102 StPO.

³² Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (617); Schoch, JURA 2010, 22 (27); Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 21 ; Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 6 Rn. 9 ff., 16 ff.

³³ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (617); Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 125.

³⁴ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 28.

³⁵ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 29; ausführlich Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 25 ff.;

³⁶ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 29; ausführlich Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 25 ff.; Kruis/Wehowsky, NJW 1999, 682 (683).

³⁷ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 32ff.

³⁸ Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 46; Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 32; BVerfG 3.04.1979, 1 BvR 994/76 - juris Rn. 43.

b. Art. 13 VII Hs. 2 GG Betreten etc.

Art. 13 VII GG enthält die Voraussetzungen für die Rechtfertigung aller Eingriffe, die keine Durchsuchungen nach Abs. 2 (und keine technischen Mittel nach den Abs. 3, 4, 5) sind. Insofern hat Abs. 7 einen Auffangcharakter³⁹. Alle sonstigen Eingriffe, die nicht den Voraussetzungen des Abs. 7 entsprechen, sind verfassungswidrig und damit nicht zulässig. Wohnungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes und zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreten werden, vgl. Wortlaut des Art. 13 VII GG. Damit ist für das bloße Betreten ein richterlicher Durchsuchungsbeschluss nicht notwendig.

(1) Gesetzesvorbehalt

Zusätzlich zu Art. 13 VII GG bedarf es auch hier einer einfachgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage. Gemeint ist auch hier ein förmliches Gesetz, also ein Parlamentsgesetz⁴⁰. Ein solches stellt z. B. § 16 III 1 Nr. 2 TierSchG dar.

Auch hier sind Normen anerkannt (z.B. Rechtsverordnungen), die auf der Grundlage eines hinreichend bestimmten Parlamentsgesetzes erlassen worden sind.⁴¹

(2) Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Der Eingriff muss der Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dienen. Dabei ist die Konjunktion „und“ als „oder“ zu lesen, so dass das Vorliegen einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit genügt. Unter öffentlicher Sicherheit ist u.a. jedenfalls die Unverletzlichkeit der objektiven Rechtsordnung zu verstehen⁴². Die öffentliche Sicherheit ist demnach z.B. in Gefahr, wenn gegen Vorschriften des TierSchG und dessen Rechtsverordnungen, als Teil der objektiven Rechtsordnung, verstoßen wird⁴³.

Es handelt sich um eine vorbeugende Gefahrenabwehr (vgl. Wortlaut des Art. 13 VII Hs. 2 „Verhütung“)⁴⁴: D.h. die Gefahr an sich muss noch nicht eingetreten sein. Erlaubt ist ein Eindringen in die Wohnung gerade schon dann, wenn ein Zustand verhindert werden soll, der eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen würde⁴⁵. Dringend ist hier nach der h.M. nicht zeitlich, also i.S.v. unmittelbar bevorstehend, sondern im Hinblick auf den Schaden qualitativ⁴⁶ zu verstehen. Wobei hinsichtlich des Schadenseintritts nicht nur die reine Möglichkeit genügt, sondern eine große

³⁹ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn 24.

⁴⁰ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (617); Schoch, JURA 2010, 22 (27); Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 21 ; Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 6 Rn. 9 ff., 16 ff.

⁴¹ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (617); Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 125.

⁴² Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 66., Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 126.

⁴³ Thüsing, NVwZ 1997, 563 (564).

⁴⁴ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 67; Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (617); Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 128; BVerfG, 13.02.64, 1 BvL 17/61 - juris Rn. 70.

⁴⁵ BVerfG, 7.06.2006, 4 B 36/06 – juris Rn. 5.

⁴⁶ Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 129 ff.

Wahrscheinlichkeit⁴⁷ erforderlich ist. Es muss ein „überragend wichtiges Gemeinschaftsgut“⁴⁸ betroffen sein. Der Tierschutz hat gemäß Art. 20a GG Verfassungsrang und ist als ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut anerkannt⁴⁹, so dass also die Dringlichkeit vorliegt, wenn mit großer Wahrscheinlichkeit die Gefahr eines Verstoßes gegen das TierSchG besteht.

Eine dem Art. 13 VII Hs. 2 GG entsprechende einfachgesetzliche Regelung findet sich in § 16 III 1 Nr. 2 TierSchG.

Bezüglich Eingriffen nach Art. 13 VII Hs. 1 GG : „...Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen...“ siehe **II.A.1.**

5. Grundrechtsträgerschaft

Das Grundrecht aus Art. 13 GG gilt für alle natürlichen Personen, alle juristischen Personen sowie die nicht rechtsfähigen Vereine, Gesellschaften und Stiftungen des privaten Rechts⁵⁰.

⁴⁷ Schoch, JURA 2010, 22, (29).

⁴⁸ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (617).

⁴⁹ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (617).

⁵⁰ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 7 f.; BVerfG, 24.05.1977, 2 BvR 988/75 – juris Rn. 39 für einen e.V.

II. Beschreibung der rechtlichen Instrumentarien

A. Zutrittsmöglichkeiten zu Tierhaltungen in Wohnungen i.S.v. Art. 13 I GG

Im Folgenden werden die möglichen **Ermächtigungsgrundlagen** für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen durch die Veterinärbehörde geprüft:

1. Art. 13 GG:

Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen durch die Veterinärbehörde

Art. 13 GG stellt keine Rechtsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen dar.

Art. 13 VII Hs. 1 GG enthält zwar eine eigenständige Ermächtigungsgrundlage für die Fälle einer „gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen“. Jedoch fallen darunter jedenfalls keine tierschutzrechtlichen Sachverhalte. Denn unter der „gemeinen Gefahr“ versteht man eine lebensbedrohende Gefahr für die Allgemeinheit wie z.B. Erdbeben, Naturkatastrophen, Explosionsgefahr, etc.⁵¹

Für den Fall der Verhütung einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“, worunter tierschutzrechtliche Sachverhalte einzuordnen sind, erfordert Abs. 7 eine zusätzliche einfachgesetzliche Ermächtigungsgrundlage (vgl. den Wortlaut von Art. 13 VII Hs. 2 GG „...auf Grund eines Gesetzes...“). Ebenso erfordert Abs. 2 für die Durchsuchung eine zusätzliche einfachgesetzliche Ermächtigungsgrundlage (vgl. den Wortlaut von Art. 13 II GG: „...in den Gesetzen...“)⁵².

⁵¹ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 61.; Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 122.

⁵² Münch, GG, Art. 13 Rn. 57; Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 121.

2. § 26 I 2 Nr. 4 LVwVfG⁵³:

Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen

Weder § 26 I 2 Nr. 4 LVwVfG⁵⁴ noch andere Vorschriften des LVwVfG stellen eine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen dar⁵⁵. § 26 LVwVfG ist eine Soll-Vorschrift⁵⁶, vgl. § 26 II LVwVfG, die die Beweisermittlung durch Augenscheinnahme im Verwaltungsverfahren regelt, aber keine Eingriffsbefugnis enthält.⁵⁷

Soweit durch Verwaltungshandeln die Wohnungsfreiheit eingeschränkt werden soll, bedarf es einer speziellen gesetzlichen Ermächtigung.

3. § 16 III 1 TierSchG:

Ermächtigungsgrundlage für die veterinärbehördliche Nachschau = Betreten von Wohnungen

§ 16 III 1 TierSchG ist eine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten von Wohnungen. Durchsuchungen sind im Rahmen von § 16 III 1 TierSchG nicht zulässig⁵⁸. Bei der Wahrnehmung von veterinärbehördlichen Nachschaurechten handelt es sich nicht um Durchsuchungen. Unter Durchsuchung ist das ziel- und zweckgerichtete Suchen nach Personen oder Sachen zu verstehen⁵⁹ (s.o. **I.2.a.**). Kennzeichnend ist das Aufspüren verborgener Tiere. Sind die Tiere hingegen schon nach dem bloßen Betreten der Wohnung sichtbar, so handelt es sich nur um eine behördliche Nachschau⁶⁰. Bei der veterinärbehördlichen Nachschau kann jedoch nach § 16 III 2 TierSchG u.a. die Anordnung getroffen werden, Räume, Behältnisse oder Transportmittel, in denen sich Tiere befinden können, zu öffnen. Diese Anordnungen können auch im Wege des unmittelbaren Zwanges durchgesetzt werden. Die Schwelle zu einer Durchsuchung wird erst dann überschritten, wenn ein „ziel- und zweckgerichtetes Suchen“⁶¹ nach verborgenen Tieren bzw. ein „systematisches

⁵³ Alle Landesgesetze ohne weitere Kennzeichnung sind solche des Landes Baden-Württemberg.

⁵⁴ VwVfG und LVwVfG unterscheiden sich nur minimal bzw. nur in Randbereichen: Erichsen/Ehlers § 13 I 2 Rn. 5; Maurer/Erichsen § 5 Rn. 21.

⁵⁵ Kopp/Ramsauer, VwVfG, § 26 Rn. 38; Knack/Henneke, VwVfG, § 26 Rn. 32; Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, § 26 Rn. 44, 93 f.; Fehling/Kastner/Störner, VwVfG, § 26 Rn. 32.

⁵⁶ Knack/Henneke, VwVfG, § 26 Rn. 32.

⁵⁷ Fehling/Kastner/Störner, VwVfG, § 26 Rn. 32; Knack/Henneke, VwVfG, § 26 Rn. 32.

⁵⁸ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31; VG Berlin, 22.11.2013, 24 L 392.13 – juris Rn. 5.

⁵⁹ BVerwG, 6.09.1974, I C 17.73 – juris Rn. 16.

⁶⁰ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31; VG Berlin, 22.11.13 – 24 L 392.13 – juris Rn. 5.

⁶¹ BVerwG, 6.09.1974, I C 17.73 – juris Rn. 16.

Herumwühlen“⁶² stattfindet. Die behördliche Nachschau stellt deshalb keine Durchsuchung⁶³, sondern nur ein Betreten dar. Das Betreten wird umschrieben als ein Eindringen in die Wohnung, um etwas zu sehen, zu hören und wahrzunehmen⁶⁴ (s.o. **I.2.b.**).

Rspr.: VG Berlin, 22.11.2013, 24 L 392.13

BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06

Die sachliche Zuständigkeit der Veterinärbehörde ergibt sich aus § 15 I 1 TierSchG i.V.m. §§ 1 Nr. 1 TierSchZuVO, 15 I Nr. 1 LVG. Die örtliche Zuständigkeit richtet sich nach § 3 LVwVfG.

a. Voraussetzungen des § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG

(1) Betretungsberechtigte

Betretungsberechtigt sind die von der Veterinärbehörde beauftragten Personen und die in ihrer Begleitung befindlichen Sachverständigen, vgl. Wortlaut § 16 III 1 TierSchG. Nicht nur Mitarbeiter der Veterinärbehörde, sondern auch externe Personen können beauftragt werden. Jedoch fehlt den externen Beauftragten die Berechtigung Verwaltungsakte nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG zu erlassen. Es bedarf insoweit einer Beleihung. § 16 TierSchG enthält selbst keine Grundlage für eine Beleihung⁶⁵.

(2) Verpflichtete

Der Kreis der nach § 16 III TierSchG Verpflichteten ist weit auszulegen: Dazu gehören nicht nur die in § 16 I TierSchG bezeichneten Einrichtungen (*Fall 4: Nutztierhaltung, § 16 I Nr. 1 TierSchG; Fall 3: tierheimähnliche Einrichtung, §§ 16 I Nr. 4, § 11 I 1 Nr. 2 TierSchG*), sondern jede Einrichtung und jede Person, die Adressat einer tierschutzrechtlichen Anordnung sein kann - insbesondere jeder Tierhalter (*also der Hundehalter F in Fall 1; der Katzenhalter B in Fall 2; der Landwirt D in Fall 4; sowie der Landwirt E in Fall 5, etc.*). Im Unterschied zu den in § 16 I TierSchG genannten Einrichtungen erfolgt das Betreten privater Tierhaltungen i.d.R. nicht im Rahmen von Routinekontrollen, sondern nur im Rahmen von Anlasskontrollen. D.h. es müssen konkrete Verdachtsmomente (z.B. Anzeige) für einen Verstoß gegen das TierSchG vorliegen⁶⁶.

⁶² Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (616).

⁶³ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31; VG Berlin, 22.11.13, 24 L 392.13 – juris Rn.5.

⁶⁴ Sadler, VwVG, § 12 Rn. 54.

⁶⁵ Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 5.

⁶⁶ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 1, 3, 6; VG Würzburg, 22.7.2008, W 5 K 08.912 – juris Rn. 19; VG Stuttgart, 14.08.1997, 4 K 2936/97 = NuR 1999, 233 (234), 718 (719); VG München, 25.06.2007, 25 CS 07.1409 – juris Rn. 2; Lorz/Metzger, TierSchG, § 16 Rn. 16; Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 4.

Außerdem ist nicht nur der Hausrechtsinhaber verpflichtet, das Betreten der Wohnung zu dulden, sondern auch jede andere Person⁶⁷.

Rspr.: VG Würzburg, 22.07.2008, W 5 K 08.912

VG München, 25.06.2007, 25 CS 07.1409

Schleswig-Holsteinisches OLG, 12.04.2007, 2 Ss OWi 44707, 36/07

VG Stuttgart, 22.12.1998, 4 K 5551/98, NuR 1999, 718

VG Stuttgart, 14.08.1997, 4 K 2936/97 = NuR 1999, 232

(3) Wohnungen i.w.S. nach Nr. 1

(a) Grundstücke

Unter Grundstück ist jeder abgegrenzte und unbebaute Teil der Erdoberfläche sowie der dazugehörige Erdkörper und Luftraum zu verstehen⁶⁸.

(Fall 5: Hofgelände)

(b) Geschäftsräume

Geschäftsräume sind Räumlichkeiten, die hauptsächlich einer Geschäftstätigkeit dienen⁶⁹. Eine Geschäftstätigkeit ist eine „selbständige Tätigkeit, die der Handelnde in gleicher Weise zu wiederholen und dadurch zu einem dauernden oder wiederkehrenden Bestandteil seiner Beschäftigung zu machen beabsichtigt“⁷⁰.

(c) Wirtschaftsgebäude

Wirtschaftsgebäude sind Gebäude, die nicht dem Menschen als Wohnung i.e.S. dienen⁷¹, z.B. Stallgebäude⁷².

(Fall 4: Kuhstall)

Rspr.: VG Würzburg, 15.05.2007, W 5 07.624

(d) Transportmittel

„Transportmittel sind Teile von Straßenfahrzeugen, Schienenfahrzeugen, Schiffen oder Luftfahrzeugen, die für den Transport von Tieren benutzt werden sowie Behältnisse zum Transport von Tieren.“⁷³

⁶⁷ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 6.

⁶⁸ Hirt/Maisack/Metzger, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 6; Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 6; Lorz/Metzger, TierSchG, § 16 Rn. 20.

⁶⁹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 6; Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 6; Lorz/Metzger, TierSchG, § 16 Rn. 20.

⁷⁰ BGH, DB 1985, 2040 (2040).

⁷¹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 6; Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 6; Lorz/Metzger, TierSchG, § 16 Rn. 20; VG Würzburg, 15.5.2007, W 5 07.624 – juris Rn. 15.

⁷² VG Würzburg, 15.5.2007, W 5 07.624 – juris Rn. 15.

⁷³ Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 6.

(4) während der Geschäfts- oder Betriebszeit

Es gelten die Geschäfts- oder Betriebszeiten der konkreten Einrichtung. Falls es keine Geschäfts- oder Betriebszeiten gibt, so ist auf die üblichen Geschäfts- oder Betriebszeiten abzustellen: Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr⁷⁴. (*Fall 4 und 5: Betriebszeiten der landwirtschaftlichen Betriebe*)

Rspr.: VG Stuttgart, 14.08.1997, 4 K 2936/97 = NuR 1999, 232

VG Würzburg, 15.05.2007, W 5 07.624

(5) Betreten

Das im Rahmen von Art. 13 VII GG zum Betreten Ausgeführte gilt auch hier. § 16 III 1 TierSchG spricht von „Betreten“ und meint damit in Abgrenzung zur Durchsuchung das bloße Betreten, um die behördlichen Nachschaurechte wahrzunehmen⁷⁵, also das Betreten, um etwas zu sehen, zu hören oder wahrzunehmen⁷⁶. Bei der veterinärbehördlichen Nachschau kann jedoch nach § 16 III 2 TierSchG u.a. die Anordnung getroffen werden, Räume, Behältnisse oder Transportmittel, in denen sich Tiere befinden können, zu öffnen. Diese Anordnungen können auch im Wege des unmittelbaren Zwanges durchgesetzt werden. Die Schwelle zu einer Durchsuchung wird erst dann überschritten, wenn ein „ziel- und zweckgerichtetes Suchen“⁷⁷ nach verborgenen Tieren bzw. ein „systematisches Herumwühlen“⁷⁸ stattfindet. Die Wahrnehmung der behördlichen Nachschaurechte stellt also keine Durchsuchung dar⁷⁹.

Auch das Befahren fällt unter „Betreten“⁸⁰.

Die Ausübung des Betretungsrechtes wird durch die behördliche Überwachungsaufgabe begrenzt, d.h. das Betreten muss der Erlangung der Kenntnisse dienen, die die Veterinärbehörde zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt.

Auf alleiniger Grundlage von § 16 III TierSchG kann die Veterinärbehörde nur formlos handeln, d.h. durch Realakte und nicht durch Verwaltungsakte. Einen Verwaltungsakt in Form der Duldungsverfügung kann die Behörde nur nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG erlassen (s.u. **II.A.5.**).

⁷⁴ VG Stuttgart, NuR 1999, 232 (234); Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 6; Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 6; Lorz/Metzger, TierSchG, § 16 Rn. 20.

⁷⁵ VG Würzburg, 15.5.2007, W 5 07.624 – juris Rn. 15; VG Berlin, 22.11.13, 24 L 392/13 – juris Rn. 5; Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 6; Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31.

⁷⁶ Sadler, VwVG, § 12 Rn. 54.

⁷⁷ BVerwG, 6.09.1974, I C 17.73 - juris Rn. 16.

⁷⁸ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (616).

⁷⁹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31.

⁸⁰ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 6; Lorz/Metzger, TierSchG, § 16 Rn. 20.

Rspr.: VG Würzburg, 15.05.2007, W 5 07.624

VG Berlin, 22.11.13, 24 L 392/13

(6) Verhältnismäßigkeit

Zudem muss das Betreten verhältnismäßig sein⁸¹.

(7) Keine Gefahrenlage erforderlich

Solange sich die Veterinärbehörde an die jeweiligen Geschäfts- und Betriebszeiten hält, kann sie also Wohnungen i.w.S. ohne das Vorliegen einer Gefahrenlage betreten, § 16 III 1 Nr.1 TierSchG.

b. Voraussetzungen des § 16 III 1 Nr. 2a und 2b TierSchG

(1) Betretungsberechtigte

Es gelten die Ausführungen zu § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG (s.o. **II.A.3.a.(1)**).

(2) Verpflichtete

Es gelten die Ausführungen zu § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG (s.o. **II.A.3.a.(2)**).

(3) Wohnungen nach Nr. 2a und 2b

(a) Nr. 2a: Wohnungen i.w.S. nach Nr. 1 außerhalb der Geschäftszeiten

„Gebäude ist jedes mit dem Grund und Boden dauernd oder vorübergehend verbundene, ober- oder unterirdische Bauwerk, das geeignet und bestimmt ist, zum Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen (also auch Zelte, Hundehütten, Zwinger, Käfigwagen u.Ä.)⁸².

Im Übrigen gelten die Ausführungen zu § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG (s.o. **II.A.3.a.(3)**).

Zu beachten ist, dass den Geschäfts- und Betriebsräumen außerhalb der Geschäfts- und Betriebszeiten der komplette Schutz nach Art. 13 GG zukommt, so dass das Betreten einen Eingriff i.S.d. Art. 13 VII GG darstellt⁸³.

(b) Nr. 2b: Wohnungen i.e.S. = Privatwohnräume

Hier nun ist tatsächlich die Wohnung i.e.S. gemeint, also die Privatwohnräume⁸⁴. Anders umschrieben sind dies: „Räumlichkeiten, die der Berechtigte (Eigentümer, Mieter, u.Ä.) der

⁸¹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 4, 6.

⁸² Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 6.

⁸³ BVerfG 13.10.1971, 1 BvR 280/66 – juris Rn. 47.

⁸⁴ Schoch, JURA 2010, 22 f.

allgemeinen Zugänglichkeit entzogen und zur Stätte seines persönlichen Lebens und Wirkens gemacht hat“⁸⁵.

(4) zur Verhütung einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Die öffentliche Sicherheit ist jedenfalls dann gefährdet, wenn gegen Vorschriften des TierSchG und dessen Rechtsverordnungen verstoßen wird⁸⁶ (s.o. **I.4.b.(2)**).

Eine dringende Gefahr ist gegeben, wenn sich aus konkreten Anhaltspunkten die hinreichende Wahrscheinlichkeit (und nicht bloß entfernte Möglichkeit) ergibt, dass in der betreffenden Wohnung eine Verletzung einer tierschutzrechtlichen Norm entweder bereits stattfindet oder aber unmittelbar bevorsteht⁸⁷.

Rspr.: VG Würzburg, 15.05.2007, W 5 07.624

VG München, 19.07.2007, M 18 S 07.2592

BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06

(5) Betreten

Es gelten die Ausführungen zu § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG (s.o. **II.A.3.a.(5)**).

(6) Verhältnismäßigkeit

Da das Betreten im Rahmen der Nr. 2 einen schwerwiegenden Grundrechtseingriff darstellt, ist die Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf Art. 13 GG besonders zu prüfen und mit dem Staatsziel Tierschutz nach Art. 20a GG abzuwägen⁸⁸.

Rspr.: VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12

c. Rechtsfolgen von § 16 III 1 Nr. 1 und 2 TierSchG

(1) Duldungspflicht

Das Vorliegen der Voraussetzungen des § 16 III 1 Nr.1 oder Nr. 2a oder 2b TierSchG löst eine Duldungspflicht bezüglich des behördlichen Betretens aus. Der Zutritt zu allen entsprechenden Räumlichkeiten und Grundstücken ist den Beauftragten der Veterinärbehörde zu gestatten⁸⁹.

⁸⁵ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 7.

⁸⁶ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 2. Auflage, § 13 Rn. 7; Thüsing, NVwZ 1997, 563 (564).

⁸⁷ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 7; VG Würzburg, 15.05.2007, W 5 07.624 – juris Rn. 17; VG München, 19.07.2007, M 18 S 07.2592 – juris Rn. 18.

⁸⁸ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 7; VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12 – juris Rn. 181.

⁸⁹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 7; VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12 – juris Rn. 87, 181 f.

(2) Keine Verwaltungsvollstreckung möglich

Die zwangsweise Durchsetzung des Betretens nach dem LVwVG erfordert das Vorliegen eines Verwaltungsaktes. Auf Grundlage von § 16 III TierSchG kann die Veterinärbehörde nur formlos handeln, d.h. durch Realakte⁹⁰ und nicht durch Verwaltungsakte⁹¹. Einen Verwaltungsakt in Form der Duldungsverfügung kann die Behörde nur nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG erlassen (s.u. **II.A.5.**).

Der Verstoß gegen eine Unterstützungspflicht nach § 16 III TierSchG ist ein „festgestellter Verstoß“ i.S.v. § 16a I 1 TierSchG und eröffnet somit die Möglichkeit, einen entsprechenden Verwaltungsakt nach § 16a I 1 TierSchG zu erlassen⁹².

(3) Ordnungswidrigkeit, § 18 I Nr. 26 TierSchG

Die Zuwiderhandlung gegen die Duldungspflicht aus § 16 III 1 TierSchG stellt einen Verstoß gegen die Unterstützungspflicht nach § 16 III 2 TierSchG dar und kann somit als Ordnungswidrigkeit gemäß § 18 I Nr. 26 TierSchG geahndet werden⁹³.

Rspr. zu § 16 III 1 TierSchG: VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12

VG München, 10.12.2001, M 3 K 01.311 = NuR 2002, 507

4. § 16a I 1 TierSchG:

Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen

§ 16a I 1 TierSchG stellt keine Rechtsgrundlage für das Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen durch Beauftragte der Veterinärbehörde dar.

§ 16a I 1 TierSchG ist die Generalklausel des TierSchG⁹⁴. Sie ermächtigt die Veterinärbehörde zum Erlass von sämtlichen tierschutzrechtlichen Verfügungen. Allerdings ist im Hinblick auf Art. 13 GG fraglich, ob § 16a I 1 TierSchG aufgrund seiner für Generalklauseln typischen Unbestimmtheit eine ausreichende Rechtsgrundlage ist, um einen Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Wohnungsfreiheit zu rechtfertigen⁹⁵.

Jedenfalls besteht hinsichtlich des Betretens in § 16 III 1 TierSchG eine speziellere Regelung. Insoweit ist ein Rückgriff auf die Generalklausel deshalb ausgeschlossen, weil ansonsten die

⁹⁰ Ipsen, allgemeines Verwaltungsrecht, § 13 Rn. 820 ff. (830); Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 15 Rn. 1 ff.

⁹¹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 9; Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 5 f.

⁹² Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 6.

⁹³ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 10.

⁹⁴ Kluge § 16a Rn. 1, 11; Lorz § 16a Rn. 2, 12; Dietz, NuR 1999, 205 (206).

⁹⁵ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (618)

Voraussetzungen des § 16 III 1 TierSchG umgangen werden würden. Damit also stellt § 16a I 1 TierSchG alleine keine Rechtsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen dar.

5. § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG:

Ermächtigungsgrundlage für die veterinärbehördliche Nachschau = Betreten von Wohnungen

§ 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG ist die Ermächtigungsgrundlage für die Duldungsverfügung hinsichtlich des veterinärbehördlichen Betretens von Wohnungen (Betretungsanordnung).

Durchsuchungen sind im Rahmen von § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG nicht zulässig⁹⁶ (s.o. II.A.3.).

Die sachliche Zuständigkeit der Veterinärbehörde ergibt sich aus § 15 I 1 TierSchG i.V.m. §§ 1 Nr. 1 TierSchZuVO, 15 I Nr. 1 LVG. Die örtliche Zuständigkeit folgt aus § 3 LVwVfG.

Muss das Betreten mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden, so kann sich die Veterinärbehörde der Vollzugshilfe der Polizei bedienen, § 60 V PolG⁹⁷.

a. Voraussetzungen des § 16a I 1 TierSchG

(1) „Beseitigung festgestellter Verstöße und Verhütung künftiger Verstöße“

(a) festgestellte Verstöße

Ein Verstoß gegen die Duldungspflicht aus § 16 III 1 TierSchG ist z.B. ein festgestellter Verstoß i.S.d. § 16a I 1 TierSchG, so dass dann direkt ein Verwaltungsakt erlassen werden kann - also unabhängig von einer Gefahrenlage, wie dies bei künftigen Verstößen erforderlich ist.

(b) künftige Verstöße

§ 16a I 1 TierSchG ermöglicht gerade auch das präventive Tätigwerden. Voraussetzung ist dann das Vorliegen einer konkreten Gefahr⁹⁸. Diese wird hier umschrieben als ein Vorgang, der in absehbarer Zeit wahrscheinlich zu einem Verstoß gegen das TierSchG führen wird⁹⁹. Steht ein schwerer Verstoß gegen das TierSchG im Raum, so genügt eine schwache Wahrscheinlichkeit; umgekehrt bedarf es einer umso größeren Wahrscheinlichkeit, wenn es

⁹⁶ VG Berlin, 22.11.2013, 24 L 392.13 – juris Rn. 5; Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 31.

⁹⁷ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 7; Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn.85 f.

⁹⁸ Kluge, TierSchG, § 16a Rn. 11.

⁹⁹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 2; VG Aachen, 5.09.2008, 6 L 373/08 – juris Rn. 32; VG Saarbrücken, 24.02.2010, 5 K 531/09 – juris Rn. 59 ; VGH BW, 9.08.2012, 1 S 1281/12 - juris Rn. 5.

sich um einen weniger schweren Verstoß gegen eine tierschutzrechtliche Norm handelt (= elastischer Gefahrenbegriff des Polizei- und Ordnungsrechts)¹⁰⁰.

Auch eine Wiederholungsgefahr genügt¹⁰¹.

Nicht erfasst sind Anordnungen zur Gefahrenvorsorge oder Gefahrerforschung¹⁰² hinsichtlich eines möglichen Verstoßes, denn ein Verstoß muss hier „wahrscheinlich“ sein.

Rspr.: VGH BW, 9.08.2012 1 S 1281/12

VG Aachen, 5.09.2008, 6 L 373/08

VG Saarbrücken, 24.02.2010, 5 K 531/09

(2) Notwendig

Unter dem Begriff der Notwendigkeit ist die Verhältnismäßigkeit zu prüfen¹⁰³.

(3) Anordnungen

(a) Verwaltungsakt

Die Anordnung bzw. Verfügung nach § 16a I 1 TierSchG stellt einen typischen Verwaltungsakt dar. Es gelten die Regelungen des LVwVfG.

Insbesondere sind in der Begründung nach § 39 LVwVfG die Verhältnismäßigkeit des Betretens, sowie die Ermessenserwägungen in Bezug auf die Auswahl des Betretens darzulegen¹⁰⁴.

Grundsätzlich muss der Adressat vor dem Erlass des Verwaltungsaktes angehört werden, § 28 I LVwVfG. Allerdings kommen gerade bei einer Duldungsverfügung nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG Ausnahmen gemäß § 28 II LVwVfG in Betracht, insbesondere kann die Anhörung bei Gefahr im Verzug oder bei einem besonderen öffentlichen Interesse an einer sofortigen Entscheidung unterbleiben, § 28 II Nr. 1 LVwVfG¹⁰⁵ (*s. Fall 1*). Sollte dennoch ein Verstoß gegen § 28 LVwVfG vorliegen, so sieht § 45 I Nr. 3 LVwVfG eine Heilungsmöglichkeit vor.

Rspr.: VG Würzburg 22.07.2008 W 5 K 08.912

¹⁰⁰ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 2; BVerwG, 16.11.1973, IV C 44/69 = NJW 1974, 815 (817).

¹⁰¹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 2. Auflage, § 13 Rn. 2.

¹⁰² VGH BW, 9.08.2012, 1 S 1281/12 – juris Rn. 4; VG Aachen, 5.09.2008, 6 L 373/08 – juris Rn. 32 ff.; Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 2.

¹⁰³ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 4; Lorz/Metzger, TierSchG, § 16a Rn. 6 f.; Kluge, TierSchG, § 16a Rn. 11; VG Saarbrücken, 24.02.2010, 5 K 531/09 – juris Rn. 63 ff.

¹⁰⁴ Dazu ausführlich: Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 6, 10.

¹⁰⁵ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 8; VG Würzburg, 22.07.2008, W 5 K 08.912 – juris Rn. 21; VG München, 19.07.2007, M 18 S 07.2592 – juris Rn. 17; zur Lebensmittelüberwachung: BVerwG, 5.11.1987, 3 C 53/87 – juris Rn. 29 ff.

VG München, 19.07.2007, M 18 S 07.2592

(b) Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit

Eine Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit ist nach § 80 II Nr. 4 VwGO möglich, wenn die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse steht. Das besondere öffentliche Vollzugsinteresse ist schriftlich zu begründen¹⁰⁶, § 80 III 1 VwGO, es sei denn, es handelt sich aufgrund von Gefahr im Verzug um eine Notstandsmaßnahme nach § 80 III 2 VwGO¹⁰⁷. Für die Begründung des besonderen öffentlichen Interesses genügt die Gefahr, dass ohne sofortiges Eingreifen Schmerzen, Leiden oder Schäden fortauern bzw. weitere tierschutzwidrige Verstöße entstehen¹⁰⁸. Die Duldungsverfügung nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG kann regelmäßig auch deshalb für sofort vollziehbar erklärt werden, weil Kontrollen ihren Zweck oft gerade nur dann erfüllen, wenn sie unangekündigt durchgeführt werden¹⁰⁹ (*s. Fall 1*). Die Begründung darf aber nicht nur formelhaft sein, sondern muss sich auf den konkreten Fall beziehen¹¹⁰.

Rspr.: VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12

VG Gießen, 2.08.2012, 4 L 1417/12.GI

VG München, 28.09.2005, 25 CS 05.1075 = NuR 2006, 455

VG Gießen, 14.04.2003, 10 G 417/03 = NuR 2003, 506

VG Stuttgart, 22.12.1998, 4 K 5551/98 = NuR 1999, 718

VG Stuttgart, 14.8.1997, 4 K 2936/97 = NuR 1999, 232

(c) Adressat der Anordnung

Der richtige Adressat der Anordnung ermittelt sich nach den Grundsätzen zur Feststellung von Störern im Ordnungsrecht. Die Duldung des Betretens kann nicht nur gegenüber demjenigen angeordnet werden, dessen Verhalten ursächlich für den Vorgang ist oder zu werden droht (Verhaltensstörer), sondern auch gegenüber dem Besitzer oder Eigentümer der Wohnung, in der der Vorgang stattfindet (Zustandsstörer)¹¹¹. (*Fall 5: E ist Zustandsstörer*)

Rspr.: VG Arnsberg, 20.11.2007, 14 L 749/07

¹⁰⁶ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 9; VGH München, 28.09.2005, 25 CS 05.1075 = NuR 2006, 455 (455).

¹⁰⁷ VG Gießen, 2.8.2012, 4 L 1417/12.GI – juris Rn. 13 f.; Kopp/Schenke, VwGO, § 80 Rn. 83.

¹⁰⁸ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 9, 30 m.w.N.; VG Stuttgart, 14.8.1997, 4 K 2936/97 = NuR 1999, 232 (233).

¹⁰⁹ Hirt, Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 9; VG Stuttgart, 22.12.1998, 4 K 5551/98 = NuR 1999, 718 (720); VG Gießen, 14.04.2003, 10 G 417/03 = NuR 2003, 506 (508); VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12 – juris Rn. 184.

¹¹⁰ Kopp/Schenke, VwGO, § 80 Rn. 84 ff.

¹¹¹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 3; Kluge, TierSchG, § 16a Rn. 13; VG Arnsberg, 20.11.2007, 14 L 749/07 – juris Rn. 14.

(d) unmittelbare Ausführung, § 8 PolG

Bei Abwesenheit des Adressaten kann kein Verwaltungsakt erlassen werden. Ein Betreten der Wohnung ist jedoch auch bei Abwesenheit des Adressaten¹¹² im Wege der unmittelbaren Ausführung nach den Voraussetzungen des § 8 I PolG möglich¹¹³ (s.u. **II.A.9.**). Die unmittelbare Ausführung nach § 8 PolG ist eine besondere Form des polizeilichen Handelns. § 8 I PolG stellt allerdings keine eigenständige Eingriffsermächtigung dar, sondern setzt eine Eingriffsermächtigung voraus¹¹⁴. Für ein Betreten von Wohnungen im Wege der unmittelbaren Ausführung müssen deshalb sowohl die fiktiven Voraussetzungen nach § 16a I 1 i.V.m. 16 III 1 TierSchG als auch die Voraussetzungen von § 8 I PolG vorliegen. § 8 I PolG setzt voraus, dass die bezweckte Störungsbeseitigung oder Gefahrenabwehr auf andere Weise nicht oder nicht rechtzeitig erreicht werden kann. Das ist hier der Fall, wenn der Adressat nicht oder nicht rechtzeitig erreicht werden kann. Gemäß § 8 I 2 PolG ist der Betroffene unverzüglich, d.h. so schnell wie möglich und nach den Umständen zumutbar¹¹⁵, zu unterrichten.

Die Veterinärbehörde kann als zuständige allgemeine Polizeibehörde i.S.d. §§ 8, 60 I, 61 I Nr. 3, 62 III PolG angesehen werden¹¹⁶. (S.u. **II.A.11.**)

b. Voraussetzungen des § 16 III 1 TierSchG

Die entsprechenden Voraussetzungen des § 16 III 1 TierSchG müssen vorliegen (s.o. **II.A.3.**), denn nur nach seinen Vorgaben ist ein veterinärbehördliches Betreten von Wohnungen möglich und damit ein Eingriff in die Wohnungsfreiheit nach Art. 13 GG zulässig.

c. Rechtsfolgen

(1) Duldungspflicht

Eine Duldungsverfügung nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG verpflichtet den Verfügungsadressaten zur Duldung des Betretens durch Beauftragte der Veterinärbehörde.

¹¹² VG München, 10.12.2001, M 3 K 01.311 = NuR 2002, 507 (509).

¹¹³ Kluge, TierSchG, § 16 Rn. 5 f., 24, 51; VG München, 10.12.2001, M 3 K 01.311 = NuR 2002, 507 (509); Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 7; für § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG: OVG Brandenburg, 25.05.1998, 4 E 24/98 – juris Rn. 2.

¹¹⁴ Kästner, JuS 1994, 361 (364); Wolf/Stephan/Deger, PolG, § 8 Rn. 4, 14.

¹¹⁵ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 28.

¹¹⁶ VG Freiburg, 14.02.2005, 2 K 91/05 - juris Rn. 12; GABl. 1997 (Bd. 45), 420 zu § 42 PolG; Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 33; Belz/Mußmann, PolG BW, § 61 Rn. 4, § 62 Rn. 8; Würtenberger, Polizeirecht in BW, Rn. 130 ff.

Der Zutritt zu allen entsprechenden Räumlichkeiten und Grundstücken ist den Beauftragten der Veterinärbehörde zu gestatten¹¹⁷.

(2) Verwaltungsvollstreckung

Die Duldungsverfügung kann als Verwaltungsakt nach dem LVwVG von der Veterinärbehörde selbst (§ 4 I LVwVG) mit unmittelbarem Zwang durchgesetzt werden¹¹⁸.

Dazu muss die Duldungsverfügung nach § 1 I Nr. 1 LVwVG vollstreckbar sein. Die Anordnung der sofortigen Vollstreckbarkeit richtet sich nach § 80 II Nr. 4, III VwGO. Im sog. gestreckten Vollstreckungsverfahren¹¹⁹ ist das Zwangsmittel (§ 19 I LVwVG) schriftlich unter Fristsetzung anzudrohen (§ 20 LVwVG, ggf. nach § 23 LVwVG festzusetzen) und nach fruchtlosem Fristablauf schließlich anzuwenden. Nach § 20 I 2 Hs. 2 LVwVG bedarf es bei der Androhung dann keiner Fristsetzung, wenn eine Duldung erzwungen werden soll. Liegt Gefahr im Verzug nach § 21 LVwVG vor, so kann im sog. verkürzten Verfahren¹²⁰, § 21 LVwVG, der Verwaltungsakt ganz ohne Androhung sofort durchgesetzt, d.h. die Wohnung sofort betreten werden („Sofortvollzug“¹²¹). Gefahr im Verzug ist gegeben, wenn tierschutzwidrige Zustände bereits eingetreten sind oder unmittelbar drohen¹²². (*S. Fall 1*)

Für die Anwendung des Zwangsmittels gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, § 19 II, III LVwVG¹²³.

(3) Zusammenfassung § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG

Zusammenfassend also kann die Veterinärbehörde auf Grundlage der § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG und unter Einhaltung der allgemeinen Vorschriften über Verwaltungsakte nach dem LVwVfG und den entsprechenden Vorschriften des LVwVG angekündigte und überraschende Kontrollen sofort durchführen und unter Rückgriff auf § 8 PolG auch bei Abwesenheit des Verpflichteten die Wohnung sofort betreten:

Angekündigte Kontrollen:

Die Veterinärbehörde kann nach vorheriger Anhörung (§ 28 I LVwVfG) durch schriftlichen Verwaltungsakt, der ggf. für sofort vollziehbar erklärt wurde (§ 80 II Nr. 4, III VwGO) den Adressaten zur Duldung des Betretens seiner Wohnung zu einem bestimmten, angegebenen

¹¹⁷ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16 Rn. 7; VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12 – juris Rn. 87, 181 f.

¹¹⁸ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 26; VGH München, NVwZ-RR 1991, 688 (689).

¹¹⁹ Kluge, TierSchG, § 16a Rn. 48; Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 26; Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht § 20 Rn. 20 ff.

¹²⁰ Kluge, TierSchG, § 16a Rn. 49; Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 26; Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht § 20 Rn. 27.

¹²¹ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 29.

¹²² Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 26, 29.

¹²³ VG Stuttgart, 27.08.1997, 4 K 4878/97 = RdL 1998, 110 (111); VG Stuttgart, 22.12.1998, 4K 5551/98 – NuR 1999, 718 (720); Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 20 Rn. 19.

Zeitpunkt verpflichten, unmittelbaren Zwang (§ 20 LVwVG) androhen und schließlich mit unmittelbarem Zwang (§ 26 LVwVG) die Wohnung betreten.

Überraschende Kontrolle ohne vorherige Ankündigung:

Die Veterinärbehörde kann ausnahmsweise ohne Anhörung (§ 28 II LVwVfG) durch (mündlichen oder) schriftlichen Verwaltungsakt, der für sofort vollziehbar erklärt wird (§ 80 II Nr. 4, III VwGO) den Adressaten zur Duldung des Betretens seiner Wohnung sofort verpflichten. Und schließlich mit unmittelbarem Zwang (§ 26 LVwVG) die Wohnung unter Androhung aber ohne Fristsetzung (§ 20 I 2 Hs. 2 LVwVG) und bei Gefahr im Verzug (§ 21 LVwVG) ganz ohne vorherige Androhung sofort betreten.

(S. Fall 1)

6. § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG:

Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen

Auch wenn eine Wegnahme von Tieren in der Praxis oft zwangsläufig ein Betreten von Wohnungen voraussetzt, so ist § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG trotzdem keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten von Wohnungen. Denn ein Gesetz i.S.d. Art. 13 VII GG, das alleine einen Eingriff in die Wohnungsfreiheit rechtfertigen kann, muss den Eingriff in die Wohnung ausdrücklich benennen. Eine stillschweigende Ermächtigung zum Betreten von Wohnungen ist mit den Vorgaben nach Art. 13 VII GG nicht vereinbar. Es bedarf also auch im Rahmen von § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG für ein Betreten der Wohnung eine Duldungsverfügung nach §§ 16a I 1 i.V.m. 16 III 1 TierSchG¹²⁴.

Einer Duldungsverfügung bezüglich des Betretens bedarf es nur dann nicht, wenn die Wegnahme der Tiere im Wege der Verwaltungsvollstreckung durchgesetzt werden kann. Denn für ein Betreten und Durchsuchen im Rahmen der Verwaltungsvollstreckung bietet § 6 LVwVG eigene Ermächtigungsgrundlagen¹²⁵. Die Voraussetzungen des § 6 I bzw. § 6 II LVwVG müssen dazu geprüft werden (s.u. **II.A.12. u. 13.**).

Ebenso kann die Veterinärbehörde im Bußgeldverfahren gemäß §§ 35, 46 OWiG i.V.m. 102, 111b IV StPO zum Zwecke der Beschlagnahme der Tiere die Wohnung betreten und durchsuchen¹²⁶ (s.u. **II.A.15.**).

¹²⁴ Kluge, TierSchG, § 16a Rn. 26; Dietz, NuR 1999, 205 (206).

¹²⁵ Beck, AtD 1997, 283 (283).

¹²⁶ Beck, AtD 1997, 283 (285).

7. Weitere Betretungsrechte in Spezialgesetzen

Weitere spezialgesetzliche Zutrittsrechte der Veterinärbehörde zu Tierhaltungen finden sich außerhalb des TierSchG beispielsweise in: § 42 II LFGB und § 22 TierZG. Beide Regelungen sind dem § 16 III TierSchG nachgebildet und sprechen auch nur von „Betreten“. Eine Durchsuchung ist auf ihrer Grundlage deshalb ebenfalls nicht zulässig.

8. §§ 1, 3 PolG:

Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen

§§ 1, 3 PolG ist keine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen. Fraglich ist, ob §§ 1, 3 PolG als weitgefasste Generalklausel zu unbestimmt ist, um Eingriffe in die nach Art. 13 GG gewährleistete Wohnungsfreiheit zu rechtfertigen¹²⁷ (vgl. oben **II.A.4.**). Jedenfalls wird die Generalklausel von den spezielleren §§ 31 I, II PolG sowie den Spezialvorschriften des TierSchG verdrängt¹²⁸, da sie für ihren Anwendungsbereich abschließend sind¹²⁹. Damit ist §§ 1, 3 PolG keine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen.

9. § 8 PolG:

Keine Ermächtigungsgrundlage für ein Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen

Die Veterinärbehörde kann als allgemeine Polizeibehörde i.S.d. §§ 8, 60 I, 61 I Nr. 3, 62 III PolG angesehen werden¹³⁰ (s.u. **II.A.11.**).

§ 8 PolG stellt keine eigenständige Eingriffsermächtigung für das veterinärbehördliche Betreten oder Durchsuchen von Wohnungen dar. § 8 PolG setzt eine Eingriffsermächtigung voraus¹³¹. Die unmittelbare Ausführung nach § 8 PolG ist eine besondere Form des polizeilichen Handelns¹³². Für ein Betreten von Wohnungen im Wege der unmittelbaren Ausführung müssen deshalb sowohl die Voraussetzungen eines fiktiven Verwaltungsaktes

¹²⁷ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (618); Dietz, NuR 1999, 205, (206).

¹²⁸ Lorz/Metzger, TierSchG, § 16a Rn. 10; VGH Mannheim, 20.03.1997, 10 S 3382/96 = NJW 1997, 1798 (1798).

¹²⁹ Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 539.

¹³⁰ VG Freiburg, 14.02.2005, 2 K 91/05 - juris Rn. 12; GABl. 1997 (Bd. 45), 420 zu § 42 PolG; Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 33; Belz/Mußmann, PolG BW, § 61 Rn. 4, § 62 Rn. 8; Würtenberger, Polizeirecht in BW, Rn. 130 ff.

¹³¹ Kästner, JuS 1994, 361 (364).

¹³² Kästner, JuS 1994, 361 (363).

nach der Ermächtigungsgrundlage § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG als auch die Voraussetzungen von § 8 PolG vorliegen (s. o. **II.A.5.a.(3d)**).

10. § 31 I PolG:

Keine Ermächtigungsgrundlage für das Betreten von Wohnungen durch die Veterinärbehörde

§ 31 I PolG ist keine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten von Wohnungen. § 16 III 1 TierSchG stellt in Bezug auf § 31 I PolG eine Spezialvorschrift dar, die den Regelungen aus dem PolG vorgeht. Für die veterinärbehördlichen Betretungs- und Nachschaurechte im Bereich Tierschutz stellt § 16 III TierSchG eine abschließende Regelung dar, so dass ein Rückgriff auf das PolG ausgeschlossen ist¹³³.

11. § 31 II Nr. 2 PolG :

Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung zur Gefahrenabwehr

§ 31 II PolG ist eine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Durchsuchen von Wohnungen¹³⁴.

Das TierSchG enthält keine spezialgesetzliche Regelung für Wohnungsdurchsuchungen. Insofern ist der Veterinärbehörde ein Rückgriff auf das allgemeine Polizeirecht möglich.

a. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Veterinärbehörde wird bei einem Rückgriff auf das Polizeirecht von der Rechtsprechung allerdings unterschiedlich beurteilt:

Es wird die Ansicht vertreten, dass für Maßnahmen des PolG die Ortspolizeibehörde bzw. der Polizeivollzugsdienst zuständig ist und nicht die Kreispolizeibehörde¹³⁵.

Rspr.: VG Stuttgart, NVwZ-RR 1996, 440

VGH BW 5.10.1995, 12 S 3292/94

Die Gegenansicht geht davon aus, dass die Veterinärbehörde als allgemeine Polizeibehörde nach §§ 62 III, 61 I Nr. 3 PolG¹³⁶ auch für Maßnahmen nach dem PolG zuständig ist¹³⁷.

¹³³ Lorz/Metzger, TierSchG, § 16a Rn. 10; Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 33.

¹³⁴ Vgl. VG Berlin, 22.11.13, 24 L 392.13 - juris Rn. 7

¹³⁵ VG Stuttgart, NVwZ-RR 1996, 440 (440 f.); VGH BW, 5.10.1995, 12 S 3292/94 – juris Rn. 26; so auch: Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 21; Wolf/Stephan/Deger, PolG, § 31 Rn. 6.

¹³⁶ GABl. 1997 (Bd. 45), 420 zu § 42 PolG; Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 33; Würtenberger, Polizeirecht BW, Rn. 130 ff.

¹³⁷ VG Freiburg, 14.02.2005, 2 K 91/05 - juris Rn. 12; vgl. auch: VGH BW, 17.03.2005, 1 S 381/05 - juris Rn. 11 f., der die Frage nach der Zuständigkeit offen lässt.

Rspr.: VG Freiburg, 14.02.2005, 2 K 91/05

VG Berlin 22.11.13, 24 L 392/13

Im Folgenden wird - im Interesse der Effektivität der Gefahrenabwehr durch die Veterinärbehörde¹³⁸ - von der Zuständigkeit der Veterinärbehörde für eine Durchsuchungsanordnung nach § 31 II PolG ausgegangen.

b. Voraussetzungen des § 31 II Nr. 2 PolG

(1) Wohnungsdurchsuchung

(a) Wohnungsbegriff

Es gilt auch hier der weite Wohnungsbegriff aus Art. 13 I GG¹³⁹ (s.o. **I.1.**).

(b) Durchsuchungsbegriff

Ebenso gilt hier der verfassungsrechtliche Durchsuchungsbegriff¹⁴⁰ (s.o. **I.2.**).

(2) Durchsuchungszweck

Die Durchsuchung muss der Suche nach einer Sache dienen, die beschlagnahmt werden darf.

Es müssen konkrete Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass sich die gesuchte Sache in der Wohnung befindet¹⁴¹.

Eine Beschlagnahmeanordnung muss noch nicht ergangen sein. Es genügen Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Sache beschlagnahmt werden darf. Bloße Vermutungen, reine Spekulationen oder hypothetische Annahmen genügen nicht¹⁴².

Die Beschlagnahme von Sachen zum Zwecke der Gefahrenabwehr ist in § 33 I Nr. 1 PolG geregelt. § 33 I Nr. 1 PolG ist auf Tiere entsprechend anzuwenden. Ein Tier kann beschlagnahmt werden, wenn dies zum Schutz eines Einzelnen oder der Allgemeinheit gegen eine unmittelbar bevorstehende Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bzw. die Beseitigung einer bereits eingetretenen Störung erfordert. Eine Störung steht dann unmittelbar bevor, wenn ohne Eingreifen und nach allgemeiner Erfahrung ein Schaden in allernächster Zeit eintritt¹⁴³.

(3) Antrag auf Durchsuchungsanordnung, § 31 V PolG

¹³⁸ VGH BW, 17.03.2005, 1 S 381/05 - juris Rn. 12.

¹³⁹ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 4; Ruder/Schmitt, Polizeirecht, Rn. 603; Wolf/Stephan/Deger, PolG, § 31 Rn. 15.

¹⁴⁰ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 12; Ruder/Schmitt, Polizeirecht, Rn. 605.

¹⁴¹ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 13; Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 593 f.; 609; Liskin/Denninger, Polizeirecht, F Rn. 717.

¹⁴² Belz/Mußmann, PolG, § 30 Rn. 9; Wolf/Stephan/Deger, PolG, § 31 Rn. 16.

¹⁴³ Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 624.

(a) zuständiges Gericht, § 31 V 1 PolG

Der Antrag auf Erlass einer Durchsuchungsanordnung ist an das Amtsgericht zu richten, § 31 V 1 PolG. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des FamFG, § 31 V 2 PolG.

Im Antrag sind die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen der beantragten Durchsuchung darzulegen¹⁴⁴.

(b) Gefahr im Verzug, § 31 V 1 PolG

Bei Gefahr im Verzug kann die Veterinärbehörde die Durchsuchung selbst anordnen. Der Begriff der Gefahr im Verzug ist im Hinblick auf Art. 13 II GG eng auszulegen und liegt nur dann vor, wenn im Einzelfall konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass durch die Einschaltung eines Richters - auch durch einen Telefonanruf beim Bereitschaftsrichter - der Erfolg der Durchsuchung gefährdet würde¹⁴⁵.

(4) Verhältnismäßigkeit

Die Wohnungsdurchsuchung muss verhältnismäßig sein¹⁴⁶.

(5) Bekanntmachung, § 31 V 4 PolG

Die Entscheidung über die Durchsuchungsanordnung bedarf für ihre Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an den Betroffenen.

c. Rechtsfolgen

Liegen die Voraussetzungen des § 31 II Nr. 2 PolG vor, so erlässt das Amtsgericht eine Durchsuchungsanordnung. Auf Grundlage und im Rahmen der Durchsuchungsanordnung kann die Veterinärbehörde die Wohnung durchsuchen.

(1) Inhalt der richterlichen Durchsuchungsanordnung

Für den Inhalt der richterlichen Durchsuchungsanordnung einer polizeirechtlichen Durchsuchung gelten dieselben Grundsätze wie für die Anordnung einer strafprozessrechtlichen Durchsuchung¹⁴⁷ (s.u. II.A.14.).

(2) Umfang der Durchsuchungsermächtigung

Die Durchsuchungsanordnung ermächtigt auch zur Beseitigung von Hindernissen, die dem Betreten der Wohnung oder einzelner Räume innerhalb der Wohnung entgegenstehen, sowie

¹⁴⁴ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 21.

¹⁴⁵ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 23; Ruder/Schmitt, Polizeirecht BW, Rn. 613.

¹⁴⁶ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 24.

¹⁴⁷ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 24.

zur gewaltsamen Öffnung von Behältnissen¹⁴⁸. Es handelt sich dabei nicht um unmittelbaren Zwang i.S.d. § 50 I PolG, so dass nicht nur die Beamten des Polizeivollzugsdienstes, sondern auch die Bediensteten der Veterinärbehörde durchsuchungsberechtigt sind¹⁴⁹.

(3) Durchführung der Durchsuchung

Bei der Durchführung der Durchsuchung sind die Rechte des Wohnungsinhabers nach §§ 31 VII, VIII PolG zu beachten, sowie eine Niederschrift zu verfassen, § 2 DVO PolG.

Rspr. zu § 31 II PolG: *VG Berlin, 22.11.13, 24 L 392/13*
 VG Freiburg, 14.02.2005, 2 K 91/05

12. § 6 I LVwVG :

Ermächtigungsgrundlage für das Betreten von Wohnungen im Verwaltungsvollstreckungsverfahren

§ 6 I LVwVG ist eine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten von Wohnungen im Verwaltungsvollstreckungsverfahren.

Die Veterinärbehörde ist gemäß § 4 I LVwVG die Vollstreckungsbehörde i.S.d. § 6 LVwVG. Gemäß § 4 III LVwVG kann sich die Veterinärbehörde der Vollzugshilfe der Polizei bedienen.

a. Voraussetzungen des § 6 I LVwVG Betreten

(1) vollstreckbarer Verwaltungsakt

Es muss ein Verwaltungsakt vorliegen, der nach § 2 LVwVG vollstreckbar ist. Vollstreckbar ist ein Verwaltungsakt dann, wenn er bestandskräftig (§ 2 Nr. 1 LVwVG) oder sofort vollziehbar ist (§ 2 Nr. 2 LVwVG)¹⁵⁰. Ein möglicher Verwaltungsakt ist beispielsweise eine Wegnahmeverfügung gemäß § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG (*wie in Fall 6*).

Bei besonderer Eilbedürftigkeit ist eine Bekanntgabe des Verwaltungsaktes auch unmittelbar vor Beginn der Vollstreckung möglich¹⁵¹.

(2) Voraussetzungen des Zwangsmittels

Als Zwangsmittel kommen in Betracht: die Ersatzvornahme und der unmittelbare Zwang.

(a) Ersatzvornahme, §§ 19 I Nr. 2, 25 LVwVG

¹⁴⁸ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 7, 13.

¹⁴⁹ Belz/Mußmann, PolG, § 31 Rn. 25.

¹⁵⁰ Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 20 Rn. 6;

¹⁵¹ VGH BW, 8.05.2009, 11 S1013/09 - juris Rn. 7.

Die Ersatzvornahme ist nur hinsichtlich vertretbarer Handlungen möglich. Vertretbare Handlungen sind solche, die auch durch andere Personen ausgeführt werden können. Darunter fallen also keine höchstpersönlichen Handlungen, keine Unterlassungen und auch keine Duldungen¹⁵². Beispielsweise also kann im Rahmen einer Tierbestandauflösung nach § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG hinsichtlich der Besitzaufgabe mangels einer vertretbaren Handlung keine Ersatzvornahme durchgeführt werden. (Mögliche Zwangsmittel sind dann nur: Zwangsgeld oder unmittelbarer Zwang)¹⁵³. (*Fall 6*)

(b) unmittelbarer Zwang, §§ 19 I Nr. 3, 26 LVwVG

Unmittelbarer Zwang ist in § 26 I 1 LVwVG definiert als jede Einwirkung auf Personen oder Sachen durch einfache körperliche Gewalt, Hilfsmittel der körperlichen Gewalt oder Waffengebrauch.

Der unmittelbare Zwang ist das schärfste Zwangsmittel; seine Anwendung muss verhältnismäßig sein, vgl. § 26 II, III LVwVG.

(c) Androhung, § 20 I LVwVG

Sowohl die Ersatzvornahme als auch der unmittelbare Zwang müssen angedroht werden, § 20 I LVwVG¹⁵⁴, es sei denn es besteht Gefahr im Verzug nach § 21 LVwVG (s.u. **II.A.12.a.(8)**).

(3) Keine Einstellung der Vollstreckung, § 11 LVwVG

Der Zweck der Vollstreckung darf noch nicht erreicht sein, denn dann ist die Vollstreckung einzustellen, § 11 Var. 1 LVwVG. Der Zweck der Vollstreckung muss durch die Anwendung von Vollstreckungsmitteln auch überhaupt erreichbar sein, denn andernfalls ist die Vollstreckung ebenfalls vollständig einzustellen, § 11 Var. 2 LVwVG¹⁵⁵.

(4) Vollstreckungsauftrag, § 5 S. 1 LVwVG

Aus dem Schutzzweck der Vorschrift ergibt sich, dass der Vollstreckungsauftrag zumindest den Gegenstand der Vollstreckung und den Umfang der Vollstreckung, den Verpflichteten sowie die Reichweite der Ermächtigung des Vollstreckungsbeamten bestimmen muss, so dass dies für den Pflichtigen erkennbar ist¹⁵⁶. Bei Gefahr im Verzug kann auf einen Vollstreckungsauftrag verzichtet werden, § 21 LVwVG (s.u. **II.A.12.a.(8)**).

¹⁵² Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 20 Rn. 13

¹⁵³ VGH BW, 17.03.2005, 1 S 381/05 - juris Rn. 5, 6; VGH München, 7.11.2006, 25 CS 06.2619 – juris Rn. 8.

¹⁵⁴ Maurer, allgemeines Verwaltungsrecht § 20 Rn. 21; VGH BW, 1.06.2005, 1 S 499/05 - juris Rn. 10 ff.

¹⁵⁵ Sichel, VBIBW 2005, 55 (58); VGH BW, 8.05.2009, 11 S 1013/09 - juris Rn. 3.

¹⁵⁶ VGH BW, 16.06.1999, 4 S 861/99 – juris Rn. 5 ff.; VGH BW, 30.05.1985, 10 S 802/85 = Justiz 1986, 109 (109, 110).

(5) Betreten der Wohnung i.S.d. § 6 I LVwVG

Das Besitztum i.S.d. § 6 I LVwVG umfasst alle Sachen, die dazu geeignet sind von Menschen betreten und durchsucht zu werden. Der Begriff des Besitztums ist noch weiter als der Wohnungsbegriff des Art. 13 I GG. Es gehören zum Besitztum jedenfalls Wohnungen i.w.S. wie z.B. Hausgrundstücke, Gebäude, Geschäftsräume, Lagerräume und Wohnungen i.e.S.¹⁵⁷. Es gilt auch im Vollstreckungsrecht der verfassungsrechtliche Durchsuchungsbegriff. In Abgrenzung zur Durchsuchung ist das Betreten auch hier das bloße Eintreten oder Eindringen, um etwas zu sehen, hören und wahrzunehmen¹⁵⁸.

(6) zum Zwecke der Vollstreckung

Die Wohnung darf nach § 6 I LVwVG nur betreten werden, wenn und soweit es zur Verwirklichung des Vollstreckungszweckes erforderlich ist¹⁵⁹.

(7) Verhältnismäßigkeit

Darüber hinaus muss das Betreten verhältnismäßig sein. D.h. die Zwangsvollstreckung kann gerade nur in der Wohnung des Vollstreckungsgegners durchgeführt werden. Das Betreten der Wohnung muss zur Erreichung des Vollstreckungszweckes geeignet, erforderlich und angemessen sein¹⁶⁰. Vernünftigerweise ist dem Vollstreckungsgegner vor dem Betreten der Wohnung noch einmal die Gelegenheit zu geben, die Vollstreckung durch das entsprechende Verhalten (beispielsweise die freiwillige Herausgabe eines Tieres) abzuwenden¹⁶¹.

(8) Gefahr im Verzug, § 21 LVwVG

Liegt Gefahr im Verzug vor, so ist ein verkürztes Vollstreckungsverfahren möglich¹⁶². Dabei kann dann u.a. entgegen § 2 Nr. 1 LVwVG auch ein noch nicht bestandskräftiger Verwaltungsakt vollstreckt werden und ohne das Vorliegen eines Vollstreckungsauftrages nach § 5 LVwVG sowie auch ohne Androhung nach § 20 I LVwVG vollstreckt werden. Gefahr im Verzug liegt vor, wenn eine notwendige Maßnahme unaufschiebbar ist. Unaufschiebbar ist eine Maßnahme dann, wenn ohne sofortiges Eingreifen der Erfolg der Maßnahme beeinträchtigt oder vereitelt würde¹⁶³.

¹⁵⁷ Rheinwald/Kloesel, LVwVG, § 6 Rn. 2.

¹⁵⁸ Sadler, VwVG, § 12 Rn. 54; BVerwG, 7.06.2006, 4 B 36/06 – juris Rn. 3 f.

¹⁵⁹ VGH BW, 1.6.2005, 1 S 499/05 - juris Rn. 6.

¹⁶⁰ VGH BW, 16.06.1999, 4 S 861/99 - juris Rn. 4

¹⁶¹ VGH BW, 30.05.1985, 10 S 802/85 = Justiz 1986, 109 (110).

¹⁶² Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht § 20 Rn. 27.

¹⁶³ VGH BW, 1.06.2005, 1 S 499/05 - juris Rn. 12.

b. Rechtsfolgen

(1) Duldungspflicht

Liegen die Voraussetzungen des § 6 I LVwVG vor, so kann die Veterinärbehörde die Wohnung des Pflichtigen betreten soweit die Verwirklichung des Vollstreckungszweckes dies gebietet.

(2) Duldungspflicht bei Mitgewahrsam

Gemäß § 6 III LVwVG entsteht bei einer Person, die Mitgewahrsam an der Wohnung des Pflichtigen hat, eine Duldungspflicht hinsichtlich des Betretens¹⁶⁴.

(3) Durchführung der Vollstreckung

Bei der Durchführung der Vollstreckung sind die §§ 7 ff. LVwVG zu beachten. Insbesondere ist ein Vollstreckungsprotokoll zu verfassen, § 10 LVwVG.

13. § 6 II LVwVG:

Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung im Verwaltungsvollstreckungsverfahren

§ 6 II LVwVG ist eine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Durchsuchen von Wohnungen im Verwaltungsvollstreckungsverfahren.

Die Veterinärbehörde ist gemäß § 4 I LVwVG die Vollstreckungsbehörde i.S.d. § 6 LVwVG. Gemäß § 4 III LVwVG kann sich die Veterinärbehörde der Vollzugshilfe der Polizei bedienen. Auch dann ist das Verwaltungsgericht das zuständige Gericht für die richterliche Durchsuchungsanordnung, §§ 4 III 1 LVwVG, 7 I Hs. 1 LVwVfG¹⁶⁵.

a. Voraussetzungen des § 6 II LVwVG

(1) vollstreckbarer Verwaltungsakt

s.o. II.A.12.a.(1)

(2) Voraussetzungen des Zwangsmittels

s.o. II.A.12.a.(2)

(3) Keine Einstellung der Vollstreckung, § 11 LVwVG

s.o. II.A.12.a.(3)

(4) Vollstreckungsauftrag, § 5 S. 1 LVwVG

s.o. II.A.12.a.(4)

¹⁶⁴ Sadler, VwVG, § 12 Rn. 61.

¹⁶⁵ Sadler, VwVG, § 12 Rn. 53; VGH Mannheim, 10.12.1999 – 11 S 240/99 – juris Rn. 8.

(5) Wohnungsdurchsuchung i.S.d. § 6 II LVwVG

§ 6 II LVwVG schützt das befriedete Besitztum¹⁶⁶. Jedenfalls sind darunter Wohnungen i.w.S. nach Art. 13 I GG zu verstehen¹⁶⁷. (S.o. **I.1.**)

Es gilt der verfassungsrechtliche Durchsuchungsbegriff: Durchsuchen ist danach das ziel- und zweckgerichtete Suchen staatlicher Organe in einer Wohnung¹⁶⁸. (S.o. **I.2.a.**)

(6) zum Zwecke der Vollstreckung

s.o. **II.A.12.a.(6)**

(7) Verhältnismäßigkeit, § 19 II, III LVwVG

Die Durchsuchung muss verhältnismäßig sein¹⁶⁹.

(8) Gefahr im Verzug, § 21 LVwVG

Bei Gefahr im Verzug kann ein noch nicht bestandskräftiger Verwaltungsakt vollstreckt, sowie auf den Vollstreckungsauftrag (§ 5 LVwVG) und eine Androhung (§ 20 I LVwVG) verzichtet werden. (S.o. **II.A.12.(8)**)

(9) Antrag auf Anordnung einer Durchsuchung, § 6 II 2 LVwVG

(a) zuständiges Gericht

Der Antrag muss an das zuständige Verwaltungsgericht gestellt werden, § 6 II 2 LVwVG.

(b) Inhalt

Der Antrag soll dem Gericht ermöglichen, die Rechtmäßigkeit der Durchsuchung zu prüfen und die zu durchsuchende Wohnung zu bestimmen¹⁷⁰. Der Antrag muss insbesondere die Bezeichnung der Anordnungsbehörde bzw. Vollstreckungsbehörde, den Namen des Pflichtigen, die Adresse der Wohnung, den Verwaltungsakt ggf. mit Erklärung über die sofortige Vollziehbarkeit, den Vollstreckungsauftrag und die Protokolle über bisherige Vollstreckungsversuche enthalten¹⁷¹.

Die Anforderungen der Gerichte an vorherige Vollstreckungsversuche sind unterschiedlich: So genügt teilweise wenigstens ein vergeblicher Vollstreckungsversuch¹⁷², wohingegen

¹⁶⁶ VGH BW, 1.06.2005, 1 S 499/05 - juris Rn. 6.

¹⁶⁷ Rheinwald/Kloesel, LVwVG, § 6 Rn. 2.

¹⁶⁸ BVerwG, 6.09.1974, I C 17.73 - juris Rn. 16.

¹⁶⁹ VG Sigmaringen, 24.02.2005, 7 K 301/05 - juris Rn. 12; VG Stuttgart, 21.01.2005, 4 K 58/05 - juris Rn. 5 ff.; VG Würzburg, 22.12.2005, W 5 X 05.1620 - juris Rn. 5, 8, 10.

¹⁷⁰ Weiblen, ZKF 1985, 245 (245, 246).

¹⁷¹ Weiblen, ZKF 1985, 245 (246).

¹⁷² Weiblen, ZKF 1985, 245(246).

andere Gerichte mindestens zwei vergebliche Vollstreckungsversuche¹⁷³ verlangen. In jedem Falle genügt es für die Frage nach dem Rechtsschutzbedürfnis, wenn der Pflichtige angetroffen wurde und er den Zutritt ausdrücklich verweigert hat¹⁷⁴.

(c) Begründung

Es empfiehlt sich eine möglichst vollständige Begründung hinsichtlich des Vollstreckungserfolges sowie der Zulässigkeit der Wohnungsdurchsuchung - insbesondere auch die Verhältnismäßigkeit - im Antrag darzulegen, um dadurch Nachfragen und Verzögerungen zu vermeiden¹⁷⁵.

(10) Gefahr im Verzug, § 6 II 2 LVwVG

Nach § 6 II 2 LVwVG ist für die Wohnungsdurchsuchung eine richterliche Anordnung nicht erforderlich, wenn durch die Verzögerung der Zweck der Vollstreckung gefährdet würde. Dies entspricht einer Gefahr im Verzug, wonach eine Verzögerung durch Einschaltung des Richters - auch durch einen Telefonanruf beim Bereitschaftsrichter - nicht hingenommen werden kann, weil dadurch der Erfolg der Durchsuchung gefährdet würde¹⁷⁶. Der Erfolg der Durchsuchung muss konkret gefährdet sein¹⁷⁷.

b. Rechtsfolgen

Liegen die obigen Voraussetzungen vor, so erlässt das Verwaltungsgericht im Verfahren nach der VwGO durch Beschluss¹⁷⁸ eine Durchsuchungsanordnung.

(1) Prüfungsumfang

Die richterliche Durchsuchungsanordnung ist nicht nur eine reine Formsache, sondern sie hat im Hinblick auf den schwerwiegenden Eingriff in die Wohnungsfreiheit des Pflichtigen eine präventive Kontrollfunktion.¹⁷⁹ Bei Erlass der Durchsuchungsanordnung werden die Voraussetzungen einer rechtmäßigen Vollstreckung geprüft; der zu vollstreckende Grundverwaltungsakt wird hingegen nicht geprüft¹⁸⁰.

(2) Gültigkeitsdauer

Die Durchsuchungsanordnung ist höchstens 6 Monate gültig¹⁸¹.

¹⁷³ Beck, AtD 1997, 283 (283).

¹⁷⁴ Beck, AtD 1997, 283 (283); Weiblen, ZKF 1985, 245(246).

¹⁷⁵ Weiblen, ZKF 1985, 245 (246).

¹⁷⁶ VGH BW, 1.06.2005, 1 S 499/05 - juris Rn. 14.

¹⁷⁷ Sichel, VBIBW 2005, 55 (58).

¹⁷⁸ Sichel, VBIBW 2005, 55 (59); Rheinwald/Kloesel, LVwVG, § 6 Rn. 5; Kopp/Schenke, VwGO § 122 Rn 1ff.

¹⁷⁹ VGH BW 4.3.1991, 1 S 429/91 - juris Rn. 2; VG Stuttgart, 21.01.2005, 4 K 58/05 - juris Rn. 6.

¹⁸⁰ VG Sigmaringen 24.02.2005, 7 K 301/05 – juris Rn. 3 m.w.N.; Weiblen, ZKF 1985, 245 (245, 246).

¹⁸¹ VG Sigmaringen 24.02.2005, 7 K 301/05 – juris Rn. 14.

(3) Anhörung nicht erforderlich

Die Anhörung des Verpflichteten durch das Gericht vor dem Erlass der Durchsuchungsanordnung ist nach Art. 103 I GG nicht geboten, kann jedoch zweckmäßig sein¹⁸². Eine Anhörung entfällt jedenfalls dann, wenn die Gefahr der Vollstreckungsvereitelung besteht¹⁸³.

(4) Richterliche Durchsuchungsanordnung als Grundlage und Grenze der

Durchsuchung

Auf Grundlage und im Rahmen der Durchsuchungsanordnung kann die Veterinärbehörde schließlich die Wohnung durchsuchen. Die Durchsuchungsanordnung ermöglicht also nicht nur die Durchsuchung, sondern begrenzt sie zugleich: Die Durchsuchungsanordnung muss im Rahmen des Möglichen sicherstellen, dass der Eingriff in die Wohnungsfreiheit angemessen begrenzt wird, messbar und kontrollierbar bleibt¹⁸⁴.

(5) Duldungspflicht bei Mitgewahrsam

Gemäß § 6 III LVwVG entsteht bei einer Person, die Mitgewahrsam an der Wohnung des Pflichtigen hat, eine Duldungspflicht hinsichtlich der Durchsuchung¹⁸⁵.

(6) Durchführung der Vollstreckung

Bei der Durchführung der Vollstreckung sind die §§ 7 ff. LVwVG zu beachten. Insbesondere ist ein Vollstreckungsprotokoll zu verfassen, § 10 LVwVG.

Rspr. zu § 6 II LVwVG: VG Würzburg, 22.12.2005, W 5 X 05.1620

14. §§ 102 StPO i.V.m. §§ 46 I OWiG, 18 TierSchG:

Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung zum Zwecke der Beweissicherung im Bußgeldverfahren

§ 102 StPO i.V.m. §§ 46 I OWiG, 18 TierSchG ist eine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten und Durchsuchen von Wohnungen zum Zwecke der Beweissicherung im Bußgeldverfahren.

Gemäß §§ 35, 36 I Nr. 1, 37 I OWiG i.V.m. §§ 1 Nr. 1 TierSchZuVO, 15 I Nr. 1 LVG, 3 LVwVfG ist die Veterinärbehörde zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 18 TierSchG¹⁸⁶.

Die Veterinärbehörde ist somit Verfolgungsbehörde i.S.d. § 46 OWiG.

¹⁸² Kopp/Schenke, VwGO, § 122 Rn. 9.

¹⁸³ VG Sigmaringen 24.02.2005, 7 K 301/05 – juris Rn. 15; VGH BW, 1.6.2005, 1 S 499/05 - juris Rn. 15; VGH BW, 8.05.2009, - juris Rn. 8; Weiblen, ZKF 1985, 245 (246, 247); VG Würzburg, 22.12.2005, W 5 X 05.1620 - juris Rn. 11.

¹⁸⁴ VG Sigmaringen 24.02.2005, 7 K 301/05 – juris Rn. 13.

¹⁸⁵ Sadler, VwVG, § 12 Rn. 61.

¹⁸⁶ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 2. Auflage, § 18 Rn. 1; Kluge, TierSchG, § 18 Rn. 1.

Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 37 I Nr. 1, 2 OWiG.

a. Voraussetzungen

(1) Verdacht einer Ordnungswidrigkeit, §§ 47 I 1 OWiG, 18 TierSchG

Besteht der Verdacht einer Ordnungswidrigkeit nach § 18 TierSchG, so kann die Veterinärbehörde ermitteln, ob eine Ordnungswidrigkeit vorliegt und ob sie verfolgt werden soll, § 47 I 1 OWiG. § 47 I 1 OWiG zufolge entscheidet die Veterinärbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen, ob ein Ahndungsverfahren eingeleitet wird oder nicht. Insoweit besteht also eine Ahndungsbefugnis, aber keine Ahndungspflicht¹⁸⁷.

Bei dem Verdacht muss es sich um einen Anfangsverdacht i.S.d. § 152 II StPO handeln, d.h. es müssen konkrete Tatsachen vorliegen¹⁸⁸. Es muss die Möglichkeit einer ahndbaren Ordnungswidrigkeit bestehen. Eine allgemeine Wahrscheinlichkeit genügt nicht¹⁸⁹.

(2) Anwendbarkeit der Vorschriften der StPO, § 46 I OWiG

Nach § 46 I OWiG gelten für das Bußgeldverfahren die Vorschriften der StPO sinngemäß: Somit gelten die §§ 102 ff. StPO für Durchsuchungen im Rahmen des Bußgeldverfahrens in gleichem Umfang wie in Strafsachen. Jedoch ist die Verhältnismäßigkeit einer Wohnungsdurchsuchung ganz besonders zu prüfen, wenn es sich nicht um eine Straftat, sondern „nur“ um eine Ordnungswidrigkeit handelt¹⁹⁰.

(3) Voraussetzungen der §§ 102, 105 I StPO

(a) Wohnungsdurchsuchung

Mit Wohnungen und Räumen gemäß § 102 StPO ist wiederum die Wohnung i.w.S. nach Art. 13 I GG gemeint (s.o. **I.1.**).

Auch hier gilt wieder der verfassungsrechtliche Durchsuchungsbegriff, demzufolge in Abgrenzung zu einer bloßen behördlichen Nachschau eine ziel- und zweckgerichtete Suche in der Wohnung stattfinden muss¹⁹¹ (s.o. **I.2.a.**).

(b) Beweissicherung als Durchsuchungszweck

Der Durchsuchungszweck ist das Auffinden von Beweismitteln. Beweismittel sind alle beweglichen oder unbeweglichen Sachen, die unmittelbar oder mittelbar für die

¹⁸⁷ Bohnert, OWiG § 35 Rn. 15, § 47 Rn. 1; Göhler, OWiG, § 47 Rn. 1 ff.

¹⁸⁸ Bohnert, OWiG, § 35 Rn. 14; Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 152 Rn. 4.

¹⁸⁹ Bohnert, OWiG, § 35 Rn. 14;

¹⁹⁰ Kluge, TierSchG, § 18 Rn. 8; BVerfG, 22.03.1999, 2 BvR 2158/98 - juris Rn. 8 f.

¹⁹¹ Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 102 Rn. 8; BVerwG, 6.09.1974, I C 17.73 - juris Rn. 16.

Ordnungswidrigkeit oder Umstände ihrer Begehung Beweis erbringen können¹⁹². Die Wohnungsdurchsuchung darf nicht nur der Ausforschung dienen. Es genügt allerdings, wenn nach kriminalistischer Erfahrung die begründete Aussicht besteht, dass das Beweismittel durch eine Wohnungsdurchsuchung gefunden werden kann¹⁹³.

(c) Verhältnismäßigkeit

Die Wohnungsdurchsuchung muss verhältnismäßig sein¹⁹⁴.

(d) Antrag auf richterliche Durchsuchungsanordnung, § 105 I StPO

(aa) zuständiges Gericht

Der Antrag ist beim zuständigen Amtsgericht zu stellen, § 105 I StPO.

(bb) Form

Der Antrag kann formfrei, also auch mündlich gestellt werden¹⁹⁵.

(cc) Einverständnis

Bei Vorliegen eines wirksamen Einverständnisses ist eine richterliche Durchsuchungsanordnung nicht erforderlich¹⁹⁶ (s.o. **I.3.**).

(dd) Gefahr im Verzug

Bei Gefahr im Verzug ist eine richterliche Durchsuchungsanordnung ebenfalls nicht erforderlich, denn dann darf die Durchsuchung von der Veterinärbehörde selbst angeordnet werden, § 105 I 1 StPO i.V.m. § 46 I 1 OWiG. Gefahr im Verzug ist gegeben, wenn die zeitliche Verzögerung durch die Einschaltung eines Richters zu einem Beweismittelverlust führen würde¹⁹⁷. Im Hinblick auf den Notdienst der Amtsgerichte wird aber zumindest der Versuch einer telefonischen Kontaktaufnahme gefordert, bevor von der Ausnahme Gebrauch gemacht wird¹⁹⁸.

(4) Durchsuchungen bei anderen Personen, § 103 StPO

Für die Durchsuchung bei anderen Personen gelten strengere Regeln, vgl. § 103 StPO.

¹⁹² Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 102 Rn. 5,

¹⁹³ Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 102 Rn. 2.

¹⁹⁴ Kluge, TierSchG, § 18 Rn. 8; Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 102 Rn. 15.

¹⁹⁵ Einmahl, NJW 2001, 1993, (1994).

¹⁹⁶ Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 1.

¹⁹⁷ Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 2.

¹⁹⁸ Einmahl, NJW 2001, 1393 (1394) Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 2.

b. Rechtsfolgen

Auf Grundlage und im Rahmen der richterlichen Durchsuchungsanordnung kann die Veterinärbehörde die Wohnung durchsuchen.

(1) Form

Die richterliche Durchsuchungsanordnung ist zwar formfrei, sollte aber - abgesehen von Eilfällen – schriftlich abgefasst werden¹⁹⁹.

(2) Inhalt

Der Eingriff in die Wohnungsfreiheit soll durch die Formulierung der Durchsuchungsanordnung messbar und kontrollierbar bleiben²⁰⁰. Deshalb muss die richterliche Durchsuchungsanordnung folgende Angaben enthalten²⁰¹:

Die Verdachtsgründe, die soweit wie möglich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht zu konkretisieren sind sowie Angaben zu Ziel, Zweck und Ausmaß der Durchsuchung. Dazu müssen die Beweismittel, die gefunden werden sollen, sowie die Räumlichkeiten, die durchsucht werden sollen, konkret bezeichnet werden.

Die entsprechenden Angaben sollten sich also aus dem Antrag der Veterinärbehörde ergeben.

(3) Anhörung

Von einer Anhörung vor Erlass der Durchsuchungsanordnung ist nach § 33 IV StPO abzusehen²⁰².

(4) Gültigkeitsdauer

Die Durchsuchungsanordnung ist höchstens sechs Monate gültig; die genaue Gültigkeitsdauer ergibt sich aus den Umständen des Einzelfalles²⁰³.

(5) Umfang der Durchsuchungsermächtigung

Die Durchsuchungsanordnung berechtigt zur Anwendung von unmittelbarem Zwang²⁰⁴.

(6) Durchführung der Durchsuchung

Bei der Durchführung der Durchsuchung sind §§ 105 II, III, 106-110 StPO zu beachten.

¹⁹⁹ Einmahl, NJW 2001,1993 (1994); Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 3 m.w.N.

²⁰⁰ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 25 ff. (26).

²⁰¹ Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 5; ausführlich dazu: Kruis/Wehowsky, NJW 1999, 682 (683 f.).

²⁰² Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 4.

²⁰³ Kruis/Wehowsky, NJW 1999, 682 (684); Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 8 m.w.N.

²⁰⁴ Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 13.

**15. §§ 102, 111b IV StPO i.V.m. §§ 46 I OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG:
Ermächtigungsgrundlage für die Wohnungsdurchsuchung zum Zwecke der
Beschlagnahme im Bußgeldverfahren**

§§ 102, 111b IV StPO i.V.m. 46 I OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG ist eine Ermächtigungsgrundlage für das veterinärbehördliche Betreten und Durchsuchen von Wohnungen zum Zwecke der Beschlagnahme im Bußgeldverfahren.

Gemäß §§ 35, 36 I Nr. 1, 37 I OWiG i.V.m. §§ 1 Nr. 1 TierSchZuVO, 15 I Nr. 1 LVG, 3 LVwVfG ist die Veterinärbehörde sachlich zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 18, 19 I Nr. 2 TierSchG.

Die Veterinärbehörde ist somit Verfolgungsbehörde i.S.d. § 46 OWiG.

Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 37 I Nr. 1, 2 OWiG.

a. Voraussetzungen

(1) Ordnungswidrigkeit nach § 19 I Nr. 2 TierSchG

Es müssen ausreichend tatsächliche Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit nach § 19 I Nr. 2 TierSchG vorliegen²⁰⁵.

(2) Anwendbarkeit der Vorschriften der StPO, § 46 I OWiG

S.o. II.A.14.a.(2)

(3) Voraussetzungen des § 111b StPO

Die Möglichkeit der Beschlagnahme im Bußgeldverfahren nach § 111b StPO i.V.m. § 46 OWiG tritt gleichrangig neben die Möglichkeit der Wegnahme nach § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG, wenn die Voraussetzungen der Einziehung nach § 19 I Nr. 2 TierSchG vorliegen²⁰⁶. Tiere können nach § 19 I Nr. 2 TierSchG eingezogen werden, wenn sich eine dort aufgezählte Ordnungswidrigkeit auf sie bezieht und die Tiere entweder dem Täter oder Teilnehmer gehören oder zustehen (Einziehung als Buße) oder die Gefahr weiterer Ordnungswidrigkeiten mit Bezug auf sie besteht (Sicherheitseinziehung)²⁰⁷.

Nach § 111b IV StPO sind die §§ 102 ff. StPO anzuwenden.

(4) Voraussetzungen des §§ 102, 105 I StPO

²⁰⁵ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 2. Auflage, § 19 Rn. 9.

²⁰⁶ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 3. Auflage, § 16a Rn. 43; Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 2. Auflage, § 19 Rn. 3ff.

²⁰⁷ Hirt/Maisack/Moritz, TierSchG 2. Auflage, § 19 Rn. 3ff.

(a) Wohnungsdurchsuchung

S.o. II.A.14.a.(3a)

(b) Durchsuchungszweck

Der Durchsuchungszweck liegt in der Beschlagnahme des bezeichneten Tieres. Es müssen konkrete Tatsachen dargelegt werden, aus denen geschlossen werden kann, dass sich das Tier, das beschlagnahmt werden soll, in der zu durchsuchenden Wohnung befindet²⁰⁸. Außerdem müssen Gründe für die Annahme vorhanden sein, dass die Voraussetzungen für eine Einziehung des Tieres vorliegen.

(c) Verhältnismäßigkeit

Die Wohnungsdurchsuchung muss verhältnismäßig sein²⁰⁹.

(d) Antrag auf Durchsuchungsanordnung, § 105 I StPO

Die Beschlagnahmeverfügung kann mit der Durchsuchungsanordnung verbunden werden, folglich können sie auch zusammen beantragt werden²¹⁰. Die zu beschlagnahmenden Sachen müssen genau bezeichnet werden²¹¹.

Im Übrigen gelten die Ausführungen zu II.14.a.(3d).

(5) Durchsuchungen bei anderen Personen, § 103 StPO

S.o. II.A.14.a.(5)

b. Rechtsfolgen

S.o. II.A.14.b.

²⁰⁸ Beck, AtD 1997, 283 (285).

²⁰⁹ Kluge, TierSchG, § 18 Rn. 8; Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 102 Rn. 15.

²¹⁰ Beck, AtD 1997, 283 (285).

²¹¹ Lutz/Meyer-Goßner, StPO, § 105 Rn. 7.

B. Zutrittsmöglichkeiten zu Tierhaltungen in Besitztum, das keine Wohnung i.S.d. Art. 13 I GG ist

Grundstücke und Räumlichkeiten bzw. anderes Besitztum, das keine Wohnung i.S.d. Art. 13 I GG darstellt, fällt auch nicht unter den verfassungsrechtlichen Schutz des Art. 13 GG.

Das veterinärbehördliche Betreten und Durchsuchen dieses anderen Besitztums kann alleine auf die Generalklausel § 16a I 1 TierSchG gestützt werden.

So sind z. B. freie Flächen ohne Befriedung - beispielsweise Äcker und Viehweiden - keine Wohnungen i.S.d. Art. 13 I GG²¹². Auch Gärten in der freien Feldmark sowie forst- und landwirtschaftliche Flächen - selbst dann wenn sie mit einem einfachen Zaun umschlossen sind, stellen keine Wohnungen i.S.d. Art. 13 I GG dar²¹³. Ggf. können selbst bei Garagen, Scheunen, und Ställen - sofern sie sich jeweils außerhalb des geschlossenen Ortskerns befinden - die Wohnungseigenschaften i.S.d. Art. 13 I GG fehlen²¹⁴. Zur Ermittlung der Wohnungseigenschaften ist objektiv auf eine Abschottung nach außen und subjektiv auf die Willensbetätigung des Nutzenden, sowie auf eine Gesamtbetrachtung der Umstände abzustellen²¹⁵ (s.o. I.1.)

Das veterinärbehördliche Betreten und Durchsuchen des Besitztums, das keine Wohnung i.S.d. Art. 13 I GG ist, kann alleine auf die Generalklausel § 16a I 1 TierSchG gestützt werden.

²¹² Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 11.

²¹³ Drewes/Malmberg/Walter, BPolG, § 45 Rn. 8.

²¹⁴ Drewes/Malmberg/Walter, BPolG, § 45 Rn. 8.

²¹⁵ Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 11; Schoch, JURA 2010, 22 (23).

III. Ergebnis

A. Ermächtigungsgrundlagen

1. Ermächtigungsgrundlagen für das Betreten von Wohnungen

Für das veterinärbehördliche Betreten von Wohnungen stehen folgende Ermächtigungsgrundlagen zur Verfügung:

- § 16 III 1 TierSchG
- § 16a I 1 i.V.m. 16 III 1 TierSchG
- § 6 I LVwVG

2. Ermächtigungsgrundlagen für das Durchsuchen von Wohnungen

Für das veterinärbehördliche Durchsuchen von Wohnungen stehen folgende Ermächtigungsgrundlagen zur Verfügung:

- § 31 II Nr. 2 PolG
- § 6 II LVwVG
- § 102 StPO i.V.m. §§ 46 OWiG, 18 TierSchG
- §§ 102, 111b IV StPO i.V.m. §§ 46 OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG

3. Ermächtigungsgrundlage für das Betreten und Durchsuchen von Besitztum, das keine Wohnung i.S.d. Art. 13 I GG ist

Für das veterinärbehördliche Betreten und Durchsuchen von Besitztümern, die keine Wohnungen i.S.d. Art. 13 I GG sind, ist die richtige Ermächtigungsgrundlage:

- § 16a I 1 TierSchG

B. Vorteile und Nachteile der Ermächtigungsgrundlagen

1. Alle Regelungen über das Betreten bzw. Durchsuchen von Wohnungen in allen Gesetzen müssen sich an den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 13 GG messen lassen. Art. 13 GG gilt „wie vor die Klammer gezogen“ für alle Rechtsgebiete. Deshalb entsprechen alle Regelungen der Systematik des Art. 13 GG. So erklären sich die ähnlichen bzw. teilweise sogar identischen Formulierungen und Voraussetzungen:

a. Für alle Ermächtigungsgrundlagen gilt: wenn der Grundrechtsberechtigte sein Einverständnis in das Betreten oder Durchsuchen seiner Wohnung erteilt, dann kann die Wohnung ohne das Vorliegen weiterer Voraussetzungen einer Ermächtigungsgrundlage betreten und auch durchsucht werden.

b. Die Ermächtigungsgrundlagen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Rechtsfolgen: Im Rahmen von § 16 III 1 TierSchG kann immer nur betreten werden. Gleiches gilt für §§ 16a I 1 i.V.m. 16 III 1 TierSchG und § 6 I LVwVG. Die Wahrnehmung der veterinärbehördlichen Nachschaurechte nach § 16 III 2 TierSchG stellt keine Durchsuchung dar.

Nur im Rahmen von § 31 II PolG, § 6 II LVwVG und § 102 StPO i.V.m. §§ 46 OWiG, 18 TierSchG bzw. §§ 102, 111b IV StPO i.V.m. §§ 46 OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG ist eine Wohnungsdurchsuchung möglich.

Das Durchsuchen enthält stets auch das Betreten.

c. Der abgeschwächte Grundrechtsschutz für die Geschäfts- und Betriebsräume gilt nur im Falle der behördlichen Nachschau während der üblichen Geschäftszeiten, also im Falle des Betretens nach § 16 III 1 Nr. 1 bzw. §§ 16a I 1 i.V.m. 16 III 1 Nr. 1 TierSchG. Sobald ein Betreten außerhalb der üblichen Geschäftszeiten (§ 16 III 1 Nr. 2a TierSchG) oder aber eine Durchsuchung stattfindet, wird zwischen Betriebs- und Geschäftsräumen einerseits und anderen Wohnungen andererseits nicht mehr unterschieden, sondern alle Wohnungen unterfallen dann einem gleichermaßen strengen Schutz.

d. Für ausnahmslos alle Ermächtigungsgrundlagen gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Da aber die Durchsuchung im Verhältnis zum bloßen Betreten den schwerwiegenderen Eingriff darstellt, muss die Verhältnismäßigkeit bei Durchsuchungen besonders dargelegt werden.

2. Handelt es sich um die Wohnung eines Dritten, so kann dieser im Rahmen von § 16a I 1 i.V.m. 16 III 1 TierSchG als Zustandsstörer ebenso zur Duldung des Betretens verpflichtet werden wie der Verhaltensstörer. Entsprechendes gilt für die Durchsuchung nach § 31 II PolG. Nach § 6 III LVwVG entsteht auch bei einem Mitgewahrsamsinhaber eine

Duldungspflicht. Im Rahmen von § 102 StPO gelten hinsichtlich der Wohnung eines Dritten verschärfte Voraussetzungen, § 103 StPO.

3. Alle Ermächtigungsgrundlagen sehen Regelungen für den Fall von Gefahr im Verzug vor, so dass nach allen Ermächtigungsgrundlagen ein sofortiges Tätigwerden möglich ist.

4. Die Ermächtigungsgrundlagen für das Betreten:

a. § 16 III 1 TierSchG ermöglicht ein Betreten ohne den vorherigen Erlass eines Verwaltungsaktes nur durch schlichtes Verwaltungshandeln. Der Nachteil dabei ist, dass mangels Verwaltungsakt keine Verwaltungsvollstreckung stattfinden kann, wenn der Pflichtige das Betreten verweigert.

b. § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG ermöglicht das Betreten auf Grundlage eines Verwaltungsaktes, so dass auch die zwangsweise Durchsetzung im Wege der Verwaltungsvollstreckung möglich ist.

c. § 6 I LVwVG kommt nur im Rahmen einer Verwaltungsvollstreckung zur Anwendung.

5. Ermächtigungsgrundlagen für das Durchsuchen:

a. Alle Rechtsgrundlagen, die zum Durchsuchen von Wohnungen ermächtigen, erfordern als Regelfall eine richterliche Durchsuchungsanordnung. Stets entfällt bei Gefahr im Verzug dieser Richtervorbehalt.

b. § 6 II LVwVG kommt nur im Rahmen der Verwaltungsvollstreckung zur Anwendung.

c. § 102 StPO i.V.m. § 46 OWiG, 18, 19 TierSchG kommt nur im Rahmen des Bußgeldverfahrens zur Anwendung.

C. Tabellarischer Überblick über die Ermächtigungsgrundlagen

	Ermächtigungsgrundlage	Rechtsfolge	Zweck	Zuständigkeit
1	§ 16 III 1 TierSchG	Betreten	Behördliche Nachschau	Veterinärbehörde
2	§ 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG	Betreten	Behördliche Nachschau	Veterinärbehörde
3	§ 6 I LVwVG	Betreten	Verwaltungs- vollstreckung	Veterinärbehörde
4	§ 31 II Nr. 2 PolG	Durchsuchen	Gefahrenabwehr	Veterinärbehörde mit <u>amtsgerichtlichem</u> Durchsuchungsbeschluß
5	§ 6 II LVwVG	Durchsuchen	Verwaltungs- vollstreckung	Veterinärbehörde mit <u>verwaltungsgerichtl.</u> Durchsuchungsbeschluß
6	§ 102 StPO i.V.m. §§ 46 OWiG, 18 TierSchG	Durchsuchen	Beweissicherung im Bußgeldverfahren	Veterinärbehörde mit <u>amtsgerichtlichem</u> Durchsuchungsbeschluß
7	§§ 102, 111b IV StPO i.V.m. §§ 46 OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG	Durchsuchen	Beschlagnahme im Bußgeldverfahren	Veterinärbehörde mit <u>amtsgerichtlichem</u> Durchsuchungsbeschluß
8	§ 16a I 1 TierSchG	Betreten und Durchsuchen von Besitz- tum, das keine Whg. ist	Erfüllung der behördlichen Aufgaben	Veterinärbehörde

IV. Darstellung der Verwendungsmöglichkeiten der Instrumentarien anhand von Beispielfällen

Fall 1

Die Veterinärbehörde hält es aufgrund von Anzeigen aus der Nachbarschaft für möglich, dass die von Hundehalter A gehaltenen zwei Hunde unzureichend ernährt werden (oder: trotz behandlungsbedürftiger Krankheiten nicht zum Tierarzt gebracht werden).

Die Veterinärbehörde möchte sich ein Bild vom Zustand der Hunde machen und zu diesem Zweck die Wohnung ohne Vorankündigung betreten.

(1) Betreten:

Die Wohnung i.e.S. kann nach § 16 III 1 Nr. 2b TierSchG im Wege einer Anlasskontrolle durch formloses Verwaltungshandeln betreten werden. Die Duldungspflicht bezüglich Anlasskontrollen trifft jeden Tierhalter, denn jeden Tierhalter treffen die Pflichten nach § 2 TierSchG (s.o. **II.A.3.a.(2)**).

Es muss eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit i.S.d. § 16 III 1 Nr. 2b TierSchG vorliegen, d.h. es müssen konkrete Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen tierschutzrechtliche Normen gegeben sein - die unzureichende Fütterung und tierärztliche Versorgung stellen jeweils entsprechende Verstöße dar.

Ist mit Widerstand zu rechnen, so kann die Wohnung i.e.S. nur auf der Grundlage eines VA nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG im Wege der Verwaltungsvollstreckung unter Anwendung von unmittelbarem Zwang (§ 26 LVwVG) betreten werden (s.o. **II.A.5.c.(2)**). Die Anwendung des unmittelbaren Zwanges muss verhältnismäßig sein (§ 26 II, III LVwVG). Bei einem angekündigten Betreten (S.o. **A.II.5.c.(2) und (3)**) wird die Bestandskraft des Verwaltungsaktes abgewartet und sodann nach Androhung gemäß § 20 I LVwVG (kann dem GrundVA schon beigelegt werden) die Wohnung zwangsweise betreten. Eine Fristsetzung ist bei der Androhung dann nicht erforderlich, wenn - so wie hier - eine Duldung durchgesetzt werden soll.

Die Wohnung des Hundehalters A kann nur dann ohne Vorankündigung betreten werden, wenn der VA erstens ohne vorherige Anhörung des Adressaten erlassen werden kann, § 28 II Nr. 1 LVwVfG. Dafür muss entweder Gefahr im Verzug oder ein besonderes öffentliches Interesse an einer sofortigen Entscheidung vorliegen (s.o. **II.A.5.a.(3a)**). Und zweitens muss der VA für sofort vollziehbar erklärt werden können, § 80 II Nr. 4, III VwGO. Dafür muss das überwiegende öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung begründet werden (s.o. **II.A.5.a.(3b)**). Nach § 20 I 2 Hs. 2 LVwVG muss bei der Androhung keine Frist gesetzt werden, wenn eine Duldung – so wie hier die Duldung des Betretens - erzwungen werden soll. Liegt Gefahr im Verzug nach § 21 LVwVG vor, so entfällt die Androhung vollständig, § 20 I LVwVG. (S.o. **II.A.5.c.(2) und (3)**).

Ohne Vorankündigung kann die Wohnung des Hundehalters A also nur dann betreten werden, wenn der VA ohne Anhörung erlassen und für sofort vollziehbar erklärt werden kann, d.h. wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse an der sofortigen Vollziehung nach § 80 II Nr. 4, III VwGO und § 28 II Nr.1 LVwVfG dargelegt werden kann.

Ist die Wohnung dann betreten worden, so dürfen keine Handlungen, die über § 16 Abs. 3 S. 1 und S. 2 TierSchG hinausgehen, vorgenommen werden. Die Anordnung, Räume, Behältnisse, Transportmittel, in denen sich Tiere befinden oder befinden können, zu öffnen, Unterlagen vorzulegen etc. (vgl. § 16 Abs. 3 Satz 2 TierSchG) und die Durchsetzung solcher Anordnungen im Wege des unmittelbaren Zwangs ist zwar möglich. Es darf aber nicht die

Schwelle zum "systematischen Herumwühlen"²¹⁶ überschritten werden, denn dann liegt eine Durchsuchung vor (s.o. **I.2.a.** und **II.A.3.a.(5)**).

Auf Grundlage der gewonnenen Kenntnisse können weitere (mündliche oder schriftliche) Anordnungen nach § 16a I 1 TierSchG erlassen werden.

(2) Durchsuchung:

Eine richterliche Durchsuchungsanordnung kann nach § 31 II Nr. 2 PolG oder §§ 102 StPO, 46 OWiG, 18, 19 TierSchG beantragt werden.

Eine sofortige Durchsuchung kann beim zuständigen Gericht auch sofort mündlich (telefonisch) beantragt werden bzw. bei Gefahr im Verzug auch von der Veterinärbehörde selbst angeordnet werden. Zu beachten ist dabei, dass die Beurteilung von „Gefahr im Verzug“ nicht im Ermessen der Veterinärbehörde steht, sondern vollumfänglich der richterlichen Prüfung unterliegt und auch nur dann ggf. anzunehmen ist, wenn der Versuch einer telefonischen Kontaktaufnahme mit dem (Bereitschafts-) Richter erfolglos geblieben ist. Eine Durchsuchungsanordnung kann nach § 31 II Nr. 2 PolG beim zuständigen Amtsgericht beantragt werden, wenn konkrete Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass sich in der Wohnung Tiere befinden, die nach § 33 I Nr. 1 PolG beschlagnahmt werden können (s.o. **II.A.11.**).

Besteht der Verdacht einer Ordnungswidrigkeit nach § 18 TierSchG (= Anfangsverdacht i.S.d. § 152 II StPO, d.h. es müssen konkrete Tatsachen vorliegen), so kann im Zuge des Bußgeldverfahrens eine richterliche Durchsuchungsanordnung nach §§ 102 StPO, 46 I OWiG, 18 TierSchG bzw. §§ 102, 111b IV StPO, 46 I OWiG, 19 I Nr. 2 TierSchG beim Amtsgericht beantragt werden. Voraussetzung ist nicht nur der Verdacht einer Ordnungswidrigkeit, sondern es muss auch dargelegt werden, dass die Wohnung zum Zwecke der Beweissicherung (§ 102 StPO) bzw. der Beschlagnahme (§§ 102, 111b IV StPO) durchsucht werden muss (s.o. **II.A.14.** und **15.**)

Rspr.: VG Stuttgart, 22.12.1998, 4 K 5551/98 = NuR 1999, 718

VG Gießen, 14.04.2003, 10 G 417/03 = NuR 2003, 506

VG Saarlouis, 8.02.2012, 5 L 48/12

Fall 2

Katzenhalter B hält in seiner Zweizimmerwohnung eine unbekannte Anzahl von Katzen. Nach Angaben aus der Nachbarschaft sollen es mehr als 10 sein - mit steigender Tendenz.

Die Veterinärbehörde möchte prüfen, ob hier ein Fall von animal hoarding vorliegt und zu diesem Zweck die Wohnung betreten.

Animal hoarding ist das Halten einer Vielzahl von Tieren auf (gemessen an der Zahl und der Größe der Tiere relativ) engem Raum, ohne die Mindestanforderungen an Nahrung, Hygiene und/oder tierärztlicher Versorgung zu gewährleisten.

(1) Betreten:

Es handelt sich in animal hoarding Fällen regelmäßig um die privaten Wohnräume. Diese Wohnung i.e.S. kann nach § 16 III 1 Nr. 2b TierSchG im Wege einer Anlasskontrolle durch formloses Verwaltungshandeln betreten werden. Die Duldungspflicht bezüglich Anlasskontrollen trifft jeden Tierhalter, denn jeden Tierhalter treffen die Pflichten nach § 2 TierSchG (wie **Fall 1** und s.o. **II.A.3.a.(2)**).

²¹⁶ Voßkuhle, DVBl 1994, 611 (616).

Es muss eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit i.S.d. § 16 III 1 Nr. 2b TierSchG vorliegen, d.h. es müssen konkrete Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen tierschutzrechtliche Normen gegeben sein - bei der Haltung von sehr vielen Tieren in einer Wohnung dürfte dies regelmäßig der Fall sein. Ebenso dürfte das Betreten von animal hoarding Wohnungen nach Abwägung der Wohnungsfreiheit mit den Belangen des Tierschutzes regelmäßig verhältnismäßig sein.

Ist mit Widerstand zu rechnen, so kann wie bei **Fall 1** nur auf Grundlage eines nach § 16a I 1 i.V.m. § 16 III 1 TierSchG erlassenen VA das Betreten zwangsweise (angekündigte oder unangekündigt) durchgesetzt werden (s.o. **Fall 1**).

Ist die Wohnung dann betreten worden, so dürfen wie bei **Fall 1** die veterinärbehördlichen Nachschaurechte aus § 16 III 2 TierSchG wahrgenommen werden, aber es darf keine Durchsuchung stattfinden (s.o. **I.2.a.** und **II.A.3.a.(5)**). Aufgrund der vielen Tiere in der animal hoarding Wohnung dürfte die Situation gerade schon durch bloßes Betreten eingeschätzt werden können.

Die animal hoarding Wohnung kann also bei konkreten Anhaltspunkten formlos oder mit VA angekündigt oder bei Vorliegen eines besonderen öffentlichen Interesses bzw. einer Gefahr im Verzug auch unangekündigt sofort zwangsweise betreten werden. (Vgl. **Fall 1**).

Daraufhin können auf Grundlage der gewonnenen Kenntnisse ggf. weitere (mündliche oder schriftliche) Anordnungen nach § 16a I 1 TierSchG erlassen werden.

(2) Durchsuchung:

Eine richterliche Durchsuchungsanordnung kann nach § 31 II Nr. 2 PolG oder §§ 102 StPO i.V.m. 46 I OWiG, 18 bzw. §§ 102, 111b IV StPO i.V.m. 46 I OWiG 19 I Nr. 2 TierSchG beantragt werden.

Für die Durchsuchung der animal hoarding Wohnung gelten die Ausführungen zur Durchsuchung bei **Fall 1**.

Fall 3

Es besteht eine Tierhaltung mit sehr vielen Tieren. Es sind Anhaltspunkte gegeben, die für das Vorliegen einer tierheimähnlichen Einrichtung sprechen. Jedoch wurde keine Erlaubnis nach § 11 I 1 TierSchG eingeholt.

Die Veterinärbehörde möchte die Tierhaltung überprüfen.

Nach § 16 I Nr. 4 TierSchG unterliegen Betriebe nach § 11 I 1 TierSchG der besonderen Aufsicht der Veterinärbehörde. Dies bedeutet, dass solche Betriebe nicht nur Anlasskontrollen, sondern auch Routinekontrollen ohne konkreten Anlass dulden müssen (s.o. **II.A.3.a.(2)**). Tierheimähnliche Einrichtungen sind in § 11 I 1 Nr. 2 TierSchG genannt und unterliegen somit der besonderen Aufsicht nach § 16 I Nr. 4 TierSchG. Ob die tierheimähnliche Einrichtung eine Erlaubnis nach § 11 TierSchG besitzt oder nicht besitzt, ist für § 16 I TierSchG unerheblich. Es ist nicht auf die Erlaubnis an sich, sondern alleine darauf abzustellen, ob eine erlaubnispflichtige Tätigkeit vorliegt.

Die nicht zugelassene tierheimähnliche Einrichtung kann sich nicht dadurch der besonderen Aufsicht nach § 16 I Nr. 4 TierSchG entziehen, indem sie pflichtwidrig die Voraussetzungen für eine Erteilung der Erlaubnis nicht erfüllt.

Im Übrigen gelten für das Betreten oder Durchsuchen der tierheimähnlichen Einrichtung die Ausführungen zu **Fall 1**.

Rspr. zum Begriff „tierheimähnliche Einrichtung“:

BVerwG, 23.10.2008, 7 C 9/08

mit Anmerkung Neumann juris-PR BVerwG 2/2009 Anm. 3

VG Stuttgart, 9.01.2003, 4 K 1696/02

VG München, 19.06.2006, M 18 S 06.1882

OVG Lüneburg, 21.06.2011, 11 ME 549/10

Fall 4

Für die Veterinärbehörde gibt es Anhaltspunkte, dass die von Landwirt C gehaltenen Milchkühe/Bullen keine angemessenen Liegeflächen haben oder teilweise tief im eigenen Kot liegen oder in einer nicht tierschutzgerechten Weise angebunden sind (Verdacht auf eingewachsene Halsketten u.Ä.).

Die Veterinärbehörde möchte die Zustände im Stall überprüfen.

(1) Betreten:

Es handelt sich um eine Nutztierhaltung i.S.d. § 16 I Nr. 1 TierSchG, so dass die Tierhaltung nicht nur bei konkretem Anlass wie im gegebenen Fall, sondern auch routinemäßig überprüft werden kann (s.o. **II.A.3.a.(2)**).

Das Gelände eines landwirtschaftlichen Betriebes ist keine Privatwohnung i.S.d. § 16 III 1 Nr. 2b TierSchG, sondern eine Wohnung i.w.S. gemäß § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG: Grundstück (s.o. **II.A.3.a.(3a)**). Der Kuhstall ist ebenfalls eine Wohnung i.w.S. gemäß § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG: Wirtschaftsgebäude (s.o. **II.A.3.a.(3c)**). Somit kann der Kuhstall zu den üblichen Betriebszeiten ohne das Erfordernis einer Gefahrenlage betreten werden (s.o. **II.A.3.a.(4)**). Außerhalb der üblichen Betriebszeiten darf der Stall nur zur Verhütung einer dringenden Gefahr betreten werden, § 16 III Nr. 2a TierSchG (s.o. **II.A.3.b.(3a) und (4)**).

Im Übrigen gelten für das Betreten des Kuhstalles die Ausführungen zum Betreten der Wohnung bei **Fall 1**.

(2) Durchsuchung:

Sollte über das Betreten hinaus eine Durchsuchung des Kuhstalles notwendig sein, so steht der Kuhstall unter demselben Schutz wie die Wohnung i.e.S. Es gelten die Ausführungen zur Wohnungsdurchsuchung bei **Fall 1**.

Fall 5

Auf dem Betriebsgelände des Landwirtes E leben nicht gewerbsmäßig gehaltene Tiere. Sie stehen entweder im Eigentum eines Dritten oder aber die Eigentumsverhältnisse lassen sich nicht klären.

Der Veterinärbehörde liegen Anhaltspunkte vor, dass die Tiere unter tierschutzwidrigen Umständen leben und möchte deshalb die nicht gewerbsmäßige Tierhaltung auf dem Betriebsgelände überprüfen.

(1) Betreten:

Das Hofgelände eines landwirtschaftlichen Betriebes ist keine Privatwohnung i.S.d. § 16 III 1 Nr. 2b TierSchG, sondern eine Wohnung i.w.S. gemäß § 16 III 1 Nr. 1 TierSchG (Grundstück, Wirtschaftsgebäude, Geschäftsräume; s.o. **II.A.3.a.(3)**). Somit kann das Hofgelände zu den üblichen Betriebszeiten ohne das Erfordernis einer Gefahrenlage betreten werden. Der Umstand, dass es sich um Tiere handelt, die gar nicht zum Betrieb gehören, ändert daran nichts.

Auf die Eigentumsverhältnisse an den Tieren kommt es auch bei der Bestimmung des richtigen Adressaten nicht an. Die Bestimmung des richtigen Adressaten richtet sich nach den Regeln über Störer im Polizeirecht: Adressat einer Duldungspflicht ist nicht nur der Halter

i.S.v. Eigentümer, sondern auch der Betreuer, d.h. die Person, die die unmittelbare Sachgewalt über das Tier ausübt. Der Landwirt F als Betriebsinhaber übt über alle Tiere, die sich auf seinem Betriebsgelände befinden, die unmittelbare Sachherrschaft aus. Damit ist der Landwirt F der richtige Adressat der Duldungsverfügung nach § 16a I 1 i.V.m. 16 III 1 Nr. 1 TierSchG (s.o. **II.A.5.a.(3c)**) bzw. der richtige Verpflichtete nach § 16 III 1 TierSchG (**II.A.3.a.(2)**).

(2) Durchsuchung:

Der Landwirt ist Zustandsstörer i.S.d. PolG, so dass bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 31 II Nr. 2 PolG eine Durchsuchung stattfinden kann (s.o. **II.A.11.**)

Ist der Dritte bekannt und besteht der Verdacht einer Ordnungswidrigkeit, so kann unter den verschärften Voraussetzungen des § 103 StPO i.V.m. §§ 46 I, II OWiG, 18 TierSchG das Hofgelände auch durchsucht werden.

Ist gegen den Dritten eine Wegnahmeverfügung nach § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG ergangen, so kann im Wege der Verwaltungsvollstreckung das Hofgelände nach § 6 I, II LVwVG nur betreten bzw. durchsucht werden, wenn auch gegen den Landwirt eine entsprechende vollstreckbare Duldungsanordnung ergangen ist.

Rspr.: VG Arnsberg, 20.11.2007, 14 L 749/07

Fall 6:

Gegen den Hundehalter F ist eine Wegnahmeverfügung nach § 16a I 2 Nr. 2 TierSchG erlassen worden. Der Hundehalter F gibt den Hund nicht freiwillig heraus und verweigert der Behörde den Zutritt zu seiner Wohnung, in der sich der Hund befindet. Die Veterinärbehörde möchte die Wohnung betreten, um den Hund wegzunehmen.

Betreten:

§ 16a I 2 Nr. 2 TierSchG selbst ist keine Ermächtigungsgrundlage für das Betreten der Wohnung des Hundehalters F (s.o. **II.A.6.**).

Jedoch kann die Veterinärbehörde die Wohnung des Hundehalters nach § 6 I LVwVG zum Zwecke der zwangsweisen Durchsetzung der Wegnahmeverfügung betreten und dann den Hund im Wege des unmittelbaren Zwanges wegnehmen. Die Wegnahmeverfügung muss vollstreckbar sein und die weiteren Voraussetzungen des § 6 I LVwVG müssen vorliegen (s.o. **II.A.12.a.**).

Durchsuchung:

Muss die Wohnung zur Wegnahme des Hundes durchsucht werden, so ist dies auf Grundlage des § 6 II LVwVG möglich (s.o. **II.A.13.**).

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Tierschutzbericht 1997 „Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes“

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenfassung	7
I. Einleitung	7
II. Rechtliche Rahmenbedingungen	8
1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	8
2 Europarat	9
3 Europäische Union	10
4 Stellung des Tierschutzes in der Wertordnung des Grundgesetzes, Staatszielbestimmung	12
5 Stellung des Tieres im bürgerlichen Recht	13
6 Tierschutzgesetz	13
7 Verordnungen und Allgemeine Verwaltungsvorschrift; Sachverständigengutachten	14
8 Zuständigkeit von Bund und Ländern	15
9 Tierschutzkommission, Tierschutzbeiräte und Landestierschutzbeauftragte	16
III. Halten von Tieren	16
1 Allgemeine Regelungen	16
1.1 Europarat	17
1.2 Europäische Union	18
1.3 Bundesrepublik Deutschland	19
1.4 Erfahrungen der Länder	21
2 Besondere Regelungen	22
2.1 Tierhaltung im ökologischen Landbau	22
2.2 Legehennen	22
2.3 Mastgeflügel	26
2.4 Schweine	28
2.5 Rinder/Kälber	29
2.6 Pferde	30
2.7 Schafe und Ziegen	31
2.8 Pelztiere	31
2.9 Damwild in nutztierartiger Haltung	32
2.10 Versuchstiere	33

	Seite
2.11 Fische	34
2.12 Heimtiere	34
2.13 Wildtiere	36
IV. Zucht von Tieren, Handel mit Tieren	42
V. Gewerblicher Rechtsschutz	45
VI. Tierheime	46
VII. Pferdesport	48
VIII. Ausbildung von Jagdhunden	49
IX. Eingriffe nach § 6 des Tierschutzgesetzes (soweit nicht bei der Tierhaltung beschrieben)	50
X. Transport von Tieren	50
XI. Tierverluste durch den Straßenverkehr	54
XII. Betäuben, Schlachten und Töten von Tieren	55
1 Zum Begriff des „vernünftigen Grundes“	55
2 Schlachten und Töten von Tieren	56
3 Regulieren von Wirbeltierpopulationen	61
XIII. Fangen von Fischen	61
1 Angelfischerei	61
2 Treibnetzfisherei	62
XIV. Walfang	63
XV. Tierversuche sowie Ersatz- und Ergänzungsmethoden	64
1 Rechtsvorschriften	64
1.1 Europarat	64
1.2 Europäische Union	64
1.3 Bundesrepublik Deutschland	65
2 Die Anwendung tierschutzrechtlicher Bestimmungen anhand ausgewählter Beispiele	66
2.1 Die ethische Abwägung bei der Begutachtung von Tierversuchen	66
2.2 Tierschutzbeauftragte nach § 8 b des Tierschutzgesetzes	66
2.3 Besondere Aspekte bei Genehmigungs- und Anzeigeverfahren	67
2.4 Beratende Kommissionen nach § 15 Abs. 1 und 3 des Tierschutzgesetzes	68
2.5 Tierversuche nach § 15 a des Tierschutzgesetzes	68
3 Amtliche Daten über die Verwendung von Versuchstieren	68
3.1 Rechtliche Rahmenbedingungen	68
3.2 Entwicklungen bei der Verwendung von Versuchstieren	69
4 Maßnahmen zur Verringerung von Tierversuchen in den einzelnen Rechtsbereichen, Zweitanmelderregelung	72
4.1 Abwasserabgabengesetz und Wasserhaushaltsgesetz	73
4.2 Arzneimittelgesetz	73
4.3 Bundes-Seuchengesetz	77
4.4 Chemikaliengesetz	77
4.5 Futtermittelgesetz	79
4.6 Gentechnikgesetz	79
4.7 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz	80
4.8 Pflanzenschutzgesetz	80
4.9 Tierseuchengesetz	81
4.10 Wasch- und Reinigungsmittelgesetz	81
5 Gegenseitige Anerkennung von Tierversuchsergebnissen als Voraussetzung für das Inverkehrbringen von Stoffen und Produkten	82
5.1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	82
5.2 Europarat	82
5.3 Europäische Union	83
5.4 Bundesrepublik Deutschland	83

	Seite
6 Erforschung und Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden	84
6.1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	84
6.2 Europarat	84
6.3 Europäische Union	84
6.4 Bundesrepublik Deutschland	85
6.4.1 BMBF-Förderschwerpunkt „Ersatzmethoden zum Tierversuch“	85
6.4.2 Förderung aus anderen Mitteln	86
7 Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET)	87
8 Datenbanken für Tierversuche	91
XVI. Eingriffe und Behandlungen an Tieren im Rahmen der Aus-, Fort- oder Weiterbildung	92
XVII. Ausblick	94
Anhang 1	
Strafverfolgungsstatistik 1987 bis 1994	95
Anhang 2	
Bestimmungen über Tierversuche für das Inverkehrbringen von Stoffen und Produkten	96
1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)	96
2 Europarat	96
3 Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften, die direkt oder indirekt Tierversuche vorschreiben (Die Genehmigungspflicht dieser Tierversuche entfällt nur dann, wenn die Voraussetzungen des § 8 Abs. 7 des Tierschutzgesetzes erfüllt sind)	96
3.1 Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen	96
3.2 Erzeugnisse für die Tierernährung	96
3.3 Tierarzneimittel	96
3.4 Arzneispezialitäten	97
3.5 Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe	97
3.6 Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen	97
3.7 Lebensmittelzusatzstoffe	97
3.8 Kosmetische Mittel	97
3.9 Medizinprodukte	97
3.10 Pflanzenschutzmittel	98
3.11 Produkte, die gentechnisch veränderte Organismen sind oder enthalten	98
4 Bundesrepublik Deutschland	98
4.1 Bundesrechtliche Vorschriften, die Tierversuche ausdrücklich vorschreiben	98
4.2 Bundesgesetze, die Tierversuche zwar nicht ausdrücklich vorschreiben, aber Vorschriften oder Ermächtigungen zum Erlass von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften enthalten, die nach dem heutigen Stand der Wissenschaft zu Tierversuchen führen	98
Anhang 3	
Übersicht über die Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Tierschutzes	99
1 Europarat	99
1.1 Vertragsgesetze	99
1.2 Empfehlungen	99
2 Europäische Union	99
2.1 Verabschiedete Richtlinien	99
2.2 Vorschriften in Vorbereitung	99
3 Bundesrepublik Deutschland	99
3.1 Vorschriften in Kraft	99
3.1.1 Vorkonstitutionelle Regelungen	99
3.1.2 Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres im bürgerlichen Recht vom 20. August 1990 (BGBl. I S. 1762)	100

	Seite
3.1.3 Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 1993 (BGBl. I S. 254); zuletzt geändert durch Artikel 86 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512, 2436)	100
3.1.4 Rechtsvorschriften zum Tierschutzgesetz	100
3.2 Überleitung von Vorschriften auf die beigetretenen Länder	100
 Anhang 4	
Im Auftrag des BML erarbeitete Gutachten und Leitlinien	101
1 Gutachten	101
2 Leitlinien	101
 Anhang 5	
1 Auszug aus dem von den Teilnehmern der Multilateralen Konsultation gebilligten Bericht des Sekretariats des Europarates an das Ministerkomitee über die Multilaterale Konsultation über das Europäische Übereinkommen zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere vom 30. November bis zum 3. Dezember 1993 in Straßburg	103
2 Die Produktion monoklonaler Antikörper unter Tierschutzgesichtspunkten	106
3 Die Erzeugung und Zucht transgener Mäuse und Ratten unter Tierschutzgesichtspunkten	107
4 Empfehlungen zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Eingriffen und Behandlungen an Wirbeltieren bei der Prüfung von Tierarzneimitteln nach der Richtlinie 92/18/EWG der Kommission vom 20. März 1992	112
5 EG-Richtlinien mit Zweitanmelderregelungen	115
 Anhang 6	
Ergänzende Tabellen zu den Versuchstierzahlen	116
 Anhang 7	
Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 1993 (BGBl. I S. 254); zuletzt geändert durch Artikel 86 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512, 2436)	126

Abkürzungsverzeichnis

ABl. EG	= Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABM	= Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AbwAG	= Abwasserabgabengesetz
AG	= Amtsgericht
AID	= Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e. V.
AMK	= Agrarministerkonferenz
ATC-Methode	= Acute-Toxic-Class-Method
AVID	= Arbeitskreis für veterinärmedizinische Infektionsdiagnostik
BAnz.	= Bundesanzeiger
BBA	= Biologische Bundesanstalt
BGA	= Bundesgesundheitsamt
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	= Bundesgesetzblatt
BgVV	= Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin
BMBF	= Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
BMG	= Bundesministerium für Gesundheit
BML	= Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMVg	= Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	= Bundesministerium für Wirtschaft
BST	= Bovines Somatotropin
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, zitiert nach Band und Seite
COLIPA	= Verband Europäischer Hersteller von Kosmetika
CPMP	= Ausschuß für Arzneispezialitäten
DAB	= Deutsches Arzneibuch
DIMDI	= Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information
DIN	= Deutsches Institut für Normung e. V.
DLG	= Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V.
DRU	= Deutsche Rassekatzen-Union e. V.
ECVAM	= European Centre for the Validation of Alternative Methods
EDV	= Elektronische Datenverarbeitung
EEP	= Europäische Erhaltungszuchtprogramme
EFTA	= Europäische Freihandelsassoziation
EG	= Europäische Gemeinschaft
EMC	= Edinburgh modified enriched cage, Edinburger modifizierter erweiterter Kleinkäfig
EU	= Europäische Union
EuGH	= Europäischer Gerichtshof
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	= EWG-Vertrag
EWK	= Europäischer Wirtschaftsraum
FAL	= Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode
FDA	= Food and Drug Administration
FDP-Methode	= Fixed-Dose-Procedure
FN	= Fédération Equestre Nationale, Deutsche Reiterliche Vereinigung e. V.
FRAME	= Fund for Replacement of Animals in Medical Experiments
GD	= Generaldirektion
GG	= Grundgesetz
GLP	= Gute Laborpraxis
GMBI.	= Gemeinsames Ministerialblatt
GUS	= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVO	= Gentechnisch veränderte Organismen
HET-CAM-Test	= Hühnereitest-Chorioallantoismembran-Test
IATA	= International Air Transport Association
ICH	= Internationale Konferenz für Harmonisierung
IFOAM	= International Federation of Organic Agriculture Movements

ILNA	= Isolated lymph node assay
IMK	= Innenministerkonferenz
ISO	= International Organization for Standardization
IWC	= Internationale Walfang-Kommission
LAL-Test	= Limulus Test auf bakterielle Endotoxine
LD ₅₀	= Mittlere letale Dosis
LG	= Landgericht
LPG	= Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
NAMMCO	= Nordatlantische Kommission für Meeressäuger
NVwZ	= Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OVG	= Oberverwaltungsgericht
PEI	= Paul-Ehrlich-Institut
PC	= Personalcomputer
SET	= Stiftung zur Förderung der Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Einschränkung von Tierversuchen
SIAT	= Schweizer Institut für Alternativen zu Tierversuchen
VDH	= Verband für das Deutsche Hundewesen e. V.
VEG	= Volkseigenes Gut
VG	= Verwaltungsgericht
VGH	= Verwaltungsgerichtshof
WGT	= Westgruppe der Truppen der Russischen Föderation
WHG	= Wasserhaushaltsgesetz
WHO	= Weltgesundheitsorganisation
ZEBET	= Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch

Zusammenfassung

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag hiermit den fünften Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes vor. Inhaltliche Schwerpunkte des Berichtes sind wiederum die Darstellung der in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung fallenden nationalen und der unter ihrer Mitwirkung betriebenen inter- und supranationalen Rechtsetzungsvorhaben sowie die jetzt für die Jahre 1989 bis 1995 vorliegenden Angaben über die verwendeten Versuchstiere. Außerdem wird wie in der Vergangenheit über Erfahrungen der Länder, denen der Vollzug des Tierschutzrechts obliegt, berichtet.

In den Berichtsjahren wurden wichtige tierschutzpolitische Ziele erreicht.

Die Zahl der in Versuchen verwendeten Wirbeltiere ist weiter deutlich zurückgegangen.

Die Bundesregierung hat am 16. Oktober 1996 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes verabschiedet und anschließend dem Bundesrat zur Beratung zugeleitet. Dieser hat hierzu im ersten Durchgang am 19. Dezember 1996 Stellung genommen.

Im Juni 1995 konnte sich der Rat der Europäischen Union auf die dringend erforderliche Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 91/628/EWG über den Schutz von Tieren beim Transport, im Dezember 1996 über eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 91/629/EWG über den Schutz von Kälbern verständigen.

Der Tierschutztransportverordnung sowie der Tierschutz-Schlachtverordnung hat der Bundesrat zugestimmt; beide Verordnungen können nunmehr verkündet werden.

Beim Europarat wurde im Rahmen des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen eine völkerrechtlich verbindliche Tierschutzempfehlung für die Masthühnerhaltung verabschiedet. Diese wurde mit der bereits 1986 verabschiedeten Empfehlung für das Halten von Legehennen zusammengefaßt.

Die Beratungen über eine entsprechende Empfehlung für das Halten von Straußenvögeln sind abgeschlossen. Dieser Text soll im Frühjahr 1997 formal verabschiedet werden.

Angesichts der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes wird die Bundesregierung auch künftig mit Nachdruck für EU-weite und internationale Tierschutzregelungen eintreten. Nur so kann auf Dauer ein wirksamer Schutz der Tiere und eine Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen sichergestellt werden.

Auch auf nationaler Ebene wird sie wie bisher nachdrücklich auf weitere Fortschritte im Tierschutz hinwirken.

In diesem Zusammenhang appelliert sie an die Länder, den Vollzug der tierschutzrechtlichen Bestimmungen weiter zu verbessern und die Einhaltung der Vorschriften angemessen zu überwachen.

I. Einleitung

Tierschutzfragen stehen häufig im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung. Viele Bürgerinnen und Bürger setzen sich in vielfältiger Weise auf den zahlreichen Problemfeldern des Tierschutzes ein. Große und kleine Tierschutzverbände fordern mit Nachdruck eine Verbesserung der Rechtsvorschriften sowie deren konsequente Beachtung durch die Tierhalter, aber auch eine strengere Überwachung durch die hierfür zuständigen Behörden.

Die Bundesregierung setzt sich nach wie vor für eine stete Verbesserung des Tierschutzes ein und ist sehr darauf bedacht, bei der Abwägung widerstreitender Interessen den Anliegen des Tierschutzes breiten Raum zu gewähren. Sie ist sich dabei der Kritik engagierter Tierschützer bewußt, denen das Erreichte nicht genügt und das für die Zukunft Angestrebte nicht weit genug geht. Es ist deshalb besonders

wichtig, daß sich der konstruktive Dialog zwischen den Tierschutzverbänden und der Bundesregierung auch künftig in bewährter Weise fortsetzt.

Im Vordergrund des öffentlichen Interesses standen im Berichtszeitraum insbesondere

- der Transport von Schlachttieren,
- die Initiativen zur Änderung des Tierschutzgesetzes sowie
- die Käfighaltung von Legehennen.

Das Engagement vieler Bürger, die sich für eine tierschutzgerechte Behandlung der Tiere und für eine Verringerung der Tierversuche einsetzen, nimmt die Bundesregierung sehr ernst. Bei allen Maßnahmen geht es darum, zwischen den ethisch und naturwissenschaftlich begründeten Zielsetzungen des Tier-

schutzes auf der einen und den entsprechend begründeten Ansprüchen des Menschen auf der anderen Seite abzuwägen und einen vertretbaren Ausgleich zu finden. Richtschnur ist dabei das Tierschutzgesetz, das die Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf ausdrücklich hervorhebt.

Der Schutzbereich des Tierschutzgesetzes und damit der Gegenstand dieses Berichtes erstreckt sich grundsätzlich auf alle Tiere.

Wildlebende Tiere stehen jedoch ebenso wie wildwachsende Pflanzen zusätzlich unter dem Schutz der Arten nach § 20 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458). Der Artenschutz als Teilbereich des Naturschutzes umfaßt den Schutz der Entwicklungsformen, der Lebensstätten, Lebensräume und Lebensgemeinschaften als Teil des Naturhaushalts aller in Freiheit vorkommenden Tiere. Ziel des Artenschutzes ist die Erhaltung der Tier- und Pflanzenarten.

Auf Bundesebene liegt die Zuständigkeit für den Artenschutz beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Die Zuständigkeit des Europarates, der Europäischen Union sowie auch des Bundes beschränkt sich im Bereich des Tierschutzes im wesentlichen auf die Rechtsetzung. Im Rahmen dieses fünften Tierschutz-

berichtes soll aber – wie in der Vergangenheit – auch über die Erfahrungen mit dem Vollzug des Tierschutzgesetzes sowie der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift, der in der Verantwortung der nach Landesrecht zuständigen Behörden liegt, berichtet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört innerhalb der Europäischen Union zu den Ländern mit den strengsten tierschutzrechtlichen Bestimmungen. Sie setzt sich nachdrücklich dafür ein, daß der hohe Tierschutzstandard möglichst EU-weit Berücksichtigung findet und auch der Vollzug tierschutzrechtlicher Bestimmungen weiter verbessert wird.

Die Bundesregierung mißt der Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch große Bedeutung bei. Die Bundesrepublik Deutschland hat als erstes Land eine staatliche Einrichtung (ZEBET) zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden geschaffen. Auch wird die Forschung auf diesem Gebiet in keinem anderen Land in vergleichbarem Umfang öffentlich gefördert, wie es insbesondere im Rahmen des BMBF-Forschungsschwerpunkts „Ersatzmethoden zum Tierversuch“ geschieht.

Der Zusammenarbeit mit ECVAM (European Centre for the Validation of Alternative Methods), einer europäischen Institution, die ZEBET vergleichbar ist, kommt hierbei große Bedeutung zu.

II. Rechtliche Rahmenbedingungen

Nach Artikel 74 Abs. 1 Nr. 20 GG unterliegt der Tierschutz der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes. Der Bund hat mit dem Tierschutzgesetz von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht.

Die Durchführung des Tierschutzgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden.

Seit vielen Jahren wird jedoch im Bereich des Tierschutzes über Rechtsetzungsvorhaben nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch im Europarat sowie in der Europäischen Union beraten und entschieden. Auch die Beschlüsse der OECD können tierschutzrelevante Vorschriften maßgeblich beeinflussen.

Zwischen den verschiedenen Ebenen – OECD, Europarat, Europäische Union, Bund, Länder und nach Landesrecht zuständige Behörden – besteht eine enge Wechselwirkung.

1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurde 1961 in Nachfolge

der OEEC durch ein völkerrechtliches Übereinkommen zwischen 20 Staaten gegründet. Mittlerweile gehören der Organisation 28 Mitgliedstaaten an (seit 1961 Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigte Staaten, 1964 Japan, 1969 Finnland, 1971 Australien, 1973 Neuseeland, 1994 Mexiko, 1995 Tschechien, 1996 Ungarn, Polen hat das Beitrittsabkommen am 11. Juli 1996 unterzeichnet, derzeit läuft das Ratifizierungsverfahren im polnischen Parlament).

Die OECD stellt innerhalb des nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Systems westlicher internationaler Institutionen das Hauptforum für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedstaaten dar. Gemäß dem Gründungsübereinkommen verfolgt die Organisation drei grundlegenden Ziele:

- die Verwirklichung eines dauerhaften maximalen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums,
- die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens der Mitgliedstaaten durch Koordination der politischen Aktivitäten,

- die Harmonisierung und Förderung der Bemühungen zugunsten der Entwicklungsländer.

Oberstes Organ der OECD ist der Rat, in dem jeder Mitgliedstaat durch einen Vertreter repräsentiert wird. Dieses nach dem Konsensprinzip arbeitende Gremium faßt für die Mitgliedstaaten rechtlich bindende Entscheidungen oder gibt seinem politischen Willen in Form von Empfehlungen Ausdruck. Die vorbereitenden Arbeiten werden von Sachverständigengruppen in insgesamt über 150 Fachausschüssen geleistet, die sich unter anderem auch mit dem Themenbereich „Umwelt“ befassen.

Als Reaktion auf die zunehmende Umweltverschmutzung mit Chemikalien erarbeitet die OECD seit 1964 ein Chemikalienprogramm, in dessen Rahmen auch Richtlinien zur Prüfung chemischer Substanzen unter anderem im Hinblick auf ihre toxischen Effekte für Mensch und Umwelt verabschiedet wurden. Da der Tierversuch in der chemischen Toxikologie als entscheidender Parameter zur Risikoabschätzung eingesetzt wird, hat die OECD 1981 in ihren Richtlinien tierexperimentelle Prüfmethode einschließlich genauer Durchführungsbestimmungen festgeschrieben (OECD-Grundsätze der Guten Laborpraxis – GLP –). Die Beachtung der OECD-Empfehlungen bei der Stoffprüfung garantiert die internationale Anerkennung der Prüfergebnisse und ermöglicht so eine weltweite Vermarktung der Produkte. Durch diese Harmonisierung wird somit der Wiederholung von Tierversuchen präventiv begegnet. Zudem orientiert sich auch die Europäische Gemeinschaft in ihren Anforderungen an Prüfnachweise an den von der OECD festgeschriebenen Normen.

Von einem sogenannten „Updating Panel“ in Paris werden die methodischen Vorschriften in regelmäßigen Abständen aktualisiert und ergänzt, wobei auch das Tierschutzanliegen berücksichtigt wird.

Die OECD-Richtlinien finden inzwischen über den Bereich der Industriechemikalien hinaus Anwendung bei der Prüfung von Pflanzenschutzmitteln, Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen; sie haben somit zu einer weitreichenden Harmonisierung toxikologischer Prüfmethode geführt.

2 Europarat

Der Europarat umfaßt zur Zeit 40 Mitgliedstaaten. Neben den 15 EU-Ländern sind dies Albanien, Andorra, Bulgarien, Estland, Island, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, die frühere jugoslawische Republik Makedonien, Malta, Moldawien, Norwegen, Polen, Rumänien, Rußland, San Marino, die Schweiz, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, die Türkei, die Ukraine, Ungarn und Zypern.

Schon früh wurden im Europarat Initiativen zur Verbesserung des Tierschutzes ergriffen. Bisher wurden in diesem Bereich fünf völkerrechtliche Übereinkommen erarbeitet, nämlich

- das Europäische Übereinkommen vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport,

- das Europäische Übereinkommen vom 10. März 1976 zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen,
- das Europäische Übereinkommen vom 10. Mai 1979 über den Schutz von Schlachttieren,
- das Europäische Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere und
- das Europäische Übereinkommen vom 13. November 1987 zum Schutz von Heimtieren.

Hinzu kommen

- das Zusatzprotokoll vom 10. Mai 1979 zum Europäischen Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport sowie
- das Änderungsprotokoll vom 6. Februar 1992 zu dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen.

Über Inhalt und Bedeutung dieser Übereinkommen wird in den Abschnitten III, X, XII und XV berichtet.

Die Erarbeitung weiterer Tierschutzübereinkommen wird derzeit nicht für erforderlich gehalten. Vielmehr soll die Anwendung der vorhandenen Übereinkommen durch multilaterale Konsultationen verbessert werden, wobei auch dem zwischenzeitlich erweiterten Kenntnisstand der betroffenen Wissenschaftsbereiche Rechnung getragen wird.

Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Vertragsgesetze den oben genannten Übereinkommen sowie dem Zusatz- und Änderungsprotokoll beigetreten.

Wird ein Europäisches Übereinkommen ratifiziert, so hat dies zur Folge, daß – soweit dies noch nicht der Fall ist – das nationale Recht mit den Vorschriften des Übereinkommens in Einklang gebracht werden muß; das deutsche Tierschutzrecht wurde entsprechend angepaßt.

Bedingt durch den politischen Umbruch in den ehemaligen Ostblockstaaten ergibt sich derzeit beim Europarat die Notwendigkeit einer stärkeren Prioritätensetzung mit Blick auf die Integration Mittel- und Osteuropas. Da die Bundesregierung der Tierschutzarbeit beim Europarat große Bedeutung beimißt, sollte auch beim Aufbau in Mittel- und Osteuropa der Tierschutz als ethische Verpflichtung, aber auch wegen seiner Bedeutung für die Sicherung von Gesundheit und Produktivität, im Rahmen der knappen Haushaltsmittel des Europarates angemessen berücksichtigt werden.

Die Tierschutzübereinkommen mit zugehörigen Empfehlungen bilden die Ausgangsbasis für nationale und EG-Rechtssetzung. Die Arbeit des Europarates ist somit von wesentlicher Bedeutung für eine europäische Harmonisierung der Tierschutzvorschriften und gleichzeitig der Wettbewerbsbedingungen.

Die Bundesregierung setzt sich daher weiterhin für eine ausreichende finanzielle und administrative Ausstattung insbesondere des Ständigen Ausschusses des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen ein.

3 Europäische Union

Beim Europarat als internationaler Organisation ohne Hoheitsgewalt und bei der Europäischen Union als supranationaler Organisation handelt es sich um getrennte Institutionen; zwischen ihnen besteht jedoch eine enge Zusammenarbeit und Wechselwirkung.

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag, heute: EG-Vertrag) ist der Tierschutz nicht ausdrücklich erwähnt. Nach Artikel 3 Buchstaben e und h des EG-Vertrages umfaßt die Tätigkeit der Gemeinschaft nach Maßgabe des Vertrages aber auch eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft und die Angleichung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften, soweit dies für das ordnungsgemäße Funktionieren des Gemeinsamen Marktes erforderlich ist. Die EG-Richtlinien zur Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere, zum Schutz von Tieren beim Transport sowie zum Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung sind auf Artikel 43 des EG-Vertrages (Landwirtschaft) gestützt. Als Rechtsgrundlage für den Erlaß der Versuchstierrichtlinie wurde Artikel 100 des EG-Vertrages (Rechtsangleichung) herangezogen.

Tierschutzregelungen der EU, die das Halten landwirtschaftlicher Nutztiere betreffen, werden darüber hinaus auch damit begründet, daß die Mitgliedstaaten – seit 1989 auch die Europäische Gemeinschaft selbst – Vertragspartei des Europarats-Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen sind.

Auch für den Tierschutzbereich von Bedeutung sind die sogenannten Veterinärkontrollrichtlinien, die der Rat zur Verwirklichung des Binnenmarktes erlassen hat. Ihr wesentliches Ziel besteht darin, die bisherigen Kontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft abzulösen und einheitliche Kontrollen der Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der Gemeinschaft einzurichten.

Dieses Kontrollkonzept geht für den innergemeinschaftlichen Verkehr vom Grundsatz der Verlagerung der Kontrollen auf den Abgangsort aus. Es erfordert eine intensive Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten untereinander und mit der Europäischen Kommission.

Die Richtlinien haben insbesondere Auswirkungen auf die Regelungen hinsichtlich des Transports von Tieren (siehe Abschnitt X).

Mit dem Gesetz zur Änderung veterinärrechtlicher, lebensmittelrechtlicher und tierzuchtrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2022) wurden die Grundlagen geschaffen, um auch diese Richtlinien in nationales Recht umzusetzen. Durch Artikel 2 dieses Gesetzes wurde auch das Tierschutzgesetz an die Erfordernisse der Gemeinschaftsregelungen angepaßt.

Der Tierschutz hat während der letzten Jahre auch im europäischen Rahmen eine größere politische Dimension erreicht. Deshalb hat der Rat der Europäischen Union auf Initiative Deutschlands und des Vereinigten Königreichs im Dezember 1991 in Maastricht folgende Erklärung zum Tierschutz verabschiedet:

„Die Konferenz ersucht das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission sowie die Mitgliedstaaten, bei der Ausarbeitung und Durchführung gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften in den Bereichen Gemeinsame Agrarpolitik, Verkehr, Binnenmarkt und Forschung den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere in vollem Umfang Rechnung zu tragen.“

Während der Rat im Dezember 1991 in Maastricht den hohen Stellenwert des Tierschutzes herausgestellt hat, wurde im Dezember 1992 beim Rat in Edinburgh die Kommission beauftragt, Richtlinien und Verordnungen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsgrundsatz zu überprüfen. Dies führte zum Teil zu einer erheblichen Verzögerung der in Arbeit befindlichen EG-Rechtssetzungsvorhaben.

Die Bundesregierung hat daraufhin immer wieder deutlich gemacht, daß aus ihrer Sicht eine EU-weite Tierschutzpolitik weiterhin unverzichtbar ist. Einmal weil der Tierschutz aus deutscher Sicht einen hohen Stellenwert einnimmt und wir auf diesem Gebiet auch für die Zukunft einen großen Handlungsbedarf sehen, zum anderen auch, weil es aus Wettbewerbsgründen angesichts des Binnenmarktes besonders notwendig ist, daß die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht zunehmend auseinanderlaufen, sondern – wo immer dies möglich ist – harmonisiert werden.

Die Regierungskonferenz 1996/97, die im Juni 1997 in Amsterdam beendet werden soll, bietet die rechtliche Möglichkeit, den Tierschutz als Gemeinschaftsziel im EG-Vertrag zu verankern. Dies wird von der Bundesregierung angestrebt.

Im Rahmen der Diskussion über Reformen des EG-Vertrages wurde das Thema Tierschutz insbesondere von der deutschen Delegation angesprochen. Die Beauftragten der Außenminister für die Regierungskonferenz haben bereits mehrfach die hierzu vorgelegten Änderungsvorschläge der Mitgliedstaaten diskutiert. Dabei hat der deutsche Vertreter wiederholt auf die Notwendigkeit der Verankerung des Tierschutzes im EG-Vertrag hingewiesen, um so die Verantwortung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten für das Wohlergehen der Tiere gemeinschaftsrechtlich zu verfestigen.

In einer „Entschließung zu dem Wohlergehen und dem Status von Tieren in der Gemeinschaft“ hat das Europäische Parlament im Januar 1994 wie folgt Stellung genommen (ABl. EG Nr. C 44 S. 206 vom 14. Februar 1994):

„Das Europäische Parlament . . .

1. fordert die Kommission auf, in ihrem Rahmen einen „Beratenden Ausschuß für die Rechte der Tiere“ einzusetzen, dem mindestens zwei Vertreter von Tierschutzverbänden je Mitgliedstaat angehören;
2. ersucht die Kommission, in all ihren Legislativvorschlägen, die Tiere betreffen, systematisch die Verwendung des Begriffs „Erzeugnisse“ zu vermeiden und statt dessen den Begriff „Tiere“ oder besondere Bezeichnungen der einzelnen Tierarten zu verwenden;

3. begrüßt die auf der Maastrichter Konferenz über die Politische Union abgegebene Erklärung zum Schutz der Tiere, in der angeregt wird, bei der Ausarbeitung und Durchführung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften ein besonderes Augenmerk auf das Wohl der Tiere zu richten;
4. bedauert, daß im Vertrag über die Europäische Union der Abschnitt des EWG-Vertrages, der die Tiere fälschlicherweise als „landwirtschaftliche Erzeugnisse“ einstuft, nicht geändert worden ist;
5. ruft die Gemeinschaft auf, nach dem Zustandekommen der Union eine neue Änderung der Verträge vorzusehen, um die Tiere als „sensible Wesen“ einzustufen; folglich müssen ihr Wohlergehen und ihr Rechtsschutz in die Ziele der in Artikel 130 r des EG-Vertrags verankerten Umweltpolitik sowie in die Faktoren mit einbezogen werden, die die Gemeinsame Agrarpolitik gemäß Artikel 39 Absatz 2 des EG-Vertrags berücksichtigen muß;
6. ersucht alle Mitgliedstaaten, die noch keine durchstrukturierte nationale Gesetzgebung auf dem Gebiet des Tierschutzes haben, möglichst bald diesbezügliche Vorschriften zu erlassen und innerhalb der zuständigen Ministerien besondere Dienststellen einzurichten, die auch mit der geplanten gemeinschaftlichen Überwachungsbehörde im Veterinärbereich zusammenarbeiten, die im Rahmen der Verordnung über den Schutz der Tiere während des Transports vorgesehen ist;
7. ersucht die Kommission, sicherzustellen, daß dieser Behörde ausdrücklich die Zuständigkeit dafür übertragen wird, zu gewährleisten, daß die Belange des Tierschutzes in der gesamten Gemeinschaft geachtet werden, und diesbezüglich Vorschläge zu unterbreiten;
8. fordert die Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie sonstige Rundfunk- und Fernsehsender auf, vermehrt Sendungen auszustrahlen, die Kenntnisse über Tier und Umwelt vermitteln und zu deren Achtung beitragen, und nicht unkritisch Vorstellungen und Szenen zu übertragen, die die Würde der Tiere verletzen;
9. betont die dringende Notwendigkeit, weitere Vorschriften, insbesondere für den Transport von Tieren zu verabschieden, und fordert, daß diese Vorschriften sich auf die höchsten Standards für das Wohlergehen der Tiere stützen und die Empfehlungen des Europäischen Parlaments berücksichtigen;
10. wiederholt die Forderung, bei jedem von der Kommission gemäß Artikel 13 der Richtlinie 91/628/EWG zum Schutz der Tiere während des Transports ausgearbeiteten Vorschlag konsultiert zu werden;
11. ersucht die Kommission zu gewährleisten, daß bei den Einfuhren von Tieren und von Fleisch aus Drittländern dieselben Auflagen erfüllt werden, wie sie in der Gemeinschaft gelten;
12. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, durch die der Zwangsernährung von Tieren im gesamten Gemeinschaftsgebiet entgegengewirkt wird;
13. bedauert es, daß es dem Rat nicht gelungen ist, die Probleme des Tierwohls im Zusammenhang mit der Anwendung intensiver Zuchtmethoden in angemessener Weise herauszuarbeiten;
14. bedauert es, daß die Kommission die Stellungnahmen des Parlaments zu den Mindeststandards für den Schutz von Kälbern und Schweinen (Richtlinie 91/629/EWG bzw. 91/630/EWG) nicht berücksichtigt hat;
15. ersucht die Kommission, als ersten Schritt weit vor dem Termin vom 1. Oktober 1997 den in Artikel 6 der Richtlinie 91/629/EWG bzw. 91/630/EWG über den Schutz von Kälbern und Schweinen genannten Bericht vorzulegen und das Europäische Parlament formell zu allen in der Folge ausgearbeiteten Vorschlägen zu konsultieren;
16. ersucht die Kommission, bei ihrer nächsten Überprüfung der Richtlinie 86/113/EWG über Hühner in Legebatterien Vorschläge aufzunehmen, die auf eine deutliche Verbesserung der Tierschutzvorschriften für Legehennen abzielen;
17. ersucht die Kommission, im Rahmen ihrer Politik eine Informationskampagne für Verbraucher und Erzeuger zu starten mit dem Ziel, den Zusammenhang zwischen den Rechten der Tiere und den Interessen der Verbraucher und Erzeuger deutlich zu machen;
18. bedauert es, daß der Rat den Gemeinsamen Standpunkt betreffend die Kosmetiktests angenommen hat, ohne die Stellungnahme des Europäischen Parlaments – das sich hier in Übereinstimmung mit der Kommission befindet – Tierexperimente bis 1998 abzuschaffen, zu berücksichtigen, und fordert ihn auf, dies bei der Verabschiedung des Richtlinienvorschlages zu tun;
19. verurteilt die unvollständige Anwendung der Richtlinie 79/409/EWG in einigen Ländern der Gemeinschaft, wie aus den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs hervorgeht;
20. ersucht die Regierungen der Mitgliedstaaten, nationale Rechtsvorschriften zu erlassen, die dem Streunen von Hunden vorbeugen und Haustiere schützen;
21. verurteilt die Anwendung inhumaner Methoden bei Fang, Haltung, Transport und Dressur von Tieren zum Zwecke der Unterhaltung und Zurschaustellung;
22. fordert den Rat auf, Maßnahmen im Rahmen seiner Richtlinie betreffend den Rechtsschutz für biotechnologische Erfindungen zu beschließen, die die Erteilung von Patenten auf Tiere verbieten;

23. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat und den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.'

4 Stellung des Tierschutzes in der Wertordnung des Grundgesetzes, Staatszielbestimmung

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts obliegt die Regelung des Tierschutzes weitgehend der eigenverantwortlichen Entschließung des Gesetzgebers. Eine vertiefte verfassungsrechtliche Prüfung findet statt, wenn und soweit Maßnahmen im Interesse des Tierschutzes die Handlungsfreiheit der Staatsbürger berühren (BVerfGE 36, 47, 57f.). Der Leitgedanke des geltenden Tierschutzgesetzes, Tieren nicht „ohne vernünftigen Grund“ das „unerläßliche Maß“ übersteigende „Schmerzen, Leiden oder Schäden“ zuzufügen, entspricht nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts dem Verhältnismäßigkeitsprinzip (BVerfGE 36, 47, 57; 48, 376, 389).

Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit von § 7 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes im Hinblick auf das vorbehaltlos gewährleistete Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit nach Artikel 5 Abs. 3 Satz 1 GG hat sich das Bundesverfassungsgericht mit Beschluß vom 20. Juni 1994 (– 1 BvL 12/94 – NVwZ 1994, 894 ff.) geäußert. Anlaß der gerichtlichen Auseinandersetzung mit dieser Frage war die Klage eines Wissenschaftlers gegen die Entscheidung der zuständigen Behörde, von ihm beantragte Tierversuche an Primaten nicht zu genehmigen, weil die Belastungen der Tiere durch den zu erwartenden Erkenntnisgewinn nicht gerechtfertigt und daher ethisch nicht vertretbar seien. Das mit der Klage befaßte Verwaltungsgericht Berlin hatte das Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob § 7 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes insoweit mit der Wissenschaftsfreiheit aus Artikel 5 Abs. 3 GG vereinbar ist.

Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts lehnte eine Sachentscheidung unter anderem mit der Begründung ab, daß das Verwaltungsgericht die Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung der Genehmigungsvorschriften nicht ausreichend geprüft habe. Es hat dazu ausgeführt, daß insbesondere eine Auslegung möglich wäre, die sich am Wortlaut des § 8 Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe a des Tierschutzgesetzes orientiert, wonach die ethische Vertretbarkeit des Tierversuchs wissenschaftlich begründet dargelegt, nicht jedoch nachgewiesen werden müsse. Bei einer solchen Auslegung dürfe die ethische Vertretbarkeit des beantragten Versuchsvorhabens ebenso wie die wissenschaftliche Bedeutung durch die Behörde nur im Rahmen einer qualifizierten Plausibilitätskontrolle der Darlegungen des Antragstellers geprüft werden, so daß dem Antragsteller für die Sachentscheidung nicht ohne weiteres außerwissenschaftliche Beurteilungsmaßstäbe aufgedrängt werden könnten.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat daraufhin unter Heranziehung der vom Bundesverfassungsgericht aufgezeigten Auslegung des § 7 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes der Klage des Wissenschaftlers statt-

gegeben. Das umstrittene Versuchsvorhaben wurde daraufhin von der beklagten Behörde genehmigt. Ein ähnliches Ergebnis hatte auch ein Verfahren vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Dort stellte das Gericht zur Frage der behördlichen Befugnisse bei Anzeigen nach § 10 des Tierschutzgesetzes fest, daß allein der für eine Lehrveranstaltung zuständige Hochschullehrer den Inhalt der Veranstaltung zu bestimmen und über die Geeignetheit von Lehrmethoden zu befinden habe.

Diese Verfahren haben die Forderung nach Aufnahme des Staatsziels „Tierschutz“ in das Grundgesetz nicht nur auf Seiten der Tierschutzorganisationen stärker werden lassen. Zahlreiche Bürger haben sich mit entsprechenden Eingaben auch an die Bundesregierung gewandt.

Im Gegensatz zum Umweltschutz hat das von vielen vertretene Anliegen, den Tierschutz in selbständiger Form als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen, aus grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Überlegungen im Deutschen Bundestag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden.

In der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat, im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages und in der Sitzung des Bundestages vom 30. Juni 1994 ist die Frage streitig geblieben, ob der Tierschutz in selbständiger Form in das Grundgesetz aufgenommen werden sollte oder ob es einer solchen gesonderten Gewährleistung in der Verfassung nicht bedarf. Bei diesem Streit ging es jedoch nicht um das grundsätzliche Schutzbedürfnis der Tiere als solches, sondern um die Frage, ob nicht schon die einfach-gesetzlichen Grundlagen der deutschen Tierschutzgesetzgebung, die in der Welt als vorbildlich gelten, ausreichend sind. Streitig war auch, ob nicht die Vielfalt von zu schützenden Tieren und Tierhaltungen einerseits sowie die hohe Komplexität der Schutzgüterabwägungen andererseits, in die sich auch der Tierschutz eingebunden sieht, eine gesonderte Verfassungsgewährleistung ausschließen. Weitgehende Einigkeit besteht in der grundsätzlichen Anerkennung der Schutzbedürftigkeit auch der Tiere als Teil der Schöpfung, deren grundlegende Achtung und Bewahrung allen Menschen aufgegeben ist.

In einer Entschließung des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 1994 wird betont, daß mit der vom Bundestag verabschiedeten Aufnahme der Staatszielbestimmung „Umweltschutz“ in das Grundgesetz ein grundlegender Schritt zur auch verfassungsrechtlichen Verfestigung der Verantwortung von Staat und Gesellschaft für die Achtung und Bewahrung der „natürlichen Lebensgrundlagen“ vollzogen worden ist. Zur Aufnahme der Staatszielbestimmung „Umweltschutz“ wurde folgender Artikel 20a in das Grundgesetz eingefügt:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung“.

Nach Auffassung des Deutschen Bundestages, die dieser in der Entschließung vom 30. Juni 1994 darlegt, gehören zu den „natürlichen Lebensgrundlagen“ nicht nur Pflanzenwelt, Luft, Boden und Wasser, sondern die gesamte Schöpfung, also auch das Tier und alles organische Leben auf dieser Erde. In diesem Sinne wird in der Entschließung bekräftigt, daß die Staatszielbestimmung Umweltschutz auch den Tierschutz prinzipiell mit umfaßt. Auch der Schutz der Tiere ist danach im Rahmen des Schutzes der „natürlichen Lebensgrundlagen“ Staat und Gesellschaft im Rahmen ihrer jetzt auch verfassungsrechtlich bekräftigten ökologischen Grundverantwortung mit aufzugeben.

Für die Tierschutzrechtsetzung bedeutet dies, daß es vorrangig darauf ankommt, diese Verantwortung durch konkrete, unmittelbar anwendbare und praktikable Regelungen in möglichst effektiver Weise zu realisieren. Hierzu ist es erforderlich, das Tierschutzrecht kontinuierlich und sachgerecht weiterzuentwickeln.

5 Stellung des Tieres im bürgerlichen Recht

Im Jahre 1990 wurde das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres im bürgerlichen Recht (BGBl. I S. 1762) erlassen, wonach Tiere im Zivilrecht keine Sachen mehr sind. Allerdings erhalten sie damit keine dem Menschen vergleichbare Rechtsstellung, vielmehr sind die für Sachen geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

Bei der Pfändung und beim Schadensersatz gelten aufgrund dieser Gesetzesänderung folgende Bestimmungen:

- Der Gerichtsvollzieher darf Tiere, die im häuslichen Bereich und nicht zu Erwerbszwecken gehalten werden, nicht mehr pfänden. Dabei soll es nicht mehr darauf ankommen, welchen Wert ein Haustier hat. Hunde, Katzen, Papageien oder sonstige Haustiere sollen grundsätzlich dem Zugriff der Gläubiger entzogen sein. Allerdings wird der Gefahr, daß ein Schuldner Vermögenswerte dem Zugriff seiner Gläubiger entzieht, indem er zum Beispiel wertvolle Reitpferde, Rassehunde oder seltene Tierarten erwirbt, dadurch vorgebeugt, daß in diesen Fällen das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Gläubigers eine Pfändung zulassen kann. Bei der Entscheidung über den Antrag hat das Vollstreckungsgericht eine Abwägung auch unter Würdigung der Belange des Tierschutzes vorzunehmen. Für Tiere, die zu Erwerbszwecken gehalten werden, also zum Beispiel in einem landwirtschaftlichen Betrieb die Milchkühe, gilt diese Einschränkung nicht; diese Tiere unterliegen auch weiterhin der grundsätzlichen Pfändbarkeit.
- Wer ein Tier schuldhaft verletzt, muß auch die Heilbehandlungskosten bezahlen, die den Wert des Tieres erheblich übersteigen, sofern sie nicht unverhältnismäßig hoch sind. Der Schädiger muß demnach die Kosten tragen, die in einem angemessenen Verhältnis zu den Heilungschancen und

der Schutzbedürftigkeit des Tieres stehen, soweit sie aus der Sicht eines vernünftigen Tierhalters noch vertretbar sind. Bei der Beurteilung der Verhältnismäßigkeit ist auch der Grad des Verschuldens des Schädigers zu berücksichtigen. In den Fällen, in denen die Heilbehandlungskosten unverhältnismäßig hoch sind, hat der Schädiger den Wiederbeschaffungswert des Tieres zu ersetzen.

Die Gesetzesänderung will selbstverständlich nicht verbieten, daß Tiere veräußert oder zum Beispiel vererbt werden können. Das Gesetz stellt jedoch sicher, daß die bürgerlich-rechtlichen Vorschriften über Sachen auf Tiere nur entsprechend angewandt werden, soweit nicht besondere Vorschriften zum Schutz der Tiere dem entgegenstehen.

6 Tierschutzgesetz

Das Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 1993 (BGBl. I S. 254), zuletzt geändert durch Artikel 86 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512, 2436), hat sich aus der Sicht der Bundesregierung grundsätzlich bewährt.

Ausgehend von einer Initiative des Landes Baden-Württemberg hat der Bundesrat im Februar 1993 beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes im Bundestag einzubringen.

Der Deutsche Bundestag hat am 19. Mai 1994 mehrheitlich und mit Änderungen gegenüber dem Entwurf des Bundesrates das Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes angenommen.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 10. Juni 1994 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 19. Mai 1994 verabschiedeten Gesetz nicht zuzustimmen und auch von einer Anrufung des Vermittlungsausschusses abzusehen, da der Gesetzesbeschluß des Bundestages die vom Bundesrat vorgesehenen Regelungsinhalte nur zum geringeren Teil, zum Teil in abgeänderter, ein Weniger an Tierschutz gewährender Form aufgenommen habe. Darüber hinaus seien Regelungen beschlossen worden, die eine gravierende Verschlechterung des Tierschutzes bedeuten.

Dies hatte zur Folge, daß auch die vielen tierschutzrechtlichen Verbesserungen, über die in intensiven Beratungen Konsens erzielt worden war und die den Vollzug der tierschutzrechtlichen Bestimmungen ganz wesentlich erleichtert hätten, nicht in Kraft treten konnten.

Dennoch blieb das Anliegen bestehen, das Tierschutzgesetz aufgrund der seit der letzten umfassenden Novellierung von 1986 gewonnenen Erfahrungen fortzuschreiben und weiter zu verbessern. Zudem müssen bestimmte EG-rechtliche Bestimmungen umgesetzt werden. Daher hat zu Beginn der 13. Legislaturperiode die Bundesregierung die Initiative zur Novellierung des Tierschutzgesetzes ergriffen.

Das Bundeskabinett hat am 16. Oktober 1996 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes gebilligt. Der Entwurf greift vor allem

diejenigen Bestimmungen auf, die den Tierschutz spürbar verbessern und die zwischen Bundestag und Bundesrat unstreitig waren. Dabei handelt es sich hauptsächlich um eine wesentliche Ausdehnung des Personenkreises, der Sachkunde nachweisen muß. Eine ausreichende Qualifikation der verantwortlichen Personen, die Tiere halten, betreuen, züchten, ausbilden, transportieren oder töten, ist für den Tierschutz unverzichtbar. Bei sachkundigen Personen werden Verstöße gegen das Tierschutzgesetz in weit geringerem Umfang festgestellt. Gesetzliche Sachkundeforderungen werden daher auf weitere Bereiche, so vor allem das Betäuben und Töten von Tieren, ausgedehnt.

Darüber hinaus ist eine Erweiterung der Tätigkeiten vorgesehen, für die eine tierschutzrechtliche Erlaubnis erforderlich ist. So kann zum Beispiel vorbeugender Tierschutz durch Erlaubnisvorbehalte erreicht werden, wie sie etwa für die Durchführung von Tiertransporten vorgesehen sind. Weiterhin sind zusätzliche Erweiterungen der erlaubnispflichtigen Tätigkeiten des Tierschutzgesetzes geboten.

Ferner enthält der Gesetzentwurf in Umsetzung des Europarats-Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren eine einheitliche Festlegung der Altersgrenze für Personen, die Wirbeltiere erwerben dürfen, auf 16 Jahre. Nach dem bisherigen Recht konnten wechselwarme Wirbeltiere bereits von Jugendlichen im Alter von 14 Jahren gekauft werden.

Das bisher auf die Entwicklung von dekorativen Kosmetika beschränkte grundsätzliche Verbot der Durchführung von Tierversuchen soll in EG-konformer Weise auf sämtliche Kosmetika ausgedehnt werden.

Bei der Einfuhr von Tieren oder tierischen Erzeugnissen aus Drittländern sollen – ebenfalls in Übereinstimmung mit EG-Recht – schärfere Anforderungen durchgesetzt werden.

Eingriffe und Behandlungen an Tieren, die im Rahmen biomedizinischer und labortechnischer Verfahren routinemäßig durchgeführt werden, aber zu Belastungen der Tiere führen können, sind im Sinne des Gesetzes keine Tierversuche. Eine Neuregelung dieses Bereiches ist ein entscheidender Ansatz zur weiteren Verbesserung des Tierschutzes und führt darüber hinaus zu einer Angleichung an internationale Verfahrensweisen. Dem dient die Anzeigepflicht für Verfahren zur Herstellung, Gewinnung, Aufbewahrung oder Vermehrung von Stoffen, Produkten oder Organismen, die belastend für die verwendeten Tiere sind.

Die Regelungen über die Beteiligung eines Tierschutzbeauftragten werden auch auf diejenigen Wirbeltiere ausgedehnt, die nicht zu Versuchs-, sondern zu anderen wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden.

Eine erweiterte Verpflichtung zu statistischen Angaben über die verwendeten Wirbeltiere auf weitere tierschutzrelevante Bereiche der Wissenschaft, Forschung, Lehre und biomedizinischen Produktion soll in diesem Bereich die Transparenz verbessern und eine umfassende Information des Deutschen Bundes-

tages sowie der Öffentlichkeit ermöglichen. Bisher wird nur die Zahl der Wirbeltiere erfaßt, die in Tierversuchen verwendet worden waren, wie sie im Tierschutzgesetz definiert sind.

Damit die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorschriften besser überprüft werden kann, müssen sowohl die behördliche Aufsicht auf bestimmte Bereiche ausgedehnt als auch die Befugnisse der zuständigen Behörden ergänzt werden.

Für den Bereich von Wissenschaft und Forschung enthält der Regierungsentwurf Verbesserungen für die Durchführung von Forschungsvorhaben, die das bisherige hohe Tierschutzniveau nicht beeinträchtigen. Dies sind im einzelnen:

- die gesetzliche Begrenzung der Bearbeitungsdauer von Genehmigungsverfahren auf grundsätzlich drei Monate,
- der Ersatz des Genehmigungsvorbehalts durch eine Anzeigepflicht bei geringfügiger Änderung des genehmigten Versuchsvorhabens,
- bei Tierversuchen ohne operative Eingriffe erleichterter Zugang für bestimmte Berufsgruppen – zum Beispiel Biologielaboranten – sowie
- praxisgerechtere Regelungen für Tiere, die für Versuchszwecke speziell gezüchtet werden müssen.

Der Bundesrat hat am 19. Dezember 1996 im ersten Durchgang zum Gesetzentwurf der Bundesregierung Stellung genommen (Drucksache 763/96 – Beschluß-).

Sobald die Bundesregierung die hierzu erforderliche Gegenäußerung verabschiedet hat, wird der Gesetzentwurf dem Deutschen Bundestag zur Beratung und Beschlußfassung zugeleitet.

7 Verordnungen und Allgemeine Verwaltungsvorschrift; Sachverständigengutachten

Das Tierschutzgesetz in der bisher geltenden Fassung ermächtigt das BML – teilweise ist das Einvernehmen mit anderen Ressorts vorgeschrieben –, nach Anhörung der Tierschutzkommission (§ 16 b des Tierschutzgesetzes) durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in folgenden Bereichen Vorschriften zu erlassen:

- Anforderungen an die Haltung von Tieren nach § 2 (§ 2 a Abs. 1),
- Anforderungen an die Beförderung von Tieren (§ 2 a Abs. 2),
- Anforderungen an das Töten, Betäuben, Schlachten und das betäubungslose Schlachten (Schächten) von Tieren (§ 4 b),
- Verfahren und Methoden zur Durchführung bestimmter Eingriffe (§ 5 Abs. 4),
- Ausnahmen vom grundsätzlichen Verbot von Tierversuchen zur Entwicklung von Tabakerzeugnissen, Waschmitteln und dekorativen Kosmetika (§ 7 Abs. 5),

- Meldung von Angaben über Art und Zahl der für Tierversuche im Sinne des § 7 Abs. 1 verwendeten Wirbeltiere (§ 9a Abs. 2),
- Art und Umfang der Aufzeichnungen über Versuchstiere und der Kennzeichnung von Versuchstieren (§ 11a Abs. 3),
- Schutz des Wildes vor vermeidbaren Schmerzen oder Schäden durch land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten (§ 13 Abs. 2),
- Festlegung von Verboten oder Genehmigungspflichten für das Halten von, den Handel mit sowie die Ein- und Ausfuhr von Tieren wildlebender Arten (§ 13 Abs. 3) und
- Aufhebung landesrechtlicher Schlachtvorschriften (§ 21b).

Die Vorschriften können auch zur Durchführung von Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen des Rates oder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet des Tierschutzes erlassen werden (§ 21a).

Darüber hinaus ist das BML ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Nähere über Zusammensetzung, Berufung der Mitglieder, Aufgaben und Geschäftsführung der Tierschutzkommission zu regeln (§ 16b Abs. 2).

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Tierschutzgesetzes sieht darüber hinaus eine Reihe weiterer Verordnungsermächtigungen vor.

Nach § 16c erläßt das BML mit Zustimmung des Bundesrates die allgemeinen Verwaltungsvorschriften, die zur Durchführung dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erforderlich sind. Auch hierfür ist die vorherige Anhörung der Tierschutzkommission vorgeschrieben.

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 1. Juli 1988 (BANz. Nr. 139a vom 29. Juli 1988) regelt eine Vielzahl von Einzelfragen. Sie wird von den Vollzugsbehörden grundsätzlich als sehr hilfreich angesehen. Die Länder begrüßen, daß gerade für die Gebiete, in denen Regelungen mit Vorrang benötigt werden (Anzeige- und Genehmigungsverfahren für Tierversuche, Geschäftsführung der Beratenden Kommissionen sowie Erlaubniserteilung nach § 11 des Tierschutzgesetzes), Einzelheiten in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift festgelegt sind.

Das Vorhaben, die Allgemeine Verwaltungsvorschrift auf weitere gesetzliche Bestimmungen auszudehnen, wurde angesichts der laufenden Beratungen über diese Gesetzesnovelle zurückgestellt.

Im Rahmen der Vorbereitung von Rechtsetzungsvorhaben wurden im Auftrag des BML seit 1970 von anerkannten Sachverständigen zahlreiche Gutachten erarbeitet. Sie stehen allen interessierten Kreisen, nicht zuletzt auch den für den Vollzug des Tierschutzgesetzes verantwortlichen Stellen, als Orientierungshilfe zur Verfügung (siehe Anhang 4 Nr. 1). Darüber hinaus wurden für weitere Bereiche, die der bundeseinheitlichen Regelung bedürfen, bei denen jedoch bisher eine umfassende Rechtsetzung noch

nicht möglich war, Leitlinien erarbeitet, die den Ländern sowie allen Interessierten zur Verfügung stehen (siehe Anhang 4 Nr. 2).

Die Länder begrüßen diese Gutachten und Leitlinien als wichtige Entscheidungshilfe für den Vollzug; eine Übernahme dieser Maßstäbe in Rechtsvorschriften sollte nach Auffassung der Länder grundsätzlich angestrebt werden.

8 Zuständigkeit von Bund und Ländern

Die Rechtsetzung im Bereich des Tierschutzes einschließlich der Wahrnehmung des Tierschutzanliegens bei der Europäischen Union, beim Europarat, bei der OECD und anderen internationalen Organisationen obliegt dem Bund, während der Vollzug und die Überwachung tierschutzrechtlicher Regelungen Länderangelegenheit sind. Über den Bundesrat wirken jedoch die Länder sowohl auf EU-Ebene als auch insbesondere auf Bundesebene an der Gesetzgebung mit.

Nach § 15 Abs. 1 Satz 1 des Tierschutzgesetzes obliegt die Verwaltungszuständigkeit für die Durchführung dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen den nach Landesrecht zuständigen Behörden. Die Länder führen das Tierschutzgesetz in eigener Verwaltungszuständigkeit nach Artikel 83 des Grundgesetzes aus. Dementsprechend hat der Bund auch keine Finanzierungszuständigkeit im Bereich des Tierschutzes nach Artikel 104a Abs. 1 des Grundgesetzes, mit Ausnahme der Durchführung des Tierschutzgesetzes für Tiere, die sich im Besitz der Bundeswehr befinden. Für diese Tiere obliegt nach § 15 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes die Durchführung des Gesetzes den zuständigen Dienststellen der Bundeswehr, deren Vollzugszuständigkeit durch Erlasse, zuletzt durch Erlass vom 2. Januar 1995 (Ministerialblatt des Bundesministeriums der Verteidigung 1995 S. 61), und durch die Verordnung über die Zuständigkeit der Wehrbereichsverwaltungen für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Tierschutzgesetz vom 3. Juli 1990 (BGBl. I S. 1399) geregelt ist.

Die Länder haben die Vollzugszuständigkeit für den Tierschutz in der Regel den Kreisbehörden übertragen, mit Ausnahme der Zuständigkeit für die Genehmigung von Tierversuchen. Diese Zuständigkeit ist den Mittelbehörden (Bezirksregierungen, Regierungspräsidenten, Regierungspräsidien) oder den obersten Landesbehörden selbst zugeordnet.

Bund und Länder erörtern in regelmäßigen Sitzungen gemeinsam Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere bei der Vorbereitung von Rechtsetzungsvorhaben und zur Auslegung der rechtlichen Bestimmungen, um so die Ausführung der tierschutzrechtlichen Vorschriften zu koordinieren.

Mit der aufgrund des § 16c des Tierschutzgesetzes erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 1. Juli 1988 wurden die Voraussetzungen für einen weitgehend bundeseinheitlichen Verwaltungsvollzug geschaffen. Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift ist auch im Geschäftsbereich des BMVg umgesetzt worden.

Die Kenntnis von Gerichtsurteilen ist eine wertvolle Entscheidungshilfe für den Vollzug. Der Bund hat durch die Entwicklung des juristischen Informationssystems JURIS und dessen Umwandlung in eine private Rechtsform (juris GmbH, Gutenbergstraße 23, 66117 Saarbrücken) die Möglichkeit geschaffen, sich unter Einsatz moderner Technik rasch und umfassend über die aktuelle Rechtsprechung und die in der Fachliteratur vertretenen Auffassungen zu informieren. Für die Ergänzung und Aktualisierung der Datenbanken werden mehr als 350 Periodika vollständig und weitere 500 Publikationen zumindest schwerpunktmäßig ausgewertet. Darüber hinaus werden auch von den Gerichten sonst nicht veröffentlichte Entscheidungen zur Dokumentation übersandt. Damit wird heute bereits ein wesentlicher Teil der zum Tierschutzrecht ergangenen Urteile nachgewiesen. Der Zugriff auf JURIS steht jedermann gegen Entgelt offen.

9 Tierschutzkommission, Tierschutzbeiräte und Landestierschutzbeauftragte

Während der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu seiner Beratung in Fragen

des Tierschutzes vorher einen Tierschutzbeirat berufen hatte, ist er seit 1987 aufgrund § 16 b des Tierschutzgesetzes verpflichtet, zu seiner Unterstützung in Fragen des Tierschutzes eine Tierschutzkommission zu berufen und diese vor dem Erlass von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften nach diesem Gesetz anzuhören.

Die Tierschutzkommission kann aber auch in Eigeninitiative gegenüber dem Bundesminister zu Fragen des Tierschutzes Stellung nehmen. Sie besteht aus zwölf Mitgliedern, die auf Vorschlag der Verbände oder der beiden großen Kirchen vom Bundesminister berufen werden.

Der Berufszeitraum erstreckt sich jeweils auf vier Jahre. Die dritte Beratungsperiode begann 1995. Seit ihrer konstituierenden Sitzung im Oktober 1987 hat die Tierschutzkommission insgesamt 27 Sitzungen abgehalten. Sie hat zu den verschiedenen Rechtsetzungsvorhaben ihre Voten abgegeben, aber auch viele andere tierschutzrelevante Themen erörtert.

Zu ihrer Beratung in Fragen des Tierschutzes haben inzwischen alle Bundesländer einen Tierschutzbeirat berufen. In Hessen gibt es außerdem eine Landestierschutzbeauftragte; Niedersachsen hat Ende des Jahres 1996 einen Landestierschutzbeauftragten berufen.

III. Halten von Tieren

Tiere sind so zu halten, daß sie ihre Bedürfnisse, insbesondere ihr Bewegungs- und Beschäftigungsbedürfnis, befriedigen können; sie müssen artgemäß ernährt, angemessen gepflegt und verhaltensgerecht untergebracht werden.

1 Allgemeine Regelungen

Internationale Mindeststandards

Soweit Tiere aus wirtschaftlichen Gründen gehalten werden, geschieht dies überwiegend im Bereich der Landwirtschaft. Diese ist infolgedessen weltweit Mitverursacher von Beeinträchtigungen des Tierschutzes. Dies betrifft die Landwirtschaft in Deutschland, in der EU und in Drittländern. Eine vergleichende Gesamtbewertung dieser Beeinträchtigungen ist aufgrund der Komplexität und fehlender Bewertungsmaßstäbe nicht möglich.

Beeinträchtigungen des Tierschutzes sind das Ergebnis variierender Agrar- und Tierschutzpolitiken in den einzelnen Ländern. Sie sind abhängig von Standortbedingungen, Problemdruck, Wohlstandsniveau und anderen Faktoren. Sie reichen von der Unterlassung von Schutzmaßnahmen bis zu einem hohen Schutzniveau.

Ebenso wie Auswirkungen höherer Umweltauflagen werden für die EU-Landwirtschaft mögliche handelsumlenkende Auswirkungen höherer Tierschutzauf-

gen gegenüber Drittländern durch den bestehenden Außenschutz weitgehend verhindert.

Es bestehen zahlreiche internationale Vereinbarungen über Mindeststandards mit unterschiedlicher Verbindlichkeit. Während dabei in einigen anderen Rechtsbereichen (zum Beispiel Pflanzenschutz) relativ umfassende Regelungen bestehen, liegen im Bereich Tierschutz, soweit er nicht vom Geltungsbereich der Europarats-Übereinkommen erfaßt wird, keine internationalen Vereinbarungen vor. Die bestehenden internationalen Vereinbarungen enthalten keine Regelungen über handelsbeschränkende Maßnahmen zur Einhaltung der Standards.

Grundsätzlich muß jedes Land die Möglichkeit haben, sein nationales Tierschutzniveau selbst zu bestimmen. Dort, wo jedoch wirtschaftliches Handeln in starkem Maße länderübergreifende oder globale Rückwirkungen hat oder wo unterschiedliche Tierschutzmindeststandards zu Wettbewerbsverzerrungen führen, ist die Einflußnahme auf andere Länder im Rahmen internationaler Vereinbarungen gerechtfertigt und geboten.

Aus Gründen des Tierschutzes, der Sicherung einer hohen Lebensmittelqualität, der Verbraucherakzeptanz und zur Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen sollten Mindestanforderungen an die Haltung, den Transport und die Schlachtung landwirtschaftlicher Nutztiere gestellt werden. Die Anforderungen der entsprechenden Europaratsüberein-

kommen samt konkreter Empfehlungen sind auch für den über Europa hinausgehenden Bereich als Mindeststandard anzustreben.

Zur Umsetzung der angestrebten Standards sollten grundsätzlich rechtlich bindende Abkommen angestrebt werden. Wo dies nicht möglich ist, sind rechtlich nicht bindende Verhaltenskodizes anzustreben.

Die Europäischen Übereinkommen sollten als Grundlage für internationale Tierschutzstandards herangezogen werden.

Bereits jetzt können die EG-Vorschriften zu tierschutzbegründeten Beschränkungen des internationalen Handels führen. Die EG-Richtlinien, mit denen die Haltung von Schweinen und Kälbern, der Transport von Tieren sowie der Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung geregelt werden, sehen nämlich vor, daß die entsprechenden Anforderungen auch in Drittländern zu beachten sind, falls die Tiere oder das Fleisch in die Europäische Union verbracht werden sollen. Damit ist für in die oder durch die Gemeinschaft exportierende Drittländer ein erheblicher Druck zur Anpassung ihrer Tierschutzstandards an EG-Recht gegeben.

Um die Einhaltung von Abkommensbestimmungen sicherzustellen, werden internationale Kontrollen erforderlich, wie sie auch bereits bisher Anwendung finden.

Einseitig erlassene Importzölle zum Schutz der heimischen Erzeugung gegenüber einer Erzeugung in Drittländern, die Tierschutzstandards nicht einhält, sind abzulehnen, unter anderem weil sich daraus resultierende Kostenunterschiede wegen der Vielzahl der Produktionsfaktoren kaum wettbewerbsneutral ermitteln und nachprüfen lassen.

Insgesamt können internationale Tierschutzstandards

- aufgrund ihrer schwierigen und langwierigen Erarbeitung und Abstimmung,
- aufgrund ihres zwangsläufig allgemeinen Charakters und
- der schwierigen Sicherstellung der Einhaltung

nur zu einem sehr begrenzten Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Landwirtschaft beitragen.

Um zugleich Beeinträchtigungen des Wohles der Nutztiere abzubauen und aus dem hohen deutschen Tierschutzniveau resultierende Wettbewerbsnachteile der deutschen Landwirtschaft möglichst zu neutralisieren, ist es notwendig,

- innerhalb der EU und auf internationaler Ebene die Harmonisierung von Standards auf hohem Niveau voranzutreiben,
- unsere Landwirte in die Lage zu versetzen, erhöhten Anforderungen im Tierschutz zu entsprechen, ohne an Wettbewerbsfähigkeit auf dem EU-Markt und auf dem Weltmarkt zu verlieren,
- höhere Erzeugerpreise für Inlandsprodukte über Produktdifferenzierung, flankiert durch Kennzeichnungsregelungen und Verbraucheraufklärung zu sichern.

1.1 Europarat

Das Europäische Übereinkommen vom 10. März 1976 zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen zielt auf eine europaweite Harmonisierung der Tierschutzbestimmungen hinsichtlich Haltung, Pflege und Unterbringung von Tieren, die zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, Wolle, Häuten, Fellen oder zu anderen landwirtschaftlichen Zwecken gezüchtet oder gehalten werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses Übereinkommen bereits 1978 ratifiziert (Gesetz vom 25. Januar 1978 – BGBl. 1978 II S. 113 –). Vertragsparteien sind alle EU-Mitgliedstaaten sowie Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Makedonien, Malta, Norwegen, Island, die Schweiz, Slowenien, Zypern und die EG.

Da die Bestimmungen dieses völkerrechtlichen Vertrages relativ allgemein gehalten sind, ist im Rahmen des Übereinkommens ein Ständiger Ausschuß eingerichtet worden, dem die Ausarbeitung und Annahme von detaillierten Empfehlungen an die Vertragsparteien obliegt. Mitglieder dieses Ausschusses sind Beauftragte der jeweiligen Vertragsparteien (Regierungsvertreter). Die einschlägigen internationalen Tierschutz-, Tierärzte- und Tierhalterverbände nehmen als Beobachter an den Beratungen teil. Empfehlungen sind bislang für die Haltung von Haushühnern (Legehennen und Masthühner), Schweinen, Rindern, Pelztieren, Schafen und Ziegen verabschiedet worden. An Empfehlungen für die Haltung weiterer Mastgeflügelarten wird derzeit gearbeitet.

Für die Annahme dieser Empfehlungen ist Einstimmigkeit im Ständigen Ausschuß erforderlich.

Die Empfehlungen müssen von den Vertragsparteien des Übereinkommens durch Rechtsetzung oder Verwaltungspraxis – hierzu gehören auch Beratungsempfehlungen – umgesetzt werden.

Da die Europäische Gemeinschaft selbst Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, ist auch sie zu entsprechender Umsetzung verpflichtet. Dies bedeutet, daß die Empfehlungen des Ständigen Ausschusses in der Regel die fachliche Grundlage für die jeweiligen Kommissionsvorschläge darstellen.

Im Februar 1992 wurde ein Änderungsprotokoll zum Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen zur Zeichnung aufgelegt. Es wurde inzwischen durch acht Vertragsparteien, darunter Deutschland, ratifiziert und von weiteren fünf Vertragsparteien gezeichnet. Von der EG wurde es genehmigt, die Genehmigungsurkunde wird aber erst hinterlegt, wenn alle EU-Mitgliedstaaten dem Änderungsprotokoll beigetreten sind. Dies tritt in Kraft, nachdem alle Vertragsparteien des Übereinkommens auch Vertragspartei dieser Zusatzvereinbarungen geworden sind.

Mit dem Änderungsprotokoll wurde das Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen an die Weiterentwicklung der Tierhaltung angepaßt. Sein Anwendungsbereich wurde im Hinblick auf bestimmte Entwicklungen in den Tierhaltungsmethoden, insbesondere im Bereich der Biotechnologie, sowie auf das Töten von Tieren im landwirtschaftlichen Betrieb erweitert.

Insbesondere wurde klargestellt, daß auch gentechnisch hergestellte Produkte oder gentechnisch veränderte Tiere nur dann in der Landwirtschaft eingesetzt werden dürfen, wenn feststeht, daß dies im Hinblick auf Gesundheit und Wohlbefinden der Tiere unbedenklich ist.

Darüber hinaus wurde der Geltungsbereich des Übereinkommens auch auf das Töten von Tieren erstreckt, falls dieses nicht im Schlachthof – hierfür gilt das Europäische Übereinkommen über den Schutz von Schlachttieren –, sondern auf dem landwirtschaftlichen Betrieb stattfindet.

Das Änderungsprotokoll zum Übereinkommen trägt zur weiteren Harmonisierung des unterschiedlichen Tierschutzrechtes in den Mitgliedstaaten des Europarates bei. Die materiellen Anforderungen der vorliegenden völkerrechtlichen Vereinbarung sind bereits Bestandteil der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland.

1.2 Europäische Union

Insbesondere das Europäische Parlament, aber auch einzelne Mitgliedstaaten, nicht zuletzt die Bundesrepublik Deutschland, setzen sich bei der Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere mit Nachdruck für EU-weite Tierschutzmindestanforderungen ein.

Im November 1991 hat der Ministerrat je eine Richtlinie über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern und Schweinen verabschiedet (Richtlinien 91/629/EWG und 91/630/EWG, ABl. EG Nr. L 340 S. 28 und 33).

Zur Richtlinie 88/166/EWG des Rates zur Festsetzung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen in Käfigbatteriehaltung (ABl. EG Nr. L 74 S. 83) ist die Europäische Kommission verpflichtet, vor dem 1. Januar 1993 dem Ministerrat einen Bericht sowie geeignete Änderungsvorschläge vorzulegen. Leider ist sie dieser Verpflichtung trotz intensiven Drängens bisher nicht nachgekommen. Zu Beginn des Jahres 1997 ist jedoch mit einer entsprechenden Vorlage zu rechnen.

Im Juni 1992 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere vorgelegt. Hiermit sollen die Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen einschließlich des inzwischen von mehreren EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, bereits ratifizierten Änderungsprotokolls in Gemeinschaftsrecht übernommen werden.

Der Richtlinienentwurf sah vor, daß die auf das Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen gestützten Empfehlungen des Ständigen Ausschusses von der Europäischen Kommission umgesetzt werden. Dabei sollten die Mitgliedstaaten lediglich beratend mitwirken (Beratungsausschuß).

In Übereinstimmung mit dem Bundesrat und dem Deutschen Bundestag bestehen aus der Sicht der Bundesregierung keine Bedenken dagegen, daß die Gemeinschaft das Übereinkommen einschließlich

des Änderungsprotokolls übernimmt. Es erschien bisher allerdings nicht zweckmäßig, der Europäischen Kommission umfassend und pauschal alle Befugnisse zur Umsetzung auch der Empfehlungen des Ständigen Ausschusses beim Europarat zu übertragen. Vielmehr wurde bisher die Haltung vertreten, daß die Empfehlungen wie in der Vergangenheit durch entsprechende Ratsrichtlinien und lediglich die weniger wichtigen Teile der Empfehlungen durch Rechtssetzungsakte der Kommission geregelt werden sollten.

Aufgrund der Subsidiaritätsdiskussion, die in diesem Bereich insbesondere von Frankreich geführt wurde, war die Beratung dieses Richtlinienvorschlages längere Zeit blockiert. In der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 22. Juli 1993 (KOM (93) 384 endg.) legt die Kommission dar, daß sie im Bereich des Tierschutzes weiterhin rechtsetzend tätig werden will.

Im Bereich des Schutzes von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen schlägt sie als Maßnahmen für die Zukunft unter anderem vor,

- die Beratungen im Rat über den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über den Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen mit Blick auf eine zeitige Annahme wieder aufzunehmen,
- nach Annahme des genannten Rechtstextes Rechtssetzungsakte auf Kommissionsebene zu treffen, um die Empfehlungen des Ständigen Ausschusses in Bezug auf Tiere, die nicht bereits unter die entsprechenden EG-Richtlinien fallen, umzusetzen.

Um den Tierschutz zu verbessern und dennoch die Wettbewerbsverhältnisse nicht zu Lasten der landwirtschaftlichen Tierhalter zu verschlechtern, hat die Bundesregierung großes Interesse an einer EU-weiten Konkretisierung und rechtsverbindlichen Umsetzung der Europaratsempfehlungen. Besonders aktuell ist dieser Bedarf im Bereich der Mastgeflügelhaltung.

Da eine wirkungsvolle und EU-weit möglichst einheitliche Umsetzung der Europaratsempfehlungen dringend geboten ist, muß abgewogen werden, ob an der bisherigen Forderung nach detaillierten, die Anforderungen an den Tierschutz konkretisierenden Ratsrichtlinien für die Rinder-, Pelztier-, Schaf-, Ziegen- und Mastgeflügelhaltung festzuhalten ist – was die Rechtsetzung in diesem Bereich möglicherweise sehr erschwert – oder ob sich die Bundesregierung im Interesse EU-weit verbindlicher Rechtsvorschriften einem Kompromiß anschließen kann, der für die Umsetzung der Europaratsempfehlungen eine sehr allgemein gehaltene, auf das Übereinkommen bezugnehmende Ratsrichtlinie mit Durchführungsermächtigung der Kommission im Contre-filet-Verfahren, also mit stärkstmöglicher Rechtsposition des Rates, beinhaltet.

Im Interesse einer schnellen und verbindlichen Umsetzung der Europaratsempfehlungen sollte versucht werden, eine Regelung zu treffen, die der Kommission im Rahmen eines Regelungsausschusses mit „contre filet“ die entsprechenden Umsetzungsbefugnisse zugesteht.

Leider sind die Beratungen seit längerer Zeit unterbrochen. Seit dem Ende der deutschen Ratspräsidentschaft (1994) wurde dieser Richtlinienvorschlag nicht mehr aufgegriffen.

1.3 Bundesrepublik Deutschland

Haltungssysteme gelten dann als tiergerecht, wenn das Tier erhält, was es zum Gelingen von Selbstaufbau und Selbsterhaltung benötigt, und ihm die Bedarfsdeckung und die Vermeidung von Schäden durch die Möglichkeit adäquaten Verhaltens gelingt. Ein entsprechendes ethologisches Konzept für die naturwissenschaftliche Beurteilung der in § 2 des Tierschutzgesetzes definierten Haltungsanforderungen wurde von der Untergruppe „wissenschaftliche Grundlagen“ der Fachgruppe „Verhaltensforschung“ der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft e.V. entwickelt (Bammert, J. et al. (1993): Bedarfsdeckung und Schadensvermeidung – Ein ethologisches Konzept und seine Anwendung für Tierschutzfragen. Tierärztliche Umschau 48, 269 bis 280).

In Ergänzung zu diesem Bedarfsdeckungs- und Schadensvermeidungskonzept wurden in jüngster Zeit wissenschaftliche Grundlagen zur Erfassbarkeit von Befindlichkeiten bei Tieren erarbeitet, auf deren Grundlage intersubjektiv nachvollziehbare Aussagen zu Wohlbefinden oder Leiden bei Tieren möglich sein sollen. Dabei wird davon ausgegangen, daß Emotionalität zu den Grundeigenschaften von Tieren gehört. Die emotionale Wertung der Umwelt und der eigenen Bewältigungsfähigkeit leisten einen Beitrag zur erfolgreichen Nutzung der Umwelt zur Bedarfsdeckung oder zum Vermeiden von Schäden. Die dabei entstehenden Befindlichkeiten wie Freude, Trauer oder Angst sind zwar nicht direkt zugänglich und nur subjektiv erfahrbare, sie treten aber in Verbindung mit bestimmtem Verhalten und physiologischen Vorgängen auf. Von diesen kann bei guter Kenntnis der Biologie des einzelnen Tieres oder der jeweiligen Tierart unter Beachtung der jeweiligen Situation mit nur geringer Irrtumswahrscheinlichkeit auf die Befindlichkeit beim Tier geschlossen werden, solange lediglich mit den psychischen Dimensionen „angenehm – unangenehm“ und „sicher – unsicher“ gearbeitet wird (Fachgruppe Verhaltensforschung der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft e.V., Befindlichkeiten von Tieren – ein Ansatz zu ihrer wissenschaftlichen Beurteilung, Tierärztliche Umschau 52, 15 bis 22 und 67 bis 72 (1997)).

In Übereinstimmung mit diesem erweiterten Bedarfsdeckungs- und Schadensvermeidungskonzept bestimmt § 2 des Tierschutzgesetzes, die zentrale Vorschrift für Haltung, Pflege und Unterbringung von Tieren, folgendes:

„Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,

1. muß das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen,
2. darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, daß ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.“

Nach § 2a Abs. 1 des Tierschutzgesetzes ist das BML ermächtigt,

„durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, die Anforderungen an die Haltung von Tieren nach § 2 näher zu bestimmen und dabei insbesondere Vorschriften zu erlassen über Anforderungen

1. hinsichtlich der Bewegungsmöglichkeit oder der Gemeinschaftsbedürfnisse der Tiere,
2. an Räume, Käfige, andere Behältnisse und sonstige Einrichtungen zur Unterbringung von Tieren sowie an die Beschaffenheit von Anbinde-, Fütterungs- und Tränkvorrichtungen,
3. hinsichtlich der Lichtverhältnisse und des Raumklimas bei der Unterbringung der Tiere,
4. an die Pflege einschließlich der Überwachung der Tiere; hierbei kann der Bundesminister auch vorschreiben, daß Aufzeichnungen über die Ergebnisse der Überwachung zu machen, aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen sind.“

Die Grundsätze des § 2 des Tierschutzgesetzes muß jeder Tierhalter berücksichtigen. Soweit die Voraussetzungen des § 17 Nr. 2 Buchstabe b oder § 18 Abs. 1 Nr. 1 des Tierschutzgesetzes vorliegen, kann ein Verstoß gegen diese Grundsätze geahndet werden, ohne daß es des Erlasses besonderer Durchführungsverordnungen bedarf.

Es ist jedoch in einzelnen Bereichen notwendig, bestimmte Mindestvoraussetzungen, deren Einhaltung für den Schutz der Tiere unverzichtbar ist, sowie Anforderungen, die für das Wohlbefinden bestimmter Nutztierkategorien wesentlich sind, näher zu regeln. Dem wurde bereits in einigen Bereichen der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung (Legehennen, Schweine, Kälber) Rechnung getragen.

In Ergänzung hierzu hat der Bundesrat in seiner Entschließung vom 24. November 1995 (Drucksache 573/95 – Beschluß –) den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gebeten, auf der Basis des § 13 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes eine Verordnung zum Halten von Straußenvögeln zu erlassen.

BML hat mittlerweile den Entwurf einer Rechtsverordnung zum Schutz von Tieren bestimmter wildlebender Arten erarbeitet, der neben Straußenvögeln auch andere wildlebende Tiere umfaßt. Dieser Entwurf wird nunmehr mit den Ländern und den betroffenen Verbänden beraten.

Der Entwurf sieht keine materiellen, das heißt die Haltung von Tieren als solche betreffende Regelungen vor, sondern stellt im Interesse eines effektiveren Vollzugs des materiellen Rechts das Halten von Tieren bestimmter wildlebender Arten unter Genehmigungsvorbehalt.

Das vorgesehene Genehmigungsverfahren entspricht systematisch gesehen dem Erlaubnisverfahren des § 11 des Tierschutzgesetzes. Diesem Genehmigungsverfahren sollen nach dem Konzept der Ver-

ordnung Tiere bestimmter wildlebender Arten unterfallen, soweit das Halten dieser Tiere besondere Anforderungen an Kenntnisse und Fähigkeiten des Halters oder die erforderlichen Räumlichkeiten und Einrichtungen stellt.

Bei der landwirtschaftlichen Investitionsförderung, die in erster Linie der Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dient, ist die Einbeziehung von Tierschutzanforderungen möglich. Da § 2 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. November 1993 (BGBl. I S. 1865), auch die Berücksichtigung von Tierschutzbelangen vorsieht, sind auch Investitionskosten zur Verbesserung des Tierschutzes im Zusammenhang mit Agrarstrukturinvestitionen grundsätzlich förderungsfähig. Auch die einschlägigen Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 2328/91 des Rates vom 15. Juli 1991 ermöglichen Beihilfen für Investitionen zur Verbesserung der Hygienebedingungen in der Tierhaltung und die Einhaltung von Tierschutzvorschriften.

Mit der Änderung der Effizienzverordnung (Verordnung (EG) Nr. 2834/94 vom 21. November 1994, ABl. EG Nr. L 302 S. 1 vom 25. November 1994) wurde die Begünstigung von Investitionen im Tierschutz und bei der Hygiene der Tierhaltung erweitert. So finanziert die EG nun auch Tierschutzinvestitionen bei der Geflügelhaltung mit, sofern diese nicht zu einer Ausweitung der Produktionskapazitäten führen. Diese Fördermöglichkeit wurde ebenfalls in den Rahmenplan der o. g. Gemeinschaftsaufgabe aufgenommen.

In § 3 des Tierschutzgesetzes hat der Gesetzgeber folgende Tatbestände, die bei der Haltung von Tieren von Bedeutung sind, bereits ausdrücklich geregelt:

- Niemand darf einem Tier – außer in Notfällen – Leistungen abverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen.
- Niemand darf ein Tier, das nur unter nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden weiterleben kann, veräußern oder erwerben, es sei denn, um es unverzüglich schmerzlos zu töten oder töten zu lassen.
- Niemand darf ein ihm anvertrautes Haustier aussetzen oder zurücklassen, um sich seiner zu entledigen.
- Niemand darf ein von Menschen aufgezogenes Tier einer wildlebenden Art in der freien Natur aussetzen, das nicht auf die zum Überleben erforderliche Nahrungsaufnahme und an das Klima angepaßt ist.
- Niemand darf ein Tier ausbilden, wenn damit erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind.
- Niemand darf ein Tier an einem anderen lebenden Tier auf Schärfe abrichten oder prüfen.
- Niemand darf ein Tier auf ein anderes hetzen, soweit dies nicht die Grundsätze weidgerechter Jagdausübung erfordern.

- Niemand darf ein Tier durch Anwendung von Zwang füttern, es sei denn aus gesundheitlichen Gründen.
- Niemand darf einem Tier Futter darreichen, das dem Tier erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden bereitet.
- Niemand darf an einem Tier bei sportlichen Wettkämpfen oder ähnlichen Veranstaltungen Dopingmittel anwenden.

Nach § 5 des Tierschutzgesetzes darf an einem Wirbeltier in der Regel ein mit Schmerzen verbundener Eingriff nicht ohne Betäubung vorgenommen werden. Die Betäubung eines warmblütigen Tieres ist von einem Tierarzt vorzunehmen.

Im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung ist von unmittelbarer praktischer Bedeutung, daß das Tierschutzgesetz die Verwendung elastischer Ringe für das Enthornen von Rindern sowie beim Amputieren und Kastrieren verbietet. Elastische Ringe sind nur noch für das Kürzen des Schwanzes von unter acht Tage alten Lämmern zulässig. Für das betäubungslose Enthornen von Rindern wurde 1986 das Höchstalter von vier Monaten auf sechs Wochen herabgesetzt.

Die Altersgrenze für das betäubungslose Kastrieren männlicher Rinder, Schweine, Ziegen, Schafe und Kaninchen ist – sofern kein von der normalen anatomischen Beschaffenheit abweichender Befund vorliegt – nach dem Tierschutzgesetz einheitlich auf zwei Monate festgesetzt. Ferner ist im Gesetz eine Reihe weiterer Eingriffe aufgeführt, bei denen keine Betäubung vorgeschrieben ist.

Aufgrund der Richtlinie 91/630/EWG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (ABl. EG. Nr. L 340 S. 33) muß die Altersgrenze für das betäubungslose Kastrieren männlicher Schweine auf vier Wochen herabgesetzt werden. Da 1994 die Novellierung des Tierschutzgesetzes gescheitert ist, konnte die notwendige Anpassung an die Vorgaben des Gemeinschaftsrechts bisher noch nicht vollzogen werden.

Von besonderer Bedeutung für die Rinderhaltung – hier im Hinblick auf die Schwanzspitzenentzündung oder Schwanzspitzennekrose der Mastbullen – ist die Einschränkung der Ausnahme vom Amputationsverbot. Ein Eingriff ist nach geltendem Recht nur zulässig, wenn er nach tierärztlicher Indikation geboten oder im Hinblick auf den Nutzungszweck des Tieres unerlässlich ist. Das bedeutet zum Beispiel, daß Kälber nicht durch die Vornahme einer Schwanzamputation einem vielleicht aus betriebswirtschaftlichen Gründen zweckmäßigen Haltungssystem angepaßt werden dürfen, sondern daß mit Vorrang die Haltungsbedingungen verbessert werden müssen.

Im Rahmen der Novellierung des Tierschutzgesetzes sollen die Erfahrungen berücksichtigt werden, die bisher mit dieser Regelung gemacht wurden. Außerdem sollen einige weitere Eingriffsregelungen geändert und restriktiver gefaßt werden.

Insbesondere zur Schweinehaltung, aber auch zur Rinder- und Kälberhaltung, zur Pferdehaltung und

zum Pferdesport sowie im Bereich Geflügelhaltung werden an der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) Entwicklungsarbeiten durchgeführt. Diese Arbeiten werden zumeist im Rahmen der institutsübergreifenden Forschungsvorhaben „Tiergerechte Nutztierhaltung“ koordiniert.

1.4 Erfahrungen der Länder

Die Berichte der Länder zeigen, daß durch den 1986 in das Tierschutzgesetz eingefügten § 16a („Befugnis-katalog“) das Verwaltungsverfahren zur Beseitigung festgestellter Verstöße und zur Verhütung künftiger Verstöße im Bereich der Tierhaltung erheblich erleichtert wurde. Von den Amtstierärzten werden die in § 16a enthaltenen Möglichkeiten im Sinne eines wirkungsvollen und vorbeugenden Tierschutzes positiv bewertet. Bund und Länder sind jedoch der Auffassung, daß die behördlichen Befugnisse erweitert werden sollten.

Beim Vollzug der tierschutzrechtlichen Bestimmungen gibt es immer wieder Probleme:

In der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung sind gelegentlich Vernachlässigungen der Tiere wie

- mangelnde Klauen- oder Hufpflege,
- mangelnde Hygiene,
- mangelnde Beaufsichtigung von Tieren auf der Weide,
- Parasitenbefall und
- Verschleppung therapeutischer Maßnahmen

zu beobachten.

Auch halten immer mehr Berufsfremde mit zunächst geringer Sachkunde landwirtschaftliche Nutztiere wie

- Schafe zum Beispiel zur Landschaftspflege,
- Ziegen zur ökologischen Lebensmittelgewinnung,
- Pferde in falsch verstandenen sogenannten Robusthaltungen.

Die Amtstierärzte haben es häufig mit schwierig zu bewertenden Grenzfällen zu tun, für deren Bewertung es teilweise noch immer an Literatur, Gutachten und ähnlichem fehlt.

Ein weiteres Problem der Überwachung von Tierhaltungen liegt darin, daß gegen Anordnungen der zuständigen Behörde in zunehmendem Maße alle Rechtsmittel ausgeschöpft werden. Wenn die sachverständigen Amtstierärzte vor Gericht nicht mit wissenschaftlichen Untersuchungsergebnissen – die für eine Vielzahl von Fragen gar nicht existieren – argumentieren können, wird vielfach zugunsten des Tierhalters entschieden.

Andererseits ist zu unterstreichen, daß trotz ökonomischer Zwänge, denen die Tierhalter ausgesetzt sind, im Rahmen der eigenverantwortlichen Selbstkontrolle sowie der behördlichen Überwachung gewährleistet sein muß, daß auch bei modernen Haltungssystemen die Vorschriften des Tierschutzgesetzes beachtet werden.

In den neuen Bundesländern sind die Änderungen der Haltungseinrichtungen zur Anpassung an die Le-

gehennen-, Kälber- und Schweinehaltungsverordnung weitgehend abgeschlossen. Damit sind die Voraussetzungen für artgemäße und verhaltensgerechte Haltungsbedingungen gegeben.

Nicht zuletzt aufgrund der Diskussionen in der tierschutzinteressierten Öffentlichkeit über sogenannte „Intensivhaltungssysteme“ hat das Land Thüringen zweimal landesweite Überprüfungen solcher Haltungssysteme für Kälber, Schweine und Legehennen durchgeführt. Ziel der Maßnahme war die Feststellung, inwieweit in den entsprechenden Betrieben die jeweiligen Tierschutzverordnungen eingehalten werden und welche Maßnahmen zur Beseitigung eventueller Mängel eingeleitet werden müssen. Die Erhebung wurde auf der Grundlage von Checklisten sehr detailliert durchgeführt und computergestützt ausgewertet. In die Kontrolle wurden ca. 500 Kälberställe mit über 42 000 Plätzen, ca. 1 200 Schweineställe mit fast 390 000 Plätzen sowie 61 Legehennenhaltungen mit über 2 Millionen Tierplätzen einbezogen. Die zweite Kontrolle erfaßte über 90 % der Stallplätze für Kälber und Schweine. Die Kontrollmaßnahmen zeigten, daß die Tierhalter – insbesondere hinsichtlich des Platzangebotes für Kälber und Schweine – mit Erfolg große Anstrengungen zur Anpassung der Haltungsbedingungen an die gesetzlichen Vorgaben unternommen haben. Zur Lösung der noch bestehenden Probleme erteilten die Veterinärbehörden die notwendigen Auflagen.

In Baden-Württemberg werden zur weiteren Verbesserung des schon jetzt erreichten hohen Standards durch die Landesregierung seit Mai 1994 modellhaft Baumaßnahmen in landwirtschaftlichen Betrieben gefördert, die über den derzeitigen Standard artgemäßer Tierhaltung hinausgehen und positive Impulse für die landwirtschaftliche Praxis vor Ort erwarten lassen. Dabei sind von den Betrieben Kriterien zu erfüllen, die der Landesbeirat für Tierschutz von Baden-Württemberg erarbeitet hat. Zur Unterstützung der für die tierschutzrechtliche Überwachung zuständigen Staatlichen Veterinärämter wurden seit 1991 sechs zusätzliche Stellen für beamtete Tierärztinnen und Tierärzte geschaffen, die überörtlich Tierschutzaufgaben bearbeiten. Schwerpunkte sind die Aufsicht nach § 16 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes und die Mitwirkung als Sachverständige bei der Erteilung der Erlaubnis nach § 11 des Tierschutzgesetzes. Neben dieser allgemeinen Aufgabe im Bereich des Tierschutzes haben sich die genannten Tierärztinnen und Tierärzte zusätzlich in weiteren Teilbereichen des Tierschutzes spezialisiert, wie zum Beispiel auf Fragen im Zusammenhang mit Tierversuchen und der Versuchstierhaltung, auf Heimtiere und Exoten, landwirtschaftliche Nutztiere, Schlachtung und Tötung von Tieren. Weitere Spezialisierungen für den Bereich Zoo- und Zirkustiere sind beabsichtigt.

Diese überregional im Tierschutz tätigen beamteten Tierärztinnen und Tierärzte können im Einvernehmen mit den Regierungspräsidenten bei Bedarf von den Staatlichen Veterinärämtern angefordert werden.

In Niedersachsen ist bei einer Bezirksregierung ein sogenannter Tierschutzdienst eingerichtet worden, dessen Aufgabe darin besteht, die kommunalen Vete-

rinärbehörden bei der Durchsetzung der gesetzlichen Tierschutzanforderungen zu unterstützen. Dafür sollen vor Gericht verwertbare Gutachten sowie eine Literaturbank erstellt, aber auch Haltungsempfehlungen für bisher nicht von Rechtsvorschriften oder Gutachten erfaßte Tierarten erarbeitet werden.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten, so insbesondere durch Koordinierung und regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den Ländern, setzt sich die Bundesregierung dafür ein, daß die tierschutzrechtlichen Vorschriften in vollem Umfang durchgesetzt und Vollzugsdefizite vermieden werden.

In den folgenden Kapiteln wird über weitere Erfahrungen der Länder berichtet.

2 Besondere Regelungen

2.1 Tierhaltung im ökologischen Landbau

Für die Tierhaltung im ökologischen Landbau sollen in Zukunft EU-weit verbindliche Mindestanforderungen gelten, die eingehalten werden müssen, wenn tierische Agrarerzeugnisse sowie für den Verzehr bestimmte Erzeugnisse, die Bestandteile tierischen Ursprungs enthalten, als aus ökologischem Landbau stammend gekennzeichnet werden sollen.

Bisher fehlen allerdings noch die Grundsätze und spezifischen Kontrollmaßnahmen für diesen Bereich in der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel (ABl. EG Nr. L 198 S. 1), der sogenannten „EG-Öko-Verordnung“.

Die Europäische Kommission hat nunmehr am 26. Juli 1996 einen Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates zur Einbeziehung der tierischen Erzeugung in den Geltungsbereich der EG-Öko-Verordnung vorgelegt. Die vorgesehenen Regelungen beziehen sich besonders auf Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine, Geflügel und Bienen. Sie beinhalten Grundregeln des ökologischen Landbaus in den Bereichen flächengebundene Tierhaltung, Gewährleistung des Tierschutzes (zum Beispiel Verbot systematischer Eingriffe an Tieren und Vermeidung von Streß bei Transport und Schlachtung) und besondere Regeln der Haltung, Fütterung und tierärztlichen Pflege. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verordnung soll in ökologisch wirtschaftenden Betrieben europaweit ein einheitliches Niveau der tiergerechten Haltung umgesetzt werden.

Bis zur endgültigen Annahme dieses Vorschlages sind bei der Erzeugung von Zutaten tierischen Ursprungs, die in Produkten mit überwiegend pflanzlichen Zutaten Verwendung finden, bei Fehlen einzelstaatlicher Vorschriften die Tiere nach den international anerkannten Methoden ökologischer Erzeugung (zum Beispiel IFOAM-Richtlinien) zu halten, wenn diese Produkte als aus dem ökologischen Landbau stammend gekennzeichnet werden sollen.

Die verschiedenen Verbandsrichtlinien schreiben zum Teil Haltungsanforderungen im ökologischen Landbau fest, die über die tierschutzrechtlichen Min-

destnormen hinausgehen. Eine gewissenhaft praktizierte ökologische Tierhaltung kann insofern Impulse für eine Weiterentwicklung des Tierschutzes geben. Da ein Teil der Verbraucher bereit ist, tierfreundlichere Haltungsbedingungen über den Kaufpreis der Erzeugnisse zu honorieren, bietet sich darüber hinaus für manche Landwirte die Möglichkeit, Marktnischen zu nutzen und einer besonderen Nachfrage durch ein besonderes Angebot Rechnung zu tragen.

Hiervon gehen auch für die konventionelle Landwirtschaft wichtige Impulse aus.

2.2 Legehennen

Im Dezember 1994 wurden in Deutschland 43,8 Millionen Legehennen gehalten; über 90 % hiervon in Käfighaltung und in Betrieben mit mehr als 3 000 Tieren. Diese Haltungsform hat sich wegen ihrer wirtschaftlichen und hygienischen Vorteile weltweit durchgesetzt; aus verhaltenswissenschaftlicher und tierschutzrechtlicher Sicht wird sie allerdings erheblich kritisiert.

Ein einseitiges nationales Verbot der derzeit praktizierten Käfighaltung würde aber aufgrund des starken Wettbewerbs im Eiersektor innerhalb der EU die deutsche Geflügelwirtschaft in ihrer Existenz gefährden und darüber hinaus lediglich das Tierschutzproblem in Mitgliedstaaten mit weniger restriktiven Vorschriften verlagern.

Die Bundesregierung hatte sich aus diesem Grund bereits Ende der siebziger Jahre für eine EG-weite Regelung zum Schutz der Legehennen eingesetzt.

Die Richtlinie 86/113/EWG des Rates vom 25. März 1986 zur Festsetzung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen in Käfigbatteriehaltung (ABl. EG Nr. L 95 S. 45), die wegen eines Formfehlers zunächst aufgehoben, dann aber in ihrem verfügbaren Teil unverändert als Richtlinie 88/166/EWG des Rates vom 7. März 1988 (ABl. EG Nr. L 74 S. 83) erneut erlassen wurde, stellt einen zwar kleinen, aber nicht zu unterschätzenden ersten Schritt der Europäischen Gemeinschaft zur Verbesserung des Tierschutzes für Legehennen dar. Die Richtlinie legt unter anderem eine Mindestbodenfläche von 450 cm² je Legehenne fest. Nach einer Übergangszeit für bestehende Anlagen gilt dies seit 1. Januar 1995 für alle Käfige in der EU.

1986 wurde von dem aufgrund des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen beim Europarat gebildeten Ständigen Ausschuss eine Empfehlung für das Halten von Legehennen angenommen. Während es im Bereich der Käfighaltung von Legehennen nicht möglich war, über die gleichzeitig erarbeiteten EG-Mindestanforderungen hinauszugehen, konnten neue Bestimmungen für die Boden- und für die Auslaufhaltung von Legehennen in die Empfehlung aufgenommen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Verpflichtung zur Umsetzung sowohl der Empfehlung als auch der EG-Richtlinie mit Bestimmungen des Tierschutz-

gesetzes, mit der Verordnung zum Schutz von Legehennen bei Käfighaltung (Hennenhaltungsverordnung) vom 10. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2622) sowie durch zusätzliche Beratungsempfehlungen erfüllt (aid-Informationen, Arbeitsunterlagen für Berufsbildung und Beratung Nr. 3 vom 5. Februar 1988).

Die auf das Tierschutzgesetz gestützte Hennenhaltungsverordnung geht aus Tierschutzgründen über die Mindestanforderungen der EG-Richtlinie hinaus. Sie enthält größere Käfigmindestflächen für Hennen mit einem Durchschnittsgewicht von mehr als 2 kg (550 cm²) und ist auch für bestehende Anlagen schon am 1. Januar 1993 in Kraft getreten.

Da sich die Geflügelwirtschaft insbesondere durch die Anforderung größerer Käfigmindestflächen für schwere Hennen gegenüber Konkurrenten in anderen EU-Mitgliedstaaten benachteiligt fühlt, wurden im Hinblick darauf Feststellungsklagen erhoben, denen aber kein Erfolg beschieden war. Eine Klage, die in erster und zweiter Instanz vom VG Freiburg und vom VGH Baden-Württemberg in Mannheim mit Urteil vom September 1990 abgewiesen wurde, war zuletzt beim Bundesverwaltungsgericht anhängig. Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verfahren im Dezember 1993 ausgesetzt, um eine Vorabentscheidung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften zu der Frage einzuholen, ob die Richtlinie 88/166/EWG den Mitgliedstaaten Freiraum für strengere Anforderungen hinsichtlich der in der Richtlinie festgelegten Mindestkäfigflächen einräumt (BVerwG 3 C 28.91). Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 19. Oktober 1995 entschieden, daß die entsprechende Bestimmung der Richtlinie dahin auszulegen ist, daß sie den Mitgliedstaaten nicht verbietet, in bezug auf die Käfigbodenfläche für Legehennen in Käfigbatteriehaltung national strengere Vorschriften zu erlassen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat im April 1990 beim Bundesverfassungsgericht einen Normenkontrollantrag gegen die Hennenhaltungsverordnung eingereicht, der vom Land Niedersachsen unterstützt wird. Diese Länder bezweifeln, daß die Verordnung den Anforderungen des Tierschutzgesetzes an eine artgemäße und verhaltensgerechte Tierhaltung genügt. Das Bundesverfassungsgericht hat bisher aber noch nicht über den Normenkontrollantrag entschieden.

Nach den Bestimmungen der EG-Richtlinie sollte die Kommission vor dem 1. Januar 1993 einen Bericht vorlegen, um dem Fortschritt in der Entwicklung tierschutzgerechter Haltungsformen durch geeignete Vorschläge Rechnung zu tragen; dies ist eine Art Revisionsklausel. Der Wissenschaftliche Veterinärausschuß hat schon 1992 einen Bericht über den Tierschutz bei Legehennen in verschiedenen Haltungssystemen vorgelegt und mit seinem am 30. Oktober 1996 verabschiedeten Bericht aktualisiert; dennoch liegt der Bericht der Kommission – obwohl er bereits mehrfach dringend angemahnt wurde – bedauerlicherweise noch immer nicht vor.

Der Wissenschaftliche Veterinärausschuß kommt in seinem jüngsten Bericht unter anderem zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Essentielle Bedürfnisse der Legehennen sind die Bereitstellung von Futter und Wasser, der Schutz vor Raubtieren und extremen klimatischen Bedingungen.
- Legehennen haben ein ausgeprägtes Bedürfnis, ihre Eier in Nester zu legen und Nestbauverhalten zu zeigen. Außerdem bevorzugen sie sehr deutlich das Vorhandensein von Einstreu zum Picken, Scharren und Staubbaden. Durch entsprechende Einstreu kann das Federpicken reduziert werden.
- Legehennen haben das Bedürfnis zum Aufbaumen. Vorhandene Sitzstangen werden gern genutzt; das Aufbaumen beugt dem Knochenschwund vor, so daß es zu weniger Knochenbrüchen beim Ausstallen und Transport kommt.
- Als Nachteile der gegenwärtigen Käfigbatterien gegenüber guten Alternativsystemen nennt der Wissenschaftliche Veterinärausschuß:
 - Nestbau- und Eiablageverhalten, Aufbaumen, Scharren, Sandbaden und die Mehrzahl der Bewegungsabläufe sind nicht möglich,
 - Auftreten von stereotypem Verhalten,
 - Beeinträchtigungen des Federkleides,
 - Knochenschwäche durch Bewegungsmangel.
- Als Vorteile gegenüber guten Alternativsystemen werden genannt:
 - Die Tiere werden von ihren Ausscheidungen getrennt, so daß ein Befall mit Endoparasiten weitgehend ausgeschlossen ist,
 - die Tiere befinden sich in kleinen Gruppen mit stabiler Rangordnung,
 - die Gefahr des Auftretens von Kannibalismus ist gering.
- Um die Vorteile der Käfighaltung zu erhalten und die Defizite in bezug auf das Verhalten der Tiere zu überwinden, werden modifizierte und angereicherte Käfige entwickelt.
- Als Vorteile der Alternativsysteme gegenüber der gegenwärtigen Käfighaltung nennt der Wissenschaftliche Veterinärausschuß:
 - Die Tiere zeigen ein größeres Verhaltensrepertoire und
 - sie haben infolge der ausreichenden Bewegung stabilere Knochen.

Nachteile der Alternativsysteme:

- Die Gefahr des Federpickens und Kannibalismus ist groß, wenn die Schnäbel nicht gekürzt sind;
- das Risiko des Befalls mit Ekto- und Endoparasiten ist höher als in Käfighaltungssystemen und
- aufgrund der größeren Bewegungsmöglichkeit kommt es während der Legeperiode häufiger zu Knochenbrüchen.
- Das Schnabelkürzen sollte so schnell wie möglich verboten werden, da es sowohl während des Eingriffs als auch danach schmerzhaft für die Tiere

ist. Es darf nicht bei erwachsenen Tieren durchgeführt werden.

- Angaben zum Platzbedarf von Legehennen können kaum gemacht werden, da es zu viele Variablen in den Haltungssystemen gibt.
- Die Forschung auf dem Gebiet des Tierschutzes bei Legehennen ist erst relativ jung. Einige Nachteile der Alternativsysteme können im Rahmen von Praxisversuchen getilgt werden. Andere Probleme, insbesondere das Hauptproblem des Federpickens und des Kannibalismus, müssen weiter erforscht werden.

Das **Institut für Kleintierforschung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft** Braunschweig-Völkenrode (FAL) sieht in modifizierten Legekäfigen eine Möglichkeit, den Anforderungen des Tierschutzes wesentlich besser gerecht zu werden, als dies in herkömmlichen Käfigbatterien der Fall ist:

„Schon Mitte der sechziger Jahre hatte die Forschung in Großbritannien in geringem Umfang an Großkäfigen mit zwei Etagen je Käfig mit der Installation von Sitzstangen, Nestern und Einstreubereich begonnen. Dadurch ließ sich das Verhaltensspektrum der Tiere erheblich erweitern. Probleme lagen im wesentlichen bei der Erfüllung von Produktionszielen. Diese Großkäfige wurden etwa ab 1975 auf internationaler Ebene (Deutschland, Großbritannien, Kanada, Niederlande, Schweden, Schweiz) mit dem Ziel, die Vorteile aller Haltungssysteme unter Vermeidung der Nachteile in einem modifizierten Käfighaltungssystem zu vereinen, weiter wissenschaftlich untersucht.

Hierbei wurden nach den Anfängen in Großbritannien zunächst verstärkt Käfige mit größerer Grundfläche als bei Praxiskäfigen entwickelt, geprüft, verändert, ergänzt und in Details bearbeitet. In Schweden wurden anfänglich an herkömmlichen Käfigen einzelne Konstruktionsnachteile aufgedeckt und in Zusammenarbeit mit den Firmen weitgehend beseitigt, um später auch Untersuchungen an Großkäfigen durchzuführen. Die Arbeiten an Großkäfigen reduzierten sich allmählich in starkem Maße. Die Forschung befaßt sich derzeit schwerpunktmäßig mit der Implementierung von Nestern, Sitzstangen und Einstreubereichen in einetägigen Kleinkäfigen, die mit drei bis sechs Hennen etwa einen Tierbesatz von herkömmlichen Käfigen aufweisen.

Durch Änderung vieler Details sowie jetzt zusätzlichen Staubbadebereich ist der Get-away-Käfig bedeutend erfolversprechender gestaltet worden mit dem für ihn typischen großen Raumangebot je Tier. Zwei Varianten von Großkäfigen, bei denen sich die Hennen auf derselben Ebene aufhalten, werden seit wenigen Jahren ebenfalls geprüft.

Generelle Schwierigkeiten bei den Bemühungen, Hennen ein erweitertes Verhalten zu ermöglichen, ergeben sich bisher aus zwei weitgesteckten komplexen Forderungen:

1. Die Käfige sollen praktisch alle Verhaltensweisen zulassen, die sozialverträglich sind und Verletzungen aller Art vermeiden.

2. Die Käfige sollen auf dem Stand erreichter Vorteile herkömmlicher Käfighaltung zur Produktion von Eiern geeignet sein. Dieses bedeutet, daß bei niedrigen Produktionskosten das hohe Niveau der Käfighaltung an Hygiene, Arbeitsplatz- und Produktqualität sowie geringer Umweltbelastung zu halten ist.

Ergebnisse

1. Erweiterte Großkäfige

Trotz umfangreicher Untersuchungen mit mehrmals angepaßten Großkäfigen (sogenannten Get-away-Käfigen) konnten bei unterschiedlichen Besatzdichten, Aufzuchten und Hennenherkünften die gesteckten Ziele nicht voll erreicht werden. Obwohl teilweise gleiche Leistungsergebnisse erzielt wurden wie in herkömmlichen Käfigen, lagen sie doch tendenziell niedriger. Die Einführung eines Staubbadebereichs erforderte, damit keine Eier in diesen Bereich gelegt werden konnten, ein zwischenzeitliches Aussperren der Hennen. Diese Technik wurde nur in wenigen Käfigen überprüft, dann aber nicht weiter verfolgt. Wesentliche Problemunkte ergaben sich aus der Grundkonzeption des Großkäfigs, aber auch aus Details.

Folgende Nachteile traten beim Get-away-Käfig im Vergleich zum herkömmlichen Käfig auf, die eine Weiterverfolgung der Ziele ohne größere konstruktive Veränderungen nicht zweckdienlich erscheinen ließen:

- Schlechtere Hygiene
- Gefiederverschmutzung
- Nestverschmutzung
- Sporadisch tierbedingte Verletzungen
- Geringere Legeleistung
- Mehr Knickeier, mehr Schmutzeier
- Behinderte Einsehbarkeit der Käfige
- Höherer Arbeitszeitaufwand
- Schwierige Entnahme der Tiere

Die Doppelstöckigkeit im Get-away-Käfig führte zu geringerer Gesamthygiene, das Fehlen eines geeigneten Nestes zu Mängeln der äußeren Eiqualität sowie zu geringerer Ausbeute gelegter Eier und in einigen Käfigen wegen der Gruppengröße zu mehr Kannibalismus. Die Lage des Nestes an der Gangseite störte bei der Sichtkontrolle der Tiere, und die Entnahme der Tiere aus dem 1 m tiefen Käfig war für Praxisbe-lange unzureichend.

2. Erweiterte Kleinkäfige

Besonders in Großbritannien und Frankreich wurde während der Arbeiten mit Großkäfigen generell an Einzelproblemen und -fragen zum Tierverhalten wissenschaftlich gearbeitet, oft losgelöst von praktischen Anwendungen. Darüber hinaus führten die sozialen Probleme der Großgruppen in Nichtkäfighaltung zu der Er-

kenntnis, daß auch die schon relativ kleine Gruppe in Großkäfigen noch kleiner sein sollte. Es schälte sich durch die Forschungsgruppe Edinburgh ein spezieller Käfigtyp heraus (Edinburgh modified enriched cage = EMC), ein Käfig, der etwas größer und höher als der herkömmliche Käfig ist, erweitert um eine Sitzstange, um Nester und Staubbadebereich. Variiert wird dieser Käfig derzeit auch in Schweden wissenschaftlich bearbeitet, von wo erste umfangreichere Untersuchungen an EMC im Vergleich mit anderen Käfigvarianten vorliegen. Im folgenden wird ein Vergleich der EMC mit herkömmlichen Käfigen vorgenommen.

Der EMC der schwedischen Variante schnitt in zwei umfangreicheren Untersuchungen im Vergleich zu herkömmlichen Käfigen wie folgt ab:

Vorteile:

- Erweitertes Verhaltensmuster in allen Funktionsbereichen wegen Sitzstange, Nest, Staubbadebereich, mehr Fläche je Tier und höherem Raum
- Federpicken reduziert
- Stabilere Flügelknochen (Humerus)

Gleichheit, *zum Teil Vorteile*

- Aggressionsniveau
- Verletzungshäufigkeit an Kamm und Haut
- Legeleistung, Mortalitätsrate, Eimasse je Tier und Tag, Eimasse je Henne und Jahr
- Federbedeckung des Körpers
- Eigewicht
- Fußballengeschwüre
- Hyperkeratose (Hornbildung an Zehen) gleich oder geringer
- Krallenkondition gleich oder besser
- Sauberkeit des Gefieders
- Schmutzeieranteil gleich oder geringer
- Tibia-Stabilität (Schienbein)

Gleichheit, *zum Teil Nachteile*

- Saubere Füße oder weniger sauber

Nachteile

- Mehr Knickeier
- Mehr Brustbeinverformungen

Die beiden letztgenannten Nachteile stellen unmittelbare Abhängigkeiten zu den in die Käfige eingebrachten Umweltanreicherungen (enrichment) dar und dürften unmittelbar die weitreichendsten und schwierigsten Probleme darstellen. Als Knickeierursache ist vor allem das Stangenangebot zu sehen, weil auf Stangen sitzende Hennen gelegentlich auch Eier legen und diese wegen der größeren Fallhöhe eher zu Bruch gehen. Brustbeinverformungen nehmen bei Stangenangebot zu, sind jedoch auch abhängig von der Stangenform. Entsprechende Untersuchungen sind im Gange.

Allgemeine Erkenntnisse wurden zum Teil durch detaillierte Verhaltenserhebungen gewonnen. Im Vergleich zu herkömmlichen Käfigen ergibt sich derzeit:

- Für jedes Tier muß mehr Gitterboden zur Verfügung stehen.
- Für relativ ungestörtes Legeverhalten muß ein mit Wänden ummanteltes Nest angeboten werden.
- Nестeinlagen oder Einstreunester erhöhen den Anteil der im Nest abgelegten Eier.
- Je kleiner die Tiergruppe, desto größer muß je Tier der Nestbodenanteil sein.
- Um den Schmutzeieranteil gering zu halten, dürfen die Nester nachts nicht zur Verfügung stehen.
- Vor der Bereitstellung von Nestern sollten die Hennen an den Gebrauch des Staubbadebereichs gewöhnt sein.
- Für Flügel- und Beinstreckbewegungen muß der Käfig höher sein.
- Das Staubbad sollte während der Legestunden morgens verschlossen sein.
- Sitzstangen sollten für weiße Hennen mindestens 12 cm und für braune Hennen 14 cm Länge je Tier betragen.

Offene Fragen

Trotz der optimistischen Einschätzung für die praktische Legehennenhaltung, mit EMC eine verhaltensweiternde Alternative zu herkömmlichen Käfigen zu finden, ergeben sich noch eine ganze Reihe offener Fragen. Es gilt vor allem, in umfangreicheren Versuchen zu klären, inwieweit die Aussagen über das erreichte Niveau entsprechend wiederholbar sind. Die Beantwortung der Fragen hängt unter anderem von den Ergebnisschwankungen zwischen den einzelnen Jahren ab. Auch ist nur wenig bekannt, wie die Situation in mehrstöckigen Käfigblöcken ist und wie die unterschiedlichen Hennenherkünfte reagieren. Darüber hinaus ist die Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse in die Praxis zu prüfen.

Des weiteren sind noch detaillierte Aussagen vorzunehmen, zum Beispiel zur Frage, welches das geeignetste Staubbadematerial ist. Dieses berührt nicht nur die Bevorzugung bestimmter Materialien durch die Tiere, sondern auch die Luftqualität des Stalles, weil die Materialien bei gleicher Aktivität der Tiere unterschiedliche Staubmengen abgeben und somit die Qualität der Stallluft wie auch die Keimbesiedlung des Staubes beeinflussen können. Das Verschleudern des Materials aus dem Staubbadebereich hat zur Folge, daß ein Nachfüllen während der Legeperiode notwendig wird. Zusätzlicher technischer Aufwand ist unumgänglich, um den Arbeitseinsatz zu reduzieren. Diese Fragen dürften jedoch keine unüberwindlichen Probleme darstellen.

An den Käfigen sind noch konstruktive Veränderungen vorzunehmen, um die Gefiederqualität zu

verbessern und den Schmutzeieranteil zu verringern. Trotz des gestiegenen Anteils nichtperforierter Bodenflächen, durch die der Kot nicht schwerkraftbedingt aus dem Tierbereich gelangt, wird EMC gemessen an Einstreu- und Auslaufhaltungen als deutliche Verbesserung der Hygienesituation für die Hennen angesehen. Im Vergleich zur herkömmlichen Käfighaltung stellt EMC jedoch in gewissem Umfang eine Verschlechterung der Hygiene dar.

Die Erfolge mit alternativen Käfigen motivieren Wissenschaftler aus mehreren Ländern, 1997 einen gemeinsamen Forschungsantrag bei der EU zu stellen, um die noch vorhandenen Nachteile schneller in den Griff zu bekommen.

Schlußbetrachtung

Nach Einschätzung der Wissenschaftler ist durch Verwendung modifizierter erweiterter Käfige die Aussicht auf das Erreichen der gesetzten Ziele deutlich gestiegen. Dieser Forschungskäfig stellt immer noch eine Begrenzung der Hennen auf einen relativ engen Raum dar und somit auch weiterhin eine Käfighaltung, jedoch bietet er der kleinen Hennengruppe deutliche Vorteile gegenüber der Großgruppenhaltung (Bodenhaltung usw.), in welcher tierbedingte Verletzungen bei weitaus mehr Tieren vorkommen. Darüber hinaus ist der heutige Stand der Technik der Kotbehandlung in der herkömmlichen Käfighaltung mit ihrer geringeren Belastung der Umwelt soweit fortgeschritten, daß die Übernahme in erweiterte Käfige leicht möglich ist. Inwieweit sich die hervorragenden Arbeitsbedingungen der herkömmlichen Käfighaltung bewahren lassen, ist derzeit schwierig zu beantworten. Die Übersichtlichkeit des Haltungssystems wird vermutlich reduziert werden, weil den Hennen unter anderem bessere, jedoch weniger leicht vom Betreuer einsehbare Rückzugsmöglichkeiten angeboten werden. Die Produktionskosten je Ei werden jedoch etwas höher sein als in der herkömmlichen Käfighaltung, weil je Stall weniger Hennen gehalten werden und der Hennenplatz je Käfig zusätzlich teurer ist."

Die Bundesregierung wird in Brüssel weiterhin für eine erneute Diskussion der Richtlinie eintreten mit dem Ziel, bei den Haltungsvorschriften das Verhalten der Tiere stärker zu berücksichtigen und darüber hinaus im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Erforschung besserer Haltungsformen fördern.

Der Bundesrat hat in seiner 696. Sitzung am 3. Mai 1996 eine Entschließung zum Verbot der Käfighaltung von Legehennen in der Europäischen Union (Drucksache 177/96 – Beschluß –) gefaßt, in der die Bundesregierung insbesondere gebeten wird, sich bei den zuständigen Gremien der EG nachdrücklich für die Vorlage des noch ausstehenden Berichts über das Wohlbefinden der Hennen in verschiedenen Haltungssystemen einschließlich etwaiger Anpassungsvorschläge einzusetzen.

Bundesminister Borchert hat daraufhin – wie in der Vergangenheit schon mehrfach geschehen – in der

Sitzung des Agrarministerrates im Juni 1996 Kommissar Dr. Fischler erneut aufgefordert, den ausstehenden Bericht umgehend vorzulegen. Kommissar Dr. Fischler hatte zugesagt, daß dies noch 1996 geschehen werde.

Auf der Grundlage dieses Berichts wird sehr sorgfältig zu prüfen sein, in welcher Weise die bisherigen Haltungssysteme weiterentwickelt und verbessert werden können.

Aber nicht nur durch Rechtsvorschriften, sondern auch durch ein entsprechendes Verbraucherverhalten kann die Praxis der Legehennenhaltung entscheidend beeinflusst werden.

Die EG-Vermarktungsvorschriften wurden bereits 1985 dahingehend geändert, daß auf Eiern der Klasse A und auf entsprechenden Kleinpäckchen das Haltungssystem der Legehennen angegeben werden darf. Freilandhaltung, intensive Auslaufhaltung, Boden- und Volierenhaltung wurden in der EG-Verordnung entsprechend definiert (Verordnung (EWG) Nr. 1274/91 der Kommission vom 15. Mai 1991 mit Durchführungsvorschriften für die Verordnung (EWG) Nr. 1907/90 des Rates über bestimmte Vermarktungsnormen für Eier – ABl. EG Nr. L 121 S. 11 –, zuletzt geändert durch Verordnung (EWG) Nr. 1511/96 der Kommission vom 29. Juli 1986 – ABl. EG Nr. L 189 S. 91 –). Inzwischen wurden auch Käfigeier in die fakultative Kennzeichnungsregelung einbezogen (Verordnung (EG) Nr. 2401/95 der Kommission vom 12. Oktober 1995 – ABl. EG Nr. L 246 S. 6). Bei Lose-Verkäufen sind derartige Angaben über die Haltungsform nur zulässig, wenn die einzelnen Eier entsprechend gekennzeichnet werden.

Tierschutzinteressierte Verbraucher können sich also beim Kauf über die Haltungsform der Legehennen informieren und eine entsprechende Auswahl treffen. Bei Eiern, die ohne derartige Informationen angeboten werden, kann in der Regel davon ausgegangen werden, daß es sich um Eier aus Käfighaltung handelt.

Von deutscher Seite wird eine Überarbeitung der Mindestanforderungen für die verschiedenen Haltungsformen im Rahmen der Vermarktungsnormen für Eier angestrebt. Aus Tierschutzsicht sollten dabei zum Beispiel Anforderungen im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Nestern oder Gebäudeausgängen bei Freilandhaltung aufgenommen werden. Da sich die Bezeichnung Volierenhaltung (Bodenhaltung mit zusätzlich eingebauten Gerüsten) in Deutschland bisher beim Verbraucher kaum durchsetzen konnte, ist zudem eine Zusammenfassung der Kategorien „Volierenhaltung“ und „Bodenhaltung“ unter Einführung bestimmter Kriterien hinsichtlich Gerüstumfang oder Etagenfläche in Erwägung zu ziehen.

2.3 Mastgeflügel

Als Mastgeflügel werden in Deutschland vor allem Masthühner, Truthühner (Puten), Enten und Gänse gehalten. Im Dezember 1994 waren dies rd. 40,7 Millionen Masthühner, 6,4 Millionen Truthühner, 1,8 Millionen Enten und 0,6 Millionen Gänse.

Der aufgrund des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen eingesetzte Ständige Ausschuß des Europarates erarbeitet derzeit Empfehlungen für das Halten von Straußenvögeln, Enten, Puten und Gänsen.

Eine Empfehlung für das Halten von Masthühnern wurde dort im November 1995 angenommen. Sie wurde mit der bereits 1986 verabschiedeten Empfehlung für das Halten von Legehennen zusammengefaßt und inzwischen ins Deutsche übersetzt (siehe auch den in Ausbildung und Beratung im Agrarbereich – Informationen für die Agrarberatung – 10/96 (aid) erschienenen Artikel „Neue Europaratsempfehlung: Tierschutz in der Masthühnerhaltung“).

BML hat eine Sachverständigengruppe mit Vertretern der Tierzuchtwissenschaft, Veterinärmedizin sowie der Geflügelwirtschaft und -praxis mit der Ausarbeitung einer Empfehlung zur artgemäßen und verhaltensgerechten Geflügelmast beauftragt. In ihrer Stellungnahme vom April 1993 hat die Sachverständigengruppe festgestellt, daß hinsichtlich der Höchstbesatzdichte ein Bereich von 30 bis 37 kg je Quadratmeter diskutiert werde, sich eine wissenschaftlich fundierte Festlegung unter dem Aspekt des Tierschutzes derzeit aber nicht treffen ließe.

Auch während der Hitzeperiode im Sommer 1994 ist es in Niedersachsen wieder zu vermehrten Todesfällen in Mastgeflügelhaltungen, insbesondere in Masthühnerhaltungen, gekommen. Betroffen waren davon fast ausschließlich Tiere, die sich in der Endmast befanden. Überprüfungen durch die Veterinärbehörden ergaben, daß viele Tierhalter durch geringeren „Sommerbesatz“, vorzeitige Schlachtungen, Einsatz zusätzlicher Ventilatoren, Berieselung der Dächer oder Anfeuchtung der Stallluft Maßnahmen ergriffen hatten, die den Hitzetod verhindern sollten. Offensichtlich wurden diese Maßnahmen aber entweder zu spät eingeleitet oder sie waren im Einzelfall ungeeignet.

Inzwischen wurden in Niedersachsen die gemeinsam mit den Geflügelwirtschaftsverbänden, Wissenschaftlern und Behördenvertretern erarbeiteten Empfehlungen zu Lüftungseinrichtungen in Masthühnerhaltungen fertiggestellt und an Behörden und Verbände gesandt. Parallel dazu wurde der agrarmeteorologische Wetterdienst gebeten, bei den über bestimmte Telefonnummern durchgehend abzufragenden Wetterhinweisen für die Landwirtschaft Warnhinweise bei Wetterlagen, die besondere lüftungstechnische Maßnahmen in Geflügelhaltungen erfordern, zu geben. Dieses ist um so wichtiger, als Maßnahmen zur Verhinderung von Todesfällen aufgrund von Klimabedingungen, die das Wärmeregulationsvermögen der Tiere extrem fordern, nur dann ihre Wirkung ausreichend entfalten können, wenn sie rechtzeitig eingeleitet werden. Die Einrichtung des Warndienstes ist damit eine Maßnahme des präventiven Tierschutzes.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Naturschutz des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat am 12. September 1996 eine „Verwaltungsvorschrift zur Durchführung von Kontrollen der Funktionssicherheit von Zwangslüftungseinrichtungen in Anlagen

der Tierhaltung“ bekanntgemacht. Das dortige Landesveterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt hat ein „Merkblatt zur Hyperthermioprophylaxe bei der Broilermast“ herausgegeben.

Die Bundesregierung stimmt mit den Agrarministern der Länder und der Geflügelwirtschaft überein, daß letztlich nur eine EU-weite Regelung der Masthühnerhaltung zu einer insgesamt befriedigenden Lösung der Probleme führen kann. BML hat die Europäische Kommission auf die Notwendigkeit diesbezüglicher Gemeinschaftsregelungen hingewiesen und um die Vorlage eines wissenschaftlichen Berichtes zur Mastgeflügelhaltung gebeten. Grundlage von EG-Vorschriften könnten die Empfehlungen zur Geflügelhaltung sein, die derzeit beim Europarat erarbeitet werden.

Ebenso wie der Ständige Ausschuß beim Europarat ist derzeit auch eine nationale Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung von Empfehlungen für die Enten- und Putenhaltung befaßt.

In den letzten Jahren hat die Intensivhaltung von Moschusenten in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Die geschlachteten Tiere wurden ursprünglich unter der Bezeichnung „Flugente“ vermarktet. Um eine Irreführung der Verbraucher hinsichtlich der Haltungsbedingungen der Enten zu vermeiden, wurde diese Angabe inzwischen durch „Barbarieente“ ersetzt [deutsche Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 1538/91 der Kommission vom 5. Juni 1991 mit ausführlichen Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EWG) Nr. 1906/90 des Rates über bestimmte Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch – ABl. EG Nr. L 143 S. 11 –, zuletzt geändert durch Verordnung (EG) Nr. 1000/96 – ABl. EG Nr. L 134 S. 9 –].

In den bestehenden Haltungssystemen treten vielfach Probleme auf, insbesondere Kannibalismus und Verletzungen durch die scharfen Krallen der Moschusenten, denen häufig durch Schnabel- und Krallenkürzen begegnet wird. In einer vom BML in Auftrag gegebenen und 1992 vorgelegten Untersuchung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) und der Universität Leipzig zu Problemen „der Intensivhaltung von Moschusenten und Möglichkeiten zur Vermeidung des Schnabelstutzens“ konnte das Problem der gegenseitigen Verletzungen auch durch verminderte Besatzdichte, Angebot von Einstreu, Beschäftigungsmöglichkeiten, Auslauf mit Bademöglichkeit und verschiedene Beleuchtungsprogramme nicht überwunden werden. Die Wissenschaftler kamen daher zu dem Schluß, daß nach derzeitigem Kenntnisstand bei der Haltung von Masttieren noch nicht auf geringfügiges und fachgerechtes Kürzen der Schnabel- und Krallenspitzen verzichtet werden kann, um gegenseitige, zum Teil schwerwiegende Verletzungen zu vermeiden.

Es gibt jedoch Hinweise, wonach durch eine geeignete Zuchtauswahl und Gemeinschaftshaltung mit Pekingenten bei gleichzeitigem Angebot von Auslauf und Bademöglichkeit das Problem des Kannibalismus verringert werden könnte.

In Nordrhein-Westfalen wurde einem namhaften Geflügelzuchtbetrieb für Moschusenten mit Ord-

nungsverfügung das Kürzen des Oberschnabels von Eintagsküken untersagt. Eine Anfechtungsklage hiergegen hatte keinen Erfolg. Auch das OVG Münster schloß sich am 17. November 1994 der Rechtsauffassung der zuständigen Behörde an (Az.: 20 A 110/93).

Auch beim Kauf von Geflügelfleisch können tier-schutzinteressierte Verbraucher Informationen über die Haltung der Tiere berücksichtigen. Nach den oben genannten Vermarktungsnormen für Geflügel-fleisch können die Haltungsformen „Extensive Bodenhaltung, Auslaufhaltung, Bäuerliche Auslaufhaltung und Bäuerliche Freilandhaltung“ bei Masthüh- nern, Truthühnern, Enten, Gänsen und Perlhühnern auf dem Etikett angegeben werden, sofern die in der Verordnung jeweils festgelegten Mindestanforderun- gen, insbesondere an den Zugang zu Ausläufen, Be- satzdichten und Mastdauer, eingehalten werden.

Im Bereich der Gänsehaltung stand wiederholt die Frage zur Diskussion, ob das Lebendrupfen der Gänse mit den Bestimmungen des Tierschutzgesetz- es vereinbar ist. Nach überwiegender Auffassung der Tierschutzreferenten des Bundes und der Länder kann diese Frage nur im jeweiligen Einzelfall ent- schieden werden.

Soweit den Gänsen nur Federn und Daunen, die am Kiel nicht mehr durchblutet sind und keine Verbin- dung zur umliegenden Haut mehr haben, behutsam und selektiv ausgezogen werden, ist davon auszuge- hen, daß den Tieren hierdurch keine Schmerzen oder Schäden entstehen. Dies hängt auch von der Reife der Federn und damit der Wahl des richtigen Zeit- punktes ab. Durch eine zeitgerechte, ruhige, sach- kundige Handhabung und Vorsichtsmaßnahmen beim Einfangen der Tiere läßt sich auch die übrige Belastung der Gänse in vertretbaren Grenzen halten.

Wird jedoch zum Lebendrupfen eine Maschine ein- gesetzt, kann nach übereinstimmender Auffassung der Tierschutzreferenten die Federgewinnung in kei- nem Fall so behutsam und selektiv erfolgen, daß Schmerzen, Leiden oder Schäden vermieden wer- den. Der Maschinenrumpf am lebenden Tier wird infol- gedessen als tierschutzwidrig angesehen.

Im Hinblick auf das Gänserupfen in osteuropäischen Staaten, das nach Medienberichten häufig in tier- schutzwidriger Weise durchgeführt wird, hat die Bundesregierung rechtlich keine Möglichkeit, ein Importverbot oder Vorschriften zum Lebendrupf zu verfügen. Eine Einflußnahme ist jedoch über das Ver- braucherverhalten und über privatwirtschaftliche Ini- tiativen und Vereinbarungen möglich.

Im Hinblick auf die sich ausweitende und sehr un- terschiedlich beurteilte nutztierartige Straußenhaltung hat BML frühzeitig die Sachverständigengruppe „Vögel“ mit der Erstellung eines Gutachtens über Anforderungen an eine tierschutzgerechte Straußen- haltung beauftragt. (Näheres siehe unter III.2.13)

2.4 Schweine

Die Schweinehaltung stellt einen der wichtigsten Betriebszweige unserer Landwirtschaft dar. Im Au-

gust 1996 wurden in Deutschland 24,4 Mio. Schweine gehalten.

Im Rahmen des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhalten- gen wurde 1986 beim Europarat eine Empfehlung für das Halten von Schweinen angenommen. Die Ver- pflichtung zur Umsetzung der Empfehlung wurde mit Bestimmungen des Tierschutzgesetzes, mit Be- ratungsempfehlungen (AID-Informationen, Arbeits- unterlagen für Berufsbildung und Beratung Nr. 17, vom 8. Juli 1988 und AID-Informationen für die Agrarberatung Nr. 3, März 1994) sowie mit der Ver- ordnung zum Schutz von Schweinen bei Stallhaltung (Schweinehaltungsverordnung) erfüllt. Die Schwei- nehaltungsverordnung wurde am 30. Mai 1988 erlas- sen (BGBl. I S. 673). In Anpassung an die zwischen- zeitlich verabschiedete Richtlinie 91/630/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanfor- derungen für den Schutz von Schweinen (ABl. EG Nr. L 340 S. 33) wurde die Verordnung in einigen Punkten geändert und am 18. Februar 1994 erneut bekanntgemacht (BGBl. I S. 311). Die zweite Verord- nung zur Änderung der Schweinehaltungsverord- nung, mit der neueren Entwicklungen in der Fütte- rungstechnik Rechnung getragen wird, wurde im August 1995 verkündet (BGBl. I S. 1016).

Die Schweinehaltungsverordnung enthält insbeson- dere:

- Mindestanforderungen an die Beschaffenheit der Stallböden; unter anderem darf der Liegebereich nicht abgesetzter Ferkel überhaupt nicht, der von Zuchtschweinen nicht voll perforiert sein;
- Mindestanforderungen hinsichtlich der je Tier ver- fügbaren Stallfläche, Fütterungs- und Tränkvor- richtungen;
- ein Verbot der Halsanbindung; ab 1996 (für be- stehende Ställe ab 2006) wird jegliche Form der Anbindung verboten;
- eine Vorschrift, wonach sichergestellt sein muß, daß sich die Schweine auch in einstreulosen Stäl- len täglich mehr als eine Stunde mit Stroh, Rau- futter oder anderen geeigneten Gegenständen be- schäftigen können;
- eine Festlegung, wonach Ferkel in der Regel min- destens während der ersten drei Lebenswochen bei der Sau belassen werden müssen;
- die Vorschrift, wonach Sauen in der Zwischen- wurfzeit jeweils insgesamt vier Wochen lang nicht in Anbindehaltung und während dieser Zeit in Kastenständen nur gehalten werden dürfen, wenn sie täglich freie Bewegung erhalten.

Das in der EG-Richtlinie enthaltene Verbot des routi- nemäßigen Kürzens des Schwanzes sowie der betäu- bungslosen Kastration von über vier Wochen alten männlichen Ferkeln (bisher dürfen diese nach dem Tierschutzgesetz bis zu einem Alter von zwei Mona- ten ohne Betäubung kastriert werden) soll im Rah- men der Novellierung des Tierschutzgesetzes in nationales Recht umgesetzt werden.

Zur weiteren Erforschung und Entwicklung tierfreundlicher Haltungssysteme führt die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) Untersuchungen durch.

2.5 Rinder/Kälber

Im Juni 1996 wurden in Deutschland rd. 16 Millionen Rinder, darunter 2,5 Millionen Kälber gehalten.

Der beim Europarat aufgrund des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen eingesetzte Ständige Ausschuß hat 1988 eine Empfehlung für das Halten von Rindern angenommen. Diese wurde – ohne Anhänge – in den AID-Informationen, Arbeitsunterlagen für Berufsbildung und Beratung, 42. Jahrgang Nr. 5 vom 15. Januar 1993, veröffentlicht. Im Juni 1993 wurde die Rinderempfehlung mit einem speziellen Anhang für Kälber vervollständigt.

Auf EU-Ebene wurde im November 1991 die Richtlinie 91/629/EWG des Rates über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (ABl. EG Nr. L 340 S. 28) verabschiedet. Danach dürfen Kälber nicht in ständiger Dunkelheit gehalten werden; eine künstliche Beleuchtung muß mindestens der normalen natürlichen Beleuchtung zwischen 9.00 und 17.00 Uhr entsprechen. Kälbern unter zwei Wochen muß Einstreu zur Verfügung stehen. Die Verwendung von Maulkörben ist verboten. Die Tiere müssen mindestens einmal täglich kontrolliert und gefüttert werden.

Eine Abkehr von der Einzelboxenhaltung war seinerzeit nicht mehrheitsfähig. Die Kälber müssen aber auch in Boxen die Möglichkeit zu gegenseitigem Sichtkontakt haben. Hinsichtlich der Breite der Boxen mußte ebenfalls ein Kompromiß in Kauf genommen werden. Danach sollen die Boxen eine Mindestbreite von 90 cm mit einer Abweichung von $\pm 10\%$ oder eine Mindestbreite vom 0,8fachen der Widerristhöhe aufweisen.

Bei Gruppenhaltung muß Kälbern mit einem Gewicht bis zu 150 kg ein Mindestplatzgebot von 1,5 m² zur Verfügung stehen.

Die Mitgliedstaaten mußten die Richtlinie bis spätestens 1. Januar 1994 umsetzen. Hinsichtlich der Mindestmaße der Buchten oder Stände kann jedoch für bestehende oder vor 1998 gebaute Einrichtungen eine Übergangsfrist bis Ende 2003 oder – bei letzteren – bis Ende 2007 gewährt werden.

Es ist ausdrücklich vorgesehen, daß auf nationaler Ebene strengere Regelungen erlassen werden dürfen.

Die nationale Verordnung zum Schutz von Kälbern bei Stallhaltung (Kälberhaltungsverordnung) vom 1. Dezember 1992 (BGBl. I S. 1977) dient der Umsetzung der Richtlinie und beruht im wesentlichen auf einem Verordnungsentwurf von 1988, dem der Bundesrat bereits im Februar 1989 zugestimmt hatte, der aber seinerzeit wegen einer von der EG-Kommission verhängten Wartefrist nicht verkündet werden konnte. Ausführlich dargestellt wird die Verordnung in den AID-Informationen, Arbeitsunterlagen für Be-

rufsbildung und Beratung, 42. Jahrgang Nr. 5, vom 15. Januar 1993.

Die Kälberhaltungsverordnung geht aus Tierschutzgründen in einigen wesentlichen Bereichen über die EG-Mindestanforderungen hinaus:

- über acht Wochen alte Kälber dürfen grundsätzlich nur noch in Gruppen gehalten werden;
- ab einem Alter von acht Tagen müssen die Kälber Rauhfuttergaben erhalten;
- Kontrolle und Fütterung der Kälber müssen mindestens zweimal täglich erfolgen;
- für Kälber unter acht Wochen sowie für Kälber in sehr kleinen Beständen, die nicht in Gruppen gehalten werden müssen, werden größere Boxen- und Standmaße vorgeschrieben, die den Tieren erlauben, in Seitenlage ihre Beine auszustrecken;
- durch geeignete bauliche Einrichtungen muß der Einfall von natürlichem Licht sichergestellt sein.

Durch angemessene Übergangsregelungen sowie ein gestaffeltes Inkrafttreten werden unzumutbare Härten bei der Umsetzung vermieden. Darüber hinaus sollen eventuell auftretende Wettbewerbsprobleme durch entsprechende Maßnahmen der Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ausgeräumt oder zumindest verringert werden.

Auf nachhaltiges Drängen mehrerer Mitgliedstaaten hat die Kommission am 24. Januar 1996 einen Vorschlag zur Änderung der Kälberhaltungsrichtlinie vorgelegt. Der Vorschlag sieht vor, daß – wenn auch mit langen Übergangszeiten – in Anlehnung an die deutsche Verordnung zum Schutz von Kälbern bei Stallhaltung vom 1. Dezember 1992 (BGBl. I S. 1977) für über acht Wochen alte Kälber grundsätzlich die Gruppenhaltung gefordert wird. Bei Einzelhaltung werden Boxenbreiten gefordert, die es den Tieren erlauben, in Seitenlage ihre Beine auszustrecken.

Dieser Vorschlag konnte am 17. Dezember 1996 im Agrarministerrat verabschiedet werden. Nach der nunmehr verabschiedeten EG-Richtlinie müssen über acht Wochen alte Kälber künftig in Gruppen gehalten werden. Bei Boxenhaltung müssen die Kälber in der Lage sein, in Seitenlage ihre Beine auszustrecken. Diese Regelungen finden auf neue Kälberställe ab dem 1. Januar 1998 Anwendung; ab 31. Dezember 2006 müssen alle Kälberhaltungen der EU, mit Ausnahme sehr kleiner Betriebe, diese Anforderungen erfüllen. Die von der Kommission ursprünglich vorgeschlagene noch längere Übergangsfrist bis zum Jahre 2008 konnte insoweit verkürzt werden.

Darüber hinaus hat sich die Kommission in einer Protokollerklärung verpflichtet, einen Vorschlag über eine angemessene und wiederkäuergerechte Fütterung der Kälber vorzulegen.

In Deutschland sind mit der nationalen Kälberhaltungsverordnung vom Dezember 1992 bereits entsprechende Bestimmungen in Kraft. Die lange Übergangsfrist mußte hingenommen werden, um den

Schutz der Kälber EG-weit auf das hohe deutsche Niveau festzuschreiben.

Zur tiergerechten Gestaltung von Tränkeautomaten für Kälber werden in der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) ethologische Untersuchungen mit dem Ziel der Optimierung automatischer Fütterungssysteme durchgeführt.

2.6 Pferde

Im Dezember 1994 wurden in der Bundesrepublik Deutschland rd. 599 000 Pferde gehalten.

Nur wenige davon dienen noch, wie zum Beispiel in der Forstwirtschaft, als Arbeitspferde. Der größte Teil der Pferde ist für die Freizeitreiterei bestimmt.

Empfehlungen oder Richtlinien zur tierschutzgerechten Haltung von Pferden sind bisher weder auf Europarats- noch auf EU-Ebene vorgesehen. Die generellen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes – insbesondere der §§ 2 und 3 – gelten selbstverständlich auch für die Pferdehaltung.

Wer gewerbsmäßig einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhält, bedarf nach § 11 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c des Tierschutzgesetzes der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Hierbei wird neben der Sachkunde und Zuverlässigkeit auch geprüft, ob die der Tätigkeit dienenden Räume eine den Anforderungen des § 2 des Tierschutzgesetzes entsprechende Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen. Darüber hinaus unterliegen nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 des Tierschutzgesetzes alle Nutztierhaltungen der Aufsicht durch die zuständige Behörde.

Vom Erlass einer Verordnung für die tierschutzgerechte Haltung von Pferden, die Mindestanforderungen im Detail regelt, wurde bisher abgesehen.

Auf der Grundlage der bereits 1991 von der Deutschen Reiterlichen Vereinigung e. V. (FN) und der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft e. V. (DVG) vorgelegten „Richtlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten“ wurden inzwischen von der Sachverständigengruppe tierschutzgerechte Pferdehaltung die „Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten“ vom 10. November 1995 erarbeitet. Diese liegen inzwischen als Broschüre vor und können beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bezogen werden.

Die Probleme bei der Erarbeitung dieser Leitlinien haben deutlich gemacht, daß die in Abhängigkeit von der jeweiligen Nutzungsform sehr differenzierten Anforderungen an die Pferdehaltung derzeit schwerlich im Rahmen einer Verordnung geregelt werden können. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Nutzungsformen und Beanspruchungen der Pferde muß notwendigerweise mit einer Fülle von Vorgaben gearbeitet werden, die Sachverständige zum Teil unterschiedlich bewerten.

Ungeachtet dessen sind die „Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutzgesichtspunkten“ nicht nur Grundlage der Selbstkontrolle

der Pferdehalter, sondern werden nach Absprache mit den Ländern auch von den für die Durchführung des Tierschutzgesetzes zuständigen Behörden, insbesondere bei der Erfüllung der in den §§ 11 und 16 des Gesetzes genannten Aufgaben, als Orientierungshilfe für die Entscheidung von Einzelfällen anerkannt.

Wie Niedersachsen berichtet, haben die als Touristenattraktion angebotenen Kutschfahrten in der Lüneburger Heide und an der Küste wiederholt zu Beschwerden über die Überforderung der Pferde, den Umgang der Kutscher mit den Tieren und den technisch schlechten Zustand der Kutschen geführt. Daher hat das Land per Erlass die jährliche Überprüfung der nach § 11 des Tierschutzgesetzes erlaubnispflichtigen Reit- und Fahrbetriebe geregelt und festgelegt, daß dabei auch die Kenntnisse und Fähigkeiten der Kutscher sowie Bescheinigungen über die technische Überprüfung der Fahrzeuge zu kontrollieren sind. Die Erfahrungen mit dieser Maßnahme zeigen im Ergebnis deutliche Verbesserungen für die Situation der betroffenen Kutschpferde.

Aus der Sicht des Tierschutzes haben die Hufpflege und der Hufbeschlag für Pferde eine besondere Bedeutung. Sowohl die nicht sachgerechte Durchführung als auch die Unterlassung der Hufpflege oder des Hufbeschlages können das Wohlbefinden der Pferde erheblich beeinflussen und zu Schmerzen, Leiden oder Schäden führen.

Eine Arbeitsgruppe des Landes Baden-Württemberg hat sich mit den Vorschriften zur Ausbildung von Hufbeschlagschmieden befaßt und festgestellt, daß auf der Grundlage der derzeitigen Ausbildungsverordnung für Metallbauer die fachgerechte Ausbildung von Hufbeschlagschmieden gefährdet ist. Sie schlägt hierzu Änderungen vor, die vor allem auf die Qualität des Hufbeschlages und den tierschutzgerechten Umgang mit Pferden beim Hufbeschlag abstellen. Die Vorschläge wurden bereits umfassend öffentlich vorgestellt und zum Teil kontrovers diskutiert.

BML hat im September 1992 diese Vorschläge mit Sachverständigen sowie Vertretern der zuständigen Verbände erörtert, um Impulse für Maßnahmen zu setzen, die sicherstellen, daß auch in Zukunft qualifizierte Hufbeschlagschmiede zur Verfügung stehen.

Einigkeit besteht darin, daß der Hufbeschlag eine vielseitige und verantwortungsvolle Tätigkeit ist, die auch dazu dient, die Pferde vor Schmerzen, Leiden und Schäden zu bewahren. Nach der Hufbeschlagsverordnung von 1965 konnten Gesellen im Schmiedehandwerk mit zweijähriger Berufserfahrung im Hufbeschlag nach Teilnahme an einem Vorbereitungslehrgang die Hufbeschlagsprüfung ablegen; ab 1974 wird eine nur einjährige entsprechende Berufserfahrung und die Teilnahme am Lehrgang als Voraussetzung für die Prüfung verlangt. Da der Ausbildungsberuf Schmied nicht mehr besteht, werden derzeit Metallbauer mit einjähriger Berufserfahrung im Hufbeschlag im Intensivkurs zum Hufbeschlagschmied qualifiziert. Diese berufliche Vorbereitung wird für unzureichend gehalten.

Die bei der BML-Anhörung anwesenden Hufbeschlagschmiedemeister, die jeweils auch in der beruflichen Ausbildung tätig sind, machten deutlich, daß sowohl die erforderliche praktische Unterweisung der Auszubildenden, die Gesellen- und Meisterprüfung als auch die Anerkennung als Lehrschmiede derzeit mit großen Problemen behaftet sind. Es ist eine Regelung erforderlich, die einen qualitativ guten Hufbeschlagnag gewährt.

Federführend in dieser Frage ist das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi). Dieses hat das Bundesinstitut für Berufsbildung beauftragt, Lösungsalternativen zu erarbeiten.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat hierzu eine Sachverständigengruppe gebildet, in der sowohl Hufbeschlagschmiede als auch Tierärzte sowie die betroffenen Verbände einschließlich des Tierschutzes beteiligt sind. In der Zwischenzeit haben auf Einladung des Bundesinstituts für Berufsbildung mehrere Sitzungen stattgefunden, in denen eine Reihe von Modellen mit den Beteiligten erörtert wurde.

Eine der möglichen Lösungen könnte sein, innerhalb des Ausbildungsberufs Metallbauer eine weitere Fachrichtung „Hufbeschlagnag“ einzurichten. Außerdem wird angestrebt, eine klare Abgrenzung zwischen der Hufpflege und dem Hufbeschlagnag zu erreichen. Auch wird darüber nachgedacht, die Fortbildung in Form der Hufbeschlagnagverordnung zu überarbeiten und gegebenenfalls deren Zugangsvoraussetzungen zu erweitern.

2.7 Schafe und Ziegen

Im Juni 1996 wurden in der Bundesrepublik Deutschland etwa 3,0 Millionen Schafe, darunter 1,8 Millionen weibliche Zuchtschafe, und schätzungsweise 88 000 Ziegen gehalten.

Während in den alten Bundesländern die Erzeugung von Lammfleisch im Vordergrund steht, hatte in der ehemaligen DDR die Wollproduktion große Bedeutung. Aufgrund der geänderten Preis-Kosten-Verhältnisse haben sich bei den Schafbeständen der neuen Bundesländer erhebliche strukturelle Veränderungen ergeben. Inzwischen haben sich dort die Bestände auf zahlenmäßig niedrigerem Niveau weitgehend stabilisiert.

Obwohl die Schafhaltung für viele landwirtschaftliche Betriebe einen mehr oder weniger großen Beitrag zum Betriebseinkommen leistet, wird sie oft – ebenso wie die Ziegenhaltung – nur als Hobby oder zur Selbstversorgung betrieben.

Für das Halten von Schafen und Ziegen gibt es bisher weder auf EU- noch auf nationaler Ebene spezielle tierschutzrechtliche Vorschriften. Die generellen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes gelten selbstverständlich auch für Schafe und Ziegen.

Im November 1992 hat der aufgrund des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen beim Europarat eingerichtete Ständige Ausschuss sowohl eine Empfehlung für das Halten von Schafen als auch eine Empfehlung für das Halten von Ziegen angenom-

men. Diese Tierschutzempfehlungen entsprechen der Praxis gutgeführter Betriebe. Sie wurden allen betroffenen Stellen in deutscher Übersetzung zugesandt und in den AID-Informationen für die Agrarberatung Nr. 6 (Juni 1994) ausführlich besprochen. Die Empfehlungen dienen den Schaf- und Ziegenhaltern sowie den zuständigen Behörden als Leitlinie und sollen später auch in EG-Recht umgesetzt werden.

2.8 Pelztiere

Pelztiere werden in der Regel nicht zu den Heimtieren gezählt, ihre Haltung ist in Deutschland allerdings auch nicht als landwirtschaftlicher Betriebszweig anerkannt. Mit Ausnahme von etwa 40 Nerzfarmen, wenigen Fuchs- und Nutriahaltungen und einer unbekannten Zahl von Chinchilla-Zuchten unterschiedlichster Größe sind hierzulande keine Pelztierhaltungen mehr angesiedelt.

Der auf Grund des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen eingesetzte Ständige Ausschuss beim Europarat hat eine Empfehlung für das Halten von Pelztieren erarbeitet, die im Oktober 1990 angenommen wurde und derzeit aufgrund einer Revisionsklausel überarbeitet wird. Die Europäische Gemeinschaft sowie alle EU-Mitgliedstaaten sind Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens und insoweit zur Umsetzung dieser Empfehlung verpflichtet.

Der Bundesrat hat am 5. Juni 1992 auf Initiative Hessens eine Entschließung gefaßt (Drucksache 22/92 – Beschluß –), wonach die Bundesregierung den Entwurf einer Verordnung zum Schutz von Pelztieren bei Haltung und Tötung zuleiten soll.

Die Bundesregierung hält eine EU-weite Regelung der Pelztierhaltung für angezeigt. Im Rahmen der Umsetzung des Europäischen Übereinkommens und der entsprechenden Empfehlung für die Pelztierhaltung durch die EG ist eine entsprechende EG-Regelung zu erwarten (siehe III.1.2). Die Bundesregierung wird dabei darauf hinwirken, daß möglichst hohe tierschutzrechtliche Mindestanforderungen durchgesetzt werden.

Solange eine Rechtsvorschrift noch nicht erlassen ist, kann die Empfehlung des Ständigen Ausschusses sowie das vom BML in Auftrag gegebene Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung und Tötung von Pelztieren in Farmen vom 26. September 1986 den Pelztierhaltern, den Überwachungsbehörden sowie den Gerichten als Orientierung dienen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 3254/91 des Rates vom 4. November 1991 zum Verbot von Tellereisen in der Gemeinschaft und der Einfuhr von Pelzen und Waren von bestimmten Wildtierarten aus Ländern, die Tellereisen oder den internationalen humanen Fangnormen nicht entsprechende Fangmethoden anwenden (ABl. EG Nr. L 308 S. 1) – Tellereisenverordnung – verbietet grundsätzlich ab 1. Januar 1995 die Einfuhr bestimmter Pelzwaren in die EU, die durch den Fang mit Tellereisen gewonnen wurden.

So dürfen nach Artikel 3 Abs. 1 der Tellereisenverordnung bestimmte Pelzwaren ab 1995 nur noch aus

solchen Ursprungsländern in die EU eingeführt werden, die

- die Verwendung von Tellereisen verboten haben oder
- international vereinbarte humane Fangmethoden anwenden.

Welche Ursprungsländer diese Voraussetzungen erfüllen, muß die Europäische Kommission im Ausschußverfahren festlegen.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1771/94 der Kommission vom 19. Juli 1994 über die Einfuhr von Pelzen und Fertigartikeln aus Exemplaren bestimmter wildlebender Tierarten (ABl. EG Nr. L 184 S. 3) hat die Europäische Kommission von der in der Tellereisenverordnung vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, deren Inkrafttreten auf den 1. Januar 1996 zu verschieben.

Angesichts sich abzeichnender handelspolitischer Probleme – insbesondere mit den USA und Kanada – hat die Kommission mit Schreiben vom 8. Dezember 1995 mitgeteilt, daß sie die Tellereisenverordnung zur Zeit für nicht vollziehbar halte, und 28. Februar 1996 einen Vorschlag für eine Verordnung (EG) des Rates zur Änderung der Tellereisenverordnung (ABl. EG Nr. C 58 S. 17) vorgelegt, in dem das Inkrafttreten der Verordnung um ein weiteres Jahr verschoben werden soll und zudem zahlreiche Ausnahmeregelungen sowie der Abschluß eines Rahmenübereinkommens über tierschutzgerechte Fangmethoden vorgesehen sind.

Das Europäische Parlament hat zu dem Vorschlag Stellung genommen und sich insbesondere für einen unverzüglichen Vollzug des Einfuhrverbots nach Artikel 3 der Tellereisenverordnung ausgesprochen. Auch der Bundesrat hat am 22. März 1996 zu dem Vorschlag Stellung genommen (Drucksache 55/96 – Beschluß –) und die Bundesregierung gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die Bestimmungen der EG-Tellereisenverordnung vollzogen werden.

In der Ratssitzung vom 25. Juni 1996 wurde der Kommission das Mandat für die Aushandlung eines Rahmenübereinkommens über tierschutzgerechte Fangmethoden mit den betroffenen Staaten erteilt. Aufgrund des angestrebten Rahmenübereinkommens sollen die einzelnen Pelzexportländer beurteilt und festgelegt werden, für welche Exportländer ein Einfuhrverbot in die Gemeinschaft gelten soll. Nach schwierigen Verhandlungen haben die EU, Kanada und Rußland im Dezember 1996 ein entsprechendes Rahmenübereinkommen paraphiert. Eine Einigung mit den USA steht bisher noch aus. Diesem Übereinkommen können weitere Staaten beitreten.

Die Kommission hat am 5. November 1996 einen Vorschlag für eine Durchführungsverordnung zur Tellereisenverordnung mit technischen Details im Zusammenhang mit der Zertifizierung der betroffenen Pelzwaren und im Dezember 1996 den Entwurf einer Kommissionsverordnung einer Liste der Ursprungsländer, die die Voraussetzungen nach Artikel 3 Abs. 1 der Tellereisenverordnung (Positiv-Liste) erfüllen, vorgelegt. Die letztgenannte Verordnung sowie der

Abschluß des Rahmenübereinkommens werden derzeit in den Gremien der Gemeinschaft diskutiert.

In Deutschland ist nach dem Bundesjagdgesetz die Anwendung von Fanggeräten, die nicht sofort töten oder unversehrt fangen, verboten.

2.9 Damwild in nutztierartiger Haltung

Zum Umfang der Damwildhaltung liegen zwar keine Statistiken vor, schätzungsweise werden aber in etwa 4 300 Gehegen ca. 88 000 Damhirsche nutztierartig gehalten, wobei etwa 75 % dieser Damtiere in benachteiligten Gebieten zu finden sind.

Damtiere sind nicht domestiziert, es handelt sich um gefangen gehaltene Wildtiere zur Fleischerzeugung. Diese Tiere werden nicht zu den landwirtschaftlichen Nutztieren gerechnet, deshalb spricht man von nutztierartiger Haltung.

Auch für das Halten von Damwild gelten die Grundsätze des § 2 des Tierschutzgesetzes. Die Einrichtung, Erweiterung und der Betrieb von Gehegen zur Haltung von Damwild unterliegen neben baurechtlichen Bestimmungen dem Erlaubnisvorbehalt nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes. Die zuständige Behörde prüft vor Erteilung dieser Erlaubnis auch, ob die Voraussetzungen für eine tierschutzgerechte Haltung, Pflege und Unterbringung gegeben sind.

Der zuständigen Behörde dient bei der Beurteilung von Damwildhaltungen als Entscheidungshilfe das im Auftrag des BML erstellte Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Damwild in Gehegen zum Zwecke der Fleischproduktion einschließlich der Gewinnung von Nebenprodukten vom 2. November 1979.

Die Gutachten enthalten Tierschutzmindestanforderungen an

- die Gehegegröße (Mindestgröße 1 Hektar),
- die Mindestfläche für ein erwachsenes Tier (1 000 m²),
- die Gehegeausstattung (zum Beispiel Sicht- und Witterungsschutz, Schlupfe, Flucht- und Ausweichmöglichkeiten) und
- die Sozialstruktur im Gehege (zum Beispiel Mindestzahl 5 erwachsene Tiere je Gehege).

Zur ordnungsgemäßen Betreuung gehört die tägliche Kontrolle des Geheges. Auch die nutztierartige Damwildhaltung unterliegt der Aufsicht durch die zuständige Behörde nach § 16 des Tierschutzgesetzes.

Bei der nutztierartigen Haltung von männlichen Damhirschen ist vielfach für das Geweih eine generelle Ausnahme vom Amputationsverbot gefordert worden, um die Verletzungsgefahr für Mensch oder Tier zu verringern. Eine Geweihamputation ist jedoch nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 des Tierschutzgesetzes nur im begründeten Einzelfall nach tierärztlicher Indikation zulässig, nicht aber zur Anpassung an bestimmte Haltungssysteme. Bei Damhirschen führt diese Amputation zur Einschränkung wesentlicher Funktionskreise des Verhaltens und als Folge davon zu Verhaltensstörungen und anderen Erkrankungen.

Damwild kann auch dann nutztierartig gehalten werden, wenn den Damhirschen das Geweih belassen wird. Dies setzt allerdings voraus, daß die Gehege entsprechend gestaltet werden. Verursachen geweihtragende Damhirsche Schäden, so weist dies in der Regel auf Mängel im Haltungssystem hin.

2.10 Versuchstiere

Das Europäische Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere enthält in Artikel 5 allgemeine Anforderungen an die Haltung der Versuchstiere, die hinsichtlich einiger Tierarten in Form von Leitlinien des Anhangs A konkretisiert werden. Diese Leitlinien sind zwar nicht rechtsverbindlich, sollten jedoch sowohl von den Tierhaltern als auch von den Behörden bei der Beurteilung von Versuchstierhaltungen herangezogen werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen 1988 gezeichnet und mit dem Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere vom 11. Dezember 1990 (BGBl. II 1990 S. 1486) ratifiziert; darüber hinaus ist das Übereinkommen von Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Türkei, dem Vereinigten Königreich, Zypern und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gezeichnet worden. Vertragsparteien des am 1. Januar 1991 völkerrechtlich in Kraft getretenen Übereinkommens sind: Belgien, Deutschland, Finnland, Griechenland, Norwegen, Schweden, die Schweiz, Spanien und Zypern.

Mit der Richtlinie 86/609/EWG des Rates vom 24. November 1986 zur Annäherung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. EG Nr. L 358 S. 1) sind die allgemeinen Bestimmungen über die Haltung von Versuchstieren aus dem Europäischen Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere in EG-Recht übernommen worden (Artikel 5 der Richtlinie). Gleichzeitig wurde der Anhang A des Übereinkommens als Anhang II der Richtlinie übernommen; auch als Anhang der EG-Richtlinie sind diese Bestimmungen aber nicht verbindlich (Anhang II, Nr. 6 des Vorworts, Satz 5).

Für die Haltung von Versuchstieren gelten ebenfalls die Bestimmungen des § 2 des Tierschutzgesetzes. Wer Wirbeltiere zu Versuchszwecken züchtet oder hält, bedarf nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 des Tierschutzgesetzes der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Darüber hinaus dürfen Tierversuche nur dann genehmigt werden, wenn sichergestellt ist, daß eine den Anforderungen des § 2 des Tierschutzgesetzes entsprechende Unterbringung und Pflege einschließlich der Betreuung der Tiere sichergestellt ist (§ 8 Abs. 3 Nr. 4 des Tierschutzgesetzes). Außerdem unterliegen Versuchstierhaltungen nach § 16 Abs. 1 Nr. 4 des

Tierschutzgesetzes der Überwachung durch die zuständige Behörde.

Der am 16. Oktober 1996 vom Bundeskabinett verabschiedete Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes sieht vor, daß künftig alle für wissenschaftliche Zwecke gehaltenen Wirbeltiere den gleichen Schutzvorschriften unterstellt werden.

Bei der Überwachung von Versuchstierhaltungen dienen den Behörden als Entscheidungshilfe

- die bereits erwähnten Leitlinien für die Unterbringung und Pflege von Tieren des Anhangs A zum Europäischen Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere,
- das Gutachten über tierschutzgerechte Haltung von Versuchstieren vom 13. Oktober 1977 und
- die Veröffentlichung der Gesellschaft für Versuchstierkunde (GV-SOLAS) „Planung und Struktur von Versuchstierbereichen tierexperimentell tätiger Institutionen“.

BML hat im Mai 1993 in Zusammenarbeit mit dem Bundesgesundheitsamt und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission einen internationalen Workshop über Versuchstierhaltung ausgerichtet. Ziel der Veranstaltung, an der etwa 30 Fachleute auf dem Gebiet der Versuchstierhaltung teilnahmen, war eine im Hinblick auf Tierschutzaspekte kritische Durchsicht der Empfehlungen des Europarates und der EU zur Haltung bestimmter Versuchstierarten. Bei der Erstellung des Abschlußberichtes wurden zudem die Beiträge weiterer Experten berücksichtigt. Einige der konkreten Änderungsvorschläge für eine verbesserte tierschutzgerechte Haltung bestimmter Tierarten, zum Beispiel der Primaten, erwiesen sich als konsensfähig, wohingegen Verbesserungen in der Haltung anderer wichtiger Versuchstierspezies, wie etwa der Nagerarten, ohne vorhergehende Forschungsvorhaben insbesondere zu ethologischen Aspekten kaum durchsetzbar sind (siehe Abschlußbericht „The Accommodation of Laboratory Animals in Accordance with Animal Welfare Requirements“, der beim BML, Referat 321, zu beziehen ist).

Auf Ebene des Europarates und der Europäischen Union sind die Beratungen über die aus diesem Workshop zu ziehenden Konsequenzen noch nicht abgeschlossen.

Anläßlich der Zweiten Multilateralen Konsultation zum Versuchstierübereinkommen (1993) einigten sich die Delegationen auf folgende Stellungnahme zu Anhang A:

- Die Leitlinien für die Unterbringung und Pflege von Versuchstieren haben sich als nützlich herausgestellt und finden weite Anwendung.
- Jedoch ist sich die Multilaterale Konsultation bewußt, daß die Erarbeitung der Empfehlungen nun zehn Jahre zurückliegt und in diesem Zeitraum die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Versuchstierhaltung zugenommen haben.

- Sofern sich künftig die Notwendigkeit für eine Änderung der Haltungsempfehlungen ergeben sollte, müssen aus praktischen und prinzipiellen Gründen großzügige Übergangsfristen für die Einführung neuer Haltungssysteme eingeräumt werden. Noch während der Dauer dieser Übergangsfristen sollten jedoch zumindest die Größe und Zahl der Tiere pro Haltungseinheit soweit wie möglich den künftigen Bestimmungen angepaßt werden.
- Bis zur Erarbeitung und Verabschiedung konsensfähiger Änderungen des Anhangs A sollte prioritär das Ziel verfolgt werden, den Standard in der Versuchstierhaltung den Mindestanforderungen der Empfehlungen anzupassen und darüber hinaus Bemühungen zur Anreicherung der Haltungsbedingungen (environmental enrichment) zu unterstützen.

Im Rahmen der Dritten Multilateralen Konsultation (voraussichtlich im Frühjahr 1997) soll eine Stellungnahme zu den Ergebnissen des Berliner Workshops erarbeitet werden.

2.11 Fische

Weltweit nimmt die Haltung von Nutzfischen unter kontrollierten Bedingungen zu Mastzwecken zu. In Deutschland werden verschiedene Süßwasserfische in konventionellen Erdteichen oder in Behältnissen gezüchtet und für den menschlichen Verzehr aufgezogen. Dabei wird bei der intensiven Fischzucht teilweise mit hohen Besatzdichten gearbeitet, die verschiedentlich als tierschutzwidrig kritisiert werden.

Die in § 2 Tierschutzgesetz geforderte artgemäße Haltung von Tieren ist für Fische schwer zu definieren; das gilt insbesondere für den Raumbedarf. Bei vielen Fischarten (zum Beispiel Aal, Forelle, Seesunze, Wels) führt eine zu geringe Besatzdichte zu Aggressionen, Bißverletzungen und Streß. Einige Fischarten nutzen nur einen kleinen Teil des angebotenen Raumes, ziehen sich zu größeren Aggregationen zusammen und benutzen einander als „Substrat“, um sich darin zu verkriechen (zum Beispiel Aal, Seesunze).

Die tierschutzgerechte Haltung von Fischen setzt ein umfangreiches, artspezifisches Fachwissen voraus.

Der auf Grund des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen eingesetzte Ständige Ausschuß beim Europarat hat bereits 1992 mit fachlichen Vorbereitungen für den Entwurf einer Empfehlung für das Halten von Nutzfischen begonnen.

2.12 Heimtiere

In Anlehnung an Artikel 1 Abs. 1 des Europäischen Übereinkommens vom 13. November 1987 zum Schutz von Heimtieren werden Tiere, die der Mensch insbesondere in seinem Haushalt und als Gefährten hält oder die für diesen Zweck bestimmt sind, als Heimtiere bezeichnet. Schätzungsweise werden derzeit in Deutschland mehr als 90 Millionen Heimtiere gehalten, insbesondere Zierfische, Vögel, Katzen,

Hunde und Kleinnager. Die Zahl der in Deutschland gehaltenen Hunde beläuft sich schätzungsweise auf etwa 4,8 Millionen, die der Katzen auf etwa 5,5 Millionen.

Das Europäische Übereinkommen enthält Grundsätze und Detailbestimmungen über die Haltung, die Zucht, den Handel und die tierschutzgerechte Tötung von Heimtieren, außerdem Tierschutzbestimmungen über die Verwendung von Heimtieren zu Schaustellungen und Wettkämpfen sowie über die Behandlung streunender Tiere.

Durch das Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. November 1987 zum Schutz von Heimtieren vom 1. Februar 1991 (BGBl. 1991 II S. 402) wurde es in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt.

Weitere Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind Belgien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz und Zypern. Italien und die Niederlande haben es unterzeichnet.

Das Übereinkommen trägt zur weiteren Harmonisierung des unterschiedlichen Tierschutzrechts in den Mitgliedstaaten des Europarates bei. Die materiellen Anforderungen der vorliegenden völkerrechtlichen Vereinbarung sind bereits weitgehend Bestandteil der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland. Abweichungen ergeben sich lediglich in zwei Punkten:

- nach dem Übereinkommen dürfen Heimtiere an Personen unter 16 Jahren ohne die ausdrückliche Erlaubnis des Erziehungsberechtigten nicht verkauft werden, wohingegen nach dem Tierschutzgesetz kaltblütige Wirbeltiere bereits an 14 Jahre alte Kinder abgegeben werden dürfen;
- das Übereinkommen verbietet grundsätzlich das Kupieren der Rute bei Hunden, während das Tierschutzgesetz diesen Eingriff bei unter acht Tage alten Welpen erlaubt.

Im Hinblick auf diese abweichenden Regelungen ist bei der Ratifizierung von der Möglichkeit entsprechender Vorbehalte Gebrauch gemacht worden. Im Regierungsentwurf zur Novellierung des Tierschutzgesetzes ist vorgesehen, das Tierschutzgesetz den Bestimmungen des Europäischen Heimtierübereinkommens anzupassen.

Im März 1995 fand eine erste Multilaterale Konsultation der Vertragsparteien des Übereinkommens statt. Sie diente einer Überprüfung der bisherigen Anwendung des Übereinkommens. Schwerpunktthemen der Konsultation waren die Qualzuchtproblematik bei Hunden und Katzen sowie die Vermeidung des Schwanz- und Ohrenkupierens bei Hunden. Bei beiden Themen sollte vor allem auch eine Diskussion mit den Zuchtverbänden über Zuchtstandards initiiert werden, die tierschutzrelevante Anforderungen festschreiben. Weitere Themenbereiche der Konsultation waren die zunehmende Heimtierhaltung exotischer Tiere sowie die Kontrolle streunender Hunde und Katzen.

Auch für die Haltung, Pflege und Unterbringung von Heimtieren gelten die grundsätzlichen Bestimmungen des § 2 des Tierschutzgesetzes.

Diese Anforderungen wurden bisher für eine Heimtierart konkretisiert; zum Schutz von Haushunden, die im Freien gehalten werden, wurde die Verordnung über das Halten von Hunden im Freien vom 6. Juni 1974 (BGBl. I S. 1265) erlassen. Darin werden Regelungen für die Anbindehaltung, Zwingerhaltung, Haltung in Freianlagen, Schuppen, Scheunen oder ähnlichen Einrichtungen getroffen.

Folgende Bestimmungen dieser Verordnung sind von besonderer Bedeutung:

Hunden, die im Freien gehalten werden, muß ein Schutzraum sowie ein Liegeplatz zur Verfügung stehen. Bei Anbindehaltung muß die Anbindung an einer mindestens 6 m langen Laufvorrichtung angebracht werden und so bemessen sein, daß ein zusätzlicher beidseitiger Bewegungsspielraum von mindestens 2,5 m vorhanden ist.

Einem mittelgroßen Hund muß bei Zwingerhaltung eine Mindestfläche von 6 m² zur Verfügung stehen; für jeden weiteren in demselben Zwinger gehaltenen Hund erhöht sich die vorgeschriebene Mindestfläche um 3 m². Weitere Bestimmungen regeln Überwachung, Füttern und Tränken sowie den Auslauf; danach müssen zum Beispiel Hunde, die angebunden gehalten werden, täglich mindestens 60 Minuten freien Auslauf bekommen. Darüber hinaus enthält die Verordnung Regelungen zum Schutz tragender und säugender Hündinnen sowie kranker Hunde.

Verstöße gegen die Bestimmungen der Hundehaltungsverordnung werden insbesondere bei der Anbindehaltung festgestellt. Häufig unterrichten Tierschutzvereine die zuständigen Behörden über tierschutzwidrige Hundehaltungen. In den meisten Fällen können die Verstöße ohne Probleme beseitigt werden. Andererseits finden die Bestimmungen der Hundehaltungsverordnung zur Anbindehaltung nicht immer die notwendige Akzeptanz. Die Einsicht, daß bei Verstößen eine tierschutzwidrige Handlung begangen wird, ist oft nur schwierig zu vermitteln.

Insbesondere die Länder sowie die Tierschutzorganisationen sind der Auffassung, daß eine Überarbeitung der Hundehaltungsverordnung dringend erforderlich ist. Ein entsprechender Entwurf, zu dem Sachverständige, Verbände und Organisationen gehört wurden, befindet sich in Arbeit.

Vor allem folgende Aspekte sind in die weiteren Überlegungen einzubeziehen:

- die Erweiterung des Anwendungsbereiches der Verordnung, auch für in Wohnungen gehaltene Hunde;
- die Frage, ob eine ständige Zwingerhaltung oder Anbindehaltung weiterhin – gegebenenfalls unter weitgehenden Auslaufregelungen – vertretbar ist;
- Größe des Zwingers und Normen bei der Auslaufhaltung;
- Gruppenhaltung von Hunden.

Das vollständige oder teilweise Amputieren von Körperteilen oder Organen ist nach § 6 des Tierschutzgesetzes grundsätzlich verboten; unter dieses Verbot fällt ausdrücklich auch das Kupieren der Ohren bei Hunden. Dieser Eingriff wurde zwar in der Regel unter Betäubung durchgeführt, die Nachbehandlung ist aber für die Tiere mit erheblichen Schmerzen verbunden. Da das Kupieren der Ohren zudem nur überkommenen Exterieurvorstellungen diene, ist es heute verboten.

Die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes können den immer wieder zu beobachtenden „Kupiertourismus“ nicht immer unterbinden. Die Bundesregierung erwartet jedoch, daß das Europäische Übereinkommen zum Schutz von Heimtieren in den nächsten Jahren von allen Mitgliedstaaten des Europarats ratifiziert und somit das Kupieren der Hundeohren zumindest in allen mittel- und westeuropäischen Ländern verboten wird. Sie appelliert an alle Hundezüchter und Verbandsvertreter sowie an die nach Landesrecht zuständigen Behörden, dafür Sorge zu tragen, daß die gesetzlichen Bestimmungen in vollem Umfang eingehalten werden. Sie hält es für unverantwortlich, daß immer noch Hunde prämiert werden, denen unter Mißachtung oder Umgehung der am 1. Januar 1987 in Kraft getretenen gesetzlichen Bestimmungen die Ohren kupiert wurden.

Als besonderes Problem der Heimtierhaltung werden in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit verstärkt die Haltung „gefährlicher Hunde“ sowie die hiervon ausgehenden Gefahren für Mensch und Tier diskutiert.

Die Probleme der von „gefährlichen Hunden“ ausgehenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung können nicht in den Regelungsbereich des Tierschutzgesetzes eingeordnet und müssen daher auf anderem Wege gelöst werden (siehe Tierschutzbericht 1991, Bundestagsdrucksache 12/224, S. 25). Hierzu sind insbesondere Regelungen im Bereich des Polizei- und Ordnungsrechts geeignet, für die die Länder zuständig sind.

Vom Deutschen Bundestag wurde daher der Entwurf des Gesetzes zum Schutz von Tieren vor Mißbrauch durch Aggressionszüchtung und Aggressionsdressur 1992 abgelehnt. Er hat dabei entsprechend der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundestagsdrucksache 12/1904 S. 3) die Bundesregierung aufgefordert, auf die Bundesländer dahingehend einzuwirken, die Lösung des Problems durch eine Regelung auf der Ebene des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrechts zu ermöglichen. In einigen Ländern wurden dazu inzwischen Regelungen getroffen.

In Anbetracht der Tatsache, daß die soziale Unverträglichkeit eines Hundes überwiegend auf Fehlern beruht, die während der ersten Lebensmonate begangen wurden, muß vor allem der Jugendentwicklung der Hunde größere Beachtung geschenkt werden.

Die Haltung von Heimtieren in Mietwohnungen führt gelegentlich zu Problemen unter den Beteiligten. Diese können beispielsweise durch klare Regelungen

gen im Mietvertrag verhindert werden. Soweit die Tierhaltung in Formularmietverträgen geregelt ist, hat der Bundesgerichtshof mit Entscheidung vom 20. Januar 1993 eine Klausel für unwirksam erklärt, die das Halten von Haustieren uneingeschränkt verbietet (Rechtsentscheidungsammlung, RES TX Anhang II Nr. 8).

Aufgrund der besonderen Situation in Großstädten ist zunehmend das Bedürfnis vieler Menschen zu beobachten, als Gefährten ein Heimtier anzuschaffen. Leider sind sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht der besonderen Verantwortung bewußt, die die Haltung eines Tieres mit sich bringt. So stellen die Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter der Großstädte sowie die dort tätigen Tierschutzorganisationen in letzter Zeit fest, daß vermehrt Tiere ausgesetzt werden. So lassen zum Beispiel die für Berlin vorliegenden Zahlen der dem Tierheim zugeführten Fundtiere unter Berücksichtigung der nicht wieder abgeholten Tiere den Schluß zu, daß 1995 allein in dieser Stadt täglich etwa drei Hunde und zwei Katzen ausgesetzt wurden. Als Folge dieser Entwicklung mußte das Berliner Tierheim in den ersten fünf Monaten des Jahres 1996 bereits 1 000 Hunde, die aus Kapazitätsgründen nicht mehr untergebracht werden konnten, in Tierheimen außerhalb Berlins unterbringen.

Dieser folgenschweren Entwicklung sollte vorrangig durch verstärkte Aufklärung der Bevölkerung entgegengewirkt werden. Jeder, der sich ein Heimtier anschafft, muß zuvor verantwortungsbewußt prüfen, inwiefern er eine artgemäße und verhaltensgerechte Haltung des Tieres sicherstellen kann.

Bund, Länder und Tierschutzverbände versuchen, durch entsprechende Veröffentlichungen und Appelle das Problembewußtsein der Bevölkerung zu schärfen.

Nach den Beobachtungen der Kommunalbehörden ist ein steigender Trend zur Haltung von Fischen in Aquarien, Gartenteichen und ähnlichen Einrichtungen zu beobachten. Gerade Zierfische werden immer wieder ohne Grundkenntnisse über die Bedürfnisse der Tiere gekauft, wahllos miteinander vergesellschaftet und in jedes beliebige Wasser, sowohl in Aquarien als auch in Gartenteiche eingesetzt. Entsprechend kommt es zu hohen Verlusten, die durch Aufklärung – auch im Zoofachhandel – reduziert werden sollten. Der Tierschutzbeirat des Landes Niedersachsen hat hierzu eine Presseinformation herausgegeben, die ein erster Einstieg in die weiter zu diskutierende Problematik sein könnte.

BML beabsichtigt, 1997 auch für den Bereich der Zierfischhaltung ein Sachverständigengutachten in Auftrag zu geben.

In den neuen Bundesländern waren Behörden und Tierschutzvereine mit dem Abzug der Westgruppe der Truppen der Russischen Föderation (WGT) vor erhebliche Probleme gestellt. Aufgrund ungeklärter Zukunftsperspektiven der Armeeangehörigen haben viele ihre Haustiere, insbesondere Hunde und Katzen, den deutschen Behörden oder Tierschutzvereinen übergeben oder zurückgelassen. Besondere Probleme bereiteten darüber hinaus verwilderte Katzen

und Hunde, die zum Teil in größerer Zahl an den übergebenen Standorten vorgefunden wurden.

2.13 Wildtiere

Grundsätzliches

Die Meinungen über die Zulässigkeit der Wildtierhaltung gehen weit auseinander. Viele Menschen lehnen die Haltung von Tieren wildlebender Arten grundsätzlich ab. Vielfach wird dies mit dem artgemäßen Bewegungsbedürfnis der Wildtiere begründet, dabei jedoch dieses Bewegungsbedürfnis häufig überschätzt.

Auch wird häufig bezweifelt, daß die Halter von Wildtieren das erforderliche Wissen über die Bedürfnisse der Tiere besitzen. Verwiesen wird dabei auf Tiere, die in einem schlechten Zustand dem Tierarzt vorgestellt oder in Tierheime abgegeben wurden. Meist handelt es sich hierbei um Tiere von Arten, die sehr spezielle Haltungsansprüche haben und daher vom Halter umfassende Kenntnisse über die Bedürfnisse der Tiere verlangen. Häufig sind diese Halter auch keinem Fachverband angeschlossen, so daß fachlich versierte Ansprechpartner und der für eine ausreichende Sachkunde notwendige Erfahrungsaustausch fehlen.

Andererseits verfügen aber zahlreiche Tierhalter durchaus über umfassendes Wissen und profunde Kenntnisse und haben langjährige Erfahrung in der Haltung wildlebender Arten. Nicht selten sind durch diese Tierhalter wissenschaftliche Erkenntnisse erlangt, bestätigt, vertieft und umfassende Kenntnisse über die Biologie wildlebender Arten bei deren Haltung gewonnen worden. Eine undifferenzierte Betrachtungsweise und Beurteilung der Wildtierhaltung mit dem Ruf nach einem generellen Verbot ist deshalb nicht gerechtfertigt und wäre unverhältnismäßig.

Als Schlußfolgerung bietet sich vielmehr an, das Halten von Tierarten, bei denen die Erfüllung der Haltungsanforderungen umfassendes Wissen voraussetzt, von einem Sachkundenachweis und einer behördlichen Genehmigung abhängig zu machen.

Bei der Haltung von Wildtieren sind tierschutz-, artenschutz- und jagdrechtliche Bestimmungen zu beachten. Die Tierschutzanforderungen sind in § 2 des Tierschutzgesetzes festgelegt. Die Anforderungen, die an eine tierschutzgerechte Haltung gestellt werden müssen, wurden in den im Auftrag des BML erstellten Gutachten

- über tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren vom 8. Juni 1977 und
- über tierschutzgerechte Haltung sonst freilebender Tiere – Wild – in Gehegen oder ähnlichen Einrichtungen in der geänderten Fassung vom 20. Juni 1978, die inzwischen durch
- das Gutachten „Mindestanforderungen an die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren“ vom 10. Juni 1996 sowie „die Leitlinien für eine tierschutzgerechte Haltung von Wild in Gehegen“ vom 27. Mai 1995 ersetzt sind,

weiter ausgeführt.

In diesen Gutachten werden Haltungsanforderungen für eine Vielzahl von Wildtieren mit Ausnahme von Vögeln, Reptilien, Amphibien und Fischen aufgeführt.

Auf die tierschutzrechtlichen Erfordernisse wird auch im Bundesnaturschutzgesetz vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), in der Bundesartenschutzverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. September 1989 (BGBl. I S. 1677, 2011), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. Juli 1994 (BGBl. I S. 1523), und der Bundeswildschutzverordnung vom 25. Oktober 1985 (BGBl. I S. 2040) hingewiesen. Nach der Bundesartenschutzverordnung dürfen Tiere der zahlreichen besonders geschützten Arten nur dann gehalten werden, wenn sie keinem Besitzverbot unterliegen und der Halter nach § 10 der Bundesartenschutzverordnung über

- die erforderliche Zuverlässigkeit,
- ausreichende Sachkunde und
- die erforderlichen Einrichtungen für eine tierschutzgerechte Haltung

verfügt.

Auf Grund jagdrechtlicher Bestimmungen ist das Halten heimischer Greifvögel der in Anlage 4 der Bundeswildschutzverordnung aufgeführten Arten nur unter den Voraussetzungen des § 3 der Bundeswildschutzverordnung zulässig.

Das Halten gefährlicher wilder Tiere durch Privatpersonen wird in einigen Ländern durch sicherheits- und ordnungsrechtliche Vorschriften geregelt; sie dienen dem Schutz der Allgemeinheit vor möglichen Schäden durch solche Tiere. Nach § 121 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 8 Abs. 15 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325), kann mit einer Geldbuße belegt werden, wer ein gefährliches Tier einer wildlebenden Art sich frei umherbewegen läßt oder es als Verantwortlicher für die Beaufsichtigung eines solchen Tieres unterläßt, die nötigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um Schäden durch das Tier zu verhüten.

Dem Tierschutz für herrenlose wildlebende Tiere, die in einer zunehmend technisierten Umwelt (Verkehr, moderne Land- und Forstwirtschaft) Gefahren ausgesetzt sind, sollte vermehrt Beachtung geschenkt werden. Hierbei ist beispielhaft zu denken an

- Verletzungen und Todesfälle im Straßenverkehr (siehe auch Kapitel),
- Verletzungen und Todesfälle durch landwirtschaftliche Maschinen,
- Verfangen und langsames Verenden in schadhafte oder umgefallenen Forstgattern.

Statuskolloquium zum Problem der Wildtierhaltung

Im Zusammenhang mit der Erörterung eines Vorschlages der Europäischen Kommission für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen zur Hal-

tung von Tieren in Zoos war vom Umweltausschuß des Deutschen Bundestages angeregt worden, ein Statuskolloquium durchzuführen, an dem Vertreter einschlägiger Verbände, aber auch unabhängige Einzelpersonen teilnehmen sollten, um tierschutzrechtliche Schlußfolgerungen für die Wildtierhaltung zu ziehen.

Insbesondere sollte die Frage geklärt werden, ob eine nationale Regelung einer Gemeinschaftsregelung vorzuziehen ist und welche Voraussetzungen dafür zu schaffen sind.

In dem Statuskolloquium, das bereits 1993 stattfand, verständigten sich die Teilnehmer auf folgende Ergebnisse:

- Übereinstimmend wird festgestellt, daß es dringend erforderlich ist, Anforderungen für die Haltung von Wildtieren zu erarbeiten. Diese Anforderungen sollen Grundlage für die einheitliche Beurteilung der Haltungsbedingungen von Wildtieren sein, unabhängig davon, wo sie gehalten werden und ob die für den Tierschutz oder die für den Artenschutz zuständige Behörde die Tierhaltung beurteilt.
- Es wird auf die besonderen Probleme der Wildtierhaltung in Privathand, bezogen auf Tierarten mit besonders hohen Anforderungen an die Haltung, hingewiesen. Ein generelles Verbot der Haltung solcher Tierarten wird aber als *nicht* gerechtfertigt und hinderlich für den wissenschaftlichen Fortschritt angesehen, wenn die Anforderungen eingehalten und der Tierhalter über entsprechendes Wissen verfügt.
- Es sollen Gutachten mit Mindestanforderungen erstellt werden, die den Tieren entsprechend den Bestimmungen des § 2 des Tierschutzgesetzes eine artgemäße Haltung sichern und die nicht unterschritten werden dürfen. Sie sollen aber keine „Zollstockanforderungen“ sein. Deshalb sind in den Mindestanforderungen auch die Gehegeausstattung und bei vielen Arten ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für die Tiere zu berücksichtigen.

Auf der Grundlage dieser Gutachten soll eine Verordnung nach § 13 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes erlassen werden.

- Das Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren vom 8. Juni 1977 wird insgesamt als dringend überarbeitungsbedürftig beurteilt.

Gleichzeitig soll das Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung sonst freilebender Tiere – Wild – in Gehegen oder ähnlichen Einrichtungen in der geänderten Fassung vom 20. Juni 1978 überarbeitet werden. Dabei ist zu beachten, daß keine Widersprüche zu dem Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren entstehen.

- Übereinstimmend wird die Erarbeitung eines Gutachtens für die tierschutzgerechte Haltung von Vögeln als dringend notwendig erachtet, da wesentlich mehr Vögel als Säugetiere privat gehalten werden.

Aufgrund der Vielzahl von Arten wird vorgeschlagen, zunächst mit Teilgutachten zu beginnen und Mindestanforderungen an die Haltung von Papageien, Greifvögeln und Eulen sowie Straußenvögeln (auch im Hinblick auf deren nutztierartige Haltung) zu erarbeiten.

Über den Fortgang des Gutachtens entscheiden die Sachverständigen zu gegebener Zeit.

- Die Erarbeitung eines Gutachtens zur tierschutzgerechten Haltung von Reptilien und Amphibien wird als ebenso dringlich erachtet. Auch hier ist die private Haltung wesentlich häufiger anzutreffen als bei Säugetieren. Hierbei sollen ebenfalls Teilgutachten zu einem Gesamtgutachten führen.
- Über das Erfordernis, Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung von Fischen zu erarbeiten, soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.
- Die Anwesenden sichern ihre Mitwirkung bei der Erarbeitung von Gutachten über die Anforderungen an eine artgemäße und verhaltensgerechte Haltung zu.
- Für die Erarbeitung der Gutachten werden Arbeitsgruppen von je sechs Sachverständigen gebildet, die weitere Sachverständige hinzuziehen oder um eine schriftliche Beurteilung des Gutachtens bitten können.
- Die erarbeiteten Entwürfe sollen zu einer Anhörung vorgelegt werden.
- Die Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung von Säugetieren und über die tierschutzgerechte Haltung von sonst freilebenden Tieren – Wild – in Gehegen oder ähnlichen Einrichtungen sowie bestimmte Teilgutachten für Vögel sowie Reptilien und Amphibien sollten möglichst innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen werden.
- Die Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Vögeln sowie Reptilien und Amphibien sollen anschließend weitergeführt werden. Über die Reihenfolge der Teilgutachten entscheidet die jeweilige Sachverständigengruppe.
- Den Gutachten über Haltungsanforderungen sollte soweit als möglich eine gleiche Systematik zugrunde gelegt werden. Deshalb ist die Koordinierung in einer Hand unerlässlich.

BML übernimmt die Koordinierung der Erarbeitung für alle Gutachten, die Schreibarbeiten und den Versand, lädt zu den Sitzungen ein und nimmt an den Sitzungen teil. Die Reisekosten sollen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und unter Beachtung der reisekostenrechtlichen Bestimmungen vom Bund übernommen werden.

- Der Wildgehegeverband überarbeitet das Gutachten unter seiner Regie, beruft die Sachverständigengruppe und lädt ein. Die Anwesenden schlagen vor, daß der Wildgehegeverband auch Sachverständige, die nicht dem Verband angehören, in die Arbeitsgruppe aufnimmt. BML wird über die Sitzungen informiert, kann an den Sitzungen teilnehmen und übernimmt auch hier die Koordinierung mit den anderen Gutachten.

Die Zusammensetzung der Sachverständigengruppen wurde einvernehmlich beschlossen, und Sachverständige folgender Verbände wurden benannt:

Verband Deutscher Zoodirektoren e. V.,
Deutsche Ethologische Gesellschaft e. V.,
Deutsche Gesellschaft für Säugetierkunde e. V.,
Deutscher Tierschutzbund e. V.,
Bundesverband für fachgerechten Natur- und Artenschutz e. V.,
Deutsche Ornithologen Gesellschaft e. V.,
Gesellschaft für Tropenornithologie e. V. und
Deutscher Naturschutzring e. V.

Alle Sachverständigen haben 1993 ihre Arbeit aufgenommen.

Bearbeitungsstand der Gutachten über tierschutzgerechte Haltung von Wildtieren

Das 1977 verabschiedete Säugetiergutachten und das 1978 verabschiedete Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung sonst freilebender Tiere – Wild – in Gehegen oder ähnlichen Einrichtungen wurden überarbeitet und liegen nunmehr in aktualisierter, neuer Fassung als BML-Broschüre vor (Mindestanforderungen an die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren vom 10. Juni 1996 sowie Leitlinien für eine tierschutzgerechte Haltung von Wild in Gehegen vom 27. Mai 1995).

Die Sachverständigengruppe „Tierschutzgerechte Haltung von Vögeln“ hat sich zuerst mit der Haltung von Straußen befaßt. Am 10. Juni 1994 wurden die Mindestanforderungen an die Haltung von Straußenvögeln, außer Kiwis, verabschiedet. Das Gutachten liegt nunmehr in der ergänzten Fassung vom 10. September 1996 vor.

Die Gutachter gingen davon aus, daß, unabhängig davon, wo die Straußenvögel gehalten werden, die Anforderungen des Gutachtens zu erfüllen sind. Besondere Anforderungen, die einer nutztierartigen Haltung entgegenkommen, wurden abgelehnt. Die Gutachter sind der Auffassung, daß nicht der Zweck der Haltung, sondern die Bedürfnisse des Tieres für die Festlegung der Mindestanforderungen Vorrang haben.

Eine ständige oder überwiegende Stallhaltung oder Einzelhaltung wird als tierschutzwidrig beurteilt.

Darauf aufbauend wird im Gutachten insbesondere zu folgenden Sachverhalten Stellung genommen:

- Flächenbedarf, Gruppengröße, Gruppenzusammensetzung,
- Anforderungen an die Einfriedung,
- Gehegeeinrichtung, Bodenbeschaffenheit,
- Anforderungen an den Stall, Flächenbedarf, Temperatur, Trocknungseinrichtung,
- Maßnahmen bei Kälte und Nässe, Einschränkung des Stallaufenthaltes, Trockengehege für die Sicherung des Auslaufes,
- Anforderungen an die Fütterung, Gesundheitsvorsorge, Aufzucht,

- Umgang mit Straußen, Transport von Straußen,
- Eingriffe einschließlich Federgewinnung, Tötung von Straußen, ausgenommen Schlachten.

In den Schlußbemerkungen wird dargelegt, daß viele Fragen des Haltens von Straußenvögeln in Mitteleuropa noch ungeklärt sind und die Mindestanforderungen bei Vorliegen neuer Erkenntnisse fortgeschrieben werden sollen.

Für die Straußenhaltung außerhalb von Zoos wird empfohlen, sie von einem Sachkundenachweis abhängig zu machen.

Als Mitunterzeichner haben die Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e. V. eine Erklärung zur nutztierartigen Haltung und der Deutsche Tierschutzbund e. V. bestimmte Differenzen zu Protokoll gegeben. Insbesondere wird die nutztierartige Haltung abgelehnt.

Das Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Papageien wurde am 10. Januar 1995 verabschiedet. Es wurde als BML-Broschüre veröffentlicht.

Papageien sind als Heimtiere sehr beliebt und sowohl bei versierten Züchtern als auch in Haushalten zu finden. Viele dieser Tiere sind menschengeprägt und werden einzeln gehalten, obwohl das ihrem natürlichen Verhalten widerspricht. Aufgrund hoher Lebenserwartung der Papageien und häufiger Probleme, einzeln gehaltene Tiere zu vergesellschaften, sind diese Haltungen in absehbarer Zeit nicht vollständig abzuschaffen. Künftig sind Papageien artgeprägt und an den Menschen gewöhnt aufzuziehen und in der Regel mindestens zu zweit zu halten.

Als tierschutzwidrig wird die Anbindehaltung beurteilt.

Im Gutachten werden die Papageien in vier Gruppen – Sittiche, kurzschwänzige Papageien, Aras sowie Loris und andere nektartrinkende Arten – eingeteilt. Die den Gruppen zugehörenden Gattungen sind jeweils genannt.

Die Gutachter haben sich weiterhin zu folgenden Sachverhalten geäußert:

- Natürlicher Lebensraum, soziale Bindung,
- Raumbedarf, Schutzraum, Temperaturansprüche,
- Anforderungen an das Material für Käfige oder Volieren,
- Ansprüche an das Futter und die Fütterung,
- Haltung im Zoofachhandel,
- Transport im Inland,
- Haltung im Rahmen von Ausstellungen, Bewertungsschauen sowie Vogelmärkten und Vogelbörsen.

Der Deutsche Tierschutzbund e. V., der unter anderem größere Käfige fordert und die Papageienhaltung auf wissenschaftlich geleitete Einrichtungen beschränkt wissen will, hat als Mitunterzeichner entsprechende Differenzen zu Protokoll gegeben.

Auch ein Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Greifvögeln und Eulen wurde erarbeitet, am 10. Januar 1995 verabschiedet und als BML-Broschüre veröffentlicht.

Greifvögel und Eulen stellen hohe Anforderungen an Haltung, Pflege und Unterbringung. Besonders problematisch ist die Haltung von Vögeln, die krank oder verletzt aufgefunden wurden und nicht an den Menschen gewöhnt sind; diese Vögel müssen an Auffang- oder Pflegestationen abgegeben werden.

Die Gutachter haben sich unter anderem zu folgenden Sachverhalten geäußert:

- Haltungsarten – Volieren- oder falknerische Haltung –,
- Flugverhalten der Vögel als Voraussetzung für eine Unterbringung in bestimmten Volierenarten,
- Voliengröße und Inneneinrichtung,
- Ernährung – in der Regel sind keine lebenden Beutetiere erforderlich –,
- Voraussetzungen für die falknerische Haltung (grundsätzliche Bedingung: Freiflug jeden zweiten Tag),
- Besonderheiten der Haltung kranker oder verletzter Greifvögel; Aufzucht verlassener Jungtiere,
- Euthanasie nicht rehabilitierbarer verletzter Vögel aus Tierschutzgründen und ethischen Erwägungen.

Der Deutsche Tierschutzbund e. V. und der Deutsche Naturschutzring e. V. haben als Mitunterzeichner Differenzen zu Protokoll gegeben. Unter anderem wird eine Beschränkung der Greifvogelhaltung auf wissenschaftlich geführte Einrichtungen gefordert, Haltungsformen der falknerischen Haltung werden gänzlich abgelehnt (Deutscher Tierschutzbund e. V.) oder nur unter der Voraussetzung einer zeitlichen Befristung vorübergehend akzeptiert.

Das Gutachten über *Mindestanforderungen an die Haltung körnerfressender Kleinvögel* wurde 1996 abgeschlossen und als BML-Broschüre veröffentlicht (Mindestanforderungen an die Haltung von Kleinvögeln, Teil 1, Körnerfresser, vom 10. Juli 1996). In Vorbereitung befinden sich Gutachten zur *Haltung „domestizierter“ Vögel* sowie über *Mindestanforderungen an die Haltung von „Weichfressern“*.

Die Sachverständigengruppe „Terrarientiere“ hatte sich dahingehend geeinigt, zunächst *Mindestanforderungen an die Haltung von Reptilien* zu erarbeiten. Dieses Gutachten wurde am 10. Januar 1997 abgeschlossen. Es wird vom Bundesministerium veröffentlicht.

Reptilien werden sowohl von Züchtern als auch in Haushalten als Hobbytiere gehalten. Diese Tiere stellen spezifische Ansprüche, die von denen der Säugetiere und Vögel erheblich abweichen können. So stehen besonders Klima und Beleuchtung im Vordergrund. Räumliche Anforderungen sind eher zweitrangig, Beschäftigungsangebote für die Tiere sind nicht erforderlich.

Mit der Erarbeitung eines Gutachtens zu *Mindestanforderungen an die Haltung von Zierfischen* soll 1997 begonnen werden.

Aufgrund der erforderlichen umfangreichen Recherchen sowie der Vielzahl der Arten ist die Arbeit an diesem Gutachten kompliziert und benötigt mehr Vorbereitung als ursprünglich vermutet. Im Vorfeld dieses Gutachtens fand in Fachkreisen eine heftige Auseinandersetzung über die den Fischen zumutbaren Wasserwerte (pH-Wert, Wasserhärte, elektrische Leitfähigkeit) statt. Dank zahlreicher Fachveranstaltungen zeichnet sich jedoch auf diesem Gebiet inzwischen eine gewisse Annäherung der Standpunkte ab.

Abschließend muß die engagierte und zeitaufwendige Arbeit aller Sachverständigen besonders gewürdigt werden. Sie haben die Erarbeitung der Gutachten neben ihren beruflichen Aufgaben übernommen und stellen dafür einen erheblichen Teil ihrer Freizeit zur Verfügung.

Spezifisches zur Haltung von Tieren in Zoos

Zoos können insbesondere folgende Aufgaben wahrnehmen: Erholungsfunktion, Verwirklichung pädagogischer Ziele, Wissenschaft und Artenschutz.

Die Bezeichnungen „Zoo“, „Zoologischer Garten“, „Tiergarten“, „Tierpark“ und ähnliche Bezeichnungen dürfen nach § 25 des Bundesnaturschutzgesetzes nur mit behördlicher Genehmigung geführt werden; die Einrichtungen bedürfen der Genehmigung nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes. Sofern in diesen Einrichtungen Tiere gewerbsmäßig zur Schau gestellt werden, unterliegen sie auch dem Erlaubnisvorbehalt des § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d des Tierschutzgesetzes. Die Erteilung der Erlaubnis ist gebunden an einen Sachkundenachweis, an die Zuverlässigkeit der für die Haltung der Tiere verantwortlichen Personen und an das Vorhandensein der erforderlichen Räume und Einrichtungen, die eine tierschutzgerechte Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen.

Zoos und ähnliche Betriebe unterliegen, auch wenn sie nicht gewerbsmäßig betrieben werden, der Aufsicht durch die zuständige Behörde nach § 16 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes.

Für die Haltung von Tieren in Zoos gelten die Grundsätze des § 2 des Tierschutzgesetzes. Zur Beurteilung der Tierhaltung in diesem Bereich dienen der zuständigen Behörde als Entscheidungshilfe die bereits erwähnten im Auftrag des BML erstellten Gutachten.

Die Europäische Kommission hatte im Juli 1991 einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Mindestnormen zur Haltung von Tieren in Zoos (ABl. EG Nr. C 249 S. 14) vorgelegt.

Die Bundesregierung bezweifelte, daß in diesem Bereich eine Rechtsgrundlage für EG-Vorschriften besteht. Der Bundesrat hat im Dezember 1991 die Bundesregierung gebeten, darauf hinzuwirken, daß vom Erlaß der Richtlinie abgesehen wird (Drucksache 583/91 – Beschluß –).

Die Kommission hat ihren Richtlinienvorschlag mittlerweile offiziell zurückgezogen und eine Empfehlung des Rates für die Haltung von Wildtieren in Zoos vorgeschlagen, die gegenüber dem Richtlinienvorschlag einige wesentliche Änderungen aufweist. Mit dem nun vorliegenden Text wird dem Anliegen Deutschlands weitgehend Rechnung getragen, so daß zu der Empfehlung im zuständigen Umweltministerium politisches Einvernehmen erzielt werden konnte. Die abweichenden Auffassungen Deutschlands hinsichtlich der Rechtsgrundlage für die Empfehlung und der Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes wurden durch eine entsprechende Protokollerklärung zum Ausdruck gebracht.

Zu der teilweise problematischen Frage der Bestandsregulierung in Tiergehegen und ähnlichen Einrichtungen hat BML eine Gruppe von Verhaltenswissenschaftlern, Zoofachleuten sowie Sachverständigen des Tier- und Artenschutzes konsultiert. Diese stellte fest, daß eine Vermehrung von Zootieren grundsätzlich nur ermöglicht werden sollte, wenn auch für die Nachkommen eine artgemäße Unterbringung gesichert ist.

Da es nur bei wenigen in Zoos gehaltenen Arten eine natürliche Bestandsregulierung gibt, wird dieser Forderung durch die verschiedenen Verfahren der Geburtenkontrolle (kontrollierte Zucht, vorübergehende Sterilisierung, zeitweises Aussetzen der Zucht, Festlegung eines bestimmten Zuchtturnus für die einzelnen Zoos) Rechnung getragen.

Eine besonders wichtige Funktion haben in diesem Zusammenhang die Europäischen Erhaltungszuchtprogramme (EEP), die es bisher für knapp 70 vom Aussterben bedrohte Tierarten gibt.

Die Notwendigkeit, lediglich eine kontrollierte Vermehrung der in den Erhaltungszuchtprogrammen stehenden Zootiere zuzulassen, führt zu gewissen Einschränkungen bei den pädagogischen Aufgaben. Es muß in Kauf genommen werden, daß nur einige Arten – und diese zum Teil auch nicht jedes Jahr – vermehrt werden. Um die pädagogische Aufgabe wahrzunehmen, Zeugung, Trächtigkeit und Geburt von Tieren zeigen zu können, sind Haustierarten jedoch in der Regel ebenso gut geeignet wie Wildtiere. Ersteren sollte daher insoweit der Vorrang eingeräumt werden.

Auch bei kontrollierter Zucht wird es nicht immer auszuschließen sein, daß einzelne Tiere getötet werden müssen. Dies gilt insbesondere beim Vorliegen einer medizinischen Indikation. Eine Tötung ist nur zulässig, wenn ein vernünftiger Grund dazu gegeben ist (§ 1 Satz 2 des Tierschutzgesetzes). Ob ein solcher vorliegt, muß jeweils sehr sorgfältig geprüft werden (siehe Kapitel XII.1).

Diese Entscheidung ist nicht einfach. Pro und Contra müssen sorgfältig geprüft werden. Es bietet sich an, derartige Entscheidungen vorher mit der zuständigen Behörde zu erörtern und abzustimmen.

Weiterhin sollte die Öffentlichkeit – soweit möglich – in derartige Entscheidungen eingebunden werden. Letztlich kommt es darauf an, den Zoobesuchern klarzumachen, daß hier keine heile Welt zur Schau

gestellt werden kann, sondern daß unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen einige Eingriffsmaßnahmen notwendig sind, damit die Zoos sowohl im Interesse der Tiere als auch ihrer Besucher ihren Aufgaben nachkommen können.

Spezifisches zur Haltung von Tieren im Zirkus

Das Zurschaustellen und Vorführen von Zirkustieren wird von manchen Kritikern aus Tierschutzgründen abgelehnt. Die Bundesregierung geht jedoch davon aus, daß die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Zirkustieren nicht grundsätzlich untersagt werden kann. Voraussetzung ist allerdings, daß bestimmte Mindestanforderungen erfüllt werden.

Nach den Erfahrungen der Länder werden bei der Überwachung kleiner Wanderzirkusse häufig Probleme in bezug auf die Haltung der Tiere, den Nachweis eines geeigneten Winterquartiers und die Regulierung und Unterbringung der Nachzucht festgestellt. Bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz können behördliche Maßnahmen oft aufgrund häufiger Ortswechsel nur schwer durchgesetzt werden. Darüber hinaus befinden sich die Zirkusunternehmen nicht selten in finanziellen Notlagen, so daß durch eine Verhängung von Bußgeldern keine Verbesserung der Situation der Tiere erreicht wird. Eine Wegnahme insbesondere exotischer Tiere ist ebenfalls problematisch, da die Möglichkeiten zu ihrer pfleglichen Unterbringung sehr begrenzt sind und die Tiere zum Teil bereits derartige Störungen in ihrem Verhalten zeigen, daß sie nicht mehr in bestehende Gruppen integriert werden können. In solchen Fällen stellt sich die Frage, ob nicht eine Tötung des Tieres angezeigt sein kann (siehe Kapitel XII.1).

Derzeit wird geprüft, ob eine Fortschreibung der „Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“ den Vollzug des Tierschutzgesetzes in Wanderzirkussen mit häufig problematischer Tierhaltung verbessern kann.

Das gewerbsmäßige Zurschaustellen von Tieren unterliegt nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d des Tierschutzgesetzes einem Erlaubnisvorbehalt. Die Erteilung der Erlaubnis ist gebunden an einen Sachkundenachweis, die Zuverlässigkeit der für diese Tätigkeit verantwortlichen Person und an das Vorhandensein der erforderlichen Räume und Einrichtungen, die eine tierschutzgerechte Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen.

Als eine Richtschnur für die Beurteilung von Tierhaltungen in Zirkusbetrieben können das im Auftrag des BML erstellte Gutachten „Mindestanforderungen an die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren“ vom 10. Juni 1996 sowie die übrigen in Vorbereitung befindlichen oder bereits veröffentlichten Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung wildlebender Tierarten herangezogen werden.

Auf der Grundlage der Empfehlung des Schweizer Bundesamtes für Veterinärwesen vom 10. März 1983 über Gehegeanforderungen für Zirkustiere in Verbindung mit der Schweizer Tierschutzverordnung wurden im Auftrag des BML von Sachverständigen

„Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen“ erarbeitet.

Diese Leitlinien, die im Oktober 1990 den zuständigen obersten Landesbehörden sowie den betroffenen Verbänden zugesandt wurden, sollen in erster Linie den Zirkusunternehmen selbst sowie den dort für die Tierhaltung Verantwortlichen, darüber hinaus aber auch den Überwachungsbehörden und letztlich den Gerichten als Entscheidungshilfe dienen.

Die besonderen Umstände, die in Zirkusbetrieben vorliegen, werden hierbei berücksichtigt. Wird mit den Tieren häufig und regelmäßig gearbeitet (täglich in der Regel ein bis zwei Vorführungen in der Manege und zusätzlich Ausbildung einschließlich Probe), müssen die Tiergehege den Mindestanforderungen des Säugetiergutachtens nicht in vollem Umfang entsprechen. Neben der Gehegegröße kommen auch der Gehegegestaltung und der Betreuung der Tiere als Beurteilungskriterien große Bedeutung zu.

Bei der Haltung von Zirkustieren ist insbesondere folgendes zu beachten:

- Die auf das Tierschutzgesetz gestützten Anforderungen an die Tierhaltung gelten uneingeschränkt auch für Zirkustiere.
- Grundsätzlich sollen nur Tiere im Zirkus mitgeführt werden, mit denen auch häufig und regelmäßig gearbeitet wird. Für Menschenaffen, Tümmler und Delphine ist eine Haltung in Zirkussen oder ähnlichen Einrichtungen grundsätzlich abzulehnen.
- Bei der Haltung von Säugetieren, mit denen nicht häufig und regelmäßig gearbeitet wird, sind die Anforderungen des Gutachtens „Mindestanforderungen an die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren“ voll zu erfüllen.
- Säugetiere und Vögel, die im allgemeinen gesellig oder paarweise leben, dürfen nur dann einzeln im Zirkus gehalten werden, wenn mit ihnen häufig und regelmäßig gearbeitet wird und der fehlende Artgenosse insoweit durch eine Bezugsperson ersetzt wird.
- Neben Zirkuswagen und Manege sollen für alle Großraubtiere und Affen Einrichtungen vorhanden sein, die zusätzliche Fläche sowie zusätzliche Reize wie Sonne, Regen, unterschiedliche Bodenstruktur usw. anbieten (Veranden oder Außengehege). Diese müssen von den Tieren benutzt werden können, sobald der Zirkus seinen Standplatz bezogen hat.
- Sofern nach dem Gutachten „Mindestanforderungen an die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren“ ein Schwimmbecken vorgesehen ist, muß eine Bademöglichkeit auch bei mobilen Tierhaltungen vorhanden sein. Die Badeeinrichtung darf für Tiere, mit denen häufig und regelmäßig gearbeitet wird, etwas kleiner sein, als im Gutachten empfohlen. Es muß gewährleistet sein, daß jedes Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend täglich baden kann.

Unter Federführung Bayerns wurde im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der leitenden Veterinärbeamten der Länder (ArgeVet) ein Konzept erarbeitet, das zur Verbesserung des Tierschutzes in Wanderzirkussen beiträgt.

Verordnung nach § 13 Abs. 3

In § 13 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes wird der BML ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft, soweit es zum Schutz wildlebender Tiere erforderlich ist, die Haltung, den Handel sowie die Ein- oder Ausfuhr zu verbieten oder von einer Genehmigung abhängig zu machen. In seiner Entschließung vom 26. Juni 1992 (Drucksache 94/92 – Beschluß –) hat der Bundesrat die Bundesregierung gebeten, in Zusammenarbeit mit den Ländern alsbald den Erlass einer Rechtsverordnung nach § 13 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes vorzubereiten.

Mit Entschließung vom 24. November 1995 (Drucksache 570/95 – Beschluß –) hat der Bundesrat den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gebeten, von seiner Regelungskompetenz nach § 13 Abs. 3 Tierschutzgesetz Gebrauch zu machen und zum Halten von Straußenvögeln eine Verordnung zu erlassen, die mindestens nachstehende Punkte berücksichtigt:

1. Das Halten von Straußenvögeln ist verboten.
2. Die zuständige Behörde kann auf Antrag vom Verbot der Nr. 1 Ausnahmen zulassen, soweit diese nicht dem erforderlichen Schutz der Tiere zuwiderlaufen.

BML hat mittlerweile den Entwurf einer Rechtsverordnung zum Schutz von Tieren bestimmter wildlebender Arten erarbeitet, der neben Straußenvögeln auch andere wildlebende Tiere umfaßt. Dieser Entwurf wird nunmehr mit den Ländern und den betroffenen Verbänden beraten.

Der Entwurf sieht keine materiellen, das heißt die Haltung von Tieren als solche betreffende Regelungen vor, sondern stellt im Interesse eines effektiveren Vollzugs des materiellen Rechts das Halten von Tieren bestimmter wildlebender Arten unter Genehmigungsvorbehalt.

Das vorgesehene Genehmigungsverfahren entspricht systematisch gesehen dem Erlaubnisverfahren des § 11 des Tierschutzgesetzes. Diesem Genehmigungsverfahren sollen nach dem Konzept der Verordnung Tiere bestimmter wildlebender Arten unterfallen, soweit das Halten dieser Tiere besondere Anforderungen an Kenntnisse und Fähigkeiten des Halters oder die erforderlichen Räumlichkeiten und Einrichtungen stellt.

IV. Zucht von Tieren, Handel mit Tieren

Der siebte Abschnitt des Tierschutzgesetzes enthält Bestimmungen zur Zucht von Tieren und zum Handel mit Tieren. Der behördlichen Erlaubnis bedarf nach § 11 des Tierschutzgesetzes, wer

- Wirbeltiere zu Versuchszwecken züchten oder halten,
- Tiere für andere in einem Tierheim oder in einer ähnlichen Einrichtung halten oder
- gewerbsmäßig
 - a) Hunde, Katzen oder sonstige Heimtiere züchten oder halten,
 - b) mit Wirbeltieren außer landwirtschaftlichen Nutztieren handeln,
 - c) einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhalten oder
 - d) Tiere zu Schau stellen

will.

Um den bundeseinheitlichen Vollzug dieser Bestimmungen zu erreichen, sind weitere Einzelheiten in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes festgelegt worden; darin werden auch einige für die zuständigen Behörden wichtige Begriffe definiert. Nach Nr. 5.2.1.3 dieser Vorschrift handelt gewerbsmäßig im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Tierschutzgesetzes, wer die genannte Tätigkeit selbständig, planmäßig, fort-

gesetzt und mit der Absicht der Gewinnerzielung ausübt.

Die behördliche Erlaubnis wird nur erteilt, wenn

- die erforderliche Sachkunde und
- Zuverlässigkeit der für die Tätigkeit verantwortlichen Person sowie
- die für eine tierschutzgerechte Ernährung, Pflege und Unterbringung erforderlichen Räume und Einrichtungen

vorhanden sind.

Nach den Erfahrungen der Länder haben sich die Regelungen des § 11 in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift im Grundsatz bewährt. Problematisch ist vor allem der Bereich der Schaustellung von Tieren in kleineren Wanderzirkussen und ähnlichen Einrichtungen. Mißstände können hier nur schwer beseitigt werden, da sich die Unternehmen zum Teil durch Standortwechsel den Vollzugsanordnungen der zuständigen Behörde entziehen und überdies die zur Verfügung stehenden Verwaltungsmaßnahmen durch die meist sehr schlechte finanzielle Situation der Betriebe nur begrenzt vollziehbar sind.

Von der Ermächtigung des § 16 a Nr. 2 des Tierschutzgesetzes (Wegnahme von Tieren bei unzureichenden Haltungsbedingungen) konnte nur in Ein-

zelfällen Gebrauch gemacht werden, da insbesondere für exotische Tiere Möglichkeiten für eine tiergerechte Unterbringung nur in geringem Maße bestehen. Die Einrichtung von „Auffangstationen“ in den einzelnen Bundesländern scheiterte bisher an den fehlenden Mitteln.

Im Tierschutzgesetz werden Zucht und Handel von Versuchstieren besonders geregelt. Durch die Aufzeichnungs- und Kennzeichnungspflicht nach § 11 a des Tierschutzgesetzes soll sichergestellt werden, daß Tiere nur noch zu Tierversuchen verwendet werden, wenn sie hierfür gezüchtet worden sind. Die Aufzeichnungspflicht ermöglicht der zuständigen Behörde, Herkunft und Verbleib gezüchteter, gehaltener oder gehandelter Versuchstiere zu überwachen. Anhand ihrer Kennzeichnung lassen sich die Versuchstiere identifizieren.

Im einzelnen werden Art und Umfang der Aufzeichnungen sowie die Kennzeichnung von Hunden und Katzen in der Verordnung über Aufzeichnungen über Versuchstiere und deren Kennzeichnung vom 20. Mai 1988 (BGBl. I S. 639) festgelegt.

Der Vollzug dieser Verordnung hat zu keinen nennenswerten Schwierigkeiten geführt.

Dagegen ist die Anwendung des § 11 b (Verbot von Qualzuchten) unbefriedigend. Das liegt nicht zuletzt an der sehr kontrovers diskutierten Frage, wann die Grenze zur Qualzucht erreicht oder sogar überschritten ist.

BML hat in den letzten Jahren sowohl den Verband der Deutschen Rassegeflügelzüchter als auch den Verband für das Deutsche Hundewesen (VDH), die Deutsche Rassekatzen-Union (DRU) und die Deutsche Edelkatze e. V. auf die Bestimmungen des § 11 b des Tierschutzgesetzes hingewiesen und die Verbände gebeten, tierschutzwidrige Rassestandards zu überdenken und Übertypisierungen zu vermeiden. Es wurde angeregt, insbesondere auch die Zuchtrichter in geeigneter Weise mit den Anforderungen des § 11 b des Tierschutzgesetzes vertraut zu machen. Die erwünschte umfassende Reaktion der Verbände, in Form von verbandsinternen Maßnahmen, die staatliche Eingriffe überflüssig machen, ist bisher leider weitgehend ausgeblieben.

Im Rahmen des Vollzugs des § 11 b hat eine zuständige Landesbehörde ein Ermittlungsverfahren gegen eine Züchterin weißer Perserkatzen wegen des Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz eingeleitet.

Das Amtsgericht Kassel befand die Katzenzüchterin der vorsätzlichen Qualzucht für schuldig und verurteilte sie rechtskräftig zur Zahlung einer Geldbuße (Urteil vom 5. November 1993, Az. 626 Js 11179.8/93 99 OWi).

Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung. Inwieweit die Zucht mit weißen Katzen einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz darstellt, haben auch weiterhin die nach Landesrecht zuständigen Behörden und letztlich die Gerichte im Einzelfall zu entscheiden.

Katzenzüchter sollten jedoch dringend Überlegungen zur Umstellung der Zucht auf tierschutzrechtlich unbedenkliche Zuchtziele anstellen.

Auf der Ebene des Europarats wurde die Qualzuchtproblematik im Rahmen des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren behandelt. Sie war ein Schwerpunktthema der multilateralen Konsultation der Vertragsparteien, die im März 1995 stattfand.

Hiermit wurde eine Diskussion mit internationalen Hunde- und Katzenzuchtverbänden mit dem Ziel initiiert, eine Änderung tierschutzrelevanter Zuchtstandards oder der entsprechenden Auslegung der Standards oder, wo dies nötig ist, insgesamt eine Abkehr von bestimmten Rassen zu erreichen.

Es wurde eine Resolution gefaßt, die die Vertragsparteien auffordert, die Diskussion mit den Verbänden zu intensivieren und Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Bundesregierung erwartet, daß diese Diskussion auch in den anderen europäischen Staaten verstärkt geführt wird. Es ist deutlich, daß es auch in der Heimtierzucht einen europäischen Wettbewerb gibt, der eine Angleichung auf möglichst hohem Tierschutzniveau erforderlich macht.

Auch wenn sich die Diskussion zunächst auf die Katzen- und Hundezucht konzentriert, müssen andere Bereiche ebenso kritisch hinterfragt werden. Dazu gehören beispielsweise bestimmte Kanarienvogel- oder Rassegeflügelzüchtungen.

BML hat zu dem gesamten Themenkomplex der Heimtierzucht eine Sachverständigengruppe um die Erstellung eines Gutachtens gebeten, das sowohl den Züchtern als auch den Behörden als Leitlinie dienen soll und voraussichtlich 1997 vorliegen wird.

Auch eine einseitige Ausrichtung auf maximale Mastleistungen kann Folgen für die Tiere nach sich ziehen, die die Grenzen des Vertretbaren erreichen und in manchen Fällen überschreiten. So sollten auch beim Mastgeflügel gesundheitliche Aspekte in der Züchtung stärkeres Gewicht erhalten.

Die Zucht von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Pferden wird durch das Tierzuchtgesetz geregelt. Eines der Ziele dieses Gesetzes ist es, die Züchtung der Tiere so zu fördern, daß „die Leistungsfähigkeit der Tiere unter Berücksichtigung der Vitalität erhalten und verbessert wird“. Die behördliche Anerkennung der Zuchtorganisationen durch die Länder beinhaltet auch eine Prüfung des Zuchtprogramms im Hinblick auf dieses genannte Ziel.

Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Tierzucht bestimmen in erster Linie wirtschaftliche Überlegungen den notwendigen Handlungsbedarf. Weil die angestrebte Leistungsfähigkeit nur von gesunden und widerstandsfähigen Tieren erzielt werden kann, stimmen wirtschaftliche und tierschutzethische Ziele weitgehend überein. In der landwirtschaftlichen Nutztierzucht wird dementsprechend niemals ausschließlich nach Leistungskriterien selektiert. Vielmehr werden gleichzeitig immer auch Merkmale wie Fruchtbarkeit und Exterieur berücksichtigt.

Erbfehler, die das Fehlen oder die Veränderung von Körperteilen oder Organen nach sich ziehen, sind in der Regel züchterisch unerwünscht, und ihnen wird nach Möglichkeit züchterisch entgegengewirkt. Bei Schweinen sind nach der Verordnung über die Leistungsprüfungen und die Zuchtwertfeststellung bei Schweinen Erbmängel in der Zuchtleistungsprüfung zu erfassen. Bei Rindern wird derzeit eine Änderung der Verordnung über die Leistungsprüfungen und die Zuchtwertfeststellung vorbereitet, die unter anderem notwendig geworden ist, um Bestimmungen der EU zur Berücksichtigung von Erbfehlern beim Rind umzusetzen.

Im Spannungsfeld zwischen Ansprüchen von Wirtschaftlichkeit und Tiergerechtigkeit müssen mögliche Problembereiche der Nutztierzucht sorgfältig beobachtet werden. Außer der geschilderten möglichen staatlichen Einflußnahme im Rahmen der Anerkennung von Zuchtorganisationen nehmen auch die Tierzuchtorganisationen ihre Selbstverantwortung wahr.

Die von den Zuchtverbänden und der Wissenschaft gemeinsam mit Bund und Ländern getragene Deutsche Gesellschaft für Züchtungskunde e. V. (DGfZ) hat seit langem mehrere Stellungnahmen und Empfehlungen zu Fragen wie Fruchtbarkeit, Nutzungsdauer und Erbfehlern zur konkreten Umsetzung in Zuchtprogrammen erarbeitet. Zur Zeit befaßt sich die DGfZ auf Anregung von BML vor dem Hintergrund des Tierschutzanliegens mit einer Neubewertung der aktuellen Situation.

Illegale Hundeeinfuhren

Nach den Bestimmungen der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung ist die Einfuhr von Hunden aus Drittländern genehmigungspflichtig, wenn mehr als drei Hunde im Reiseverkehr mitgeführt werden oder die Einfuhr gewerblichen Zwecken dient. Sowohl an der polnisch-deutschen als auch an der tschechisch-deutschen Grenze ist der Hundeschmuggel ein großes Problem. Die Bayerische Grenzpolizei stellte 1995 fünfundzwanzig Fälle von illegalem Hundehandel fest. Die Tiere stammten aus Ungarn und der Slowakei.

In allen bekanntgewordenen Fällen erstatteten die nach der Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung zuständigen bayerischen Kreisverwaltungsbehörden Ordnungswidrigkeitsanzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen die genannte Verordnung.

Bei zusätzlichen Verstößen gegen Tierschutzbestimmungen wurden die Ordnungswidrigkeitsanzeigen entsprechend erweitert. In der Regel wurden in diesen Fällen Bußgelder verhängt.

Darüber hinaus hat die Bayerische Grenzpolizei wiederholt gefälschte Impfpässe sichergestellt. Die Transporteure, die derartige Fälschungen gebrauchten, wurden wegen Vergehens der Urkundenfälschung angezeigt.

In den meisten Fällen verfügen die Transporteure über keinerlei Papiere.

Bei den laufend durchgeführten veterinärbehördlichen Kontrollen in bayerischen Hundezuchten hinsichtlich Einhaltung der Quarantänebestimmungen und des Tierschutzes ergaben sich jedoch keine Hinweise auf illegalen Hundehandel.

Folgende Maßnahmen wurden und werden – je nach Erfordernis aus der jeweiligen Situation heraus – von den zuständigen bayerischen Behörden ergriffen:

- Zurückweisung der illegal tätigen Hundehändler an der tschechisch-bayerischen Grenze bei gleichzeitiger unverzüglicher Verständigung der tschechischen Behörden, um in deren Zuständigkeitsbereich eine artgemäße Versorgung der Tiere sicherzustellen.
- Beschlagnahme der geschmuggelten Hunde und ihre Unterbringung in einem Tierheim. Die Tiere können nach Abschluß der Quarantäne und der behördlichen Verfahren dann an Privatpersonen abgegeben werden.

Diese Verfahrensweise wird allerdings durch die sehr hohen Kosten für die Verwahrung der Tiere zunehmend erschwert. Ein Regreß gegenüber den in aller Regel ausländischen Hundeschmugglern ist aufgrund der unklaren Eigentumsverhältnisse nicht möglich, so daß die Verwahrungskosten zu Lasten der öffentlichen Hand gehen (zum Beispiel mußte ein Landkreis binnen weniger Wochen 20 000 DM für die Unterbringung und tierärztliche Versorgung von 34 Welpen aus zwei illegalen Hundetransporten aufbringen).

Ferner werden potentielle Hundekäufer über die Praktiken der Hundeschmuggler aufgeklärt, um damit – unter Hinweis auf die Folgen für die Tiere – ein mögliches Kaufinteresse abzuschwächen und die Nachfrage zu verringern.

Probleme des Welpenhandels an der polnisch-deutschen Grenze

Für die Länder Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern stellt der Welpenhandel auf den sogenannten „Polenmärkten“ ein besonderes Problem dar. Diese Märkte sind gekennzeichnet durch ein starkes west-östliches Preisgefälle und einen regen Publikumsverkehr. Die Hundewelpen sind häufig weder vom Muttertier entwöhnt noch entwurmt oder geimpft. Die Mitnahme dieser Tiere im individuellen Reiseverkehr fällt dabei nur selten auf.

Diese unvorbereitet durchgeführten Spontankäufe haben oft Leiden für die Tiere sowie Enttäuschung und hohe Behandlungskosten für den Tierhalter zur Folge. Tierheime sind dann meist der letzte Ausweg.

Die rechtlichen Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle werden ausgeschöpft, indem sich die zuständige Oberfinanzdirektion entsprechend ihrer Mitwirkungspflicht nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Tierschutzgesetzes mit einer gesonderten Verfügung an ihre Hauptzollämter in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Schwedt gewandt hat.

Im Rahmen der Zusammenarbeit der obersten Veterinärverwaltungen Brandenburgs und der Grenzwoiwodschaften Gorzow und Zielona Gora wurde wiederholt auch auf das Problem des illegalen Hundehandels hingewiesen, um den Hundeschmuggel an seinem Ursprung zu unterbinden.

Wichtig ist vor allem eine Aufklärung der Bevölkerung über Fernsehen, Rundfunk und Presse. Neben ethisch-moralischen Bedenken ist dabei vor allem auch auf die tierschutz- und zollrechtlichen Bestimmungen hinzuweisen.

Im Dialog mit den Tierschutzorganisationen werden gemeinsame Vorgehensweisen gegen die Machenschaften der illegalen Hundeschmuggler erarbeitet.

Probleme der gewerbsmäßigen Hundezucht

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit hat im Herbst 1995 eine gezielte Überwachungsaktion in Niederbayern, dem Zentrum der deutschen Hundezucht, durchführen lassen. Dabei haben die Veterinärämter sämtliche gewerbsmäßigen Hundezuchten und Hundehandlungen nach einem vorgegebenen Erhebungsbogen kontrolliert. Angesichts der großen Spannweite der Betriebe (Bestandsgröße von drei bis über 200 Tiere, Hundehaltungen mit „Familienan-

schluß“ bis hin zu „fabrikmäßigen“ Tierhaltungen) hat sich auch ein äußerst unterschiedliches Ausmaß an Beanstandungen ergeben. Diese reichen von geringen, leicht behebbaren Mängeln bis hin zu gravierenden Tierschutzverstößen. Häufige Beanstandungsgründe waren Hygienemängel, zu geringes Platzangebot, bauliche Mängel an Zwingern und sonstigen Einrichtungen, unzureichende tierärztliche Versorgung mit fehlendem Impfschutz, Züchten ohne Erlaubnis, Überschreitung der erlaubten Höchstzahl an Hunden, zu geringer Sozialkontakt der Junghunde mit dem Menschen, zu wenig Betreuungspersonal. Die Kreisverwaltungsbehörden haben die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen ergriffen, um die vorgefundenen Mängel und Mißstände abzustellen und zu ahnden (je nach Einzelfall Belehrungen, Anordnungen nach § 16 a des Tierschutzgesetzes, Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren, Verhängung von Zuchtverboten, Widerruf von Erlaubnissen).

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit läßt die niederbayerischen Hundezuchten und -handlungen weiterhin in halbjährlichem Abstand durch die Veterinärbehörden überprüfen; die Überwachungsaktion wurde auch auf die übrigen bayerischen Regierungsbezirke ausgedehnt.

V. Gewerblicher Rechtsschutz

Für den gewerblichen Rechtsschutz gilt generell, daß Tiere zwar nicht als Sachen, sondern als Mitgeschöpfe anzusehen, aber dennoch die für Sachen geltenden Vorschriften auch auf Tiere anzuwenden sind. Entscheidend für die rechtliche und ethische Beurteilung von gewerblichem Rechtsschutz bei Tieren ist demnach die Gestaltung des Eigentumsrechtes am Tier. Da es der allgemeinen gesellschaftlichen Auffassung entspricht, daß es legitim ist, Tiere zu besitzen, mit ihnen zu handeln oder sie zu bestimmten Zwecken zu nutzen, wird ein gewerblicher Rechtsschutz für Tiere als mit dem Grundsatz des Tierschutzgesetzes (Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf) vereinbar angesehen. Allerdings muß sichergestellt sein, daß eine ethische Abwägung zwischen den Interessen des Menschen und dem Tierschutzanliegen bei der Prüfung auf Erteilung des gewerblichen Schutzrechts in jedem Einzelfall stattfindet.

Im Zusammenhang mit der Biotechnologie wird die Behandlung des geistigen Eigentums bei Tieren im allgemeinen und insbesondere die Praxis der Patenterteilung kontrovers diskutiert. Der seit 1988 in den Gremien der Europäischen Union behandelte Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen sollte auch die Grenzen der Patentierbarkeit bei Tieren aus

Gründen des Tierschutzes setzen. Dieses Rechtsetzungsvorhaben wurde 1995 vom Europäischen Parlament endgültig abgelehnt. Die Kommission hat im Dezember 1995 einen neuen gleichnamigen Vorschlag vorgelegt. Wie der alte Vorschlag zielt auch der neue Vorschlag darauf ab, mit der Biotechnologie aufgeworfene Fragen im Patentrecht der Mitgliedstaaten zu harmonisieren und patentrechtliche Bestimmungen zu präzisieren. Es ist erneut vorgesehen, genetisches Material, Mikroorganismen, mikrobiologische Verfahren, Pflanzen und Tiere als grundsätzlich patentierbar zu erklären. Entsprechend dem Europäischen Patent-Übereinkommen (EPÜ) aus dem Jahre 1975 werden wiederum

- Pflanzensorten und
- Tierarten (im Sinne von „Tiersorten“) sowie
- im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren

von der Patentierbarkeit ausgenommen.

Aus ethischen Gründen von der Patentierbarkeit ausgenommen sind, wie auch im alten Vorschlag, Erfindungen an Tieren, die geeignet sind, Leiden oder körperliche Beeinträchtigungen der Tiere ohne

wesentlichen Nutzen für Menschen oder Tiere zu verursachen.

Änderungen im neuen Vorschlag betreffen vor allem ethische Fragen bei der Patentierbarkeit menschlicher Gensequenzen und der Keimbahntherapie. Eine der weiteren wesentlichen Änderungen des neuen Vorschlags ist, daß nun auch ein Landwirteprivileg für Tiere vorgesehen ist.

Die Stellungnahme des Europäischen Parlamentes wird für Frühjahr 1997 erwartet. Die Beratungen im Rat werden im Anschluß beginnen.

Die Einführung eines besonderen gewerblichen Schutzrechts für die Züchtung von Tierrassen („Tiersortenschutzgesetz“) wird weiterhin in nationalen und europäischen Gremien diskutiert.

VI. Tierheime

Die wesentliche Aufgabe eines Tierheims besteht darin, Fund- und Abgabetierrückgebe zu pflegen, bis sie dem Eigentümer zurückgegeben werden können. Wenn dieser nicht zu ermitteln ist, gilt es, die Tiere in ein neues Zuhause zu vermitteln. Darüber hinaus sind viele Tierheime bereit, bei Notlagen in unbürokratischer Weise zu helfen.

Unter dem Begriff „Fundtier“ versteht man Tiere, die dem Eigentümer entlaufen oder sonst seinem Besitz entzogen sind.

Bei „herrenlosen Tieren“ handelt es sich häufig um ausgesetzte Tiere. Nach § 3 Nr. 3 des Tierschutzgesetzes ist es zwar verboten, ein im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier auszusetzen, um sich seiner zu entledigen, aber obwohl ein Verstoß gegen diese Bestimmung mit einem Bußgeld von bis zu 50 000 DM geahndet werden kann, kommen herrenlose Tiere besonders zu Reisezeiten vermehrt in die Tierheime.

Eine weitere Kategorie von Heimtieren stellen – mit steigender Tendenz – die „Abgabetierrückgebe“ dar. Hiermit sind solche Tiere gemeint, die der Eigentümer aus unterschiedlichen Gründen – wie etwa Wohnungswechsel, Krankenhausaufenthalt oder anderen, insbesondere familiären Gründen – nicht mehr halten kann oder, was auch häufiger vorkommt, nicht mehr halten will. Häufig wird versucht, solche Tiere in einem Tierheim unterzubringen. Eine Aufnahmepflicht für solche Tiere, die ja rechtlich gesehen noch ihren Eigentümern gehören, die für das Wohlergehen der Tiere verantwortlich sind, besteht nicht. Jeder, der ein Tier erwerben will, sollte daher vorher sehr gründlich prüfen, ob er bereit und in der Lage ist, diesem Tier bis an sein Lebensende dauernd angemessene Pflege und Unterbringung zu gewähren.

Für die rechtliche Behandlung von Fundtieren gelten die einschlägigen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere die §§ 965 bis 976, jeweils in Verbindung mit § 90 a BGB. Danach ist der Finder verpflichtet, dem Eigentümer des Tieres oder, wenn dieser ihm nicht bekannt ist, der zuständigen Behörde unverzüglich den Fund anzuzeigen. Er ist berechtigt und auf Anordnung der zuständigen Behörde verpflichtet, den Fund an die zuständige Behörde abzuliefern.

Die zuständigen Gemeinden übertragen die Verwahrung der Fundtiere meist den örtlichen Tierschutzvereinen. Die Aufwendungen für die pflegliche Unterbringung der Fundtiere sind den Tierheimen zu ersetzen. Für die Versorgung von Abgabetierrückgebe dagegen in der Regel keine direkte Kostenübernahmepflicht seitens der Gemeinde. Hier können die Tierheime die Aufnahme eines solchen Tieres aus Platz- oder Kostengründen verweigern oder von der Entrichtung einer Aufwandsentschädigung abhängig machen. Durch eine Aufnahmeverweigerung ist aber letztendlich den betroffenen Tieren nicht gedient, zumal sie dann häufig einem ungewissen Schicksal ausgesetzt werden. Hier muß nach tierfreundlicheren Lösungsansätzen gesucht werden.

Eine Finanzierungszuständigkeit des Bundes besteht nicht. Nach Artikel 83 GG führen die Länder Bundesgesetze grundsätzlich als eigene Angelegenheit aus. Dies gilt auch für das Tierschutzgesetz. Nach Artikel 104 a Abs. 1 GG tragen der Bund und die Länder gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben. Daher sind sämtliche Kosten, die sich aus dem Vollzug des Tierschutzgesetzes ergeben, von den Ländern zu tragen.

Verwahrung von Fundtieren

In Schleswig-Holstein wurde die Problematik wie folgt behandelt:

Für die Durchführung des Fundrechts sind in Schleswig-Holstein gemäß Landesverordnung vom 18. Oktober 1976 die Bürgermeister der amtsfreien Gemeinden und die Amtsvorsteher als örtliche Ordnungsbehörden zuständig. Sie sind verpflichtet, auch Fundtiere entgegenzunehmen und entsprechend zu verwahren (§§ 996 bis 968 BGB).

Die Tiere müssen gemäß § 2 Tierschutzgesetz ordnungsgemäß untergebracht und betreut werden. Da die Fundbehörde für die nach dem Tierschutzgesetz geforderte Unterbringung und Betreuung meist nicht in eigenen Einrichtungen sorgen kann, hat sie die Tiere einer geeigneten Person oder Stelle – in der Regel einem Tierheim – zu übergeben und die erforderlichen Aufwendungen dafür zu tragen.

Die Tierheime in Schleswig-Holstein werden im Regelfall von örtlichen Tierschutzvereinen zur Aufnah-

me und Pflege von gefundenen oder abgegebenen Heimtieren betrieben. Zusammen mit den Tierschutzverbänden und den Kommunen ist der örtliche Tierschutz bemüht, eine Versorgung der einzelnen Regionen mit tierschutzgerecht eingerichteten Tierheimen sicherzustellen. Diese Bemühungen werden seitens der Landesregierung auch durch finanzielle Zuschüsse, die zweckgebunden für konkrete Maßnahmen bewilligt werden, unterstützt. Dadurch konnte bereits eine spürbare Verbesserung der Situation in qualitativer und quantitativer Hinsicht erreicht werden.

Durch eine gemeinsame Richtlinie des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten und des Innenministeriums wurde in Schleswig-Holstein klargestellt, daß die Verpflichtung zum Ersatz der Aufwendungen auch dann besteht, wenn der Finder das Tier nicht bei der Fundbehörde, sondern unmittelbar bei der von ihr mit der Unterbringung und beauftragten Person oder Stelle abgegeben hat. Voraussetzung ist, daß der Anzeigepflicht des Finders gemäß § 965 Abs. 2 BGB genügt wird.

Zu den Aufwendungen, die die Fundbehörde zu erstatten hat, gehören die Kosten für eine artgemäße Unterbringung, Pflege und Ernährung im Sinne des § 2 des Tierschutzgesetzes. Dazu zählen auch die Kosten für notwendige tierärztliche Behandlungen der Fundtiere, um die Gesundheit des Tieres zu erhalten oder wiederherzustellen, also die Behandlungskosten für Verletzungen und akute Krankheiten sowie für unerläßliche prophylaktische Maßnahmen (zum Beispiel Impfungen, Entwurmungen).

Eine klare Abgrenzung von Fundtieren zu herrenlosen Tieren ist in der Praxis sehr schwierig. Es ist naturgemäß zunächst nicht erkennbar, ob der bisherige Eigentümer das Eigentum an dem Tier aufgegeben hat oder nicht. In der Praxis wird deshalb zunächst davon auszugehen sein, daß es sich um ein Fundtier handelt, welches von dem Finder oder von der zuständigen Behörde zu verwahren und zu versorgen ist.

In einem gemeinsamen Erlaß des Innenministeriums und des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten wurde kürzlich noch einmal klargestellt, daß die Aufbewahrungsfrist des § 973 BGB von sechs Monaten mangels entgegenstehender Spezialregelungen auch für Fundtiere gilt und daß die zuständige Behörde die „Fundsache“ grundsätzlich auch bis zum Ablauf der sechsmonatigen Frist verwahren muß.

In der Richtlinie über die Verwahrung von Fundtieren wurde allerdings bestimmt, daß eine Erstattung der Aufwendungen der mit der Fundtierunterbringung beauftragten Einrichtungen nach einer Unterbringungsdauer von vier Wochen enden kann. Nach Ablauf dieser vier Wochen können diese Tiere weitervermittelt werden, ohne daß jedoch der neue Be-

sitzer Eigentum an dem Tier erwirbt. Ein Eigentumserwerb ist vor Ablauf der gesetzlichen Frist von sechs Monaten grundsätzlich nicht möglich.

Den zuständigen Behörden wurde in der Richtlinie empfohlen, einzeln oder gemeinsam mit Nachbargemeinden – auch für eventuell größere Einzugsbereiche (überregional) – entsprechende Vereinbarungen (eventuell Pauschalvereinbarungen) mit den jeweiligen Tierschutzvereinen zu treffen.

Hierdurch sollen einerseits Tierheime bzw. Tierschutzvereine mit der Unterbringung und Betreuung der Tiere beauftragt und andererseits eine Übernahme der Kosten durch die zuständigen Behörden als Gegenleistung für die geleisteten Dienste (im Auftrag der Gemeinden) zugesichert werden. Eine Pauschale, die die Übernahme aller Erstattungsverpflichtungen der Gemeinde – auch gegenüber Dritten – abgibt, dient nach hiesiger Auffassung nicht nur der Vereinfachung, sondern hat sowohl für die Gemeinden als auch für die Tierschutzvereine den Vorteil, daß die für die Fundtiere aufzuwendenden und zur Verfügung stehenden Mittel vorhersehbar und damit einplanbar sind.

Vor allem in den neuen Bundesländern bestanden zunächst erhebliche Probleme bei der Versorgung von Fundtieren und streunenden Heimtieren, da nur unzureichende Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden waren. Dank des Engagements der Landesregierungen, Kommunen, Tierschutzverbände und nicht zuletzt einzelner Bürger hat sich die Situation mittlerweile verbessert. Der Bau neuer Tierheime und Ausbau vorhandener Unterbringungsmöglichkeiten bleibt jedoch weiterhin eine Schwerpunktaufgabe in der Tierschutzpolitik der neuen Bundesländer. Als Beispiel für entsprechende Aktivitäten ist das von der Thüringer Landesregierung beschlossene Förderprogramm zur Unterstützung von Tierheimen zu nennen, das in enger Zusammenarbeit mit dem Landestierschutzverband erarbeitet und durchgeführt wird. In Brandenburg wird der Bau von Tierheimen zusätzlich durch die Bereitstellung von Lotto-mitteln gefördert. Bei der Bewirtschaftung der vorhandenen Tierheime kommt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) besondere Bedeutung zu.

Trotz der erheblichen Anstrengungen aller Beteiligten wird die Einrichtung eines flächendeckenden Angebots an Tierheimen in den neuen Bundesländern noch einige Zeit in Anspruch nehmen, nicht zuletzt wegen der notwendigen erheblichen finanziellen Aufwendungen.

Im Ausland aufgefundene vernachlässigte Heimtiere sollten nur in Ausnahmefällen in deutsche Tierheime verbracht werden. Zu unterstützen sind daher die Bemühungen deutscher Tierschutzorganisationen, in anderen europäischen Ländern vor Ort „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten.

VII. Pferdesport

In den letzten Jahren standen die bei Sportpferden beobachteten Ausbildungsmethoden und die Durchführung von Wettbewerben in der öffentlichen Diskussion. Für die hier angesprochenen Problemfelder finden sich bereits im Tierschutzgesetz unmittelbar anwendbare Regelungen:

So ist es nach § 3 dieses Gesetzes unter anderem verboten,

- einem Tier außer in Notfällen Leistungen abzuverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen,
- ein Tier auszubilden, sofern damit erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind,
- ein Tier zu einer Filmaufnahme, Schaustellung, Werbung oder ähnlichen Veranstaltung heranzuziehen, sofern damit Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind,
- an einem Tier bei sportlichen Wettkämpfen oder ähnlichen Veranstaltungen Dopingmittel anzuwenden.

BML hatte im Jahr 1990 angeregt, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die Leitlinien erarbeitet, die sowohl für alle, die mit Pferden Umgang haben, zur Selbstkontrolle geeignet sind, als auch den für den Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständigen Behörden als Orientierungshilfe für die Entscheidung in Einzelfällen dienen können.

An diesem Papier, das im Oktober 1992 verabschiedet wurde, haben alle Pferdesportverbände, die Deutsche Tierärzteschaft, die Deutsche Veterinärmedizinische Gesellschaft, Tierschutzverbände, Praktiker, Wissenschaftler und Behördenvertreter mitgearbeitet. Den Leitlinien „Tierschutz im Pferdesport“ wird das „Bedarfsdeckungs- und Schadenvermeidungs-Konzept“ für den tierschutzgerechten Umgang mit Pferden zugrunde gelegt.

Der verhaltens- und tierschutzgerechte Umgang mit Pferden bei der Ausbildung, beim Training und bei der Nutzung verlangt ein hohes Wissen und Können. Deshalb ist es unerlässlich, bei der Aus- und Fortbildung von Reitern, einschließlich Freizeitreitern, Trainern und Pferdepflegerinnen, auch Erkenntnisse der Verhaltenslehre zu vermitteln.

Die vorliegenden Leitlinien legen die Anforderungen fest, die an den Umgang mit Pferden, an Ausbildung, Training und jegliche Nutzung von Pferden, insbesondere in sportlichen Wettbewerben einschließlich Leistungsprüfungen, sowie in der Freizeit, bei der Reiter- und Fachausbildung, aber auch in der Land- und Forstwirtschaft unter den Aspekten des Tierschutzes zu stellen sind. Sie enthalten insbesondere Aussagen zu folgenden Sachverhalten:

- Umgang mit Pferden bei Ausbildung und Nutzung, darunter das Verhalten in Bezug auf Nutzen und Schaden für den Organismus, die ausreichende Bewegung des Pferdes, das normale Verhalten als Fluchttier und die Anforderungen an seine Umgebung als Herdentier;
- Wissen und Einfühlungsvermögen des Menschen, darunter das Vertrauen des Tieres zum Menschen und der Mensch als Partner des Pferdes, die Verständigung zwischen Mensch und Pferd durch Hilfen, die Art der Hilfen, das Lernen durch Belohnung und die Strafen als Ausnahmen;
- Ausbildung und Training, darunter das Ziel der Ausbildung, der sinnvolle Aufbau der Ausbildung und des Trainings, das pferdegemäße Haltungsumfeld;
- Ausbildungsbeginn, darunter die allgemeine Erziehung des Pferdes, beginnend beim Fohlen, Ausführungen zum Mindestalter für Ausbildung und Einsatz des Pferdes, die Ausbildung zum vorgesehenen Nutzungszweck;
- Wettbewerbseinsatz und weiterführende Ausbildung, darunter Ausführungen zur Begrenzung der Wettbewerbseinsätze und Gewährung von Erholungszeiten;
- Gesundheitszustand bei der Nutzung der Pferde, darunter die ständige Erreichbarkeit des Tierarztes bei Wettbewerben, Verfassungsprüfungen;
- erforderliche Maßnahmen bei Stürzen und Verweigerungen, darunter Herausnahme des Pferdes aus dem Wettbewerb bei schweren Stürzen oder Verletzungen, Verbot des bewußten Hineinreitens in Hindernisse;
- Ausrüstung und Geräte, darunter die Ausrüstung von Pferd und Reiter und ihre Anwendung, die Zäumung des Pferdes, die Anwendung von Zügelhilfen und Sporen, Peitschen und Gerten, die Aufzählung unerlaubter Hilfsmittel;
- Doping, darunter Doping im Sinne des Tierschutzgesetzes, Hinweis auf verbandsrechtliche Regelungen, Entnahme von Dopingproben.

Zum Mindestalter der Pferde beim ersten Wettbewerbseinsatz gibt es bisher keinen allgemeinen Konsens. Einigkeit besteht jedoch, daß die in den Regelwerken der Verbände festgelegten Mindestalter für den ersten Wettbewerbseinsatz nicht unterschritten werden dürfen.

Von allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Tierschutz und Pferdesport“ wird der Vorschlag der Deutschen Tierärzteschaft und des Direktoriums für Vollblut- und Rennen e. V. unterstützt, alle Rennpferde vor dem ersten Start auf der Grundlage eines ausführlichen Untersuchungsprotokolls auf ihre aktuelle

Eignung oder Nichteignung für den Renneinsatz tierärztlich begutachten zu lassen.

Es ist vorgesehen, nach Vorliegen ausreichender Erfahrungen weitere Schlußfolgerungen, gegebenenfalls auch für andere Pferdesportarten, zu ziehen.

Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe „Tierschutz und Pferdesport“ stimmten folgenden Schlußbemerkungen zu:

„Diese Leitlinien sind das Ergebnis des Bemühens aller an dieser Arbeit Beteiligten – BML, Verbände, Ländervertreter und anderer Sachverständiger –, zu einvernehmlichen Feststellungen zu kommen. Es liegt auf der Hand, daß zu einzelnen Fragen abweichende oder weitergehende Auffassungen bestehen. Der vorliegende Text repräsentiert den Diskussionsstand zum Tierschutz im Pferdesport vom 1. November 1992. Nach jeweiligem Abschluß

wissenschaftlicher Untersuchungen zu den noch offenstehenden Fragen und nach Vorliegen weiterer Erfahrungen aus der Praxis werden die Leitlinien fortgeschrieben.“

Ausführlich dargestellt wurden die Leitlinien in der AID-Information, Arbeitsunterlagen für Berufsbildung und Beratung, 42. Jahrgang, Nr. 8, vom 2. Februar 1993 sowie in der Tierärztlichen Umschau Nr. 48/1993.

Mit wissenschaftlichen Untersuchungen zur Belastung von Sportpferden in unterschiedlichen Trainingsstadien wurde 1994 im Institut für Tierzucht und Tierverhalten der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) begonnen. Vorliegende Daten werden nun zusammengestellt und analysiert. Weitere wissenschaftliche Untersuchungen werden derzeit vorbereitet.

VIII. Ausbildung von Jagdhunden

Es besteht Einigkeit darüber, daß brauchbare Jagdhunde für die weidgerechte Durchführung der Jagd auch unter Tierschutzgesichtspunkten unerläßlich sind. Wie zur Wasserarbeit brauchbare Jagdhunde auszubilden sind, insbesondere ob hierbei lebende Enten eingesetzt werden sollen, ist weiter umstritten.

Während bei den Jagdeignungs- oder Jagdgebrauchshundeprüfungen die Hunde nicht an der lebenden Enten geprüft werden, sehen bestimmte verbandsinterne Zuchtprüfungen vor, daß die Hunde zur Wasserarbeit auch hinter zu diesem Zweck flugunfähig gemachten lebenden Enten ausgebildet und geprüft werden.

Offensichtlich ist, daß den zur Ausbildung von Jagdhunden eingesetzten lebenden Enten häufig Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Entscheidend für die tierschutzrechtliche Beurteilung dieser Methode durch die nach Landesrecht zuständigen Behörden ist die Frage, ob hierzu ein die Rechtswidrigkeit ausschließender vernünftiger Grund vorliegt. Diese Frage ist zu verneinen, sofern andere adäquate Methoden zur Hundeausbildung vorliegen und sich diese unter Praxisbedingungen bewährt haben.

Das Schöffengericht Stolzenau hat am 14. Januar 1993 entschieden, daß die Ausbildung von Jagdhunden hinter zu diesem Zweck flugunfähig gemachten lebenden Enten keinen Straftatbestand im Sinne des § 17 des Tierschutzgesetzes darstelle, da derzeit andere Ausbildungsmethoden noch nicht genügend erprobt oder nicht genügend praktikabel seien. Das Oberlandesgericht Celle hat nach Sprungrevision in seinem rechtskräftigen Urteil vom 12. Oktober 1993 – 2 Ss 147/93 – das Urteil des Schöffengerichts bestätigt.

Den Belangen des Tierschutzes kann von den nach Landesrecht zuständigen Behörden im Rahmen des Gesetzesvollzugs Rechnung getragen werden.

Nach Mitteilung der Länder wird derzeit wie folgt verfahren:

In den Stadtstaaten werden keine Hunde zur Wasserarbeit hinter der lebenden Ente ausgebildet oder geprüft; in Hessen und Nordrhein-Westfalen ist diese Ausbildungs- und Prüfungsmethode per Erlaß verboten, wobei in Nordrhein-Westfalen eine Alternativmethode zur Ausbildung und Prüfung entwickelt worden ist, bei der auf die Verwendung der lebenden Ente verzichtet werden kann. In Rheinland-Pfalz bestehen Zweifel, ob die Ausbildung und Prüfung von Jagdhunden unter Verwendung lebender Enten mit den Bestimmungen des Tierschutzgesetzes vereinbar ist.

In den übrigen Ländern haben die für das Sachgebiet „Tierschutz“ zuständigen obersten Landesbehörden mit den jeweiligen Landesjagd- und Hundezuchtverbänden öffentlich-rechtliche Vereinbarungen getroffen. In einigen Ländern sind solche Vereinbarungen noch in Vorbereitung. In diesen Vereinbarungen ist auch die Verwendung lebender Enten vorgesehen, wobei jedoch durch geeignete Rahmenbedingungen, wie etwa die Wahl geeigneter Gewässer, Verwendung ausgewachsener wassergewohnter Enten, Flugunfähigmachung durch Anbringen von Papiermanschetten, Begrenzung der Zahl der verwendeten Enten und Zulassungsbeschränkung für Hunde, Belangen des Tierschutzes Rechnung getragen wird. Durch amtstierärztliche Aufsicht der Ausbildung und Prüfung wird die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen sichergestellt.

IX. Eingriffe nach § 6 des Tierschutzgesetzes (soweit nicht bei der Tierhaltung beschrieben)

§ 6 des Tierschutzgesetzes regelt das Amputieren von Körperteilen und das vollständige oder teilweise Entnehmen oder Zerstören von Organen oder Geweben eines Wirbeltieres. Ausnahmen vom Amputationsverbot sind neben den unter III. (Halten von Tieren) beschriebenen Fällen vorgesehen, wenn der Eingriff nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Tierschutzgesetzes im Einzelfall nach tierärztlicher Indikation geboten ist oder wenn er nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes im Einzelfall für die Nutzung des Tieres, ausgenommen eine Nutzung für Tierversuche, unerlässlich ist und tierärztliche Bedenken nicht entgegenstehen.

Eingriffe, die der Kennzeichnung von Tieren dienen, werden unter Tierschutzgesichtspunkten vermehrt hinterfragt. Aufgrund eines Beschlusses des Amtsgerichts Kehl (2DF 150/92) wird vor allem die Zulässigkeit des Brennens von Pferden in Zweifel gezogen. Demgegenüber kommt die V. Große Strafkammer des Landgerichts Freiburg in ihrem Beschluß vom 8. Februar 1995 (VQs 44/94) zu dem Ergebnis, daß im fachgerechten Anbringen eines Kennzeichens auf dem Schenkel eines Pferdes mittels eines Brenneisens kein Verstoß gegen § 17 Nr. 2 Buchstabe b des Tierschutzgesetzes liege. In der Begründung führt das Gericht insbesondere aus, daß es derzeit nicht erwiesen sei, daß den Tieren durch das Brennen länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden zugefügt werden.

Bei der heimischen Stör-Zucht können weibliche Fische nicht natürlich ablaichen; hier müssen die Eier durch eine operative Bauchhöhleneröffnung (Laparotomie) gewonnen werden. Nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des

Tierschutzgesetzes darf ein mit Schmerzen verbundener Eingriff an einem Wirbeltier – also auch bei Fischen – nicht ohne Betäubung vorgenommen werden. Eine Laparotomie ist immer ein schmerzhafter Eingriff. Die Betäubung eines „wechselwarmen“ Wirbeltieres darf – vorbehaltlich arzneimittel- und lebensmittelrechtlicher Bestimmungen – auch von Nichttierärzten vorgenommen werden, da § 5 Abs. 1 Satz 2 des Tierschutzgesetzes nur für warmblütige Tiere anzuwenden ist. Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Tierschutzgesetzes ist auch schon das teilweise Zerstören von Geweben eines Wirbeltieres vorbehaltlich der Ausnahmen nach Satz 2 verboten. Bei der Laparotomie wird Gewebe teilweise zerstört. Der Eingriff kann bei Stören jedoch für die vorgesehene Nutzung unerlässlich sein im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes. Nach § 6 Abs. 1 Satz 3 des Tierschutzgesetzes sind Eingriffe nach § 6 Abs. 2 Nr. 2 durch einen Tierarzt vorzunehmen.

Eingriffe nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 des Tierschutzgesetzes (Entnehmen von Organen oder Geweben zum Zwecke der Transplantation oder des Anlegens von Kulturen oder zur Untersuchung isolierter Organe, Gewebe oder Zellen) unterliegen unter anderem der Anzeigepflicht entsprechend § 8 a Abs. 1 des Tierschutzgesetzes.

Werden Organe oder Gewebe von einem Tier entnommen, das vorbehandelt wurde, handelt es sich um einen Teil eines Tierversuchs im Sinne des § 7 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes, wenn die Vorbehandlung der Tiere Versuchszwecken dient und mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sein kann.

X. Transport von Tieren

Insbesondere im Bereich der Schlachttiertransporte besteht nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Mißstände, über die in den Medien immer wieder berichtet wird, dürfen nicht geduldet werden. Tieren gebührt eine verantwortungsbewußte und tierschutzgerechte Behandlung von der Haltung über den Transport bis zur Schlachtung. Die Tatsache, daß die besonders schlimmen Mißstände meist außerhalb unserer Grenzen festgestellt wurden, verdeutlicht, wie notwendig hier internationale sowie supranationale Vorschriften sind.

Selbstverständlich wäre es im Sinne des Tierschutzes besser, die Tiere jeweils im Herkunftsland zu schlachten und dann das Fleisch in die Bestim-

mungsländer zu transportieren. Bemühungen der Bundesregierung in dieser Richtung haben jedoch bisher noch nicht zum Ziel geführt. Von den betroffenen Staaten wird geltend gemacht, daß die notwendigen und den strengen Hygienevorschriften der EU entsprechenden Schlacht- und Kühlkapazitäten nicht in ausreichendem Maße vorhanden seien. Außerdem verlangten die Besonderheiten des Marktes in einigen Ländern die Vermarktung lebender Schlachttiere.

Der immer wieder vorgetragenen Anregung, Schlachttiere möglichst nur bis zum nächstgelegenen Schlachthof zu transportieren, kann nicht gefolgt werden, da es nicht möglich ist, rechtsverbindlich vorzuschrei-

ben, daß Schlachttiere in jedem Falle dem nächstgelegenen Schlachthof zugeführt werden müssen. Aus Wettbewerbs- und Praktikabilitätsgründen ist hier ein gewisser Spielraum erforderlich.

Die mit dem Transport verbundene plötzliche Änderung der Umweltfaktoren stellt für die meisten Tiere eine große Belastung dar.

Die Beförderung führt in der Regel zu

- Trennung von vertrauten Pflegern, Artgenossen und Stallungen,
- ungewohnten Belastungen beim Be- und Entladen,
- Einschränkung der Bewegungsmöglichkeit,
- Rangauseinandersetzungen mit unbekannten Artgenossen,
- unregelmäßiger Fütterung, Tränke und Pflege.

Daher muß darauf geachtet werden, daß den Tieren keine vermeidbaren Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden.

Das Europäische Übereinkommen vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport enthält umfassende, völkerrechtlich verbindliche Bestimmungen für den grenzüberschreitenden Transport von Tieren.

Einhufer sowie Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine sind, bevor sie für internationale Transporte verladen werden, von einem amtlichen Tierarzt des Versandlandes zu untersuchen, der festzustellen hat, ob sie transportfähig sind. Der amtliche Tierarzt stellt ein Zeugnis aus, in dem die Identität der Tiere, ihre Transportfähigkeit und das Transportmittel sowie die Art des verwendeten Fahrzeugs angegeben wird. Die Tiere müssen über angemessenen Raum verfügen und, sofern nicht besondere Verhältnisse Gegenteiliges erfordern, sich niederlegen können. Die Tiere müssen unter den vom amtlichen Tierarzt gebilligten Bedingungen verladen werden. Während des Transports sind die Tiere in angemessenen Zeitabständen mit Wasser und geeignetem Futter zu versorgen. Die Tiere dürfen dabei in der Regel nicht länger als 24 Stunden ohne Futter und Wasser bleiben.

Das Übereinkommen enthält in differenzierter Form Vorschriften über den Transport von

- Einhufern und Tieren der Gattung Rind, Schaf, Ziege und Schwein, soweit sie Haustiere sind,
- Hausgeflügel und Hauskaninchen,
- Haushunden und Hauskatzen,
- anderen Säugetieren und Vögeln sowie von
- kaltblütigen Tieren.

Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses Übereinkommen 1973 ratifiziert (Gesetz vom 12. Juli 1973 – BGBl. 1973 II S. 721). Vertragsparteien sind alle EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Norwegen, Rumänien, Rußland, die Schweiz, die Türkei und Zypern.

Da die Bestimmungen des Übereinkommens nicht in allen Bereichen genügend präzise sind, mußten in Ergänzung hierzu insbesondere international aner-

kannte Zahlen über den Platzbedarf der jeweiligen Tierarten erarbeitet werden.

Seit 1987 wurden beim Europarat Empfehlungen für den Transport von Pferden, Schweinen, Rindern, Schafen, Ziegen sowie Geflügel ausgearbeitet und von den Ministerbeauftragten verabschiedet. Diese Texte wurden in deutscher Übersetzung den zuständigen obersten Landesbehörden sowie den betroffenen Wirtschaftskreisen übermittelt.

Diese Empfehlungen sind hinsichtlich der betroffenen Tierarten an die Stelle der drei Gutachten (Gutachten über den tierschutzgerechten Transport von Tieren vom 16. September 1975, Gutachten über den tierschutzgerechten Transport von Tieren auf dem Seewege und Gutachten über den tierschutzgerechten Transport von Tieren auf dem Luftwege, beide vom 11. Dezember 1979) getreten, die seinerzeit im Auftrag des BML erstellt worden sind, und die bisher den betroffenen Wirtschaftskreisen, den Behörden sowie den Gerichten als Orientierung dienten.

Auf Initiative Niedersachsens wurden 1990 von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe Hinweise zum Tierschutz erarbeitet, die bei den für Drittlandsimporte erforderlichen tierseuchenrechtlichen Einfuhrgenehmigungen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus wurde sowohl den Transporteuren als auch den Überwachungsbehörden geeignetes Informationsmaterial an die Hand gegeben.

Das Europäische Übereinkommen vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport ist durch die Richtlinie 77/489/EWG des Rates vom 18. Juli 1977 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (ABl. EG Nr. L 200 S. 10) sowie durch die Richtlinie 81/389/EWG des Rates vom 12. Mai 1981 zur Festlegung von Maßnahmen für die Durchführung der Richtlinie 77/489/EWG über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (ABl. EG Nr. L 150 S. 1) weiter konkretisiert und für die Mitgliedstaaten verbindlich geworden.

Im November 1991 hat der Agrarministerrat die Richtlinie 91/628/EWG über den Schutz von Tieren beim Transport sowie zur Änderung der Richtlinien 90/425/EWG und 91/496/EWG (ABl. EG Nr. 340 S. 17) – Transportrichtlinie – verabschiedet. Die Richtlinien 77/489 und 81/389/EWG sind mit dem Wirksamwerden des Binnenmarktes (1. Januar 1993) außer Kraft getreten.

Die Transportrichtlinie unterwirft auch die tierschutzrechtlichen Kontrollen den in den einschlägigen Veterinärkontrollrichtlinien (Richtlinien 89/608/EWG, 90/425/EWG und 91/496/EWG) niedergelegten Grundsätzen.

Nach Artikel 8 der Transportrichtlinie tragen die Mitgliedstaaten dafür Sorge, daß die zuständigen Behörden gemäß den in der Richtlinie 90/425/EWG für die Kontrollen festgelegten Grundsätzen und Regeln die Einhaltung der Anforderungen der vorliegenden Richtlinie durch folgende nichtdiskriminierende Kontrollen gewährleisten:

- a) Kontrollen von Transportmitteln und Tieren bei der Ankunft am Bestimmungsort;

b) Kontrollen von Transportmitteln und Tieren auf Märkten, an Versandorten sowie an Aufenthalts- und Umladeorten;

c) Kontrollen der Angaben auf den Begleitdokumenten.

Ferner können auch während des Transports der Tiere Kontrollen im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats vorgenommen werden, wenn der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats Informationen vorliegen, die einen Verstoß vermuten lassen.

Darüber hinaus wird klargestellt, daß Kontrollen, die in nichtdiskriminierender Weise von den allgemeinen Ordnungskräften im Rahmen ihrer Aufgaben vorgenommen werden, von der Transportrichtlinie unberührt bleiben.

Wie im übrigen Veterinärbereich werden somit die durchzuführenden Kontrollen im wesentlichen am Versandort sowie am Empfangsort durchgeführt.

Durch den Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen werden zeitliche Verzögerungen im innergemeinschaftlichen Tiertransport vermieden.

Für Einfuhren aus Drittländern wird ein einheitliches Außenregime festgelegt. An Drittlandsgrenzen sind auch weiterhin systematische Kontrollen durchzuführen.

Die Einfuhr von Tieren aus Drittländern in die EU ist nach Artikel 11 der Transportrichtlinie nur zulässig, wenn sich der Verantwortliche schriftlich zur Einhaltung der Anforderungen der Richtlinie verpflichtet und nachweisen kann, daß er die notwendigen Vorkehrungen getroffen hat. Für den Einführer gelten nach Passieren der EU-Außengrenze die gleichen personellen, sachlichen und sonstigen Bestimmungen wie für jeden innergemeinschaftlichen Transport.

Die Transportrichtlinie schreibt vor, daß bei Einfuhren aus Drittländern die Richtlinie 91/496/EWG (Veterinärkontrollen Drittland) insbesondere hinsichtlich der Durchführung der Kontrollen und der sich daran anschließenden Maßnahmen anwendbar ist. Hieraus ergeben sich insbesondere folgende Verpflichtungen:

- der Einführer muß dem Veterinärpersonal der Grenzkontrollstelle, der die Tiere gestellt werden sollen, einen Werktag im voraus Menge und Art der Tiere sowie den Zeitpunkt mitteilen, an dem die Tiere voraussichtlich eintreffen;
- Tiertransporte dürfen die Grenzstation erst verlassen, nachdem die tierschutzrechtliche Grenzkontrolle abgeschlossen ist;
- Tiere, die nicht transportfähig sind, dürfen nicht in die Gemeinschaft verbracht werden.

Für den Fall, daß bei Drittlandsgrenzkontrollen festgestellt wird, daß die Vorschriften der Gemeinschaft nicht eingehalten worden sind, gibt die Richtlinie 91/496/EWG der zuständigen Behörde einen umfassenden Maßnahmenkatalog an die Hand.

So kann die zuständige Behörde nach Anhörung des Einführers oder seines Vertreters folgende Maßnahmen anordnen:

- die Unterbringung, Fütterung oder Tränkung und, falls erforderlich, die Pflege der Tiere oder
- die Rücksendung des betreffenden Transportes, sofern hiergegen keine gesundheitlichen Bedenken oder Bedenken im Hinblick auf den erforderlichen Schutz von Tieren bestehen.

Ist auf Grund tierschutzrechtlicher Erwägungen eine Rücksendung der Tiere nicht möglich, kann der amtliche Tierarzt nach Schlachtieruntersuchung die Schlachtung der Tiere genehmigen oder die Tötung der Tiere und gegebenenfalls deren unschädliche Beseitigung anordnen.

Der Agrarministerrat hat mit der Richtlinie 95/29/EG des Rates vom 29. Juni 1995 zur Änderung der Richtlinie 91/628/EWG über den Schutz von Tieren beim Transport (ABl. EG Nr. L 148 S. 52) – im folgenden Änderungsrichtlinie genannt – nach langwierigen und sehr intensiven Beratungen Detailbestimmungen zur Regelung des Tiertransportes verabschiedet. Hierbei waren bis zuletzt die Regelungen über einzuhalten Fütterungs-, Tränk- und Ruheintervalle für Pferde, Rinder, Schafe, Ziegen und Schweine (Nutztiere), umstritten.

Die vorliegende Änderungsrichtlinie, deren Umsetzungsfrist in nationales Recht am 31. Dezember 1996 abgelaufen ist, enthält insbesondere folgende wichtige Regelungen:

- Innerhalb der Europäischen Union wird grundsätzlich der Tiertransport von Nutztieren auf Straße, Schiene und Seeweg auf acht Stunden begrenzt. Anschließend müssen die Tiere entladen, gefüttert und getränkt werden. Eine Fortsetzung des Transports ist dann erst nach einer Ruhepause von mindestens 24 Stunden zulässig.
- Die Mitgliedstaaten dürfen in Normalfahrzeugen durchgeführte Schlachtiertransporte, die in dem betreffenden Mitgliedstaat beginnen und dort enden, absolut auf acht Stunden beschränken; solche Transporte dürfen danach nicht mehr fortgesetzt werden.
- Ein länger als acht Stunden dauernder Transport von Nutztieren ist nur in Spezialfahrzeugen zulässig, die folgende Anforderungen erfüllen:
 - der Boden muß ausreichend eingestreut sein,
 - eine ausreichende und angemessene Futtermenge muß mitgeführt werden,
 - direkter Zugang zu den Tieren muß möglich sein,
 - eine angemessene Belüftungseinrichtung muß vorhanden sein,
 - eine Anschlußmöglichkeit an die Wasserversorgung bei Fahrtunterbrechungen muß verfügbar sein und
 - bei Fahrzeugen, die für den Transport von Schweinen verwendet werden, muß zum Tränken der Tiere während des Transports ausreichend Wasser mitgeführt werden.

In solchen Spezialfahrzeugen ist eine Beförderung auch über einen längeren Zeitraum zulässig. Hierbei sind folgende Zeitabstände für das Tränken und Füttern sowie Fahrt- und Ruhezeiten einzuhalten:

- Jungtieren ist nach einem Transport von neun Stunden eine einstündige Ruhepause zu gewähren, während der sie getränkt und gefüttert werden müssen. Nach dieser Ruhepause kann der Transport für weitere neun Stunden fortgesetzt werden.
- Schweine und Pferde können für eine maximale Dauer von 24 Stunden transportiert werden. Beim Transport von Schweinen muß eine ständige Versorgung mit Wasser gewährleistet sein; Pferde müssen alle acht Stunden getränkt und gefüttert werden.
- Die übrigen Nutztiere (Rinder, Schafe und Ziegen) müssen nach einem Transport von 14 Stunden eine einstündige Ruhepause erhalten, damit sie getränkt werden können. Danach kann der Transport für weitere 14 Stunden fortgesetzt werden.

Nach einem solchen Transport in Spezialfahrzeugen müssen die Tiere entladen, gefüttert und getränkt werden sowie eine Ruhepause von 24 Stunden erhalten; erst dann darf der Transport in Spezialfahrzeugen fortgesetzt werden.

- Tiertransportunternehmen benötigen künftig eine tierschutzrechtliche Erlaubnis. Dieser Erlaubnisvorbehalt gilt grundsätzlich auch für Transporteure aus Drittländern. Das Personal, das mit den Tieren umgeht, muß die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten nachweisen. Tiertransportunternehmen werden künftig strengen Kontrollen unterworfen. Tiertransporte dürfen dann auch während der Fahrt angehalten und kontrolliert werden; bisher waren hier lediglich Verdachtskontrollen zulässig.
- Vor Beginn eines über acht Stunden dauernden grenzüberschreitenden Nutztiertransports muß ein Transportplan erstellt und der zuständigen Behörde vorgelegt werden, aus dem die Fahrtroute, die Ruhezeiten und die Möglichkeit zum Füttern und Tränken der Tiere hervorgehen müssen. Während des Transports müssen insbesondere die erforderlichen Angaben über das Ruhen, Tränken und Füttern der Tiere in den Transportplan eingetragen werden. Der vollständig ausgefüllte Transportplan muß nach Abschluß des Transports der zuständigen Behörde zur Kontrolle vorgelegt werden.
- Bei der Ausfuhr von Tieren in Drittländer werden Transporte, die bis zum Erreichen der EU-Außengrenze bereits länger als acht Stunden unterwegs waren, beim Verlassen des Gemeinschaftsgebietes nochmals von amtlichen Tierärzten kontrolliert.
- In Anlehnung an die auf Grund des Europäischen Übereinkommens vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport erlassenen Empfehlungen für den Transport von Tieren werden präzise Vorschriften an die einzuhaltenden Ladedichten festgelegt.

- Bei Verstößen gegen Bestimmungen der EG-Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten die festgestellten Mißstände abstellen, Strafverfahren einleiten und gegebenenfalls die Erlaubnis für den Transport von Tieren entziehen. Die Mitgliedstaaten sind auch verpflichtet, bei der Ahndung von Verstößen gegenseitig Amtshilfe zu leisten.
- Exporterstattungen sollen künftig nur ausgezahlt werden, wenn die Tiere in gutem Zustand am Bestimmungsort angekommen sind. Beauftragte der Kommission sollen die Einhaltung der EG-rechtlichen Vorschriften auch in Drittländern überwachen.

Nach Artikel 13 der Änderungsrichtlinie obliegt es der Kommission, dem Rat

vor dem 30. Juni 1996 einen Vorschlag mit Kriterien, denen Aufenthaltsorte zum Versorgen, Abladen und Unterbringen der Tiere während eines Transportes entsprechen müssen,

und

vor dem 31. Dezember 1995 einen Vorschlag mit Vorschriften, denen Transportmittel entsprechen müssen,

vor dem 31. Dezember 1999 einen Bericht über die Erfahrungen der Mitgliedstaaten seit der Umsetzung dieser Richtlinie sowie gegebenenfalls Vorschläge, über die der Rat mit qualifizierter Mehrheit befindet,

vorzulegen.

Die Kommission hat am 17. Dezember 1996 einen Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Festlegung von Mindestanforderungen für bestimmte Aufenthaltsorte vorgelegt. Hierin ist vorgesehen, daß Aufenthaltsorte zur Versorgung von Nutztieren während des Transports von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zugelassen werden müssen, sofern die Kriterien des Anhangs über einzuhaltende seuchenrechtliche, baulich-technische und betriebliche Anforderungen eingehalten sind.

Darüber hinaus hat die Kommission den Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 91/628/EWG betreffend den Transportplan unterbreitet, der die Ergänzung des bestehenden Transportplanes um genaue Angaben über das Ab- und Beladen sowie das Versorgen der Tiere vorsieht. Zudem müssen eventuelle Abweichungen von dem Transportplan begründet werden.

Bedauerlicherweise hat die Kommission den Vorschlag über Spezialfahrzeuge trotz wiederholten Anhaltens noch immer nicht vorgelegt. Eine möglichst baldige Verabschiedung dieser Regelungen ist besonders dringlich. Ohne die wichtigen Detailbestimmungen besteht bei der betroffenen Wirtschaft Planungsunsicherheit, und es ist zu befürchten, daß Kernelemente des im Juni 1995 beschlossenen Tiertransportkompromisses nicht EG-einheitlich vollzogen werden können.

Damit Bedienstete oder Beauftragte der Kommission an Bestimmungsorten in Drittländern zumindest Stichprobenkontrollen durchführen können und Transporteure Versorgungsstationen einrichten und

betreiben können, müssen zudem mit den betroffenen Staaten entsprechende völkerrechtliche Verträge abgeschlossen werden. In einem harmonisierten Bereich – wie dem des Tiertransportes – ist dies Aufgabe der Kommission, da sie in harmonisierten Bereichen die Außenvertretung innehat.

In Umsetzung der EG-Transportrichtlinie wurde im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine umfassende Tierschutztransportverordnung vorbereitet, der der Bundesrat am 31. Januar 1997 zugestimmt hat. Mit diesem Rechtsetzungsvorhaben werden die vorliegenden EG-rechtlichen Bestimmungen in nationales Recht umgesetzt sowie die bisher geltenden nationalen tierschutzrechtlichen Transportbestimmungen abgelöst, zusammengefaßt und aktualisiert.

Hierbei werden die vorliegenden Regelungen EG-konform umgesetzt. Von der EG-rechtlich eingeräumten Möglichkeit, den innerdeutschen Schlachtiertransport in Normalfahrzeugen absolut auf höchstens acht Stunden zu beschränken, wird Gebrauch gemacht werden.

Da für den tierschutzgerechten Transport von Tieren besondere Kenntnisse erforderlich sind, ist in die Verordnung eine spezielle Sachkunderegelung vorgesehen. Nach einer angemessenen Übergangszeit muß dann jeder im Inland ansässige gewerbliche Beförderer dafür sorgen, daß ein Transport von einer entsprechend sachkundigen Person durchgeführt oder begleitet wird. Der Rahmen für die Ausstellung der Sachkundebescheinigung sowie die für die Erteilung der Sachkundebescheinigung notwendigen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten werden in der Verordnung festgelegt. Der Ausschuß für Tierschutz der Arbeitsgemeinschaft der leitenden Veterinärbeamten der Länder (ArgeVet) hat sich bereits im Vorfeld des Erlasses der Tierschutztransportverordnung auf ein einheitliches Verwaltungsverfahren sowie die gegenseitige Anerkennung der Sachkundebescheinigungen verständigt.

Mit der Verordnung wird der Transport von Tieren umfassend geregelt. Die Verordnung gilt grundsätz-

lich für den Transport aller Tiere, außer für Transporte von Tieren im privaten Rahmen. Für kurze Transporte (bis zu 50 km) außerhalb des gewerblichen Bereichs finden lediglich die allgemeinen Vorschriften der Verordnung Anwendung.

Die bisher geltenden drei nationalen Transportverordnungen

- Verordnung zum Schutz von Tieren beim grenzüberschreitenden Transport,
- Verordnung zum Schutz von Tieren bei der Beförderung in Behältnissen,
- Verordnung zum Schutz kranker oder verletzter Tiere vor Belastungen beim Transport

werden durch die Verordnung abgelöst, wobei deren materielle Inhalte – im Hinblick auf neue Erkenntnisse sowie insbesondere die Vollendung des EG-Binnenmarktes aktualisiert – in die Verordnung übernommen werden.

Zur Vermeidung unbilliger Härten werden für bestimmte Vorschriften angemessene Übergangsfristen eingeräumt, damit der Rechtsunterworfenen die Möglichkeit hat, sich auf die Anforderungen der Verordnung einzustellen.

Die Verordnung soll nun umgehend verkündet werden.

Die Bundesregierung hat zur Problematik „Tiertransporte in der Europäischen Union“ eine Kleine Anfrage beantwortet (siehe Drucksache 13/6448).

Auch in Zukunft müssen die entsprechenden Rechtsvorschriften weiterentwickelt werden. Es gilt, Lösungen zu finden, die einerseits den Anforderungen des Tierschutzes gerecht werden, andererseits aber nicht zu unverhältnismäßigen Beschränkungen im Binnenmarkt führen.

Darüber hinaus führt die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) im Hinblick auf die Verbesserung von Tiertransporten verhaltensphysiologische Untersuchungen zur Transportbelastung von Kälbern durch.

XI. Tierverluste durch den Straßenverkehr

Neben vielen Heimtieren (Hunde und Katzen) fallen leider in zum Teil erheblicher Zahl auch Wildtiere (Rehe, Hasen, Igel usw.) dem Straßenverkehr zum Opfer. Im Jahr 1995 wurden alleine bei Verkehrsunfällen, die aufgrund von Personenschäden erfaßt wurden, 4 242 Tiere getötet. Diese bedauerliche Entwicklung wird meist durch unangepaßte Fahrweise und mangelnde Rücksichtnahme einzelner Kraftfahrer verursacht. Solche Verluste müssen aus tier- und naturschutzrechtlicher Sicht vermieden werden.

Deswegen, aber auch um die am Straßenverkehr teilnehmenden Menschen nicht zu gefährden, appelliert

die Bundesregierung nachdrücklich an die Kraftfahrer, ihre Geschwindigkeit so einzurichten, daß weder Mensch noch Tier zu Schaden kommen.

Das Tierschutzgesetz enthält keine Rechtsgrundlage, aus Tierschutzgründen regelnd in das Straßenverkehrsrecht einzugreifen. Die notwendigen Bestimmungen werden hier ausschließlich in der Straßenverkehrsordnung, für die das Bundesverkehrsministerium zuständig ist, getroffen.

Hier gibt es eine Reihe von Verkehrszeichen, die auf bestimmte Gefährdungen durch Tiere (Wildtie-

re, landwirtschaftliche Nutztiere) bzw. Rücksichtnahme auf Tiere durch angepaßte Fahrweise hinweisen.

Darüber hinaus wurden bereits an vielen Verkehrswegen durch verschiedene technische oder bauliche Einrichtungen (wie zum Beispiel Wildzäune, Wildreflektoren, Fahrbahnunterführungen) Vorkehrungen zum Schutz der Tiere getroffen.

In besonderen Situationen, zum Beispiel bei Krötenwanderungen, werden besondere Schutzmaßnahmen ergriffen, bisweilen Straßen gesperrt und der Verkehr dann umgeleitet.

Letztlich muß jedoch immer wieder an die Kraftfahrer appelliert werden, ihrer Verantwortung gegenüber Mensch und Tier gerecht zu werden, damit diese im Straßenverkehr nicht verletzt oder getötet werden.

XII. Betäuben, Schlachten und Töten von Tieren

1 Zum Begriff des „vernünftigen Grundes“

Nach seiner Zweckbestimmung in § 1 Satz 1 schützt das Tierschutzgesetz nicht nur das Wohlbefinden des Tieres, sondern auch dessen Leben. Satz 2 verbietet, Tieren ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zuzufügen. Bei einheitlicher Betrachtungsweise beider Sätze des § 1 des Tierschutzgesetzes ergibt sich, daß ein Tier nur bei Vorliegen eines vernünftigen Grundes getötet werden darf. Verstöße hiergegen können nach § 17 mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe geahndet werden.

Eine Legaldefinition des Begriffs „vernünftiger Grund“ gibt es nicht. Der Gesetzgeber bedient sich hier zur Beschreibung seiner Ziele eines unbestimmten Rechtsbegriffs, da die vielfältigen Vorgänge der Lebenswirklichkeit nicht umfassend und abschließend dargestellt werden können. Zudem kann durch die offene Tatbestandsformulierung das Tierschutzrecht durch Auslegung und Rechtsprechung weiterentwickelt und gesellschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden, ohne daß eine Gesetzesänderung erforderlich wäre.

Ein vernünftiger Grund kann dann gegeben sein, wenn der mit der Tötung verfolgte Zweck, die die Handlung auslösenden Umstände und die Wahrscheinlichkeit des Erfolgeintritts die Handlung des Täters erforderlich machen. Diese auf den ersten Blick eher abstrakten Kriterien sind inzwischen durch gerichtliche Entscheidungen und Bearbeitungen in der Literatur konkretisiert worden (siehe zum Beispiel zum vernünftigen Grund beim Fangen von Fischen XIII.).

Beispielsweise kann ein vernünftiger Grund im Einzelfall dann vorliegen, wenn ein krankes Tier nur durch eine langwierige und schmerzhaft Behandlung überleben würde. Bei erheblichen, nicht zu lindernden Schmerzen oder Leiden kann sogar eine Verpflichtung zur Tötung eines Tieres bestehen, da nach allgemeiner Anschauung der Schutz des Wohlbefindens eines Tieres über den Schutz seines Lebens gestellt wird.

Unter Umständen kann zum Beispiel auch eine Tötung überzähliger Welpen gerechtfertigt sein, deren Aufzucht die Mutter in einem aus der Sicht des Tierschutzes nicht vertretbaren Maß belasten würde.

Dies setzt allerdings voraus, daß sich andere Alternativen (zum Beispiel die Ammenaufzucht) als undurchführbar erwiesen haben. Eine Tötung nur aufgrund des Auftretens rasseunerwünschter Merkmale ist nicht gerechtfertigt. Insgesamt muß vom Tierhalter verlangt werden, daß er geeignete Vorsorgemaßnahmen zur Verhinderung unerwünschten Tiernachwuchses ergreift.

Bei nachgewiesener Bissigkeit oder Aggressivität gegenüber Menschen oder Tieren kann unter Umständen die Tötung eines Tieres gerechtfertigt sein.

Aus Artenschutzgründen werden in Zoos zunehmend nur solche Tierarten gehalten, die in wissenschaftlich begleiteten Arterhaltungsprogrammen gezüchtet werden. Hierbei muß eine Vereinheitlichung der Population vermieden und eine möglichst hohe genetische Adaptationsfähigkeit erhalten werden. Dies ist Voraussetzung für die spätere Wiedereinbürgerung in freier Wildbahn ausgestorbener Arten oder die Stützung gefährdeter Wildbestände. Die Maßnahmen zur Bewahrung größtmöglicher genetischer Variabilität bei gleichzeitig stabiler Populationsstruktur müssen den Erfordernissen der sozialen Organisation der betrachteten Art und den Gegebenheiten der Zuchtgeschichte Rechnung tragen. Hierbei kommt es vor, daß bestimmte Tiere aus der weiteren Zucht ausgeschlossen werden müssen. Um die in den einzelnen Zoos vorhandenen Kapazitäten optimal zu nutzen, kann die Einrichtung von Hengstherden usw. sinnvoll sein. Sind alle Möglichkeiten einer anderweitigen Unterbringung von Tieren ausgeschöpft, kann im Sinne des Artenschutzes auch die Tötung einzelner Tiere unumgänglich werden. Sind die Erhaltungszuchtprogramme sorgfältig ausgearbeitet und auf die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse gestützt, so können die im Rahmen eines Erhaltungszuchtprogrammes für notwendig erachteten Maßnahmen als vernünftiger Grund im Sinne des Tierschutzgesetzes herangezogen werden.

Ebenso kann im Einzelfall das hohe Alter eines Tieres mit der einhergehenden Verschlechterung des Allgemeinbefindens ein vernünftiger Grund für das Töten eines Tieres sein. Auch hier besteht für einen Zoo eine besondere Problematik. Zootiere erreichen aufgrund des Wegfalls natürlicher Selektionsmechanismen häufig ein bedeutend höheres Alter als ihre

freilebenden Artgenossen. Dies kann zu besonderen, nicht mehr artgerechten Haltungsbedingungen führen. Hier kann es auch im Interesse des Tieres liegen, daß seine Tötung erwogen wird, zum Beispiel wenn seine notwendig gewordene Behandlung in auffallendem Widerspruch zu seiner natürlichen Lebensweise steht. Für eine solche Abgrenzung im Einzelfall sollte das heutige verhaltenswissenschaftliche und physiologische Wissen herangezogen werden und der Respekt vor den jeweiligen natürlichen Bedürfnissen des Tieres maßgebend sein.

Auch in Tierheimen müssen immer wieder Entscheidungen zur Tötung eines Tieres gefällt werden. Beispielsweise ist in der Tierheimordnung des Deutschen Tierschutzbundes festgelegt, daß die Tötung eines Tieres gerechtfertigt sein kann, wenn es so starke Verhaltensstörungen zeigt, daß es eine akute Gefährdung für sich oder die Umwelt darstellt oder sein Weiterleben mit schweren Leiden verbunden wäre. Dabei sollte diese Entscheidung laut Tierheimordnung von einer Kommission getroffen werden, der nach Möglichkeit auch ein Amtstierarzt angehören sollte.

Auf andere Fälle, wie zum Beispiel auf die Verfahrensweisen mit Zirkustieren aus tierschutzwidrigen Haltungen, sind die oben beschriebenen Entscheidungsgrundsätze übertragbar.

Die vielfältigen Umstände, die Anlaß zur Tötung eines Tieres sein können, sind einer allgemeinen Einteilung in rechtswidrige oder rechtmäßige Fälle nicht zugänglich. Nur das Abstellen auf den Einzelfall unter Einbeziehung aller für das Tier und seinen Halter wichtigen Faktoren kann zu einer der Situation des in der Obhut des Menschen lebenden Tieres angemessenen Entscheidung führen.

Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung stellt sich die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Tötung von Eintagsküken aufgrund ihres Geschlechts. Durch die extreme Spezialisierung in der Hühnerzucht, auf Legerassen einerseits und Mast-rassen andererseits, besteht für den ganz überwiegenden Anteil der männlichen Tiere der Legerassen in der Geflügelwirtschaft keine Verwendung; sie werden bisher trotz bestehender ethischer Bedenken als Eintagsküken getötet. Aus ökonomischen Gründen ist eine Rückorientierung der Zuchtunternehmen auf Zweinutzungsrassen, bei denen auch die männlichen Tiere gemästet und der menschlichen Ernährung zugeführt werden können, nicht erreichbar. Um diese unbefriedigende Situation zu ändern, hat BML ein Forschungsvorhaben in Auftrag gegeben, dessen Ziel die Entwicklung einer praxisreifen Methode zur Früherkennung „männlicher Leger“ bereits in Bruteiern ist. Bei diesem Verfahren soll ermöglicht werden, „männlich determinierte Eier“ noch vor der Bebrütung auszusortieren. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, daß ein praktikables Verfahren zur Früherkennung „männlicher Leger“ in Bruteiern möglich ist.

Der Transport junger Kälber aus Deutschland nach Frankreich zur Erlangung der dort gewährten Verarbeitungsprämie (sogenannte Herodes-Prämie) führte in der Öffentlichkeit zu erheblichen Protesten.

Die Regelungen für diese Prämie, mit denen ein Beitrag zur Stabilisierung des europäischen Rindfleischmarktes geleistet werden soll, bestehen seit Anfang 1993. Bislang konnten die Mitgliedstaaten entscheiden, ob sie diese Maßnahmen anwenden. In Großbritannien und Portugal ist dies seit längerer Zeit der Fall; Frankreich wendet die Verarbeitungsprämie seit Oktober 1996 an.

Die Kommission hatte vorgeschlagen, die bisher fakultative Zahlung der Prämie in eine obligatorische Maßnahme umzuwandeln. Durch hartnäckigen Widerstand konnte die Bundesregierung zusammen mit anderen Mitgliedstaaten dies im Rat verhindern.

Der Agrarministerrat ist dem Vorschlag der Bundesregierung gefolgt und hat als Alternative eine Frühvermarktungsprämie für Mastkälber beschlossen. Die Mitgliedstaaten haben somit die Möglichkeit, die Verarbeitungsprämie für nuchterne Kälber und/oder eine Frühvermarktungsprämie für Mastkälber zu gewähren.

Nicht zuletzt aus ethischen Gründen hat Bundesminister Borchert dafür gekämpft, daß die Verarbeitungsprämie in Deutschland nicht angeboten werden muß. Hier kann für die weitere Aufzucht der Kälber die Frühvermarktungsprämie in Anspruch genommen werden.

Bedauerlicherweise besteht jedoch ein gewisser finanzieller Anreiz zur Lieferung nach Frankreich. Bundesminister Borchert hat sich daher an Agrarkommissar Dr. Fischler gewandt und auf eine Änderung der Verordnung gedrängt, damit solche Transporte künftig unterbleiben. Denkbar wäre eine Regelung, wonach nur für die im jeweiligen Mitgliedstaat geborenen Kälber die Verarbeitungsprämie gewährt werden kann.

Die Bundesregierung wird sich weiter dafür einsetzen, daß andere, ethisch eher vertretbare Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Rindfleischmarkt durchgesetzt werden.

2 Schlachten und Töten von Tieren

In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1995 4,8 Millionen Rinder, 39,4 Millionen Schweine, 933 093 Schafe und Ziegen und 16 741 Pferde in gewerblichen sowie Hausschlachtungen geschlachtet. Bei Geflügel wird statistisch nur das Schlachtgewicht, welches 1995 591 471 Tonnen betrug, erfaßt.

Das Europäische Übereinkommen vom 10. Mai 1979 über den Schutz von Schlachttieren enthält Grundsätze und Detailbestimmungen, die dem Schutz von Einhufern, Wiederkäuern, Schweinen, Kaninchen und Geflügel, soweit sie als Haustiere gehalten werden, vor vermeidbaren Schmerzen oder Leiden beim Verbringen, Unterbringen, Ruhigstellen, Betäuben und Schlachten dienen. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Übereinkommen unterzeichnet und 1983 ratifiziert (Gesetz vom 9. Dezember 1983 – BGBl. 1983 II S. 770), ebenso sind Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Luxemburg, Makedo-

nien, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, die Schweiz und Slowenien dem Übereinkommen beigetreten; Belgien, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Zypern haben es unterzeichnet. Mit Beschluß 88/306/EWG des Rates vom 16. Mai 1988 über den Abschluß des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Schlachttieren (ABl. EG Nr. L 137 S. 25) wurde das Übereinkommen im Namen der Europäischen Union genehmigt. Sobald alle EU-Mitgliedstaaten das Übereinkommen ratifiziert haben, wird die Europäische Union die Genehmigungsurkunde beim Generalsekretär des Europarates hinterlegen.

Auf EU-Ebene liegt hierzu die Richtlinie 93/119/EG des Rates vom 22. Dezember 1993 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung (ABl. EG Nr. L 340 S. 21) vor, mit der wiederum die Richtlinie 74/577/EWG des Rates vom 18. November 1974 über die Betäubung von Tieren vor dem Schlachten (ABl. EG Nr. L 316 S. 10) abgelöst wurde.

Die Richtlinie enthält Mindestanforderungen hinsichtlich der baulichen und technischen Ausstattung und der Wartung der Anlagen und Geräte, die beim Umgang mit lebenden Schlachttieren in Schlachthöfen verwendet werden, sowie in bezug auf das Entladen, die Unterbringung und Betreuung der Tiere in Schlachthöfen. Für den Regelfall ist vor der Schlachtung eine Betäubung vorgeschrieben und sind bestimmte zulässige Betäubungs- und Tötungsverfahren festgelegt. Während sich die meisten Vorschriften der Richtlinie auf das Schlachten von Einhufern, Wiederkäuern, Schweinen, Kaninchen und Geflügel im Schlachthof, bei der Hausschlachtung oder in anderen Schlachtstätten beziehen, gilt der allgemeine Grundsatz, daß die Tiere beim Ruhigstellen, Betäuben, Schlachten und Töten von vermeidbaren Aufregungen, Schmerzen und Leiden verschont bleiben müssen, für alle unter der Obhut des Menschen gehaltenen Tiere, die zur Gewinnung von Fleisch, Häuten, Pelzen oder sonstigen Erzeugnissen gehalten werden. Für das Töten landwirtschaftlicher Nutztiere zum Zwecke der Seuchenbekämpfung, von Pelztieren sowie Eintagsküken sind darüber hinaus spezifische Anforderungen festgelegt.

Nach § 4 a Abs. 1 des Tierschutzgesetzes sind warmblütige Tiere beim Schlachten vor dem Blutentzug zu betäuben. Ausnahmen sind nach § 4 a Abs. 2 des Tierschutzgesetzes nur zulässig bei Notschlachtungen oder wenn die zuständige Behörde eine Ausnahmegenehmigung für das Schlachten ohne vorherige Betäubung (Schächten) erteilt hat; eine Ausnahmegenehmigung darf nur insoweit erteilt werden, als es erforderlich ist, den Bedürfnissen von Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften im Geltungsbereich des Gesetzes zu entsprechen, denen zwingende Vorschriften ihrer Religionsgemeinschaft das Schächten vorschreiben oder den Genuß von Fleisch nicht geschächteter Tiere untersagen. Diese Regelung trägt dem durch Artikel 4 Abs. 2 des Grundgesetzes geschützten Recht der freien Religionsausübung Rechnung.

Das Verwaltungsgericht Hamburg hat allerdings in seinem Urteil vom 14. September 1989 (9 VG 703/89)

eine Klage auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für die Durchführung von Schlachtungen nach islamischem Ritus abgewiesen und in der Begründung seine Überzeugung ausgedrückt, „daß in der Islamischen Religionsgemeinschaft keine zwingenden Vorschriften bestehen, die den Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft das Schächten vorschreiben oder den Genuß von Fleisch nicht geschächteter Tiere (hier: Rinder und Schafe) untersagen.“ Die Berufung gegen dieses Urteil hat das Hamburgische Obergerverwaltungsgericht abgewiesen (OVG BF III 42/90). Das Berufungsgericht hat die Rechtsauffassung vertreten, daß die Regelung des § 4 a Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes im Hinblick auf Gläubige, die den Verzehr von Fleisch nicht geschächteter Tiere aus religiösen Gründen für verboten hielten, keinen Eingriff in deren Grundrecht auf ungestörte Religionsausübung darstelle. Für diesen Personenkreis sei das Schächten von Tieren nicht Teil der Religionsausübung, sondern lediglich Bedingung für die Gewinnung eines nach ihren religiösen Begriffen einwandfreien – aber verzichtbaren – Nahrungsmittels. Die genannten Regelungen würden auch insoweit nicht mittelbar zu einem Zwang für den einzelnen Gläubigen führen, die religiösen Vorschriften zu mißachten, da zum einen der Import von Fleisch geschächteter Tiere möglich sei und zum anderen Fleisch keinen notwendigen Bestandteil der menschlichen Ernährung darstelle.

Das Berufungsgericht hat darüber hinaus hilfsweise ausgeführt, daß das Grundrecht der ungestörten Religionsausübung zwar nicht unter einem Gesetzesvorbehalt stehe, ein derartiges vorbehaltloses Grundrecht jedoch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes nicht schrankenlos gewährleistet sei. Die Regelung des § 4 a Abs. 2 Nr. 2 des Tierschutzgesetzes sei Ausdruck dieser beachtlichen immanenten Grundrechtsschranke, da dem Rechtsgut des Tierschutzes, dem durch das grundsätzliche Verbot des Schächten Rechnung getragen werde, über Artikel 1 Abs. 1 GG Verfassungsrang zukomme. Die aus dieser Grundrechtskonkurrenz resultierende Einschränkung des Grundrechts auf ungestörte Religionsausübung sei auch verhältnismäßig. Nur in den Fällen, in denen die Freiheit der Religionsausübung tangiert werde, trete das Rechtsgut des Tierschutzes zurück, nicht aber bereits dann, wenn das Schächten in bestimmten religiösen Kreisen lediglich eine traditionelle Schlachtmethode darstelle.

Die Revision gegen das Urteil des Hamburgischen Obergerverwaltungsgerichtes wurde mit Urteil BVerwG – 3 C 31.93 – vom 15. Juni 1995 des 3. Senats des Bundesverwaltungsgerichts zurückgewiesen (DVBl. 1996, 434 ff.). Das BVerwG hat die Rechtsauffassung der Vorinstanz bestätigt und ausgeführt, daß eine individuelle Glaubensüberzeugung vom Bestehen eines religiösen Verbotes, das Fleisch nicht-geschächteter Tiere zu essen, zur Feststellung einer entsprechenden zwingenden religiösen Vorschrift nicht ausreicht. Vielmehr müsse die Religionsgemeinschaft als solche Anordnungen mit dem Anspruch unbedingter Verbindlichkeit getroffen haben oder von einer ihr übergeordneten Instanz als getroffen ansehen.

Die Verwaltungsgerichte Gelsenkirchen (25. Mai 1992 – 7K 5738/91 –) sowie Koblenz (16. März 1993 – 2K 1874/32.Ko –) kommen in inzwischen rechtskräftigen Urteilen zu ähnlichen Ergebnissen wie das Hamburgische Obergerverwaltungsgericht.

Wechselwarme Wirbeltiere, also zum Beispiel Fische, dürfen nach § 4 Abs. 1 nur unter Betäubung oder sonst, soweit nach den gegebenen Umständen zumutbar, nur unter Vermeidung von Schmerzen getötet werden. Fische, deren Fleisch zum Genuß für Menschen bestimmt ist, müssen nach der Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren von 1936 vor dem Schlachten grundsätzlich betäubt werden.

Auch das Töten von Tieren zur anschließenden Entnahme von Organen oder Geweben im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 4 des Tierschutzgesetzes darf nur unter Betäubung oder sonst unter Vermeidung von Schmerzen von einer sachkundigen Person vorgenommen werden.

Im November 1996 wurde dem Bundesrat eine umfassende nationale Tierschutz-Schlachtverordnung zugeleitet, mit der die bisherigen Bestimmungen aus

- dem Gesetz über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 216 Abschnitt I des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469);
- der Verordnung über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-1, veröffentlichten bereinigten Fassung;
- der Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-1-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch § 12 der Verordnung zum Schutz von Tieren bei der Beförderung in Behältnissen vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2413);
- den in mehreren Ländern zwischen 1945 und 1949 erlassenen als Bundesrecht fortgeltenden Vorschriften

aktualisiert und abgelöst werden.

Mit der Tierschutz-Schlachtverordnung wird das Schlachten und Töten von Tieren umfassend geregelt. Sie dient der Umsetzung der Richtlinie 93/119/EG des Rates vom 22. Dezember 1993 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung (ABl. EG Nr. L 340 S. 21) in nationales Recht. Der Bundesrat hat der Verordnung am 31. Januar 1997 zugestimmt. Derzeit wird die Verkündung vorbereitet.

Die Verordnung legt spezifische Anforderungen nicht nur für die Schlachtung oder Tötung von landwirtschaftlichen Nutztieren, sondern auch von anderen Tieren fest, die zur Gewinnung tierischer Erzeugnisse bestimmt sind oder die auf Grund einer behördlichen Veranlassung getötet werden sollen. Dies schließt grundsätzlich Fische und Krustentiere ein.

Die Verordnung findet keine Anwendung auf die weidgerechte Ausübung der Jagd.

Neben dem in § 3 festgelegten Grundsatz, daß Tiere so zu betreuen, ruhigzustellen, zu betäuben, zu schlachten oder zu töten sind, daß bei ihnen nicht mehr als unvermeidbare Aufregung, Schmerzen, Leiden oder Schäden verursacht werden, legt die Verordnung die zum Schutz der Tiere erforderlichen baulich-technischen und personellen Anforderungen fest. Auf folgende Bestimmungen wird besonders verwiesen:

- Das berufsmäßige Ruhigstellen, Betäuben oder Schlachten von Tieren wird von einer Sachkundebescheinigung abhängig gemacht (§ 4);
- Für Schlachtbetriebe werden die zum Schutz der Tiere notwendigen Bestimmungen im Hinblick auf die bauliche und technische Ausstattung und den Betrieb – einschließlich des Betreuens der Tiere – festgelegt;
- Die zulässigen Betäubungs- und Tötungsverfahren werden abschließend und im Detail geregelt (§ 13 Abs. 6 in Verbindung mit Anlage 3); hierbei wird der aktuelle Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie praktischer Erfahrungen berücksichtigt;
- Die nach Landesrecht zuständigen Behörden können weitere Betäubungs- oder Tötungsverfahren zum Zwecke ihrer Erprobung zulassen; Voraussetzung ist hier, daß sich diese Verfahren bereits im Rahmen von Tierversuchen als mit den Bestimmungen der Verordnung vereinbar erwiesen haben;
- Zur Vermeidung unbilliger Härten ist für bestimmte Vorschriften eine Übergangsregelung (§ 17) oder ein gestaffeltes Inkrafttreten (§ 18) vorgesehen.

Darüber hinaus schreibt die nationale Tierschutz-Schlachtverordnung für größere Schlachtbetriebe spezielle Protokollcomputer vor, die die für eine tierschutzgerechte Elektrobetäubung wichtigen Parameter elektronisch aufzeichnen, so daß jederzeit kontrolliert werden kann, ob beispielsweise die erforderliche Mindeststromstärke innerhalb der ersten Sekunde erreicht wurde.

Da in der EG-Richtlinie vielfach nur allgemeine Kriterien für das tierschutzgerechte Betäuben, Schlachten und Töten vorgegeben werden, sind im Rahmen der nationalen Verordnung Präzisierungen der Richtlinienbestimmungen notwendig. Dabei wird zurückgegriffen auf

- das Europäische Übereinkommen vom 10. Mai 1979 über den Schutz von Schlachttieren, insbesondere die detaillierten Empfehlungen, die im Rahmen einer multilateralen Konsultation der Vertragsparteien erarbeitet und 1991 angenommen wurden,
- die BML-Empfehlungen zur tierschutzgerechten Elektro- und CO₂-Betäubung von Schlachtschweinen (veröffentlicht im Tierschutzbericht 1991, Drucksache 12/224),

- die BML-Stellungnahme zur tierschutzgerechten elektrischen Betäubung von Broilern von 1987, wonach auf das einzelne Tier mindestens eine Stromstärke von 120 mA über mindestens vier Sekunden einwirken muß,
- das BML-Gutachten „Tierschutzgerechte Haltung von Damwild in Gehegen zum Zwecke der Fleischproduktion einschließlich der Gewinnung von Nebenprodukten (nutztierartige Damwildhaltung)“ vom 2. November 1979,
- das BML-Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung und Tötung von Pelztieren in Farmen vom 26. September 1986.

Darüber hinaus wird aktuellen Forschungsergebnissen Rechnung getragen. So hat ein vom BML und einigen Bundesländern unterstütztes Forschungsvorhaben zur CO₂-Betäubung von Schweinen ergeben, daß die CO₂-Betäubung von Schweinen aus der Sicht des Tierschutzes eine akzeptable Methode ist, sofern die Tiere narkosefähig in die Betäubungsanlage gelangen und – solange sie bei Bewußtsein sind – nicht fixiert werden, damit eine ungestörte, in dieser Phase verstärkte Atmung möglich ist.

Untersuchungen des ehemaligen Bundesgesundheitsamtes (heute: Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin) zur Elektrobetäubung von Geflügel belegen, daß die maximal erreichte Betäubungsstromstärke entscheidend ist für eine tierschutzgerechte Betäubung von Schlachtgeflügel. Eine zu geringe Stromstärke kann nicht durch eine Verlängerung der Einwirkungsdauer kompensiert werden. Zudem konnte gezeigt werden, daß die erforderlichen Betäubungsstromstärken auf die Fleischqualität von Schlachtgeflügel keinen signifikanten Einfluß haben. Außerdem konnte im Rahmen dieses Forschungsvorhabens die für eine tierschutzgerechte Elektrobetäubung von Enten und Gänsen (130 mA) sowie Puten (150 mA) erforderliche Stromstärke je Tier bestimmt werden.

Darüber hinaus führt die Universität Leipzig zur Zeit im Auftrag des BML ein Forschungsvorhaben zur tierschutzgerechten Betreuung von Schweinen vor der Schlachtung durch. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, im Bereich der Ruhebuchten und des Zutriebs der Tiere zur Betäubungseinrichtung mit Hilfe verhaltenswissenschaftlicher Methoden bauliche und arbeitstechnische Verbesserungsmöglichkeiten für den Tierschutz auf Schlachthöfen zu erarbeiten. Nach Abschluß der Untersuchung sollen die Ergebnisse, soweit möglich, den Behörden und Schlachtbetrieben als Empfehlung zur Umsetzung der Bestimmungen der Tierschutz-Schlachtverordnung zugänglich gemacht werden. Aus den bisherigen Untersuchungen der Universität Leipzig können folgende Thesen abgeleitet werden:

1. Der Zeitraum nach der Einnahme (30 Minuten) wird durch die Schweine obligatorisch zum Erkunden der neuen Umwelt genutzt. Damit steht diese Zeitspanne zur Aufnahme eines ausgeprägten Ruheverhaltens den Tieren nicht zur Verfügung. Je differenzierter die Bucht strukturiert ist, desto mehr Zeit wird von den Tieren zur

Verarbeitung erkundungspflichtiger Informationen verbraucht.

2. Ab der 30. Minute verteilen sich die Schweine weder bei der Wärme- und Lichtgabe noch bei der Dauerberieselung mit Wasser gleichanteilig bzw. zufallsgemäß über die Teilflächen der Bucht. Dabei werden die Teilflächen in Wand- und Endlage der Bucht gegenüber denjenigen in zentraler Lage bevorzugt genutzt. Das gilt bereits für eingestellte Gruppen ohne Wärme- und Lichtgabe. Ab der 30. Minute ruhen 40 % aller Tiere auf der Teilfläche I (Wärme- und Lichtgabe).
3. Die nach dem Transport ruhegestimmten Schweine bevorzugen bei der Wärme- und Lichtgabe auf einer Teilfläche der Bucht diese Fläche zur Einnahme von Ruhepositionen. Dabei wird das ansonsten Aktivitätsschübe erzeugende Licht aber von den Tieren toleriert.
4. In der Kombination Wärme und Licht kommt dem Umweltfaktor Wärme in Verbindung mit einer reduzierten Luftfeuchte auf den erwärmten Teilflächen gegenüber der Hallentemperatur und -luftfeuchte (12 °C, 89 %) eine eindeutige Präferenzwirkung zu.
5. Auf den präferierten Ruheorten werden die Mindestflächenbedarfswerte der Schweine von 0,65 m² (Schweinehaltungsverordnung, 1994) oder 0,80 m² je Tier für ein ausgeprägtes Ruheverhalten – von den Schweinen frei bestimmt – weit unterschritten. Dabei werden bei der zusätzlichen Erwärmung bereits zuvor präferierter Ruheorte bis zu 0,31 m² je Tier toleriert, um dort das Ruhen individuell abzusichern.
6. Ab einer Besatzdichte von zwei Schweinen je m² gewinnt die mit vermindertem Ruhewert verbundene Verhaltensform „Sitzen“ zunehmend an Bedeutung. Dabei sitzen zeitweise bis zu 50 % aller ruhenden Schweine. Bei den häufig weit überschrittenen Besatzdichten in Ruhebuchten muß erzwungenermaßen ein hoher Anteil der Tiere sitzen. Im Falle geringerer Besatzdichten – zumeist verbunden mit dem anfänglich höheren Anteil noch aktiver Schweine – zeigen diese ein „Übergangssitzen“. Dieses wird vorübergehend und als Teilsequenz zwischen Stehen und Liegen und umgekehrt realisiert. Existieren präferable Teilflächen in der Bucht, so erzeugen die Tiere selbst hohe Besatzdichten. Dabei wird in diesen Bereichen von den Tieren selbstbestimmt „Präferenzsitzen“ ausgeübt. Mithin ist ein erhöhter Anteil an Schweinen mit „Präferenzsitzen“ (ab etwa 20 %) ein sicherer Bioindikator für die hohe Umweltqualität auf einem bestimmten Flächenanteil.
7. Die praxisübliche Dauerberieselung der gesamten Buchtenfläche ist abzulehnen. Die Wasserberieselung einer Teilfläche schränkt die Fläche für eine Verhaltensnutzung durch die Schweine unabhängig von der Temperatur des verrieselten Wassers (16 °C bzw. 25 °C) bei einer Hallenlufttemperatur von 23 °C ein. Die Tiere wandern aus dem Feuchtbereich in den Trockenbereich aus. Erst dort ruhen sie. Nach 120 Minuten befinden

sich nur noch 20 % aller Schweine im Feuchtbereich, nur 5 % aller Tiere ruhen hier. Im direkt berieselten Areal sind keine Tiere!

8. Im Vergleich mit den Versuchen bei Wärme- und Lichtgabe ist die Aktivität in den Berieselungsversuchen in den letzten 30 Minuten vor der Ausstellung doppelt so hoch. Ein mittlerer Anteil von 40 % aller Schweine bleibt während dieser Aufenthaltsdauer („Ruhezeit“) aktiv. Demnach stellt Wasser einen Weckreiz dar. Kaltes Wasser zwingt die Tiere, die berieselte Teilfläche schneller zu verlassen. Demgegenüber wird warmes Wasser von den Tieren über eine längere Zeit toleriert. Fast ausschließlich werden auch bei Warmwasser die Ruheplätze im trockenen Buchtenbereich aufgesucht. Hier ruhen im Mittel der 90. bis 120. Minute 42 % bei warmem bzw. 55 % bei kaltem Wasser.
9. Eine Wasserberieselung muß demnach zeitlich begrenzt erfolgen. Die Lufttemperatur und die Luftfeuchte müssen künftig konzeptionell berücksichtigt werden. Bioindikatorisch kann diesbezüglich das Wahlverhalten der Schweine genutzt werden. Voraussetzung dafür ist, daß den Tieren ein noch zu optimierender Raumanteil zur Wahl oder zur Meidung einer definierten Fläche zur Verfügung gestellt wird.
10. Die tierliche Lautgebung als Reaktion auf massive Verhaltenseinschränkung (räumlich sowie durch menschlichen Eingriff) bei Treib- und Einzelungsprozessen ist Hauptursache der Lärm-entstehung auf Schlachthöfen. Sie ist eng gekoppelt an die durch Belastung hervorgerufene emotionale Erregung der getriebenen Schweine.
11. Die Erregung kann bei unzureichender akustischer Isolation zwischen Treibbereichen und dem Wartestall bereits auf die dort ruhenden Tiere übertragen werden. Die konstatierte geringe Bereitschaft der Tiere, ohne Schalldämmung in die Vorwartebucht einzutreten, drückt sich in den Eintrittsverweigerungen aus (6 % vor und 1 % nach der Dämmung).
12. Die Schalldämmung im Bereich des Einzellaufgangs halbiert im Frequenzbereich von 100 bis 5 000 Hz die Nachhallzeit. Damit reduziert sich der Schallpegel um 7,3 dB(A) auf 88,8 dB(A). Das entspricht einer Halbierung des Schalldrucks und einer deutlichen Reduzierung der Schallintensität. Der prozentuale Anteil von gehörschädigenden Pegeln über 85 dB(A) wurde um 52 % gesenkt. Damit ist der Nachweis erbracht, daß eine Schalldämmung in diesem Bereich bedeutend höhere Effekte erzeugt, als es die Fachliteratur unterstellt.
13. Die Ergebnisse der Arbeit verdeutlichen, daß die artgerechte Gestaltung der Ruhebuchten auf Schlachthöfen eine betriebswirtschaftliche und tierschützerische Bedeutung hat. Deshalb sollte am Ruheverhalten der Schweine die Wirkung der Wärmegabe auf größeren Flächenanteilen der Bucht und die Wirkung einer Dauerberieselung bei höchsten thermischen Belastungen der Tiere auf einer kleinen Teilfläche geprüft wer-

den. In Verbindung mit der akustischen Trennung des Zutriebsbereiches zur Betäubungsanlage vom „Wartestall“ ist zu prüfen, ob damit der Zeitpunkt des Abliegens möglichst vieler Schweine (etwa 80 %) vorverlagert und ein dauerhaftes Ruheverhalten erreicht werden kann.

Die Bundesforschungsanstalt für Fischerei hat in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin im Auftrag des BML umfangreiche Untersuchungen zum tierschutzgerechten Betäuben und Töten von Aalen in größeren Mengen durchgeführt.

Aufgrund der Ergebnisse muß Ammoniak als alleiniges Tötungsmittel für Aale aus Tierschutzgründen abgelehnt werden. Die Verwendung von CO₂ zum Töten von Aalen ist aus Tierschutzgründen ebenfalls abzulehnen.

Die Verwendung tiefgekühlter Salzsole ist zum Betäuben von Aalen tierschutzgerecht. Bei Aalen über 400 g treten wegen der notwendigen längeren Verweilzeit allerdings Qualitätsveränderungen auf.

Unter den Aspekten des Tierschutzes, des Lebensmittelrechts und der Anwendbarkeit in der Praxis hat sich das elektrische Betäuben/Töten von Aalen mit unmittelbar anschließender Entschleimung in Ammoniak oder Sodalösung als das am besten geeignete Verfahren herausgestellt. Hierbei müssen jedoch Mindestparameter für Stromstärke und Spannung eingehalten werden. Insbesondere die für eine tierschutzgerechte Elektrobetäubung notwendige Stromdichte (A/dm²) sowie die erforderliche Dauer des Stromflusses wurden in Feldversuchen ermittelt.

Das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin hat in Zusammenarbeit mit dem Dezernat für Veterinärangelegenheiten und Verbraucherschutz der Bezirksregierung Weser-Ems diese Parameter in einem Laborversuch bestätigt und weiter wissenschaftlich abgesichert.

Die DIN-VDE-Norm 0755 „Elektrische Geräte zur Schweinebetäubung“ der Deutschen Elektrotechnischen Kommission sieht für Handbetäubungszangen eine maximal zulässige Betäubungsspannung von 250 Volt vor. Nach neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, die insbesondere für die Elektrobetäubung von Geflügel, Rindern und Schweinen vorliegen, sind für eine tierschutzgerechte, aber auch die Fleischqualität sichernde Elektrobetäubung unter Umständen höhere Spannungen erforderlich. 1989 wurde daher die Elektrotechnische Kommission 0755 „Elektrische Geräte zur Tierbetäubung“ neu konstituiert mit dem Ziel, die Norm an die Erfordernisse des Tierschutzes anzupassen. Die Norm VDE 0755 Teil 1 wird in Kürze veröffentlicht. Parallel zu den Arbeiten auf nationaler Ebene wird versucht, die Übernahme als europäische Norm zu erreichen. Die Arbeiten an dem Normentwurf VDE 0755 Teil 2, in dem Anforderungen an Anwendungsteile festgelegt werden sollen, konnten abgeschlossen und das Abstimmungsverfahren eingeleitet werden.

Die Überprüfung elektrischer Betäubungsanlagen auf deren Eignung zur tierschutzgerechten Betäubung von Tieren ist ohne technische Hilfsmittel zur

Zeit meist nicht möglich, da die Anlagen selbst bisher in der Regel nicht mit Volt- und Ampèremetern ausgerüstet sind. Nach den Bestimmungen der EG-Richtlinie 93/119/EG muß sich dies ändern. Für die Betäubung mit der Elektrozange gilt, daß die Betäubungsanlage an einen Spannungs- und Stromstärkemesser im Sichtfeld der ausführenden Person angeschlossen sein muß. Auch bei elektrischen Fischtötungseinrichtungen sollte durch optische Kontrollmöglichkeiten oder feste Voreinstellungen der Geräte sichergestellt werden, daß vorgegebene Stromstärkeparameter nicht unterschritten werden.

3 Regulieren von Wirbeltierpopulationen

Von zahlreichen Betroffenen wird die Verminderung bestimmter überhöhter Wirbeltierbestände gefordert, insbesondere wenn diese die Gesundheit des Menschen oder seiner Nutztiere gefährden, wirtschaftliche Schäden verursachen, die Sicherheit von Verkehrsanlagen bedrohen, als Schädlinge oder Lästlinge im Siedlungsbereich auftreten oder Verminderungsmaßnahmen aus Gründen des Artenschutzes für erforderlich gehalten werden, ein vernünftiger Grund also in der Regel vorliegt.

Nach § 13 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes ist es verboten, zum Fangen, Fernhalten oder Verscheuchen von Wirbeltieren Vorrichtungen oder Stoffe anzuwenden, wenn damit die Gefahr vermeidbarer Schmerzen, Leiden oder Schäden für Wirbeltiere verbunden ist; dies gilt nicht für die Anwendung von Vorrichtungen oder Stoffen, die auf Grund anderer Rechtsvorschriften zugelassen sind. Vorschriften des Jagdrechts, des Naturschutzrechts, des Pflanzenschutzrechts und des Seuchenrechts bleiben von dieser Bestimmung unberührt. Hierbei wird von der Einheit der Rechtsordnung ausgegangen: was auf Grund der genannten Rechtsvorschriften zugelassen ist, kann nicht generell durch das Tierschutzgesetz verboten werden. Die Belange des Tierschutzes sind angemessen zu be-

rücksichtigen. Gegebenenfalls müssen bereits zugelassene Methoden oder Verfahren überprüft und geändert werden; dies ist eine Daueraufgabe.

Die Auslegung dieser Vorschrift bei der Planung und Durchführung bestandsvermindernder Maßnahmen gestaltet sich oft schwierig. Denn hier muß im Einzelfall beurteilt werden, ob bei der Durchführung der jeweiligen Maßnahme die Gefahr vermeidbarer Schmerzen, Leiden oder Schäden für Wirbeltiere besteht. Zusätzlich muß geprüft werden, ob hierfür ein vernünftiger Grund vorliegt. Dies wird immer dann zu bejahen sein, wenn wichtige Rechtsgüter gefährdet werden und das zumutbare Mittel angewandt wird, das den betroffenen Tieren die geringsten Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt. Zur Klärung strittiger Fragen hat BML das Gutachten über „Maßnahmen zur Verminderung überhandnehmender freilebender Säugetiere und Vögel. Bestandsaufnahme, Berechtigung und tierschutzrechtliche Bewertung“ in Auftrag gegeben. Hierin werden diejenigen Tierarten beschrieben, die regelmäßig oder in nennenswertem Umfang von Verminderungsmethoden betroffen sind oder bei denen Verminderungsmaßnahmen erwogen werden. Das Gutachten ist in der Schriftenreihe des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Reihe A: Angewandte Wissenschaft, veröffentlicht (Heft 404: Müssen wir Tiere gleich töten?, Landwirtschaftsverlag, Münster-Hiltrup, 1991).

Nach den Erfahrungen der Länder stellt die tierschutzgerechte Verminderung überhöhter Populationen verwildeter Haustauben und Katzen in Städten ein besonderes Problem dar. Das aus wissenschaftlicher Sicht geeignetste Mittel – ein generelles Fütterungsverbot – sei unter Praxisbedingungen nur schwer durchsetzbar und werde häufig aus falsch verstandener Tierliebe unterlaufen. Um die vor allem in manchen Großstädten der neuen Bundesländer vorhandene erhebliche Zahl streunender Katzen zu begrenzen, wird insbesondere die Kastration dieser Tiere als notwendig angesehen.

XIII. Fangen von Fischen

Während die Hochsee- und Küstenfischerei zur konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes gehört, wird die Binnenfischerei – zu der auch die Teichwirtschaft gehört – in den Fischereigesetzen und -verordnungen der Länder geregelt.

Die Fischereigesetze und -verordnungen der Länder enthalten, wenn auch nicht einheitlich, zahlreiche Vorschriften, die auch dem Tierschutz dienen. So ist beispielsweise durchgehend das Angeln unter Zuhilfenahme künstlicher Lichtquellen, die Verwendung explodierender, betäubender oder giftiger Mittel verboten. Der Elektrofischerei wird besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht: in den Ländern besteht hier ein Erlaubnisvorbehalt. Die Erlaubnis für den

Fang mit Elektrofischereigeräten darf nur unter sehr einschränkenden Voraussetzungen erteilt werden, zum Beispiel wenn sie zur nachhaltigen Bewirtschaftung eines Fischgewässers oder für Zwecke der Forschung erforderlich ist.

Die fischereirechtlichen Landesvorschriften können dazu beitragen, die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes zu konkretisieren.

1 Angelfischerei

Die Frage, ob und in welchem Umfang Fische Schmerzen empfinden können, ist noch nicht abschließend geklärt. Nach derzeitigem Wissensstand

wird angenommen, daß ihr Schmerzsinns nur schwach ausgeprägt ist. Die Leidensfähigkeit von Fischen steht demgegenüber außer Zweifel; sie wird durch zahlreiche verhaltenswissenschaftliche und neurologische Untersuchungen belegt.

Das Fangen von Fischen ist nur dann nicht tierschutzwidrig, wenn hierfür ein vernünftiger Grund vorliegt. Hierzu gehört insbesondere das Fangen zum Zwecke der menschlichen Ernährung oder zum Zwecke der Hege und Bewirtschaftung.

Wettfischveranstaltungen sind grundsätzlich nicht mit dem Tierschutzgesetz vereinbar (vgl. Urteil des AG Hamm vom 18. April 1988 – 9 Ls 48 Js 1693/86 – sowie Verfügung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hanau vom 3. Mai 1991 – Js 136 10/90 –). Der Verband Deutscher Sportfischer e.V. hat zur Abgrenzung zwischen Wettfischveranstaltungen und dem Gemeinschaftsfischen eine Definition erarbeitet, die der jüngsten hierzu ergangenen Rechtsprechung Rechnung trägt.

Auch die Praxis, fangreife Fische eigens mit dem Ziel in Angelteiche einzusetzen, um sie kurze Zeit später mittels Handangel wieder herauszufangen, ist mit dem Tierschutzgesetz nicht vereinbar. Da man die Fische bereits nach der Entnahme aus dem Aufzuchtteich zum Zwecke des Verzehrs hätte töten können, liegt kein vernünftiger Grund für das Angeln vor, das Schmerzen, Leiden oder Schäden beim Fisch hervorruft.

Diese Rechtsauffassung wird vom Oberlandesgericht Celle bestätigt; das Gericht stellt in seinem Beschluß vom 12. Januar 1993 – 1 St 297/92 – fest, daß das Angeln von Fischen, die in Angelteiche in angemäßigtem Zustand kurz zuvor eigens zu diesem Zweck ausgesetzt wurden, einen Verstoß gegen § 17 Nr. 2 Buchstabe b des Tierschutzgesetzes darstelle.

Das Aussetzen von Fischen in Angelteiche zum Zwecke der späteren Entnahme kann aus der Sicht des Tierschutzes allenfalls toleriert werden, wenn die Zeitspanne zwischen dem Einsetzen der Fische und dem Herausfangen so bemessen ist, daß ein Zuwachs oder eine deutliche Qualitätsverbesserung erwartet werden kann. Die Länder haben daher ihre Behörden angewiesen, bei der Überprüfung sogenannter Angelteiche entsprechend zu verfahren.

Das Halten von Fischen in Setzkeschern stellt ein weiteres tierschutzrechtliches Problem dar. Hierbei werden die Fische nach dem Angeln nicht unverzüglich getötet, sondern vom Angelhaken gelöst und lebend aufbewahrt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat in seinem Beschluß vom 20. April 1993 – 5 Ss 171/92 – unter anderem festgestellt, daß das Aufbewahren lebender Fische in Setzkeschern zum Zwecke der Frischhaltung keinen vernünftigen Grund dafür darstellt, den Tieren die damit verbundenen Leiden zuzufügen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß für den Verzehr bestimmte Fische sofort nach der Anlandung durch den Angler weidgerecht getötet und gekühlt bis zum Abtransport in einem isolierten Behälter aufbewahrt werden müssen. Die Fische können auch

vor Ort ausgenommen werden, wenn die Schlachtabfälle vergraben oder mit nach Hause genommen werden.

Bei der Verwendung lebender Köderfische zum Angeln werden diesen Leiden und Schäden zugefügt (vgl. Urteil des LG Mainz vom 7. Oktober 1985 – 11 Js 2259/85-7 Ns –), deshalb wurde in den meisten Ländern durch Fischereiverordnung die Verwendung lebender Köderfische verboten, stark eingeschränkt oder von einer Erlaubnis abhängig gemacht. Ein vernünftiger Grund, diese Fangmethode unter bestimmten Umständen einzusetzen, kann bestehen, wenn eine Hege oder Bewirtschaftung die Verwendung lebender Köderfische erfordert; zum Beispiel zur Verringerung eines unerwünscht hohen Raubfischbestandes bei extrem starkem Pflanzenbewuchs oder bei starken Schlammablagerungen. Bei dieser ausnahmsweise zulässigen Verwendung lebender Köderfische ist ganz besonders auch auf deren möglichst schonende Befestigung zu achten. In einer Reihe von Landesfischereivorschriften sind die genannten Probleme inzwischen in einschränkender Weise geregelt.

Nach § 4 des Strafgesetzbuches gilt das Tierschutzgesetz – als Teil des Nebenstrafrechts – unabhängig vom Recht des Tatortes auch für Taten, die auf einem Schiff begangen werden, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen. Daraus ergibt sich, daß beispielsweise auch beim Hochseeangeln von Schiffen aus, die zum Führen der Bundesflagge befugt sind, die deutschen tierschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten sind.

2 Treibnetzfisherei

Die Bundesregierung hat sich schon frühzeitig für ein Verbot der großflächigen Treibnetzfisherei ausgesprochen, da sie diese Fischereimethode für ökologisch außerordentlich schädlich hält. Sie hat deshalb die entsprechenden Entschließungen der Vereinten Nationen und die darauf gestützte EG-Verordnung, die ein Verbot der Anwendung von Treibnetzen über 2,5 km Länge im EU-Meer und für EU-Schiffe auch darüber hinaus vorsieht, mit Nachdruck unterstützt.

Die Europäische Kommission hat ein völliges Verbot der Treibnetzfisherei ab dem 1. Januar 1998 mit Übergangsregelungen vorgeschlagen. Auch das Europäische Parlament hat sich für ein grundsätzliches Verbot dieser Fischerei ausgesprochen. Nach Auffassung des Parlaments soll aber die kleine Treibnetzfisherei in den Küstengewässern innerhalb der 12-Seemeilen-Zonen zugelassen bleiben. Über die Treibnetzfisherei in der Ostsee soll die für diese Region zuständige internationale Fischereiorganisation (IBSFC) entscheiden.

Inzwischen hat der EU-Fischereirat mit Einverständnis der betroffenen Länder ein völliges Verbot der Treibnetzfisherei für die spanischen und portugiesischen Gewässer beschlossen. Für die übrigen

Gewässer des EU-Meeres steht eine Entscheidung aus.

Wie das Europäische Parlament tritt die Bundesregierung aus Gründen der Vorsorge für ein grundsätzliches Verbot der Treibnetzfisherei ein. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten der EU ist jedoch aufgrund eines Gutachtens des Wissenschaftlich-Technischen Fischereiausschusses der EU der Auffassung, daß die kleine Treibnetzfisherei ökologisch unbedenklich sei und deshalb nicht verboten werden sollte.

Aber auch bei der Verwendung der zugelassenen kleinen Treibnetze gibt es noch Probleme, weil die Kontrolle auf Hoher See bislang schwierig war. Inzwischen ist die Kontrolle jedoch wesentlich verstärkt worden. So werden die französischen und italienischen Fangaktivitäten jetzt von unabhängigen Inspektoren der Europäischen Kommission überwacht. Dafür werden zusätzliche Inspektionsschiffe eingesetzt. Es wird erwartet, daß dadurch die illegale Fischerei mit längeren als den zugelassenen 2,5 km langen Netzen endlich unterbunden wird.

XIV. Walfang

Im Jahr 1948 wurde die Internationale Walfang-Kommission (IWC) mit der Zielsetzung gegründet, die Walbestände wirksam zu erhalten, aber auch zu nutzen.

Aufgrund der dramatisch gesunkenen Bestandszahlen wurde im Jahre 1982 ein weltweites Verbot des kommerziellen Walfangs (Moratorium) beschlossen, das 1986 in Kraft getreten ist und seit 1990 überprüft wird. Lediglich der Subsistenzwalfang der Eingeborenen in Alaska, auf Grönland und in Sibirien ist weiterhin zugelassen.

Im Jahr 1995 hat Japan 440 Zwergwale in antarktischen Gewässern und 100 Zwergwale im Nordpazifik zu wissenschaftlichen Zwecken gefangen. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder hat diese Vorhaben als wissenschaftlich nicht ausreichend begründet kritisiert.

Die Walschutzpolitik der IWC hat in der letzten Zeit wachsenden Unmut bei denjenigen Nationen geweckt, die an einem kommerziellen Walfang stark interessiert sind. Es wird angeführt, daß sich die Bestandszahlen der Zwergwale bereits so weit erholt hätten, daß eine kontrollierte Nutzung den Erhalt der Arten nicht gefährde. Diese Sichtweise konnte sich in der IWC bisher nicht durchsetzen. Norwegen hat daraufhin im Jahr 1994 den kommerziellen Walfang einseitig wieder aufgenommen. Im Jahr 1995 hat Norwegen 218 Zwergwale im Nordostatlantik gefangen. Island und bereits vorher Kanada haben die IWC verlassen.

Norwegen, Island, Grönland und die Faröer haben eine alternative Organisation, die Nordatlantische Kommission für Meeressäuger (NAMMCO) gegründet, bei der Kanada und Japan als Beobachter vertreten sind.

Das Europäische Parlament hat in einer Entschließung vom 9. Juli 1992 Norwegen aufgefordert, die Pläne bezüglich der Wiederaufnahme des kommerziellen Walfangs aufzugeben, und Island ersucht, der IWC wieder beizutreten.

Neben artenschutzrechtlichen Bedenken und Erwägungen sind auch die Methoden des Walfangs aus Tierschutzsicht unbefriedigend. Auf der Jahrestagung 1992 hat sich die IWC mit den Problemen des tierschutzgerechten Tötens von Walen befaßt und einen Aktionsplan beschlossen. Danach sollen Geräte und Methoden verbessert und wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt werden, um auf dieser Grundlage schonendere Fangmethoden und kürzere Tötungszeiten zu erreichen.

Auf der Jahrestagung 1996 befaßte sich die IWC mit dem Problem der elektrischen Lanze. Dieses Instrument wird von Japan als nachfolgende Tötungsmethode eingesetzt, wenn der Schuß mit einer explosiven Harpune nicht sofort tödlich ist. Mit Unterstützung vieler Länder (unter anderem Deutschland) forderten Großbritannien und Neuseeland ein Verbot dieses Instrumentes, um unnötiges Leiden der Wale zu vermeiden. Der Antrag fand jedoch nicht die notwendige Dreiviertelmehrheit. Nach Auffassung der Staaten, die den Antrag ablehnten, fehlt zur Zeit eine ausreichende wissenschaftliche Begründung für ein Verbot, insbesondere der wissenschaftliche Vergleich zum Gewehr, das von Norwegen als nachfolgende Tötungsmethode eingesetzt wird. Japan und Norwegen erklärten sich jedoch bereit, diese vergleichende Untersuchung alsbald in Angriff zu nehmen und die Ergebnisse einem Sachverständigenausschuß zur Prüfung vorzulegen.

XV. Tierversuche sowie Ersatz- und Ergänzungsmethoden

Obwohl in der biomedizinischen Forschung zunehmend mit In-vitro-Methoden gearbeitet wird, kann nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft auf Tierversuche – das sind Eingriffe oder Behandlungen zu Versuchszwecken, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sein können – nicht generell verzichtet werden. Sie sind jedoch auf das unerläßliche Maß zu beschränken. Nach den Bestimmungen des Tierschutzgesetzes dürfen Tierversuche nur durchgeführt werden, wenn sie für einen der im Gesetz abschließend aufgeführten Versuchszwecke nach dem aktuellen Wissensstand unerläßlich und im Hinblick auf die angestrebten Ergebnisse ethisch vertretbar sind.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß es sehr schwierig ist, bestimmte Tierversuche vollständig durch sogenannte Alternativmethoden zu ersetzen. Kurzfristig erfolgversprechender sind zur Zeit noch die Bemühungen, die darauf abzielen, die Zahl der für einen Versuch benötigten Tiere und deren Belastung zu vermindern. Eine Schlüsselrolle kommt in diesem Zusammenhang den direkt oder indirekt gesetzlich verankerten Tierversuchen zu. Für Erfolge auf diesem Gebiet liefern Wissenschaft und Forschung die Basisarbeit, beispielsweise durch Entwicklung aussagekräftiger Prüfmodelle auf empirischer und experimenteller Grundlage. Für die Anwendung in der Praxis hingegen ist die Akzeptanz dieser Modelle seitens der Institutionen notwendig, die die gesetzlichen Prüfanforderungen maßgeblich beeinflussen. Hierbei treten einzelstaatliche Prüfverfahren zunehmend in den Hintergrund.

Die Bundesregierung mißt der Entwicklung und Anerkennung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden große Bedeutung bei. In den folgenden Kapiteln finden sich entsprechende Beispiele.

1 Rechtsvorschriften

1.1 Europarat

Das vom Europarat im März 1986 verabschiedete Europäische Übereinkommen zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere enthält Grundsätze und Detailbestimmungen über die Voraussetzungen und die Durchführung von Tierversuchen, über Zucht, Pflege und Unterbringung von Versuchstieren, über die Versuchseinrichtungen und über statistische Informationen in bezug auf Tierversuche. Die Leitlinien in Anhang A konkretisieren die in Artikel 5 des Übereinkommens dargelegten allgemeinen Anforderungen an die Haltung von Versuchstieren, ohne jedoch rechtsverbindlich zu sein (siehe Kapitel III 2.10).

Die Vertragsparteien und Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens tauschten 1992 und 1993 im Rah-

men Multilateraler Konsultationen gemäß Artikel 30 des Übereinkommens ihre Erfahrungen über die Anwendung dieser internationalen tierschutzrechtlichen Bestimmungen aus. Im Mittelpunkt der Beratungen standen dabei folgende Themen:

- die Überarbeitung und Konkretisierung der Vorschriften zu den statistischen Erhebungen,
- die Auslegung des Vertragstextes im Hinblick auf den Schutz transgener Tiere und Versuchstiermutanten, die für wissenschaftliche Zwecke gezüchtet oder verwendet werden und infolge der genetischen Modifikation in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt sind,
- die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen, die mit Versuchstieren arbeiten,
- die Empfehlungen des Anhangs A zur Haltung von Versuchstieren.

Die Vertragsparteien des Übereinkommens kamen überein, ab 1997 statistische Daten über die Verwendung von Versuchstieren zu erheben, die sich in einigen Details von den Tabellen des Anhangs B zu dem Übereinkommen unterscheiden.

Bei der Zucht und Haltung transgener Tiere und Mutanten, die für Versuchszwecke bestimmt sind, muß deren besonderen Ansprüchen Rechnung getragen werden. So ist nunmehr bei der Registrierung der entsprechenden Versuchstierzuchten sicherzustellen, daß die Einrichtungen über die erforderliche sachliche Ausstattung sowie über eine verantwortliche Person mit speziellen Kenntnissen der tierschutzrelevanten Probleme bei den erbgutverändernden Tieren verfügen. Diese Auslegung wurde den Bundesländern zur Kenntnis gegeben.

Des weiteren wurden Leitlinien für die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen, die mit Versuchstieren umgehen, erarbeitet. Sie richten sich als Verhaltenskodex an alle für diesen Bereich zuständigen Personen und Stellen. Der Text dieser Vereinbarung findet sich in **Anhang 5**.

Der erfolgreiche Verlauf der bisherigen Konsultationen ist nicht zuletzt auf die wertvollen Beiträge internationaler Organisationen aus den Bereichen des Tierschutzes, der Verhaltenskunde, der Versuchstierkunde und der pharmazeutischen Industrie zurückzuführen. Die dritte Multilaterale Konsultation zum Versuchstierübereinkommen wird voraussichtlich im Mai 1997 stattfinden.

1.2 Europäische Union

Die Europäischen Gemeinschaften haben mit der Richtlinie 86/609/EWG des Rates vom 24. November 1986 zur Annäherung der Rechts- und Verwaltungs-

vorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. EG Nr. L 358 S. 1) Regelungen für diejenigen Tierversuche getroffen, die im Rahmen der Stoff- und Produktentwicklung und -prüfung sowie im Rahmen des Umweltschutzes durchgeführt werden. Dabei wurden im wesentlichen die Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere übernommen. Die Richtlinie ist inzwischen von allen Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt worden.

Mit Beschluß 90/67/EWG der Kommission vom 9. Februar 1990 zur Einsetzung eines Beratenden Ausschusses für den Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. EG Nr. L 44 S. 30) hat die Kommission den in Artikel 22 Absatz 3 der Richtlinie 86/609/EWG vorgesehenen Beratenden Ausschuß institutionalisiert und ihm eine Geschäftsordnung gegeben. In dem Ausschuß sind die Mitgliedstaaten jeweils durch zwei Beamte der zuständigen nationalen Behörden vertreten. Die Bundesrepublik Deutschland hat einen Beamten des BML und einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder als Mitglieder für den Ausschuß benannt. Bisher haben nicht alle Mitgliedstaaten Vertreter benannt, so daß dieser Ausschuß noch nicht zusammengetreten ist.

Daher wurden in Zusammenhang mit der Richtlinie stehende Erfahrungen und Probleme bisher von den national zuständigen Behörden auf Einladung der Kommission unabhängig von diesem Ausschuß erörtert. Dieses auf Einladung der Kommission tagende Gremium hat sich bisher vornehmlich mit dem Problem einer EU-weit einheitlichen statistischen Erhebung von Daten zu Tierversuchen nach Artikel 13 der Richtlinie beschäftigt. Da in den letzten beiden Jahren wider Erwarten lediglich eine offizielle Sitzung stattfand, konnten die Arbeiten noch nicht abgeschlossen werden. Ziel ist weiterhin, die Tabellen des Anhangs B zu dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere so zu ergänzen, daß die künftig zu erhebenden Daten auch den Ansprüchen der Europäischen Gemeinschaft entsprechen. Diese ist nach Artikel 23 der Richtlinie zur Förderung der Entwicklung und Validierung alternativer Techniken verpflichtet, die dem Tierversuch vergleichbare Ergebnisse liefern könnten, jedoch weniger Tiere erfordern und mit weniger Schmerzen verbunden sind. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist demnach auch die Identifizierung der Bereiche, in denen besonders viele Versuchstiere verwendet werden.

Weiterhin hat das Gremium Richtlinien für die angemessene Ausbildung von Personen, die mit Versuchstieren umgehen, verabschiedet.

Da die Europäische Gemeinschaft nach Genehmigung des Europarats-Übereinkommens in absehbarer Zeit auch Vertragspartei sein wird, wurden beide Themen in enger fachlicher Kooperation zwischen diesen Institutionen beraten.

1.3 Bundesrepublik Deutschland

Durch Artikel 5 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Gentechnik vom 20. Juni 1990 (BGBl. I S. 1080) wurde die im Tierschutzgesetz festgelegte Definition des Begriffes „Tierversuch“ erweitert.

Damit hat § 7 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes nunmehr folgenden Wortlaut:

„(1) Tierversuche im Sinne dieses Gesetzes sind Eingriffe oder Behandlungen zu Versuchszwecken

1. an Tieren, wenn sie mit Schmerzen, Leiden oder Schäden für diese Tiere oder
 2. am Erbgut von Tieren, wenn sie mit Schmerzen, Leiden oder Schäden für die erbgutveränderten Tiere oder deren Trägartiere
- verbunden sein können.“

Diese Formulierung stellt klar, daß auch Eingriffe am genetischen Material befruchteter Eizellen oder Embryonen den rechtlichen Stellenwert eines Tierversuchs haben, sofern sie zu Versuchszwecken durchgeführt werden und bei den an dem Eingriff mittelbar oder unmittelbar beteiligten Tieren zu Schmerzen, Leiden oder Schäden führen können. Neben den eigentlich erbgutveränderten Tieren werden somit auch die „Muttertiere“ den Schutzvorschriften unterstellt. Der Begriff „Trägartiere“ wurde gewählt, da es sich in den meisten Fällen um Leihmütter, das heißt nicht um die genetischen Mütter handelt.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind für die tierschutzrechtliche Einordnung von Behandlungen und Eingriffen als Tierversuch zwei Kriterien maßgeblich:

- Die Maßnahme erfolgt zu Versuchszwecken, das heißt mit dem Ziel des Erkenntnisgewinns zu einem noch nicht hinreichend gelösten Problem;
- für die Tiere besteht die Gefahr einer Beeinträchtigung in Form von Schmerzen, Leiden oder Schäden.

Daher sind von den Tierversuchen insbesondere abzugrenzen:

- Eingriffe und Behandlungen zu diagnostischen oder therapeutischen Zwecken im Rahmen der kurativen tierärztlichen Tätigkeit;
- Entnahmen von Organen oder Geweben für wissenschaftliche Untersuchungen, wenn das Tier vorher im Hinblick auf die weiteren Untersuchungen nicht behandelt wurde (siehe IX.);
- Eingriffe und Behandlungen zu Demonstrationszwecken bei der Aus-, Fort- oder Weiterbildung (siehe XVI.);
- Eingriffe und Behandlungen im Rahmen der Herstellung von Produkten, zum Beispiel von Impfstoffen oder Sera;
- Übertragen zum Beispiel von Parasiten auf Tiere zur „Aufbewahrung“ dieser Organismen;
- Entnahme von Organen an zuvor getöteten Tieren (siehe XII.).

Bei der Anwendung dieser Legaldefinition in der Vollzugspraxis der Genehmigungsbehörden ergaben

sich in der Anfangsphase nach Inkrafttreten des Tierschutzgesetzes Abgrenzungsprobleme, die jedoch mittlerweile weitgehend gelöst sind, zum Beispiel die Frage der Zulässigkeit und rechtlichen Einordnung der Verwendung von Mäusen zur Gewinnung monoklonaler Antikörper. Das Ergebnis eines Sachverständigengesprächs, das 1989 auf Einladung von ZEBET hierzu stattfand, ist ausführlich in Anhang 5 dargestellt. Demnach ist die Produktion monoklonaler Antikörper in Mäusen mit Aszites (Bauchhöhlenwassersucht) nur in wenigen Ausnahmefällen als unerlässlich zu betrachten.

2 Die Anwendung tierschutzrechtlicher Bestimmungen anhand ausgewählter Beispiele

2.1 Die ethische Abwägung bei der Begutachtung von Tierversuchen

Tierversuche dürfen nach dem Tierschutzgesetz nur durchgeführt werden, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen, zur Erkennung von Umweltgefährdungen oder für die Grundlagenforschung unerlässlich sind und der verfolgte Zweck nicht durch andere Methoden oder Verfahren erreicht werden kann. Es ist dabei abzuwägen, ob die zu erwartenden Schmerzen, Leiden oder Schäden der Versuchstiere im Hinblick auf den Versuchszweck ethisch vertretbar sind. Versuche mit länger anhaltenden oder sich wiederholenden erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden dürfen nur durchgeführt werden, wenn dies für wesentliche Bedürfnisse von Mensch oder Tier notwendig ist. Tierversuche zur Entwicklung oder Erprobung von Waffen sind verboten. Das Verbot gilt grundsätzlich auch für Tierversuche zur Entwicklung von Tabakerzeugnissen, Waschmitteln und dekorativen Kosmetika.

Der im Oktober 1996 vom Bundeskabinett verabschiedete Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes sieht vor, das Verbot in EG-konformer Weise auf sämtliche Kosmetika auszudehnen (siehe auch XV.4.7).

Die Prüfung der ethischen Vertretbarkeit kann im Einzelfall mit Schwierigkeiten verbunden sein. Die Tierschutzkommission beim BML hat 1990 einstimmig folgendes Votum beschlossen:

„Die Tierschutzkommission bittet den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten darauf hinzuwirken, daß in den alten und neuen Bundesländern bei der Beratung und Entscheidung über die Genehmigung von Tierversuchen neben der wissenschaftlichen Begründung auch die gesetzlich geforderte ethische Abwägung (§ 7 Abs. 3 des Tierschutzgesetzes) in angemessener Weise beachtet wird. Um dies zu erreichen, empfiehlt die Kommission,

- daß in den beratenden Kommissionen nach § 15 Abs. 1 und 3 des Tierschutzgesetzes dem ethischen Aspekt die notwendige Aufmerksamkeit beigemessen und das entsprechende Ergebnis

im Protokoll festgehalten wird; bei der Abwägung ist der Grundsatz anzuwenden:

je schwerer der Eingriff zu Lasten der Versuchstiere, desto größer muß das Gewicht der ihn legitimierenden Gründe sein;

- daß der offenkundig gewordene Informationsbedarf der an der Beratung und an der Genehmigung beteiligten Personen durch das Angebot von jährlichen Weiterbildungsveranstaltungen seitens des Bundes und der Länder befriedigt wird; um diese Anforderung auch langfristig zu erfüllen ist es erforderlich, die entsprechenden Fragen der ethischen Abwägung zunehmend in die Ausbildung von Veterinär- und Humanmedizin sowie Biologie einzubeziehen.“

BML hat sich im Zeitraum dieses Tierschutzberichts weiterhin darum bemüht, diesem Anliegen zu entsprechen. Auf seine Initiative hat die Akademie für tierärztliche Fortbildung (ATF) in den beiden vergangenen Jahren Veranstaltungen zum Thema „Tierversuche/Versuchstiere“ angeboten, die sich nicht nur an die mit diesen Problemen befaßten Amtstierärzte richteten, sondern auch interessierten Mitgliedern der Kommissionen nach § 15 des Tierschutzgesetzes offen standen. In den Veranstaltungen wurden verschiedene Schwerpunktthemen in der Diskussion um Tierversuche aufgegriffen, so beispielsweise die Problematik ethischer Bewertungen bei der Durchführung von Tierversuchen, Erfahrungen mit ihrer Planung und der Genehmigungspraxis, nationale und internationale Rechtsgrundlagen, die Versuchstierhaltung aus hygienischem und verhaltenskundlichem Blickwinkel, die Bedeutung von Tiermodellen sowie von Ersatz- und Ergänzungsmethoden.

Mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 1. Juli 1988 (BANz. Nr. 139 a vom 29. Juli 1988) wurden, um einen bundeseinheitlichen Vollzug zu erreichen, Regelungen zur Genehmigung und Anzeige von Versuchsvorhaben, zum Tierschutzbeauftragten, zur Durchführung von Tierversuchen und zu den Beratenden Kommissionen nach § 15 Abs. 1 und 3 des Tierschutzgesetzes getroffen.

2.2 Tierschutzbeauftragte nach § 8b des Tierschutzgesetzes

§ 8b des Tierschutzgesetzes verpflichtet die Träger von Einrichtungen, in denen Tierversuche an Wirbeltieren durchgeführt werden, zur Bestellung eines oder mehrerer fachlich qualifizierter Tierschutzbeauftragter. Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes präzisiert die Anforderungen an die fachliche Qualifikation, an die innerbetriebliche Stellung sowie das Aufgabengebiet dieses Personenkreises.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Tierschutzbeauftragten zu einem wichtigen und unverzichtbaren Bindeglied zwischen den Behörden einerseits und den Versuchsanstaltern andererseits geworden sind. Daher können bereits im Vorfeld der Antragstellung für einen Tierversuch tierschutzrelevante Probleme

im Einzelfall erkannt und gegebenenfalls ausgeräumt werden.

Der Aufgabenbereich des Tierschutzbeauftragten erfordert Fachkenntnisse auf unterschiedlichen Spezialgebieten, besonders in wissenschaftlichen Einrichtungen, die Versuchstiere zur Bearbeitung eines weiten Spektrums wissenschaftlicher Fragestellungen einsetzen. Diese Situation und die zum Teil schwierige Mittlerfunktion zwischen Anliegen des Tierschutzes und der Wissenschaft hat dazu beigetragen, daß sich die Tierschutzbeauftragten auf Länderebene zunehmend in Arbeitskreisen organisieren, um Erfahrungen und Informationen auszutauschen, fachliche Stellungnahmen zu bestimmten Problemen zu erarbeiten und Fortbildungsveranstaltungen zu organisieren. Aufgrund dieser Veranstaltungen ist auch bekannt, daß sich nicht alle Tierschutzbeauftragten in gewünschtem Maß von den Trägereinrichtungen unterstützt, sondern sich in einigen Fällen aufgrund ihrer Funktion sogar benachteiligt sehen.

Der Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Tierschutzgesetzes sieht vor, den Verantwortungsbereich des Tierschutzbeauftragten auf alle Bereiche von Forschung und Lehre auszudehnen, in denen Wirbeltiere verwendet werden.

2.3 Besondere Aspekte bei Genehmigungs- und Anzeigeverfahren

Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift präzisiert unter den Nummern 1 bis 4 die Vorschriften des Fünften Abschnitts des Tierschutzgesetzes mit dem Ziel, den Vollzug dieser Bestimmungen seitens der zuständigen Landesbehörden weitgehend einheitlich zu gestalten. Zu diesem Zweck werden beispielsweise die für ein Genehmigungs- oder Anzeigeverfahren erforderlichen Angaben katalogisiert sowie verbindliche Richtlinien und Fristen für die Bearbeitung dieser Unterlagen festgelegt.

Die anfänglichen Probleme bei der Abgrenzung zwischen anzeige- und genehmigungspflichtigen Tierversuchen konnten mittlerweile weitgehend behoben werden, obgleich sich die zuständigen Behörden in vielen Fällen weiterhin zu klärenden Rückfragen bei den Versuchsanstellern veranlaßt sehen. Die zuständigen Behörden machen demzufolge nach wie vor geltend, daß die Frist von zwei Wochen für die eingehende Prüfung von Anzeigen nicht ausreiche. Einige Länder halten darüber hinaus eine Erweiterung der Darlegungspflichten im Anzeigeverfahren für dringend erforderlich.

Bei der Bearbeitung von Tierversuchsanträgen im Genehmigungsverfahren sind nach wie vor aus der Sicht der Behörden und Beratenden Kommissionen in vielen Fällen ergänzende Auskünfte notwendig. Diese Feststellung sollte jedoch weniger als Hinweis auf die Unzulänglichkeit der rechtlichen Vorschriften oder der am Verfahren beteiligten Personen interpretiert werden, sondern vielmehr als Indiz für eine differenzierte Auseinandersetzung mit den einzelnen Versuchsvorhaben. Die gesetzlich verankerte Forderung nach wissenschaftlicher Darlegung der im allgemeinen hochspezifischen Sachverhalte in Verbin-

dung mit der Verpflichtung zur ethischen Abwägung der unterschiedlichen Interessen erfordert einen Informations- und Meinungsaustausch zwischen Antragstellern, Behörden und Beratenden Kommissionen, der sich zwangsläufig nicht in allen Fällen auf die Darstellungen des Genehmigungsantrags beschränken kann.

Im Berichtszeitraum dieses Tierschutzberichts war das BML insbesondere an der Erörterung folgender Themen beteiligt:

1. Erzeugung und Zucht transgener Mäuse und Ratten unter Tierschutzgesichtspunkten;
2. tierschutzrechtliche Bewertung von Eingriffen und Behandlungen an Wirbeltieren bei der Prüfung von Tierarzneimitteln nach der Richtlinie 92/18/EWG der Kommission vom 20. März 1992.

Zu 1:

Die Befassung mit diesem Themenbereich geht auf den Erfahrungsbericht einer Genehmigungsbehörde und der sie beratenden Kommission zurück, wobei insbesondere die Schwierigkeiten bei der ethischen Bewertung solcher Versuchsvorhaben dargelegt wurden. Da ähnliche Probleme auch bei anderen Genehmigungsbehörden auftraten und das Thema zunehmend auf internationaler Ebene diskutiert wird, beschäftigte sich auf Vorschlag des BML eine Sachverständigengruppe mit der Erarbeitung eines Informationspapiers. Beteiligt waren neben Experten aus dem Bereich der Gentechnik auch Vertreter der für den Tierschutz zuständigen Landesbehörden und des BML. In dem Papier werden die derzeit gebräuchlichsten Methoden zur Erzeugung transgener Mäuse und Ratten unter Berücksichtigung der für einen solchen Versuch erforderlichen Tierzahlen und der Belastung der beteiligten Tiere beschrieben. Die Ausarbeitung richtet sich in erster Linie an den Personenkreis, der an der Bewertung entsprechender Versuchsanträge beteiligt ist, das heißt an Kommissionsmitglieder und Behördenvertreter.

Leider ist es nicht möglich, auf alle in dem Zusammenhang auftretende Fragen umfassende und befriedigende Antworten zu geben. Wie auch die internationalen Diskussionen zeigen, ist hierfür die gezielte Aufarbeitung bisheriger Erfahrungen sowie die Durchführung konkreter Forschungsvorhaben zu tierschutzrelevanten Aspekten bei der Erzeugung transgener Tiere notwendig. Auch infolge der rasch steigenden Zahl transgener Tiermodelle wird dieses Thema voraussichtlich auch in den nächsten Jahren weiterhin in der Diskussion bleiben.

Zu 2:

Ausgangspunkt für das hierzu erarbeitete Empfehlungspapier war die seit langem kontrovers geführte Diskussion, ob klinische Prüfungen von Tierarzneimitteln tierschutzrechtlich als Tierversuch einzustufen sind oder ob hierbei die Therapie erkrankter Tiere bzw. die Prophylaxe im Vordergrund steht. In dem Empfehlungspapier wird eine differenzierte Bewertung dieser Fragestellung vorgenommen und vorgeschlagen, entsprechende Eingriffe und Behand-

lungen auf der Grundlage des bereits erreichten Entwicklungsstandes der Prüfsubstanz einzustufen.

Beide Papiere finden sich in **Anhang 5**.

In den neuen Bundesländern ergab sich aufgrund des im Jahr 1990 vorgefundenen relativ schlechten Zustandes der Versuchstierhaltungen die dringende Notwendigkeit, Verbesserungen im Sinne einer Anpassung an tierschutzgerechte Mindeststandards einzuführen.

In diesem Prozeß war es eine vorrangige Aufgabe der Amtstierärzte, bei der Kontrolle der Versuchstierhaltung darauf Einfluß zu nehmen, daß gravierende Mängel kurzfristig abgestellt werden.

So konnte beispielsweise in Thüringen das Ziel, in einer Übergangsperiode von bis zu zwei Jahren vergleichbare Haltungsbedingungen wie in den alten Bundesländern zu schaffen, erfüllt werden.

2.4 Beratende Kommissionen nach § 15 Abs. 1 und 3 des Tierschutzgesetzes

Die Zusammensetzung der Kommissionen aus Veterinärmedizinern, Medizinern, Naturwissenschaftlern und Vertretern, die von Tierschutzorganisationen vorgeschlagen wurden, ermöglicht eine sachgerechte Unterstützung der Behörde, insbesondere im Hinblick auf die Voraussetzungen der wissenschaftlichen und ethischen Vertretbarkeit für die Genehmigung von Tierversuchen. Es hat sich gezeigt, daß die Zusammenarbeit zwischen Tierschutzkommissionen, Antragstellern und Behörden in der Regel konstruktiv verläuft und im Ergebnis zu einer fundierten Beurteilung der jeweiligen Versuchsvorhaben führt. Der kooperative Charakter dieser Zusammenarbeit zeigt sich unter anderem darin, daß die Behörden bei ihren Entscheidungen nur in Ausnahmefällen vom Vorschlag der sie beratenden Gremien abweichen. Der relativ geringe Anteil endgültig abgelehnter Genehmigungsanträge sollte nicht vergessen lassen, daß bei den genehmigten Versuchsvorhaben in vielen Fällen durch die intensiven Beratungen Zahl und Belastung der verwendeten Tiere erheblich eingeschränkt und die Genehmigungsbescheide mit entsprechenden Nebenbestimmungen versehen werden.

Aufgrund des § 15 Abs. 3 Satz 2 des Tierschutzgesetzes wurde vom BMVg eine Kommission zur Unterstützung der zuständigen Dienststellen der Bundeswehr bei der Entscheidung über die Genehmigung von Versuchsvorhaben berufen. Diese Kommission setzt sich aus sechs Mitgliedern mit jeweils zwei Stellvertretern zusammen, und zwar aus Tierärzten, Ärzten und Persönlichkeiten, die aus Vorschlagslisten der Tierschutzorganisationen ausgewählt worden sind. Kein Mitglied ist Angehöriger der Bundeswehr. Die Mitglieder werden für die Dauer von vier Jahren berufen. Die dritte Beratungsperiode begann 1996.

In dieser Beratenden Kommission blieben die Auseinandersetzungen trotz lebhafter Diskussionen, die insbesondere die Unerläßlichkeit und ethische Vertretbarkeit der Tierversuche sowie die Leidensbegrenzung bei den Versuchstieren betrafen, in sach-

licher Atmosphäre. Empfehlungen der Kommission wurden von der genehmigenden Dienststelle als Auflagen an den Antragsteller weitergeleitet. Seit 1993 informiert das BMVg die Kommission auch über Forschungsvorhaben mit Tierversuchen, die in Einrichtungen außerhalb der Bundeswehr durchgeführt werden und dem Genehmigungsverfahren der nach Landesrecht zuständigen Behörden unterliegen.

2.5 Tierversuche nach § 15a des Tierschutzgesetzes

Die Bestimmung des § 15a des Tierschutzgesetzes verpflichtet die nach Landesrecht zuständigen Behörden, den Bundesminister über Fälle grundsätzlicher Bedeutung bei der Genehmigung von Versuchsvorhaben zu unterrichten. Die Mitteilungspflicht bezieht sich vorrangig auf Genehmigungsanträge, deren ethische Vertretbarkeit von der zuständigen Behörde, der Beratenden Kommission oder dem Tierschutzbeauftragten in Zweifel gezogen wurde.

Im Zeitraum dieses Berichtes wurde BML von den Ländern in Zusammenhang mit § 15a über fünf Versuchsanträge informiert, die von den zuständigen Behörden ablehnend beschieden wurden. Ausschlaggebend für diese Entscheidungen waren jedoch nicht in erster Linie ethische Bedenken der an der Beurteilung der Anträge beteiligten Personen, sondern fachliche, konzeptionelle bzw. formale Mängel in den Anträgen, die seitens der Antragsteller – teils trotz entsprechender behördlicher Rückfragen – nicht ausgeräumt wurden.

3 Amtliche Daten über die Verwendung von Versuchstieren

3.1 Rechtliche Rahmenbedingungen

Mit der Verordnung über die Meldung von in Tierversuchen verwendeten Wirbeltieren (Versuchstiermeldeverordnung) vom 1. August 1988 (BGBl. I S. 1213) werden Personen und Einrichtungen, die Tierversuche an Wirbeltieren durchführen, verpflichtet, regelmäßig Meldungen über Art und Zahl der für Versuche verwendeten Tiere zu erstatten. Diese Daten umfassen alle genehmigungs- und anzeigepflichtigen Tierversuche im Sinne des § 7 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes. Von den Tierversuchen sind insbesondere Eingriffe und Behandlungen an Tieren zu Demonstrationszwecken bei der Ausbildung ausgenommen (siehe XVI.). Darüber hinaus sind zum Beispiel auch Eingriffe und Behandlungen an Tieren im Rahmen der Herstellung von Impfstoffen und Sera keine Tierversuche im Sinne des Gesetzes (siehe XV.1.3).

Der Verordnung ist als Anlage ein Formblatt mit drei Tabellen beigelegt, das für die amtlichen Erhebungen zu verwenden ist. Demnach beziehen sich die zu erhebenden Daten auf folgende Aspekte:

- Tabelle 1 gibt Aufschluß über Art und Zahl der verwendeten Wirbeltiere und berücksichtigt dabei auch den Umfang ihrer Mehrfachverwendung in verschiedenen voneinander unabhängigen Versuchsvorhaben.

- Tabelle 2 erfordert eine Zuordnung der verwendeten Tiere zu bestimmten selektiv aufgeführten Versuchszwecken, beispielsweise zur Entwicklung und Prüfung von Stoffen und Produkten wie Arzneimitteln oder Pflanzenschutzmitteln oder zur Grundlagenforschung.
- Die mit Tabelle 3 erhobenen Angaben ermöglichen einen Überblick über die Verwendung der einzelnen Tiergruppen in bestimmten Arten von Tierversuchen, zum Beispiel in operativen Eingriffen oder Toxizitätsprüfungen, und liefern Informationen über die Dauer der Belastung bei diesen Versuchen.

Die Verpflichtung zur Erhebung amtlicher Daten ergibt sich für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union aus der Versuchstierrichtlinie 86/609/EWG. Der Geltungsbereich dieser Richtlinie bezieht sich jedoch nicht auf die Wirbeltiere, die für die Grundlagenforschung oder zum Zweck der Aus-, Fort- und Weiterbildung verwendet werden. Für diese Bereiche besitzt die EG bisher keine Regelungskompetenz.

Die Richtlinie enthält des weiteren keine detaillierten Vorgaben über die Art der Informationen, die die Mitgliedstaaten an die Kommission zu übermitteln haben. Daher sind die Angaben der einzelnen Mitgliedstaaten, die die Kommission dem Europäischen Parlament gemäß ihrer Verpflichtung erstmals 1994 in Form eines Berichtes vorlegte, nur schwer vergleichbar. Um dieser unbefriedigenden Sachlage abzuweichen und – im Hinblick auf die europäische Situation – besser verwertbare Informationen über den Einsatz von Versuchstieren verfügbar zu machen, bemühen sich die für den Tierschutz zuständigen obersten nationalen Behörden der Mitgliedstaaten in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Kommissionsdienststellen um die Erarbeitung eines einheitlichen Tabellensystems für die Datenerfassung. Aufgrund der aktuellen Rechtslage kann dieses System allerdings nur den Status einer an die Mitgliedstaaten gerichteten Empfehlung haben.

Die Datenerhebung soll sich vereinbarungsgemäß auf alle wissenschaftlichen Bereiche beziehen, das heißt, trotz fehlender Zuständigkeit der EG, auch auf die Grundlagenforschung und die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen. Dies ist im Zusammenhang mit dem umfassenden Geltungsbereich des Europäischen Versuchstierübereinkommens zu sehen; die EG wird voraussichtlich in absehbarer Zeit selbst Vertragspartei dieses Übereinkommens.

Auch vor diesem Hintergrund sieht der im Oktober 1996 vom Bundeskabinett verabschiedete Regierungsentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes eine erweiterte Ermächtigung für die Erhebung amtlicher Versuchstierzahlen vor. Die Ermächtigung im geltenden Gesetz bezieht sich nicht auf den Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung und erstreckt sich nur auf Wirbeltiere, die für Tierversuche im Sinne der Definition des deutschen Tierschutzgesetzes verwendet werden. Es soll die rechtliche Voraussetzung geschaffen werden, künftig statistische Angaben über alle für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere – einschließlich der hierfür vorgenommenen

Tiertötungen – erheben und somit einem wichtigen Anliegen der tierschutzinteressierten Öffentlichkeit nachkommen zu können. Soweit Tiertötungen betroffen sind, geht diese Anforderung über das EG-Recht hinaus.

Dies entspricht dem dringenden Anliegen der Tierschutzverbände sowie der interessierten Öffentlichkeit, umfassend über alle für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere informiert zu werden.

3.2 Entwicklungen bei der Verwendung von Versuchstieren

Die nachfolgend aufgeführten Tabellen geben einen Überblick über die in den Jahren 1994 und 1995 in Deutschland für Versuchszwecke verwendeten Wirbeltiere sowie über die Entwicklung der Versuchstierzahlen seit 1989. Weitere tabellarische Darstellungen wurden aus Gründen besserer Übersichtlichkeit in Anhang 6 aufgenommen.

Die Verwendung von Versuchstieren ist seit 1989, dem Beginn der amtlichen Datenerhebung, rückläufig. Dies bestätigten erneut die für 1995 ermittelten Zahlen, aus denen sich eine Gesamtsumme von 1,643 Millionen Versuchstieren ergibt. Somit wurden in diesem Jahr 116 000 Versuchstiere weniger eingesetzt als 1994, dies entspricht einem Rückgang um 6,6 %.

Im Vergleich zu 1991, dem ersten gemeinsamen vollständigen Berichtszeitraum für die alten und neuen Bundesländer, konnte die Zahl der benötigten Versuchstiere um ca. eine dreiviertel Million (etwa 30 %) reduziert werden.

Bei den anteilig am stärksten vertretenen Tiergruppen handelte es sich, wie in den Vorjahren, auch 1995 um Ratten, Mäuse, Meerschweinchen und andere Nager (81,8 % der Gesamtsumme), um Fische (7,9 %) und Vögel (5,5 %). Hunde und Katzen wurden vergleichsweise selten eingesetzt – 1995 insgesamt 6 355 Tiere (= 0,39 %). Die Anzahl der 1995 verwendeten Primaten betrug 1 488 Tiere und lag damit unter dem Wert des Vorjahres. Zu den Menschenaffen zählende Arten wurden in Deutschland letztmals 1991 verwendet.

Die Entwicklung der Versuchstierzahlen seit 1991 zeigt jedoch auch, daß nicht alle in den Tabellen aufgeführten Tiergruppen von der rückläufigen Tendenz betroffen sind. Dies betrifft die Gruppe der Vögel ebenso wie weniger häufig für Versuchszwecke verwendete Arten, zum Beispiel aus dem Bereich der landwirtschaftlichen Nutztiere. Bei Amphibien und Reptilien liegen die für 1995 ermittelten Zahlen deutlich über den Werten von 1991. Hingegen sank die Zahl der für Versuchszwecke verwendeten Hunde und Katzen im gleichen Zeitraum um etwa 25 % (2 083 Tiere).

Bei der Verwendung von Primaten sind Aussagen über Entwicklungstendenzen nicht möglich; da pro Jahr nur relativ wenige Tiere eingesetzt werden, spiegeln sich einzelne Versuchsvorhaben besonders stark in der Statistik wider, so daß sich beträchtliche jährliche Schwankungen ergeben.

Bundesrepublik Deutschland 1994	Anzahl der verwendeten Tiere		
	Gesamt	davon	
		in mehreren Versuchen	in Versuchen, die länger als ein Jahr dauern
Art der Versuchstiere			
Mäuse	868 312	25 539	11 463
Ratten	459 781	13 480	8 643
Meerschweinchen	68 457	4 200	19
Andere Nager	23 985	460	551
Kaninchen	44 126	11 876	1 452
Menschenaffen	0	0	0
Hunds- und Breitnasenaffen	1 447	118	163
Halbaffen	178	3	8
Hunde	6 067	662	135
Katzen	1 067	61	14
Andere Fleischfresser	318	66	7
Pferde, Esel usw.	151	30	5
Schweine	12 622	277	94
Ziegen und Schafe	1 964	101	313
Rinder	2 880	269	175
Andere Säugetiere	339	0	0
Vögel einschließlich Geflügel	103 973	490	329
Reptilien	293	3	86
Amphibien	9 221	717	5 224
Fische	153 319	24 518	259
Gesamt	1 758 500	82 870	28 940

Bundesrepublik Deutschland 1995	Anzahl der verwendeten Tiere		
	Gesamt	davon	
		in mehreren Versuchen	in Versuchen, die länger als ein Jahr dauern
Art der Versuchstiere			
Mäuse	821 888	26 824	13 400
Ratten	439 010	16 686	7 009
Meerschweinchen	56 944	3 222	13
Andere Nager	25 537	308	1 050
Kaninchen	41 565	10 645	598
Menschenaffen	0	0	0
Hunds- und Breitnasenaffen	1 362	142	149
Halbaffen	126	5	16
Hunde	5 318	591	239
Katzen	1 037	51	1
Andere Fleischfresser	249	69	0
Pferde, Esel usw.	275	78	11
Schweine	10 518	275	58
Ziegen und Schafe	2 242	94	260
Rinder	1 854	83	108
Andere Säugetiere	180	4	4
Vögel einschließlich Geflügel	89 726	508	90
Reptilien	743	6	2
Amphibien	14 882	1 378	66
Fische	129 076	11 585	848
Gesamt	1 642 532	72 554	23 922

Anzahl der von 1989 bis 1995 verwendeten Versuchstiere in der Bundesrepublik Deutschland*)

Art der Versuchstiere	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	1 301 687	1 241 757	1 223 741	1 064 883	973 106	868 312	821 888
Ratten	696 832	630 172	611 530	558 516	508 769	459 781	439 010
Meerschweinchen	121 784	108 956	101 842	86 252	73 905	68 457	56 944
Andere Nager	34 094	30 854	25 905	21 083	27 492	23 985	25 537
Kaninchen	76 165	72 839	70 228	63 210	52 188	44 126	41 565
Menschenaffen ...	132**)	0	5	0	0	0	0
Hunds- und Breitnasenaffen ...	1 689	2 081	1 547	1 032	1 172	1 447	1 362
Halbaffen	50	226	116	33	125	178	126
Hunde	8 089	6 977	6 517	6 007	5 551	6 067	5 318
Katzen	2 734	2 167	1 921	1 725	1 127	1 067	1 037
Andere Fleischfresser	295	333	228	365	248	318	249
Pferde, Esel usw. ...	169	214	217	284	200	151	275
Schweine	9 802	11 778	12 158	11 239	10 719	12 622	10 518
Ziegen und Schafe	2 339	3 444	2 690	2 550	1 911	1 964	2 242
Rinder	1 506	3 869	3 079	2 096	2 910	2 880	1 854
Andere Säugetiere	320	273	286	287	669	339	180
Vögel einschließlich Geflügel	92 651	92 660	87 621	85 676	89 636	103 973	89 726
Reptilien	201	281	124	82	281	293	743
Amphibien	8 584	14 354	6 568	6 705	10 718	9 221	14 882
Fische	282 399	227 789	246 387	170 563	163 494	153 319	129 076
Gesamt	2 641 522	2 451 024	2 402 710	2 082 588	1 924 221	1 758 500	1 642 532

*) Wirbeltiere, die für Tierversuche im Sinne des § 7 des Tierschutzgesetzes verwendet wurden; ab 3. Oktober 1990 einschließlich neue Bundesländer

**) Nach Meldung der Länder sind hierin auch andere Primaten enthalten

Der Prozentsatz der in mehreren voneinander unabhängigen Versuchen verwendeten Wirbeltiere betrug 1995 4,4 %, der höchste Wert der letzten fünf Jahre wurde 1993 mit 5,5 % erzielt.

Die Aufschlüsselung der jährlich benötigten Tiere in einzelne Hauptanwendungsbereiche zeigt, daß 1995 – wie auch in den Vorjahren – etwa die Hälfte aller Versuchstiere zur Entwicklung oder Prüfung von Arzneimitteln eingesetzt wurde (846 000 Tiere). Hier ist seit 1989 ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen, im Vergleich zu 1994 beträgt er 8,6 %. Dies dürfte zu einem großen Teil auf den zunehmenden Einsatz von In-vitro-Methoden bei der Entwicklung neuer Wirkstoffe zurückzuführen sein.

Die Grundlagenforschung hatte 1995 einen Bedarf von 312 000 Versuchstieren, in diesem Bereich läßt die Statistik der letzten Jahre keine Tendenz zur Zu- oder Abnahme erkennen. Offensichtlich gibt es bei dieser Art Forschung aufgrund der besonderen wissenschaftlichen Fragestellungen nur begrenzt Möglichkeiten zur Einsparung von Versuchstieren.

In anderen Bereichen erschweren jährliche Schwankungen eine eindeutige Aussage zur Tendenz, obwohl die für 1995 ermittelten Zahlen deutlich unter

dem Niveau von 1991 liegen. Dies betrifft beispielsweise die Entwicklung des Tierverbrauchs bei gesetzlich erforderlichen Prüfungen für die Anmeldung oder Zulassung von Stoffen oder Produkten oder bei Prüfungen zur Erkennung von Umweltgefährdungen (604 000 bzw. 102 000 Versuchstiere im Jahr 1995). Zur Erforschung oder Erprobung von Methoden zur Diagnostik, Prophylaxe oder Therapie wurden 1995 250 000 Wirbeltiere eingesetzt; hier ist im Vergleich zum Vorjahr erstmals ein Anstieg festzustellen.

Die nach Tabelle 3 der Versuchstiermeldeverordnung erhobenen Angaben zeigen, daß auch 1995 die meisten Tiere für „Applikationen und Punktionen ohne Erzielen von Krankheitszuständen“ verwendet wurden (480 000 Tiere). An zweiter Stelle steht der Einsatz in Toxizitätsuntersuchungen (256 000 Tiere), gefolgt von der Verwendung in Infektionsversuchen.

Aus der Auflistung geht weiterhin hervor, daß über 98 % aller zu Versuchszwecken durchgeführten operativen Eingriffe unter Betäubung vorgenommen werden. Bei den an unbetäubten Tieren durchgeführten Eingriffen (insgesamt 2 600 Tiere) wird überwiegend eine Belastungsdauer von weniger als sieben Tagen angegeben. Diese Angaben sind im Zu-

sammenhang mit der zugrundeliegenden Definition für „operative Eingriffe“ zu sehen. Nach der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 1. Juli 1988 gelten als solche alle instrumentellen Eingriffe, bei denen die Haut oder darunterliegendes Gewebe mehr als punktförmig durchtrennt werden. Diese Definition erlaubt also keine Rückschlüsse auf die Schwere des vorgenommenen Eingriffs.

1995 wurden 27 300 Wirbeltiere für Versuche zur Schmerzerzeugung herangezogen. Diese Eingriffe dürften überwiegend im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung von Schmerzmitteln stehen. Bei den dafür verwendeten Tieren handelt es sich fast ausschließlich um Mäuse und Ratten. Deren Anteil beträgt bei den Toxizitätsprüfungen 50 %; zu knapp 40 % werden für diese Versuche Fische eingesetzt. 1995 wurden insgesamt 2 200 Hunde für toxikologische Entwicklungen verwendet.

Für über eine Million der 1995 verwendeten Versuchstiere wurde eine Belastungsdauer von weniger als sieben Tagen angegeben.

4 Maßnahmen zur Verringerung von Tierversuchen in den einzelnen Rechtsbereichen, Zweitanmelderregelung

Die einzelnen Rechtsvorschriften, die Tierversuche zur Folge haben, sind in Anhang 2 aufgelistet.

Nach den Bestimmungen des Tierschutzgesetzes sind Tierversuche auf das unerläßliche Maß zu beschränken; sie dürfen insbesondere nicht durchgeführt werden, wenn der verfolgte Zweck durch andere Methoden oder Verfahren erreicht werden kann. Die Bundesregierung prüft entsprechend den Zielen des Tierschutzgesetzes und neuen Erkenntnissen fortlaufend alle einschlägigen Rechtsvorschriften auf Möglichkeiten, Tierversuche durch Versuche an schmerzfreier Materie zu ersetzen oder, falls dies nicht möglich ist, die Anzahl der Versuchstiere zu verringern oder deren Belastung zu vermindern. Sie schlägt gegebenenfalls entsprechende Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen vor; dies ist und bleibt eine Daueraufgabe, die in Anbetracht des zunehmenden Umfangs an supranationalen Sicherheitsbestimmungen zum Schutz des Menschen und der Umwelt nicht leichter wird.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Bemühungen zur Einschränkung von Tierversuchen auf EU-Ebene:

Die Richtlinie des Rates vom 24. November 1986 zur Annäherung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (86/609/EWG) schreibt die Einschränkung von Tierversuchen vor.

Nach Artikel 7 Abs. 2 darf

„ein Versuch nicht vorgenommen werden, wenn zur Erreichung des angestrebten Ergebnisses eine wissenschaftlich zufriedenstellende, vertret-

bare und praktikable Alternative zur Verfügung steht, bei der kein Tier verwendet werden muß.“

Artikel 22 schreibt vor:

„(1) Um unnötige Doppelausführungen von Versuchen zur Einhaltung einzelstaatlicher oder gemeinschaftlicher Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften zu vermeiden, erkennen die Mitgliedstaaten die Gültigkeit der Ergebnisse von Versuchen, die auf dem Gebiet eines anderen Mitgliedstaates durchgeführt wurden, soweit wie möglich an, es sei denn, daß zusätzliche Versuche zum Schutz der Volksgesundheit und öffentlichen Sicherheit notwendig sind.

(2) Zu diesem Zweck informieren die Mitgliedstaaten – soweit durchführbar und unbeschadet der Bestimmungen bestehender Richtlinien der Gemeinschaft – die Kommission über ihre Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren betreffend Tierversuche einschließlich der vor dem Inverkehrbringen von Produkten zu erfüllenden Anforderungen. Sie übermitteln ihr ferner Sachauskünfte über auf ihrem Gebiet durchgeführte Versuche sowie über Genehmigungen oder sonstige verwaltungstechnische Einzelheiten im Zusammenhang mit diesen Versuchen.

(3) Die Kommission setzt einen Ständigen Beratenden Ausschuß ein, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind und der die Kommission bei der Durchführung des Austauschs geeigneter Informationen unter Wahrung der Erfordernisse der Geheimhaltung unterstützt und die Kommission auch in allen anderen Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung dieser Richtlinie berät.“

Auf diese Richtlinie wird in fast allen EG-Richtlinien oder Richtlinienenvorschlägen zur Änderung bereits bestehender Richtlinien, soweit sie Tierversuche vorschreiben, Bezug genommen.

Für Arzneimittel werden in der Richtlinie 65/65/EWG in der derzeit geltenden Fassung zusätzlich die Fälle beschrieben, in denen die Vorlagepflicht pharmakologisch/toxikologischer Versuchsergebnisse generell entfällt (siehe Artikel 4 Abs. 8 (a) i, ii, iii).

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren bei der Überarbeitung von Richtlinien konkrete Festlegungen zur Vermeidung von Mehrfachversuchen aufgenommen.

Deutschland hat analog zum Pflanzenschutz- und zum Chemikaliengesetz eine Zweitanmelderregelung für Tierversuche vorgeschlagen, wenn Stoffe oder Verfahren zugelassen oder angemeldet werden müssen (siehe XV.4.4 und 4.8).

Folgende Grundsätze dieser Zweitanmelderregelung wurden in die meisten seit 1989 erarbeiteten EG-Richtlinien oder Richtlinienenvorschläge aufgenommen:

1. der Anmelder eines Stoffes muß sich vor der Durchführung von Tierversuchen erkundigen,
 - ob der Stoff, den er anmelden will, bereits angemeldet ist sowie
 - Namen und Anschrift des Erstanmelders in Erfahrung bringen.

2. Sofern der angemeldete Stoff bereits angemeldet ist, kann der Zweitanmelder auf vom Erstanmelder mitgeteilte Ergebnisse der Prüfungen oder Untersuchungen verweisen. Der Erstanmelder muß dazu jedoch seine schriftliche Zustimmung geben.
3. Damit Mehrfachversuche mit Wirbeltieren vermieden werden, sollen Erstanmelder und Zweitanmelder alles unternehmen, um zu einer gemeinsamen Nutzung der Informationen zu kommen.
4. Für den Fall, daß sich Erstanmelder und Zweitanmelder nicht über die gemeinsame Nutzung der Informationen einigen können, können die Mitgliedstaaten die in ihrem Gebiet niedergelassenen Erstanmelder und Zweitanmelder durch nationale Bestimmungen verpflichten, sich die Informationen zur Vermeidung von Mehrfachversuchen an Wirbeltieren unter angemessenem Interessenausgleich zur Verfügung zu stellen.

Weitere Einzelheiten finden sich in Anhang 5.

4.1 Abwasserabgabengesetz und Wasserhaushaltsgesetz

Sowohl das Abwasserabgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 1994 (BGBl. I S. 3370) als auch die Allgemeine Rahmen-Verwaltungsvorschrift über Mindestanforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer – Rahmen-Abwasser-Verwaltungsvorschrift in der Bekanntmachung der Neufassung vom 31. Juli 1996 (BANz. Nr. 164 a vom 31. August 1996) – zu § 7 a des Wasserhaushaltsgesetzes sehen die Durchführung des Fischtests vor. Dieses normierte Testverfahren (DIN 38412) dient den Überwachungsbehörden zur Kontrolle der Fischgiftigkeit; es findet auch im Rahmen der Eigenüberwachung von Industriebetrieben Anwendung.

Mit diesem Test wird diejenige Verdünnung des Abwassers ermittelt, bei der innerhalb von 48 Stunden kein Fisch stirbt. Die Regelungen im Abwasserabgabengesetz und in den Verwaltungsvorschriften sind so aufeinander abgestimmt, daß die Ergebnisse der durchzuführenden Fischtests für den Vollzug beider Regelungen verwendet werden können.

Derzeit wird eine Reihe von Möglichkeiten zum Ersatz und zur Ergänzung des Fischtests sowie zur Verringerung der Anzahl der Fische in Fischtests insgesamt geprüft. Als weitere Biotests kommen insbesondere der Daphnien-Kurzzeittest, der Algenvermehrungstest und der Leuchtbakterientest in Frage. Diese Organismen reagieren auf eine Reihe von Abwässern empfindlicher als Fische.

Überall dort, wo andere Tests bereits bei gleichen oder niedrigeren Schmutzwasserkonzentrationen ansprechen, kann auf Fischtests verzichtet werden; dies allerdings nur unter zwei Voraussetzungen:

- Die Tests müssen zur routinemäßigen Anwendung ausgereift sein,
- es muß eine Einigung aller Entscheidungsträger über die Änderung der entsprechenden Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften herbeigeführt worden sein.

Ziel ist es, zunächst zwischen Bund und Ländern die vorhandenen Informationen aufzubereiten und praxisgerechte Vorschläge für den Vollzug zu erarbeiten. Entsprechende Schritte sind eingeleitet. So wurden die genannten Biotests mit der Änderungs-Verwaltungsvorschrift vom 4. März 1992 in die Rahmen-Abwasser-Verwaltungsvorschrift aufgenommen und damit die Möglichkeit eröffnet, den Fischtest durch diese Tests zu ersetzen. Dabei soll nur der für das Abwasser eines bestimmten Herkunftsbereiches empfindlichste Biotest verwendet werden. In diesem Fall ließen sich bis zu 90 % der derzeit für den Fischtest verwendeten Tiere einsparen.

In Bayern wurden daraufhin routinemäßig neben dem Fischtest auch Abwasserprüfungen mit Daphnien, Algen und Leuchtbakterien durchgeführt und nach einer mehrjährigen Paralleltestung des Fischtests bei allen nicht fischgiftigen Abwässern ersetzt. Dadurch konnte die Zahl der im Rahmen des AbWAG und WHG eingesetzten Fische um 50 % reduziert werden. Es soll nun in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe des BMU geprüft werden, ob dieses Verfahren grundsätzlich angewendet werden kann.

Einen wichtigen Ansatz zum Ersatz des Fischtests durch Versuche an schmerzfreier Materie stellt auch der Anfang der achtziger Jahre von Prof. Dr. W. Ahne entwickelte Zytotoxizitätstest dar, bei dem die Giftigkeit von Abwasser an Fischzellkulturen bestimmt wird.

Nach den wichtigen Vorarbeiten in der Akademie für Tierschutz zur Etablierung des Testes nach Ahne und eingehender Prüfung seiner Vorzüge und Nachteile durch ZEBET und einen Arbeitskreis des DIN-Unterausschusses „Suborganismische Testverfahren“ ist es aufgrund der vom BMBF geförderten Forschungsarbeiten der Akademie für Tierschutz und der Technischen Universität Berlin unter der Koordination der Technischen Hochschule Darmstadt gelungen, ein wissenschaftlich fundiertes, standardisiertes Verfahren zur Prüfung der Zytotoxizität von Abwässern an Fischzellkulturen zu erarbeiten. Es wurden verschiedene Säuger- und Fischzelllinien charakterisiert und im Hinblick auf ihre Eignung für standardisierte Toxizitätsprüfungen in verschiedenen Testsystemen geprüft.

Der Abschlußbericht zur Validierung des Testprotokolls, das in der zweiten Förderphase mit neun beteiligten Institutionen erarbeitet wurde, wird voraussichtlich Mitte 1997 vorliegen.

4.2 Arzneimittelgesetz

Das Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3018) sieht vor, daß ein Arzneimittel nach dem jeweils gesicherten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse geprüft sein muß. Die Maßstäbe, die an die nach dem Arzneimittelgesetz einzureichenden Unterlagen zur Beurteilung der Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit anzulegen sind, sind in den Arzneimittelprüfrichtlinien festgelegt; sie dienen als Entscheidungshilfe für die Zulassungsbehörde. Nach § 24 a des Arzneimittelgesetzes kann ein Antragsteller auf

Unterlagen eines Vorantragstellers während der zehnjährigen Schutzfrist nach der erstmaligen Zulassung des Arzneimittels nur Bezug nehmen, sofern er die schriftliche Zustimmung des Vorantragstellers vorlegt.

Arzneimittelprüfrichtlinien

Die Arzneimittelprüfrichtlinien wurden durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien vom 5. Mai 1995 (Bundesanzeiger Nr. 96a vom 20. Mai 1995) bekanntgemacht. Soweit die Arzneimittelprüfrichtlinien die Durchführung von Tierversuchen vorsehen, sind diese genehmigungsfrei im Sinne des § 8 Abs. 7 Nr. 1 Buchstabe b des Tierschutzgesetzes. Diese Versuche sind anzeigepflichtig nach § 8a des Tierschutzgesetzes, und zwar unabhängig davon, ob für die zu prüfenden Arzneimittel schließlich ein Zulassungsantrag gestellt wird.

Die Behörden haben auch bei der Prüfung von anzeigepflichtigen Tierversuchen einen umfangreichen Kriterienkatalog zu berücksichtigen, um über die Zulässigkeit des geplanten Versuchsvorhabens entscheiden zu können.

Da die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien für die pharmakodynamischen Untersuchungen keine detaillierten Prüfmethoden vorschreibt, wurde eine Lösung der in diesem Bereich noch offenen Fragen in Form einer „Empfehlung zur Abgrenzung der genehmigungspflichtigen von den anzeigepflichtigen Tierversuchen zur Ermittlung pharmakologischer Daten (sogenannte Screening-Versuche)“ mit Vertretern des BMG, des BML, des damaligen BGA und der Länder erarbeitet. Der Text dieser Empfehlung ist Bestandteil von Anhang 5.

1992 wurde von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Registrierung homöopathischer Arzneimittel erlassen (BANz. S. 9704), die für diese Präparate keine pharmakologisch-toxikologischen Prüfungen an Tieren vorsieht.

Internationale Harmonisierung von Zulassungsanforderungen an Arzneimittel

Die Internationale Konferenz über Harmonisierung (ICH) hat die Aufgabe übernommen, gemeinsame Empfehlungen für die Regionen USA, Japan und Europa zur Prüfung der Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln zu erarbeiten. Ziel ist die Angleichung unterschiedlicher fachlicher Anforderungen. Aufgrund der derzeit bestehenden Unterschiede sind Unternehmen unter Umständen gezwungen, Prüfungen zu wiederholen oder Daten in unterschiedlichen Formaten vorzulegen, um den Anforderungen der jeweiligen Gesundheitsbehörden gerecht zu werden. Unter Wahrung der Verpflichtung der Gesetzgeber zum Schutz der öffentlichen Gesundheit will die ICH Übereinstimmung über die Erarbeitung von Leitlinien erreichen.

Für den Bereich der Toxikologie steht das Ziel, Unterschiede in den Prüfanforderungen zu vermeiden bzw. auszuräumen, in engem Zusammenhang mit der Reduzierung von Tierversuchen.

Erste Übereinkünfte konnten 1991 bei der ICH-Konferenz in Brüssel erzielt werden¹⁾. Sie betrafen die Prüfung der Notwendigkeit von Tierversuchen und die Vermeidung von Wiederholungsversuchen. Die Auswirkungen finden zunehmend in den Zulassungsunterlagen Berücksichtigung. Vereinbarungen, die in den nachfolgenden Konferenzen 1993 in Orlando (USA) und 1995 in Yokohama (Japan) getroffen wurden, werden zukünftig zu einer weiteren Reduzierung von Tierversuchen beitragen^{2) 3)}.

Im einzelnen können folgende Bereiche der Harmonisierung toxikologischer Prüfungen im Zusammenhang mit der Reduzierung von Tierversuchen beschrieben werden:

- Toxizität nach einmaliger Verabreichung (Akute Toxizität):

In den USA, in Japan und Europa wird im Bereich der präklinischen Arzneimittelprüfung nicht mehr ausschließlich die experimentelle, sondern auch eine approximative Ermittlung der LD₅₀ akzeptiert. Hierdurch können 50 bis 75 % der Versuchstiere eingespart werden.

- Toxizität nach mehrmaliger Verabreichung:

Für die Toxizitätsprüfung nach wiederholter Gabe wurde 1991 vereinbart, daß bei Nagetieren Langzeituntersuchungen generell von zwölf auf sechs Monate reduziert werden können. Harmonisierungsbedarf besteht dagegen weiterhin für die Prüfung auf chronische Toxizität beim Nicht-Nager. Die maximale Prüfungsdauer beträgt zwölf Monate in den USA, in Japan und Europa dagegen sechs Monate.

- Kanzerogenitätsstudien:

Die Harmonisierungsbemühungen gliedern sich auf diesem umfangreichen Gebiet in drei Bereiche:

1. Wahl der Dosierungen
2. Voraussetzungen für die Durchführung der Studien
3. Notwendigkeit/Ersatz der zweiten Tierart

Zu 1:

In der Vergangenheit gab es weltweit große Unterschiede bei der Festlegung der Höchstdosis für Kanzerogenitätsstudien. In nicht wenigen Fällen mußten

¹⁾ D'Arcy PF, Harron DWG (Hrsg.)

Proceedings of the First International Conference on Harmonisation Brussel 1991, Greystone Books Ltd., Northern Ireland, 1992

²⁾ D'Arcy PF, Harron DWG (Hrsg.)

Proceedings of the Second International Conference on Harmonisation Orlando 1993, Greystone Books Ltd., Northern Ireland, 1994

³⁾ D'Arcy PF, Harron DWG (Hrsg.)

Proceedings of the Third International Conference on Harmonisation Yokohama 1995, Greystone Books Ltd., Northern Ireland, 1996

daher Untersuchungen wiederholt werden. Ende 1994 wurde eine gemeinsame verbindliche Prüfvorschrift abgefaßt, die eine differenzierte Ermittlung der höchsten Dosis erlaubt. Die Forderung nach Festlegung der höchsten Dosis anhand der „maximal tolerierbaren Dosis“ (USA) und als das „mindestens 100fache der therapeutischen Dosis“ (Europa und Japan) wurde abgeschafft. Die Wahl der höchsten Dosis kann nach den neuen Prüfregeln nach toxikologischen, pharmakodynamischen und pharmakokinetischen Endpunkten sowie anhand der „oberen limitierten Dosis“ erfolgen.

Zu 2:

Die unterschiedlichen Anforderungen in den Regionen bezüglich der Notwendigkeit von Kanzerogenitätsstudien sowie das Bestreben bei der pharmazeutischen Industrie, eine Versagung der Zulassung auf jeden Fall zu vermeiden, führten teilweise zu unnötigen Tierversuchen.

Es ist daher zu begrüßen, daß im November 1995 eine gemeinsame Prüfrichtlinie von der ICH-Konferenz verabschiedet wurde. Diese stellt einen Bezug zwischen der Dauer der klinischen Behandlung mit dem potentiellen neuen Arzneimittel und der Notwendigkeit von Kanzerogenitätsstudien her. Des weiteren einigte man sich, eindeutig genotoxische Substanzen (zum Beispiel Zytostatika) zunächst ohne weitere Untersuchungen als Kanzerogene für Tier und Mensch einzustufen. Sind eindeutig genotoxische Substanzen zur Langzeitanwendung beim Menschen vorgesehen, kann das kanzerogene Potential durch eine Prüfung auf chronische Toxizität abgeklärt werden, die weniger Versuchstiere erfordert als eine vollständige Kanzerogenitätsstudie.

Bereits auf Kanzerogenität geprüfte Substanzen, die in abgewandelter Form wie Salze, Säuren, Basen oder Komplexe als Arzneimittel entwickelt werden, sind üblicherweise nicht erneut in Kanzerogenitätsstudien zu testen.

Zu 3:

Die Prüfregel „Notwendigkeit/Ersatz der zweiten Tierart“ befindet sich in Vorbereitung. Nach dem aktuellen Beratungsstand wird der Verzicht auf Kanzerogenitätsstudien an einer zweiten Tierart und damit eine Reduzierung von Tierversuchen angestrebt.

– Reproduktionstoxikologie

Die bereits im September 1993 erarbeitete ICH-Prüfanforderung ist international akzeptiert. Wiederholungsstudien, die für die einzelnen Regionen aufgrund von unterschiedlichen Anforderungen zu den sogenannten Segment-1, -2 und -3-Studien stattfanden, sind zunehmend seltener.

– Genotoxizität

In einer Mitte 1995 von der ICH-Konferenz verabschiedeten Leitlinie zu spezifischen Aspekten der Genotoxizitätsprüfung wurden Bedingungen für die Akzeptanz von In-vivo-Prüfungen an verschiedenen Zielorganen (Knochenmark, Leber) nieder-

gelegt. Dadurch werden unnötige In-vivo-Prüfungen, zum Beispiel mit nicht-resorbierbaren Substanzen, weitgehend vermieden.

Eine zweite, noch in der Diskussion befindliche Leitlinie zu geeigneten Testkombinationen wird möglicherweise die Option für eine ausschließliche In-vitro-Prüfung bestimmter Arzneistoffe öffnen.

– Toxikokinetik/Pharmakokinetik

Toxikokinetische Untersuchungen, die begleitend zu toxikologischen Versuchen (zum Beispiel Kanzerogenitätsstudien) durchgeführt werden, können für diesen spezifischen Bereich eine erhöhte Anzahl an Tieren erforderlich machen. Jedoch können Ergebnisse aus der Toxikokinetik beispielsweise bei der Ermittlung geeigneter Dosierungen, bei der Wahl der Spezies und der Interpretation der toxikologischen Befunde hilfreich sein und so zur Vermeidung von Tierversuchen beitragen. Die toxikokinetischen und pharmakokinetischen Prüfregeln wurden 1994 verabschiedet. Da die pharmazeutische Industrie bereits vor Verabschiedung dieser Prüfregeln von den Behörden aufgefordert wurde, entsprechende Unterlagen vorzulegen, sind zum derzeitigen Zeitpunkt toxikokinetische Unterlagen üblicherweise in den Zulassungen enthalten.

– Nicht klinische Anforderungen an biotechnologische Produkte

Für die zunehmende Anzahl biotechnologisch hergestellter Arzneimittel ist eine spezifische Prüfregel in Vorbereitung. Auch hier zeichnet sich eine Reduzierung von Tierversuchen ab.

Arzneibuch

Das Arzneibuch ist eine Sammlung anerkannter pharmazeutischer Regeln über die Qualität, Prüfung, Lagerung, Abgabe und Bezeichnung von Arzneimitteln und bei ihrer Herstellung verwendeter Stoffe. Die Regeln des Arzneibuchs (Monographien und andere Texte) werden von der Deutschen Arzneibuch-Kommission, der Europäischen Arzneibuch-Kommission beim Europarat in Straßburg oder der Deutschen Homöopathischen Arzneibuch-Kommission beschlossen und vom Bundesministerium für Gesundheit bekanntgemacht.

Prüfungen, die den Einsatz von Tieren erfordern, werden fast ausschließlich in Monographien des Europäischen Arzneibuchs vorgeschrieben. Im Deutschen Arzneibuch kommen derartige Prüfungen nur ausnahmsweise vor. Insgesamt werden Tierversuche nur dann vorgeschrieben, wenn die Qualität eines Arzneimittels mit anderen Methoden nicht angemessen kontrolliert werden kann. Dies ist insbesondere bei biologischen Stoffen, Blutprodukten, Antibiotika sowie Sera und Impfstoffen für Menschen und Tiere der Fall.

Technische Fortschritte hinsichtlich der Herstellung sehr reiner Arzneimittel können zum Ersatz von Tierversuchen durch physikalisch-chemische Methoden oder zu deren ersatzloser Streichung führen. Bei-

spielsweise konnten in den Monographien zu Insulin, Humaninsulin und Somatotropin Tierversuche durch chromatographische Verfahren ersetzt werden, weil die Technik zur Reinigung dieser Arzneimittel wesentlich verbessert wurde und biotechnologische Produktionsverfahren (r-DNA-Technik) die Herstellung sehr reiner Arzneimittel ermöglichen. In ähnlich gelagerten Fällen verfährt die Europäische Arzneibuch-Kommission in gleicher Weise.

Beispiele für die ersatzlose Streichung von Tierversuchen in bestimmten Monographien sind die Prüfungen auf anomale Toxizität (siehe auch XV.6.4.1) und auf blutdrucksenkende Substanzen. Auch diese Prüfungen werden zunehmend entbehrlich, weil technische Fortschritte die Herstellung von Arzneimitteln ohne Verunreinigungen erlauben, die anomale Toxizität oder unerwünschte Blutdrucksenkung auslösen. Dennoch müssen die Europäische Arzneibuch-Kommission oder deren zuständige Expertengruppen grundsätzlich in jedem Einzelfall prüfen, ob die Prüfung bei einer bestimmten Substanz oder Zubereitung entfallen kann. Darüber hinaus hat die Kommission aufgrund einer Initiative des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI)¹⁾ im November 1995 einer weiteren weitgehenden Einschränkung dieser Tierversuche zugestimmt.

Die folgenden Regelungen sind zum 1. Januar 1997 in Kraft getreten:

- Abschaffung des Tests auf anomale Toxizität für alle veterinärmedizinischen Impfstoffe und Sera.
- Abschaffung des Tests auf anomale Toxizität für alle Immunsera im Bereich der Humanmedizin. Dies betrifft auch sämtliche Immunglobuline.
- Im Humanbereich Abschaffung des Tests auf anomale Toxizität für Impfstoffe gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten sowie Kombinationspräparate.
- Für alle anderen Impfstoffe im Humanbereich, für die der Test bisher vorgeschrieben war, wird dieser vorerst nicht mehr am Endprodukt durchgeführt, sondern in den Produktionsbereich verlegt. Bleibt eine ausreichende Zahl von aufeinanderfolgenden Chargen ohne Befund, kann der Test auch für diese Präparate wegfallen.

Kontrollbehörden wie das Paul-Ehrlich-Institut müssen den Test grundsätzlich nicht mehr durchführen. Allein in Deutschland führen diese Maßnahmen bei Herstellern und Kontrollbehörde (PEI) voraussichtlich zu einer jährlichen Einsparung von rund 20 000 Mäusen und Meerschweinchen.

In anderen Fällen werden Tierversuche durch In-vitro-Methoden ersetzt. Ein Beispiel hierfür ist der weitgehende Ersatz der „Prüfung auf Pyrogene“ an Kaninchen durch die „Prüfung auf Bakterien-Endotoxine“, die im Reagenzglas mit Bestandteilen der Blutzellen des Pfeilschwanzkrebses (*Limulus poly-*

phemus) durchgeführt wird (LAL-Test). Als biologische Qualitätskontrolle kann der LAL-Test den Pyrogentest am Kaninchen in den meisten Fällen ersetzen. Nur in seltenen Fällen, wenn zum Beispiel die zu prüfenden Arzneimittel mit dem LAL-Test keine ausreichenden Ergebnisse liefern oder wenn auf fiebererregende Verunreinigungen geprüft werden muß, die nicht auf Bakterien-Endotoxine zurückzuführen sind, muß weiterhin der Pyrogentest am Kaninchen durchgeführt werden.

Damit Fortschritte von Wissenschaft und Technik unverzüglich wirksam werden können, sehen die allgemeinen Vorschriften des Europäischen und des Deutschen Arzneibuchs vor, daß bei der Prüfung von Arzneimitteln auch andere Methoden als die vorgeschriebenen verwendet werden können, vorausgesetzt, daß die verwendeten Methoden eine ebenso eindeutige Entscheidung hinsichtlich der Erfüllung der Anforderungen ermöglichen wie die vorgeschriebenen Methoden. Damit ist es jederzeit möglich, unnötige Tierversuche durch alternative Methoden zu ersetzen, wenn die wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen gegeben sind.

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) hat im Berichtszeitraum die Entwicklung und Evaluierung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen, die zur Prüfung biologischer Arzneimittel eingesetzt werden, fortgeführt.

Alle Tierversuche in Arzneibuchmonographien für Sera und Impfstoffe wurden auf Möglichkeiten zur Reduzierung und Verbesserung hin untersucht. In diese vom BMBF geförderte Untersuchung wurden umfangreiche Literaturstudien, eigene Prüfungsergebnisse sowie Stellungnahmen von Impfstoffherstellern einbezogen. Zu den meisten Tierversuchen wurden Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Basierend auf den Projektergebnissen konnten zahlreiche Änderungen bei der Europäischen Arzneibuch-Kommission beantragt werden. Der Test zum Nachweis von Tuberkulosebakterien in Arzneimitteln, der bisher einen Tierversuch in Meerschweinchen verlangte, wurde beispielsweise durch In-vitro-Methoden ersetzt.

Der Projektbericht wird derzeit von ECVAM ins Englische übersetzt und voraussichtlich Anfang 1997 vorliegen.

Standardzulassung

Mit der Verordnung über Standardzulassungen von Arzneimitteln vom 3. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1601), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 22. Januar 1996 (BGBl. I S. 101), können Arzneimittel von dem Erfordernis der Einzelzulassung freigestellt werden. Das bedeutet, daß für diese Arzneimittel keine neuen pharmakologisch-toxikologischen Prüfungen, also auch keine Tierversuche, durchgeführt werden müssen. Diese Verordnung wird fortlaufend durch Monographien weiterer Arzneimittel ergänzt.

Die Prüfung von Tierarzneimitteln

Tierarzneimittel müssen wie Humanarzneimittel nach dem jeweils gesicherten Stand der wissen-

¹⁾ Die entsprechende Arbeitsgruppe im PEI wurde im November 1996 für ihre Arbeit auf diesem Gebiet mit dem Tierenschutz-Forschungspreis der Internationalen Stiftung für Alternativmethoden zum Tierversuch (F.I.S.E.A.) ausgezeichnet.

schaftlichen Erkenntnisse geprüft sein. Die Prüfung der Unbedenklichkeit umfaßt bei Tierarzneimitteln jedoch nicht nur die Unbedenklichkeit für das Ziel-tier, sondern auch die Unbedenklichkeit im Sinne des Verbraucherschutzes. Letzteres bedeutet unter anderem, daß voraussichtlich ab Januar 1997 nur noch solche Tierarzneimittel zugelassen sein dürfen, deren pharmakologisch wirksame Inhaltsstoffe in einem der Anhänge I, II oder III der Ratsverordnung (EWG) Nr. 2377/90 aufgeführt sind. Die Anforderungen an die nach dem Arzneimittelgesetz und der o. g. Ratsverordnung vorzulegenden Unterlagen sind in den Tierarzneimittelprüfrichtlinien niedergelegt.

Die Tierarzneimittelprüfrichtlinien wurden durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Tierarzneimittelprüfrichtlinien vom 20. März 1995 bekanntgemacht und am 9. April 1995 in Kraft gesetzt. Mit dieser Verwaltungsvorschrift wird der Anhang der Richtlinie 81/852/EWG direkt in deutsches Recht umgesetzt. Die Anforderungen an Tierversuche sind durch den genannten Anhang in den europäischen Mitgliedstaaten harmonisiert. Eine internationale Harmonisierung wird über die Internationale Konferenz über Harmonisierung im Veterinärbereich (VICH) angestrebt. Eine erste Konferenz hat 1996 stattgefunden.

In der letzten Version der Richtlinie 81/851/EWG werden genau die Fälle festgelegt (Artikel 5), in denen die Ergebnisse pharmakologisch-toxikologischer Versuche oder klinischer Untersuchungen zur Zulassung des Inverkehrbringens eines Tierarzneimittels, das einem neuen Erzeugnis vergleichbar ist, nicht vorzulegen sind, wobei dies nicht zur Benachteiligung innovativer Unternehmen führen darf. Im allgemeinen Interesse verbietet es sich jedoch, daß Tierversuche ohne zwingende Gründe wiederholt werden. In der Richtlinie 81/852/EWG heißt es: „Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, daß die Versuche in Einklang mit den Bestimmungen über die gute Laborpraxis durchgeführt werden, die in den Richtlinien 87/18/EWG und 88/320/EWG festgelegt sind.“ Dort heißt es: „Es ist wünschenswert, daß bei der Durchführung von Prüfungen von Chemikalien Mittel für Fachkräfte und Prüfeinrichtungen nicht dadurch verschwendet werden, daß infolge von Unterschieden der Laborpraxis in den einzelnen Mitgliedstaaten Versuche wiederholt werden müssen. Das gilt insbesondere für den Tierschutz, der es erfordert, daß die Tierversuche entsprechend der Richtlinie 86/609/EWG eingeschränkt werden. Die gegenseitige Anerkennung der anhand genormter und anerkannter Verfahren erzielten Prüfergebnisse sind wesentliche Voraussetzung für eine Verringerung der Zahl der auf diesem Gebiet durchgeführten Versuche.“

BML hat sich im Zeitraum dieses Berichtes unter anderem mit der in Fachkreisen lange kontrovers diskutierten Frage befaßt, ob klinische Prüfungen von Tierarzneimitteln tierschutzrechtlich als Tierversuche einzustufen sind oder ob hierbei die Therapie erkrankter Tiere bzw. die Präventivbehandlung im Vordergrund steht (siehe auch XV.3.2). Ein in Zusammenarbeit mit Sachverständigen hierzu erarbeitetes Empfehlungspapier findet sich in Anhang 5.

4.3 Bundes-Seuchengesetz

Bei der Diagnostik übertragbarer Krankheiten und bei der Prüfung von Desinfektionsmitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln nach dem Bundes-Seuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262, 1980 I S. 151), zuletzt geändert durch das 7. Gesetz zur Änderung des Bundes-Seuchengesetzes vom 23. April 1996 (BGBl. I S. 621), kann gegenwärtig noch nicht ganz auf den Einsatz von Tieren verzichtet werden. Möglichkeiten der weiteren Verwendung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden in diesen Bereichen werden geprüft und gegebenenfalls genutzt.

Völlig überflüssig wurde der Nachweis überlebender Tuberkuloseerreger an Versuchstieren mit der Herausgabe der neuen Richtlinie zur Prüfung der Wirksamkeit von Flächendesinfektionsmitteln bei Tuberkulose (Bundesgesundheitsbl. 37 (1994) S. 274 bis 278). Laut dieser Richtlinie dient als Testkeim ein apathogener Mykobakterien-Stamm (*M. terrae*), für dessen Aufzucht und Nachweis ausschließlich synthetische Nährmedien in Frage kommen.

Angaben zu Impfstoffen befinden sich im Kapitel XV.4.2.

4.4 Chemikaliengesetz

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Chemikaliengesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1689) ist das Chemikaliengesetz grundlegend überarbeitet worden. Mit der Novelle, die am 1. August 1994 in Kraft getreten ist, hat die Bundesregierung die Richtlinie 92/32/EWG des Rates vom 30. April 1992 zur siebten Änderung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (ABl. EG Nr. L 154 S. 1) umgesetzt. Bereits 1990 wurden die Mitteilungs- und Kennzeichnungspflichten des Chemikaliengesetzes deutlich erweitert, eine Anzahl von Vorschriften zur besseren Erfassung alter Stoffe sowie mit den Bestimmungen zur Anwendung der Guten Laborpraxis (GLP) zur Zweitanmelderfrage wesentliche Neuerungen aufgenommen, die zur Verbesserung des Tierschutzes beitrugen.

Das Gesetz enthält die grundsätzliche Verpflichtung, nichtklinische, experimentelle Prüfungen von Stoffen oder Zubereitungen unter Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis durchzuführen. Diese Grundsätze bestimmen, wie Laboruntersuchungen geplant, durchgeführt, überwacht und dokumentiert werden sollen, so daß diese im Falle einer Überprüfung mittels der Aufzeichnungen und der Rohdaten lückenlos nachvollzogen werden können. Sie dienen dazu, die Qualität von Prüfungsergebnissen sicherzustellen; dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß Prüfungsergebnisse weltweit anerkannt werden können. Die Grundsätze der Guten Laborpraxis sind dem Gesetz als Anhang I angefügt.

Vor der ersten Novellierung des Chemikaliengesetzes konnte ein Zweitanmelder für einen bereits angemeldeten Stoff im Rahmen des Anmeldeverfahrens nach dem Chemikaliengesetz nur dann auf die Er-

gebnisse der Untersuchungen des früheren Anmelders Bezug nehmen, wenn dieser schriftlich zugestimmt hatte. Dies konnte dazu führen, daß Tierversuche mit derselben Substanz wiederholt wurden, ohne daß dies wissenschaftlich notwendig war. Im Rahmen der ersten Novellierung des Chemikaliengesetzes wurde in Anlehnung an die im Pflanzenschutzgesetz entwickelte Lösung eine neue Zweit-anmelderregelung getroffen, die dazu beiträgt, Tierversuche auf das unerläßliche Maß einzuschränken. Die Regelung basiert auf dem Gedanken, daß es für die Verwertung eines der Behörde bereits vorliegenden Prüfnachweises eines Dritten, der Tierversuche erfordert, einer Zustimmung des Dritten nicht bedarf. Es gilt jedoch die Einschränkung, daß der Dritte dafür die Möglichkeit erhält,

- von demjenigen, zu dessen Gunsten die Verwertung seines Prüfnachweises erfolgt, eine angemessene Ausgleichszahlung zu verlangen und
- durch einen Widerspruch gegen die sofortige Verwertung des Prüfnachweises zu erreichen, daß der andere dadurch, daß er selbst keinen Prüfnachweis erstellen muß, keinen wettbewerblich relevanten Zeitgewinn erlangt.

Ob und welche Prüfnachweise eines Dritten verwertet werden können, entscheidet allein die Behörde.

Darüber hinaus besteht seit dem 1. August 1994 für diejenigen, die Tierversuche zur Vorbereitung einer Anmeldung durchführen wollen, eine Voranfragepflicht (§ 20a Abs. 2 Satz 1 des Chemikaliengesetzes). Diese Ergänzung der Regelung zur Vermeidung doppelter Tierversuche geht auf die 7. Änderungsrichtlinie zurück, die in Art. 15 erstmals eine EU-weite Regelung für verfahrensrechtliche Vorkehrungen zur Vermeidung doppelter Tierversuche aufgenommen hat. Die EG-Regelung verpflichtet den Anmelder zur Voranfrage bei der Anmeldestelle, ob dieser verwertbare Prüfnachweise vorliegen. Ist das der Fall, wird eine Kontaktaufnahme der betroffenen Anmelder hergestellt, so daß diese gegebenenfalls eine Bezugnahmeregelung vereinbaren können. Darüber hinaus räumt die EG-Regelung den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein, im Falle des Vorliegens verwertbarer Prüfnachweise ein Verfahren der obligatorischen Verwertung im Sinne der schon bisher in § 20a getroffenen Regelung festzulegen (§ 20a des Chemikaliengesetzes und Begründung des Regierungsentwurfes, Drucksache 12/7136, S. 44).

Diese Regelung ist ein Erfolg der Bundesregierung, die sich dafür eingesetzt hat, daß diese modellhafte Regelung der Zweit-anmelderfrage auch in die Richtlinie 92/32/EWG des Rates vom 30. April 1992 zur siebten Änderung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (ABl. EG Nr. L 154 S. 1) aufgenommen wurde und Tierversuche somit EU-weit eingeschränkt werden.

Die durch das Chemikaliengesetz vorgeschriebenen Prüfungen beruhen auf EG-Recht und entsprechen den OECD-Beschlüssen. Soweit mit den Prüfungen keine physikalischen Daten ermittelt werden, sind

nach dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse Versuche mit Tieren vielfach noch nicht zu ersetzen.

§ 20 Abs. 4 des Chemikaliengesetzes sieht die Möglichkeit vor, auf die Vorlage von Prüfungen zu verzichten, falls dies nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht erforderlich ist. Gedacht ist hier unter anderem an den Verzicht auf die Überprüfung haut- und augenreizender bzw. ätzender Eigenschaften bei stark sauren oder basischen Stoffen. Welche sonstigen Ausschlußkriterien für toxikologische Prüfungen gelten sollen, wird fortlaufend von der Unterarbeitsgruppe „Prüfstrategien“ der Arbeitsgruppe „Fortentwicklung toxikologischer Prüfmethoden im Rahmen des Chemikaliengesetzes“ des BgVV erarbeitet, in der auch ZEBET vertreten ist.

Art und Umfang der vorzulegenden Prüfnachweise sind in der Prüfnachweisverordnung vom 1. August 1994 (BGBl. I S. 1877) im einzelnen festgelegt und insbesondere aus Gründen des Tierschutzes auf das unbedingt erforderliche Maß beschränkt. Es ist vorgesehen, daß die Prüfungen auch nach international anerkannten Verfahren durchgeführt werden dürfen, die von den im Anhang V zur Richtlinie 67/548/EWG beschriebenen Methoden abweichen, falls diese Verfahren mit einer geringeren Anzahl von Versuchstieren oder mit einer geringeren Belastung der Tiere zu gleichwertigen Ergebnissen wie die in der Richtlinie genannten Prüfmethoden führen. Behördlich können als Alternativmethoden ausschließlich international akzeptierte Verfahren Anwendung finden, denn nur so ist eine internationale Anerkennung der Prüfergebnisse gewährleistet, und es werden unnötige Tierversuche vermieden. Bei gleichwertigen Prüfmethoden ist jeweils diejenige anzuwenden, die einen Verzicht auf Tierversuche zuläßt oder, falls dies nicht möglich ist, die geringstmögliche Anzahl von Versuchstieren erfordert oder bei der die geringste Belastung der Versuchstiere auftritt. In den Fällen, in denen die EG-Regelung mehrere gleichwertige Prüfmethoden zur Wahl vorsieht, soll das jeweils schonendere Verfahren zur Anwendung kommen.

Einen besonderen Fortschritt bei den Bemühungen zur weiteren Einschränkung von Tierversuchen stellen die Festlegungen in der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen vom 19. September 1994 (BGBl. I S. 2557) für die toxikologische Prüfung und Bewertung gefährlicher Zubereitungen dar. In Anhang II zur Gefahrstoffverordnung wird neben den toxikologischen Prüfungen an Versuchstieren die Anwendung der sogenannten konventionellen, das heißt rechnerischen Methode gefordert. Die relativ leichte Anwendung dieser Methode reduziert die Zahl der benötigten Versuchstiere erheblich. Eine besondere Erwähnung verdienen auch die Festlegungen zur toxikologischen Bewertung krebserzeugender, erbgutverändernder und fortpflanzungsgefährdender Eigenschaften von Zubereitungen in dieser Verordnung; diese sind nach der rechnerischen Methode vorzunehmen.

Die Bundesregierung ist bemüht, weitere Möglichkeiten zur Verringerung der Zahl von Tierversuchen zu erschließen. Die beteiligten Bundesbehörden ver-

geben Forschungsaufträge, um Methoden zu entwickeln und zu validieren, in denen weniger Tiere verwendet oder Tierversuche durch Versuche an schmerzfreier Materie ersetzt werden. Insbesondere bei den Prüfungen zur akuten Toxizität, zur ätzen, reizenden sowie sensibilisierenden Wirkung von Stoffen bestehen Ansätze dazu. In der Arbeitsgruppe „Fortentwicklung toxikologischer Prüfmethoden im Rahmen des Chemikaliengesetzes“ beim BgVV ist die Frage der Einsparung von Tierversuchen und der Reduzierung der Tierzahlen ein zentrales Thema. Unterarbeitsgruppen haben inzwischen zur Einschränkung der Anzahl der Versuchstiere bei der Prüfung auf akute Toxizität und hautsensibilisierende Wirkung sowie beim Draize-Test (Prüfung der Schleimhautverträglichkeit am Kaninchenaugen) konkrete Vorschläge erarbeitet.

1996 haben die OECD und die EU die unter Federführung des BgVV mit Förderung des BMBF in Deutschland entwickelte und validierte „Acute-Toxic-Class-Method“ (ATC) als Prüfmethode zur Bestimmung der akuten oralen Toxizität offiziell anerkannt (siehe auch XV.5.1).

4.5 Futtermittelgesetz

Für die ernährungsphysiologische Bewertung und die Zulassung von Futtermitteln und Futtermittelzusatzstoffen sowie für die Festlegung von Höchstgehalten an unerwünschten Stoffen sind nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse Versuche mit Tieren erforderlich.

Bei den zur ernährungsphysiologischen Bewertung von Futtermitteln erforderlichen Versuchen handelt es sich in der Regel um Versuchsfütterungen, die nicht als Tierversuche angesehen werden, da sie nicht mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind. Zur Untersuchung einzelner Verdauungsvorgänge werden jedoch auch Tierversuche im Sinne des Tierschutzgesetzes (zum Beispiel Messung der Abbauraten oder der Absorption im Pansen oder Darm) benötigt.

Zur Erarbeitung von Unterlagen nach den EG-einheitlichen Leitlinien für die Zulassung von Bioproteinen (Hefen, Bakterien) und Zusatzstoffen müssen Fütterungsversuche und Versuche mit Labortieren durchgeführt werden. Diese Versuche sollen insbesondere toxikologische Fragen beantworten. Die EG-einheitlichen Leitlinien haben dazu beigetragen, daß die Antragsteller umfassend darüber informiert sind, welche Untersuchungen für die Zulassung eines Stoffes erforderlich sind. Dadurch können unnötige Tierversuche vermieden werden. Die EG-Kommission ist beauftragt, die Entwicklung auf dem Gebiet der Ersatz- und Ergänzungsmethoden aufmerksam zu verfolgen und eine Anpassung der Leitlinien zu betreiben, wenn die Möglichkeit der Anwendung von Methoden besteht, durch die Tierversuche ersetzt werden können.

Hinsichtlich der Einschränkung der Toxizitätstests in Tierversuchen gelten die Aussagen, die unter XV.4.2 über das Arzneimittelgesetz gemacht worden sind.

In die Richtlinie 70/524/EWG über Zusatzstoffe in der Tierernährung wurden detaillierte Bestimmungen mit dem Ziel, die Wiederholung toxikologischer Versuche an Wirbeltieren zu vermeiden, mit der Änderungsrichtlinie 96/51/EG des Rates vom 23. Juli 1996 (ABl. EG Nr. L 235, S. 39) aufgenommen.

In den Erwägungsgründen zur Richtlinie 87/153/EWG des Rates vom 16. Februar 1987 zur Festlegung von Leitlinien zur Beurteilung von Zusatzstoffen in der Tierernährung (ABl. EG Nr. L 64, S. 19) wird ausgeführt, daß Verfahren, in denen Versuchstiere zu Versuchen und anderen wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden, soweit wie möglich eingeschränkt werden müssen. Außerdem sind bei der Prüfung der Zusatzstoffe die Grundsätze der Guten Laborpraxis anzuwenden.

4.6 Gentechnikgesetz

Der Entwicklung der Gentechnologie mit neuen Möglichkeiten, das Erbgut von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen gezielt zu verändern, trägt das Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik (Gentechnik-Gesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416), Rechnung. Zweck des Gesetzes ist es, Leben und Gesundheit von Menschen, Tiere, Pflanzen sowie die sonstige Umwelt in ihrem Wirkungsgefüge und Sachgüter vor möglichen Gefahren gentechnischer Verfahren und Produkte zu schützen, dem Entstehen solcher Gefahren vorzubeugen und den rechtlichen Rahmen für die Erforschung, Entwicklung, Nutzung und Förderung der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gentechnik zu schaffen.

Das Gesetz und die dazugehörigen Verordnungen sehen nach Risikostufen gestaffelte Anmelde- und Genehmigungsverfahren vor für

- gentechnische Anlagen und gentechnische Arbeiten in Forschung und Produktion

sowie Genehmigungsverfahren für

- die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen und
- das Inverkehrbringen von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen sind oder enthalten.

Mit dem Gentechnikgesetz sind die beiden EG-Richtlinien

- 90/219/EWG über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen im geschlossenen System und
- 90/220/EWG über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt

in nationales Recht umgesetzt worden.

Von besonderer Bedeutung für den Tierschutz ist die in § 17 des Gesetzes festgelegte Regelung der Zweit-anmelder- oder Zweit-antragstellerfrage; sie entspricht der modellhaften Zweit-anmelderregelung in § 13 des Pflanzenschutzgesetzes und in § 20a des Chemikaliengesetzes.

Durch Artikel 5 des Gentechnikgesetzes ist seinerzeit § 7 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes, der den Tierversuch definiert, neu gefaßt worden (siehe XV.1.3).

4.7 Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz

Das Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1993 (BGBl. I S. 1169), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. November 1994 (BGBl. I S. 3538), fordert die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Lebensmitteln (einschließlich Lebensmittelzusatzstoffen), kosmetischen Mitteln und Bedarfsgegenständen. Um diese Unbedenklichkeit nachzuweisen, kann auf Tierversuche nicht vollständig verzichtet werden; sie werden jedoch, wo immer es möglich ist, durch andere Methoden ersetzt. So kann die Prüfung auf Bakterientoxine, die zu Lebensmittelintoxikationen führen können, inzwischen mittels molekularbiologischer Techniken an Bakterienkolonien durchgeführt werden. Dadurch ist es möglich, auf entsprechende Tierversuche an Kaninchen zu verzichten.

Bei der Prüfung der Lebensmittelzusatzstoffe orientiert sich die Bundesregierung am Bericht des Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses der EU-Kommission über die „Vorlage eines Antrages auf Sicherheitsbewertung von Lebensmittelzusatzstoffen im Hinblick auf ihre Genehmigung“ von 1989 (vgl. Seite 189). Dort wird gefordert, daß alle Prüfungen dem jeweiligen Problem angepaßt werden und daß alle anderweitig gewonnenen Daten (zum Beispiel aus anderen Anwendungen der Substanz) mit einbezogen werden.

Zur Entwicklung von Tabakerzeugnissen und dekorativen Kosmetika dürfen aufgrund des § 7 Abs. 5 des Tierschutzgesetzes keine Tierversuche durchgeführt werden. Das Verbot bezieht sich sowohl auf die Prüfung eines Rohstoffes, der zur ausschließlichen Verwendung für eines der genannten Produkte bestimmt ist, als auch auf die Prüfung von Fertigprodukten, bevor diese in den Verkehr gebracht werden. Ausnahmen durch Rechtsverordnung nach § 7 Abs. 5 Satz 2 des Tierschutzgesetzes sind bisher nicht erlassen worden, da die beantragten generellen Ausnahmegenehmigungen die ausdrücklich in der Rechtsgrundlage genannten Voraussetzungen nicht erfüllen.

Bei kosmetischen Fertigprodukten steht die Prüfung auf Haut- und Schleimhautverträglichkeit im Vordergrund. Dabei haben die forschenden Firmen der deutschen kosmetischen Industrie produktbezogene Alternativmethoden entwickelt, so daß Tierversuche nicht mehr durchgeführt werden müssen (siehe XV.6.4).

Grundlage gesundheitlicher Bewertungen von Inhaltsstoffen kosmetischer Mittel sind die Ergebnisse von Untersuchungen, die nach dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse erzielt worden sind. Diese zur gesundheitlichen Bewertung erforderlichen Erkenntnisse können im Kosmetikbereich zur Zeit in vielen Fällen nur durch Tierversuche erbracht werden. Dies soll sich in Zukunft ändern. Das deutsche Tierschutzgesetz verbietet bereits Tierversuche zur

Entwicklung dekorativer Kosmetika. Darüber hinaus sieht die 6. Richtlinie zur Änderung der Kosmetikrichtlinie vom 14. Juni 1993 (ABl. EG Nr. L 151 S. 33) ein generelles Verbot des Inverkehrbringens von kosmetischen Mitteln vor, bei denen Bestandteile oder Kombinationen von Bestandteilen zur Einhaltung der Bestimmungen der Kosmetikrichtlinie ab dem 1. Januar 1998 im Tierversuch geprüft worden sind.

Jedoch sieht diese Richtlinie die Möglichkeit vor, das Datum für das Inkrafttreten des Verbotes im Ausschußverfahren nach Anhörung des Wissenschaftlichen Kosmetikausschusses auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, sofern „nur unzureichende Fortschritte bei der Entwicklung zufriedenstellender Methoden als Ersatz für Tierversuche erzielt werden [sind] und insbesondere in bestimmten Fällen alternative Versuchsmethoden trotz aller vernünftigen Bemühungen nicht wissenschaftlich validiert werden [konnten], so daß unter Berücksichtigung der OECD-Leitlinien für Toxizitätsversuche ein gleichwertiges Schutzniveau für den Verbraucher gewährleistet ist“.

Die EU-Kommission hat darüber hinaus dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich einen Bericht über die Fortschritte bei der Entwicklung, Validierung und rechtlichen Anerkennung von Methoden zum Ersatz von Tierversuchen vorzulegen. In ihrem Bericht für 1995 kommt sie zu folgendem Ergebnis:

- Die Validierung von alternativen Methoden zur Bewertung der perkutanen Absorption und der Photoirritation für Inhaltsstoffe sowie für die Bewertung der Augen- und Hautverträglichkeit von Kosmetikfertigerzeugnissen ist in naher Zukunft denkbar.
- Die Entwicklung von Alternativmethoden für die Bewertung von Augenreizung, Hautreizung und Hautsensibilisierung durch Inhaltsstoffe macht es erforderlich, daß vorher weitere Studien durchgeführt werden.
- Die Entwicklung von In-vitro-Methoden in Bereichen mit systemischem Risiko ist in vorhersehbarer Zukunft nicht möglich, selbst wenn die Anzahl der Versuchstiere verringert werden kann.

Es bedarf daher weiterhin großer Anstrengungen, um die gesundheitliche Sicherheit bei kosmetischen Mitteln auch ohne Einsatz von Tierversuchen zu gewährleisten.

4.8 Pflanzenschutzgesetz

Das Pflanzenschutzgesetz vom 15. September 1986 (BGBl. I S. 1505), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1440), sieht vor, daß Pflanzenschutzmittel nur in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) geprüft und zugelassen sind. Die Anforderungen an die Unterlagen für den Antrag auf Zulassung eines Pflanzenschutzmittels sind im einzelnen in der Pflanzenschutzmittelverordnung vom 28. Juli 1987 (BGBl. I S. 1754), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 29. Juni 1994 (BGBl. I S. 1916), festgelegt; zu diesen Anforderungen gehören auch Unterlagen, die Tier-

versuche voraussetzen. Nach § 1 Abs. 4 der Pflanzenschutzmittelverordnung dürfen Tierversuche zur Prüfung von Pflanzenschutzmitteln nur durchgeführt werden, soweit nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen im Einzelfall nur im Tierversuch nachgewiesen werden kann.

Durch die Zweitanmelderregelung in den §§ 13 und 14 des Pflanzenschutzgesetzes wird ermöglicht, daß unter bestimmten Voraussetzungen auf Unterlagen eines Vorantragstellers ohne dessen Zustimmung zurückgegriffen werden kann. Damit wird der Zahl der Tierversuche auf das unvermeidliche Mindestmaß eingeschränkt.

Die bisherigen Erfahrungen der BBA zeigen, daß viele Zulassungsinhaber nach Ablauf einer Zulassung für ein Pflanzenschutzmittel aufgrund der nach dem Pflanzenschutzgesetz gestiegenen Anforderungen an vorzulegende Unterlagen darauf verzichten, einen Antrag auf eine erneute Zulassung zu stellen. Dadurch entfallen die Tierversuche, deren Ergebnisse für die Zulassung notwendig gewesen wären. Andererseits werden Versuche zur Prüfung der Auswirkungen auf wirbellose Tiere, besonders in bezug auf den Schutz des Naturhaushaltes und der Nützlingsfauna, von der BBA seit 1. Dezember 1989 gefordert.

Mit der Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. EG Nr. L 230 S. 1) wurde das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln EG-weit harmonisiert. Gemäß Artikel 4 Abs. 1 Buchstabe b Nr. III haben die Mitgliedstaaten dafür Sorge zu tragen, daß ein Pflanzenschutzmittel nur zugelassen wird, wenn „bei den zu bekämpfenden Wirbeltieren keine unnötigen Leiden oder Schmerzen verursacht werden“. Die „Zweitanmelderfrage“ ist in Artikel 13 Abs. 2 bis 7 geregelt. Aufgrund des Absatzes 7 kann die bestehende Regelung im Pflanzenschutzgesetz (§§ 13 und 14) beibehalten werden. Bei der Erstellung der Unterlagen für einen Zulassungsantrag sind die Versuche gemäß EG-Richtlinie 86/609/EWG durchzuführen.

4.9 Tierseuchengesetz

Im Rahmen der Tierseuchendiagnostik sind Tierversuche zur Zeit noch in den Fällen nicht völlig entbehrlich, in denen die Diagnose nur durch den direkten Erregernachweis gestellt werden kann.

Die Bundesregierung ist bemüht, diese durch andere Methoden zu ersetzen. So wurden inzwischen Tierversuche im Rahmen der Psittakose- und Tollwutdiagnostik weitestgehend durch Zellkulturverfahren ersetzt. Der Arbeitskreis für veterinärmedizinische Infektionsdiagnostik (AVID) hat 1992 zum Nachweis von Tollwutviren mit der Zellkultur eine Arbeitsanleitung herausgegeben, die inzwischen von den für das Veterinärwesen zuständigen obersten Landesbehörden angewendet wird.

Für die Untersuchung auf Q-Fieber stehen heute immunologische Verfahren zur Verfügung; Tierversuche sind nur noch in wenigen Einzelfällen erforderlich. Ebenfalls deutlich reduziert wurde der Ver-

suchstiereinsatz in der Listeriendiagnostik. Die Förderung der Entwicklung hochempfindlicher molekularbiologischer Nachweismethoden wird es in Zukunft erlauben, in der Regel Erreger direkt in Probenmaterial von Tieren nachzuweisen, ohne daß eine Anzüchtung in Versuchstieren oder Zellkulturen notwendig ist.

Bei der Prüfung veterinärmedizinischer Sera und Impfstoffe wurden und werden Methoden zum Ersatz von Tierversuchen, teilweise mit Förderung des BMBF, entwickelt. Bei den Maul- und Klauenseuche-Impfstoffen wurden Vergleichsuntersuchungen durchgeführt, die gezeigt haben, daß die Wirksamkeitsprüfung durch Belastungsinfektion von Rindern in vielen Fällen durch eine In-vitro-Methode ersetzt werden kann. Bei der Diagnostik von Maul- und Klauenseuche wird bereits auf den Einsatz von Mäusen verzichtet und ausschließlich mit Zellkulturen gearbeitet.

Für die Wirksamkeitsprüfung von Rotlauf- und Rhinitis-atrophicans-Impfstoffen wurden serologische Testmethoden zum Ersatz von Infektionsversuchen entwickelt. Die Ergebnisse liegen der Europäischen Arzneibuch-Kommission vor. Die Testentwicklung für die Wirksamkeitsprüfung von Clostridium-perfringens-Impfstoffen verläuft erfolgversprechend. Im Februar 1997 werden die bereits vorliegenden Ergebnisse anläßlich eines Workshops der Europäischen Arzneibuch-Kommission vorgestellt.

Eine mit Förderung des BMBF durchgeführte Untersuchung zur Notwendigkeit der Prüfung auf anormale Toxizität bei veterinärmedizinischen Seren und Impfstoffen hat gezeigt, daß diese Prüfung wenig aussagekräftig ist. In den Neufassungen der Monographien „Impfstoffe für Tiere“ und „Immunseren für Tiere“ wird diese Prüfung daher nicht mehr verlangt (siehe auch XV.4.2).

Weiterhin wurden in den Jahren 1993 bis 1995 vom Paul-Ehrlich-Institut alle im Arzneibuch vorgeschriebenen Tierversuche bei immunologischen Tierarzneimitteln im Rahmen eines vom BMBF geförderten Vorhabens auf ihre Notwendigkeit überprüft. Die Untersuchung zielt darauf ab, die Tierversuche zu benennen, die ersetzt oder im Sinne des Tierschutzes verbessert werden können (siehe auch XV.4.2 und XV.6.4.1).

4.10 Wasch- und Reinigungsmittelgesetz

Nach dem Wasch- und Reinigungsmittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 875) dürfen Wasch- und Reinigungsmittel nur so in den Verkehr gebracht werden, daß nach ihrem Gebrauch jede vermeidbare Beeinträchtigung der Beschaffenheit der Gewässer, insbesondere im Hinblick auf den Naturhaushalt und die Trinkwasserversorgung sowie eine Beeinträchtigung des Betriebs von Abwasseranlagen, unterbleibt.

Mit dem Gesetz wurden EG-Regelungen, insbesondere die Richtlinie 73/404/EWG des Rates vom 22. November 1973 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Detergentien (ABl. EG Nr. L 347 S. 51) umgesetzt. Danach darf die Verwendung grenzflächenaktiver Substanzen in

Wasch- und Reinigungsmitteln die Gesundheit von Mensch und Tier nicht gefährden.

Nach § 7 Abs. 5 Satz 1 des Tierschutzgesetzes sind Tierversuche zur Entwicklung von Waschmitteln grundsätzlich verboten. Das Verbot gilt auch für Rohstoffe, die ausschließlich in Waschmitteln verwendet werden. Es besteht nach den bisher vorliegenden Erfahrungen keine Notwendigkeit, in einer Rechtsverordnung nach § 7 Abs. 5 Satz 2 des Tierschutzgesetzes Ausnahmen von diesem grundsätzlichen Verbot zuzulassen.

5 Gegenseitige Anerkennung von Tierversuchsergebnissen als Voraussetzung für das Inverkehrbringen von Stoffen und Produkten

5.1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die gegenseitige Anerkennung von Versuchsergebnissen auf internationaler Ebene setzt voraus, daß die Prüfungen nach anerkannten Methoden durchgeführt wurden. Dieser Grundsatz gilt für Tierversuche ebenso wie für andere Testverfahren.

Die OECD bemüht sich seit Beginn der 80er Jahre erfolgreich um eine internationale Harmonisierung von Prüfmethoden im Bereich der chemischen Toxikologie.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang:

- der Beschluß des Rates der OECD über die gegenseitige Annahme von Daten für die Bewertung chemischer Stoffe, 1981;
- die OECD-Grundsätze der Guten Laborpraxis, 1982 (siehe auch XV.4.4);
- die OECD-Richtlinie zur Entwicklung neuer Testmethoden „OECD Environment Monographs No. 76 (1993)“;
- der Abschlußbericht des OECD-Workshops über die Harmonisierung der Validierungs- und Akzeptanzkriterien von alternativen toxikologischen Testmethoden (1996)¹⁾.

Die OECD-Prüfrichtlinien werden in der Gruppe „Chemikalien“ der OECD erarbeitet. 1988 beschloß die Gruppe, alle Prüfrichtlinien – ausgehend von neuen Erkenntnissen – unter besonderer Berücksichtigung von Tierschutzgesichtspunkten regelmäßig zu überprüfen und bei erforderlichen Überarbeitungen die Aufnahme von alternativen Methoden zu unterstützen. Die im Entwurf vorliegende Richtlinie „Entwicklung von Alternativmethoden – Möglichkeiten und Grenzen“ legt die dazu erforderlichen Rahmenbedingungen fest. So soll die Einstufung von Stoffen, die in einem In-vitro-Testverfahren eine positive Reaktion zeigen, möglich sein. Bei einem negativen Ergebnis darf jedoch nicht, wie beim Tierversuch, auf die weitere Testung verzichtet werden. Nach diesem

kombinierten In-vitro-/In-vivo-Prüfschema können Tierversuche mit besonders belastenden Stoffen vermieden werden.

1996 haben sich die zuständigen Experten der OECD auf einem Workshop in Solna, Schweden, auf ein abgestimmtes Konzept zur Validierung tierversuchsfreier toxikologischer Methoden geeinigt. Voraussichtlich wird die OECD auf der Basis dieses Konzeptes in Kürze den ersten In-vitro-Test als Ersatz für einen Tierversuch akzeptieren; es handelt sich hierbei um die Prüfung auf Hautpenetration mittels menschlicher Haut aus Operationsmaterial. Gleichzeitig wurden kombinierte Teststrategien für die Prüfung auf haut- und augenreizende Stoffe verabschiedet, bei denen tierversuchsfreie Verfahren den eventuell noch erforderlichen Tierversuchen vorgeschaltet werden. Für die Prüfung auf phototoxische Eigenschaften wurden aufgrund ermutigender Ergebnisse von Validierungsstudien In-vitro-Verfahren gegenüber Tierversuchen der Vorzug gegeben, da auf diesem Gebiet der Toxikologie Tierversuchsdaten kaum mit den Ergebnissen klinischer Prüfungen am Menschen übereinstimmen.

Mittlerweile wurden zur Prüfung auf akute orale Toxizität die „Fixed-Dose-Procedure“ (FDP-Methode) und die „Acute-Toxic-Class-Method“ (ATC-Methode) als dem klassischen LD₅₀-Test gleichwertige Verfahren von der OECD anerkannt (siehe auch XV.4.4, XV.6.4.1). Durch beide Prüfmethoden werden Leiden (FDP-Methode) oder Anzahl der Versuchstiere (ATC-Methode) im Vergleich zum LD₅₀-Test reduziert.

Zur Prüfung auf sensibilisierende Eigenschaften wurde der im Vereinigten Königreich entwickelte isolierte Lymphknoten-Test (isolated lymph node assay – ILNA) von der OECD 1994 akzeptiert, der weniger belastend für die Tiere ist als die bisher üblichen Tierversuche am Meerschweinchen, wie zum Beispiel der Bühler-Test und der Maximierungstest nach Magnusson und Kligmann.

Zwei umfangreiche internationale Validierungsstudien von In-vitro-Methoden zum Ersatz des Draize-Tests am Kaninchenauge wurden in den Jahren 1995 und 1996 abgeschlossen, ohne daß ein vollständiger Ersatz des Draize-Tests möglich erscheint. Es handelt sich um die weltweite EU/Home Office Studie mit 9 Tests und 30 Laboratorien, die einen vollständigen Ersatz des Draize-Tests zum Ziel hatte, und eine Studie unter Führung des Europäischen Verbandes der Hersteller von Kosmetika COLIPA, die den Ersatz für den Bereich schwach augenreizender Kosmetik-inhaltsstoffe und kosmetischer Fertigprodukte zum Ziel hatte. An beiden Studien waren Laboratorien in Deutschland beteiligt. Seit 1987 müssen Stoffe, die aufgrund ihres pH-Wertes stark reizend sind, nicht mehr im Draize-Test geprüft werden.

5.2 Europarat

Im Rahmen des Europarats werden die Monographien für das Europäische Arzneibuch erarbeitet. Diese werden nach dem Übereinkommen über die

¹⁾ Quelle: Dokument ENV/MC/CHEM/TG (96) 9

Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuchs in nationalen Normen überführt.

Um auch international die Bemühungen um den Ersatz von Tierversuchen in den Arzneibüchern zu verstärken, hat die deutsche Delegation in den Sitzungen der Europäischen Arzneibuch-Kommission mit Nachdruck auf die Dringlichkeit dieses Anliegens hingewiesen. Auf der ersten internationalen Konferenz über Harmonisierung der Arzneimittel-Richtlinien, die 1991 in Brüssel gemeinsam mit der EU, der US-amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA und dem japanischen Ministerium für Gesundheit und Soziales veranstaltet wurde, wurde eine internationale Empfehlung zur Harmonisierung der Arzneibuch-Monographien verabschiedet (siehe auch XV.4.2).

Das Europäische Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere (siehe III.2.10) sieht in Artikel 29 die gegenseitige Anerkennung der Versuchsergebnisse vor, die nach den Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften erforderlich sind.

5.3 Europäische Union

Die Rechtsharmonisierung innerhalb der EU über die Zulassung und das Inverkehrbringen von Stoffen und Produkten ist im Bereich der Chemikalien, der Arzneispezialitäten, der Pflanzenschutzmittel, der Futtermittel und Futtermittelzusatzstoffe weitgehend abgeschlossen. Für den Bereich der Lebensmittel, einschließlich der Lebensmittelzusatzstoffe, gilt dies erst für Teilbereiche. Die 7. Änderungsrichtlinie zur Richtlinie 67/548/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (ABl. EG Nr. L 196 S. 1) wurde am 30. April 1992 verabschiedet. Sie enthielt jedoch keine Aktualisierung der in Anhang V der Richtlinie 67/548/EWG vorgeschriebenen Tierversuche.

Die EU-Mitgliedstaaten sehen es als dringend notwendig an, die Einstufungssysteme für die verschiedenen Zwecke oder Kategorien innerhalb eines Landes, zwischen verschiedenen Ländern sowie zwischen internationalen Gremien zu harmonisieren. In diesem Bereich ist das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin intensiv tätig. Aufgrund der biometrischen Grundlagen der in Deutschland entwickelten ATC-Methode zur akuten oralen Toxizitätsprüfung (siehe XV.4.4, XV.6.4.1) sollen dabei die Tierzahlen bei der akuten dermalen und inhalativen Toxizitätsprüfung in den EG-Richtlinien vermindert werden.

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 17. Februar 1989 (ABl. EG Nr. C 69 S. 193) zur Einschränkung der Verwendung von Tieren für Versuchszwecke die EG-Kommission aufgefordert, weiterhin Tagungen von Sachverständigen aus EU- und OECD-Mitgliedstaaten zu veranstalten mit dem Ziel der internationalen Validierung von Alternativtestmethoden, der Rationalisierung der Vorausset-

zungen für die Einstufung neuer Stoffe, der Verkürzung der Dauer von Toxizitätsuntersuchungen und der Verbesserung des Austausches von Informationen und Ideen.

Mit der Verabschiedung der Richtlinie 87/18/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Anerkennung der Guten Laborpraxis und zur Kontrolle ihrer Anwendung bei Versuchen mit chemischen Stoffen (ABl. EG 1987 Nr. L 15 S. 29) und der Richtlinie 88/320/EWG über die Inspektion und Überprüfung der Guten Laborpraxis (ABl. EG Nr. L 145 S. 35), geändert durch die Richtlinie 90/18/EWG des Rates vom 18. Dezember 1989 zur Anpassung der Richtlinie 88/320/EWG an den technischen Fortschritt (ABl. EG 1990 Nr. L 11 S. 37), hat die EG die Grundsätze der Guten Laborpraxis der OECD in Gemeinschaftsrecht übernommen. Dadurch wird die gegenseitige Anerkennung der Ergebnisse der nicht-klinischen Prüfung aller Chemikalien (zum Beispiel Arzneimittel, Pflanzenschutzmittel) sichergestellt.

5.4 Bundesrepublik Deutschland

Die Richtlinien 87/18/EWG, 88/320/EWG und 92/32/EWG wurden im Rahmen der Änderungen des Chemikaliengesetzes von 1990 und 1994 (siehe auch XV.4.4) in innerstaatliches Recht umgesetzt. Mit der ersten Änderung sind auch die Grundsätze der Guten Laborpraxis, die bereits im April 1983 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurden und in der Folgezeit verbreitete Anwendung fanden, rechtsverbindlich geworden; die Grundsätze sind dem geltenden Chemikaliengesetz als Anhang I angefügt. Sie gelten für die nichtklinischen experimentellen Prüfungen von Stoffen oder Zubereitungen, also auch für Arzneimittel und Pflanzenschutzmittel, deren Ergebnisse eine Bewertung ihrer möglichen Gefahren für Mensch und Umwelt ermöglichen sollen.

Die behördliche Überwachung der Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis, die eine wesentliche Grundlage für die internationale Anerkennung darstellt, wird in der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Verfahren der behördlichen Überwachung der Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis“ geregelt.

Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland mit ihren wichtigsten Handelspartnern außerhalb der EU – dies sind Japan, Österreich, die Schweiz und die USA – Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung der Daten aus Versuchen, die im Einklang mit den Grundsätzen der Guten Laborpraxis durchgeführt wurden, getroffen (siehe auch XV.5.1).

Mit der zweiten Änderung des Chemikaliengesetzes wurde die Zweitanmelderregelung um die sogenannte „Voranfragepflicht“ erweitert. Dies bedeutet, daß der Anmelder oder Mitteilungspflichtige künftig vor der Durchführung von Tierversuchen bei der Anmeldestelle anzufragen hat, ob diese Tierversuche erforderlich sind. Diese auf der Umsetzung von Gemeinschaftsrecht beruhende Neuerung ist aus Tierenschutzsicht sehr zu begrüßen und sollte künftig als

Muster für entsprechende Regelungen in anderen Rechtsbereichen dienen (siehe auch XV.4.4).

6 Erforschung und Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden

6.1 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Zur Verminderung der Tierzahlen bei der Abschätzung der akuten oralen Toxizität wurden die Prüfrichtlinien der OECD um die „Acute-Toxic-Class-Method“ erweitert (siehe auch XV.4.4, XV.5.1 und XV.6.4.1).

Für die Prüfung auf Penetration von Fremdstoffen durch die Haut befürwortete die Mehrheit der OECD-Mitgliedstaaten Ende 1996 eine In-vitro-Methode, bei der menschliche Haut verwendet wird, und für die Prüfung auf phototoxische Eigenschaften einen In-vitro-Test mit Fibroblasten der Maus (Linie 3T3), dessen Entwicklung von ZEBET koordiniert und vom Europäischen Validierungszentrum ECVAM und dem Europäischen Verband der Hersteller von Kosmetika COLIPA finanziert wurde.

Um die Entwicklung von In-vitro-Methoden in der Toxikologie zu verbessern, arbeitet die OECD in jedem Mitgliedsland mit einem nationalen Experten für In-vitro-Toxikologie bzw. Alternativmethoden zum Tierversuch zusammen. ZEBET vertritt diesen Bereich für die Bundesrepublik Deutschland.

6.2 Europarat

Das Europäische Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere sieht in Artikel 6 Abs. 2 vor, daß die Vertragsparteien die wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden fördern sollten. Eigene Forschungsaktivitäten gibt es beim Europarat nicht.

6.3 Europäische Union

Nach Artikel 23 der Richtlinie 86/609/EWG des Rates vom 24. November 1986 zur Annäherung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. EG Nr. L 358 S. 1) sollen die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten Alternativmethoden zum Tierversuch entwickeln, validieren und die Forschung auf diesem Gebiet fördern.

Die Kommission hat in ihrem „Bericht über die Möglichkeit einer Änderung der in den bestehenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften festgelegten Versuche und Leitlinien gemäß Artikel 23 der Richtlinie 86/609/EWG“ zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (1988) ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet dargestellt. Im Rahmen verschiedener Förderprogramme fördert sie Vorhaben,

die direkt oder indirekt der Entwicklung alternativer Verfahren dienen.

Im Oktober 1991 informierte die Kommission den Rat und das Europäische Parlament über die Gründung des Europäischen Zentrums für die Validierung von Alternativmethoden (ECVAM) in Ispra (Italien), das in das gemeinsame Forschungszentrum der EU (Joint Research Centre) eingegliedert wurde.

Der Aufgabenbereich von ECVAM enthält folgende Schwerpunkte:

- Koordination der Validierung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden,
- Ausarbeitung von Versuchsprotokollen, Substanzauswahl und Ergebnisbewertung im Zusammenhang mit Validierungsstudien,
- Organisation von Ringtests auf internationaler Ebene.

Darüber hinaus soll ECVAM zu einem Informationszentrum für Alternativmethoden mit eigener Datenbank entwickelt werden.

Die Einrichtung wird bei der Gestaltung und Wahrnehmung ihrer Aufgaben von einem Beirat unterstützt, dem neben Vertretern der EU-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission Fachleute aus Industrie, Tierschutzorganisationen, Verbraucherverbänden und Wissenschaft angehören. Deutschland ist in dem Beirat durch den Leiter von ZEBET als offiziellem Vertreter der Bundesrepublik sowie je einen Repräsentanten der europäischen pharmazeutischen Industrie und der Tierschutzorganisationen vertreten.

Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 17. Februar 1989 (ABl. EG Nr. C 69 S. 189) zur Einschränkung der Verwendung von Tieren zu Versuchszwecken die EG-Kommission aufgefordert, eine Datenbank einzurichten, in der Statistiken und Daten zu folgenden Punkten gespeichert werden:

- Zahl der in der Europäischen Union durchgeführten Tierversuche, Gründe für diese Versuche,
- Einzelheiten über alle einschlägigen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten,
- Einzelheiten über die laufenden, gescheiterten und als erfolgreich eingestuft, jedoch der internationalen bzw. gemeinschaftlichen Validierung bedürftigen Vorhaben auf dem Gebiet der alternativen Testmethoden,
- Einzelheiten über international oder von der Gemeinschaft validierte Alternativtestmethoden,
- Angaben über nach dem Inverkehrbringen durchgeführte epidemiologische Untersuchungen und Untersuchungsergebnisse

und das Personal bereitzustellen, das für den Aufbau und den laufenden Betrieb dieser Datenbank notwendig ist. ECVAM wurde inzwischen die Zuständigkeit für diese Datenbank übertragen.

Auf die Bestrebungen der EG-Kommission, Tierversuche im Rahmen der Chemikalienprüfung einzuschränken, wurde bereits unter XV.5.3 hingewiesen.

6.4 Bundesrepublik Deutschland

6.4.1 BMBF-Förderschwerpunkt „Ersatzmethoden zum Tierversuch“

Zielsetzung

Im Programm „Biotechnologie 2000“ werden in dem speziellen Förderschwerpunkt „Ersatzmethoden zum Tierversuch“ Forschungsvorhaben gefördert, deren zentrale Zielsetzung es ist, Methoden zum Ersatz und zur Reduktion von Tierversuchen sowie zur Verminderung der versuchsbedingten Belastung der eingesetzten Tiere zu erarbeiten. Hierbei wurde ein Schwerpunkt auf gesetzlich vorgeschriebene Tierversuche und internationalen Erfordernissen entsprechende Validierungen (Nachweis von Relevanz und Reproduzierbarkeit in verschiedenen Labors) bereits erfolgreich entwickelter Alternativmethoden gelegt. Die Förderung erfolgt im Sinne der drei R: Reduce (reduzieren), Replace (ersetzen), Refine (methodisch verbessern, zum Beispiel um die Belastung der Versuchstiere zu verringern). Grundlage dieser Förderaktivität ist zur Zeit die zweite Bekanntmachung des BMBF über die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet „Ersatzmethoden zum Tierversuch“ (BANz. Nr. 96 vom 27. Mai 1989, S. 2583).

Die geförderten Vorhaben nutzen ein breites Spektrum moderner Methoden und Verfahren aus verschiedenen biomedizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen. Von besonderer Bedeutung ist der Einsatz von Kulturen tierischer und menschlicher Zellen, subzellulärer Bestandteile, biochemischer, molekularbiologischer und physikochemischer Methoden sowie computergestützter und biometrischer Verfahren.

Der Förderschwerpunkt „Ersatzmethoden zum Tierversuch“ ist in seiner Art weltweit einzigartig und die aufwendigste staatliche Fördermaßnahme mit dieser Zielsetzung. Von 1980 bis Ende 1995 wurden vom BMBF 109,2 Millionen DM an Fördermitteln eingesetzt. Insgesamt wurden bisher (Stand: 1. Januar 1997) 188 Vorhaben bewilligt. Derzeit sind 51 Projekte in Bearbeitung. Für die Jahre 1997 bis 2000 stehen pro Jahr etwa 9,5 Millionen DM zur Verfügung (mittelfristige Finanzplanung).

Durch die geförderten Vorhaben wurden bereits auf vielen Gebieten Grundlagen für eine erhebliche Einsparung an Versuchstieren erarbeitet. Es ist zu erwarten, daß sich die positiven Auswirkungen längerfristig durch eine breitere Umsetzung der Ergebnisse noch wesentlich verstärken werden.

Struktur der Förderung

Die Förderung zielt auf die konkrete Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis ab. Deshalb sind Forschungsvorhaben so zu strukturieren, daß deren Ergebnisse bei potentiellen Anwendern insbesondere aus der Industrie eingesetzt werden können und damit zu einer deutlichen Reduktion von Tierversuchen beitragen. Die Vorhaben werden daher in der Regel in Kooperation mit Anwendern aus der Industrie in Form von Verbundvorhaben und, soweit ge-

setzlich geforderte Tierversuche betroffen sind, in Kooperation oder Abstimmung mit den zuständigen deutschen und internationalen Zulassungsbehörden und anderen relevanten Gremien (zum Beispiel der Arzneibuchkommission) durchgeführt.

Enge Koordination besteht mit den für relevante Rechtsbereiche zuständigen Bundesbehörden sowie mit ZEBET, der Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch. ZEBET arbeitet seinerseits eng mit dem Europäischen Zentrum für die Validierung von Alternativmethoden (ECVAM) zusammen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Informationsaustausch national und international zu verbessern und den Transfer der Ergebnisse zu optimieren.

Ergebnisse und Erfolge bisher geförderter BMBF-Projekte

Die bisher durchgeführten Vorhaben lieferten Beiträge zur Entwicklung, Erprobung und Validierung von Ersatzmethoden unter anderem für folgende Einsatzgebiete

- pharmakologisch/toxikologisches Wirkstoff-Screening,
- Prüfung chemischer Substanzen auf toxische, erbgutverändernde und fruchtschädigende Wirkungen,
- Untersuchung des Metabolismus und der Wirkungsmechanismen von Pharmaka,
- Wirksamkeitsprüfung und Qualitätskontrolle von Impfstoffen und biologischen Arzneimitteln wie Immunsereen,
- Herstellung polyklonaler und monoklonaler Antikörper.

Eine entsprechende Anerkennung von Alternativmethoden ist in einigen Fällen bereits erfolgt.

Als direkte Erfolge im Bereich vorgeschriebener Tierversuche sind im Berichtszeitraum besonders hervorzuheben:

- die Entwicklung und Validierung der ATC-Methode zur Bestimmung der akuten oralen Toxizität von Chemikalien, die 1996 von der OECD und der EU offiziell als Prüfmethode anerkannt wurde (siehe XV.4.4, XV.5.1),
- die Ergebnisse des vom PEI durchgeführten Vorhabens „Untersuchungen zur Aussagekraft der Arzneibuchvorschrift V.2.1.5 über die Prüfung auf anomale Toxizität von Impfstoffen“, die zur Streichung vorgeschriebener Tierversuche geführt haben (siehe XV.4.2),
- die Ergebnisse des vom PEI durchgeführten Projekts „Tierschutzaspekte bei der Prüfung von Immunpräparaten“. Es ist zu erwarten, daß die aufgezeigten Möglichkeiten für tierschutzrelevante Verbesserungen der entsprechenden Monographien zu einer erheblichen Einsparung von Tierversuchen bzw. einer Belastungsverminderung für die eingesetzten Versuchstiere führen (siehe XV.4.2).

Beispiele aus der laufenden BMBF-Förderung

Hier sind insbesondere zu erwähnen:

- das seit 1992 geförderte Kooperationsvorhaben zur Standardisierung und Validierung eines Zellkulturtests als Ersatzmethode zu dem im Wasserhaushaltsgesetz bzw. Abwasserabgabengesetz vorgeschriebenen Fischtest nach DIN 38412, Teil 31 (siehe XV.4.1);
- das 1996 angelaufene umfangreiche Verbundvorhaben zur „Nutzung hepatischer Funktionen für In-vitro-Verfahren zur Prüfung von Stoffen mit dem Ziel der Einsparung von Tierversuchen“. Die langfristige Zielsetzung ist dabei, in enger Kooperation zwischen Arbeitsgruppen aus nicht industriellen Forschungseinrichtungen und Industrieunternehmen geeignete In-vitro-Systeme, die leberspezifische Funktionen abbilden, im Hinblick auf den industriellen Einsatz zu optimieren, zu standardisieren, für anwendungsbezogene Fragestellungen zu adaptieren und zu validieren und gegebenenfalls die Basis für Prüfrichtlinien im gesetzlichen Bereich zu schaffen. Es ist zu erwarten, daß hierdurch langfristig bei der industriellen Substanzentwicklung und -prüfung eine erhebliche Einsparung von Tierversuchen möglich sein wird.

Die Auswirkungen des Förderschwerpunkts „Ersatzmethoden zum Tierversuch“ auf die Reduktion von Tierversuchen bzw. die Belastung von Tieren in Versuchen geht weit über die bei den beteiligten Arbeitsgruppen unmittelbar erzielten Erfolge hinaus, da die Ergebnisse allgemein zugänglich sind und von allen potentiellen Anwendern genutzt werden können. Eine unmittelbare direkte Nutzung ist in den Bereichen möglich, in denen nicht gesetzlich vorgeschriebene Tierversuche betroffen sind, zum Beispiel im pharmakologischen Wirkstoffscreening.

Der Förderschwerpunkt leistet zusätzlich auch dadurch einen wesentlichen Beitrag im Sinne des Tierschutzes, daß er bei den forschenden Institutionen das Bewußtsein für diese Zielsetzung verstärkt und entsprechende Aktivitäten initiiert, auch im internationalen Bereich. Einige Vorhaben leisteten inzwischen bereits wesentliche Anstöße zur Bearbeitung von Validierungsvorhaben und zur Durchführung von Workshops, insbesondere auf europäischer Ebene. In diesem Zusammenhang wurde bereits frühzeitig die Bedeutung biometrischer Verfahren für Ringversuche und Validierungsstudien erkannt und in die Förderung einbezogen. Hier sind unter anderem ein Verbundvorhaben zur Entwicklung biometrischer Methoden zur Planung, Auswertung und Validierung von In-vitro-Verfahren als Ersatz für Tierversuche in der Toxikologie sowie ein umfangreicher unter Koordination von ZEBET durchgeführter Ringversuch zum Ersatz von DRAIZE-Tests am Kaninchenaugenauge sowie zu nennen.

Der Abschlußbericht des Ringversuches wurde publiziert¹⁾ und eine Prüfstrategie zur Einstufung stark augenreizender Stoffe ohne Tierversuche entwickelt.

¹⁾ Spielmann et al; ATLA 24, 741-858/1996

6.4.2 Förderung aus anderen Mitteln

BMG vergibt seit 1981 jährlich einen Forschungspreis zur Förderung methodischer Arbeiten mit dem Ziel der Einschränkung und des Ersatzes von Tierversuchen. Der Preis ist mit 30 000 DM dotiert und wird für wissenschaftliche Arbeiten zur Weiterentwicklung pharmakologisch-toxikologischer Untersuchungsverfahren vergeben, wie zum Beispiel zur Bestimmung der akuten, subchronischen und chronischen Toxizität, der erbgutverändernden, tumorerzeugenden, fruchtbarkeits- und fruchtschädigenden Eigenschaften sowie für solche Arbeiten, die der Verminderung von Tierversuchen dienen.

Forschungspreise mit ähnlichen Zielen wie denjenigen des Forschungspreises des BMG werden in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen vergeben:

- Erna-Graff-Stiftung für Tierschutz,
- Felix-Wankel-Stiftung (Vergabe durch das Dekanat der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität in München),
- Verband der Niedersächsischen Tierschutzvereine (Ilse-Richter-Preis),
- Freunde und Förderer der Veterinärmedizin an der Freien Universität Berlin e. V. (Wilma-von-Düring-Forschungspreis),
- Vereinigung „Ärzte gegen Tierversuche e. V.“, Frankfurt, und „Bürger gegen Tierversuche Hamburg e. V.“ (Herbert-Stiller-Preis),
- Forschungspreis des Landes Nordrhein-Westfalen (Vergabe durch die Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften),
- Hans-Theo-Schreurs-Gedächtnispreis (Industrieverband Körperpflege und Waschmittel e. V. (IKW)),
- Tierschutz-Forschungspreis des Deutschen Tierschutzbundes (Deutscher Tierschutzbund).

Ergänzend zu diesen und anderen Aktivitäten hat die Bundesregierung 1986 zusammen mit Verbänden der Industrie und des Tierschutzes die „Stiftung zur Förderung der Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Einschränkung von Tierversuchen (SET)“ ins Leben gerufen.

Die Stiftung kann inzwischen auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken, in der zahlreiche Forschungsvorhaben finanziell gefördert worden sind. Insbesondere wurden erfolgversprechende Arbeiten an den Universitäten Berlin, Düsseldorf, Köln, Konstanz, München und Tübingen unterstützt. Darüber hinaus gewährte die Stiftung Zuschüsse und Zuwendungen auch für einschlägige Workshops, an Periodika wie ALTEX (Alternativen zu Tierexperimenten), Publikationen auf diesem Gebiet sowie Kongresse und Veranstaltungen. So hat die Stiftung das erste deutsch-polnische Tierschutzsymposium im April 1996 in Warschau mit einem Zuschuß gefördert. Die Mittel wurden wieder überwiegend von dem Verband der Chemischen Industrie sowie den Fachverbänden aus dem Pharma-, Kosmetik- und Agrarbereich zur Verfügung gestellt. Die Entscheidungen

über die Vergabe der Mittel trifft der Stiftungsrat, der sich paritätisch aus Vertretern der Industrie und zwei großen Tierschutzorganisationen zusammensetzt. Die Stiftung verfolgt bei der Vergabe ihrer Mittel das Ziel, möglichst dort mit ihrer Förderung einzusetzen, wo Antragsteller nicht auf öffentliche Mittel zurückgreifen können.

Die Bundesregierung hat mehrfach die erfolgreiche Zusammenarbeit von Industrie und Tierschutzorganisationen in der Stiftung gewürdigt und auf eine verstärkte Bereitstellung von Mitteln durch die Industrie hingewirkt. Ihre Mitarbeit ist durch Vertreter der Bundesministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Gesundheit sowie für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie im Kuratorium der Stiftung gewährleistet. Auch die Bundesländer sind durch einen Repräsentanten im Kuratorium vertreten.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat ein spezielles Förderprogramm „Entwicklung von Alternativmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen“ eingerichtet. Seit Bestehen des Förderprogramms wurden 28 Forschungsprojekte mit einer Gesamtsumme von rund 3,7 Millionen DM gefördert. Auch für die kommenden Jahre ist hierfür ein jährlicher Mittelantrag von 500 000 DM vorgesehen. Das Förderprogramm hat sich bisher als sehr erfolgreich erwiesen. Unter anderem haben die Ergebnisse von zwei Projekten bereits Eingang in internationale Validierungsvorhaben gefunden. Die Ergebnisse von sechs weiteren Projekten werden auch international zur Reduzierung der Anzahl der eingesetzten Versuchstiere angewandt. Die Ergebnisse anderer Projekte finden bundesweit oder in bestimmten Einrichtungen Anwendung. Alle diese Projekte haben in unterschiedlicher Größenordnung zur Reduzierung der benötigten Versuchstiere geführt. Beispielsweise können durch den Einsatz einer der entwickelten Methoden in einem Großunternehmen der pharmazeutischen Industrie Tausende von Versuchstieren eingespart werden.

Rheinland-Pfalz fördert seit 1992 Forschungsvorhaben zur Entwicklung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen. Die Ausschreibung richtet sich an in diesem Bundesland tätige Wissenschaftler.

7 Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET)

Die 1989 gegründete „Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET)“ im BgVV hat die behördliche Aufgabe, Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen zu erfassen, zu bewerten und ihre Anerkennung zu erreichen. Darüber hinaus ist ZEBET im Rahmen des Vollzuges des Tierschutzgesetzes als Auskunftsstelle für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen tätig. Eine weitere Aufgabe ist die wissenschaftliche Validierung tier-

versuchsfreier Methoden, um ihre Aufnahme in internationale sicherheitstoxikologische Prüfrichtlinien zu erreichen. ZEBET nimmt als staatliche Einrichtung international eine Sonderstellung ein, da ähnliche Institutionen im Ausland nur über Spenden oder von Tierschutzorganisationen der Industrie finanziert werden.

Seit 1994 wird die Arbeit von ZEBET von einer Kommission begleitet, deren Mitglieder vom BMG berufen wurden. Die Kommission setzt sich zusammen aus Wissenschaftlern der chemisch-pharmazeutischen Industrie, Vertretern von Tierschutzorganisationen sowie eines Vertreters der Länderbehörden, die für die Genehmigung von Tierversuchen zuständig sind.

Die Aufgabe von ZEBET umfaßt die drei Gebiete „Dokumentation“, „Bewertung/Validierung“ und „Forschung“. Dem entspricht die Gliederung in die Fachgebiete ZEBET 1, 2 und 3. Seit Anfang 1995 ist das Fachgebiet „Spezielle Fragen des Tierschutzes“ der ZEBET zugeordnet.

Bei **ZEBET 1 (DOKUMENTATION)** werden Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen in einer Datenbank dokumentiert. Für den Informationsdienst nutzt ZEBET die eigene Datenbank und führt über DIMDI Recherchen in internationalen Literatur- und Faktendatenbanken durch. 1995 konnten die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die ZEBET-Datenbank künftig über DIMDI „online“ angeboten werden kann.

ZEBET 2 (BEWERTUNG und VALIDIERUNG) ist gutachterlich tätig und hat die Aufgabe, Validierungsprojekte international in Kooperation mit dem EU-Validierungszentrum ECVAM, dem BMBF-Schwerpunkt „Ersatzmethoden zum Tierversuch“ und der „Stiftung zur Förderung der Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Einschränkung von Tierversuchen“ (SET), dem Deutschen Tierschutzbund, den zuständigen Bundesministerien und der chemisch-pharmazeutischen Industrie zu initiieren und zu koordinieren. ZEBET beteiligt sich, sofern erforderlich, auch experimentell an Validierungsstudien. Dafür wurden von ZEBET 1995 und 1996 wiederum Drittmittel bei der EU (DG XI, DG XII und ECVAM) sowie beim BMBF für dieses wichtige Arbeitsgebiet eingeworben.

ZEBET 3 (FORSCHUNG) verfügt seit 1990 über einen eigenen Etat zur Vergabe von Forschungsmitteln für die wissenschaftliche Erarbeitung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen in Deutschland. Die Förder-summe stieg von 1990 bis 1996 kontinuierlich von 400 000 DM/Jahr auf 643 000 DM/Jahr an. Es wurden bisher 41 Projekte mit recht unterschiedlichen Summen gefördert, von denen mehrere national und international mit Tierschutzforschungspreisen ausgezeichnet wurden. Unabhängig von der Forschungsförderung hat das Labor von ZEBET 3 über Drittmittel von ECVAM einen In-vitro-Embryotoxizitätstest mit Hilfe embryonaler Stammzellen standardisiert.

ZEBET 1 – DOKUMENTATION**Dokumentation – ZEBET-Datenbank**

In der ZEBET-Datenbank sind gegenwärtig ca. 300 Ersatz- und Ergänzungsmethoden aus den verschiedensten Fachgebieten erfaßt, wie zum Beispiel aus der Pharmakologie, Toxikologie, Bakteriologie, Virologie, Parasitologie, Immunologie, Neurologie, Krebsforschung und Tierzucht. Es handelt sich um In-vitro-Methoden, die in der Forschung angewandt werden können, aber auch im Rahmen des Gesetzesvollzuges. Der Entwicklungsstand der Methoden ist unterschiedlich, da bei einigen die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist, andere aber bereits Eingang in behördliche Prüfrichtlinien gefunden haben.

Für die ZEBET-Datenbank wird die wissenschaftliche Literatur nach spezifischen Gesichtspunkten ausgewertet und zu jeder Methode dokumentiert. Das entscheidende Kriterium für die Aufnahme einer Methode in die ZEBET-Datenbank ist die Erfüllung eines der von RUSSEL und BURCH (1959) als „3R-Konzept“ definierten Ziele für den wissenschaftlichen Ersatz von Tierversuchen, nämlich die Verminderung der Tierzahl (Reduction), Vermeidung des Leidens (Refinement) oder der vollständige Ersatz (Replacement) des Tierversuches durch die neue Methode.

Die Dokumentation in der ZEBET-Datenbank umfaßt folgende Informationen zu jeder Methode: Bezeichnung oder Eigenname der Methode, Schlagwörter zur Beschreibung der Methode, Literatur zur Methode.

Zu den bereits dokumentierten Methoden gehören ca. 4 000 Literaturdokumente, die aus ca. 700 verschiedenen Zeitschriften, Tagungsberichten und anderen Quellen entnommen wurden. In der ZEBET-Datenbank selbst sind nur die bibliographischen Angaben von Autor, Titel und Zeitschrift erfaßt, die in einem Handarchiv als Kopien verwaltet werden. Die Dokumentation wird fortlaufend bearbeitet. ZEBET erstellt regelmäßig folgende Verzeichnisse:

- eine Liste der Methoden, nach Fachgebieten geordnet;
- eine Liste der Schlagwörter, alphabetisch geordnet;
- eine Liste der Quellen der zitierten Literatur, alphabetisch geordnet.

Die Informationen der Datenbank können bisher nur auf schriftliche Anfrage im Rahmen des Informationsdienstes abgerufen werden. Mitarbeiter des „Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information“ (DIMDI) und der ZEBET haben im Frühjahr 1994 die Vorbereitung für einen „online“-Anschluß der ZEBET-Datenbank an DIMDI abgeschlossen. Ziel ist es, Wissenschaftlern, Tierschutzbeauftragten und anderen Nutzern ausgewählte Informationen über Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen „online“ zur Verfügung zu stellen. Als Ergebnis liegt bei DIMDI eine Datenbank über Ersatz- und Ergänzungsmethoden „zur Testung“ vor. Die Datenbank ist noch nicht für den allgemeinen Benutzerverkehr freigegeben, da die Klärung wichti-

ger Fragen zur Erhebung und Aktualisierung der Daten noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Informationsdienst

Im Rahmen des Vollzuges des Tierschutzgesetzes in Deutschland nimmt ZEBET auf Anfragen von Landesbehörden zu Anträgen auf Genehmigung oder Anzeige von Versuchsvorhaben gutachterlich Stellung. ZEBET kann in die Bewertung von Anträgen auf Genehmigung eines Tierversuchsvorhabens nach § 8 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes eingebunden werden und fertigt auf dem Wege der Amtshilfe in strittigen Fällen Gutachten an. Darüber hinaus beantwortet ZEBET auch Anfragen von Wissenschaftlern, Tierschutzbeauftragten und anderen Interessierten zu Möglichkeiten der Anwendung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen. ZEBET ist in die wissenschaftliche Begutachtung von nationalen und internationalen Forschungsprojekten eingebunden, die die Entwicklung oder Validierung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Ziel haben, und ist auch bei der Vergabe nationaler und internationaler Tierschutz-Forschungspreise beteiligt.

Der Informationsdienst steht für schriftliche Anfragen zur Verfügung. Die gutachterliche Beratung von Behörden zur Erfüllung tierschutzrechtlicher Vorschriften besitzt für ZEBET die höchste Priorität.

ZEBET nutzt für den Informationsdienst

- die eigene ZEBET-Datenbank über Ersatz- und Ergänzungsmethoden,
- Tagungsberichte und Protokolle, über die ZEBET aufgrund seiner Tätigkeit in nationalen und internationalen Validierungsprojekten, in Normausschüssen und anderen Arbeitsgruppen verfügt,
- Recherchen in nationalen und internationalen biomedizinischen Literatur- und Faktendatenbanken über DIMDI.

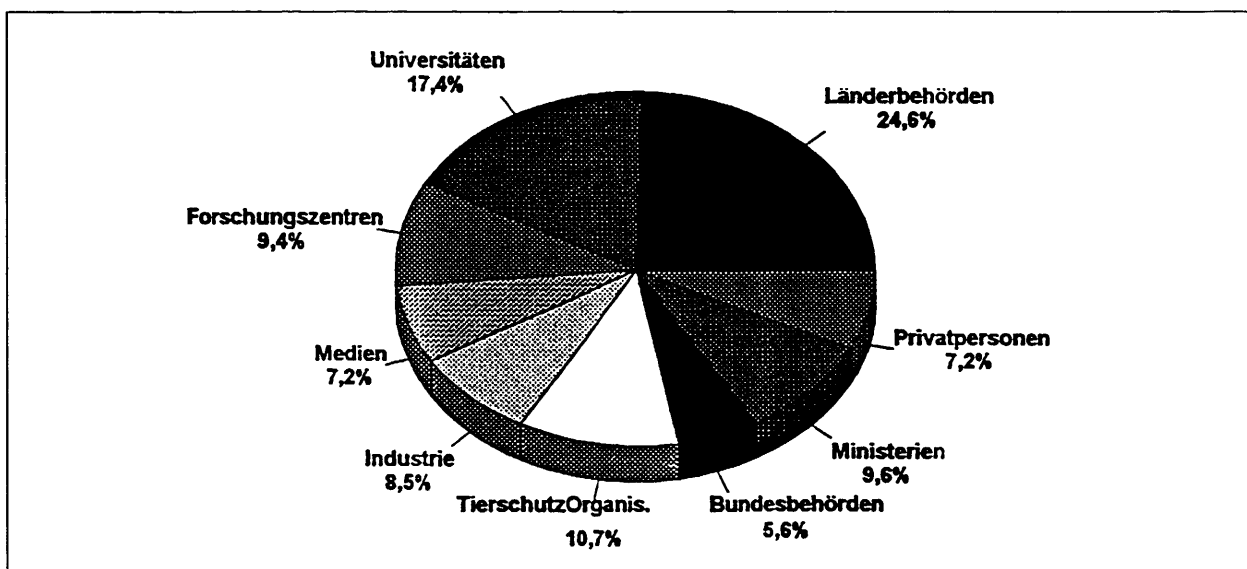
Jede Anfrage wird von ZEBET individuell bearbeitet. Zur Beantwortung der Anfragen werden Literatur zum Thema und Informationen über Ersatz- und Ergänzungsmethoden benötigt. Dazu werden Recherchen in Datenbanken von speziell ausgebildeten und trainierten Mitarbeiterinnen durchgeführt und die Ergebnisse von Wissenschaftlern ausgewertet.

Die Anzahl der Anfragen an ZEBET in der Zeit von 1989 bis 1995 und die Aufteilung der Anfragenden ist in Abbildung 1 dargestellt. Sie zeigt, daß etwa die Hälfte aller Anfragen von Landesbehörden, Universitäten und Forschungszentren gestellt wird. Gegenüber 1994 hat sich die Anzahl der Anfragen 1995 um etwa 177 Anfragen erhöht.

ZEBET 2 – BEWERTUNG und VALIDIERUNG**Bewertung und Gremienarbeit**

ZEBET wird innerhalb der Nachfolgeinstitute des BGA bei der Vorbereitung von Rechtsetzungsvorhaben beteiligt, die die Tierversuchproblematik berühren (zum Beispiel Novellierung der EG-Richtlinie für kosmetische Mittel, Arzneimittelpüfrichtlinien und

Anzahl der Anfragen an ZEBET von 1989 bis 1995



		in %
Landesbehörden	154	24,6
Universitäten	109	17,4
Forschungszentren	59	9,4
Medien	45	7,2
Industrie	53	8,5
Tierschutzorganisationen ...	67	10,7
Bundesbehörden	35	5,6
Ministerien	60	9,6
Privatpersonen	45	7,2
Gesamt	627	

Tierschutzgesetz). ZEBET hat zu diesen Novellierungsvorschlägen teilweise auch öffentlich Stellung genommen.

Seit 1995 betreut ZEBET die Durchführung der Studie „Der Hund als zweite Spezies für die Sicherheitsprüfung bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln“ in Kooperation mit dem für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland zuständigen Fachbereich des BgVV. Die Studie wird von der „Stiftung zur Förderung der Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Einschränkung von Tierversuchen“ (SET) finanziert. Auch international werden hohe Erwartungen an den Ausgang der Studie geknüpft, deren Ergebnis 1997 vorliegen dürfte.

1996 hat ZEBET eine Anhörung zum Ersatz des Fischtests nach dem Abwasserabgabengesetz mit Hilfe biologischer Prüfungen an niederen Spezies durchgeführt. Es zeigte sich dabei, daß für einen Teil des Spektrums der in Deutschland anfallenden Abwässer eine Prüfung mit Hilfe von Daphnien, Algen und Leuchtbakterien die Toxizitätsklassen von Abwässern soweit erfaßt, daß auf die Prüfung im Fisch-

test bei routinemäßig anfallenden Abwässern verzichtet werden kann. Ein Bundesland arbeitet bereits mit diesen Testverfahren und kann schon 1996 weitgehend auf die Durchführung des Fischtests bei Abwässern verzichten (siehe auch XV.4.1).

Validierung

Da 1989 bei der Gründung von ZEBET keine international verbindlichen Richtlinien existierten, hat ZEBET in den Jahren 1990 und 1994 Richtlinien zur Validierung behördlich vorgeschriebener toxikologischer Tierversuche maßgeblich mit erarbeitet und diese 1994 und 1995 mit Wissenschaftlern der zuständigen Behörden in Japan und den USA diskutiert. Im Januar 1996 haben sich daraufhin Experten aller OECD Staaten auf gemeinsame wissenschaftliche Grundsätze zur Validierung und behördlichen Akzeptierung von tierversuchsfreien toxikologischen Testmethoden geeinigt. Nach dem Grundsatz der „mutual acceptance of data“ müssen danach in Zukunft alle OECD Mitgliedstaaten Zulassungsunterlagen von Chemikalien akzeptieren, deren toxikologische Daten mit In-vitro-Methoden erzielt wurden, die gemäß den OECD Empfehlungen validiert wurden.

Beteiligung und Management nationaler und internationaler Validierungsprojekte von Alternativmethoden

Im Rahmen der behördlichen Aufgabe, Ersatz- und Ergänzungsmethoden zu Tierversuchen, insbesondere für behördlich vorgeschriebene Tierversuche, zu entwickeln, ist ZEBET in die Koordinierung nationaler und internationaler Validierungsprojekte eingebunden. Nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Konzept für die Akzeptierung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen müssen diese unter Routinebedingungen in verschiedenen Labors dieselben Ergebnisse erbringen. Außerdem müssen die Ergebnisse in ähnlicher Weise wie die bisherigen Tierversuche die

toxischen Eigenschaften chemischer Stoffe so erfassen, daß diese behördlich eingestuft und gekennzeichnet werden können. Aufgrund der 6. Änderung der EG-Kosmetikrichtlinie dürfen kosmetische Mittel nicht mehr in den Verkehr gebracht werden, die Bestandteile oder Kombinationen von Bestandteilen enthalten, die ab dem 1. Januar 1998 zur Einhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinie im Tierversuch überprüft worden sind. Dieser Termin kann verlängert werden, wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine validierten alternativen Versuchsmethoden vorliegen. Deswegen steht die Validierung von Ersatzmethoden für lokale Wirkung an Haut und Augen im Vordergrund der Bemühungen um den Ersatz von Tierversuchen in Europa. ZEBET hat seit der Gründung 1989 deshalb eng mit der deutschen und europäischen Kosmetikindustrie bei der Validierung von tierversuchsfreien toxikologischen Prüfmethoden kooperiert und war an folgenden Studien beteiligt:

- *EC/Home Office internationale Studie über Alternativmethoden zum Draize-Test am Kaninchenauge*

ZEBET war im Management der Studie vertreten, in der in den Jahren 1992 bis 1995 neun verschiedene Alternativmethoden in jeweils vier Laboratorien weltweit mit 60 Prüfsubstanzen untersucht wurden. Experimentell hat ZEBET dabei den BCOP-Test an der Cornea des isolierten Rinderauges durchgeführt. Der Abschlußbericht des Management Teams der Studie wurde Ende 1995 publiziert¹⁾. Die bisherige Auswertung ergab, daß die unterschiedlichen In-vitro-Methoden nicht in der Lage waren, die augenreizenden Eigenschaften sämtlicher chemischer Stoffgruppen befriedigend vorherzusagen. Für die Untergruppe der oberflächenaktiven Stoffe, die üblicherweise in der Kosmetikindustrie Verwendung finden, waren die Ergebnisse jedoch so vielversprechend, daß der Verband der europäischen Kosmetikindustrie COLIPA eine Validierungsstudie nur für diesen Bereich durchführt.

- *IRAG Initiative zur Validität von Ersatzmethoden für den Draize-Test am Kaninchenauge*

Die Interagency Regulatory Alternatives Group (IRAG) der US-amerikanischen Behörden hat 1993 eine Studie initiiert, bei der für die unterschiedlichsten Ersatzmethoden zum Draize-Test am Kaninchenauge die jeweiligen Meßgrößen (Endpunkte) der In-vitro-Tests mit den Reaktionen am Kaninchenauge verglichen werden, und zwar getrennt für die einzelnen Gewebe des Auges: Bindehaut, Cornea und Iris. Die amerikanischen Behörden gehen dabei von der Vorstellung aus, daß die Reaktionen chemischer Stoffe in In-vitro-Tests nicht mit der Gesamtreaktion am Auge verglichen werden sollten, sondern mit den Reaktionen der einzelnen Gewebe des Auges. Die Analyse der Korrelation der In-vitro-Ergebnisse zu den in vivo am Kaninchen erhobenen Daten wurde dabei nach definierten biometrischen Kriterien erhoben. ZEBET hat im Rahmen dieser Va-

lidierungsstudie die Ergebnisse analysiert, die weltweit mit dem HET-CAM-Test am bebrüteten Hühnerer erarbeitet wurden, der in Deutschland in vielen toxikologischen Labors als Alternativmethode etabliert ist und unter Federführung von ZEBET 1988 bis 1992 in einem vom BMBF geförderten Ringversuch experimentell validiert wurde.

ZEBET hat 1995 in Washington den US-Behörden den Abschlußbericht vorgelegt, der bestätigt, daß der HET-CAM-Test für die Gruppe der oberflächenaktiven Stoffe, die in der Kosmetikindustrie eine wichtige Rolle spielen, die Reaktionen am Auge des Kaninchens sehr gut voraussagt, und zwar insbesondere für nicht reizende und gering reizende Stoffe. Das Ergebnis ist nicht verwunderlich, da der HET-CAM-Test in der Kosmetikindustrie entwickelt wurde.

- *EU/COLIPA-Validierungsprojekt „In-vitro-Phototoxizität“*

ZEBET koordiniert seit 1992 für die DG XI der EU bzw. das europäische Validierungszentrum ECVAM sowie für den europäischen Kosmetikverband COLIPA eine Validierungsstudie von In-vitro-Methoden zur Erfassung phototoxischer Eigenschaften chemischer Stoffe. Nach Abschluß der Testentwicklung und Prävalidierungsphase wurde 1995 die experimentelle Validierung von acht In-vitro-Tests unter blinden Bedingungen in zehn Laboratorien in Europa und den USA abgeschlossen. Die biometrische Auswertung der Studie durch einen unabhängigen Statistiker wird seit 1994 von ZEBET finanziert. Die Ergebnisse wurden 1996 den zuständigen Gremien der EU vorgelegt und publiziert¹⁾. Die vorläufige Auswertung läßt erwarten, daß zur Erfassung phototoxischer Eigenschaften erstmals eine toxikologische Prüfrichtlinie die internationale behördliche Anerkennung finden wird, die auf einem In-vitro-Test basiert.

ZEBET hat 1994 eine Strategie zur Prüfung auf phototoxische Eigenschaften primär mit In-vitro-Methoden entwickelt und publiziert²⁾, die vom EU Validierungszentrum ECVAM und von COLIPA unterstützt werden. Im Januar 1996 haben die zuständigen Experten der OECD die von ZEBET vorgeschlagene In-vitro-Prüfstrategie akzeptiert, die eine Prüfung auf phototoxische Eigenschaften ohne Tierversuche ermöglicht, akzeptiert. 1997 soll der unter Federführung von ZEBET validierte invitro-Phytotoxizitätstest bei der OECD als offizielle Prüfmethode eingereicht werden.

- *Validierung von In-vitro-Tests zur Prüfung auf ätzende bzw. korrosive Wirkung an der Haut*

1994 bis 1995 hat sich ZEBET an einem von ECVAM koordinierten Validierungsprojekt zur Erfassung ätzender Eigenschaften von chemischen Stoffen und Zubereitungen an der Haut mit Hilfe von In-vitro-Methoden beteiligt. ZEBET hat dabei ein Standard-

¹⁾ The EC/HO international validation study of alternatives to the Draize eye test. Toxicology in Vitro 9, 871–929

¹⁾ Proceedings of the Second World Congress on Alternatives and Animal Use in the Life Sciences, Utrecht 1996

²⁾ In vitro phototoxicity testing: The report and recommendations of ECVAM Workshop 2. ATLA 22, 314–348, 1994

protokoll zur Prüfung auf ätzende Eigenschaften mit Hilfe sogenannter „künstlicher menschlicher Haut“ entwickelt¹⁾. Im Jahr 1996 wird ZEBET erneut mit künstlicher menschlicher Haut an der formalen Validierungsstudie unter blinden Bedingungen teilnehmen, die weltweit durchgeführt und wiederum von ECVAM koordiniert wird. ZEBET ist bei dieser Validierungsstudie im Management Team beteiligt.

- *Validierung eines Zytotoxizitätstests als Ersatzmethode zum Fischtest nach dem Abwasserabgabengesetz (DIN 38 412, Teil 31) in Deutschland*

Seit 1992 wird vom BMBF eine Validierungsstudie zum Ersatz des Fischtests nach dem Abwasserabgabengesetz mit Hilfe eines Zytotoxizitätstests gefördert. ZEBET hat die Validierungsstudie initiiert und ist seit 1992 für die biometrische Auswertung verantwortlich. An der Validierungsstudie nehmen neun Laboratorien aus Industrie, Wasserbehörden und Forschungsinstituten teil. Die Studie wurde in enger Kooperation mit den zuständigen Gremien des DIN konzipiert und durchgeführt. Die Auswertung wird zu Beginn des Jahres 1997 erwartet (siehe auch XV.4.1, XV.6.4.1).

ZEBET 3 – FORSCHUNG

Forschungsförderung

1995 wurde zur Vergabe von Forschungsmitteln für die wissenschaftliche Erarbeitung von Tierversuchersatzmethoden eine nationale Ausschreibung vorgenommen. Insgesamt wurden 42 Bewerbungen mit einem Finanzvolumen von über 10 Millionen DM eingereicht. Für die Förderung von Projekten standen 1995 und 1996 jeweils rd. 600 000 DM zur Verfügung. Die Projektvorschläge kamen aus folgenden Forschungsgebieten: Biometrie, Computersimulation, Dermale Toxizität, Embryotoxikologie, Endothelzellkulturen, Gentoxizität, Immuntoxikologie, Medizinprodukttestung, Membranphysiologie, Ökotoxikologie, Pharmakologie, Physiologie, Rheumatologie, Allgemeine Toxikologie, Veterinärmedizin, Virusdiagnostik und Zellbiologie. Es konnten aus den Projektvorschlägen 1995/96 insgesamt 18 Projekte gefördert werden.

Die Vergabe der Forschungsmittel für die wissenschaftliche Erarbeitung von Ersatzmethoden berücksichtigt die Forschungsförderung des Europäischen Zentrums für die Validierung von Alternativmethoden (ECVAM), des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF), der Stiftung zur Förderung der Erforschung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Einschränkung von Tierversuchen (SET) sowie die Mittelvergabe der Bundesländer.

Forschungsaktivitäten

Im ZEBET-Forschungslabor wird die Entwicklung eines In-vitro-Testverfahrens für die Bewertung von

Chemikalien mit embryotoxischen Eigenschaften durchgeführt. Dafür wird der Versuch unternommen, die In-vitro-Zellkultivierung embryonaler Stammzellen aus der Maus zu standardisieren. Durch finanzielle Unterstützung des Europäischen Validierungszentrums für Alternativmethoden in Italien (ECVAM) wurde ein Standardprotokoll entwickelt, das inzwischen auch als INVITOX-Protokoll für Interessenten zur Verfügung steht. Der bei ZEBET entwickelte In-vitro-Test mit embryonalen Stammzellen (EST) für die Bestimmung embryotoxischer Aktivitäten wird derzeit in einem Prävalidierungsprogramm weiterentwickelt. Die Verfeinerung des Testprotokolls und die Transferierbarkeit der Testergebnisse in andere Laboratorien stehen hierbei im Vordergrund. Zukünftig ist geplant, den EST zusammen mit anderen In-vitro-Verfahren auf dem Gebiet der Embryotoxizität in einem Validierungsprojekt auf europäischer Ebene in seiner Robustheit zu testen.

Kooperation mit dem Europäischen Zentrum zur Validierung von Alternativmethoden (ECVAM)

ZEBET arbeitet eng mit dem 1992 gegründeten EU-Validierungszentrum ECVAM (European Centre for Validation of Alternative Methods) im EU-Umweltforschungszentrum in Ispra (Italien) zusammen. Der Leiter ZEBET ist offizieller Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Scientific Advisory Committee (ESAC) von ECVAM.

ECVAM koordiniert die nationalen Aktivitäten innerhalb der EU und setzt sich für die Anerkennung der neuen Methoden außerhalb der EU ein, insbesondere in den USA und Japan. Bei den von ECVAM geförderten Validierungsprojekten wird von ZEBET, genauso wie von allen anderen Teilnehmern, eine finanzielle Eigenbeteiligung erwartet.

ECVAM hat 1995 und 1996 zur Identifizierung des Forschungs- und Entwicklungsbedarfes auf dem Gebiet der Alternativmethoden zu Tierversuchen zwölf „Workshops“ veranstaltet, an deren Planung und Durchführung ZEBET beteiligt war.

8 Datenbanken für Tierversuche

Zu den Möglichkeiten, die Durchführung unnötiger Doppel- und Wiederholungsversuche zu vermeiden, zählt neben der Einführung entsprechender Zweitmelderegelungen in den einschlägigen Rechtsvorschriften (siehe XV.4.2, 4.4, 4.6 und 4.8) die Verbesserung der Nutzung vorhandener Datenbanken. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang für die Bundesrepublik Deutschland das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) in Köln. Das Institut stellt ein umfangreiches Angebot an Literatur- und Faktendatenbanken mit tierversuchsrelevanten Informationen bereit.

Dieses Informationsangebot steht jedermann im In- und Ausland zur Verfügung. Der Anschluß des DIMDI-Rechners an die hierfür geeigneten öffentlichen Netze (zum Beispiel Datex-P, BTX, WIN/DFN) ermöglicht es allen interessierten Personen und Institutionen, das gespeicherte Wissen abzufragen.

¹⁾ Publikation: A prevalidation study on in vitro skin corrosivity testing. ATLA 23, 219–255, 1995

Durch verschiedene Maßnahmen wurde es insbesondere auch den Genehmigungsbehörden ermöglicht, die Datenbanken für ihre Entscheidungen einzusetzen.

Institutionen, die Tierversuche planen oder durchführen, haben entweder direkt oder über Informationsvermittlungsstellen der Hochschulen, der Industrie oder anderer Institutionen Zugang zu den von DIMDI angebotenen Datenbanken.

Um die Benutzung der Datenbanken zu erleichtern, werden die Zugriffsmöglichkeiten ständig benutzerfreundlicher gestaltet. Dadurch werden die Recherchen ebenfalls erleichtert, beschleunigt und somit kostengünstiger gestaltet. In absehbarer Zeit wird auch die ZEBET-Datenbank über DIMDI „online“ angeboten (siehe auch XV.7).

Derzeit verfügen in den alten Bundesländern alle Hochschulen über einen Zugriff auf DIMDI, sei es über die Informationsvermittlungsstelle der Universitätsbibliotheken oder über Anschlüsse in den Klini-

ken und Instituten. Darüber hinaus sind hier nahezu alle großen und mittleren Firmen, die Tierversuche durchführen, an DIMDI angeschlossen. Das gleiche gilt für die außeruniversitäre Forschung und viele Bundes-, Landes- und kommunale Institutionen und Behörden, die an biowissenschaftlichen Informationen interessiert sind.

Eine Steigerung der Datenbanknutzung setzt voraus, daß die interessierten Benutzer über das Angebot informiert sind. Zu diesem Zweck führt DIMDI laufend Informationsveranstaltungen auf einschlägigen Kongressen und bei anderen Gelegenheiten durch. So wurden in Zusammenarbeit mit der Deutschen Tierärzteschaft (jetzt: Bundestierärztekammer), der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft und den obersten Veterinärbehörden der Länder Veranstaltungen für Veterinärämter und Veterinäruntersuchungsämter im DIMDI durchgeführt. Die Veranstaltungen haben große Resonanz gefunden. Diese Art der Öffentlichkeitsarbeit soll weiter intensiviert werden.

XVI. Eingriffe und Behandlungen an Tieren im Rahmen der Aus-, Fort- oder Weiterbildung

Im Europäischen Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere werden auch Regelungen über Eingriffe und Behandlungen an Tieren im Rahmen der Lehre und Ausbildung getroffen.

Da die EG auf dem Gebiet der Ausbildung nicht über Rechtsetzungskompetenzen verfügt, enthält die Richtlinie 86/609/EWG keine Regelungen hierzu. Um jedoch auch in diesem Bereich eine gewisse Harmonisierung innerhalb der EU zu erreichen, haben sich die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten in der Entschließung 86/C 331/01 vom 24. November 1986 (ABl. EG Nr. C 331 S. 1) verpflichtet, die Anforderungen auch für diesen Bereich den sonstigen Bestimmungen der Richtlinie anzupassen. Für die Lehre und Ausbildung sollen hiernach Eingriffe und Behandlungen an Tieren grundsätzlich nur an Hochschulen und anderen Einrichtungen gleicher Stufe zulässig sein.

Das Tierschutzgesetz unterscheidet definitionsmäßig zwischen Tierversuchen und Eingriffen und Behandlungen an Tieren, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind und die im Rahmen der Aus-, Fort- oder Weiterbildung durchgeführt werden. Zweck der Eingriffe und Behandlungen an Tieren im Rahmen der Aus-, Fort- oder Weiterbildung ist die Demonstration eines bekannten Effekts bzw. das Erlernen bestimmter Techniken für Eingriffe und Behandlungen, während beim Tierversuch in der Regel eine offene wissenschaftliche Frage bearbeitet wird.

Diese Eingriffe und Behandlungen dürfen nur vorgenommen werden, soweit ihr Zweck nicht auf andere Weise erreicht werden kann; sie müssen vor Aufnah-

me in das Lehrprogramm der zuständigen Behörde angezeigt werden (§ 10 des Tierschutzgesetzes).

Die Bestimmungen des § 10 des Tierschutzgesetzes beziehen sich – ebenso wie die Vorschriften zu Tierversuchen – nur auf Maßnahmen an lebenden Tieren. Bei Demonstrationen an isolierten Organen oder Geweben, die vorher getöteten Tieren entnommen wurden, muß für das Töten der Tiere ein vernünftiger Grund im Sinne des § 1 des Tierschutzgesetzes vorliegen. In diesem Fall dürfen die Tiere nur unter Betäubung oder sonst unter Vermeidung von Schmerzen von einer sachkundigen Person getötet werden.

Diese tierschutzrechtlichen Regelungen über die Verwendung von Tieren zu Ausbildungszwecken waren bereits mehrfach Gegenstand von Gerichtsverfahren, in denen verfassungsrechtliche Fragen im Mittelpunkt standen. Vor allem die kontroverse Auseinandersetzung eines Hochschullehrers mit der zuständigen Behörde über die Zulässigkeit bestimmter Eingriffe an Tieren in Lehrveranstaltungen gab weiteren Anlaß für Diskussionen über den Stellenwert des Tierschutzes in unserer Rechtsordnung. Die Behörde hatte dem Hochschullehrer die von ihm gemäß § 10 des Tierschutzgesetzes angezeigten Eingriffe an narkotisierten Ratten mit der Begründung untersagt, daß der Zweck dieser Eingriffe, die Demonstration der Nahrungsresorption im Dünndarm, auf andere Weise, nämlich durch filmische Darstellung, erreicht werden könne. Dabei verwies sie auf eine 1991 im Fachbereich Biologie/Zoologie erstellte filmische Dokumentation einschließlich einer gutachterlichen Stellungnahme hierzu. Gegen die Untersagungsverfügung haben der betroffene Hochschullehrer und

die Universität Widerspruch eingelegt und dabei zur Begründung ausgeführt, daß das von der Behörde verfügte Verbot gegen die durch Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes geschützte Lehrfreiheit verstoße. Der Tierschutz könne dieses Grundrecht mangels eigenen Verfassungsranges nicht einschränken.

Dem Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruches wurde stattgegeben. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof, Kassel, vertrat in diesem Zusammenhang die Auffassung (Az.: 11 TH 2796/93), daß

- die Postulate eines ethischen Tierschutzes keinen Verfassungsrang haben und daher keine immanente Schranke für die Lehrfreiheit im Sinne des Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes bilden;
- § 10 Abs. 1 Satz 2 Tierschutzgesetz verfassungskonform dahin auszulegen ist, daß für die Entscheidung darüber, ob eine alternative Lehrmethode den Zweck einer Lehrveranstaltung erfüllen kann, ausschließlich die Einschätzung des Hochschullehrers, der die Veranstaltung durchführt, zugrunde zu legen ist. Dies gelte sowohl für die Bestimmung des Zwecks der Lehrveranstaltung als auch für die Methodenwahl.

Mit derselben Problematik befaßt sich derzeit auch ein beim Bundesverwaltungsgericht anhängiges Revisionsverfahren (Az. BVerwG 6 C 5.96). In dem zugrundeliegenden Berufungsverfahren hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (Az. 9 S 2502/93) ebenfalls die Auffassung vertreten, daß Postulate des Tierschutzes nach geltendem Recht keinen Verfassungsrang haben und insofern die Lehrfreiheit aus Artikel 5 Abs. 3 GG nicht einschränken können.

Zu dem Spannungsverhältnis zwischen der Wissenschaftsfreiheit nach Artikel 5 Abs. 3 Satz 1 GG und dem Tierschutz wird auf die Ausführungen in Nummer II.4 dieses Berichtes verwiesen.

Im Mittelpunkt früherer Rechtsstreitigkeiten zu den Vorschriften des § 10 des Tierschutzgesetzes stand die Interessenkollision zwischen der Freiheit von

Forschung und Lehre einerseits und der ebenfalls verfassungsrechtlich garantierten Gewissensfreiheit. Auf dieses Grundrecht berufen sich die betroffenen Studenten bei ihrer Weigerung, an Praktika teilzunehmen, für deren Durchführung Eingriffe oder Behandlungen an Tieren notwendig sind. Der Stellenwert der zur Diskussion stehenden Grundrechte wurde von der Rechtsprechung unterschiedlich beurteilt. Aufsehen erregte vor allem das Urteil des Verwaltungsgerichtes Frankfurt, das vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof am 12. Dezember 1991 (Az. 6UE 522/91) bestätigt wurde und im Gegensatz zu der vorhergehenden Rechtsprechung bei der Abwägung in diesem Einzelfall der Gewissensfreiheit des Studenten den Vorrang gegenüber der Lehrfreiheit beimißt.

Nach dieser Entscheidung ist ein Student nicht verpflichtet, gegen sein Gewissen im Rahmen seiner akademischen Ausbildung an Tierversuchen oder an Experimenten mit Organpräparaten von für diesen Zweck zuvor getöteten Tieren teilzunehmen. Die Universität hat stattdessen andere geeignete Übungen oder Versuche anzubieten.

Ogleich dieses Urteil die generelle Rechtmäßigkeit von Übungen an lebenden Tieren zu Ausbildungszwecken nicht in Zweifel zieht, führte es zur Intensivierung der Diskussion über die Notwendigkeit dieser Lehrmethode.

Das BMG erarbeitet derzeit eine Neufassung der Approbationsordnung für Tierärzte mit der Zielvorstellung, dem Tierschutz in der tierärztlichen Ausbildung einen wesentlich höheren Stellenwert einzuräumen.

1992 wurde von Wissenschaftlern in Deutschland und Österreich unter dem Titel „Wissen schützt Tiere“ ein Katalog über Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch in Ausbildung und Lehre publiziert, in dem neue audiovisuelle Systeme und Computersimulationsmöglichkeiten anstelle von Eingriffen oder Behandlungen an Tieren in der Lehre zusammengefaßt sind.

XVII. Ausblick

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes macht es immer dringlicher, EU-weit geltende Tierschutzregelungen zu erarbeiten. Nur so kann ein wirksamer Schutz der Tiere sichergestellt und kann die Verlagerung von Tierschutzproblemen in andere Mitgliedstaaten, die weniger strenge Vorschriften haben, verhindert werden.

Die Verhandlungen zu entsprechenden EG-Richtlinien sind schwierig und langwierig, zumal die beteiligten Staaten dem Tierschutzanliegen in unterschiedlichem Ausmaß Bedeutung beimessen. Dies kann dazu führen, daß bestimmte Regelungen zunächst auf nationaler Ebene erlassen werden müssen. Dennoch wird sich die Bundesregierung auch weiterhin mit Nachdruck für EU-weit gültige Bestimmungen einsetzen, die dem Wohl der Tiere dienen, so zum Beispiel für eine Begrenzung der Gesamtdauer von Schlachttiertransporten, auch wenn sie dafür bisher wenig Unterstützung der anderen EU-Staaten erhalten hat. Gleichfalls wird sie bei weiteren EG-Rechtssetzungsvorhaben auf möglichst hohe tierschutzrechtliche Mindestanforderungen drängen. Bei den Anforderungen an die Kälberhaltung konnte inzwischen eine weitgehende Anpassung des EG-Rechts an die Anforderungen unserer Kälberhaltungsverordnung durchgesetzt werden. Dieses Ziel wird auch in anderen Tierschutzbereichen verfolgt.

Auch im Bereich der Tierversuche sind völkerrechtliche Regelungen und Vorgaben der EG, zum Beispiel was den Umfang der vorgeschriebenen Tierversuche

und die Anerkennung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden anbetrifft, unabdingbare Voraussetzung für deren Begrenzung und Verminderung. Die Bundesregierung wird sich weiterhin in diesem Sinne engagieren. Neben fortgesetzten Bemühungen, Tierversuche durch anerkannte Alternativmethoden zu ersetzen, wird auch der Haltung der Tiere, die in Versuchen eingesetzt werden, stärkeres Augenmerk gewidmet. Die Bundesregierung wird auch hier weiterhin bei der Beratung inter- und supranationaler Vorschriften mitwirken und sich für den höchstmöglichen Standard in der Haltung der Tiere einsetzen.

Auf nationaler Ebene hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Tierschutzgesetzes eingebracht. Sie geht davon aus, daß die Beratungen wiederum sehr schwierig sein werden, hofft aber, daß letztlich ein Gesetz verabschiedet wird, das den Tierschutz deutlich verbessert und dennoch supranationalen und nationalen Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Die Bundesregierung wird die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes zu gegebener Zeit entsprechend anpassen sowie Rechtsverordnungen für den Bereich der Heim- und Wildtierhaltung vorbereiten und erlassen.

Ein wichtiger Aspekt wird auch weiterhin die Öffentlichkeitsarbeit, das heißt die Information aller betroffenen und interessierten Kreise der Bevölkerung, sein.

Anhang 1

Strafverfolgungsstatistik 1987 bis 1994

Abgeurteilte und Verurteilte wegen Straftat nach dem Tierschutzgesetz, aufgegliedert nach Altersgruppen und Art der Entscheidung

Jahr	Abgeurteilte *)				Verurteilte						Personen mit anderen Entscheidungen					
	insgesamt	Ju- gend- liche (14 bis unter 18)	Heran- wach- sende (18 bis unter 21)	Er- wach- sene (21 und älter)	insgesamt	Ju- gend- liche	Heranwachsende			Er- wach- sene	nach allgemei- nem Strafrecht		nach Jugendstrafrecht			
							Zusam- men	verurteilt nach			Einstel- lung des Verfah- rens ohne Maß- regeln	Frei- spruch	Ent- schei- dung ausge- setzt nach § 27 JGG	Einstellung des Verfahrens		Frei- spruch
								allge- meinem	Ju- gend-					insge- samt	davon nach § 47 JGG	
1987																
männlich	568	16	25	527	372	10	13	7	6	349	140	44	0	11	11	1
weiblich	71	0	7	64	50	0	4	3	1	46	16	3	0	2	0	0
insgesamt	639	16	32	591	422	10	17	10	7	395	156	47	0	13	11	1
1988																
männlich	507	20	19	468	321	10	16	9	7	295	126	47	1	11	11	1
weiblich	68	0	6	62	39	0	5	3	2	34	22	6	0	1	1	0
insgesamt	575	20	25	530	360	10	21	12	9	329	148	53	1	12	12	1
1989																
männlich	537	35	10	492	334	6	10	5	5	318	139	40	0	23	20	1
weiblich	94	6	0	88	57	0	2	0	2	55	29	3	0	3	3	1
insgesamt	631	41	10	580	391	6	12	5	7	373	168	43	0	26	23	2
1990																
männlich	526	28	7	491	329	11	12	5	7	306	141	46	0	7	6	3
weiblich	98	4	7	87	68	0	5	4	1	63	17	10	0	3	3	0
insgesamt	624	32	14	578	397	11	17	9	8	369	158	56	0	10	9	3
1991																
männlich	496	12	18	466	326	10	8	4	4	308	121	42	1	5	4	1
weiblich	75	0	4	71	51	0	2	0	2	49	19	3	0	2	1	0
insgesamt	571	12	22	537	377	10	10	4	6	357	140	45	1	7	5	1
1992																
männlich	555	16	14	525	351	10	7	1	6	334	158	37	0	10	8	1
weiblich	76	4	6	66	52	3	3	3	0	46	15	5	0	2	2	0
insgesamt	631	20	20	591	403	13	10	4	6	380	173	42	0	12	10	1
1993																
männlich	506	14	10	482	346	8	5	2	3	333	115	38	0	9	7	0
weiblich	82	0	1	81	56	0	0	0	0	56	21	2	0	1	0	0
insgesamt	588	14	11	563	402	8	5	2	3	389	136	40	0	10	7	0
1994																
männlich	515	20	12	483	327	6	7	6	1	314	129	42	0	12	11	6
weiblich	96	3	6	87	62	2	4	3	1	56	19	7	0	2	1	0
insgesamt	611	23	18	570	389	8	11	9	2	370	148	55	0	14	12	6

*) Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. Strafverfahren nach Einleitung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen worden sind.

1989 wurde in einem Fall „von Strafe abgesehen“.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Strafverfolgung 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994

Arbeitsunterlage, Wiesbaden, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995 und 1996

Anhang 2

Bestimmungen über Tierversuche für das Inverkehrbringen von Stoffen und Produkten**1. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)**

OECD-Grundsätze der Guten Laborpraxis (GLP)

- in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Februar 1983 (BAnz. Nr. 42 a vom 2. März 1983)
- Anhang 1 des Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Stoffen in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1703)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Verfahren der behördlichen Überwachung der Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis (Chem-VwV-GLP) vom 29. Oktober 1990 (BAnz. Nr. 204 a vom 31. Oktober 1990)

OECD-Richtlinie für die Testung chemischer Stoffe

- in der Fassung von 1981, 1987, 1990

2. Europarat

Europäisches Arzneibuch

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 22. Juli 1964 über die Ausarbeitung eines Europäischen Arzneibuches vom 4. Juli 1973 (BGBl. 1973 II S. 701)

3. Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften, die direkt oder indirekt Tierversuche vorschreiben (Die Genehmigungspflicht dieser Tierversuche entfällt nur dann, wenn die Voraussetzungen des § 8 Abs. 7 des Tierschutzgesetzes erfüllt sind)

Richtlinien gegliedert nach Sachbereichen	Art des Vorschreibens:
---	------------------------

3.1 Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen	direkt
---	---------------

Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen (ABl. EG Nr. L 121 S. 1977), zuletzt geändert durch Richtlinie 95/25/EG des Rates vom 22. Juni 1995 (ABl. EG Nr. L 234 S. 16)

3.2 Erzeugnisse für die Tierernährung

Richtlinie 82/471/EWG des Rates vom 30. Juni 1982 über bestimmte Erzeugnisse in der Tierernährung (ABl. EG Nr. 213 S. 8) in Verbindung mit

Richtlinie 83/228/EWG des Rates vom 18. April 1983 über Leitlinien zur Beurteilung bestimmter Erzeugnisse für die Tierernährung (ABl. EG Nr. L 126 S. 23)	direkt
---	---------------

Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (ABl. EG Nr. L 270 S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/51/EG des Rates vom 23. Juli 1996 (ABl. EG Nr. L 235 S. 39) in Verbindung mit

Richtlinie 87/153/EWG des Rates vom 16. Februar 1987 zur Festlegung von Leitlinien zur Beurteilung von Zusatzstoffen in der Tierernährung (ABl. EG Nr. L 64 S. 19), zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/11/EG der Kommission vom 4. Mai 1995 (ABl. EG Nr. L 106 S. 23)	direkt
---	---------------

3.3 Tierarzneimittel

Richtlinie 81/851/EWG des Rates vom 28. September 1981 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Tierarzneimittel (ABl. EG Nr. L 317 S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 90/676/EWG des Rates vom 13. Dezember 1990 (ABl. EG Nr. L 373 S. 15)	indirekt in den Sicherheitshinweisen
--	---

Richtlinie 81/852/EWG des Rates vom 28. September 1981 über die analytischen, toxikologischen und pharmakologischen und tierärztlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Tierversuche mit Tierarzneimitteln (ABl. EG Nr. L 317 S. 16), geändert durch	direkt
---	---------------

– Richtlinie 87/20/EWG des Rates vom 22. Dezember 1986 (ABl. EG 1987 Nr. L 15 S. 34)	direkt
--	---------------

– Richtlinie 92/18/EWG der Kommission vom 20. März 1992 (ABl. EG 1992 Nr. L 97 S. 1)	direkt
--	---------------

3.4 Arzneispezialitäten

- Richtlinie 65/65/EWG des Rates indirekt
vom 26. Januar 1965 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Arzneispezialitäten (ABl. EG Nr. 22 S. 369)
und
- Änderungsrichtlinie 83/570/EWG des Rates direkt
vom 26. Oktober 1983
(ABl. EG Nr. L 332 S. 1)
- zuletzt geändert durch
- Richtlinie 87/21/EWG des Rates indirekt in den
vom 22. Dezember 1986 Sicherheits-
(ABl. EG 1987 Nr. L 15 S. 36) hinweisen
- Richtlinie 75/318/EWG des Rates indirekt
vom 20. Mai 1975 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die analytischen, toxikologischen, pharmakologischen und ärztlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Versuche mit Arzneimittelspezialitäten (ABl. EG Nr. L 147 S. 1) geändert durch
- Richtlinie 83/570/EWG des Rates direkt
vom 26. Oktober 1983
(ABl. EG Nr. L 332 S. 1)
 - Richtlinie 87/19/EWG des Rates direkt
vom 22. Dezember 1986
(ABl. EG 1987 Nr. L 15 S. 31)
 - Richtlinie 91/507/EWG der Kommission indirekt
vom 19. Juli 1991
(ABl. EG Nr. L 270 S. 32)
- Empfehlung 83/571/EWG des Rates direkt
vom 26. Oktober 1983 zu den Versuchen mit Arzneispezialitäten im Hinblick auf deren Inverkehrbringen (ABl. EG Nr. L 332 S. 11)
- Empfehlung 87/176/EWG des Rates direkt
vom 9. Februar 1987 zu den Versuchen mit Arzneimittelspezialitäten im Hinblick auf deren Inverkehrbringen (ABl. EG Nr. L 73 S. 1)

3.5 Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen

- Richtlinie 67/548/EWG des Rates indirekt in den
vom 27. Juni 1967 zur Angleichung Einstufungs-
der Rechts- und Verwaltungsvor- und Kenn-
schriften für die Einstufung, Ver- zeichnungsvor-
packung und Kennzeichnung schriftlichen
gefährlicher Stoffe
(ABl. EG Nr. L 196 S. 1)
und
- Änderungsrichtlinie 79/831/EWG direkt
des Rates vom 18. September
1979 (ABl. EG Nr. L 259 S. 10),
zuletzt geändert durch Richtlinie
88/302/EWG der Kommission
vom 18. November 1987
(ABl. EG 1988 Nr. L 133 S. 1)

3.6 Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen

- Richtlinie 78/631/EWG des Rates direkt
vom 26. Juni 1978 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Zubereitungen (Schädlingsbekämpfungsmittel) (ABl. EG Nr. L 206 S. 13)
zuletzt geändert durch
- Richtlinie 84/291/EWG der Kommission vom 18. April 1984
(ABl. EG Nr. L 144 S. 1)

3.7 Lebensmittelzusatzstoffe

- Beschluß der EG-Kommission von indirekt
1989: „Vorlage eines Antrages auf Sicherheitsbewertung von Lebensmittelzusatzstoffen im Hinblick auf ihre Genehmigung“
(EG-Katalog Nr. CB-57-89-370-C; ISBN-92 826 0135-8)

3.8 Kosmetische Mittel

- Richtlinie 76/768/EWG des Rates indirekt
vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel (ABl. EG Nr. L 262 S. 169),
zuletzt geändert durch
- Richtlinie 96/45/EG der Kommission vom 2. Juli 1996
(ABl. EG Nr. L 213 S. 8)
- Beschluß 78/45/EWG der Kommission vom 19. Dezember 1977 zur indirekt
Einsetzung des wissenschaftlichen direkt in den
Ausschusses für Kosmetologie Leitlinien¹⁾
(ABl. EG 1978 Nr. L 13 S. 24)

3.9 Medizinprodukte

- Richtlinie des Rates 90/385/EWG indirekt
vom 20. Juni 1990 über aktive implantierbare medizinische Geräte (ABl. EG Nr. L 189 S. 17)
- Richtlinie 93/42/EWG des Rates indirekt
vom 14. Juni 1993 über Medizinprodukte (ABl. EG Nr. L 169 S. 1)

¹⁾ Berichte des Wissenschaftlichen Ausschusses für Kosmetologie (Dritte Serie) „Notes of Guidance for the Toxicity Testing of Cosmetic Ingredients“ (Leitlinien für Toxizitätsversuche bei kosmetischen Bestandteilen) veröffentlicht in EEC-Environment and Quality of Life (1983) (EWG – Umwelt und Lebensqualität)

3.10 Pflanzenschutzmittel

Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (ABl. EG Nr. L 230 S. 1),

direkt in den
Anhängen

zuletzt geändert durch

- Richtlinie 96/46/EG der Kommission vom 16. Juli 1996 (ABl. EG Nr. L 214 S. 18)

3.11 Produkte, die gentechnisch veränderte Organismen sind oder enthalten

Richtlinie 90/220/EWG des Rates vom 23. April 1990 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt (ABl. EG 1990 Nr. L 117/15)

indirekt

4. Bundesrepublik Deutschland

4.1 Bundesrechtliche Vorschriften, die Tierversuche ausdrücklich vorschreiben:

- Abwasserabgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 1994 (BGBl. I S. 3370);
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien vom 14. Dezember 1989 (BANz. Nr. 243 a vom 29. Dezember 1989), geändert durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien vom 22. Dezember 1994 (BANz. S. 12569);
- Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Gefahrstoffverordnung) vom 26. Oktober 1993 (BGBl. I S. 1783), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. September 1994 (BGBl. I S. 2557);
- Verordnung über gesundheitliche Anforderungen an Fische und Schalentiere (Fisch-Verordnung) vom 8. August 1988 (BGBl. I S. 1570);
- Verordnung über Pflanzenschutzmittel und Pflanzenschutzgeräte (Pflanzenschutzmittelverordnung) vom 28. Juli 1987 (BGBl. I S. 1754), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416);
- Verordnung über Prüfnachweise und sonstige Anmelde- und Mitteilungsunterlagen nach dem Chemikaliengesetz (Prüfnachweisverordnung) vom 1. August 1994 (BGBl. I S. 1877).

4.2 Bundesgesetze, die Tierversuche zwar nicht ausdrücklich vorschreiben, aber Vorschriften oder Ermächtigungen zum Erlass von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften enthalten, die nach dem heutigen Stand der Wissenschaft zu Tierversuchen führen

- Arzneimittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3018);
- Bundes-Seuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262; 1980 I S. 151), zuletzt geändert durch Artikel 7 § 1 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416);
- Futtermittelgesetz vom 2. Juli 1975 (BGBl. I S. 1745), zuletzt geändert durch Artikel 76 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512, 1529);
- Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Sera und Impfstoffe vom 7. Juli 1972 (BGBl. I S. 1163), zuletzt geändert gemäß Artikel 4 der Verordnung vom 26. Februar 1993 (BGBl. I S. 278);
- Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1703), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705);
- Gesetz zur Regelung der Gentechnik in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066), geändert durch Artikel 5 § 1 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416);
- Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1993 (BGBl. I S. 1169), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1994 (BGBl. I S. 3538);
- Gesetz über Medizinprodukte vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 1963);
- Gesetz über die Neuordnung zentraler Einrichtungen des Gesundheitswesens – Gesundheitseinrichtungen-Neuordnungs-Gesetz (GNG) vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416);
- Pflanzenschutzgesetz vom 15. September 1986 (BGBl. I S. 1505), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1440);
- Tierseuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1995 (BGBl. I S. 2038);
- Wasch- und Reinigungsmittelgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1440);
- Wasserhaushaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529, 1654), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1440).

Übersicht über die Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Tierschutzes

1. Europarat

1.1 Vertragsgesetze

- Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport vom 12. Juli 1973 (BGBl. 1973 II S. 721);
- Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 10. März 1976 zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen vom 25. Januar 1978 (BGBl. 1978 II S. 113);
- Gesetz zu dem Zusatzprotokoll vom 10. Mai 1979 zum Europäischen Übereinkommen über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport vom 28. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 1153);
- Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 10. Mai 1979 über den Schutz von Schlachttieren vom 9. Dezember 1983 (BGBl. 1983 II S. 770);
- Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 18. März 1986 zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere vom 11. Dezember 1990 (BGBl. 1990 II S. 1486);
- Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. November 1987 zum Schutz von Heimtieren vom 1. Februar 1991 (BGBl. 1991 II S. 402);
- Gesetz zum Änderungsprotokoll vom 6. Februar 1992 zu dem Europäischen Übereinkommen zum Schutz von Tieren in landwirtschaftlichen Tierhaltungen vom 23. August 1994 (BGBl. 1994 II S. 1350).

1.2 Empfehlungen

Beim Europarat wurden auf der Grundlage der unter . genannten Europäischen Übereinkommen völkerrechtlich verbindliche Empfehlungen

- für das Halten von Hühnern, Schweinen, Rindern, Pelztieren, Schafen und Ziegen,
 - für den Transport von Pferden, Schweinen, Rindern, Schafen, Ziegen und Geflügel sowie
 - für die Betäubung von Schlachttieren
- erarbeitet.

2. Europäische Union

2.1 Verabschiedete Richtlinien

- Richtlinie 86/609/EWG des Rates vom 24. November 1986 zur Annäherung der Rechts- und

Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (ABl. EG Nr. L 358 S. 1)

- Richtlinie 88/166/EWG des Rates vom 7. März 1988 betreffend das Urteil des Gerichtshofes in der Rechtssache 131/86 (Nichtigerklärung der Richtlinie 86/113/EWG des Rates vom 25. März 1986 zur Festsetzung von Mindestanforderungen zum Schutz von Legehennen in Käfigbatteriehaltung) (ABl. EG Nr. L 74 S. 83)
- Richtlinie 91/628/EWG des Rates vom 19. November 1991 über den Schutz von Tieren beim Transport sowie zur Änderung der Richtlinien 90/425/EWG und 91/496/EWG (ABl. EG Nr. L 340 S. 17)
- Richtlinie 91/629/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (ABl. EG Nr. L 340 S. 28)
- Richtlinie 91/630/EWG des Rates vom 19. November 1991 über Mindestanforderungen für den Schutz von Schweinen (ABl. EG Nr. L 340 S. 33)
- Richtlinie 93/119/EG des Rates vom 22. Dezember 1993 über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung oder Tötung (ABl. EG Nr. L 340 S. 21)
- Richtlinie 95/29/EG des Rates vom 29. Juni 1995 zur Änderung der Richtlinie 91/628/EWG über den Schutz von Tieren beim Transport (ABl. EG Nr. L 148 S. 52)
- Richtlinie 97/2/EG des Rates vom 20. Januar 1997 zur Änderung der Richtlinie 91/629/EWG über Mindestanforderungen für den Schutz von Kälbern (ABl. EG Nr. L 25 S. 24)

2.2 Vorschriften in Vorbereitung

- In Vorbereitung befinden sich insbesondere weitere tierschutzrechtliche Vorschriften für die Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere.

3. Bundesrepublik Deutschland

3.1 Vorschriften in Kraft

3.1.1 Vorkonstitutionelle Regelungen

- § 8 der Verordnung über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-1, veröffentlichten bereinigten Fassung;

3.1.2 Gesetz zur Verbesserung der Rechtsstellung des Tieres im bürgerlichen Recht vom 20. August 1990 (BGBl. I S. 1762);

3.1.3 Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 1993 (BGBl. I S. 254); zuletzt geändert durch Artikel 86 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 512, 2436);

3.1.4 Rechtsvorschriften zum Tierschutzgesetz:

- Verordnung über das Halten von Hunden im Freien vom 6. Juni 1974 (BGBl. I S. 1265), geändert durch Artikel 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 12. August 1986 (BGBl. I S. 1309);
- Verordnung über die Tierschutzkommission beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Tierschutzkommissions-Verordnung) vom 23. Juni 1987 (BGBl. I S. 1557);
- Verordnung zum Schutz von Legehennen bei Käfighaltung (Hennenhaltungsverordnung) vom 10. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2622);
- Verordnung über Aufzeichnungen über Versuchstiere und deren Kennzeichnung vom 20. Mai 1988 (BGBl. I S. 639);
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes vom 28. Juli 1987, abgelöst durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchfüh-

rung des Tierschutzgesetzes vom 1. Juli 1988 (BAnz. Nr. 139 a vom 29. Juli 1988);

- Verordnung über die Meldung von in Tierversuchen verwendeten Wirbeltieren (Versuchstiermeldeverordnung) vom 1. August 1988 (BGBl. I S. 1213);
- Verordnung zum Schutz von Kälbern bei Stallhaltung (Kälberhaltungsverordnung) vom 1. Dezember 1992 (BGBl. I S. 1977);
- Verordnung zum Schutz von Schweinen bei Stallhaltung (Schweinehaltungsverordnung) in der Fassung vom 18. Februar 1994 (BGBl. I S. 312), geändert durch die zweite Verordnung zur Änderung der Schweinehaltungsverordnung vom 2. August 1995 (BGBl. I S. 1016);
- Verordnung zum Schutz von Tieren beim Transport (Tierschutztransportverordnung – TierSchTrV) vom 25. Februar 1997 (BGBl. I S. 348);
- Verordnung zum Schutz von Tieren im Zusammenhang mit der Schlachtung oder Tötung (Tierschutz-Schlachtverordnung – TierSchlV) vom 3. März 1997 (BGBl. I S. 405)

3.2 Überleitung von Vorschriften auf die beigetretenen Länder

- Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885)

Im Auftrag des BML erarbeitete Gutachten und Leitlinien**1. Gutachten**

Gutachten über tierschutzgerechte Haltung von Schweinen in neuzeitlichen Haltungssystemen vom 2. März 1971

Gutachten über die tierschutzgerechte Haltung von Kälbern in Aufzucht und Mast vom 30. April 1973

Gutachten über tierschutzgerechte Haltung von Nutzgeflügel in neuzeitlichen Haltungssystemen vom 10. Juli 1974

Gutachten über die Aufzucht frühabgesetzter Ferkel in Käfigen vom 30. Oktober 1974

Gutachten über den tierschutzgerechten Transport von Tieren vom 16. September 1975

Gutachten zur Frage „Tierschutz/Tierversuche, Möglichkeiten ihrer Einschränkung und Ersetzbarkeit“ vom 15. März 1976

Gutachten über tierschutzgerechte Haltung von Versuchstieren vom 13. Oktober 1977

Gutachten über Grundsätze zur Planung und Durchführung von Versuchen in der angewandten Nutztierethologie vom 16. November 1978

Gutachten tierschutzgerechte Haltung von Damwild in Gehegen zum Zwecke der Fleischproduktion einschließlich der Gewinnung von Nebenprodukten (Nutztierartige Damwildhaltung) vom 2. November 1979

Gutachten über den tierschutzgerechten Transport von Tieren auf dem Luftwege vom 11. Dezember 1979

Gutachten über den tierschutzgerechten Transport von Tieren auf dem Seewege vom 11. Dezember 1979

Gutachten über tierschutzgerechte Halterung und tierschutzgerechten Transport von Fischen – überarbeitete Fassung vom 19. Juni 1980 –

Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung und Tötung von Pelztieren in Farmen vom 26. September 1986

Maßnahmen zur Verminderung überhandnehmender freilebender Säugetiere und Vögel. Bestandsaufnahme, Berechtigung und tierschutzrechtliche Bewertung (1991)

Stellungnahme und Empfehlungen der Sachverständigengruppe des BML „Artgemäße und verhaltensgerechte Geflügelmast“ vom April 1993

Mindestanforderungen an die Haltung von Straußenvögeln, außer Kiwis, vom 10. Juni 1994 (in der ergänzten Fassung vom 10. September 1996)

Mindestanforderungen an die Haltung von Greifvögeln und Eulen vom 10. Januar 1995

Mindestanforderungen an die Haltung von Papageien vom 10. Januar 1995

Mindestanforderungen an die tierschutzgerechte Haltung von Säugetieren vom 10. Juni 1996

Mindestanforderungen an die Haltung von Kleinvögeln (Teil 1: Körnerfresser) vom 10. Juli 1996

Mindestanforderungen an die Haltung von Reptilien vom 10. Januar 1997

2. Leitlinien

Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen vom 15. Oktober 1990.

Leitlinien Tierschutz im Pferdesport vom 1. November 1992

Leitlinien für eine tierschutzgerechte Haltung von Wild in Gehegen vom 27. Mai 1995

Leitlinien zur Beurteilung von Pferdehaltungen unter Tierschutz Gesichtspunkten vom 10. November 1995

Anhang 5**Spezielle Informations- und Empfehlungspapiere zum Themenbereich „Tierversuche“**

- 1 Auszug aus dem von den Teilnehmern der Multilateralen Konsultation gebilligten Bericht des Sekretariats des Europarates an das Ministerkomitee über die
Multilaterale Konsultation über das Europäische Übereinkommen zum Schutz der für
Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere vom 30. November
bis zum 3. Dezember 1993 in Straßburg**
- 2 Die Produktion monoklonaler Antikörper unter Tierschutzgesichtspunkten**
- 3 Die Erzeugung und Zucht transgener Mäuse und Ratten unter Tierschutzgesichtspunkten**
- 4 Empfehlungen zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Eingriffen und Behandlungen an
Wirbeltieren bei der Prüfung von Tierarzneimitteln nach der Richtlinie 92/18/EWG der
Kommission vom 20. März 1992**
- 5 EG-Richtlinien mit Zweitanmelderregelungen**

1 Auszug aus dem von den Teilnehmern der Multilateralen Konsultation gebilligten Bericht des „Sekretariats des Europarates an das Ministerkomitee über die

Multilaterale Konsultation über das Europäische Übereinkommen zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere vom 30. November bis zum 3. Dezember 1993 in Straßburg

TOP VII: Hauptproblempunkte im Zusammenhang mit dem Übereinkommen

Anhang II zu TOP VII.1 Aus- und Weiterbildung:

Entschließung der Teilnehmer der Multilateralen Konsultation zur Aus- und Weiterbildung von Personen, die mit Versuchstieren arbeiten:

Die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Wirbeltiere sind auf Grund des Artikels 30,

- in der Erkenntnis, daß das Mandat des Artikels 30 die Überwachung der Anwendung der Bestimmungen, die Anpassung des Übereinkommens an veränderte Situationen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse sowie die Erarbeitung gemeinsamer, abgestimmter Programme im Anwendungsbereich des Übereinkommens umfaßt,
- in dem Bemühen, die Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens durch alle mit Versuchstieren arbeitenden Personen in jeder Hinsicht zu fördern,
- eingedenk der Tatsache, daß die Bestimmungen des Artikels 26 des Übereinkommens eine entsprechende Aus- und Weiterbildung der mit Versuchstieren arbeitenden Personen voraussetzen,
- angesichts der Tatsache, daß eine entsprechende Aus- und Weiterbildung dieser Personen in jedem Falle entscheidende Elemente für das Erreichen der Ziele des Übereinkommens darstellen, die Zahl der im Verfahren verwendeten Tiere zu verringern und soweit wie möglich sicherzustellen, daß ihrem Wohlbefinden vor, während und nach den Versuchen gebührend Rechnung getragen wird,
- in der Überzeugung, daß eine Einigung über Leitlinien für die Aus- und Weiterbildung dieser Personen die Erarbeitung neuer Weiterbildungsprogramme sowie das Erreichen des im Übereinkommen geforderten Ausbildungsstandes erleichtert,
- in der Überzeugung, daß der im Anhang zu dieser Entschließung niedergelegte Verhaltenskodex für die Aus- und Weiterbildung Leitlinien enthält, deren Anwendung die Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens durch alle in den Vertragsstaaten des Übereinkommens mit Versuchstieren arbeitenden Personen verbessert;

übereingekommen:

- i. sicherzustellen, daß diese Leitlinien allen Stellen und Personen zugehen, die für die Aus- und Wei-

terbildung der mit Versuchstieren arbeitenden Personen verantwortlich sind;

- ii. diese Stellen und Personen zu ermutigen, ihre Kurse zur Aus- und Weiterbildung an diesen Leitlinien zu orientieren und
- iii. diese Stellen und Personen zur Erarbeitung von Programmen anzuregen, die die Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens durch alle mit Versuchstieren arbeitenden Personen ermöglichen.

Anhang

Verhaltenskodex für die Aus- und Weiterbildung der mit Versuchstieren arbeitenden Personen

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der wertvollen Arbeit des Dachverbandes der europäischen Gesellschaften für Versuchstierkunde (FELASA) haben die Vertragsparteien gemäß Artikel 20 d und Artikel 26 des Übereinkommens vier Gruppen von Personen bestimmt, die eine angemessene Aus- und Weiterbildung benötigen:

Gruppe A: Personen, die Tiere pflegen;

Gruppe B: Personen, die Verfahren nach Artikel 1 Abs. 2 c des Übereinkommens durchführen;

Gruppe C: Personen, die für die Überwachung oder Planung von Verfahren nach Artikel 1 Abs. 2 c des Übereinkommens verantwortlich sind,

Gruppe D: Fachleute auf dem Gebiet der Versuchstierkunde im Sinne des Artikels 20 d des Übereinkommens.

Es bestand Einvernehmen darüber, daß diese Leitlinien nur als Grundlage für die an den tatsächlichen Aufgaben der betreffenden Personen vor Ort orientierten Lehrinhalte der Aus- und Weiterbildungskurse zu betrachten sind, durch die das im Übereinkommen geforderte Ausbildungsniveau für die mit Versuchstieren arbeitenden Personen erreicht werden soll.

Um den Austausch dieser Personen zwischen verschiedenen Ländern zu erleichtern, sollten die Kursleiter angeregt werden, eine Bescheinigung über die Teilnahme an den Weiterbildungsprogrammen und die Lehrinhalte auszustellen.

Leitlinien für die Gruppe A

Lehrinhalte für die Aus- und Weiterbildung der Personen, die Tiere pflegen:

1. Einführung in die ethischen und rechtlichen Aspekte bei der Pflege von Versuchstieren
2. Umgang mit den Tieren und ihre Haltung
 - Umweltbedingungen, Ausstattung, Käfigeinrichtungen und sonstiges Zubehör in Versuchstierhaltungen: Beschreibung, Verwendung und Wartung
 - Umgang mit den Tieren und Ruhigstellungsmaßnahmen

- Grundkenntnisse über humane Tötungsmethoden bei den wichtigsten Versuchstierarten
 - Grundlagen der allgemeinen Physiologie und des Verhaltens einzelner Versuchstierarten
 - Tierhaltung und, soweit erforderlich, Tierzucht
 - Kontrolle der Umweltbedingungen in den Tierhaltungen
3. Erkennen von Krankheitsanzeichen und Gesundheitsüberwachung
 - Hygienemaßnahmen und Gesundheitskontrolle
 - Grundlagen der allgemeinen Physiologie und des Verhaltens der wichtigsten Versuchstierarten
 4. Erkennen von Schmerzen, Leiden und Angstzuständen bei den Versuchstieren
 5. Organisation von Versuchstierhaltungen in bezug auf Sicherheitsaspekte, die Annahme und Abgabe von Tiersendungen, die Beförderung von Tieren sowie die Tierkörperbeseitigung
 6. Gegebenenfalls spezielle Weiterbildung zur Qualifikation für Hilfstätigkeiten bei der Durchführung von Verfahren

Leitlinien für die Gruppe B

Lehrinhalte für die Aus- und Weiterbildung der Personen, die Verfahren gemäß Artikel 1 Abs. 2 c des Übereinkommens durchführen:

1. Angemessenes Grundwissen über die Pflege von Tieren sowie über die Organisation von Versuchstierhaltungen in bezug auf Sicherheitsaspekte, die Annahme und Abgabe von Tiersendungen, die Beförderung von Tieren sowie die Tierkörperbeseitigung
2. Einführung in die ethischen und rechtlichen Aspekte bei der Verwendung von Versuchstieren
3. Umgang mit Versuchstieren und Grundsätze der Tierhaltung
 - die für die Aufgaben des Betreffenden relevanten Kenntnisse über biologische Charakteristika der verwendeten Arten, Zuchten und Stämme, mit besonderer Berücksichtigung physiologischer und verhaltenskundlicher Aspekte
 - Umgang mit den Tieren und Ruhigstellungsmaßnahmen
 - Methoden zur humanen Tötung von Tieren der verwendeten Spezies
4. Erkennen von Krankheiten und Gesundheitsüberwachung
 - Praktische Aspekte bei der Gesundheitsüberwachung und der Kontrolle von Krankheitsverläufen
5. Erkennen von Schmerzen, Leiden und Angstzuständen bei den Versuchstieren
6. Aus- und Weiterbildung zur Qualifikation für die Durchführung von Verfahren in dem für die Aufgaben des Betreffenden erforderlichen Umfang

- Einführung in die Planung von Tierversuchen einschließlich der Verwendung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden
- Bedeutung von Haltungssystemen und Umweltbedingungen für den Versuchsverlauf
- Anatomie der Versuchstiere
- Verfahren zur Anästhesie, Analgesie und Euthanasie einschließlich der Festlegung von Abbruchkriterien zur Leidensbegrenzung
- die für die Durchführung des Verfahrens relevanten Techniken und Operationsmethoden

Die Weiterbildung der zu dieser Gruppe gehörenden Personen muß eine ausgeprägte praktische Komponente haben; üblicherweise wird die praktische Unterweisung von einer Lehrperson mit umfangreichen eigenen Erfahrungen auf den entsprechenden Gebieten geleitet.

Personen der Gruppe B müssen darüber hinaus auch über die Bedeutung des mikrobiellen Status von Versuchstieren informiert werden.

Leitlinien für die Gruppe C:

Aus- und Weiterbildung von Personen, die für die Planung und Durchführung von Verfahren gemäß Artikel 1 c des Übereinkommens verantwortlich sind

Wissenschaftler, die für die Planung und Durchführung von Verfahren verantwortlich sind, können als qualifiziert gelten, wenn sie

- über ein abgeschlossenes Hochschulstudium der Biologie (Zoologie), Medizin oder Veterinärmedizin oder über eine vergleichbare Qualifikation in einem anderen wissenschaftlichen Studiengang verfügen, in dem angemessene Kenntnisse der Zoologie, Anatomie oder Physiologie vermittelt werden,
- an einem versuchstierkundlichen Einführungslehrgang teilgenommen haben, dessen Zielsetzung es war, ein den Aufgaben angemessenes Verantwortungsbewußtsein sowie die wissenschaftlichen Grundlagen für die Verwendung von Versuchstieren zu vermitteln. Die Lehrgangsdauer hängt von den jeweiligen Ausbildungsmethoden und den Vorkenntnissen der Lehrgangsteilnehmer ab, doch hat sich eine Unterrichtszeit von 80 Stunden für Personen ohne nennenswerte Vorkenntnisse in bezug auf die Durchführung von Tierversuchen als ausreichend erwiesen. Diese Einweisung kann im En-bloc-Unterricht, in mehreren Lehrgängen oder durch geeignete Kombinationen von Unterrichtsveranstaltungen und praktischen Übungen erfolgen, sofern ein ausreichendes Maß an Wissen und Erfahrung vermittelt wird. Dieser Einführungslehrgang sollte folgende Hauptthemen behandeln:
 - a) ethische Aspekte und gesetzliche Grundlagen
 - b) Biologie und Haltung von Versuchstieren
 - c) Mikrobiologie und Krankheiten der Versuchstiere
 - d) Planung von Tierversuchen

- e) Betäubung, Schmerzlinderung und tierexperimentelle Techniken
- f) Alternativen zum Tierversuch
- g) Auswertungen entsprechender wissenschaftlicher Veröffentlichungen

Zusätzliche spezielle Weiterbildungsmöglichkeiten sollten angeboten werden.

Leitlinien für die Gruppe D:

Fachleute auf dem Gebiet der Versuchstierkunde gemäß Artikel 20 d des Übereinkommens

Diese Personen benötigen neben dem Abschluß eines veterinärmedizinischen Hochschulstudiums oder einer vergleichbaren Qualifikation im allgemeinen zusätzliche Kenntnisse und Erfahrungen in den Be-

reichen, die bereits für die Aus- und Weiterbildung der Gruppe C aufgelistet wurden. Gegebenenfalls muß die betreffende Person ihre Kenntnisse auch auf tierexperimentelle Techniken und Versuchstierarten ausdehnen, mit denen sie im allgemeinen nicht vertraut ist.

Die Angehörigen dieser Gruppe sollten in ihrem Verantwortungsbereich auf folgenden Gebieten über spezialisierte Kenntnisse verfügen als das übrige Personal:

Mikrobiologie der relevanten Spezies, Qualitätskontrolle, Gesundheitsüberwachung, Pathologie, Therapie und Krankheitsprophylaxe, ethische Aspekte und Gesetzgebung, Euthanasieverfahren, schmerzstillende und sonstige Maßnahmen nach Abschluß des Experiments.

2 Die Produktion monoklonaler Antikörper unter Tierschutzgesichtspunkten

Um die Einsatzmöglichkeiten der verfügbaren In-vitro-Ersatzmethoden zur Produktion monoklonaler Antikörper zu konkretisieren und eine bundeseinheitliche Handhabung herbeizuführen, fand 1989 auf Einladung von ZEBET ein Sachverständigengespräch zu dieser Problematik statt. Als Ergebnis ist festzuhalten, daß die Produktion monoklonaler Antikörper in vivo nur noch in folgenden Fällen als unerläßlich betrachtet werden kann:

1. Gewinnung monoklonaler Antikörper für die Diagnostik oder Therapie beim Menschen in Notfällen;
2. „Rettung“ von Hybridomen, wenn diese in der Zellkultur nicht mehr wachsen oder wenn sie infiziert sind;
3. Erarbeitung neuer Fragestellungen.

Tierschutzrechtlich sind die genannten Fälle wie folgt zu beurteilen:

- Zu 1.: Die Gewinnung der monoklonalen Antikörper dient in diesem Fall keinem Versuchszweck; daher handelt es sich nicht um einen Tierversuch im Sinne des § 7 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes. Da den Tieren hierbei länger anhaltende erhebliche Schmerzen zugefügt

werden, liegt unter Umständen ein Verstoß gegen § 17 Nr. 2 Buchstabe b des Tierschutzgesetzes vor; allerdings wird in einem Notfall ein rechtfertigender Notstand nach § 34 des Strafgesetzbuches anzunehmen sein, so daß der Eingriff nicht rechtswidrig wäre.

- Zu 2. und 3.: In beiden Fällen handelt es sich um Tierversuche im Sinne des § 7 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes. Diese Versuche sind genehmigungspflichtig nach § 8 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes. Im 2. Fall ist eine Genehmigung allerdings nur möglich, wenn die monoklonalen Antikörper für ein Forschungsvorhaben gewonnen werden und nicht zur Abgabe an Dritte.

Monoklonale Antikörper zur Abgabe an Dritte dürfen nur noch in vitro gewonnen werden, da bei der Herstellung monoklonaler Antikörper die In-vivo-Methode nicht mehr dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entspricht. Sofern dennoch das Ascites-Verfahren angewendet wird, liegt ein Verstoß gegen § 17 Nr. 2 Buchstabe b oder gegen § 18 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 1 des Tierschutzgesetzes vor.

3 Die Erzeugung und Zucht transgener Mäuse und Ratten unter Tierschutzgesichtspunkten

Als transgen bezeichnet man Tiere, die im wesentlichen nach Einfügen fremder DNA in ihrem Erbgut verändert und dadurch zu künstlichen Mutanten geworden sind. Zur Zeit unterscheidet man – je nach wissenschaftlicher Zielsetzung der Erbgutveränderung und Technik ihrer Erzeugung – zwei verschiedene Varianten transgener Tiere: „klassische“ transgene Tiere und Tiere mit „Knock-out-Genen“, das heißt mit gezielt ausgestalteten Genen.

1. „Klassische“ transgene Tiere

In das Erbgut dieser Tiere wurde ein fremdes Gen mit dem Ziel eingebracht, daß dieses Gen im Organismus des „Empfängertieres“ in das entsprechende Eiweiß (Protein) umgesetzt und somit im Erscheinungsbild des Tieres oder seinen Körperfunktionen erkennbar wird (phänotypische Manifestation). Diese Art von Experimenten soll insbesondere zur Aufklärung der Funktion bestimmter Gene und ihrer Umsetzung in die entsprechenden Proteine beitragen. Das fremde Gen wird dabei meistens – in vitro – so konstruiert, daß es neben dem eigentlichen „Code“ für das Protein auch die zugehörigen DNA-Abschnitte enthält, die die Umsetzung in das Protein regulieren.

Die technischen Einzelschritte der heute am häufigsten angewandten Methode und die damit verbundene Belastung der Tiere, die überwiegend bei Mäusen, sehr viel seltener bei Ratten, Kaninchen oder anderen Säugern angewandt wird, werden im folgenden dargestellt:

A. Gewinnung befruchteter Eizellen

Den weiblichen Mäusen, die als Spender für befruchtete Eizellen verwendet werden sollen, werden im Abstand von 48 Stunden fünf bis zehn Internationale Einheiten eines Hormons (PMSG bzw. HCG) in einem Volumen von etwa 100 µl in die Bauchhöhle injiziert. Nach der zweiten Hormongabe werden die Weibchen mit männlichen Tieren verpaart. Durch die Hormoninjektion wird der Eisprung herbeigeführt und die Ausbeute an befruchtungsfähigen Eizellen im günstigsten Fall auf ein Vielfaches der sonst üblichen Zahl gesteigert. Nicht bei allen Stämmen liefert die Hormonbehandlung mehr Eizellen als dies bei natürlicher Ovulation zu erwarten ist. Für die Gewinnung der befruchteten Eizellen werden die weiblichen Tiere einen Tag nach der Begattung getötet und die Zellen aus den Eileitern präpariert.

Bei Ratten wird für die Superovulation (Herbeiführung des Eisprungs einer erhöhten Zahl befruchtungsfähiger Eizellen) im allgemeinen ein etwas modifiziertes Verfahren angewandt. Die künftigen Spenderweibchen werden drei Tage vor der geplanten Verpaarung kontinuierlich mit Hormonen (Gestagenen) vorbehandelt. Die Verabreichung des Hormons erfolgt über osmotische Minipumpen (2,9 cm Länge, 0,6 cm Durchmesser), die den Tieren unter Narkose unter die Haut des Rückens implantiert werden und stündlich kleinste Mengen des Präparats (Folltropin) in den Körper abgeben. Am Tag der Ver-

paarung wird den Tieren zur Auslösung des Eisprungs zusätzlich ein anderes Hormon (HCG) in die Bauchhöhle injiziert. Vaginaluntersuchungen der Weibchen am Tag nach der Verpaarung ermöglichen die Identifizierung der Tiere, die wahrscheinlich befruchtet wurden. Diese Tiere werden getötet – bis zu 110 g schwere Tiere meist durch Cervikaldislokation – und die befruchteten Eizellen aus den Eileitern gewonnen.

B. Injektion der fremden DNA in die befruchtete Eizelle

Die DNA, die in das Genom der befruchteten Eizelle (Zygote) integriert werden soll, wurde zum Abschluß ihrer Aufarbeitung (dazu gehören beispielsweise die Gewinnung aus der Spenderzelle und die Vervielfältigung) in einem Puffer gelöst. Mit einer Mikroinjektionskapillare wird eine sehr kleine Menge der DNA-Lösung (1 bis 2 pl) unter mikroskopischer Kontrolle und mit Hilfe von Mikromanipulatoren in die Zygote injiziert. Es kann von Vorteil sein, die Zygoten nach dieser Manipulation noch solange in vitro zu kultivieren, bis sie durch Teilung das Zwei-Zell-Stadium erreicht haben. So können vor der Übertragung der Zygoten in die Amme nicht mehr teilungsfähige Zygoten ausgesondert werden.

C. Übertragung der mikroinjizierten Zygoten in die Ammenmutter

Die mikroinjizierten Zygoten werden in die Eileiter zunächst scheinträchtiger Weibchen übertragen. Bei den für diesen Zweck vorgesehenen Tieren wird die Scheinträchtigkeit – vor der Übertragung der „fremden“ Eizellen – dadurch herbeigeführt, daß sie in ihrer natürlichen oder einer hormonell herbeigeführten Östrusphase mit männlichen Tieren verpaart werden, bei denen zuvor durch einen chirurgischen Eingriff unter Narkose die Samenleiter durchtrennt (Vasektomie) und die so unfruchtbar gemacht wurden. Am ersten Tag der Scheinträchtigkeit werden den Ammenmüttern pro Eileiter 10 bis 15 mikroinjizierte Zygoten in einer unter Narkose durchgeführten Operation (Eröffnung der Bauchhöhle) eingepflanzt.

Die Übertragung von 20 bis 30 Zygoten pro Amme ist sinnvoll, um das Risiko gering zu halten, daß nur wenige Jungtiere geboren und diese dann von der Amme getötet werden.

D. Identifizierung von Nachkommen mit verändertem Erbgut

Der prozentuale Anteil von Zygoten, die die Mikroinjektion überleben, beträgt etwa 50 %. Nur die überlebenden Embryonen werden auf Ammen übertragen und entwickeln sich mit einer Wahrscheinlichkeit von 10 % bis 30 % bis zur Geburt weiter. Die überlebenden Nachkommen sind erfahrungsgemäß mit einer Wahrscheinlichkeit zwischen 4 % und 25 % transgen. Daher müssen alle Nachkommen durch Entnahme und Untersuchung einer Gewebeprobe (Schwanzspitze, Ohrblatt oder Blut) daraufhin untersucht werden, ob die im Ein-Zell-Stadium injizierte fremde DNA in das Erbgut des Tieres aufgenommen wurde. Bei den „positiven“, das heißt den transgenen

Tieren wird anschließend geprüft, ob auch das von dem fremden Gen codierte Protein gebildet, das heißt ob das Gen „exprimiert“ wird. Dies kann in den meisten Fällen nur an Nachkommen dieser transgenen Tiere getestet werden, da das Tier zu diesem Zweck getötet werden muß. Für die Entwicklung einer Linie „klassisch“ transgener Tiere kommen infolge der zugrundeliegenden wissenschaftlichen Fragestellung im allgemeinen nur Elterntiere in Betracht, bei denen nicht nur die Integration des fremden Gens, sondern auch seine Expression festgestellt werden können. Diese Voraussetzung erfüllen 0 % bis 75 % der transgenen Tiere.

E. Etablierung einer transgenen Linie

Die in die befruchtete Eizelle injizierte fremde DNA integriert (wenn überhaupt) an einem nicht vorherbestimmbaren Ort und in einer zufälligen Zahl von Kopien in das Erbgut der jeweiligen Zygote. Daher sind die durch den gentechnischen Eingriff erzeugten transgenen Nachkommen hinsichtlich ihres Erbguts verschieden, und jedes Tier muß als „Startindividuum“ (englisch „founder“) für eine transgene Linie in Betracht gezogen werden.

Infolgedessen gründet sich eine solche Linie auf die Verpaarung eines transgenen Individuums mit einem nicht transgenen Tier. Ein Teil der Nachkommenschaft wird das fremde Gen an gleicher Position und in gleicher Kopienzahl wie das transgene Elterntier tragen, sofern bei diesem die fremde DNA nicht nur in die Körperzellen, sondern auch in die Keimzellen integriert wurde.

F. Belastung der bei einem solchen Experiment verwendeten und erzeugten Tiere

Die bei den „Elterntieren“ notwendigen operativen Eingriffe (Durchtrennen der Samenleiter bei den Böcken, Übertragung der mikroinjizierten Zygoten in die Ammenmütter, Implantation von Minipumpen bei weiblichen Spenderratten) werden unter Narkose vorgenommen und sind für die betroffenen Tiere mit geringgradiger Belastung verbunden. Die weiblichen Spendertiere werden vor der Entnahme der befruchteten Eizellen getötet; die sterilisierten Männchen werden mehrfach zur Verpaarung eingesetzt.

Ob und wie stark die Nachkommen durch ihre Transgenität belastet sind, ist von verschiedenen Faktoren abhängig:

Die Integration des Transgens ins Genom wird bei einer geringen Fallanzahl in ein Gen der Empfängerart erfolgen, wodurch dieses Gen inaktiviert wird. Bei hemizygoten Transgenen (= Tiere, die das Transgen nur auf einem Chromosom und nicht auf dem entsprechenden Partnerchromosom tragen) treten erfahrungsgemäß nur äußerst selten Schäden auf. Bei den lebenden Nachkommen homozygoter transgener Tiere (= Tiere, die das Transgen auf beiden Partnerchromosomen tragen) liegt die Wahrscheinlichkeit von Schäden, die auf den Integrationsort des Transgens zurückzuführen sind, bei ca. 1 % bis 5 %. Die Tiere können geringgradig bis erheblich belastet sein. Gravierende Defekte im Erbgut führen

häufig bereits vor der Geburt zum Absterben des Embryos bzw. des Fetus.

Von größerer Bedeutung für die prospektive Abschätzung der Belastung der transgenen Nachkommen ist jedoch die biologische Funktion und Menge des eventuell exprimierten Genprodukts. Prognosen über das Spektrum möglicher Schäden sind unter diesem Gesichtspunkt eher möglich, da die biologische Funktion des Genprodukts vor Versuchsbeginn im allgemeinen bekannt ist. Die Expression eines Transgens wird je nach Art des Genprodukts unterschiedlich bestimmt. Falls das vom Transgen codierte Genprodukt im Harn oder im Serum nachweisbar ist, kann die Expressionshöhe leicht an lebenden Tieren bestimmt werden. Üblicherweise werden die Transgen-Genprodukte jedoch in Geweben oder Organen nachgewiesen. Dazu werden transgenen Tieren nach der Tötung Organe entnommen. Die Notwendigkeit von Organbiopsien ist besonders zu begründen; dazu notwendige Eingriffe sind mit geringer bis erheblicher Belastung für die Tiere verbunden.

2. Transgene Tiere mit gezielt ausgeschalteten Genen

A. Prinzip

Dieses zur Zeit nur bei der Maus etablierte gentechnische Verfahren ermöglicht es im Gegensatz zum vorher beschriebenen, den Integrationsort der übertragenen DNA im voraus zu bestimmen. Außerdem finden wesentliche methodische Schritte in der Zellkultur statt. Ziel des gentechnischen Eingriffs ist es, bestimmte Gene „unleserlich“ zu machen und somit ihre biologische Funktion auszuschalten, um auf diese Weise Erkenntnisse hierüber zu gewinnen oder Tiermodelle beispielsweise für bestimmte Krankheiten zu entwickeln.

Die gezielte Ausschaltung eines „natürlichen“ Gens durch ein Transgen beruht auf dem Vorgang der „homologen Rekombination“, des gezielten Ersatzes eines Abschnitts im Gen eines Tieres durch eine DNA-Sequenz, die mit diesem Abschnitt nahezu identisch ist. Kleinste Abweichungen im Vergleich zur „Originalsequenz“ können genügen, um das Gen auszuschalten.

B. Vorgehensweise

Die DNA, die als Transgen in das Erbgut des Empfängertieres eingebaut werden und zu dieser gezielten Ausschaltung führen soll, wird zunächst in embryonale Stammzellen eingebracht. Diese Zell-Linien sind gekennzeichnet durch die Fähigkeit, sich in verschiedene Zelltypen differenzieren zu können (zum Beispiel Herzzellen, Muskelzellen, Knorpelzellen, Keimzellen). Durch eine besondere Zellkulturtechnik können diese embryonalen Stammzellen über einen praktisch unbegrenzten Zeitraum erhalten werden, ohne daß sie sich in bestimmte Zelltypen differenzieren. Werden sie in Embryonen injiziert, sind sie jedoch weiterhin in der Lage, sich bei der Bildung aller Gewebearten zu beteiligen. Daher können sich aus Embryonen (meist Blastozysten), in die transgene embryonale Stammzellen injiziert wurden, Tiere ent-

wickeln, die das veränderte Gen in ihren Keim- und Körperzellen tragen.

Nachdem das DNA-Konstrukt in der Zellkultur in die embryonalen Stammzellen eingebracht wurde, kann mit Hilfe bestimmter Techniken festgestellt werden, welche Zellen das Transgen an der gewünschten Stelle in ihr Erbgut integriert haben. Nur solche Zellen werden anschließend weiterverwendet und in Embryonen in einem sehr frühen Entwicklungsstadium (etwa vier Tage alt) injiziert. Zur Gewinnung von Embryonen für die Aufnahme gentechnisch veränderter embryonaler Stammzellen kann bei den Spenderweibchen eine hormonelle Ovulationsauslösung durchgeführt werden. Die Embryonen werden ebenfalls von scheinträchtigen Ammenmüttern ausgetragen; die Spendertiere werden vor der Entnahme getötet.

Zur besseren Erkennung der Tiere, bei denen die transgenen embryonalen Stammzellen an der Ausbildung der verschiedenen Gewebe beteiligt waren (Chimären), verwendet man als Spender für die Stammzellen und als Eltern für die Embryonen (die mit den Stammzellen injiziert wurden) Tiere mit unterschiedlichen Fellfarben. Chimäre Tiere sind so an der Zweifarbigkeit des Fells zu erkennen.

C. Voraussichtliche Belastung der so erzeugten Nachkommen

Bei der „Chimären-Generation“ macht sich die Erbgutveränderung – von ganz speziellen Fällen abgesehen – phänotypisch, das heißt in Körperbau oder Körperfunktion nicht bemerkbar. Bei transgenen Tieren, die durch Weiterzucht der chimären Tiere entstehen, kommt es in der Regel nur dann zur Ausbildung des Gendefekts, wenn das Transgen auf beiden Partnerchromosomen getragen wird (= homozygote Transgene). Die Erfahrung hat gezeigt, daß auch diese Tiere in vielen Fällen nur mit Schwierigkeiten von nicht transgenen Mäusen zu unterscheiden sind. Ob die Funktion des gezielt ausgeschalteten Gens von anderen Genen übernommen werden kann, wird derzeit neben anderen Hypothesen diskutiert. Andererseits gelingt es gelegentlich nicht, überhaupt homozygote Tiere zu erhalten. In diesen Fällen hat die gezielte Ausschaltung des entsprechenden Gens derart schwerwiegende Störungen der Embryonalentwicklung zur Folge, daß es noch vor der Geburt zum Absterben der homozygoten transgenen Embryonen bzw. Föten kommt.

3. Kriterien zur Erkennung belasteter Nachkommen

Es gibt heute keine praktikablen diagnostischen Maßnahmen, bei Ratten und Mäusen geschädigte Nachkommen vor der Geburt zu erkennen. Jungtiere, die mit starken Schäden geboren werden, sind entweder nicht lebensfähig, werden von der Mutter aufgefressen oder sterben infolge der Verdrängung durch die gesunden oder weniger beeinträchtigten Geschwister.

Als diagnostische Anhaltspunkte zur Erkennung geschädigter Jungtiere können neben morphologischen Veränderungen die Nahrungsaufnahme, das Verhal-

tensrepertoire und die Gewichtsentwicklung im Vergleich zu gesunden Tieren dienen. Bei der Beurteilung der Belastung transgener Nachkommen stellen sich dem Verantwortlichen grundsätzlich die gleichen Probleme wie bei Mutanten, die ausschließlich durch gezielte Zuchtmaßnahmen erzeugt wurden. Geschädigte Jungtiere können durch Beobachtung eventuell daran erkannt werden, daß sie im Vergleich zu gleichaltrigen nicht transgenen Tieren folgende Eigenschaften aufweisen:

- kleiner Körperwuchs,
- struppiges Fell,
- inaktives Verhalten,
- Verharren in zusammengekauerter Körperhaltung.

Ein Kriterienkatalog, wann die Euthanasie beeinträchtigter Nachkommen aus Tierschutzgründen vorgenommen werden sollte, läßt sich nicht erstellen. Auch hierbei steht die Abwägung zwischen dem Schutzanspruch der Tiere und der Bedeutung des Versuchszwecks für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn und die menschlichen Bedürfnisse im Vordergrund. Da Defekte zum Teil erst in späteren Lebensphasen erkennbar werden, ist die Beobachtung der gesamten Lebensspanne notwendig.

Nach Auffassung einiger Beteiligten hat sich eine Vorgehensweise bewährt, bei der die erste und zweite Generation der Nachkommen bei Verdacht auf Belastungen regelmäßig dem Tierschutzbeauftragten vorgestellt werden und bei Feststellung schwerwiegender genetischer Defekte vom Versuchsleiter, Tierschutzbeauftragten und gegebenenfalls der zuständigen Behörde über das Weiterführen dieser Linie gemeinsam entschieden wird.

Ist die gentechnische Veränderung stabil im Genom der Tiere verankert und zeigen die Nachkommen der ersten und zweiten Generation keine Hinweise auf Belastungen, so kann in der Regel davon ausgegangen werden, daß auch die Nachkommen der folgenden Generationen durch die Transgenität nicht belastet sind.

4. Voraussichtlicher Tierbedarf

Die Anzahl der Versuchstiere (Muttertiere, Ammen, vasktomisierte Männchen, Nachkommen der ersten und zweiten Generation), die bis zur Entwicklung einer transgenen Tierlinie benötigt werden, ist nicht allgemein zu beziffern. Der Erfolg eines solchen Versuches hängt unter anderem vom verwendeten Tierstamm und von der übertragenen DNA ab. Es hat sich beispielsweise gezeigt, daß bestimmte DNA-Sequenzen nur in geringem Maße in das Erbgut des Empfängertieres integrieren und nur selten exprimiert werden. Bei Verwendung solcher Sequenzen kann die Zahl der benötigten Versuchstiere bis zur Entwicklung einer transgenen Tierlinie ein Mehrfaches des Durchschnitts betragen.

Bei der Entwicklung einer Tierlinie mit gezielt ausgeschalteten Genen ist die Schätzung von Tierzahlen besonders schwierig, da bei dieser Technologie die Effizienz offensichtlich von Faktoren beeinflusst wird,

die noch nicht kontrolliert werden können. Es ist jedoch davon auszugehen, daß sich der Tierbedarf in der Regel in der gleichen Größenordnung bewegt wie bei der „klassischen“ Methode.

Als Orientierungswerte für den durchschnittlichen Bedarf bei der Herstellung einer „klassischen“ Transgenlinie können folgende Tierzahlen dienen:

Muttertiere: ca. 10 – 30 Tiere

Ammen: ca. 10 – 30 Tiere

Vasektomierte

Männchen: ca. 2 – 10 Tiere

zu testende Nachkommen der

1. und 2. Generation: ca. 70 Tiere pro Generation.

Die Tatsache, daß im Genehmigungsantrag für einen Tierversuch mit transgenen Tieren die benötigten Tierzahlen nicht exakt zu beziffern und zu begründen sind, erhöht erfahrungsgemäß den Diskussionsbedarf seitens der Behörden und Kommissionsmitglieder. Dies betrifft insbesondere umfassendere Versuchsvorhaben, die die Verwendung mehrerer Genkonstrukte zur Bearbeitung einer wissenschaftlichen Fragestellung erforderlich machen. Hier kann die in einigen Kommissionen praktizierte Verfahrensweise hilfreich sein, im Zweifelsfall dem Antragsteller die Möglichkeit zu ergänzenden Ausführungen in der Kommissionssitzung zu geben.

5. Tierschutzrechtliche Bewertung

Durch Artikel 5 des Gesetzes zur Regelung von Fragen der Gentechnik vom 20. August 1990 (BGBl. I S. 1080) wurde die im Tierschutzgesetz festgelegte Definition des Begriffs „Tierversuch“ erweitert.

Damit hat § 7 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes nunmehr folgenden Wortlaut:

„(1) Tierversuche im Sinne dieses Gesetzes sind Eingriffe oder Behandlungen zu Versuchszwecken

1. an Tieren, wenn sie Schmerzen, Leiden oder Schäden für diese Tiere oder
2. am Erbgut von Tieren, wenn sie mit Schmerzen, Leiden oder Schäden für die erbgutveränderten Tiere oder deren Trägartiere verbunden sein können.“

Diese Formulierung stellt klar, daß auch Eingriffe am genetischen Material befruchteter Eizellen oder Embryonen den rechtlichen Stellenwert eines Tierversuchs haben, sofern sie zu Versuchszwecken durchgeführt werden und bei den an dem Eingriff mittelbar oder unmittelbar beteiligten Tieren zu Schmerzen, Leiden oder Schäden führen können.

Die Entwicklung einer transgenen Tierlinie ist in der Regel als Versuchszweck zu werten, auch wenn die Tiere letztendlich nicht für die Wissenschaft, sondern beispielsweise zur Produktion biologischer Arzneimittel oder in der Landwirtschaft genutzt werden sollen. Somit fallen alle Tiere, die bis zur Entwicklung einer transgenen Linie benötigt werden und an denen Eingriffe und Behandlungen vorgenommen werden, die zu Schmerzen, Leiden oder Schäden führen

können, ebenso wie die möglicherweise belasteten Nachkommen der ersten und zweiten Generation in den Schutzbereich der gesetzlichen Vorschriften über Tierversuche. Dabei ist unerheblich, ob den einzelnen Eingriffen Routinecharakter beigemessen werden kann oder nicht.

Die Weiterzucht der transgenen Tiere ab der dritten Generation ist nicht mehr als Bestandteil des Tierversuchs zu werten, der die Entwicklung der Tierlinie zum Ziel hatte. Hierfür gelten – bei entsprechender Zweckbestimmung der Tiere – die Bestimmungen des siebenten Abschnitts des Gesetzes, die sich auf die Zucht, die Haltung und den Handel von Wirbeltieren zu Versuchszwecken beziehen. Demnach unterliegt die Zucht und Haltung dieser Tiere einem behördlichen Erlaubnisvorbehalt. Die Erlaubnis darf unter anderem nur erteilt werden, wenn die für die Tätigkeit verantwortliche Person auf Grund ihrer Ausbildung oder ihres bisherigen beruflichen Umgangs mit Tieren die für diese Tätigkeit erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten hat und die der Tätigkeit dienenden Räume und Einrichtungen eine den Anforderungen des § 2 des Tierschutzgesetzes entsprechende Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen (siehe § 11 Abs. 2 Nr. 1 und 3 des Tierschutzgesetzes).

Die Vertragsparteien des Europäischen Übereinkommens zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere haben hinsichtlich der Zucht von Tieren, die Träger von Erbgutveränderungen mit schädlichen (das heißt belastenden) Auswirkungen sind, folgende Vereinbarung getroffen:

„In Bezug auf Artikel 5 des Übereinkommens sind sich die Vertragsparteien der Tatsache bewußt, daß – wie von den Verfassern des Übereinkommens in § 37 des „Explanatory Reports“ – bekräftigt die Bestimmungen dieses Artikels nur insoweit Anwendung finden, als der Züchter von Tieren, die Träger von Erbgutveränderungen mit schädlichen Auswirkungen sind, verpflichtet ist, alle Maßnahmen zu ergreifen, um das Wohlbefinden der Tiere unter den für sie erforderlichen Haltungsbedingungen zu gewährleisten.“

Es ist erforderlich, daß die zuständigen Behörden bei der Registrierung einer Einrichtung, in der Tiere gezüchtet werden, die Träger von Erbgutveränderungen mit schädlichen Auswirkungen sind, sicherstellen, daß

- a) die Einrichtung über eine angemessene Ausstattung verfügt, um diese Tiere in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Übereinkommens züchten und halten zu können;
- b) die für die Einrichtung verantwortliche Person Kenntnisse über die gegebenenfalls auftretenden schädlichen Auswirkungen der Erbgutveränderung und darüber hinaus die notwendige Qualifikation besitzt, um diese Tiere in geeigneter Weise zu pflegen oder pflegen zu lassen;
- c) die Aufzeichnungen, die über diese Tiere zu führen sind, außer den nach Artikel 16 Ziffer 2 erforderlichen Angaben Informationen über die Art und Manifestation der Erbgutveränderungen,

über das Fortpflanzungsgeschehen sowie über die Krankengeschichte dieser Tiere oder Tiergruppen enthalten.“

Diese Vereinbarung wurde den Tierschutzreferenten der Länder mit der Bitte um Berücksichtigung bei der Erlaubniserteilung nach § 11 des Tierschutzgesetzes zur Kenntnis gegeben.

Auf der Ebene des Europarates bleibt das Thema „Transgene Tiere“ weiterhin Gegenstand der Beratungen. In der Sitzung im September 1995 zur Vorbereitung der nächsten Multilateralen Konsultation zum Versuchstierübereinkommen zeichnete sich sinngemäß folgender gemeinsamer Standpunkt ab:

Im Grundsatz stellen sich bei transgenen Tieren die gleichen Tierschutzprobleme wie bei allen anderen Versuchstieren: es besteht die Möglichkeit, daß ihnen Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Jedoch ist bei transgenen Versuchstieren das Risiko unvorhersehbarer Belastungen größer. Daher müssen die Tiere während ihrer gesamten Lebenszeit sorgfältig beobachtet werden, wegen der möglicher-

weise erst spät auftretenden Schäden unter Umständen über mehr als eine Generation.

Auf Grund der überaus schnellen Entwicklung in der Gentechnik, der steigenden Zahl transgener Tierrassen und der Vorteile dieser Tiere für die biomedizinischen Wissenschaften werden ethische Gesichtspunkte auch weiterhin in der Diskussion bleiben. Dabei verdienen Fragen nach dem Rechtfertigungsgrund für die Entwicklung transgener Linien, nach der Kompetenz und dem Verantwortungsbewußtsein der beteiligten Personen besondere Aufmerksamkeit. Daher ist wichtig, daß sich die Multilateralen Konsultationen auch weiterhin mit den Entwicklungen auf diesem Gebiet befassen.

Es ist vorgesehen, daß sich die nächste Multilaterale Konsultation mit dem Thema unter Berücksichtigung des Projektes der Europäischen Union „Welfare aspects of transgenic animals“ befaßt. Der Bericht über dieses Projekt wird voraussichtlich auch Ergebnisse einer an der Universität Utrecht (NL) durchgeführten Studie „Transgenese bij dieren“ beinhalten.

**4 Empfehlungen zur tierschutzrechtlichen
Bewertung von Eingriffen und Behandlungen
an Wirbeltieren bei der Prüfung
von Tierarzneimitteln
nach der Richtlinie 92/18/EWG
der Kommission vom 20. März 1992**

**1. Abgrenzung anzeige-
und genehmigungspflichtiger Tierversuche**

Die Richtlinie 92/18/EWG der Kommission vom 20. März 1992 zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 81/852/EWG des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die analytischen, toxikologisch-pharmakologischen und tierärztlichen oder klinischen Vorschriften und Nachweise über Versuche mit Tierarzneimitteln wurde durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Tierarzneimittelprüfrichtlinien vom 30. März 1995 in nationales Recht umgesetzt. Somit sind die Tierversuche, die im Anhang der Richtlinie zur Prüfung eines Tierarzneimittels als Voraussetzung für die Zulassung gefordert werden, nach § 8 Abs. 7 Nr. 1 Buchstabe b des Tierschutzgesetzes vom Genehmigungsvorbehalt ausgenommen.

Im Falle anderer als immunologischer Tierarzneimittel handelt es sich dabei um Unbedenklichkeits- und Rückstandsversuche sowie um vorklinische und klinische Prüfungen (siehe Teil 3 und 4 des Anhangs zur Richtlinie). Im Rahmen der vorklinischen Untersuchungen werden unter anderem pharmakodynamische Untersuchungen vorgeschrieben, die Aufschluß über den Wirkungsmechanismus der Prüfsubstanz sowie über deren pharmakologische Auswirkungen im Hinblick auf das vorgesehene Indikationsgebiet und den Gesamtorganismus geben müssen. Da diese pharmakodynamischen Untersuchungen je nach Art und Indikationsgebiet der Prüfsubstanz eine große Variationsbreite aufweisen, enthält der Anhang zur Richtlinie keine Festlegungen über die Durchführung dieser Versuche. Insofern kann sich auch hier bei der tierschutzrechtlichen Beurteilung – analog zu der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien die Frage stellen, ob im Sinne des § 8 Abs. 7 Nr. 1 Buchstabe b *alle* Tierversuche für pharmakodynamische Fragestellungen vom Genehmigungsvorbehalt befreit sind. Da in der Phase des Primärscreening, das heißt erster qualitativer pharmakodynamischer Untersuchungen zum Wirkungsnachweis von Substanzen, in der Regel keine Eingrenzung auf den späteren human- oder veterinärmedizinischen Anwendungsbereich vorgenommen wird, empfiehlt es sich, analog der „Empfehlung zur Abgrenzung der genehmigungspflichtigen von den anzeigepflichtigen Tierversuchen zur Ermittlung pharmakologischer Daten (sogenannte Screening-Versuche)“ zu verfahren. Diese Empfehlung wurde nach Erlass der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien erarbeitet, um die tierschutzrechtliche Prüfung angezeigter Tierversuche zu erleichtern und zu harmonisieren. Die aktuelle Fassung dieser Empfehlung ist diesem Text angefügt (siehe Seite 113 ff).

2. Bewertung klinischer Prüfungen

Bereits vor dem Erlass der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Tierarzneimittelprüfrichtlinien wurde kontrovers diskutiert, ob klinische Prüfungen tierschutzrechtlich als Tierversuche einzustufen sind oder ob hierbei die Therapie erkrankter Tiere bzw. die Präventivbehandlung im Vordergrund steht. Eine einheitliche Bewertung des Sachverhalts seitens der zuständigen Landesbehörden ist nicht nur aus der Sicht der betroffenen Industrie wünschenswert, sondern beispielsweise auch Voraussetzung für die Transparenz der amtlichen Zahlen, die nach der Versuchstiermeldeverordnung erhoben werden. Es ist daher zweckmäßig, im Rahmen dieser Empfehlungen Kriterien für die tierschutzrechtliche Bewertung klinischer Prüfungen festzulegen.

Der Anhang zur Richtlinie 92/18/EWG verlangt für Tierarzneimittel zwar klinische Untersuchungen einschließlich Daten, die unter praktischen Feldbedingungen erzielt wurden, läßt jedoch offen, bei welchem Entwicklungsstand der Prüfsubstanz solche Untersuchungen durchzuführen sind. Dieser Aspekt ist jedoch entscheidend für die Beurteilung, ob die Behandlung der Tiere mit der Prüfsubstanz als Tierversuch im Sinne des § 7 des Tierschutzgesetzes oder als Therapie- bzw. Präventivmaßnahme zu bewerten ist. Letzteres setzt voraus, daß die Behandlung für die Tiere voraussichtlich nicht mit einem höheren Schmerzens-, Leidens- oder Schadensrisiko verbunden ist als die Therapie oder Prophylaxe mit einem bereits zugelassenen Arzneimittel.

Die Erfahrungen der veterinärpharmazeutischen Industrie haben gezeigt, daß eine Prüfsubstanz diese Bedingung erfüllt, wenn

- die Unbedenklichkeitsversuche,
- die Untersuchungen zur Kinetik und zur Verträglichkeit an der Zieltierart¹⁾ sowie
- die Entwicklung der pharmazeutischen Formulierung abgeschlossen sind und
- die Wirksamkeit für das prospektive Indikationsgebiet an der Zieltierart in quantitativen Studien¹⁾ unter kontrollierten Bedingungen nachgewiesen wurde.

Die klinischen Untersuchungen, die mit einer Prüfsubstanz dieses Entwicklungsstandes am Patienten in der Regel als „Feldversuche“ – durchgeführt werden, sind mit den Untersuchungen der Phase 3 bei der klinischen Prüfung humanmedizinischer Arzneimittel vergleichbar. Dies ist die letzte Phase der klinischen Prüfung vor der Zulassung und dem Inverkehrbringen eines humanmedizinischen Arzneimittels.

Die erste Phase wird am freiwilligen gesunden Probanden durchgeführt, um Aussagen über die Verträglichkeit, Wirksamkeit und Kinetik des Wirkstoffs zu erhalten und die erhobenen physiologischen und biochemischen Meßwerte mit den Werten der Labor- und Tierversuche zu vergleichen. In der Phase 2 wird

¹⁾ bzw. entsprechende Prüfungen mit immunologischen Tierarzneimitteln

die Prüfsubstanz erstmals am Patienten angewandt – in der Regel in einer klinischen Einrichtung –, um therapeutisch erwünschte und unerwünschte Wirkungen zu bewerten und Informationen für die geeignete Dosierung zu erhalten. Während der Kreis der Probanden in diesen ersten beiden Phasen möglichst klein gehalten wird, ist die Datenerhebung an einer großen Anzahl von Patienten Ziel der Phase 3. Diese Prüfungen werden meist „multizentrisch“ nach einem für alle Beteiligten verbindlichen Prüfplan von mehreren Krankenhäusern oder Arztpraxen, oft auch in mehreren Ländern, durchgeführt. Die Untersuchungen sollen die Hypothese bezüglich der Wirkung des Arzneimittels und des günstigen Verhältnisses von therapeutisch erwünschten und unerwünschten Wirkungen absichern. Nach der Zulassung werden in der klinischen Phase 4 die Untersuchungen zur Nutzen/Risiko-Bilanz fortgeführt¹⁾. Die Durchführung klinischer Prüfungen am Menschen bedarf keiner behördlichen Genehmigung, allerdings ist die zustimmende Bewertung einer nach Landesrecht gebildeten unabhängigen Ethik-Kommission erforderlich (siehe § 40 Abs. 1 Satz 2 des Arzneimittelgesetzes in der ab 17. August 1995 geltenden Fassung). Soweit keine zustimmende Bewertung der Ethik-Kommission vorliegt, darf mit der klinischen Prüfung erst begonnen werden, wenn die zuständige Bundesoberbehörde innerhalb von 60 Tagen nach Eingang der Unterlagen nicht widersprochen hat.

Charakteristisch für die Planung und Durchführung klinischer Prüfungen von Tierarzneimitteln auf einem der Phase 3 vergleichbaren Entwicklungsstand ist unter anderem:

- die Verwendung der endgültigen pharmazeutischen Formulierung,
- die Verabreichung des Arzneimittels in der vorgesehenen Dosierung und auf dem vorgesehenen Verabreichungsweg,
- die Behandlung einer möglichst großen Zahl natürlich erkrankter Tiere²⁾ sowie
- der Verzicht auf eine Kontrollgruppe, die nicht oder mit einem Placebo behandelt wird²⁾.

Solchermaßen aufgebaute klinische Studien rechtfertigen deren Einstufung als vorrangig therapeutische oder prophylaktische Maßnahmen. Hierfür spricht auch, daß einige der tierschutzrechtlichen Bestimmungen über die Durchführung von Tierversuchen aus fachlichen Gründen auf klinische Studien mit der Phase 3 entsprechenden Zielsetzungen nicht angewandt werden können, so zum Beispiel die Bestellung eines Tierschutzbeauftragten, das prinzipielle Gebot der Verwendung gezüchteter Tiere und die Begrenzung der Versuchstierzahl auf das unerläßliche Maß.

¹⁾ Quelle: Forth, W.; Henschler, D.; Rummel, W.; Starke, K.; Allgemeine und Spezielle Pharmakologie und Toxikologie, 6. Auflage, S. 79 ff

²⁾ Ausnahmen bei der Prüfung immunologischer Tierarzneimittel sowie solcher Arzneimittel, die auf die Beeinflussung physiologischer Zustände abzielen, da hierzu in der Regel gesunde Probanden herangezogen werden.

Einzelheiten für die adäquate Planung und Durchführung klinischer Prüfungen von Tierarzneimitteln, die zum Teil auch für den Tierschutz relevant sind, enthalten die am 1. Juli 1995 „in Kraft“ getretenen Empfehlungen der Europäischen Union mit dem Titel „Good Clinical Practice for the Conduct of Clinical Trials for Veterinary Medicinal Products“. Da veterinärklinische Studien nach dem Arzneimittelrecht der Anzeigepflicht bzw. – sofern es sich um Impfstoffe handelt – nach dem Tierseuchengesetz der Genehmigungspflicht unterliegen, bestehen für die Behörden ausreichende Überwachungsmöglichkeiten auch unter Tierschutzgesichtspunkten.

Da die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der Arzneimittelprüfrichtlinien für die pharmakodynamischen Untersuchungen keine detaillierten Prüfmethode vorschreibt, wurde eine Lösung der in diesem Bereich noch offenen Fragen in Form einer „Empfehlung zur Abgrenzung der genehmigungspflichtigen von den anzeigepflichtigen Tierversuchen zur Ermittlung pharmakologischer Daten (sogenannte Screening-Versuche)“ mit Vertretern des BMG, des BML, des damaligen BGA und der Länder erarbeitet.

Die aktuelle Fassung des Textes sieht materiell folgendes vor:

„Bei der Entwicklung von Arzneimitteln ist eine Differenzierung der pharmakodynamischen Untersuchungen erforderlich. Es gibt pharmakodynamische Untersuchungen, die genehmigungspflichtig sind, und andere, die anzeigepflichtig sind.

Zu unterscheiden sind die Stufen I und II der pharmakodynamischen Prüfungen, wobei die Prüfungen der Stufe II pharmakodynamische Prüfungen im Sinne der Arzneimittelprüfrichtlinien sind.

Stufe I:

Erste pharmakodynamische Untersuchungen zum Wirkungsnachweis von Substanzen (qualitative Untersuchungen).

Diese Untersuchungen haben das Ziel, festzustellen, ob eine definierte pharmakodynamische Wirkung in einem prospektiv definierten Indikationsgebiet – im allgemeinen bei einer zuvor festgelegten einzelnen Konzentration oder Dosierung – nachgewiesen werden kann.

Diese Untersuchungen sind genehmigungspflichtig nach § 8 Abs. 1 des Tierschutzgesetzes.

Stufe II:

Weiterführende Untersuchungen zur pharmakodynamischen Charakterisierung von Substanzen, aufbauend auf dem Wirkungsnachweis aus Stufe I der pharmakodynamischen Prüfung (quantitative Untersuchungen).

Hierzu zählen insbesondere Untersuchungen am Tier zur Dosis- (bzw. Konzentrations)Wirkungsbeziehung, Zeitwirkungsbeziehung oder Untersuchungen zum Wirkungsmechanismus sowie pharmakodynamische Untersuchungen zur Abklärung

potentieller Nebenwirkungen. Die aus diesen Untersuchungen erhaltenen Informationen sind als Unterlage für einen Arzneimittelzulassungsantrag geeignet und erforderlich.

Die Ergebnisse der Stufe II der pharmakodynamischen Prüfung werden aufgrund der Arzneimittelprüfrichtlinien vom BGA als Zulassungsbehörde (jetzt: Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bzw. Paul-Ehrlich-Institut) verlangt. Damit ist die Durchführung der pharmakodynamischen Prüfungen der Stufe II im Sinne des § 8 Abs. 7 Nr. 1 Buchstabe b des Tierschutzgesetzes ausdrücklich vorgeschrieben und somit anzeigepflichtig nach § 8 a Abs. 1 des Tierschutzgesetzes.

Bei der Anzeige ist das prospektiv definierte Indikationsgebiet zu benennen, und es ist wissenschaftlich begründet darzulegen, daß Untersuchungen der Stufe I abgeschlossen worden sind. Der für die Überwachung zuständigen Behörde sind auf Verlangen Unterlagen, die dies belegen, bereitzustellen. Als Unterlagen gelten:

- a) die wissenschaftlich begründete Darlegung, weshalb auf Tierversuche in der Stufe I verzichtet werden konnte. Dabei ist insbesondere die Aussagefähigkeit der alternativ eingesetzten In-vitro-Verfahren für die erwünschten pharmakodynamischen Wirkungen in dem angegebenen Indikationsgebiet darzulegen
- b) der Genehmigungsbescheid für die Tierversuche der Stufe I in Verbindung mit den Aufzeichnungen nach § 9 a Abs. 1 des Tierschutzgesetzes oder
- c) Unterlagen über die Tierversuche der Stufe I, wenn diese außerhalb des Geltungsbereiches des Tierschutzgesetzes durchgeführt wurden.“

Durch diese Empfehlung konnte die Rechtssicherheit bei Antragstellern und zuständigen Behörden gewährleistet und die Überwachung der entsprechenden Tierversuche verbessert werden.

5 EG-Richtlinien mit Zweitanmelderregelungen

Die Zweitanmelderregelung betrifft die

- Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15. Juni 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (siehe XV.4.8) sowie die
- Richtlinie 92/32/EWG des Rates vom 30. April 1992 zur siebenten Änderung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung, Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (siehe XV.4.4).

Folgende Rechtsakte der EG enthalten aus fachlichen Gründen andere Regelungen zur Vermeidung unnötiger Tierversuche:

- Richtlinie 90/220/EWG des Rates vom 23. April 1990 über die absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Mikroorganismen in die Umwelt

Artikel 5 Abs. 4 und Artikel 11 Abs. 3 enthalten Ansätze für eine Zweitanmelderregelung, die durch eine Erklärung im Ratsprotokoll unterstützt wird:

„In der Anmeldung sind auch Daten oder Ergebnisse der gleichen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) oder GVO-Kombination mitzuteilen, die der Anmelder früher innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft angemeldet und/oder vorgenommen hat bzw. gegenwärtig anmeldet und/oder vornimmt.

Der Anmelder kann auch auf Daten oder Ergebnisse früherer Anmeldungen durch andere Anmelder Bezug nehmen, sofern diese hierzu ihre schriftliche Zustimmung erteilt haben.“

- Verordnung (EWG) Nr. 713/93 des Rates vom 23. März 1993 zur Bewertung und Kontrolle der Umweltrisiken chemischer Altstoffe (ABl. EG Nr. 84 S. 1)

Nach Artikel 3 und 4 dieser Verordnung ist grundsätzlich jeder Hersteller oder Importeur solcher

alter Stoffe, die jährlich in bestimmten Mengen in Verkehr gebracht werden, zur Übermittlung bestimmter, im Anhang III der Verordnung im einzelnen aufgeführter Informationen verpflichtet. Sofern diese Informationen jedoch nicht schon vorliegen, sind die Vorlagepflichtigen nicht gehalten, hierzu zusätzliche Tierversuche durchzuführen (siehe Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 und Artikel 4 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung). Sofern im weiteren Verfahren zusätzliche Angaben oder Prüfungen gefordert werden, ist zu ermitteln, ob Prüfungen, die Versuche an Wirbeltieren erfordern und von anderen Herstellern oder Importeuren bereits vorgelegt worden sind, auch zugunsten Dritter verwertet werden können. Sind danach Versuche unerlässlich, muß geprüft werden, ob Tierversuche durch Alternativverfahren ersetzt oder eingeschränkt werden können (siehe Artikel 10 Abs. 5 der Verordnung).

- Richtlinie 93/35/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 zur sechsten Änderung der Richtlinie 76/768/EWG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über kosmetische Mittel (siehe XV.4.7)

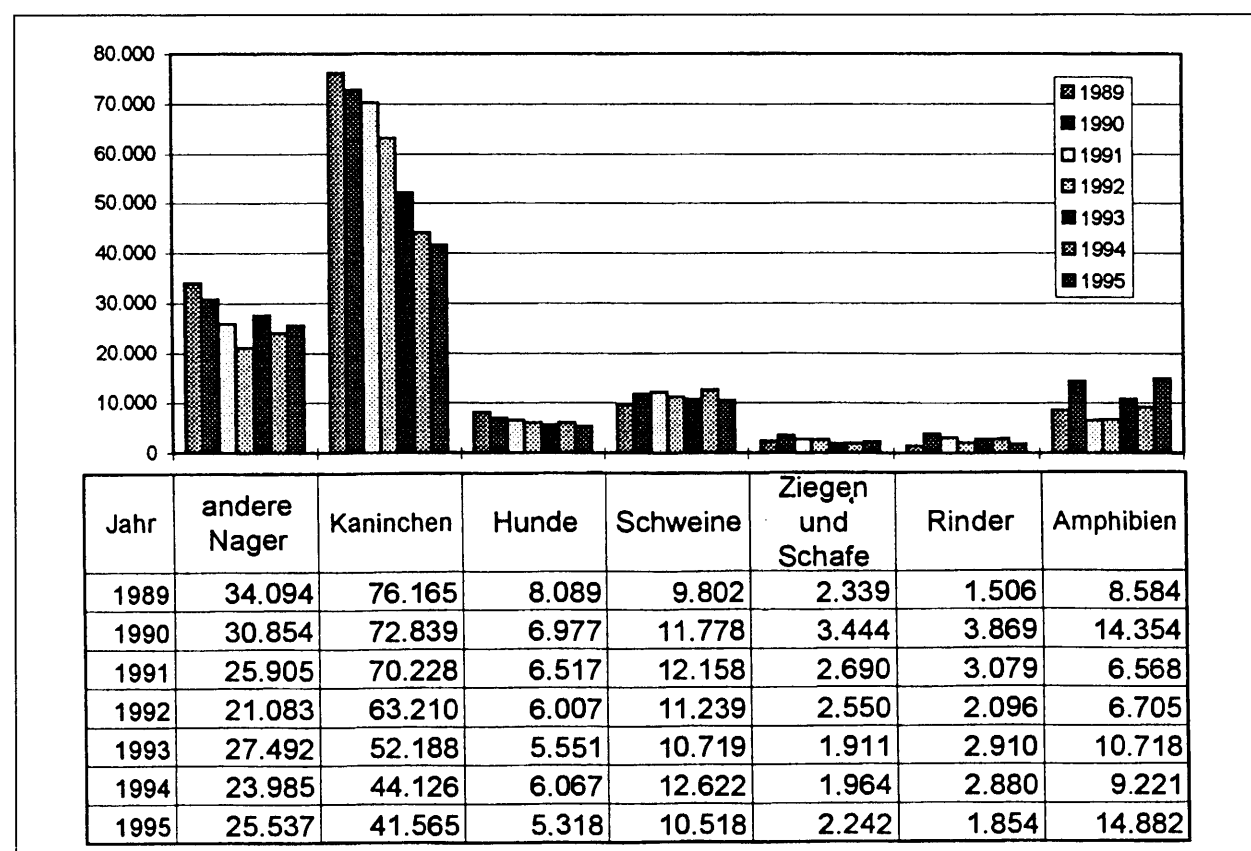
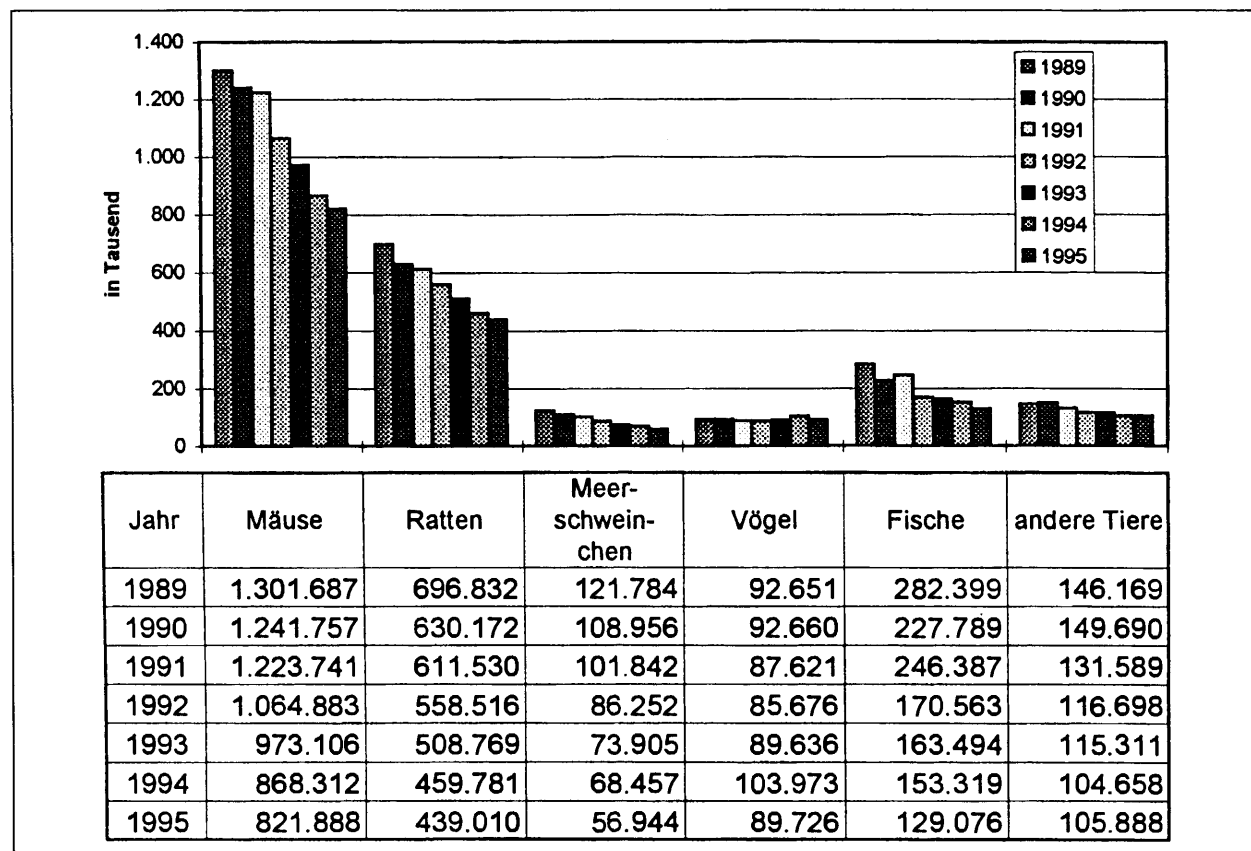
Nach dieser Richtlinie haben die Mitgliedstaaten das Inverkehrbringen von kosmetischen Mitteln zu untersagen, wenn sie Bestandteile oder Kombinationen von Bestandteilen enthalten, die ab dem 1. Januar 1998 zur Einhaltung der Bestimmungen dieser Richtlinie im Tierversuch überprüft worden sind. Das Datum für die Anwendung dieser Bestimmung kann nach den Maßgaben der Richtlinie verschoben werden, wenn nur unzureichende Fortschritte bei der Entwicklung zufriedenstellender Methoden als Ersatz für Tierversuche erzielt wurden und insbesondere in bestimmten Fällen alternative Versuchsmethoden trotz aller vernünftigen Bemühungen nicht wissenschaftlich validiert werden konnten, so daß unter Berücksichtigung der OECD-Leitlinien für Toxizitätsversuche ein gleichwertiges Schutzniveau für den Verbraucher nicht gewährleistet ist.

Ergänzende Tabellen zu den Versuchstierzahlen

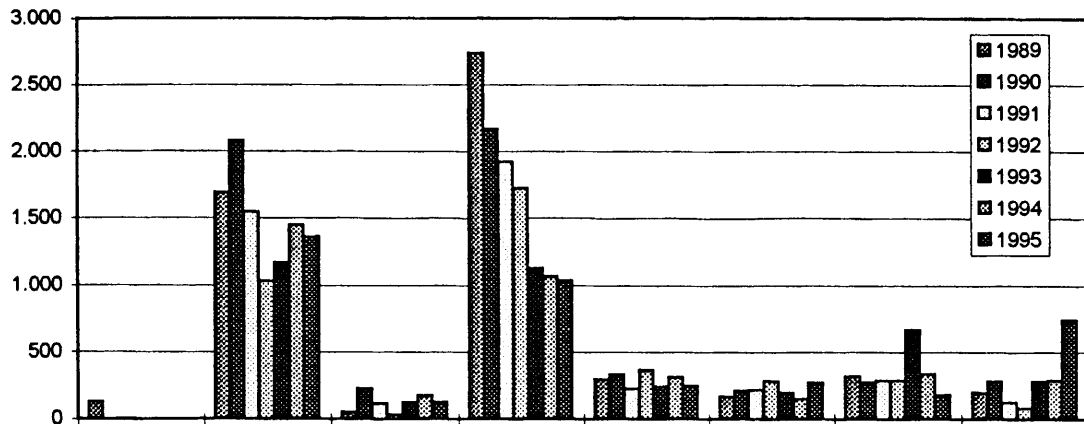
Anhang 6

zu Tabelle 1 der Versuchstierverordnung

Zahlenmäßige Entwicklung der Versuchstierarten

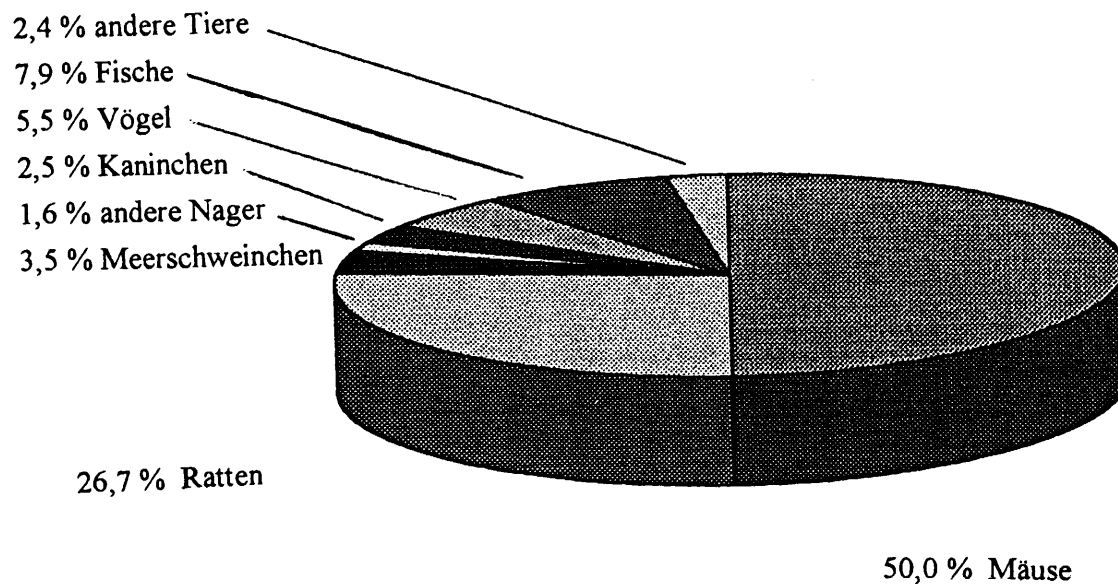


Zahlenmäßige Entwicklung der Versuchstierarten



Jahr	Menschenaffen	Hunds- und Breitnasenaffen	Halbaffen	Katzen	andere Fleischfresser	Pferde, Esel, usw.	andere Säugetiere	Reptilien
1989	132	1.689	50	2.734	295	169	320	201
1990	0	2.081	226	2.167	333	214	273	281
1991	5	1.547	116	1.921	228	217	286	124
1992	0	1.032	33	1.725	365	284	287	82
1993	0	1.172	125	1.127	248	200	669	281
1994	0	1.447	178	1.067	318	151	339	293
1995	0	1.362	126	1.037	249	275	180	743

Prozentuale Aufteilung der Versuchstiere 1995



zu Tabelle 2
der Versuchstiermeldeverordnung

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach Art der Versuchstiere und nach bestimmten Versuchszwecken**

Art der Versuchstiere	1. Erforschung oder Erprobung von Methoden zur Diagnostik, Prophylaxe oder Therapie						
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	193.787	167.374	192.923	161.196	139.459	108.515	135.176
Ratten	93.757	106.435	66.946	62.610	78.593	45.185	55.843
Meerschweinchen	33.454	26.071	14.281	7.404	8.112	6.588	3.913
andere Nager	8.826	8.686	4.190	7.821	5.422	5.669	6.378
Kaninchen	8.280	12.469	8.676	4.907	5.175	8.542	6.594
Menschenaffen	0	0	0	0	0	0	0
Hunds- + Breitnasenaffen	92	275	208	138	169	163	202
Halbaffen	2	7	3	0	4	0	33
Hunde	1.190	1.169	830	842	797	699	723
Katzen	112	415	159	332	18	82	50
andere Fleischfresser	0	71	76	37	19	48	57
Pferde, Esel, usw.	68	135	44	40	109	113	159
Schweine	2.913	3.344	4.684	5.107	2.892	2.911	2.651
Ziegen und Schafe	1.135	1.308	1.238	1.571	866	711	1.032
Rinder	473	679	1.078	373	391	634	169
andere Säugetiere	43	95	35	4	64	18	7
Vögel, einschl. Geflügel	19.325	19.961	36.649	49.835	41.328	39.258	35.534
Reptilien	0	0	0	0	20	30	37
Amphibien	29	25	121	260	81	47	121
Fische	9.277	6.983	929	1.814	1.063	1.553	1.501
gesamt	372.763	355.502	333.070	304.291	284.582	220.766	250.180

Art der Versuchstiere	2. Entwicklung oder Prüfung von Arzneimitteln nach § 2 des Arzneimittelgesetzes						
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	822.809	816.071	753.699	667.685	603.492	537.626	470.613
Ratten	417.542	339.950	352.742	352.918	278.477	266.881	259.725
Meerschweinchen	60.642	62.891	64.412	60.495	49.003	40.024	38.566
andere Nager	13.102	15.286	11.691	9.925	12.900	10.256	12.613
Kaninchen	51.911	44.928	43.663	46.262	36.782	22.822	26.309
Menschenaffen	130	0	0	0	0	0	0
Hunds- + Breitnasenaffen	1.270	1.230	903	686	653	940	877
Halbaffen	17	39	103	25	97	144	25
Hunde	5.818	4.492	4.604	4.436	3.889	4.333	3.840
Katzen	1.824	1.010	977	710	554	483	443
andere Fleischfresser	104	170	110	247	48	90	89
Pferde, Esel, usw.	39	40	90	122	41	6	30
Schweine	2.681	3.573	3.150	2.807	2.718	4.092	4.218
Ziegen und Schafe	502	587	582	281	480	538	626
Rinder	693	1.290	1.014	1.020	1.428	1.454	1.143
andere Säugetiere	53	0	23	20	18	15	0
Vögel, einschl. Geflügel	27.294	52.179	33.036	22.362	24.603	35.366	26.652
Reptilien	0	0	0	0	0	0	15
Amphibien	0	0	25	0	0	0	0
Fische	5.250	1.560	794	775	1.159	1.183	689
gesamt	1.411.681	1.345.296	1.271.618	1.170.776	1.016.342	926.253	846.473

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach Art der Versuchstiere und nach bestimmten Versuchszwecken**

Art der Versuchstiere	3. Entwicklung oder Prüfung von Pflanzenschutzmitteln nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 des Pflanzenschutzmittelgesetzes						
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	5.094	16.414	5.127	5.616	4.406	10.106	7.449
Ratten	31.577	27.376	26.874	23.629	21.488	31.180	15.433
Meerschweinchen	4.022	2.086	3.724	2.900	2.486	3.616	1.765
andere Nager	486	169	0	57	28	0	10
Kaninchen	1.976	2.044	1.625	1.049	1.488	1.183	832
Menschenaffen	0	0	0	0	0	0	0
Hunds- + Breitnasenaffen	0	48	20	0	0	5	3
Halbaffen	0	0	0	0	0	0	0
Hunde	208	641	184	402	389	568	359
Katzen	0	10	0	0	0	0	0
andere Fleischfresser	0	0	6	0	0	0	30
Pferde, Esel, usw.	0	0	0	0	0	0	0
Schweine	0	0	0	0	0	408	0
Ziegen und Schafe	5	1	1	4	0	0	8
Rinder	0	2	2	12	0	12	0
andere Säugetiere	0	0	0	0	0	50	0
Vögel, einschl. Geflügel	2.545	982	1.842	2.647	3.648	3.442	3.664
Reptilien	0	0	0	0	0	0	0
Amphibien	0	0	0	20	10	10	0
Fische	22.707	14.409	11.682	20.048	10.358	10.517	12.072
Gesamt	68.620	64.182	51.087	56.384	44.301	61.097	41.625

Art der Versuchstiere	4. Prüfung anderer Stoffe oder Priodukte als Arzneimittel oder Pflanzenschutzmittel						
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	21.993	14.857	14.892	10.778	12.310	6.137	5.666
Ratten	30.835	26.832	27.470	14.735	15.384	11.488	9.489
Meerschweinchen	3.464	3.090	5.220	5.905	5.654	6.181	5.607
andere Nager	109	754	560	386	267	36	0
Kaninchen	3.849	2.955	1.472	1.548	2.016	2.243	1.471
Menschenaffen	0	0	0	0	0	0	0
Hunds- + Breitnasenaffen	16	98	0	0	10	10	0
Halbaffen	0	0	0	0	0	0	32
Hunde	181	146	34	42	178	44	36
Katzen	0	2	0	0	0	0	0
andere Fleischfresser	0	0	0	68	0	0	0
Pferde, Esel, usw.	0	0	0	0	0	0	3
Schweine	659	895	1.155	322	664	661	502
Ziegen und Schafe	72	30	99	81	2	25	28
Rinder	78	161	54	42	267	116	123
andere Säugetiere	0	0	0	0	0	0	0
Vögel, einschl. Geflügel	9.507	20.445	4.483	4.418	6.294	13.409	14.227
Reptilien	0	0	0	0	0	0	0
Amphibien	0	31	0	0	0	0	0
Fische	51.579	28.721	15.017	22.279	14.365	26.986	13.729
Gesamt	122.342	99.017	70.456	60.604	57.411	67.336	50.913

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach Art der Versuchstiere und nach bestimmten Versuchszwecken**

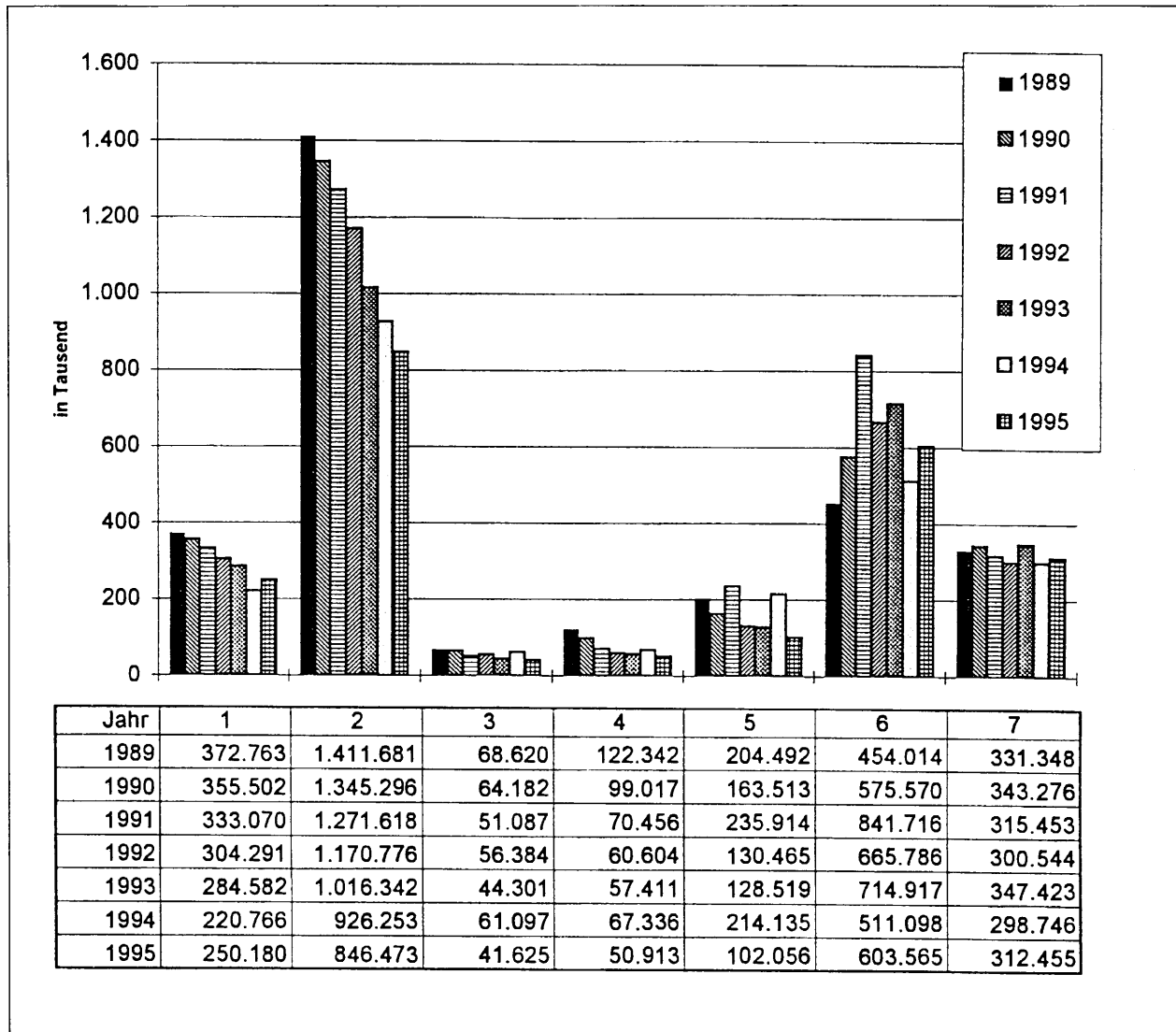
Art der Versuchstiere	5. Prüfung zur Erkennung von Umweltgefährdungen						
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	53.991	30.387	28.092	24.682	21.879	114.966	9.027
Ratten	11.107	9.969	8.800	6.461	6.092	6.633	9.350
Meerschweinchen	2.041	1.936	1.476	1.613	2.071	1.352	1.144
andere Nager	149	777	171	482	812	304	458
Kaninchen	285	139	126	98	70	52	206
Menschenaffen	0	0	0	0	0	0	0
Hunds- + Breitnasenaffen	0	0	0	0	0	0	6
Halbaffen	0	56	0	0	0	0	0
Hunde	14	21	35	0	0	0	2
Katzen	3	0	0	0	0	0	0
andere Fleischfresser	28	24	21	0	116	58	4
Pferde, Esel, usw.	0	0	0	0	0	0	8
Schweine	178	137	51	10	20	24	5
Ziegen und Schafe	2	4	7	0	0	0	0
Rinder	24	23	12	10	34	23	52
andere Säugetiere	10	35	11	25	2	0	0
Vögel, einschl. Geflügel	4.097	1.340	2.105	281	0	173	0
Reptilien	0	0	0	0	0	0	0
Amphibien	2.156	1.520	80	320	0	0	2.114
Fische	130.407	117.145	194.927	96.483	97.423	90.550	79.680
Gesamt	204.492	163.513	235.914	130.465	128.519	214.135	102.056

Art der Versuchstiere	6. von 1.-5.: Gesetzlich erforderliche Prüfungen für die Anmeldung oder Zulassung von Stoffen oder Produkten						
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	195.520	290.060	479.064	367.466	407.269	230.882	339.992
Ratten	92.713	158.948	206.713	178.382	194.351	175.331	176.631
Meerschweinchen	16.529	20.409	37.820	26.294	20.599	19.241	15.795
andere Nager	3.350	5.767	8.300	5.174	5.651	6.037	8.925
Kaninchen	12.661	14.399	27.016	15.485	22.088	13.331	13.059
Menschenaffen	67	0	0	0	0	0	0
Hunds- + Breitnasenaffen	220	1.016	773	616	711	913	911
Halbaffen	0	0	91	25	97	144	57
Hunde	2.840	2.650	3.066	2.751	2.998	3.082	3.525
Katzen	186	277	628	684	280	156	197
andere Fleischfresser	24	0	33	57	33	24	13
Pferde, Esel, usw.	7	20	57	50	39	0	0
Schweine	800	1.165	1.502	995	1.209	1.861	1.222
Ziegen und Schafe	2	22	107	191	247	42	263
Rinder	227	235	374	672	944	561	408
andere Säugetiere	0	0	0	15	0	0	0
Vögel, einschl. Geflügel	25.254	3.212	6.021	10.340	15.232	9.764	4.927
Reptilien	0	0	0	0	0	0	0
Amphibien	0	0	80	20	10	10	20
Fische	103.614	77.390	70.071	56.569	43.159	49.719	37.620
Gesamt	454.014	575.570	841.716	665.786	714.917	511.098	603.565

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach Art der Versuchstiere und nach bestimmten Versuchszwecken**

Art der Versuchstiere	7. Grundlagenforschung						
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Mäuse	142.885	158.162	154.983	154.650	168.099	154.705	172.027
Ratten	95.259	94.343	111.733	87.807	98.632	86.514	79.074
Meerschweinchen	7.435	3.874	4.830	2.656	2.608	3.182	3.244
andere Nager	8.891	5.804	5.041	5.809	8.169	5.198	8.571
Kaninchen	6.054	7.148	7.246	5.895	4.353	5.345	5.128
Menschenaffen	2	0	5	0	0	0	0
Hunds- + Breitnasenaffen	319	461	460	226	344	360	282
Halbaffen	31	128	16	16	31	41	42
Hunde	574	396	473	355	337	312	265
Katzen	729	732	773	617	557	483	526
andere Fleischfresser	32	68	21	10	65	112	69
Pferde, Esel, usw.	63	44	54	74	43	42	59
Schweine	2.702	3.772	2.747	3.192	3.743	3.318	2.400
Ziegen und Schafe	644	1.097	809	739	484	566	436
Rinder	203	1.847	805	460	573	456	337
andere Säugetiere	252	518	187	210	587	256	154
Vögel, einschl. Geflügel	10.333	4.657	6.657	5.116	10.336	7.117	7.459
Reptilien	216	281	74	82	246	248	691
Amphibien	6.323	12.996	6.217	6.180	10.537	9.129	12.640
Fische	48.401	46.948	12.322	26.450	37.679	21.362	19.051
Gesamt	331.348	343.276	315.453	300.544	347.423	298.746	312.455

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach bestimmten Verwendungszwecken**



1. Erforschung oder Erprobung von Methoden zur Diagnostik, Prophylaxe oder Therapie
2. Entwicklung oder Prüfung von Arzneimitteln nach § 2 des Arzneimittelgesetzes
3. Entwicklung oder Prüfung von Pflanzenschutzmitteln nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 des Pflanzenschutzgesetzes
4. Prüfung anderer Stoffe oder Produkte als Arzneimittel oder Pflanzenschutzmittel
5. Prüfung zur Erkennung von Umweltgefährdungen
6. Von 1.–5.: Gesetzlich erforderliche Prüfungen für die Anmeldung oder Zulassung von Stoffen oder Produkten
7. Grundlagenforschung

zu Tabelle 3
der Versuchstiermeldeverordnung

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach der Dauer der Versuche 1994**

Art der Versuchstiere	Dauer der Versuche			
	< 1 Tag	1-7 Tage	8-30 Tage	> 30 Tage
Mäuse	401.611	229.827	214.409	123.498
Ratten	210.687	96.332	96.264	71.899
Meerschweinchen	26.689	14.694	15.076	12.324
andere Nager	5.996	3.600	6.681	11.107
Kaninchen	31.205	3.365	9.542	8.029
Menschenaffen	0	0	0	0
Hundes- + Breitnasenaffen	292	168	320	754
Halbaffen	47	31	46	61
Hunde	1.900	758	1.429	2.314
Katzen	466	278	251	91
andere Fleischfresser	25	14	162	88
Pferde	34	38	36	53
Schweine	6.134	1.475	1.845	3.368
Ziegen/Schafe	571	105	222	1.181
Rinder	398	139	847	1.499
andere Säugetiere	76	67	105	99
Vögel, einschl. Geflügel	45.097	14.207	16.392	35.111
Reptilien	165	12	30	10
Amphibien	2.517	508	861	5.360
Fische	3.317	119.295	5.985	21.830
gesamt	737.227	484.913	370.503	298.676

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach der Art der Versuche 1994**

Art der Versuchstiere	Art der Versuche									
	Applikationen und Punktionen ohne Erzielen von Krankheitszuständen	Infektionsversuche	Operative Eingriffe unter Narkose ohne Wiedererwachen	Operative Eingriffe mit Betäubung	Operative Eingriffe ohne Betäubung	Physikalische Einwirkungen	Schmerzzerzeugung	Toxizitätsuntersuchungen	Verhaltensbeeinträchtigungen	Andere Eingriffe oder Behandlungen
Mäuse	280.670	175.513	8.737	43.881	2.945	21.234	22.700	75.664	76.233	261.768
Ratten	108.465	7.557	66.336	54.961	2.756	7.695	12.040	76.049	13.508	125.815
Meerschweinchen	18.963	9.066	11.251	1.305	0	149	30	11.909	74	16.036
andere Nager	4.730	9.500	1.559	5.938	0	24	0	782	1.711	3.140
Kaninchen	30.332	1.766	4.489	3.247	60	344	0	6.126	0	5.777
Menschenaffen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Hundes- + Breitnasenaffen	315	118	62	69	0	2	0	825	6	137
Halbaffen	9	0	28	0	0	0	0	88	0	60
Hunde	1.351	50	1.290	746	0	26	0	2.662	0	276
Katzen	156	120	460	148	0	0	0	15	0	187
andere Fleischfresser	88	51	14	28	0	0	0	58	5	45
Pferde	107	3	0	12	0	0	0	33	0	6
Schweine	5.644	752	3.319	2.189	90	126	0	165	54	483
Ziegen/Schafe	448	211	168	488	0	56	2	23	62	621
Rinder	1.322	806	65	21	0	23	0	70	0	576
andere Säugetiere	28	0	88	23	2	0	0	20	8	178
Vögel, einschl. Geflügel	28.493	24.629	29.615	520	0	324	0	3.432	194	23.600
Reptilien	3	30	0	9	0	0	0	0	0	175
Amphibien	890	0	381	1.473	0	0	0	0	0	6.502
Fische	1.824	2.242	986	857	0	100	0	123.023	465	20.930
gesamt	483.838	232.414	128.848	115.915	5.853	30.103	34.772	300.944	92.320	466.312

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach der Dauer der Versuche 1995**

Art der Versuchstiere	Dauer der Versuche			
	< 1 Tag	1-7 Tage	8-30 Tage	> 30 Tage
Mäuse	338.097	209.863	189.965	127.987
Ratten	210.031	91.209	81.653	64.184
Meerschweinchen	20.736	11.974	13.209	11.217
andere Nager	8.491	6.149	6.050	7.522
Kaninchen	32.518	2.506	7.542	6.977
Menschenaffen	0	0	0	0
Hundes- + Breitnasenaffen	127	148	376	794
Halbaffen	59	8	7	58
Hunde	1.571	501	1.167	2.271
Katzen	411	219	307	98
andere Fleischfresser	57	26	116	49
Pferde	56	31	119	83
Schweine	4.343	1.532	2.520	2.113
Ziegen/Schafe	670	232	146	1.249
Rinder	152	102	525	1.105
andere Säugetiere	15	22	121	22
Vögel, einschl. Geflügel	30.654	9.335	17.056	32.496
Reptilien	366	25	30	255
Amphibien	3.336	805	842	9.950
Fische	12.320	86.897	12.615	16.825
gesamt	664.010	421.584	334.366	285.255

**Anzahl der Versuchstiere,
aufgegliedert nach der Art der Versuche 1995**

Art der Versuchstiere	Art der Versuche									
	Applikationen und Punktionen ohne Erzielen von Krankheitszuständen	Infektionsversuche	Operative Eingriffe unter Narkose ohne Wiedererwachen	Operative Eingriffe mit Betäubung	Operative Eingriffe ohne Betäubung	Physikalische Einwirkungen	Schmerzzerzeugung	Toxizitätsuntersuchungen	Verhaltensbeeinträchtigungen	Andere Eingriffe oder Behandlungen
Mäuse	266.402	143.267	13.882	30.484	345	35.165	18.449	63.653	59.656	234.609
Ratten	102.436	6.972	70.410	52.149	1.852	8.047	8.838	64.965	16.929	114.479
Meerschweinchen	15.393	6.230	10.119	365	1	76	0	9.812	303	14.837
andere Nager	7.463	5.576	3.624	5.642	195	78	0	390	1.642	3.602
Kaninchen	29.202	1.468	5.299	2.473	11	278	0	5.230	85	5.497
Menschenaffen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Hundes- + Breitnasenaffen	283	250	24	199	0	0	0	557	14	118
Halbaffen	20	18	0	1	26	0	0	37	0	30
Hunde	1.187	84	1.116	723	7	7	3	2.204	20	159
Katzen	127	153	475	99	0	0	0	91	0	90
andere Fleischfresser	147	32	12	9	0	0	0	4	30	14
Pferde	154	14	0	6	0	0	0	94	0	21
Schweine	3.903	576	2.936	1.878	158	90	0	387	8	572
Ziegen/Schafe	772	266	80	484	0	84	3	9	24	575
Rinder	880	373	11	60	0	18	0	68	10	464
andere Säugetiere	18	6	2	102	0	0	0	0	0	52
Vögel, einschl. Geflügel	48.059	17.112	547	445	0	272	0	5.549	333	17.224
Reptilien	31	30	5	5	0	0	0	0	243	362
Amphibien	1.185	0	1.016	1.385	0	0	0	2.168	0	9.179
Fische	2.413	1.762	343	5.881	0	5.423	0	100.314	438	12.083
gesamt	480.075	184.189	109.901	102.390	2.595	49.538	27.293	255.532	79.735	413.967

**Anzahl der Versuchstiere
in Einrichtungen der Bundeswehr**

Jahr	Gesamt	Hunde	Schafe / Ziegen	Meer- schwein- chen	Kanin- chen	Ratten / Mäuse	Gänse / Hühner	Fische
1984	6.429	12	69	1.298	344	4.609	97	0
1985	4.826	16	94	1.608	308	2.744	56	0
1986	4.720	0	32	1.193	414	3.149	32	0
1987	2.857	0	40	597	326	1.868	26	0
1988	1.471	0	64	504	342	558	3	0
1989	1.459	0	15	276	96	1.072	0	0
1990	1.130	0	27	213	106	784	0	0
1991	3.325	0	29	375	93	1.048	0	1.780
1992	2.643	0	0	34	52	456	0	2.101
1993	1.487	4	4	330	37	452	0	660
1994	2.056	0	0	254	51	211	0	1.540
1995	695	0	0	11	44	110	0	530

Bundesgesetzblatt

Teil I

Z 5702A

1993

Ausgegeben zu Bonn am 26. Februar 1993

Nr. 7

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1993, Teil I

Bekanntmachung der Neufassung des Tierschutzgesetzes

Vom 17. Februar 1993

Auf Grund des Artikels 8 des Gesetzes zur Änderung veterinärrechtlicher, lebensmittelrechtlicher und tierzuchtrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1992 (BGBl. I S. 2022) wird nachstehend der Wortlaut des Tierschutzgesetzes in der seit 1. Januar 1993 geltenden Fassung bekanntgemacht. Die Neufassung berücksichtigt:

1. die Fassung der Bekanntmachung des Gesetzes vom 18. August 1986 (BGBl. I S. 1319),
2. den am 1. Juli 1990 in Kraft getretenen Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Juni 1990 (BGBl. I S. 1080),
3. den am 1. September 1990 in Kraft getretenen Artikel 3 des Gesetzes vom 20. August 1990 (BGBl. I S. 1762) und
4. den nach seinem Artikel 9 im wesentlichen am 1. Januar 1993 in Kraft getretenen Artikel 2 des eingangs genannten Gesetzes.

Bonn, den 17. Februar 1993

**Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Jochen Borchert**

Nr. 7 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 26. Februar 1993

Tierschutzgesetz

Erster Abschnitt

Grundsatz

§ 1

Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

Zweiter Abschnitt

Tierhaltung

§ 2

Wer ein Tier hält, betreut oder zu betreuen hat,

1. muß das Tier seiner Art und seinen Bedürfnissen entsprechend angemessen ernähren, pflegen und verhaltensgerecht unterbringen,
2. darf die Möglichkeit des Tieres zu artgemäßer Bewegung nicht so einschränken, daß ihm Schmerzen oder vermeidbare Leiden oder Schäden zugefügt werden.

§ 2a

(1) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, die Anforderungen an die Haltung von Tieren nach § 2 näher zu bestimmen und dabei insbesondere Vorschriften zu erlassen über Anforderungen

1. hinsichtlich der Bewegungsmöglichkeit oder der Gemeinschaftsbedürfnisse der Tiere,
2. an Räume, Käfige, andere Behältnisse und sonstige Einrichtungen zur Unterbringung von Tieren sowie an die Beschaffenheit von Anbinde-, Fütterungs- und Tränkevorrichtungen,
3. hinsichtlich der Lichtverhältnisse und des Raumklimas bei der Unterbringung der Tiere,
4. an die Pflege einschließlich der Überwachung der Tiere; hierbei kann der Bundesminister auch vorschreiben, daß Aufzeichnungen über die Ergebnisse der Überwachung zu machen, aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen sind.

(2) Der Bundesminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr und, soweit die Beförderung mit der Deutschen Bundespost berührt wird, mit dem Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen*) durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des

Bundesrates, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, ihre Beförderung zu regeln. Er kann hierbei insbesondere

1. Anforderungen
 - a) hinsichtlich der Transportfähigkeit von Tieren,
 - b) an Transportmittel für Tiere
 festlegen,
- 1a. bestimmte Transportmittel und Versendungsarten für die Beförderung bestimmter Tiere, insbesondere die Versendung als Nachnahme, verbieten oder beschränken,
2. bestimmte Transportmittel und Versendungsarten für die Beförderung bestimmter Tiere vorschreiben,
3. vorschreiben, daß bestimmte Tiere bei der Beförderung von einem Betreuer begleitet werden müssen,
- 3a. vorschreiben, daß Personen, die Tiertransporte durchführen oder hierbei mitwirken, bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten haben und diese nachweisen müssen,
4. Vorschriften über das Verladen, Entladen, Unterbringen, Ernähren und Pflegen der Tiere erlassen,
5. als Voraussetzung für die Durchführung von Tiertransporten bestimmte Bescheinigungen, Erklärungen oder Meldungen vorschreiben sowie deren Ausstellung und Aufbewahrung regeln,
6. vorschreiben, daß, wer gewerbsmäßig Tiertransporte durchführt, bei der zuständigen Behörde registriert sein muß, sowie die Voraussetzungen und das Verfahren der Registrierung regeln.

§ 3

Es ist verboten,

1. einem Tier außer in Notfällen Leistungen abzuverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen,
2. ein gebrechliches, krankes, abgetriebenes oder altes, im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier, für das ein Weiterleben mit nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden verbunden ist, zu einem anderen Zweck als zur unverzüglichen schmerzlosen Tötung zu veräußern oder zu erwerben; dies gilt nicht für die unmittelbare Abgabe eines kranken Tieres an eine Person oder Einrichtung, der eine Genehmigung nach § 8 und, wenn es sich um ein Wirbeltier handelt, eine Ausnahmegenehmigung nach § 9 Abs. 2 Nr. 7 Satz 2 für Versuche an solchen Tieren erteilt worden ist,
3. ein im Haus, Betrieb oder sonst in Obhut des Menschen gehaltenes Tier auszusetzen oder es zurückzulassen, um sich seiner zu entledigen,

*) Jetzt: Bundesminister für Post und Telekommunikation.

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1993, Teil I

4. ein gezüchtetes oder aufgezogenes Tier einer wildlebenden Art in der freien Natur auszusetzen oder anzusiedeln, das nicht auf die zum Überleben in dem vorgesehenen Lebensraum erforderliche artgemäße Nahrungsaufnahme vorbereitet und an das Klima angepaßt ist; die Vorschriften des Jagdrechts und des Naturschutzrechts bleiben unberührt,
5. ein Tier auszubilden, sofern damit erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind,
6. ein Tier zu einer Filmaufnahme, Schaustellung, Werbung oder ähnlichen Veranstaltung heranzuziehen, sofern damit Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind,
7. ein Tier an einem anderen lebenden Tier auf Schärfe abzurichten oder zu prüfen,
8. ein Tier auf ein anderes Tier zu hetzen, soweit dies nicht die Grundsätze weidgerechter Jagdausübung erfordern,
9. einem Tier durch Anwendung von Zwang Futter einzuverleiben, sofern dies nicht aus gesundheitlichen Gründen erforderlich ist,
10. einem Tier Futter darzureichen, das dem Tier erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden bereitet,
11. an einem Tier bei sportlichen Wettkämpfen oder ähnlichen Veranstaltungen Dopingmittel anzuwenden.

Dritter Abschnitt

Töten von Tieren

§ 4

(1) Ein Wirbeltier darf nur unter Betäubung oder sonst, soweit nach den gegebenen Umständen zumutbar, nur unter Vermeidung von Schmerzen getötet werden. Ist die Tötung eines Wirbeltieres ohne Betäubung im Rahmen weidgerechter Ausübung der Jagd oder auf Grund anderer Rechtsvorschriften zulässig oder erfolgt sie im Rahmen zulässiger Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen, so darf die Tötung nur vorgenommen werden, wenn hierbei nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen entstehen. Ein Wirbeltier töten darf nur, wer die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat.

(2) Für das Schlachten eines warmblütigen Tieres gilt § 4a.

§ 4a

(1) Ein warmblütiges Tier darf nur geschlachtet werden, wenn es vor Beginn des Blutentzugs betäubt worden ist.

(2) Abweichend von Absatz 1 bedarf es keiner Betäubung, wenn

1. sie bei Notschlachtungen nach den gegebenen Umständen nicht möglich ist,
2. die zuständige Behörde eine Ausnahmegenehmigung für ein Schlachten ohne Betäubung (Schächten) erteilt hat; sie darf die Ausnahmegenehmigung nur insoweit erteilen, als es erforderlich ist, den Bedürfnissen von Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu entsprechen, de-

nen zwingende Vorschriften ihrer Religionsgemeinschaft das Schächten vorschreiben oder den Genuß von Fleisch nicht geschächteter Tiere untersagen.

§ 4b

Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. a) das Schlachten von Fischen und anderen kaltblütigen Tieren zu regeln,
 - b) bestimmte Tötungsarten und Betäubungsverfahren näher zu regeln, vorzuschreiben, zuzulassen oder zu verbieten,
 - c) die Voraussetzungen näher zu regeln, unter denen Schlachtungen im Sinne des § 4a Abs. 2 Nr. 2 vorgenommen werden dürfen,
- um sicherzustellen, daß den Tieren nicht mehr als unvermeidbare Schmerzen zugefügt werden,
2. das Schlachten von Tieren im Rahmen der Bestimmungen des Europäischen Übereinkommens vom 10. Mai 1979 über den Schutz von Schlachttieren (BGBl. 1983 II S. 770) näher zu regeln.

Vierter Abschnitt

Eingriffe an Tieren

§ 5

(1) An einem Wirbeltier darf ohne Betäubung ein mit Schmerzen verbundener Eingriff nicht vorgenommen werden. Die Betäubung eines warmblütigen Wirbeltieres ist von einem Tierarzt vorzunehmen. Für die Betäubung mit Betäubungspatronen kann die zuständige Behörde Ausnahmen von Satz 2 zulassen, sofern ein berechtigter Grund nachgewiesen wird.

(2) Eine Betäubung ist nicht erforderlich,

1. wenn bei vergleichbaren Eingriffen am Menschen eine Betäubung in der Regel unterbleibt,
2. wenn die Betäubung im Einzelfall nach tierärztlichem Urteil nicht durchführbar erscheint.

(3) Eine Betäubung ist ferner nicht erforderlich

1. für das Kastrieren von unter zwei Monate alten männlichen Rindern, Schweinen, Ziegen, Schafen und Kaninchen, sofern kein von der normalen anatomischen Beschaffenheit abweichender Befund vorliegt,
2. für das Enthornen oder das Verhindern des Hornwachstums bei unter sechs Wochen alten Rindern,
3. für das Kürzen des Schwanzes von unter vier Tage alten Ferkeln sowie von unter acht Tage alten Lämmern,
4. für das Kürzen des Schwanzes von unter acht Tage alten Lämmern mittels elastischer Ringe,
5. für das Kürzen der Rute von unter acht Tage alten Welpen,
6. für das Kürzen von Hornteilen des Schnabels beim Geflügel,
7. für das Absetzen des krallentragenden letzten Zehengliedes bei Masthahnenküken, die als Zuchthähne Ver-

Nr. 7 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 26. Februar 1993

wendung finden sollen, während des ersten Lebensstages.

(4) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Verfahren und Methoden zur Durchführung von Maßnahmen nach Absatz 3 vorzuschreiben, zuzulassen oder zu verbieten, soweit dies zum Schutz der Tiere erforderlich ist.

§ 6

(1) Verboten ist das vollständige oder teilweise Amputieren von Körperteilen oder das vollständige oder teilweise Entnehmen oder Zerstören von Organen oder Geweben eines Wirbeltieres. Das Verbot gilt nicht, wenn

1. der Eingriff im Einzelfall nach tierärztlicher Indikation geboten ist,
2. der Eingriff im Einzelfall für die vorgesehene Nutzung des Tieres, ausgenommen eine Nutzung für Tierversuche, unerlässlich ist und tierärztliche Bedenken nicht entgegenstehen,
3. ein Fall des § 5 Abs. 3 vorliegt,
4. das vollständige oder teilweise Entnehmen von Organen oder Geweben zum Zwecke der Transplantation oder des Anlegens von Kulturen oder der Untersuchung isolierter Organe, Gewebe oder Zellen erforderlich ist.

Eingriffe nach Satz 2 Nr. 1 und 2 sind durch einen Tierarzt vorzunehmen; Eingriffe nach Satz 2 Nr. 3 können auch durch eine andere Person vorgenommen werden, die die dazu notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten hat. Für Eingriffe nach Satz 2 Nr. 4 gelten § 8a Abs. 1 und § 9 Abs. 1 Satz 1, 3 und 4, Abs. 2 Nr. 4 und 8 und Abs. 3 Satz 1 entsprechend.

(2) Verboten ist, beim Amputieren oder Kastrieren elastische Ringe zu verwenden; dies gilt nicht im Falle des § 5 Abs. 3 Nr. 4.

§ 6a

Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten nicht für Tierversuche und für Eingriffe zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung.

Fünfter Abschnitt

Tierversuche

§ 7

(1) Tierversuche im Sinne dieses Gesetzes sind Eingriffe oder Behandlungen zu Versuchszwecken

1. an Tieren, wenn sie mit Schmerzen, Leiden oder Schäden für diese Tiere oder
2. am Erbgut von Tieren, wenn sie mit Schmerzen, Leiden oder Schäden für die erbgutveränderten Tiere oder deren Trägartiere verbunden sein können.

(2) Tierversuche dürfen nur durchgeführt werden, soweit sie zu einem der folgenden Zwecke unerlässlich sind:

1. Vorbeugen, Erkennen oder Behandeln von Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder körperlichen Beschwerden oder Erkennen oder Beeinflussen physiologischer Zustände oder Funktionen bei Mensch oder Tier,

2. Erkennen von Umweltgefährdungen,

3. Prüfung von Stoffen oder Produkten auf ihre Unbedenklichkeit für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder auf ihre Wirksamkeit gegen tierische Schädlinge,

4. Grundlagenforschung.

Bei der Entscheidung, ob Tierversuche unerlässlich sind, ist insbesondere der jeweilige Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zugrunde zu legen und zu prüfen, ob der verfolgte Zweck nicht durch andere Methoden oder Verfahren erreicht werden kann.

(3) Versuche an Wirbeltieren dürfen nur durchgeführt werden, wenn die zu erwartenden Schmerzen, Leiden oder Schäden der Versuchstiere im Hinblick auf den Versuchszweck ethisch vertretbar sind. Versuche an Wirbeltieren, die zu länger anhaltenden oder sich wiederholenden erheblichen Schmerzen oder Leiden führen, dürfen nur durchgeführt werden, wenn die angestrebten Ergebnisse vermuten lassen, daß sie für wesentliche Bedürfnisse von Mensch oder Tier einschließlich der Lösung wissenschaftlicher Probleme von hervorragender Bedeutung sein werden.

(4) Tierversuche zur Entwicklung oder Erprobung von Waffen, Munition und dazugehörigem Gerät sind verboten.

(5) Tierversuche zur Entwicklung von Tabakerzeugnissen, Waschmitteln und dekorativen Kosmetika sind grundsätzlich verboten. Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Ausnahmen zu bestimmen, soweit es erforderlich ist, um konkrete Gesundheitsgefährdungen abzuwehren, und soweit die notwendigen neuen Erkenntnisse nicht auf andere Weise erlangt werden können.

§ 8

(1) Wer Versuche an Wirbeltieren durchführen will, bedarf der Genehmigung des Versuchsvorhabens durch die zuständige Behörde.

(2) Der Antrag auf Genehmigung eines Versuchsvorhabens ist schriftlich bei der zuständigen Behörde einzureichen. In dem Antrag ist

1. wissenschaftlich begründet darzulegen, daß die Voraussetzungen des Absatzes 3 Nr. 1 vorliegen,
2. nachzuweisen, daß die Voraussetzungen des Absatzes 3 Nr. 2 bis 4 vorliegen,
3. darzulegen, daß die Voraussetzungen des Absatzes 3 Nr. 5 vorliegen.

Der Antrag muß ferner die Angaben nach § 8a Abs. 2 Nr. 1 bis 5 enthalten.

(3) Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn

1. wissenschaftlich begründet dargelegt ist, daß
 - a) die Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 und 3 vorliegen,
 - b) das angestrebte Versuchsergebnis trotz Ausschöpfung der zugänglichen Informationsmöglichkeiten nicht hinreichend bekannt ist oder die Überprüfung eines hinreichend bekannten Ergebnisses durch einen Doppel- oder Wiederholungsversuch unerlässlich ist;

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1993, Teil I

2. der verantwortliche Leiter des Versuchsvorhabens und sein Stellvertreter die erforderliche fachliche Eignung insbesondere hinsichtlich der Überwachung der Tierversuche haben und keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen ihre Zuverlässigkeit ergeben;
3. die erforderlichen Anlagen, Geräte und anderen sachlichen Mittel vorhanden sowie die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung der Tierversuche einschließlich der Tätigkeit des Tierschutzbeauftragten gegeben sind;
4. eine den Anforderungen des § 2 entsprechende Unterbringung und Pflege einschließlich der Betreuung der Tiere sowie ihre medizinische Versorgung sichergestellt ist und
5. die Einhaltung der Vorschriften des § 9 Abs. 1 und 2 und des § 9a Abs. 1 erwartet werden kann.

(4) In dem Genehmigungsbescheid sind der Leiter des Versuchsvorhabens und sein Stellvertreter anzugeben. Wechselt der Leiter eines Versuchsvorhabens oder sein Stellvertreter, so hat der Genehmigungsinhaber diese Änderung der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen; die Genehmigung gilt weiter, wenn sie nicht innerhalb eines Monats widerrufen wird.

(5) Die Genehmigung ist zu befristen.

(6) Wird die Genehmigung einer Hochschule oder anderen Einrichtung erteilt, so müssen die Personen, welche die Tierversuche durchführen, bei der Einrichtung beschäftigt oder mit Zustimmung des verantwortlichen Leiters zur Benutzung der Einrichtung befugt sein.

(7) Der Genehmigung bedürfen nicht Versuchsvorhaben,

1. deren Durchführung ausdrücklich
 - a) durch Gesetz oder Rechtsverordnung oder durch unmittelbar anwendbaren Rechtsakt eines Organs der Europäischen Gemeinschaften vorgeschrieben,
 - b) in einer von der Bundesregierung oder einem Bundesminister mit Zustimmung des Bundesrates im Einklang mit § 7 Abs. 2 und 3 erlassenen allgemeinen Verwaltungsvorschrift vorgesehen oder
 - c) auf Grund eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung oder eines unmittelbar anwendbaren Rechtsaktes eines Organs der Europäischen Gemeinschaften von einem Richter oder einer Behörde angeordnet oder im Einzelfall als Voraussetzung für den Erlass eines Verwaltungsaktes gefordertist;
2. die als Impfungen, Blutentnahmen oder sonstige Maßnahmen diagnostischer Art nach bereits erprobten Verfahren vorgenommen werden und der Erkennung insbesondere von Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder körperlichen Beschwerden bei Mensch oder Tier oder der Prüfung von Seren oder Impfstoffen dienen.

§ 8a

(1) Wer Tierversuche durchführen will, die nicht der Genehmigung bedürfen, hat das Versuchsvorhaben spätestens zwei Wochen vor Beginn der zuständigen Behörde anzuzeigen. Die Frist braucht nicht eingehalten zu werden,

wenn in Notfällen eine sofortige Durchführung des Tierversuchs erforderlich ist; die Anzeige ist unverzüglich nachzuholen.

(2) In der Anzeige sind anzugeben:

1. der Zweck des Versuchsvorhabens,
2. die Art und bei Wirbeltieren die Zahl der für das Versuchsvorhaben vorgesehenen Tiere,
3. die Art und Durchführung der beabsichtigten Tierversuche einschließlich der Betäubung,
4. Ort, Beginn und voraussichtliche Dauer des Versuchsvorhabens,
5. Name und Anschrift des verantwortlichen Leiters des Versuchsvorhabens und seines Stellvertreters,
6. bei Versuchsvorhaben nach § 8 Abs. 7 Nr. 1 der Rechtsgrund der Genehmigungsfreiheit.

(3) Ist die Durchführung mehrerer gleichartiger Versuchsvorhaben beabsichtigt, so genügt die Anzeige des ersten Versuchsvorhabens, wenn in der Anzeige zusätzlich die voraussichtliche Zahl der Versuchsvorhaben angegeben wird. Am Ende eines jeden Jahres ist der zuständigen Behörde die Zahl der durchgeführten Versuchsvorhaben sowie bei Wirbeltieren Art und Zahl der insgesamt verwendeten Tiere anzugeben.

(4) Ändert sich nach Absatz 2 angegebene Sachverhalte während des Versuchsvorhabens, so sind diese Änderungen unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen, es sei denn, daß die Änderung für die Überwachung des Versuchsvorhabens ohne Bedeutung ist.

(5) Die zuständige Behörde hat Tierversuche zu untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Einhaltung der Vorschriften des § 7 Abs. 2 oder 3, des § 8b Abs. 1, 2, 4, 5 oder 6 oder des § 9 Abs. 1 oder 2 nicht sichergestellt ist, und diesem Mangel nicht innerhalb einer von der zuständigen Behörde gesetzten Frist abgeholfen worden ist.

§ 8b

(1) Träger von Einrichtungen, in denen Tierversuche an Wirbeltieren durchgeführt werden, haben einen oder mehrere Tierschutzbeauftragte zu bestellen und die Bestellung der zuständigen Behörde anzuzeigen. In der Anzeige sind auch die Stellung und die Befugnisse des Tierschutzbeauftragten nach Absatz 6 Satz 3 anzugeben.

(2) Zum Tierschutzbeauftragten können nur Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium der Veterinärmedizin, Medizin oder Biologie – Fachrichtung Zoologie – bestellt werden. Sie müssen die für die Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Fachkenntnisse und die hierfür erforderliche Zuverlässigkeit haben. Die zuständige Behörde kann im Einzelfall Ausnahmen von Satz 1 zulassen.

(3) Der Tierschutzbeauftragte ist verpflichtet,

1. auf die Einhaltung von Vorschriften, Bedingungen und Auflagen im Interesse des Tierschutzes zu achten,
2. die Einrichtung und die mit den Tierversuchen und mit der Haltung der Versuchstiere befaßten Personen zu beraten,
3. zu jedem Antrag auf Genehmigung eines Tierversuchs Stellung zu nehmen,

Nr. 7 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 26. Februar 1993

4. innerbetrieblich auf die Entwicklung und Einführung von Verfahren und Mitteln zur Vermeidung oder Beschränkung von Tierversuchen hinzuwirken.

(4) Führt der Tierschutzbeauftragte selbst ein Versuchsvorhaben durch, so muß für dieses Versuchsvorhaben ein anderer Tierschutzbeauftragter tätig sein.

(5) Die Einrichtung hat den Tierschutzbeauftragten bei der Erfüllung seiner Aufgaben so zu unterstützen und von allen Versuchsvorhaben zu unterrichten, daß er seine Aufgaben uneingeschränkt wahrnehmen kann.

(6) Der Tierschutzbeauftragte ist bei der Erfüllung seiner Aufgaben weisungsfrei. Er darf wegen der Erfüllung seiner Aufgaben nicht benachteiligt werden. Seine Stellung und seine Befugnisse sind durch Satzung, innerbetriebliche Anweisung oder in ähnlicher Form zu regeln. Dabei ist sicherzustellen, daß der Tierschutzbeauftragte seine Vorschläge oder Bedenken unmittelbar bei der in der Einrichtung entscheidenden Stelle vortragen kann. Werden mehrere Tierschutzbeauftragte bestellt, so sind ihre Aufgabenbereiche festzulegen.

§ 9

(1) Tierversuche dürfen nur von Personen durchgeführt werden, die die dafür erforderlichen Fachkenntnisse haben. Tierversuche an Wirbeltieren, ausgenommen Versuche nach § 8 Abs. 7 Nr. 2, dürfen darüber hinaus nur von Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium der Veterinärmedizin oder der Medizin oder von Personen mit abgeschlossenem naturwissenschaftlichem Hochschulstudium durchgeführt werden. Tierversuche mit operativen Eingriffen an Wirbeltieren dürfen nur von Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium

1. der Veterinärmedizin oder Medizin oder
2. der Biologie – Fachrichtung Zoologie –, wenn diese Personen an Hochschulen oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen tätig sind,

durchgeführt werden. Die zuständige Behörde kann im Einzelfall Ausnahmen von den Sätzen 2 und 3 zulassen, soweit dies mit dem Schutz der Versuchstiere vereinbar ist.

(2) Tierversuche sind auf das unerläßliche Maß zu beschränken. Bei der Durchführung ist der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu berücksichtigen. Im einzelnen gilt für die Durchführung folgendes:

1. Versuche an sinnesphysiologisch höher entwickelten Tieren, insbesondere warmblütigen Tieren, dürfen nur durchgeführt werden, soweit Versuche an sinnesphysiologisch niedriger entwickelten Tieren für den verfolgten Zweck nicht ausreichen. Versuche an Tieren, die aus der Natur entnommen worden sind, dürfen nur durchgeführt werden, soweit Versuche an anderen Tieren für den verfolgten Zweck nicht ausreichen.
2. Für den Tierversuch dürfen nicht mehr Tiere verwendet werden, als für den verfolgten Zweck erforderlich ist.
3. Schmerzen, Leiden oder Schäden dürfen den Tieren nur in dem Maße zugefügt werden, als es für den verfolgten Zweck unerläßlich ist; insbesondere dürfen sie nicht aus Gründen der Arbeits-, Zeit- oder Kostenersparnis zugefügt werden.
4. Versuche an Wirbeltieren dürfen vorbehaltlich des Satzes 4 nur unter Betäubung vorgenommen werden. Die

Betäubung darf nur von einer Person, die die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 und 2 erfüllt, oder unter ihrer Aufsicht vorgenommen werden. Ist bei einem betäubten Wirbeltier damit zu rechnen, daß mit Abklingen der Betäubung erhebliche Schmerzen auftreten, so muß das Tier rechtzeitig mit schmerzlindernden Mitteln behandelt werden, es sei denn, daß dies mit dem Zweck des Tierversuchs nicht vereinbar ist. An einem nicht betäubten Wirbeltier darf

- a) kein Eingriff vorgenommen werden, der zu schweren Verletzungen führt,
- b) ein Eingriff nur vorgenommen werden, wenn der mit dem Eingriff verbundene Schmerz geringfügiger ist als die mit einer Betäubung verbundene Beeinträchtigung des Befindens des Versuchstieres oder der Zweck des Tierversuchs eine Betäubung ausschließt.

An einem nicht betäubten Wirbeltier darf nur einmal ein erheblich schmerzhafter Eingriff oder eine erheblich schmerzhaft Behandlung durchgeführt werden, es sei denn, daß der Zweck des Tierversuchs anders nicht erreicht werden kann. Bei einem nicht betäubten Wirbeltier dürfen keine Mittel angewandt werden, durch die die Äußerung von Schmerzen verhindert oder eingeschränkt wird.

5. Wird bei einem Wirbeltier ein schwerer operativer Eingriff vorgenommen oder ist das Tier in einem mit erheblichen oder länger anhaltenden Schmerzen oder Leiden oder mit erheblichen Schäden verbundenen Tierversuch verwendet worden, so darf es nicht für ein weiteres Versuchsvorhaben verwendet werden, es sei denn, sein allgemeiner Gesundheitszustand und sein Wohlbefinden sind vollständig wiederhergestellt und der weitere Tierversuch ist nicht mit Leiden oder Schäden und mit nur unerheblichen Schmerzen verbunden.
6. Bei Tierversuchen zur Ermittlung der tödlichen Dosis oder tödlichen Konzentration eines Stoffes ist das Tier schmerzlos zu töten, sobald erkennbar ist, daß es infolge der Wirkung des Stoffes stirbt.
7. Wirbeltiere dürfen für Tierversuche nur verwendet werden, wenn sie für diesen Zweck gezüchtet worden sind. Die zuständige Behörde kann, soweit es mit dem Schutz der Tiere vereinbar ist, Ausnahmen hiervon zulassen, wenn für Versuchszwecke gezüchtete Tiere der betreffenden Art nicht zur Verfügung stehen oder der Zweck des Tierversuchs die Verwendung von Tieren anderer Herkunft erforderlich macht.
8. Nach Abschluß eines Tierversuchs ist jeder verwendete und überlebende Affe, Halbaffe, Einhufer, Paarhufer, Hund, Hamster sowie jede verwendete und überlebende Katze und jedes verwendete und überlebende Kaninchen und Meerschweinchen unverzüglich einem Tierarzt zur Untersuchung vorzustellen. Kann das Tier nach dem Urteil des Tierarztes nur unter Schmerzen oder Leiden weiterleben, so muß es unverzüglich schmerzlos getötet werden. Andere als in Satz 1 bezeichnete Tiere sind gleichfalls unverzüglich schmerzlos zu töten, wenn dies nach dem Urteil der Person, die den Tierversuch durchgeführt hat, erforderlich ist. Soll ein Tier am Ende eines Tierversuchs am Leben erhalten werden, so muß es seinem Gesundheitszustand entsprechend gepflegt und dabei von einem Tierarzt

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1993, Teil I

oder einer anderen befähigten Person beobachtet und erforderlichenfalls medizinisch versorgt werden.

(3) Für die Einhaltung der Vorschriften der Absätze 1 und 2 ist der Leiter des Versuchsvorhabens oder sein Stellvertreter verantwortlich. Das gleiche gilt für die Erfüllung von Auflagen, die mit einer Genehmigung nach § 8 verbunden sind.

§ 9a

(1) Über die Tierversuche sind Aufzeichnungen zu machen. Die Aufzeichnungen müssen für jedes Versuchsvorhaben den mit ihm verfolgten Zweck, insbesondere die Gründe für nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 erlaubte Versuche an sinnesphysiologisch höher entwickelten Tieren, sowie die Zahl und Bezeichnung der verwendeten Tiere und die Art und Ausführung der Versuche angeben. Werden Wirbeltiere verwendet, so ist auch ihre Herkunft einschließlich des Namens und der Anschrift des Vorbesitzers anzugeben; bei Hunden und Katzen sind zusätzlich Geschlecht und Rasse sowie Art und Zeichnung des Fells und eine an dem Tier vorgenommene Kennzeichnung anzugeben. Die Aufzeichnungen sind von den Personen, die die Versuche durchgeführt haben, und von dem Leiter des Versuchsvorhabens zu unterzeichnen; der Unterschrift bedarf es nicht, wenn die Aufzeichnungen mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellt werden. Die Aufzeichnungen sind drei Jahre lang nach Abschluß des Versuchsvorhabens aufzubewahren und der zuständigen Behörde auf Verlangen zur Einsichtnahme vorzulegen.

(2) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Personen und Einrichtungen, die Tierversuche an Wirbeltieren durchführen, zu verpflichten, in bestimmten, regelmäßigen Zeitabständen der zuständigen Behörde Angaben über Art und Zahl der für die Versuche verwendeten Tiere und über die Art der Versuche zu melden, und das Melde- und Übermittlungsverfahren zu regeln.

Sechster Abschnitt

Eingriffe und Behandlungen
zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung

§ 10

(1) Zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung dürfen Eingriffe oder Behandlungen an Tieren, die mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind, nur durchgeführt werden

1. an einer Hochschule, einer anderen wissenschaftlichen Einrichtung oder einem Krankenhaus oder
2. im Rahmen einer Aus-, Fort- oder Weiterbildung für Heilhilfsberufe oder naturwissenschaftliche Hilfsberufe.

Sie dürfen nur vorgenommen werden, soweit ihr Zweck nicht auf andere Weise, insbesondere durch filmische Darstellungen, erreicht werden kann.

(2) Auf Eingriffe oder Behandlungen zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung sind die §§ 8a, 9 Abs. 1 und 2 und § 9a Abs. 1 entsprechend anzuwenden. § 8a Abs. 1 Satz 1 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß die Eingriffe oder Behandlungen vor Aufnahme in das Lehrprogramm oder vor Änderung des Lehrprogramms anzu-

zeigen sind, § 9 Abs. 1 mit der Maßgabe, daß die Eingriffe und Behandlungen nur durch die dort genannten Personen oder unter deren Aufsicht durchgeführt werden dürfen.

(3) Für die Einhaltung der Vorschriften der Absätze 1 und 2 ist der Leiter der Aus-, Fort- oder Weiterbildung oder sein Stellvertreter verantwortlich.

Siebenter Abschnitt

Zucht von Tieren, Handel mit Tieren

§ 11

(1) Wer

1. Wirbeltiere zu Versuchszwecken züchten oder halten,
2. Tiere für andere in einem Tierheim oder in einer ähnlichen Einrichtung halten oder
3. gewerbsmäßig
 - a) Hunde, Katzen oder sonstige Heimtiere züchten oder halten,
 - b) mit Wirbeltieren außer landwirtschaftlichen Nutztieren handeln,
 - c) einen Reit- oder Fahrbetrieb unterhalten oder
 - d) Tiere zur Schau stellen

will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. In dem Antrag auf Erteilung der Erlaubnis sind anzugeben:

1. die Arten der Tiere, mit denen die Tätigkeit ausgeübt werden soll,
2. die für die Tätigkeit verantwortliche Person,
3. die Räume und Einrichtungen, die der Tätigkeit dienen.

Dem Antrag sind Nachweise über die Sachkunde im Sinne des Absatzes 2 Nr. 1 beizufügen.

(2) Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn

1. die für die Tätigkeit verantwortliche Person auf Grund ihrer Ausbildung oder ihres bisherigen beruflichen Umgangs mit Tieren die für diese Tätigkeit erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten hat,
2. die für die Tätigkeit verantwortliche Person die erforderliche Zuverlässigkeit hat und
3. die der Tätigkeit dienenden Räume und Einrichtungen eine den Anforderungen des § 2 entsprechende Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen.

(3) Mit der Ausübung der Tätigkeit nach Absatz 1 Satz 1 darf erst nach Erteilung der Erlaubnis begonnen werden. Die zuständige Behörde kann demjenigen die Ausübung der Tätigkeit untersagen, der die Erlaubnis nicht hat.

(4) Die Ausübung der nach Absatz 3 Satz 2 untersagten Tätigkeit kann von der zuständigen Behörde auch durch Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume verhindert werden.

§ 11a

(1) Wer Wirbeltiere zur Verwendung als Versuchstiere züchtet oder hält oder mit solchen Wirbeltieren handelt, hat über die Herkunft und den Verbleib der Tiere Aufzeichnungen zu machen und die Aufzeichnungen drei Jahre lang

Nr. 7 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 26. Februar 1993

aufzubewahren. Dies gilt nicht, soweit für Wirbeltiere wildlebender Arten eine entsprechende Aufzeichnungspflicht auf Grund jagdrechtlicher oder naturschutzrechtlicher Vorschriften besteht.

(2) Wer Hunde oder Katzen zur Abgabe oder Verwendung als Versuchstiere züchtet, hat sie, bevor sie vom Muttertier abgesetzt werden, dauerhaft so zu kennzeichnen, daß ihre Identität festgestellt werden kann. Wer nicht gekennzeichnete Hunde oder Katzen zur Abgabe oder Verwendung als Versuchstiere erwirbt, hat sie unverzüglich nach Satz 1 zu kennzeichnen.

(3) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über Art und Umfang der Aufzeichnungen und der Kennzeichnung zu erlassen. Er kann dabei vorsehen, daß Aufzeichnungen auf Grund anderer Rechtsvorschriften als Aufzeichnungen nach Satz 1 gelten.

§ 11b

Es ist verboten, Wirbeltiere zu züchten, wenn der Züchter damit rechnen muß, daß bei der Nachzucht auf Grund vererbter Merkmale Körperteile oder Organe für den artgemäßen Gebrauch fehlen oder untauglich oder umgestaltet sind und hierdurch Schmerzen, Leiden oder Schäden auftreten. Das Verbot gilt nicht für die Zucht von Versuchstiermutanten, die für die Durchführung bestimmter Tierversuche notwendig sind.

§ 11c

Ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten dürfen

1. warmblütige Tiere an Kinder oder Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr,
2. andere Wirbeltiere an Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr

nicht abgegeben werden.

Achter Abschnitt

Verbringungs-, Verkehrs- und Haltungsverbot

§ 12

(1) Wirbeltiere, an denen Schäden feststellbar sind, von denen anzunehmen ist, daß sie den Tieren durch tierschutzwidrige Handlungen zugefügt worden sind, dürfen nicht in das Inland verbracht oder im Inland gewerbsmäßig in den Verkehr gebracht oder gewerbsmäßig gehalten werden, wenn das Weiterleben der Tiere infolge der Schäden nur unter Leiden möglich ist. Dieses Verbot steht der zollamtlichen Abfertigung nicht entgegen.

(2) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, das Verbringen von Tieren aus einem Staat, der nicht der Europäischen Gemeinschaft angehört, in das Inland (Einfuhr) von der Einhaltung von Mindestanforderungen hinsichtlich der Tierhaltung und von einer entsprechenden Bescheinigung abhängig zu machen sowie deren Inhalt, Form, Ausstellung und Aufbewahrung zu regeln, soweit Richtlinien oder Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft dies vorschreiben.

Neunter Abschnitt

Sonstige Bestimmungen
zum Schutz der Tiere

§ 13

(1) Es ist verboten, zum Fangen, Fernhalten oder Verschleichen von Wirbeltieren Vorrichtungen oder Stoffe anzuwenden, wenn damit die Gefahr vermeidbarer Schmerzen, Leiden oder Schäden für Wirbeltiere verbunden ist; dies gilt nicht für die Anwendung von Vorrichtungen oder Stoffen, die auf Grund anderer Rechtsvorschriften zugelassen sind. Vorschriften des Jagdrechts, des Naturschutzrechts, des Pflanzenschutzrechts und des Seuchenrechts bleiben unberührt.

(2) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zum Schutz des Wildes Maßnahmen anzuordnen, die das Wild vor vermeidbaren Schmerzen oder Schäden durch land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten schützen.

(3) Der Bundesminister wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, das Halten von Tieren wildlebender Arten, den Handel mit solchen Tieren sowie ihre Einfuhr oder ihre Ausfuhr aus dem Inland in einen Staat, der der Europäischen Gemeinschaft nicht angehört, (Ausfuhr) zu verbieten oder von einer Genehmigung abhängig zu machen.

Zehnter Abschnitt

Durchführung des Gesetzes

§ 14

(1) Der Bundesminister der Finanzen und die von ihm bestimmten Zollstellen wirken bei der Überwachung der Einfuhr und Ausfuhr von Tieren mit. Die genannten Behörden können

1. Tiere sowie deren Beförderungsmittel, Behälter, Lade- und Verpackungsmittel bei der Einfuhr zur Überwachung anhalten,
2. den Verdacht von Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen dieses Gesetzes oder der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen, der sich bei der Abfertigung ergibt, den zuständigen Behörden mitteilen,
3. in den Fällen der Nummer 2 anordnen, daß die Tiere auf Kosten und Gefahr des Verfügungsberechtigten der zuständigen Behörde vorgeführt werden.

(2) Der Bundesminister der Finanzen regelt im Einvernehmen mit dem Bundesminister durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten des Verfahrens nach Absatz 1. Er kann dabei insbesondere Pflichten zu Anzeigen, Anmeldungen, Auskünften und zur Leistung von Hilfsdiensten sowie zur Duldung der Einsichtnahme in Geschäftspapiere und sonstige Unterlagen und zur Duldung von Besichtigungen vorsehen.

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1993, Teil I

§ 15

(1) Die Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen obliegt den nach Landesrecht zuständigen Behörden. Die nach Landesrecht zuständigen Behörden berufen jeweils eine oder mehrere Kommissionen zur Unterstützung der zuständigen Behörden bei der Entscheidung über die Genehmigung von Tierversuchen. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder muß die für die Beurteilung von Tierversuchen erforderlichen Fachkenntnisse der Veterinärmedizin, der Medizin oder einer naturwissenschaftlichen Fachrichtung haben. In die Kommissionen sind auch Mitglieder zu berufen, die aus Vorschlagslisten der Tierschutzorganisationen ausgewählt worden sind und auf Grund ihrer Erfahrungen zur Beurteilung von Tierschutzfragen geeignet sind; die Zahl dieser Mitglieder muß ein Drittel der Kommissionsmitglieder betragen. Die zuständige Behörde unterrichtet unverzüglich die Kommission über Anträge auf Genehmigung von Versuchsvorhaben und gibt ihr Gelegenheit, in angemessener Frist Stellung zu nehmen.

(2) Die zuständigen Behörden sollen im Rahmen der Durchführung dieses Gesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen den beamteten Tierarzt als Sachverständigen beteiligen.

(3) Die Durchführung dieses Gesetzes obliegt für Tiere, die sich im Besitz der Bundeswehr befinden, den zuständigen Dienststellen der Bundeswehr. Der Bundesminister der Verteidigung beruft eine Kommission zur Unterstützung der zuständigen Dienststellen bei der Entscheidung über die Genehmigung von Versuchsvorhaben. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder muß die für die Beurteilung von Tierversuchen erforderlichen Fachkenntnisse der Veterinärmedizin, der Medizin oder einer naturwissenschaftlichen Fachrichtung haben. In die Kommission sollen auch Mitglieder berufen werden, die aus Vorschlagslisten der Tierschutzorganisationen ausgewählt worden sind und auf Grund ihrer Erfahrungen zur Beurteilung von Tierschutzfragen geeignet sind. Die zuständige Dienststelle unterrichtet unverzüglich die Kommission über Anträge auf Genehmigung von Versuchsvorhaben und gibt ihr Gelegenheit, in angemessener Frist Stellung zu nehmen. Die Sicherheitsbelange der Bundeswehr sind zu berücksichtigen.

§ 15a

Die nach Landesrecht zuständigen Behörden unterrichten den Bundesminister über Fälle grundsätzlicher Bedeutung bei der Genehmigung von Versuchsvorhaben, insbesondere über die Fälle, in denen die Genehmigung von Versuchsvorhaben mit der Begründung versagt worden ist, daß die Voraussetzungen des § 7 Abs. 3 nicht erfüllt waren, oder in denen die Kommission nach § 15 Abs. 1 oder der Tierschutzbeauftragte Bedenken hinsichtlich des Vorliegens dieser Voraussetzungen erhoben hat.

§ 16

(1) Der Aufsicht durch die zuständige Behörde unterliegen

1. Nutztierhaltungen,
2. Einrichtungen, in denen Tiere geschlachtet werden,
3. Einrichtungen, die Tierversuche oder Eingriffe oder Behandlungen zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung durchführen,

4. Betriebe nach § 11 Abs. 1 Satz 1,

5. Einrichtungen oder Betriebe,

- a) die mit landwirtschaftlichen Nutztieren handeln,
- b) die gewerbsmäßig Tiere transportieren,
- c) in denen Tiere während des Transports ernährt, gepflegt oder untergebracht werden,

6. Zoo- und Zirkusbetriebe, die nicht gewerbsmäßig betrieben werden.

(2) Natürliche und juristische Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen haben der zuständigen Behörde auf Verlangen die Auskünfte zu erteilen, die zur Durchführung der der Behörde durch dieses Gesetz übertragenen Aufgaben erforderlich sind.

(3) Personen, die von der zuständigen Behörde beauftragt sind, sowie in ihrer Begleitung befindliche Sachverständige der Kommission der Europäischen Gemeinschaft und anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Mitgliedstaaten) dürfen im Rahmen des Absatzes 2

1. Grundstücke, Geschäftsräume, Wirtschaftsgebäude und Transportmittel des Auskunftspflichtigen während der Geschäfts- oder Betriebszeit betreten,

2. zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung

- a) die in Nummer 1 bezeichneten Grundstücke, Räume, Gebäude und Transportmittel außerhalb der dort genannten Zeiten,

- b) Wohnräume des Auskunftspflichtigen

betreten; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt,

3. geschäftliche Unterlagen einsehen.

Der Auskunftspflichtige hat die Maßnahmen zu dulden, die mit der Überwachung beauftragten Personen zu unterstützen und die geschäftlichen Unterlagen vorzulegen.

(4) Der zur Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

(5) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, die Überwachung näher zu regeln. Er kann dabei insbesondere

1. die Durchführung von Untersuchungen einschließlich der Probenahme,

2. die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, wenn Tiertransporte diesem Gesetz oder den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen nicht entsprechen,

3. Einzelheiten der Duldungs-, Unterstützungs- und Vorlagepflichten und

4. Pflichten zur Aufzeichnung und zur Aufbewahrung von Unterlagen

regeln.

Nr. 7 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 26. Februar 1993

§ 16a

Die zuständige Behörde trifft die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und die zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen. Sie kann insbesondere

1. im Einzelfall die zur Erfüllung der Anforderungen des § 2 erforderlichen Maßnahmen anordnen,
2. ein Tier, das nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 erheblich vernachlässigt ist, dem Halter fortnehmen und so lange auf dessen Kosten anderweitig pfleglich unterbringen, bis eine den Anforderungen des § 2 entsprechende Haltung des Tieres durch den Halter sichergestellt ist. Kann das Tier nach dem Urteil des beamteten Tierarztes nur unter nicht behebbaren erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden weiterleben, so kann die Behörde es auf Kosten des Halters schmerzlos töten lassen,
3. demjenigen, der den Vorschriften des § 2, einer Anordnung nach Nummer 1 oder einer Rechtsverordnung nach § 2a wiederholt oder grob zuwidergehandelt und dadurch den von ihm gehaltenen Tieren erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt hat, das Halten von Tieren einer bestimmten oder jeder Art untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er weiterhin derartige Zuwiderhandlungen begehen wird. Auf Antrag ist ihm das Halten von Tieren wieder zu gestatten, wenn der Grund für die Annahme weiterer Zuwiderhandlungen entfallen ist,
4. die Einstellung von Tierversuchen anordnen, die ohne die erforderliche Genehmigung oder entgegen einem tierschutzrechtlichen Verbot durchgeführt werden.

§ 16b

(1) Der Bundesminister beruft eine Tierschutzkommission zu seiner Unterstützung in Fragen des Tierschutzes. Vor dem Erlass von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften nach diesem Gesetz hat der Bundesminister die Tierschutzkommission anzuhören.

(2) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates das Nähere über Zusammensetzung, Berufung der Mitglieder, Aufgaben und Geschäftsführung der Tierschutzkommission zu regeln.

§ 16c

Der Bundesminister erläßt mit Zustimmung des Bundesrates die allgemeinen Verwaltungsvorschriften, die zur Durchführung dieses Gesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen erforderlich sind.

§ 16d

Die Bundesregierung erstattet dem Deutschen Bundestag alle zwei Jahre einen Bericht über den Stand der Entwicklung des Tierschutzes.

§ 16e

(1) Die zuständigen Behörden

1. erteilen der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates auf begründetes Ersuchen Auskünfte und übermitteln die erforderlichen Schriftstücke, um ihr die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorschriften zu ermöglichen,

2. überprüfen die von der ersuchenden Behörde mitgeteilten Sachverhalte und teilen ihr das Ergebnis der Prüfung mit.

(2) Die zuständigen Behörden erteilen der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates unter Beifügung der erforderlichen Schriftstücke Auskünfte, die für die Überwachung in diesem Mitgliedstaat erforderlich sind, insbesondere bei Verstößen oder Verdacht auf Verstöße gegen tierschutzrechtliche Vorschriften.

(3) Die zuständigen Behörden können, soweit dies zum Schutz der Tiere erforderlich oder durch Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft vorgeschrieben ist, Daten, die sie im Rahmen der Überwachung gewonnen haben, den zuständigen Behörden anderer Länder und anderer Mitgliedstaaten, dem Bundesminister und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft mitteilen.

§ 16f

Der Verkehr mit den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten und der Kommission der Europäischen Gemeinschaft obliegt dem Bundesminister. Er kann diese Befugnis durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates auf die zuständigen obersten Landesbehörden übertragen. Ferner kann er im Einzelfall im Benehmen mit der zuständigen obersten Landesbehörde dieser die Befugnis übertragen. Die obersten Landesbehörden können die Befugnis nach den Sätzen 2 und 3 auf andere Behörden übertragen.

§ 16g*)

Die §§ 16e und 16f gelten entsprechend für Staaten, die – ohne Mitgliedstaaten zu sein – Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind.

§ 16h*)

(1) Ist eine von der zuständigen Behörden getroffene Maßnahme, die sich auf die Durchführung von Tiertransporten aus anderen Mitgliedstaaten bezieht, zwischen ihr und dem Verfügungsberechtigten streitig, so können beide Parteien einvernehmlich den Streit durch den Schiedsspruch des Sachverständigen schlichten lassen. Die Streitigkeit ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Maßnahme einem Sachverständigen zu unterbreiten, der in einem von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft aufgestellten Verzeichnis aufgeführt ist. Der Sachverständige hat das Gutachten binnen 72 Stunden zu erstatten.

(2) Auf den Schiedsvertrag und das schiedsgerichtliche Verfahren finden die Vorschriften der §§ 1025 bis 1047 der Zivilprozeßordnung entsprechend Anwendung. Gericht im Sinne des § 1045 der Zivilprozeßordnung ist das zuständige Verwaltungsgericht. Der Schiedsspruch oder der schiedsrichterliche Vergleich wird bei der zuständigen Behörde niedergelegt. Gegen den Schiedsspruch kann innerhalb eines Monats Aufhebungsklage bei dem zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Elfter Abschnitt

Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 17

Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet oder

*) geändert durch Artikel 86 des Gesetzes vom 27. April 1993 (BGBl. I S. 2436)

Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1993, Teil I

2. einem Wirbeltier

- a) aus Roheit erhebliche Schmerzen oder Leiden oder
 - b) länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen oder Leiden
- zufügt.

§ 18

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Wirbeltier, das er hält, betreut oder zu betreuen hat, ohne vernünftigen Grund erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt,
2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 8a Abs. 5, § 11 Abs. 3 Satz 2 oder § 16a Satz 2 Nr. 1, 3 oder 4 zuwiderhandelt,
3. einer
 - a) nach § 2a oder
 - b) nach den §§ 4b, 5 Abs. 4, § 9a Abs. 2, § 11a Abs. 3 Satz 1, § 12 Abs. 2, § 13 Abs. 2 oder 3 oder § 14 Abs. 2
 erlassenen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,
4. einem Verbot nach § 3 zuwiderhandelt,
5. entgegen § 4 Abs. 1 ein Wirbeltier tötet,
6. entgegen § 4a Abs. 1 ein warmblütiges Tier schlachtet,
7. entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 einen Eingriff ohne Betäubung vornimmt oder, ohne Tierarzt zu sein, entgegen § 5 Abs. 1 Satz 2 eine Betäubung vornimmt,
8. einem Verbot nach § 6 Abs. 1 Satz 1 zuwiderhandelt oder entgegen § 6 Abs. 1 Satz 3 einen Eingriff vornimmt,
9. entgegen § 6 Abs. 1 Satz 4 in Verbindung mit § 9 Abs. 3 Satz 1 nicht für die Einhaltung der Vorschriften des § 9 Abs. 1 Satz 1 oder 3 oder Abs. 2 Nr. 4 oder 8 sorgt,
10. entgegen § 6 Abs. 2 elastische Ringe verwendet,
11. entgegen § 7 Abs. 4 oder 5 Satz 1 Tierversuche durchführt,
12. Versuche an Wirbeltieren ohne die nach § 8 Abs. 1 erforderliche Genehmigung durchführt,
13. entgegen § 8 Abs. 4 Satz 2 eine Änderung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
14. entgegen § 8a Abs. 1, 2 oder 4 ein Vorhaben oder eine Änderung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig anzeigt,
15. entgegen § 8a Abs. 3 Satz 2 die Zahl der Versuchsvorhaben oder die Art oder die Zahl der verwendeten Tiere nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig angibt,
16. entgegen § 8b Abs. 1 Satz 1 keinen Tierschutzbeauftragten bestellt,
17. entgegen § 9 Abs. 3 Satz 1 nicht für die Einhaltung der Vorschriften des § 9 Abs. 1 oder 2 oder entgegen § 9 Abs. 3 Satz 2 nicht für die Erfüllung einer vollziehbaren Auflage sorgt,

18. entgegen § 9a Abs. 1 Aufzeichnungen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht, nicht unterzeichnet, nicht aufbewahrt oder nicht vorlegt,

19. entgegen § 10 Abs. 3 nicht für die Einhaltung der Vorschriften des § 10 Abs. 1 oder 2 sorgt,

20. eine Tätigkeit ohne die nach § 11 Abs. 1 Satz 1 erforderliche Erlaubnis ausübt oder einer mit einer solchen Erlaubnis verbundenen vollziehbaren Auflage zuwiderhandelt,

21. entgegen § 11a Abs. 1 Satz 1 Aufzeichnungen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht oder nicht aufbewahrt oder entgegen § 11a Abs. 2 Tiere nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig kennzeichnet,

22. Wirbeltiere entgegen § 11b Satz 1 züchtet,

23. entgegen § 11c ein warmblütiges Tier an ein Kind oder einen Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr oder ein anderes Wirbeltier an ein Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahr abgibt,

24. entgegen § 12 Abs. 1 Satz 1 ein Wirbeltier in das Inland verbringt oder dort gewerbsmäßig in den Verkehr bringt oder gewerbsmäßig hält,

25. entgegen § 13 Abs. 1 Satz 1 eine Vorrichtung oder einen Stoff anwendet,

26. entgegen § 16 Abs. 2 eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt oder einer Duldungs- oder Mitwirkungspflicht nach § 16 Abs. 3 Satz 2 zuwiderhandelt oder

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer, abgesehen von den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, einem Tier ohne vernünftigen Grund erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt.

(3) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 2, 3 Buchstabe a, Nr. 4 bis 9, 11, 12, 17, 20, 22, 25 und 27 und des Absatzes 2 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark, in den übrigen Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 19

Tiere, auf die sich eine Straftat nach § 17 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 18 Abs. 1 Nr. 1, 2, Nr. 3, soweit die Ordnungswidrigkeit eine Rechtsverordnung nach § 2a oder § 5 Abs. 4 betrifft, Nr. 4, 8, 9, 12, 17, 19, 22, 23, 24 oder 27 bezieht, können eingezogen werden.

§ 20

(1) Wird jemand wegen einer nach § 17 rechtswidrigen Tat verurteilt oder nur deshalb nicht verurteilt, weil seine Schuldunfähigkeit erwiesen oder nicht auszuschließen ist, so kann ihm das Gericht das Halten von sowie den Handel oder den sonstigen berufsmäßigen Umgang mit Tieren jeder oder einer bestimmten Art für die Dauer von einem Jahr bis zu fünf Jahren oder für immer verbieten, wenn die

Nr. 7 – Tag der Ausgabe: Bonn, den 26. Februar 1993

Gefahr besteht, daß er weiterhin eine nach § 17 rechtswidrige Tat begehen wird.

(2) Das Verbot wird mit Rechtskraft des Urteils wirksam. In die Verbotsfrist wird die Zeit, in welcher der Täter in einer Anstalt verwahrt wird, nicht eingerechnet. Ergibt sich nach der Anordnung des Verbots Grund zu der Annahme, daß die Gefahr, der Täter werde nach § 17 rechtswidrige Taten begehen, nicht mehr besteht, so kann das Gericht das Verbot aufheben, wenn es mindestens sechs Monate gedauert hat.

(3) Wer einem Verbot nach Absatz 1 zuwiderhandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 20a

(1) Sind dringende Gründe für die Annahme vorhanden, daß ein Verbot nach § 20 angeordnet werden wird, so kann der Richter dem Beschuldigten durch Beschluß das Halten von sowie den Handel oder den sonstigen berufsmäßigen Umgang mit Tieren jeder oder einer bestimmten Art vorläufig verbieten.

(2) Das vorläufige Verbot nach Absatz 1 ist aufzuheben, wenn sein Grund weggefallen ist oder wenn das Gericht im Urteil ein Verbot nach § 20 nicht anordnet.

(3) Wer einem Verbot nach Absatz 1 zuwiderhandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Zwölfter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 21

(1) Genehmigungen zur Durchführung von Tierversuchen, die vor dem 1. Januar 1987 erteilt worden sind, erlöschen spätestens am 31. Dezember 1987. Vor dem 1. Januar 1987 begonnene Tierversuche, die nach dem bis dahin geltenden Recht nur anzeigepflichtig waren, jedoch nunmehr einer Genehmigung bedürfen, dürfen bis zur Entscheidung über einen Genehmigungsantrag ohne Genehmigung fortgeführt werden, sofern der Genehmigungsantrag bis zum 31. März 1987 gestellt wird. Vor dem 1. Januar 1987 begonnene Tierversuche, die weiterhin nur anzeigepflichtig sind, sind der zuständigen Behörde bis zum 31. März 1987 nach Maßgabe des § 8a erneut anzuzeigen; dies gilt für anzeigepflichtige Eingriffe oder Behandlungen zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung entsprechend.

(2) Die Erlaubnis nach § 11 gilt demjenigen, der am 1. Januar 1987 eine nach § 11 Abs. 1 Satz 1 erlaubnispflichtige Tätigkeit ausübt, für diese Tätigkeit vorläufig als erteilt. Die vorläufige Erlaubnis erlischt,

1. wenn nicht bis zum 30. Juni 1987 die Erteilung einer endgültigen Erlaubnis beantragt wird,
2. im Falle rechtzeitiger Antragstellung mit Eintritt der Unanfechtbarkeit der Entscheidung über den Antrag.

§ 21a

Rechtsverordnungen nach diesem Gesetz können auch zur Durchführung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet des Tierschutzes erlassen werden.

§ 21b

Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates folgende Vorschriften aufzuheben, auch soweit sie durch Landesrecht geändert worden sind:

1. das Gesetz über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 216 Abschnitt I des Gesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469);
2. die Verordnung über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-1, veröffentlichten bereinigten Fassung;
3. a) die Verordnung über das Schlachten und Aufbewahren von lebenden Fischen und anderen kaltblütigen Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-1-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch § 23 Satz 2 Nr. 5 dieses Gesetzes,
b) § 18 Abs. 1 Nr. 27 dieses Gesetzes;

Bayern

4. die Verordnung Nr. 49 über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-2-a, veröffentlichten bereinigten Fassung;

Hamburg

5. die Änderung der Verordnung über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-1-a, veröffentlichten bereinigten Fassung;

Hessen

6. das Gesetz über das Schlachten von Tieren in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-a, veröffentlichten bereinigten Fassung;

Nordrhein-Westfalen

7. die Verordnung über das Schlachten von Tieren nach jüdischem Ritus in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-1-b, veröffentlichten bereinigten Fassung (Sammlung des bereinigten Landesrechts Nordrhein-Westfalen S. 762) für die ehemalige Nord-Rheinprovinz;
8. die Anordnung über das Tierschlachten auf jüdische Weise in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7833-2-1-c, veröffentlichten bereinigten Fassung (Sammlung des bereinigten Landesrechts Nordrhein-Westfalen S. 762) für die ehemalige Provinz Westfalen.

§ 22

(Inkrafttreten)

Gerichtsentscheidungen

- » Übersicht
- » nach Rechtsgebiet
- » nach Examensrelevanz
- » in Bearbeitung
- » Einsenden

Gesetze / Verordnungen

Aktuelles / Artikel

Benutzer

Registrieren

Passwort

Login

design
byTRINKAUS
Creative Consultantshosting
by

manitu

[VGH Baden-Württemberg](#)[Rechtsprechung](#)

Beschluss vom 17. März 2005 - Az. 1 S 381/05

VGH Baden-Württemberg · Beschluss vom 17. März 2005 · Az. 1 S 381/05

Informationen zum Urteil

Schnellzugriff:

- Druckansicht
- Download
- Editieren

Gericht: VGH Baden-Württemberg
 Datum: 17. März 2005
 Aktenzeichen: 1 S 381/05
 Typ: Beschluss
 Fundstelle: openJur 2013, 13755
 Verfahrensgang:

Gründe

- ¹ Die zulässigen Beschwerden sind nicht begründet. Weder die vom Antragsteller noch die vom Antragsgegner dargelegten Gründe, auf die sich die Prüfung des Senats beschränkt (§ 146 Abs. 4 Satz 3 und 6 VwGO), geben dem Senat Veranlassung, über den Antrag des Antragstellers auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes gegen die tierschutzrechtliche Anordnung des Landratsamts Ortenaukreis vom 28.01.2005 abweichend vom Verwaltungsgericht zu entscheiden. Mit dieser Verfügung ist dem Antragsteller - unter Anordnung der sofortigen Vollziehung - insbesondere das Halten von Schafen untersagt (Ziff. 1) und ihm aufgegeben worden, den Schafbestand bis spätestens 28.1.2005 aufzulösen (Ziff. 2); für den Fall, dass der Antragsteller der Ziff. 2 nicht nachkommt, wurde die Ersatzvornahme angedroht (Ziff. 5).
- ² Der Senat teilt die für die gerichtliche Interessenabwägung im Rahmen des gerichtlichen Eilverfahrens in erster Linie maßgebliche Auffassung des Verwaltungsgerichts, dass lediglich die Zwangsmittelandrohung rechtswidrig sein dürfte, während sowohl das Verbot der Schafhaltung als auch das Gebot, den Schafbestand aufzulösen, von Rechts wegen nicht zu beanstanden sein dürften.
- ³ Das Verwaltungsgericht ist der Einschätzung des Landratsamts gefolgt, dass insbesondere auf Grund der Vorkommnisse im November 2004 die Voraussetzungen für den Erlass eines Tierhaltungsverbots gemäß § 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG gegeben sind. Hiergegen wendet sich der Antragsteller ohne Erfolg. Sein Vorbringen stellt die auf den vom Amtstierarzt festgestellten Mängeln beruhende Prognose, dass auch weiterhin eine den tierschutzrechtlichen Anforderungen nicht genügende Tierhaltung zu besorgen ist, nicht in Frage.

Eine schwerwiegende Vernachlässigung der im Gewinn „Sauweide“ gehaltenen Schafe ergibt sich auch zur Überzeugung des Senats aus den amtierärztlichen Untersuchungen und den Feststellungen im Bericht des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg über den körperlichen Zustand eines verendeten Schafes. Der Senat vermag nicht zu erkennen, dass der dort dokumentierte „totale Verlust des Körperfetts“, ein „Zustand totaler Erschöpfung“ und „allgemeine Anämie“ als rassetypische Merkmale der vom Antragsteller gehaltenen Schafe anzusehen sein könnten. Für eine Vergiftung der verendeten Tiere, wie der Antragsteller zu seiner Entlastung vorbringt, sind greifbare Anhaltspunkte nicht dargetan; im Übrigen will insoweit auch nicht einleuchten, dass der Antragsteller den behaupteten hochgradig gefährlichen Zustand des Nachbargrundstücks ohne weitere Reaktion - insbesondere ohne Meldung an die zuständige Behörde - nur zur Kenntnis genommen haben will. Angesichts der Schwere der Vorwürfe, die letztlich nicht auf örtliche Besonderheiten zurückzuführen sind, verbietet sich eine unterschiedliche Einschätzung der tierschutzrechtlichen Situation der an verschiedenen Orten gehaltenen Schafe des Antragstellers. Schließlich hat schon das Verwaltungsgericht im Anschluss an die Rechtsprechung des Senats (Beschluss vom 25.04.2002 - 1 S 1900/00-, VBIBW 2002, 388 f.) zutreffend ausgeführt, dass der Hinweis auf ein Wohlergehen unter dem Druck des laufenden Verfahrens die Gefahrenprognose nicht zu erschüttern geeignet ist.

- ⁵ Hinsichtlich der von Gesetzes wegen sofort vollziehbaren Zwangsmittelandrohung in Ziff. 5 des Bescheids (§ 80 Abs. 2 Satz 2 VwGO, § 12 LVwVG) überwiegt demgegenüber das Suspensivinteresse des Antragstellers. Die Androhung der Ersatzvornahme nach § 19 Abs. 1 Nr. 2, § 25 LVwVG dürfte sich als rechtswidrig erweisen, denn die in Ziff. 2 der Verfügung angeordnete Auflösung des Schafbestands, die als notwendige Ergänzung des Tierhaltungsverbots ihre Ermächtigungsgrundlage wohl ebenfalls in § 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG, jedenfalls aber in der Generalklausel des § 16a Satz 1 TierSchG finden dürfte, kann nicht auf diese Weise vollstreckt werden. Keine der in der Anordnung der Auflösung des Tierbestands enthaltenen Handlungspflichten ist auf eine vertretbare Handlung im Sinne von § 25 LVwVG gerichtet; eine Vornahme durch einen Dritten, wie hierfür erforderlich, ist nämlich nicht möglich.
- ⁶ Die Auflösungsanordnung richtet sich ebenso wie das Tierhaltungsverbot an den Halter i. S. v. § 2 TierSchG; die Haltereigenschaft folgt dabei ungeachtet der Eigentumsverhältnisse am Tier aus der tatsächlichen Bestimmungsmacht über das Tier und den damit verbundenen Einwirkungsmöglichkeiten. Die mit der Verfügung bezweckte Beendigung der Halterstellung zielt demnach in erster Linie auf die Aufgabe des Besitzes bzw. des tatsächlichen Obhutsverhältnisses an den Schafen. Die hieraus folgende Pflicht zur Herausgabe der Schafe, die sich im Besitz des Antragstellers befinden, kann nur er erfüllen; diese Pflicht ist folglich eine unvertretbare Handlung und durch das Zwangsgeld oder im Wege des unmittelbaren Zwanges durch Wegnahme (§ 28 LVwVG) zu vollstrecken (vgl. nur Lemke, Verwaltungsvollstreckungsrecht des Bundes und der Länder, 1997, S. 261).
- ⁷ Ausweislich der Begründung des angefochtenen Bescheids soll die Auflösung durch die Veräußerung des Tierbestands erreicht werden. Ob und in welcher Weise dem Halter über die Aufgabe des Besitzes hinaus weitere Maßnahmen aufgegeben werden können, bedarf hier keiner Vertiefung. Denn auch die Veräußerung, die neben dem Besitzverlust auch den Eigentumsübergang zur Folge haben soll und deswegen auch die Abgabe von Willenserklärungen voraussetzt, kann nicht im Wege der Ersatzvornahme vollstreckt werden.
- ⁸ Zwar kennt das Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz - anders das

Verwaltungsvollstreckungsrecht einiger anderer Länder (siehe die Aufzählung bei Engelhardt/App, VwVG/VwZG, 6. Aufl. 2004, Rdnr. 6 vor § 6 VwVG) in Anlehnung an das prozessuale Zwangsvollstreckungsrecht (§ 894 ZPO) - keine Sondervorschriften für die Vollstreckung einer Verpflichtung zur Abgabe (hinreichend bestimmter) Willenserklärungen, so dass der Rückgriff auf die Ersatzvornahme nicht bereits deswegen versperrt wäre. Der Anwendungsbereich der Ersatzvornahme ist aber auch hier nicht eröffnet, weil es wiederum an einer vertretbaren Handlung fehlt.

- ⁹ Die für eine Veräußerung erforderlichen Willenserklärungen für den Abschluss des schuldrechtlichen Vertrags und die nachfolgende dingliche Einigung mögen zwar insoweit als austauschbar anzusehen sein, als sie nicht höchstpersönlicher Natur sind; für den Berechtigten ist es tatsächlich und wirtschaftlich gleich, ob der Pflichtige oder ein Dritter eine solche Handlungsverpflichtung erfüllt. Allein dies reicht aber nicht, um eine vertretbare Handlung anzunehmen; vielmehr muss die Vornahme durch einen Dritten auch rechtlich zulässig sein. Das ist hier nicht der Fall, denn einem Dritten fehlte die für eine wirksame Übertragung des Eigentums erforderliche Verfügungsbefugnis. Der Ansicht, wonach gerade mit der Anordnung der Ersatzvornahme die Befugnis zur Abgabe der Willenserklärung auf den Dritten übergehe (vgl. Engelhardt/App, a.a.O., § 10 VwVG Rdnr. 5 ff.), kann nicht gefolgt werden, da sie dem Wesen der Ersatzvornahme nicht gerecht wird: die rechtliche Zulässigkeit der Vornahme der Handlung durch den Dritten ist Voraussetzung, nicht Wirkung der Anordnung der Ersatzvornahme (vgl. Stein/Jonas/Brehm, ZPO, 21. Aufl. 1996, § 887 Rdnr. 13; Lemke, a.a.O., S. 261 f.).
- ¹⁰ Die gerichtlichen Entscheidungen, auf die sich der Antragsgegner zur Stützung seiner abweichenden Rechtsauffassung beruft, verkennen der Sache nach nicht, dass die Vollstreckungsbehörde, wenn sie die Tiere selbst veräußern will, einer Verfügungsbefugnis bedarf. Denn sie bezeichnen eine Beschlagnahme als ersten Teil der Ersatzvornahme und notwendigen Zwischenschritt auf dem Wege zur Veräußerung (so VG Stuttgart, Beschluss vom 19.09.1997 - [4 K 5186/97](#) -, NuR 1999, 218 = RdL 1998, 335) oder sprechen - mit derselben Zielrichtung - von der Ersatzvornahme durch Wegnahme und Verwertung (so VG Karlsruhe, Beschluss vom 12.03.1993 - 10 K 480/93 -, ohne weitere rechtliche Vertiefung bestätigt durch VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 12.05.1993 - 10 S 879/93-; siehe auch die Musterverfügung für die amtstierärztl.Praxis bei Beck, AtD 1999, 297 <299>, sowie Thum, NuR 2001, 558 <566>).
- ¹¹ Die in § 33 PolG geregelte Beschlagnahme ist als sogenannte polizeiliche Standardmaßnahme aber kein Mittel der Verwaltungsvollstreckung, die als solche der Vollstreckungsbehörde (§ 4 Abs. 1 LVwVG) zu Gebote steht. Sie zeigt aber die rechtlichen Voraussetzungen zur zwangsweisen Durchsetzung der angeordneten Bestandsauflösung auf. Denn sie enthält zum einen zum Zwecke der Begründung eines öffentlich-rechtlichen Verwahrungsverhältnisses auch eine Herausgabeverfügung, die nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz durch Wegnahme zu vollstrecken ist, und verschafft zum anderen der Behörde nach § 3 Abs. 2, 3 und 5 DVO PolG - auch ohne vorherige Einziehung nach § 34 PolG - eine Verwertungsbefugnis, die auch die Möglichkeit zur freihändigen Veräußerung eröffnet.
- ¹² Ob das Landratsamt, das gem. § 1 Nr. 3 der Verordnung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum über Zuständigkeiten nach dem Tierschutz-recht vom 29.04.2002 - TierSchZuVO - (GBl. S. 199) als untere Verwaltungsbehörde mit den Aufgaben nach § 16a TierSchG betraut ist, im Interesse der Effektivität der Gefahrenabwehr auf Ermächtigungsgrundlagen des allgemeinen Polizeirechts zugreifen darf oder ob es, soweit hierfür noch ein Anwendungsbereich besteht, bei der grundsätzlichen Zuständigkeit der Ortspolizeibehörde (§ 61 Abs. 1 Nr. 4, §

62 Abs. 4, § 66 Abs. 2 PolG) verbleibt (vgl. nur beispielhaft zur Rechtslage nach dem TierSchG a.F. Urteil des erkennenden Senats vom 20.10.1986 - 1 S 2945/85 -, BWVPr 1987, 112 <113 f.>; zum Naturschutzrecht Beschluss des erkennenden Senats vom 27.03.1980 - 1 S 422/80 -, NuR 1984, 25; siehe auch VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 05.10.1995 - 12 S 3292/94 sowie Kunze, VBIBW 1995, 81 <85>), bedarf hier, da nicht entscheidungserheblich, keiner Klärung.

¹³ Soweit der Antragsgegner die Vollstreckung des Tierhaltungsverbot im Wege des Zwangsgeldes als untunlich und die Möglichkeit eines schnellen Zugriffs auf die Tiere auch ohne Einschaltung mehrerer Behörden für geboten erachtet, ist indessen zunächst auf die Eingriffsbefugnisse zu verweisen, die der Tierschutzbehörde nach § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG eröffnet sind. Diese Vorschrift bleibt neben einer Anordnung nach § 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG grundsätzlich anwendbar; denn Nr. 2 betrifft Maßnahmen in Bezug auf Tiere eines vorhandenen Bestandes, während das Vorgehen nach Nr. 3 in erster Linie den Umgang mit Tieren in der Zukunft zum Gegenstand hat (vgl. BayVGH, Urteil vom 17.12.1992 - 25 B 90.2906 -, juris).

¹⁴ Danach kann die Tierschutzbehörde Tiere, bei denen der Amtstierarzt eine tierschutzwidrige Haltung bereits festgestellt hat, dem Halter fortnehmen; diese Ermächtigung stellt zugleich eine bundesgesetzliche Sondervorschrift für ein Vorgehen im Wege der unmittelbaren Ausführung dar (vgl. OVG Brandenburg, Beschluss vom 25.05.1998 - 4 E 24/98 -, NVwZ-RR 1999, 117; Kluge, Tierschutzgesetz, 2002, § 16a Rdnr. 24 ff.). Des Weiteren kann die Behörde die Tiere unter bestimmten Voraussetzungen veräußern; dies kann ggfs. ohne vorherige Fristsetzung geschehen, wenn gegen den Tierhalter zugleich ein Tierhaltungsverbot ergeht, weil von ihm eine tierschutzrechtlich unbedenkliche Tierhaltung nicht zu erwarten ist. Die behördliche Veräußerung dürfte allerdings den Erlass einer entsprechenden Anordnung voraussetzen (vgl. hierzu Kluge, a.a.O., § 16a Rdnr. 33 f.; Hirt/Maisack/Moritz, Tierschutzgesetz, 2003, § 16a Rdnr. 18; VG Sigmaringen, Beschluss vom 13.07.2004 - 6 K 1204/04 -, juris), die als rechtsgestaltender Verwaltungsakt die rechtliche Befugnis zur Eigentumsübertragung auf die Behörde übergehen lässt.

¹⁵ Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 2, § 155 Abs. 1 VwGO.

¹⁶ Die Änderung und Festsetzung des Streitwerts beruht auf § 47 Abs. 1, § 52 Abs. 2, § 53 Abs. 3 Nr. 2, § 63 Abs. 3 GKG. Dabei orientiert sich die Rechtsprechung des Senats (vgl. etwa den Beschluss vom 27.3.2003 - 1 S 235/03 - m.w.N.) an den Empfehlungen des Streitwertkatalogs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit (nunmehr Fassung Juli 2004, Nr. 35.2, abgedruckt in NVwZ 2004, 1327), der bei Klageverfahren um eine gegen einen Tierhalter getroffene Anordnung die Festsetzung des Auffangstreitwerts gemäß § 52 Abs. 2 GKG vorsieht; denn für eine gewerbsmäßige Schafhaltung, die einen höheren Streitwert rechtfertigen würde, ist nichts vorgetragen. Die Auflösungsverfügung, die als Annexregelung den Betroffenen bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise nicht zusätzlich belastet, hat keinen höheren Streitwert zur Folge (siehe VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 12.04.2002 - 14 S 315/02 m.w.N.). Von der in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes in der Regel vorzunehmenden Halbierung des Streitwerts hat der Senat abgesehen; in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes, die - wie hier in Bezug auf die Auflösungsverfügung - die Entscheidung in der Sache ganz oder zum Teil vorwegnehmen, kann der Streitwert bis zur Höhe des für das Hauptsacheverfahren anzunehmenden Streitwerts angehoben werden (vgl. Nr. 1.5 der Empfehlungen des Streitwertkatalogs für die Verwaltungsgerichtsbarkeit; vgl. auch Beschluss des erkennenden Senats vom 28.04.2004 - 1 S 756/04 -). Die un-selbstständige Zwangsmittelandrohung ist - mit Ausnahme des Zwangsgeldes - nach der ständigen Praxis des erkennenden Gerichtshofs (vgl. nur Beschluss vom

12.04.2002 - 14 S 315/02 m.w.N.) nicht Streitwert erhöhend zu berücksichtigen.

¹⁷ Der Beschluss ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO).

Permalink: <http://openjur.de/u/335971.html>

⊕ [Kommentare \(0\) einblenden](#)



Bestes freies juristisches
Internetprojekt 2009
EDV Gerichtstag 2009 Saarbrücken

RSS Feeds
Juristische Abkürzungen
Fachzeitschriften

Entscheidungen
Artikel

Bundesgerichte
Europ. Gerichte
Oberlandesgerichte
Landgerichte
Amtsgerichte

Verwaltungsgerichte
Sozialgerichte
Arbeitsgerichte
Finanzgerichte
Landesverfassungsgerichte

[Impressum](#) · [Kontakt](#) · [Datenschutz](#) · [Nutzungsbedingungen](#) · [openJur e.V.](#) · [Blog](#) · [in Englis](#)

**Landesbeauftragte für Angelegenheiten
des Tierschutzes
Hessisches Ministerium für Umwelt,
ländlichen Raum und Verbraucherschutz**

HESSEN



Hessisches ZIRKUS – HANDBUCH

für den tierschutzrechtlichen Vollzug



Hessisches ZIRKUS – HANDBUCH

für den tierschutzrechtlichen Vollzug

Landesbeauftragte für Angelegenheiten des Tierschutzes
Hessisches Ministerium für Umwelt,
ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Postfach 3109, 65021 Wiesbaden

Tel. 0611-817 3474
Fax. 0611-44 789773
e-mail: tierschutz@hmulv.hessen.de
Internet: www.tierschutz.hessen.de

Impressum

Herausgeber: Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Hölderlinstr. 1-3, D-65187 Wiesbaden
Text und Gestaltung: Jutta Schmitz
Redaktion: Dr. Madeleine Martin, Landesbeauftragte für Tierschutz (verantwortlich)
Druck: Elektra Reprografischer Betrieb GmbH, Niedernhausen/Ts.

Abdruck, auch auszugsweise, nur unter Angabe der Quelle erlaubt

Wiesbaden, Dezember 2005

Ein herzlicher DANK geht an alle, die das Hessische Zirkus-Handbuch im Entwurf mit Interesse, Geduld und Aufmerksamkeit durchgesehen, Fragen beantwortet und mit ihren fachkundigen und konstruktiven Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen dazu beigetragen haben, das Handbuch praxistauglich zu machen, insbesondere an Herrn Bernd Gurschinski, Amt für Veterinär- und Lebensmittelüberwachung in Herford, Herrn Christoph Maisack, Richter am Amtsgericht Bad Säckingen und Frau Dr. Johanna Moritz, FG Tierschutz im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Oberschleißheim.

INHALT	Seite
Vorwort	5
Wichtiger Hinweis	6
Teil I: DIE TIERSCHUTZRECHTLICHE ERLAUBNIS nach §11 TierSchG	7
1. Erlaubnispflicht	8
2. Erlaubniserteilung	9
2.1 Prüfen der Voraussetzungen	9
a) Zuständigkeit	9
b) Sachbescheidungsinteresse	10
c) Träger der Erlaubnis und verantwortliche Person	11
d) Sachkunde	12
e) Zuverlässigkeit	13
f) Eignung der Räume und Einrichtungen	14
2.2 Erteilen der Erlaubnis	17
a) Standard-Aufbau	18
b) Sonstige Empfohlene Nebenbestimmungen	19
c) Übliche Hinweise	19
d) Spezielle Auflagen im Einzelfall	19
2.3 Versagen der Erlaubnis	21
3. Nachträgliche Änderung oder Ergänzung der Erlaubnis	22
4. Widerruf oder Rücknahme der Erlaubnis	23
5. Untersagen der Tätigkeit/Betriebsschließung	25
Teil II: TIERSCHUTZRECHTLICHE KONTROLLEN VOR ORT	26
1. Aufsichts- und Mitwirkungspflichten	27
2. Vorbereitung der Kontrollen	28
2.1 Fachliche und materielle Vorbereitung	28
2.2 Zeitplanung	29
2.3 Vorinformation über den jeweiligen Betrieb	30
3. Durchführung der Überprüfung	31
4. Tierschutzrechtliche Bewertung der Kontrollergebnisse	33
5. Folgemaßnahmen	35
Teil III: TIERSCHUTZRECHTLICHE MASSNAHMEN	37
1. Anordnungen als Verwaltungsakt	38
1.1 Grundsätze	38
1.2 Anhörung und Akteneinsicht	40
1.3 Androhung von Zwangsmitteln	40
a) Ersatzvornahme	41
b) Zwangsgeld	42
c) Ersatzzwangshaft	42
d) Unmittelbarer Zwang	42
1.4 Sofortige Vollziehung/sofortige Vollziehbarkeit	42
1.5 Aufbau eines tierschutzrechtlichen Bescheids	43
1.6 Adressat der Verfügung	44
1.7 Zustellung	45
1.8 Widerspruch und Klage	46
1.9 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	46
1.10 Vollstreckung	47
1.11 Gestrecktes Verfahren und Sofortvollzug	48

2. Sanktionen	48
2.1 Verwarnung	49
2.2 Ordnungswidrigkeitsverfahren	49
2.3 Strafverfahren	50

Teil IV: EINZELNE MASSNAHMEN 54

1. Maßnahmen, bei denen die Tiere im Betrieb verbleiben	55
1.1 Nicht formelle Maßnahmen	55
1.2 Tierschutzrechtliche Anordnungen	55
2. Maßnahmen, bei denen die Tiere nicht im Betrieb verbleiben	57
2.1 Freiwillige Abgabe	57
2.2 Vorübergehende anderweitige Unterbringung und ggf. anschließende Veräußerung	58
2.3 Fortnahme und Veräußerung von Tieren, die nicht vorübergehend anderweitig untergebracht werden können	61
2.4 Behördliches Haltungsverbot und ggf. Auflösung des Tierbestandes oder Einziehung der Tiere	62
2.5 Richterliches Haltungsverbot und ggf. anschließende Sicherstellung oder Beschlagnahme der Tiere	63
2.6 Einziehung von Tieren als Nebenfolge in Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren	65
2.7 Beschlagnahme von Tieren zur Sicherung der späteren Einziehung und ggf. anschließende Notveräußerung	68
2.8 Beschlagnahme von Tieren als Beweismittel	70
2.9 Ordnungsrechtliche Sicherstellung von Tieren zur Gefahrenabwehr	71
3. Tötung von Tieren	72
4. Sonstige Maßnahmen	74

ANHANG 75

1 - ArgeVet- Musterformular	76
2 - Bundes-/Gewerbezentralregister	108
3 - Hessische Zirkusdatei	110
4 - Material-Liste	111
5 - Tierartenliste	113
6 - Gutachten-Raster	115
7 - Ergebnis-Bögen	117
8 - Vorschlag Maßnahmen-Katalog	126
9 - Checkliste: Häufige Fehlerquellen	131
10 - Rolle von Zeugen und Sachverständigen	133
11 - Übersicht Maßnahmen und Verfahrensschritte	136
12 - Muster Eigentumsabtrittserklärung	148
13 - Abkürzungen	149
14 - Adressen und Literatur	150

VORWORT

Seit 2002 steht der Tierschutz als ausdrückliches Staatsziel im Grundgesetz und verpflichtet Gesetzgeber und Verwaltung zu entsprechendem Handeln. Hierzu zählt neben etwaigen neuen tierschutzrechtlichen Vorgaben auch ein durchsetzungsfähiger Vollzug des geltenden Rechts. Die Überwachung von Zirkusbetrieben stellt die zuständigen Behörden vor besondere Herausforderungen: Fachwissen über diverse exotische Tierarten ist genauso gefragt wie die Fähigkeit, rechtliche Vorschriften schnell und entschieden vermitteln und anwenden zu können. Für langes Überlegen ist bei reisenden Betrieben selten Zeit. Genau so wichtig sind die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen den einzelnen lokal zuständigen Vollzugsbehörden. Nur so können ihre jeweiligen punktuellen Feststellungen ein schlüssiges Gesamtbild ergeben. Und nur so kann verhindert werden, dass sich Betriebe dem Vollzug angeordneter Maßnahmen oder verhängten Sanktionen durch Ortswechsel entziehen.

Das funktioniert nicht immer. Mängel werden übersehen oder nicht angemessen dokumentiert. Aus Unsicherheit oder Zeitmangel zieht man sich auf Belehrungen und Ermahnungen zurück, wo eigentlich längst Anordnungen getroffen und vollzogen oder Bußgelder verhängt werden müssten. Andere Maßnahmen werden gar nicht erst in Betracht gezogen, weil sie nicht zur Routinepraxis gehören. Und viel zu oft agiert jede Behörde für sich allein, anstatt bereits getroffene Feststellungen oder Entscheidungen anderer Ämter in die eigene Bewertung einzubeziehen oder bestandskräftige Anordnungen der Kolleginnen und Kollegen zu vollstrecken. Das Fehlen des schon lange geforderten Zirkuszentralregisters des Bundes macht es nicht einfacher. Verschärfend wirkt die oft schlechte Personalsituation auf den zumeist kommunal verwalteten Veterinärämtern. Kein Wunder, dass einige Zirkusbetriebe glauben, sie bräuchten die Vorgaben gar nicht zu beachten, weil ohnehin nichts passiert.

Es muss daher dringend dafür gesorgt werden, dass wenigstens die derzeitigen Minimalvorgaben zum Tierschutz im Zirkus möglichst effektiv umgesetzt werden. Mit der 2001 eingerichteten Hessischen Zirkusdatei wurde bereits ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Vollzugs im Zirkus geleistet. Das nun vorgelegte Hessische Zirkushandbuch ist ein weiteres Angebot zur Unterstützung der Behörden. Es konzentriert sich vor allem auf die Dinge, die im Verwaltungshandeln der Behörden zu beachten sind, um den Tierschutz praktisch durchsetzen zu können. Eine Mustersammlung soll das Zirkus-Handbuch später abrunden.

Aber auch dann bleiben noch viele Fragen offen. Zum Beispiel, ob die „Arbeit“ mit den Tieren die derzeitige Reduzierung der Haltungsanforderungen gegenüber den Vorgaben des Säugetiergutachtens überhaupt rechtfertigen kann und wie sie ggf. qualitativ und quantitativ aussehen muss. Wie mehr Auffangmöglichkeiten für beschlagnahmte Wildtiere geschaffen werden können. Oder welche Tierarten gar nicht in einen reisenden Zirkus gehören. Aber das steht auf einem anderen Blatt.



Wiesbaden, im Dezember 2005

Wichtiger Hinweis !!!!!!!!!!!!!!!

Die eingerahmten und grau unterlegten Abschnitte in den folgenden Kapiteln geben jeweils die Rechtsgrundlage zu den behandelten Themen wieder. Sie sind jedoch keine wörtliche Wiedergabe des entsprechenden Gesetzestextes, sondern fassen diesen mit eigenen Worten zusammen. Damit soll das Wesentliche der Rechtslage in übersichtlicher und verständlicher Form dargestellt werden.

Im Anwendungsfall ist selbstverständlich der originale Gesetzestext maßgeblich. Diesen finden Sie unter den jeweiligen rechts angegebenen Paragraphen.

§xx Abs. x Nr. x
TierSchG

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass im Text lediglich aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf die zusätzliche Erwähnung der jeweils weiblichen Sprachformen verzichtet wird. Weibliche Betroffene sind stets mitgemeint.

Teil I

DIE TIERSCHUTZRECHTLICHE ERLAUBNIS nach §11 TierSchG

Übersicht

1.	Erlaubnispflicht	8
2.	Erlaubniserteilung	9
2.1	Prüfen der Voraussetzungen.....	9
	a) Zuständigkeit	9
	b) Sachbescheidungsinteresse	10
	c) Träger der Erlaubnis und verantwortliche Person	11
	d) Sachkunde	12
	e) Zuverlässigkeit	13
	f) Eignung der Räume und Einrichtungen	14
2.2	Erteilen der Erlaubnis	17
	a) Standard-Aufbau	18
	b) Sonstige Empfohlene Nebenbestimmungen	19
	c) Übliche Hinweise	19
	d) Spezielle Auflagen im Einzelfall	19
2.3	Versagen der Erlaubnis	21
3.	Nachträgliche Änderung oder Ergänzung der Erlaubnis	22
4.	Widerruf oder Rücknahme der Erlaubnis	23
5.	Untersagen der Tätigkeit/Betriebsschließung	25

1. Erlaubnispflicht

Wer Tiere gewerbsmäßig zur Schau stellen oder für solche Zwecke zur Verfügung stellen will, muss über eine tierschutzrechtliche Erlaubnis nach § 11 TierSchG verfügen. Für eigenständige Artisten, die mit ihren Tieren in wechselnden Zirkusbetrieben auftreten, gelten die Bestimmungen entsprechend.	§11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3d TierSchG
Die Erlaubnis muss schriftlich beantragt werden. Aus dem Antrag müssen alle erforderlichen Angaben hervorgehen.	§ 11 Abs. 1 Satz 2 TierSchG 12.1.1 AVV
Mit der Ausübung der Tätigkeit darf erst nach Erteilung der Erlaubnis begonnen werden.	§ 11 Abs. 3 TierSchG

- Die AVV (12.1.1) verweist für die Beantragung der Erlaubnis auf ein Musterformular, das die Arbeitsgruppe Zirkustiere der **ArgeVet** 1999 erarbeitet hat und zur möglichst bundeseinheitlichen Verwendung empfiehlt. Dem Antragsteller soll bei der Ausfüllung der Formulare geholfen werden, damit alle notwendigen Angaben vollständig gemacht werden.


→ ArgeVet-Musterformular siehe ANHANG 1

Die Erlaubniserteilung ist ein begünstigender Verwaltungsakt, der in bestimmten Fällen zurückgenommen oder widerrufen werden kann.	§48 und 49 VwVfG
Wer keine Erlaubnis hat, dem soll die Tätigkeit untersagt werden, notfalls auch Schließung des Betriebs.	§11 Abs. 3 und 4 TierSchG

Damit stellt die tierschutzrechtliche Erlaubnis ein wichtiges Instrument dar, tierschutzrelevanten Missständen vorzubeugen. Ein nachträgliches Eingreifen zum Abstellen von Mängeln ist wegen der Mobilität der Unternehmen in der Regel nur mit großem Aufwand erfolgreich zu bewerkstelligen, der Widerruf oder die Rücknahme einer einmal erteilten Erlaubnis schwierig. Die Prüfung der Erlaubnisvoraussetzungen soll daher schon im Sinne eines effizienten Verwaltungshandelns mit besonderer Sorgfalt erfolgen. Hierzu verpflichtet auch die Aufnahme des Tierschutzes in die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes.

2. Erlaubniserteilung


Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn die erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit der verantwortlichen Person(en) gegeben ist und die vorgesehenen Räume und Einrichtungen eine dem § 2 TierSchG entsprechende Ernährung, Pflege und Unterbringung der Tiere ermöglichen.	§ 11 Abs. 2 TierSchG
Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn aufgrund der Prüfung der erforderlichen Voraussetzungen keine Bedenken bestehen.	12.2.5.1 AVV

	Oft reicht es nicht aus, nur die aktuell vor Ort vorgefundene Situation zur Grundlage der Entscheidung zu machen. Vorkommnisse aus der (näheren) Vergangenheit können insbesondere Zweifel an der erforderlichen Sachkunde und Zuverlässigkeit begründen.
---	---

2.1 Prüfen der Voraussetzungen

a) Zuständigkeit

Die §11E wird durch die zuständige Behörde des Ortes erteilt, wo der Zirkusbetrieb seinen Stammsitz oder sein Winterquartier hat oder als Gewerbe gemeldet ist.	12.1.5 AVV
Aus dem Ausland kommende Betriebe oder Artisten erhalten die §11 E von der zuständigen Behörde des Ortes, an dem sie zuerst tätig werden wollen.	12.1.5 AVV

	Da Zirkusbetriebe oftmals keinen festen Sitz haben und wechselnde oder gar keine Winterquartiere aufsuchen, besteht die Gefahr, dass Betriebe bei Ablehnung oder Rücknahme bzw. Widerruf einer Erlaubnis versuchen, diese an einem anderen Ort zu bekommen. Deshalb ist es wichtig, sich vor einer Erlaubniserteilung entsprechend zu informieren, ob im jeweils vorliegenden Fall eine solche Vorgeschichte besteht.
---	---

- Auskunft gibt das **Gewerbezentralregister**. Es enthält personenbezogene Eintragungen über vollziehbare und nicht mehr anfechtbare Verwaltungsentscheidungen, bei denen wegen

Unzuverlässigkeit oder Ungeeignetheit ein Erlaubnisantrag abgelehnt oder eine erteilte Erlaubnis zurückgenommen oder widerrufen wurde, einschließlich etwaiger Verzichte von Seiten des Antragstellers.

→ Bundes-/Gewerbezentralregister siehe ANHANG 2

- Darüber hinaus können die Informationsmöglichkeiten der **Hessischen Zirkusdatei** (bzw. des Zirkuszentralregisters, sobald vorhanden) genutzt werden, um zu erfahren, welche Behörde dem betreffenden Zirkus vielleicht früher bereits eine Erlaubnis erteilt oder einen Antrag abgelehnt hat. Zur Abklärung der Einzelheiten kann dann direkt Kontakt mit dieser Behörde aufgenommen werden.

→ Hessische Zirkusdatei siehe ANHANG 3

b) Sachbescheidungsinteresse

Vor einer näheren Prüfung der tierschutzrechtlichen Voraussetzungen ist festzustellen, ob überhaupt ein Sachbescheidungsinteresse besteht.

Wurden bereits andere Genehmigungen, die für die Tätigkeit erforderlich sind, versagt, kann die Veterinärbehörde die Erteilung einer §11E wegen mangelndem Sachbescheidungsinteresse versagen.	12.2.5.1 AVV
--	--------------


Dies ist z.B. möglich, wenn der Betrieb keine **Reisegewerbekarte** besitzt und auch keine Aussicht besteht, dass eine solche erteilt wird. Dann ist nämlich anzunehmen, dass der Betreiber die notwendige Zuverlässigkeit nicht besitzt (Vgl. GewO §§ 55 ff).

Ein solches Sachbescheidungsinteresse kann auch dann fehlen, wenn die erforderlichen artenschutz- oder jagdrechtlichen Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit nicht vorliegen.	12.2.5.1 AVV
--	--------------

Tiere wildlebender Arten können ggf. artenschutzrechtlichen Vermarktungs- und Besitzverboten¹ (sowie besonderen Kennzeichnungsgeboten) unterliegen, die einer Erlaubniserteilung entgegenstehen.

Sofern nicht auszuschließen ist, dass sich der Antrag (auch) auf Tiere besonders geschützter Arten bezieht, ist die zuständige Artenschutzbehörde zu beteiligen.	12.2.5.1 AVV
--	--------------

¹ Gemäß § 42 BNatSchG zielt der Begriff Vermarktung nicht nur auf Kauf und Verkauf von Tieren, sondern beinhaltet auch das kommerzielle zur Schau stellen. Der Begriff Besitz umfasst auch das „in Gewahrsam haben“ eines Tieres.

	<p>Tiere <u>besonders geschützter</u> Arten sind gemäß §10 Abs. 2 Nr.10 BNatSchG solche, die unter folgende Schutzbestimmungen fallen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anhang A oder B der VO (EG) Nr. 338/97 - Anhang IV der FFH-Richtlinie 92/43 (außer Vögel) - EG-Vogelschutz-Richtlinie 79/409/EWG (außer Tierarten, die dem Jagdrecht unterliegen) - Anhang I der BArtSchVO. <p>Besonders geschützte Tierarten schließen <u>streng geschützte</u> Arten ein.</p>
---	---


- Ob eine bestimmte Tierart in artenschutzrechtlichen Bestimmungen aufgelistet ist, zeigt die **WISIA-Datenbank** des Bundesamtes für Naturschutz in Bonn unter www.wisia.de. (nicht immer unter deutschem Namen gespeichert, deshalb ggf. auch nach wissenschaftlichem Namen suchen!)

Neben dem Artenschutzrecht kennt auch das Jagdrecht Besitz-, Abgabe- und Transportverbote für bestimmte heimische Wildtierarten, wie z.B. verschiedene Wildtauben, Wildenten und Wildgänse, die im Zirkus (bislang) allerdings keine Rolle spielen. Im Einzelfall können jedoch z.B. Bestimmungen für das Halten von Greifen und Falken zu beachten sein.

- Maßgeblich für diesen Bereich ist die **BWildschVO**.


c) Träger der Erlaubnis und verantwortliche Person

<p>Träger der Erlaubnis ist, wer die Tiere gewerbsmäßig zur Schau stellen oder für solche Zwecke zur Verfügung stellen will. Dies kann eine natürliche oder juristische Person sein.</p> <p>Bei Zirkusbetrieben ist der Inhaber üblicherweise eine natürliche Person, die dann gleichzeitig verantwortliche Person im Sinne des § 11 TierSchG ist. Ggf. können weitere verantwortliche Personen, z.B. für einzelne Tiergruppen, benannt werden.</p>	<p>§11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 d TierSchG und 12.1.6 AVV</p>
<p>Die verantwortliche Person muss aufgrund der Betriebsorganisation in der Lage sein, die Verantwortung auch tatsächlich zu übernehmen, insbesondere regelmäßig und in angemessener Dauer anwesend sein.</p>	<p>12.1.6 AVV</p>

	<p>Erlaubnisträger und verantwortliche Person müssen nicht immer identisch sein. Die Forderung der Sachkunde und Zuverlässigkeit beziehen sich auf die verantwortliche(n) Person(en), die im Erlaubnisbescheid genannt sein müssen. Weitere Betreuungspersonen, die lediglich weisungsgebundene Aufgaben ausführen, sind keine verantwortlichen Personen im Sinne des §11 TierSchG.</p>
---	---

d) Sachkunde (erforderliche fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten)

Die notwendige Sachkunde wird im Zirkus idR. nicht durch berufliche Aus- oder Weiterbildung, sondern aufgrund des bisherigen Umgangs mit den Tieren erworben. Damit ist grundsätzlich ein Fachgespräch, ggf. unter Beteiligung weiterer Sachverständiger, zu verlangen.	12.2.2.3 AVV
Von einem Sachkundegespräch soll abgesehen werden, wenn der Antragsteller/die verantwortliche Person als geeignet bekannt ist oder in den letzten 10 Jahren ein Sachkundegespräch vor einer anderen Behörde abgelegt wurde und keine Bedenken bestehen.	12.2.2.4 AVV

	Hat der Antragsteller/die verantwortliche Person bislang keine oder nur andere Tierarten gehalten, steht die notwendige Sachkunde wegen des fehlenden Umgangs mit den Tieren in Frage. Das gilt auch, wenn die Haltung bislang erfolglos, also z.B. deutlich mangelbehaftet war.
---	--


Eine sorgfältige Sachkundeprüfung trägt entscheidend dazu bei, spätere Missstände zu vermeiden. Zurückliegende nennenswerte Haltungs- oder Pflegemängel können Anlass sein, die erforderliche Sachkunde oder Fähigkeiten anzuzweifeln.

Sofern es sich um einen bereits bestehenden Betrieb handelt (z.B. nach Auslaufen einer befristeten Erlaubnis) oder um einen Folgebetrieb (z.B. nach Abspaltung oder Fusionierung von Betrieben oder Betriebsteilen), können sich auch wichtige Hinweise ergeben aus

- ▶ der **Hessischen Zirkusdatei** oder
- ▶ dem **Tierbestandsbuch/den amtstierärztlichen Prüfberichten**, die ggf. vom jeweiligen Zirkusbetrieb mitgeführt werden.

→ Hessische Zirkusdatei siehe ANHANG 3

Etwaige Bedenken sollten durch ein Sachkundegespräch ausgeräumt werden, es sein denn, es liegen gleichzeitig auch Zweifel an der erforderlichen Zuverlässigkeit vor, die einer Erlaubniserteilung ohnehin entgegenstehen.

	Zum Sachkundegespräch gehört auch, sich vor Ort ein Bild vom praktischen Umgang mit den Tieren zu verschaffen. Dabei sollte u.a. auch das Vorhandensein von Pflegegeräten und ihre fachgerechte Anwendung praktisch überprüft werden. Von schriftlichen Prüfaufgaben ist eher abzusehen, da nicht in jedem Fall die hierfür notwendige Schulbildung vorausgesetzt werden kann.
---	--

Je nach Tierart empfiehlt es sich, zum Sachkundegespräch einen externen Sachverständigen hinzu zu ziehen. Die tierschutzrechtliche Bewertung, ob die festgestellte Sachkunde für eine Erlaubniserteilung ausreicht, ist jedoch nicht delegierbar, sondern bleibt Aufgabe der Behörde.

e) Zuverlässigkeit

<p>Eine eingehende Prüfung der Zuverlässigkeit ist erforderlich, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - die jeweilige Person nicht bekannt ist oder - wenn Tatsachen vorliegen, die zu Zweifeln Anlass geben. 	12.2.3.1 AVV
<p>Hierzu kann vom Antragsteller verlangt werden, dass die verantwortliche Person ein</p> <ul style="list-style-type: none"> - polizeiliches Führungszeugnis und/oder - eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister vorlegt. 	12.2.3.2 AVV

- Das **Führungszeugnis** gibt Auskunft über strafrechtliche Verurteilungen, die im **Bundeszentralregister** eingetragen sind. Es muss vom Antragsteller selbst über seine zuständige Meldebehörde angefordert werden.
- Das **Gewerbezentralregister** enthält u.a. Angaben über unanfechtbare Verwaltungsentscheidungen, die ggf. in Zusammenhang mit früheren Erlaubnissen oder Gewerbeuntersagungen eine Unzuverlässigkeit begründen, sowie rechtskräftige Bußgeldentscheidungen (über 200.-€). Die Auskunft kann von der Erlaubnisbehörde selbst beantragt werden.
→ Bundes-/Gewerbezentralregister siehe ANHANG 2

<p>Zuverlässigkeit liegt idR. nicht vor, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Person in den letzten 5 Jahren wegen eines Verbrechens verurteilt ist, - sie in den letzten 5 Jahren wegen eines Vergehens verurteilt ist, das einen Bezug zu Tierhaltung, -handel oder -zucht erkennen lässt oder - gegen sie Bußgelder wegen Owi nach TierSchG oder verwandter Vorschriften verhängt wurden. 	12.2.3.2 AVV
<p>Auch sonstige Rechtsverstöße, z.B. gegen</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Tierseuchenrecht, - das Artenschutzrecht oder - das Polizei- und Ordnungsrecht der Länder <p>können einen Mangel an Zuverlässigkeit begründen.</p>	12.2.3.2 AVV
<p>Mangelnde Zuverlässigkeit kann auch angenommen werden, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - die finanzielle Grundlage zur ordnungsgemäßen Führung des Betriebs offensichtlich nicht ausreicht. 	12.2.3.2 AVV

⇒	Dies kann z.B. der Fall sein, wenn ein Betrieb über längere Zeit keine Einnahmen mehr erzielen konnte oder die Betroffenen von Sozialhilfe leben. Auch wenn die verantwortliche Person nicht gleichzeitig Betriebsinhaber ist, können die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebs dazu führen, auch auf seiner Seite einen Mangel an Zuverlässigkeit anzunehmen.
---	--

Sofern es sich um bereits bestehende Zirkusbetriebe (mit befristeter Erlaubnis) oder Folgebetriebe handelt, können sich Zweifel an der Zuverlässigkeit des Antragstellers auch ergeben durch Einträge in

- ▶ der **Hessischen Zirkusdatei** oder
- ▶ dem **Tierbestandsbuch**/den **amtstierärztlichen Prüfberichten**, die ggf. vom jeweiligen Zirkusbetrieb mitgeführt werden.

→ Hessische Zirkusdatei siehe ANHANG 3

⇒	Auch Ordnungswidrigkeiten, wie z.B. die Missachtung behördlicher Auflagen und Anordnungen können die Annahme der Unzuverlässigkeit begründen. Das Fehlverhalten muss aber von erheblichem Gewicht sein, entweder durch die Anzahl oder die Schwere der Verstöße. Beleidigung gegenüber Bediensteten allein reicht nicht aus, um eine Unzuverlässigkeit zu begründen ² . Schwerer wiegen dagegen Bedrohung oder sogar tätliche Angriffe gegen Veterinärbeamte.
---	--





f) Eignung der Räume und Einrichtungen

Die Prüfung der örtlichen Verhältnisse erfolgt durch Augenscheinnahme, über die eine Niederschrift anzufertigen ist.	12.2.4.1 AVV
Neben dem beamteten Tierarzt können weitere Sachverständige hinzugezogen werden.	12.2.4.1 AVV
Geprüft wird, ob die Räume und Einrichtungen dem § 2 TierSchG entsprechen. Hierzu können die einschlägigen Gutachten des BMVEL wie auch die Check-Listen der TVT verwendet werden.	12.2.4.1 AVV


Die Entscheidung über Anträge hat aufgrund eigener Augenscheinnahme sowohl der Räume und Einrichtungen als auch der Tiere (!) zu erfolgen.


² Vgl. Beschluss OVG Mecklenburg-Vorpommern vom 12. Februar 2002 Az. 2 M 141/02

- Im Einzelfall, z.B. zur Beurteilung spezieller Tierarten, ist die Hinzunahme eines **externen Sachverständigen** ratsam. Es ist zu prüfen, inwieweit die Kosten im Einzelfall auf die Gebühr umgelegt werden können. Bei Bedarf können Empfehlungen und eventuelle weitere Finanzierungsmöglichkeiten für Fälle innerhalb Hessens, auch kurzfristig, bei der Landestierschutzbeauftragten angefragt werden.

	<p>Abzuraten ist von einer Erlaubniserteilung, wenn sich der Betrieb nicht im Zuständigkeitsbereich der eigenen Behörde aufhält und man auf die „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ anderer angewiesen ist, ohne sich ein eigenes Bild machen zu können. Erfahrungsgemäß kann ein bundesweit einheitlicher Beurteilungsstandard nicht vorausgesetzt werden. Deshalb sollte in solchen Fällen der betreffende Zirkusbetrieb aufgefordert werden, sich bei nächster Gelegenheit vor Ort einzufinden oder ggf. den Antrag wegen fehlender Zuständigkeit andernorts zu stellen.</p>
	<p>Zum <u>erlaubnispflichtigen</u> Tierbestand gehören auch</p> <ul style="list-style-type: none"> - zeitweise verliehene Tiere, sofern sie vor Ort vorgestellt werden; - Tiere, die von Dritten für die Zurschaustellung zur Verfügung gestellt werden; - freilaufende Hunde und Kleintiere, nur, sofern sie gewerbsmäßig zur Schau gestellt werden. <p><u>Gesondert</u> zu behandeln sind Tiere, die von anderen im Engagement vorgeführt werden (eigene §11- Erlaubnis erforderlich).</p>
	<p>Zu den <u>erlaubnispflichtigen Räumen und Einrichtungen</u> gehören</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stallzelt bzw. Stallgebäude (im Winterquartier); - Transportwagen; - Gehege-, Paddock-Einzäunungen; - ggf. Boxen; - ggf. Volieren; - ggf. Terrarien; - Manege(n) (ggf. Proben- und Vorführmanege) einschließlich evtl. Einrichtungen für Zugang (Schleusen) und Vorführung (z.B. Podeste u.ä.); - Futterlager, ggf. Kühlvorrichtungen; - ggf. Einstreulager.
	<p><u>Zusätzlich erforderlich</u> ist ggf. der Nachweis</p> <ul style="list-style-type: none"> - eines geeigneten Winterquartiers für kälteempfindliche Tierarten, deren Bewegungsbedürfnis nicht innerhalb eines geheizten Stallzelts erfüllbar ist; - eines sicheren Stallgebäudes für die Unterbringung von Elefantenbullen während der Musth³

³ Die Neuerteilung einer §11-Erlaubnis für Elefantenbullen ist jedoch grundsätzlich abzulehnen, siehe auch ANHANG 5


	Bei Betrieben mit festem Winterquartier soll die örtlich zuständige Behörde gleichzeitig auch Erlaubnisbehörde sein. Bei wechselnden Winterquartieren sollte zur Überprüfung der Angaben Kontakt mit der Behörde aufgenommen werden, an deren Ort sich das nächste Winterquartier befinden soll.
---	--

	<p><u>Nicht</u> Gegenstand der Erlaubnis sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - eventuell vorhandene Futtertiere und privat gehaltene Tiere. Diese unterliegen aber selbstverständlich dem Tierschutzrecht (insb. § 2 TierSchG, Tierschutz-HundeVO); - Dressurhilfsmittel und Pflegegeräte. Dressurhilfsmittel sind jedoch in Hinblick auf § 3 Nrn. 5, 6 und 11 TierSchG zu beurteilen. Das Vorhandensein und der Zustand evtl. Pflegegeräte lassen im Übrigen Rückschlüsse auf die Sachkunde und Zuverlässigkeit des Antragstellers zu.
---	---

Die fachliche Beurteilung der Eignung von Räumen und Einrichtungen soll sich an den vorhandenen einschlägigen Gutachten und Fachinformationen orientieren. Dies sind



- ▶ die **BMVEL-Zirkus-Leitlinien** für die darin aufgeführten Tierarten, sofern mit ihnen regelmäßig gearbeitet wird,
- ▶ die verschiedenen **BMVEL-Sachverständigen-Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von ...** für die Tierarten, die nicht Gegenstand der Leitlinien sind oder mit denen nicht regelmäßig gearbeitet wird, bzw.
- ▶ die „**Checklisten**“ der TVT aus der Loseblattsammlung des Merkblatts 39.

→ Material-Liste siehe ANHANG 4
→ Bezugsadressen siehe ANHANG 14

	<p>Eine überzeugende Definition, was unter „regelmäßiger Arbeit“ zu verstehen ist, steht bis heute leider aus. Auch die Zirkus-LL geben hier nur unbefriedigend Auskunft. Hiernach muss die tägliche Beschäftigung „abwechslungsreich sein und die Tiere fordern.“ Sie sei „außerdem gegeben durch eine positive Mensch-Tier-Beziehung und ein ständig wechselndes Reizspektrum“. Täglich nur ein bis zwei Auftritte von jeweils 5-10 Minuten sind jedenfalls nicht ausreichend, um eine Reduzierung der Haltungsanforderungen gegenüber dem Säugetiergutachten zu begründen⁴.</p> <p>In der Praxis wird meist nur danach gefragt, ob die Tiere überhaupt täglich in der Vorstellung auftreten (sollen) oder, soweit sie noch ausgebildet werden, wenigstens täglich mit ihnen gearbeitet wird. Dabei müssten genau genommen auch Ausmaß und Qualität der Arbeit im Hinblick auf die jeweiligen artspezifischen Möglichkeiten betrachtet werden.</p>
---	---

⁴ Vgl. Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz Anhang zu § 2 Rn 69 sowie Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz vor § 17 Rn 33

	In jedem Fall empfiehlt sich die Überprüfung der Angaben durch einen Besuch vor Ort. Dabei sollte man sich die Dressurnummern der Tiere vorführen lassen oder – wenn es um Verlängerung einer bereits bestehenden Erlaubnis geht – mindestens eine Vorstellung besuchen.
--	--

	Vergewissern Sie sich, ob Ihre Unterlagen noch aktuell sind! Die Zirkus-LL wurden zuletzt im Jahr 2000 überarbeitet. Die ältere Fassung von 1990 ist nicht mehr gültig. Sofern Sie Checklisten verwenden, achten Sie darauf, dass darin die neuen LL schon berücksichtigt wurden!
	Die herabgesetzten Mindestanforderungen der Zirkus-Leitlinien gelten nur für die darin behandelten Tierarten. Für Tierarten, die in der aktuellen Fassung nicht (mehr) aufgeführt sind (z.B. Affen), gelten nicht etwa die Anforderungen der alten Fassung, sondern die Anforderungen des Säugetiergutachtens! (Vgl. Zirkus-LL S. 9.)

Die in den einschlägigen Gutachten beschriebenen Mindestanforderungen gelten nicht zwingend. Andere Anforderungen können gestellt werden, sofern diese fachlich „gerichtsfest“ begründet werden können. Ein Unterschreiten erscheint im Hinblick auf die besondere Verpflichtung durch die Staatszielbestimmung „Tierschutz“ jedoch als nicht angemessen und soll dementsprechend unterbleiben.

Neben den einschlägigen Gutachten und Leitlinien sind natürlich auch die Anforderungen zu beachten, die sich aus anderen Rechtsvorschriften und Verwaltungserlassen verbindlich ergeben, insbesondere aus

- ▶ der **Tierschutz-Hundeverordnung (TierSchHundeVO)** vom 2. Mai 2001,
- ▶ dem **Hessischen Erlass zum Verbot der dauerhaften Anbinde/Ständerhaltung von Pferden** vom 4. September 1998
- ▶ und der **Tierschutz-Transportverordnung (TierSchTrVO)** vom 11. Juni 1999

in der jeweils aktuellen Fassung.

2.2 Erteilen der Erlaubnis

Ein Erlaubnisbescheid muss alle notwendigen Regelungen enthalten.

- ▶ Die Arbeitsgruppe Zirkustiere der **ArgeVet** hat 1999 entsprechende Musterbescheide für eine Erlaubniserteilung erarbeitet, die für eine bundesweit möglichst einheitliche Verwendung empfohlen werden.

→ ArgeVet-Musterformular siehe ANHANG 1


<p>Die Erlaubnis kann, soweit zum Schutz der Tiere erforderlich, unter Befristungen, Bedingungen und Auflagen⁵ erteilt werden, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - zur Kennzeichnung der Tiere; - zum Führen eines Tierbestandsbuchs; - zur Beschränkung der Tiere nach Art, Gattung oder Zahl; - zur regelmäßigen Fort- und Weiterbildung; - zum Verbot des Bettelns mit Tieren; - zur unverzüglichen Meldung bei der zuständigen Behörde am Tätigkeitsort; - zur Verhinderung der Fortpflanzung. 	§ 11 Abs. 2a TierSchG
--	-----------------------

Diese Auflistung ist keine abschließende Aufzählung. In der Vollzugspraxis haben sich eine Reihe von Nebenbestimmungen und Hinweisen bewährt, die grundsätzlich aufgenommen werden sollten. Hinzu können, je nach Einzelfall, spezielle Vorgaben kommen.

a) Standardaufbau


⇒	<ul style="list-style-type: none"> - Name und zustellfähige Anschrift (ggf. aktueller Aufenthaltsort) des Antragstellers; - Name des Zirkusbetriebs; - Name (n) und Adresse(n) der verantwortlichen Person(en), ggf. Benennung eines Stellvertreters; - Bezugnahme auf evtl. bereits vorhandene Genehmigungen, die ersetzt bzw. ergänzt werden sollen; - Benennung des erlaubten Tierbestands (Höchstzahl je Art/ Gattung); - Benennung und Beschreibung der erlaubten Räume und Einrichtungen; - Nebenbestimmungen (gem. § 36 VwVfG) wie <ul style="list-style-type: none"> • ggf. Befristung, • ggf. Bedingungen oder Auflagen, • Vorbehalt des Widerrufs, • Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage; - Begründung; - evtl. Hinweis auf andere einzuhaltende Rechtsbestimmungen (Artenschutzrecht, TierSchTrVO, TierSchHundeVO) und sonstige Hinweise; - Kostenfestsetzung; - Rechtsbehelfsbelehrung.
---	--

⁵ Eine Bedingung macht die gewährte Erlaubnis davon abhängig, dass ein künftiges Ereignis eintritt oder herbeigeführt wird (z.B. die Erlaubnis gilt erst, wenn die geforderten Boxen angeschafft wurden etc.). Eine Auflage hingegen schreibt ein bestimmtes Tun, Dulden oder Unterlassen vor.


	Auch eine Befristung ist eine belastende Nebenbestimmung, die gesondert zu begründen ist. Sie ist insbesondere dann vorzusehen, wenn kein festes Winterquartier nachgewiesen wurde oder wenn die Voraussetzungen für die Erlaubniserteilung erst nach Aufforderung oder Anordnung durch die Behörde geschaffen wurden.
---	--

b) Sonstige empfohlene Nebenbestimmungen




<ul style="list-style-type: none"> - Rechtzeitige Mitteilung aller wesentlichen Änderungen der im Antrag dargelegten Sachverhalte; - Ggf. Benennung eines Stellvertreters der verantwortlichen Person; - Mitführen des Erlaubnisbescheids; - Mitführen der Prüfberichte der Überwachungsbehörden; - Führen eines Tierbestandsbuchs, wobei Vorkehrungen gegen evtl. Fälschung zu treffen sind, wie z.B. Einzelblatt-Heftung mit Seitenzahl und Siegelung. 	12.2.5.2 AVV
---	--------------







	Weitere Auflagen: <ul style="list-style-type: none"> - Vorlage der Prüfberichte bei der Erlaubnis erteilenden Behörde jeweils zum 31.12. eines Jahres; - Dokumentation von Pflege- und Behandlungsmaßnahmen mit Unterschrift des jeweiligen Tierarztes/Schmieds etc.; - Vorlage aller genannten Dokumente auf Verlangen der Behörde.
---	---



c) Übliche Hinweise


	<ul style="list-style-type: none"> - Gast-Engagements mit Tieren benötigen eine eigene §11E; - Vorschriften des Artenschutzrechts, Tierseuchenrecht bleiben unberührt.
---	--

d) Spezielle Auflagen im Einzelfall

	<ul style="list-style-type: none"> - Verpflichtung zum unverzüglichen Entladen und Aufbau von Auslaufgehegen nach Erreichen des Gastspielorts  <i>immer;</i> - Nähere Bestimmungen zur Haltung einzelner Tierarten  <i>insb. dann, wenn die Voraussetzungen für die Erlaubniserteilung erst nach behördl. Aufforderung oder Anordnung geschaffen wurden, ggf. auch als Bedingung;</i>
---	---

	<ul style="list-style-type: none"> - Verpflichtung zum Aufsuchen eines Winterquartiers von [1.11. bis 31.3.] und Nachweis bis spätestens [1.10.] eines jeden Jahres  <i>unabdingbar, wenn kälteempfindliche Tierarten mitgeführt werden, deren Bewegungsbedarf nicht innerhalb eines geheizten Stallzelts erfüllt werden kann;</i> - Zuchtverbot für bestimmte Tiere/Tierarten  <i>unabdingbar, wenn die besonderen Bedürfnissen der Jungtiere nicht erfüllt werden können;</i> - Nachstellverbot für bestimmte Tiere/Tierarten  <i>unabdingbar, wenn bereits vorhandene Tiere eigentlich nicht genehmigungsfähiger Arten aus sozialen oder in Ermangelung anderweitiger Unterbringungsmöglichkeiten im Bestand geduldet werden (Altfall- bzw. Härtefallregelung);</i> - individuelle Kennzeichnung der Tiere  <i>insbesondere, um unerlaubtes Nachstellen oder Nachzüchten überprüfen zu können;</i> - Verlangen des Beibringens einer tierärztlichen Bescheinigung der Todesursache bei Verlust von Tieren  <i>insbesondere bei besonders geschützten Tierarten oder solchen, deren Felle oder Teile Vermarktungswert haben (z.B. Tiger);</i> - Verbot, Tiere zum Betteln zu verwenden  <i>insbesondere bei witterungsempfindlichen oder scheuen Tieren.</i>
--	--

	<p><u>Unterlassen(!)</u> werden sollte die Erteilung einer pauschalen Erlaubnis für „Zirkustiere“, „Raubtiere“ oder ähnliches. Vielmehr sind die erlaubten Tierarten oder Gattungen zu benennen und ihre Höchstzahl zu begrenzen.</p> <p>Die Auflistung jedes einzelnen Individuums ist nur dann erforderlich, wenn ein Nachstellen der jeweiligen Tiere unter erneuten Erlaubnisvorbehalt gestellt werden soll. Dies macht allerdings nur Sinn, wenn die Tiere auch individuell wieder erkennbar sind, d.h. über eine unverwechselbare natürliche oder sonstige Kennzeichnung verfügen.</p>
	<p><u>Von Nachteil</u> ist es, wenn der erlaubte Tierbestand im Erlaubnisbescheid nicht ausdrücklich benannt wird, sondern statt dessen lediglich auf den beantragten oder den zum Zeitpunkt der Erlaubnis vorhandenen Tierbestand verwiesen wird. Dieser ist erfahrungsgemäß nach einiger Zeit für die Kontrollbehörden vor Ort nicht mehr rekonstruierbar, weil z.B. das anfängliche Tierbestandsbuch nicht mehr auffindbar ist, o.ä. Entsprechendes gilt für die Angaben über erlaubte Räume und Einrichtungen.</p> <p>Auch bei der Auflistung in einer separaten Anlage als Teil der Erlaubnis besteht die Schwierigkeit, dass dieses Blatt vor Ort häufig nicht mit vorgezeigt wird, so dass bei Kontrollen nicht ohne weiteres erkennbar ist, welche Tiere ggf. ohne Erlaubnis mitgeführt werden. Deshalb ist die Benennung im Erlaubnisbescheid selbst vorzuziehen.</p>


	Wird mit der neu erteilten Erlaubnis eine frühere Erlaubnis ersetzt, sollte mit der Aushändigung der alte Bescheid nach Möglichkeit eingezogen werden, um einer missbräuchlichen Verwendung vorzubeugen.
---	--

Die Erteilung einer §11-E stellt einen begünstigenden Verwaltungsakt dar. Gleichwohl kann der Antragsteller Widerspruch gegen den Bescheid erheben bzw. eine gerichtliche Entscheidung beantragen, wenn er sich z.B. durch einschränkende Nebenbestimmungen in seinen Rechten beeinträchtigt sieht. Dies gilt entsprechend natürlich auch wenn eine Erlaubniserteilung verweigert oder eine bestehende Erlaubnis widerrufen oder zurückgenommen werden soll (s.u.). Dies sollte die Behörde jedoch nicht davon abhalten, notwendige Regelungen zum Schutz der Tiere zu erlassen. Hierzu ist sie durch die Aufnahme des Tierschutzes als Staatszielbestimmung im Grundgesetz ausdrücklich verpflichtet.

2.3 Versagen der Erlaubnis

Die Erteilung einer §11E kann aus verschiedenen Gründen komplett oder teilweise, z.B. für bestimmte Tierarten, versagt werden.

Die Erlaubnis <u>kann</u> versagt werden, wenn bereits andere für die Tätigkeit erforderliche Erlaubnisse versagt wurden und daher kein Sachbescheidungsinteresse besteht.	12.2.5.1 AVV
Die Erlaubnis <u>ist</u> zu versagen, wenn <ul style="list-style-type: none"> - die erforderliche Sachkunde oder - die erforderliche Zuverlässigkeit fehlt. 	§ 11 Abs. 2 TierSchG
Die Erlaubnis <u>ist</u> auch zu versagen, wenn <ul style="list-style-type: none"> - die Räume und Einrichtungen keine artgemäße und verhaltensgerechte Ernährung, Pflege und Unterbringung ermöglichen. 	§ 11 Abs. 2 TierSchG


	Als grundsätzlich <u>nicht</u> genehmigungsfähig gelten insbesondere <ul style="list-style-type: none"> - Haltungen mit dauerhafter Anbindung; - Einzelhaltungen sozial lebender Tierarten; - Haltungen generell nicht geeigneter Tierarten.
---	---

→ Tierarten-Liste siehe ANHANG 5

Wurde die Entscheidung wegen mangelnder Sachkunde oder Zuverlässigkeit unanfechtbar/rechtskräftig getroffen, ist hierüber eine Mitteilung an das Gewerbezentralregister zu machen (bei Ausländern auch an die Ausländerbehörde, die die Aufenthaltserlaubnis erteilt hat).	12.2.5.3 AVV
--	--------------

Die Meldung an das Gewerbezentralregister erfolgt über einen speziellen Meldevordruck.

→ Bundes-/Gewerbezentralregister siehe ANHANG 2

	Bestehen begründete Zweifel, ob die Voraussetzungen für eine Erlaubniserteilung vorliegen, ist eine Befristung keine Alternative zum Versagen der Erlaubnis. Vielmehr sind die Zweifel auszuräumen, <u>bevor</u> eine Erlaubnis erteilt wird, ggf. mit Hilfe einer Verfügung zur Beseitigung von Haltungsmängeln nach § 16a TierSchG. Andernfalls sind spätere Tierschutzverstöße und nachfolgend aufwendige behördliche Vollzugsmaßnahmen vorprogrammiert.
---	---

3. Nachträgliche Änderung oder Ergänzung der Erlaubnis

Eine nachträgliche Änderung oder Ergänzung der ursprünglichen Erlaubnis (z. B. durch Einschränkung des erlaubten Tierartenspektrums und/oder Aufnahme zusätzlicher Auflagen) ist in folgenden Fällen möglich:

- wenn die Erlaubnis von Anfang an mit einem entsprechenden Vorbehalt verbunden war;
- wenn es von Anfang an an einer notwendigen Voraussetzung (z. B. zur artgerechten Unterbringung der jeweiligen Tierart) gefehlt hat und die nachträgliche Änderung ein erforderliches und verhältnismäßiges Mittel darstellt, die Einhaltung dieser Voraussetzung für die Zukunft sicherzustellen (§ 48 VwVfG; die Änderung ist in diesem Fall ein milderer Mittel als die Rücknahme und damit wegen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Rücknahme vorzuziehen);
- wenn sich nach der Erlaubniserteilung neue Umstände ergeben, die die Änderung erfordern oder rechtfertigen (§ 49 VwVfG; die Änderung ist in diesem Fall ein milderer Mittel als der Widerruf und damit wegen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit dem Widerruf vorzuziehen).

Nachträgliche Änderungen oder Auflagen sind, wenn sie die ursprüngliche Erlaubnis einschränken, belastende Verwaltungsakte, müssen also im Einzelnen begründet werden.

Nachträgliche Änderungen oder Ergänzungen der Erlaubnis gelten nicht als „Erlaubniserteilung“, sondern sind „andere Maßnahmen“, die von jeder örtlich zuständigen Behörde vorgenommen werden können. Sie sind also nicht der ursprünglichen Erlaubnisbehörde vorbehalten!

Abgesehen von der Erlaubniserteilung ist für alle anderen Maßnahmen nach dem Tierschutzgesetz die Behörde zuständig, in deren Zuständigkeitsbereich sich das Unternehmen jeweils aufhält.	12.1.5 AVV
Die verfügende Behörde hat diejenige Behörde, die die ursprüngliche Erlaubnis erteilt hat, darüber zu unterrichten.	12.1.5 AVV

4. Widerruf oder Rücknahme der Erlaubnis

Eine bestehende §11E kann unter bestimmten Umständen auch zurückgenommen oder widerrufen werden. Die Rücknahme und der Widerruf stellen selbst wieder eigenständige Verwaltungsakte dar.

Wurde die Erlaubnis zu Unrecht erteilt (rechtswidriger Verwaltungsakt) kann sie zurückgenommen werden, auch nachdem sie unanfechtbar geworden ist.	§ 48 VwVfG
Auch eine rechtmäßig erteilte Erlaubnis darf, auch nachdem sie unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise widerrufen werden, allerdings nur wenn ein im Gesetz genannter Widerrufsgrund vorliegt.	§ 49 VwVfG
Der Widerruf einer Erlaubnis ist u.a. zulässig, wenn <ul style="list-style-type: none"> - der Widerruf im betroffenen Verwaltungsakt vorbehalten ist, - Auflagen nicht oder nicht fristgerecht erfüllt wurden, - wenn nachträglich eingetretene Tatsachen oder - wenn geänderte Rechtsvorschriften einer Erlaubniserteilung entgegenstehen würden und ohne Widerruf das öffentliche Interesse gefährdet würde. 	§ 49 VwVfG

Die häufige Annahme, dass eine Behörde nur die eigenen Erlaubnisbescheide zurücknehmen oder widerrufen kann, ist nicht zutreffend!


Abgesehen von der Erlaubniserteilung ist für alle anderen Maßnahmen nach dem Tierschutzgesetz, einschließlich der Rücknahme oder des Widerrufs der §11E, die Behörde zuständig, in deren Zuständigkeitsbereich sich das Unternehmen jeweils aufhält.	12.1.5 AVV
--	------------

Die verfügende Behörde hat diejenige Behörde, die die ursprüngliche Erlaubnis erteilt hat, darüber zu unterrichten.	12.1.5 AVV
Die Rücknahme oder der Widerruf muss idR. ein Jahr nach Kenntnisnahme der Tatsachen erfolgen, die diesen Schritt rechtfertigen. <i>(Sonst ist es zu spät!)</i> .	§§ 48, 49 VwVfG

Rücknahme und Widerruf sind rechtliche Kann-Bestimmungen. Sie müssen wie alle belastenden Verwaltungsakte angemessen, d.h. erforderlich und geeignet sein. Ein milderer Mittel, das den Zweck auf gleiche Weise erreichen würde, darf nicht ersichtlich sein. Gleichzeitig ist die besondere Verpflichtung des Staates durch die Aufnahme des Tierschutzes in die Staatszielbestimmungen des Grundgesetzes zu berücksichtigen

Ob der Betroffene Anspruch auf Ausgleich eines etwaigen Vermögensnachteils hat, hängt u.a. davon ab, ob sein Vertrauen in den Bestand des Verwaltungsakts unter Abwägung mit dem öffentlichen Interesse schutzwürdig ist.	§ 48 Abs. 3 und § 49 Abs. 6 VwVfG
---	--------------------------------------

Ein schutzwürdiges Vertrauen ist in der Regel nicht gegeben, wenn der Betroffene den Widerrufungsgrund selbst zu vertreten hat.


	Der Verwaltungsakt des Widerrufs bzw. der Rücknahme sollte unbedingt mit der Aufforderung der Rückgabe des Originals und der tatsächlichen Einziehung der Erlaubnis verbunden werden, um einer missbräuchlichen Verwendung der Erlaubnis vorzubeugen!
---	---

<p>Wurde die Entscheidung wegen mangelnder Sachkunde oder Zuverlässigkeit unanfechtbar/rechtskräftig getroffen, ist hierüber eine Mitteilung an das Gewerbezentralregister zu machen (bei Ausländern auch an die Ausländerbehörde, die die Aufenthaltserlaubnis erteilt hat).</p> <p>Dies gilt auch, wenn im Laufe eines solchen Widerruf- oder Rücknahme-Verfahrens auf die entsprechende Erlaubnis verzichtet wurde.</p>	12.2.5.3 AVV
--	--------------

→ Bundes-/Gewerbezentralregister siehe ANHANG 2

5. Untersagen der Tätigkeit / Betriebsschließung

Tiere dürfen nur dann gewerbsmäßig zur Schau gestellt werden, wenn der Verantwortliche über eine tierschutzrechtliche Erlaubnis verfügt.	§11 Abs. 1 Nr. 3d TierSchG
Andernfalls soll die Tätigkeit untersagt werden.	§11 Abs. 3 TierSchG
Das Unterlassen der Tätigkeit kann, wenn notwendig, auch durch eine Betriebsschließung erzwungen werden. Diese ist insbesondere dann anzuordnen, wenn die Tiere nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes ansonsten erheblich vernachlässigt würden.	§11 Abs. 4 TierSchG und 12.2.6 AVV

	Eine Betriebsschließung oder ein Auftrittsverbot beinhaltet nicht automatisch die Auflösung des Tierbestands. Dies ist ggf. über eine Abgabeverfügung oder Wegnahme nach §16a TierSchG oder eine Einziehung nach § 19 TierSchG sicherzustellen.
---	---

→ Einzelne Maßnahmen siehe Teil IV

Teil II

TIERSCHUTZRECHTLICHE KONTROLLEN VOR ORT

Übersicht

1.	Aufsichts- und Mitwirkungspflichten	27
2.	Vorbereitung der Kontrollen	28
2.1	Fachliche und materielle Vorbereitung	28
2.2	Zeitplanung	29
2.3	Vorinformation über den jeweiligen Betrieb	30
3.	Durchführung der Überprüfung	31
4.	Tierschutzrechtliche Bewertung der Kontrollergebnisse	33
5.	Folgemaßnahmen	35

1. Aufsichts- und Mitwirkungspflichten

Die Überwachung von Zirkusbetrieben gehört zu den Pflichtaufgaben der Veterinärbehörden.

Wie alle Betriebe, die nach §11 Abs. 1 TierSchG erlaubnispflichtig sind, unterliegen auch Zirkusbetriebe der Aufsicht durch die zuständige Behörde. Entsprechendes gilt für eigenständige Artisten, die mit ihren Tieren in wechselnden Zirkusbetrieben auftreten.	§16 Abs. 1 Nr. 4 TierSchG
Die Zirkusbetriebe ihrerseits müssen ihren Ortswechsel spätestens bei Verlassen des bisherigen Aufenthaltsorts bei der zuständigen Behörde des voraussichtlich folgenden Aufenthaltsorts anzeigen. Dabei müssen sie Angaben über die Art der jeweils mitgeführten Tiere, Räume und Einrichtungen sowie die verantwortliche Person machen. Tun sie dies nicht, liegt eine Ordnungswidrigkeit vor.	§16 Abs. 1a und § 18 Abs. 1 Nr. 25a TierSchG

Bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Überwachungsaufgabe haben die Behörden bestimmte Betretungs-, Einsichts- und Untersuchungsrechte. Diese müssen sie nicht selbst wahrnehmen, sie gelten auch für Personen wie z.B. externe Sachverständige, die von der Behörde mit der Durchführung der Aufgaben beauftragt worden sind.

Sie dürfen <ul style="list-style-type: none"> - während der Betriebszeiten Grundstücke, Geschäftsräume und Wirtschaftsgebäude sowie Transportmittel betreten. - geschäftliche Unterlagen einsehen - Tiere untersuchen und Proben nehmen - Verhaltensbeobachtungen an Tieren durchführen, auch mittels Bild- oder Tonaufzeichnungen. 	§16 Abs. 3 Nr. 1,3,4,5 TierSchG
<ul style="list-style-type: none"> - Das Betreten der genannten Räume und Einrichtungen außerhalb der Betriebszeiten und - das Betreten von Wohnräumen <p>ist dabei nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zulässig.</p>	§ 16 Abs. 3 Nr. 2 TierSchG

Die Zirkusbetriebe sind verpflichtet, die Behörden bei ihrer Überwachungstätigkeit im vorgegebenen Rahmen zu unterstützen.

Sie haben auf Verlangen der zuständigen Behörde die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Eine Auskunftsverweigerung ist nur zulässig, wenn der Betroffene sich selbst oder bestimmte Angehörige damit der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens aussetzen würde.	§ 16 Abs. 2 TierSchG und § 16 Abs. 4 TierSchG
Der Auskunftspflichtige hat auf Verlangen der Behörde <ul style="list-style-type: none"> - die geschäftlichen Unterlagen vorzulegen, - die Räume, Einrichtungen und Transportmittel zu bezeichnen und ggf. zu öffnen, - bei der Untersuchung der einzelnen Tiere Hilfestellung zu leisten, - die Tiere aus den Transportmitteln zu entladen, - in Wohnräumen gehaltene Tiere vorzuführen, wenn der dringende Verdacht auf eine tierschutzwidrige Haltung und dadurch verursachte Schmerzen, Leiden oder Schäden vorliegt und eine Besichtigung der Tierhaltung in den Wohnräumen nicht gestattet wird. 	§ 16 Abs. 3 Sätze 2 und 3 TierSchG
Auch hier ist die Verweigerung der Auskunft, der Mitwirkung oder Duldung eine Ordnungswidrigkeit.	§ 18 Abs. 1 Nr. 26 TierSchG

2. Vorbereitung der Kontrollen

2.1 Fachliche und materielle Vorbereitung

Bereits im Vorfeld ist sicher zu stellen, dass alle notwendigen Materialien verfügbar sind, die zur fachlichen Beurteilung von Zirkustierhaltungen benötigt werden.

	Dazu gehören <ul style="list-style-type: none"> - rechtliche Grundlagen, - fachliche Grundlagen, - Geräte und Hilfsmittel.
---	---

→ Material-Liste siehe ANHANG 4

Zur Vorbereitung gehört auch die regelmäßige Fortbildung, damit die Tierhaltung vor Ort auch in schwierigen Fällen qualifiziert untersucht und beurteilt werden kann.

- Regelmäßige Fortbildungen zum Tierschutz im Zirkus werden z.B. von der TVT angeboten. Termine können z.B. unter www.tierschutz-tvt.de abgerufen werden. Auch Fortbildungen zum Thema Zootiere oder Wildtiererkrankungen können hilfreich sein. Das Programm der Akademie für tierärztliche Fortbildung findet man unter www.bundestieraerztekammer.de, Fortbildungen der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft unter www.dvg.net.

Zusammenstellungen einschlägiger Veranstaltungshinweise bieten auch Fachzeitschriften wie z.B. das Deutsche Tierärzteblatt.

- Nützlich sind auch gründliche Kenntnisse im Verwaltungsverfahrenrecht, damit alle Möglichkeiten ausgeschöpft und Maßnahmen effizient getroffen werden können. Angebote finden Sie z.B. im Zentralen Fortbildungsprogramm im Geschäftsbereich des HMULV (<http://mintra.ressort-intern.de/dienste/fortbildung/fortbildung.htm>) oder im Seminarangebot des Hessischen Verwaltungsschulverbandes (www.hvsv.de).
- Beim Umgang mit schwierigen oder gewaltbereiten Personen ist es gut, angemessene Verhaltensstrategien zu kennen und anwenden zu können. Auch hierfür gibt es Kurse.

2.2 Zeitplanung


Zirkusbetriebe sind eigentlich verpflichtet, sich bei der zuständigen Behörde des nächsten Gastspielorts anzumelden. In der Praxis wird dies jedoch häufig unterlassen, was eine gezielte Überwachung der Betriebe erschwert. Es empfiehlt sich daher, die betreffenden Betriebe durch Verwarnung oder Bußgeld zur Einhaltung dieser Vorschrift anzuhalten.

→ Sanktionen siehe Teil III-3

Unabhängig von der Anmeldung durch den Betrieb sollte die Behörde etwaige Gastspieltermine im eigenen Zuständigkeitsbereich, soweit möglich, selbst vorab in Erfahrung bringen. Hierzu bestehen folgende Möglichkeiten:

- Absprache über Zuleitung von Information durch die Stelle der jeweiligen **Gemeinde/Stadt**, die über die Erteilung von Spielgenehmigungen auf öffentlichen Plätzen entscheidet. Üblicherweise ist dies das Liegenschaftsamt oder das Ordnungsamt. Gastspiele auf privaten Plätzen lassen sich möglicherweise im Voraus in Erfahrung bringen, wenn die Gemeinde/Stadt eine Erlaubnis zur Plakatierung erteilen muss.
- Das **Internet**: Tournéepläne (ca. 2 Wochen im Voraus) großer und mittlerer Zirkusbetriebe findet man z.B. unter www.circus-gastspiele.de. Manche Zirkusbetriebe haben auch eigene Internetseiten, oft unter www.circus-betriebsname.de. Oder suchen Sie nach den Betrieben über die gängigen Internet-Suchmaschinen, wie z.B. www.google.de. Hilfreich kann auch die News-Suche sein, mit der man lokale Zeitungsberichte über Auftritte bestimmter Zirkusbetriebe findet (z.B. bei www.google.de/news).
- Weitere Informationsquellen sind z.B. Plakatierungen o.ä.

Kennt man den Zeitraum des Gastspiels im Zuständigkeitsbereich, sollte der Kontrolltermin nach Möglichkeit gezielt gelegt werden.

	<p>Der erste Besuch sollte möglichst am Anfang der Gastspielzeit stattfinden, damit bei etwaigen Anordnungen noch eine Nachkontrolle erfolgen kann.</p> <p>Vermieden werden sollten Kontrollen in der Aufbau- und Abbauphase und kurz vor den Vorstellungen, es sei denn, dass hierzu eine spezielle Überprüfung, z.B. der Verlade- oder Treibvorgänge, stattfinden soll.</p> <p>Für die Kontrolle sollte man sich genügend Zeit nehmen. Gerade bei größeren Betrieben können mehrere Stunden erforderlich sein.</p>
---	--



Die Überprüfung sollte grundsätzlich unangemeldet geschehen, um sich ein wirklichkeitsgetreues Bild machen zu können. Andernfalls läuft man Gefahr, dass z.B. einzelne Tiere versteckt oder der gesamte Bestand vorzeitig verladen wird, um einer eingehenden Kontrolle zu entgehen.

2.3 Vorinformation über den jeweiligen Betrieb

Bereits vor einer Überprüfung sollte man sich über tierschutzrechtliche Sachverhalte des erwarteten Zirkusbetriebs informieren, damit bei der Kontrolle Schwerpunkte gesetzt und eventuell erforderliche Maßnahmen eingeplant und abgeschätzt werden können. Vor einer Kontrolle sollte man sich mindestens über folgende Punkte orientiert haben:




- Ist eine gültige §11E vorhanden?
- Mit welchem Tierbestand ist zu rechnen?
- Welche Auflagen muss der Zirkus beachten? (Diese können aus den Nebenbestimmungen der Erlaubnis oder aus früheren Verwaltungsverfügungen hervorgehen)
- Ist mit Verstößen und Missständen zu rechnen?

Als Informationsquelle stehen folgende Möglichkeiten zur Verfügung:

- ▶ Die **Hessische Zirkusdatei**, Anfragen vorzugsweise als e-mail an tierschutz@hmulv.hessen.de. Wenn möglich, sollte ein Vorlauf von einigen Tagen eingeplant werden. Sobald ein bundesweites **Zirkuszentralregister** existiert, sollte dieses genutzt werden!
→ Hessische Zirkusdatei siehe ANHANG 3
- ▶ Sofern aus den Unterlagen hervorgeht, dass in der letzten Zeit bereits erhebliche Missstände von **anderen Behörden** festgestellt wurden, empfiehlt es sich, diese direkt zu kontaktieren, um eventuelle Einzelheiten zu klären und das weitere Vorgehen zu planen. Telefonnummern der jeweiligen Ämter sind im Bedarfsfall z.B. über die Zentrale der jeweiligen Kreis- oder Stadtverwaltung zu erfahren. Häufig haben Städte und Gemeinden auch eigene Internetseiten mit entsprechenden Hinweisen, die meist nach dem Muster www.Stadt-oder-Gemeinde-name.de aufrufbar sind. Bei Unklarheiten, in welchem Kreis ein bestimmter Ort liegt, hilft die Internetseite www.meinestadt.de weiter.
- ▶ Gegebenenfalls empfiehlt sich auch eine Kontaktaufnahme zur jeweiligen **Erlaubnis-Behörde**, die auch Kenntnisse von Verwaltungsverfügungen haben müssten, die ggf. von örtlichen Behörden ausgegangen sind (Mitteilungspflicht s.u.). Insbesondere wenn die Erlaubnis aus jüngerer Zeit ist, können dort ggf. wertvolle Zusatzinformationen eingeholt werden.



Danach sollte entschieden werden, welche Schwerpunkte bei einer Kontrolle ggf. gesetzt werden. Wenn nennenswerte tierschutzrelevante Mängel zu erwarten sind, ist sicher zu stellen, dass nach der Kontrolle notwendige Maßnahmen auch vollzogen werden können. So muss im Bedarfsfall entsprechendes Personal, z.B. für die Bearbeitung von Verwaltungsverfügungen oder die Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren, verfügbar sein.

	Eine bloße Mängelfeststellung ohne nachfolgende Konsequenzen ist nutzlos und damit entbehrlich.
---	---


3. Durchführung der Überprüfung

Die Vor Ort-Kontrolle sollte, soweit möglich, in kooperativem Stil im Beisein der Verantwortlichen Person durchgeführt werden. Erforderlich ist einerseits Verständnis für die besondere Situation der mobilen Unternehmen und die traditionellen Sichtweisen der Zirkusangehörigen, andererseits aber auch ein konsequentes Vorgehen bei der Ermittlung der tierschutzrelevanten Sachverhalte durch eine objektive Überprüfung der tatsächlichen Gegebenheiten.

Gleichwohl kann es vorkommen, dass die Tätigkeit der Behörde von den Betroffenen als unbefugte Einmischung empfunden wird und entsprechende Reaktionen hervorruft.

	Eine Betriebskontrolle sollte in der Regel mindestens zu zweit vorgenommen werden, um das Risiko einer persönlichen Gefährdung zu minimieren und im Konfliktfall einen Zeugen benennen zu können.
	Die Anwesenheit uniformierter Polizeibeamter wirkt häufig provozierend und führt zur Eskalation. Sie sollte daher nur in seltenen Ausnahmefällen vorgesehen werden. Besser ist, nach Möglichkeit, die Anwesenheit von Polizeibeamten in Zivil bzw. eine Absprache mit der örtlichen Polizei, die sich für den Bedarfsfall bereithält.

Im Rahmen der Vor-Ort Kontrolle von Zirkusbetrieben sind grundsätzlich folgende 7 Punkte zu überprüfen:

	<ol style="list-style-type: none"> 1. <u>Nämlichkeitskontrolle/Identitätsfeststellung</u> Feststellung, um welchen Zirkusbetrieb es sich tatsächlich handelt und mit welchen Personen man es zu tun hat. Auch ist zu klären, ob sich die Verantwortliche Person tatsächlich regelmäßig und nicht nur sporadisch im Zirkus aufhält. 2. <u>Kontrolle von Dokumenten und Nachweisen</u> Feststellung, ob folgende Dokumente vorhanden sind und ordnungsgemäß geführt werden, ggf. Abgleich mit Vorinformation <ul style="list-style-type: none"> - §11E - Tierbestandsbuch - Amtstierärztliche Prüfberichte - Dokumentation von Pflege- und Behandlungsmaßnahmen - ggf. Nachweis eines geeigneten Winterquartiers - ggf. Nachweis einer geeigneten sicheren Unterkunft für männliche Elefanten während der Musth
---	--

	<p>Üblicherweise werden gleichzeitig auch erforderliche Dokumente aus anderen Rechtsbereichen überprüft:</p> <ul style="list-style-type: none"> - ggf. Impfpässe - ggf. Pferde-Pässe - ggf. Rinder-Ohrmarken - ggf. artenschutzrechtliche Dokumente und Nachweise <p>3. <u>Kontrolle des Tierbestands</u> (Art und Anzahl der Tiere) hinsichtlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Übereinstimmung mit erlaubtem Tierbestand gem. §11E - Beachtung von Haltungs-, Nachstell- oder Nachzuchtverboten - Übereinstimmung mit Tierbestandsbuch - Ggf. Nämlichkeitskontrolle der gekennzeichneten Tiere hinsichtlich Übereinstimmung mit Pferdepass, CITES-Papieren o.ä. <p>4. <u>Untersuchung der einzelnen Tiere</u> hinsichtlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tiergesundheit (Augenscheinnahme und ggf. klinische Befunderhebung) - Ernährungszustand - Pflegezustand - Tierverhalten (Beobachtung unter besonderer Beachtung von stereotypen Verhaltensweisen, Aggressionen, Autoaggression) <p>5. <u>Überprüfung der Haltungseinrichtungen</u> hinsichtlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Übereinstimmung mit einschlägigen Haltungs-, Fütterungs- und Pflegevorgaben <p>6. <u>Überprüfung der Tiertransporteinrichtungen</u> einschließlich Rampen hinsichtlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einhaltung der Vorschriften der TierSchTrVO (Fläche, Beschaffenheit, Belüftung, Beleuchtung, Kennzeichnung etc.) <p>7. <u>Überprüfung von Handling und Vorführung der Tiere</u> im Training und in der Vorstellung hinsichtlich</p> <ul style="list-style-type: none"> - evtl. tierschutzwidriger Dressurleistungen - evtl. Anwendung tierschutzwidriger Dressurmethoden, Geräte und Hilfsmittel - Dauer und Häufigkeit der Dressur/Beschäftigung mit evtl. Haltungseinschränkungen <p>Außerdem ist zu überprüfen, ob spezielle Auflagen der §11E bzw. Anordnungen oder Verbote aus anderen Verwaltungsakten beachtet wurden.</p>
--	---


Bei der Überprüfung sind die besonderen Ansprüche der jeweiligen Tierart zu berücksichtigen.

- Ausführliche Anleitungen hierzu enthält die **Loseblattsammlung Zirkustiere der TVT**

→ Bezugsadressen siehe ANHANG 14

Die Überprüfung eines Zirkusbetriebs erfordert tierärztliches Fachwissen. In bestimmten Fällen, z.B. bei seltenen Tierarten oder bei Verdacht auf spezielle Erkrankungen, kann Spezialwissen erforderlich sein.


- Dann sollte ein **externer Sachverständiger** zur Begutachtung hinzugezogen werden. Empfehlungen und eventuelle Finanzierungsmöglichkeiten für Fälle innerhalb Hessens können, auch kurzfristig, bei der Landestierschutzbeauftragten angefragt werden.


	Bei der Anfertigung schriftlicher Gutachten sind bestimmte Qualitätsanforderungen zu beachten, wenn damit später evtl. Vollzugsmaßnahmen „gerichtsfest“ begründet werden sollen. Entsprechende Kriterien sollten deshalb bereits bei der Auftragsvergabe klar formuliert werden.
---	--

→ Gutachten-Raster siehe ANHANG 6

Die Ergebnisse der Kontrolle sind im Einzelnen zu dokumentieren. Die Anfertigung von Fotos als Beweismittel für spätere Maßnahmen ist grundsätzlich zu empfehlen. Es sollte jedoch darauf geachtet werden, dass dies von den Betroffenen nicht als bedrohlich empfunden wird, damit es nicht zur unerwünschten Eskalation etwaiger Konflikte kommt.


→ Ergebnis-Bögen siehe ANHANG 7

	Aussagen über (Negativ-) Befunde dürfen nur dann getroffen werden, wenn die entsprechenden Untersuchungen auch tatsächlich durchgeführt wurden. Pauschalaussagen wie z.B. „Tierbestand o.b.B.“ sind zu vermeiden!
---	---


	Die Feststellung „ohne besonderen Befund“ setzt voraus, dass bei jedem Tier zumindest ein propädeutischer Untersuchungsgang durchgeführt worden ist. Andernfalls sollte ein anderer Begriff gewählt werden, z.B. „anscheinend unauffällig“ oder „ohne Auffälligkeiten bei Inaugenscheinnahme“.
---	--

4. Tierschutzrechtliche Bewertung der Kontrollergebnisse

Entscheidend ist, dass bei der Kontrolle nicht nur Sachverhalte festgestellt und Befunde erhoben werden, sondern auch eine tierschutzrechtliche Bewertung stattfindet¹, die dann die Grundlage für mögliche Beanstandungen oder verwaltungsrechtliche Maßnahmen bildet. Das Tierschutzgesetz gibt vor, in welcher Hinsicht die Kontrollergebnisse zu bewerten sind. Bezogen auf die Tierhaltung ist insbesondere zu entscheiden:


	<ul style="list-style-type: none"> ▶ ob Verstöße gegen allg. Halterpflichten nach § 2 TierSchG (ggf. konkretisiert durch einschlägige Gutachten) bzw. gegen konkrete Haltungsvorgaben aus einschlägigen Rechtsverordnungen, vollziehbaren Auflagen oder Verfügungen vorliegen, ggf. <ul style="list-style-type: none"> ➤ ob es sich um wiederholte oder grobe Verstöße handelt,
---	--


	<ul style="list-style-type: none"> ➤ ob Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass weitere grobe oder wiederholte Verstöße zu erwarten sind; ▶ ob mangelnde Zuverlässigkeit oder mangelnde Sachkunde vorliegt; ▶ ob eine erhebliche Vernachlässigung mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG vorliegt; ▶ ob schwerwiegende Verhaltensstörungen mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG vorliegen; ▶ ob den Tieren Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt wurden, ggf. <ul style="list-style-type: none"> ➤ ob diese erheblich oder länger anhaltend oder sich wiederholend waren, ➤ ob sie auf wiederholte oder grobe Verstöße gegen rechtsverbindliche Haltungsvorgaben, verbunden mit der Gefahr weiterer Zuwiderhandlungen, zurückzuführen sind, ➤ ob sie ohne vernünftigen Grund zugefügt wurden, ➤ ob das Tier nur unter nicht behebbaren erheblichen Schmerzen oder Leiden weiterleben kann.
--	--

	<p>Für die Beurteilung einer Straftat sind nicht nur tierschutzfachliche Aspekte entscheidend, sondern auch die zugrunde liegenden Motive. Insbesondere geht es darum, ob die jeweilige Tat mit <u>Vorsatz</u> (in Abgrenzung zur Ordnungswidrigkeit, die auch fahrlässig begangen werden kann) und ggf. aus <u>Rohheit</u> verübt wurde. Da diese Bewertung über die fachliche Beurteilung der vorgefundenen Verhältnisse hinausgeht, sollte im Einzelfall mit der beteiligten Staatsanwaltschaft oder dem jeweiligen Gericht abgeklärt werden, ob hierzu eine Wertung von Seiten der Veterinärbehörde erwünscht ist oder nicht. In jedem Fall aber sollte die Beschreibung der Tatumstände so präzise sein, dass die entsprechenden Schlüsse daraus gezogen werden können.</p>
---	--

Bei der tierschutzrechtlichen Bewertung spielt der aktuell vorgefundene Gesundheitszustand der Tiere sicher eine besondere Rolle. Die tierschutzrechtliche Überwachung von Zirkusbetrieben darf sich jedoch nicht auf diesen Bereich beschränken, sondern muss die Ergebnisse aller genannten 7 Punkte berücksichtigen.

→ 7 Punkte siehe Teil II–3

	<p>Das Fazit „ohne Beanstandung“ setzt mindestens voraus, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Zustand der Tiere hinsichtlich des Gesundheits-, Ernährungs- und Pflegezustands wie auch des Verhaltens als „gut“ oder zumindest „unauffällig“ zu werten ist <p>und gleichzeitig (!)</p> <ul style="list-style-type: none"> - auch die Mindestanforderungen an die Haltung erfüllt werden.
---	--

	<p>Ein unauffälliger Zustand der Tiere setzt die Mindestanforderungen an die Haltung nicht außer Kraft!</p>
---	---

Andernfalls besteht die Gefahr, dass stets nur Momentaufnahmen wahrgenommen werden, chronische Haltungsmängel jedoch zu wenig Beachtung finden, obwohl gerade sie auf Dauer zu einer Schädigung der Tiere führen können. Manche Krankheiten und Schäden entwickeln sich schleichend und können, wenn Sie dann ausbrechen, nur noch schwer behandelt werden.

5. Folgemaßnahmen


Wurden tierschutzrechtliche Verstöße festgestellt, sind die Mängel zunächst gegenüber dem Verantwortlichen des Zirkusunternehmens zu beanstanden. Außerdem ist zu entscheiden:

- ob Tiere akut gefährdet sind und Sofortmaßnahmen zu ihrem Schutz ergriffen werden müssen,
- ob nicht-formelle Maßnahmen ausreichen (mündlicher Hinweis, Belehrung, Beratung),
- eine mündliche Anordnung (als Verwaltungsakt) getroffen oder
- ein Verwarnungsgeld erhoben werden soll,
- ob eine Ordnungsverfügung (Abstellen von Mängeln/Verstößen, Untersagung, Einziehung, Beschlagnahme, Sicherstellung) veranlasst und ggf. auch
- Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet oder
- Strafanzeige gestellt werden muss.

→ Anordnungen und Sanktionen siehe Teil III
→ Einzelne Maßnahmen siehe Teil IV

Schriftliche Verfügungen können auch noch erlassen (und in Amtshilfe von anderen Behörden zugestellt) werden, nachdem der Zirkusbetrieb den Gastspielort wieder verlassen hat. Entsprechendes gilt für die Einleitung von Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren. Voraussetzung ist, dass die relevanten Sachverhalte vor Ort richtig erfasst und ausreichend dokumentiert wurden.

Wichtig ist: Nennenswerte Mängel und Verstöße müssen Konsequenzen haben!

	<p>Eine ständige Wiederholung von folgenlosen Beanstandungen und gut gemeinten Belehrungen führt zu nichts – im Gegenteil, sie ist sogar schädlich. Zum einen wird Arbeitskraft gebunden, die anderweitig effektiver eingesetzt werden kann, zum anderen werden die Tierhalterinnen und Tierhalter in der Einschätzung bestärkt, dass behördliche Vorgaben nicht ernst genommen werden müssen, da ohnehin nichts passiert.</p>
---	--

Welche Maßnahmen im Einzelnen ergriffen werden, hängt von den vorgefundenen Mängeln und Verstößen ab. Grundsätzlich wiegen Verstöße umso schwerer,

- je eher sie mit Schmerzen, Leiden oder Schäden bei den Tieren verbunden sind (oder dazu führen können) und
- je häufiger entsprechende vorangehende Beanstandungen ignoriert wurden.

→ Vorschlag Maßnahmen-Katalog siehe ANHANG 8

Aufgrund des ständigen Ortswechsels der Zirkusbetriebe ist eine effiziente Überwachung nur möglich, wenn alle beteiligten Behörden sich gegenseitig informieren und bestmöglich zusammen arbeiten. Maßnahmen einzelner Behörden sollten daher nie isoliert betrachtet werden, sondern sind immer im Gesamtkontext zu sehen.



<p>Bei Verwaltungsmaßnahmen hat die verfügende Behörde diejenige zu benachrichtigen, die ursprünglich die Erlaubnis erteilt hat.</p>	<p>12.1.5 AVV</p>
--	-------------------

Auch wenn keine Maßnahmen getroffen wurden, ist es sinnvoll, der Stammbehörde einen Mängelbericht zuzusenden, insbesondere dann, wenn die Erlaubnis nur befristet erteilt wurde und die Feststellungen für die Prüfung der Voraussetzungen für eine Verlängerung der Erlaubnis von Bedeutung sind.

	<p>Auch wenn ein Mängelbericht weitergeleitet wird, bleibt die unmittelbare Verantwortung für die Abstellung von Mängeln und Einleitung von Sanktionsmaßnahmen bei der Behörde, die die Mängel und Verstöße festgestellt hat.</p>
---	---

Neben der Stammbehörde sollten immer auch die übrigen örtlichen Behörden über Feststellungen und Maßnahmen informiert werden, damit ein effizientes und koordiniertes Verwaltungshandeln möglich wird. Hierzu dienen

- ▶ in manchen Zirkusbetrieben entsprechende Vordrucke als Anlage zur jeweiligen §11-Erlaubnis (**amtstierärztliche Prüfberichte**) bzw.
- ▶ das **Tierbestandsbuch**.

	<p>Wer einem Unternehmen fahrlässig „keine Mängel“ oder „ohne Beanstandung“ bescheinigt, obwohl beispielsweise die Zirkus-Leitlinien nicht eingehalten werden oder die Tiere Stereotypen zeigen, stellt einen „Persilschein“ aus, mit möglicherweise gravierenden Folgen: Kolleginnen und Kollegen an anderen Orten haben es unnötig schwer, zu einem späteren Zeitpunkt notwendige Maßnahmen zu ergreifen und zu begründen. Der Betroffene kann dagegen in einem späteren Verfahren seine Verantwortung für eventuelle Missstände mit Verweis auf diese Kontrollen leicht abstreiten.</p> <p>Deshalb ist es besser, von Pauschalurteilen abzusehen und stattdessen konkrete Kontrollergebnisse zu benennen.</p>
	<p>Vorsätzlich falsche Angaben könnten möglicherweise als strafbare mittelbare Falschbeurkundung nach § 271 StGB gewertet werden! Der „bedingte Vorsatz“ genügt.</p>

Die amtstierärztlichen Prüfberichte und das Tierbestandsbuch haben den Nachteil, dass sie vom jeweiligen Zirkusbetrieb mitgeführt werden und somit von anderen Behörden erst dann eingesehen werden können, wenn der Betrieb vor Ort ist und die Unterlagen aushändigt. Deshalb sollten zur gegenseitigen Information auch die Möglichkeiten

- ▶ der **Hessischen Zirkusdatei** bzw. des künftigen bundesweiten **Zirkuszentralregisters**

genutzt werden.

→ Hessische Zirkusdatei siehe ANHANG 3

Teil III

TIERSCHUTZRECHTLICHE ANORDNUNGEN UND SANKTIONEN

Übersicht

1.	Anordnungen als Verwaltungsakt	38
1.1	Grundsätze	38
1.2	Anhörung und Akteneinsicht	40
1.3	Androhung von Zwangsmitteln	40
	a) Ersatzvornahme	41
	b) Zwangsgeld	42
	c) Ersatzzwangshaft	42
	d) Unmittelbarer Zwang	42
1.4	Sofortige Vollziehung/sofortige Vollziehbarkeit	42
1.5	Aufbau eines tierschutzrechtlichen Bescheids	43
1.6	Adressat der Verfügung	44
1.7	Zustellung	45
1.8	Widerspruch und Klage	46
1.9	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	46
1.10	Vollstreckung	47
1.11	Gestrecktes Verfahren und Sofortvollzug	48
2.	Sanktionen	48
2.1	Verwarnung	49
2.2	Ordnungswidrigkeitsverfahren	49
2.3	Strafverfahren	50

1. Anordnungen als Verwaltungsakt

1.1 Grundsätze


Ein Verwaltungsakt ist eine hoheitliche Maßnahme zur Regelung eines Einzelfalls, die auf unmittelbare Rechtswirkung nach außen gerichtet ist. Damit kann ein „Pflichtiger“ zu einem bestimmten Tun, Dulden oder Unterlassen aufgefordert werden.	§ 35 Satz 1 und § 36 Abs. 2 VwVfG
--	--------------------------------------

Solche behördlichen Anordnungen bedürfen immer einer rechtlichen Grundlage. Bei tierschutzrechtlichen Anordnungen liegt diese häufig im § 16a TierSchG.


Die zuständige Behörde trifft die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen.	§ 16a Satz 1 TierSchG
---	--------------------------

Grundsätzlich unterscheidet man zwischen Anordnungen, die der Behörde durch ein Gesetz mit genau bestimmter Fassung vorgeschrieben sind, so dass sie keinen Ermessensspielraum besitzt, und Anordnungen, deren Ausformung das Gesetz der Behörde überlässt, so dass sie insoweit Ermessen hat. Die Regelung des § 16a TierSchG begründet nicht nur eine generelle behördliche Ermächtigung, sondern auch eine Verpflichtung zum Einschreiten gegen bereits eingetretene oder zu erwartende Verstöße. Dabei hat die Behörde kein Ermessen, ob sie überhaupt eingreifen soll (sog. „Entschließungsermessen“)¹. Sie hat lediglich ein Auswahlermessen bezüglich der anzuwendenden Mittel. Dabei ist zu beachten, dass die angeordneten Maßnahmen „verhältnismäßig“, d.h. geeignet und erforderlich sein müssen. Es darf kein milderes Mittel ersichtlich sein, das gleichermaßen geeignet wäre, den Zweck zu erreichen.

Der Verwaltungsakt muss inhaltlich hinreichend bestimmt sein.	§ 37 Abs. 1 VwVfG
---	-------------------

	<p><u>Nicht</u> hinreichend bestimmt sind z.B. folgende Formulierungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Die Kamele sind „art- und verhaltensgerecht“ zu halten.“ - „Die Kamele sind möglichst in Gruppen zu halten.“ - „Den Kamelen ist geeignetes Beschäftigungsmaterial zur Verfügung zu stellen.“ <p><u>Statt dessen</u> sollte es z.B. heißen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Die Kamele sind art- und verhaltensgerecht nach Maßgabe der aktuell geltenden Zirkus-Leitlinien (Anlage) zu halten. Ihnen ist ein Außengehege von sowie zur Verfügung zu stellen.“ (Die einzelnen Punkte sind zu benennen!)
---	--

¹ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 16a Rn 11,15; Sadler (1992) Verwaltungsvollstreckungsgesetz § 9 Rn 10; Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz § 16a Rn 5; a. A. Lorz/Metzger (1999) Tierschutzgesetz § 16a Rn 8

	<ul style="list-style-type: none"> - „Die Kamele sind in Gruppen zu halten, soweit sie untereinander verträglich sind.“ (Es muss erkennbar sein, unter welchen Bedingungen die Vorgabe einzuhalten ist und wann nicht.) - „Den Kamelen ist täglich geeignetes Beschäftigungsmaterial, z.B. in Form von Ästen und Zweigen, zur Verfügung zu stellen.“ (Gibt es keine anderen geeigneten Materialien als Äste und Zweige, können diese auch direkt vorgeschrieben werden: „Den Tieren sind täglich Äste und Zweige als Beschäftigungsmaterial zur Verfügung zu stellen.“ Wenn es aber auch noch andere einsetzbare Beschäftigungsmaterialien gäbe, wäre eine solche abschließende Aufzählung zu eng gefasst und würde den Betroffenen unzulässig einschränken.)
	<p><u>Fristsetzung</u> nicht vergessen! Zur hinreichenden Bestimmtheit gehört auch die Klarstellung, bis wann oder ab wann einer Anordnung Folge geleistet werden muss. Zur Durchsetzung einer Handlungsverpflichtung ist – anders als bei Unterlassungspflichten – eine kalendermäßig eindeutige Frist zu bestimmen, also z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - „...wird aufgegeben, bis zum xx.xx.xxxx“. <p>Das Ende einer Frist kann auch vom Eintritt einer Bedingung abhängig gemacht werden, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - „... bis zum Verlassen des Winterquartiers“. <p>Auch „sofort“ genügt dem Bestimmtheitsgrundsatz.</p> <p>Die Wahl des angemessenen Zeitraums sollte mit dem Betroffenen zuvor besprochen werden, damit abgeschätzt werden kann, wann die Maßnahme realistischerweise umgesetzt werden kann, ob größere Anschaffungen erforderlich sind, etc.</p>

Der Verwaltungsakt ist nicht an die Schriftform gebunden, sondern kann auch mündlich erfolgen.	§ 37 Abs. 2 VwVfG
--	-------------------

Eine schriftliche Bestätigung einer mündlichen Anordnung ist grundsätzlich zu empfehlen, damit später darauf Bezug genommen werden kann. Sofern es sich um Anordnungen handelt, die größere Maßnahmen erfordern oder dauerhafte Wirkung haben sollen, ist eine schriftliche Anordnung unumgänglich. Der alleinige Eintrag von Anordnungen im Tierbestandsbuch ist als Dokumentation nur bedingt geeignet, da sich das Tierbestandsbuch in der Hand des Betroffenen befindet und nicht immer ordnungsgemäß vorgelegt wird.

Ein schriftlicher Verwaltungsakt bedarf der Begründung. Darin sind die tatsächlichen und rechtlichen Gründe darzulegen, die zur Entscheidung geführt haben, sowie Gesichtspunkte, von denen bei der Ausübung des Ermessens ausgegangen wurde	§ 39 Abs. 1 VwVfG
--	-------------------

Zuständig ist die Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich sich das Unternehmen jeweils aufhält.	12.1.5 AVV
---	------------

Bei Verwaltungsmaßnahmen hat die verfügende Behörde diejenige Behörde zu benachrichtigen, die ursprünglich die Erlaubnis erteilt hat.	12.1.5 AVV
---	------------

1.2 Anhörung und Akteneinsicht

Bevor der Verwaltungsakt erlassen wird, ist den Betroffenen Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern (Anhörung).	§ 28 Abs. 1 VwVfG
Die erforderliche Anhörung kann auch nachgeholt werden.	§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VwVfG
In bestimmten Fällen kann von einer Anhörung auch abgesehen werden, z.B. wenn eine sofortige Entscheidung wegen Gefahr in Verzug notwendig erscheint.	§ 28 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG

Den Beteiligten ist Akteneinsicht zu gewähren, soweit dies zur Verteidigung ihrer rechtlichen Interessen erforderlich ist.	§ 29 VwVfG § 29 Hess VwVfG
--	-------------------------------

1.3 Androhung von Zwangsmitteln

Im Falle, dass der Pflichtige der Anordnung innerhalb einer bestimmten Frist nicht nachkommt, kann ein Verwaltungsakt unter bestimmten Voraussetzungen durch die Anwendung von Zwangsmitteln vollstreckt werden.

Die Anwendung des vorgesehenen Zwangsmittels muss idR. vorher schriftlich angedroht werden.	§ 13 Abs. 1 VwVG
---	------------------

Deshalb ist die Grundverfügung zweckmäßigerweise gleich mit der Androhung von Zwangsmitteln zu verbinden, um das Gewollte später auch im Wege der Vollstreckung durchsetzen zu können. Die notwendige Androhung der Zwangsmittel kann jedoch auch später noch nachgeholt werden.



Nur in bestimmten Fällen kann zur Verhinderung rechtswidriger Taten oder zur Gefahrenabwehr auf die vorherige Androhung der Zwangsmittel bzw. auf den vorhergehenden Verwaltungsakt ganz verzichtet werden.

→ siehe Vollstreckung Teil III–1.10 und Sofortvollzug Teil III–1.11

In der Androhung ist das vorgesehene Zwangsmittel konkret zu benennen. Unzulässig ist die gleichzeitige Androhung mehrerer Zwangsmittel und die Androhung, mit der sich die Behörde die Wahl zwischen mehreren Zwangsmitteln vorbehält.	§ 13 VwVG
Die Wahl des Zwangsmittels muss dem Zweck angemessen sein und den Betroffenen wie auch die Allgemeinheit möglichst wenig beeinträchtigen.	§ 9 Abs. 2 VwVG
Die Androhung kann mit dem zugrunde liegenden Verwaltungsakt verbunden werden.	§ 13 Abs. 2 VwVG

Bei der Androhung von Zwangsmitteln ist zu beachten, ob gleichzeitig die Anordnung des sofortigen Vollzugs erfolgen soll.

Die Androhung von Zwangsmitteln soll mit dem Verwaltungsakt verbunden werden, wenn der sofortige Vollzug angeordnet wurde oder eingelegte Rechtsmittel keine aufschiebende Wirkung haben.	§ 13 Abs. 2 VwVG
---	------------------

	Ist die Grundverfügung mit der Androhung von Zwangsmitteln verbunden worden, aber bei Ablauf der Frist mangels Anordnung des „sofortigen Vollzugs“ noch nicht vollziehbar, so ist die Handlung dem Pflichtigen noch nicht zumutbar, die Fristsetzung rechtswidrig und die Androhung des Zwangsmittels fehlerhaft. ²
	Die Androhung ist zuzustellen, auch wenn sie mit einem Verwaltungsakt verbunden ist, für den selbst keine Zustellung vorgeschrieben ist. Die Nichtbeachtung führt zur Unwirksamkeit der Androhung.

Es kommen folgende Zwangsmittel in Betracht:

a) Ersatzvornahme

Damit kann im Fall, dass eine Handlung nicht (oder nicht vollständig) erfüllt wird, die Vollzugsbehörde sie auf Kosten des Pflichtigen von einem anderen ausführen lassen.	§ 10 VwVG § 74 Hess VwVG
--	-----------------------------

² VGH München RdL 1976, 287

b) Zwangsgeld

Damit kann der Pflichtige zur Handlung angehalten werden, wenn <ul style="list-style-type: none"> - die Handlung nicht von einem anderen ausgeführt werden kann oder - die Ersatzvornahme untunlich wäre, z.B. weil der Pflichtige die Kosten nicht tragen könnte. 	§ 11 Abs. 1 VwVG § 76 Hess VwVG
Ein Zwangsgeld kommt auch in Betracht, wenn es um die Durchsetzung einer Duldung oder Unterlassung einer Handlung geht.	§ 11 Abs. 2 VwVG

c) Ersatzzwangshaft

Für den Fall, dass das Zwangsgeld uneinbringlich ist, kann das Verwaltungsgericht Ersatzzwangshaft anordnen, sofern bereits bei der Androhung von Zwangsgeld auf diese Möglichkeit hingewiesen wurde.	§ 16 VwVG
---	-----------

d) Unmittelbarer Zwang

Führen Ersatzvornahme und Ersatzzwangshaft nicht zum Ziel oder sind sie untunlich, insbesondere aussichtslos, so kann die Behörde den Pflichtigen zur Handlung, Duldung oder Unterlassung zwingen oder die Handlung selbst vornehmen.	§ 12 VwVG
---	-----------

An diese Möglichkeit ist insbesondere zu denken, wenn es um die Fortnahme, die pflegliche Unterbringung, Veräußerung oder die Tötung von Tieren geht!

→ Einzelne Maßnahmen siehe Teil IV



1.4 Sofortige Vollziehung/sofortige Vollziehbarkeit

Legt der Betroffene Widerspruch gegen den Verwaltungsakt ein, so hat dies aufschiebende Wirkung, d.h. bis zur abschließenden Entscheidung, ggf. auch im Rahmen einer gerichtlichen Auseinandersetzung, muss der Betroffene die Anordnung zunächst nicht befolgen.

Widerspruch und Anfechtungsklage haben, abgesehen von bestimmten Ausnahmen, aufschiebende Wirkung. Diese entfällt, wenn die sofortige Vollziehung im öffentlichen Interesse von der Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat oder über den Widerspruch zu entscheiden hat, besonders angeordnet wurde.	§ 80 VwGO
---	-----------

Soll die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs ausgeschlossen werden, muss also bereits im Verwaltungsakt ausdrücklich die „sofortige Vollziehung“ (auch: „sofortige Vollziehbarkeit“) angeordnet werden, z.B. mit der Formulierung:

„Hiermit wird die sofortige Vollziehung für die Ziffer(n) xx angeordnet“.


	<p>Die Anordnung der „sofortigen Vollziehung“ nicht verwechseln mit der Fristsetzung, die sich an den Pflichtigen richtet! (Diese wäre ggf. unabhängig davon zu formulieren, z.B. „Es wird Ihnen aufgegeben, bis zum“)</p> <p style="text-align: right;">→ Fristsetzung siehe Teil III–1.1</p>
	<p>Die Anordnung der sofortigen Vollziehung nicht verwechseln mit dem Sofortvollzug nach § 6 Abs. 2 VwVG als direktem Eingreifen der Behörde bei Gefahr im Verzug.</p> <p style="text-align: right;">→ Sofortvollzug siehe Teil III–1.11</p>

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung muss gesondert begründet werden! Sie ist dann notwendig, wenn das öffentliche Interesse an der sofortigen Durchsetzung der Anordnung höher ist als das private Interesse des Betroffenen an der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs. Hierzu müssen bezogen auf den jeweiligen Einzelfall konkrete Ausführungen gemacht werden, **eine Pauschalerklärung reicht nicht aus.**

	<p>Liegt zwischen Feststellung der Missstände und tierschutzrechtlicher Anordnung zu viel Zeit, ist die Anordnung der sofortigen Vollziehung nur noch schwer begründbar.</p>
---	--

1.5 Aufbau eines tierschutzrechtlichen Bescheids

Eine Anordnung in Form eines schriftlichen Bescheids richtet sich an den „Pflichtigen“ und beinhaltet:

	<ul style="list-style-type: none"> - Ausspruch der Verfügung(en) bzw. Anordnung(en) - idR. Fristsetzung und Androhung eines bestimmten Zwangsmittels, das nach Fristablauf angewendet wird - ggf. Anordnung der sofortigen Vollziehung - Begründung mit <ul style="list-style-type: none"> - Nennung der Rechtsgrundlage - Darlegung des Sachverhalts, ggf. Würdigung der in der Anhörung vorgetragenen Äußerungen sowie rechtliche Bewertung - Ausführungen zur Ermessensausübung, warum keine milderen, gleich geeigneten Mittel angewendet werden können - Begründung der angedrohten Zwangsmittel - Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung - Kostenfestsetzung - Rechtsbehelfsbelehrung.
---	---

→ Checkliste häufiger Fehlerquellen siehe ANHANG 9

1.6 Adressat der Verfügung

Verfügungsadressat von tierschutzrechtlichen Anordnungen nach § 16a TierSchG ist grundsätzlich derjenige, dessen Verhalten die letzte unmittelbare Ursache für einen eingetretenen oder drohenden Verstoß gesetzt hat³. Je nach Einzelfall kommt hier vor allem der Tierhalter oder der Eigentümer, aber ggf. auch der Betreuer oder Betreuungspflichtige in Betracht. So richten sich

- Anordnungen zur Mängelbeseitigung nach § 16a Satz 2 Nr. 1 an den → Halter, Betreuer oder Betreuungspflichtigen;
- Fortnahmeverfügungen,
- Veräußerungsanordnungen oder
- Tötungsanordnungen nach § 16a Satz 2 Nr. 2 an den → Tierhalter; ggf. auch mehrere Halter gleichzeitig; ggf. auch zusätzliche Einbeziehung des Betreuers oder des Betreuungspflichtigen;
- Untersagungen der Haltung oder Betreuung nach § 16a Satz 2 Nr. 3 an den → Tierhalter bzw. Betreuer oder Betreuungspflichtigen, ggf. an mehrere gleichzeitig.

⇒	<p><u>Tierhalter</u>⁴ – im Sinne des Zivilrechts ist, wer die Bestimmungsmacht über das Tier hat, aus eigenem Interesse für die Kosten des Tieres aufkommt, im Allgemeinen Nutzen und Wert für sich in Anspruch nimmt und das Risiko seines Verlustes trägt. Der Begriff im öffentlichen Recht stimmt damit grundsätzlich überein. Maßgeblich ist hier jedoch die verantwortliche Übernahme der Haltung des Tieres. Dies gilt auch für juristische Personen. Auf Eigentum und Eigenbesitz kommt es hierbei nicht an.</p> <p><u>Tierbetreuer</u>³ – ist jene Person, die ohne Tierhalter zu sein, für das einzelne Tier bestimmte Aufgaben ausführt. Dies kann aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung, aber auch durch tatsächliche Übernahme der Obhut für ein Tier geschehen.</p> <p><u>Betreuungspflichtiger</u>³ ist, wer bestimmte Pflichten übernimmt, aber mit der Ausübung der tatsächlichen Verfügungsmacht über das Tier noch nicht begonnen hat.</p>
---	---

Im Zirkus ist der Tierhalter häufig, aber nicht immer gleichzeitig auch Inhaber der §11-Erlaubnis, bzw. verantwortliche Person, so dass hier sorgfältig geprüft werden muss, wer der richtige Verfügungsadressat ist. Ist die im Erlaubnisbescheid bezeichnete verantwortliche Person ein Anderer als der Erlaubnis-Inhaber, so kann sich die Anordnung an beide richten, denn die verantwortliche Person hat zumindest eine Betreuerstellung inne. In dem Fall, in dem das Zirkusunternehmen von einer juristischen Person, z.B. als GmbH geführt wird, sind bei der Auswahl des Adressaten bestimmte Regeln zu beachten. Auch ist hier zu empfehlen, die Anordnung nicht nur an die GmbH als Erlaubnis-Inhaber, sondern zusätzlich auch an die verantwortliche Person zu richten.

→ Checkliste häufiger Fehlerquellen siehe ANHANG 9

³ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 16a Rn 13

⁴ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 2 Rn 12

1.7 Zustellung

Durch den ständigen Ortswechsel von Zirkusbetrieben ist die Zustellung schriftlicher Bescheide häufig schwierig.

Ist eine aktuelle Postadresse bekannt, kann die Zustellung per Post, am besten mit Postzustellungsurkunde, erfolgen.

Bei der Zustellung gegen Postzustellungsurkunde beurkundet der Postbeamte am Ort der Wohn- oder Geschäftsadresse die Zustellung und leitet die Urkunde an die Behörde zurück.	§ 3 VwZG
Wird dort niemand angetroffen, dem das Schriftstück (auch nicht ersatzweise) ausgehändigt werden kann, darf es in den jeweiligen Briefkasten des Adressaten eingelegt werden und gilt somit als zugestellt.	§ 3 Abs. 3 VwZG in Verbindung mit § 180 ZPO
Ist auch das nicht möglich, kann das Schriftstück auch beim Amtsgericht oder einer vorgesehenen Poststelle für 3 Monate niedergelegt werden; eine Nachricht hierüber wird in den Briefkasten eingelegt oder an der Tür der Wohnung oder des Geschäftsraums angebracht. Damit gilt die Zustellung als bewirkt.	§ 3 Abs. 3 VwZG in Verbindung mit § 181 ZPO

Kann keine aktuelle Anschrift ausfindig gemacht werden, besteht die Möglichkeit der direkten Aushändigung des Schriftstücks durch die Behörde gegen Empfangsbekenntnis des Empfängers. Hat der Betroffene den Zuständigkeitsbereich bereits verlassen, kann der Bescheid auch von einem anderen Amt in Amtshilfe ausgehändigt werden, sofern der Aufenthaltsort ausfindig gemacht werden kann.

Die Zustellung kann an jedem Ort erfolgen, an dem der Empfänger angetroffen wird.	§ 10 VwZG
Der Empfänger hat dem zustellenden Bediensteten ein mit Datum der Aushändigung versehenes Empfangsbekenntnis zu unterschreiben.	§ 5 Abs. 1 VwZG
Wird die Annahme der Zustellung ohne gesetzlichen Grund verweigert, ist das Schriftstück am Ort der Zustellung zurückzulassen. Die Zustellung gilt damit als bewirkt.	§ 13 VwZG
Ist der Aufenthaltsort des Empfängers unbekannt, sind geeignete Nachforschungen anzustellen, sofern dies verhältnismäßig ist.	§ 15 Abs. 5 VwZG

Gegebenenfalls lassen sich über die Obersten Veterinärbehörden entsprechende Suchvermerke landes- bzw. bundesweit weiterleiten. Ist auch dies erfolglos, besteht als letzte Möglichkeit die öffentliche Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung nach § 15 VwZG.

1.8 Widerspruch und Klage

Der Betroffene kann gegen einen Bescheid Widerspruch einlegen bei der Verwaltungsbehörde, die den Bescheid erlassen hat. Damit beginnt das so genannte „Vorverfahren“, die näheren Einzelheiten sind in §§ 70 ff. VwGO geregelt. Machen die vorgebrachten Einwände den Bescheid hinfällig, kann die Behörde dem Widerspruch abhelfen. Andernfalls leitet sie ihn an die Widerspruchsbehörde weiter. Diese kann dem Widerspruch stattgeben oder ihn zurückweisen.

Gleichzeitig mit dem Widerspruch kann der Betroffene – sofern im Bescheid die sofortige Vollziehung angeordnet wurde – beim zuständigen Verwaltungsgericht einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs stellen. Ein solches „Eilverfahren“ ist noch keine Entscheidung in der eigentlichen Sache, lässt oft aber schon die Tendenz der rechtlichen Würdigung des Vorgangs in einem möglichen „Hauptsachsverfahren“ erkennen. Es kann daher für die eine wie die andere Seite sinnvoll sein, den Rechtsstreit bereits an dieser Stelle zu beenden und den Bescheid zu akzeptieren bzw. zurückzunehmen.

Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, kann der Betroffene vor Gericht klagen. Zuständig ist die Verwaltungsgerichtsbarkeit:

- Verwaltungsgerichte Darmstadt, Gießen, Kassel, Frankfurt und Wiesbaden,
- Verwaltungsgerichtshof in Kassel,
- Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Amtstierärztinnen und Amtstierärzte können im Gerichtsverfahren insbesondere als sachverständige Zeugen oder Sachverständige (Gutachter) eine wichtige Rolle spielen. Auf ein Zeugnisverweigerungsrecht können sie sich, anders als Ärzte oder andere Berufsgruppen, die in den §§ 52 und 53 StPO genannt sind, nicht berufen⁵.

→ zur Rolle von Zeugen und Sachverständigen siehe ANHANG 10

Wird der umstrittene Bescheid gerichtlich bestätigt, ist dieser „rechtskräftig“, wurde er bereits ohne Gerichtsverfahren akzeptiert ist er „bestandskräftig“.

- Nähere Informationen über Gerichte und Verfahren enthält die Internetseite des Hessischen Justizministeriums (www.hmdj.justiz.hessen.de.) Eine ausgezeichnete Erläuterung des Justizwesens (Struktur, Zuständigkeiten, Abläufe sowie Begriffs-Lexikon) findet sich auch unter www.justiz-nrw.de unter der Rubrik „Bürgerservice“.

1.9 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern

Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften sind unter bestimmten Voraussetzungen unbeachtlich oder können später noch „geheilt“ werden.

§§ 45 bis 47 VwVfG

⁵ Mackenthum (1994)

1.10 Vollstreckung

Werden Anordnungen innerhalb der gesetzten Frist nicht befolgt, kann der entsprechende Verwaltungsakt unter bestimmten Voraussetzungen durch die Vollzugsbehörde vollstreckt werden.

	<p>Soll die Anordnung nicht zur Nullnummer werden, sind die bestehenden Möglichkeiten auch im Hinblick auf das Staatsziel Tierschutz wahrzunehmen!</p>
---	--

<p>Ein Verwaltungsakt kann vollstreckt werden,</p> <ul style="list-style-type: none"> - wenn er unanfechtbar geworden ist, - (wenn sofortiger Vollzug angeordnet wurde) oder - wenn der Rechtsbehelf keine aufschiebende Wirkung haben würde. 	<p>§ 6 Abs. 1 VwV § 2 Hess VwVG</p>
<p>Ein Verwaltungsakt wird grundsätzlich von der Behörde vollzogen, die ihn erlassen hat.</p> <p>Sind Vollstreckungsmaßnahmen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs zu treffen, geschieht dies auf Ersuchen dieser Behörde durch die örtlich und sachlich zuständige Vollstreckungsbehörde. Diese ist nicht verpflichtet, die Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts nachzuprüfen, der vollstreckt wird.</p>	<p>§ 7 Abs. 1 VwVG § 5 Hess VwVG</p>
<p>Von einer Anhörung kann abgesehen werden, wenn Maßnahmen in der Verwaltungsvollstreckung getroffen werden sollen.</p>	<p>§ 28 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG</p>

Die Vollstreckung erfolgt durch die Anwendung von Zwangsmitteln.

→ Einzelne Zwangsmittel siehe Teil III–1.3

Vor der Anwendung müssen die Zwangsmittel mit einem eigenen Verwaltungsakt „festgesetzt“ werden.

<p>Zwangsmittel können grundsätzlich nur festgesetzt werden, wenn sie vorher schriftlich angedroht wurden.</p>	<p>§ 13 VwVG</p>
<p>Zur Verhinderung einer rechtswidrigen Tat (Straf- oder Bußgeldtatbestand) oder zur Abwendung einer drohenden Gefahr kann auf die Festsetzung verzichtet werden.</p>	<p>§ 6 Abs. 2 VwVG</p>
<p>Ist das zunächst angedrohte Zwangsmittel erfolglos, können Zwangsmittel auch wiederholt und gewechselt werden, bis die Verpflichtung erfüllt ist.</p>	<p>§ 13 Abs. 6 VwVG</p>


Ist ein Zwangsgeld uneinbringlich, kann das Verwaltungsgericht auf Antrag der Vollzugsbehörde Ersatzzwangshaft anordnen, sofern bereits bei der Androhung des Zwangsgelds hierauf hingewiesen wurde.	§ 16 Abs. 1 VwVG
--	------------------

1.11 Gestrecktes Verfahren und Sofortvollzug

Selbst bei sehr kurzer Bemessung der jeweiligen Fristen nimmt das geschilderte, so genannte „gestreckte Verfahren“ einen gewissen Zeitraum in Anspruch. Der Verwaltungsakt wird in mehreren Stufen durchgesetzt, wenn der Adressat zur freiwilligen Befolgung nicht bereit ist: Zuerst muss das vorgesehene Zwangsmittel angedroht werden. Anschließend erfolgt die Festsetzung des Zwangsmittels, und schließlich wird das Zwangsmittel angewendet. Handelt es sich bei dem Zwangsmittel um eine Ersatzvornahme, ist noch ein weiterer Verwaltungsakt erforderlich: der Bescheid zur Erstattung der entstandenen Kosten.

In bestimmten Situationen kann es jedoch notwendig sein unmittelbar zu handeln, insbesondere dann, wenn Tiere bereits erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden ausgesetzt sind oder dies in allernächster Zeit mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bevorsteht. In diesen Fällen ist von der Möglichkeit des Sofortvollzugs Gebrauch zu machen.

Zur Verhinderung einer rechtswidrigen Tat, die einen Straf- oder Bußgeldtatbestand verwirklicht, oder zur Abwendung einer drohenden Gefahr, kann der Verwaltungszwang ohne vorausgehenden Verwaltungsakt angewendet werden. Die Behörde muss dabei innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse handeln.	§ 6 Abs. 2 VwVG
---	-----------------

	<p>Nicht verwechseln mit dem Begriff der sofortigen Vollziehung, mit der die aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs ausgeschlossen wird. Beim Sofortvollzug geht es um das sofortige Eingreifen der Behörde bei Gefahr im Verzug.</p> <p>→ Sofortige Vollziehung siehe Teil III – 1.4</p>
---	---

2. Sanktionen

Die geschilderten Maßnahmen zielen auf eine Änderung der vorgefundenen rechtswidrigen Verhältnisse durch den Pflichtigen oder die Behörde selbst. Unabhängig davon zu sehen ist die Ahndung von tierschutzrechtlichen Verstößen. Sie soll dem Betroffenen die Unrechtmäßigkeit seines Handelns spürbar machen und von weiteren Gesetzesverstößen abschrecken. Gleichzeitig werden diejenigen bestätigt und gestärkt, die sich rechtskonform verhalten.

2.1 Verwarnung

Bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten kann die Verwaltungsbehörde den Betroffenen verwarnen und ein Verwarnungsgeld von 5.- bis 35.- € erheben. Der Betroffene muss über sein Weigerungsrecht belehrt werden. Die Verwarnung ist nur wirksam, wenn er mit ihr einverstanden ist und das Verwarnungsgeld sofort oder innerhalb einer bestimmten Frist bezahlt.	§ 56 Abs. 1 und 2 OwiG
Ist die Verwarnung wirksam, kann dieselbe Tat nicht weiter verfolgt werden.	§ 56 Abs. 4 OwiG

Eine Verwarnung kann auch bei Verstößen gegen geltende Vorgaben anderer Behörden (z.B. Nebenbestimmungen der Erlaubnis oder Verfügungen) ausgesprochen werden, sofern diese Verstöße im eigenen Zuständigkeitsbereich festgestellt wurden!

2.2 Ordnungswidrigkeitsverfahren

Das Tierschutzgesetz definiert bestimmte Tatbestände als Ordnungswidrigkeit, die mit Geldbuße geahndet werden kann.

Verstöße können mit einem Bußgeld bis 25.000.- € geahndet werden, wenn jemand <ul style="list-style-type: none"> - vorsätzlich oder fahrlässig einem Wirbeltier, das er hält, betreut oder zu betreuen hat, ohne vernünftigen Grund erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt oder - abgesehen von diesen Fällen einem Tier ohne vernünftigen Grund erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt. Wer bestimmten tierschutzrechtlichen Anordnungen oder Vorgaben zuwiderhandelt, muss je nachdem mit einer Geldbuße bis zu 5000.- oder bis zu 25.000.- € rechnen.	§ 18 Abs. 3 TierSchG
---	----------------------

Örtlich zuständig ist die Behörde, <ul style="list-style-type: none"> - in deren Bezirk die Ordnungswidrigkeit begangen oder entdeckt worden ist oder - in der Betroffene seinen Wohnsitz hat. 	§ 37 OwiG
Das einzuleitende Bußgeldverfahren richtet sich nach den Vorschriften des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten. Dort ist auch genau festgelegt, was ein Bußgeldbescheid beinhalten muss.	§ 65 ff. OwiG

Auch bei Ordnungswidrigkeitsverfahren ist es so, dass nicht nur Verstöße gegen selbst verfügte Anordnungen und Auflagen geahndet werden können, sondern auch Verstöße gegen bestandskräftige Vorgaben anderer Behörden (z.B. Nebenbestimmungen der Erlaubnis oder Verfügungen)! Voraussetzung ist jedoch, dass diese Verstöße im eigenen Zuständigkeitsbereich begangen wurden.



Ein Bußgeldbescheid ist an den Betroffenen gerichtet und soll nach § 66 OwiG beinhalten:

- Angaben zur Person des Betroffenen und etwaiger Nebenbeteiligter,
- ggf. Namen und Anschrift des Verteidigers
- Bezeichnung der Tat, die dem Betroffenen zur Last gelegt wird, einschließlich Zeit und Ort der Begehung
- die gesetzlichen Merkmale der Ordnungswidrigkeit und die angewendeten Bußgeldvorschriften
- die Beweismittel (z.B. Zeugen, Fotos, etc.)
- die Geldbuße und die Nebenfolgen (z.B. Einziehung der betroffenen Tiere)
- Hinweis auf Einspruchsmöglichkeiten
- Zahlungsaufforderung und
- Hinweis auf mögliche Erzwingungshaft.



Wird das Tatgeschehen nicht genau eingegrenzt, d.h. nach Art und Umständen, Ort und Zeit angegeben, ist dies ein schwerer Mangel, der zur Einstellung des Verfahrens führen kann. Weniger gravierend sind fehlerhafte Angaben der Tatzeit oder Mängel bei der Ortsangabe.⁶

Im Rahmen des Ordnungswidrigkeitsverfahrens ist bei bestimmten Tatbeständen die Einziehung der betroffenen Tiere nach § 19 TierSchG möglich.

→ Einziehung nach § 19 TierSchG siehe Teil IV–2.6



Eine nachträgliche Anordnung der Einziehung ist nicht möglich. Die Einziehung als Nebenfolge muss im Bußgeldbescheid bereits angeordnet worden sein.⁷

Der Betroffene kann gegen den Bußgeldbescheid Einspruch einlegen.

§ 67 OwiG

Über den Einspruch entscheidet das zuständige Amtsgericht durch Beschluss oder ggf. nach Durchführung der Hauptverhandlung.

§§ 68 ff. OwiG

⁶ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 18 Rn 9, zu weiteren Verfahrensmängeln Rn 8-14

⁷ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 18 Rn 7

Das Gericht gibt der Verwaltungsbehörde Gelegenheit, ihre Gesichtspunkte darzulegen, die für die Entscheidung bedeutsam sind, es sei denn ihre besondere Sachkunde wird für entbehrlich gehalten.	§ 76 OwiG
Gegen den Beschluss bzw. das Urteil ist unter bestimmten Voraussetzungen Rechtsbeschwerde zulässig.	§ 79 OwiG
Ist der Bußgeldbescheid rechtskräftig geworden, kann dieselbe Tat nicht mehr als Ordnungswidrigkeit verfolgt werden.	§ 84 OwiG

Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit, die in Zusammenhang mit einer Gewerbeausübung begangen wurde, werden im Gewerbezentralregister eingetragen, sofern die Geldbuße mehr als 200.- € beträgt.

→ Bundes-/Gewerbezentralregister siehe ANHANG 2

Die Vollstreckung des Bußgeldbescheids erfolgt nach den Vorschriften des Verwaltungs-Vollstreckungsgesetzes.	§ 90 OwiG
--	-----------

2.3 Strafverfahren

Besonders schwere Verstöße gegen das Tierschutzgesetz können mit Freiheits- oder Geldstrafe geahndet werden.

<p>Verstöße werden mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe geahndet, wenn jemand</p> <ul style="list-style-type: none"> - ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet - einem Wirbeltier aus Rohheit erhebliche Schmerzen oder Leiden zufügt oder - einem Wirbeltier länger anhaltende oder sich wiederholende erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügt. 	§ 17 TierSchG
--	---------------

Ein Straftatbestand setzt immer vorsätzliches Handeln voraus. Dabei reicht schon der bedingte Vorsatz aus.

⇒	<p><u>Vorsatz</u> bedeutet Wissen und Wollen der Tatbestandsverwirklichung.</p> <p>Bei <u>bedingtem</u> Vorsatz hält der Täter den Taterfolg für möglich und nimmt ihn billigend in Kauf. Billigung liegt auch vor, wenn der Taterfolg zwar unerwünscht ist, der Täter jedoch bereit ist, ihn (z.B. wegen eines anderen, ihm wichtigeren Zieles) als mögliche Folge hinzunehmen, oder wenn er den Taterfolg aus Bedenkenlosigkeit und Gleichgültigkeit in Kauf nimmt.</p>
---	---

	Dem Halter von Zirkustieren wird deren Tod oder länger anhaltende Schmerzen und Leiden vermutlich eher unerwünscht sein, ein bedingt vorsätzliches Handeln schließt dies jedoch nicht aus, z.B. wenn ihm die Einsparung von Kosten wichtiger erscheint als die Vermeidung dieser Folgen. ⁸
--	---

Für die Verfolgung einer Straftat ist die Staatsanwaltschaft zuständig.

Sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat vorliegen, ist die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten verpflichtet, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.	§ 152 StPO
Die Verwaltungsbehörde gibt die Sache an die Staatsanwaltschaft ab, wenn Anhaltspunkte für eine Straftat vorhanden sind.	§ 41 OwiG

⇒	<p>Aussicht auf Erfolg hat eine Strafanzeige am ehesten, wenn folgende Angaben gemacht werden können:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Name und Anschrift des Anzeigenden - Name und Anschrift des/der Täters (Jugendlicher/Erwachsener?) - Besitzer/Halter des betroffenen Tieres - Tatort: Adresse/genauere Lokalisation, möglichst Fotografie/Video - Zeitpunkt der Tat: Datum und Uhrzeit/Zeitraum - Sachverhaltsschilderung <ul style="list-style-type: none"> - Tathergang: Situation, beteiligte Personen, Art und Ausführung der Handlung bzw. Unterlassung, ggf. Beschreibung der Tatwerkzeuge - Betroffene Tiere: Anzahl und Art, jeweils individuelle Angabe zu Alter, Geschlecht, individuelle Erkennungsmerkmale (Täto- oder Chip-Nummer, Fellzeichnung etc.), möglichst Fotografie - Tatfolgen für das Tier: Nachweise oder Anzeichen für Verursachung erheblicher Schmerzen oder Leiden, ggf. Angaben zu Dauer (länger anhaltend) oder Häufigkeit (sich wiederholend) der verursachten Schmerzen oder Leiden; ggf. Todesfolge - Hinweise auf Vorsätzlichkeit, ggf. auch Rohheit der Tat - Benennung von Zeugen (Name, Adresse) - Beifügung von Beweismaterial (Kennzeichnung und Beschreibung hinsichtlich Herkunft und Zusammenhang mit der Tat) - Datum und Unterschrift
---	---

- Weiteres zum Inhalt tierschutzrelevanter Strafanzeigen enthält eine entsprechende Behörden-Broschüre des MULF, Hannover 1998

→ Bezugsadresse siehe ANHANG 14

Wenn Tatverdacht besteht, nimmt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf und erhebt ggf. Anklage oder stellt einen Antrag auf Erlass eines Strafbefehls beim zuständigen Gericht. Rechtsfolge eines Strafbefehls können Verwarnung mit Strafvorbehalt, Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu

⁸ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 17 Rd. 117 ff.)

einem Jahr sein. Die Einziehung von Tieren als Nebenfolge nach § 19 TierSchG ist auch beim Strafbefehl möglich.

Je nach Bedeutung des Falles entscheidet entweder

- eine Richterin bzw. ein Richter am Amtsgericht als Einzelrichter (Strafrichter) oder
- das Schöffengericht, das aus einem Berufsrichter am Amtsgericht (bei umfangreichen Sachen auch aus zweien) und zwei Laienrichtern, den sog. Schöffen, besteht, oder
- bei schwereren Delikten die große Strafkammer des Landgerichts.

Auch hier gilt, dass Amtstierärztinnen und Amtstierärzte als sachverständige Zeugen oder Sachverständige (Gutachter) eine wichtige Rolle spielen können. Ein Zeugnisverweigerungsrecht können sie anders als Ärzte und andere Berufsgruppen, die in den §§ 52, 53 StPO genannt sind, nicht in Anspruch nehmen.⁹

→ Rolle von Zeugen und Sachverständigen siehe ANHANG 10

- Nähere Informationen über Gerichte und Verfahren enthält die Internetseite des Hessischen Justizministeriums (www.hmdj.justiz.hessen.de.) Eine ausgezeichnete Erläuterung des Justizwesens (Struktur, Zuständigkeiten, Abläufe sowie Begriffs-Lexikon) findet sich z.B. auch unter www.justiz-nrw.de unter der Rubrik „Bürgerservice“ oder auch im www.rechtslexikon-online.de.

Im Rahmen eines Strafverfahrens können Tiere

- als Beweismittel oder zur Vorbereitung einer Einziehung beschlagnahmt oder
- zur Sanktion oder zur Gefahrenabwehr eingezogen werden.
- Ergebnis eines Strafverfahrens kann auch ein richterliches Haltungsverbot sein.

→ Einzelne Maßnahmen siehe Teil IV

Verneint die Staatsanwaltschaft das Vorliegen eines Tatverdachts, geht die Sache an die Verwaltungsbehörde zurück, die damit wieder zuständig wird und zu prüfen hat, ob eine Ordnungswidrigkeit vorliegt.

Sieht die Staatsanwaltschaft davon ab, ein Strafverfahren einzuleiten, so gibt sie die Sache an die Verwaltungsbehörde zurück.	§ 41 OWiG
--	-----------

Wird ein Ermittlungsverfahren aufgenommen, erhärtet sich der Tatverdacht jedoch nicht, kann die Staatsanwaltschaft das Verfahren insgesamt oder auch nur in Bezug auf die Straftat einstellen und dann zur weiteren Verfolgung etwaiger Ordnungswidrigkeiten an die Verwaltungsbehörde zurückgeben.

⁹ Mackenthum (2004)

Teil IV

EINZELNE MASSNAHMEN

Übersicht

1.	Maßnahmen, bei denen die Tiere im Betrieb verbleiben	55
1.1	Nicht formelle Maßnahmen	55
1.2	Tierschutzrechtliche Anordnungen	55
2.	Maßnahmen, bei denen die Tiere nicht im Betrieb verbleiben	57
2.1	Freiwillige Abgabe	57
2.2	Vorübergehende anderweitige Unterbringung und ggf. anschließende Veräußerung	58
2.3	Fortnahme und Veräußerung von Tieren, die nicht vorübergehend anderweitig untergebracht werden können	61
2.4	Behördliches Haltungsverbot und ggf. Auflösung des Tierbestandes oder Einziehung der Tiere	62
2.5	Richterliches Haltungsverbot und ggf. anschließende Sicherstellung oder Beschlagnahme der Tiere	63
2.6	Einziehung von Tieren als Nebenfolge in Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren	65
2.7	Beschlagnahme von Tieren zur Sicherung der späteren Einziehung und ggf. anschließende Notveräußerung	68
2.8	Beschlagnahme von Tieren als Beweismittel	70
2.9	Ordnungsrechtliche Sicherstellung von Tieren zur Gefahrenabwehr.....	71
3.	Tötung von Tieren	72
4.	Sonstige Maßnahmen	74

1. Maßnahmen, bei denen die Tiere im Betrieb verbleiben

1.1 Nicht formelle Maßnahmen

Die mildeste Handlungsform der Behörde ist

- der **mündliche Hinweis auf festgestellte Tierschutzprobleme**, in Zusammenhang mit
- einer **Belehrung über die Rechtssituation** und
- ggf. der **Beratung des Betroffenen**, wie er dem Mangel am besten abhelfen kann.

Eine solche Form der Beanstandung und Belehrung kommt als alleinige Maßnahme nur in Frage, wenn die festgestellten Mängel nicht gravierend sind, der Betroffene wirklich einsichtig ist und der Gesamteindruck erwarten lässt, dass die notwendigen Änderungen tatsächlich vorgenommen werden. Eine Belehrung ist sicher nicht mehr angemessen, wenn der Betroffene schon früher auf denselben Mangel hingewiesen wurde (auf entsprechende Eintragungen im Tierbestandsbuch achten!) und der Zustand trotzdem anhält oder zum wiederholten Male auftritt. Dann ist die Wahl wirksamerer Mittel angezeigt.

1.2 Tierschutzrechtliche Anordnungen

Die zuständige Behörde trifft die zur Beseitigung festgestellter Verstöße und die zur Verhütung künftiger Verstöße notwendigen Anordnungen.	§ 16a Satz 1 TierSchG
---	-----------------------

- Anordnungen als Verwaltungsakt siehe Teil III
- Zuständigkeit siehe Teil III-1.1

Sofern man davon ausgehen kann, dass sich festgestellte Tierschutzmängel im Betrieb beseitigen lassen und keine Gründe für eine Fortnahme der Tiere vorliegen, ist eine tierschutzrechtliche Anordnung nach §16a TierSchG das Mittel der Wahl. Die Anordnungen können auf die allgemeine Ermächtigungsgrundlage des §16a Satz 1 TierSchG oder ggf. auf die spezielleren Klauseln des §16a Satz 2 gestützt werden.



Die zuständige Behörde kann eine tierschutzrechtliche Anordnung treffen zur Sicherstellung einer artgemäßen und verhaltensgerechten Tierhaltung gemäß § 2 TierSchG.	§ 16a Satz 2 Nr. 1 TierSchG
---	-----------------------------

Dazu gehören z.B.:

- **Vorgaben zur Unterbringung**, ggf. in Verbindung mit der **Untersagung tierschutzwidriger Haltungsformen** (z.B. dauerhafte Anbindehaltung)
- **Pflege- und Ernährungsvorgaben** sowie
- **Vorgabe tierärztlicher Untersuchungen/Behandlungen** einschließlich **Forderung von Liefer- oder Durchführungsnachweisen**
- **Aufforderung zur Beseitigung von Verletzungsgefahren**.

Lassen sich keine artgemäßen und verhaltensgerechten Zustände herstellen, kann der Verbleib der vorhandenen Tiere unter Umständen geduldet werden. Voraussetzung ist jedoch, dass der Zustand der Tiere unauffällig ist und eine Abgabeverfügung unverhältnismäßig wäre. Dann sollte jedoch unbedingt Sorge getroffen werden, dass nicht zusätzlich noch weitere Tiere den beanstandeten Haltungsbedingungen ausgesetzt werden. In Betracht kommen hier ein

- **Nachstellverbot** und ggf. auch ein
- **Nachzuchtverbot.**

	Das <u>Nachstellverbot</u> untersagt dem Halter, weitere Tiere derselben oder einer verwandten Art in den Bestand aufzunehmen und die geduldeten Tiere nach einem eventuellen Abgang durch Tod oder freiwillige Abgabe entsprechend zu ersetzen.
	Das <u>(Nach-)zuchtverbot</u> untersagt, zuchtfähige Tiere zur Erzeugung von Nachkommen einzusetzen, ggf. in Verbindung mit der Anordnung der nachweislichen Unfruchtbarmachung und Androhung der Ersatzvornahme im Falle der Nichtbeachtung (Kontrolle der Maßnahmenumsetzung!)

Auch hier kann die Anordnung auf die Ermächtigungsgrundlage des §16a Satz 2 Nr. 1 gestützt werden: Mit den Verboten wird ein Zustand verhindert, der den Anforderungen des § 2 TierSchG widerspräche. Die Maßnahme ist also zur Erfüllung des § 2 TierSchG erforderlich. Verstöße würden eine Ordnungswidrigkeit nach § 18 Abs. 1 Nr. 2 darstellen und damit auch die Möglichkeit einer Einziehung nach § 19 TschG eröffnen, so dass eine Anordnung auf dieser Basis effektiver ist als eine ebenfalls mögliche Anordnung nach § 16a Satz 1 TierSchG.

Tierschutzrechtliche Anordnungen sind aber nicht auf den Bereich der Tierhaltung beschränkt, sondern können, auf der Grundlage des § 16 Satz 1 TierSchG, auch zur Beseitigung oder Verhütung anderer Tierschutzverstöße getroffen werden.


Dazu gehören z.B.:

- **Vorgaben zum Transport** (gem. TierSchTrVO)
- **Vorgaben zur Art oder Dauer von Ausbildung, Training und Vorführung sowie dem Einsatz von Dressurhilfsmitteln** (gem. § 3 Nr. 1, 1a 1b, 5, 6, oder 11 TierSchG)
- **Vorgaben zur Zucht, wie z.B. „Qualzuchtverbot“** (gem. § 11b TierSchG).

Schließlich können Haltungsmängel auch Zweifel begründen, ob die betreffende Person (noch) die nach § 11 TierSchG erforderliche Sachkunde hat und zur

→ **Forderung eines (erneuten) Sachkundenachweises,**



führen. Hierzu kann z.B. ein Sachkundengespräch oder die Demonstration von notwendigen Fähigkeiten verlangt werden. Die Forderung kann auf §16a Satz 1 TierSchG in Verbindung mit § 11 Abs. 2 Nr. 1 TierSchG gestützt werden.

	Auch der § 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG sieht die Möglichkeit vor, bei gravierenden Haltungsmängeln in Verbindung mit erheblichen bzw. länger anhaltenden Schmerzen, Leiden oder Schäden die weitere Tierhaltung oder Betreuung von der Erlangung eines Sachkundenachweises abhängig zu machen. Die Forderung eines Sachkundenachweises ist aber nicht an die dort genannten engen Voraussetzungen gebunden.
---	---

2. Maßnahmen, bei denen die Tiere nicht im Betrieb verbleiben

In vielen Fällen ist es angeraten, Tiere nicht im Betrieb zu belassen, sondern dafür zu sorgen, dass sie dem Halter entzogen und in eine andere Haltung verbracht werden. Dies kann aus verschiedenen Gründen und auf verschiedenen Wegen geschehen, wobei neben den Tierschutzbehörden je nach Fallgestaltung auch die Polizei- und Ordnungsbehörden oder die Staatsanwaltschaften und Gerichte beteiligt sind.

→ Übersicht Maßnahmen und Verfahrensschritte siehe ANHANG 11

	Jede Maßnahme ist an bestimmte rechtliche Voraussetzungen gebunden, die bei der Entscheidung strikt zu beachten sind. Auch ist zu berücksichtigen, dass mit der Maßnahme Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse und Kostenverpflichtungen des Staates verbunden sein können.
	Grundsätzlich sollten abgegebene oder weggenommene Tiere in ihrer neuen Unterkunft unverzüglich einer Eingangsuntersuchung durch einen für diese Tierart qualifizierten Tierarzt unterzogen werden. Zum einen, um eventuell notwendige Behandlungen zu veranlassen, zum anderen aber auch um den (noch unbehandelten) Zustand der Tiere zum Übergangszeitpunkt zu dokumentieren. Dies kann bei eventuellen späteren Konflikten entscheidende Bedeutung haben.

2.1 Freiwillige Abgabe

Wenn sich der Besitzer überzeugen lässt, dass es für alle Beteiligten die einfachste Lösung wäre, das Tier freiwillig abzugeben, ist dies eine probate Methode, Tieren „schnell und unbürokratisch“ zu helfen. Dabei bestehen folgende Möglichkeiten:


- das Tier wird an einen neuen Eigentümer veräußert, der dann die alleinige Verfügungsgewalt hat oder
- es wird in die Obhut eines neuen Halters gegeben, bleibt aber Eigentum des bisherigen Halters.




Zur Übertragung des Eigentums ist erforderlich, dass der Eigentümer das Tier dem Erwerber übergibt und beide darüber einig sind, dass das Eigentum übergehen soll.

§ 929 BGB

Ein schriftlicher Vertrag ist nicht erforderlich, kann aber empfehlenswert sein.

→ Muster Eigentumsabtrittserklärung siehe ANHANG 12

	Sich nicht ungewollt zum Helfer bei der „Entsorgung“ überflüssiger Tiere machen lassen! Ggf. Nachstellverbot anordnen!
---	--


ANWENDUNGS – CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Einverständnis des Eigentümers. - Es steht ein geeigneter, d.h. zuverlässiger und sachkundiger Abnehmer mit den erforderlichen Haltungseinrichtungen zur Verfügung (vorher abklären!). - Der Abgabe stehen keine artenschutzrechtlichen Vermarktungsverbote entgegen.
	<ul style="list-style-type: none"> - Kein Verwaltungsakt erforderlich, der Behörde entstehen keine Unterbringungskosten.
	<ul style="list-style-type: none"> - Relativ unverbindlich, keine Folgewirkung, es sei denn, es wird gleichzeitig ein Haltungs- oder Nachstellverbot verhängt. Sonst kann die Abgabe jederzeit rückgängig gemacht werden, wenn sich die Beteiligten einig sind.

2.2 Vorübergehende anderweitige Unterbringung und ggf. anschließende Veräußerung

Ist ein Tier erheblich vernachlässigt oder infolge von Haltungsmängeln schwer verhaltensgestört, kann die Behörde es dem Halter nach § 16 a Satz 2 Nr. 2 TierSchG entziehen und vorübergehend anderweitig unterbringen.



Die Behörde kann ein durch Haltungsmängel erheblich vernachlässigtes oder schwer verhaltensgestörtes Tier dem Halter fortnehmen und anderweitig unterbringen, bis eine tierschutzkonforme Unterbringung sichergestellt ist.	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
Voraussetzung ist ein Gutachten des beamteten Tierarztes, das bescheinigt, <ul style="list-style-type: none"> - dass das betreffende Tier erheblich vernachlässigt ist oder - schwerwiegende Verhaltensstörungen zeigt - und dieser Zustand auf eine mangelnde Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG zurückzuführen ist. 	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
Für die Kosten der anderweitigen Unterbringung muss der Halter aufkommen.	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
Kann der Halter eine dem § 2 TierSchG entsprechende Haltung innerhalb einer gesetzten Frist nicht sicherstellen, kann die Behörde das anderweitig untergebrachte Tier veräußern.	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG

Das Vorgehen erfordert mehrere Schritte. Ausgangspunkt ist das gesetzlich geforderte Gutachten des beamteten Tierarztes.

	<p>Bei seltenen Tierarten, wie sie im Zirkus häufig vorkommen, empfiehlt sich die Hinzuziehung eines für diese Tierart ausgewiesenen externen Spezialisten. Dessen Äußerungen ersetzen jedoch nicht das geforderte Gutachten des beamteten Tierarztes! Vielmehr nimmt dieser in seinem Gutachten auf das Auftragsgutachten Bezug.</p> <p>Auch für Auftragsgutachten gelten die bereits genannten Qualitätskriterien und sollten bereits bei Auftragsvergabe klargestellt werden!</p> <p style="text-align: right;">→ Gutachten-Raster siehe ANHANG 6</p>
---	--

Die anschließenden Maßnahmen bestehen aus:

- **1. Verwaltungsakt: Fortnahme- und Unterbringungsverfügung** (Anordnung gegenüber dem Halter, die Fortnahme und anderweitige Unterbringung auf seine Kosten zu dulden).

	<p>Eine schriftliche Fortnahmeverfügung berechtigt nicht unmittelbar zur Wegnahme der Tiere. Es handelt sich um einen Verwaltungsakt, der nach Erlangung der Bestandskraft bzw. durch Anordnung der sofortigen Vollziehung (Begründung !) ggf. mit den Mitteln des Verwaltungszwangs durchgesetzt werden muss.</p>
	<p>Die Fortnahme kann jedoch auch durch unmittelbare Ausführung als „Realakt“ erfolgen, um eine Gefahr zu beseitigen oder wenn der Halter nicht anwesend oder nicht ermittelbar ist.¹</p> <p>Verwehrt ein Tierhalter dabei die Fortnahme ist eine Duldungsverfügung erforderlich, die für sofort vollziehbar erklärt und ggf. im Wege des unmittelbaren Zwangs, ggf. auch mit Polizeihilfe durchgesetzt werden muss.²</p>

Ziel der Maßnahme ist in erster Linie die Beseitigung der ursächlichen Haltungsmängel und die anschließende Rückgabe des betroffenen Tieres. Hierzu bedarf es der ausdrücklichen Aufforderung.


- **2. Verwaltungsakt (gleichzeitig mit 1.): Anordnung der Sicherstellung §2-gemäßer Haltungsbedingungen binnen einer gesetzten Frist. Androhung der Veräußerung im Falle der Nichtbefolgung.**

Erst wenn die angeordnete Mängelbeseitigung nicht fristgerecht erfolgt ist, kann in einem weiteren Schritt eine Veräußerung erfolgen, die dem Halter das Tier dauerhaft entzieht:

- **3. Verwaltungsakt: Veräußerungsverfügung** (Anordnung gegenüber dem Halter, dass er die Veräußerung zu dulden hat). Der Erlös steht dem Halter zu.



¹ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 16a Rn 24

² Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 16a Rn 26



	Die Veräußerung ist keine Vollstreckungsmaßnahme, sondern ein eigener Verwaltungsakt!
---	---

Bis zum Zeitpunkt der Veräußerung verbleiben die Eigentumsrechte am anderweitig untergebrachten Tier beim Halter. Die Behörde bzw. von ihr beauftragte Dritte übernehmen die Tiere lediglich in ein zeitlich begrenztes Verwahrungsverhältnis, für dessen Kosten der Tierhalter aufkommen muss. Der Erlös der Veräußerung steht dem Halter zu. Der Erlös kann mit den entstandenen Kosten verrechnet werden.

→ **4. Verwaltungsakt: Kostenerstattungsbescheid.**

	Auch die Veräußerungsverfügung und der Kostenbescheid sind nur dann rechtmäßig, wenn die Fortnahme- und Unterbringungsverfügung bestandskräftig oder für sofort vollziehbar erklärt wurde ³ .
	Die Behörde hat kein Rückbehaltungsrecht, wenn die aufgelaufenen Kosten vom Halter vor Rückgabe nicht erstattet wurden. ⁴ Allerdings kann sie die Kosten vom Erlös abziehen, der durch eine Veräußerung erzielt wurde. ⁵

ANWENDUNGS – CHECK

	<ul style="list-style-type: none"> - Das geforderte Gutachten des beamteten Tierarztes bestätigt, dass beim betroffenen Tier eine erhebliche Vernachlässigung oder schwerwiegende Verhaltensstörung vorliegt und führt dies auf mangelnde Erfüllung des § 2 TierSchG zurück. - Erfahrungsgemäß sollte das Gutachten bestimmten Kriterien genügen, um ggf. auch vor Gericht stand zu halten. → Gutachten-Raster siehe ANHANG 6 - Wenn erwartet werden kann, dass der Halter in absehbarer Zeit tierschutzkonforme Verhältnisse herstellt, muss die aufnehmende Stelle bereit sein, das Tier nur vorübergehend unterzubringen und nach Fristablauf wieder zurückzugeben. - Wenn die Herstellung tierschutzkonformer Verhältnisse, z.B. wegen erwiesener Unzuverlässigkeit) unwahrscheinlich ist, sollte Aussicht bestehen, die Tiere später veräußern zu können. - Es ist ein Etat vorhanden, aus dem ggf. die Vorleistung für eine anderweitige Unterbringung bezahlt werden kann (s.u.)
	<ul style="list-style-type: none"> - Anders als bei Haltungsverboten (nach § 16a Satz 2 Nr. 3 oder § 20 TierSchG) braucht es bei der anderweitigen Unterbringung zu Schmerzen, Leiden oder Schäden auf Seiten des Tieres (noch) nicht gekommen zu sein. Es genügt die diesbezügliche Gefahr.⁶

³ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 16a Rn 29

⁴ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 16a Rn 22

⁵ Vgl. Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz § 16a Rn 18


⁶ Vgl. Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz § 16a Rn 15



	<ul style="list-style-type: none"> - Die Möglichkeit der Veräußerung ist ausdrücklich im Gesetz vorgesehen, so dass der Eingriff in das Eigentumsrecht abgesichert ist. (Gleichwohl ist die Verhältnismäßigkeit zu begründen.)
÷	<ul style="list-style-type: none"> - In den meisten Fällen sind die Halter nicht in der Lage, die Kosten für die anderweitige Unterbringung zu tragen, so dass die Behörde zunächst in Vorleistung treten muss. Sofern es zur Veräußerung kommt, können diese Kosten allerdings später gegen den Wert der Tiere aufgerechnet werden, so dass der finanzielle Schaden begrenzt werden kann.

2.3 Fortnahme und Veräußerung von Tieren, die nicht vorübergehend anderweitig untergebracht werden können

Bei vielen im Zirkus gehaltenen Tierarten ist eine anderweitige Unterbringung kaum möglich, weil geeignete Auffangmöglichkeiten fehlen. Für solche Fälle sieht das Tierschutzgesetz die Möglichkeit vor, dem Halter wegen erheblicher Vernachlässigung oder schwerer Verhaltensstörungen fortgenommene Tiere direkt zu veräußern.

Die Behörde kann das Tier auch veräußern, wenn eine anderweitige Unterbringung des Tieres nicht möglich ist.	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
--	-----------------------------

	Wegen der verfassungsrechtlichen Relevanz des Eingriffs in das Eigentumsrecht kann es ratsam sein, dem Halter vor der Fortnahme und Veräußerung eine Frist zur Mängelbeseitigung zuzugestehen, auch wenn dies im § 16a Satz 2 Nr. 2 nicht ausdrücklich vorgesehen ist. ⁷
---	---


ANWENDUNGS – CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Das geforderte Gutachten des beamteten Tierarztes muss vorliegen (s.o.). - Die Behörde hat sich im Rahmen ihrer Ermittlungspflicht nachweislich konkret, aber erfolglos um eine anderweitige Unterbringung bemüht (Nachweise!). - Es gibt einen geeigneten Abnehmer, der die Tiere zwar nicht vorübergehend, aber dauerhaft übernehmen würde.
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Behörde läuft nicht in Gefahr, für die Kosten einer zwischenzeitlichen anderweitigen Unterbringung aufkommen zu müssen, wenn der Halter diese nicht erstatten kann
÷	<ul style="list-style-type: none"> - Der Eingriff in das Eigentumsrecht ist zwar in der Rechtsgrundlage vorgesehen, ist aber unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit trotzdem besonders zu begründen, insbesondere dann wenn der Halter keine Möglichkeit erhält, die Haltungsmängel zu beseitigen und die Tiere zurück zu bekommen.


⁷ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 16a Rn 33

2.4 Behördliches Haltungsverbot und ggf. Auflösung des Tierbestandes oder Einziehung der Tiere


Anders als die oben beschriebene Fortnahme und ggf. Veräußerung vernachlässigter oder schwer verhaltensgestörter Tiere betrifft das Haltungsverbot nach § 16a Satz 2 Nr. 3 nicht nur den vorhandenen Tierbestand, sondern zielt auch auf eine eventuelle zukünftige Haltung von Tieren.

Wenn wiederholt oder grob gegen Haltungsverfahren oder entsprechende behördliche Anordnungen verstoßen wird, kann unter Umständen die Tierhaltung auch generell untersagt werden, und zwar <ul style="list-style-type: none"> - für eine bestimmte Tierart oder sogar - für jede Tierart. 	§ 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG
Voraussetzung ist der Nachweis, dass den Tieren durch die Zuwiderhandlungen erhebliche oder länger anhaltende Schmerzen oder Leiden oder erhebliche Schäden zugefügt wurden.	§ 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG
Außerdem müssen Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass die Zuwiderhandlungen andernfalls fortgesetzt würden.	§ 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG

	Ein Haltungsverbot kommt auch in Frage bei einer Kette von Verstößen gegen § 2 TierSchG, wenn den Tieren nur deshalb keine erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt wurden, weil die Veterinärbehörde dies in der Vergangenheit durch jeweils rechtszeitige Einzelanordnungen, die aber nicht zu einer dauerhaften Besserung der Haltung geführt haben, unterbinden konnte. ⁸
---	---

	Das Haltungsverbot berechtigt nicht unmittelbar zur Wegnahme der betroffenen Tiere!
---	---

Es ist daher sinnvoll, die Untersagungsverfügung mit einer Anordnung zur Auflösung des Tierbestandes innerhalb einer bestimmten Frist zu verbinden und für den Fall der Nichtbeachtung die Ersatzvornahme anzudrohen. Gleichzeitig ist die sofortige Vollziehbarkeit anzuordnen, sofern sie entsprechend begründet werden kann.




	Sicherstellen, dass evtl. Abgabe durch den Pflichtigen nur an geeignete Abnehmer erfolgt! Deshalb in der Anordnung unbedingt die vorherige Benennung der vorgesehenen Abnehmer verlangen und Genehmigungsvorbehalt vorsehen!
---	--

⁸ Vgl. VGH Mannheim NuR 2002, 607

Wird gegen das Haltungsverbot verstoßen, kommt alternativ auch eine Einziehung der betroffenen Tiere nach § 19 TierSchG in Frage. Diese setzt jedoch den vorherigen Abschluss eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens voraus.

→ siehe Teil IV–2.6

Bei Zuwiderhandlung gegen ein Haltungsverbot nach § 16a Satz 2 Nr. 3 liegt eine Ordnungswidrigkeit vor, bei der die betroffenen Tiere eingezogen werden können.	§ 19 TierSchG in Verbindung mit §§ 18 Abs. 1 Nr. 2 und 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG
---	--

ANWENDUNGS-CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Es kann nachgewiesen werden, dass beim betroffenen Tier erhebliche oder länger anhaltende Schmerzen oder Leiden oder erhebliche Schäden vorliegen und diese auf belegbare wiederholte oder grobe Verstöße gegen Haltungsverordnungen oder tierschutzrechtliche Anordnungen zurück zu führen sind. - Erfahrungsgemäß sollten zugrunde gelegte Gutachten bestimmten Kriterien genügen, um ggf. auch vor Gericht stand zu halten. <p style="text-align: right;">→ Gutachten-Raster siehe ANHANG 6</p> <ul style="list-style-type: none"> - Durch das (vorsätzliche) Verhalten des Halters besteht kein Vertrauen mehr in eine künftige ordnungsgemäße Tierhaltung.
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Möglichkeit der Veräußerung ist in der Rechtsgrundlage vorgesehen, so dass der Eingriff in das Eigentumsrecht abgesichert ist. Gleichwohl ist eine Begründung erforderlich. - Das Haltungsverbot wirkt auch vorbeugend.
	<ul style="list-style-type: none"> - Anders als bei Fortnahme und Veräußerung nach § 16a Satz 2 Nr. 2 (s.o.) genügt die Gefahr der Zufügung von Schmerzen, Leiden oder Schäden hier nicht, es muss bereits zu nachweislichen Beeinträchtigungen gekommen sein (es sei denn, es handelt sich wie beim VGH-Urteil Mannheim um eine Kette von Verstößen, s.o.) - Das Haltungsverbot allein berechtigt noch nicht zur Fortnahme vorhandener Tiere.

2.5 Richterliches Haltungsverbot und ggf. anschließende Sicherstellung oder Beschlagnahme der Tiere

Neben dem Haltungsverbot als Maßnahme der Veterinärbehörde kennt das Tierschutzgesetz auch ein richterliches Haltungsverbot, das bei einer strafrechtlichen Verurteilung nach § 20 TierSchG ausgesprochen werden kann.

Bei einer Verurteilung wegen Verstoßes gegen § 17 TierSchG <u>kann</u> das Gericht ein Haltungsverbot verhängen (oder den Handel oder berufsmäßigen Umgang verbieten), wenn die Gefahr weiterer Verstöße nach § 17 TierSchG besteht.	§ 20 Abs. 1 TierSchG
Das Verbot wird mit der Rechtskraft des Urteils wirksam. Entfällt danach die Annahme der Gefahr eines weiteren strafbaren Tierschutzverstoßes, kann das Verbot nach frühestens 6 Monaten wieder aufgehoben werden.	§ 20 Abs. 2 TierSchG
Das Verbot kann verhängt werden <ul style="list-style-type: none"> - für Tiere einer bestimmten Art - oder jeder Art ; - für ein bis fünf Jahre oder - für immer. 	§ 20 Abs. 1 TierSchG
Ein Haltungsverbot kann auch verhängt werden, wenn eine Verurteilung nur deshalb nicht erfolgt ist, weil die Schuldunfähigkeit des Täters erwiesen oder nicht auszuschließen ist.	§ 20 Abs. 1 TierSchG
Außerdem kann der Richter durch Beschluss ein vorläufiges Verbot verhängen, wenn die spätere Anordnung eines Verbotes bereits absehbar ist.	§ 20a Abs. 1 TierSchG

Auch hier gilt, dass beim Verstoß gegen ein richterliches Haltungsverbot keine unmittelbare Handhabe zur Fortnahme der betroffenen Tiere besteht. Allerdings stellt der Verstoß selbst wiederum eine Straftat dar.

Die Zuwiderhandlung gegen das Haltungsverbot wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Dies gilt auch für den Verstoß gegen ein vorläufiges Haltungsverbot.	§ 20 Abs. 3 und § 20a Abs. 3 TierSchG
--	--

Die ungehinderte Fortsetzung der Zuwiderhandlung kann als Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aufgefasst werden, die zur Sicherstellung der Tiere im Rahmen der Gefahrenabwehr nach § 40 HSOG berechtigt⁹.




→ Sicherstellung siehe Teil IV–2.9

Da der Verstoß selbst strafbar ist, kommt auch eine Beschlagnahme der Tiere als Beweismittel nach § 94 StPO in Frage¹⁰.

→ Beschlagnahme als Beweismittel siehe Teil IV–2.8

⁹ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 19 Rn 5

¹⁰ Vgl. Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz § 20 Rn 14

ANWENDUNGS – CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Vorsätzlicher Verstoß gegen § 17 TierSchG ist nachgewiesen (Ausnahme erwiesene oder nicht auszuschließende Schuldunfähigkeit) oder dringend anzunehmen - Strafgerichtliches Urteil liegt vor oder ist absehbar - Gefahr weiterer Verstöße gegen § 17 TierSchG
	<ul style="list-style-type: none"> - Vorbeugende Wirkung
	<ul style="list-style-type: none"> - Für schnellen Zugriff auf Tiere nicht geeignet, da Maßnahme erst mit Rechtskraft des Strafurteils wirksam wird. Durch vorläufiges Verbot kann dieser Nachteil abgemildert werden. Außerdem wäre zu prüfen, ob nicht auch die Voraussetzungen für ein behördliches Haltungsverbot gegeben sind. <p style="text-align: right;">→ Behördliches Haltungsverbot siehe IV-2.4</p>

2.6 Einziehung von Tieren als Nebenfolge in Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren

Während Haltungsverbote vornehmlich auf die Zukunft gerichtet sind, zielt die Maßnahme der Einziehung auf die Tiere, die Gegenstand einer bereits begangenen Straftat oder Ordnungswidrigkeit sind. Dabei geht das Eigentum auf den Staat über.

Die Grundnorm ist im Strafrecht verankert.

Ist eine vorsätzliche Straftat begangen worden, können Gegenstände, <ul style="list-style-type: none"> - die durch sie hervorgebracht oder - die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht wurden, eingezogen werden.	§ 74 StGB
Wird ein Gegenstand eingezogen, geht das Eigentum mit der Rechtskraft der Entscheidung auf den Staat über.	§ 74 e StGB

Die Einziehung kann dabei

- Sanktionscharakter haben oder
- der Gefahrenabwehr dienen (Sicherungsmaßnahme).

In der Regel wird die Einziehung zur Sanktion als Nebenentscheidung im richterlichen Strafurteil angeordnet, wenn eine vorsätzliche rechtswidrige Tat vorgelegen hat und der betreffende Gegenstand Eigentum des Täters war. Die Einziehung muss verhältnismäßig sein. Das Gericht kann auch, vorbehaltlich einer späteren Einziehung, eine weniger einschneidende Maßnahme anordnen und z.B. anweisen, über die Gegenstände in bestimmter Weise zu verfügen (§ 74 b StGB).

Die Einziehung ist grundsätzlich nur zulässig, wenn sie zur Zeit der Entscheidung dem Täter oder dem Teilnehmer gehören und die Einziehung verhältnismäßig ist. Andernfalls kann das Gericht vorbehaltlich der späteren Einziehung auch eine weniger einschneidende Maßnahme treffen.	§ 74 Abs. 2 Nr. 1 und § 74 b StGB
---	--------------------------------------

Dient die Einziehung von Tieren der Gefahrenabwehr (Sicherungsmaßnahme), gelten andere Voraussetzungen. Es muss kein schuldhaftes Vergehen vorliegen, einfacher Vorsatz genügt. Auch die Bedeutung der Eigentumsverhältnisse treten bei der Gefahrenabwehr zurück.

Die Einziehung ist auch zulässig, wenn die Gefahr besteht, dass sie zur Begehung weiterer rechtswidriger Taten dienen werden.	§ 74 Abs 2 Nr. 2 StGB
Dann ist die Einziehung auch zulässig, wenn der Täter ohne Schuld bzw. nicht vorwerfbar gehandelt hat. Die Tiere müssen nicht Eigentum des Täters sein.	§ 74 Abs. 3 StGB

Entsprechende Regelungen finden sich im Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (§§ 22-29 OwiG). Bei Ordnungswidrigkeiten ist eine Einziehung allerdings nur dann rechtmäßig, wenn das Gesetz – im vorliegenden Fall also das Tierschutzgesetz - es ausdrücklich zulässt.

Das Tierschutzgesetz nimmt die geschilderten Grundsätze im § 19 auf und spezifiziert sie für bestimmte tierschutzrechtliche Tatbestände. Zudem erweitert es den § 74 StGB auf so genannte „Beziehungsgegenstände“, denn (im weiteren Sinne) misshandelte Tiere sind keine Gegenstände, die zur Tat „gebraucht“ werden.¹¹ Damit erweitert sich auch der Sanktionscharakter auf einen Schutzcharakter für das Tier, der es ermöglicht, nicht nur das konkret strafrechtlich relevant misshandelte Tier einzuziehen, sondern auch andere Tiere, bei denen aufgrund nachvollziehbarer Tatsachen die Gefahr besteht, dass sie ebenfalls Opfer rechtswidriger Taten werden können.¹² Außerdem ermöglicht das Tierschutzgesetz durch die Einbeziehung bestimmter Ordnungswidrigkeiten auch eine Einziehung bei lediglich fahrlässig begangenen Rechtsverstößen.



Tiere, auf die sich eine Straftat bezieht, können eingezogen werden.	§ 19 TierSchG
Auch Tiere, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit bezieht, können eingezogen werden, wenn z.B. einer der folgenden Tatbestände vorliegt: Vorsätzliches oder fahrlässiges <ul style="list-style-type: none"> - Zufügen erheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden ohne vernünftigen Grund, - Zuwiderhandeln gegen eine behördliche Anordnung zur Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG, - Zuwiderhandeln gegen ein behördliches Haltungsverbot, 	§ 19 TierSchG in Verbindung mit §§ 18, 16a und 3 TierSchG



¹¹ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 19 Rn 10; Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz § 19 Rn 1

¹² Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 19 Rn 14


<ul style="list-style-type: none"> - gewerbliches Zuschaustellen ohne § 11-Erlaubnis und trotz Untersagung nach § 11 Abs. 3 Satz 2, - Zuwiderhandlung gegen eine RechtsVO, sofern dieser Verstoß Bußgeld bewehrt ist (z.B. TierSchHundeVO), - unzulässiges Abverlangen von Leistungen, denen das Tier wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen, - Ausbilden oder Trainieren, das mit erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden ist, - Zurschaustellen, das mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden ist, - Zufügen nicht unerheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden durch die unzulässige Anwendung bestimmter Strom führender Geräte. 	
---	--

Zuständig für die Einziehung von Tieren bei Ordnungswidrigkeiten sind die Tierschutzbehörden.

	Eine nachträgliche Anordnung der Einziehung ist nicht möglich. Die Einziehung als Nebenfolge muss im Bußgeldbescheid bereits angeordnet worden sein. ¹³
	<p>Eine Einziehung verhindert nicht, dass der Halter in Zukunft wieder Tiere derselben Art hält und sich entsprechende Vorfälle ggf. wiederholen. Daher sollte in jedem Fall geprüft werden, ob gleichzeitig die Voraussetzung für ein Tierhalteverbot gegeben ist.</p> <p style="text-align: right;">→ Behördliches Haltungsverbot siehe Teil IV–2.4</p>

ANWENDUNGS – CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Bei Einziehungen mit Sanktions- oder Sicherungscharakter muss ein abgeschlossenes Bußgeld- bzw. Strafverfahren vorausgegangen und die Einziehung als Nebenfolge im jeweiligen Bußgeldbescheid oder Strafbefehl angeordnet worden sein. - Die Einziehung von Tieren, auf die sich die Straftat oder Ordnungswidrigkeit bezieht, ist zulässig, wenn sie dem Täter gehören (Sanktion) oder wenn sie in Gefahr sind, zum Gegenstand einer weiteren Straftat oder Ordnungswidrigkeit zu werden (Sicherung).
	<ul style="list-style-type: none"> - Ein Nachweis erheblicher Schmerzen, Leiden oder Schäden ist nicht in jedem Fall erforderlich. Ausschlaggebend sind die jeweiligen Tatbestandsmerkmale der Vorschriften, bei denen der §19 TierSchG eine Einziehung ausdrücklich vorsieht. - Das Eigentum geht auf den Staat über, der damit zwar für Unterbringungskosten aufkommen muss, diese aber durch baldige Veräußerung begrenzen kann.

¹³ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 18 Rn 7

	<p>- Die Einziehung ist erst wirksam, wenn die Bußgeldentscheidung bzw. das Strafurteil unanfechtbar bzw. rechtskräftig geworden ist. Für ein schnelles Eingreifen ist dieses Mittel daher nicht geeignet, es sei denn, es können eine vorherige Beschlagnahme nach § 111 b, c StPO und ggf. eine Notveräußerung nach § 111 I StPO iVm § 46 Abs. 1 OwiG erfolgen.</p> <p style="text-align: right;">→ Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung und → Notveräußerung siehe Teil IV–2.7</p>
---	---

In manchen Fällen liegen nicht nur tierschutzrechtliche Verstöße, sondern gleichzeitig auch Verstöße gegen das **Artenschutzrecht** vor. Auch dieses kennt die Möglichkeit der Einziehung von Tieren, wenn gegen Besitz- oder Vermarktungsverbote verstoßen wird. Die Umsetzung ist oft einfacher, da sie nicht auf eine gutachterliche Bewertung des Zustands der Tiere und der Umstände der Haltung angewiesen ist. Sofern geschützte Tierarten nach Anhang A oder B der EG-ArtenschutzVO 338/97 betroffen sind, sollte daher stets geprüft werden, ob nicht ggf. auch diese Möglichkeit in Betracht kommt. Hiefür ist die zuständige Artenschutzbehörde einzuschalten.

- Der aktuelle Schutzstatus von Tieren wildlebender Arten lässt sich leicht mit Hilfe der WISIA-Datenbank des Bundesamtes für Naturschutz in Bonn unter www.wisia.de ermitteln (nicht immer unter deutschem Namen gespeichert, deshalb ggf. auch nach wissenschaftlichem Namen suchen!)

2.7 Beschlagnahme von Tieren zur Sicherung der späteren Einziehung und ggf. anschließende Notveräußerung


Wenn die Voraussetzungen für die Einziehung vorliegen, besteht die Möglichkeit, Tiere bereits vor dem Abschluss des eigentlichen Verfahrens zu beschlagnahmen, um die spätere Einziehung zu sichern. Die Grundnorm ist wiederum im Strafrecht (StPO) verankert. Sie kann bei Ordnungswidrigkeiten von der Bußgeldbehörde entsprechend angewendet werden (§ 46 Abs. 1, Abs.2 OwiG), allerdings ist hier der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit besonders zu beachten.

Gegenstände können durch Beschlagnahme gesichert werden, wenn Gründe für die Annahme vorhanden sind, dass die Voraussetzungen für die Einziehung vorliegen.	§ 111 b StPO
Die Beschlagnahme hat die Wirkung eines Verfügungs- und Veräußerungsverbotes. Bewegliche Sachen können in Gewahrsam genommen werden.	§ 111 c StPO
Zur Anordnung der Beschlagnahme ist nur der Richter befugt, bei Gefahr im Verzug auch die Staatsanwaltschaft bzw. im Owi-Verfahren die zuständige Bußgeldbehörde ¹⁴ .	§ 111 e StPO
Die Beschlagnahmeanordnung ist sofort vollziehbar, es sei denn der Richter ordnet auf Antrag die Aussetzung der Vollziehung an.	§ 307 StPO

¹⁴ Vgl. Hirt/Maisack/Moritz: (2003) Tierschutzgesetz § 19 Rn 9

Die Durchführung der Beschlagnahme obliegt der Staatsanwaltschaft, bei beweglichen Sachen auch deren Hilfsbeamten bzw. im Ordnungswidrigkeitenrecht der zuständigen Bußgeldbehörde.	§ 111 f StPO
---	--------------



Mit der Beschlagnahme wird dem Halter die Verfügungsgewalt über das Tier entzogen. Sie muss nicht zwingend mit einer Wegnahme der Tiere verbunden sein, sondern kann auch durch kenntlich machen der beschlagnahmten Tiere erfolgen (§ 111 c StPO).


	Für den Erfolg des gesamten Verfahrens ist schon bei der Beschlagnahme auf eine sorgfältige Dokumentation der vorgefundenen Verhältnisse und Befunderhebung bei den betroffenen Tieren zu achten!
---	---

Die Eigentumsverhältnisse werden durch die Beschlagnahme (zunächst) nicht tangiert. Die Kosten einer eventuellen anderweitigen Unterbringung hat der Betroffene zu tragen (§ 465 StPO, § 107 Abs. 3 Nr. 10a OwiG). Diese können jedoch durch eine Notveräußerung begrenzt werden.

Die beschlagnahmten Gegenstände dürfen vor Rechtskraft des Urteils, bzw. bei Owi-Verfahren vor Rechtskraft des Bußgeldbescheids, veräußert werden, z.B. wenn ihre Aufbewahrung, Pflege und Erhaltung mit unverhältnismäßig hohen Kosten oder Schwierigkeiten verbunden ist. Der Erlös tritt an die Stelle.	§ 111 I StPO
Die Anordnung der Notveräußerung erfolgt im Strafverfahren durch die Staatsanwaltschaft; sie ist Kraft Gesetzes sofort vollziehbar, es sei denn, das Gericht ordnet auf Antrag des Betroffenen die Aussetzung der Vollziehung an.	§ 111 I Abs. 6 StPO § 307 StPO
Im Bußgeldverfahren trifft die Bußgeldbehörde die entsprechende Anordnung, die auch hier Kraft Gesetzes grundsätzlich sofort vollziehbar ist.	§ 62 Abs. 2 OwiG

- Die **Wertermittlung** von Tieren erfolgt vorzugsweise durch Personen, die durch ihren beruflichen Umgang mit der entsprechenden Tierart den Marktwert beurteilen können (z.B. freiberufliche Sachverständige, Tierzuchtleiter, Koordinatoren der Europäischen Erhaltungszuchtprogramme o.ä.). Die Wertermittlung ist sorgfältig durchzuführen und zu dokumentieren, um eventuell spätere Schadensersatzforderungen abwehren zu können.

ANWENDUNGS-CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Es müssen Gründe für die Annahme vorhanden sein, dass die Voraussetzungen für die Einziehung (als Sanktion oder zur Gefahrenabwehr) vorliegen (siehe dort).
	<ul style="list-style-type: none"> - Beschlagnahme ermöglicht schnellen Zugriff auf die Tiere. - Durch die Möglichkeit der Notveräußerung können die Kosten für Unterbringung und Pflege begrenzt werden.

	<ul style="list-style-type: none"> - Beschlagnahme und Untersuchung der Tiere müssen schnell und sorgfältig erfolgen, die Untersuchungsergebnisse genau festgehalten werden (Protokolle, Fotografien, Aktenvermerke etc.) - Der Betroffene kann sowohl gegen die Beschlagnahme als auch gegen die Notveräußerung Antrag auf richterliche Entscheidung stellen. Aufschiebende Wirkung hat dies nicht, es sei denn, das Gericht ordnet sie ausdrücklich an¹⁵.
---	--

2.8 Beschlagnahme von Tieren als Beweismittel

Neben Sanktion und Gefahrenabwehr ist die Beschlagnahme zur Sicherung von Beweismitteln ein weiteres zulässiges Motiv für die Wegnahme von Tieren. Sie findet im Rahmen eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens statt, wenn die Tiere als Beweismittel von Bedeutung sein können, also z.B. Spuren von Misshandlungen oder anderer strafbarer Handlungen oder Unterlassungen aufweisen. Dabei ist einfacher Tatverdacht ausreichend. Auf der Grundlage des § 46 Abs. 1, Abs. 2 OwiG ist ein entsprechendes Vorgehen, unter besonderer Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, auch im Ordnungswidrigkeitsverfahren möglich.

Tiere, die im Rahmen von Strafverfahren als Beweismittel von Bedeutung sein können, <u>sind</u> in Verwahrung zu nehmen oder auf andere Art sicher zu stellen; im Ordnungswidrigkeitsverfahren können sie zur Beweissicherung in Verwahrung genommen oder auf andere Art sicher gestellt werden (Ermessen). Werden Sie nicht freiwillig herausgegeben, bedarf es der Beschlagnahme.	§ 94 StPO
Die Beschlagnahme darf nur durch den Richter (des örtlich zuständigen Amtsgerichts) angeordnet werden. Bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten; bzw. im Ordnungswidrigkeitsverfahren durch die Verwaltungsbehörde (sog. Eilbeschlagnahme).	§ 98 Abs. 1 ff. StPO

Nach der Beschlagnahme zur Beweissicherung ist eine eingehende qualifizierte tierärztliche Untersuchung erforderlich. Dabei ist für jedes betroffene Tier zu dokumentieren, ob anhand konkreter Befunde erhebliche bzw. länger anhaltende oder sich wiederholende Schmerzen und Leiden nachzuweisen sind.

→ Gutachten-Raster siehe ANHANG 6




	Es ist darauf zu achten, dass jedes Tier individuell beschrieben wird und die Befunde genau zugeordnet werden können.
---	---

Die Kosten für die Unterbringung der Tiere hat zunächst die Staatsanwaltschaft bzw. die Verwaltungsbehörde zu tragen. Kommt es zum Strafurteil/Strafbefehl bzw. Bußgeldbescheid gelten wieder die § 465 StPO bzw. 107 Abs. 3 Nr. 10a OwiG, die den Betroffenen zur Kostenübernahme verpflichten.

¹⁵ Vgl. Kluge (Hrsg.) (2002) Tierschutzgesetz § 19 Rn 19-31; Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz § 19 Rn 9-14

Bestätigt sich der Tatverdacht und liegen Gründe für die Annahme vor, dass es im Rahmen des Strafurteils bzw. Bußgeldbescheids zur Einziehung der Tiere kommt, kann die Beschlagnahme zur Beweissicherung auch in eine Beschlagnahme zur Sicherung der späteren Einziehung umgewandelt werden, mit der Möglichkeit, ein unverhältnismäßiges Ansteigen der Unterbringungs- und Pflegekosten durch eine Notveräußerung zu verhindern.

→ Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung siehe Teil IV–2.7

ANWENDUNGS – CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Es liegt zumindest einfacher Tatverdacht vor, dass Tiere Gegenstand einer Straftat bzw. Ordnungswidrigkeit geworden sind. - Beweissicherung muss eingehende Untersuchung des Tieres erfordern, die vor Ort nicht geleistet werden kann.
	<ul style="list-style-type: none"> - Der Nachweis erheblicher bzw. länger anhaltender oder sich wiederholender Schmerzen und Leiden muss nicht vorab erbracht werden, sondern findet im Rahmen des Ermittlungsverfahrens statt. Dadurch ist ein schneller Zugriff auf die betroffenen Tiere möglich.
	<ul style="list-style-type: none"> - Beweismittel können nicht veräußert werden! Sie sind grundsätzlich zurückzugeben, wenn sie als Beweismittel nicht mehr gebraucht werden, es sei denn, es wird im weiteren Verlauf des Strafverfahrens bzw. Ordnungswidrigkeitsverfahrens die Einziehung angeordnet. <p>→ Einziehung nach § 19 TierSchG siehe Teil IV–2.6</p>

2.9 Ordnungsrechtliche Sicherstellung von Tieren zur Gefahrenabwehr




Sind Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit betroffen, bieten auch die jeweiligen Ländergesetze zur Gefahrenabwehr (in Hessen: HSOG) die Möglichkeit, vorbeugend einzugreifen und Tiere sicherzustellen. Neben der Vereitelung von Straftaten ist die Sicherstellung auch zur Abwehr von Ordnungswidrigkeiten geeignet, sofern die Maßnahme verhältnismäßig ist.

Die Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden können eine „Sache“ sicherstellen, z.B. <ul style="list-style-type: none"> - um eine gegenwärtige Gefahr abzuwenden oder - wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass sie zur Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gebraucht werden sollen. 	§ 40 Nr. 1, 4 HSOG
Sobald die Voraussetzungen für die Sicherstellung weggefallen sind, sind sie an die Person herauszugeben, bei der sie sicher gestellt worden sind.	§ 43 HSOG

Die Eigentumsverhältnisse werden durch die Sicherstellung nicht tangiert. Die Kosten für die Unterbringung und Pflege hat der Verantwortliche nach § 6 und 7 HSOG zu tragen. Sie können jedoch durch Verwertung und Verrechnung des Erlöses begrenzt werden.

Die Verwertung einer sichergestellten Sache ist zulässig, wenn ihre Verwahrung, Pflege oder Erhaltung mit unverhältnismäßig hohen Kosten oder unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten verbunden ist.	§ 42 HSOG
---	-----------

- Die **Wertermittlung** von Tieren erfolgt vorzugsweise durch Personen, die durch ihren beruflichen Umgang mit der entsprechenden Tierart den Marktwert beurteilen können (z.B. freiberufliche Sachverständige, Tierzuchtleiter, Koordinatoren der Europäischen Erhaltungszuchtprogramme o.ä.). Die Wertermittlung ist sorgfältig durchzuführen und zu dokumentieren, um eventuell spätere Schadensersatzforderungen abwehren zu können.


ANWENDUNGS – CHECK	
	<ul style="list-style-type: none"> - Es liegt eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor oder es besteht die begründete Gefahr, dass rechtswidrige Handlungen begangen werden. - Die Maßnahme ist verhältnismäßig.
	<ul style="list-style-type: none"> - Es ist ein schneller Zugriff auf die Tiere möglich. - Die Maßnahme hat vorbeugenden Charakter. - Schuldfrage und die Eigentumsverhältnisse sind nicht maßgeblich.
	<ul style="list-style-type: none"> - Die Kosten für die Unterbringung und Pflege trägt der Verantwortliche. Sie können durch „Verwertung“ begrenzt werden.

3. Tötung von Tieren

Die Tötung von Tieren kann für die Behörde nur das letzte aller in Betracht kommenden Mittel sein, da es den größtmöglichen Eingriff darstellt. Die Tötung kommt insbesondere in Betracht, um ein Tier von anders nicht behebbaren Schmerzen oder Leiden zu erlösen.

Die Behörde kann ein erheblich vernachlässigtes oder schwer verhaltensgestörtes Tier töten lassen, wenn es nur unter nicht behebbaren erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden weiterleben kann.	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
Die Kosten hat der Halter zu tragen.	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG


Voraussetzung ist <ul style="list-style-type: none"> - das Gutachten eines beamteten Tierarztes, wonach der Zustand des Tieres auf eine mangelnde Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG zurückzuführen ist, und - das Urteil des beamteten Tierarztes über die o.g. Prognose. 	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
--	-----------------------------

	Bei einer Tötungsanordnung zur Beendigung von Schmerzen und Leiden auf die Anordnung des sofortigen Vollzugs achten, damit es im Interesse des Tieres zu keiner Verzögerung kommt!
---	--

In Ausnahmefällen kann es auch vertretbar sein, ein erheblich vernachlässigtes oder schwer verhaltensgestörtes Tier zu töten, wenn sich sein Zustand in einer anderweitigen Unterbringung theoretisch zwar verbessern könnte, aber eine solche anderweitige Unterbringung nicht erreichbar ist. Die Hürde für eine solche Entscheidung liegt jedoch hoch.

Die Behörde kann ein erheblich vernachlässigtes oder schwer verhaltensgestörtes Tier auch töten lassen, wenn die Veräußerung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist.	§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
Ein tatsächlicher Grund kann das Fehlen geeigneter anderweitiger Unterbringungsmöglichkeiten sein. Allerdings muss hierzu nachgewiesen werden, dass das fortgenommene Tier trotz geeigneter Vermittlungsversuche (z.B. Medienhinweise) nicht verkauft, verschenkt oder abgegeben werden kann. In die Vermittlungsversuche sollen andere Fachbehörden und Tierschutzorganisationen einbezogen werden ¹⁶ .	15.1 und 15.2 AVV

Da ohnehin die Tierschutzorganisationen in die Vermittlungsversuche einbezogen werden sollen, empfiehlt es sich, auch zur Frage der Tötung eine Art „Runden Tisch“ einzurichten, in der die ethische Abwägung vorgenommen und transparent gemacht werden kann. Die Entscheidung bleibt letztlich jedoch der Behörde vorbehalten.

	Eine Tötung verhindert nicht, dass der Halter in Zukunft wieder Tiere derselben Art hält und sich entsprechende Vorfälle ggf. wiederholen. Daher sollte in jedem Fall geprüft werden, ob gleichzeitig die Voraussetzung für ein Tierhalteverbot gegeben ist. → Behördliches Tierhaltungsverbot siehe Teil IV–2.4
---	---

¹⁶ Vgl. Hirt/Maisack/Moritz (2003) Tierschutzgesetz § 16a Rn 20

4. Sonstige Maßnahmen

Die Ergebnisse tierschutzrechtlicher Überprüfungen – einzeln oder in der Zusammenschau über einen längeren Zeitraum - können auch Anlass für folgende Maßnahmen sein:

- **Widerruf oder Rücknahme der Erlaubnis nach § 11 TierSchG**
- **Nachträgliche Änderung der Erlaubnis nach § 11 TierSchG**
- **Untersagung der Zurschaustellung nach § 11 Abs. 3 TierSchG**
- **Betriebsschließung nach §11 Abs. 4 TierSchG.**

→ Jeweilige Maßnahmen siehe Teil I

ANHANG

Übersicht

1 -	ArgeVet- Musterformular	76
2 -	Bundes-/Gewerbezentralregister	108
3 -	Hessische Zirkusdatei	110
4 -	Material-Liste	111
5 -	Tierartenliste	113
6 -	Gutachten-Raster	115
7 -	Ergebnis-Bögen	117
8 -	Vorschlag Maßnahmen-Katalog	126
9 -	Checkliste: Häufige Fehlerquellen	131
10 -	Rolle von Zeugen und Sachverständigen	133
11 -	Übersicht Maßnahmen und Verfahrensschritte	136
12 -	Muster Eigentumsabtrittserklärung	148
13 -	Abkürzungen	149
14 -	Adressen und Literatur	150

MUSTER

**Arbeitsgruppe des Ausschusses
für Tierschutz der ArgeVet zur Zirkustierhaltung
vom 17. März 1999**

Abs.:

.....
.....
.....
.....

An den/die
Landkreis/kreisfreie Stadt
-Veterinärbehörde-

.....
.....

Antrag

auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d des Tierschutzge-
setzes

in der Fassung der Bekanntmachung vom () (BGBl. ())

Hiermit beantrage/n ich/wir die Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d des Tier-
schutzgesetzes zum gewerbsmäßigen Zurschaustellen von Tieren.

1. Angaben zum/zur Antragsteller/in:

Name/Vorname

Geburtsdatum und -ort

Anschrift - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort -

2. Angaben zum/zur Inhaber/in des Betriebes (falls nicht identisch mit Nr. 1):

Name/Vorname

Geburtsdatum und -ort

Anschrift - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort -

3. Angaben zum Betrieb:

Name des Zirkusbetriebes

Erreichbarkeit auch während der Gastspielzeit - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort/Telefon/Fax -

Anschrift des Winterquartiers, soweit vorhanden - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort/Telefon/Fax -

4. Angaben zu der/den für die Tätigkeit verantwortlichen Person/en, ggf. getrennt nach**Tierarten:**

a)

Name/Vorname

Geburtsdatum und -ort

Anschrift - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort -

Tierart/en

Angaben zu den fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten (bitte entsprechende Nachweise beifügen):

b)

Name/Vorname

Geburtsdatum

Anschrift - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort -

Tierart/en

Angaben zu den fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten (bitte entsprechende Nachweise beifügen):

c)

Name/Vorname

Geburtsdatum

Anschrift - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort -

Tierart/en

Angaben zu den fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten (bitte entsprechende Nachweise beifügen):

d)

Name/Vorname

Geburtsdatum

Anschrift - Straße/Hausnummer/Postleitzahl/Ort -

Tierart/en

Angaben zu den fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten (bitte entsprechende Nachweise beifügen):

5. **Tierbestand und Haltungsbedingungen während der Gastspielzeit und im Winterquartier:**

Bitte Anlagen 1 (Tierbestand) und 2 (Haltungsbedingungen) ausfüllen.

6. **Angaben zu artengeschützten Tieren:**

Werden Tiere besonders geschützter Arten gehalten?

☐ Ja☐ Nein

Wenn ja, bitte entsprechende *artenschutzrechtliche Genehmigungen und Bescheinigungen* in Kopie beifügen.

7. Wie wird mit den Tieren gearbeitet?

(Ausbildung, Training, Vorführung, Beschäftigung mit den Tieren, Zusammensetzung von Tiergruppen)

8. Werden Tiere gehalten, mit denen nicht regelmäßig gearbeitet wird?☐ Ja☐ Nein

Wenn ja, welche (bitte laufende Nummer aus dem Tierbestand (Anlage 1) angeben):

9. Sonstige Angaben zur Tierhaltung:

(ggf. fester Futterlieferant, Betreuungstierarzt, Gesundheitsvorsorge o.ä.)

10. Erklärung:

Ich versichere hiermit, dass gegenwärtig kein Ordnungswidrigkeitenverfahren nach tier-schutzrechtlichen Bestimmungen sowie kein Strafverfahren gegen mich anhängig ist und dass ich die Angaben in diesem Vordruck und den Anlagen wahrheitsgemäß nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift des Antragstellers

.....
Unterschrift der nach Nr. 4 verantwortlichen Person/en
(falls nicht identisch mit Nr. 1)

Zur Beachtung:

Sofern der Platz im Vordruck nicht ausreicht, bitte die Angaben unter Hinweis auf die Nummer des Antragsformulars auf gesondertem Blatt fortführen und mit Datum und Unterschrift beifügen.

Anlage 2

Haltungsbedingungen beim Gastspiel (G), im Winterquartier (W), beim Transport (T)

Tierart: Gesamtzahl: lfd. Nr. lt. Anlage 1:

Grundhaltungseinheit:

Anbindehaltung/Einzelhaltung/Gruppenhaltung in Box/Käfig/Becken/Gehege/..... *

Innenmaße von Stall/Stallzelt/Käfigwagen/..... (Länge x Breite x Höhe)*

Veranda (Länge x Breite x Höhe)

nutzbare Fläche bzw. Volumen pro Tier

Gruppengröße/n

Art der Seitenbegrenzung

Art der Anbindung

Boden/Bodenbelag

Belüftung

Beleuchtung

Heizung

Futternvorlage

Tränkevorrichtung

Beschäftigungsmaterial

sonstige Einrichtung/en (z.B. Badebecken, Strukturierung)

zusätzliche Haltungseinheiten:

Außengehege/Paddock/..... *

Gesamtfläche/-volumen der Einheit*

gleichzeitig nutzbar für wieviele Tiere

durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Tier(gruppe) und Tag

Boden/Bodenbelag

Art der Seitenbegrenzung

Witterungsschutz

Beschäftigungsmaterial

sonstige Einrichtung/en

Grundhaltungseinheit = Transportwagen/-behälter (ja/nein)*

Kfz-Kennzeichen der/des Transportwagen/s

* Zutreffendes bitte unterstreichen

Beispiel für ein ausgefülltes Muster zu Anlage 2

Anlage 2

Haltungsbedingungen beim Gastspiel (G), im Winterquartier (W), beim Transport (T)

Tierart: *Pferd*..... Gesamtzahl: 20..... lfd. Nr. lt. Anlage 1: 9-28.....Grundhaltungseinheit:

<i>T</i>	<i>G+W</i>	<i>G+W</i>	<i>T</i>
<u>Anbindehaltung/Einzelhaltung/Gruppenhaltung in Box/Käfig/Becken/Gehege/Transportfahrzeug*</u>			
Innenmaße von Stall/ <u>Stallzelt/Käfigwagen/Transportfahrzeug</u> . <i>G+W: 40x9x4m, T: 10x2,5x2,3m (LxBxH)*</i>			
Veranda (Länge x Breite x Höhe)			
nutzbare Fläche bzw. Volumen pro Tier <i>G+W: 12 m², T: 2,4 m²</i>			
Gruppengröße/n			
Art der Seitenbegrenzung		<i>Preßholzplatten mit Metallgitteraufsatz</i>	
Art der Anbindung		<i>T: Ketten mit Panikhaken am Halfter</i>	
Boden/Bodenbelag		<i>Stroheinstreu mit Sägespäneunterlage</i>	
Belüftung		<i>G+W: Seitenwände des Stallzeltes aufklappbar, T: verstellb. Lüftungsschlitze vorne und hinten</i>	
Beleuchtung		<i>G+W: 4 Elektroleuchten</i>	
Heizung		<i>keine</i>	
Futtermöglichkeit		<i>G+W: Heu auf dem Boden, Kraftfutter im Trog</i>	
Tränkevorrichtung		<i>Eimertränke 2 x täglich</i>	
Beschäftigungsmaterial		<i>keines</i>	
sonstige Einrichtung/en (z.B. Badebecken, Strukturierung)		<i>keine</i>	

zusätzliche Haltungseinheiten:

Außengehege/Paddock/.....*

Gesamtfläche/-volumen der Einheit* *40 m²*

gleichzeitig nutzbar für wieviele Tiere *2*

durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Tier(gruppe) und Tag *1 Std*

Boden/Bodenbelag *jeweils vorgefundenes Substrat*

Art der Seitenbegrenzung *Elektroband*

Witterungsschutz *keiner*

Beschäftigungsmaterial *Äste, Zweige*

sonstige Einrichtung/en *keine*

Grundhaltungseinheit = Transportwagen/-behälter (ja/nein)*

Kfz-Kennzeichen der/des Transportwagen/s *XX-YY 11, YY-ZZ 22*

* Zutreffendes bitte unterstreichen

Beispiel für ein ausgefülltes Muster zu Anlage 2

Anlage 2

Haltungsbedingungen beim Gastspiel (G), im Winterquartier (W), beim Transport (T)

Tierart: *Tiger*..... Gesamtzahl: 8..... lfd. Nr. lt. Anlage 1: 1-8.....Grundhaltungseinheit:

Anbindehaltung/Einzelhaltung/Gruppenhaltung in Box/Käfig/Becken/Gehege/.....*

Innenmaße von Stall/Stallzelt/Käfigwagen/..... $2x(12x2,5x2)m$... (Länge x Breite x Höhe)*Veranda (Länge x Breite x Höhe) $G+W: 2x(2x2,5x2)m$ nutzbare Fläche bzw. Volumen pro Tier $G+W: 7,5 m^2$, $T: 6,5 m^2$ Gruppengröße/n $2x4$ Art der Seitenbegrenzung *Front und Veranda Metallstäbe, ansonsten Holzdielen*

Art der Anbindung

Boden/Bodenbelag *Holzdielen, über Nacht mit Stroh eingestreut*Belüftung *keine*Beleuchtung *keine*Heizung *keine*Futtermittellage *auf dem Boden nach der Entfernung von Stroh- und Schmutzresten*Tränkevorrichtung *einschiebbare Wasserschalen*Beschäftigungsmaterial *Kratzholz, Autoreifen, Stroh*sonstige Einrichtung/en (z.B. Badebecken, Strukturierung) $2x2$ Liegebretter, Schieber zur Abtrennung d. Tiere während Fütterungzusätzliche Haltungseinheiten:

Außengehege/Paddock/.....*

Gesamtfläche/-volumen der Einheit* $40 m^2$ gleichzeitig nutzbar für wieviele Tiere 4 durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Tier(gruppe) und Tag $4 Std$ Boden/Bodenbelag *jeweils vorgefundenes Substrat*Art der Seitenbegrenzung *Metallgitter*Witterungsschutz *Zugang zum Käfigwagen bleibt erhalten*Beschäftigungsmaterial *Holzkugel, Heu*sonstige Einrichtung/en *Klettergerüst*Grundhaltungseinheit = Transportwagen/-behälter (ja/nein)* *ohne Veranden*Kfz-Kennzeichen der/des Transportwagen/s *XY-YX 11, YX-XY 22*

* Zutreffendes bitte unterstreichen

**Erläuterungen für die zuständige Behörde zum Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis
nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3d des Tierschutzgesetzes**

Ist das Veterinäramt nicht die zuständige Behörde, soll gemäß § 15 Abs. 2 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) der beamtete Tierarzt als Sachverständiger beteiligt werden.

Der Antrag besteht aus dem Antragsformular mit den Anlagen 1 und 2. Nur vollständig ausgefüllte Anträge sollen bearbeitet werden. Es wird empfohlen, dem Antragsteller beim Ausfüllen des Antrags behilflich zu sein.

Zu Nr. 1 bis 3:

Im Rahmen der Überwachungstätigkeit von Zirkusbetrieben hat es sich als äußerst wichtig erwiesen, den richtigen Adressaten für Verfügungen zu kennen. Unter Umständen muss ein Bescheid neben der persönlichen Übergabe an mehrere Adressen gleichzeitig verschickt werden, um die tatsächlich verantwortliche Person sicher zu erreichen. Daher werden im Antrag auf Erteilung der Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3d TierSchG in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Mai 1998 Angaben zum/zur Antragsteller/in, zum/zur Inhaber/in (falls nicht identisch mit dem/der Antragsteller/in), zum Zirkus selbst und zu/r verantwortlichen Person/en gefordert.

Zu Nr. 4:

Zur Überprüfung der Zuverlässigkeit dieser Person/en kann die zuständige Behörde den/die Antragsteller/in auffordern, dafür zu sorgen, dass ggf. neben dem Führungszeugnis zur Vorlage bei der Behörde (Bundeszentralregistergesetz) auch noch eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei ihr beantragt wird. Diese darf nicht älter als drei Monate sein.

Adresse des Gewerbezentralregisters:

Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
Dienststelle Bundeszentralregister
10900 Berlin

Im Gewerbezentralregister sind sowohl Straftaten als auch Ordnungswidrigkeiten (ab Geldbußen von mindestens 200,- DM¹) eingetragen. Eine Löschung erfolgt bei Geldbußen bis 300,00 DM² nach drei Jahren, in allen anderen Fällen nach fünf Jahren. Bei mehreren Eintragungen erfolgt die Löschung aller Einträge erst nach Ablauf der letzten Frist.

¹ jetzt: 200 €; ² jetzt: 300 € (Anm. der Verfasserin)

- 2 -

In das Bundeszentralregister werden strafrechtliche Verurteilungen, die ein Gericht ausgesprochen hat, sowie bestimmte weitere Entscheidungen von Verwaltungsbehörden und Gerichten (§§ 4 und 10 des Gesetzes über das Zentralregister und das Erziehungsregister - Bundeszentralregistergesetz BZRG -) eingetragen.

§ 32 BZRG regelt den Inhalt des Führungszeugnisses. Insbesondere Verurteilungen, durch die auf Geldstrafe von nicht mehr als neunzig Tagessätzen oder Freiheitsstrafen oder Strafarrest von nicht mehr als drei Monaten erkannt worden ist, werden nicht in das Führungszeugnis aufgenommen, wenn im Register keine weitere Strafe eingetragen ist. Der Bereich der Ordnungswidrigkeiten wird vom Bundeszentralregister und damit auch vom Führungszeugnis nicht erfasst.

Die geforderte Sachkunde kann vorausgesetzt werden bei

- nachgewiesenen Berufsabschlüssen als Tierwirt, Zootierpfleger oder entsprechenden Berufsabschlüssen oder
- der Vorlage von Nachweisen über eine mindestens 3-jährige *einschlägige* Tätigkeit in einem Zirkus, Zoo oder Landwirtschaftsbetrieb

und sofern die für die Tätigkeit erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten vorhanden sind. *In Zweifelsfällen ist die Sachkunde in einem Fachgespräch nachzuweisen*, zu dem weitere Sachverständige hinzugezogen werden können.

In größeren Zirkusbetrieben kann es mehrere verantwortliche Personen geben (z.B. für bestimmte Tiergruppen, wie Elefanten oder Raubkatzen). In diesen Fällen müssen alle für die Tätigkeit verantwortlichen Personen in Nr. 4 b) bis d) des Antrages aufgeführt werden. Dabei sollte der jeweilige Verantwortungsbereich unter der Rubrik Tierart/en angegeben werden.

Werden Tiernummern engagiert, ist für diese eine separate § 11-Erlaubnis vorzuweisen.

- 3 -

Zu Nr. 5.:

Als Beurteilungsgrundlage dienen die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Auftrag gegebenen Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von Tieren in Zirkusbetrieben oder ähnlichen Einrichtungen und die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Auftrag gegebenen Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren, Papageien bzw. Reptilien in der jeweils aktuellen Fassung *sowie die von der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz e.V. (TVT) erarbeiteten tierartspezifischen Checklisten zur Zirkustierhaltung.*

Zu Nr. 6.:

Entsprechend der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes ist für das Mitführen von Tieren der besonders geschützten Arten die Beteiligung der für den Artenschutz zuständigen Behörde erforderlich.

Zu Nr. 7.:

In der Anlage "Auflistung der gängigsten "Tricks" bei Tiernummern im Zirkus" sind Beispiele für häufige Dressuren aufgelistet. Diese Liste lässt noch keine Rückschlüsse auf die Tiergerechtigkeit von Ausbildung, Training und Vorführung zu. Dazu ist die Beurteilung der Arbeit mit den Tieren erforderlich.

Zu Nr. 8.:

Werden Säugetiere als reine Schautiere gehalten, sind die *Mindestanforderungen der im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erstellten Gutachten* zu Grunde zu legen. Werden diese Anforderungen nicht eingehalten, ist dies *durch den Antragsteller* zu begründen. Im Einzelfall können z.B. bei Tieren, die das Gnadenbrot erhalten, Abweichungen toleriert werden. In Anlage 2 (Haltungsbedingungen während der Gastspielzeit, im Winterquartier und beim Transport) ist ein entsprechender Hinweis anzubringen.

- 4 -

Zu Nr. 9.:

Große Zirkusbetriebe haben zum Teil feste Futterlieferanten, die vertraglich u.a. eine Belieferung mit Frischfleisch in der ganzen Bundesrepublik Deutschland zusichern. Die Frischfleischversorgung sollte hinterfragt werden, wenn z.B. futterempfindliche Raubkatzen, wie Tiger oder Leoparden, gehalten werden. Die Angabe eines Betreuungstierarztes mit Fachkenntnissen auf bestimmten Spezialgebieten ist insbesondere dann empfehlenswert, wenn anspruchsvolle exotische Pfleglinge mitgeführt werden.

Prophylaktische Maßnahmen umfassen insbesondere die Parasitenprophylaxe, *Impfungen* sowie die Huf- und Klauenpflege.

Zu Anlage 1:

Anlage 1 dient der zuständigen Behörde als Grundlage für die Erstellung des Tierbestandsbuches.

Als Kennzeichen bzw. besondere Merkmale können z.B. Tätowiernummern oder Transpondernummern genannt werden.

Für die Beurteilung der angemessenen *Fütterung* und *Pflege* ist es bedeutsam, wieviele Personen neben der verantwortlichen Person für die Betreuung der Tiere zur Verfügung stehen. Nach praktischer Erfahrung kann ein Pfleger z.B. maximal drei Elefanten ordnungsgemäß versorgen und betreuen.

Zu Anlage 2:

Eine *Kopie* der Anlage 2 (Haltungsbedingungen) wird dem Erlaubnisbescheid beigelegt. *Je nach Tierart kann es erforderlich sein, die Anlage 2 getrennt nach Transport- (T), Gastspiel- (G) und Winterquartierbedingungen (W) auszufüllen. Zwei ausgefüllte Muster liegen als Erläuterung bei.*

Anlage zu Nr. 7 der Erläuterungen

Auflistung der gängigsten "Tricks" bei Tiernummern im Zirkus

PFERDE

"Freiheit"

In Gruppe/n oder einzeln

- Schritt, Trab, Galopp
- In Reihe auf dem Hufschlag der Manege
- In Linie vom Mittelpunkt aus (en partaille), Hals auf Hals legen
- In Linie paarweise, zu dritt, viert etc.
- Handwechsel, Volte, Achterlaufen, Karussell
- Valser einzeln oder zu mehreren
- Vorderhand auf der Piste, Hinterhand auf der Piste
- Gruppenweise Gegenlaufen
- Sprünge über Cavaletti oder Requisiten, "Korbsprünge"
- Einzelsteiger, Gruppensteiger
- Einzel- oder Gruppenkompliment
- Steiger-Laufen
- Levade, Courbette, Capriole
- Hinterhand-Ballschlagen
- Abliegen, Hundesitz
- Apportieren
- "Bettpferd"
- Verkehrsampel
- "Zählendes Pferd"
- Seilspringen
- "Groß und Klein"
- Freiheit zusammen mit "Exoten" oder Elefanten

Hohe Schule

Unter dem Sattel oder am langen Zügel

- Schritt, Trab, Galopp, Galoppwechsel (verschiedene Tempi), Polka
- Traversale, Passage, span. Schritt/Trab, Piaffe, Pirouette
- Steigen, Levade, Capriole, Courbette

Gespannfahren

- Sulky
- Tandem, Random

Verschiedenes

- Reiter Reifenspringen (geschlossen oder offen)
- Ungarische Post
- Stehendreiterei
- Jockeyreiterei (Dschigiten)
- Jonglieren zu Pferd
- Pas de deux (mit Ballerina)
- Freilaufenlassen, "nackt"

ELEFANTEN**Gruppen**

- In Reihe auf dem Hufschlag, ohne oder mit Reitern
- Abliegen
- Handwechsel, Volte
- Wechselschritt Vorhand (Gymnastizieren)
- In Linie vom Mittelpunkt aus
- In Linie paarweise, zu dritt etc.
- Hochsitzen, Boden oder Tonne
- Pyramide
- Schwanz (Vordermann) mit Rüssel fassen
- Hinterhandgehen mit Vorderbeinen auf Vordermann
- Arbeiten mit schweren Hölzern, Heben, Schieben, Rollen ("Holzfällercamp")
- Gruppen mit Pferden, Zebras oder Kamelen

Einzel

- Tonnenarbeit, darauf Sitzen, Hinterhandstehen
- Hinterhandstehen auf Drehtonne
- Fangen von Bällen, Reifen etc. mit Rüssel
- Fußballkicken
- Tragen von Gegenständen oder Menschen mit Rüssel oder Maul
- Marschieren und Abliegen über Menschen
- Pas de deux mit Reiter
- Zusammenspiel mit Hund/en
- "Zählender Elefant"

Paarweise

- Seilhalten mit sitzendem Menschen darauf
- Stirn-an-Stirn mit Spagatartistin
- Schleuderwippe, Artist auf den Rücken des Zweitelefanten
- Gemeinsames Tragen von Gegenständen oder Menschen mit Rüssel oder Maul
- Kriechen
- Sitzen auf liegendem Elefant

- 3 -

KAMELE und DROMEDARE**"Freiheit"**

In Gruppe/n oder einzeln

- Schritt, Trab, Galopp auf dem Hufschlag
- In Linie vom Mittelpunkt aus (en partaille), Hals auf Hals legen
- In Linie paarweise, zu dritt, viert etc.
- Handwechsel, Volte, Achterlaufen, Karussell
- Valser einzeln oder zu mehreren
- Vorderhand auf der Piste, Hinterhand auf der Piste
- Gruppenweise Gegenlaufen
- Einzel- oder Gruppenkompliment
- Freiheit zusammen mit "Exoten", Pferden oder Elefanten

Berittene Kamele

- "Hohe Schule"

NEUWELTKAMELE (Guanako, Lama, Alpaka, Vikunja)

Wie Freiheit Kamele, dazu Sprünge über Requisiten oder "Exoten"

"EXOTEN" - RINDER (Watussi, Wasserbüffel, Yak etc.)

Wie Freiheit Kamele

KATZENARTIGE (Löwen, Tiger, Leoparden, Puma etc.)**Gruppen**

- Postamentaufsuchen, Sitzen, Hochsitzen
- Pyramide ("Löwenbar")
- Bodensitzen, -hochsitzen
- Laufen in Linie
- Laufen in Gruppen
- Gemeinsam Abliegen
- Valser, Achterlaufen
- Sprünge übereinander oder über Requisiten
- Reifen-, Peitschensprünge
- Stangen- oder "Flaschen"-Balancieren
- Rollen seitwärts

- 4 -

Einzelarbeit in Gruppe

- Sprünge auf der Hinterhand
- Sitzen auf am Boden liegendem Partner
- Tonnen-, Kugellaufen, Rhönrad (Löwen, Tiger)
- Wagenziehen (Löwen)
- "Fleischkuss"
- Mensch legt Kopf in Rachen
- Mensch liegt auf oder unter den Tieren
- Springen vom Podest in Menschenarme (Leopard)
- Mensch als "Reiter"

BÄRENARTIGE (Braunbären, Kragenbären, Eisbären etc.)**Im Zentralkäfig**

Wie Katzenartige in Gruppen oder einzeln

- Laufen auf der Hinterhand
- Bärenrutsche
- "Zuckerkuss" (mit Mensch)

Longenbären (Braunbären)

- Laufen auf Hinterhand
- Sprünge auf Hinterhand
- Rolle vorwärts
- Balancieren auf Stangen oder "Flaschen"
- "Boxkampf" mit Mensch
- Radfahren, Rollerfahren

KATZENARTIGE und BÄRENARTIGE gemischt**ROBBENARTIGE** (Seelöwen und Seebären)

In Gruppen oder einzeln

- Sitzen am Boden oder Podest
- Vorwärtsrobber oder -rutschen
- Rolle seitwärts
- Stehen auf beiden oder einer Flosse/n
- "Betteln" mit Flossen
- Balancieren von Bällen oder Gegenständen auf Nase und/oder Hinterflosse
- Zuwerfen oder Auffangen von Bällen etc. mit Nase
- Schubsen oder Tragen von Mensch (mit Nase)
- "Tanzen" mit Mensch

- 5 -

GIRAFFEN

Einzel oder zu zweit

- Schritt oder Trab auf Hufschlag
- Handwechsel
- Futter vom Boden nehmen
- Auf Podest stehen
- Reiter auf dem Rücken
- Zusammen mit Pferden oder Nashorn oder Exoten

NASHORN

Wie Giraffen.

FLUSSPFERD

Wie Giraffen.

Erklärung der Fachbegriffe

Achterlaufen	> Volte und Gegenvolte auf der anderen Hand.
Apportieren	Herbeibringen von Gegenständen auf Kommando.
Bettpferd	Pferd, das gelernt hat, sich auf ein Bett zu legen und sich zuzudecken.
Capriole	Hochspringen von Pferden mit allen Vieren und Ausschlagen mit der Hinterhand.
Cavaletti	ca. 2,5 m lange elastische Stange aus Bambus etc. mit einem Kreuz aus demselben Material an jedem Ende (ca. 50 cm x 50 cm).
Chapiteau	Zirkuszelt.
Courbette	Sprung von Pferden auf der Hinterhand.
Dschigitenreiterei	s. > Jockeyreiterei.
En partieille	In Linie vom Mittelpunkt der > Manege gehen.
Exoten	Sammelbegriff für Zebras, primitive Hausrinder, Kamele (Alt- und Neuwelt), Giraffen, Flusspferde, Nashörner etc.
Flaschen	Flaschenartige Metallkegel, auf denen Tiere balancieren.
Freiheit	Arbeit mit Huftieren ohne direkte körperliche Einwirkung des Tierlehrers.
Galoppwechsel	Wechsel des Galopps von einer auf die andere > Hand.
Gegenlaufen	Entgegengesetzte Fortbewegung auf mehreren > Hufschlägen.
Groß und Klein	Gleichzeitiges Auftreten von Großpferden und Ponys.
Gymnastizieren	Ein Tier mittels verhaltensgerechter Ausbildung einfühlsam entsprechend seinen Fähigkeiten im Hinblick auf die Optimierung seiner Bewegungen trainieren.
Hand	s. > Handwechsel.
Handwechsel	Wechsel der Fortbewegungsrichtung in der Manege auf dem > Hufschlag. Rechts herum = rechte Hand, links herum = linke Hand.
Hilfen	Kommandos, Körpersprache, Zeichen, Berührungen (Gerte, Peitsche, Sporen), Führen (> Longen) bei der Ausbildung oder Vorführung von Tieren.
Hohe Schule	Dressurreiten.
Hufschlag	Trampelpfad der Tiere in der Manege entlang der Piste.
Jockeyreiterei	mehrere Reiter zeigen Akrobatik zu Pferde im schnellen Galopp (Dschigitenreiterei).

- 2 -

Karussell	Gleichzeitige Fortbewegung auf mehreren > Hufschlägen.
Korb	ca. 50 cm hohes Weidengeflecht mit Durchmesser von ca. 2,5 m.
Kugellaufen	Tier bewegt sich auf der rollenden Kugel vor- oder rückwärts.
Kuss	Tier nimmt Leckerbissen vom Mund des Tierlehrers ab.
Kutscher	Hilfspersonal im Zirkus.
Langer Zügel	Einwirkung auf das Pferd am langen Zügel vom Boden aus.
Levade	Stehen von Pferden auf der gebeugten Hinterhand.
Longen	Leinen aus Leder, Hanf oder Nylon zur Ausbildung von Tieren.
Longenbären	Bären, die an der Leine, nicht im > Zentralkäfig, gearbeitet werden.
Manege	Kreisfläche mit in der Regel 13 m Durchmesser für die Präsentation der > Nummern im Zirkus; eingegrenzt durch die > Piste (ca. 50 cm x 50 cm). Manegenboden ca. 15 cm Erde, darauf ca. 15 cm Sägemehl.
Nummer	Einzelner Akt in der Gesamtschau.
Panneau	Gepolstertes Gestell auf dem Rücken eines Tieres, auf dem ein Mensch oder ein Tier sitzen, stehen oder springen kann.
Pas de deux	> Hohe Schule von zwei Reitern gleichzeitig, oder einem mit einer Ballerina.
Passage	Rhythmisch kadenzierter Trab
Piaffe	Trab auf der Stelle.
Pirouette	Drehung um 360° auf der Hinterhand im Galopp.
Piste	> Manege.
Podest	Gestell mit in der Regel vier Beinen, auf dem Tiere sitzen oder stehen können.
Podium	Holzbretterfläche mit Querbalken darunter, auf dem Tiere stehen oder liegen können.
Pyramide	Gruppierung von Tieren auf verschiedenen Ebenen.
Random	Drei Pferde hintereinander am > langen Zügel oder Wagen.
Reifenspringen	Sprung durch Reifen, der auch mit Papier geschlossen sein kann, oder Reiter schwingt im Trab einen Reifen unter den Beinen des Pferdes durch.
Requisiten	Technisches Zubehör zur > Nummer.
Sattelgang	Eingang für Tiere und Artisten zur > Manege.

- 3 -

Schleuderwippe	Wippe mit deren Hilfe ein Artist durch die Luft geschleudert werden kann.
Seilspringen	Pferd springt im Stand über ein von Helfern geschwungenes Seil.
Spanischer Tritt	Schritt oder Trab mit weit nach vorne gestreckten Vorderbeinen.
Stehendreiterei	Ein oder mehrere Akrobaten turnen auf dem Rücken von ein oder zwei Pferden.
Steiger	Stehen oder Laufen von Huftieren auf der gestreckten Hinterhand.
Sulky	Einachsiger einspänniger leichter Wagen.
Tandem	Zwei Pferde hintereinander am > langen Zügel oder Wagen.
Tempo	Häufigkeit des > Galoppwechsels, z.B. zu einem Tempo = bei jedem Galoppsprung, zu zwei Tempi = bei jedem zweiten Galoppsprung.
Tonne	Rundes > Podest, auf dem Tiere sitzen oder stehen sollen.
Tonnenlaufen	Tier bewegt sich auf der rollenden Tonne vor- oder rückwärts.
Touchieren	>Hilfengebung mit Peitsche, Handstock oder Gerte.
Traversale	Seitengänge unter dem Reiter oder am > langen Zügel.
Tricks	Einzelabläufe innerhalb einer > Nummer.
Ungarische Post	> Pferdearbeit, bei welcher der Artist mit je einem Bein auf dem Rücken von zwei Pferden steht. Nach und nach laufen mehrere Pferde von hinten unter den Beinen des Artisten durch und er nimmt die Zügel auf, so dass er zum Schluss 6 bis 8 Pferde am Zügel hält.
Valser	Drehung um die eigene Körperachse.
Verkehrsampel	Pferd, das gelernt hat, auf winzige Zeichen des Tierlehrers scheinbar bei Rot zu halten und bei Grün zu gehen.
Volte	Kreisbewegung mit Radius von ca. 3 m.
Zählender/s Elefant/Pferd	Elefant/Pferd, der/das gelernt hat, auf winzige Zeichen des Tierlehrers scheinbar Gegenstände zu zählen.
Zentralkäfig	Rundkäfig, der entlang der >Piste im > Chapiteau aufgebaut wird.
Zug	Gruppierung von Pferden z.B. 6er, 12er, 18er, 24er.

Muster für eine Erlaubniserteilung
nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d des Tierschutzgesetzes

**Arbeitsgruppe des Ausschusses
für Tierschutz der ArgeVet zur Zirkustierhaltung
vom 17. März 1999**

1. Zuständige Behörde
2. Datum
3. Erlaubnisinhaber (Name, Anschrift)
4. Erlaubnis nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d des Tierschutzgesetzes (TierSchG) mit Widerrufsvorbehalt und ggf. Befristung
5. Inhalt der Erlaubnis
 - *Art und Anzahl der Tiere (Anlage 1) sowie Name/n der dafür verantwortlichen Person/en*
 - *Haltungsbedingungen während der Gastspielzeit, im Winterquartier und beim Transport (Anlage 2)*
6. Nebenbestimmungen:
 - a) Verpflichtung zum Mitführen dieser Erlaubnis und ggf. genehmigter Änderungen
 - b) unverzügliche Mitteilungspflicht geplanter Änderungen bzw. Genehmigungspflicht von Änderungen hinsichtlich der Tierzahl, Haltungsbedingungen sowie verantwortlichen Person an die zuständige Veterinärbehörde (Gastspielort /Winterquartier)
 - c) *Mitführen und Vorlage der Anlagen 1 bis 4 bei der zuständigen Behörde auf Verlangen (Anlage 1: Tierbestandsbuch; Anlage 2: Haltungsbedingungen während der Gastspielzeit, im Winterquartier und beim Transport; Anlage 3: Maßnahmen (Pflege/Behandlung durch Tierarzt, Hufschmied, Klauenpfleger); Anlage 4 : Prüfberichte der Amtstierärzte)*
 - d) *Aktualisierung des Tierbestandsbuchs (Anlage 1) durch den Erlaubnisinhaber*
 - e) Dokumentation pflegerischer und tierärztlicher Maßnahmen (Anlage 3)
 - f) Vorlage der Prüfberichte der Amtstierärzte bei der Behörde, die die Erlaubnis nach § 11 TierSchG erteilt hat, zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres
 - g) *Anzeige jedes Ortswechsels spätestens beim Verlassen des bisherigen*

- 2 -

Aufenthaltsortes bei der zuständigen Behörde des beabsichtigten Aufenthaltsortes

- h) ggf. Verpflichtung zur Kennzeichnung der Tiere
- i) ggf. Nachstellverbot bzw. Nachzuchtverbot
- j) spezielle Anforderungen an die Haltung einzelner Tiere bzw. Tierarten
- k) ggf. Verbot, Tiere zum Betteln zu verwenden
- l) Verweis auf die Möglichkeit weiterer Auflagen nach § 16a TierSchG
- m) Sicherstellung, dass bei Engagement zusätzlicher Tiernummern eine separate § 11-Erlaubnis vorzulegen ist.
- n) ggf. sonstige Nebenbestimmungen

7. Begründung

8. Hinweis, dass Artenschutzrecht, Tierseuchenrecht sowie Erlaubniserteilungen für separate Tiernummern von dieser Genehmigung nicht berührt werden

9. Gebührenbescheid

10. Rechtsbehelfsbelehrung

11. Unterschrift

Anlage 2

Haltungsbedingungen beim Gastspiel (G), im Winterquartier (W), beim Transport (T)

Tierart: Gesamtzahl: lfd. Nr. lt. Anlage 1:

Grundhaltungseinheit:

Anbindehaltung/Einzelhaltung/Gruppenhaltung in Box/Käfig/Becken/Gehege/..... *

Innenmaße von Stall/Stallzelt/Käfigwagen/..... (Länge x Breite x Höhe) *

Veranda (Länge x Breite x Höhe)

nutzbare Fläche bzw. Volumen pro Tier

Gruppengröße/n

Art der Seitenbegrenzung

Art der Anbindung

Boden/Bodenbelag

Belüftung

Beleuchtung

Heizung

Futternvorlage

Tränkevorrichtung

Beschäftigungsmaterial

sonstige Einrichtung/en (z.B. Badebecken, Strukturierung)

zusätzliche Haltungseinheiten:

Außengehege/Paddock/..... *

Gesamtfläche/-volumen der Einheit*

gleichzeitig nutzbar für wieviele Tiere

durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Tier(gruppe) und Tag

Boden/Bodenbelag

Art der Seitenbegrenzung

Witterungsschutz

Beschäftigungsmaterial

sonstige Einrichtung/en

Grundhaltungseinheit = Transportwagen/-behältnis (ja/nein) *

Kfz-Kennzeichen der/des Transportwagen/s

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Fortlaufende Seitenzahl:

Anlage 3

Maßnahmen (Pflege/Behandlung durch Tierarzt, Hufschmied, Klauenpfleger)

Tierart/Einzeltier	Art der Maßnahme/n	Datum/Ort	durchführende Person/en

Fortlaufende Seitenzahl:

Anlage 4

Prüfberichte der Amtstierärzte

Datum Ort	Haltungseinrichtungen, Transportfahrzeuge, etc.	Nähr-, Pflege- und Gesundheitszustand	Futtermittellieferung	Bemerkungen (u.a. Auflagen)	Unterschrift und Dienststempel des/der Amtstierarztes/ärztin

**Erläuterungen zum Muster für eine Erlaubniserteilung
nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe d des Tierschutzgesetzes**

Für die Erteilung der Erlaubnis sind Tierbestand, *Haltungsbedingungen und die Arbeit mit den Tieren* zu begutachten. Während der Gastspielzeit *muss* sich der Amtstierarzt die Arbeit mit den Tieren sowohl in der Vorstellung als auch bei den Proben bzw. dem Training ansehen. Im Winterquartier sollten Proben/Training begutachtet werden. Das Ausdrucksverhalten der Tiere gibt wichtige Hinweise auf die Tiergerechtigkeit des Umgangs mit den Tieren.

Der Amtstierarzt sollte sich davon überzeugen, dass für die Gastspielreise ein Stallzelt vorhanden ist. Empfehlenswert ist es, sich dieses Stallzelt für die Erteilung der § 11-Erlaubnis auch im Winterquartier aufbauen zu lassen. Häufig sind Reparaturen dringend erforderlich, die besser hier erledigt werden können als auf Tournee.

Gemäß § 11 Abs. 2a Satz 1 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) kann die Erlaubnis, soweit es zum Schutz der Tiere erforderlich ist, unter Befristungen, Bedingungen und Auflagen erteilt werden. Insbesondere können die unter Nummer 7 Buchstabe a) bis n) genannten Nebenbestimmungen angeordnet werden.

Die Befristung einer Erlaubnis ist zu begründen. Unumgänglich ist eine Befristung, wenn im Antrag auf Erteilung der Erlaubnis für die Zurschaustellung von Tieren kein festes Winterquartier nachgewiesen wird. Die Erlaubnis sollte in solchen Fällen bis zum Bezug des nächsten Winterquartiers, allenfalls bis zum 30. November des laufenden Jahres befristet werden. Zusätzlich sollte die Erlaubnis bei Bezug wechselnder Winterquartiere mit der Auflage verbunden werden, spätestens bis zum 30. November eines jeden Jahres der Behörde, die die Erlaubnis nach § 11 TierSchG erteilt hat, ein geeignetes Winterquartier nachzuweisen. Außerdem sollte der Erlaubnisinhaber bzw. die Erlaubnisinhaberin die örtlich zuständige Veterinärbehörde rechtzeitig, d.h. spätestens beim Verlassen des letzten Gastspielortes von der Ankunft des Zirkus im Winterquartier unterrichten (siehe § 16 Abs. 1a TierSchG). In den letzten Jahren werden zunehmend Zirkusunternehmen beobachtet, die überhaupt kein Winterquartier mehr aufsuchen, sondern ganzjährig Gastspiele geben (z.B. auch auf Weihnachtsmärkten). Für solche Unternehmen muss die artgemäße Tierhaltung in der kalten Jahreszeit ggf. über gesonderte Auflagen sichergestellt werden. Von der Möglichkeit, die Erlaubnis zu befristen, sollte auf jeden Fall auch immer dann Gebrauch gemacht werden, wenn erst durch Anordnungen nach § 16a Satz 2 Nr. 1 TierSchG artgemäße Haltungsbedingungen für die Tiere durchgesetzt werden können. Der Antragsteller hat somit Gele-

genheit zu belegen, dass er in Zukunft gewillt ist, die tierschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Außerdem sollte sich die nach § 11 zuständige Behörde zu Beginn der Reisesaison einen lückenlosen Tourneepplan (zumindest quartalsweise) vorlegen lassen. Nur so können die während der Gastspielreise zuständigen Behörden bei gravierenden oder immer wiederkehrenden Verstößen gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen rechtzeitig informiert werden.

Die Erlaubnis gilt für Art und Höchstzahl der in Anlage 1 bezeichneten Tiere und die in Anlage 2 beschriebenen Haltungsbedingungen.

Um den Vollzug erforderlicher Maßnahmen zu erleichtern, ist es sinnvoll, die Tiere jeweils den verantwortlichen Personen zuzuordnen.

Zur Führung des Tierbestandsbuches hat sich das Muster der Anlage 1 bewährt. Da das Tierbestandsbuch bei Kontrollen erfahrungsgemäß häufig nicht vorgelegt werden konnte, sollte es als Anlage Bestandteil der Erlaubnis sein. Es beinhaltet die zur Identifizierung einzelner Tiere erforderlichen Angaben sowie Angaben zu deren Herkunft und Verbleib. Nur wenn sämtliche im Zirkus gehaltenen Tiere unverwechselbar gekennzeichnet sind, kann verhindert werden, dass verendete Exoten durch neue Tiere fraglicher Herkunft ersetzt und die alten, eigentlich ungültigen artenschutzrechtlichen Dokumente weiter benutzt werden.

Wichtig ist, dass das Tierbestandsbuch fälschungssicher gestaltet wird. Dies ist durch eine Loseblattsammlung gewährleistet, wenn jede Seite vom Amtstierarzt abgesiegelt wird und die Blätter mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sind.

Die zuständige Behörde erstellt das Tierbestandsbuch auf der Grundlage des in Anlage 1 des Musterantrages angegebenen Tierbestandes. Die weitere Führung und Aktualisierung des Tierbestandsbuches obliegt dem Erlaubnisinhaber.

Tierärztliche und/oder sonstige Maßnahmen zur Gesunderhaltung sollten in Anlage 3 eingetragen werden; Abgangsursachen sollten in das Tierbestandsbuch eingetragen werden. Gerade letzteres kann wertvolle Hinweise auf tierschutzrelevante Tatbestände im Zirkus geben bzw. als Grundlage für prophylaktische Maßnahmen zur Verbesserung der Haltungsbedingungen dienen.

Während der Gastspielreise sollte das Resultat der amtstierärztlichen Überprüfungen in die Anlage

4, "Prüfberichte der Amtstierärzte", eingetragen werden. Da sich viele Mängel erfahrungsgemäß nicht an einem Gastspielort abstellen lassen, sondern nur durch das Zusammenwirken mehrerer aufeinanderfolgender Behörden beseitigt werden können, sind diese Eintragungen für den Vollzug getroffener Anordnungen von großer Bedeutung. Zuständig für die Überwachung und die daraufhin getroffenen Maßnahmen ist die örtlich zuständige Behörde. Derartige Maßnahmen können auch den Widerruf der Erlaubnis nach § 11 TierSchG beinhalten. Gravierende Verstöße gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen und die getroffenen Maßnahmen sind der zuständigen Behörde, die die Erlaubnis nach § 11 TierSchG erteilt hat, mitzuteilen. Eine gute Möglichkeit zur Abstellung von Mängeln besteht im Winterquartier. Um hier tätig zu werden, ist die zuständige Behörde ebenfalls auf die "Prüfberichte der Amtstierärzte" angewiesen. Daher sollten die Zirkusunternehmen verpflichtet werden, die "Prüfberichte der Amtstierärzte" (in Kopie) zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres der für die Erteilung der § 11-Erlaubnis zuständigen Behörde zuzuleiten. Dem kontrollierenden Amtstierarzt muss auf Verlangen der Genehmigungsbescheid mit allen vier Anlagen vorgelegt werden.

Um einen effektiven Vollzug zu gewährleisten, sollte die Behörde, die die Erlaubnis nach § 11 TierSchG erteilt hat, bzw. das dortige Veterinäramt die Anlauf- und Sammelstelle für alle Berichte über tierschutzrelevante Mängel, erlassene Verwaltungsakte und eingeleitete Ahndungsmaßnahmen sein. Ist sie umfassend unterrichtet, kann sie diese Informationen an anfragende Behörden weiterleiten, in deren Zuständigkeitsbereich ein Zirkus einreist.

Je nach Art und Umfang von Änderungen hat die örtlich zuständige Behörde nach Rücksprache mit der Behörde, die die Erlaubnis nach § 11 TierSchG erteilt hat, zu prüfen, ob eine Anpassung der Anlagen oder eine neue Erlaubnis erforderlich ist.

Wenn der Zirkus zusätzliche Tiernummern engagiert, hat der Erlaubnisinhaber sicherzustellen, dass die verantwortliche/n Person/en über eine gültige § 11-Erlaubnis nach dem Tierschutzgesetz verfügt/verfügen.

Dieser Sachverhalt ist als entsprechende Nebenbestimmung in die Erlaubnis nach § 11 TierSchG aufzunehmen.

Ein Nachstellverbot könnte folgendermaßen angeordnet werden: "Bei Abgabe oder Abgang des Tieres X darf kein weiteres Tier dieser oder einer verwandten Art als Ersatz nachgestellt werden."

Im Zirkus werden häufig Tiere wie Elefanten oder einzelne Raubkatzen oder Primaten mitgeführt, deren artgerechte Haltung entsprechend den Leitlinien nicht möglich ist (z.B. keine Möglichkeit, bei Elefanten den fehlenden Sozialpartner zur Verfügung zu stellen, keine Möglichkeit, ausreichend dimensionierte Haltungsbedingungen zu schaffen). In der Regel wird es nur schwer möglich sein, diese Tiere anderweitig unterzubringen. Eine Tötung gemäß § 16 kann nur die ultima ratio sein. Im Einzelfall kann sich daher die Behörde in Ausübung ihres Ermessens dazu entschließen, die Haltung eines solchen Tieres bis zu dessen Abgabe/Abgang zu dulden. In Anlage 2 (Haltungsbedingungen während der Gastspielzeit, im Winterquartier und beim Transport) ist ein entsprechender Hinweis anzubringen. Eine solche Duldung muss sich jedoch immer begründen lassen, z.B. durch eine besondere Beziehung des *Tieres zu einer Betreuungsperson*, besondere Maßnahmen, die das Lebensumfeld des Tieres bereichern o.ä.. Um zu verhindern, dass solche Zustände auf ein neues Tier übertragen werden, ist ein Nachstellverbot erforderlich.

Ein Verbot, Tiere zum Betteln zu verwenden, ist insbesondere bei witterungsempfindlichen und/oder scheuen Tieren erforderlich.

Es ist sehr wichtig, Rahmenbestimmungen, wie z.B. die Dauer des Auslaufs, Beschäftigungsmöglichkeiten, Käfigausstattungen und Pflegemaßnahmen als Nebenbestimmungen in die Erlaubnis aufzunehmen.

Die Anlagen 1 (Tierbestandsbuch) und 2 (Haltungsbedingungen während der Gastspielzeit, im Winterquartier und beim Transport) sind Bestandteil der Erlaubnis.

Das Bundeszentralregister und Gewerbezentralregister

werden beide vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Berlin geführt. Ausführliche Informationen finden Sie unter www.bundeszentralregister.de bzw. www.gewerbezentralregister.de.

Die Eintragungen sind für den tierschutzrechtlichen Vollzug insbesondere in Zusammenhang mit der Erteilung bzw. der Rücknahme oder des Widerrufs einer §11-Erlaubnis von Bedeutung, vor allem, wenn sie einen Zusammenhang mit Tierhaltung, -handel oder -zucht erkennen lassen.

Das Bundeszentralregister enthält:

- strafgerichtliche Verurteilungen.

Nicht aufgenommen sind u.a. Verurteilungen zu Geldstrafe von nicht mehr als 90 Tagessätzen oder Freiheitsstrafen oder Strafarrest von nicht mehr als 3 Monaten, wenn im Register keine weitere Strafe eingetragen ist. Die Eintragungen werden grundsätzlich nach 5 Jahren gelöscht, in bestimmten Fällen auch erst nach 10, 15 oder 20 Jahren. (Näheres siehe Bundeszentralregistergesetz unter www.bundeszentralregister.de)

- ▶ Die Auskunft aus dem Bundeszentralregister wird in Form eines Führungszeugnisses erteilt. Dieses ist üblicherweise von dem Betroffenen persönlich zu beantragen, auch wenn es zur Vorlage bei einer Behörde bestimmt ist (Behörden-Führungszeugnis). Der Antrag ist bei der Meldbehörde zu stellen, bei der der Antragsteller gemeldet ist. Das Behörden-Führungszeugnis wird dann direkt an die Behörde gesandt, es sei denn, der Antragsteller verlangt zuvor eine Einsicht, die beim zuständigen Amtsgericht erfolgen kann. Das Führungszeugnis sollte nicht älter als 3 Monate sein.
- ▶ Die Meldung an das Bundeszentralregister erfolgt durch die Gerichte.

Das Gewerbezentralregister enthält u.a.

- vollziehbare und nicht mehr anfechtbare Verwaltungsentscheidungen, bei denen wegen Unzuverlässigkeit oder Ungeeignetheit
 - ein Erlaubnisantrag abgelehnt oder eine erteilte Erlaubnis zurückgenommen oder widerrufen wurde, einschließlich etwaiger Verzichte von Seiten des Antragstellers im Laufe des Verfahrens, oder
 - die Ausübung des Gewerbes untersagt wurde sowie
- ▶ rechtskräftige Bußgeldentscheidungen in Zusammenhang mit der Ausübung des Gewerbes, wenn die Geldbuße mehr als 200.- € beträgt. Eine Löschung erfolgt bei Geldbußen bis 300.- € nach 3, sonst nach 5 Jahren.
- ▶ Auskünfte zur Vorbereitung einer Entscheidung über vorliegende Erlaubnisanträge werden direkt an die zuständigen Behörden erteilt. Hierzu ist über einen speziellen Vordruck Auskunftsersuchen an das Gewerbezentralregister zu senden.
- ▶ Auch für entsprechende Mitteilungen der Behörde über einzutragende Verwaltungsakte sind bestimmte Meldevordrucke zu verwenden.

Die Vordrucke sind beim Deutschen Formularverlag GmbH bzw. beim Formularverlag W. Kohlhammer erhältlich. Außerdem hat die Dienststelle Bundeszentralregister ein Behördenportal eingerichtet, in dem Dokumentvorlagen als PDF-Dateien zum kostenlosen Download angeboten werden. Für den Bereich des Gewerbezentralregisters stehen die Vordrucke GZR 1 bis GZR 6 zur Verfügung (beim Ausdruck die richtige Papierfarbe beachten!). Die Internetadresse zum Behördenportal kann schriftlich - per Fax 01888/410-5340 - angefordert werden.

- GZR1 (gelb) Mitteilung an das Gewerbezentralregister über natürliche Personen
- GZR2 (rosa) Mitteilung an das Gewerbezentralregister über juristische Personen
- GZR5 (gelb) Ersuchen um Auskunft aus dem Gewerbezentralregister über natürliche Personen
- GZR6 (rosa) Ersuchen um Auskunft aus dem Gewerbezentralregister über juristische Personen

Zu den Formularen gibt es eine detaillierte Ausfüllanleitung in Form einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift, die als Rechtsgrundlage unter www.gewerbezentralregister.de abrufbar ist. Dort finden Sie ebenfalls Musterformulare für die verschiedenen Vordrucke.

**Landesbeauftragte
für Tierschutz in Hessen**

Dr. Madeleine Martin
Hessisches Ministerium für Umwelt,
ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Hölderlinstr. 1-3, 65187 Wiesbaden

DIE HESSISCHE ZIRKUSDATEI

Stand: November 2005

Was ist das?

Die Hessische Zirkusdatei ist eine computergestützte Sammlung von Informationen über einzelne Zirkusbetriebe. Gespeichert sind solche Informationen, die für den Vollzug des Tierschutzgesetzes wichtig sind, insbesondere

- Namen, Stammsitz und Winterquartier des Betriebs
- Angaben zur Erlaubnis nach § 11 TierSchG,
- über Tierbestand und Tierhaltung,
- über aktuelle tierschutzrechtliche Verfügungen (Anordnungen) und
- Beanstandungen.

Die Daten stammen aus freiwilligen Meldungen der Veterinärbehörden und erheben daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus rechtlichen Gründen können personenbezogene Daten, Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten mit der Hessischen Zirkusdatei nicht erfasst werden (hierfür siehe www.bundeszentralregister.de).

Wozu dient sie?

Durch den ständigen Ortswechsel der Zirkusbetriebe sind immer wieder andere, voneinander unabhängige Veterinärbehörden für den Vollzug des Tierschutzgesetzes zuständig. Eine zentrale Stelle, die von diesen Beteiligten alle relevanten Informationen zusammenführt, ermöglicht es dem Einzelnen vor Ort, sich schon vor dem Eintreffen eines Zirkusbetriebs über die Gegebenheiten und Maßnahmen an-

derer Behörden zu informieren, gezielter zu kontrollieren und ggf. eigene Maßnahmen vorzubereiten und zu koordinieren.

Wer kann die Zirkus-Datei nutzen?

Die Zirkusdatei ist ein geschlossenes, behördeninternes Informationssystem, das für den Vollzug wichtige Informationen aus den Behörden zentral sammelt und auf Anfrage an diese zurückgibt.

Dritte, wie z.B. Privatpersonen, Organisationen oder die Öffentlichkeit, können daher keine betriebsbezogenen Informationen erhalten. Auch Angehörige von Zirkusbetrieben haben keinen direkten Zugang, ihre Ansprechpartner sind und bleiben die zuständigen Behörden vor Ort.

Neben den für Tierschutz zuständigen Veterinärbehörden sind auch Anfragen von anderen, ebenfalls mit Zirkusbetrieben befassten Behörden, insbesondere den Ordnungsämtern und den Naturschutzbehörden zulässig. Ebenso entsprechende Anfragen aus anderen Bundesländern.

Wie funktioniert die Datei?

Die zugangsberechtigten Behörden richten Ihre schriftliche Anfrage auf eigenem Behördenkopfbogen am besten über e-mail an das

Büro der Landestierschutzbeauftragten
tierschutz@hmulv.hessen.de

Sie erhalten daraufhin das über den jeweiligen Betrieb gespeicherte Dokument aus der Zirkus-Datei. Wichtig ist die dann folgende Rückmeldung der Behörden an die Zirkusdatei mit den neuen Feststellungen und Ergänzungen, die sich durch den Informationsabgleich vor Ort ergeben. Durch diese Fortschreibung der jeweiligen Dokumente steht für folgende Abfragen eine aktualisierte Fassung zur Verfügung. Die Vollständigkeit und Aktualität der Datei hängt somit wesentlich von der Kooperationsbereitschaft der Datei-Nutzer ab.

Grundausstattung für tierschutzrechtliche Überprüfungen

Rechtliche Grundlagen

- ▶ Tierschutzgesetz
- ▶ Allgemeine Verwaltungsverfügung zum Tierschutzgesetz (AVV)
- ▶ Tierschutz-Hunde-Verordnung
- ▶ Tierschutz-Transport-Verordnung
- ▶ Hessischer Erlass zum Verbot von Anbindehaltungen für Pferde
- ▶ ...

Fachliche Grundlagen

- ▶ Arbeitsgemeinschaft „Artgemäße **Pferdehaltung**“, Universität Gießen: Kriterien für artgemäße Pferdehaltung vom Juni 1995
- ▶ BMVEL: Leitlinien für die Haltung, Ausbildung und Nutzung von **Tieren in Zirkusbetrieben** oder ähnlichen Einrichtungen (ohne Datum, veröffentlicht 2001)
- ▶ BMVEL: Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von **Säugetieren** vom 10. Juni 1996
- ▶ BMVEL: Leitlinien für eine tierschutzgerechte Haltung von **Wild** in Gehegen vom 27. Mai 1995
- ▶ BMVEL: Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von **Papageien** vom 10. Januar 1995
- ▶ BMVEL: Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von **Reptilien** vom 10. Januar 1997
- ▶ BMVEL: Leitlinien für die Beurteilung von **Pferdehaltungen** vom 10.11.1995
- ▶ BMVEL Leitlinien Tierschutz im **Pferdesport** vom November 1992

→ Bezugsadressen siehe ANHANG 14

- ▶ TVT: Merkblatt 39 – **Zirkustiere**, Loseblattsammlung für die tierschutzrechtliche Überprüfung (2001)
 - ▶ Verhaltensgerechte Einwirkung des Menschen
 - ▶ Tierhaltung im Zirkus - Betriebsdaten
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Kameliden**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Bären**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Groß- und Kleinkatzen**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Elefanten**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Panzerechsen**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Riesenschlangen**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Pferdeartigen (Pferden, Zebras, Eseln)**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Rindern**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Breitmaulnashörnern**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Giraffen**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Robben**
 - ▶ Haltung und Vorführung von **Kleinaffen** (in Vorbereitung)

→ Bezugsadressen siehe ANHANG 14

Praktische Hilfsmittel

- ▶ Maßband
- ▶ Thermometer
- ▶ Hygrometer
- ▶ Luxmeter
- ▶ Fotoapparat (*Anmerkung: gegen Digitalfotos als Beweismittel gibt es inzwischen keine grundsätzlichen Bedenken mehr, da es ohnehin keine gänzlich fälschungssichere Fototechnik gibt.*)
- ▶ ...

Nicht geeignete Tierarten

Vorbehaltlich einer gesetzlichen Verbotsregelung gilt insbesondere die Haltung von Tieren folgender Arten als grundsätzlich nicht genehmigungsfähig:

Tierart	Hintergrund
<ul style="list-style-type: none"> - Affen - Elefanten - Großbären 	<p>► Auf Initiative des Landes Hessen forderte der Bundesrat mit Beschluss vom 17.10.03 ein grundsätzliches Verbot der Haltung von Tieren wildlebender Arten im Zirkus (Bundesrats-Drs. 595/03). Genannt wurden insbesondere <u>Affen</u>, <u>Elefanten</u> und <u>Großbären</u>.</p> <p>► In den Zirkus-Leitlinien des BMVEL wurde bereits in der ersten Fassung von 1990 ein Verbot der Haltung von <u>Menschenaffen</u> empfohlen und bei der Überarbeitung 2001 bestätigt.</p> <p>► Im Differenzprotokoll der aktuellen Zirkusleitlinien forderten darüber hinaus verschiedene an der Erarbeitung beteiligte Organisationen, auf die <u>Elefantenhaltung</u> zu verzichten. Dabei hielt die Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V. und die Bundestierärztekammer ein Verzicht auf die Haltung von <u>Elefantenbullen</u> für ausreichend. Das Bündnis Tierschutz, bestehend aus den drei großen deutschen Tierschutzverbänden Deutscher Tierschutzbund e.V., Bund gegen den Missbrauch der Tiere e.V. und Bundesverband Tierschutz e.V., lehnte dagegen die Haltung aller Elefanten im Zirkus ab. Außerdem forderte das Bündnis den Verzicht auf die Haltung von <u>Großbären</u>.</p> <p>► Auch nach Auffassung der Zirkus-Arbeitsgruppe in Niedersachsen sollen <u>Menschenaffen</u> nicht mehr in Zirkussen mitgeführt werden (Tierschutz im Zirkus, MULF, Hannover). <u>Elefanten</u>, <u>Eisbären</u> und <u>Bären</u> stellten so hohe Anforderungen, dass sie künftig – wenn überhaupt – nur noch in wenigen, gut geführten Zirkusbetrieben mitgeführt werden können.</p> <p>► In folgenden anderen europäischen Ländern ist die Haltung im Zirkus verboten: <u>Affen</u> (Schweden 1988, Finnland 1996, Österreich 1999), <u>Elefanten</u> (Finnland 1996, Österreich 1999) und <u>Großbären</u> (Schweden 1988, Dänemark 1991, Finnland 1996 und Österreich 1999).</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Tümmler/Delfine - Greifvögel, Eulen - Flamingos - Pinguine 	<p>► In den Zirkus-Leitlinien wird bereits seit 1990 die Haltung von <u>Tümmlern</u> und <u>Delfinen</u>, <u>Greifvögeln</u>, <u>Flamingos</u> und <u>Pinguinen</u> im Zirkus abgelehnt.</p> <p>► Auch nach dem BML-Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Greifvögeln und Eulen vom 10. Januar 1995 ist eine kommerzielle Wanderschauhaltung von <u>Greifvögeln</u> oder <u>Eulen</u> nicht zu tolerieren.</p> <p>► In folgenden anderen europäischen Ländern ist die Haltung im Zirkus verboten: <u>Delfine</u> und <u>Tümmler</u> (Dänemark 1991, Österreich 1999), <u>Greifvögel</u> (Schweden 1988, Finnland 1996 und Österreich 1999), <u>Flamingos</u> und <u>Pinguine</u> (Österreich 1999).</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Nashörner - Wölfe 	<p>► Die aktuellen Zirkus-Leitlinien lehnen die Haltung von <u>Nashörnern</u> und <u>Wölfen</u> im Zirkus ab.</p> <p>► Nach Auffassung der Zirkus-Arbeitsgruppe in Niedersachsen (Tierschutz im Zirkus, MULF, Hannover). stellen <u>Nashörner</u> so hohe Anforderungen, dass sie künftig – wenn überhaupt – nur noch in wenigen, gut geführten Zirkusbetriebe mitgeführt werden können.</p> <p>► In folgenden anderen europäischen Ländern ist die Haltung im Zirkus verboten: <u>Nashörner</u> oder <u>Wölfe</u> (Schweden 1988, Dänemark 1991, Finnland 1996, Österreich 1999).</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Giraffen - Großkatzen - Robben - Flusspferde 	<p>► Im Differenzprotokoll der aktuellen Zirkusleitlinien sprechen sich die Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V., die Bundestierärztekammer sowie das Bündnis für Tierschutz für einen Verzicht auf die Haltung von <u>Giraffen</u> aus. Das Bündnis Tierschutz lehnt darüber hinaus auch die Haltung von <u>Großkatzen</u>, <u>Robben</u> und <u>Flusspferden</u> ab.</p> <p>► Nach Auffassung der Zirkus-Arbeitsgruppe in Niedersachsen (Tierschutz im Zirkus, MULF, Hannover) stellen <u>Giraffen</u>, <u>Flusspferde</u> und <u>Seelöwen</u> so hohe Anforderungen, dass sie künftig – wenn überhaupt – nur noch in wenigen, gut geführten Zirkusbetriebe mitgeführt werden können.</p> <p>► In folgenden anderen europäischen Ländern ist die Haltung im Zirkus verboten: <u>Giraffen</u> (Schweden 1988, Dänemark 1991, Finnland 1996, Österreich 1999), <u>Großkatzen</u> (Schweden 1988, Dänemark 1991 – bestimmte Arten, darunter Tiger, Finnland 1996, Österreich 1999 – ausgenommen Tiger und Löwen), <u>Robben</u> (Schweden 1988 – ausgenommen Seelöwen, Dänemark 1991 – nur Hundsrobben und Walrosse, Finnland 1996 – ausgenommen Seelöwen, Österreich 1999), <u>Flusspferde</u> (Schweden 1988, Dänemark 1991, Finnland 1996, Österreich 1999).</p>

Gutachten zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Tierhaltungen

1. Grundangaben	
1.1 Name(n) des Gutachters/der Gutachterin/der Gutachter	
1.2 Gegenstand des Gutachtens	
1.3 Datum, Zeitraum und Ort der Begutachtung	
1.4 ggf. Witterungsbedingungen, sonstige besondere Außenbedingungen	
1.5 Sonstige anwesende Personen	

2. Vorgeschichte, Anlass der Begutachtung

3. Vorgehensweise, Art (Methode) und Gegenstand der Untersuchung (einschl. Identifizierung der untersuchten Tierindividuen)

4. Sachverhalt
4.1 Vorgefundene Situation
4.2 Untersuchungsergebnisse, Befunde, ggf. Video/Fotoaufnahmen, Messergebnisse

5. Bewertung der vorgefundenen Situation und Befunde einschließlich Begründung
im Hinblick darauf

- ▶ ob Verstöße gegen allg. Halterpflichten nach § 2 TierSchG (ggf. konkretisiert durch einschlägige Gutachten) bzw. gegen konkrete Haltungsvorgaben aus einschlägigen Rechtsverordnungen, vollziehbaren Auflagen oder Verfügungen vorliegen, ggf.
 - ob es sich um wiederholte oder grobe Verstöße handelt,
 - ob Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass weitere grobe oder wiederholte Verstöße zu erwarten sind;
- ▶ ob mangelnde Zuverlässigkeit oder mangelnde Sachkunde vorliegt;
- ▶ ob eine erhebliche Vernachlässigung mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG vorliegt;
- ▶ ob schwerwiegende Verhaltensstörungen mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG vorliegen;
- ▶ ob den Tieren Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt wurden, ggf.
 - ob diese erheblich oder länger anhaltend oder sich wiederholend waren,
 - ob sie auf wiederholte oder grobe Verstöße gegen rechtsverbindliche Haltungsvorgaben, verbunden mit der Gefahr weiterer Zuwiderhandlungen, zurückzuführen sind,
 - ob sie ohne vernünftigen Grund zugefügt wurden,
 - ob das Tier nur unter nicht behebbaren erheblichen Schmerzen oder Leiden weiterleben kann.

Datum, Unterschrift

Ergebnis der tierschutzrechtlichen Kontrolle von Zirkusbetrieben oder Tiernummern im Engagement

Überprüfung des Zirkusbetriebs <input type="checkbox"/> der Engagementnummer <input type="checkbox"/>			
Name:			
Inhaber:			
Zustellfähige Adresse:			
Ort der Überprüfung:			
	Gastspiel <input type="checkbox"/>	Winterquartier <input type="checkbox"/>	Sonstiges <input type="checkbox"/>
Datum/ Zeitraum (Uhrzeit von bis):			
Witterungsbedingungen:			
Überprüfung erfolgt durch:			
	nach Ankündigung <input type="checkbox"/>	unangemeldet <input type="checkbox"/>	
Weitere anwesende Personen:			

Vorherige Anmeldung des Betriebs beim VA erfolgt?	ja	nein	
Verantw. Person regelmäßig im Betrieb anwesend?	ja	nein, nämlich:	
Auskunft/Duldung//Mitwirkung bei der Überprüfung zufrieden stellend?	ja	nein, nämlich:	
Zweifel an Sachkunde oder Zuverlässigkeit des/der Verantwortlichen?	nein	ja, nämlich:	

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

¹ in diese grau unterlegten Felder bitte eintragen: B = beanstandet; TBB = beanstandet und im Tierbestandsbuch vermerkt

Dokumente			
§11-Erlaubnis			
Dokument vorgelegt und gültig?	ja	nein, Grund:	
Ausstellende Behörde:			
Ausstellungsdatum, ggf. Befristung:			
Inhaber/in der §11E:			
Verantwortliche Person(en) gemäß §11E:			
regelmäßig im Betrieb anwesend?	ja	nein, nämlich:	
Weitere Dokumente, sofern durch Auflagen oder gesetzliche Vorgaben verlangt			
Tierbestandsbuch vorhanden und korrekt geführt?	ja	nein, nämlich:	
Dok. der amtstierärztl. Prüfberichte vorhanden und korrekt geführt?	ja	nein, nämlich:	
Dok. von Pflege- und Behandl.maßnahmen vorhanden und korrekt geführt?	ja	nein, nämlich:	
Impfpässe vollständig vorhanden und korrekt geführt?	ja	nein, nämlich:	
Pferde-Pässe vollständig vorhanden und korrekt geführt?	ja	nein, nämlich:	
Rinder-Ohrmarken vollständig vorhanden?	ja	nein, nämlich:	
Cites-Dokumente/ Vermarktungsgenehmigung vollständig vorhanden?	ja	nein, nämlich:	

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

Zusätzliche Nachweise			
bei mitgeführten kälteempfindlichen Tierarten, die ein geheiztes festes Winterquartier benötigen			
Geeignetes Winterquartier nachgewiesen?	ja, festes WQ <input type="checkbox"/> wechselndes WQ <input type="checkbox"/>		nein
	Anschrift:		
	Eignung bestätigt:	ja	nein
	und zwar durch:		
bei mitgeführten Elefantenbulln			
Geeignetes sicheres Stallgebäude zur Unterbringung während der Musth nachgewiesen?	ja		nein
	Anschrift:		
	Eignung bestätigt:	ja	nein
	und zwar durch:		
bei geplanter Zucht/bevorstehender Nachzucht			
Geeignete gesonderte Unterbringung von Muttertier und Nachzucht nachgewiesen?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Voraussetzungen für eine artgemäße Aufzucht und Unterbringung der Jungtiere nachgewiesen?	ja	nein, wesentliche Mängel:	

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

Tierbestand						
Anzahl und Art der vorgefundenen Tiere	nur Privathaltung	Schautier/e ohne regelmäßige Arbeit	Zurschaustellung ohne Erlaubnis (§11E)	Vorgefunden trotz Haltungs-/ Nachstell- oder Zuchtverbot	Fehlender/falscher Eintrag im TBB	Fehlende/falsche Kennzeichnung
	²		¹			

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

² Zutreffendes bitte ankreuzen oder Anzahl der jeweils betroffenen Tiere eintragen

¹ Bitte angeben B = beanstandet, TBB = beanstandet und im TBB eingetragen

Zustand der Tiere ³ <input type="checkbox"/> gesamt oder <input type="checkbox"/> pro Haltungseinheit : Anzahl/Art der jeweils gehaltenen Tiere:		
Tiere mit Anzeichen von Verletzungen, Erkrankungen oder verschlechtertem Allgemeinzustand?	nein	ja, nämlich:
Tiere mit Anzeichen von Ernährungs- oder Pflegemängeln?	nein	ja, nämlich:
Tiere mit Anzeichen von Verhaltensstörungen oder Verhaltensauffälligkeiten?	nein	ja, nämlich:
Tiere, bei denen weitergehende/spezielle Untersuchung erforderlich ist?	nein	ja, nämlich:

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

³ **WICHTIG!!!!** Eintragung nur, wenn entsprechende Überprüfung erfolgt ist, andernfalls offen lassen

Unterbringung ³ <input type="checkbox"/> gesamt oder <input type="checkbox"/> pro Haltungseinheit : Anzahl/Art der jeweils gehaltenen Tiere:			
Dauerhafte/überwiegende Anbindehaltung?	nein	ja, nämlich:	
Einzelhaltung sozialer Tierarten?	nein	ja, nämlich:	
Auslaufmöglichkeiten:			
verfügbar/genutzt?	ja	nein, nämlich:	
Abmessungen der Einrichtungen:			
ausreichend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Ausstattung, Strukturierung:			
artgerecht/ausreichend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Erforderl. Einstreu / sonstige Materialien:			
geeignet / ausreichend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

³ **WICHTIG!!!!** Eintragung nur, wenn entsprechende Überprüfung erfolgt ist, andernfalls offen lassen

Tierhaltung generell ³			
Zustand der Haltungseinrichtungen/Bodenbeschaffenheit verletzungsfrei? ausbruchssicher?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Futter-, Wasserversorgung geeignet /ausreichend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Witterungsschutz, Klima- und Lichtverhältnisse angemessen/ausreichend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Erforderliche Vorräte (Futter, Einstreu etc.) und Geräte (Pflegegeräte o.ä.) vorhanden?	ja	nein, nämlich:	
Ausreichende Hygiene/Sauberkeit?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Genügend ausreichend qualifiziertes Pflegepersonal?	ja	nein, nämlich:	
Tierärztliche Betreuung im Bedarfsfall gesichert?	ja	nein, nämlich:	

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

³ **WICHTIG!!!!** Eintragung nur, wenn entsprechende Überprüfung erfolgt ist, andernfalls offen lassen

Tiertransport³			
Amtl. Kennzeichen der Tiertransportwagen:			
Transportfähigkeit aller mitgeführten Tiere?	ja	nein, nämlich:	
Abmessungen der Transporteinrichtungen ausreichend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Erforderliche Ausstattung (ggf. einschließlich erforderl. Trennvorrichtungen) und Verladeeinrichtungen vorhanden?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Zustand / Beschaffenheit der Transport- und Verladeeinrichtungen ausreichend/ zufrieden stellend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Klimatisierung/ Lüftung und Witterungsschutz ausreichend?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Erforderliche Kennzeichnung der Transportfahrzeuge korrekt?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Gemeinsame Verladung mit Gütern, die Schmerzen, Leiden oder Schäden verursachen können?	ja	nein, wesentliche Mängel:	
Anwendung verbotener Treibgeräte oder Umgangs- methoden?	nein	ja, nämlich:	
Unverzögliche Entladung am Standort?	ja	nein, nämlich:	

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

³ **WICHTIG!!!!** Eintragung nur, wenn entsprechende Überprüfung erfolgt ist, andernfalls offen lassen

Dressur, Training und Vorführung („Arbeit“)³			
Arbeit außerhalb der Vorführung regelmäßig und länger als eine Stunde pro Tag?	ja	nein, nämlich:	
Probenmanege/Trainingsmöglichkeiten ausreichend vorhanden und in zufriedenstellendem Zustand?	ja	nein, nämlich:	
Abverlangen von Leistungen, die nicht dem artgemäßen Verhalten entsprechen oder mit Schmerzen, Leiden oder Schäden verbunden sind?	nein	ja, nämlich:	
Anwendung verbotener Dressurmethode(n), Mittel oder Geräte?	nein	ja, nämlich:	

Anmerkungen/Erforderliche Maßnahmen:

³ **WICHTIG!!!!** Eintragung nur, wenn entsprechende Überprüfung erfolgt ist, andernfalls offen lassen

Vorschlag für einen tierschutzrechtlichen Maßnahmen-Katalog

bestehend aus

- Nicht formellen Maßnahmen (mündlicher Hinweis, Belehrung, Beratung)
- Verwarnung, Verwarnungsgeld
- Ordnungsverfügungen (Abstellen von Mängeln/Verstößen, Untersagung, Einziehung, Beschlagnahme, Sicherstellung)
- Ordnungswidrigkeitsverfahren (Owi)
- Strafanzeige

SACHVERHALT	RECHTL. BEWERTUNG	SANKTIONEN	MASSNAHMEN
Sachkunde, Zuverlässigkeit, Kooperation			
1 Zirkus hat Ortswechsel nicht /nicht richtig / nicht rechtzeitig angezeigt	= Verstoß gegen § 16 Abs. 1a Satz 1 TierSchG	→ Belehrung oder → Verwarnung nach § 56 OwiG, → bei wdh. Beanstandung Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 25a TierSchG → Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 26 TierSchG	
2 Zirkus kommt Verpflichtung zur Auskunft / Duldung / Mitwirkung nicht nach	= Verstoß gegen § 16 Abs. 2 oder 3 TierSchG	und	→ Prüfung, ob erforderliche Zuverlässigkeit (noch) gegeben ist, → in Verbindung mit weiteren Mängeln bzw. bei schwerwiegender oder wdh. Beanstandung Widerruf der §11E nach § 49 VwVfG und → Untersagung der Tätigkeit nach § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG.
Dokumente, Nachweise			
3 Zirkus tritt ohne gültige §11E auf – es wurde (noch) gar keine E beantragt oder die E ist abgelaufen/nicht mehr zutreffend – und	= Verstoß gegen § 11 Abs. 1 Nr. 3 d TierSchG ggf. auch gegen §11 Abs. 3 Satz 1 TierSchG		
a) Tierhaltung und Zustand der Tiere im wesentlichen ohne Beanstandung oder		a) → Belehrung oder → Verwarnung nach § 56 OwiG, → bei wdh. Beanstandung Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG	und → Untersagung der Tätigkeit nach § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG.
b) Tierhaltung oder Zustand der Tiere mangelhaft		b) → Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG	und → Untersagung der Tätigkeit nach § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG sowie → Maßnahmen zur Mängelbeseitigung (siehe Ziffer 17 b)

4	Zirkus tritt auf, obwohl §11E widerrufen oder zurückgenommen wurde	=	Verstoß gegen § 11 Abs. 1 Nr. 3 d TierSchG	→ Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG	und	→ Untersagung der Tätigkeit nach § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG und → ggf. Betriebsschließung nach § 11 Abs. 4 TierSchG.
5	Zirkus tritt auf, obwohl die Tätigkeit wegen fehlender §11E untersagt wurde	=	Verstoß gegen § 11 Abs. 1 Nr. 3 d und gegen § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG	→ Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 2 TierSchG	und	→ Betriebsschließung nach § 11 Abs. 4 TierSchG sowie → ggf. Einziehung des Tierbestands nach § 19 TierSchG → Rücknahme oder Widerruf der §11E nach § 48 bzw. 49 VwVfG.
6	Regelm. Anwesenheit der gem. §11E verantwortlichen Person kann nicht gewährleistet werden	=	Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Ertelung der §11E			→ Prüfung, ob erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit (noch) gegeben ist,
7	Tierschutzrechtlich erforderliche Dokumente sind nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß geführt	=	Zuwerhandeln gegen vollziehbare Auflagen der §11E	→ Belehrung oder → Verwarnung nach § 56 OwiG, → bei wdh. Beanstandung Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG	und	→ in Verbindung mit weiteren Mängeln ggf. Rücknahme oder Widerruf der §11E nach § 48 bzw. 49 VwVfG.
8	Veterinär- oder artenschutzrechtlich erforderliche Dokumente sind nicht vollständig oder nicht ordnungs-gemäß geführt	=	Verdacht auf fehlende Voraussetzungen zur Ertelung einer §11E			→ Prüfung, ob erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit (noch) gegeben ist, → in Verbindung mit weiteren Mängeln ggf. Rücknahme oder Widerruf der §11E nach § 48 bzw. 49 VwVfG sowie → Veranlassung von Maßnahmen nach Veterinär- oder Artenschutzrecht
9	Nachweis eines erforderlichen Winterquartiers bzw. eines sicheren Stallgebäudes für Elefantenbullen in der Musth sind nicht vorhanden	=	a) Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Ertelung der §11E bzw. drohender Verstoß gg. §2 TierSchG oder b) evtl. auch Zuwerhandeln gegen Auflagen der §11E	b) → Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG	a) und	→ Erweiterung der Auflagen der § 11E um entsprechende Forderung oder → Anordnung nach § 16a TierSchG, Unterbringung zu sichern. → teilweise Rücknahme oder Widerruf der Erlaubnis für die betroffenen Tiere nach § 48 bzw. 49 VwVfG sowie → Untersagung der Tätigkeit mit den betroffenen Tieren nach § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG und → ggf. Einziehung nach § 19 TierSchG

10	Nachweis erforderlicher Unterbringungseinrichtungen für Zucht / Nachzucht sind nicht vorhanden	=	drohender Verstoß gegen § 2 TierSchG			→ Anordnung nach § 16a TierSchG, Untersagung der Zucht → außerdem Prüfung, ob erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit (noch) gegeben ist, → in Verbindung mit weiteren Mängeln ggf. Rücknahme oder Widerruf der §11E nach § 48 bzw. 49 VwVfG.
Tierbestand						
11	Tierbestand weicht von §11E ab – es werden deutlich mehr oder deutlich andere Tierarten mitgeführt, a) jedoch Tierhaltung und Zustand der überzähligen Tiere ist nicht zu beanstanden, oder b) Tierhaltung oder Zustand der Tiere weisen deutliche Mängel auf	=	a) und b) Zuwiderhandeln gegen vollziehbare Auflagen der §11E b) wie a) in Verbindung mit Verstoß gegen § 2 TierSchG	a) → Belehrung, → bei wdh. Beanstandung Verwarnung nach § 56 OWiG b) → Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 20 TierSchG	und	→ Prüfung, ob Tierarten betroffen sind, die einem artenschutzrechtlichen Vermarktungsverbot unterliegen, → ggf. Benachrichtigung der zuständigen Artenschutzbehörde. → Aufforderung, Erweiterung des erlaubten Tierbestands bei der zuständigen Behörde zu beantragen; bei Erfolgslosigkeit wie b).
12	Tierbestand weicht vom TBB ab – es werden weniger Tiere mitgeführt	=	Verdacht auf Verstoß gegen § 11 Abs. 1 Nr. 3b TierSchG oder evtl. auch gegen § 17 Nr. 1 TierSchG		und	→ Untersagung der Tätigkeit nach § 11 Abs. 3 Satz 2 TierSchG sowie → Maßnahmen zur Mängelbeseitigung (siehe Ziffer 17 b) → Verbleib der Tiere prüfen, ob Verdacht auf unerlaubten gewerblichen Handel oder illegale Tötung (z.B. Handel mit Tigerprodukten) vorliegt, → ggf. Benachrichtigung der zuständigen Artenschutzbehörde und
13	Die vorgefundenen Tiere haben nicht die ggf. erforderliche Kennzeichnung	=	Verstoß gegen tierseuchen- oder artenschutzrechtliche Kennzeichnungspflicht	→ ggf. Strafanzeige.		→ Veranlassung der notwendigen veterinär- oder artenschutzrechtlichen Kennzeichnung.
14	Die Identität der vorgefundenen Tiere stimmt nicht mit den zugehörigen Papieren überein	=	Verdacht auf Verstoß gegen § 11 Abs. 1 Nr. 3b TierSchG oder evtl. auch gegen § 17 Nr. 1 TierSchG	→ ggf. Strafanzeige	und	→ Prüfen, ob Verdacht auf unerlaubten gewerblichen Handel oder illegale Tötung (z.B. Handel mit Tigerprodukten) vorliegt, → ggf. Benachrichtigung der zuständigen Artenschutzbehörde und
				→ ggf. Sicherstellung als Beweismittel nach § 94 StPO oder Einziehung nach § 19 TierSchG.		

15	Es werden Tiere mitgeführt, für die					
a)	ein Haltungsverbot oder	=	a) Verstoß gegen § 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG	a)	→ Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 2 TierSchG	und → Einziehung nach § 19 TierSchG.
b)	ein Nachstell- oder Nachzuchtverbot besteht	=	b) Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 16a Satz 2 Nr. 1 TierSchG			b) → Einziehung nach § 19 TierSchG
16	Erweiterung des Tierbestandes durch Erwerb oder Nachzucht steht bevor, obwohl Voraussetzungen für artgemäße Unterbringung/Aufzucht nicht gegeben sind	=	drohender Verstoß gegen § 2 TierSchG			→ Anordnung nach 16a Satz 2 Nr. 1 TierSchG: Nachstellverbot bzw. Zuchtverbot, → ggf. in Verbindung mit Anordnung der Unfruchtbarmachung, Androhung der Ersatzvornahme.
	Zustand der Tiere und vorgefundene Verhältnisse betr. Haltung, Transport und Arbeit					
17	Die vorgefundene Verhältnisse sind deutlich mangelhaft,	=	a) und b) Verstoß gegen §2 TierSchG oder gegen Verbote des § 3 TierSchG oder gegen Vorschriften der TierSchHundeVO oder der TierSchTiVO			
a)	der Zustand der betroffenen Tiere ist jedoch ohne erkennbare Beeinträchtigung			a)	→ Owi nach § 18 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 2 TierSchG oder nach § 18 Abs. 1 Nr. 3a oder 4 TierSchG ...	und → Anordnung nach § 16a TierSchG zur Mängelbeseitigung. → Anordnung zur Mängelbeseitigung nach § 16a Satz 2 Nr. 1 TierSchG bzw. → bei erheblicher Vernachlässigung oder schwerwiegenden Verhaltensstörungen ggf. auch anderweitige Unterbringung oder Tötung nach § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG oder → bei erheblichen oder länger anhaltenden Schmerzen oder Leiden oder bei erheblichen Schäden infolge wdh. oder grober Zuwiderhandlung gegen Vorschriften des § 2, RechtsVO (wie TierSchHundeVO oder TierSchTiVO) oder Anordnungen nach § 16a Satz 2 Nr. 1 TierSchG ggf. auch Haltungsverbot nach § 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG.
b)	der Zustand der Tiere ist hierdurch erkennbar beeinträchtigt	=	b) ggf. auch gegen § 1 TierSchG	b)	→ wie a)	und → Sicherstellung als Beweismittel nach § 94 StPO oder Einziehung nach § 19 TierSchG.

18	Die vorgefundenen Verhältnisse lassen keine Mängel erkennen, dennoch ist der Zustand der Tiere deutlich beeinträchtigt	=	Möglicher Verstoß gegen § 2 TierSchG				→ Anordnung einer tierärztlicher Untersuchung und ggf. Behandlung nach § 16a Satz 2 Nr. 1 TierSchG. → Hinzuziehen eines Spezialisten für die betreffende Tierart
----	--	---	--------------------------------------	--	--	--	---

→ Abkürzungen siehe ANHANG 13

Auszug aus: H. BECK in „Tierschutzfälle vor Gericht“, Seminar Wetttenberg, 2000

Checkliste: Häufige Fehlerquellen

I. Beim Adressaten:

- Handelt eine juristische Person oder Personenvereinigung (z.B. eine GmbH bringt ein Lebensmittel in Verkehr), so muß die Verfügung auch an diese ergehen (**nicht** z.B. an den Geschäftsführer!). Bei der Zustellung an die juristische Person oder Personenvereinigung ist darauf zu achten, daß in der Postzustellungsurkunde und im Bescheid der gesetzliche Vertreter (z.B. Geschäftsführer, Vorstand) bezeichnet wird.
Bei Ehegatten und nicht-rechtsfähigen Personenmehrheiten (BGB-Gesellschaft, Wohnungseigentümergeinschaft, Erbengemeinschaft) muß zudem **jeder** einzelnen Person ein eigener Bescheid zugestellt werden, sofern nicht ein gemeinsamer Bevollmächtigter bestellt wurde.
Liegt die schriftliche Vollmacht eines Rechtsanwalts vor, so muß an diesen zugestellt werden (§ 8 Abs. 1 S. 2 Verwaltungszustellungsgesetz).

II. Beim Tenor:

- Die Verfügung ist zu unbestimmt. (Beispiel: „Ihre Tiere sind angemessen zu pflegen und zu ernähren.“)
- Erfolgte die Anordnung bereits mündlich (Beispiel: Der LMK gibt dem Betriebsinhaber die Beseitigung bestimmter Mängel auf), so ist darauf zu achten, daß eine anschließend erfolgte schriftliche Bestätigung der Anordnung (vgl. § 37 II 2 VwVfG) selbst keinen Verwaltungsakt darstellt. Die schriftliche Bestätigung erfolgt daher nicht in Bescheidform. Bei der Rechtsbehelfsbelehrung ist darauf zu achten, daß diese auf den mündlichen Verwaltungsakt Bezug nimmt und die Monatsfrist ab Zugang der schriftlichen Bestätigung zu laufen beginnt.
- Sofern die sofortige Vollziehung der Verfügung **nicht** angeordnet wurde, darf die Zwangsmittellandrohung nur für den Fall der Bestandskraft der Verfügung erfolgen (§ 2 Nr. 1 Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz).

(Muster: Für den Fall, daß Sie der in Ziff....dieser Verfügung getroffenen Anordnung nicht bis spätestens...(angemessene Frist, z.B. zwei Wochen) nach Bestandskraft dieser Verfügung nachkommen, werde ich ein Zwangsgeld in Höhe von... festsetzen.)

- Enthält der Bescheid mehrere Verfügungspunkte, muß für jeden einzelnen Punkt ein Zwangsgeld angedroht werden (kein pauschales Zwangsgeld für alle Verfügungspunkte).
- Sollen Zwangsgelder wiederholt festgesetzt werden, gibt es zwei Möglichkeiten:

Es erfolgt ein Hinweis auf eine erneute Zwangsgeldfestsetzung ohne erneute Androhung (vgl. § 76 Abs. 3 Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz). Dieser sollte wie folgt formuliert werden:

„Es wird darauf hingewiesen, daß das Zwangsgeld auch ohne erneute Androhung in gleicher Höhe erneut festgesetzt werden kann, wenn die Vollstreckung des Zwangsgeldes wirkungslos geblieben ist.“

Als Alternative zu dieser Vorgehensweise kann auch ein Zwangsgeld angedroht und bei Zuwiderhandlung festgesetzt werden, wobei mit der Festsetzung zugleich die Androhung eines neuen, ggfls. auch höheren Zwangsgeldes verbunden werden kann. Dieses kann dann bei weiterer Zuwiderhandlung festgesetzt werden, ohne daß es zwingend einer vorherigen Beitreibung des ersten Zwangsgeldes bedarf.

III. Bei der Begründung:

- Die Ermächtigungsgrundlage (z.B. § 16 a TierSchG) wird nicht genannt.
- Bei den Rechtsausführungen wird zu wenig auf die einzelnen Tatbestandsmerkmale der einschlägigen Vorschriften eingegangen (z.B. „erhebliche Vernachlässigung“).
- Es fehlen Ausführungen zur Ermessensausübung!
- Die Begründung der sofortigen Vollziehung erfolgt nur formelhaft (Beispiel: „Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist aus Gründen des Tierschutzes geboten.“). Erforderlich ist vielmehr eine auf den konkreten Fall abstellende Darlegung des **besonderen** öffentlichen Interesses dafür, daß ausnahmsweise die sofortige Vollziehung notwendig ist und daß hinter dieses erhebliche öffentliche Interesse das Interesse des Betroffenen an der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs zurücktreten muß. Hierbei sollte z.B. auf die erheblichen Schmerzen bzw. Leiden des Tieres oder auf konkret bestehende Gesundheitsgefahren für den Verbraucher eingegangen werden.
- Rechtsgrundlage für die Zwangsmittelandrohung ist das Hess. Verwaltungsvollstreckungsgesetz, nicht das HSOG.
- Wird bei einer vertretbaren Handlung (d.h. die Handlung kann auch ein anderer als der Verfügungsadressat vornehmen) ein Zwangsgeld angedroht, muß die „Untunlichkeit“ der Ersatzvornahme dargelegt werden (vgl. § 76 Abs. 1 S. 2 HessVwVG). Dies ist z.B. der Fall, wenn zu erwarten ist, daß der Pflichtige auf das Zwangsgeld reagieren wird und die Ersatzvornahme mit vergleichsweise hohen Kosten verbunden wäre. Gleiches gilt, wenn ein Dritter die erforderlichen Vorkenntnisse zur Durchführung der Ersatzvornahme durch längere Einarbeitung erst erwerben müßte, während der Pflichtige die geschuldete Handlung sofort durchführen kann und ein starkes Interesse an der baldigen Vornahme besteht.

M. MACKENTHUM, Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main 2005

Zur Rolle von Zeugen, Sachverständigen und Sachverständigen Zeugen

ZEUGE

Zeuge ist, wer vor dem Richter seine Wahrnehmungen über Tatsachen durch Aussage kundgeben soll, ohne Partei zu sein. Bei dem Zeugen handelt es sich wie auch bei dem Sachverständigen um ein persönliches Beweismittel, dessen Stellung durch seine prozessuale Funktion geprägt wird, Beweisinhalte durch Aussage zu vermitteln. Dies stellt eine staatsbürgerliche Verpflichtung dar, welche auch im Zwangswege durchgesetzt werden kann (§ 51 StPO). Nur in einzelnen, eng umgrenzten Fällen kann sich der Zeuge seiner Aussagepflicht entziehen (§§ 52 - 55 StPO).

Voraussetzung für die Inanspruchnahme als Zeuge ist die Einbeziehung in das Verfahren von einem zuständigen Strafverfolgungsorgan nach prozessualen Regeln. In das Verfahren wird der Zeuge durch Ladung und Vernehmung einbezogen (§§ 48 - 50, 58 StPO). Die Ladung muss dabei erkennen lassen, dass eine Vernehmung vorgesehen ist.

Die Leistung, die der Zeuge zu erbringen hat, besteht in der Preisgabe seines Wissens zum Verfahrensgegenstand. Dabei ist es unerheblich, ob der Zeuge seine Wahrnehmungen zufällig oder im Auftrag von Strafverfolgungsorganen gemacht hat.

Gegenstand der Zeugenaussage können nur Vorgänge sein, die einer sinnlichen Wahrnehmung zugänglich sind. Dabei handelt es sich um Tatsachen, die mit dem aufzuklärenden historischen Ereignis zusammenhängen. In der Regel wird sich der Tatsachenbericht des Zeugen auf äußere Tatsachen erstrecken, wobei auch innere Gegenstand des Zeugenbeweises sein können. Es ist nicht Aufgabe des Zeugen, Bewertungen tatsächlicher oder rechtlicher Art vorzunehmen, Erfahrungssätze mitzuteilen, Schlussfolgerungen zu ziehen oder Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Eine klare Trennung zwischen zulässigem Tatsachenbericht und unzulässiger Wertung ist praktisch sehr schwierig, da die Übergänge vielfach fließend sind. Bewertungen gelten dann als Tatsachenbekundungen, wenn sie sich auf einen ausreichend substantiierten Tatsachenkern zurückführen lassen.

Eine Aussage über Tatsachen liegt auch vor, wenn der Zeuge zur Kennzeichnung von Tatsachen auf ein Werturteil zurückgreift. Voraussetzung ist dabei aber stets, dass sich das Werturteil dem durchschnittlichen Betrachter in der gegebenen Situation als nabeliegend aufdrängt und keine besondere Sachkunde voraussetzt.

Eine Tatsachenbekundung liegt auch vor, wenn der Zeuge zur Erläuterung oder Zusammenfassung seiner Beobachtungen ein Schlussurteil abgibt, das seiner Lebenserfahrung entnommen ist.

Zusammenfassung

Zeuge ist jede Person, die von einem Strafverfolgungsorgan in Anspruch genommen wird und nach dem Gesetz verpflichtet ist, ihre Wahrnehmungen über Tatsachen, die den Verfahrensgegenstand betreffen, durch Aussage zu bekunden.

SACHVERSTÄNDIGER

Der Sachverständige hat aufgrund eines Auftrages ein Gutachten auf einem bestimmten Gebiet zu erstatten, auf dem er über Kenntnisse verfügt, die der eines Laien überlegen sind (§ 75 StPO). Er zeichnet sich durch besondere Sachkunde aus. Er ist frei wählbar, ersetzbar und ablehnbar (§§ 73, 74 StPO).

Seine Aufgabe besteht darin, dem Richter die Kenntnis von Erfahrungssätzen zu übermitteln und bestimmte Tatsachen aufgrund solcher Erfahrungssätze zu beurteilen. Der Sachverständige muss im Zusammenhang mit seinem Gutachten dem Gericht auch von ihm selbst wahrgenommene Tatsachen unterbreiten, deren Feststellung gerade seine Sachkunde ermöglichte. Die Sachverständigenaussage beschränkt sich jedoch auf Wahrnehmungen, die von dem Sachverständigen gerade in seiner Eigenschaft als in dem betreffenden Verfahren bestellter Sachverständiger wahrgenommen worden sind und jedem anderen als Sachverständigen gestellten Sachkundigen auch möglich gewesen wären.

Äußert sich der Sachverständige zu Tatsachen, die er nur aufgrund seiner Sachkunde erkennen konnte, handelt es sich um Befundtatsachen. Diese werden im Wege seiner gutachtlichen Ausführungen in die Hauptverhandlung eingeführt und vom Gericht zu Beweis Zwecken verwertet. Dies gilt für alle Tatsachen, die der Sachverständige nach seiner Ernennung auftragsgemäß wahrgenommen oder festgestellt hat.

Stellt der Sachverständige bei seiner Untersuchung Tatumstände fest, für deren Ermittlung es keiner Sachkunde bedarf, so handelt es sich um Zusatztatsachen. Diese sind nicht Bestandteil seines Gutachtens und können nur durch Zeugenvernehmung des Gutachters in die Hauptverhandlung eingeführt werden.

Zusammenfassung

Der Auftrag einer Strafverfolgungsbehörde an einen Sachkundigen kennzeichnet die Sachverständigeneigenschaft. Eine Sachverständigentätigkeit liegt vor, wenn die Beweisperson ihre Sachkunde zu Beweis Zwecken anwendet, um bisher auch der Auskunftsperson selbst unbekannte Befundtatsachen zu vermitteln, deren Erkenntnis diese Sachkunde voraussetzt.

SACHVERSTÄNDIGER ZEUGE

Bei einem sachverständigen Zeugen handelt es sich um einen echten Zeugen, wenn seine Wahrnehmungen nicht auf einem Auftrag der Strafverfolgungsorgane beruhen. Aus diesem Grund finden auf diesen die Vorschriften über den Zeugenbeweis Anwendung (§ 85 StPO).

Die Wesensmerkmale dieses Zeugen sind die sachkundigen, ohne verfahrensbezogenen Auftrag gemachten Wahrnehmungen von Tatsachen, die im Zeitpunkt ihrer Beweisbedürftigkeit nicht mehr der Beobachtung zugänglich sind. Hinzu kommen muss, dass die sachkundige Person als Zeuge in das Verfahren einbezogen wird.

Das Merkmal der besonderen Sachkunde unterscheidet den sachverständigen Zeugen vom normalen Zeugen, der seine Wahrnehmungen mit Allgemeinwissen wider gibt. Der sachverständige Zeuge besitzt über das allgemeine Durchschnittswissen und die allgemeine Lebenserfahrung hinausreichende Kenntnisse oder Fähigkeiten.

Als Zeuge ist er bei seiner Aussage auf die Bekundungen von Tatsachen und tatsachenvertretenden Bewertungen beschränkt. Äußerungen, die darüber hinausgehen, sind zurückzuweisen, denn Beweiserhebungen in diesem Bereich erfordern ein Sachverständigengutachten.

Zusammenfassung

Sachverständiger Zeuge ist, wer wie ein anderer Zeuge, unabhängig von jedem richterlichen Auftrag, bei einem historischen Vorgang Wahrnehmungen tatsächlicher Art gemacht hat, die er aber nur infolge seiner besonderen Sachkunde hat machen können.

Übersicht über Maßnahmen und Verfahrensschritte, wenn Tiere nicht im Betrieb verbleiben

		Vgl. Hessisches Zirkushandbuch Teil IV – Kap.
A.	Vorübergehende anderweitige Unterbringung und ggf. anschließende Veräußerung	2.2
B.	Fortnahme und Veräußerung von Tieren, die nicht vorübergehend anderweitig untergebracht werden können	2.3
C.	Behördliches Haltungsverbot; ggf. Einziehung als Nebenfolge eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens oder Auflösung des Tierbestandes im Wege der Ersatzvornahme einer tierschutzrechtlichen Anordnung	2.4 und ggf. 2.6
D.	Richterliches Haltungsverbot; ggf. nachfolgende Einziehung/Sicherstellung zur Gefahrenabwehr oder Beschlagnahme als Beweismittel	2.5 und ggf. 2.9 oder 2.8
E.	Einziehung von Tieren als Nebenfolge in tierschutzrechtlichen Strafverfahren a) mit Sanktionscharakter; b) zur Gefahrenabwehr; ggf. Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung und Notveräußerung	2.6 und ggf. 2.7
F.	Einziehung von Tieren im Rahmen von tierschutzrechtlichen Ordnungswidrigkeitsverfahren a) mit Sanktionscharakter; b) zur Gefahrenabwehr; ggf. Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung	2.6 und ggf. 2.7
G.	Beschlagnahme von Tieren als Beweismittel a) im Strafverfahren; b) im Ordnungswidrigkeitsverfahren	2.8
H.	Ordnungsrechtliche Sicherstellung von Tieren zur Gefahrenabwehr	2.9

Abkürzungen:

B = Bußgeldbehörde; G = Gericht; H = Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft; O = Ordnungsbehörde; S = Staatsanwaltschaft;
SV = sofortige Vollziehbarkeit; V = Veterinärbehörde; ZM = Zwangsmittel

→ sonstige Abkürzungen siehe ANHANG 13

A. Fortnahme und vorübergehende anderweitige Unterbringung; ggf. anschließende Veräußerung					§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
Voraussetzungen: ■ Tier ist mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG erheblich vernachlässigt oder zeigt schwerwiegende Verhaltensstörungen					
Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	
→ V • Gutachten des beauftragten Tierarztes (ggf. Einbeziehung von Ausführungs ext. Sachverständiger) anfertigen/einholen					
→ V • Konkrete Suche nach geeignetem Platz für eine vorübergehende (!) anderweitige Unterbringung • Dokumentation der konkreten Anfragen und Antworten der betr. Einrichtungen	→ • Geeigneter Platz für anderweitige Unterbringung verfügbar • Die Fortnahme und anderweitige Unterbringung ist verhältnismäßig • Elat verfügbar, um Kosten bis zur Erstattung ggf. vorzustecken	→ V • ANORDNUNG der Fortnahme und anderweitige Unterbringung nach § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG • Androhung von ZM • Anordnung der sV	→ • Fortnahme- und Unterbringungsanordnung ist bestandskräftig oder sofort vollziehbar oder • Sofortvollzug ist gerechtfertigt	→ V • FORTNAHME und ANDERWEITIGE UNTERBRINGUNG auf Kosten des Halters • Eingangsuntersuchung und Dokumentation des Status zum ZP der Übernahme	

gleichzeitig

bei Nichterfüllung der Anordnung:					
Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	
→ V • ANORDNUNG der Sicherstellung § 2-gem. Haltungsbedingungen binnen einer gesetzten Frist nach § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG • Anordnung der sV • Androhung der Veräußerung im Falle der Nichtbeachtung	→ • tierschutzkonforme Haltungsbedingungen sind nicht fristgerecht sichergestellt worden • Fortnahmeverfügung ist bestandskräftig oder sofort vollziehbar • die Veräußerung ist verhältnismäßig	→ V • ANORDNUNG der Veräußerung der fortgenommenen und anderweitig untergebrachten Tiere nach § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG • Anordnung der sV	→ • Veräußerungsanordnung ist bestandskräftig oder sofort vollziehbar oder • Sofortvollzug ist gerechtfertigt	→ V • VERÄUSSERUNG und Kostenbescheid	

B. Fortnahme und Veräußerung von Tieren, die nicht vorübergehend anderweitig untergebracht werden können		§ 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG
Voraussetzungen: ■ Tier ist mangels Erfüllung der Anforderungen des § 2 TierSchG erheblich vernachlässigt oder zeigt schwerwiegende Verhaltensstörungen		

		bei Nichterfüllung der Anordnung:	
Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte
→ • Gutachten des beamteten Tierarztes (ggf. Einbeziehung von Ausführender Sachverständiger) anfertigen/einholen			
→ • Konkrete Suche nach geeignetem Platz für eine vorübergehende (!) anderweitige Unterbringung • Dokumentation der konkreten Anfragen und Antworten der betreffenden Einrichtungen	→ • Geeigneter Platz für anderweitige Unterbringung <u>nachweislich</u> nicht verfügbar	→ • ANORDNUNG der Sicherstellungs- § 2-gemäßer Haltebedingungen binnen einer gesetzten Frist nach § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG • Androhung von ZM • Androhung der sV • Androhung der Fortnahme und Veräußerung im Falle der Nichtbeachtung	→ • ANORDNUNG der Fortnahme und Veräußerung nach § 16a Satz 2 Nr. 2 TierSchG • Androhung von ZM • Androhung der sV
		→ • tierschutzkonforme Haltebedingungen sind nicht fristgerecht geschaffen worden und können in absehbarer Zeit nicht sichergestellt werden • Androhung ist bestandskräftig oder sofort vollziehbar • die Veräußerung ist verhältnismäßig	→ • FORTNAHME und VERÄUSSERUNG und Kostenbescheid (Verrechnung des Erlöses)
		Fortsetzung → • Veräußerungsanordnung ist bestandskräftig oder sofort vollziehbar oder • Sofortvollzug ist gerechtfertigt	

Variante

		bei Missachtung des Haltungsverbots:	
Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Einzuleitende Schritte
→ wie oben: V Ermittlung des Sachverhalts und Befunderhebung	→ wie oben: • Konkreter Nachweis am jew. betroffenen Tier, dass erhebliche oder länger anhaltende Schmerzen o. Leiden oder erhebliche Schäden vorliegen, die auf die nachgew. Verstöße zurückzuführen sind • durch Tatsachen gerechtf. Annahme der Fortsetzung der Zuwiderhandlungen • das Haltungsverbot ist verhältnismäßig.	→ wie oben: V • ANORDNUNG eines Haltungsverbots für bestimmte oder alle Tierarten nach § 16a Satz 2 Nr. 3 TierSchG • Androhung von ZM • Anordnung der sv	→ • Einleitung eines Owi-Verfahrens mit ANORDNUNG der Einziehung als Nebenfolge nach § 19 TierSchG → Weiter siehe F.

D.	Richterliches Haltungsverbot; ggf. nachfolgende Beschagnahme zur Beweissicherung oder Sicherstellung zur Gefahrenabwehr	§ 20 TierSchG § 94 oder 98 Abs. 1 StPO § 40 HSOG
	Voraussetzungen: ■ Vorliegen einer Straftat nach § 17 TschG	

	Einzuleitende Schritte		Voraussetzungen		Einzuleitende Schritte		bei Missachtung des Haltungsverbots:
	→ Tierschutzrechtliches Strafverfahren	→	<ul style="list-style-type: none"> • Verurteilung bzw. nur wegen mangelnder Schuldfähigkeit fehlende Verurteilung • Gefahr der Fortsetzung von rechtswidrigen Taten nach § 17 TierSchG; • das Haltungsverbot ist verhältnismäßig. 	→ G	<ul style="list-style-type: none"> • Richterliches Verbot der Haltung (des Handels oder des beruflichen Umgangs) mit Tieren jeder oder einer bestimmten Art für 1 bis 5 Jahre oder für immer nach § 20 TierSchG 	→	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtskraft des Urteils • Strafbarer Verstoß gegen das Haltungsverbot • Verhältnismäßigkeit
					→ G S¹ H¹	→ Einzuleitende Schritte	<ul style="list-style-type: none"> • ANORDNUNG der Beschagnahme nach § 94 oder 98 Abs. 1 StPO zur Beweissicherung, dass strafbarer Verstoß gegen das Haltungsverbot nach § 20 Abs. 3 TierSchG vorliegt
							→ Weiter siehe G.

Variante

	Einzuleitende Schritte		Voraussetzungen		Einzuleitende Schritte		bei Missachtung des Haltungsverbots:
	→ wie oben	→	wie oben	→	wie oben	→	<ul style="list-style-type: none"> • Rechtskraft des Urteils • Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch fortdauernden Verstoß gegen § 20 Abs. 3 TierSchG • Verhältnismäßigkeit
					→ O	→ Einzuleitende Schritte	<ul style="list-style-type: none"> • ANORDNUNG der Sicherstellung nach § 40 HSOg
							→ Weiter siehe H.

¹ bei Gefahr im Verzug

E.	Einziehung von Tieren als Nebenfolge in tierschutzrechtlichen Strafverfahren; ggf. Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung und Notveräußerung	§ 74 StGB § 19 TierSchG §§ 111 b, c I StPO
Voraussetzungen:	■ Tiere sind „Beziehungsgegenstand“ einer tierschutzrechtlichen Straftat	

a) Sanktionscharakter

Einziehende Schritte	Voraussetzungen	Einziehende Schritte	Voraussetzungen	Einziehende Schritte
→ S • Strafvverfahren mit Anklageerhebung und • Antrag auf Einziehung der Tiere nach § 19 TierSchG	→ • Täter hat vorsätzlich und schuldhaft gehandelt • Tiere sind Eigentum des Täters • die Einziehung ist verhältnismäßig	G • Richterl. Strafurteil/ Strafbefehl mit • ANORDNUNG der Einziehung nach § 19 TierSchG als Nebenentscheidung	Voraussetzungen • Rechtskraft des Urteils	→ S • EINZIEHUNG und • UNTERBRINGUNG auf Kosten des Staates bis zur • VERÄUSSERUNG

b) Gefahrenabwehr (Sicherungsmaßnahme)

Einziehende Schritte	Voraussetzungen	Einziehende Schritte	Voraussetzungen	Einziehende Schritte
→ S wie oben	→ • Gefahr, dass es zu weiterer Straftat oder Owi mit Beziehung auf das Tier kommt • Schuld und Eigentumsverhältnisse nicht entscheidend • die Einziehung ist verhältnismäßig	G • Richterl. Strafurteil/ Strafbefehl mit • ANORDNUNG der Einziehung nach § 19 TierSchG als Nebenentscheidung	Voraussetzungen • Rechtskraft des Urteils	→ S • EINZIEHUNG und • UNTERBRINGUNG auf Kosten des Staates bis zur • VERÄUSSERUNG

Variante zu a) und b)

Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte
→ im Rahmen des Strafverfahrens:	→ • Begründete Annahme, das spätere Einziehung vorliegen	→ • ANORDNUNG der Beschlagnahme nach §§ 111 b,c StPO → G ¹ → S ¹ → H ¹	→	→ • sofortige BESCHLAGNAHME und UNTERBRINGUNG auf Kosten des Betroffenen → S ¹ → H ¹
Fortsetzung	→ • Unterbringung und Pflege verursachen unverhältnismäßig hohe Kosten	→ • ANORDNUNG der Notveräußerung nach § 111 I StPO → S ¹ → H ¹	→	→ • NOTVERÄUSSERUNG und Kostenbescheid → S

¹ bei Gefahr im Verzug

F.	Einziehung von Tieren als Nebenfolge in tierschutzrechtlichen Ordnungswidrigkeitsverfahren; ggf. Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung und Notveräußerung	§ 19 TierSchG §§ 22-24, 46 Abs. 1, 2 und § 87 OWiG § 111 b,c StPO
Voraussetzungen:	■ Es liegt ein Ordnungswidrigkeits-Tatbestand vor, bei dem das TierSchG (§ 19) die Möglichkeit der Einziehung ausdrücklich vorsieht	

a) Sanktionscharakter

Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte
→ B • Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens	→ • Tiere gehören dem Täter • die Einziehung ist verhältnismäßig	→ B • Bußgeldbescheid mit ANORDNUNG der Einziehung als Nebenfolge nach § 19 TierSchG	→ • Bußgeldentscheidung mit Anordnung ist rechtskräftig	→ V • EINZIEHUNG • UNTERBRINGUNG auf Kosten des Staates bis zur VERÄUSSERUNG

b) Gefahrenabwehr (Sicherungsmaßnahme)

Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte
→ B • Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens	→ • Gefahr, dass es zu weiterer Owi oder sogar Straftat in Beziehung auf das Tier kommen könnte • Schuld und Eigentumsverhältnisse nicht entscheidend • die Einziehung ist verhältnismäßig	→ B • Bußgeldbescheid mit ANORDNUNG der Einziehung als Nebenfolge nach § 19 TierSchG	→ • Bußgeldentscheidung mit Anordnung ist rechtskräftig	→ V • EINZIEHUNG • UNTERBRINGUNG auf Kosten des Staates bis zur VERÄUSSERUNG

Variante zu a und b)

	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen		Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen		Einzuleitende Schritte
→	im Rahmen des Ordnungswidrigkeitsverfahrens:	→	• Begründete Annahme, dass Voraussetzungen für eine spätere Einziehung vorliegen	→	• ANORDNUNG der Beschlagnahme nach § 46 Abs. 1 und 2 OWiG; § 111 b, c StPO (sofort vollziehbar, es sei denn, Richter hat aufschiebende Wirkung angeordnet)	→	• BESCHLAGNAHME und • UNTERBRINGUNG auf Kosten des Betroffenen
	Fortsetzung	→	• Unterbringung und Pflege verursachen unverhältnismäßig hohe Kosten	→	• ANORDNUNG der Notveräußerung nach § 46 Abs. 1 und 2 OWiG ; § 111 I StPO (sofort vollziehbar, es sei denn, Richter hat aufschiebende Wirkung angeordnet)	→	• NOT-VERÄUSSERUNG und • Kostenbescheid

¹ bei Gefahr im Verzug

G. Beschlagnahme von Tieren als Beweismittel;

§§ 94, 98 Abs. 1 StPO
§ 46 Abs. 1, 2 OWiG

ggf. spätere Umwandlung in Beschlagnahme zur Sicherung der Einziehung

Voraussetzungen: ■ Vorliegen eines Straftatbestandes bzw. Ordnungswidrigkeitstatbestandes
■ Tiere haben möglicherweise Bedeutung als Beweismittel

a) im Strafverfahren

Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte
→ S • Aufnahme des Ermittlungsverfahrens • Antrag auf richterliche Anordnung der Beschlagnahme beim örtlich zuständigen Amtsgericht	• einfacher Tatverdacht genügt	→ G S H • Richterliche ANORDNUNG der Beschlagnahme nach § 94 StPO oder • Eilbeschlagnahme nach § 98 Abs. 1 StPO (sofort vollziehbar)	→	→ S H • BESCHLAGNAHME und UNTERBRINGUNG auf Kosten des Staates • Tierärztliche Begutachtung zur Beweissicherung • Wertermittlung des Tieres • ggf. Antrag auf richterliche Bestätigung binnen 3 Tagen

b) im Ordnungswidrigkeitsverfahren

Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte
→ B • Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens	• einfacher Tatverdacht genügt • die Beschlagnahme ist verhältnismäßig (Ermessen)	→ G B • Richterliche ANORDNUNG der Beschlagnahme nach § 94 StPO oder • Eilbeschlagnahme nach § 46 Abs. 1 und 2 OWiG; § 98 Abs. 1 StPO (sofort vollziehbar)	→	→ B • BESCHLAGNAHME und UNTERBRINGUNG auf Kosten des Staates • Tierärztliche Begutachtung zur Beweissicherung • Wertermittlung des Tieres • ggf. Antrag auf richterliche Bestätigung binnen 3 Tagen

	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte	Voraussetzungen	Einzuleitende Schritte
		→ S B • Umwandlung in BESCHLAGNAHME zur Sicherung der Einziehung	→ weiter siehe E. oder F.	
	Fortsetzung zu a) und b)			
	bzw. →	→ S B • Voraussetzungen für spätere Einziehung liegen nicht vor		

¹ bei Gefahr im Verzug

H. Ordnungsrechtliche Sicherstellung von Tieren zur Gefahrenabwehr; ggf. Verwertung	§§ 40 Nr. 1, 4 und § 42 HSOG
Voraussetzungen: ■ Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit sind tangiert	

Einzuleitende Schritte	→	Einzuleitende Schritte	→	Einzuleitende Schritte
→ Ermittlung des Sachverhalts ○	→	<ul style="list-style-type: none"> • es besteht eine gegenwärtige Gefahr oder tatsächliche Anhaltspunkte rechtfertigen die Annahme, dass die Tiere zur Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gebraucht werden sollen • die Sicherstellung ist verhältnismäßig 	→	<ul style="list-style-type: none"> • SICHHERSTELLUNG und UNTERBRINGUNG auf Kosten des Halters • Aushändigung der Sicherstellungsbescheinigung • Wertermittlung des Tieres
Fortsetzung	→	<ul style="list-style-type: none"> • Unterbringung und Pflege sind mit unverhältnismäßig hohen Kosten oder unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten verbunden 	→	<ul style="list-style-type: none"> • ANORDNUNG der Verwertung nach § 42 HSOG • Anordnung der sv
	→		→	<ul style="list-style-type: none"> • VERWERTUNG und Verrechnung des Erlöses im Kostenbescheid

Eigentumsabtrittserklärung

1. Name/Vorname

Anschrift

.....

Hiermit trete ich mein Eigentum an folgenden Tieren

Lfd. Nr.	Art	Alter	Geschlecht	Kennzeichnung

mit sofortiger Wirkung unentgeltlich ab an:

Name/Einrichtung

Anschrift

.....

Gleichzeitig gebe ich sämtliche Eigentumsansprüche an den oben genannten Tieren auf.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

2. Die oben genannten Tiere habe ich heute erhalten.

.....
Ort, Datum

Name

.....
Unterschrift

(eine Ausfertigung für den Übernehmenden, eine für den Abgebenden)

Abkürzungen

ARGEVET	=	ehemalige Arbeitsgruppe der leitenden Veterinärbeamten, inzwischen übergegangen in LAGV (= Landesarbeitsgemeinschaft für gesundheitlichen Verbraucherschutz
AVV	=	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Tierschutzgesetz
BArtSchVO	=	Bundesartenschutzverordnung
BMVEL	=	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
BNatSchG	=	Bundesnaturschutzgesetz
BWildSchVO	=	Bundeswildschutzverordnung
CITES	=	Convention on Trade of Endangered Species, Internationales Artenschutzabkommen
EEP	=	Europäisches Erhaltungszuchtprogramm
EG	=	Europäische Gemeinschaft
FFH	=	Flora-Fauna-Habitat, Richtlinie der Europäischen Union
GewO	=	Gewerbeordnung
HessVwVfG	=	Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz
HessVwVG	=	Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz
HSOG	=	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
iVm	=	in Verbindung mit
LL	=	Leitlinien
OVG	=	Oberverwaltungsgericht
Owi	=	Ordnungswidrigkeit
OwiG	=	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
StGB	=	Strafgesetzbuch
StPO	=	Strafprozessordnung
TierSchG	=	Tierschutzgesetz
TierSchHundeVO	=	Tierschutz-Hundeverordnung
TierSchTrVO	=	Tierschutz-Transportverordnung
TVT	=	Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V.
VO	=	Verordnung
VwGO	=	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	=	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	=	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
VwZG	=	Verwaltungszustellungsgesetz
WISIA	=	Wissenschaftliches Informationssystem zum Internationalen Artenschutz
Zirkus-LL	=	Zirkus-Leitlinien, Herausgeber: BMVEL
§11E	=	tierschutzrechtliche Erlaubnis nach § 11 TschG

Bezugsadressen

- Inhalt tierschutzrelevanter Strafanzeigen, Broschüre für Behördenzwecke
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Calenberger Str. 2, 30169 Hannover, email: pressestelle@ml.niedersachsen.de
- Kriterien für artgemäße Pferdehaltung vom Juni 1995, Arbeitsgemeinschaft „Artgemäße Pferdehaltung“, Universität Gießen
Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlicher Raum und Verbraucherschutz, Büro der Landestierschutzbeauftragten, Hölderlinstr. 1-3, 65187 Wiesbaden, email: tierschutz@hmulv.hessen.de
- Tierschutz im Zirkus – Erfassung, Überwachung, Erlaubniserteilung
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Calenberger Str. 2, 30169 Hannover, email: pressestelle@ml.niedersachsen.de
- Zirkus-Leitlinien und verschiedene Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung
Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Rochusstr. 1, 53107 Bonn, email: pressestelle@bmvel.bunde.de
- Zirkustiere – Loseblattsammlung
Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz (TVT) e. V. Geschäftsstelle, Bramscher Allee 5, 49565 Bramsche, Tel.(0 54 68) 92 51 56, Fax: (05468) 925157, email: geschaeftsstelle@tierschutz-tvt.de

Zitierte Literatur

- HIRT, A., MAISACK, C. und MORITZ, J. (2003): Tierschutzgesetz - Kommentar, Verlag Franz Vahlen, München
- KLUGE, H.G. (Hrsg.) (2002) : Tierschutzgesetz – Kommentar, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart
- LORZ, A., METZGER, E. (1999) Tierschutzgesetz – Kommentar, C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 5. überarb. Auflage
- MACKENTHUM, M. (2004): Zur Frage des strafprozessualen Zeugnisverweigerungsrechts von Berufsträgern – steht auch Tierärzten ein Zeugnisverweigerungsrecht zu?
Schriftliche Stellungnahme vom 17.11.2004
- MARTIN, M. (2006): Probleme und Lösungen bei der Gutachtenerstellung. Dtsch. tierärztl. Wschr. (im Druck)
- SADLER (1992) Verwaltungsvollstreckungsgesetz – Kommentar, Heidelberg

Nützliche Internet-Adressen

Rechtliches	www.dejure.org	Gesetze (Straf, Verwaltungsrecht), nach einzelnen §§ abrufbar
	www.eu-wildlifetrade.org	Internationalen Rechtsvorgaben für den Handel mit Wildtieren
	www.hmdj.justiz.hessen.de	Rechtsbegriffe und Verfahren
	www.juris.de	Auswahl wichtiger Gesetze und Verordnungen
	www.justiz-nrw.de	Rechtsbegriffe und Verfahren unter „Bürgerservice“
	www.rechtslexikon-online.de	Rechtsbegriffe und Verfahren
	www.wisia.de	Artenschutzstatus der verschiedenen Tierarten
Einrichtungen/ Organisationen	www.bundestieraerztekammer.de	Bundestierärztekammer
	www.dvg.net	Deutsche Veterinärmedizinische Gesellschaft, Fortbildung
	www.hvsv.de	Hessischer Verwaltungsschulverband, Fortbildung
	http://mintra.ressort-intern.de/dienste/fortbildung/fortbildung.htm	internes Fortbildungsprogramm der hess. Landesverwaltung
	www.quantum-conservation.org	Verzeichnis der europäischen Zoos und Tierparks sowie europäischer Behörden, Einrichtungen und Organisationen sowie EEPs im Natur- und Artenschutz
	www.tierschutz.hessen.de	Landesbeauftragte für Tierschutz in Hessen
	www.tvt-tierschutz.de	Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz e.V., Hinweise auf Fortbildungsveranstaltungen unter „Termine“, außerdem div. Merkblätter und Infomaterial (Loseblatt-Sammlung Zirkus nicht als pdf-Datei verfügbar, Bestelladresse s.u.)
	www.verbraucherministerium.de	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Bonn; über „Tierschutz“ und „Gutachten/Leitlinien“ findet man z.B. Säugetiergutachten und Zirkus-Leitlinien als pdf-Datei
Sonstiges	www.circus-gastspiele.de	Aktuelle Gastspieltermine und -orte
	www.google.de/news	Lokale Zeitungsberichte über einzelne Zirkusbetriebe (mit Hinweisen auf aktuelle Gastspielorte, Dressurnummern etc.) über die „News-Suche“
	www.meinestadt.de	ermöglicht die Zuordnung von Ortsnamen zu Bundesländern und Landkreisen